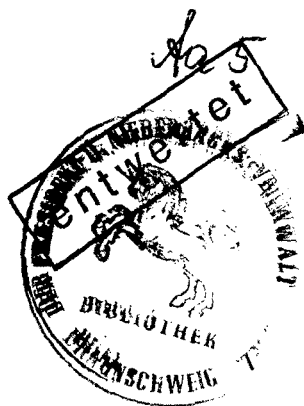


CARL BEDDIES
BUCHBINDEREI
BRAUNSCHWEIG
HINTER LIEBFRAUEN 5

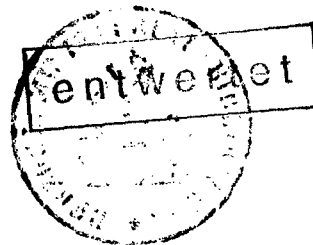


45
entwertet

UB Braunschweig 84



4725-979-1

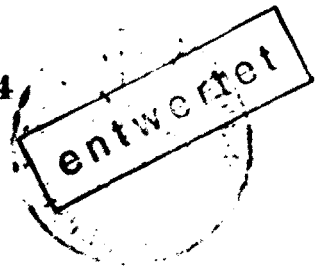




4725-9791

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
in
Braunschweig
im Jahre 1913/14

10017378



A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 10. April 1913.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1913/14	3
2. Wahl der Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1913/14 und 1914/15	5
3. Ermächtigung der Statutenkommission zur Mitwirkung bei der Festsetzung der Umsatzsteuer	21
4. Mitteilung des Magistrats über seine Tätigkeit, betr. die Errichtung einer Hotel-Akademie in Braunschweig.	21

2. Am 24. April 1913.

1. Änderung der Müllabfuhr	26
2. Längere Offenhaltung der Bedürfnisanstalten auf dem Kohlmarke und Hagenmarke	36
3. Beschwerde eines Einwohners gegen die Heranziehung zu Straßenbaukosten	37
4. Auswechslung von Gashauptrohren in verschiedenen Straßen	38
5. Antrag Henking auf Anstellung von Frauen bei der Reinigung der Fußwege	39
6. Antrag Frede: Einrichtung von Preßgasbeleuchtung auf dem Strazenzuge Poststraße-Altstadtmarkt-Sonnenstraße	47
7. Antrag Munte, Schmückung der fünf Nischen im Dstgiebel des Altstadtrathauses mit Standbildern	53
8. Ankauf von Flächen zum Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und der projektierten Straße 435 a	54
9. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung dreier Handfertigkeitskurse	54
10. Gewährung von Zuschüssen an die Handelskammer, die Handwerkskammer und den Ausschuß für Tuberkulosefürsorge im Mittelstande	55
11. Nachverwilligung von Mitteln zur Besoldung fest anzustellender Fachlehrerinnen	60
12. Erklärung zweier Wegestrecken zu Ortsstraßen	60
13. Gewährung eines Zuschusses an den Reichsausschuß für olympische Spiele	61
14. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung des Dienstzimmers für den Fortbildungsschulinspektor	65
15. Schaffung eines verschließbaren Raumes im ehemaligen Standesamtsgebäude an der Petersilienstraße	65
16. Gewährung eines Zuschusses an das Marienheim	66
17. Aufnahme einer Klage wegen Forderung des Landwirts Varner aus Böfel	68
18. Verlängerung des Kanals in der Cellerstraße	69
19. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Cellerstraße vor dem Amalienplaz	70
20. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Altstadtringes zwischen Broitzemerstraße und Madamenweg	71
21. Bewilligung von Mitteln für den Betrieb der Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplaz	71

	Seite
22. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Ecke Schloßstraße und Ölchlägern .	72
23. Anfrage Loeschigk, betreffend die Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße	72
24. Antrag Loeschigk, wegen strengerer Durchführung des § 86 der Polizeiordnung	73
25. Anfrage Dieckmann bezüglich der Versagung seitens des Magistrats, städtische Plätze zum Preisfahren zu überlassen	73
26. Antrag Schmidt, betreffend § 11 der Friedhofs- und Begräbnisordnung . . .	75
27. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeklint	76
28. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatze und am Magnitore	77
29. Verlängerung des Wasserrohrs in der Elmstraße	78

3. Am 22. Mai 1913.

Trauerkundgebung für den verstorbenen Stadtverordneten-Vorsteher Hermann Hauswaldt	81
--	----

4. Am 29. Mai 1913.

1. Änderung der Müllabfuhr	87
2. Antrag des Stadtverordneten Munte auf Schmückung der Nischen des Altstadt-rathauses	112
3. Einsetzung eines Senioren-Konvents bei der Stadtverordnetenversammlung . .	114
4. Erhebung einer Klage wegen Forderung	118
5. Änderung der Bedingungen über Abgabe von Gas durch Automaten	119
6. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatze und am Magnitore	120
7. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeklint	120
8. Antrag Schmidt, betreffend § 12 der Friedhofs- und Begräbnisordnung . .	122
9. Antrag Loeschigk wegen strengerer Durchführung des § 86 der Straßenpolizei-ordnung	124
10. Anschaffung von Spielgeräten für die Schulschüler der Bürgerschüler und Bürger-schülerinnen	124
11. Beseitigung von Beschädigungen an den Anlagen der Frauenbadeanstalt im Bürgerpark	125
12. Überweisung einer Summe an die von der Braunschweigischen Batterie aus Anlaß der Feier ihres hundertjährigen Bestehens zu errichtende Stiftung . . .	126
13. Unterstüßung der freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz	127
14. Bessere Entwässerung der Hamburgerstraße	129
15. Die Ausschreibung der Gemeindeabgaben und Staatssteuern betreffend	130
16. Abänderung des stadtsseitigen Abkommens mit dem Stadtkirchenverband	138
17. Umbau und Instandsetzung des stadtsseitig erworbenen Grundstückes Mönchstraße 15	140
18. Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweigische Baugenossenschaft . . .	140
19. Entsendung zweier Vertreter zu dem 30. Braunschweigischen Städtetage . . .	141
20. Errichtung einer Beleuchtungsanlage in der Schule an der Reichsstraße . . .	141

21. Antrag Kleinknecht, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	142
22. Antrag Ohlendorf, Erlaß eines neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	144
23. Auswechslung des Wasserrohrs am Stadtpark	147

5. Am 12. Juni 1913.

1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten	151
2. Ersatzwahlen für verschiedene Kommissionen und Deputationen	151
3. Stadtseitige Förderung des Projektes über die Errichtung eines Luftschiffhafens nebst Flugplatz in hiesiger Stadt.	153
4. Anträge Kleinknecht und Ohlendorf, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend	179

6. Am 19. Juni 1913.

1. Besuch eines Einwohners um Aufhebung des § 123 Nr. 2 der Straßenpolizeiordnung	197
2. Aufbarmachung des vormals Franzischen Feldes	198
3. Verkauf eines städtischen Geländes am Andree-Platz	201
4. Ankauf von Terrain zur Wittekindstraße	201
5. Beendigung eines Prozesses durch Vergleich	202
6. Ankauf von Ständerwerk des abgebrochenen Hauses Döschlagers 29	203
7. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung in der Petristraße	203
8. Beschaffung neuer Ventile für die Maschinen in der Abwässerpumpstation	204
9. Nachverwilligung von Mitteln für die Instandsetzung der Dampfspritze I	204
10. Gewährung einer Beihilfe an das Kindergärtnerinnenseminar	205
11. Beihilfe an den Volkskindergarten	205
12. Entsendung von Beamten der städtischen Bauverwaltung nach der Internationalen Bauausstellung in Leipzig	206
13. Anschaffung einer zweiten rechnenden Schreibmaschine für die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke	207
14. Uptierung und Drainierung von Kieselanlagen	207
15. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore	207
16. Begründung des Antrages Eckhardt: Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Kleinen Exerzierplatze	209
17. Begründung des Antrages Kleinknecht, betreffend ausreichende Sprengung der Spielplätze	209
18. Einführung der Fernzündung für die Straßenlaternen	210
19. Nachverwilligung von Kosten für die Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem St. Leonhardplatze	215
20. Weitergewährung des Zuschusses an den Vorstand des Evangelischen Vereins	217
21. Erwerb einer Fläche an der Wendenstraße	221
22. Aufwendungen für das Haus Helmstedterstraße 8	221
23. Verwilligung eines Zuschusses zur Ausarbeitung eines Gutachtens	221

	Seite
24. Beteiligung der Stadt an einer Wanderausstellung	222
25. Entsendung eines Gerichtsschreibers und zweier Beisitzer des Gewerbegerichts zum Verbandstage in Leipzig (18.—20. September d. J.)	223
26. Verwilligung von Mitteln für die Müllabfuhr	224
27. Auswechslung des Wasserrohrs in der Salzdhulmerstraße	253
28. Verlegung eines Wasserrohrs auf der Straße Nr. 505 (zwischen Bahn- und Weststraße)	254
29. Verlängerung des Gashauptrohrs auf der Elmstraße	254
30. Fortbildungskurse in Physik und Chemie für Bürgererschullehrer betreffend	255
31. Wiederholter Beschluß über die Müllabfuhr	255
32. Antrag Jasper über das Arbeitsverhältnis der Desinfektoren	257
33. Antrag Dieckmann auf Instandsetzung und Neuanlage von Reitwegen	259
34. Anfrage Hesse, betreffend die Verteilung einer Sondernummer einer hiesigen Zeitung in den Bürgerschulen	261
35. Aufstellung einer Sammlung von Vögeln und deren Eier im Heimatkundlichen Museum	265

7. Am 3. Juli 1913.

1. Antrag eines auswärtigen Schlachtermeysters auf Verlängerung der Einführungszeit für Fleischwaren in die Markthalle	269
2. Änderung des Ortsbauplans zwischen Masch- und Pestalozzistraße	277
3. Antrag Eckhardt: Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Kleinen Exerzierplatze	278
4. Antrag Kleinknecht, betr. ausreichende Sprengung der Spielplätze	278
5. Antrag eines Sportvereins auf Überlassung von Terrain zur Anlage eines Spielplatzes	279
6. Veränderung der Fluchtlinie für die Stiftsgasse	279
7. Antrag Jasper über die Arbeitsverhältnisse der Desinfektoren	283
8. Antrag Dieckmann auf Instandsetzung und Neuanlage von Reitwegen	283
9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen 434 und 435	293
10. Abrechnung über verschiedene Straßenbauten	293
11. Ausbau der Straße 617 a (zwischen Cellerstraße und projektierte Straße 289) und Aufnahme derselben in den Ortsbauplan	294
12. Aufhebung von Wegestrecken vor dem Petritore	295
13. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Görgeßstraße	295
14. Anfrage Wesemeier über Stellungnahme des Magistrats zu den Ansichten des Dürerbundes über den Bau der Steintorbrücke und den Giebel der neuen Mittelschule	296
15. Einrichtung einer Gasbeleuchtung in den Zeichensälen der Schulen an der Reichs- und Leopoldstraße und Anschaffung von fünf Schränken für Zeichenunterricht	297
16. Erlaß von Straßenbaukosten	297
17. Verschiedene Anschaffungen für die Neustadtmühle	298
18. Verwilligung von Mitteln für den Zentralschulgarten	299
19. Lohnübersicht für 1912/13	299
20. Instandsetzung verschiedener Straßen der Innenstadt	315
21. Erneuerung des Ölfarbenastrichs des Hauses Petersilienstraße 9	324

22. Veränderungen an den Gas- und Wasserhauptrohren, Auswechslung von Hydranten und Einführung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Bohlwege zwischen Dankwardstraße und Hagenscharrn	324
23. Beihilfe zu den Kosten des Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerbertages am 31. August und 1. September	327
24. Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450	329
25. Ansetzung einer Stadtverordnetenversammlung für Beratung der Bahnhofsvorlage	330

8. Am 4. Juli 1913.

1. Vertrag zwischen dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus und der Stadtgemeinde Braunschweig, die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Braunschweig betreffend	334
2. Antrag Friede auf Anstellung eines Stadtgärtners	340
3. Anfrage Bunge bezüglich des Viehhof-Projekts	340
4. Antrag Steinbrecher, Regelung der Fortbildungsschulpflicht durch Ortsstatut	342

9. Am 28. August 1913.

1. Antrag des Hanfverbandes auf Reform des Wertzuwachssteuergesetzes und Beseitigung des Zuschlages zur Grundwechselabgabe	348
2. Beihilfe für den Kaninchenzüchterverein Braunschweig	351
3. Erstattung von Wahlkosten zur Angestelltenversicherung	353
4. Antrag Friede auf Anstellung eines Stadtgärtners	362
5. Antrag Dieckmann wegen Aufhebung der Einführung des dänischen Fleisches und Gestattung der Benutzung des Rühlhauses zur Unterbringung von Fleisch nach Schluß der Markthalle	369
6. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken“	388
7. Rechnungsabschlüsse für 1912/13	393
8. Erklärung der projektierten Straßen 423, 424, 448 und 450 zu Ortsstraßen	396
9. Erwerb von Flächen zur Anlage des Andreeplatzes bezw. zum Ausbau der projektierten Straße 37	396
10. Ankauf zweier Teilflächen am Neustadttringe	397
11. Verträge über Benutzung von Grundflächen und Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens zur Legung des Kanals auf den Straßen 318 und 363	398
12. Zwangsenteignungsverfahren wegen einer an der Korfesstraße gelegenen Fläche	399
13. Erhöhung eines Zuschusses für die Kaufmännische Fortbildungsschule	400
14. Beihilfe zu den Kosten von Vortrags- und Lichtbilderabenden für erwachsene Taubstumme	400
15. Gestaltung des Fußwegs am Hagenscharrn, sowie Asphaltierung des nördlichen Teiles des Bohlwegs	401
16. Antrag Friede auf Einführung einer Kinosteuer	402
17. Anfrage Bunge wegen Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr	403
18. Antrag Eckhardt, betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner	404
19. Änderung des Vertrags mit der Herzoglichen Baudirektion über die Neuinstandsetzung der Straßen am Ministerialgebäude	404

10. Am 11. September 1913.

1. Antrag Aßmann auf Festsetzung der Straßenbreite der Stiftsgasse auf 10 m	409
2. Ausbau der Straßen 551—553 (Verbindungsstraße zwischen Hasanen- und Bodestraße) und Erklärung derselben zu Ortsstraßen	416
3. Verwilligung von Kosten für eine Schulfeier der Völkerschlacht bei Leipzig	416
4. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm	425
5. Instandsetzung der Wilhelmstraße.	427
6. Abänderung des Ortsbauplans für das Gelände zwischen Walzgraben und Hamburgerstraße nördlich vom Hasenwinkel	429
7. Legung eines Wasserrohrs auf der Weststraße zwischen Frankfurterstraße und Arndtstraße	430
8. Nachverwilligung von Kosten für die in der Schule an der Bürgerstraße vorgenommenen Baulichkeiten	436
9. Zusicherung einer Beihilfe an den Ortsausschuß für Vortragskurse	436
10. Ermäßigung des Mietpreises für das Grundstück Kleine Burg 2	438
11. Nachverwilligung von Kosten für bauliche Einrichtungen in der Schule am Schulwege	439
12. Verwilligung von Kosten für die Beischickung des 33. Deutschen Armenpflegertages in Stuttgart	440
13. Pfandentlassung und Vorrangseinräumung einer Leihhaus-Hypothek am Grundstück Kastanienallee 4	441
14. Erbauung eines Ofenhauses auf dem Grundstück der Gasanstalt an der Taubenstraße	442
15. Verwilligung eines Betrages für Einstellung eines Hilfsheizers	445
16. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas betreffend“	445
17. Anfrage Aßmann über eine Nebauung des Terrains der projektierten Straße 547	446
18. Anfrage Ribbentrop über Ausführung von Notstandsarbeiten im kommenden Winter.	453
19. Antrag Helle auf Instandsetzung des Bodenbelags der Fußgängerbrücke Inselwall—Hofental	455
20. Anregung des Stadtverordneten Schmidt betreffs der Müllabfuhr	455
21. Anfrage Voeshigt wegen Übernahme der Okerbrücken auf die Stadt	456

11. Am 25. September 1913.

Erlaß eines Statuts über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig	459
---	-----

12. Am 9. Oktober 1913.

1. Statut zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs bei Messen, Schützenfesten und ähnlichen Veranstaltungen	527
2. Antrag Eckhardt, betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner	529
3. Antrag Bunge auf Ergreifung von Maßnahmen gegen die sich stetig steigende Fleischteuerung	532

4. Prüfung der städtischen Haushaltungsrechnungen vom 1. April 1910 bis 31. März 1911	539
5. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße	540
6. Beantwortung der Anfrage Voeschigt wegen der Okerbrücken	541
7. Antrag Helle auf Instandsetzung des Bohlenbelags der Fußgängerbrücke Inselwall—Rosental	541
8. Beschaffung neuer Mäntel für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr	542
9. Änderung und Neulegung von Gas- und Wasserhauptrohren in der Wilhelmstraße	543
10. Antrag einer Anliegerin auf Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße zwischen Riddagshäuserweg und Kastanienallee	543
11. Anfrage Sundermann wegen Beschaffung von Radium für die hiesigen Krankenhäuser	544
12. Anfrage Voeschigt über Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen	545
13. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Eulenspielgelbrunnen	554
14. Neufassung der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung	555
15. Änderung des Ortsbauplans westlich der Kockstraße	558
16. Verlegung von Straßenbahngleisen auf der Fallerdeleberstraße	560
17. Anfrage Pauer, betreffend Einwirkung des Magistrats zugunsten der Stadt Braunschweig bei neuen Bahnbauten	562
18. Antrag Hartung über Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen	567

13. Am 23. Oktober 1913.

1. Bewilligung von Mitteln zu den Kosten der bevorstehenden Einzugsfeierlichkeiten	570
2. Beihilfe zur Wiederherstellung und buntfarbigen Bemalung alter Fachwerkgebäude	572

14. Am 13. November 1913.

1. Antrag Frede auf Einführung einer Kinostener	578
2. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Eulenspiegelbrunnen	596
3. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuß zur Förderung des Rhein-Wefer-Elbe-Kanals	600
4. Bewilligungen für den Verkehrsverein	601
5. Antrag Hartung auf Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen	602
6. Anderweitige Verrechnung von Tilgungsbeträgen	605
7. Ausbaggerung des Okerbettes unterhalb Eisenbüttels	606
8. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in der Studienanstalt und Beschaffung von Mobiliar für eine neu einzurichtende Klasse	606
9. Bericht über die städtischen Gaswerke, Wasserwerke, Neustadtmühle und Abwässer-Pumpstation für das Jahr 1912/13	607
10. Änderung des Statuts Nummer 1 vom 24. März 1893 (Gebührenfreie Eintragung in die Bürgerrolle)	615
11. Krankenversicherung der unständigen Arbeiter	616

12. Herrichtung einer Warte für Beobachtungen des Himmelsgewölbes auf dem Grundstück des Herzogin-Elisabeth-Aszeums	620
13. Ausführung von Baulichkeiten in der Turnhalle des Herzogin-Elisabeth-Aszeums, Änderung vorhandener und Beschaffung neuer Turngeräte, sowie Herrichtung eines Garderobenraums für die Turnhalle	621
14. Ausbau des Altstadttrings zwischen Broitzenerstraße und Madameweg	622
15. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Schillerstraße	622
16. Erwerb einer Fläche zwecks Zulegung zur Karlstraße	623
17. Umbau des Fabrikgebäudes auf dem vormaligen Brunonia-Grundstücke	623
18. Herausgabe einer Braunschweig-Nummer durch die „Leipziger Illustrierte Zeitung“	637

15. Am 4. Dezember 1913.

1. Einspruch gegen die Zulassung einer Abdeckerei auf dem Münzberge	641
2. Antrag Hartung, betreffend das Gehalt des Rustos der Vorbilderammlung der Gewerbechule	641
3. Antrag Busch wegen besserer Befestigung des Augustplatzes	647
4. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	648
5. Antrag Loeßhigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwerte	648
6. Antrag Lauer auf Bildung einer Verkehrsdeputation	649
7. Anfrage Dieckmann, betreffend das Verbot, Hunde in öffentlichen Anlagen umherlaufen zu lassen	652
8. Aenderweite Gehaltsfestsetzung für einige Lehrkräfte der Mädchen-Mittelschule	655
9. Ankauf einer Anzahl Exemplare der Zeitschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“ Fortsetzung dieser Besprechung	656
10. Errichtung von Bedürfnisanstalten betreffend	658
11. Unterstützung von gemeinnützigen Einrichtungen aus der Züdelstiftung	659
12. Erteilung von Unterricht im Krüppelheim	661
13. Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf eines neuen Hundesteuerstatus	662
14. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der projektierten Straße Nr. 289 (zwischen Petristraße und Straße 617a)	664
15. Verwilligung von Mitteln für Arbeiten an der Brücke zwischen Bürgerpark und Hennebergstraße, sowie für Verbreiterung des Reitwegs an der Nebenstraße	665
16. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße	668
17. Einsprüche gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Änderung des Ortsbauplans (zwischen Galgraben und Hamburgerstraße)	670
18. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweigische Baugenossenschaft	671
19. Anfrage Busch, betreffend die Beschaffung einer Automobilkehrmaschine	672
20. Anfrage Loeßhigt über Stellungnahme des Magistrats gegen die Preiserhöhung der Abonnentenkarten für die Straßenbahn	673
21. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallerleberstraße und der Straße Am Fallerlebertore mit dem Theaterwall	684
22. Antrag Henking auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum	684
23. Antrag Dieckmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde	685

24. Anfrage Frede wegen besserer Beleuchtung der Straßenstrecke Poststraße-Altstadtmarkt-Sonnenstraße	686
25. Anfrage Hartung über seitens der Stadt zu ergreifende Maßregeln zur Hebung des Realcredits in der Stadt	687

16. Am 18. Dezember 1913.

1. Antrag Loeschigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Buchstuwete	691
2. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	691
3. Antrag Pusch wegen besserer Befestigung des Augustplatzes	691
4. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über vom Haus- und Grundbesitzerverein beantragte städtische Beschaffung zweier Hypotheken	693
5. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwangs für Hunde	727
6. Antrag Henking auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungsbogen zwischen dem städtischen Archiv und Museum	727
7. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallersleberstraße und der Straße Am Fallerslebertor mit dem Theaterwall	728
8. Aufnahme einer Klage wegen Entschädigung für einen Unfall auf einem städtischen Grundstücke	729
9. Städtische Aufnahme von Anleihen	731
10. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung	734
11. Erneuerung der Bierauschanfange im Matsfeller	738
12. Erhöhung der Zahl der Feuerwehrleute	739
13. Ausbau der proj. Straße Nr. 617a und der südlichen Teilstrecke der proj. Straße 289 (Verbindungsstraßen zwischen Celler- und Petristraße)	739
14. Änderung des Statuts zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs auf Messen und Märkten	741
15. Bewilligung von Mitteln zur teilweisen Einfriedigung und Befestigung des Schützenplatzes	741
16. Ausbau der Häufelmannstraße	743
17. Regelung der Angestellten-, der Invaliden- und Hinterbliebenen- und der Krankenversicherung, sowie der Unfallfürsorge für städtische Angestellte und Beamte	744
18. Begründung von Anträgen seitens des Stadtv. Steinbrecher zur Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung	747

17. Am 15. Januar 1914.

1. Antrag des Stadtv. Vauer auf Einsetzung einer Verkehrsdeputation	754
2. Ausbau der Helenestraße zwischen Cyriakering und projektierte Straße 435b	756
3. Antrag Jasper auf Nachprüfung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Desinfektoren	757
4. Errichtung von Kleinwohnungen	759
5. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore	761
6. Demnächstige Errichtung von Bedürfnisanstalten	778

7. Begründung von Anträgen und einer Anfrage:	
a) Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume an der Gellerstraße	779
b) Antrag Eckhardt auf Vornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen	780
c) Zwei Anträge des Stadtv. Brenner auf Errichtung einer städtischen Sparkasse	780
d) Antrag Schultze auf Ausbau der Elmstraße von der Salzdhunerstraße bis zum Friedrichsplatze	783
e) Anfrage des Stadtv. Schmidt wegen der schlechten Zustände der Pflasterung an den Übergängen und Weichen der Straßeneisenbahn	783
f) Antrag Weichsel auf Ausbau der Straße An der Katharinenkirche	785
g) Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße	786
8. Einleitung des Zwangsentignungsverfahrens wegen stadtseitigen Erwerbes zweier Grundflächen	787
9. Verkauf von Grundflächen an der Koffstraße	787
10. Erwerb einer Fläche am Steinwege	788
11. Beitritt der Stadt in den Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt	788
12. Verlegung eines Gashauptrohrs in der Hamburgerstraße zwischen Wendeneuring und Ludwigstraße	789
13. Gewährung einer Beihilfe an den katholischen Frauenbund	789
14. Gewährung eines Zuschusses an die Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“ zur Veranstaltung einer Ausstellung	790
15. Instandsetzung der Rosentalbrücke	797
16. Gewährung eines Zuschusses zu den Einrichtungen von Bade- und Heizungsanlagen in den katholischen Schulen	797
17. Verkauf eines Terrainstreifens in der Schulstraße	799
18. Abänderung der Bedingungen über die Abgabe von Wasser	800
19. Anderweitige Festsetzung des Schulgeldes beim Oberlyzeum	803
20. Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen zu Braunschweig	804
21. Vermietung des Hauses Wendestraße 4	809
22. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 448	809
23. Auslegung der Fassung eines Statuts	810
24. Erklärung des Magistrats wegen Verfristung der Vermögensanzeige zum Wehrbeitrag	810

18. Am 12. Februar 1914.

1. Statut über die Unterhaltung einer Knabenmittelschule	815
2. Festsetzung der Besoldung für die Lehrkräfte an der Knabenmittelschule	815
3. Erweiterung der Vorschriften über Schulgelberlaß auf die Knabenmittelschule	816
4. Verwilligung von Mitteln zur Anschaffung von Lehrmitteln usw. für die Knabenmittelschule	819
5. Beitritt der Stadt in den Internationalen Bund für Vogelschutz (Landesverband Braunschweig)	820
6. Nachverwilligung von Kosten für die Uptierung und Drainierung von Kiepsfeldanlagen	821

7. Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der Cellerstraße	821
8. Antrag Eckhardt auf Bornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen	822
9. Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße	823
10. Antrag Weichsel auf Ausbau der Straße An der Katharinentirche	823
11. Antrag Schulze auf Ausbau der Einstraße von der Salzdhumerstraße bis zum Friedrichsplatze	824
12. Begründung verschiedener Anträge und einer Anfrage:	
a) Antrag Wesemeier auf Stellungnahme zur Eingabe des Gewerkschaftskartells über die Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung	826
b) Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bienröderweges	829
c) Antrag Sander auf Vorlage eines neuen Projektes für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnitors	830
d) Anfrage Bunge über die Abstimmung der Geschäftsinhaber betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	830
13. Verwilligung von Mitteln zur weiteren Einführung von Werkunterricht in den Bürgerschulen	831
14. Gutachtliche Äußerung über Abänderung der Wartezeitvorschriften für Kraftdroschen	832
15. Anderweite Festlegung der südlichen Fluchtlinie der Straße Vangerhof	832
16. Errichtung eines Lehrerseminars bei der Herzog Bohann-Albrecht-Oberrealschule	833
17. Genehmigung des Teilortsbauplans bezüglich der Fesetzung der Breite für die Stiftsgasse	834
18. Beschaffung von Möbeln für die neuen Diensträume des zum Teil verlegten Hauptsteuerbüros	844
19. Anfrage Pauer über Stellungnahme des Magistrats zur Errichtung eines Ersatzneubaus wegen der Vermietung von Brünings Saalbau	844
20. Anfrage Niese über magistratsseitige Maßnahmen wegen der „gemeingefährlich wirkenden Übergriffe der Polizei“ bei den Wahlrechtsdemonstrationen	846
21. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum	862
22. Antrag Frede auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Spielplatzes am Eisenbittelerwege	863

19. Am 5. März 1914.

1. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1914/15	867
2. Abschluß eines Vertrages mit dem Deutschen Drogistenverbaude von 1873 E. G.	904
3. Vermietung von Wohnungen im Hause Mönchstraße 15 und Einrichtung einer Waschküche daselbst	904
4. Gewährung eines Darlehens an die Junfersche Schulhausgesellschaft	905
5. Verkauf eines Geländes an der Waterloostraße	908
6. Gewährung von Mitteln zur Ausführung von Bauten seitens des Schwestern- und Krankenhauses vom Roten Kreuz	908
7. Überlassung einiger Räume des vormals Krutenbergischen Hauses an die Frauengruppe Braunschweig des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke	915

20. Am 12. März 1914.

1. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhe-lohn und Hinterbliebenen- versorgung	920
2. Beitritt der Stadt in den „Internationalen Bund für Vogelschutz“ und den „Bund für Vogelschutz“	932
3. Herrichtung von Beleuchtungsanlagen in den Zeichenfälen verschiedener Schulen	933
4. Antrag Wesemeier auf Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung	933
5. Herrichtung eines Inhalationsraums im städtischen Krankenhause	964
6. Beschaffung von Mobiliargegenständen für verschiedene Geschäftszimmer des Rathauses	964
7. Änderung des Ortsbauplans nördlich der Gliesmaroderstraße	964
8. Ankauf von Gelände zur Verbreiterung des nördlichen Teiles des Bienröderweges	965

21. Am 26. März 1914.

1. Antrag Brenner auf Errichtung einer städtischen Sparkasse	969
2. Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bienröder Weges	972
3. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum	979
4. Antrag Frede auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Spiel- platzes am Eisenbütteler Wege	980
5. Abänderung des Besoldungsstatuts für die städtischen Beamten	980
6. Gesuche der Anlieger des Dammes und des Hutfilterns um Asphaltierung der Fahrbahn dieser Straßenzüge	982
7. Ankauf einer Grundfläche an der Schuhstraße	986
8. Erweiterung der Diensträume des Rathauses	987
9. Beitritt der Stadt zu dem „Bunde für Schulreform“	994
10. Rechnungsabluß des Verkehrsvereins für 1913	995
11. Ankauf des Grundstücks hinter der Magnifikirche Nr. 1	997
12. Antrag Niese auf Instandsetzung der Schöppenstedterstraße	999
13. Antrag Dieckmann auf Gewährung einer Vergütung für Bekleidung an die Schlachthausarbeiter	1001
14. Antrag Rasche auf Prämierung der fünf besten Fassaden der alljährlich ent- stehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen	1001
15. Anfrage Bunge wegen Abweichung von dem seither angewandten Verfahren bei Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit	1002
16. Verlängerung der Übereinkunft und des Pachtvertrages wegen der Handels- und Viehwiesen	1007
17. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf verschiedenen Straßen und Plätzen	1010
18. Vermehrung der Nachtwächter	1016
19. Einsetzung einer Kommission zur Besichtigung von Straßenbahnanlagen in anderen Städten	1018
20. Vertrag wegen des Ausbaues der projektierten Straßen 114 b, 561, 113, 151 a und des Langenkamp zwischen Göttingstraße und der Straße 151 a	1019
21. Ausbau der Häufelmannstraße	1020
22. Herstellung von Teermakadam auf verschiedenen außerstädtischen Straßen	1021
23. Beschaffung eines zweiten Ofens für die Leichenverbrennungshalle	1023

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abdeckerei auf dem Münzberge 577, 641.
 Abonnementserhöhung bei der Straßenbahn 673.
 Abendlaternen 210.
 Abgabe von Wasser 555, 800.
 Abkommen mit dem Stadtkirchenverbande 138.
 Abrechnung über Straßenbauten 393.
 Abwässer der Kaliindustrie 221, 223.
 Abwässpumpstation 204, 607.
 Aktenspeicher für das Rathhaus 987.
 Altstadtathaus 53, 112.
 Änderung der Müllabfuhr (siehe Müllabfuhr).
 Arteröder Feld 154.
 Anderweitige Verrechnung von Tilgungsbeträgen 605.

Anfragen der Stadtverordneten:

Aßmann über eine Bebauung des Terrains der proj. Straße 547 (Bohlweg—Bahnhof) 408, 446;
 Bunge bezüglich des Viehbojprojekts 277, 340,
 wegen Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr 348, 403, 615,
 betreffend die Abstimmung der Geschäftsinhaber über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 786, 830,
 betreffend das neuerdings abweichende Verfahren zur Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit 866, 1002;
 Diekmann, betreffend die Verjagung der Überlassung eines Platzes zum Preisfahren 73,
 die Straßenpolizeiordnung betreffend 638, 653;

Gundermann über Beschaffung von Radium für das städtische Krankenhaus 458, 544;
 Frede, Beleuchtung des Straßenzuges Sonnenstr. Poststr. betreffend 664, 686,
 den Chlorgehalt des Leitungswassers betreffend 612;
 Hartung, betreffend Hebung des Realcredits 671, 687;
 Heße, die Verteilung einer Sondernummer der Neuesten Nachrichten in den Bürgerschulen betreffend 221, 261.
 Pauer, betreffend Einwirkung des Magistrats zugunsten Braunschweigs bei neuen Bahnlirien 526, 562,
 wegen Stellungnahme des Magistrats zur Saalbaufrage 815, 844;
 Loeßhigt, betreffend den Kanal in der Hamburgerstraße 72, 129,
 wegen Übernahme der Okerbrücken 456, 541,
 wegen Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen 459, 545,
 über Stellung des Magistrats zur Abonnementserhöhung bei der Straßenbahn 654, 673;
 Pusch, betreffend Beschaffung einer Automobilsehrmaschine 641, 672;
 Ribbentrop, Notstandsarbeiten betreffend 428, 453;
 Riecke über magistratsseitige Maßnahmen wegen der Übergriffe der Polizei bei den Wahlrechtsdemonstrationen 815, 846,
 Schmidt, den Zustand der Pflasterung an den Straßenbahnschienen betreffend 727, 783;

Wesemeier, betreffend die Steintorbrücke
und den Giebel der Mittelschule 264,
296.

Angestelltenversicherung 353, 744.

Ankauf von Grundflächen (s. Erwerb).

Anleihen, städtische 158, 731.

Anordnung von Vorgärten 294.

Ansetzung einer Stadtverordnetenversammlung für
Beratung der Bahnhofsvorlage 330.

Anträge der Stadtverordneten:

Aßmann, betreffend die Breite der Trijstgasse 409, 834;

Brenner, auf Errichtung einer städtischen
Sparkasse 726, 780, 969;

Bunge, auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm 352, 425,
auf Ergreifung von Maßnahmen gegen
die Fleischtenerung 370, 532;

Dieckmann, auf Instandsetzung und Neu-
anlage von Reitwegen 177, 259, 283-
betreffend den städtischen Fleischverkauf
und die Benutzung des Mülhhauses
275, 369,

betreffend die Straßenpolizeiordnung
663, 685, 727,

Bergütung für Bekleidung an die Schlachthausarbeiter betreffend 900, 1001;

Eckhardt, betreffend eine Bedürfnisanstalt
für Frauen auf dem Kleinen Exerzier-
platz 114, 209, 278,

auf einen städtischen Zuschuß zur Errich-
tung eines Grabdenkmals für Heinrich
Werner 362, 404, 529,

Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes
betreffend 596, 648, 1010,

betreffend Versuche mit einer Schutzvor-
richtung an Straßenbahnwagen 690,
780, 822,

auf Umbau der Schunterbrücke am Bien-
röder Wege 753, 829, 972;

Frede, auf Pressgasbeleuchtung des Straßen-
zuges Poststraße—Sonnenstraße 47,
325, 664, 686, 1011,

auf Einführung einer Kinosteuer 348,
402, 541, 578,

auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße
727, 786, 823,

Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der
Nähe des Spielplatzes Eisenbüttelerweg
betreffend 835, 863, 980;

Fricke, auf Anstellung eines Stadtgärtners
276, 340, 362, 869;

Hartung, auf Offenhaltung der Volks-
bäder an Sonntagen 551, 567, 602,
betreffend das Gehalt des Kustos der
Vorbildersammlung der Gewerbeschule
578, 611,

betreffend die Beleuchtung einer Straßen-
kreuzung 654, 684;

Helle, auf Instandsetzung der Fußgänger-
brücke Injelwall-Rosental 455, 541,
797;

Dr. Henking, Reinigung der Fußwege
betreffend 39,

Straßenbeleuchtung betreffend 654, 684,
727;

Dr. Jasper, betreffend die Lohn- und
Arbeitsverhältnisse der Desinfektoren
178, 257, 283, 303, 757,

auf stärkere Heranziehung der Wertzu-
wachssteuer zur Gemeindesteuer 350,
526;

Dr. Kleinknecht, betreffend die Sonntags-
ruhe im Handelsgewerbe 87, 142, 179,
Sprengung der Spielplätze betreffend
114, 209, 278;

Lange, auf Erhöhung des Zuschusses an
das städtische Museum 822, 862, 979;

Lauer, auf Einsetzung einer Verkehrsdepu-
tation 564, 578, 649, 754,

auf Erhöhung des Zuschusses für den
Verkehrsverein 999, 1023;

Loeschigk, Straßenverunreinigungen be-
treffend 73, 124,

auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße
und Fuchstwee 595, 648, 691;

Munte, Aufstellung von Standbildern am
Ostgiebel des Altstadtrathauses be-
treffend 53, 112;

Ohlendorf, betreffend Sonntagsruhe im
Handelsgewerbe 114, 144, 179,

- auf Änderung des städtischen Statuts betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 1000, 1023;
- Busch, auf Anbringung eines Gitterschutzes am Eulenspiegelbrunnen 458, 554, 596, auf bessere Befestigung des Augustplatzes 578, 647, 691;
- Kasche, auf Entfernung des Gitters am Bugenhagendenkmal 599; auf Prämierung von Miethausfassaden 1001;
- Kiefe, auf Instandsetzung der Schöppentederstraße 999;
- Sander, auf Vorlage eines neuen Projekts für die Bedürfnisanstalt am Magnitore 786, 830;
- Schmidt, auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Kadeklinte 26, 76, 120, betreffend die Friedhofs- und Begräbnisordnung 26, 75, 122, auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der Cellerstraße 690, 779, 821, Anregung, betreffend die Müllabfuhr 455;
- Schulze, betreffend den Stundenlohn der Arbeiter bei der städtischen Bauverwaltung 176, 312, auf Ausbau der Elmstraße 726, 783, 824;
- Stegmann, auf Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatz und am Magnitore 26, 77, 120;
- Steinbrecher, auf Regelung der Fortbildungsschulpflicht durch Ortsstatut 277, 342, 526, den Kugelohn und die Hinterbliebenenversorgung betreffend 736, 747, 920;
- Weichsel, auf Instandsetzung der Straße an der Katharinenkirche 729, 785, 823;
- Wesemeier, auf Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung 753, 826, 933.
- Aptierung und Drainierung von Kieselsteinanlagen 207, 821.
- Arbeitersekretariat 894.
- Arbeitslosenunterstützung, kommunale 577, 753, 826, 933.
- Arbeitslosigkeit, Bekämpfung derselben 453, 884.
- Archivgebäude 202.
- Armenbeerdigung 881, 882.
- Armenpfleger, Behandlung der Unterstützungsuchenden durch dieselben 878.
- Aufhebung von Begehrten 295.
- Aufnahme von Anleihen 158, 731.
- Ausarbeitung eines Gutachtens 221.
- Ausbaggerung des Osterbets 606.
- Ausbau von Straßen 71, 293, 294, 295, 329, 416, 543, 622, 664, 668, 739, 743, 756, 1019, 1020.
- Auslegung der Fassung eines Statuts 810.
- Auskunft und Fürsorgestelle zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten 26.
- Ausschreiben der Steuerzettel 130, 135.
- Austausch von Gelände 72, 295.
- Automobilkehrmaschine 641, 672.
- Archiv, städtisches 202, 654, 684, 727.
- Armenpflegetag in Stuttgart 440.
- Badeanlagen 459, 545, 554, 567, 602, 797, 901.
- Bahnhofsbau 330, 334.
- Bauten in städtischen Gebäuden 436, 439, 621, 904.
- Bauverwaltung, städtische 313.
- Bedingungen für die Abgabe von Gas 119, 388, 445
- Bedingungen für die Abgabe von Wasser 555, 800
- Bedürfnisanstalten 26, 36, 71, 76, 77, 114, 120, 121, 207, 209, 278, 658, 761, 778, 786, 830, 835, 863, 980.
- Befristung der Vermögensanzeige zum Wehrbeitrag 810.
- Behandlung der eingehenden Eingaben 197.
- Beleuchtungsanlagen in Schulen 141, 933
- Bericht über die städtischen Gaswerke, Wasserwerke, Neustadtmühle und Abwässerpumpstation 607.
- Berichtigung eines Beschlusses 223.
- Berufsfeuerwehr 204, 542, 739.
- Beschlußfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung betr. 576.

Beschwerde wegen Heranziehung zu Straßenbaukosten 37.

Befoldungsstatut, Änderung desselben 981.

Besuchszeiten im Städtischen Krankenhaus 876.

Bezeichnung der Bürgerschulen 806.

Braunschweigische Batterie 126, 347.

Braunschweigische Baugenossenschaft 140, 671.

Braunschweigischer Städtetag 141, 266.

Brunonia-Grundstück 623, 904.

Brücke am Bienröder Wege 753, 829, 972.
Brücke zwischen Pestalozzistraße und Maschstraße 277, 974, 978.

Brücke zwischen Bürgerpark und Hennebergstraße 177, 259, 283, 665.

Brücke Inselwall-Rosental 455, 541, 797.

Bughagendenkmal 599.

Bund für Vogelschutz 820, 932.

Bund für Schulreform 994.

Buntfarbige Bemalung alter Fachwerkgebäude 573.

Bürgerpark 901.

Bürgerrechtsgebühr 403, 615.

Bürgerschuldirektor 510, 514, 521.

Bürgerschulen, einheitliche 483.

Bürgerschulen, Leiter und Unterleiter derselben 510.

Bürgerschulen 54, 60, 124, 141, 221, 255, 261, 265, 297, 436, 439, 459, 831, 933.

Chlorgehalt des Leitungswassers 612.

Dampfspritze I, Instandsetzung derselben 204.

Darlehen an die Junkersche Schulhausgesellschaft 905.

Delag (Deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft) 154.

Deputationen- und Kommissionenwahl 5, 151, 193, 1018.

Desinfektoren 257, 283, 303, 757.

Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband 269, 353.

Dienstzimmer für den Fortbildungsschulinspektor 65.

Drainierung von Kielesfeldanlagen 207, 821.

Drogisten-Akademie 623, 866, 904.

Dürerbund 264, 296.

Einführungszeit für Fleischwaren in die Markthalle 269.

Eingaben und Eingänge (siehe Mitteilungen des Vorsitzenden).

Einsetzung einer Verkehrsdeputation 564, 578, 649, 754.

Einsprüche gegen Ortsbauplanänderungen 670.

Einsprüche in Unfallsachen 894.

Eintragung in die Bürgerrolle betr. 403, 615, 1006.

Einzugsfeierlichkeiten betr. 570.

Elektrische oder Preßgasbeleuchtung? 47 u. f. 325, 687.

Empfangsgebäude des alten Bahnhofes 336.

Entwässerung der westlichen Außenstadt 398.

Entwässerung, bessere, der Hamburgerstraße 72, 129.

Erklärung, abgegeben durch Stadtverordneten Weichsel 266, 703.

Erklärung, abgegeben durch Stadtrat von Frankenberg 968.

Erlaß von Straßenbaukosten 297.

Ermächtigung des Magistrats betr. des städtischen Fleischverkaufs 370.

Errichtung eines Fachwerkhäuses hinter der Magnifikirche 1 997.

Errichtung von Kleinwohnungen 140, 671, 759, 997.

Erstattung von Wahlkosten 353.

Erweiterung der Diensträume des Rathhauses 987.

Erwerb des Grundstücks hinter der Magnifikirche 1 997.

Erwerb des Ständerwerkes des abgebrochenen Hauses Döschlägern 29 203.

Erwerb der braunschweigischen Staatsangehörigkeit betr. 1002.

Erwerb von Grundflächen 54, 71, 72, 201, 202, 221, 295, 315, 322, 396, 398, 399, 540, 622, 623, 664, 668, 743, 787, 788, 809, 832, 960, 986, 1019.

Eulenspiegelbrunnen 458, 554, 596.

Evangelischer Verein 217.

Exekutoren, städtische 892, 896.

Fahrer, Lohnsätze derselben 301.

Fassaden von Miethäusern 1001.

Fehlsummen im Etat betr. 868, 902.
 Fernzündung für die Straßenlaternen 210.
 Festschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“ 656, 668.
 Fettviehmärkte 1009.
 Feuerlöschgebäude 445.
 Feuerlöschwesen 204, 542, 739.
 Fleischverkauf, städtischer 271 u. f. 369, 532.
 Flugplatz 163.
 Fluchtlinie, südliche, des Langenhofs 832.
 Fortbildungskurse in Physik und Chemie für Bürgererschullehrer 255.
 Fortbildungsschulpflicht 342.
 Fortbildungsschule 65, 141, 297, 659, 933.
 Französisches Feld betr. 198.
 Friedhofs- und Begräbnisordnung betr. 26, 75, 122.
 Frauenbadeanstalt Bürgerpark 125, 901.
 Fürsorgeheim für schulentlassene Mädchen 659.
 Führung von zwei Klassen durch einen Lehrer 519.
 Fußgängerbrücke Rosental 455, 541, 797.
 Fußweg am Hagenscharn 317, 401, 404.
 Fußwege vielbenutzter Straßen, Besserung derselben 887.
 Galgraben betr. 130.
 Gartengrundstück an der Dferstraße 870.
 Gartenstadt 640, 753, 790.
 Gasabgabe 119, 388, 445.
 Gasautomaten 119, 391.
 Gasbeleuchtung in Schulen 297, 606, 933.
 Gasentnahme, unbefugte 118.
 Gasrohr 38, 254, 324, 543, 789.
 Gaswerke 442, 607.
 Gebührenfreie Eintragung in die Bürgerrolle 348, 403, 615.
 Gehalt einiger Lehrkräfte der Mädchenmittelschule 655.
 Gehaltsfestsetzung für die Lehrkräfte der Knabenmittelschule 815.
 Geschäftsordnung betr. 153, 177, 178, 197.
 Besuch der Anlieger des Dammes und des Gutfiltern um Asphaltierung dieser Straßen 982.
 Gewerbe- und Kaufmannsgericht 223.

Gräfin Görz-Briesberg + 346.
 Grundsätze für Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung 735, 747, 920.
 Grundstücksleitung, ihre Herstellung und Unterhaltung betr. 800.
 Gutachten der Versammlung über stadtseitige Beschaffung zweiter Hypotheken 693.
 Handelskammer 55.
 Handfertigkeitskurse 54, 484, 831.
 Handwerkskammer 55.
 Hauptsteuerbüro 844.
 Hausarmen-Unterstützung 881.
 Hauswaldt, Vorsitzender + 81.
 Heimatkundliches Museum 265.
 Heizer im Rathause 132.
 Helmstedterstraße 8 221.
 Herzogin-Elisabeth-Heim 661.
 Herzogin-Elisabeth-Lyzeum 606, 620, 621.
 Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung 659.
 Hilfsheizer im Feuerlöschgebäude 445.
 Hinzulegung einer Teilfläche zum Stadtgebiet 559.
 Hinterbliebenenversorgung 735, 744, 747, 920.
 Hotel-Akademie, Errichtung einer solchen 21.
 Hundesteuerstatut 662.
 Hypothekenbeschaffung seitens der Stadt? 693.
 Hypothekenausleihung 140, 671, 905, 909.
 Illustrierte Zeitung 637, 657.
 Inhalationsraum im Städtischen Krankenhaus 964.
 Innenstädtische Straßen, Instandsetzung derselben 315, 401, 404, 427, 886 u. f. 982, 999.
 Innungs- und Handwerkertag, Allgemeiner deutscher 327, 347.
 Instandsetzung von Straßen 315, 401, 404, 427, 886 u. f. 982, 999, 1021.
 Instandsetzung von Gebäuden und Zimmern 65, 128, 140, 221, 904.
 Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik 601.
 Internationale Bauausstellung 206.
 Internationaler Bund für Vogelschutz 820, 932.
 Invalidenversicherung 744.

Junkerſche Realschule 905.

Jüdelſtiftung 203, 206, 659, 909.

Kanalanlagen 69, 129, 398, 743.

Kanalverhältnisse in der Hamburgerſtraße 72, 129.

Kandelaber für Preßgaslaternen? 1013.

Kaninchenzucht, Förderung derſ. 351, 425.

Kaſtanienallee 4 441.

Katholiſche Schulen 797.

Kaufmänniſche Fortbildungſchule 400.

Kindergärtnerinnenſeminar 205.

Kinderhorte des katholiſchen Frauenbundes 789.

Kinderſpeiſeanſtalt 915

Kinſteuer 348, 402, 541, 578.

Klaſſenbibliotheken der Fortbildungſchule 659.

Kleinwohnungsbau 140, 671, 759, 997.

Klageaufnahme 729.

Klage Berner gegen die Stadt 68, 815.

Klageerhebung wegen Forderung 118.

Klaſſenfrequenz in den Bürgerſchulen 519.

Kleine Burg 2 439.

Kloſter- und Studienfonds 159, 965.

Knabenmittelschule 140, 264, 296, 815, 816, 819.

Koſtabgabe 120, 392, 607.

Kommiſſionen- und Deputationenwahlen 5, 151, 193, 1018.

Kommiſſion zur Prüfung der Realkreditfrage 698, 699, 710.

Kommiſſion zur Prüfung von Straßenbahnangelegenheiten in anderen Städten 1018.

Koſtenübernahme bei Unfällen auf ſtädtiſchen Grundſtücken 729.

Krautdroſchen 832.

Krankenhaus, Städtiſches 964.

Krankenhaus, Städtiſches, Bemängelung von Einzelheiten 876, 879.

Krankenverſicherung 616, 744, 810.

„Kreiden“ der Tennisplätze 870.

Kriegsminiſterium 157.

Krukenbergſches Haus, ehemaliges 915.

Krüppelheim 661.

Kuſtos der Vorbilderſammlung der Gewerſchule 578, 641.

Kühlhalle des Schlachthauſes 275, 369.

Landesverſicherungsanſtalt 732.

Laternenwärter 213.

Lehrerſeminar bei der Herzog-Johann-Albrecht Oberrealschule 833.

Lehrmittelbewilligung für die Knabenmittelschule 819.

Leichenverbrennungshalle 1023.

Leihhaus, Herzogliches 158, 971.

Lernmittel in den Bürgerſchulen, unentgeltliche Lieferung derſ. 449, 493.

Licht- und Waſſerwerke 207, 442, 607.

Lohndeputation, Betätigung derſelben bei Lohn-erhöhungen 301, 302, 306 u. ſ.

Lohnüberſicht 1912 13 299.

Löhne der Schlachthausarbeiter 900

Luſtſchiffhafen 153.

Markthalle 269.

Maulkorbzwang für Hunde 663, 726.

Mädchen-Mittelschule 655.

Marienheim 66.

Meſſen, Märkte und ähnliche Veranſtaltungen 527, 741, 742, 1007.

Mietpreis für das Grundſtück Kl. Burg 2 439.

Mitteilungen des Vorſitzenden 3, 24, 82, 86, 150, 196, 268, 346, 408, 457, 526, 569, 576, 595, 640, 690, 752, 814, 864, 866, 920, 968.

Mittellandkanal 429, 600, 789, 969.

Mönchſtraße 15 140, 904.

Muſeum, Städtiſches 202, 684, 727, 822, 862, 979.

Müllabfuhr 25, 26, 87, 224, 254, 455, 871.

Nachwachweſen 309, 1016.

Nachverwilligung zur Beſoldung von Fachlehrerinnen 60.

Nebenamtliche Tätigkeit des Bürgerſchuldirektors 514.

Nebenarbeit der Nachwachmannſchaften 309.

Neueingetretene Stadtverordnete 3, 149, 457.

Neuſtadtmühle 298, 607.

Niederlegung eines Stadtverordnetenmandats 347.

Nord-Züßverkehr 268.

Nothſtandsarbeiten 453, 957.

Oberrealschule, Lehrerseminar betr. 833.
 Oberlyzeum, Schulgeld betr. 803.
 Ölschlägern 29 203.
 Dienhaus, neues, der Gasanstalt 442.
 Okerbett 606.
 Okerbrücken 429, 455, 456, 541, 797.
 Olympische Spiele in Berlin 61.
 Ordnungsstrafgelder im Etat der Armenverwaltung 883.
 Ortsausschuß für Vortragskurse 436.
 Ortsbauplan, Aufnahme in dens. 294.
 Ortsbauplanänderung 72, 277, 279, 293, 429, 558, 670, 832, 834, 964.
 Ortsfremde Kinder, Schulgeld ders. 506.
 Ortsstraßenerklärung 60, 396, 416, 743, 756.
 Pachtvertrag wegen des Schützenplatzes 1007.
 Peterfilienstraße 9 (ehemaliges Standesamtsgebäude) 65, 324.
 Pfandbriefamt, Errichtung eines solchen 693.
 Pfandentlassung einer Hypothek 441.
 Plattenbelag auf Fußwegen 70.
 Polizeibeamte, Verhalten ders. bei der Wahlrechtsdemonstration 846.
 Preßgasbeleuchtung auf verschiedenen Straßen 324, 1010, 1012.
 Privatunterricht durch Lehrer, Erteilung desselben 522.
 Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen 1910/11 539.
 Quartierbehörde 13.
 Radiumbehandlung 544.
 Rasenstreifen am Hagensharrn 317, 401, 404.
 Radfahrwege 286.
 Rathhaus 844, 964, 987.
 Ratskeller 738.
 Realkredit, Hebung desselben 671, 687, 693.
 Rechnende Schreibmaschine 207.
 Rechnungsabschlüsse für 1912/13 393.
 Reinigung der Fußsteige 663.
 Reit- und Fahrverein 73.
 Reitwege 259, 283, 665.
 Rhein-Weser-Elbefanal 429, 600, 788, 969.
 Riefelfelder 207, 821.

Rosentalbrücke 455, 541, 797.
 Rotes Kreuz 605, 908.
 Ruheohn 735, 747, 920.
 Ruheohn an entlassene Laternenwärter 213.
 Rückzahlung einer Unternehmerrantion 37.
 Saalbaufrage 641, 844.
 Sanitätskolonnen 127.
 Schlachthaus 275, 314, 369.
 Schlachthausarbeiter 314, 369, 900, 1001.
 Schlachthausausschuß 11.
 Schulbezirke, Einteilung ders. 485.
 Schulfeier der Völkerschlacht 416.
 Schulgeld beim Oberlyzeum 803.
 Schulgeldfreiheit in den Bürgerschulen 503.
 Schulgeld der ortsfremden Kinder 506.
 Schulgeldderlaß, endgültige Entscheidung darüber 508.
 Schulgeldderlaß in der Knabenmittelschule 816.
 „Schulfeiern“, Bestimmung des Begriffs ders. 487.
 Schulleiter, Amtsbezeichnung desselben 510.
 Schulleiter, Abwesenheit desselben während der Ferien 521.
 Schulvorstand für die verschiedenen städtischen Schulen 9, 10.
 Schulvorstand der Bürgerschulen, Zusammensetzung desselben 499, 501.
 Schunterbrücke im Zuge des Dienröder Weges 753, 829, 972.
 Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen 690, 822.
 Schützenfeste (siehe Messen).
 Schützenplatz 741, 1007.
 Seniorenkonvent 16, 114.
 Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 25, 87, 114, 142, 144, 786, 830.
 Sparkasse, städtische 726, 780, 969.
 Spielgeräte für die Bürgerschüler 124.
 Spielplätze 215, 268, 278, 279, 835, 863.
 Spielplatzgebäude 71, 199, 215.
 Sportfremde Braunschweig 150, 279.
 Sprengung der Spielplätze 209, 278.
 Staatsangehörigkeitsausweis 866, 1003.
 Stadtbauamt 13.
 Stadtgärtner 276, 340, 362, 869.

Stadthaushaltsplan für 1914/15 867.
 Stadtkirchenverband 138, 997.
 Stadtpark 147.
 Städtetag, Braunschweigischer 141, 266, 703.
 Staffellung der Rabattsätze bei Gasabgabe 389.
 Ständerwerk des Hauses Olschlägern 29, 203, 997.
 Statut zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs bei Messen, Schützenfesten usw. 527, 741.
 Statut über die Befoldung der städt. Beamten, Änderung desselben 980.
 Statut über die Bürgerschulen 459, 805.
 Statut über Unterhaltung einer Knabenmittelschule 815.
 Steuerzettel-Aus schreiben 130.
 Stiftsgasse 279, 282, 409, 834.

Straßen, die behandelt sind:

Altstadtmarkt 47, 664, 686, 1010.
 Altstadttring 71, 622.
 Am Bruchthore 1012.
 Am Magnitore 887.
 Am neuen Petritore 888.
 An der Katharinentirche 319, 322, 785.
 An der Martinikirche 316, 888, 1010.
 Andreeplatz 201, 396.
 Augustplatz 647, 691.
 Bankplatz 1012.
 Bienröder Weg 293, 965.
 Bohlweg 315, 324, 401.
 Brabantstraße 1012.
 Breitestraße 1012.
 Cellerstraße 69, 70, 779, 821.
 Danun 782 887.
 Eichenbütteler Weg 60.
 Eichthalstraße 24, 540, 668.
 Elmstraße 78, 255, 783, 824.
 Ererzierplatz 73, 665.
 Fallersleberstraße 560, 1010.
 Freytagstraße 743.
 Friedrich-Wilhelmsplatz 468, 691, 1010.
 Friedrich-Wilhelmstr. 886.
 Fuchswete 648, 691, 1010.
 Gartenstraße 648, 691, 1010.

Gelände zwischen Galggraben und Hamburgerstraße 129, 670.
 Gelände zwischen Olesmaroderstraße und Langerkamp 965.
 Glückstraße 295.
 Görtelingerstraße 316, 888.
 Görgesstraße 295.
 Hagenscharrn 315, 401.
 Hamburgerstraße 129, 789.
 Häufelmannstraße 743, 1020.
 Heinrichstraße 1021.
 Helenenstraße 54, 756.
 Helmstedterstraße 60.
 Herzogin-Elisabethstraße 543.
 Hutfiltern 887, 982.
 Kaiser-Wilhelmstraße 214.
 Karlstraße 623.
 Klosterstraße 295.
 Korfesstraße 399.
 Klaußenstraße 1021.
 Langerkamp 1019.
 Langerhof 832.
 Leonhardplatz 73.
 Löwenwall 693.
 Magnitor 728.
 Neustadttring 397.
 Neuervog 889.
 Neuestraße 887.
 Olschlägern 72, 316.
 Petristraße 203.
 Poststraße 47, 664, 686, 1010.
 Raabestraße 293.
 Radeklint 888.
 Rosenstraße 1021.
 Roßstraße 787.
 Ruhfäutchenplatz 315.
 Salzdahlumerstraße 251.
 Schillerstraße 622.
 Schloßstraße 72.
 Schöppenstedterstraße 886 u. f., 999.
 Schuhstraße 799, 986.
 Sonnenstraße 47, 664, 686, 1010.
 Sophienstraße 786, 823, 1010.
 Steinweg, 788, 886.
 Stiftsgasse 409, 834.

Straßendurchbruch durch Hintern Brüdern-
Neuerweg 835.

Straßenkreuzung am Fallerlebertor-Thea-
terwall 728.

Südklint 889.

Wallpromenaden 692.

Waterloofstraße 908.

Wendenstraße 221, 1010.

Weststraße 430.

Wilhelmstraße 316, 427, 543.

Wittekindstraße 201.

Wollmarkt 886.

Wolfenbüttelerstraße 693, 1021.

Wülfeworth 316.

Str. 32a, 293.

" 37, 396.

" 38, 293

" 113, 1019.

" 114 b, 1019.

" 151 a, 1019.

" 289, 664, 739.

" 310 a-d

" 311 a } 558.

" 312

" 314

" 318, 398.

" 367, 787.

" 368, 398, 787.

" 423

" 424 } 329, 396.

" 448

" 450

" 434 } 293.

" 435

" 448, 809.

" 505, 254.

" 520

" 520 a } 558.

" 551

" 552 } 416.

" 553

" 547, 446.

" 561, 1019.

" 617 a, 294, 739.

Straßenbahngleise 560, 887, 983, 1018.

Straßenausbau (s. Ausbau).

Straßenbaukosten, Beschwerde wegen Heran-
ziehung zu solchen 37.

Straßenbahn 560, 640, 654, 673, 727,
780, 783, 823, 887, 983, 1018.

Straßenbeleuchtung 47, 52, 203, 210, 214,
324, 595, 596, 648, 654, 664, 684,
686, 691, 727, 728, 1010 u. f.

Straßenpflaster, Zustand desselben an den
Schienen (s. auch Straßenbahngleise)
727, 783.

Straßenpolizeiordnung 73, 124, 197, 654,
727.

Straßenreinigung 39, 73, 124, 300, 641,
663, 672.

Straßenreinigungspersonal 871.

Straßenverunreinigung betr. 73, 124.

Studienanstalt 606.

Stundenlohn der Arbeiter bei der städtischen
Bauverwaltung 313.

Stundenplan in den Bürgerschulen 497.

Taubstumme, Vortrags- und Lichtbilderabende
für solche 400.

Teermafakami, Herstellung desselben auf ver-
schiedenen Straßen 1021

Teilortsbauplan Genehmigung (s. auch Orts-
bauplan-Änderung) 129

Trauerkundgebung beim Tode des Vorsitzenden
Hauswaldt 81.

Trauerkundgebung beim Tode der Ehren-
bürgerin Gräfin Görz-Wriesberg 346.

Trinkersfürorgestelle 916.

Tuberkulosenfürsorge 26, 55.

Turnmehren, Wartung derselben 885.

Turnhalle des Gymnasiums 621.

Umbau des Staatsbahnhofes (s. Bahnhof).

Umbau des Hauses Nöckstraße 13 140.

Umsatzsteuer 21.

Unfall auf städtischen Grundstücken. 729.

Unfallfürsorge 749.

Unfallrente, Anrechnung derselben auf den Lohn
610.

Unständige Arbeiter 616.

Unterkunftshäuschen auf dem Leonhardplage
71, 215.

Unterkunftshäuschen auf dem Franzischen Felde 199.
 Unterkunftshäuschen im Stadtpark 198.
 Unterleiter in Bürgerschulen, Wahl derselben 510.
 Unterricht im Krüppelheim 661.
 Urlaubsgesuche der Lehrer 520.
 Überstundenarbeit der Beamten im Rathause 131.
 Verbindungsbogen zwischen Archiv und Museum 727.
 Vergleichsabschluß, betreffend das Stadt-Archiv 202.
 Verfahren in Unfallsachen 894.
 Verkauf von Grundflächen 201, 397, 787, 799, 908.
 Verkehrsdeputation 561, 649, 754.
 Verkehrsverein 25, 601, 995, 999.
 Vermietung städtischer Wohnungen 439, 809, 904.
 Vertrag mit dem preussischen Eisenbahnfiskus über die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen 334.
 Verträge über Benutzung von Grundflächen zur Legung eines Kanals 398.
 Vertrauliche Sitzungen betreffend 968.
 Verunreinigung der öffentlichen Flußläufe 221, 223.
 Verunreinigung von Straßen (s. Straßen . .)
 Versicherungsamt 894.
 Vervielfältigung von Vorlagen betreffend 318, 323.
 Verwaltungsbericht über Gas- und Wasserwerke usw. 607.
 Verwendung der Überschüsse der Gas- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle 614.
 Viehhof betreffend 370, 532.
 Viehmärkte auf dem Schützenplatze 741, 107.
 Volksbrausebäder 458, 545, 554, 567, 602.
 Volkskindergarten 205.
 Volksküche 65.
 Volkslesehalle 217, 659.
 Vorrangseincäumung einer Leihhaushypothek 441.
 Vorsitzender Hauswaldt + 81.

Wahl der Kommissionen und Deputationen 5.
 Wahl von Vertretern zum Braunschweigischen Städtetage 141.
 Wahl der Vorsitzenden 3, 151.
 Wahlkosten zur Angestelltenversicherung 353.
 Wahlrechtsdemonstration 846.
 Waldsiedlung Wolfsklippen 55.
 Wanderausstellung von Photographien 222.
 Wanderbibliothek des evangelischen Vereins 217.
 Warte für Himmelsbeobachtungen 620.
 Wartezeit der Kraftdroschken 832.
 Wasserabgabe aus der städtischen Wasserleitung 555, 800.
 Wasserdruck 253, 432.
 Wasserrohre 78, 147, 253, 254, 324, 430, 543.
 Wasserrohrtauschung, Unzuträglichkeiten hierbei 611.
 Wasserwerke (Bericht) 607.
 Wehrbeitrag betreffend 811.
 Wendestraße 4 809.
 Werkunterricht in den Bürgerschulen 54, 484, 831.
 Wertzuwachssteuergesetz 269, 348, 349, 350, 526.
 Werner-Grabdenkmal 362, 404, 529.
 Wettbewerb, betreffend Kleinwohnungen 760.
 Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt 789.
 Zentralschulgarten 299.
 Zoll- und Steuerdirektion, Übereinkunft mit dieser weg. Handels- und Viehmessen 1007.
 Zulage, besondere, für die Lehrkräfte an der Hülsschule 874.
 Zulegung einer Fläche zum Stadtgebiet 559.
 Zuschlag zur Grundwechselabgabe 348.
 Zuschüsse an Vereine und Verbände 55, 61, 66, 127, 217, 221, 223, 327, 351, 400, 436, 788, 789, 790, 820, 932, 979, 994, 999.
 Zuschuß an die Handelskammer 55.
 Zuschuß an die Illustrierte Zeitung 637.
 Zuschuß an den Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weßer-Elbe-Kanals 600.
 Zuschuß-Erhöhung für das Museum 979.

Zuschuß für die kaufmännische Fortbildungsschule 400

Zuschuß für den Volkstkindergarten 206.

Zuschuß für Ausstellungen 222, 790.

Zuschuß zu den Einrichtungen von Bade- und Heizanlagen in den katholischen Schulen 797.

Zuschuß zu einer milden Stiftung der Braunschweiger Batterie 126.

Zuschuß zum Besuch von Ausstellungen und Verbandstagen 206, 223, 440.

Zuschuß zum Luftschiffhafen 153

Zuschuß zum Kindergärtnerinnen-Seminar 205.

Zuschuß zum Krankenhaus vom Roten Kreuz 908.

Zwangsent eignungsverfahren 398, 399, 540, 787.

Berichtigungen

(s. auch S. 347).

S. 55, Zeile 21, zu lesen: Handwerkskammer statt Handelskammer.

S. 252, Zeile 2 von unten, zu lesen: 28 statt 18

S. 389, Zeile 7/8, zu lesen: Statutenkommission statt Direktion der Licht- und Wasserwerke.

S. 514, Zeile 11, zu lesen: dem 2 Satz des 2. Abjages statt dem 2. Abjag.

S. 802, Zeile 2 von unten, zu lesen: j oben statt j. vorige Seite.

S. 844, Zeile 19 von unten, zu lesen: S. 815 statt S. 816.

S. 846, Zeile 4 von unten, zu lesen: S. 815 statt S. 816.

S. 982, Zeile 11, zu lesen: 1800 M statt 1500 M.

S. 1010, Zeile 16, zu lesen: Friedrich Wilhelmöplaz statt . . .straße.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. April 1913.



Tagesordnung:

- | | |
|---|---------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1913/14 . . . | Seite 3 |
| 2. Wahl der Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1913/14 und 1914/15 . . . | „ 5 |
| 3. Ermächtigung der Statutenkommission zur Mitwirkung bei der Festsetzung
der Umsatzsteuer | „ 21 |
| 4. Mitteilung des Magistrats über seine Tätigkeit, betr. die Errichtung einer
Hotel-Akademie in Braunschweig | „ 21 |

Verzeichnis

der am 1. April 1913 im Amte befindlichen Stadtverordneten :

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk
1	Altmann, Rob.	Geschäftsführer	3	2	20	Meyerhoff, Joh.	Schlossermeister	2	1
2	Bunge, Friedr.	Friiseur	3	4	21	Mohr, Joh.	Generalagent	2	1
3	Diekmann, Fritz	Wurstfabrikant	2	4	22	Munte, Hans	Konservenfabrikant	2	2
4	Ekhardt, Wilh.	Kaufmann	1	3	23	Ohlendorf, Friedr.	Lagerhalter	3	4
5	Frede, Gustav	Lehrer	2	4	24	Pusch, Ernst	Bankier	2	1
6	Fricke, Louis,	Malermmeister	3	1	25	Rasche, Otto	Architekt	2	2
7	Frühling, Otto	Baurat	1	1	26	Ribbentrop, Kennig	Major a. D.	1	4
8	Göcke, Theod.	Kreis-Zimmermeister	2	2	27	Rieke, Heinrich	Maurei	3	3
9	Gundermann, W.	Fabrikdirektor	1	4	28	Sander, Karl	Malermmeister	2	3
10	Hartung, Ernst	Zustizrat	1	2	29	Schmidt, Karl	Geschäftsführer	3	3
11	Hauswaldt, Herm.	Kommerzienrat	1	1	30	Schulze, Karl	Geschäftsführer	3	1
12	Helle, Karl	Kaufmann	1	3	31	Stegmann, Karl	Geschäftsführer	3	1
13	Hesse, Theod.	Kaufmann	3	4	32	Steinbrecher, Gustav	Arbeitersekretär	3	2
14	Henking, Dr. med.	Sanitätsrat	1	2	33	Voge, Dr. jur.	Rechtsanwalt	2	3
15	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	3	2	34	Weichsel, Dr. jur.	Rechtsanwalt	1	3
16	Klein knecht, Dr. med.	Sanitätsrat	2	3	35	Wesemeier, Aug.	Redakteur	3	3
17	Lange, Bruno,	Fabrikant	1	4	36	Wolters, Dr. jur.	Hoforphanhausleiter	1	1
18	Lauer, Hermann	Zeitungsverlgr.	1	2					
19	Loeschigt, Rob.	Brennereibes.	2	4					

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Edhardt** und **Vange**; die Herren Stadtvv. **Sartung**, **Wesemeier** und Dr. **Boge** erscheinen später.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Ich stelle die Frage an die geehrte Versammlung, ob jemand in ihr älter ist als ich; ich bin im Juni 1842 geboren. — Da sich niemand meldet, so nehme ich als Alterspräsident von diesem Plaze Besitz.

Sieben ist ein Schreiben des Magistrats eingegangen, welches lautet: „Die geehrten Herren benachrichtigen wir ergebenst, daß durch die am 2. d. Mts. stattgehabten Ersatzwahlen für den verstorbenen Hüttendirektor Tiemann der Kaufmann Karl Helle von der ersten Wahlklasse des dritten Wahlbezirks (Wenden- und Petritor) und für den verstorbenen Kaufmann Akenhausen der Lehrer Gustav Frede von der zweiten Wahlklasse des vierten Wahlbezirks (Hohe- und Wilhelmitor) bis Ende März 1917 als Stadtverordnete gewählt sind und die Wahl angenommen haben.“

Neu eingetreten in das Stadtverordnetenkollegium sind die Herren Diedemann, Gundermann, Helle, Lauer, Schmidt, Schulze, Steinbrecher und Dr. Weichsel, die übrigen neugewählten Herren gehörten ja schon vorher unserer Versammlung an. Ich möchte die geehrten Herren, die neu eingetreten sind, bitten, ebenso wie das früher hier der Fall gewesen ist, in ihrer Amtstätigkeit immer das Wohl der Stadt an erster Stelle im Auge zu haben. Ich habe das feste Vertrauen zu den Herren, daß keiner von ihnen hier Sonderinteressen und dergleichen verfolgen wird und jeder bei seiner Tätigkeit hier nur das Wohlergehen seiner lieben Vaterstadt Braunschweig zu fördern sich angelegen sein lassen wird. In dieser Voraussetzung heiße ich die neueingetretenen Herren allesamt in der Versammlung willkommen.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1913/14.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Ich bitte, für die Wahl des ersten Vorsitzenden Vorschläge zu machen.

Stadtv. Friede: Ich beantrage, beide Vorsitzenden, zunächst den bisherigen ersten Vorsitzenden Hauswaldt, durch Zuruf wiederzuwählen.

Stadtv. Niese: Ich habe namens meiner Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir für die Wiederwahl des bisherigen ersten Vorsitzenden nicht stimmen

können, da er in seiner letzten Amtstätigkeit die Versammlung in der Weise vergewaltigt hat, daß er, trotzdem die Geschäftsordnung keine Handhabe dafür gibt, unserm Genossen Stegmann bei der Kritik des Zuschusses für die Polizei das Wort entzog. Wir können nicht zugeben, daß vom Vorsitzenden nicht gestattet wird, daß an die Aufstellung des Etats sich eine vernünftige und im Rahmen des Anstandes sich bewegende Kritik knüpft. Das geschieht in allen Parlamenten, und wir hoffen, daß das auch hier geschehen kann. Einen andern Vorschlag für den Posten des ersten Vorsitzenden will ich nicht machen.

Betreffs der Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden habe ich ebenfalls die Erklärung abzugeben, daß wir auch für die Wiederwahl des Herrn Dr. Wolters nicht stimmen können. Er hatte seinerzeit das Referat über die Freie Turnerschaft, worauf der Hinauswurf der Freien Turner aus den städtischen Turnhallen erfolgte, und wir können annehmen, daß die Folge jenes Referates eine polizeiliche Vergewaltigung der braunschweigischen Arbeiterschaft war, die an 20 000 organisierte Mitglieder zählt. Dagegen müssen wir Protest erheben. Ich schlage als Stellvertreter des Vorsitzenden Herrn Dr. Jasper vor.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Wir sind zunächst bei der Wahl des Vorsitzenden. Es ist Herr Hauswaldt vorgeschlagen — auch Herr Kiefe hat keinen andern Vorschlag gemacht. Soll die Wahl durch Zurfuf stattfinden?

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich widerspreche der Wahl durch Zurfuf.

In der nunmehr vorgenommenen Wahl durch Stimmzettel werden abgegeben: 19 Stimmen für Stadtv. Hauswaldt, 2 für Stadtv. Dr. Wolters und 10 unbeschriebene Zettel.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Demnach ist Herr Stadtv. Hauswaldt als Vorsitzender gewählt. Ich richte die Frage an Herrn Hauswaldt, ob er die Wahl annimmt.

Stadtv. **Hauswaldt**: Ich nehme die Wahl dankend an.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Zum Stellvertreter des Vorsitzenden sind vorgeschlagen die Herren Dr. Wolters und Dr. Jasper.

Die Wahl geschieht durch Stimmzettel. Auf Stadtv. Dr. Wolters fallen 21 Stimmen, auf Stadtv. Dr. Jasper 10 Stimmen. Stadtv. Dr. **Wolters** nimmt die Wahl dankend an, und der Vorsitzende **Hauswaldt** übernimmt den Vorfiz.

Vorsitzender Hauswaldt: Meine Herren. Zunächst danke ich dem Herrn Altersvorsitzenden für seine Mühewaltung. Sodann danke ich auch von dieser Stelle für meine Wahl und bitte sämtliche Herren, mich bei den Funktionen, die mir obliegen, unterstützen zu wollen. Endlich bitte ich alle Herren, versichert zu sein, daß ich nach besten Kräften wie bisher immer sachlich und unparteilich die Versammlung zu leiten und ihre Arbeiten zu fördern bemüht sein werde und das Ansehen der hohen Versammlung überall hochhalten werde.

2. Wahl der Kommissionen und Deputationen für die Jahre 1913/14 und 1914/15.

Vorsitzender: Vorweg möchte ich mitteilen, was bisher an vorbereitenden Schritten für die Wahlen der Ausschüsse und Deputationen geschehen ist. Meine Herren, Sie wissen, daß bis vor einigen Jahren der sogenannte Seniorenkonvent — die sechs der Amtsdauer nach ältesten Stadtverordneten — zusammengetreten ist, um für die Wahlen Vorschläge zu machen. Das ist vor zwei Jahren auf meinen Wunsch unterblieben, weil ich das Empfinden hatte, daß die Mitglieder der Plenarsitzung, insbesondere diejenigen Herren derselben, die nicht an den Beratungen teilnehmen konnten, sich beschwert fühlten durch die Vorschläge, von denen die Wahlen beeinflusst wurden. In diesem Jahre ist nun von verschiedenen Seiten wieder der Wunsch geäußert, daß bei den eingetretenen großen Neuerungen im Bestande der Mitglieder der Versammlung wieder Vorschläge für die Wahlen gemacht werden. Ich habe mir deshalb erlaubt, die sieben ältesten Herren aus dem Kollegium, und zwar diejenigen Herren, die schon seit der Zeit vor 1900 in dem Stadtverordnetenkollegium sitzen, zu einer Vorbesprechung einzuladen. Es sind dies die Herren Riefe, Almann, Dr. Wolters, Meyerhoff, Ribbentrop, Böde und meine Wenigkeit. Die Vorschläge dieser Herren finden Sie in Rot in dem Ihnen vorgelegten Verzeichnis.

Ich werde zum Schluß der Versammlung, wenn wir mit den Wahlen fertig sind, die Frage des Seniorenkonvents noch einmal berühren, möchte jetzt nur feststellen, daß diese Kommission ohne jedes Mandat zusammengetreten ist nur in dem Bestreben, dafür zu sorgen, daß Ihnen Vorschläge vorliegen. Jeder andere Vorschlag, der aus der Versammlung gemacht wird, muß ebenso betrachtet werden wie diese Vorschläge.

Statutenkommission.

Vorsitzender: In der vorbereitenden Kommission wurde — wie ich jetzt gehört habe, fälschlich — mitgeteilt, daß Herr Sander den Wunsch hätte, aus der Kommission auszutreten. Wir haben ihn insolgedessen für die Finanzkommission vorgeschlagen. Jetzt stellt sich heraus, daß es gar nicht dem Wunsche des Herrn San-

der entspricht, in die Finanzkommission zu kommen; er möchte lieber in der Baukommission tätig sein. Es hat uns nichts ferner gelegen, als ihn aus einer Kommission zu entfernen, wir wollten nur seinem Wunsche nachkommen.

Die Art der Wahlen betreffend, möchte ich bitten, es wie bisher zu machen und die Herren, über deren Vorschlag wir uns einig sind, durch Zuzuf wählen, und nur über diejenigen Herren, wo Differenzen in den Vorschlägen auftreten, durch Stimmzettel abzustimmen. Das wird die Wahlen vereinfachen.

Ich frage nun Herrn Sander: Würden Sie in der Statutenkommission, wenn Sie gewählt werden, gern verbleiben? Ich bemerke dazu: In die einzelnen Kommissionen dürfen sich nur Herren wählen lassen, die gewillt sind und auch die nötige Zeit haben, die Arbeit zu leisten. Wer Vorsitzender in den Kommissionen gewesen ist, wird mir recht geben, daß es die Arbeitsmöglichkeit der Kommission schwächt, wenn der Vorsitzende das einem Herrn überhandte Referat nach einem oder zwei Tagen zurückerhält mit der Bemerkung, der Herr müsse verreisen. Ich bitte, bei den Wahlen zu beachten, daß auch Opfer an Zeit und Arbeit von den Kommissionsmitgliedern gefordert werden.

Stadtv. **Sander**: Ich habe gebeten, mich aus der Statutenkommission herauszulassen und mich in die Baukommission zu wählen, nicht aber in die Finanzkommission. Das Arbeitsfeld der Baukommission liegt mir näher als das der Statutenkommission, denn wie die Herren wissen, bin ich Bauhandwerker, habe selbst viel gebaut und bin also in diesen Dingen besser bewandert als in den Sachen der Statutenkommission, wo doch immerhin schwere rechtliche Fragen, wie Hundesteuererlaßgesuche usw., zur Beratung kommen. Wenn ich mich selbst für die Baukommission vorschlage, so werden die Herren darin nichts Auffälliges finden, denn ich habe doch das Bestreben, wenn ich in eine Kommission gewählt werde, dort auch zu arbeiten.

Stadtv. **Niese** schlägt Stadtv. Steinbrecher für die Statutenkommission vor.

Stadtv. Dr. **Henking** bittet, an seine Stelle Herrn Stadtv. Dr. Weichsel zu wählen.

Stadtv. Dr. **Voge** schlägt an Stelle des Stadtv. Sander Stadtv. Gundermann vor.

Die Stadtv. Dr. **Volters**, Dr. **Voge**, **Aßmann**, **Hartung**, **Meyerhoff** werden durch Zuzuf gewählt. In der Zettelwahl für die beiden noch fehlenden Mitglieder dieser Kommission erhält Stadtv. Dr. **Weichsel** 22 Stimmen, Stadtv. **Steinbrecher** 16, Stadtv. **Gundermann** 14 Stimmen, die übrigen Stimmen zerplitterten. Da die Zahl der abgegebenen Stimmen 33 ist,

wird die Wahl für das siebente Mitglied wiederholt. Es erhalten dabei Stadtv. **G u n d e r m a n n** 18, Stadtv. **Steinbrecher** 15 Stimmen.

Finanzkommission.

Die Stadtv. **H a u s w a l d t**, Dr. **W o l t e r s**, **M o h r**, Dr. **J a s p e r**, **V o e s c h i g t** werden durch Zuzuf gewählt. Aus der Versammlung werden vorgeschlagen die Stadtv. **Lange**, **Stegmann**, **Munte Frede**, **Helle**. Im ersten Wahlgange erhält Stadtv. **M u n t e** mit 21 Stimmen, im zweiten Stadtv. **L a n g e** mit 19 Stimmen die Mehrheit.

Baukommission.

Durch einfache Abstimmung werden gewählt die bisherigen Mitglieder der Baukommission Stadtv. **F r ü h l i n g**, **K a s c h e**, **M e y e r h o f f**, **K i e k e**, **B u s c h**, **F r i c k e**. Aus der Versammlung werden für die Wahl als siebentes Mitglied vorgeschlagen die Stadtv. **Schulze**, **Sander**, **Göcke**. Bei der Zettelwahl wird Stadtv. **S a n d e r** mit 18 Stimmen gewählt.

Schulkommission.

Vorsitzender: Da Herr **Mohr** von der vorbereitenden Kommission als Mitglied des Schulvorstandes der städtischen Bürgerschulen vorgeschlagen werden soll, welches eines von den arbeitsreichsten Ämtern ist, wie ich aus langjähriger Erfahrung weiß, so sollte Herr **Mohr** hier entlastet werden und an seine Stelle Herr Dr. **Weichsel** treten. Für Herrn **Bähr** wird Herr **Frede** vorgeschlagen.

Stadtv. Dr. **Weichsel:** Ich bitte, von meiner Wahl zur Schulkommission Abstand zu nehmen, weil ich glaube, nicht dafür geeignet zu sein. Ich schlage an Stelle der Herren **Mohr** und **Bähr** die Herren **Helle** und Dr. **Henking** vor.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich möchte bitten, Herrn Dr. **Jasper** in die Schulkommission zu wählen. Ich habe die Empfindung, daß Sie mit Ihren Vorschlägen für die Schulkommission der dritten Klasse unrecht tun. Wir haben jetzt drei Kommissionen gewählt, und es sind dabei 23 Herren mit Ämtern bedacht; davon gehören der dritten Klasse nur drei an. Ich meine, daß wir die Pflicht haben, auch einen Vertreter der 3. Klasse in die Schulkommission zu wählen. Die Kommission besteht aus fünf Mitgliedern, so daß kein Grund vorliegt, die Vertreter der 3. Klasse von ihr fernzuhalten.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich möchte bitten, an Stelle des Herrn **Bähr** Herrn **Frede** zu wählen. Wir hatten bisher einen Lehrer in der Kommission und haben Herrn

Friede an diese Stelle gebracht, weil wir das als eine Pflicht gegenüber dem Lehrstande betrachtet haben. Ich bitte Herrn Dr. Weichsel, seinen Antrag zurück-zuziehen.

Stadtv. **Voeschigt:** Ich möchte nur feststellen, daß Herr Friede Vertreter der dritten Klasse ist und in der Wahlliste für diese Kommission obenan steht.

Stadtv. **Wejemeier** widerspricht der Wahl durch Zuvuf.

Die Wahl findet durch Zettel statt. Im ersten Wahlgange erhalten die Stadtv. Dr. **Kleinnecht** (24 Stimmen), **Friede** (23), **Eckhardt** (22), **Heile** (17) die Mehrheit, im zweiten Wahlgange Stadtv. **Friede** (19 Stimmen).

Deputation für die Verwaltung des Museums.

Vorsigender: Bei dieser Deputation ist es nicht notwendig, daß die Mitglieder aus Stadtverordneten bestehen, wie Sie auch schon aus den Namen Löbbcke und Lübke sehen. Da Herr Leue sich bisher rege für diese Deputation interessiert hat, so meinte die Vorschlagskommission, daß Herr Leue in der Deputation verbleiben könnte.

Stadtv. **Niese:** Ich hatte an Stelle des Herrn Leue den Stadtv. Karl Schmidt vorgeschlagen.

Durch Zuvuf werden gewählt die Herren Bankier **Artur Löbbcke**, Prof. **Lübke**, die Stadtv. **Hauswaldt**, **Lange**, **Sander**. In der Zettelwahl für das sechste Mitglied erhält Herr Eisenbahnsekretär **Leue** die Majorität (22 Stimmen).

Deputation für die Verwaltung des Archivs und der Bibliothek.

Die bisherigen Mitglieder dieser Deputation Justizrat **Engelbrecht** und Professor **Bergmann** werden durch Zuvuf wiedergewählt.

Deputation zur Vorberatung der Angelegenheiten der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Vorsigender: Wenn wir bei unserer Gepflogenheit bleiben, so sind die Mitglieder der Statutenkommission zugleich Mitglieder dieser Deputation.

Stadtv. **Niese:** Ich hatte an Stelle des Herrn Sander den Herrn Stadtv. Steinbrecher vorgeschlagen.

Vorsigender: Der Name Steinbrecher ist in unsere Vorschlagsliste aufgenommen, weil die Vorschlagskommission Herrn Steinbrecher auch für die Statutenkommission mit vorgeschlagen hatte. Da Herr Steinbrecher nun nicht in die Statutenkommission gewählt ist, so würde er nach unserer Gewohnheit auch nicht in diese Deputation zu wählen sein. — Sind die Herren auch heute damit einverstanden, daß die Mitglieder der Statutenkommission zugleich Mitglieder dieser Deputation sind? — Ich konstatiere, daß Widerspruch nicht erhoben wird. Die Deputation ist damit gewählt.

Gehaltsdeputation.

Durch Zuzuf werden in diese Deputation die Mitglieder der Finanzkommission sowie die Vorsigenden der drei übrigen Kommissionen gewählt.

Deputation zur Leitung des Feuerlöschwesens.

Vorsigender: Herr Dr. Wolters hat gebeten, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen; die vorbereitende Kommission schlägt Herrn Stadtv. Gundermann vor.

Stadtv. **Mohr** schlägt Stadtv. Loeschigk vor.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich möchte Herrn Stadtv. Stegmann vorschlagen. Er gehört der Versammlung etwa acht Jahre an, Herr Gundermann erst seit heute. Dabei gehört Herr Stegmann nicht e i n e r Deputation oder Kommission an; er ist allerdings Vertreter der dritten Klasse. Bei dieser Wahl hätten Sie Belegenheit, die dritte Klasse mit zu berücksichtigen.

Stadtv. **Sander** wird durch Zuzuf in die Deputation gewählt. Bei der Zettelwahl erhalten Stadtv. Loeschigk 13, Stadtv. Stegmann 11, Stadtv. Gundermann 9 Stimmen, also keiner die Mehrheit. Die Wahl wird wiederholt: Stadtv. Loeschigk 13, Stadtv. Stegmann 11, Stadtv. Gundermann 9 Stimmen. In der Stichwahl zwischen Stadtv. **Loeschigk** und Stadtv. Stegmann erhält ersterer die Mehrheit (20 Stimmen).

Schulvorstand für die Bürgerschulen.

Die Kommission schlägt Stadtv. Mohr vor, Stadtv. Kieke den Stadtv. Dr. Jasper. In der Zettelwahl erhält Stadtv. **Mohr** die Majorität mit 23 Stimmen.

Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen.

Vorsigender: Hierfür schlägt die Kommission dieselben Personen vor wie für den Schulvorstand für die städtische Oberrealschule und die Realschule. Der Magi-

strat hat diesen Wunsch ausgesprochen, weil beide Schulvorstände ähnliche Arbeiten haben. Es wird vorgeschlagen, an Stelle des Herrn Probst Herrn Munte zu wählen.

Stadtv. **Frühling:** Ich bitte, auf meine Wiederwahl verzichten zu wollen, und ichlage vor, an meine Stelle Herrn Dr. Kleinfnecht zu wählen.

Stadtv. **Niete** schlägt Stadtv. Wesemeier vor. — Weitere Vorschläge aus der Versammlung: die Stadtv. Dr. Henking und Frede.

Die Stadtv. Ribbentrop und Fricke werden durch Zurf wieder gewählt. Bei der ersten Wahl für die beiden noch fehlenden Mitglieder erhält keiner der Vorgeslagenen die Mehrheit, in der zweiten Wahl wird Stadtv. Dr. Kleinfnecht mit 19 Stimmen gewählt; außerdem erhalten Stadtv. Munte 15, Stadtv. Wesemeier 12 und Stadtv. Dr. Henking 8 Stimmen. In der nun folgenden Stichwahl wird Stadtv. Munte mit 19 Stimmen gewählt.

Vorstand für die katholische Schule.

Vorsigender: Von der vorbereitenden Kommission wird Herr Frede vorgeschlagen.

Stadtv. **Frede:** Ich bitte die Herren, von meiner Wahl Abstand zu nehmen, und empfehle Ihnen, Herrn Sanitätsrat Dr. Henking in den Vorstand zu entsenden, und zwar deshalb, weil es wünschenswert ist, daß auch in dieser Schulleitung ein Arzt ist. In den Schulvorstand für die Mädchenschule und für die Realschulen ist Herr Sanitätsrat Dr. Kleinfnecht gewählt. Ich glaube, daß Herr Dr. Henking als Arzt in diesem Schulvorstande sehr am Plage ist.

Stadtv. Dr. Henking wird durch Zurf gewählt.

Schulvorstand für die städtische Oberrealschule und Realschule.

Gewählt sind die Stadtv. Ribbentrop, Fricke, Dr. Kleinfnecht, Munte. (Vgl. Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen.)

Schulvorstand für die städtische Gewerbeschule.

Die Stadtv. Böcke und Bunge werden durch Zurf gewählt.

Deputation für die Licht- und Wasserwerke und die Pumpstation.

Vorsigender: Für die ausscheidenden Herren Tiemann, Probst und Tolle werden die Herren Gundermann, Lange und Ohlendorf vorgeschlagen.

Stadtv. Dr. **Boge** schlägt Stadtv. Göcke vor,

Stadtv. Dr. **Weichsel** den Stadtv. Helle.

Das frühere Mitglied dieser Deputation Stadtv. **M e n e r h o f f** wird durch Zuzuf wiederergewählt.

Vorsitzender: Können wir ohne Zettel über die Ersatzwahl für Herrn Tiemann abstimmen? Es ist da Herr Gundermann vorgeschlagen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich erhebe Widerspruch und bitte, die drei Herren, die noch zu wählen sind, durch Zettel zu wählen.

In der ersten Wahl erhält Stadtv. **G u n d e r m a n n** mit 19 Stimmen und Stadtv. **D h l e n d o r f** mit 17 Stimmen die Mehrheit, in der zweiten Wahl bei 24 gültigen Stimmen Stadtv. Göcke 12, Stadtv. Lange 8, Stadtv. Ribbentrop 4 Stimmen. In der nun vorgenommenen Stichwahl erhält Stadtv. **G ö c k e** mit 14 von 25 Stimmen die Mehrheit.

Ausschuß für das Schlachthaus.

Stadtv. **Voeshigt:** Da wir jetzt einen Fachmann für das Schlachtergewerbe in unserm Kollegium haben, Herrn Dieckmann, und da Herr Munte sein Amt in diesem Ausschuß gern niederlegen möchte, so bitte ich, statt des Herrn Munte Herrn Dieckmann zu wählen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich darf darauf hinweisen, daß die in der Vorschlagsliste an letzter Stelle genannten Herren, Hofschlachter Karl Froboese und Fleischermeister Hugo Schliebig, nach unserm Schlachthausstatut vom Magistrat gewählt sind. Ich möchte deshalb die geehrten Herren bitten, ihre Wahl nur auf die ersten drei Plätze zu richten.

Stadtv. **Voeshigt:** Ich habe früher der Schlachthausdeputation angehört und weiß, daß die beiden genannten Herren nicht stimmberechtigt sind. Darum ist es nötig, daß ein Fachmann aus unserm Kollegium in die Deputation hineinkommt, der Stimmrecht hat. Ich möchte dringend bitten, den Vorschlag des Magistrats nicht anzunehmen.

Vorsitzender: Herr Voeshigt hat Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht recht verstanden. Der Magistrat macht nur darauf aufmerksam, daß irrtümlich in diese

Liste die Namen Froboese und Schliebitz hineingekommen sind, daß wir also die beiden zuletzt aufgeführten Herren nicht zu wählen haben.

Stadtv. **Niefe** schlägt Stadtv. Schmidt für Stadtv. Dr. Henking vor.

Die Stadtv. **Eckhardt** und **Dieckmann** werden durch Zuvuf gewählt, durch Zettelwahl Stadtv. Dr. **Henking** (21 Stimmen).

Straßenreinigungsdeputation.

Stadtv. **Niefe** schlägt an Stelle des Stadtv. Göcke den Stadtv. Bunge vor,

Stadtv. Dr. **Wolters** an gleicher Stelle den Stadtv. Dr. Henking.

Stadtv. **Sander** wird durch Zuvuf wiedergewählt. Bei der Zettelwahl für das zweite Mitglied der Deputation erhält Stadtv. Dr. Henking 13, Stadtv. Bunge 11, Stadtv. Göcke 9 Stimmen; bei der wiederholten Wahl Stadtv. Dr. Henking 14, Stadtv. Bunge 11, Stadtv. Göcke 7 Stimmen, in der Stichwahl Stadtv. Dr. **Henking** 19, Stadtv. Bunge 14 Stimmen.

Marktdeputation.

Von der vorbereitenden Kommission ist an Stelle des Stadtv. Probst Stadtv. Lauer vorgeschlagen.

Stadtv. **Munte** bittet, von seiner Wiederwahl abzusehen und schlägt Stadtv. Dr. Henking vor.

Stadtv. **Sander** schlägt an Stelle des Stadtv. Munte Stadtv. Dieckmann vor.

Stadtv. Dr. **Henking**: Da schon ein Arzt in der Deputation ist, so ist es doch wohl praktisch, statt eines zweiten Arztes einen andern Herrn zu wählen, vielleicht Herrn Wesemeier.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden werden durch Zuvuf die Stadtv. **Hesse**, **Dieckmann**, Dr. **Kleinknecht** und **Lauer** in die Deputation gewählt.

Deputation für die Aufschließung von Quellwasser.

(Fällt in Zukunft fort.)

Deputation für das Rieselgut.

Die Stadtv. **Loeschigk**, **Göcke**, **Niefe**, **Kentner Ohlmer** und **Kentner Halbe** werden durch Zuvuf gewählt.

Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Begegeld- und Kanalfteuer-Beiträgen.

Durch Zurf werden gewählt die Stadtv. Helle, Gölde, Loefchigf, Eckhardt und Almann.

Deputation für den Bürgerpark und den Stadtpark.

Die Stadtv. Mohr, Frühling, Lauer und Ohlendorf werden durch Zurf gewählt.

Stadtbauamt.

Als Mitglieder werden durch Zurf gewählt die Stadtv. Wefemeier, Munte und Architekt Heinrich Campe, als Stellvertreter die Stadtv. Stegmann, Ribbentrop und Eckhardt.

Quartierbehörde.

Als Mitglieder werden durch Zurf gewählt die Stadtv. Ribbentrop und Wefemeier, als Stellvertreter die Stadtv. Sander und Friede.

Gesundheitsausfchuß.

Stadtv. Kiefe: Ich möchte die Anfrage ftellen, ob der Ausfchuß überhaupt noch lebt?

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann darauf antworten, daß der Ausfchuß, entfprechend feinem Namen, fich einer guten Gefundheit erfreut und in nächfter Zeit zufammenberufen werden wird, fobald Stoff genug zur Verhandlung da ift. Die ftädtifchen Behörden arbeiten aber in diefer Sache fo eifrig, daß für den Ausfchuß fehr wenig zu tun übrigbleibt.

Die bisherigen Mitglieder des Ausfchuffes: die Stadtv. Meyerhoff, Dr. Kleinknecht, Dr. Henking, fowie Buchdruckereibefitzer Aug. Günther, Direktor von Heilich, Kreisbranddirektor Lehmann, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Beckurts, Apotheker Dr. Mehning werden durch Zurf wiedergewählt.

Kommission für Einschätzung der Gewerbesteuer.

Die Stadtv. Sander, Ohlendorf, Bunge und Helle werden durch Zurf gewählt.

Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekurs-Reklamationen.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, von meiner Person Abstand zu nehmen, und schlage dafür Herrn Stadtv. Schmidt vor.

Stadtrat von Frankenberg: Es ist durchaus nicht gebräuchlich, daß vom Magistrat gegen die Vorschläge in bezug auf diese Wahlen, Stellung genommen wird. Ich möchte mir nur gestatten, darauf hinzuweisen, daß es bisher Grundsatz gewesen ist, aus jeder der vier Veranlagungskommissionen je ein Mitglied zu wählen. Soviel mir bekannt ist, gehört Herr Stadtv. Schmidt dem August- und Magnitorbezirke an. Es würde erwünscht sein, neben den Herren Stadtv. Frede, Sander und Mohr einen Herrn in Vorschlag zu bringen, der dem August- und Magnitorbezirk angehört, damit auch dieser vertreten ist.

Vorsitzender: Dann möchte ich Herrn Stadtv. Schulze in Vorschlag bringen.

Die Stadtv. Schulze, Frede, Sander und Mohr werden durch Zurf gewählt.

Deputation zur Verwaltung der Volksbäder.

Vorsitzender: Es wird Ihnen vorgeschlagen, Herrn Tolle wiederzuwählen, da in dieser Deputation auch Herren sitzen können, die nicht Stadtverordnete sind.

Stadtv. Dr. Weichsel schlägt an Stelle des Herrn Tolle den Stadtv. Lange vor.

Stadtv. Dr. Jasper an gleicher Stelle den Stadtv. Bunge.

Die Herren Maurermeister Beckmann, Stadtv. Dr. Henking und Stadtv. Ohlendorf werden durch Zurf wiedergewählt. In der Zettelwahl für das vierte Mitglied dieser Deputation erreichte keiner der Vorgeslagenen die Mehrheit, in der zweiten Wahl wird Stadtv. Lange mit 18 Stimmen gewählt.

Kassenrevisor (für außerordentliche Kassenrevisionen — § 28 der Ordnung des Hauswesens).

Stadtv. Busch wird durch Zurf wiedergewählt.

Stiftungskassen-Kollegium.

Der Vorsitzende, Stadtv. Hanswaldt wird durch Zurf wiedergewählt.

Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements (gewählt für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1914 gemäß § 4 des Statuts Nr. 17).

Durch Zurf werden gewählt bzw. wiedergewählt die Stadtv. Göde, Ohlendorf, Lange, Alßmann, Hesse, Munte, Rentner Friedrich Ohlmer, Rentner Friedrich Halbe, Ökonom F. Dreves, Rentner Scholkemeyer.

Deputation für Prüfung des Bahnhofiprojekts.

Die Stadtv. Frühling, Hauswaldt, Kiefe, Meyerhoff und Professor Lübke werden durch Zurf wiedergewählt.

Deputation zur Revision des Ortsbauplans.

Er erfolgt Wiederwahl der Stadtv. Frühling, Rasche, Göde, Dr. Henking, Meyerhoff durch Zurf.

Kirchenbaudeputation

(fällt in Zukunft fort).

Deputation zur Errichtung eines Schwimmbades.

Die Stadtv. Dr. Wolters, Frühling, Hauswaldt und Rasche werden durch Zurf wiedergewählt.

Deputation zur Vergebung städtischer Bauarbeiten.

Vorsitzender: Da Herr Dr. Wolters bittet, ihn von diesem Amte zu befreien, so wird vorgeschlagen, an seine Stelle Herrn Rasche zu wählen und an Stelle des bisherigen Stellvertreters, Herrn Rasche, Herrn Kiefe.

Dem Vorschlage entsprechend werden die Stadtv. Frühling, und Rasche in die Deputation gewählt und Stadtv. Fricke und Kiefe als Stellvertreter; beide Wahlen geschehen durch Zurf.

Lohndeputation.

Stadtv. Kiefe: Für Herrn Meyerhoff möchte ich Herrn Stadtv. Schulze vorschlagen.

Durch Zurf werden die Stadtv. Sander, Lange, Kiefe, Munte, und durch Stimmzettel Stadtv. Meyerhoff (20 Stimmen) wiedergewählt.

Spielplatzdeputation.

Stadtv. Ohlendorf: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, die Deputation zu vergrößern und statt drei Mitglieder vier zu wählen. Wenn dem nichts entgegensteht, so möchte ich als viertes Mitglied Herrn Schmidt vorschlagen.

Stadtv. Dr. Voge: Gehören außer den Stadtverordneten noch andere Mitglieder zu dieser Deputation?

Stadtrat von Frankenberg: Der Deputation gehören noch an: ein Magistratsmitglied, der Schuldirektor Professor Dr. Kefauß und, soviel mir erinnerlich, ein Herr aus dem Lehrerstande, ich glaube, Herr Professor Hahne.

Vorsitzender: Würden von Seiten des Magistrats Schwierigkeiten gemacht werden, wenn wir die Zahl der Mitglieder dieser Deputation um eins erhöhten?

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube kaum.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung dafür, die Zahl der Deputationsmitglieder nicht zu erhöhen.

Stadtv. Stegmann: Nachdem dieser Antrag abgelehnt ist, bitte ich, an Stelle des Herrn Munte Herrn Steinbrecher zu wählen.

Die Stadtv. Fr ü h l i n g und K a s c h e werden durch Zurfur wieder gewählt, in der schriftlichen Abstimmung über das dritte Mitglied erhält Stadtv. M u n t e mit 20 Stimmen die Mehrheit.

Vorsitzender: Ich habe nun noch etwas vorzutragen. Es kommen im Laufe des Jahres Angelegenheiten vor, bei denen der Vorsitzende und dessen Stellvertreter den Wunsch haben, sich mit Herren aus der Versammlung zu besprechen, um irgendeine Sache zu regeln. Solange ich die Ehre gehabt habe, hier den Vorsitz zu führen, habe ich mir in solchen Fällen damit geholfen, daß ich die Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen eingeladen und mit diesen solche Sachen besprochen habe. Ich habe aber doch die Empfindung, daß darin eine gewisse Willkürlichkeit liegt, und möchte deshalb vorschlagen, daß Sie dem Vorsitzenden gestatten, die sechs dienstältesten Herren aus dem Stadtverordnetenkollegium gewissermaßen als Seniorenkonvent anzusehen und ihn zusammenzuberufen, wenn irgendwelche Fragen auftauchen, die der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter mit einer Anzahl Herren aus dem Kollegium zu besprechen wünscht. Irgendwelche ausschlag-

gebende Beschlüsse werden nie vorkommen; es handelt sich doch immer nur um eine Unterstützung des Vorsitzenden, und ich möchte diese Besprechung auf eine legale Basis stellen, indem Sie Ihr Einverständnis dazu geben. In ähnlicher Weise verfahren ist schon früher.

Stadtv. Dr. Weichsel: Mit der Zusammensetzung des Seniorenkonvents, wie sie der Herr Vorsitzende vorschlägt, ist es eine eigene Sache. Die Herren, die zufällig die ältesten im Amte sind, werden selbstverständlich Personalkennntnis besitzen, aber es kann wohl der Fall eintreten, daß diese ältesten Mitglieder der Versammlung alle einer Kommission angehören. Wenn aber die Vorsitzenden der vier Kommissionen und deren Stellvertreter mit dem Herrn Vorsitzenden zusammentreten, so müssen die genau Bescheid wissen über die Meinung der ganzen Versammlung. Deshalb halte ich diese Art der Zusammensetzung für besser, als wenn man einen Seniorenkonvent zusammenruft.

Vorsitzender: Wir haben es auch schon so gemacht, aber ich halte die andere Weise für richtiger.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Frage derartiger Vorbereitungen, besonders die Vorbereitung der Wahlen, ist schon früher besonderer Gegenstand der Verhandlung hier gewesen, unter anderm im Jahre 1911, als wir vor den Wahlen standen. Es ist richtig, daß es wünschenswert ist, eine Vorbesprechung der Wahlen zu haben. Sie hat aber nur dann Zweck, wenn alle Richtungen, die in der Versammlung vertreten sind, dabei einigermaßen zu Worte kommen. Wenn man das als notwendige Grundlage einer derartigen Besprechung ansieht, dann kann man dem Vorschlage des Herrn Kollegen Weichsel unter keinen Umständen beipflichten. Sie haben, weil Sie hier in der Versammlung in der Mehrzahl sind, sich auf den Standpunkt gestellt: Die Kommissionen und Deputationen überwiegend, ja fast ausschließlich, für uns! Sie haben es bisher regelmäßig auch so gehalten, daß Sie zu Vorsitzenden in den einzelnen Kommissionen und zu deren Vertretern ausschließlich Herren aus Ihren eigenen Reihen genommen haben. Es scheint mir bei der Haltung, die Sie heute an den Tag gelegt haben, kein Zeichen der Wandlung gegenüber früher irgendwie vorhanden zu sein. Das ist ein unzumutbares Verfahren auch von Ihrem Standpunkte aus, indem Sie dadurch die Verhandlungen im Plenum in keiner Weise erleichtern, sondern alles, was Sachliches von unserer Seite vorgebracht werden kann, ins Plenum hineindrängen, denn da werden Sie uns, auch wenn Sie wie bisher nach den Wünschen des Herrn Vorsitzenden verfahren, nicht erreichen, uns mundtot zu machen. Wenn Sie dem Vorschlage Weichsel folgen, dann würden Sie auch diese Vorberatungen ausschließlich sich

reservieren, und deshalb bitte ich, dem Vorschlage nicht stattzugeben. Annehmbar ist schon der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden. Ich gebe aber zu, daß es mehr auf einen Zufall beruht, wer die Ältesten sind, und ich finde den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden auch nur annehmbar, weil zufällig in der Gegenwart auch meine Freunde mit in dieser vorbereitenden Kommission vertreten sind. Ich glaube, wir können in Anknüpfung an diejenige Kommission, die unsere Beschlüsse von heute vorbereitet hat, einen legalen Weg finden, der allseitig genügt, indem wir, weil das Dreiklassenwahlrecht gilt, jede Klasse auch zum Wort kommen lassen, und zwar möchte ich befürworten, daß aus jeder Klasse die beiden dienstältesten Herren mit in den zu bildenden Ausschuß an die Seite des Herrn Vorsitzenden treten.

Vorsitzender: Ich möchte vorweg bemerken, daß es nie der Wunsch des Vorsitzenden gewesen ist, irgend jemand mundtot zu machen. Die Differenz zwischen Herrn Stegmann und mir war rein sachlich. Nach meiner Auffassung war es richtig, die weiteren Ausführungen zu unterlassen, nach anderer Auffassung war es falsch. Sie wissen, daß die menschlichen Ansichten über manche Sachen verschieden sind — das läßt sich nicht vermeiden.

Wegen die Zusammenziehung des Seniorenkonvents nach dem Dreiklassenwahlssystem möchte ich mich denn doch aussprechen, denn nach unserm Geetze und auch nach unsern Gewohnheiten steht es fest, daß der einzelne Stadtverordnete nicht nur seine Klasse vertritt, sondern die ganze Stadt. Ich habe noch vor kurzem Gelegenheit gehabt, zu bedauern, daß die Klassenunterschiede so sind, daß eine Klasse nicht einen Stadtverordneten aus einer andern Klasse hat wählen wollen. Ich möchte davor warnen, nach dem Vorschlage des Herrn Dr. Jasper zu verfahren. Es würde dadurch in unsere Versammlung der Gegensatz der zur ersten und dritten Klasse Gehörigen hineingetragen werden. Ich habe die Sache angeregt, um in der Zukunft eine legale Vertretung der Versammlung zu haben. Findet mein Vorschlag nicht die Billigung der Versammlung, dann müßte ich auch in der Zukunft mir so helfen; besser wäre es aber, wir einigten uns über einen legalen Weg.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich möchte beantragen, zu den Herren, die der Herr Vorsitzende für den ständigen Ausschuß vorschlägt, noch als weitere hinzuzufügen: die Kommissionsvorsitzenden, soweit sie im Ausschuß der Amtsältesten nicht schon enthalten sind. Den Antrag Jasper kann ich aus den Gründen, die der Herr Vorsitzende angeführt hat, nicht billigen, und den Vorschlag Weichsel finde ich nicht richtig, weil die Herren, die in dem Ausschuß vertreten sein sollten, dann nicht darin sind. Für richtig halte ich eine Ergänzung des Seniorenkonvents durch die Kommissionsvorsitzenden.

Stadtv. **Frühling:** Mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden, daß die Ältesten im Amte als Seniorenkonvent zusammentreten, kann ich mich nicht befreunden, denn es ist der reine Zufall, wer jeweils die Ältesten sind, und das entspricht nicht der Wichtigkeit, die der Sache beigelegt werden soll. Ich möchte deshalb den Antrag Weichsel unterstützen, aber in der Erweiterung, daß noch mehr Herren aus der Versammlung direkt hinzugewählt werden, so daß die Zahl der Herren vielleicht auf sieben festgelegt wird. Es kommt nicht darauf an, auch mehr zu nehmen; ich stelle das Ihnen anheim. Es würde mir auch recht sein, wenn wir den Antrag Wolters annehmen, jedenfalls aber müßte eine Zahl bestimmt werden. Einer solchen Kommission könnte auch sehr gut die Vorbereitung der Wahlen übertragen werden. Daß die Kommissionsvorsitzenden in diesen Ausschuß hineinkommen, erscheint notwendig, weil sie am besten wissen, welche Persönlichkeiten in ihren Kommissionen besonders erforderlich sind.

Stadtv. Dr. **Weichsel:** Ich erkenne an, was Herr Dr. Jasper gegen meinen Vorschlag sagte, und möchte mich in der Weise reformieren, daß ich einen Vermittlungsvorschlag mache: Zu den ständigen Ausschüß treten ein die beiden Vorsitzenden, die vier Vorsitzenden der Kommissionen und die drei dienstältesten Stadtverordneten. Kommen bei den letzteren mehrere Gleichaltrige in Frage, so mag das Lebensalter entscheiden.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich gebe zu, daß die Einteilung nach Klassen eine einigermaßen unsichere Grundlage ist, nur ein Notbehelf, um zu ermöglichen, daß auf alle Fälle auch die dritte Klasse vertreten ist. Ich halte die Sache aber nicht für so eilig, daß sie heute übers Knie gebrochen zu werden braucht, und möchte zur Geschäftsordnung beantragen, die Vorschläge zur Bildung des Ausschusses einer Kommission zu übertragen, vielleicht — ohne dem Herrn Vorsitzenden vorgreifen zu wollen — der Statutenkommission. Dieser Kommission, welche sich mit der Bildung des Ausschusses zu befassen haben wird, möchte ich mit auf den Weg geben, welche Aufgaben diesem einzusetzenden Ausschusse obliegen. Nach den Andeutungen des Herrn Vorsitzenden war es eine Kommission, die gehört werden sollte auf Wunsch des oder der Vorsitzenden. Es könnte jedoch der Amts- oder Pflichtenkreis der Kommission durch die Vorbesprechungen genau begrenzt werden, denn Sie werden mir darin nicht ganz unrecht geben, wenn ich sage, daß der Vorstand unserer Versammlung einigermaßen dürftig zusammengesetzt ist: Wir haben lediglich zwei Vorsitzende, aber Schriftführer oder derartiges haben wir nicht. Wir haben schon einen Notfall gehabt, als Herr Dr. Wolters krank war und Herr Hauswaldt Berichterstatter, da war es sehr schwer, eine Leitung der Versammlung zu ermöglichen. Auch hinsichtlich der Kontrolle bei den Wahlvorgängen, wie wir

sie heute gehabt haben, sind wir lediglich auf den guten Glauben und auf das Zutrauen gegenüber dem Vorsitzenden angewiesen, der uns die Stimmzettel vorliest. Ein Bureau, das dort eine Kontrolle im Interesse der gesamten Versammlung ausübt, ist nicht gegeben. Da derartige Fragen an sich erörterungsfähig sind, so wird es zweckmäßig sein, die nähere Vorberatung einer Kommission zu überweisen.

Vorsitzender: Ich bin in der angenehmen Lage, darin mit dem Herrn Vorredner ganz übereinzustimmen, daß die Sache aufgeschoben und der Statutenkommission überwiesen wird, damit diese uns in der nächsten Zeit Vorschläge macht.

Stadtv. Sander: Ich bin nicht klar darüber, was die Einsetzung dieser Kommission bedeuten soll. Soll das ein Parlament im Parlamente werden? Wenn sie amtlichen Charakter haben soll, dann muß sie Stimmrecht haben. Ich weiß nicht, was sie neben den vier Kommissionen noch machen soll.

Vorsitzender: Es lag im Interesse der Versammlung, daß die Wahlen vorbereitet wurden, damit nicht zufällige Namen genannt wurden. Ihr Vorsitzender war nach dem 1. April nicht mehr Ihr Vorsitzender, und wir hatten kein Mandat, die Wahlen vorzubespochen. Wenn Sie die Kommission eingesetzt haben, würde diese die Vorbereitungen in die Hand nehmen können. Ähnlich ist es verschiedentlich gegangen bei Fragen, wo der Vorsitzende oder der zweite Vorsitzende hören wollte, welcher Meinung die Herren über die Verteilung der Arbeiten waren usw. Man kann nicht genau sagen: das und das soll der Kommission obliegen; im ganzen soll es eine Vertretung der Versammlung sein. Ich möchte aus diesem illegitimen Zustande, daß ich einfach Herren auffordere, die kein Mandat haben, heraus und möchte von der Versammlung die Unterlage haben: Wenn du etwas beraten willst, so bitte die und die Herren zusammen. Deshalb nehme ich den Antrag Jasper gern an. — Die Herren sind wohl auch damit einverstanden, daß wir der Statutenkommission die Sache übergeben und sie bitten, in dieser Hinsicht Vorschläge zu machen.

Stadtv. Frühling: Es ist vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß es vor der öffentlichen Sitzung möglich wäre, daß die Herren sich einmal vertraulich über die Sachen, die für die nächste Sitzung vorgesehen sind, unterhalten könnten. Das könnte nur geschehen, wenn die Sachen in der Kommission schon beraten sind und das Resultat dieser Beratung vorliegt. Ich glaube, dieser Wunsch ist nicht ungerechtfertigt. Ich möchte deshalb anheimstellen, es zu ermöglichen, daß ein Tag vor der Sitzung kommissionsfrei bleibt, damit er zu derartigen Zusammenkünften benutzt werden kann. Das könnte geschehen durch Verlegung der Sitzungen der Kommission oder durch Verlegung der Stadtverordnetenitzungen.

Vorsitzender: Wir könnten ja den Mittwoch kommissionsfrei machen, denn der Magistrat müßte bei solchen Besprechungen doch vertreten sein. Die Stadtverordnetenversammlung auf den Freitag zu verlegen, wird schwer sein, da die alte Sitte der Donnerstagsitzungen sich eingebürgert hat. Derartige Fragen könnten wir der neuen Kommission sofort überweisen.

3. Ermächtigung der Statutenkommission zur Mitwirkung bei der Festsetzung der Umsatzsteuer.

Stadtrat von Frankenberg: Ich habe noch zwei dringliche Sachen in dieser Sitzung vorzubringen. Zunächst die Bitte, in Ergänzung der erfolgten Wahl der Finanzkommission, wie jedes Jahr zu beschließen, daß diese Kommission ermächtigt sein soll, sich mit dem Magistrat über die Veranlagung zur Umsatzsteuer zu verständigen. Da in der allernächsten Zeit schon die Veranlagung beginnen soll, so würde es mir lieb sein, wenn Sie heute schon den Beschluß fassen.

Der Finanzkommission wird die beantragte Ermächtigung erteilt.

4. Mitteilung des Magistrats über seine Tätigkeit, betr. die Errichtung einer Hotel-Akademie in Braunschweig.

Stadtrat von Frankenberg: Der zweite Punkt ist folgender: In verschiedenen Zeitungen haben sich in letzter Zeit Nachrichten befunden über die Einrichtung einer Fachhochschule für das Gastwirtsgewerbe (einer sogenannten Internationalen Hotel-Akademie), die nicht immer dem Sachverhalt entsprechen. Insbesondere befindet sich in der mir hier vorliegenden Hotel- und Gastwirtszeitung für das Herzogtum Braunschweig die Bemerkung, daß der Stadtmagistrat Braunschweig die geforderten Bedingungen nicht erfüllt hätte, die darin bestanden hätten, einen Bauplatz kostenlos zur Verfügung zu stellen. „Aber der Stadtmagistrat zeigte kein Interesse für dieses Projekt, und so sind uns die Felle wieder einmal fortgeschwemmt.“ — Sie können sich denken, daß der Stadtmagistrat berechtigterweise Wert darauf legt, gegenüber dieser unrichtigen Darstellung Ihnen eine richtige Darstellung des Sachverhalts zu geben.

Wir hatten von dem Verkehrsverein und von anderen Seiten erfahren, daß die Errichtung einer derartigen Fachhochschule geplant sei, und daß Herr Geheimen Regierungsrat Stegemann seitens des Internationalen Hotelbesitzer-Vereins gebeten wäre, bei den Vorbereitungen für die Gründung mit tätig zu sein. Wir haben uns an den Herrn gewandt und in unserm Schreiben an ihn gesagt: „Da es uns erwünscht wäre, wenn diese Anstalt hier ins Leben gerufen würde, so gestatten wir uns, an Sie das ergebenste Ersuchen um Auskunft darüber zu richten, ob und

unter welchen Bedingungen, die von unserer Seite zu erfüllen wären, mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen ist, daß Braunschweig als Sitz für die Fachhochschule gewählt wird.“ Herr Geh. Regierungsrat Stegemann hat dann die Freundlichkeit gehabt, uns eine Anzahl von Drucksachen über die Angelegenheit zu übermitteln und dabei folgendes am 17. Januar d. J. hinzuzufügen: „Die ganze Einrichtung befindet sich noch in der Vorbereitung, so daß sich nähere Angaben zur Zeit noch nicht machen lassen. Jedenfalls werde ich nicht verfehlen, sobald das projektierte Unternehmen so weit geklärt ist, daß die dortseitigen Fragen beantwortet werden können, dem Stadtmagistrate Mitteilung zukommen zu lassen.“

Ich habe darnach noch Veranlassung genommen, unter der Hand Fühlung zu gewinnen mit Persönlichkeiten, die mit dem Vorstande des Internationalen Gastwirte-Vereins in Verbindung stehen, und auch von der Seite waren mir freundliche Mitteilungen gemacht, so daß der Stadtmagistrat nicht wenig überrascht gewesen ist, als wir vor kurzem — allerdings nur durch die Presse — hörten, es wäre Düsseldorf als Sitz dieser Hotel-Akademie in Aussicht genommen.

Ich glaube, daß dasjenige, was ich mitgeteilt habe, für jeden unbefangenen Beurteiler in der Versammlung und auch für die Einwohner Braunschweigs genügen wird, um festzustellen, daß der Stadtmagistrat sich Mühe gegeben hat, das gewünschte Ziel zu erreichen, daß uns also ein Vorwurf, daß es anders gekommen ist, nicht treffen kann.

Der Herr **Vorsitzende** schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. April 1913.



Tagesordnung:

1. Änderung der Müllabfuhr	Seite 26
2. Längere Offenhaltung der Bedürfnisanstalten auf dem Kohlmarke und Hagen- marke	" 36
3. Beschwerde eines Einwohners gegen die Heranziehung zu Straßenbankosten .	" 37
4. Auswechslung von Gasauptrohren in verschiedenen Straßen	" 38
5. Antrag Penting auf Anstellung von Frauen bei der Reinigung der Fuß- wege	" 39
6. Antrag Frede: Einrichtung von Brehgasbeleuchtung auf dem Straßenzuge Poststraße-Altstadmarkt-Sonnenstraße	" 47
7. Antrag Munte, Schmückung der fünf Nischen im Ostgiebel des Altstadtrat- hauses mit Standbildern	" 53
8. Ankauf von Flächen zum Ausbau der Helenenstraße zwischen Chriatsring und der projektierten Straße 435 a	" 54
9. Verwilligung von Mitteln zur Einrichtung dreier Handfertigkeitsturse . . .	" 54
10. Gewährung von Zuschüssen an die Handelskammer, die Handwerkskammer und den Ausschuß für Tuberkulosefürsorge im Mittelstande	" 55
11. Nachverwilligung von Mitteln zur Besoldung fest anzustellender Nach- lehrerinnen	" 60
12. Erklärung zweier Wegestrecken zu Ditzstraßen	" 60
13. Gewährung eines Zuschusses an den deutschen Reichsausschuß für olympische Spiele	" 61
14. Verwilligung von Mitteln zur Einrichtung des Dienstzimmers für den Fort- bildungsschulinspektor	" 65
15. Schaffung eines verschließbaren Raumes im ehemaligen Standesamtgebäude an der Petersilienstraße	" 65

16. Gewährung eines Zuschusses an das Marienheim	Seite 66
17. Aufnahme einer Klage wegen Forderung des Landwirts Barner aus Bül	" 68
18. Verlängerung des Kanals in der Cellerstraße	" 69
19. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Cellerstraße vor dem Amalienplatze	" 70
20. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Altstadttringes zwischen Broikemerstraße und Madamenweg	" 71
21. Verwilligung von Mitteln für den Betrieb der Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatze	" 71
22. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Ecke Schloßstraße und Lischlägern	" 72
23. Anfrage Vo es ch i g t, betreffend die Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße	" 72
24. Antrag Vo es ch i g t, wegen strengerer Durchführung des § 86 der Polizeiordnung	" 73
25. Anfrage Dieckmann bezüglich der Verjagung seitens des Magistrats, städtische Plätze zum Preisfahren zu überlassen	" 73
26. Antrag Schmidt, betreffend § 11 der Friedhofs- und Begräbnisordnung	" 75
27. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Kadeflint	" 76
28. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatze und am Magnitore	" 77
29. Verlängerung des Wasserrohrs in der Elmstraße	" 78

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Die Herren Stadtverordneten sind vollzählig erschienen.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Schlachtermeisters Alfred Rath, in dem er bittet, die Stadtverordnetenversammlung möge gestatten, daß der Pachtvertrag, den er mit dem Magistrat geschlossen hat, erst vom 1. Juli dieses Jahres ab laufen soll. An den Magistrat ist ein derartiges Schreiben nicht eingegangen. Ich halte es für richtig, dieses Schreiben an den Magistrat weiterzugeben, denn der Antragsteller hat sich doch nur in der Adresse geirrt.

Sodann ist ein Schreiben der Anlieger der oberen Sichtalstraße eingegangen. Sie bitten, daß im Anschluß an die heutige Beratung über die Herstellung von Plattenbelag auf einem Teile der Cellerstraße auch der Ausbau der oberen Sichtalstraße mit in den Kreis unserer Erwägungen gezogen wird.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Herrn E. Schilke, Wilhelmitorwak, für den Verein für Handlungs-kommis von 1858, Hamburg und verwandter Vereine. Sie teilen mit, daß über die Frage des vollständigen Sonntagsladenschlusses eine neue Resolution von einer öffentlichen Versammlung im Wilhelmsgarten gefaßt sei, und bitten, die völlige Sonntagsruhe für Ladengeschäfte und Kontore in Braunschweig einzuführen. — Diese Frage liegt bei uns der Statutenkommission vor. Ich bitte, das Schriftstück zu den Akten der Statutenkommission zu nehmen.

Vom hiesigen Bürgerverein ist folgendes Schreiben eingegangen:

„In der am 18. April dieses Jahres im Bürgervereins-hause abgehaltenen Sitzung des Bürgervereins der Stadt Braunschweig wurde nach eingehender Besprechung der Frage der Änderung der hiesigen Müllabfuhr die Ansicht der Versammlung dahin zum Ausdruck gebracht, daß eine Änderung der Abfuhr unbedingt geboten erscheint, zumal in der Richtung, daß die Gefäße nicht mehr auf die Straße gesetzt werden. Als beste Lösung der Frage erkennt die Versammlung die Einführung des hannoverschen Wechselbodensystems an. Im Interesse der Mieter liegt es, daß die Stadt etwaige Gebühren von den Mietern und Vermietern direkt einzieht.“

Wir nehmen das Schreiben zu den Akten.

Vom Verkehrsverein Braunschweig sind eine ganze Reihe von Bescheidungen der Stadt Braunschweig in vier verschiedenen Sprachen eingegangen. Diese Führer sollen nach auswärts vertrieben werden. Ich lege die eingegangenen Exemplare auf den Tisch des Hauses nieder; sie stehen den geehrten Herren zur Abnahme zur Verfügung.

Ein weiterer Eingang ist ein Schreiben der Herren Otto Gubert u. Co., Berlin-Mixdorf, in dem die Bitte ausgesprochen wird, sie bei Vergabung der Schornsteinbauten, Kesselseinmauerungen, Maschinenfundamente und Kühlanlagen für den Neubau des städtischen Viehhofes zur Konkurrenz aufzufordern.

Eingegangen ist ferner ein Schreiben der Braunschweiger Schwellen-Dübel-Werke J. W. Carl Wilke. Es wird darin gesagt, daß die Firma, durch die Zeitungen veranlaßt, sich mit der Müllabfuhrfrage beschäftigt habe, und Vorschläge macht, die sie zu prüfen wünscht. Sie glaube, damit Anerkennung zu finden, da sie ein vollständig staubfreies System erfunden habe. Beigelegt sind Handskizzen und Blaubilder. Ich lege die Sachen zur Einsicht auf den Tisch des Hauses nieder.

Weiter ist eingegangen eine Zuschrift von der Leitung der Schillfestspiele in Berlin-Schöneberg, die unter dem Protektorate Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Eitel Friedrich in Berlin aufgeführt werden. Die Leitung erklärt sich bereit, die Festspiele auch hier aufzuführen, und wendet sich zu dem Zwecke an die

Stadtverordneten. Da ein gleiches Schreiben an den Magistrat eingegangen ist, nehmen wir das vorliegende unserer Gepflogenheit gemäß zu den Akten.

Von Stadtverordneten sind folgende Anträge eingegangen:

Ein Antrag, an erster Stelle unterzeichnet von Herrn **S t e g m a n n**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen, der Versammlung baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen über Errichtung je einer Bedürfnisanstalt für Frauen und Männer auf dem Burgplatze und auf dem Platze am Magnitore.“

Ein Antrag, unterzeichnet an erster Stelle von Herrn **S c h m i d t**:

„Ich beantrage die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeflint (eventuell Bäckertlint). Diese Bedürfnisanstalt soll räumlich getrennt sowohl für Männer als auch für Frauen eingerichtet werden.“

Ein Antrag, die Friedhofs- und Begräbnisordnung betreffend, von Herrn **S c h m i d t**:

„Beantrage die Abänderung des § 11 dergestalt, daß die Beerdigungszeiten an den Wochentagen während des Sommerhalbjahres von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, im Winterhalbjahr von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statutarisch festgelegt werden.“

Ich werde den Herren nach Erledigung unserer Tagesordnung Gelegenheit geben, die Anträge zu begründen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr Dr. Kleinfnecht zu einer kurzen Bemerkung das Wort.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich habe mir erlaubt, auf die Plätze derjenigen Herren, die Nichtmitglieder des Vereins für Gesundheitspflege sind, einen Bericht über die hiesige Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten zu legen. Da die städtischen Behörden einen erheblichen Beitrag zu der Fürsorgestelle zahlen, so ist es den Herren wohl erwünscht, zu sehen, wie die Fürsorgestelle gearbeitet hat.

1. Änderung der Müllabfuhr.

Stadtv. **Hartung**: Es ist den Herren bekannt, daß wir über die Vorlage bereits einmal verhandelt haben. Der Magistrat hatte auf Grund des Berichtes der Straßenreinigungsdeputation uns eine Vorlage zugehen lassen, die aus dem Anfang Februar datiert ist. In der Vorlage ist auszuführen, daß die Straßenreinigungsdeputation, der ihr gestellten Aufgabe entsprechend, die verschiedensten Abfuhrsysteme für eine sachgemäße Reorganisation der hiesigen Müllabfuhr geprüft

und sich schließlich dahin entschieden hat, das sogenannte Wechselbodensystem, welches auf dem Reichspatent Nummer 173 599 beruht, zur Einführung zu empfehlen. Im einzelnen brauche ich wohl auf dieses System „Müllbehälter mit auswechselbarem Boden“ nicht einzugehen. Bei ihm wird ein einziger oder bei größeren Grundstücken mehrere Müllbehälter im Grundstück aufgestellt und von sämtlichen Bewohnern des Hauses benutzt. Bei der Ausleerung wird das Gefäß von den städtischen Arbeitern in einen mitgebrachten leeren Sack gesteckt, der Boden durch einen am Gefäß angebrachten Mechanismus abgelöst und das Gefäß hochgezogen. Das Gefäß ist ein nach oben etwas zugespitzter Zylinder, so daß der Müll leicht nach unten fällt und im Sack mit dem verunreinigten Boden zurückbleibt. Die Leute befestigen dann einen gereinigten Boden an dem Gefäß, und damit ist das Gefäß wieder fertig zur Aufnahme des neuen Mülls.

Der Magistrat hat sich in seiner Vorlage auf Grund des Berichtes der Straßenreinigungsdeputation für dieses System ausgesprochen, indem er ausführt, daß, wenn etwa eine Reform des jetzigen Müllabfuhrsystems, bei dem man mit Recht an der Form der Müllgefäße Anstoß genommen habe, in der Richtung eintreten würde, daß man die Gefäße einheitlich gestalte, sowie auch mit Deckeln versehen ließe und dergleichen mehr, alle derartigen Maßregeln auf Widerstand stoßen würden, und daß sie auch ästhetischen und gesundheitlichen Bedenken nicht gerecht würden. Es kämen dann in Frage die Systeme, die — wenn ich so sagen darf — mit Spezialwagen arbeiten, bei denen also Kasten benutzt werden, die direkt in die Wagen entleert werden, die mit besonderen Verschlüssen und mit Vorrichtungen versehen sind, durch welche zum Entleeren des Kastens ein Zwischenboden entfernt wird. Das wären Systeme, bei denen allerdings die Staubentwicklung wohl auf ein Minimum reduziert würde; aber die Straßenreinigungsdeputation hat sich gegen derartige Einrichtungen entschieden, weil sie zu der Überzeugung gekommen ist, daß bei allen diesen Systemen die Einrichtungen so kompliziert sind, daß die Verschlüsse nicht dicht halten, und daß insbesondere bei Frostwetter es schwerlich ausbleiben würde, daß der Mechanismus verjagt. Dadurch würden Störungen im regelmäßigen Betriebe unvermeidlich sein, abgesehen davon, daß eine Reinigung der Kasten, insbesondere ihrer Böden, schwierig sein würde. Es werden immer Teile des Mülls im Kasten hängen bleiben und die im Kasten befindlichen Teile durch üblen Geruch belästigend wirken.

Sodann kommt in Frage ein System, welches mit auswechselbaren Gefäßen arbeitet, das Wechselkastensystem, bei dem für das ganze Haus auf dem betreffenden Grundstücke ein Gefäß aufgestellt wird, welches beim Abholen durch ein in der Zwischenzeit gereinigtes zweites Gefäß ausgewechselt wird. Der Magistrat hat sich aber für das Wechselbodensystem entschieden, insbesondere um deswillen, weil

auf den Transportwagen nicht so viele Kasten untergebracht werden können wie gefüllte Säcke, und außerdem bei dem Gewicht der Kasten an totem Gewicht mehr befördert werden muß als bei dem Sacksystem. Es ist ein Verhältnis von 44 : 70 ausgerechnet, das heißt: wenn 44 Zentner Müll mit dem Kastenystem befördert werden können, so können 70 Zentner Müll in Säcken transportiert werden. Abgesehen davon ist auch die Reinigung der Gefäße beim Wechselbodenystem wegen ihrer spizen Form eine wesentlich bessere. Da der Müll nur direkt nach unten zu fallen hat, ist es nicht anzunehmen, daß an den Innenwänden des Gefäßes irgend welche Teile zurückbleiben, und die abgetrennten Böden können von den Arbeitern aufs gründlichste gereinigt werden.

Der mit der Vorlage verbundene Antrag geht dahin:

I. Die Versammlung wolle sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß

1. das Wechselbodenystem in Braunschweig eingeführt wird,
2. die Müllabfuhr eine statutarische Regelung erfährt und obligatorisch gestaltet wird. — Hierzu wird ausgeführt, daß es notwendig sei, die Sache statutarisch zu regeln, weil andernfalls die in Aussicht genommenen Gebühren nicht ohne weiteres gefordert werden können, und es außerdem für ein geregeltes Abfuhrwesen erforderlich erscheint, daß es unter allen Umständen obligatorisch gemacht werde.

3. zur Deckung der der Stadt aus der Müllabfuhr erwachsenden Ausgaben eine Gebühr nach bestimmten Grundjahren erhoben werde.

Die Grundjäre sind folgende: Für jedes Gefäß wird eine Gebühr erhoben, die jährlich festgesetzt werden soll. In der Vorlage sind 20 *M* dafür in Aussicht genommen. Die Gebühr soll von dem Hausbesitzer eingezogen werden, die Mieter aber nach dem Verhältnis des Mietwertes ihrer Wohnungen für die Gebühr mit haftbar erklärt werden, so daß dem Hauswirt ein Rechtsanspruch zustehen würde, seinerseits den anteilmäßigen Betrag von seinem Mieter einzuziehen.

4. Die Mittel für die erste Einrichtung sollen durch eine Anleihe unter noch zu vereinbarenden Bedingungen beschafft werden.

II. Es wird das Ersuchen an die Stadtverordneten gerichtet, den Stadtmagistrat unter zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel zu ermächtigen, die beabsichtigte Änderung durch Beschaffung und Einstellung von 6 Wagen nebst Zubehör einzuleiten, und

III. die aus den bisher angestellten Versuchen erwachsenen Kosten zu 266,20 *M* nachträglich zu Lasten des Kapitels XIV, 4 des ordentlichen Stats zu verwilligen.

Die Statutenkommission hatte derzeit die Sache durchberaten und sich durchgehend mit den Vorschlägen des Magistrats bis auf einen Punkt einverstanden er-

klärt. Es war von mir als dem Referenten der Kommission in der Versammlung hier schon beantragt, daß der Vorbehalt gemacht werden soll, daß die Entscheidung darüber, wie die Kosten der Müllabfuhr in Zukunft zu decken seien, der statistischen Regelung vorbehalten bleiben soll.

Nach der Verhandlung hier im Februar ist die Versammlung zu dem Beschlusse gekommen, die Entscheidung auszusetzen und zunächst den Magistrat zu ersuchen, dem Groß der Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, das Wechselbodensystem in Hannover in praktischer Ausföhrung zu besichtigen. Das ist geschehen, und eine ganze Reihe der Herren hat von der Gelegenheit Gebrauch gemacht. Ich selbst war an dem Tage verhindert, habe aber von den Herren, die mitgefahren sind, mehrfach gehört, daß sie von dem Resultat durchaus befriedigt sind und die Vorzüge des Systems anerkennen.

In der Zwischenzeit ist den Mitgliedern der Versammlung ein oder mehrere Schreiben von Herrn Kollegen Eckhardt zugegangen, worin sich derselbe für ein System ausspricht, welches im wesentlichen auch auf die Wechselkasteneinrichtung hinausläuft. Kollege Eckhardt ist nicht gegen das Wechselbodensystem an sich, meint nur, daß es zu teuer sei, und hat darüber auch eine Rechnung aufgestellt, in der ihm aber nach meiner Ansicht ein Rechenfehler insofern untergelaufen ist, als er nur mit 12 000 Gefäßen bei dem Wechselkastensystem rechnet, während die doppelte Zahl der Gefäße hätte angenommen werden müssen. Der Magistrat rechnet beim Wechselbodensystem mit dieser Zahl richtig, denn die Gefäße sind dabei einfach und nur die Böden doppelt anzuschaffen. — Ich bemerke noch, daß mehrfach von einem Arnstädter System die Rede gewesen ist, welches Herr Emil Frank dem Magistrat und auch in dem Grundbesitzerverein als beachtenswert empfohlen hat, ein System, welches auch auf eine Art Spezialwagen, wie ich sie mir zuerst erlaubte darzustellen, hinauskommt und sich in Arnstadt bewährt haben soll.

Endlich ist den Herren von dem Klempnermeister Vätge ein anderes System empfohlen worden. Es handelt sich auch um ein zylindrisches Gefäß, welches auf dem Grundstück aufgestellt und in einen Sack entleert werden soll. Es hat aber keinen auswechselbaren Boden, vielmehr einen abnehmbaren Deckel und ist mit einer Einrichtung versehen — ein Exemplar der Gefäße steht hier im Saal —, daß es umgekippt werden kann; der Müll soll also durch Umkippen des Gefäßes in den Sack geschüttet werden. Herr Vätge stellt auch eine Rechnung auf, in der er auszuführen versucht, daß sein System wesentlich billiger ist als das Wechselbodensystem. Für sein Gefäß rechnet er einen Preis von 13,50 M , während die Gefäße des Hannoverschen Systems mit 22,50 M in der Vorlage berechnet sind.

Den geehrten Herren ist inzwischen der Bericht der Straßenreinigungsdeputation vom 11. März direkt zugegangen, in welchem sie einerseits auf Grund der Erfahrungen, die sie bei Besichtigung des praktischen Betriebes in Hannover

gesammelt hat, andererseits auf Grund der Erwägung, daß die Entfernung der augenblicklich benutzten Müllabfuhrstätten vor dem Majcheröder Holze eine recht weite ist, zu dem Ergebnis kommt, daß die Müllabfuhr nach dem alten System sich nicht mehr in der bisherigen Weise bewerkstelligen läßt. Insbesondere könnten die Gespanne an einem Tage nicht mehr 3, sondern nur 2 Fuhren ausführen, und da selten für ein Grundstück mehr als ein Gefäß nötig sei, lasse sich die Zahl der Gefäße und Wagen für das neue System geringer annehmen, als es früher geschehen sei. Auf Grund dieser veränderten Gesichtspunkte hat die Straßenreinigungsdeputation eine neue Rechnung aufgestellt, die die Herren in Händen haben. Nach der ersten Vorlage sollten die Anschaffungskosten bei dem neuen System 429 120 *M* betragen und die laufenden Ausgaben 219 000 *M*, nach der neuen Aufstellung werden die Anschaffungskosten mit nur 327 700 *M*, also über 100 000 *M* geringer angesetzt. Als Hauptpunkt kommen für diese Ermäßigung in Betracht: die kleinere Zahl der Gefäße, die von 12 000 auf 10 000 herabgesetzt werden konnte. Da wir ca. 8000 Grundstücke in der Stadt haben und nur in wenigen Fällen mehr als ein Gefäß für die Grundstücke nötig ist, so würde Braunschweig mit 10 000 Gefäßen auskommen. Statt der ursprünglich in Aussicht genommenen 30 Wagen werden nur 23 nötig sein und statt der zuerst vorgesehenen 30 Pferde nur 14. Auch die Stallungen werden entsprechend kleiner zu bauen sein, so daß die angeführte nennenswerte Ersparnis eintritt. Ähnlich ist auch für die laufende Ausgabe eine neue Rechnung aufgestellt. Die Posten für Unterhalt und Erneuerung der Wagen, für Erhaltung und Ersatz der Pferde ändern sich. Außerdem hatte man für Erneuerung der Gefäße früher mit einer sechsjährigen Haltbarkeit gerechnet, während nach den Erfahrungen in Hannover mit einer achttjährigen zu rechnen ist; insolgedessen ermäßigt sich dieser Posten ganz bedeutend. Dadurch, daß nur 23 Wagen nötig sind, wird die Zahl der Arbeiter wesentlich verringert, und es kann ein niedrigerer Betrag dafür eingesetzt werden. Dagegen hat man auch berücksichtigt, daß nach den Erfahrungen in Hannover die Sackreparatur zu gering angerechnet war, man hat sie deshalb von 3000 *M* auf 7000 *M* erhöht. Darnach ergibt sich: Während früher 219 000 *M* angesetzt waren, glaubt man jetzt mit rund 168 000 *M* auskommen zu können; die jährliche Ausgabe ermäßigt sich also um über 50 000 *M*.

Ferner hat die Straßenreinigungsdeputation in ihrem Bericht ausgeführt, daß infolge des Umstandes, daß in Zukunft nur eine zweimalige Tour der Wagen täglich möglich sei, auch bei dem alten Abfuhrsystem eine wesentliche Erhöhung des Fuhrparkes nötig sei. Es würden auch schon jetzt 7 neue Wagen, 14 neue Pferde mit Geschirr notwendig werden, dazu Neubauten im Betrage von 55 000 *M* für Unterbringung der Wagen und Pferde, so daß auch bei Beibehaltung des jetzigen Systems an einmaligen Neueinrichtungen 82 650 *M* erforderlich sein würden.

Ebenso würden die Kosten der Unterhaltung des Betriebes sich bei dem alten Verfahren von rund 78 000 *M* auf rund 123 000 *M* erhöhen.

Diese Aufstellung der Straßenreinigungsdeputation hat in der Kommissionssitzung der Herr Bürgermeister als zuverlässig bezeichnet. Von den 327 000 *M*, die bei Einführung des Wechselbodensystems neu aufzuwenden sein würden, sind aller Wahrscheinlichkeit nach noch wesentliche Abstriche zu machen, und zwar um deswillen, weil inzwischen die Gesellschaft den Preis der Gefäße auf 21 *M* herabzusetzen sich bereit erklärt hat, was eine Ermäßigung von 15 000 *M* ergibt, und außerdem der Magistrat nach den Erfahrungen in Hannover zu der Ansicht gekommen ist, daß er für viele Grundstücke einen kleineren Typ der Gefäße wird anwenden können. So würde sich die Summe auf 310 000 *M* oder rund 300 000 *M* ermäßigen. Andererseits würden für das jetzige System über 82 000 *M* aufzuwenden sein, mithin würde es sich bei Einführung des neuen Systems um eine einmalige Mehrausgabe von 220 000 *M* bis 230 000 *M* handeln. Die laufende Ausgabe würde sich bei dem Wechselbodensystem auf 167 820 *M*, bei Fortsetzung des alten Systems auf 122 820 *M* stellen, so daß eine Differenz von 45 000 *M* angenommen wird.

Die Statutenkommission hat auf Grund dieses Materials die Sache neu beraten. In der Beratung ist zur Sprache gekommen, ob es angezeigt sei, noch weitere Prüfungen von Systemen vorzunehmen, insbesondere der neuen vorgeschlagenen Systeme. Man ist aber auf Grund des Berichtes der Straßenreinigungsdeputation zu der Überzeugung gekommen, daß sich ein solches Vorgehen nicht empfehle, weil auch die neuen Systeme, das des Herrn Erhardt wie auch das Arnstädter, dieselben Mängel haben werden wie andere Wechselkasten- resp. Spezialwagensysteme, und weil insbesondere das System des Herrn Bätge um deswillen nicht empfehlenswert erscheint, weil es unvermeidlich sein wird, daß bei der Entleerung der Gefäße durch Umkippen eine Staubeentwicklung auf dem Grundstück vor sich geht, abgesehen davon, daß man glaubt, eine wesentliche Kostenersparnis sich nicht davon versprechen zu dürfen. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß in der Tat jetzt jedem genügend Gelegenheit gegeben ist, die Vorteile des einen oder andern Verfahrens kennen zu lernen und sich schlüssig zu werden, und sie hat sich deshalb zu dem Beschluß geeinigt, *I h n e n d i e A n n a h m e d e s W e c h s e l b o d e n s y s t e m s i m P r i n z i p z u e m p f e h l e n* (I. 1). Dieser Beschluß ist zwar gegen eine Stimme gefaßt, aber diese Ablehnung durch einen Herrn beruht weniger auf einer Abneigung gegen das System selbst als auf finanziellen Bedenken.

Die Statutenkommission beantragt ferner, zuzustimmen, daß die Müllabfuhr eine *statutarische und obligatorische* Regelung erfahre (II. 2) aus den Gründen, die von dem Magistrat angeführt und von der Kommission als

zutreffend anerkannt sind, ebenso auch zuzustimmen, daß die Mittel der ersten Einrichtung durch Anleihe beschafft werden (I. 4).

Auch dem Antrag II (Einstellung von 6 Wagen) stimmt die Statutenkommission zu, denn es schien uns durchaus angemessen, die Einführung nicht mit einem Schlage, sondern aus praktischen Gründen stückweise geschehen zu lassen, und zwar in der Art, daß zunächst mit 6 Wagen der Anfang gemacht wird.

Schließlich beantragt die Statutenkommission Zustimmung zu III, nachträgliche Verwilligung der bisher erwachsenen Kosten.

Dahingegen war die Statutenkommission der Ansicht, daß die vorgeschlagene Art der Einziehung der Kosten nicht zu billigen sei. Eine Stimme in der Kommission war dafür, daß die Kosten der Müllabfuhr auch in Zukunft, ebenso wie die bisherigen Kosten, durch die allgemeinen Steuern aufzubringen sind. Die Mehrheit der Statutenkommission war aber der Ansicht, daß sich das nicht empfehle, weil möglicherweise eine Erhöhung der städtischen Einkommensteuer um $\frac{1}{2}$ Einheit daraus resultieren würde, und es nicht angezeigt erscheine, daß die städtischen Steuern mit Rücksicht auf erwünschten Zuzug von vermögenden Leuten von außerhalb erhöht würden, und es auch an sich unbillig sei, daß mit einem höheren Einkommen Gesegnete ohne weiteres die Müllabfuhr für andere Leute mit bezahlen, da es sich doch um eine Leistung der Stadt handle, für die eine angemessene Gegenleistung durch den, dem sie zugute kommt, anzufordern sei. Für den Antrag des Magistrats, daß man den Hausbesitzer zum Exekutor macht und von ihm den Betrag einzieht, dagegen es ihm überlassen bleiben soll, seinerseits von den Mietern die anteiligen Beträge beizutreiben, war nur eine Stimme in der Statutenkommission — wie ich nicht verschweigen will, die eines Hausbesitzers, woraus Sie ersehen werden, daß auch unter den Hausagrariern Leute sind, die sich nicht nur von egoistischen Prinzipien leiten lassen. Die Majorität spricht sich gegen den Vorschlag aus, weil es nicht gerechtfertigt erscheint, dem Hausbesitzer eine neue Last aufzuerlegen. Die Müllproduktion entfällt nicht auf das Haus, sondern auf die Familie des Wohnungsinhabers, und es ist nicht einzusehen, warum den Hausbesitzer an sich eine größere Verantwortung treffen soll als die andern Hausbewohner; sie ist bei ihm dieselbe wie bei den Wohnungsmietern. Es wurde auch hervorgehoben, daß es in der Praxis für den Hausbesitzer nicht einfach sein wird, diesen Betrag einzuziehen. Wenn der Hausbesitzer mit einer Prozentberechnung bei den einzelnen Mietern herumgeht, wird er wenig Gegenliebe finden, und es wird ihm gesagt werden, er möge die wenigen Groschen doch selbst bezahlen. Wenn der Hausbesitzer das eine Jahr mit einem Exempel gekommen ist und es sich im nächsten Jahre herausstellt, daß 2 Gefäße für das Haus nötig sind, so wird der Mieter sagen: „Ich lege nichts zu, andere Mieter brennen 6 Öfen, ich nur 2, die sind schuld; laß die die höheren Kosten bezahlen.“ Derartige Weitläufigkeiten

sollen nach Meinung der Statutenkommission den Hausbesitzern billigerweise erspart bleiben. Es wird noch gegen dieses Vergütungssystem an sich anzuführen sein, daß es, bei Licht besehen, auch nicht gerecht ist. Die Aufstellung der Müllgefäße auf dem Grundstück wird doch schließlich nicht bezahlt; ein Brunckgefäß ist es nicht, und mancher Hausbesitzer wird seine Sorge haben, wo er es unterbringen soll. Warum soll derjenige doppelt bezahlen, der zwei derartige Gefäße bekommt? Man nehme den Fall, daß in dem einen Hause sechs Wohnungen, in einem andern sieben Wohnungen sind. Nun wird beispielsweise doch der Grundsatz aufgestellt werden müssen: Für ein Haus mit sechs Wohnungen einen Kasten, für ein solches mit sieben Wohnungen zwei Kasten. Wie wird der Hauswirt seinen Mietern plausibel machen können, daß es richtig ist, daß sie im letztgedachten Hause für zwei Kasten bezahlen sollen. Es ist dem Mieter vielleicht sowieso unangenehm, daß die Erkerwohnung noch vermietet ist, und dann soll er noch doppelt soviel bezahlen als die Mieter in dem Hause, wo sie nicht vermietet ist. Derartige Beispiele lassen ersehen, daß es nicht richtig ist, nach Gefäßen die Vergütung für die städtischen Leistungen zu bemessen. Es kommt nicht darauf an, wieviel Gefäße aufgestellt werden, sondern darauf, daß der Müll abgebracht wird. Welches System die Stadt dafür anwendet, ist dem Mieter und dem Hauswirt zumeist gleichgültig. Ich möchte auch auf den Fall hinweisen, daß in einem Grundstück eine Wohnung leer steht. Was würde die Folge sein? Der Hauswirt wird keineswegs den andern Mietern sagen können: Ihr müßt diesen Teil mit bezahlen. Der Hausbesitzer, der das Pech hat, eine Wohnung leerstehen zu haben, muß dann auch noch Gebühr für Müllabfuhr bezahlen, die gar nicht geleistet wird. Das alles läßt erkennen, daß das System, wie es vorgeschlagen ist, nicht ganz der Gerechtigkeit entspricht.

Die Statutenkommission hat sich dafür ausgesprochen, daß zwar nicht die sämtlichen Kosten der Müllabfuhr, aber doch das durch Einführung des neuen Systems entstehende Mehr gegenüber dem jetzigen Betrag an Unterhaltungskosten durch eine Gebühr abgebracht wird. Es handelt sich bei der Müllabfuhr, wie schon erwähnt, augenblicklich um einen Betrag von rund 78 000 M. und wird sich demnächst bei Einführung des neuen Systems um rund 168 000 M. handeln, mithin um eine Mehrausgabe von jährlich 90 000 M. Diese Gebühr soll aber nicht von den Hausbesitzern eingezogen werden, sondern von den Haushaltungsvorständen. Es ist dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Einzelheiten der statutarischen Regelung vorbehalten bleiben sollen. Ich bemerke, daß dasselbe Verfahren kürzlich in Altona eingeführt ist. Auch da hat man eine einheitliche Gebühr pro Haushaltungsvorstand festgesetzt, und diejenigen Haushaltungsvorstände, die unter 900 M. versteuern, von der Gebühr freigelassen. Die Frage, ob auch bei uns die Einwohner mit den geringsten Einkommen freigelassen

werden sollen, ob etwa eine Staffelung der Gebühr nach der Größe der Wohnungen resp. des Einkommens, die ungefähr auch in der Größe der Wohnungen zum Ausdruck kommt, stattfinden soll, würde demnach einer statutarischen Regelung vorzubehalten sein. Die Statutenkommission beantragt aber, daß schon jetzt prinzipiell ausgesprochen wird, daß die Mehrkosten durch eine Gebühr von den Haushaltungsvorständen direkt begetrieben werden.

Ich referiere dahin: Die Kommission stimmt den Anträgen des Magistrats durchweg zu mit der Abweichung, daß zu I, 3 gesagt wird:

Zur Deckung der der Stadt bei Einführung des Wechselbodensystems erwachsenden jährlichen Mehrausgaben für die Müllabfuhr wird eine Gebühr nach den näheren Bestimmungen des zu erlassenden Statuts von den Haushaltungsvorständen erhoben.

Ganz kurz möchte ich noch auf eins hinweisen: Es ist in der Statutenkommission zur Sprache gebracht, daß in Posen, wo das Wechselbodensystem eingeführt ist, Klagen darüber laut geworden wären. Man ist in der Statutenkommission aber der Ansicht, daß das auf besonderen Umständen beruhen müsse, und daß man auf Grund der Erfahrungen in Hannover daran festhalten müsse, daß das System in der Tat das leiste, was es verspricht. — Ferner ist zur Sprache gekommen, ob man nicht bei dieser Gelegenheit die Einführung des Automobilbetriebes für die Müllabfuhr ins Auge fassen solle. Darüber war die Kommission der Ansicht, daß diese Frage augenblicklich nicht zur Entscheidung reif sei und für einen späteren Beschluß die Entscheidung darüber vorbehalten werden müsse. Es sei auch ohne wesentliche Inkonvenienzen einzurichten, daß man später zu dem Automobilbetrieb übergehen könne, indem statt der ausrangierten Wagen und Pferde nach und nach Automobile angeschafft würden.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, daß wir uns bei der Beratung an die vom Magistrat und von der Kommission vorgeschlagene Einteilung halten. Wir würden über jeden Punkt einzeln abstimmen. — Punkt I steht zur Beratung.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Ich schlage vor, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten, denn es wird sich doch nicht vermeiden lassen, daß über die Frage im allgemeinen gesprochen wird.

Stadtv. **Lauer** (zur Geschäftsordnung): Aus den interessanten Ausführungen des Herrn Referenten habe ich wiederholt vernommen, daß den Herren Stadtverordneten eine Vorlage des Magistrats mit diversen Anlagen zugegangen ist. In dem heutigen Stadtverordnetenkollegium befinden sich acht neue Mitglieder, denen eine derartige Vorlage nicht zugeing. Wir, die neuen Mitglieder, sitzen bei dieser hochwichtigen Frage mit leeren Händen hier, und der Prozentsatz dieser

neuen Herren zur ganzen Versammlung ist 25 Prozent. Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, unter diesen Umständen bei der Beurteilung der Frage zu irgendeinem Resultat zu kommen, denn unsere Kenntnis über die Müllabfuhr haben wir nur aus der Tagespresse erhalten. Ich möchte anheimstellen, zu erwägen, ob die Beratung des Punktes I nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden muß, damit die neuen Stadtverordneten bis zur nächsten Sitzung die Vorlage nachgeliefert bekommen können.

Vorsigender: Ich bedaure unendlich, daß Sie die Sachen nicht nachgeliefert bekommen haben. Ich habe aber kein Exemplar mehr vorrätig gehabt und muß offen bekennen, daß ich nicht daran gedacht habe, daß der Prozentsatz der neu eingetretenen Herren ein so großer ist. Ich stelle den Antrag Lauer zur Beratung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß den Herren wichtige Schriftstücke fehlen. Wenn den Herren die Beratung nicht genehm ist, müßten wir uns dem wohl fügen.

Stadtv. Dr. **Weichsel:** Ich denke, wir könnten uns wohl aushelfen, indem man sich von dem Nachbar die Sachen geben ließe. Wenn man sie einmal durchgelesen hat, so wird das wohl genügen.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich bin anderer Ansicht als der Herr Vorredner. So leicht, wie er sich die Sache denkt, ist sie denn doch nicht, besonders für die Herren, die sich noch nicht näher damit befaßt haben. Es handelt sich nicht bloß darum, die Sachen zu lesen, sondern auch reiflich zu prüfen und hinterher nach bestem Wissen und Gewissen zu einer Entscheidung zu kommen.

Vorsigender: Wenn ich eine Ahnung davon gehabt hätte, daß den Herren die Sachen noch fehlen, würde ich sie noch einmal haben abziehen lassen und ihnen zugänglich gemacht haben. Ich möchte nicht Herren hier zur Abstimmung schreiten sehen, die über die Sachen nicht genügend informiert sind. Ich empfehle, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen; so sehr dringend ist die Erledigung heute nicht.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Dem Vernehmen nach sind die Vorlagen, die wir erhalten haben, alle in den Tagesblättern veröffentlicht, und andere existieren darüber nicht. Vielleicht trägt das zur Aufklärung bei.

Stadtv. Dr. **Voge:** Ich bitte die andern Herren, die neu eingetreten sind, sich zu äußern, ob sie denselben Wunsch haben wie Herr Lauer.

Stadtv. **Schmidt:** Allerdings ist die Anregung des Herrn Lauer insofern richtig, als wir keine Zahlen und auch keine anderen Unterlagen haben und nur

hier sitzen, um das Vorgetragene des Herrn Referenten zu begutachten und die Entscheidung dahin fallen zu lassen, wohin man in dem Augenblick gerade hineigen könnte. Eine gründliche Prüfung der Sache war uns nicht möglich, und auch wir hätten den Wunsch, in Besitz der Vorlagen zu kommen.

Vorsitzender: Es ist ein unglücklicher Zufall; wir müssen die Sachen von neuem abziehen lassen und den Herren zugänglich machen. Ich bitte die Herren, die der Ansicht sind, daß die Beratung für heute von der Tagesordnung abgesetzt wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist bei weitem die große Mehrheit.

2. Längere Offenhaltung der Bedürfnisanstalten auf dem Kohlmarkte und Hagenmarkte.

Stadtv. Mohr: Der Bürgerverein richtete vor einiger Zeit an den Magistrat die Bitte, zu veranlassen, daß die Bedürfnisanstalten für weibliche Personen auf dem Hagenmarkte und Kohlmarke, welche zurzeit nur bis 7 Uhr abends geöffnet seien, bis 10 Uhr oder wenigstens bis 9 Uhr zur Benutzung offen bleiben. Er begründete das damit, daß zur Zeit eines regen Verkehrs, z. B. in der Weihnachtszeit, wo die Geschäfte bis 10 Uhr abends offen sind, die Benutzung der Bedürfnisanstalten über 7 Uhr abends hinaus sich als notwendig erweise.

Bislang waren die Bedürfnisanstalten im Sommer von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und im Winter von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet. Die städtische Bauverwaltung, der die Sache zur Begutachtung vorlag, empfiehlt, die Bedürfnisanstalten sowohl im Sommer als auch im Winter bis 9 Uhr abends und außerdem in den 2—3 Weihnachtswochen bis 10 Uhr abends offen zu halten. Die Mehrkosten betragen pro Jahr für die Vergütung an die Wartefrauen, für Heizung und Licht 570 *M*, während die Mehrkosten bei einer Offenhaltung im Winter und Sommer bis 8 Uhr, was nach Ansicht des Magistrats genügen würde, nur 350 *M* betragen würden. Der Magistrat ersucht demnach, der Offenhaltung der beiden Bedürfnisanstalten auch während der Wintermonate bis 8 Uhr abends zuzustimmen und die daraus erwachsenden Kosten von 350 *M* zu Lasten des Kapitels IX des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Finanzkommission ist etwas anderer Ansicht. Sie glaubt, daß die Bedürfnisanstalten mindestens bis 8½ Uhr geöffnet sein müssen, denn die meisten Geschäfte werden um 8 Uhr geschlossen, und sowohl die Käuferinnen wie die Verkäuferinnen werden, wenn überhaupt, in der Zeit nach 8 Uhr die Bedürfnisanstalten benutzen müssen. Außerdem ist nicht zu bestreiten, daß in der Zeit von 8 bis 9 Uhr der Verkehr auf der Straße an sich noch ein sehr reger ist. Die Finanzkommission einigte sich schließlich dahin, der Versammlung zu empfehlen, zu beschließen,

daß die Bedürfnisanstalten durchweg bis abends 9 Uhr geöffniet sein sollen, und die daraus erwachsenden Mehrkosten bis annähernd 570 M — es wird nicht ganz soviel betragen, weil die Weihnachtswochen dazwischenfallen, wo sie sowieso länger offengehalten waren — zu Lasten des Kapitels IX des ordentlichen Stats zu verwilligen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrag der Finanzkommission.

3. Beschwerde eines Einwohners gegen die Heranziehung zu Straßenbaukosten.

Stadtv. Frühling: Herr Franz Nahde hat an unsere Versammlung eine Eingabe gerichtet, in der er sich über den Magistrat beschwert, weil er glaubt, daß der Magistrat ihm in seinen Rechten zu nahe gekommen sei. Er stellt den Antrag: Hohe Versammlung möchte sich seiner annehmen und veranlassen, daß der Magistrat ihm sein Recht gewährt.

Das Tatsächliche in dieser Eingabe besteht darin, daß die Anlieger der Schunterstraße seinerzeit, als die Straße ausgebaut werden sollte, sich zusammengetan haben, um den Ausbau zu beschleunigen, und daß durch den Maurermeister Passier für diese Anlieger ein Vertrag mit dem Magistrat über den Ausbau der Straße geschlossen ist. Wie sonst diese Verträge üblich, so ist auch dieser Vertrag in gleicher Weise aufgenommen. Die Stadt führt die Herstellung und Pflasterung der Straße aus, und der betreffende Unternehmer hat dafür eine Kaution zu stellen, von der er hernach die Ausführung zu bezahlen hat. Der Maurermeister Passier hat sich seinerzeit wieder gesichert, daß die Anlieger die auf sie entfallenden Beträge bezahlen, indem er separate Verträge mit ihnen abgeschlossen hat, wonach ihm die Anlieger einen Teil der Kaution zu stellen hatten. Zu diesen Anliegern gehört auch Herr Nahde, und sein Grundstück ist inzwischen von ihm an den Magistrat verkauft. In dem Kaufvertrag ist, wie das bei Kauf von Grundstücken gewöhnlich geschieht, gesagt: Die Straßenbaukosten für die Schunterstraße übernimmt der Käufer. Aus diesem Zusatz im Vertrag forderte Herr Nahde, daß der Magistrat auch eintrete in die Verpflichtung aus dem Vertrage, den er mit dem Unternehmer Passier geschlossen hat, daß also die Stadt nun ihrerseits die Stellung eines Teils der Kaution zu übernehmen hätte. Von diesem Vertrage mit Passier ist aber bei Abschluß des Kaufvertrages mit Nahde nicht die Rede gewesen und nichts darauf Bezügliches in den Vertrag aufgenommen. Der Magistrat steht nun auf dem Standpunkte, daß aus der Bestimmung: „Der Käufer übernimmt die Straßenbaukosten“ nicht gefolgert werden kann, daß er in den Vertrag, den der Magistrat mit Passier über die Stellung der Kaution geschlossen hat, einzutreten hätte.

Die Baukommission hat die Sache sehr eingehend beraten, ist den Gründen des Magistrats beigetreten und ist auch der Meinung, daß ohne weiteres nicht aus dem Kaufvertrage hervorgehe, daß die Kautionseistung auf die Stadt übergehe, also Grund nicht vorliege, sich über die Maßnahme des Magistrats zu beschweren. Andererseits hat die Baukommission auch darauf Rücksicht genommen, daß Herr Nahde sich in einer verhältnismäßig schwierigen Position befindet. Sein Grundstück liegt an drei Straßen, so daß er für alle drei Straßen Kaution und Straßenbaukosten zu bezahlen und hohe Beträge dafür aufzuwenden hat. Deshalb hat die Baukommission gemeint, wenn ihm der Magistrat, trotzdem das abweichend ist von dem Vertrage, die Kaution für die Straßenbaukosten der Schunterstraße zurückzahlen wolle, die Versammlung dem zustimmen könne. Ohne weiteres würde der Magistrat nicht in der Lage sein, abweichend von dem Kaufvertrage, den die Stadtverordneten genehmigt haben, in einen andern Vertrag einzutreten. Aus diesen Gründen schlägt die Baukommission Ihnen vor, zu beschließen:

Die Versammlung lehnt das Ansuchen des Herrn Nahde ab, da es durch die Tatsachen nicht begründet erscheint. Sie erklärt sich aber bereit, für den Fall, daß der Magistrat beschließen sollte, im vorliegenden Falle die Unternehmerkaution, soweit sie Herrn Nahde betrifft, abweichend von dem Vertrage schon jetzt zurückzahlen, dem zuzustimmen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

4. Auswechslung von Gashauptrohren in verschiedenen Straßen.

Stadtv. **Mohr**: Die Deputation zur Verwaltung der Gaswerke hat in ihrer Sitzung vom 6. März beschlossen, zur Erzielung einer besseren Gasversorgung die alten 50 mm-Gasrohre auszuwechseln und durch 80- oder 100 mm-Rohre zu ersetzen. Das soll in folgenden Straßen geschehen: 1. Steinstraße und Bankplatz, 2. Marstall, 3. Maschstraße, 4. Husarenstraße, 5. Kleiner Exerzierplatz, zwischen Bültentweg und Pockelsstraße, 6. Luisenstraße. Die Kostenanschläge liegen hier vor, sie betragen insgesamt 11 200 M. Der Stadtmagistrat gibt anheim, der beantragten Erneuerung der Gasrohre zuzustimmen und die 11 200 M zu diesem Zwecke zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke bewilligen zu wollen. — Der Finanzkommission hat diese Sache vorgelegen, und sie empfiehlt Ihnen, diesem unbedingt notwendigen Wechsel der Gasrohre zuzustimmen. Es wird hoffentlich auch auf den Straßen, wo noch zu enge Rohre liegen, die Auswechslung nach und nach vorgenommen, so daß auf diese Weise in den betreffenden Gegenden wieder auf bessere Gaszuführung gerechnet werden kann.

Stadtv. Dr. **Weichsel:** Kann nicht angegeben werden, welches der Grund dieser Maßnahmen ist? Ist es die veränderte Qualität des Gases oder der größere Gaskonsum der betreffenden Gegenden?

Stadtv. **Mohr:** Es wird hauptsächlich deshalb geschehen, um einen besseren Druck zu erzielen und dadurch eine bessere Beleuchtung zu schaffen. Die Herren wissen, daß wir früher, als wir nur englische Kohle zur Gaserzeugung verwendeten, ganz andere Gasverhältnisse gehabt haben als jetzt, wo unsere billigeren deutschen Kohlen zur Verwendung kommen. Außerdem haben wir zu leiden unter den Benzolzusatz-Rückständen, die den Rohren anhaften, vor allen Dingen auch in den engen Rohren, die noch in verschiedenen Straßen liegen. Man wird durch Auswechslung dieser an sich minimalen Röhre von 50 mm Weite, die vielleicht für frühere Verhältnisse genügten, als das Gas zu Kochzwecken noch nicht Verwendung fand und nur zur Beleuchtung diente, aber jetzt nicht mehr, erreichen, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Der Auswechslung der Gasrohre wird zugestimmt, und die geforderten Mittel werden bewilligt.

5. Antrag Henking auf Anstellung von Frauen bei der Reinigung der Fußwege.

Stadtv. Dr. **Boge:** Der Antrag Henking lautet: „Der Stadtmagistrat wolle eine Anzahl geeigneter Frauen, etwa sechs, bei der Straßenreinigung beschäftigen, damit eine bessere Reinhaltung der Fußwege, besonders in den Hauptverkehrsstraßen erzielt wird.“

Die Statutenkommission hat sich mit dem Zwecke, den der Antrag verfolgt, im allgemeinen einverstanden erklärt. Es soll durch diesen Antrag erreicht werden, daß neben der schon jetzt stattfindenden Reinigung der Straßen in den Hauptwegen der Stadt nochmals eine Nachlese stattfindet, so daß gewissermaßen ständig in den Hauptstraßen sich Angestellte der Stadt bewegen, um dort Abfälle von Obst und sonstige Verunreinigungen der Straßen, durch Papier oder besonders die durch die Hunde, zu beseitigen und dadurch mit zu helfen, die Stadt sauber zu halten. Die Kommission stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß es zweckmäßig ist, daß der Magistrat sich mit der Straßenreinigungsdeputation ins Einvernehmen setzt, und daß dabei auch erwogen wird, ob das Personal, soweit es Männer sind, vermehrt oder ob Frauen hinzugezogen werden sollen. Die Kommission faßt daher ihren Antrag dahin zusammen: Den Magistrat zu ersuchen, zur besseren Reinhaltung der

Fußwege, besonders der Hauptverkehrsstraßen, das Straßenreinigungspersonal zu vermehren, eventuell Frauen dazu zu beschäftigen." Ich gebe anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Vorsigender: Der Antrag weicht von dem Antrag Henking insofern ab, als er verallgemeinert.

Stadtv. **Fride:** Ich erkenne das Gute des Antrages des Herrn Kollegen Dr. Henking gern an. Er wird sich damit bei den Frauen, die auf solche Beschäftigung rechnen, in ein angenehmes Licht setzen. Dennoch kann ich mich nicht dazu verstehen, zu dem Antrag Ja zu sagen, und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben unsere Straßenreinigungsdeputation und haben Leute, die die Reinigung bisher recht gut ausgeführt haben. Warum sollen wir Frauen dazu anstellen? Sie können sich in der Haushaltung beschäftigen und finden, wenn sie wollen, noch genügend Beschäftigung als Ausgeherinnen und bei Arbeiten, die den Frauen mehr zukommen als die Beschäftigung auf der Straße. Sie sind schon ihrer Kleidung wegen nicht dazu geeignet. Ich frage: Warum soll man Frauen zur Straßenreinigung heranziehen, wo wir reichlich Männer zur Verfügung haben, die eine Familie zu ernähren haben und froh sind, wenn sie Arbeit bekommen? Wenn sich die Notwendigkeit herausgestellt hat, die Straßenreinigung zu verbessern, dann ist es richtiger, anstatt der Frauen, die jetzt mitbeschäftigt werden sollen, Männer anzustellen. Ich bitte die Herren, demgemäß abstimmen zu wollen.

Bürgermeister **Meyer:** Reinlichkeit ist schön und auch in den Straßen der Stadt schön, und ich will der letzte sein, der widerspricht, wenn eine bessere Reinigung herbeigeführt werden soll. Ich glaube aber, bei der Straßenreinigung hat das seine Grenzen. Wir haben zu bedenken, daß die Kosten der Straßenreinigung durch Berücksichtigung aller vorgebrachten Wünsche erheblich anschwellen werden. Man müßte doch erst einmal erwägen, ob nicht mit den vorhandenen Mitteln das zu erreichen ist, was angestrebt wird. Die älteren Herren aus dem Kollegium werden sich erinnern, daß im vergangenen Jahre eine Vermehrung des Straßenreinigungspersonals stattgefunden hat; für die Innenstadt sind 4, für die Außenstadt 3 Personen mehr angestellt. Der Grund war derselbe, der dem heutigen Antrage zugrunde liegt; man will die während des Tages verursachten größeren Verunreinigungen entfernt sehen. Die Herren haben derzeit den Wunsch ausgesprochen, daß man diese Reinigung zweimal am Tage vornehmen möchte, und zwar in der Innen- und Außenstadt. Das geschieht zurzeit auch, und es ist jetzt möglich, daß nicht nur die Fußwege dieser Nachreinigung unterzogen werden,

sondern auch die Bahnhöfe. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß die Straßenreinigungsdeputation in der Innenstadt und die Bauverwaltung in der Außenstadt das vorhandene Personal so leiten kann, daß die jetzt geäußerten Wünsche erfüllt werden. Ich meine, wenn neben der gründlichen Reinigung der Straßen der Innenstadt in der Nacht und der Straßen der Außenstadt am Tage eine zweimalige Nachreinigung stattfindet, so müßte das hinreichen. Ich erkenne an: Man kann dauernd in jeder Straße Leute beschäftigen, um jede kleine Verunreinigung zu beseitigen, aber das scheint mir doch zu weit zu gehen. Ich bin in einer ganzen Reihe anderer Städte gewesen und muß gestehen, im Vergleich mit der Reinigung anderer Städte schneidet Braunschweig gut ab. Es würde wohl genügen, wenn Sie dem Magistrat zur Erwägung verstellen, ob etwa zwecks einer besseren Reinigung der Fußwege Änderungen getroffen werden müßten, eventuell auch durch Vermehrung des Personals. Ich glaube, dadurch wird dem Wunsche der Versammlung vollauf genügt.

Stadtv. Diedmann: Als ich die Tagesordnung sah, habe ich mich über den Punkt 5 gefreut, denn ich glaubte, daß er dahin ginge, eine schnellere Beseitigung des Pferdedungs herbeizuführen. Ich will nichts gegen die Straßenreinigung in hiesiger Stadt sagen, aber doch habe ich häufig die Beobachtung gemacht, daß das längere Lagern des Pferdedungs, besonders auf Asphalt und bei regnerischem Wetter, vielfach die Ursache ist, daß Pferde stürzen. Ich habe erst neulich in kurzer Zeit hintereinander zwei solche Fälle angesehen und möchte bitten, falls das Personal vermehrt wird, insbesondere darauf hinzuwirken, daß der Pferdedung schneller beseitigt wird, oder falls dies dem freien Wettbewerb überlassen wird, dafür mehr Personen zuzulassen.

Stadtv. Niele: Jedem Fortschritt, der geboten ist, mag er in irgendwelcher Beziehung liegen, will ich gern die Hand bieten. Daß es aber in dieser Beziehung notwendig wäre, die Frauen auf der Straße zu beschäftigen, dagegen muß ich mich entschieden verwahren. Es scheint so, als wenn der Herr Antragsteller das frühere Braunschweiger Braumerssche Abfuhrwesen, bei dem die Dredjette beschäftigt war, studiert hätte. Dergleichen Zustände sind doch längst überwunden, und wir haben keinen Grund, sie wieder einzuführen. Wenn es sich nötig macht, die Straßen mehr zu reinigen, weil die Fußwege bei feuchtem Wetter schludrig werden, dann ist es am Platze, daß das die Männer von der Straßenreinigung besorgen. Wir haben Invaliden in Menge, und wenn wir davon genug Leute beschäftigen, dann sparen wir an Armenunterstützung. Die Leute verdienen dann redlich ihren Unterhalt und brauchen nicht zu danken. Wo es noch so viele Männer gibt, die Be-

beschäftigung suchen, braucht man in der Weise nicht vorsorglich für die Frauen einzutreten. Diejenigen, die es nicht nötig haben, werden sich nicht dazu hergeben, für die braucht man nicht zu sorgen, es gibt für sie andere Beschäftigung, die für sie besser paßt. Wenn ich mir andere Großstädte vergegenwärtige, wo die Frauen barfuß oder in Pantoffeln den Steinträgern die Steine zutragen, wie in Breslau, so hat mir das nicht gefallen. Oder wenn ich an Staßfurt denke, wo Schlot an Schlot steht und von dem Auswurf der Schornsteine die Fußwege alle Tage schlackerig werden: da ist es nötig, daß alle Tage die Fußwege gereinigt werden. Das haben wir hier nicht zu befürchten. Und für den Pferdedung haben wir „Naturforscher“ genug, die sich darum bemühen, die es nötig haben, für Schrebergärten oder Landbesitzer ihn zu sammeln. Vergleichen Zustände, wie Herr Diekmann erwähnte, habe ich noch nicht bemerkt. Das einzige Mangelhafte ist, wo Besserung not täte, daß nicht ordentlich gesprengt wird, wenn geseggt wird. Wenn die Staubwolken dabei in die Höhe gehen, dann leiden darunter auch die Wohnräume. Ich habe mich gefreut, als ich nach der Sitzung ging: Ich habe auf dem Steinwege nasse Stiefel bekommen und habe gemerkt, daß auf dieser Straßenstrecke gesprengt war. Das ist eine große Seltenheit, und es ist doch so nötig, weil von der Theaterpromenade und von der Kaiser-Wilhelmstraße her der ganze Staub den Steinweg entlang nach dem Bohlweg zu fährt. Würde das Sprengen der Straßen mehr berücksichtigt, dann hätten wir auch nicht so viel Staub beim Kehren auf den Straßen. Aber für eine Beschäftigung der Frauen bei der Straßenreinigung kann ich mich nicht erklären.

Stadtv. Frede: Ich glaube, Herrn Dr. Henking ist es ganz gleich, ob Frauen oder Männer für die bessere Reinigung herbeigezogen werden, und wenn er gewußt hätte, daß sein Vorschlag bezüglich der Frauen solches Aussehen erregen würde, so würde er den Antrag anders gefaßt haben; es wird ihm nur auf eine vermehrte und verbesserte Reinigung der Straßen angekommen sein. Und die ist dringend nötig. Eine Wirkung von der vorjährigen Maßnahme habe ich nicht verspürt, und ich bin nicht in der Lage, dem zuzustimmen, daß die Parallele, die der Herr Bürgermeister zwischen anderen Städten und Braunschweig aufgestellt hat, so zugunsten Braunschweigs ausfällt. Ich glaube, daß Braunschweig eine der schmutzigsten Städte ist von denen, die ich gesehen habe. (Widerspruch.) Das bezieht sich nicht allein auf den Pferdedung, sondern auch auf die Übelstände der jetzigen Müllabfuhr. Ebenso ist die Verunreinigung der Wege durch die Hunde sehr unangenehm; nun, die Hundepelage geht wohl durch die höhere Besteuerung der Hundehaltung etwas zurück. Ich würde mich freuen, wenn die Straßenreinigung besser würde, und möchte empfehlen, sich Dresden darin zum Muster

dienen zu lassen. Dort habe ich Leute mit zweirädrigen Karren gesehen, nicht zwei Angestellte für jede Straße, aber für ein bestimmtes Gebiet. Ich habe mich bei einem Stadtrat, der in unserer Begleitung war, darnach erkundigt und erfahren, daß diese Reinigung durchaus nicht teuer kommt. Dabei sind die Straßen wie ge-
 seckt und machen einen schönen Eindruck.

Stadtv. Hartung: Ich muß mich im ganzen dem Herrn Vorredner anschließen. Ich bin auch der Meinung, daß es namentlich mit der Reinigung der Trottoire nicht sehr gut bestellt ist. Wer das nicht glauben will, möge sich nur an den Theaterwall und namentlich in die Gegend der Gaußstraße und der Jerusalemstraße verirren. Was da an Hundexkrementen ständig zu sehen ist, spottet jeder Beschreibung. Und dann der häßliche Anblick der vielen Papierfegen, die zu beseitigen der Antragsteller besonders bezweckt hat. Wenn bisher etwas geschehen ist, so ist es jedenfalls nicht ausreichend gewesen. Was den Punkt betrifft, den Herr Diekmann vorgebracht hat, so sind mir derartige Zustände nicht bekannt, aber wenn die Reinhaltung der Fahrbahn selbst durch vermehrte Kolonnen nicht hat ausgeführt werden können, so kann es nicht wundernehmen, wenn auch die Trottoire zu wünschen übriglassen. Ich glaube, daß der Antrag der Kommission begründet ist, und bitte, ihn anzunehmen.

Stadtv. Schmidt: Eine Verbesserung im Straßenreinigungswesen wird überall befürwortet werden. Wie die Dinge im allgemeinen liegen, so wird die Sache hier viel zu systematisch behandelt. Es gibt eine ganze Reihe Straßen, wo der Staub trocken wird und dann hochwirbelt. Es mangelt an Sprengung, oder es wird nur in zu großen Zwischenräumen gesprengt. Das ist auch eine Verunreinigung der Straßen. Wie in anderen Städten müßte auch in Braunschweig dem Wunsche Rechnung getragen werden, daß Sammelstellen für die umherliegenden Dinge eingerichtet werden. Ich glaube, daß es nützlich wäre, eine Anzahl von Papierkörben besonders an freien Plätzen aufzustellen, wo jeder einzelne das Recht hat, Papier und Abfälle hineinzutun und sich nicht darauf verläßt, daß die Personen, die dafür angestellt sind, es besorgen. Im allgemeinen würde eine Verbesserung der Straßenreinigung damit verbunden sein, daß die Trottoire mehr gesprengt und durch Wasser gesäubert würden. Das trifft besonders zu, wo Asphalt ist. Man findet an solchen Stellen bei Niederschlägen, daß die Fahrbahn schlüpfrig ist. Da habe ich in Berlin, Stettin und Halle gesehen, daß man an solchen Tagen sofort Kies gestreut hat, wodurch ein Ausrutschen verhindert wird. Ich bin der Meinung, einer Verbesserung der Straßenreinigung müßte man auf alle Fälle zustimmen, besonders wenn es sich darum dreht, daß solche Übelstände,

wie sie erwähnt sind, beseitigt werden. Besonders bitte ich zu erwägen, ob es nicht nötig ist, Papierföhrbe auf den Straßen anzubringen.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich habe mit meinem Antrage keineswegs gemeint, daß die Straßenreinigung in Braunschweig eine mangelhafte sei; davon bin ich weit entfernt. Herr Bürgermeister Meyer hat mir eine Meinung untergeschoben, die ich gar nicht geäußert habe. Ich habe nur die Auffassung geteilt, daß die Reinigung der Fußwege, und zwar die der hauptsächlich begangenen Straßen, immer noch, trotz der vermehrten Anstellung der Arbeiter, zu wünschen übrigläßt. Diese Ansammlung von Apfelsinen- und Bananenschalen, die die Passanten so leicht zum Ausrutschen und besonders Kinder und alte Leute in Gefahr bringen, ferner der viele Hundeschmutz und die Papierseken haben mich veranlaßt, den Wunsch zu äußern, man möge die Kolonne der Fußwegreiniger verstärken. Ob das gerade Frauen sind, für die sich Herr Friede gar nicht erwärmen kann, oder ob es Invaliden sind, wie es Herr Riese will, das ist mir im Grunde gleich. Ich habe nur geglaubt, daß eine Menge älterer alleinstehender Witwen gern sich ein Scherflein dadurch verdienen würde, und ihre Beschäftigung wird nicht so teuer kommen, als wenn wir Männer dafür zur Verfügung stellen. Ich habe dabei noch betont, daß diese Arbeit für die Frauen doch wohl nicht zu schwer sein würde. Daß die Straßenreinigung im ganzen durch Frauen ausgeführt werden sollte, daran habe ich nicht gedacht. Meiner Meinung nach sollte die Stadt in Bezirke eingeteilt werden und jede der Kolonnen Anweisung bekommen, mit ihrem Material durch bestimmte Straßen zu gehen und für Reinigung der Fußwege zu sorgen. Jetzt sind sechs Mann damit beschäftigt, zweimal außerhalb der gewöhnlichen Reinigung die Wege zu passieren und zu reinigen. Wenn außerdem die betreffenden Leute eine kleine Abzeichnung haben, nicht aber eine Stadtmütze aufsetzen, sondern vielleicht eine Binde tragen, im übrigen aber Waschlleidung tragen, so ist nur mit wenigen Kosten zu rechnen. In erster Linie denke ich an die Hauptverkehrswege, würde mich aber freuen, wenn auch die Seitenstraßen von größerem Schmutz befreit werden. Ich bitte die Herren, dem Antrage der Kommission, der wohl etwas weiter geht als der meinige, zuzustimmen.

Stadtv. **Loeschigt**: Ich kann es nicht verstehen und muß es bedauern, wenn hier gesagt wird, daß unsere Straßenreinigung so schlecht ist, wie es Herr Friede hingestellt hat. Herr Friede hat Dresden als Beispiel herangezogen. Ich habe Gelegenheit gehabt, Dresden zweimal in kurzer Zeit hintereinander zu besuchen. Da sind die Verhältnisse ganz anders als hier. Da ist das Publikum nicht allein für Reinigung, da ist es auch gegen die Verschmutzung der Straße. Sehen Sie sich einmal hier unsere Damen und unsere Jungen auf der Straße an! Die sollten

wissen, daß sie Apfelsinen- und Bananenschalen nicht auf die Straße werfen dürfen, und daß sie das Straßenbahnbillett nicht im Wagen liegen lassen, sondern einweilen in die Tasche stecken sollen. Wer in Dresden so etwas tut, wird vom Schutzmann angehalten. Auch in unserer Straßenpolizeiordnung steht: Wer die Straßen beschmutzt, wird bestraft, und diese Bestimmung wird in Dresden strenger gehandhabt. Wer in Berlin ohne Hutnadelchutz geht, oder wer in andern Großstädten Papier oder Fruchtschalen auf die Straße wirft, wird vom Schutzmann aufgeschrieben. Das passiert bei uns selten. Sehen Sie sich die Haltestellen der Straßenbahn an! In Dresden stehen Papierkörbe dort; hier mag eben gefegt sein, so fliegen gleich wieder die Billetts herum. Wenn erst einmal die Bürger sich selber erziehen würden und nicht erst durch die Polizei dahingebracht werden müßten, dann würde es wohl auch hier besser aussehen. Am Montag stand ich vor dem Petritor, an der Weiche der Straßenbahn. Diese war von der Straßenbahn gereinigt und der Schmutz in die eben gefegte Straße hineingeworfen. Das darf die Straßenbahn auch nicht, der Straßenbahnwärter hat dazu seine Karre mit! Lassen Sie uns unsere Mitbürger erziehen, daß sie mit dafür sorgen, daß die Straßen nicht so beschmutzt werden. Unsere Straßenreinigung in Braunschweig ist gewiß nicht schlecht. Daß sie Mängel hat, will ich zugestehen. Das haben Sie aber in jeder Stadt. Hier handelt es sich auch noch darum — wie ich schon am Montag gesagt habe —, daß es zu bedauern ist, daß unsere Straßenreinigung nicht einheitlich ist, daß sie geteilt ist zwischen Innen- und Außenstadt. Wenn die eine Verwaltung Vorwürfe bekommt, so hat die andere schuld, und im allgemeinen heißt es: die städtische Straßenreinigung. Ganz so schwarz wie Herr Frede sehe ich nicht. Unsere Straßenreinigung ist nicht so schlecht, als wenn wir kein Geld dafür ausgäben. Wer so lange in der Straßenreinigungsdeputation gesessen hat wie ich, der weiß, daß sich die Herren auch Mühe gegeben haben, sie vorwärts zu bringen. Herr Rieke erinnerte daran, daß früher der Privatunternehmer Brauwers und Dreckdortchen die Straßenreinigung ausführten; jetzt tut die Stadt, was sie kann. Daß sie hier und da etwas mehr tun kann, mag sein, aber alle Einrichtungen sind doch unvollkommen. Jetzt sollen wir nun Frauen in der Straßenreinigung anstellen. Früher hieß es: Die alten Männer, die ins Männerasyl gehören, sollen die Straßen fegen. Jetzt haben wir eine gesunde Kolonne Straßenreiniger, und dazu sollen wir Frauen anstellen? Das geht nicht! Wenn es not tut, was hier gesagt ist, dann wollen wir Männer anstellen und dem Magistrat die Mittel geben, daß er Ordnung schafft. Aber nochmals möchte ich sagen: Mögen die Bürger selber dafür sorgen, daß die Straßen nicht unnötig beschmutzt werden.

Stadtv. Ribbentrop: Ich komme im Laufe des Jahres weit im Reiche herum und sehe mir dabei auch die Straßenreinigung an; aber jedesmal, wenn ich eine

Stadt besucht habe, habe ich mich gefreut, daß ich sagen konnte: Bei Euch sieht es doch besser aus! (Bravo!) Braunschweig ist nach meiner Ansicht eine der am prospersten gehaltenen Städte im ganzen Reiche. Daß kleine Verschmutzungen der Straßen vorkommen, daß Hunde und Pferde sich unnütz machen, das ist in München, Dresden und andern Städten genau dasselbe, und mit dem Fortbringen ist es auch genau so. Es ist eben unmöglich, die Straßen ständig rein zu halten. Wenn jemand eine derartige Kleinigkeit auszuzeigen findet, dann hängt er es an die große Glocke: und sagt: „Wie sieht es bei uns aus!“ Daß keine Apfelsinenschalen, Stachelbeerschalen und Kirschkerne mehr auf der Straße liegen, das erreichen Sie nie, ob Sie nun Frauen oder Männer anstellen. Solche Sachen müssen besonders fortgeschafft werden, und dann ist es gut. Nach meiner Meinung würde es richtig sein, über den Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Es haben sich noch zum Wort gemeldet die Herren Sander und Meyerhoff.

Es stimmen nur 7 Stadtverordnete für Schluß der Debatte, die Besprechung wird fortgesetzt.

Stadtv. **Sander:** Ich möchte mich als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation auch gegen die Ausführungen des Herrn Frede wenden. Es ist mir unverständlich, wie Herr Frede eine derartige Anklage erheben und Braunschweig als in einem solchen Zustande befindlich schildern kann. Es ist ja leider vielfach Gepflogenheit, die eigenen Einrichtungen möglichst herunterzuziehen und andere Städte in ein gutes Licht zu setzen. Als solches muß ich auch die Ausführungen des Herrn Frede betrachten. Seinerzeit als wir von der geehrten Versammlung nach Dresden zur Hygieneausstellung geschickt wurden, haben sowohl der Herr Oberbürgermeister wie Herr Böke und ich unser ganz besonderes Augenmerk auf die Reinhaltung der Straßen in Dresden geworfen, haben Vergleiche angestellt und sind zu der Überzeugung gekommen, daß mit der Reinlichkeit in Dresden unsere Straßen mindestens konkurrieren können. Wir sind auch in Magdeburg und Hannover gewesen und haben uns jedesmal darüber ausgesprochen, daß wir mit unserer Straßenreinigung besser daran sind. Es ist mir unerklärlich, daß derartige Vorwürfe kommen können, und ich möchte sie in gebührendem Maße zurückweisen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Ausdruck des Herrn Frede ist schon mehrfach gerügt. Auch ich weiß nicht, wie Herr Frede dazu kommt. So wie mir Herr Frede bekannt ist, schwärmt er immer dafür, Braunschweig als eine reinliche Stadt hinzustellen, zum Beispiel gegen Hannover und andere Städte. Ich kann mir nur denken, daß

ihm das Wort unbedachtſam entſchlüpft iſt. Zu der Frage ſelbſt möchte ich bemerken: Ich gehöre zu denen, die in der Kommiſſion nicht dafür waren, Frauen das Amt zu übertragen, und da kam die ſamoſe Stadtmütze zur Erwägung, die von Herrn Dr. Henking angeführt wurde. Ich habe in der Kommiſſion geſagt: „Wenn ein Straßenreiniger die Dienſtmütze trägt, dann iſt er gekennzeichnet, er braucht keine Uniform. Wie wollen Sie das aber einrichten mit den Frauen bei den jezt ſtets wechſelnden Damenmoden?“ Wenn jezt die berühmte Stadtmütze angeführt wird, ſo halte ich das für deplaciert. Ferner habe ich mich in der Statutenkommiſſion energiſch dagegen ausgeſprochen, Frauen für dieſen Dienſt anzustellen, ich habe auf München hingewieſen und andere Städte, wo ſie Handlangerdienſte tun und bei der Straßenreinigung helfen, wo ſie Weichenſteller bei der Straßenbahn ſind. Wer die Kehrweiber in München geſehen hat, iſt jedenfalls nicht davon erbaut. Man ſieht ſie ja in den fliegenden Blättern und ähnlichen Zeitungen genügend abgebildet. Es wurde deſhalb der Weg gewählt, den der Herr Referent vorgetragen hat. Ich bitte, ſtimmen Sie dem Kommiſſionsantrage zu.

Stadtv. **Frede:** Inſolge des Widerſpruchs von einigen Seiten muß ich nochmals das Wort ergreifen. Herr Loeſchigk hätte nach dem, was er vorher äußerte, eigentlich darſtellen müſſen, daß in Dresden ſchmutzige Zuſtände herrſchen, aber er hat nur beſtätigt, was ich behauptet habe. Wenn nun Herr Loeſchigk und Herr Sander als Mitglieder der Straßenreinigungsdeputation die Braunſchweiger Straßenreinigung in Schutz nehmen, ſo finde ich das begreiflich. Mein Ausdruck, daß Braunſchweig eine der ſchmutzigſten Städte iſt, iſt ja recht ſcharf geweſen. Aber die Herren wiſſen, daß es vorkommt, daß in der Hitze des Gefechts einmal ein Ausdruck ſchärfer wird, als er gemeint iſt. Er iſt hervorgerufen durch die Behauptung des Herrn Bürgermeiſters, der ſagte: Braunſchweig ſei eine der ſauberſten Städte. (Zuruf: Iſt es auch!) Das kann ich nicht unterſchreiben, und ich habe darin Beſtand gefunden durch Herrn Juſtizrat Hartung und durch andere Herren auch.

Stadtv. Dr. **Henking:** Ich ziehe meinen Antrag zugunſten des Kommiſſionsantrages zurück.

Der Kommiſſionsantrag wird angenommen.

6. Antrag Frede: Einrichtung von Preßgasbelendtung auf dem Straßenzuge Poſtſtraße-Altſtadtmarkt-Sonnenſtraße.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag Frede lautet folgendermaßen: „Die Verſammlung wolle beſchließen, den Magiſtrat zu erſuchen, auf tunlichſt baldige Verſehung

des Straßenzuges Poststraße=Altstadtmarkt=Sonnenstraße mit Preßgasbeleuchtung Bedacht zu nehmen.“

Die Baukommission hat die Sache beraten und war einstimmig der Meinung, daß es richtig sei, diejenigen Straßen, die einen starken Verkehr aufzuweisen haben, insbesondere die Straßen, die vom Zentrum direkt nach der Außenstadt führen, mit einer besseren Beleuchtung zu versehen als Straßen, wo weniger Verkehr herrscht. Der Magistrat war derselben Meinung und äußerte sich auch dahingehend. Es ist auch von der Versammlung schon ein derartiger Standpunkt eingenommen, indem wir die Beleuchtung der Kallersleber- und Wendenstraße mit Preßgas beschlossen haben. Die Einführung der neuen Beleuchtung auf diesen Straßen hat aber bisher immer noch nicht ausgeführt werden können, weil immer noch Erhebungen im Gange sind über den Preis der Preßgasbeleuchtung im Vergleich zu der elektrischen Beleuchtung. Aus diesem Grunde war der Magistrat der Meinung, daß der Antrag in der Form, wie er gestellt ist, wohl nicht richtig sei. Wie Sie wissen, haben wir in letzter Zeit den Konzessionsvertrag der elektrischen Straßeneisenbahngesellschaft verlängert, und es sind in diesen Vertrag andere Bedingungen als bisher für unsere Straßenbeleuchtung eingefügt. Es muß nun noch genau festgestellt werden, welche Beleuchtungsart die billigere für uns sein wird. Erst dann wird der Magistrat Stellung zu dem Antrag nehmen. Die Baukommission empfiehlt daher, den Antrag in der Form Frede, aber mit dem Zusatz „oder mit elektrischem Licht“ anzunehmen.

Stadtv. Bunge: Der Antrag des Herrn Frede ist mir von vornherein sehr sympathisch gewesen, aber ich habe hier eines vermißt, nämlich daß man die Beleuchtung nicht auch über den Hohetorwall hinweg bis zur Hohetorbrücke verlängern wolle. Das ist doch der Straßenzug, der bedacht werden soll, und der Verkehr dort ist groß. Wenn Sie dort abends gehen, so werden Sie sehen, daß Automobile, Lastwagen, die Straßenbahn usw. miteinander kreuzen, und daß es für das Publikum schwer ist, im Dunkeln sich keiner Gefahr auszusetzen. Ich möchte bitten, da noch Erwägungen über elektrische oder Preßgasbeleuchtung angestellt werden sollen, daß der Magistrat mit hierauf Rücksicht nimmt, daß der ganze Straßenzug bis zur Hohetorbrücke mit besserer Beleuchtung versehen wird.

Nun stehe ich allerdings auf dem Standpunkte, daß man gar nicht erst lange Erwägungen anstellen solle, welches wohl die billigere Beleuchtung ist, die durch Preßgas oder Elektrizität, sondern daß man der Neuzeit entsprechend die Beleuchtung einrichtet und mitgeht, wo die Elektrizität in der ganzen Welt sich siegreich Bahn bricht. Fast auf jedem Dorfe hat man jetzt elektrisches Licht und elektrische Straßenbeleuchtung. Da könnte man wohl in einer Stadt wie Braunschweig auch dazu übergehen, unsere Straßen mit elektrischem Licht zu versehen. Ich möchte

den Magistrat bitten, daß er seine Erwägungen nicht zu lange hinauszieht, da der Verkehr auf der Sonnenstraße usw. bei der schlechten Beleuchtung und dem schmalen Trottoir tatsächlich gefährlich ist, sondern daß einfach der Straßenzug mit elektrischem Licht versehen wird.

Stadtv. Lauer: Ich bin der Ansicht, daß man bei Neuanlagen eine solche Art der Beleuchtung wählen sollte, der die Zukunft gehört, und das ist diejenige des elektrischen Lichtes. Man hat genügend Gelegenheit in Braunschweig, z. B. auf dem Ruhfäutchenplatze, sich davon zu überzeugen, daß die Beleuchtung durch Preßgas keineswegs genügt. Eine gleiche Beleuchtung würde natürlich auch bei dem Altstadtmarkt nicht genügen. In dem Beleuchtungsweisen liegt überhaupt im Braunschweigischen eine Neuerung vor, die bekanntlich darin besteht, daß das Herzogliche Staatsministerium dem Kreis-Kommunalverbände die Erlaubnis erteilt hat, die Dörfer um Braunschweig herum mit elektrischer Energie zu versorgen. Würden wir zu Preßgas übergehen, dann würden wir in der Hauptstadt des Landes uns mit Preßgasbeleuchtung begnügen, wohingegen wir in den Dörfern der Umgebung das wunderschönste elektrische Licht können erstrahlen sehen. Ich bin der Meinung, man soll in dieser Richtung nicht nach dem Preise fragen, sondern einfach ohne weiteres dem Zukunftslicht, der imponierenden elektrischen Vogenlampe, die allein eine moderne Beleuchtung liefern kann, und nicht dem Preßgas den Vorzug geben.

Oberbürgermeister Helemeyer: Ich bedaure, erklären zu müssen, daß der Stadtmagistrat diese Ansicht nicht teilt. Wir werden lediglich fragen müssen: Was ist für die Stadt das Vorteilhafteste? Obgleich die Vorteile der elektrischen Straßenbeleuchtung nicht zu unterschätzen sind, so gibt es doch eine Menge Leute, die das Preßgas dem elektrischen Licht vorziehen. In mancher Beziehung ist diese Beleuchtung eine angenehmere als bei den gelben Laternen, die über der Straße hängen. Ich gebe aber zu, daß dies mehr nebensächlich ist. Die Hauptfrage bleibt: Wobei steht sich die Stadt am besten? Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß es einen sehr wesentlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Ergebnisse der beiden Gaswerke haben würde, wenn wir jetzt sofort dazu übergehen würden, die Stadt elektrisch zu beleuchten. Wir haben aus der Straßenbeleuchtung eine Einnahme von 200 000 M für die Gaswerte und haben das Gaswerk auf der Taubenstraße unter Aufwendung von 1 Million Mark so ausgeführt, daß es dem Bedürfnis genügen kann. Alle diese Fragen würden wir prüfen müssen. — Nun hatte der Stadtmagistrat den Stadtverordneten schon eine Vorlage wegen Beleuchtung der Wenden- und Fallersleberstraße mit Preßgas zugehen lassen. Diese Vorlage ist aber in der Finanzkommission beanstandet. Die Herren wollten — und das mit

Recht — eine vergleichende Übersicht haben über die Kosten der Preßgas- und der elektrischen Beleuchtung. Diese zu geben, ist uns augenblicklich nicht möglich, weil wir — wie den Herren bekannt ist und vielleicht auch Herr Lauer weiß — kürzlich hier eine größere Verhandlung darüber gehabt haben, ob wir das Lichtwerk übernehmen oder beschließen sollen, einen neuen Vertrag mit dem Lichtwerk einzugehen, nach welchem neue Grundsätze in dem Verhältnis der Stadt zu dem Lichtwerk Platz greifen. Neue Grundsätze sind auch bezüglich der Straßenbeleuchtung in dem Vertrage enthalten. Es ist uns nicht möglich, die neue Berechnung jetzt anzustellen, weil der Vertrag noch nicht vom Staatsministerium genehmigt ist.

Wenn man übrigens meint, daß überall, wo es irgend geht, der elektrische Strom für Straßenbeleuchtung bevorzugt wird, dann möchte ich doch demgegenüber anführen, daß man in Berlin das Gegenteil sehen kann. In den Hauptverkehrsstraßen sind allerdings eine Menge elektrischer Bogenlampen aufgehängt, aber große Straßenzüge auch neuerdings mit Preßgasbeleuchtung versehen, z. B. die Königgräberstraße. Auch in andern Städten habe ich gesehen, daß die Preßgasbeleuchtung erhebliche Fortschritte macht. Die Einrichtungen, die wir dafür getroffen haben, reichen aus, daß wir erheblich mehr Preßgaslaternen als jetzt speisen können, denn der Kompressor ist reichlich groß gewählt. Ich würde es nicht für richtig halten, wenn die Herren Stadtverordneten sich auf den Standpunkt des Herrn Lauer stellen: „Mag kommen was will, der Magistrat möge die elektrische Beleuchtung einführen.“ Ich kann auch nicht versprechen, daß der Magistrat darauf eingehen wird.

Herrn Bunge möchte ich erwidern, daß in der Kommission schon erwähnt ist, daß die Ausdehnung der Beleuchtung bis zur Brücke oder über die Brücke hinaus in Aussicht zu nehmen sei, was auch wohl als ein berechtigter Wunsch anzuerkennen ist.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich möchte bitten, bei Einführung der besseren Beleuchtung auch ihre Ausdehnung auf die Breitestraße mit in Erwägung zu ziehen. Ich glaube doch, es wird nicht verkannt werden können, daß gerade die Straßen, die von dem Zentrum nach der Peripherie führen, eine bessere Beleuchtung verdienen, und auch die Breitestraße ist in diesem Sinne als Hauptverkehrsstraße mit aufzufassen.

Stadtv. Dr. **Weichsel**: Die Bedenken, die vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragen sind, haben wir ungefähr in derselben Weise gehört, als die Preßgasbeleuchtung auf der Münzstraße eingeführt werden sollte. Ich muß bekennen, die Preßgasbeleuchtung ist für mich eine große Enttäuschung gewesen. Es ist ein Unikum, wenn die Geschäftsleute sagen müssen: „Die Beleuchtung, die uns die

Stadt liefert, genügt unserm Geschäftsinteresse nicht, wir beleuchten auf unsere Kosten die Straße besonders.“ Das ist ein schlagender Beweis, daß die gelieferte Beleuchtung in der heutigen Zeit nicht mehr genügt. Man kann auch als Laie ohne weiteres sagen, daß das elektrische Licht dem Gaslicht überlegen ist. Die Frage im einzelnen bedarf selbstverständlich genauerer Erwägung, ich fürchte aber, wir sind in dieser Beziehung etwas sehr engherzig gewesen. Was dem Gaswerk entgeht, wird durch den steigenden Kochgasverbrauch wieder wettgemacht, wie die Erfahrung der Jahre gezeigt hat, und von dem, was an elektrischer Energie zur Straßenbeleuchtung gebraucht wird, bekommt die Stadt auch ihren Vorteil vom Lichtwerk. Deshalb meine ich, brauchen wir nicht so ängstlich zu sein. Der Antrag, wie er von Herrn Sander verlesen ist, entspricht meiner Ansicht nicht. Er überläßt es dem Magistrat, eine bessere Beleuchtung auf den fraglichen Straßen einzurichten, und überläßt ihm auch die Entscheidung, ob Preßgas oder elektrisches Licht gewählt werden soll. So wenigstens habe ich den Antrag verstanden und werde gegen ihn stimmen. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Beleuchtung des Straßenzuges Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße durch elektrisches Licht in Aussicht zu nehmen.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, Herr Dr. Weichsel kann unbedenklich für den Antrag der Kommission stimmen, und zwar aus dem Grunde, weil er den Antrag der Kommission bisher falsch verstanden hat. Die Kommission wünscht nicht, den Magistrat zu ermächtigen, auf den fraglichen Straßen Preßgasbeleuchtung oder elektrische Beleuchtung einzuführen, sondern der Magistrat soll ersucht werden, eine Vorlage an die Stadtverordneten zu bringen. Ich glaube, wir können nach dem Antrage der Kommission nicht einfach die Beleuchtungseinrichtung ausführen, Sie haben bisher wenigstens diesen offenen Kredit dem Magistrat nicht gewährt. Daß die ganze Anlage sehr teuer werden wird, davon kann Herr Dr. Weichsel überzeugt sein. Ich glaube, es ist richtig, beide Beleuchtungsarten zu empfehlen, damit der Magistrat prüft, was er bevorzugen soll. Ohne weiteres zu sagen, auf jeden Fall solle elektrische Beleuchtung eingeführt werden, halte ich nicht für richtig. Im übrigen möchte ich erwähnen, daß ich auf dem Kohlmarke gehört habe, wie Passanten ihre Freude ausdrückten über die ganz ausgezeichnete Beleuchtung dieses Platzes, und hier sind nur Preßgaslampen aufgestellt. Vielleicht muß man noch mehr Preßgaslaternen aufstellen, um eine noch bessere Beleuchtung zu erzielen. Aber zu sagen: Weil die Anlieger des Steinwegs zu der elektrischen Beleuchtung übergegangen sind, muß auch die Stadt das elektrische Licht einführen, das unterschreibt der Stadtmagistrat nicht. Die Stadt ist nur verpflichtet, die Straßen so weit zu erleuchten, wie es der Verkehr erfordert. Wenn

wir darüber hinausgehen, dann wird der Staat ablehnen, seinen vertragsmäßigen Beitrag zu leisten. Die Anlieger, welche elektrische Beleuchtung auf ihren Straßen eingeführt haben, haben das nicht getan im Interesse des Verkehrs, sondern zur Reklame, die Geschäftshäuser sollen besser beleuchtet werden. Diese Aufgabe fällt der Stadt nicht zur Last, und auch dem Staat können wir damit nicht kommen, hierfür den vertragsmäßigen Beitrag zu zahlen. Ich sage Ihnen aber zu: Die Frage soll erwogen werden, und wenn der Vertrag mit dem Lichtwerk genehmigt sein wird, wird Ihnen darüber eine Vorlage zugehen.

Stadtv. Loeschigt: Ich möchte nur bemerken, daß unsere Straßenbeleuchtung in Braunschweig nicht schlecht ist. Auf der Kaiser-Wilhelmstraße brennen die ganze Nacht vier Reihen Laternen; in Dresden werden um 12 Uhr nachts auf der einen Seite der Straßen je eine Straßenlaterne ausgelöscht und auf der andern Seite brennen nur die Laternen an der Ecke. Bei uns brennen doch die Laternen die ganze Nacht.

Stadtv. Frühling: Ich muß mich für den Kommissionsantrag und gegen den Antrag Wechsel erklären. Es ist doch wesentlich, daß die Versammlung in die Lage versetzt wird, die beiden Anlagen finanziell zu vergleichen. Deshalb glaube ich, es ist im Interesse der Stadt richtiger, daß wir uns nicht jetzt von vornherein, ohne die nötigen Unterlagen zu haben, für das elektrische Licht erklären.

Stadtv. Schmidt: Wenn man die Beleuchtung der Stadt Braunschweig im allgemeinen als gut bezeichnet, so trifft das nicht zu. Allerdings kann man die Beleuchtung der Kaiser-Wilhelmstraße als sehr gut bezeichnen, dort ist nichts gespart worden, und die Beleuchtung macht auch einen schönen Eindruck. Was mir aber auffällt, ist, daß bei der Straßenbeleuchtung die Außenstadt zu kurz kommt. Zum Beispiel in dem Straßenzuge der Gartenstraße nach der Amalienstraße hin, welcher sehr viel als Verkehrsstraße benutzt wird, auch in der Fuchstivete stehen nur drei Petroleumfunzeln, und der Weg ist so schlecht im Stande, daß man Hals und Beine dort brechen kann. Es kann sich meiner Ansicht nach nicht nur darum drehen, daß die Hauptverkehrsstraßen, sondern auch die Straßen der Außenstadt mit mehr Licht versehen werden. Schon wegen der Sicherheit in der Außenstadt ist das nötig. Im allgemeinen bin ich auch dafür, daß man bei der Straßenbeleuchtung zum elektrischen Licht greift.

Stadtv. Sander verliest noch einmal den Antrag Frede und den Antrag der Kommission.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

7. Antrag Munte, Schmückung der fünf Nischen im Ostgiebel des Altstadtrathauses mit Standbildern.

Der Antrag lautet: „Der unterzeichnete Stadtverordnete stellt hiermit bei dem Magistrat der Stadt Braunschweig den Antrag, die am Ostgiebel des Altstadtrathauses vorhandenen, mit Tabernakeln bereits versehenen fünf Nischen mit je einem Standbilde zu schmücken.“

Stadtv. **Munte** (zur Begründung): Was der Antrag bezweckt, geht klar aus seinem Wortlaute hervor, und außerdem habe ich mir erlaubt, über die historische Entwicklung des Baues des Altstadtrathauses eine genaue Darlegung dem Antrage beizulegen, der zur Orientierung der Kommission dienen mag. Für die geehrte Versammlung möchte ich nur noch einiges hinzuzufügen mir erlauben. Wir alle kennen unser schönes Altstadtrathaus und wissen auch, daß es eine hervorragende Anziehungskraft auf die Fremden ausübt. Ich glaube nicht, daß irgend jemand nach Braunschweig kommt, der nicht mit Andacht das Gebäude betrachtet. Nach den Worten Kallenbachs ist unser Altstadtrathaus das beachtenswerteste Rathaus auf deutschem Boden und die beste Form der deutschen Gotik. Nun ist das Rathaus in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgebaut und ausgebessert worden, und zwar noch auf Kosten des Staates. Es ist dabei aber übersehen, diese fünf Nischen an dem Ostgiebel des Altstadtrathauses in der Breitenstraße mit Standbildern zu versehen, in ähnlicher Weise wie sie in der ersten Etage des Baues auf dem Altstadtmarkt angebracht sind. Ich bin nicht so viel Sachverständiger, um gleich sagen zu können, welche Mitglieder des Herrscherhauses diese Figuren darstellen. Es wäre aber doch angebracht, das Rathaus nun ganz zu vollenden und auch die fehlenden 5 Figuren anzubringen. Genauere Vorschläge dafür möchte ich nicht machen, es könnten dazu die städtische Bauverwaltung, das Stadtbauamt, der Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig, der Ausschuß für Denkmalpflege und der Architekten- und Ingenieurverein für das Herzogtum Braunschweig um Gutachten angegangen werden. Für die heimischen Künstler, die sich mit plastischer Kunst befassen, wäre es eine dankbare Arbeit, und die Ausgaben dafür würden meiner Ansicht nach aus der Jüdelstiftung mit bestritten werden, denn diese sieht vor, solche Ausgaben, die nicht durch Mittel der Gemeinde aufgebracht werden, zu unterstützen. Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, sich meinem Antrage anzuschließen.

Vorsitzender: Der Antrag ist unterstützt, ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

8. Ankauf von Flächen zum Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und der projektierten Straße 435 a.

Stadtv. **Busch:** Nach dem von den städtischen Behörden genehmigten Projekt über den Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und der projektierten Straße 435 a ist es notwendig, einige Flächen, die in dem Straßenzuge liegen, für die Straße zu erwerben. Es handelt sich um vier Flächen von insgesamt 1120 qm, die dem Waisenhaus, dem Thomaehof, der Hesse-Boß-Stiftung und dem Rentner Ellerjef gehören. Der Magistrat hat sich mit den Eigentümern auf den als angemessen erscheinenden Preis von 10 *M* pro Quadratmeter geeinigt und empfiehlt:

1. sich damit einverstanden zu erklären, daß das erwähnte Terrain zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter für die Stadt erworben wird, und
2. den Magistrat gleichzeitig zu ermächtigen, die den Verkäufern aus dem Flächenverkauf etwa zur Last fallende Vermögenszuwachssteuer auf Anfordern zu erstatten.

In der Baukommission haben wir uns gestern mit den Vorschlägen befaßt und sind zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung die Magistratsanträge zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlung ist mit den beiden Anträgen einverstanden.

9. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung dreier Handfertigkeitsturse.

Stadtv. **Friede:** Es ist den geehrten Herren bekannt, daß wir seit 1909 in den unteren und mittleren Bürgerschulen Handfertigkeitsturse für Knaben eingeführt haben. Der Versuch ist als gelungen zu bezeichnen. Die Klassen, die bis jetzt eingerichtet sind, und für die auch die nötigen Beträge bewilligt sind, werden so stark besucht, daß sie in diesem Jahr überfüllt sind und drei neue Klassen für Papparbeiten eingerichtet werden müssen. Wenn die Mittel dafür nicht bewilligt würden, so würde für etwa 60 Schüler, die schon jetzt gemeldet sind, dieser Unterricht nicht erteilt werden können, und das ist wohl nicht unser Wille. Der Magistrat beantragt auf Vorschlag des Schuldirektors Professor Dr. Rehkuh:

als Vergütung für die Lehrkräfte 600 *M*, für neu anzuschaffende Werkzeuge 20 *M* und für Material 150 *M*, im ganzen 770 *M* zu bewilligen.

Die Schulkommission, die sich gestern mit der Sache beschäftigt hat, empfiehlt Ihnen, der Bewilligung zuzustimmen.

Die Bewilligung der 770 *M* wird ausgesprochen.

10. Gewährung von Zuschüssen an die Handelskammer, die Handwerkskammer und den Ausschuß für Tuberkulosefürsorge im Mittelstande.

Stadtv. **Mohr**: Nach dem den geehrten Herren zugestellten Schreiben des Magistrats vom 26. März ist der Magistrat gewillt, die Bestrebungen, die der gesundheitlichen Fürsorge für den Mittelstand gewidmet sind, zu unterstützen. Es handelt sich zunächst um die von der Handelskammer ins Leben gerufene Waldsiedelung Wolfsklippen bei Bad Harzburg, welche in erster Reihe den Angehörigen des Handelsstandes als Erholungsheim dienen soll, dann um den von der Handwerkskammer geplanten Bau eines Erholungsheims für gesunde oder genesende Handwerksmeister und schließlich um den auf Vorschlag unseres Kollegen Sanitätsrats Dr. Kleinfnecht hier kürzlich ins Leben gerufenen Ausschuß für Durchführung der Tuberkulosefürsorge im Mittelstande, der sich zur Aufgabe machen will, den Kleinhandwerkern, den im Kleinhandel tätigen Personen, auch den mittleren und unteren Beamten mit Rat und Tat beizustehen. Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß die durch die Umsatzsteuer gelieferten Mittel nicht nur für wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden sollen, sondern auch für die gesundheitliche Hebung der Angehörigen des Kleinhandels und des Handwerks Verwendung finden können. Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April dieses Jahres ab bis auf weiteres jährlich ein widerruflicher Zuschuß von je 1000 *M* (zusammen 3000 *M*) an die Handelskammer für die Waldsiedelung Wolfsklippen, an die Handelskammer für das geplante Erholungsheim und an den Freien Ausschuß für Tuberkulosefürsorge innerhalb des Kleinhandels- und Handwerkerstandes aus der Kasse der Umsatzsteuer gewährt wird.

Die Finanzkommission hat sich mit dieser Sache sehr eingehend beschäftigt. Eine zustimmende Stellungnahme zu den der Handelskammer magistratsseitig zugesprochenen 1000 *M* wurde abgelehnt mit der Begründung, daß ein direkter Antrag der Handelskammer auf Bewilligung eines Zuschusses nicht vorliege. Es wurde auch betont, daß die Finanzierung dieses Unternehmens durchaus nicht so schlecht stünde, daß eine Unterstützung gewährt werden müsse, und daß die Mittel der Kasse für Umsatzsteuern nicht dazu da seien, um Reserven für Ausbauten und Verbesserungen an dem Heim anzulegen. Anders liege die Sache bei der Handwerkskammer, die zurzeit überhaupt noch nicht über große Mittel verfüge, leider noch nicht einmal in der Lage sei, das in Aussicht genommene Grundstück bei Seesen kaufen zu können. Außerdem glaubt die Kommission, daß der Ausschuß zur Durchführung der Tuberkulosefürsorge im Mittelstande eine wirklich segensreiche Tätigkeit erhoffen läßt und allerdings einer stadtseitigen Unterstützung notwendig bedarf. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen daher durch mich,

den widerruflichen Zuschuß von 1000 *M* an die Handelskammer abzulehnen, den nachgesuchten Zuschuß von je 1000 *M* jährlich an die Handwerkskammer und den gleich hohen Zuschuß an den Ausschuß für Tuberkulosefürsorge dagegen zu bewilligen.

Stadtv. Dr. **Kleinfiedt**: Meine Herren. Gestatten Sie, daß ich zu dem dritten Punkte, Bewilligung eines Zuschusses an den Ausschuß zur Durchführung der Tuberkulosefürsorge im Mittelstande, ein paar Worte sage. Die Ausrottung der verderblichen Volkskrankheit der Tuberkulose wird, solange nicht auch dem Mittelstande eine gewisse Fürsorge zuteil wird, noch recht lange auf sich warten lassen, denn die Fürsorge für tuberkulöse Arbeiter und für die Kreise des Mittelstandes, die versicherungspflichtig sind, genügt nicht, um die Krankheit vollständig zurückzudämmen. Es bleiben im Mittelstande noch viele erwerbstätige Handwerker übrig und auch viele andere Angehörige dieses Kreises, denen bisher keine Fürsorge zuteil geworden ist, die also auf Selbsthilfe angewiesen sind. Diese Selbsthilfe des Mittelstandes ist gerade bei der Tuberkulose wegen der jahre- und manchmal jahrzehntelangen Dauer der Bekämpfung der Krankheit nicht ausreichend, weil die Kosten für Behandlung der Tuberkulose, besonders für die Aufnahme der Kranken in Heilstätten, so erheblich sind. In vielen Fällen sind Familien des Mittelstandes durch die Krankheit, weil ihnen keine Hilfe zuteil wurde, dem wirtschaftlichen Ruin entgegengeführt. Aus diesem Grunde hat sich schon vor $\frac{3}{4}$ Jahren nach einer Anregung des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin, dem wir die seit Jahrzehnten eingerichtete Fürsorge für tuberkulöse Arbeiter verdanken, die nicht nur im deutschen Reiche, sondern auf alle andern Kulturstaaten Ausdehnung gefunden hat, eine besondere Kommission zur Bekämpfung der Tuberkulose im Mittelstande gebildet, und die Regierungen aller Bundesstaaten sowohl wie die Oberpräsidenten der preussischen Provinzen und die freien Städte haben dieser Fürsorge ihre Förderung zugesagt. Nun bin ich zum Vertrauensmann für unser Herzogtum gewählt und habe daraufhin schon Ende vorigen Jahres mit einer großen Anzahl Vorständen der Mittelstandsvereinigungen hier Besprechungen abgehalten, und alle diese Vereine (es sind zwischen 30 und 40) haben versprochen, die Bestrebungen zu fördern. Im Februar dieses Jahres hat dann in Berlin eine Vertrauensmännerversammlung für das ganze deutsche Reich stattgefunden, und in der Aussprache dort hat sich herausgestellt, daß es wünschenswert wäre, diese ganze Fürsorge zu dezentralisieren, sie den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen zu überlassen und die Organisation nicht von Berlin aus zu leiten. Infolgedessen habe ich mir erlaubt, hier die Anregung zu geben, einen besonderen Ausschuß zusammenzurufen, und daraufhin ist vor einiger Zeit dieser Ausschuß gebildet. Er besteht

aus zwei Herren von der Handwerkskammer, dem Vorsitzenden, Maurermeister Eide, und dem Syndikus, Assessor Baumgarten, zwei Mitgliedern der Handelskammer, dem Kaufmann Baumgarten und dem Beirat Dr. Uhde, ferner dem Vorsitzenden einer größeren Mittelstandsvereinigung (Ortsverein Braunschweig mittl. Reichs-Post- u. Telegraphenbeamten) Herrn Koch hier und meiner Wenigkeit. Den Angehörigen des Mittelstandes wollen wir bei Erkrankung an Tuberkulose, wenn sie nicht selbst die nötigen Mittel haben, diese gewähren, damit die Krankheit wirksam bekämpft werden kann.

Zu diesem Zwecke soll die Bildung eines Fonds durch Beiträge von den einzelnen Vereinigungen erfolgen. Grundprinzip ist, daß der Mittelstand sich selber helfen soll. Dazu wird erwünscht sein, daß Stiftungen und Schenkungen aus diesen Kreisen dem Fonds zufallen. Wenn diese Mittel nicht ausreichen, soll die Bewilligung von Zuschüssen von Gemeinden und eventuell von Regierungen, die ihre Förderung versprochen haben, in Anspruch genommen werden. Wenn Sie diese 1000 M bewilligen und dadurch einen Grundstoß zu diesem Zentral-Tuberkulose-Fonds legen, dann werden Sie mit dazu beitragen, uns unserm Ziele: die Tuberkulose, die im Mittelstande noch sehr ausgebreitet ist, als Volkskrankheit zurückzudämmen, sie eventuell zu beseitigen, einen Schritt näher zu bringen. Ich bitte Sie deshalb, diese 1000 M, wie auch die Kommission vorgeschlagen hat, zu bewilligen.

Zu der beantragten Bewilligung für die Wolfsklippen möchte ich noch sagen, daß es meiner Ansicht nach von der Kommission nicht richtig ist, diesen Zuschuß zu versagen. Es kommt doch nicht darauf an, ob die Betreffenden, denen die 1000 M bewilligt werden, darum gebeten haben. Ich habe auch nicht direkt den Antrag gestellt, für den Tuberkuloseausschuß einen Zuschuß zu bewilligen, wenn ich auch verschiedentlich darüber gesprochen habe. Wenn das Unternehmen der Handelskammer auch jetzt gut finanziert und nicht darauf angewiesen ist, betteln zu gehen oder um Unterstützung einzukommen, weil viele wohlhabende, dem Kaufmannsstande und der Industrie angehörende Mitglieder große Beiträge gestiftet haben, so halte ich es doch für gerechtfertigt, im Interesse der weniger Bemittelten, die daran teilnehmen, auch diesem Institut der Wolfsklippen die 1000 M zu bewilligen.

Stadtv. Steinbrecher: Da die Handelskammer den Antrag auf Bewilligung nicht gestellt hat, so glaube ich, scheiden diese 1000 M heute für die Beschlußfassung aus. Was die Handwerkskammer und ihre Angehörigen, die Handwerksmeister, anbetrifft, so müssen wir Sozialdemokraten zugeben, daß für sie vom Lande in sozialpolitischer Fürsorge wenig geleistet wird. Das liegt aber lediglich daran, daß die Handwerksmeister dieses selbst verschuldet haben durch ihre rückständigen sozialpolitischen Ansichten. Da die Handwerkskammer um Bewilligung von

1000 M für diese Zwecke einkommt, so sind wir ohne weiteres dafür. Wenn wir uns aber die Stellung der Handwerker zur Sozialpolitik vergegenwärtigen, so haben wir als Mitbürger ein Interesse daran, die Handwerkskammer zu ersuchen, daß derartige Vorkommnisse unterbleiben, wie sie sich auf dem Handwerks- und Gewerbekammertage in der vorigen Woche abgespielt haben. Auf dieser Tagung wurde eine Resolution angenommen, die an den Reichstag geschickt werden sollte, durch die der Reichstag scharf gemacht werden sollte, in bezug auf die sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiterschaft Einhalt zu gebieten. Es wurde betont, daß der Arbeiterschutz zu weitgehend sei, und daß damit haltgemacht werden solle. Wenn die Handwerksmeister auf solchem rückständigen Standpunkte stehen, daß sie unsern Arbeitern die sozialpolitische Fürsorge verweigern, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn das Reich nichts für sie tut. Es ist ihnen von andern Leuten genügend klargelegt, daß die sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiterschaft auch für den Handwerkerstand eine ungeheure Bedeutung hat. Wohin sollte das führen, wenn Tausende und Abertausende die Unfall- und Invalidenrente nicht bekämen? Den Schaden würden die Handwerker haben, die auf den Konsum dieser Arbeiter angewiesen sind. Deshalb sollten die Handwerker zu der Überzeugung kommen, was auch auf dem deutschen Juristentage gesagt ist, daß an einer großzügigen Sozialpolitik weiter gearbeitet werden muß. Es heißt in einem Gutachten des Juristentages: „Die Zahl der Verurteilten ist absolut und relativ bedeutend gestiegen. Jeder vierzigste Deutsche wird bestraft, und der Kampf gegen die Rechtsverbrecher kostet jährlich mindestens 150 Millionen. Dabei verschiebt sich die Ursache der Verbrechen immer mehr von der persönlichen nach der sozialen Seite. Hier kann nur eine weitstichtige und großzügige, rasch fortschreitende Sozialpolitik Einhalt gebieten.“ Das ist also das Gegenteil von dem, was die Handwerker wollen. Die Handwerksmeister müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Äußerung solcher rückständigen Ansichten unterbleibt. Wir sind aber dafür, daß die 1000 M bewilligt werden.

Was den von Herrn Dr. Kleinknecht befürworteten Zuschuß an den Ausschuß für Tuberkulosefürsorge für den Mittelstand betrifft, so werden wir auch da die 1000 M bewilligen. Aber wenn in diesem Schreiben ausgeführt wird, in der Fürsorge für selbständige Erwerbstätige und deren Angehörige bestehe nach der Erweiterung der Reichsversicherungsordnung eine Lücke, so weise ich darauf hin, daß dies daher kommt, daß unsere sozialdemokratischen Anträge bei der Beratung der Versicherung nicht angenommen sind, nämlich daß alle Handwerksmeister, die unter 5000 M verdienen, der Kranken- und Invalidenversicherung unterstellt werden. Daran sind diejenigen schuld, die Herrn Dr. Kleinknecht nahestehen, eine große Zahl von Ärzten und ärztlichen Zeitschriften. Es ist zum Schaden der kleinen Handwerksmeister abgelehnt, daß sie kranken- und invalidenversicherungspflichtig

sind. Wenn auch zugelassen ist, daß sie sich freiwillig versichern können, so ist das im Grunde genommen gar nichts, weil es doch nicht ausgeführt wird. Die Handwerksmeister sind selbst schuld an ihrer ungünstigen Lage in Krankheitsfällen dadurch, daß sie die von unserer Partei beantragte Bestimmung mit niedergestimmt haben. Dennoch sind wir dafür, daß die 1000 *M* für das Handwerk und für den Ausschuß bewilligt werden, hoffen aber, daß die Handwerksmeister auch vernünftig werden und solche rückständigen Ansichten, wie sie auf dem Handwertertage geäußert sind, entschieden bekämpfen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich hätte zwar sehr gern gesehen, wenn die Magistratsvorlage auch bezüglich der Handelskammer zur Annahme empfohlen wäre. Sollte jedoch die geehrte Versammlung dem Kommissionsvorschlage folgen, so würde die Handelskammer dazu schreiten müssen, daß sie bei einem ausdrücklichen Antrag uns über die Geldverhältnisse bei der Waldsiedelung Wolfsklippen näheren Aufschluß gibt, und vielleicht würde dabei auch erreicht werden, was ich meinerseits nicht ungern sehen würde, daß wegen der Unterbringung hiesiger Einwohner in der Waldsiedelung sich die städtischen Behörden mit der Handelskammer näher verständigen. Bei dem beiderseitigen guten Willen wird das nicht schwer sein.

Die Ausführungen des Herrn Steinbrecher über die Bedeutung der sozialpolitischen Versicherung und die Möglichkeit, dadurch die Tuberkulosefürsorge erweitern zu können, entsprechen demjenigen, was der Magistrat als Begründung für den Zuschuß an den Tuberkulosefürsorgeausschuß für den Mittelstand ausgeführt hat. Wir beklagen auch, daß in der Hinsicht das Gesetz manche Lücke enthält. Gerade deshalb scheint es mir das beste Mittel zu sein, den selbständigen Handwerkerstand von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß er in diesem Falle eine derartige Maßregel unterstützt, durch die die Beteiligten der Tuberkulosefürsorge auf anderem Wege teilhaftig werden. Das kann selbstverständlich nur in beschränktem Umfange geschehen, es würde ausgiebiger der Fall sein, wenn wir auch den Handwerkerstand in der Versicherung hätten.

Was Herr Dr. Kleinknecht ausführte, habe ich mit großer Freude begrüßt und hoffe, daß durch diesen freien Ausschuß manchem Übelstande begegnet wird. Im übrigen sind die städtischen Behörden in dieser Hinsicht nicht müßig gewesen: aus den reichen Mitteln der Jüdel- und Luise-Ottmer-Stiftung sind jährlich 1500 bis 2000 *M* besonders für Tuberkulosefürsorge bei den Angehörigen von Arbeitern verwendet, die in das Albrechts- und Marienhaus bei Stiege entsandt sind.

Der Zuschuß an die Handwerkskammer und an den „freien Ausschuß“ wird von der Versammlung bewilligt, der Zuschuß an die Handelskammer abgelehnt.

11. Nachverwilligung von Mitteln zur Besoldung fest anzustellender Fachlehrerinnen.

Stadtv. **Frede:** Bei Aufstellung des diesjährigen Stadthaushaltsplans ist beim Bürgerchuletat ein kleines Versehen vorgekommen. Es sind darin zwar vorgesehen die Mehrausgaben, die durch die feste Anstellung von Hilfslehrern und Hilfslehrerinnen im laufenden Jahre erwachsen, aber die gleichzeitige Einstellung einer Summe für die Anstellung von 5 Fachlehrerinnen ist versäumt. Der Magistrat macht hiervon Mitteilung und ersucht, die Mittel zur Deckung der durch die Anstellung der fünf Fachlehrerinnen erwachsenden Mehrausgaben mit 5 mal 300 *M* = 1500 *M* nachträglich bewilligen zu wollen. Die Schulkommission ist mit dem Antrag einverstanden und bittet, die Nachverwilligung auszusprechen.

Die 1500 *M* werden verwilligt.

12. Erklärung zweier Wegestrecken zu Ortsstraßen.

Stadtv. **Niete:** Der Stadtmagistrat richtet folgendes Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung: „Nachdem auf Grund der den geehrten Herren bekannten Vorverhandlungen dem Verbindungswege zwischen der Leipziger- und Frankfurterstraße (Eisenbüttlerweg) und der Teilstrecke der Magdeburgerstraße (Helmstedterstraße) von der westlichen Grenze des Eisenbahnüberganges bis zum linksseitigen Beginn der Feldmark Riddagshausen durch Verordnung vom 29. September 1912 die Eigenschaft eines Kommunalweges im Sinne des städtischen Statuts vom 20. November 1851 beigelegt ist, erscheint es angezeigt, die genannten beiden Straßenzüge zu Ortsstraßen zu erklären. Wir richten daher an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen, dieser Erklärung gefälligst zuzustimmen.“

Die Baukommission hat sich damit einverstanden erklärt und ersucht durch mich um Genehmigung.

Stadtv. **Schulze:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf einen Übelstand auf dieser Strecke der Helmstedterstraße hinweisen, der jedenfalls Berücksichtigung seitens des Magistrats verdient. Diese Strecke ist noch nach der alten Methode der Puffschotterung befestigt, und bei Hitze im Sommer und trockenem Wetter wird die Strecke nicht in dem Maße bei der Straßen Sprengung berücksichtigt, wie es sein müßte. Dadurch entsteht eine ungeheure Staubentwicklung, und die Anwohner und Passanten, deren hier so viel verkehren, haben sehr darunter zu leiden. Es wäre sehr zu empfehlen, daß diese Strecke mit Kleinpflaster belegt würde. Ebenso befindet sich der Fußweg in einem recht argen Zustande, so daß zu wünschen wäre,

daß er einer Erneuerung unterzogen würde. Wer bei starkem Regenwetter diesen Fußweg passiert, ist gewissermaßen gezwungen, eine Hinkprozeßion zu machen, drei Schritt vorwärts und einen rückwärts, um über die schlechten Stellen hinwegzukommen. Ich möchte die Bitte an den Magistrat richten, diese Straßenstrecke einer Erneuerung zu unterziehen.

Der Erklärung der beiden Wegestrecken zu Ortsstraßen wird zugestimmt.

13. Gewährung eines Zuschusses an den deutschen Reichsausschuß für olympische Spiele.

Stadtv. **Mohr**: Es wird Ihnen bekannt sein, daß im Jahre 1916 die nächsten olympischen Spiele in Berlin stattfinden werden. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange, und es gilt zunächst, die Sache im allgemeinen zu fördern und die Finanzierung in die Wege zu leiten. Unter dem Protektorat des Kronprinzen hat sich ein Reichsausschuß für die olympischen Spiele gebildet, und im Auftrage des Ausschusses wendet sich der Lehrer Runge an den Stadtmagistrat mit der Bitte, die Sache durch seinen Beitritt zu unterstützen und zu fördern. Der Magistrat richtet an die Herren Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem deutschen Reichsausschuß für olympische Spiele bis auf weiteres ein jährlicher Beitrag von 100 *M* aus Kapitel VII der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse (Vereinszwecke und Volksfeste) bewilligt wird. Die Finanzkommission war fast einstimmig der Ansicht, daß man die Sache bis auf weiteres durch Zahlung eines kleinen Beitrages unterstützen sollte. Gilt es doch hier, die genossene Gastfreundschaft, die unsere Turner und Sportler in Stockholm, London und Paris genossen haben, zu erwidern und zu zeigen, was deutsche Turner und Sportler leisten können. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, den Beitrag von 100 *M* bis auf weiteres zu bewilligen und zu genehmigen, daß dem deutschen Reichsausschuß in Berlin der Betrag direkt zugesandt wird.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich bitte im Gegensatz zu der Kommissionsmehrheit, für die Herr Mohr gesprochen hat, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben seit langem uns bemüht, Grundsätze zu gewinnen, nach denen wir außenstehende, nichtstädtische Bestrebungen zu unterstützen haben. Es sind die verschiedensten Anträge im Laufe der Jahre an uns herangekommen, und wir sind diesen Anträgen gegenüber regelmäßig davon ausgegangen, daß es ein unmittelbares Interesse für unsere Stadt haben müßte, wenn derartige Bestrebungen unterstützt werden sollten, sie dürften nicht irgend welchen politisch oder wirtschaftlich gearteten Standpunkt einnehmen, um die Unterstützung der Stadtverwaltung zu finden. Sie haben aus solchen Erwägungen heraus in ihrer Mehrheit verschiedene Anträge für Unter-

stützung von turnerischen Veranstaltungen, Gesangsveranstaltungen, die von der Arbeiterklasse selbst in der Stadt abgehalten wurden, abgelehnt, und jetzt wollen Sie uns zumuten, hier eine Veranstaltung auf internationaler Grundlage in Berlin zu unterstützen? Wo bleibt da bei Ihnen die Folgerichtigkeit, wenn Sie hier mit vollen Händen hergeben, wo eine Ihnen nahestehende Organisation kommt, und sonst mit zugeknöpften Taschen jeglichen Anträgen gegenüberstehen? Die ganze Veranstaltung hat aber ihre besondere Bedeutung durch ihren engen Zusammenhang mit der deutschen Turnerschaft, die Sie besonders pflegen, und die zu fördern Sie von Ihrem Klassenstandpunkt aus sich besonders angelegen sein lassen. Sie versagen der Freien Turnerschaft selbst die städtischen Turnhallen, die in dem Turnbetriebe durch nichts geschädigt wurden, wie von dem Magistrat anerkannt ist, Sie suchen lediglich für Ihre Interessen Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit zu gewinnen. Eine solche einseitige Politik bei Vergebung der städtischen Gelder mitzumachen, sollten Sie sich schämen, und ich bitte die Bewilligung abzulehnen. (Zurufe und Unruhe.) Ja gewiß, Herr Mohr sollte sich schämen, er sagte doch: Wir sind Konkurrenten.

Vorsitzender: Es ist hier nicht Sitte, Mitgliedern der Versammlung vorzuwerfen, sie sollten sich schämen. Ich bitte, solche unparlamentarischen Äußerungen zu unterlassen.

Stadtb. Dr. Jasper: Herr Mohr hat früher gesagt: Wir sind auf diesem Gebiete Konkurrenten. Meiner Konkurrenz gönne ich das Geld nicht. Die städtischen Mittel hier in die Tasche des Konkurrenten schaffen zu helfen — wie man das parlamentarisch bezeichnen kann, bin ich außerstande zu sagen und überlasse das dem Urteil des Herrn Vorsitzenden.

Stadtrat von Franckenberg: Ich hatte schon die Hoffnung gehegt, daß die internationale Bedeutung dieser olympischen Spiele geeignet gewesen wäre, (Zuruf: Unter dem Vorsitz des deutschen Kronprinzen!) auch den Widerspruch des Herrn Dr. Jasper wenigstens nicht so hart erklingen zu lassen. Daß diese Hoffnung mich getäuscht hat, ist nicht meine Schuld, sondern die des Herrn Vorredners. Ich sollte glauben, es möchte uns nahe liegen, in einer Stadt, wo Konrad Koch und Turninspektor Herrmann gewirkt und sich so eifrig bewiesen haben, die Jugend in allgemeinsten Weise an Turnen und edlem Sport zu beteiligen, es als Ehrenpflicht anzusehen, sich in diesem Falle an den Vorbereitungen für die olympischen Spiele zu betätigen, die für die ganze Turnerei und für die sportliebende Welt, nicht bloß für unser Braunschweig, nicht bloß für unser liebes deutsches Vaterland bestimmt sind. Ich glaube, je mehr sich die Herren mit dieser Auffassung vertraut machen, um so lieber werden sie für die Magistratsvorlage stimmen können.

Stadtv. Loeßhigt: Solche Sachen werden doch in der Kommission vorberaten, und es ist bisher immer Gepflogenheit gewesen, wenn man anderer Ansicht ist, daß man diese in der Kommission zur Äußerung bringt. Ich habe leider nicht gemerkt, daß Herr Dr. Jasper sich in dieser Weise in der Kommission gegen die Sache ausgelehnt hat. Ich habe auch vielleicht eine andere Meinung gehabt, und wenn Herr Dr. Jasper dort mit solchem Impuls aufgetreten wäre, so wäre vielleicht der eine oder andere zu einer anderen Ansicht gekommen. (Widerspruch des Herrn Dr. Jasper.) In der Kommission sind Sie nicht dagegen aufgetreten, wenigstens nicht in der Weise, wie Sie es hier tun. Das sieht so aus, als wenn wir Herrn Dr. Jasper in der Kommission vergewaltigt hätten. Das ist absolut nicht der Fall, wir lassen dort jeden zu Worte kommen. Ich muß mich wundern, daß wir Herrn Dr. Jasper nicht in dieser Weise in der Kommission gehört haben, das wäre uns viel angenehmer gewesen.

Stadtv. Dr. Jasper: Wir haben hier manchmal derartige Auseinandersetzungen. Die Mitglieder der Finanzkommission müssen mir recht geben, wenn ich sage, daß ich in diesem Falle gegen die Bewilligung gestimmt und mich auch dagegen geäußert habe. Ich weiß nicht, ob es in Ihrem Interesse liegt, unsere Gründe, die wir schon wiederholt auseinandergesetzt haben, immer wiederholt zu hören. Und dann habe ich auch gefunden, daß Sie unbelehrbar sind (Lachen), und daß dann einfach von dem Vorsitzenden die Sache mit der Bemerkung abgetan wird: „Nun, die Mehrheit ist jedenfalls der Meinung, für diese Gabe an den königlichen Hof oder derartiges zu stimmen.“ Das ist an sich ein praktisches Verfahren, über das ich den Vorsitzenden theoretisch beneide, er schneidet damit unliebsame Erörterungen ab. Da ich glaube, daß ich Sie doch nicht belehren kann, wenigstens glaube, Herrn Mohr nicht belehren zu können, so würden weitere Ausführungen nur Zeit vertrödeln heißen. Wenn ich glauben darf, daß Herr Loeßhigt sich noch belehren ließe, daß er aus einem Saulus ein Paulus würde und lieber aus seinen Mitteln geben will statt aus städtischen Steuermitteln, so soll mir das recht sein. Die Frage der Internationalität, die Herr Stadtrat von Frankenberg in dichterischer Verklärung in die Debatte hineinzuziehen für nötig hielt, berührt mich so, wie: Rechte Hand, linke Hand, alles vertauscht. Es kommt hier nicht auf die Phrase an, sondern auf das Wesen, was dahinter steckt (Zuruf: Sehr richtig!), und diese Phrase ist bei Ihnen zu finden, indem Sie von internationalen, solidaren Verbänden keine Ahnung haben. Sie und Ihre Freunde wollen nicht einmal, daß ein französischer Abgeordneter in Braunschweig für die Erhaltung des Friedens eintritt. Sie halten es für angebracht, durch die Polizisten zu Pferd und zu Fuß ihn hier fernzuhalten, und ihre Leiborgane, die bürgerliche Presse, besudeln diesen Herrn, der für den Frieden eintreten will. Nun wollen Sie mit dem Worte

kommen: Internationalität. Ja, internationale Fürstenthümer und Protektorate, das mag wohl Ihr Fall sein, internationale Krupp-Kapitalisten, internationale Kanonenproduzenten und anderes (Lachen), das mag Ihnen angenehm sein, die stehen Ihnen nahe, das ist aber nicht unsere Internationalität.

Vorsitzender: Ich glaube, wir kommen bei diesen 100 M. recht weit von der Sache ab. Ich will nicht sagen, daß ich als Vorsitzender in der Kommission nicht so verfahren habe, wie Herr Dr. Jasper sagt. Das hat wohl auch kein Vorwurf sein sollen. Dessen aber, daß ich durch eine schnelle Abstimmung irgendeiner königlichen Hoheit etwas zugewendet habe, bin ich mir nicht bewußt. Ich glaube, das ist auch dichterische Freiheit des Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper.

Stadtv. Dr. **Henfing:** Gerade umgekehrt, wie der temperamentvolle Herr Vorredner habe ich mich darüber gewundert, daß von seiten der Finanzkommission eine verhältnismäßig geringe Summe zur Bewilligung vorgeschlagen ist. Ich muß sagen, daß die Bescheidenheit, mit der diese Gruppe an die Stadt herantritt, sehr groß ist. Die Sache hätte wirklich einen wesentlich größeren Beitrag von unserer Seite verdient. Ich protestiere gegen die Unterstellung des Herrn Dr. Jasper, daß wir uns auf unserer Seite leiten ließen durch die Tatsache, daß hohe Herren an der Spitze der Veranstaltungen stehen. Ich habe das bisher noch nicht gewußt, und wenn es von dem Herrn Referenten nicht vorgetragen wäre, wüßte ich es auch jetzt noch nicht. Ich halte mich an die Sache, und die ist so unterstützungswürdig, daß ich bedaure, daß Herr Dr. Jasper in dieser Angelegenheit einen so geringen Horizont entwickelt hat, und daß er verlernt hat, die Sachen nicht anders als durch die unglückselige Parteibrille anzusehen.

Stadtv. **Munte:** Bei der Geringsfügigkeit der Summe will ich auf weitere Ausführungen verzichten und Herrn Dr. Jasper auf seine Bemerkung über die bodenlose Beschimpfung des französischen Abgeordneten durch die bürgerliche Presse nur erwidern: Mehr als Ihre Presse schimpft wohl keiner!

Stadtv. **Ribbentrop** beantragt Schluß der Debatte.

Es hat sich noch Herr Stadtv. **Wesemeier** zum Wort gemeldet. Die Versammlung beschließt Schluß der Debatte, und der Herr **Vorsitzende** entspricht diesem Beschlusse.

Stadtv. **Niete** (zur Geschäftsordnung): Nach meiner Kenntnis des parlamentarischen Brauchs ist es Mode, daß diejenigen, die sich noch zum Wort gemeldet haben, vor Schluß der Debatte noch zum Worte kommen müssen.

Vorsitzender: Herr Kiefe irrt sich über die parlamentarische Sitte. Auch in unserm Statut steht: Schluß der Debatte kann jederzeit beantragt werden, und der Vorsitzende hat zu fragen, ob jemand gegen den Schluß sprechen will. Das habe ich getan, somit ist keiner in seinen Rechten geschädigt.

Die 100 Mark werden bewilligt.

14. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung des Dienstzimmers für den Fortbildungsschulinspektor.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht:** Es ist notwendig, für den neuernannten Inspektor der Fortbildungsschule ein Dienstzimmer einzurichten, und außerdem ist noch ein Zimmer nötig, in dem die Lehrmittel für die Fortbildungsschule aufgestellt werden können. Die beiden Räume sind in der ersten mittleren Mädchenbürgerschule auf der Wilhelmstraße vorhanden. Es empfiehlt sich, auch gerade dorthin die Zimmer zu legen, weil die meisten Räumlichkeiten der Fortbildungsschule in diesem Schulgebäude untergebracht sind. Das eine Zimmer ist früher das Lehrerinnenzimmer gewesen und ist überflüssig geworden, weil die Neubauten ausgeführt sind, das andere Zimmer war für den vielleicht in späterer Zeit anzustellenden Schularzt bestimmt, wenn wir einmal so weit kommen, daß auch die mittleren Bürgerschulen eines Schularztes teilhaftig werden. Da das jetzt noch nicht der Fall ist, so steht dieses Zimmer vorläufig zur Verfügung. Die städtische Bauverwaltung hat diese beiden Zimmer als geeignet anerkannt und schlägt vor, zur Ausstattung des Dienstzimmers des Inspektors 420 M und für die des Sammlungszimmers 380 M anzuwenden. Der Stadtmagistrat empfiehlt den geehrten Herren die Bewilligung dieser im ganzen 800 M betragenden Summe aus Kap. XIV, 6 der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse. Die Schulkommission ist einstimmig der Ansicht, daß es notwendig ist, diese Mittel zu bewilligen, und empfiehlt den Herren die Annahme des Magistratsantrages.

Die 800 M für die Einrichtung der beiden Zimmer werden bewilligt.

15. Schaffung eines verschließbaren Raumes im ehemaligen Standesamtsgebäude an der Petersilienstraße.

Stadtv. **Busch:** Es ist den Herren bekannt, daß das ehemalige Standesamtsgebäude der Frauengruppe Braunschweig des Vereins gegen den Mißbrauch giftiger Getränke zu Zwecken der Volksküche überwiesen ist. Der Betrieb der Küche hat sich erfreulicherweise sehr gut entwickelt und macht es jetzt erforderlich, daß ein verschließbarer Raum geschaffen wird, der zur Ausnahme von vorübergehend nicht

im Gebrauch befindlichen Mobiliargegenständen dient. Es eignet sich dazu ein Teil des Dachbodens, der dafür instand gesetzt werden soll. Das Stadtbauamt ist vom Stadtmagistrat aufgefordert, einen Kostenschlag dafür einzureichen und bewertet die Ausgabe auf etwa 350 M. Der Magistrat gibt anheim, zur Schaffung dieses Raumes unsere Zustimmung zu erteilen und die erforderlichen Mittel zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu bewilligen. Die Veranziehung dieser Kasse hierfür empfiehlt sich um so mehr, weil ihr die Zinsen derjenigen 12 000 M zufließen, welche der Stadt zu Zwecken der Volksküche von dem Frauenhilfsverein Elisabeth überwiesen sind, die Ausgabe selbst aber durch den Volksküchenbetrieb, resp. zu dessen Gunsten erforderlich wird.

Wir haben uns gestern in der Baukommission mit der Sache befaßt. Ich bin beauftragt, Ihnen den Antrag zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Magistrats zu.

16. Gewährung eines Zuschusses an das Marienheim.

Stadtv. **Mohr**: Das Marienheim, auf der Gördelingerstraße 33 gelegen, richtet an den Magistrat die Bitte, ihm eine Beihilfe aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Der Verein bezweckt, Fabrikarbeiterinnen der Stadt ein Heim zu bieten und sie durch Unterhaltung (Spiele, Vorträge usw.) an Sonntagen sowie durch nützliche Unterweisung (Handarbeiten und Haushaltungsunterricht, Bibelfstunde, Gesang usw.) an Wochentagen sittlich zu fördern. Der Verein ist am 1. November 1904 gegründet und hat einen unerwarteten Aufschwung genommen. Wenn auch der Verein Marienheim nur über beschränkte Räumlichkeiten verfügt (es sind 11 Zimmer mit 22 Betten dort, die meist belegt sind), so hat er doch bislang sehr segensreich gewirkt und sich eines guten Zuspruches erfreut. Es wird den Arbeiterinnen dort volle Pension gewährt, auch Schlafräume ohne Verköstigung, dann Mittagessen und Abendessen zu mäßigen Preisen, und abends werden gesellige Zusammenkünfte gehalten. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, nach dem Antrage des Magistrats dem Marienheim aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen einen jährlichen Zuschuß von 100 M bis auf weiteres zu gewähren.

Stadtv. **Steinbrecher**: Ich finde diesen Betrag von 100 M für zu gering; was soll denn der Verein damit anfangen? Falls Gelder dazu flüssig sind, möchte ich bitten, mehr zu bewilligen, mindestens 500 M.

Stadtrat **von Frankenberg**: Die gute Absicht des Herrn Steinbrecher ist in diesem Falle wohl stärker als seine parlamentarische Erfahrung hier im Hause. Ich glaube, auch Herr Steinbrecher wird zugeben müssen, daß eine große Anzahl

von ähnlichen, gleichfalls sehr gemeinnützigen Veranstaltungen in der Stadt vorhanden ist, die alle sich Hoffnung machen, von der Stadt unterstützt zu werden, und die auch tatsächlich von uns Geldmittel erhalten. Sie würden mit demselben Recht von uns das Fünffache des jetzt aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gewährten Zuschusses erwarten können, wenn wir hier so weit gingen, wie Herr Steinbrecher vorschlägt. Ich möchte Sie bitten, es bei diesem Betrage bewenden zu lassen, dessen Höhe der Stadtmagistrat sich wohl überlegt hat, und der ungefähr im Verhältnisse steht zu dem, was wir andern gleichartigen Einrichtungen zuwenden. Es liegt in der Gewährung von 100 *M* einmal die Anerkennung der Bestrebungen einer derartigen Veranstaltung und ferner darin auch für solche, die sich erkundigen, wie diese Veranstaltung beurteilt wird, eine gewisse Beruhigung, so daß sie dreist ihr Geld dafür aufwenden können. Auch die staatlichen Behörden pflegen sorgfältig darauf zu sehen, wie die städtischen Behörden derartige Veranstaltungen unterstützen. Endlich ist für uns immer die Möglichkeit gegeben, daß wir durch das Widerrufliche einer derartigen Zuwendung in der Lage sind, die ganze Einrichtung in ihrem Betriebe zu überwachen und, wenn sie auf die Dauer nicht unsern Wünschen entspricht, den Zuschuß zu kürzen oder ganz wegsfallen zu lassen. Da in finanzieller Beziehung die Verhältnisse bei dem Marienheim keineswegs trostlos sind, so möchte ich bitten, den Antrag des Magistrats nicht mit einer Beihilfe von 500 *M* zu übertrumpfen.

Stadtv. Steinbrecher: Ich erwidere dem Herrn Stadtrat, daß das, was ich gewünscht habe, mit den parlamentarischen Erfahrungen in diesem Hause nicht zusammenhängt. Das muß das allerjüngste Mitglied des Hauses begreifen, daß, wenn für die olympischen Spiele 100 *M* bewilligt werden und hier ausgeführt wird, was dieses Heim alles für die Fabrikarbeiterinnen leisten soll, 100 *M* für diesen Zweck einfach so gut wie gar nichts sind. Mit einem Zuschuß von 100 *M* auf die einzelne Person berechnet, erreichen Sie gar nichts. Wenn 500 *M* für dieses Marienheim ein zu hoher Zuschuß ist, dann sollte für den erstgenannten Zweck nicht das Allerminimalste genommen werden. Ich meine, das Marienheim wird den Zuschuß sehr gut gebrauchen können.

Stadtv. Mohr: Ich muß dem Herrn Vorredner erwidern, daß das Häuschen, welches das Marienheim besitzt, sehr beschränkte Räumlichkeiten hat und eine Ausdehnung der Tätigkeit des Vereins deshalb nicht erfolgen kann. Die Abschlüsse, die diesen Akten beiliegen, ergeben auch, daß die Geschäftsjahre bisher gut verlaufen sind, und daß bis zum Jahre 1912 nur eine kleine Unterbilanz von ungefähr 200 *M* vorhanden gewesen ist, die aber durch Zuweisungen aus privaten Mitteln getilgt ist. Jedenfalls hätte die Finanzkommission Bedacht genommen,

mehr zu bewilligen, wenn es nötig gewesen wäre und nicht von seiten der Vereinsverwaltung gesagt worden wäre, daß sie voll und ganz mit diesen 100 M zufrieden wäre.

Stadtv. Steinbrecher: Ich stelle den Antrag, die Summe auf 500 M zu erhöhen, und bitte, darüber abzustimmen.

Der Antrag Steinbrecher wird abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

17. Aufnahme einer Klage wegen Forderung des Landwirts Barner aus Böfel.

Stadtv. Ahmann: Der Landwirt Barner aus Böfel hat eine Klage gegen den Stadtmagistrat angestrengt, um einen Schadenersatz im Betrage von 500 M nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 15. Januar d. J. zu erzielen. Der Tatbestand, der der Klage zugrunde liegt, ist folgender:

Am 8. Dezember v. J. ist auf der Brücke in Glesmarode die dem Kläger gehörige 6jährige deutsche kurzhaarige Hündin Hela Weidemann, eingetragen unter Nr. 416 J im deutschen Hundestammbuche, durch einen Automobilgerätwagen im Dienste der städtischen Feuerwehr, welcher von Herrn Büßing geliehen war, überfahren und getötet worden. Der Kläger behauptet, daß das Automobil nur auf einer Probefahrt begriffen war und deswegen nicht im amtlichen Dienst der Feuerwehr stand, und daß die Fahrgeschwindigkeit eine zu große gewesen sei, daß außerdem kein Warnungssignal gegeben sei und das Unglück nur dadurch geschehen konnte, daß der Hund durch das Acetylenlicht geblendet wurde. Er führt dafür zwei Zeugen aus Braunschweig an und beruft sich auf den § 7 des Automobilgesetzes vom Jahre 1909 und § 18 der Ausführungsbestimmungen von 1910, nach denen die Gemeinde Braunschweig für den Schaden verantwortlich sei, führt auch an, daß er für den Preis der Hündin ein Gutachten beibringen werde.

Der Magistrat hat dagegen in seinem Schriftsatz ausgeführt, daß das Automobil tatsächlich im Dienste gewesen wäre, und zwar auf einer dienstlichen Übungsfahrt. Der Magistrat bestreitet, daß die Fahrgeschwindigkeit des Automobils eine so schnelle war, daß dadurch Gefahren entstehen konnten, und außerdem sei nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Februar 1910 eine Vorschrift über die Innehaltung einer gewissen Fahrgeschwindigkeit für die Feuerwehr vorhanden. Es werden von der Stadt neun Zeugen angeführt, die bestätigen sollen, daß das Automobil nicht zu schnell gefahren sei, daß die Hündin vorher auf dem Trottoir sich befunden hätte und einen Meter vor dem Auto vom Trottoir vor das Fahrzeug gesprungen sei, so daß das Unglück nicht hätte verhütet werden

können. Weiter behauptet der Magistrat, daß der Wert der Hündin mit 500 *M* zu hoch angegeben sei, und führt Sachverständige dafür an.

Nun ist richtig, daß nach dem Automobilgesetz, wenn alle Dinge so, wie der Kläger behauptet, verlaufen wären, die Klage so ausgehen würde, daß die Ersatzpflicht der Stadt ausgesprochen werden müßte. Es heißt nach § 7 des Automobilgesetzes: „Wird beim Betriebe eines Kraftfahrzeuges ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt, oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Fahrzeuges verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. — Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall durch ein unabwendbares Ereignis verursacht wird, das weder auf einem Fehler in der Beschaffenheit des Fahrzeuges noch auf dem Versagen seiner Vorrichtungen beruht. Als unabwendbar gilt ein Ereignis insbesondere dann, wenn es auf das Verhalten des Verletzten oder eines nicht bei dem Betriebe beschäftigten Dritten oder eines Tieres zurückzuführen ist und sowohl der Halter als auch der Führer des Fahrzeuges die je nach den Umständen des Falles gebotene Sorgfalt beobachtet haben.“

Ferner sagt der § 9: „Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Verletzten mitgewirkt, so finden die Vorschriften des § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches mit der Maßgabe Anwendung, daß im Falle der Beschädigung einer Sache das Verschulden desjenigen, welcher die tatsächliche Gewalt über die Sache ausübt, dem Verschulden des Verletzten gleicht,“ so daß man annehmen kann, daß der Richter nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches den Schaden auf beide klagende Parteien verteilen könnte, also die Stadt unter Umständen zu einem Teile des Schadens verurteilt würde.

Mag die Sache liegen, wie sie will, jedenfalls müßten wir die Genehmigung aussprechen, daß der Magistrat die Klage aufnimmt. Der Ausgang ist nach dem Automobilgesetz fraglich, und wir können nicht wissen, wie die Zeugen vor Gericht aussagen, insbesondere nicht, ob die Aussagen klar und präzise, wie sie in dem Klageantrag und der Klagebeantwortung ausgesprochen sind, ausfallen. Darnach dürfte es darauf ankommen, ob der Magistratsvertreter sich auf einen Vergleich einläßt. Die Statutenkommission beantragt also, dem Verlangen des Magistrats gemäß, daß die Zustimmung zur Aufnahme der Klage ausgesprochen wird.

Die Versammlung erteilt die Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses.

18. Verlängerung des Kanals in der Cellerstraße.

Stadtv. **Niete:** Der Stadtmagistrat schreibt in der Angelegenheit: „Der Brennereibesitzer Schmidt von hier hat gebeten, sein an der Cellerstraße hart vor dem Gemeindebezirk Olper gelegenes Grundstück an den städtischen Kanal anzuschließen. Voraussetzung dieses Anschlusses ist die Verlängerung des in der Celler-

straße liegenden Kanals um etwa 100 Meter. Wir halten es für unbedenklich, dem Antrage zu entsprechen, wenn dabei folgende Bedingungen festgelegt werden:

1. Der Kanal wird auf Kosten des Antragstellers von der Stadt hergerichtet. Die auf 3700 *M* veranschlagten Kosten sind vor Beginn der Bauausführung vom Antragsteller bei der Stadthauptkasse einzuzahlen.

2. Der Kanal geht sofort in den Besitz der Stadt über; diese erhält damit freies Verfügungsrecht über den Kanal.

3. Die Reinigung und Unterhaltung des Kanals erfolgt auf städtische Kosten durch die Stadt.

4. Für die Einleitung der Abwässer sind vom Antragsteller die von den städtischen Behörden auf Grund der für das Stadtgebiet geltenden Vorschriften festgesetzten Kanalabgaben zu bezahlen.

5. Dem Antragsteller werden die Baukosten erstattet, sobald durch den Betrag der ordentlichen Kanalabgabe, welche für die an die Kanalanstrecke angeschlossenen Grundstücke zu zahlen ist, eine 5prozentige Verzinsung der Baukosten nach pflichtmäßigem Ermessen des Stadtmagistrats dauernd gewährleistet ist.

Nachdem der Brennereibesitzer Schmidt sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt hat, richten wir unter Beifügung eines Lageplans an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit Schmidt ein entsprechendes Abkommen getroffen wird."

Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Verlängerung des Kanals in der Cellerstraße unter den angegebenen Bedingungen wird genehmigt.

19. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Cellerstraße vor dem Amalienplatze.

Stadtv. **Sander:** Die Stadtverordneten haben den Stadtmagistrat ersucht, den Teil des Fußweges an der Cellerstraße, der sich vor dem Amalienplatze befindet und bisher noch nicht mit Plattenbelag versehen ist, mit Platten zu versehen. Der Magistrat hat dementsprechend einen Kostenschlag von der städtischen Bauverwaltung eingefordert, und darnach belaufen sich die Kosten bei den üblichen Einheitsätzen auf zusammen 600 *M*. Die Baukommission hat die Sache geprüft, hält die Preise für angemessen und empfiehlt die Vorlage dem Magistratsantrag gemäß zur Genehmigung.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich möchte die Bitte an den Magistrat aussprechen, die Bauhütte auf dem Amalienplatz etwas mit Buschwerk umgeben zu lassen.

Die 600 *M* zur Herstellung des Plattenbelags werden verwilligt.

20. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Altstadtringes zwischen Broitzemerstraße und Madamenweg.

Stadtv. **Meyerhoff**: Durch den städtischen Haushaltsplan ist in Aussicht genommen, den Altstadtring zwischen Broitzemerstraße und Madamenweg auszubauen. Der Plan dafür hängt hier zur Einsicht aus. Zu dem Ausbau ist der stadtseitige Erwerb von drei Grundflächen erforderlich, 1. einer solchen von 2,18 a, 2. einer solchen von 52,42 a, 3. einer solchen von 18,39 a. Die Ländereien befinden sich im Besitz der Witwe des geheimen Baurats Lieff und der Kinder des früheren Landwirts Essen. Zwischen dem Magistrat und den genannten Eigentümern ist ein Kaufvertrag aufgenommen und als allgemeiner Satz 10 *M* für das Quadratmeter angenommen. Nur eines ist bei diesem Kontrakt noch zu bemerken: § 4 des Vertrages lautet: „Die Kosten des Vertrages nebst Ausfertigung, den Reichs- und Landesstempel, die Auflassungskosten und die Nebengebühren übernimmt die Stadtgemeinde, desgleichen die öffentlichen Lasten und Abgaben der verkauften Grundstücke vom Tage der Auflassung an. § 5. Die Entschädigung der Pächter der verkauften Grundstücke übernimmt die Stadtgemeinde bis zur Höhe von 50 *M* pro Morgen. Im übrigen ist die Zahlung dieser Entschädigung Sache der Verkäufer.“ Da die ganze Fläche ungefähr drei Morgen groß ist, so würde es sich dabei für die Stadt um rund 150 Mark handeln. Die Wertzuwachssteuern werden in diesem Falle die Verkäufer tragen. Der halbe Kaufpreis wird sofort gezahlt, die andere Hälfte ein Jahr gestundet. Die gesamte Summe für den Erwerb der Flächen beträgt 72 990 *M*.

Die Baukommission empfiehlt der Versammlung durch mich, den Ankauf und auch den Vertrag zu genehmigen.

Dem Ankauf wird von der Versammlung zugestimmt und der abgeschlossene Vertrag genehmigt.

21. Verwilligung von Mitteln für den Betrieb der Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplaze.

Stadtv. **Friede**: Die auf dem Leonhardplaze errichtete Unterkunft- und Spielgeräthalle ist jetzt fast fertiggestellt und wird im Laufe dieses Monats der Benutzung übergeben werden können. Nun ist im Haushaltsplan für 1913/14 nichts ausgeworfen für die Vergütung für eine Wärterin in der mit der Unterkunftshalle verbundenen Bedürfnisanstalt. Es bedarf einer nachträglichen Verwilligung dafür, und zwar für die 11 Monate (da der Betrieb in diesem Jahre einen Monat später beginnt) bis zu 250 *M*. Für Heizung, Beleuchtung und Wasserlieferung, sowie für die Ergänzung verschiedener Gebrauchsgegenstände sind 300 *M*, für erstmalige

Anschaffung von Gebrauchsgegenständen 70 *M* und für Unterhaltung der Unterkunftshalle in baulicher Beziehung 200 *M* zu bewilligen, im ganzen bis zu 820 *M*.

Die Baukommission hat sich auch mit dieser Sache beschäftigt und gibt den geehrten Herren durch mich Annahme der Vorlage anheim.

Die Mittel für den Betrieb der Anstalt werden bewilligt.

22. Änderung des Ortsbauplanes bezüglich der Ecke Schloßstraße und Ölschlägern.

Stadtv. **Rasche**: Die Buchdruckerei H. Kiese u. Co. beabsichtigt, einen Neubau zu errichten und hat zu dem Zwecke an der Ecke der Schloßstraße und des Ölschlägern zwei Grundstücke erworben. Die alte Fluchtlinie für diese Ecke hat eine eigentümliche Form, so daß es gut sein würde, wenn die beiden Grundstücke in einem Hause vereinigt werden, die alte gebrochene Fluchtlinie durch eine neue zu ersetzen und die durch diese Änderung in Frage kommenden Straßen- resp. Grundstücksflächen auszutauschen, resp. von der Druckerei zu übernehmen. Die Regulierung soll in der Weise erfolgen, daß 1. 2,73 qm Fläche der Firma H. Kiese u. Co. gegen 1,1 qm verfügbar werdende Straßenfläche ausgetauscht wird und 2. die von dem Grundstück der Firma außerdem noch frei werdenden 5,73 qm durch die Stadt zu dem von der städtischen Bauverwaltung für angemessen gehaltenen Preise von 40 *M* für das qm gekauft werden. Der Magistrat gibt anheim, den hierbei vorgelegten Teilortsbauplan zu genehmigen und für den Fall dieser Genehmigung dem gleichfalls vorgelegten notariellen Vertrage vom 26. März dieses Jahres zuzustimmen.

Die Baukommission hat nach ihrer Beratung sich ganz dem Magistratsantrag angeschlossen und bittet die geehrten Herren, die Änderung der Fluchtlinie und den Vertrag zu genehmigen.

Dem Ansuchen der Baukommission wird entsprochen.

23. Anfrage Loeschigt, betreffend die Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße.

Die Anfrage lautet: „Wie weit sind die Vorarbeiten betreffs Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße gediehen?“

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Sie wissen, daß vor Jahresfrist bei den kolossalen Niederschlägen, die wir gehabt haben, in der Hamburgerstraße in der Nähe des Schützenplatzes sehr unliebsame Zustände wegen des Straßenkanals sich

ergeben haben. Die Verhältnisse sind in liebenswürdiger Weise von der Kanalbauverwaltung geprüft, und es ist auch anerkannt, daß Abhilfe geschaffen werden müßte. Da nun der Sommer wieder bevorsteht und auch das Schützenfest bald heranrückt, die Abhilfe aber noch nicht geschehen ist, so möchte ich fragen, in welchem Stadium sich die Vorarbeiten zu der Abänderung der Übelstände befinden.

Bürgermeister **Meyer**: Die Vorlage ist noch nicht zum Abschluß gebracht, jedoch ist sie in Arbeit.

24. Antrag **Loeschigt**, wegen strengerer Durchführung des § 86 der Polizeiordnung.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung bittet den Magistrat, zu veranlassen, Herzogliche Polizeidirektion wolle die geeigneten Maßregeln ergreifen, um dem durch § 86 der Straßenpolizeiordnung ausgesprochenen Verbot der Verunreinigung der Straßen der Stadt möglichst weitgehende Geltung zu verschaffen.“

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Ich glaube, eine Begründung ist nach der großen Debatte, die wir vorhin gehabt haben, nicht mehr nötig. Ich hätte vielleicht auch den Antrag nicht einzubringen brauchen, da ich voraussetzen kann, daß die Polizeidirektion, die an der Durchführung der Straßenpolizeiordnung Interesse hat, sowieso aus der Debatte entnehmen wird, was not tut. Ich halte es aber doch für besser, wenn die Versammlung ihren Standpunkt nochmals feststellt und den Magistrat bittet, formell an die Polizei heranzutreten, und in dieser Weise für eine weniger schlimme Verunreinigung der Straßen sorgt.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

25. Anfrage **Diedmann** bezüglich der Versagung seitens des Magistrats, städtische Plätze zum Preisfahren zu überlassen.

Die Anfrage lautet: „Waren die Gründe für den Magistrat, dem Reiterverein und dem Reit- und Fahrverein die Benutzung des Exerzierplatzes bezw. des St. Leonhardplatzes zu dem Preisfahren zu verjagen, so schwerwiegend, daß dadurch das Preisfahren ernstlich gefährdet wurde?“

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Meine Herren. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß der Reiterverein und der Reit- und Fahrverein unter großen Opfern es wieder ermöglicht haben, am nächsten Sonntage ein Reit- und Fahrturnier stattfinden zu lassen. Wenn nicht die Intendantur eingesprungen wäre, so

wäre die ganze Veranstaltung in Frage gestellt gewesen. Solche Aufführungen ziehen einen erheblichen Fremdenverkehr nach hier, und wenn sie auf dem Exerzierplatz bzw. St. Leonhardplatz hätten stattfinden dürfen, so wären jedenfalls noch mehr Fremde nach hier gekommen, die dann den Vorführungen hätten zusehen können, ohne Geldausgaben dafür zu haben, während das auf dem Kasernenhofe ausgeschlossen ist, da dieser natürlich abgesperrt wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe folgendes zu erwidern. Der Verein, von dem Herr Stadtv. Diedmann sprach, hat sich an den Magistrat mit dem Ersuchen gewendet, für Abhaltung der Fahr- und Reitzkonkurrenz — oder auch nur der Fahrkonkurrenz — den Kleinen Exerzierplatz freizugeben. Nun trug der Magistrat Bedenken, dem Antrage stattzugeben. Die Herren wollten sich begnügen mit dem westlichen Teile des Platzes, und hier ist eine Grasnarbe kaum vorhanden. Aber es lag ein Ansuchen eines Zirkusbefizers vor, der den Platz vom Ende April ab zu seiner Verfügung gestellt sehen wollte. Wir hätten also den übrigen Platz freigeben müssen, auf dem noch eine Grasnarbe einigermaßen vorhanden ist. Es ist vielleicht Herrn Diedmann noch nicht bekannt, daß wegen dieses Teiles ein Vertrag zwischen der Militärverwaltung und der Stadtverwaltung abgeschlossen ist, in dem die ausdrückliche Bestimmung vorkommt, daß, abgesehen von militärischen Übungen, auf dem Platz das Reiten und Fahren unbedingt verboten ist. Nun ist den älteren Herren in der Stadtverordnetenversammlung wahrscheinlich bekannt, daß über die Benutzung dieses Platzes zum Reiten in früheren Jahren hier sehr unliebsame Debatten gepflogen sind, und zwar deshalb, weil besonders die Stadtverordneten sich auf den Standpunkt stellten, daß der Platz nicht dazu bestimmt sei. Hätte der Magistrat also ohne weiteres den Platz für diesen Zweck freigegeben, so wäre das eine Verletzung des Verbots gewesen, und wir hätten uns dem ausgesetzt, daß die Stadtverordneten uns ersucht hätten, den genehmigten Vertrag innezuhalten. Wäre der Magistrat an die Stadtverordneten mit dem Antrage gekommen, sie möchten der Freigabe dieses Platzes zustimmen, so fürchtete der Magistrat, die Stadtverordneten würden das abgelehnt haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß in letzter Zeit zum Teil durchaus begründete Klagen über die starke Abnutzung der Grasnarbe auf den städtischen Spielplätzen geführt sind, und wenn in einem Falle das Fahren auf dem Platz gestattet wird, so muß das zu bedenklichen Verursachungen Anlaß geben. So sind wir dazu gekommen, den Antrag abzulehnen. Ich habe wohl hinterher gehört, daß man dem Magistrat diese Stellungnahme verübelt hat. Das tut mir leid. Wir erkennen an, daß aus mancherlei Rücksichten es wohl wünschenswert ist, daß die Stadt auch solche Bestrebungen unterstützt. Es sind wohlhabende Einwohner, die sich diesem Sport hingeben, und es ist keine Frage, daß durch die Förderung eines solchen Sports das Verkehrs-

leben der Stadt gefördert werden kann. Es sollte mich freuen, wenn etwa die Stadtverordnetenversammlung — sie ist ja jetzt ganz anders zusammengesetzt wie in früheren Jahren — sich auf den Standpunkt stellen sollte, daß der Magistrat ermächtigt sein soll, in dieser Beziehung Entgegenkommen zu zeigen. Ich persönlich würde das um so mehr mit Freude begrüßen, als ich die Überzeugung habe, daß speziell für den Reitsport hier in der Stadt bisher wenig getan ist. Wenn man sieht, wie andere Städte bemüht sind, für die Reiter zu sorgen, dann muß man sagen, daß die Verhältnisse in Braunschweig für den Reitsport in höchstem Grade ungünstig sind. Wer von den Herren das Vergnügen hat, Reiter zu sein, weiß, was für eine elende Sache es ist, wenn die Reiter erst eine halbe Stunde auf gepflasterten Straßen Schritt reiten müssen, ehe sie auf einen Reitweg gelangen. Das läßt sich aber bei unsern Straßen, wie wir sie ausgebaut haben, nachträglich schwerlich noch einrenken. Weil in dieser Beziehung unsere Straßen mangelhaft sind, würde es der Magistrat gern sehen, wenn die Herren Stadtverordneten sich jetzt, soweit es derartige Plätze betrifft, auf einen andern Standpunkt stellten als früher; ich fürchte allerdings, wenn heute darüber beraten werden sollte, daß die Ansichten noch sehr auseinandergehen würden. Schließlich muß man auch sagen, daß auch noch andere Plätze zur Verfügung standen, z. B. hätte der Schützenplatz genommen werden können, und wir hatten auch vorgeschlagen, den Leonhardplatz in Aussicht zu nehmen, so daß die Wagen auf dem Wege am Landgestüt fahren konnten. Nun sollten aber Achten gefahren und andere Produktionen vorgeführt werden, und das läßt sich dort nicht ausführen. Es fehlt für diese Sachen in Braunschweig an einem geeigneten Plage. Die Schädigung der Grasnarbe, die allerdings nach meiner Überzeugung in diesem Falle nicht allzu groß geworden wäre, müßte man allerdings mit in Kauf nehmen. Wir sind also gegen unsern eignen Wunsch dazu gezwungen gewesen, das Gesuch dieses Vereins abzulehnen.

26. Antrag Schmidt, betreffend § 11 der Friedhofs- und Begräbnisordnung.

Der Antrag lautet: „Friedhofs- und Begräbnisordnung betreffend. Beantworte die Abänderung des § 11 dergestalt, daß die Beerdigungszeiten an den Wochentagen während des Sommerhalbjahres von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, im Winterhalbjahr von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statutarisch festgelegt werden.“

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): Der § 11 der Friedhofsordnung besagt, daß eine Beschränkung für die Beerdigungszeit bestehen soll. Die bisher dafür bestimmte Zeit war bis Mittag 1 Uhr. Das Statut ist, nach dem darauf befindlichen Datum zu urteilen, seit dem Jahre 1900 in Geltung, so daß jetzt 13 Jahre seitdem

verfloßen sind. Während 13 Jahren haben eine Reihe Veränderungen in den Wohnheiten Platz gegriffen, so daß jetzt nach Einführung der durchgehenden Arbeitszeit diese Beschränkung der Beerdigungszeit bis 1 Uhr im höchsten Grade nachteilig ist. Es ergibt sich dadurch für die Beerdigungsteilnehmer ein größerer Verlust an Arbeitsverdienst und läßt den Wunsch gerechtfertigt erscheinen, daß die Beerdigungszeit weiter ausgedehnt wird. Ob es ratsam erscheint, den ganzen Morgen als Zeit für die Beerdigungen bestehen zu lassen, will ich nicht erörtern, es kommt mir lediglich darauf an, daß sie auf den Nachmittag ausgedehnt werden, so daß bei größeren Beerdigungen der Zeitverlust nicht so groß ist. Ich habe eine Umfrage veranstaltet in einer ganzen Reihe von Städten, wie es dort mit der Beerdigungszeit gehalten wird, aber keine Begräbniskasse weist eine derartige Bestimmung auf, daß die Beerdigungen nur am Vormittag vorgenommen werden sollen. Ich habe Nachrichten erhalten aus Chemnitz, Brandenburg, Köln, Hannover, Stettin, Düsseldorf, Hamburg, Danzig, Essen, Stuttgart und andern Städten. Dort dauert die Beerdigungszeit bis 3 Uhr im Winter und bis 4 Uhr im Sommer, und die Statute weisen darauf hin, daß bei besonderen Veranlassungen Ausnahmen gemacht werden können. Mein Wunsch geht also dahin, eine Bestimmung zu erhalten, die es ermöglicht, die Begräbnisse so zu legen, daß der Ausfall an Arbeitszeit für die Teilnehmer an Beerdigungen nicht zu groß wird.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Antragsteller darauf aufmerksam machen, daß der Antrag formell geändert werden müßte, denn wir haben bei Festsetzung der Beerdigungszeiten nicht mit zu bestimmen. Selbstverständlich kann die Statutenkommission, der ich diesen Antrag überweise, mit ihrer Genehmigung den Antrag formell so ändern, daß das herauskommt, was Sie wünschen. Wir müßten den Magistrat auffordern, bei der Friedhofskommission vorstellig zu werden, damit diese die Begräbniszeiten in der gewünschten Weise ändert.

27. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeklint.

Der Antrag lautet: „Beantrage die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeklint (eventuell Bäckerkint). Diese Bedürfnisanstalt soll räumlich getrennt sowohl für Männer als auch für Frauen eingerichtet werden.“

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): Daß wir zuviel Bedürfnisanstalten in Braunschweig haben, wird niemand sagen können. Mit Rücksicht darauf, daß besonders in diesem Straßenzuge, der von der Breitenstraße nach dem Petritor geht, keinerlei Bedürfnisanstalten vorhanden sind, daß der Radeklint einer der belebtesten Plätze ist, da der Verkehr von der Langenstraße und Beckenwerferstraße

den Verkehr nach dem Petritor kreuzt, ist der Mangel einer Bedürfnisanstalt in dieser Gegend von vielen Beteiligten übel empfunden worden. Das wird mit daran liegen, daß unsere heutigen Bedürfnisanstalten zu sehr versteckt liegen. Wer aus einem andern Stadtteil kommt und in der Gegend nicht bekannt ist, der muß erst suchen, bis er die vorhandene Anstalt findet. In Braunschweig hat man versteckte Winkel dafür ausgesucht, so daß sie ein Uneingeweihter schwer finden kann. Wenn Sie also aus ästhetischen Gründen Bedenken hätten, daß es nicht schön aussehen würde, auf dem Platze selbst ein solches Häuschen hinzubauen, so glaube ich dies schon als Grund gegen solche Bedenken anführen zu können. In andern Städten sieht man die öffentlichen Plätze als dafür besonders geeignet an. Ich erinnere an Stettin. Die Anlagen sind mit gärtnerischem Schmuck umgeben und sind ganz großartig anzusehen. Wie aus unserm Beschlusse von heute ersichtlich, haben wir in der ganzen Stadt nur zwei Frauenbedürfnisanstalten, und da muß man doch zugeben, daß damit für die Frauen zu wenig getan ist. Ich darf deshalb der Meinung sein, daß man hier den Anfang macht, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Wenn mir die Auswahl des Platzes überlassen würde, so würde ich allerdings den Radeflint für geeigneter zur Anlage der neuen Bedürfnisanstalt halten; es soll mir aber gleich sein, für welchen Platz Sie sich entscheiden. Ich bitte, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

28. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatze und am Magnitore.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen über Errichtung je einer Bedürfnisanstalt für Frauen und Männer auf dem Burgplatze und auf dem Platze am Magnitore.“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Eine der lebhaftesten Verkehrsgegenen der Stadt ist das Zentrum, wo auch unser Rathaus steht. Ein großer Menschenstrom kommt vom Steinwege und Bohlwege und ergießt sich weiter nach den Hauptverkehrsstraßen der Stadt, nach der Gegend der Schuhstraße und des Sackes zu. Dabei wird unangenehm vermißt, daß in dieser Gegend der Stadt keine Bedürfnisanstalt vorhanden ist. Es wird wohl gesagt, im Rathause sei Gelegenheit geboten, die Bedürfnisse zu verrichten. Aber erstens ist das nicht jedermann bekannt, und zweitens wird das Rathaus abends sehr früh geschlossen, so daß

diese Stelle nicht als Ersatz gelten kann. Ich beantrage deshalb, in dieser Gegend eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Wenn Sie einen geeigneten Platz dafür auf dem Wilhelmplatz oder an sonst einer geeigneten Stelle finden, so soll mir das auch gleich sein. Ich glaube aber, der Burgplatz wird dadurch nicht verschimpft werden, wenn die Anstalt, wie Herr Schmidt es für den Radeflint vorgeschlagen hat, mit geschmackvoller Umgebung versehen wird. Daß die Frauen bei der neuen Einrichtung mit berücksichtigt werden, ist wohl selbstverständlich, denn bis jetzt sind sie in dieser Beziehung recht stiefmütterlich behandelt worden.

Was den weiteren Antrag auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitor betrifft, so bedarf er wohl keiner Begründung. Sie wissen, daß dieser Wunsch schon ein sehr alter ist; wir haben wiederholt darüber gesprochen. Vor fünf Jahren war schon ein dahingehender Antrag eingebracht. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß damals, die Anstalt auf dem dreieckigen Platze zu errichten, während der Magistrat darauf bestand, sie am Museum anzubringen. Das war im Jahre 1908, seitdem sind fünf Jahre vergangen, ohne daß der Plan ausgeführt ist. Ich meine, die Sache müßte nun endlich aus ihrem Schläfe geweckt werden, und ich hoffe, daß es gelingen wird, eine solche Anstalt dort zu errichten. Daß die Notwendigkeit vorliegt, wissen wir alle, da ein starker Verkehr sich von der Innenstadt nach dem äußeren Magnitor und Augusttor zu bewegt.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

29. Verlängerung des Wasserrohrs in der Elmstraße.

Stadtv. Munte: Es handelt sich darum, daß der Braunschweiger Bauverein im Anschluß an verschiedene von ihm an der Friedrichstraße, bezw. am Friedrichsplatz ausgeführte Bauten auch im östlichen Teile der Elmstraße drei Häuser zu errichten, beabsichtigt. Das kann nur ausgeführt werden, wenn das Wasserrohr bis zu den neu aufzuführenden Häusern hin verlängert wird, was nach dem Voranschlag der Direktion der Licht- und Wasserwerke 2000 M Kosten verursachen wird. Nun bittet der Bauverein den Magistrat, diese Legung des Wasserrohrs auf Kosten der Stadt vorzunehmen, und verpflichtet sich dahingegen, die projektierten Häuser so einzurichten, daß in zweien derselben nur Dreizimmerwohnungen und in dem dritten keine größere Wohnungen als Vierzimmerwohnungen entstehen. Nach dem diese Verpflichtung vom Bauverein übernommen worden ist, beantragt der Magistrat, die Versammlung möchte sich mit der Legung des Wasserrohrs einverstanden erklären und die daraus erwachsenden Kosten zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke bewilligen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt durch mich der geehrten Versammlung die Annahme dieser Vorlage.

Die Verlängerung des Wasserrohres wird genehmigt und die Kosten dafür verwilligt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¾ Uhr.

1913/1914.

Nr. 3.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Mai 1913.

Am Magistratstische die Herren Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Könegen**, **Lord**, **Seele**, **Wagner** und **Assessor Bock**.

Entschuldigt die Herren Stadvv. **Göde** und **Dhlendorf**.

Stellvertretender Vorsigender Dr. Wolters: Meine hochgeehrten Herren! Eine schmerzliche, tieftraurige Kunde hat uns heute erreicht. Der Vorsteher dieser hohen Versammlung, Herr Kommerzienrat Hermann Hauswaldt, unser aller lieber Freund, ist gestern abend in Badenweiler plötzlich an einem Herzschlage verschieden. Schnell tritt der Tod den Menschen an! Der Ort, an dem unser Freund die Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit erhoffte, ist ihm zur Todesstätte geworden.

Nicht wir allein in diesem Saale stehen erschüttert da, die Einwohnerschaft der ganzen Stadt wird ergriffen sein, und weit hinaus wird das Land Braunschweig innigen Anteil an unserm Verluste nehmen.

Welch hochfliegender, mit allen edlen Gaben ausgerüsteter Geist! Wie wir hier mit Hermann Hauswaldt zur Arbeit im öffentlichen Amte verbunden waren, wie er sein Wirken als Mitglied der gesetzgebenden Körperschaften des Landes entfaltete, so gab es kaum ein uneigennütziges Unternehmen in Stadt und Land, dem unser

Freund nicht seine große Kraft zur Verfügung stellte. Zahllos ist die Menge derjenigen, die seinen Rat suchten und werktätige Hilfe fanden.

Die Hauptarbeit seines Lebens galt seiner Vaterstadt. Wir, die wir mit ihm jahre-, zum Teil jahrzehntelang in Arbeit verbunden waren, wir wissen, was in dem uns lieb gewordenen Amte Hermann Hauswaldt galt und wie oft wir jetzt seine Erfahrung, seinen Rat, seine Hilfe, seinen Scharfblick vermissen werden.

Bewundern wir mit großer Verehrung die Geistes Eigenschaften unseres Freundes, so liebten wir den trefflichen reinen Charakter. Die Grundzüge seines Wesens, wie ich sie erkenne, waren herzerfrischende Freimütigkeit und flectenlose Uneigennützigkeit. Wie oft waren wir in tiefster Seele freudig ergriffen, wenn Hermann Hauswaldt hier und an anderer Stätte mit ungeschminkter Offenheit gegen alles sich wandte, was er als fehlerhaft, als falsch erkannte. Ihm stand das trefflich; wußten wir doch alle, daß der Leuchter seines Wesens war die echteste aller Bürgertugenden: die Uneigennützigkeit.

Mit ihm scheidet ein Freund der Armen und Bedrückten. Wenn unser verstorbener Kollege Jüdel unserer Vaterstadt die reichen Mittel hinterließ, um Arme und Bedrückte zu unterstützen, so war in erster Linie unser Stadtverordnetenvorsteher dazu berufen, dieses kostbare Vermächtnis in die Tat umzusetzen.

Und endlich die unter uns, meine hochverehrten Herren, denen es vergönnt war, ihm persönlich näher zu treten, die ihn ihren Freund nennen durften, sie wissen, welche Geistesgaben sein Freundesherz zu verteilen mußte und werden ihm dafür zu unauslöschlicher Dankbarkeit verbunden sein.

So scheiden wir an dieser Stätte von unserm alten lieben Stadtverordnetenvorsteher. Die alten Römer haben das Wort geprägt: *Vir bene meritis de republica*, ein um das Gemeinwesen wahrhaft verdienster Mann! Hier, meine hochverehrten Herren, hat sich das Wort erfüllt. Die Vaterstadt ist ihm zu tiefer Dankbarkeit verpflichtet, uns allen ist er ein leuchtendes Vorbild. Wir werden sein Andenken nimmermehr vergessen. Ich bitte die geehrten Herren, sich zum Zeichen dessen von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich danke den Herren.

Bürgermeister Meyer: Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie, daß auch der Stadtmagistrat an dieser Stelle seinem Schmerze über den herben Verlust, den Sie und die Stadt durch den Tod Ihres Herrn Vorsitzenden erlitten haben, Ausdruck gibt. Der Verstorbene ist mehr als zwanzig Jahre Stadtverordneter gewesen und hat während dieser langen Spanne Zeit seine Erfahrungen, seine Kenntnisse, seine Arbeitskraft in seltenem, ich möchte fast sagen, in unbegrenztem Maße der Stadt zur Verfügung gestellt. Dem Stadtmagistrat ist er besonders näher getreten

in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, und der Magistrat hat ihn nicht zum wenigsten um deswillen hochschätzen gelernt, weil er es verstanden hat, in der geschäftlichen Behandlung der vorliegenden Sachen, soweit der Magistrat dabei in Betracht kam, das gute Einvernehmen zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Stadtmagistrate zu wahren und zu kräftigen. Der Magistrat ist ihm stets dafür Dank schuldig gewesen, und er wird diesen Dank ihm auch nachtragen über das Grab hinaus. Der Magistrat ist durch das Dahinscheiden Ihres Herrn Vorsitzenden in tiefe Trauer versetzt, sein Andenken wird ihm unvergeßlich sein.

Vorsitzender Dr. Wolters: Meine Herren! Ich glaube, daß unter dem Eindruck dieser traurigen Nachricht bei den verehrten Herren nicht der Wille vorhanden ist, in die Tagesordnung einzutreten und heute überhaupt zu verhandeln. Ich möchte vorschlagen, die Verhandlungen heute auszusetzen, und nehme Ihr Einverständnis damit an, wenn sich nicht aus der Versammlung Widerspruch erhebt. — Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schließe die Sitzung.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. Mai 1913.

Tagesordnung:

1. Änderung der Müllabfuhr	Seite 87
2. Antrag des Stadtverordneten Munte auf Schmückung der Nischen des Altstadtrathhauses	" 112
3. Einsetzung eines Senioren-Konvents bei der Stadtverordnetenversammlung	" 114
4. Erhebung einer Klage wegen Forderung	" 118
5. Änderung der Bedingungen über Abgabe von Gas durch Automaten	" 119
6. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burg- plage und am Magnitore	" 120
7. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radeklint	" 120
8. Antrag Schmidt, betreffend § 12 der Friedhofs- und Begräbnisordnung	" 122
9. Antrag Voeshigt wegen strengerer Durchführung des § 86 der Straßen- polizeiordnung	" 124
10. Anschaffung von Spielgeräten für die Schulschüler der Bürgerschüler und Bürger- schülerinnen	" 124
11. Beseitigung von Beschädigungen an den Anlagen der Frauenbadeanstalt im Bürgerpark	" 125
12. Überweisung einer Summe an die von der Braunschweigischen Batterie aus Anlaß der Feier ihres hundertjährigen Bestehens zu errichtende Stiftung	" 126
13. Unterstützung der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz	" 127
14. Bessere Entwässerung der Hamburgerstraße	" 129
15. Die Ausschreibung der Gemeindeabgaben und Staatssteuern betreffend	" 130
16. Abänderung des stadtseitigen Abkommens mit dem Stadtkirchenverband	" 138

17. Umbau und Instandsetzung des stadtseitig erworbenen Grundstückes Mönchstraße 15	Seite 140
18. Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweigische Baugenossenschaft . . .	" 140
19. Entsendung zweier Vertreter zu dem 30. Braunschweigischen Städtetage . . .	" 141
20. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage in der Schule an der Reichstraße . .	" 141
21. Antrag Kleinknecht, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	" 142
22. Antrag Ohlendorf, Erlaß eines neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	" 144
23. Auswechslung des Wasserrohrs am Stadtpark	" 147

Am Magistratsstisch die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner** und Assessor **Bock**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Ribbentrop**. Herr Stadtverordneter **Dr. Jasper** erscheint später.

Stellvertretender **Vorsitzender Dr. Wolters**: Ich eröffne die Sitzung.

Zunächst habe ich mitzuteilen, daß nach zuvoriger Verständigung mit Herrn Bürgermeister Meyer gemeinschaftlich für den Magistrat und die Stadtverordneten ein Kranz am Grabe unseres verstorbenen Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrats Hauswaldt, niedergelegt ist.

Eingegangen ist eine Offerte einer Hamburger Firma über Cartvale-Blätterholzkohle, ein Isoliermittel für Kühl- und Gefrieranlagen. Wer von Ihnen Neigung dafür hat, möge von der Eingabe Einsicht nehmen; ich lege sie hier auf den Tisch des Hauses nieder.

Ferner ist eingegangen ein Gesuch des Herrn Professor Bock; er möchte in die Klasse der Oberlehrer versetzt werden. Über diese Angelegenheit ist ein Gesuch auch an den Magistrat gesandt, wir warten insolgedessen die Stellungnahme des Magistrats ab.

Das gleiche ist der Fall mit einem Gesuche der Anlieger der oberen Eichstraße, die wünschen, daß die kleine Straßenstrecke von der Cellerstraße nach dem Kreuzkamp ausgebaut werde.

Schließlich ist ein Gesuch des Schlachtermesters Plagge aus Zimmerlah eingegangen: an geeigneter Stelle dafür sorgen zu wollen, daß die Einbringungszeit für Fleischwaren in die städtische Markthalle um eine Stunde verlängert werde. Da ein gleiches Gesuch an den Magistrat nicht eingegangen ist, so würde darüber

zu entscheiden sein, ob wir etwa von der Beratung dieses Gesuches Abstand nehmen wollen. Es handelt sich also darum, ob die Stadtverordnetenversammlung berechtigt und verpflichtet ist, von der Behandlung der Gesuche dieser Art Abstand zu nehmen. In der vorletzten Sitzung hatte Herr Hauswaldt ein Gesuch eines hiesigen Einwohners über Änderung der Straßenpolizeiordnung, welches auch nur an die Versammlung gerichtet war und nicht an den Magistrat, der Statutenkommission überwiesen, und dort waren Zweifel laut geworden, ob das Verfahren richtig gewesen wäre. Nach meiner Meinung war die Handhabung des Herrn Hauswaldt richtig. Durch § 49 der Städteordnung ist folgendes bestimmt: „Die Stadtverordneten haben das Recht, Eingaben über alle das Gemeinwesen der Stadt angehende Gegenstände, Vorschläge zur Abstellung wahrgenommener Mängel und Anträge auf Verbesserungen anzunehmen.“ Es ist dort also nicht das ausgedrückt, was in dem Landesgrundgesetz festgesetzt ist: daß solche Petitionen und Beschwerden vorher von der zuständigen andern Behörde ohne Erfolg behandelt sein sollen, denn die Landschaftsordnung sagt darüber, es müßte vorher bei der Landesregierung um Abhilfe der Beschwerde nachgesucht sein. Da die Städteordnung diese Klausel nicht hat, so glaube ich, daß das Verfahren, wie es von unserm früheren Vorsitzenden ausgeübt wurde, berechtigt ist. Ich überweise demnach das Gesuch des Herrn Plagge der Statutenkommission zur Beratung, bitte aber zugleich, diese für die Handhabung der Geschäfte wichtige Frage prüfen zu wollen und darüber ein Gutachten zu erstatten.

Sodann ist ein Antrag des Herrn Dr. Kleinfnecht eingelaufen, der genügend unterstützt ist und folgendermaßen lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, die Statutenkommission, bei der die Angelegenheit über die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ruht, zu ersuchen, sie möge mit Rücksicht auf die Wünsche einer großen Anzahl der Ladeneinhaber und mit Rücksicht auf die Ungewißheit, wann die reichsgesetzliche Regelung erfolgt, schon jetzt in die Beratung der Materie eintreten und der Versammlung recht bald ihre Vorschläge unterbreiten.“

Nach Schluß der Tagesordnung wird der Herr Antragsteller Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

1. Änderung der Müllabfuhr.

Vorsitzender: Bisher liegt die Sache folgendermaßen: Die Statutenkommission, die durch ihren Referenten über ihre Beratung hat Bericht erstatten lassen, hat die Anträge des Magistrats, wie sie auf Seite 5 der vervielfältigten Vorlage unter I, II und III aufgeführt sind, gutgeheißen mit der einzigen Änderung, daß

zu I,3 gesagt wird: „Zur Deckung der der Stadt bei Einführung des Wechselbodensystems erwachsenden jährlichen Mehrkosten der Müllabfuhr wird eine Gebühr nach näherer Bestimmung des zu erlassenden Statuts von den Haushaltungsvorständen erhoben.“

Wenn ich annehme, daß eine Generaldebatte nicht gewünscht wird, so würden wir zunächst, wie das auch die Statutenkommission gemacht hat, in die Beratung des Punktes I,1 und 2 eintreten.

Bürgermeister **Meyer**: Nachdem die Statutenkommission zu einem im großen und ganzen dem Stadtmagistrat günstigen Resultat gekommen ist, aber doch bezüglich eines Punktes einen abweichenden Antrag gestellt hat, halte ich mich für verpflichtet, vorweg einige Worte zu sagen. Ich fürchte allerdings, daß damit Anlaß gegeben wird, in eine Generaldebatte einzutreten, glaube aber nicht umgehen zu können, auf die Sache einzugehen. Ich will mich darauf beschränken, mitzuteilen, daß, nachdem die Vorlage an die Herren Stadtverordneten abgegangen ist, eine größere Zahl von Personen an die Straßenreinigungsdeputation und an den Magistrat herangekommen ist mit bestimmten Vorschlägen über die Art, wie sie sich die Änderung der Müllabfuhr gedacht haben, zum Teil sogar unterstützt durch Vorlegung von Modellen. Ich glaube, gerade dies den geehrten Herren nicht verschweigen zu dürfen. Ich will weiter mitteilen, daß die Straßenreinigungsdeputation und auch der Stadtmagistrat nicht zu der Meinung gekommen sind, daß auch nur eines der neu empfohlenen Systeme dem Wechselbodensystem vorzuziehen sei. Ich erkenne an, daß manche gute Ideen dabei hervorgetreten sind, aber wir sind doch der Ansicht, daß sämtliche neuen Sachen dem Wechselbodensystem nachstehen. Ich glaube deshalb, daß es nicht angezeigt ist, jetzt hier auf diese einzelnen Vorschläge näher einzugehen, und zwar um so weniger, als ein abschließendes Urteil über derartige neue Systeme nach einer Beschreibung oder einem vorgelegten Modell nicht wohl gefällt werden kann. Dazu bedarf es umfangreicher praktischer Versuche, wie wir das in Braunschweig selbst erfahren haben, indem uns ein im Modell vorgelegtes System großartig gefallen hatte und dadurch das Problem einwandfrei gelöst schien, aber bei einem praktischen Versuche dieses System doch versagte. Wir haben uns dem Hannoverischen System zugewandt, obwohl es zuerst unsern Beifall durchaus nicht erfahren hatte.

Sodann möchte ich auf die Kosten eingehen, weil ich annehme, daß darin der Schwerpunkt für die Beurteilung und für die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung liegen wird. Es wird in der nachträglich von der Straßenreinigungsdeputation an den Stadtmagistrat gerichteten Eingabe dargelegt, daß Aufwendungen nicht unerheblicher Art auch zu machen seien, selbst wenn das gegenwärtige System beibehalten werden soll, und zwar deshalb, weil durch die

entfernte Lage des Müllabladepplatzes eine Erweiterung des Fuhrparks erforderlich geworden ist und größere Mittel nicht nur einmalig, sondern dauernd aufzuwenden sind. Darauf wird das Hauptgewicht zu legen sein, daß damit eine dauernde Belastung der Stadt herbeigeführt wird. Nun glaube ich meine Ansicht dahin aussprechen zu können, daß unter allen den Systemen, die uns bisher zur Prüfung unterbreitet sind, keines ist, welches so billig ist wie das Wechselbodensystem; ich nehme dabei selbst unser heutiges Abfuhrsystem nicht aus. Das klingt freilich wunderbar, aber ich glaube in der Lage zu sein, Ihnen den Beweis liefern zu können. In der Eingabe der Straßenreinigungsdeputation finden Sie auf Seite 3 die laufenden Ausgaben bei Festhaltung an dem gegenwärtigen System mit 122 829 *M*, bei dem Hannoverschen System auf 167 820 *M* angegeben. Sie sehen aus der Übersicht, daß bei dem Braunschweiger System bestimmte größere Summen, nämlich die Kosten für Erhaltung und Erneuerung der Gefäße, fehlen. Dafür sind bei dem Hannoverschen System 31 000 *M* eingesetzt. Diese Ausgabe fällt bei dem Braunschweiger System fort, weil die Erhaltung und Erneuerung der Gefäße nicht durch die Stadt, sondern durch die Haushaltungsvorstände erfolgt. Gleichwohl ist die Gefäßunterhaltung bei unserm Braunschweiger System nicht unerheblich teurer, als bei dem Hannoverschen. Bei dem letztern ist eine Haltbarkeit der Gefäße von 8 Jahren angenommen. Das ist nach den gemachten Erfahrungen nicht zu hoch bemessen. Bei der Berechnung sind Gefäße mit 150 Liter Inhalt angenommen. Wir stehen jetzt in der Straßenreinigungsdeputation und im Magistrat auf dem Standpunkte, die Verwendung so großer Gefäße nicht zu empfehlen, weil sie für die Handhabung zu schwer sind. Wir würden deshalb vorschlagen, Gefäße mit einem Inhalt von nur 120 Litern zu nehmen. Unsere heutigen Müllgefäße fassen nicht mehr als etwa 30 Liter, sie dürfen auch wegen der Art ihrer Entleerung nicht größer sein. Um das gleiche Quantum Müll aus dem Hause zu entfernen, sind also bei unserem System vier- bis fünfmal so viel Gefäße erforderlich, als bei dem Hannoverschen. Wenn die kleinen Gefäße so gut gearbeitet werden sollen, wie die Hannoverschen es sind, so werden sie nicht unter 4 bis 5 *M* das Stück anzuschaffen sein. Nimmt man nur 4 *M* als Einheitsatz an, so würden gleichwohl 20 *M* aufzuwenden sein, um Gefäße zu beschaffen, mit denen so viel Müll fortgeschafft werden könnte, wie mit einem Hannoverschen Gefäße. Mit 20 *M* erreichen Sie aber schon den Satz, der als Preis für das Hannoversche Gefäß gefordert ist. Nun aber kommt der springende Punkt: Die kleinen Gefäße werden naturgemäß viel mehr durch den Gebrauch strapaziert als die großen Gefäße, denn sie werden schon im Hause fortwährend hin- und hergeschoben, dann auf die Straße gebracht, auf die Wagen gehoben, um entleert zu werden, wieder auf das Trottoir gesetzt und schließlich hineingeholt. Sie alle werden Erfahrungen in Ihrem Haushalte gemacht haben, wie lange die Gefäße halten. Nimmt man an, daß sie nicht länger als 4 Jahre

halten (und das werden sie keinesfalls), dann ergibt sich, daß in den 8 Jahren, die für die Haltbarkeit der Hannoverschen Müllgefäße angenommen sind, zweimal kleine Gefäße angeschafft werden müssen, und daraus ergibt sich weiter, daß in der Spanne Zeit von 8 Jahren doppelt so viel für die Gefäße aufzuwenden ist als bei dem Hannoverschen System. Dann sind nicht 31 000 *M* für Gefäße einzusetzen, sondern 62 000 *M*. Nun liegt allerdings der Unterschied vor, daß bei dem Braunschweiger System die Erneuerung der Gefäße den Haushaltungsvorständen obliegt, während bei dem Hannoverschen System die Stadt die daraus erwachsende Ausgabe zu tragen hat. Es handelt sich aber augenblicklich darum, nachzuweisen, daß es ein Irrtum ist, anzunehmen, daß das heutige System billiger ist als das Hannoversche. Es ist im Gegenteil teurer.

Nun komme ich zu dem Punkt, der von der Kommission anders behandelt ist, als vom Stadtmagistrat gewünscht war. Es war vom Magistrat in Aussicht genommen, eine bestimmte Gebühr für das einzelne Gefäß, welches in das Grundstück hineingesetzt wird, zu erheben. Es ist wohl richtig, daß es nicht angenehm ist, mit solch einer Gebühr herauszukommen, und der Magistrat würde gern davon abgesehen haben, Ihnen diesen Vorschlag zu machen, wenn die Ausgaben, die vor der Tür stehen, besonders die für dauernde Unterhaltung des Abfuhrwesens, nicht allzu hoch wären. Die Mehrausgabe, die, wie erwähnt, auch bei dem jetzigen System eintreten wird, ist so bedeutend, daß wir mit Recht befürchten, es würde eine Erhöhung der Einkommensteuer die Folge sein müssen, wenn nicht die Kosten durch eine Gebühr aufgebracht werden. Wir haben im Magistrat Bedenken getragen, die Ausgaben auf die Einkommensteuer zu übernehmen, weil diese schon reichlich hoch ist und zu befürchten ist, daß diese neue Belastung auf den allgemein gewünschten Zuzug von steuerkräftigen Einwohnern abschreckend wirken würde. Deshalb haben wir uns für die Erhebung einer Gebühr entschieden. Nun darf ich hier einschalten, daß der Stadtmagistrat zu den Wünschen, die im Laufe der letzten Wochen und Monate zu dieser Frage laut geworden sind, bereits Stellung genommen hat. Er ist in Abweichung von der Vorlage jetzt bereit, einen Betrag in dem Umfange, wie er heute für die Müllabfuhr aufgewendet wird, auch in Zukunft zu Lasten der Einkommensteuer zu verrechnen; wenn die Herren also diesen Wunsch haben sollten, würde der Magistrat einverstanden sein. Es würde sich dann nur noch um die Aufbringung des Überschusses handeln, und ich glaube annehmen zu können, daß dieser den Betrag von 100 000 *M* kaum erreichen wird. Ich habe jetzt die Überzeugung, daß die Gebühr, die in der ersten Vorlage auf 20 *M* pro Gefäß angenommen war, in Wirklichkeit kaum mehr als 10 *M* pro Gefäß und Jahr betragen würde, und sie ist damit auf eine Höhe zurückgegangen, die der einzelne Hausbesitzer wohl zu tragen vermag.

Nun ist gegen die Gebühr eingewandt, einmal, daß sie den Hausbesitzer belaste, der sowieso schon durch sein Grundstück reichlich mit Lasten bedacht sei, und dann, daß sie etwas Ungerechtes an sich habe. Dieser letzteren Ansicht muß ich in gewisser Weise recht geben, aber ich möchte fragen: Welcher Steuer könnte man nicht den Vorwurf der Ungerechtigkeit machen? Es wurde von dem Herrn Referenten vorgebracht, die Ungerechtigkeit werde in erster Linie darin gefunden, daß jemand, der mit einem Gefäße für sein Grundstück nicht ausreicht, ein zweites Gefäß aufstellen und dafür wiederum den vollen Gebührenbetrag bezahlen müsse, obwohl er das Gefäß räumlich gar nicht voll ausnützt. Ja, meine Herren, es liegt darin etwas Nichtiges, das will ich nicht bestreiten, aber das kommt im wirtschaftlichen Leben vielfach vor. Ich will nur an das Briefporto erinnern. Die Post befördert Briefe im Gewicht von 20 Gramm für 10 Pfennig, sobald der Brief aber 21 Gramm schwer ist, müssen 20 Pfennig Porto dafür bezahlt werden. Ist das nicht ebenso ungerecht, für das eine Gramm mehr 10 Pfennig zu fordern? Ähnlich ist es bei der Eisenbahn. Kinder unter 10 Jahren fahren für die Hälfte des Fahrgeldes; ist das Kind auch nur einen Tag älter, so muß das ganze Fahrgeld bezahlt werden. Ist das gerechtfertigt? Ich kann also die Berechtigung des Vorwurfs, daß die Gebühr ungerecht ist, in dem Sinne nicht zugestehen. Der Vorwurf der Ungerechtigkeit ist hier um deswillen nicht am Platze, weil mit Erfolg versucht ist, Leistung und Gegenleistung in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Es soll für jedes Gefäß eine bestimmte Gebühr erhoben werden, und nicht von jedem das gleiche, einerlei, ob er viel oder wenig Müll abfahren läßt. Ich würde es indessen für angängig halten, daß neben den größeren Gefäßen auch kleinere angeschafft werden, und daß für diese eine geringere Gebühr erhoben wird. Wir haben in der Straßenreinigungsdeputation und in der Statutenkommission schon darüber gesprochen: In Grundstücken, in denen nur wenige Menschen wohnen, würde man vielleicht mit einem Gefäß von 75 Litern Inhalt auskommen können. Auch die Stadt Hannover hat neben den größeren Gefäßen kleinere, und sie erhebt dafür auch eine kleinere Gebühr. Dadurch würde dieser Teil der Einwendungen wohl widerlegt sein.

Dann wurde gesagt, daß der Grundbesitz die neue Belastung nicht tragen könnte. Wenn wir nicht die Einführung eines Sammelgefäßes vorgeschlagen, sondern ein kleines Gefäß gewählt hätten, so daß jeder Haushalt für sich eins haben würde, dann wäre kein Mensch auf die Idee gekommen, die Grundeigentümer für die Gebühr heranzuziehen, sondern man hätte die Gebühr pro Gefäß von den Haushaltungsvorständen entnommen. Aber mit dem Hannoverschen System läßt sich das nun einmal nicht vereinigen. Sie dürfen nicht vergessen, daß von Haus aus die Belastung, für die Entfernung des Hausmülls zu sorgen, auf dem Grundstück ruht. Es gibt noch heute eine ganze Anzahl von großen Städten, in denen die Entfernung des Hausmülls nicht in städtischer Regie erfolgt, sondern in denen es dem

Grundbesitz überlassen ist, für die Beschaffung des Mülls zu sorgen. So ungeheuerlich ist deshalb der Gedanke nicht, auch hier in erster Linie den Grundbesitzer für die Entfernung des Mülls verantwortlich zu machen. Wir haben nun nicht einmal vorgeschlagen, daß der Grundbesitz die ganze Gebühr tragen solle, sondern es ist in Aussicht genommen, die Haushaltungsvorstände zu belasten, und die Grundbesitzer nur insofern besonders zu belasten, als sie haften sollen, wenn die Haushaltungsvorstände die Gebühr nicht abführen. Ich kann nicht finden, daß hierin eine so besondere Verschwerung des Grundbesitzes zu finden ist, und hoffe, daß die vorgeschlagene Gebühr den Herren Stadtverordneten akzeptabel erscheint. Ich bin überzeugt, die Gebühr wird auch in Grundbesitzerkreisen später nicht unangenehm empfunden werden; sie ist so gering, daß die um sie laut gewordenen Bedenken nicht gerechtfertigt sind. Die Verteilung, wie von der Statutenkommission in Anregung gebracht war, von der Stadt aus auf die Hausinsassen vorzunehmen, ist zu kompliziert und für die Verwaltung undurchführbar. Nachträglich ist noch neu vorgeschlagen: Man könnte die Gebühr, an der grundsätzlich festgehalten wird, in der Weise erheben, daß pro Familie ein ganz bestimmter Satz, unabhängig von dem Quantum Müll, welches diese Familie der Stadt zur Beförderung abgibt, festgesetzt wird. Ich kann mir nicht denken, daß diese Art der Erhebung auch nur annähernd als so gerecht empfunden werden würde wie die unsererseits in Vorschlag gebrachte, und bitte Sie, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Vorsitzender: Nachdem Herr Bürgermeister Meyer den ganzen Inhalt der Vorlage behandelt hat, würde es sich empfehlen, daß auch den Herren möglich ist, die Vorlage im ganzen zu behandeln, also die Generaldebatte zu eröffnen. Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen.

Stadtv. Lauer: Meine Herren. Herr Bürgermeister Meyer hat uns die Einführung des Wechselbodensystems schmachhaft machen wollen. Ich bin aber trotzdem der Ansicht, daß das Wechselbodensystem eine derartig große Anzahl von Mängeln hat, daß sich dessen Einführung nicht empfiehlt. Auch die Aufrechnung, die Herr Bürgermeister gemacht hat, wird nicht stimmen. Es ist kein Zweifel, daß wir bei Einführung des Wechselbodensystems eine horrende Ausgabe zu verzeichnen haben würden. Im Hinblick auf die allgemein schlechte Finanzlage der Stadt bin ich der Ansicht, daß es jedenfalls richtiger wäre, unsere bisherige Müllabfuhr umzugestalten. Es ist ja bekannt, daß die erste Einrichtung für das Wechselbodensystem und die einmaligen laufenden Jahresausgaben nicht weniger als reichlich über 400 000 M kosten würden. Man treffe daher die Bestimmung,

daß von einem bestimmten Zeitpunkte ab Müll in Braunschweig nur noch in geschlossenen Zinkgefäßen, und zwar nicht mehr von der Straße, sondern von

irgend einer geeigneten Stelle des Grundstückes, abgeholt wird, und ferner, daß die Abfuhrwagen noch mehr als bisher durch dichtere Planen geschlossen werden.

Meine Herren, es ist gar kein Zweifel, daß schon durch diese Änderung eine wesentliche Verbesserung eintreten würde, und ferner kein Zweifel, daß durch diese Änderung Hunderttausende von Mark erspart werden könnten. Durch eine solche verhältnismäßig kleine Umänderung der Müllabfuhr entstehen bedeutende Vorteile, und zwar dahin gehend, daß 1. das Aufwirbeln des Mülls aus den Gefäßen, die bisher offen auf der Straße standen, vermieden wird, 2. wird vermieden der unangenehme Geruch. Es wird 3. vermieden der wenig schöne Anblick des Inhaltes der Gefäße und endlich auch der unschöne Anblick der Gefäße selbst. Ich bin der Meinung, daß, wenn diese Handhabung strikte durchgeführt wird — und darauf kommt es lediglich an —, wir für die gegenwärtigen Verhältnisse ein Müllabfuhrverfahren bekommen, mit dem wir im allgemeinen wohl zufrieden sein können, und mit dem auch im Hinblick auf die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse der Stadt die Einwohnerschaft sich ebenfalls einverstanden erklären wird. Denn die Einwohnerschaft hat ein Interesse daran, die strenge Durchführung der Müllabfuhr in der bezeichneten Weise zu beachten, weil sie auf diese Art und Weise sich freihält auch von der vom Herrn Bürgermeister angedeuteten Steuer. Die strenge Durchführung — das muß besonders betont werden — ist die Grundbedingung für den Erfolg. Wird dieselbe bei dem Wechselbodensystem nicht innegehalten, so werden sich bei ihm nach meiner Überzeugung vielleicht noch mehr Mängel herausstellen als bei unserm jetzigen Verfahren, denn bekanntlich wird bei dem Wechselbodensystem der Müll zweimal umgeschüttet, einmal in den allgemeinen Sammelbehälter für jedes Haus und das zweite Mal in die Abholungsäcke.

Nun würde bei einem Eingehen auf meinen Vorschlag durch die Abholung des Mülls aus dem Grundstück naturgemäß ein Zeitverlust entstehen. Diesem müßte dadurch begegnet werden, daß ein entsprechender Automobilbetrieb eingerichtet wird. Ich meine das so, daß, sobald eine Ergänzung der Wagen nötig wird, nicht wieder bespannte Wagen, sondern Automobile angeschafft würden, also nach und nach zu dem Automobilbetrieb übergegangen wird. Über die Zweckmäßigkeit und Zuverlässigkeit des Automobilbetriebes etwas zu sagen, erübrigt sich. Es wird auch nötig sein, auf diese Art der Abfuhr kommen zu müssen, weil bekanntlich die Abladestelle für Müll wesentlich weiter hinausgelegt worden ist, so daß bei Abfuhr in der bisherigen Weise in Zukunft die Gespanne täglich nur zwei Touren machen können.

Sollte es sich später herausstellen, daß das von mir befürwortete Verfahren doch nicht genügt, dann, meine Herren, glaube ich, ist der Zeitpunkt vielleicht ge-

kommen, auf das Wechselbodensystem zurückzugreifen. Zunächst aber mache man wenigstens den bezeichneten Versuch, zumal er wenig kostet.

Als in diesem Hause zum letzten Male über die Müllabfuhr beraten wurde — es liegt das eine ganze Reihe von Monaten zurück —, da war noch nicht bekannt, daß ja auch demnächst wieder eine ganz neue größere Zahlungsbewilligung an die Stadtverordneten herantreten würde, ich meine die verhältnismäßig hohe Bewilligung für Errichtung eines Luftschiffhafens, mit dem sich gleichzeitig ein Kennplatz oder Flugplatz verbinden ließe. Meine Herren, für ein derartig bedeutungsvolles Unternehmen, das der Stadt große Vorteile bringen kann, die Mittel zu bewilligen, wird gewiß uns allen Bedürfnis sein, nicht aber Mittel zu bewilligen für Projekte, die noch nicht spruchreif sind, und dazu zähle ich das Wechselbodensystem.

Vorsigender: Wenn der Herr Vorredner etwa einen Antrag auf obligatorische Einführung bestimmter Gefäße stellen wollte, so mache ich darauf aufmerksam, daß dies schriftlich geschehen muß.

Stadtv. Voetschigt: Daß das Wechselbodensystem von Herrn Bürgermeister Meyer verteidigt wird, halte ich für gerechtfertigt, denn dieses System ist jedenfalls das beste, welches es augenblicklich für die Müllabfuhr gibt. Für mich handelt es sich um die Frage: Haben wir ein solch schlechtes Abfuhrwesen, daß wir uns diese Ausgabe machen müssen, und da hat Herr Lauer vollständig recht. Ich bin zehn Jahre Mitglied der Straßenreinigungsdeputation gewesen, und es sind jetzt 16 Jahre her, seitdem ich in die Deputation eintrat. Wenn ich bedenke, was für Abfuhrwagen wir damals hatten, wie der Wind hereinspielte, wie $\frac{3}{4}$ des Inhalts des Wagens mit der Schaufel abgeladen werden mußten, und was für Staub dabei erregt wurde, und wenn ich sehe, wie die Wagen sich heute entwickelt haben, so muß ich sagen: Praktisch sind sie doch, meine Herren. Ich habe mir erst heute morgen in der Frühe wieder angesehen, wie bei uns abgefahren wird, und zufällig treffe ich einen Wagen, der vorschriftswidrig fährt, aber trotzdem war der Staub beim Abladen doch nicht so schlimm. Etwas Staub ist natürlich zutage gekommen, wenn aber ein Automobil vorbeifährt, so macht es hundertmal mehr Staub. Wenn Sie mir nicht nachweisen, daß unser heutiges Abfuhrsystem schlecht ist, und daß wir eine solche Belastung der Mieter und Hauswirte uns leisten können, so mache ich den Schritt der Einführung des Wechselbodensystems nicht mit. Schlecht ist unser Abfuhrsystem nicht, schlecht ist nur das System unserer Abfuhrgefäße. Diese Gefäße, die uns die Bürgerschaft zur Verfügung stellt, haben trotz der gesetzlichen Bestimmung über die Normalgefäße die verschiedenste Form, das Sammelsurium kann man jeden Tag auf der Straße sehen. Und wenn wir, wie auch Herr Lauer sagte, mit diesem System bei gleichmäßigen Gefäßen nicht auskommen, dann können wir

die größere Ausgabe in 3—4 Jahren immer noch machen. Unsern Fuhrpark müssen wir jetzt doch ausbauen, ganz abgesehen davon, welches System eingerichtet wird. Wenn die Fuhrleute Eimer vielleicht in der Größe von 25—30 Liter bekommen, dann werden sie schon in ihrem eigenen Interesse die Eimer langsam und vorsichtig ausschütten, so daß sie möglichst wenig Staub machen. Ohne Staub geht es überhaupt nicht. Wir haben viele Systeme gesehen, aber — wie auch der Herr Bürgermeister sagte — vollkommen sind sie alle nicht, und vollkommen ist auch das Hannoversche System nicht. Der Müll muß auf dem Grundstück umgeschüttet werden, und auf der Straße müssen die Säcke wieder entleert werden. Sehen Sie sich in Hannover den Entleerungsplatz an, wie die Luft da verschlechtert ist. Dagegen ist unser Abladeplatz im Bürgerpark ein reines Kinderspiel. Auch die Säcke werden arg mitgenommen. Wenn Sie sehen, wie oft die Säcke durchgebrannt oder schlecht geflickt sind, wie oft Streifen von Müll im Hof und auf dem Wege, wo der Sack herausgebracht wird, daliegen, dann bekommen Sie doch Bedenken und sagen sich, daß Sie dieses System nicht einführen können. Ich wenigstens sage mir: Wir bei unserer Abfuhr in Braunschweig brauchen uns diese Kosten nicht zu machen.

Nun sagt Herr Bürgermeister Meyer, die kleinen Gefäße würden sich bei der Benutzung teuer stellen. Wenn der Antrag Lauer zur Annahme gelangt und Sie sich damit einverstanden erklären, daß die alte Abfuhr, soweit nötig, auszubauen ist und gleichmäßige Entleerungsgefäße obligatorisch eingeführt werden, dann werden meiner Meinung nach die Gefäße länger halten als vier Jahre. Ich habe mir von Fachleuten sagen lassen, ein solcher Eischeneimer mit einfachem Deckel ohne Scharnier halte 6—8 Jahre. Herr Meyerhoff hat mir gesagt, er habe sich eines machen lassen, das hätte über 30 Jahre gehalten. (Heiterkeit.) Jedenfalls werden aber meines Erachtens diese Gefäße länger als 4 Jahre halten. Bei dem einen hält es wohl 4 Jahre, aber dafür bei dem andern 8 und bei wieder einem andern 12 Jahre; einmal abnutzen wird sich eben alles. Wenn wir auch statt der 12 000 Gefäße 30 000 gebrauchen und bei der großen Abnahme ein Gefäß 4,25 *M* kostet, dann sind das 120 000 *M* einmalige Ausgabe, und die verteilt sich bei 6jähriger Haltbarkeit auf 6 Jahre. Für die Erweiterung des Wagenparkes müssen wir allerdings eine Mehrausgabe einstellen. Ich halte es für gerechtfertigt, daß wir den Versuch machen und der Ausgabe für gleichartige Mülleimer, die einen Deckel haben müssen, zustimmen.

An die Straßenreinigungsdeputation möchte ich noch eine Frage richten, die bisher noch gar nicht ventilirt ist: Wie stellen Sie sich die Abfuhr für gewerbliche Abfälle vor, die doch auch heute durch unser Abfuhrsystem geleistet wird und die, wie ich weiß, sehr erheblich ist? Wie denkt die Straßenreinigungsdeputation bei dem Sacksystem diese Abfuhr zu berechnen? Für die gewerbliche Abfuhr muß heute besonders bezahlt werden, wenn auch nicht so viel, daß die Gewerbetreibenden die

Abfälle dafür selbst abfahren könnten, und dabei doch die Bequemlichkeit haben, daß sie ihren Schutt und ihre Abfälle wöchentlich zweimal abfahren lassen können. Meinem Erachten nach muß diese Abfuhr, wenn die Betreffenden nicht mehr bezahlen, unsere Abfuhr recht belasten.

Ich bitte die Herren, überlegen Sie sich den Antrag Lauer einmal. Ich würde ihn auch gestellt haben, wenn er nicht schon eingebracht worden wäre. So schlecht, wie sie gemacht wird, ist unsere Abfuhr in der Tat nicht. Schlecht sind nur die jetzigen Mülleimer. Ich habe in andern Städten ganze Reihen von Gefäßen auf der Straße gesehen, die haben die Straße nicht verschandelt. Die Hauptsache ist, daß durch unverschlossene Gefäße die Straße nicht verunreinigt wird.

Vorsigender: Der Antrag Lauer lautet folgendermaßen:

„Die Versammlung wolle beschließen, das jetzige Abfuhrsystem mit der Änderung beizubehalten, daß geschlossene Zinkeimer bestimmter Art und Größe zu verwenden sind, und daß die Abfuhrwagen mit dichten Planen geschlossen gehalten werden.“

Stadtv. **Stegmann:** Seit Jahren haben wir über unser häßliches Müllabfuhrsystem geredet und ist darüber geschrieben worden, seit Monaten befassen wir uns mit der Frage: Wie soll das Abfuhrwesen am besten geändert werden? Wir haben eine Menge Zuschriften bekommen, haben verschiedene Systeme besichtigt und sind jetzt dabei, den entscheidenden Schritt zu tun. Da muß ich mich wundern, daß nun hier zwei Herren kommen und behaupten: Unser Müllabfuhrsystem ist gar nicht so schlecht. Ich weiß nicht: Haben wir denn alle geschlafen, ist denn alles, was geredet und geschrieben worden ist, Unsinn gewesen? Ich denke, unser Abfuhrsystem wäre schlecht genug, es gibt in keiner andern Großstadt ein so schlechtes Abfuhrsystem, wie wir es jetzt haben, und es ist die höchste Zeit, daß wir volle Arbeit tun und uns nicht mit Palliativmittelchen begnügen. Es ist ja ganz recht, wenn Herr Lauer sagt: Geschlossene Gefäße würden einen besseren Anblick geben. Aber daß die Staubentwicklung dadurch beseitigt wird, bestreite ich ganz entschieden. Ich habe erst kürzlich in der Schloßstraße beobachtet, welche Staubwolken bei der Müllabfuhr aufflogen. Das soll ein gutes System sein? Zugeben will ich wohl: Ein Idealsystem ist noch nicht gefunden. Das müßte so sein, daß weder im Hause, noch auf der Straße, noch bei dem Entleeren eine Staubentwicklung entstehen könnte, und außerdem müßte Billigkeit damit verbunden sein. Das gibt es ja nun noch nicht. Meinem Erachten nach ist das Wechsellastensystem das beste, aber aus verschiedenen Gründen, besonders — wie auch in der Vorlage angeführt ist — weil es zu teuer ist, müssen wir von seiner Einführung Abstand nehmen. Auch die Meinung des Herrn Edhardt hat ein Loch. Er wollte kleinere, viereckige Gefäße

schaffen und diese auf leichten Rollwagen fortfahren lassen. Dann würde es so kommen, daß, wo jetzt der Inhalt von 12 Gefäßen stehen kann, nur die Hälfte davon untergebracht werden kann. Der Wagen würde weniger fassen und die tote Last, die hin und her geschleppt werden müßte, würde die Müllabfuhr bedeutend verteuern. Danach ist das Wechselbodensystem bisher das beste. Wir haben dabei allerdings noch eine gewisse Staubentwicklung, und wenn man bedenkt, daß in Braunschweig bei der vielen Grudeasche es noch schwerer ist, die Abfuhr staubfrei vorzunehmen, so kann man nicht sagen, daß die Arbeiter, die die Müllabfuhr vorzunehmen haben, damit etwas Ideales hätten. Aber immerhin gebe ich zu, daß dieses System bisher das beste ist, welches wir einführen können, und meine politischen Freunde hätten auch ohne weiteres vor vier Wochen, als die Sache auf der Tagesordnung stand, wenn es damals zur Entscheidung gekommen wäre, für Einführung dieses Wechselbodensystems gestimmt. Inzwischen sind aber mehrere andere Projekte aufgetaucht. Da ist zunächst das Kippsystem, das der Klempner Bätge vorgeführt hat. Ich will nicht näher darauf eingehen: Es ist im ganzen wie das Wechselbodensystem, besonders was die Füllung in Säcke anbetrifft, nur das Gefäß bleibt stehen, wird umgekippt und ist leichter zu handhaben. Es steht diesem System nur das Bedenken entgegen, daß der Boden des Gefäßes nicht gereinigt werden kann und sich Küchenabfälle und dergleichen dort festsetzen können. Nun muß ich aber doch bedauern, daß dieses System von der Deputation nicht beachtet worden ist, man hätte mindestens näher darauf eingehen können, namentlich da Bätge behauptet, er könne Gefäße und Säcke so billig liefern, daß die Einführung um 100 000 *M* billiger zu stehen komme als die des Hannoverschen Systems. Darüber hätte man uns nähere Angaben machen müssen. Nun ist aber noch ein anderer Gedanke aufgetaucht, der mich besonders bewegt, zu beantragen, heute noch nicht definitiv über die Müllabfuhr zu entscheiden. Sie wissen, daß Herr Vorofski die alten Wagen mit einem neuen System zu versehen sich angeboten hat. Eine Art Blasebalg wird aufgebaut, der Kasten wird angehängt und durch den Balg zugedeckt. Dann wird er gekippt, so daß eine vollständig staubfreie Entleerung stattfinden soll. Es wundert mich, daß das System hier im Saale nicht dargestellt ist. Ich habe mir das Modell angesehen und meine Freunde auch. Wenn das richtig ist, daß eine einmalige Ausgabe nur 117 000 *M* beträgt und die laufenden Ausgaben nur 32 150 *M*, so muß ich bedauern, daß die Deputation sich nicht damit beschäftigt hat. Es wäre dies das System, welches am billigsten ist, denn die alten Wagen brauchten nur mit der erwähnten Vorrichtung versehen und außerdem die passenden Kästen angeschafft zu werden. Nun kann man ja darüber, ob die Vorrichtung zur Entleerung der Kästen genügt, verschiedener Ansicht sein, und die Beurteilung darüber hätte vorbereitet werden müssen. Um dies noch zu tun, möchte ich beantragen, daß die Entscheidung über das

Wechselbodensystem nicht heute gefaßt wird, sondern daß die Versammlung zunächst einen Wagen mit dem empfohlenen Aufbau ausrüsten läßt. Das soll geschehen in der Zeit bis zur nächstfolgenden Stadtverordneten-sitzung, damit wir beurteilen können, ob das System tauglich ist oder nicht. Der Herr hat sich bereit erklärt, einen Wagen gratis auszurüsten und eine Probefahrt machen zu lassen, also stände für die Stadt nichts zu riskieren. Aber auch wenn die Stadt es bezahlen müßte, so könnte sie sich wohl darauf einlassen.

Was den zweiten Punkt betrifft, die statutarische Regelung der Abfuhr, so ist darüber kein Wort zu verlieren. Aber die Deckungsfrage betreffend, möchte ich mich gegen den Vorschlag des Magistrats wenden, daß eine Extragebühr für die Müllabfuhr erhoben werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Stadt die Verpflichtung hat, die Müllabfuhr, die eine hygienische Einrichtung ist, gerade so wie die Straßenreinigung, aus städtischen Mitteln zu bezahlen. Die lang-ersehnte Reform, die wir alle wünschen, würde mit einem Rückschritt verbunden sein, wenn wir sie mit einer Extragebühr erkaufen sollten. Die Müllabfuhr ist eine so wichtige städtische Einrichtung für alle Einwohner, daß ich meine, die Kommune müßte auch die Mittel dafür aufbringen. Niemandem ist es eingefallen, bisher eine Steuer dafür zu erheben; warum sollte das jetzt mit einem Male geschehen? Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß, wenn die Kosten der verbesserten Müllabfuhr absolut nicht aus den laufenden städtischen Mitteln aufgebracht werden können, es immerhin noch das gerechteste wäre, sie durch eine Steuererhöhung zu decken; ob dies aber nötig ist, möchte ich bezweifeln. Wenn es ohne die Erhöhung der Steuer nicht gehen sollte, so glaube ich, können wir eine solche eher ver-antworten, als die ungerechte Extragebühr, wie sie verlangt wird. Wenn auch vom Herrn Bürgermeister Meyer gesagt worden ist, der erste Vorschlag von 20 *M* pro Kasten sei zu hoch, es werden jetzt nur 10 *M* gewünscht, so kann man doch nicht wissen, ob das nicht zu niedrig gegriffen ist. Und eine Un-gerechtigkeit wäre damit doch vorhanden, wenn für einen Kasten gleichmäßig 10 *M* erhoben würden, einerlei, ob in dem Hause vermögende Leute oder die ärmsten wohnen. Ein einigermaßen gerechtes System wäre es nur, wenn alle Einwohner nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen würden, wie das einigermaßen bei den Steuern der Fall ist; wenn ich auch nicht sagen will, daß damit eine absolute Ge-rechtigkeit verbunden wäre, so doch aber eine einigermaßen gerechte Verteilung. Dann würden doch die Elendesten, die so wenig verdienen, daß sie keine Steuern bezahlen, von der Gebühr frei sein. Bei einer Steuererhöhung um $\frac{1}{2}$ Einheit würden die zu dem niedrigsten Steuersatze Herangezogenen 30 Pfg. bezahlen, die zu 1500 *M* 70 Pfg., die mit 3000 *M* 3,50 *M* und so steigend nach oben, und das ist nur gerechtfertigt. Die Ärmsten, die nur wenige Groschen bezahlen, müssen sich das Geld vom Munde absparen, während es den Besitzenden nicht schwer fallen wird,

2 *M* oder mehr zu bezahlen. Darum verlangen wir, daß diese Art der Verteilung eingeführt wird, wenn es überhaupt nötig ist, eine Steuer für die Müllabfuhr einzuführen.

Eine zweite Ungerechtigkeit liegt darin, daß nur die Familienväter die Steuer bezahlen sollen, während Unverheiratete, die auf Logis wohnen und die ebenfalls die Unnehmlichkeiten der hygienischen Einrichtung der Müllabfuhr genießen, vollständig frei ausgehen. Wenn eine Extrasteuer für die Müllabfuhr erhoben werden soll, so ist doch auch damit eine unnütze Arbeit verbunden; es müssen Beamte dafür angestellt werden, und diese Kosten könnten gespart werden.

Wenn im übrigen Herr Bürgermeister Meyer gesagt hat, die Einführung der neuen Müllabfuhr sei ohne Erhebung einer besonderen Gebühr nicht möglich, so möchte ich dies bestreiten, wenigstens muß mir das besser bewiesen werden, als es bis jetzt der Fall ist. Nach der ersten Vorlage sollen die einmaligen Kosten 429 000 *M* betragen, nach der zweiten Vorlage sind sie auf 327 000 *M* reduziert, und der Herr Bürgermeister sagt selbst, auf die Deckung dieser Kosten lege er weniger Wert, sie sollten durch Anleihe gedeckt werden. Es kommt hierbei noch in Betracht, daß zur Ergänzung des Braunschweiger Systems 82 650 *M* an einmaligen Ausgaben nötig wären, so daß in Wirklichkeit nur 245 000 *M* als neue Kosten aufgebracht werden müßten. Darauf legt ja aber der Herr Bürgermeister weniger Gewicht, vor allen Dingen jedoch auf die laufenden Ausgaben. Nach der ersten Vorlage sollten diese 219 000 *M* betragen, nach der zweiten nur 167 000 *M*. Das ist ein großer Unterschied. Aber es heißt in der Vorlage, daß durch das Braunschweiger System, wenn es beibehalten würde, auch 122 000 *M* Mehrkosten verursacht würden, so daß in Wirklichkeit die laufenden Mehrkosten des neuen Systems nur 45 000 *M* betragen. Wenn man das berücksichtigt, und man rechnet dazu die Zinsen für die einmalige Ausgabe zu $4\frac{1}{4}$ Prozent, so würde das eine jährliche Mehrausgabe von 53 000 *M* sein. Wegen dieser verhältnismäßig geringen Summe, die für die Stadt Braunschweig nicht ins Gewicht fällt, kann man doch nicht das ganze Steuersystem über den Haufen werfen. Ich bin überzeugt, wäre die Vorlage der Änderung der Müllabfuhr nicht aufgetaucht, wäre die Ergänzung des Braunschweiger Systems im gewöhnlichen Wege vor sich gegangen, dann wäre der Magistrat stillschweigend darüber hinweggegangen, dann wäre die Mehrausgabe aus städtischen Mitteln gedeckt worden, und wenn das nicht möglich gewesen wäre, dann hätte man einfach zu einer neuen Steuer gegriffen. Ob das dann gerade wegen der Müllabfuhr geschehen wäre, kann ich nicht beurteilen. Ich bin überzeugt, daß der Magistrat uns nicht damit gekommen wäre, und daß Sie alle einen solchen Vorschlag, plötzlich für das alte System eine Extrasteuer zu nehmen, rundweg abgelehnt hätten. Demnach müssen Sie die besondere

Gebühr auch bei dieser Änderung ablehnen. Ich beantrage deshalb, den Punkt 3 unter I zu streichen und dafür zu sagen:

„Die der Stadt aus der Müllabfuhr erwachsenden Ausgaben werden wie bisher aus städtischen Mitteln gedeckt“,

während es nach dem Kommissionsvorschlage heißt, die Stadtverordnetenversammlung solle sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß zur Deckung der aus der Müllabfuhr der Stadt erwachsenden Ausgaben eine Gebühr erhoben wird.

Herr Lauer hat nebenbei noch auf den Luftschiffhafen hingewiesen und gemeint, das sei eine wichtige Einrichtung, für die die Stadt unterstützend eingreifen müsse, so daß wir mit unseren Mitteln sparsam sein sollten. Ich meine aber: Zehnmal nötiger ist die Beseitigung unseres häßlichen Müllabfuhrsystems. Soweit der Luftschiffhafen dem Fortschritt dient, sind wir auch für seine Einrichtung, eine große Sympathie dafür kann man aber jetzt noch nicht haben. Meine Freunde und ich, wir werden es uns jedenfalls erst zweimal überlegen, ob wir große Mittel dafür bewilligen wollen. Ich bin der Meinung, daß im Punkt der Deckungsfrage für die Müllabfuhr die große Mehrheit der Bürger der Stadt Braunschweig nicht auf dem Standpunkt des Magistrats steht, sondern auf unserem Standpunkt: daß die Kosten der Müllabfuhr aus städtischen Mitteln gedeckt werden müssen.

Vorsitzender: Zunächst möchte ich eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung machen. Herr Stegmann stellt den Antrag, die Verhandlung auszusetzen, weil einige neue Systeme noch nicht geprüft sind. Ich möchte Herrn Stegmann anheimgeben, wegen dieses Punktes den Bericht des Berichterstatters abzuwarten. Alle diese Systeme sind sowohl von der Straßenreinigungsdeputation als von der Statutenkommission geprüft.

Ihr zweiter Antrag, Herr Stegmann, ist entgegengesetzt dem Antrag I,3; Sie wollen die Deckung der Kosten der Müllabfuhr aus laufenden Mitteln; ich glaube, es bedarf, um Ihrem Wunsche zu genügen, nicht eines besonderen Antrages. Sie müssen nur gegen den Kommissionsantrag I,3 stimmen, so ist damit ausgedrückt, daß die Deckung der Kosten aus städtischen Mitteln erfolgen soll.

Stadtv. Hartung (als Berichterstatter): Ich bedaure, daß ich die Erwartung des Herrn Vorsitzenden nicht erfüllen kann. Ich kann in der Tat nicht berichten, daß sämtliche Systeme, die angeboten sind, insbesondere von der Statutenkommission geprüft worden sind. Ich glaube auch kaum, daß vom Magistrat, resp. von der Straßenreinigungsdeputation berichtet werden kann, daß sie ihrerseits sämtliche angebotenen Systeme geprüft haben. Die betreffenden Schreiben sind nach und nach, manche erst in den letzten Tagen gekommen: man wird also niemandem einen

Vorwurf daraus machen können, daß nicht alles geprüft ist. Tatsache ist, daß, wenn die letzten geprüft sein sollten, das nur einigermaßen oberflächlich hat geschehen können, indem man sich die Modelle angesehen hat. Es ist den Herren bekannt, daß uns die Modelle eines Herrn Somburg vorgeführt werden sollten. Ich habe sie mir angesehen; es erübrigt sich aber wohl, hier darüber zu referieren, ohne Modelle würde es auch nicht wohl möglich sein. Die Sache schien gut zu arbeiten, aber das Holzmodell in kleinem Umfange ließ kein Urteil zu, ob sich das System praktisch bewähren wird. Ebenso liegt es mit dem Modell von Borofski, das Herr Stegmann erwähnt hat. Auch dieses System haben wir in der Statutenkommission im Modell gesehen. Die Sache sah zunächst gut aus, aber vom Herrn Bürgermeister Meyer, wie ich annehme, als Vertreter der Straßenreinigungsdeputation, wurde uns ausgeführt, daß es große Bedenken habe, ob bei der praktischen Ausführung der Apparat so gut funktioniere, wie es unbelastet im Modell zu sein scheint. Ich darf bemerken, daß die Straßenreinigungsdeputation nach ihrer Stellungnahme in der Statutenkommission überhaupt allen diesen Systemen, die auf eine besondere Art von Wagen aufgebaut sind und eine besondere Art von Einfüllvorrichtung haben, sehr mißtrauisch gegenübersteht, und zwar insbesondere deshalb, weil sie ein derartiges System, wie der Herr Bürgermeister bereits gesagt hat, ursprünglich im Modell — es war wohl das Fürther System — als ganz vorzüglich befunden hatte und nachher bei der praktischen Ausführung finden mußte, daß die Sache nicht klappte. Es wird richtig sein, wenn die Deputation insofern befürchtet, daß alle diese sehr schön erfundenen Systeme in der Praxis das nicht halten, was sie im Modell versprechen, insbesondere deshalb, weil es sich bei der Müllabfuhr regelmäßig nicht nur um den ganz leichten Staub und um kornartigen Müll handelt, sondern auch größere Körper, klebrige und feuchte Gegenstände sich in dem Müll befinden und man befürchten muß, daß derartige Vorrichtungen zum Verschluß durch Einschieben oder mit Scharnieren bei der praktischen Ausführung versagen oder doch nicht mehr genau arbeiten und dabei der Zweck, eine staubfreie Entleerung, nicht erreicht wird.

Ich habe namens der Kommission den Antrag gestellt, wie er vom Herrn Vorsitzenden heute nochmals mitgeteilt ist. Wie die Sache liegt, muß ich persönlich allerdings gestehen, daß es mir nicht unsympathisch sein würde, wenn die Sache heute abgesetzt und die Deputation Veranlassung nehmen würde, die verschiedenen Systeme eingehend, und zwar praktisch, zu erproben, denn es handelt sich um eine Sache, die ungeheure Kosten macht. Der Wagen, von dem Herr Stegmann berichtete, soll gratis zur Probe hergestellt werden. Herr Somburg sagt, daß nach Gutachten Sachverständiger der Kasten in praktischer Ausführung etwa 300 *M* kosten solle. Wenn er wirklich 400 bis 500 *M* kosten würde, so sind das immerhin keine Ausgaben, die wesentlich in Frage kommen.

Es liegt noch ein Projekt eines Herrn Willeke vor, das ich aber nach der Zeichnung nicht verstanden habe. Ich bin kein Techniker und will mir darüber kein Urtheil erlauben. Immerhin habe ich die Empfindung — und ich glaube, auch andere der Herren werden sie haben —, daß wir heute der Sache etwas eigenartig gegenüberstehen, insofern, als wir eine wirklich klare Rechnung nicht haben; wir haben keine klare Auffassung davon: was wird das eine kosten, was das andere. Die Deputation kann sich nicht darüber beklagen, wenn man ihrer neuen Rechnung mit einigem Mißtrauen gegenübersteht, weil sie kurz vorher eine andere Rechnung aufgestellt hat. Auf der anderen Seite ist aber doch zu berücksichtigen, daß — wie vom Herrn Bürgermeister Meyer mit Recht hervorgehoben ist — bei Ausbildung des alten Systems selbstverständlich die ganzen beträchtlichen Kosten der neu einzuführenden geschlossenen Gefäße, die den einzelnen Haushaltungsvorstand treffen, billigerweise mit in die Rechnung eingesetzt werden müssen. Ich glaube, wenn man dieses berücksichtigt, daß es richtig ist, daß das Hannoversche System praktisch sich nicht sonderlich teurer stellt als das alte System, wie es hier zur Ergänzung vorgeschlagen ist. Hinweisen möchte ich darauf, daß es mir nicht richtig zu sein scheint, wenn Herr Lauer meint, daß das alte System in der Weise verbessert wird, daß die Abfuhrleute die Kübel aus dem Hause herausholen. Zunächst darf nicht vergessen werden, daß gerade durch diese Abänderung die ganze Sache bedeutend verteuert wird, denn das Personal wird dann erheblich erhöht werden müssen. Wenn die beiden Leute die auf die Straße gestellten Kübel in einer bestimmten Zeit entleeren können, so ist ihnen das nicht möglich, wenn sie die Kübel aus dem Hause heraus holen müssen. In der Beziehung ist das alte System auch dem Hannoverschen unterlegen, denn es liegt auf der Hand, daß 2 Leute in kürzerer Zeit einen derartigen Sack aus dem Hause herausholen können als 6, 8 oder gar 10 Eimer. Das können sie nicht in einem Gange machen. Es ist ferner noch darauf hinzuweisen — ich erlaubte mir, das bei meinem früheren Berichte schon hervorzuheben —, daß, wenn es schon gar nicht unbedenklich und einfach für viele Hausbesitzer erscheint, das Sammelgefäß an einer geeigneten Stelle im Grundstück unterzubringen, es noch viel schwieriger sein wird, für 6 oder mehr Haushaltungen einen Platz zur Aufstellung für die Abholung der kleineren Mülleimer zu finden. Ich kenne recht viele Grundstücke, bei denen der Hausbesitzer dabei in die allergrößte Verlegenheit kommen würde. Man wird den Abfuhrleuten nicht zumuten können, daß sie in die Keller hinunterklettern und die Gefäße zusammenholen. Irgendein anderer Platz wird bestimmt werden müssen, sei es im Vorkeller; sei es im Hausflur oder hinten auf dem Hof, und das wird bei sehr vielen Grundstücken in der Innenstadt wegen des zur Verfügung stehenden Raumes große Schwierigkeiten machen. Ich glaube auch, daß viele Grundstücke in der Außenstadt, die aus dem Hause und einem kleinen Gärtchen bestehen, durch Aufstellung der Gefäße hinter

dem Hause erheblich beeinträchtigt werden. Dieses Bedenken steht unter allen Umständen auch dem Antrage Lauer entgegen. Es ist nicht zu leugnen, daß, nachdem bekannt geworden ist, daß das Hannoversche System wesentliche Mehrkosten mit sich bringen wird, die Begeisterung dafür abgelaßt ist und mehrere Stimmen laut geworden sind, die auf dem Standpunkt des Herrn Doeshigk stehen: Unser Abfuhrsystem ist nicht so schlecht. Trotz des unbekannten Schriftstellers, der in der Landeszeitung sich lustig gemacht hat, sind viele Leute zu der Ueberzeugung gekommen, daß es bei uns mit der Müllabfuhr nicht so erbärmlich bestellt ist. Es wird bei alledem dabei zu bleiben sein, daß, wenn wir das alte System jetzt beibehalten wollen, wir schließlich doch etwas Vollkommenes schwerlich bekommen, auch nichts bekommen werden, das dem Hannoverschen System überlegen ist. Wenn man aber berücksichtigt, daß bei Beibehaltung des alten Systems tatsächlich den einzelnen Hausbesitzern eine wesentliche Belastung unter allen Umständen wird auferlegt werden müssen, nämlich Anschaffung und Unterhaltung vorgeschriebener Gefäße, dann wird man am Ende auch dahin kommen müssen, das Hannoversche System als das überlegenere anzuerkennen. Ich glaube deshalb in erster Linie empfehlen zu sollen,

daß der Antrag Stegmann angenommen wird, und wenn dieser Antrag abgelehnt wird, bitte ich, es bei dem Antrag der Statutenkommission bewenden zu lassen und das Hannoversche System anzunehmen.

Was die Frage der Aufbringung der Mittel für die Müllabfuhr betrifft, die auch von dem Herrn Vorredner angeschnitten ist, und auf die ich noch kurz eingehen möchte, so hat sich die Kommission insofern auf den Standpunkt des Magistrats gestellt, als sie entschieden dagegen ist, daß die erheblich erhöhten Kosten durch die allgemeinen Steuern aufgebracht werden, weil in der That die Befürchtung berechtigt ist, daß die Steuern dann wesentlich erhöht werden müßten, was nicht im Interesse der Stadt liegt. In dieser Beziehung stehen wir auf einem anderen Standpunkt als Herr Stegmann und seine politischen Freunde. Wir sind nicht der Ansicht, daß die Gerechtigkeit es verlange, diese Kosten aus allgemeinen Steuern zu decken, sonst würde man auch sagen müssen, das Wassergeld, die Abgaben für den Kanal sollten nicht existieren, es sollte alles aus der allgemeinen Einnahme bezahlt werden. Unvollkommen ist ja das System, eine Gebühr zu erheben, unter allen Umständen, aber bei der Müllabfuhr handelt es sich um eine besondere Leistung der Stadt, und deshalb kann es nicht unbillig sein, hierfür eine Gebühr zu erheben. Es ist doch zweifelhaft, ob es recht ist, daß man Leuten eine Leistung für die Müllabfuhr auferlegt, die absolut nichts davon haben. Die keinen Haushalt führen, die sollen die Müllabfuhr mit bezahlen? Das scheint mir doch nicht recht zu sein. Ich glaube, auf dem Standpunkt der Kommission stehen bleiben zu dürfen, daß die

Müllabfuhr durch eine Abgabe von den einzelnen Haushaltungsvorständen bezahlt werden soll.

Im Grunde genommen hat eigentlich Herr Bürgermeister Meyer für die Magistratsvorlage wenig angeführt. Er hat gesagt, es empfehle sich, die Gebühr durch die Hausbesitzer zahlen zu lassen, weil das Sammelgefäß für das ganze Haus gegeben wird. Der Grund scheint mir nicht durchschlagend zu sein. Ob der Müll in einem oder in fünf verschiedenen Gefäßen weggetragen wird, ist doch egal. Dem Hausbesitzer wird er nicht weggetragen, sondern den einzelnen Mietern. Der Hausbesitzer ist nicht der Produzent des Mülls, sondern die einzelnen Haushaltungsvorstände. Wenn es auch billig ist, daß eine Gebühr, die gering sein wird, für Abholung des Mülls bezahlt wird, so kann ich mich doch damit nicht befremden, daß dem Hausbesitzer, wie ich meine, ohne Not eine derartige Belastung auferlegt wird. Es wird in Wirklichkeit doch dahinkommen, daß der Hausbesitzer die Gebühr bezahlen muß, wenn er nicht in einem ewigen Krieg mit seinen Mietern liegen will. Der eine Mieter wird sagen: „Ich bezahle nicht, weil ich nicht so viel Müll abzuholen habe wie andere Mieter“, und andere Mieter werden sagen: „Im Nebenhaus ist nur ein Kasten, weshalb sollen wir für zwei bezahlen?“ Es wird mir gesagt: dann mag der Hausbesitzer die Miete aufsetzen. Was das betrifft, so gilt da der Grundsatz von Angebot und Nachfrage. Wir haben ja vor einigen Jahren eine Periode gehabt, wo die Mieten angezogen haben, aber wir haben auch längere Perioden gehabt, wo die Sache umgekehrt war.

Vorsitzender: Nachdem der geschäftsordnungsmäßige Antrag gestellt ist, die Verhandlung abubrechen, möchte ich empfehlen, diesen Punkt recht kurz zu behandeln. Wir müssen uns doch jetzt zunächst an die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrages Stegmann halten.

Stadtv. Hartung: Ich war am Ende meiner Ausführungen angekommen. Ich halte es für wünschenswert, der Straßenreinigungsdeputation Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Systeme nochmals zu prüfen. So gewaltige Eile hat meiner Meinung nach die Vorlage doch nicht. Eine große Belastung der Stadt wird durch die neue Ordnung ja ohne weiteres herauspringen. Meine übrigen Ausführungen habe ich gemacht für den Fall, daß der Antrag Stegmann abgelehnt wird, und weil vom Herrn Vorsitzenden darauf hingewiesen ist, daß von dem Referenten noch Ausführungen gegeben würden.

Bürgermeister Meyer: Ich habe mich wegen der Modellfrage zum Wort gemeldet. Wie liegt denn geschäftsordnungsmäßig die ganze Frage? Nachdem wir Ihnen die Vorlage gemacht hatten, sind mehrere Personen an uns herangekommen mit neuen Vorschlägen und auch mit Modellen. Diese Vorschläge sind

geprüft, und die Straßenreinigungsdeputation ist zu der Überzeugung gekommen, daß alle diese Vorschläge nicht heraneichen an das vom Magistrat vorgeschlagene System. Sie können nicht erwarten, daß der Magistrat, wenn er von der Richtigkeit der Ansicht der Straßenreinigungsdeputation überzeugt ist, in Minderung seines gestellten Antrages noch zwanzig andere Sachen vorführt. Damit ist nichts getan, daß Ihnen diese Modelle vorgeführt werden. Es müßten Ihnen dann doch mindestens noch die Modelle von den Systemen vorgeführt werden, die sich in andern Städten bewährt haben und die der Magistrat Ihnen gleichwohl nicht zur Einführung vorgeschlagen hat, weil diese Systeme nach seinem Dafürhalten hinter dem Hannoverschen System zurückstehen. Wenn aber die Stadtverordneten wünschen, in eine nähere Prüfung aller dieser Systeme einzutreten, so steht dem nichts entgegen. Sie sind ja schon nach Hannover gefahren und haben sich daselbst das Wechselbodensystem in der Praxis vorführen lassen. Ebenso könnte eine Prüfung anderer Systeme erfolgen. Die Prüfung der Modelle allein tut es aber nicht, Sie müssen das System in der Praxis probieren. Wenn jetzt die Beratung ausgesetzt wird, dann fürchte ich, wird die Entscheidung ein halbes, ja, ich kann ruhig sagen ein ganzes Jahr verschoben werden. Ich möchte mich trotzdem nicht dagegen aussprechen, daß die Versammlung in eine Modellprüfung eintritt.

Vorsitzender: Es haben sich noch zehn Herren zum Wort gemeldet. Ich bitte, sich zunächst zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Sache zu äußern: ob die Beratung fortgesetzt oder die weitere Beratung heute abgesetzt und in der Zwischenzeit andere Modelle geprüft werden sollen.

Stadtv. Mohr: Ich möchte Sie bitten, die Sache heute nicht abzusetzen, und zwar aus dem Grunde, weil, wie eben der Herr Bürgermeister Meyer schon ausgeführt hat, der Straßenreinigungsdeputation und auch uns selbst bisher schon so viele Systeme vorgelegen haben; ich glaube, es sind deren acht. Zwei sind auf Grund der Probe auf der Adolfsstraße geprüft und andere nach Zeichnungen. Ich darf wohl sagen: Wir kommen mit der Sache nicht zu Ende, sondern es wird im Laufe der Zeit noch ein Duzend Systeme bei der Versammlung eingehen. Ich sehe nicht ein, warum wir uns jetzt festlegen sollen auf ein System, wie es das Hannoversche ist. Fertigt und tadellos ist das System nicht, und auch an den anderen Systemen ist etwas auszusetzen. Herr Bürgermeister Meyer sprach vorhin von Systemen, die sich in anderen Städten bewährt hätten, aber trotzdem das Hannoversche System nicht erreichten. Da das Hannoversche System schlecht ist, kann ich mich nicht dazu verstehen, es einzuführen, sondern stimme für den Antrag Lauer, unser altes System auszubauen.

Stadtv. Dr. Genting: Meines Erachtens ist über diese Sache schon reichlich viel gesprochen. Ich bedaure, daß heute wieder eine solche Generaldebatte durch die Herren Lauer und Voeshigt hervorgerufen ist. Die Herren müssen sich doch sagen, daß diejenigen, die sich mit der Sache beschäftigt haben, sie nach allen Richtungen hin geprüft und die Berichte von den verschiedenen Städten gelesen haben. In Magdeburg ist jahrelang darüber gesprochen und schließlich hat man das Hannoversche System eingeführt. Auch die Modelle, die wir in der Kommission gehabt haben, sind nach allen Richtungen hin geprüft, soweit das bei Modellen möglich ist. Die Straßenreinigungsdeputation hat genügend Erfahrung gesammelt, so daß sie das für die heutige Zeit beste System empfehlen kann. Das Hannoversche nenne ich das beste von den jetzt vorhandenen Müllabfuhrsystemen. Ich glaube, wir tun gut, heute zu einem Beschluß zu kommen, denn in absehbarer Zeit werden wir kaum wesentlich Besseres finden als das, was Ihnen jetzt durch die Straßenreinigungsdeputation, die Statutenkommission und den Magistrat vorgeschlagen wird. Ich bin der Meinung, daß wir die Sache heute nicht verschieben, sondern sie heute entscheiden.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag vorbringen, von dem auch in der Statutenkommission die Rede gewesen ist. Ich bin auch kein Anhänger dieses Wechselboden-Systems und weiß noch nicht, ob wir, wenn wir die Probe machen, nicht zu etwas anderem kommen. Heute kämen wir schnell weiter, wenn wir beschließen: Man möge das Wechselboden-System in einem Revier, welches genügend bevölkert ist, und wo die Müllabfuhr auch nötig ist, zur Probe einführen. Das Revier zu bezeichnen, kann dem Magistrat überlassen werden. Ich stimme aber auch Herrn Lauer in gewisser Weise zu. Für einen anderen Bezirk sollten zu gleicher Zeit unsere Wagen mit kleineren Klappen eingerichtet werden — der Depotverwalter Fuhrmann hat sich schon Mühe gegeben, etwas Besseres in dieser Beziehung zu schaffen —, von seiten des Magistrats müßten dann in diesem Bezirke einheitliche Gefäße geliefert werden und die Wagen vielleicht mit kleinen Abänderungen versehen werden, die nicht viel Geld kosten. Die beiden Reviere müßten in der Abfuhrmenge ziemlich gleich sein. Wenn dieses ausgeführt wird, dann haben wir ein Exempel und können sehen, ob das Wechselboden-System wirklich gut ist. Ich möchte durch diesen Vorschlag die Möglichkeit geben, daß wir in der Sache weiterkommen.

Vorsigender: Ich bitte den Herrn Redner, nur auf die geschäftsordnungsmäßige Verhandlung sich zu beschränken, ob wir weiterberaten oder die Weiterverhandlung verschieben wollen.

Stadtv. Meyerhoff: Dann möchte ich empfehlen, weiterzuberaten.

Stadtv. Dr. **Voge:** Ich bin der Meinung, daß wir gut tun, die Sache heute abzusetzen. Die uns nachträglich bekannt gewordenen Systeme sind von den Stadtverordneten noch nicht geprüft, und bei der finanziell so wichtigen Vorlage halte ich es für nötig, daß die Stadtverordneten einige dieser Systeme in der Praxis sehen, namentlich die von Bätge und Borofski angebotenen Systeme. Es sind eine große Reihe Herren hier, die es mit der Abänderung der Müllabfuhr nicht eilig haben, anderen Herren ist die Sache sehr eilig. Ich meine: Bei der Wichtigkeit der Sache in finanzieller Beziehung macht eine Hinausschiebung der Entscheidung um einen bis vier Monate nichts aus. Allerdings wissen wir ja auch dann nicht, ob nicht nachher noch andere Systeme kommen und wir dann sagen müssen: Jetzt läßt sich die Sache nicht mehr aufhalten. Bisher sind praktisch bei uns nur die beiden Systeme auf der Adolfsstraße erprobt; die zuletzt bekannt gewordenen, die viel für sich zu haben scheinen, sind uns noch nicht vorgeführt, und Herr Bürgermeister Meyer sagt: gerade in der praktischen Vorführung zeige sich, was entscheidend ist, um zu sagen: ich kann hierfür stimmen oder nicht.

Stadtv. **Munte:** Ich kann ja eben nur sprechen zu dem Antrage Stegmann. Ich bin dafür, daß die weitere Beratung abgesetzt wird. Es macht nichts aus, ob die Müllabfuhr in drei Wochen oder in drei Monaten weiterberaten werden kann. Im übrigen bin ich der Meinung, daß es die heutige Technik noch nicht so weit gebracht hat, daß die häßliche Müllabfuhr in etwas Schönes verwandelt wird, sie bleibt immer häßlich. Eine schöne Müllabfuhr gibt es nicht, und damit müssen wir uns abfinden. Als wir noch keine Kanalisation in der Stadt hatten, haben wir noch ganz andere Sachen abfahren müssen. Bei dem Lauerischen Antrage wäre zu wünschen, daß der Antrag dahin modifiziert würde, daß jeder Haushaltungsvorstand diesen Kasten, wie ihn Herr Lauer vorgeschlagen hat, auf seine Kosten anschaffe. (Ruf: Zur Geschäftsordnung sprechen!)

Stadtv. **Sander:** Solange ich die Ehre habe, der Versammlung hier anzugehören, ist immer diese ewige Klage über unsere Müllabfuhr vorgebracht. Es kam dann, als Belamy den Aufsatz in der Zeitung brachte, der unsere Müllabfuhr in einer Weise kritisierte . . . (Unruhe und Zwischenruf). Ich muß doch motivieren, wohin ich mich entscheide; das muß mir unbedingt gestattet sein. Damals wurde von allen Seiten aus dem Stadtverordnetenkollegium der Wunsch laut, es müßte etwas geschehen, um unser Müllabfuhrwesen in andere Bahnen zu lenken. Nachdem dann jahrelang an der Sache herumgearbeitet ist, nachdem Ihnen so viele Vorlagen gemacht sind, wird die Sache von einem Tage zum anderen, von einer Woche zur anderen verschleppt, und wir kommen zu keinem positiven Resultat. Es läßt sich nicht leugnen, daß, nachdem die Sache so auseinander ge-

zogen ist, eine Menge Industrieller sich bemüht hat, Erfahrungen zu sammeln, und vielleicht etwas Brauchbares geschaffen hat. Wir als Deputationsmitglieder haben alle uns vorgelegten Systeme geprüft und stehen auf dem Standpunkte des Herrn Bürgermeisters Meyer, daß Besseres nicht zu finden ist. Die Vorwürfe, die der Straßenreinigungsdeputation gemacht sind, muß ich zurückweisen, denn wir haben uns eingehend mit der Sache befaßt. Aus dem Grunde bin ich dafür, daß weiterberaten wird.

Stadtv. **Friede:** Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich möchte nur erklären: Ich bin dem Magistrat und der Straßenreinigungsdeputation dankbar für die Mühe, die sie sich bei der Auswahl dieses neuen uns vorgelegten Systems gemacht haben, aber ich war von Anfang an überzeugt, daß es nicht angenommen würde, und zwar deshalb, weil meiner Meinung nach die Kosten nicht im Verhältnis zu dem Nutzen stehen, den die Neuerung uns bringen soll. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Lauer. (Unruhe und Zwischenrufe.) Dann erkläre ich, daß ich dafür bin, daß die Sache heute abgesetzt wird.

Stadtv. **Frühling:** Wenn die Sache heute abgesetzt wird, dann bleibt es eben auf unabsehbare Zeit bei dem jetzigen Zustande, denn es ist klar: Wenn nach diesen jahrelangen Untersuchungen der Referent selbst, nachdem er erst das neue System warm empfohlen hat, zu der Ansicht kommt, daß die Sache noch nicht ordentlich geprüft sei, daß es noch neue Systeme gebe, die auch berücksichtigt werden müßten, dann können wir nicht erwarten, daß in der kurzen Zeit von ein paar Wochen die Frage gelöst wird. Und wenn die Frage gelöst würde, wie sie ja schon gelöst war, dann werden wieder neue Systeme erfunden sein, und wir müssen die Beratung wieder aussetzen. Deshalb meine ich: Mit dem Aussetzen der Verhandlung kommen wir überhaupt nicht weiter. Wenn die Herren das Hannoversche System nicht annehmen wollen, dann müssen Sie es ablehnen, und es muß zunächst unser jetziges Abfuhrsystem verbessert werden, damit überhaupt erst einmal etwas geschieht. Ich bin deshalb nicht dafür, daß wir die Sache heute absetzen, sondern daß weiterberaten werde. Das schlimmste bei einem Absetzen der Sache würde sein, daß der jetzige öde Zustand weiter beibehalten bleibt.

Stadtv. **Stegmann:** Ich bedaure, daß ich es bin, der für die Verzögerung eintritt. Es geschieht aber aus dem Grunde, daß die neuen Systeme, die uns vorgelegt sind, noch geprüft werden sollen. Gegenüber dem Herrn Bürgermeister möchte ich erwähnen, daß er mich falsch verstanden hat. Ich will nicht eine Prüfung der vorliegenden Modelle, sondern eine praktische Vorführung, deshalb habe ich beim Herrn Vorsitzenden einen Antrag eingereicht, der folgendermaßen lautet:

„Ich beantrage, die Entscheidung über I, 1 bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung auszusetzen und inzwischen das System Borofski zu erproben. Zu diesem Zwecke ist ein alter Müllwagen mit der entsprechenden Vorrichtung zu versehen und ein passender Kasten anzuschaffen.“

Das ist dasselbe, was auch Herr Dr. Voge will.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich bin auch hierher gekommen, um die Müllabfuhr zu Ende zu bringen, aber ich sehe doch ein, daß das heute noch nicht geht. Mir ist es unsympathisch, wenn für irgend etwas eine ganz geringe Majorität eintritt, namentlich für solche Sachen, die in unserer Bürgerschaft großes Interesse erweckt haben und von großer Bedeutung für die Stadt sind. Deshalb möchte ich mich dafür entscheiden, heute nochmals diese Sache abzulegen. Ich sehe wohl voraus, daß nicht Wochen, sondern Monate oder ein halbes oder ein ganzes Jahr darüber hingehen wird, bis die Entscheidung fällt. So unsympathisch mir die jetzige Müllabfuhr ist, so würde es mir doch lieb sein, wenn eine größere Majorität für irgendein System vorhanden ist. Deshalb bitte ich auch, die neu eingereichten Entwürfe nochmals der Prüfung durch eine Kommission, die nicht nur aus der Straßenreinigungsdeputation besteht, sondern auch aus anderen Stadtverordneten, vorzunehmen zu lassen und dann die Sache wieder vor das Plenum zu bringen.

Vorsitzender: Es liegen zwei Anträge vor, der Antrag Stegmann und der Antrag Kleinfnecht. Der Antrag Stegmann lautet: (verlesen, siehe vorige Seite.) Der Antrag Kleinfnecht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Straßenreinigungsdeputation möge in eine nähere Prüfung der eingegangenen Systeme eintreten und die für gut befundenen einer längeren praktischen Beobachtung unterziehen.“

Stadtv. **Frühling**: Ich hatte den Antrag gestellt, über das vom Magistrat vorgeschlagene System abzustimmen und, wenn der Antrag des Magistrats abgelehnt wird, die Prüfung der verschiedenen Systeme fortzusetzen und gleichzeitig eine Verbesserung des bestehenden alten Systems vorzunehmen. Die Deputation kann sich in Permanenz erklären und neue Systeme weiter untersuchen.

Vorsitzender: Das ist kein geschäftsordnungsmäßiger Antrag. Das ist eine sachliche Weiterführung der bisherigen Beratung. Ich werde zuerst abstimmen lassen über den Antrag, die Beratung abzubrechen. Wird dieser Antrag angenommen, so würde ich darüber abstimmen lassen, ob dem Antrage des Herrn Stegmann gemäß ein alter Müllwagen mit der entsprechenden Vorrichtung nach dem System

Borofski versehen werden soll; und drittens würde abzustimmen sein — immer in der Voraussetzung, daß die Verhandlung heute abgebrochen wird — über die Wahl einer Kommission aus der Stadtverordnetenversammlung heraus.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ist denn von Herrn Lauer kein Antrag eingebracht? Ich würde doch gern sehen, daß wir heute zu einem Entschlusse kämen.

Vorsitzender: Kein geschäftsordnungsmäßiger Antrag, sondern ein sachlicher Antrag.

Der Antrag Stegmann wird in seinem ersten Teile, der die Aussetzung der Verhandlung bis zur nächsten Sitzung wünscht, angenommen.

Vorsitzender: Der Antrag Stegmann wünscht in seinem zweiten Teile, es möchte inzwischen das System Borofski erprobt werden und ein alter Müllwagen mit der entsprechenden Vorrichtung versehen werden. Ich möchte empfehlen und den Herrn Antragsteller bitten, dieses nur als einen Wunsch auszusprechen. Dann sind die Herren in der Lage, auch andere Sachen noch zu prüfen. Oder wollen Sie den Antrag aufrechterhalten?

Stadtv. **Stegmann:** Ich halte meinen Antrag aufrecht, bin aber einverstanden, daß auch andere Systeme mit geprüft werden.

Stadtv. **Munte:** Dann möchte ich, daß wir uns erst darüber aussprechen, ob das von Herrn Stegmann Beantragte ausgeführt werden soll.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich würde für den Antrag Stegmann nur zu haben sein, wenn er nicht nur auf das eine System ausgedehnt werden soll, und wenn die Systeme ein ganzes Vierteljahr probiert werden sollen, sonst hat die Probe keinen Zweck.

Vorsitzender: Es liegt kein anderer Antrag vor, als der Antrag Stegmann. Hat jemand die Absicht, einen Antrag einzubringen, so bitte ich, das schriftlich zu tun.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht:** Mein Antrag deckt sich annähernd mit dem des Herrn Loeschigt.

Vorsitzender: Dann bitte ich, den Antrag schriftlich einzubringen.

Stadtv. **Munte:** Ich frage an, ob wir jetzt das Wort zu dem Antrage nehmen können?

Vorsitzender: Ich bitte, damit zu warten, bis die Anträge im Wortlaut vorliegen. — Es sind drei Anträge eingegangen, je einer von den Herren Stegmann, Frühling und Kleinfnecht. Im Grunde genommen, bezwecken sie alle dasselbe, nur die Fassung ist anders.

Der Antrag **S t e g m a n n** sagt:

„Ich beantrage, inzwischen das System Borofski zu erproben. Zu diesem Zwecke ist ein alter Müllwagen mit der entsprechenden Vorrichtung zu versehen und ein passender Kasten anzuschaffen. Desgleichen, die verschiedenen anderen Systeme zu prüfen.“

Herr **F r ü h l i n g** beantragt:

„Die Versammlung beschließt, die Untersuchung über die verschiedenen Systeme der Müllabfuhr durch die Deputation fortsetzen zu lassen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, inzwischen das bestehende Abfuhrsystem zu verbessern.“

Herr **Dr. K l e i n k n e c h t** beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Straßenreinigungsdeputation möge in eine nähere Prüfung der eingegangenen Systeme eintreten und das gut befundene einer längeren praktischen Beobachtung unterziehen.“

Das wirklich Abweichende scheint mir das zuletzt von Herrn Dr. Kleinknecht Angeführte zu sein: die praktische Beobachtung. Eben kommt ein vierter Antrag von Herrn **M e h e r h o f f**:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, das Wechselbodensystem für ein zu bestimmendes Revier probeweise einzuführen.“

Desgleichen, unser jetziges Abfuhrsystem mit der Abänderung, daß nur einheitliche Gefäße mit zwangsläufigem Deckelverschluß, welche zum Selbstkostenpreise den Haushaltungsvorständen von seiten der Stadtverwaltung zu liefern sind, einzurichten.“

Es scheinen mir im großen und ganzen in dem Antrag Frühling die anderen Anträge einbegriffen. (Stadtv. Stegmann widerspricht.) Dann werde ich nacheinander die Anträge zur Abstimmung bringen.

Der Antrag **S t e g m a n n** wird abgelehnt.

Vorsitzender (verliest den Antrag Frühling).

Stadtv. Stegmann: Ich bitte, über die beiden Teile des Antrags getrennt abstimmen zu lassen.

Der Antrag **F r ü h l i n g** wird in seinem ersten Teile, „die Untersuchung über die verschiedenen Systeme der Müllabfuhr durch die Deputation fortsetzen zu lassen“, angenommen.

Vorsitzender: Damit sind die beiden Anträge **K l e i n k n e c h t** und **M e h e r h o f f** hinfällig geworden. Der zweite Teil des Antrags Frühling lautet:

„den Magistrat zu ersuchen, inzwischen das bestehende Abfuhrsystem zu verbessern.“

Stadtv. Wesemeier: Ich glaube, es ist richtig, daß über den Inhalt des Antrages jetzt erst geredet werden muß. Der Antrag Frühling scheint mir doch den ganzen Plan, den der Magistrat im Auge hat, über den Haufen werfen zu wollen. Es steht hier, daß der Magistrat das jetzt bestehende Abfuhrwesen verbessern soll. Deshalb kann ich nicht für den Antrag stimmen.

Stadtv. Frühling: Daß das, was der Herr Vorredner sagte, nicht meine Absicht ist, kann er aus dem entnehmen, was ich vorhin sagte. Der Zweck des Antrages ist lediglich der, zu verhindern, daß der alte Zustand auf unbestimmte Zeit bestehen bleibt. Wenn die Untersuchungen fortgesetzt werden, so dauert das Monate oder ein Jahr oder gar Jahre. Deshalb würde es richtig sein, ein Zwischenstadium zu schaffen, in dem die vorhandene Abfuhr wenigstens verbessert wird und nicht einfach so bestehen bleibt, wie sie ist. Es ist nichts anderes in dem Antrag zu suchen, als was darin steht. Der Antrag erstreckt sich auf die Frage mit, die Herr Lauer angeregt hat.

Stadtv. Voelckigt: Dadurch, daß wir die Verhandlung abgebrochen und beschlossen haben, die Untersuchungen über die neuen Systeme fortzusetzen, was monatelang dauern soll, ist die Straßenreinigungsdeputation in der Lage, weiterzuarbeiten. Etwas anderes soll doch damit nicht erreicht werden.

Der zweite Teil des Antrags Frühling wird angenommen.

Vorsitzender: Die Anträge, die zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellt sind, sind erledigt bis auf den Antrag Lauer. Dieser steht demnächst mit zur Beratung.

Stadtv. Munte: Könnte nicht jetzt, nachdem die Versammlung sich dahin schlüssig geworden ist, das alte System zu verbessern, über den Antrag Lauer gesprochen werden?

Vorsitzender: Das ist nicht angängig, weil wir den Antrag angenommen haben, daß die Beratung abgebrochen werden soll. Wir verlassen damit den Punkt 1 der Tagesordnung.

2. Antrag des Stadtverordneten Munte auf Schmückung der Nischen des Altstadtrathhauses.

Stadtv. Frühling: Herr Stadtv. Munte hat, wie Ihnen bekannt, den Antrag gestellt, den Ostgiebel des Altstadt-Rathauses dadurch zu schmücken und zu

vollenden, daß in die vorhandenen Nischen je ein Standbild gesetzt werde. Der Antrag ist in der Baukommission vorberaten. Obgleich dabei der sehr gute Zweck, den der Herr Antragsteller hat, nämlich die Stadt zu verschönern und Mittel für die Kunst flüssig zu machen, die sonst recht sparsam von seiten der Stadt bewilligt werden, anerkannt wurde, so sind doch Bedenken erhoben, ob das Altstadt-Rathaus die Stelle sei, bei der dieses Bestreben auszuführen ist. Dort einzugreifen, sei schwierig und aus kunsthistorischen Interessen bedenklich. In der Baukommission ist auch die Meinung des Herrn Geheimen Baurat Winter gehört, und es haben Schreiben vorgelegen von verschiedenen Professoren aus der Stadt, von Kunst Kennern und Autoritäten der Kunstwissenschaft. Alle Herren haben ihre Bedenken dagegen ausgesprochen, gerade das Altstadt-Rathaus zu diesem Zwecke heranzuziehen, und haben ersucht, von der Ausführung der beantragten Schmückung abzustehen. Die Baukommission und auch der Herr Antragsteller haben sich diesem Standpunkte angeschlossen, und der Herr Antragsteller hat daraufhin seinen Antrag zurückgezogen. Die Sache wäre damit ohne weiteres erledigt; wir haben aber geglaubt, daß wir diesen Verlauf der Sache hier klarstellen und eine Begründung dafür hier geben müßten, damit sie in der Öffentlichkeit bekannt würde. Der Antrag ist also auf sachverständige Gutachten und Äußerungen hin, die in der Baukommission gehört sind, zurückgezogen.

Stadtv. **Munte:** Ich darf doch, nachdem ich den Antrag zurückgezogen habe, dazu noch einige Worte sagen? (Widerspruch.) Das geht nicht? Es sind mir vielfach deplacirte Äußerungen gekommen, ich sollte mich in Stein aushauen lassen und derartiges, was doch als ein bißchen stark zu bezeichnen ist. Ich wollte nur kurz sagen, daß ich den Antrag zurückziehen mußte, weil keine Aussicht vorhanden war, daß er angenommen wurde. Mein Urtheil in dieser Sache war durch Sachkenntnis nicht getrübt, denn ich bin kein Architekt. Ich habe aber doch sehr viele Leute sagen hören, daß die Ansichten über die Erhaltung und Ausbesserung alter Sachen sehr auseinandergehen. Wenn der Dürerbund davon ausgeht, daß kein altes Gebäude angerührt werden soll, und das alte Heidelberger Schloß aus diesem Grunde lieber zusammenfallen lassen will, so mag das dem Geschmack der Herren entsprechen, meinem Empfinden entspricht es nicht. Ich möchte daran erinnern, daß vor längeren Jahren die Burg Dankwarderode wieder aufgebaut wurde auf Grund von einigen erhaltenen Säulentapitalen. Es ist da zu einem vorhanden gebliebenen Knopf ein neuer Anzug gemacht, ich will hier zu einem alten Rock nur ein paar passende Knöpfe haben, und das brauchte der Dürerbund nicht zu mißbilligen. — Ich werde mir vorbehalten, bei anderer Gelegenheit weitere Anträge zur Verschönerung der Stadt zu stellen.

Vorsitzender: Es sind drei Anträge eingelaufen. Zunächst ein Antrag von Herrn **O h l e n d o r f**:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Erlaß eines neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe herbeizuführen, durch das die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe vollständig untersagt wird und der Verkauf von Milch, Backwerk, Fleisch und Eis in der Zeit von 7—9 Uhr vormittags gestattet ist.“

Sodann ein Antrag von Herrn **E t h a r d t**:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem kleinen Exerzierplatze eine Bedürfnisanstalt für Frauen errichtet wird, welche während des Spielbetriebs der Mädchenschulen geöffnet ist.“

Drittens ein Antrag des Herrn **D r. K l e i n k n e c h t**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, er möge für ausreichende Sprengung der Spielplätze (Kleiner Exerzierplatz, Amalienplatz, Leonhardplatz) behuf Verminderung des Staubes Sorge tragen.“

3. Einsetzung eines Senioren-Konvents bei der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtv. Weichsel: Mir fehlt augenblicklich die schriftliche Unterlage für den Antrag, aber ich glaube, Ihnen auch so berichten zu können. Es handelt sich um den Antrag, der von dem verstorbenen Vorsitzenden Herrn Hauswaldt ausgegangen ist. Er hatte den Wunsch, daß ein Seniorenkonvent eingesetzt werde hauptsächlich deshalb, um die alle zwei Jahre vorzunehmenden Wahlen der Kommissionen und der Deputationen in der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten. Die Statutenkommission hat über den Antrag beraten und hat sich überlegt, ob der Seniorenkonvent neben diesem Zwecke noch andere haben könne und solle. Sie war jedoch der Meinung, daß man nicht sozusagen ins blaue hinein Ziele für eine derartige Kommission schaffen solle und dürfe. Sie glaubte, daß für Fragen der Geschäftsordnung, in denen der Vorsitzende nicht allein die Verantwortung übernehmen wolle, und in Fragen, in denen der Magistrat schnell sich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung versichern wolle, es genüge, wenn der Magistrat mit den beiden Vorsitzenden in Verbindung trete, wie in der Städteordnung vorgeesehen ist, oder wenn die beiden Vorsitzenden gemeinsam geschäftsordnungsmäßige Fragen erledigten. Nun handelt es sich noch um die Frage, ob ein derartiger Seniorenkonvent zur Vorberatung der Wahlen vorhanden sein soll. Auch

das hat der Statutenkommission nicht als empfehlenswert erschienen, weil dieser Konvent immer seine Beschlüsse in einer Zeit fassen würde, wo die Versammlung zum großen Teile wieder neu zusammengesetzt wird. Es schien prinzipiell nicht empfehlenswert, daß ein von der Versammlung gewählter Konvent Vorschläge machen sollte für eine Versammlung, deren Zusammensetzung erst später sich zeigen würde. Aus allen diesen Gründen gibt die Statutenkommission anheim, dem Vorschlage der Einsetzung eines Seniorenkonzents nicht zuzustimmen, also von der Wahl eines solchen Konzents Abstand zu nehmen.

Vorsitzender: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Herrn Referenten in seinem Berichte ergänze. Der Beschluß der Statutenkommission war ein zweifacher. Sie hat beschlossen, daß jedesmal am Schlusse der beiden Finanzjahre, wenn die Kommissionswahlen wieder vorzunehmen sind, von der Stadtverordnetenversammlung eine Kommission gewählt wird, die die Kommissionswahlen vorbereitet. Bezüglich der eiligen Sachen soll es beim alten bleiben: Der Stadtmagistrat setzt sich mit den beiden Vorsitzenden in Verbindung.

Stadtv. Weichsel: Ich war anfangs nicht zum Referenten über diesen Punkt bestellt. Die Ergänzung, wie sie der Herr Vorsitzende eben gegeben hat, ist richtig.

Stadtv. Ahmann: Der Herr Vorsitzende hat ja schon das richtiggestellt, was der Herr Referent übersehen hatte. Bei der Errichtung dieser Deputation, Kommission, Seniorenkonzent oder wie die Körperschaft in den verschiedenen Erörterungen benannt wurde, war es scheinbar die Absicht des früheren Vorsitzenden, daß er eine Körperschaft haben wollte, die sich über die, wenn ich so sagen darf, parlamentarischen Fragen im allgemeinen unterhalten und im gewissen Sinne dem Vorsitzenden zur Seite stehen sollte. Es sind in der Statutenkommission und auch schon hier in der Versammlung alle diese Fragen erörtert worden. Die Mehrheit der Kommission stand auf dem vom Herrn Referenten gekennzeichneten Standpunkt, daß man möglichst wenig Sachen diesem Seniorenkonzent überweisen sollte. Meine Herren. Ich glaube aber, die Erörterung über Erledigung unserer Geschäfte hier hat nur zu oft klargestellt, daß es zweckdienlich wäre, wenn wir einen solchen Konzent hätten. Denken Sie daran, wie jetzt die Dinge liegen. Ich möchte bloß an unser schönes Menü von heute erinnern, wo wir 33 Punkte auf der Tagesordnung haben, wozu noch die Gemeindesteuer-Rekursreklamationen kommen. Ich möchte an andere Sitzungen erinnern, wo wir ähnliche Tagesordnungen hatten. Wie viele solcher Tagesordnungspunkte lehren zum dritten Male wieder! Ein Teil der Referenten weiß gar nicht mehr, was in der Kommission

beschlossen ist. Es kommen dann leicht Irrtümer vor, und die Akten müssen von einem Herrn zum andern geschoben werden, weil der eine Referent nicht mehr die Zeit für die Erledigung hat. Es wäre an der Zeit, daß wir dazu übergangen, wie ja auch der frühere Herr Vorsitzende schon einmal dem Antrage des Herrn Dr. Jasper stattgab, daß wir mehr Sitzungen stattfinden ließen. Ich muß offen sagen, daß ich nicht davon überzuckert bin, hier nachts zu sitzen, und möchte, daß in anderer Weise als bisher unsere Sitzungen erledigt werden können, damit wir nicht einen Teil der Vorlagen zum Schluß mit Hurra durchpeitschen und einen anderen Teil absetzen müssen. Ich möchte wünschen, daß wir alle Punkte ordnungsmäßig und gut beraten, ohne daß ich damit sagen will, daß die Beratung bis jetzt nicht ordnungsgemäß gewesen sei. Aber mehr oder weniger war doch jeder von uns in der Lage, sich bei seinen Ausführungen Reserve aufzuerlegen, weil wir doch auch noch eine andere Beschäftigung haben, als nur Stadtverordnete zu sein. So kommt es, daß einige Fragen nicht eingehend erörtert werden. Von diesem Gesichtspunkte aus wünsche ich, daß eine solche Kommission dem Vorsitzenden zur Seite stände, die ihm sagen könnte, daß es zweckmäßig wäre, mehr Sitzungen abzuhalten, und die auch bei andern Fragen dem Vorsitzenden mit Rat zur Seite steht, auch die Vorbereitung mancher Fragen in zweckdienlicher Weise vornehmen könnte. Wenn die verschiedenen Richtungen der Stadtverordnetenversammlung in dem Konvent vertreten wären, so würde das dem Vorsitzenden die Möglichkeit geben, leichter über einzelne Dinge hinwegzukommen, als es so der Fall ist. Das ist ja allerdings bestritten worden, vor allen Dingen will man von Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung nichts wissen, weil geglaubt wird, daß damit eine politische Einrichtung geschaffen wird und mit Politik sich die Stadtverordnetenversammlung nicht beschäftigen soll. Ich verlange ja aber auch gar nicht, daß wir hier Politik treiben sollen. Es gibt aber Dinge im Leben der Gemeinde, die an Politik herangrenzen und die uns auch schon beschäftigt haben. Ich erinnere an die Kornzölle, an die Fleischeinfuhr, an die Öffnung der Grenzen für Vieh. Im gewissen Sinne ist das Politik, aber es geht auch den Gemeinden an den Lebensnerv, und wir haben nichts darin gefunden, daß wir den Regierungen in diesen Sachen mit Rat zur Seite treten. Es fragt sich nur, wie kann die Stadtverordnetenversammlung eine Kommission schaffen, die geeignet ist, den Stimmungen in ihr Rechnung zu tragen, und die wirklich dem Vorsitzenden mit Rat erfolgreich zur Seite stehen kann? Sie haben es abgelehnt, sie nach Fraktionen zusammenzusetzen, indem Sie sagen: Wir haben keine Fraktionen unter uns. Dazu kommt die Anregung des Herrn Dr. Jasper, man solle wenigstens die Zusammensetzung des Seniorenkonvents nach Klassen vornehmen. Dagegen ist in der Kommission ausgeführt, das ginge nicht an, weil es gegen die Städteordnung wäre. Auf diese Weise werden wir zu keinem Resultat kommen; das eine ist Politik, das andere ist

eine Einrichtung, die der Städteordnung nicht entspricht. Ich muß sagen: Wenn die Wahl für die Stadtverordnetenversammlung nach der Städteordnung in drei Klassen erfolgt, dann verstehe ich nicht, warum wir nicht nach den drei Klassen die Vertreter zu einer Kommission wählen können. Man hat gesagt, die Stadtverordneten hätten nicht die Interessen einer besonderen Klasse zu vertreten. Dann verstehe ich die Städteordnung nicht, wenn sie die Wahl nach Klassen vornehmen läßt. Das wollen wir uns als Menschen nicht verhehlen: wenn wir nach Klassen gewählt werden, wird jeder bestrebt sein, die Interessen seiner Wähler wahrzunehmen, ohne allerdings die Interessen der Allgemeinheit zu verletzen. Sie werden meinen politischen Freunden nicht den Vorwurf machen wollen, daß sie das Allgemeine zurückgestellt hätten gegenüber den Interessen der Minderbemittelten. Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß wir eine Körperschaft zusammenlegen könnten, die aus den verschiedenen Richtungen in der Stadtverordnetenversammlung besteht. Da elf meiner politischen Freunde hier vertreten sind, und dazu 25 Herren anderer Richtung vorhanden sind, so läßt sich diese Einteilung wohl machen. Wir können die Vertretung nach Klassen einrichten unbeschadet dessen, daß wir nicht die Interessen einzelner vertreten. Deshalb bitte ich, aus jeder Klasse zwei Herren vorzuschlagen, und daß diese 6 Herren den Seniorenkonvent für solche Zwecke bilden. Der Mangel eines solchen ist vorhanden, und auch unser früherer Vorsitzender hat das eingesehen. Wir haben den Versuch, ihn einzurichten, schon öfter gemacht, sind damit aber immer an dem Willen der Versammlung gescheitert. Ich bitte nochmals, in dem von mir vorgetragenen Sinne beschließen zu wollen.

Vorsitzender: Ich bitte, den Antrag schriftlich einzureichen, und bemerke noch, daß die Stadtverordnetenversammlung schon vor vierzehn Tagen stattfinden sollte. Wegen Behinderung der Magistratsmitglieder war sie auf heute vor acht Tagen verschoben, wo sie dann wegen des Todes des Vorsitzenden nicht stattfand. Nur auf diese Weise ist die Abhaltung der Sitzung so lange verzögert.

Stadtv. Doeschigt: Durch den Vorschlag des Herrn Hauswaldt ist die ganze Frage wieder aufgerollt. Vor 20 Jahren, als die Zahl der Stadtverordneten auf 36 erhöht worden ist, bildete sich im stillen ein sogenannter Seniorenkonvent. Heute handelt es sich darum: Sollen wir unsere Rechte erst vorher beraten lassen? Das geschieht doch genügend schon in den Kommissionen. Ich glaube, daß man nur deshalb auf den wiederholten Vorschlag gekommen ist, weil in der letzten Kommissionwahl in der Stadtverordnetenversammlung die Vorschläge der zusammengetretenen Kommission kritisiert und abgeändert worden sind. Das war vor 20 Jahren auch schon so, und das wird für die Folge meinem Erachten nach auch so

bleiben. Hauptsache ist, wie ich es ansehe, daß der Vorsitzende und dessen Stellvertreter sich mit dem Magistrat einig werden können darüber, was nötig ist, ohne uns vorher einzuberufen. Wenn dringende Sachen zu besprechen waren, so ist das schon früher so gehandhabt, daß der Magistrat mit den beiden Vorsitzenden sich besprochen hat. Wir wollen uns doch das Recht, in der Sitzung unsere Meinung zu sagen, nach wie vor vorbehalten. Ich möchte wissen, was durch eine Kommission, wie sie Herr Altmann verteidigt, gewonnen werden soll. Die Freunde des Herrn Altmann sind im Plenum genau so in der Lage, ihre Rechte zu vertreten, wie wir, und ich glaube nicht, daß es etwas an der Sache ändern würde, wenn wir die Kommission nach dem Antrage des Herrn Altmann einsetzen, denn in der Vollversammlung würde doch die Majorität entscheiden.

Vorsitzender: Der Antrag Altmann lautet:

„Beantrage, daß die zu wählende Kommission aus je zwei Vertretern der drei Klassen zusammengesetzt wird. Jede Klasse hat ihre Vertreter zu ernennen.“

Es nimmt niemand weiter das Wort. Ich schließe die Beratung. Zunächst bringe ich den Kommissionsantrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das sind, wie ich zähle, 14 Stimmen. Während der Abstimmung ist ein Herr hinzugekommen und eben kommen noch zwei Herren dazu. Ich bitte die selben Herren, die vorhin für den Antrag gestimmt haben, um Mißverständnisse zu vermeiden, nochmals zur Feststellung des Ergebnisses der Abstimmung die Hand zu erheben. Eben kommt noch ein Herr in den Saal. (Wiederholung der Abstimmung.) 15 Stimmen dafür; 31 Herren sind zugegen, dann ist 15 die Minderheit.

Stadtv. **Sander:** Die Herren, die nach der Abstimmung in den Saal getreten sind, dürften doch nicht bei der Zahl der Anwesenden mitgezählt werden.

Vorsitzender: Sie haben recht, Herr Sander. Damit wäre der Antrag der Kommission angenommen und der Antrag Altmann gefallen.

4. Erhebung einer Klage wegen Forderung.

Stadtv. **Weichsel:** Ein hiesiger Einwohner hat verbotenerweise in seinem Hause eine Gasleitung angelegt, die vor dem Gasmesser an die Steigleitung angeschlossen war, und hat sich auf diese Weise unrechtmäßig Gas angeeignet. Er ist strafrechtlich verurteilt worden, und es handelt sich jetzt darum, ob die Stadt für das Gas, welches unbezahlt entnommen ist, im Klagewege den Preis einfordern

fol. Die Realisierung der Forderung erscheint nach den vorhandenen Unterlagen keineswegs aussichtslos. Auf Grund der Strafakten hat die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke in einer eingehenden Berechnung den Preis für das der Stadt entzogene Gas auf 517,48 M berechnet. Der Magistrat ersucht um Genehmigung zur Klageerhebung. Die Statutenkommission hat die Sache beraten, stimmt dem Antrage zu und gibt anheim, die Ermächtigung zur Erhebung der Klage zu erteilen.

Die Versammlung ist mit der Erhebung der Klage einverstanden.

5. Änderung der Bedingungen über Abgabe von Gas durch Automaten.

Stadtv. **Meyerhoff**: Das Anschreiben des Stadtmagistrats an die Stadtverordnetenversammlung lautet:

„Bei der Einführung der Gasautomaten in die Kleinwohnungen ergeben sich dadurch Schwierigkeiten, daß sich die Hausbesitzer weigern, die Innenleitungen für Gas auf ihre Kosten herstellen zu lassen. Die Direktion der Licht- und Wasserwerke empfiehlt daher, im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation, den Gasbezug dadurch zu erleichtern, daß nach Wahl des Gasabnehmers und im Einvernehmen mit dem Grundstückseigentümer neben der Zu- und Steigeleitung auch die Innenleitungen für die Automatenanlagen, sofern die Kosten 10 M nicht überschreiten, auf Kosten der Stadt ausgeführt werden. Um die dadurch entstehenden Mehrausgaben zu decken, schlägt die Direktion vor, daß statt des sonst zu liefernden zweiflammigen Kochers mit Tisch in diesem Falle nur ein zweiflammiger Kocher ohne Tisch und ohne Fortkochstellen, die sonst auf Wunsch des Abnehmers angebracht werden, geliefert, und daß anstatt des Eisenrohranschlusses für den Kocher ein Anschlußschlauch angebracht wird. Die Direktion hat dabei darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen über die Abgabe von Gas von dem Verbraucher dem Automaten monatlich mindestens für 3,06 M Gas entnommen werden soll, daß die Erfahrung aber gelehrt habe, daß die Durchschnittseinnahme eines Automaten im Monat 4,10 M beträgt, und daß dieses Ergebnis für die Erleichterung des Gasbezuges durch Automaten spreche. Wir erkennen an, daß auf diese Weise die Einführung der Gasautomaten begünstigt, der Gasverbrauch dadurch gesteigert und für die Stadt eine erhöhte Einnahme erzielt werden kann, und geben den geehrten Herren daher ergebenst anheim, zustimmen zu wollen,

I. daß im § 3 des Artikels II des am 25. September 1911 erlassenen Nachtrages zu den Bestimmungen für die Abgabe von Gas aus den städt. Gaswerken zu Braunschweig vom 1. Oktober 1909, Nummer 26, folgender Absatz 2 eingefügt werde:

„Die Leitungsanlage vom Gasautomaten bis zu einem Kocher und zwei Lampen wird von der Direktion auf Antrag des Grundstücksbesizers ebenfalls kostenlos ausgeführt, wenn die Herstellungskosten 10 M nicht übersteigen. Die Leitungsanlage geht sofort in das Eigentum des Grundstückseigentümers über. Dem Gasabnehmer wird aber in diesem Fall neben den beiden Lampen nur ein zweiflammiger Kocher ohne Tisch und ohne Fortkochstelle mit Anschluß geliefert“;

II. daß im § 5, Absatz 1 derselben Bedingungen hinter „Stiften“ eingefügt werde:

„so wie des Gaszschlauches, da es angemessen erscheint, daß dem Abnehmer dessen Erhaltung und Erneuerung ebenso wie die der übrigen in § 5 genannten beweglichen Bestandteile der Einrichtung übertragen wird.“

Die Statutenkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt, wie auch früher schon die Deputation der Licht- und Wasserwerke. Die Mehrausgabe von 10 M für die Anlage zum Bezug durch Gasautomaten scheint im Verhältnis nicht zu groß. Ich habe deshalb die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Stadtv. **Niete:** Ich will nicht gegen die Vorlage sprechen, sondern nur die vielen Beschwerden erwähnen, die mir gegenüber über die Verteuerung des Kofz gemacht sind, und meinem Bedauern darüber Ausdruck geben. Alle jene Leute, die in Kinderwagen oder sonstwie in kleinen Partien den Kofz zusammenholen, um ihren Bedarf für den Winter zusammenzuhaben, empfinden es bitter, daß nicht nur der kleinere Kofz, sondern auch der größere um 10 Pfg. verteuert ist. Ich möchte darum ersuchen, in dieser Beziehung den Ärmsten der Armen diese Feuerung nicht zu verteuern.

Die beiden Anträge des Magistrats werden angenommen.

6. Antrag Stegmann, Errichtung je einer Bedürfnisanstalt auf dem Burgplatze und am Magnitore.

7. Antrag Schmidt, Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Radellint.

Stadtv. **Rasche:** Der Antrag Stegmann lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen über Errichtung je einer Bedürfnisanstalt für Frauen und Männer auf dem Burgplatze und auf dem Platze am Magnitore.“

Der Antrag Schmidt:

„Beantrage die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Rade-
klinge (eventl. Bäderklinge). Diese Bedürfnisanstalt soll räumlich getrennt sowohl
für Männer als auch für Frauen eingerichtet sein.“

Die Baukommission hat sich mit den beiden Anträgen eingehend befaßt und ist
nach langer Beratung einstimmig zu dem Beschluß gekommen, daß es sich nicht
empfehle, den einzelnen Anträgen nachzugeben, sondern daß es besser sein würde,
wenn planmäßig in der Sache vorgegangen wird, indem ein Plan aufgestellt wird,
in welchem alle Torbezirke und alle innenstädtischen Bezirke mit den betreffenden
Anlagen aufgeführt sind, so daß nicht der Fall eintrete, daß vielleicht am Bäder-
klinge und gleich wieder am Tore eine Anstalt eingerichtet werden muß. Der An-
trag der Kommission lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, für alle Bezirke
der Stadt einen Plan auszuarbeiten, nach welchem fernerhin die Errichtung von
Bedürfnisanstalten für Frauen und Männer vorgenommen werden soll.“

Ich bitte Sie, diesem Vorschlage sich anzuschließen und möchte nicht uner-
wähnt lassen, daß bei der Gelegenheit seitens des Magistrats geäußert wurde, daß
für die Bedürfnisanstalt am Magnitore bereits in der nächsten Zeit eine Vorlage
an die Stadtverordnetenversammlung gelangen soll.

Stadtv. **Schmidt:** Der Antrag auf Errichtung von Bedürfnisanstalten, be-
sonders auch mit dem Hinweis auf die Berücksichtigung der Frauen, ist in dieser
Versammlung immer wiederkehrt, und auch in der Kommission trat hervor, daß
man in der Zukunft damit rechnen kann, daß der eine mit diesem Antrag kommen
würde und der andere mit einem anderen für einen zweiten Torbezirk. Aus diesem
Grunde war in der Kommission die Meinung dafür, daß man bei der Errichtung
der Bedürfnisanstalten planmäßig vorgehen muß, denn der eine Torbezirk habe
doch dasselbe Recht wie der andere. Ich habe aber die Befürchtung, daß nach den
Erfahrungen mit dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, im Magni-
torbezirk eine solche Anstalt zu errichten, nicht so schnell eine Vorlage kommen
wird. Wenn es in der Zukunft ebenso geht mit diesem Vorschlage der Baukom-
mission, dann würden wir uns darüber erst in 1 bis 2 Jahren wieder sprechen
können. Ich bin deshalb mehr dafür, daß man eine Vorlage bekommt, wonach
man weiß, es soll etwas geschehen. Auch heute ist wieder ein Antrag von Herrn
Eckhardt eingegangen, auf dem Exerzierplatz der Errichtung einer Bedürfnisanstalt
näher zu treten. Danach liegt das Bedürfnis, mehr solche Anstalten zu haben, doch
vor. Auch in der Kommission habe ich die Erfahrung gemacht, daß die Herren der

Meinung Ausdruck gaben, daß sowohl vor den Toren als auch in der Innenstadt Bedürfnisanstalten in bestimmten Zwischenräumen gewünscht werden, die so gut ausgebaut sind, daß sie erweitert werden können. Ich glaube, die Anregung geben zu müssen, daß das bisherige Verfahren, daß die Errichtung der Bedürfnisanstalten so lange hinausgeschoben wird, für die Dauer als unangebracht bezeichnet wird, und daß, sobald das Bedürfnis vorhanden ist, dem auch Rechnung getragen und die Ausführung nicht zu weit hinausgeschoben wird. In diesem Sinne könnte ich dem Antrage der Kommission zustimmen, nämlich in der Erwartung, daß möglichst bald etwas geschieht, und daß nach dem Antrage eine ganze Reihe von anderen Bedürfnisanstalten, nicht nur die von mir beantragte, errichtet werden kann.

Vorsigender: Ich möchte Herrn Stegmann fragen, ob er auch seinen Antrag zugunsten des Antrags der Baukommission zurückziehen will.

Stadtv. Stegmann: Ich konnte in der Kommissionssitzung nicht anwesend sein. Ich bin wohl insoweit einverstanden mit dem Antrage der Kommission, daß ein derartiger Plan vorgelegt werden soll, sehe aber nicht ein, warum dieserhalb die vorliegenden Anträge zurückgestellt werden sollen. Ich habe in der vorigen Sitzung begründet, warum eine Bedürfnisanstalt auf dem Burgplaz oder in der Nähe nötig ist; trotzdem können einem Plane entsprechend auch andere Bedürfnisanstalten errichtet werden. Ebenso ist es mit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore. Es wäre zu wünschen, daß sie beschließen, Sie wünschen, daß zunächst diese beiden Anstalten errichtet werden und das übrige nachfolgt. Aus dem Grunde will ich meinen Antrag hochhalten.

Vorsigender: Ich nehme an, daß Herr Schmidt seinen Antrag zurückzieht.

Stadtv. Schmidt: Das ist der Fall insofern, als es mir sympathisch erscheint, daß zunächst ein Plan ausgearbeitet und danach verfahren wird.

Der Kommissionantrag wird angenommen. Als der Herr Vorsigende bemerkt, damit sei der Antrag Stegmann gefallen, wird dem von Herrn Stegmann widersprochen. Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung über den Antrag Stegmann meldet sich für diesen Antrag die Minderheit.

8. Antrag Schmidt, betreffend § 12 der Friedhofs- und Begräbnisordnung.

Stadtv. Ahmann: Herr Stadtv. Schmidt hatte folgenden Antrag eingereicht:

„Beantrage die Abänderung des § 11 der Friedhofs- und Begräbnisordnung dergestalt, daß die Beerdigungszeit während des Sommerhalbjahres von morgens

6 bis abends 6 Uhr, im Winterhalbjahr von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statutarisch festgelegt wird.“

Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß wir nicht in der Lage sind, Beschlüsse hier zu fassen, die unsere Begräbnisordnung ändern könnten. Laut unserer erneuerten Kirchenordnung vom Jahre 1709 ist jede politische Gemeinde verpflichtet, der Kirche angemessene Begräbnisplätze zur Verfügung zu stellen. So war auch hier mit Errichtung des Zentralfriedhofes eine Begräbnisordnung festgesetzt, über deren Gestaltung wir nicht zu beschließen haben. Die Statutenkommission hat sich trotzdem mit dem Antrage Schmidt beschäftigt, um eine Form zu finden, die anwendbar ist, die Wünsche der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck zu bringen. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß die Zeiten, wie sie nach § 11 festgesetzt sind, nicht den heutigen Verhältnissen entsprechen. Es ist aber, um eine Besserung zu erreichen, nicht nötig, daß der § 11 geändert wird. Der zweite Absatz des Paragraphen lautet: „Zu anderen Tageszeiten dürfen Begräbnisse — abgesehen von einer durch gleichzeitige Beerdigung einer größeren Zahl von Leichen veranlaßten Überschreitung der ersten Mittagsstunde, nur mit der Genehmigung der Friedhofsdeputation oder auf Anordnung der Herzoglichen Polizeidirektion stattfinden.“ Der Herr Oberbürgermeister machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Friedhofsdeputation in der Lage wäre, die Wünsche, wie sie im Antrage Schmidt ausgesprochen sind, zu erfüllen, und glaubte auch, in Aussicht stellen zu können, daß in aller kürzester Zeit diesem Wunsche entsprochen werden würde. Herr Oberbürgermeister Netemeyer ist Vorsitzender der Friedhofsdeputation und wird die Stimmung in derselben am besten kennen. In der Statutenkommission war einstimmig die Meinung vertreten, daß die Stadtverordnetenversammlung einen Wunsch in der geäußerten Richtung ausspreche, damit die Friedhofsdeputation, wenn nicht schon etwas Dem-entsprechendes beabsichtigt ist, diesen berechtigten Wünschen, die Begräbniszeiten zu verlegen, Rechnung trägt, so daß allen Einwohnern die Gelegenheit gegeben ist, sich leichter als bisher an Begräbnissen beteiligen zu können, ohne dadurch großen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. Ich bitte also namens der Statutenkommission, der Anregung zuzustimmen, damit die Friedhofsdeputation die Meinung der Stadtverordnetenversammlung kennen lernt.

Vorsitzender: Es handelt sich also nur um eine andere Handhabung der Friedhofsordnung, nicht um eine Änderung derselben.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu dem im Antrage Schmidt geäußerten Wunsche aus.

9. Antrag Loeschigt wegen strengerer Durchführung des § 86 der Straßenpolizeiordnung.

Stadtv. **Meyerhoff**: Herr Stadtv. Loeschigt hat den Antrag gestellt:

„Die Versammlung bittet den Magistrat, zu veranlassen, Herzogl. Polizeidirektion wolle die geeigneten Maßregeln ergreifen, um dem durch § 86 der Straßenpolizeiordnung ausgesprochenen Verbote der Verunreinigung der Straßen der Stadt möglichst weitgehende Geltung zu verschaffen.“ Dieser Paragraph lautet: „Jede Verunreinigung der Straßen ist untersagt. Als Verunreinigung gilt auch: das Ausgießen oder Ausführen von Flüssigkeiten, so weit solches nicht ausdrücklich gestattet ist, sowie das Hinauswerfen von Schnee, Eis, Schutt, Papier, Lumpen und sonstigen Abgängen jeder Art.“ Meine Herren. Sie haben gehört, wie Herr Stadtv. Loeschigt seinen Antrag in einer der vorigen Sitzungen begründete. Der Antrag soll also diejenigen Personen treffen, die auf der Straße Papier und andere Sachen fortwerfen. Für die Statutenkommission war ich zum Referenten über diese Sache bestellt und habe dort meiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Polizeiorgane, wenn der Magistrat an die Polizeidirektion eine derartige Forderung richten ließe, den Spieß so kehren würden, daß sie einfach an den Stellen, wo die Straße beschmutzt wurde, den betreffenden Hausbesitzer heranziehen würden. Ich konstatiere ausdrücklich, daß die Statutenkommission nicht der Meinung war, daß in der Weise vorgegangen werden solle, sondern es wurde gewünscht, die Polizeiorgane sollten diejenigen Personen anhalten, die Straßenbahnбилетте, Papier, Fruchtschalen und dergleichen aus der Hand werfen. In dieser Auslegung hat die Statutenkommission dem Antrag Loeschigt zugestimmt und bittet Sie durch mich, zu beschließen:

„Der Stadtmagistrat wolle Herzogliche Polizeidirektion ersuchen, strenger auf Durchführung des § 86 der Straßenpolizeiordnung Bedacht zu nehmen.“

Herr Stadtv. Loeschigt ist mit dieser Abänderung seines Antrages einverstanden.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

10. Anschaffung von Spielgeräten für die Schuls Spiele der Bürgerschüler und Bürgerschülerinnen.

Stadtv. **Gähhardt**: Der Oberturnlehrer Somburg ist mit einer Eingabe an Herrn Schuldirektor Professor Dr. Rehküh herantreten und bittet darin, für die Turnspiele der 32 Mädchenklassen der unteren Bürgerschulen die Anschaffung von Spielgeräten im Betrage von 516,30 M beantragen zu wollen. Außerdem sind

für die auf dem Leonhardplazze spielenden Schulklassen Spielgeräte zum Betrage von 146 *M* anzuschaffen, die in dem auf dem Plazze erbauten Gerätehaus aufbewahrt werden sollen. Herr Somburg bittet, die erste Lieferung der Firma von Dollfs & Helle und die zweite Lieferung der Firma Rhinow übertragen zu wollen. Zu der Eingabe selbst sagt der Schuldirektor, er habe den Antrag zunächst zurückgestellt in der Annahme, daß von den Mädchen der unteren Bürger Schulen die Spielgeräte der Knaben mit benutzt werden könnten. Diese Annahme habe sich jedoch als irrig erwiesen. Einmal seien die für die Knaben beschafften Geräte für die Mädchen zum großen Teil nicht passend, andererseits seien andere, wie z. B. Grenzälle überhaupt nicht vorhanden. Nachdem die Schuls Spiele für Mädchen eingeführt seien, sei auch die Beschaffung ausreichender und passender Spielgeräte notwendig. Er bitte deshalb den Schulvorstand, die erforderlichen Mittel bei den städtischen Behörden baldmöglichst beantragen zu wollen. — In bezug auf die Geräte für das Spielhäuschen auf dem Leonhardplazze, habe eine Umfrage ergeben, daß auch da noch eine Anzahl von Spielgeräten fehlen, deren Beschaffung notwendig sei. Zum Schluß weist der Herr Schuldirektor noch darauf hin, daß die Firma von Dollfs & Helle auch vom Herzoglichen Staatsministerium für die Beschaffung von Spielgeräten empfohlen werde. Hierzu bemerkt der Magistrat, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, daß die fragliche Lieferung den genannten Firmen übertragen werde, er hält es aber nicht für richtig, wenn durch derartige Empfehlungen der Anschein erweckt werde, als ob nur die eine Firma als leistungsfähig zu erachten sei. Auch die Firma Theodor Halle & Sohn liefere durchaus brauchbare Spielgeräte.

Der Schulvorstand sowohl als auch die Schulkommission, welche letztere sich eingehend mit der Sache befaßt hat, empfiehlt den Herren, die nötig werdenden 662,30 *M* zu verwilligen.

Der angeforderte Betrag wird bewilligt.

11. Beseitigung von Beschädigungen an den Anlagen der Frauenbadeanstalt im Bürgerpark.

Stadtv. **Riefe:** Diese Frage betrifft eine gewalttätige Beschädigung an den Anlagen der Frauenbadeanstalt im Bürgerpark. Es sind zwei der in Frage kommenden Täter durch einen mit der Aufsicht beauftragten städtischen Vorarbeiter in der Anstalt betroffen und von der Polizei dann 6—8 junge Burschen im Alter von 12—15 Jahren als die Frevler ermittelt. Die Burschen sind über die Planke der Badeanstalt eingestiegen, haben Fenster Scheiben zertrümmert, Schränke und Tische des Badeanstaltspächters aufgebrochen, den Inhalt zerstört oder entwendet, Zapfhähne und Bleirohre abgebrochen, abgeschnitten und mitgenommen, auch ein Ab-

ortbecken zertrümmert. Es ist dadurch ein Schaden von rund 200 *M* verursacht. Gegen die Verüber dieser Untaten, wie auch gleichfalls gegen den Althändler, der die gestohlenen Materialien angekauft hat, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Magistrat ersucht, die 200 *M* aus der betreffenden Etatsposition zu verwilligen, damit der Schaden wieder ausgebessert werden kann. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Der Ausgabe von 200 *M* für die Ausbesserung wird zugestimmt.

12. Überweisung einer Summe an die von der Braunschweigischen Batterie aus Anlaß der Feier ihres hundertjährigen Bestehens zu errichtende Stiftung.

Stadtv. **Voeshigt:** Die braunschweigische Batterie, welche sich auch an dem denkwürdigen Zuge des Herzogs Friedrich Wilhelm im Jahre 1809 beteiligt hat und nach der glücklichen Landung auf englischem Boden als besonderer Truppenteil aufgelöst wurde, nimmt als ihren Gründungstag den 18. November 1813 an, wo der Herzog durch Major Osfermann nach der Schlacht bei Leipzig sofort ein neues braunschweigisches Truppenkorps zusammenbringen ließ. Die alten Angehörigen der braunschweigischen Batterie beabsichtigen daher, in diesem Jahre die hundertjährige Feier der Gründung der Batterie zu begehen. Wie die Angehörigen der beiden braunschweigischen Regimenter, wollen auch sie bei diesem Anlaß der Batterie eine Stiftung überreichen, deren Zinsen ihr und ihren alten Offizieren und Soldaten zugute kommen sollen. Weil nun die Batterie während der längsten Zeit ihres Bestehens (von 1813—1870) in Braunschweig ihre Garnison besaß und zahlreiche Söhne der Stadt ihr angehörten, so würde es mit großer Freude begrüßt werden, wenn auch die Behörden der Stadt Braunschweig, ebenso wie die der Stadt Wolfenbüttel, die bereits 3000 *M* für die Feier angewiesen hat, der Batterie ein Zeichen ihrer Teilnahme schenken und jene Stiftung mit einer Unterstützung ebenso bedenken wollten, wie dieser sich das Husaren- und das Infanterie-Regiment zu erfreuen hatten. — Eine Eingabe in diesem Sinne ist von dem Oberstleutnant a. D. Orth und dem Hauptmann d. L. a. D. Eichler an die Stadt gerichtet.

Meine Herren. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben seinerzeit an das Infanterie-Regiment 6000 *M* und an das Husaren-Regiment 4000 *M* überweisen lassen. Heute gibt der Magistrat anheim, der Herzoglichen Batterie 1000 *M* zu einer Stiftung zukommen zu lassen. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim. Der Betrag soll gezahlt werden aus Kap. XIV, 6.

Der Betrag wird verwilligt.

13. Unterstützung der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.

Stadtv. Mohr: Der Vorsitzende der freiwilligen Sanitätshauptkolonne vom Roten Kreuz hat bei dem Magistrat den Antrag gestellt, die früher von der freiwilligen Feuerwehr im ehemals Huchschen Hause, Hagenmarkt 13, benutzten Parterreräume der Hauptkolonne zur Aufbewahrung von Gerätschaften, sowie ferner für Unterrichtszwecke auch Räume in der ersten Etage in wohllichem Zustande zur Verfügung zu stellen. Ein Zwiespalt mit den übrigen Benutzern der oben belegenen Räume soll durch Vereinbarung vermieden werden. Es tagen dort Stenographen- und andere Vereine, die zu Übungszwecken die Räume benutzen. Der Stadtmagistrat im Einvernehmen mit der Markthallendeputation trägt kein Bedenken, den vorgetragenen Wünschen zu entsprechen. Die Zweckdienlichkeit oder eigentlich die Notwendigkeit der Sanitätskolonnen ist wohl allgemein bekannt. Nach § 1 ihrer Satzungen erstrebt die Sanitätshauptkolonne, ihre Mitglieder in Kriegszeiten dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz behufs Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes als Krankenträger, Krankenpfleger oder für den Depotdienst zur Verfügung zu stellen. In Friedenszeiten leistet die Kolonne bei Unglücksfällen, wie besonders bei Feuers- und Wasserschaden, bei Eisenbahn- und anderen Unfällen, Seuchen und anderen Notständen jeder Art, bei großen Volkszusammenkünften, Menschenansammlungen usw. ihre Hilfe. Sie beabsichtigt also, sowohl unserem weiteren als auch unserem engeren Vaterlande in der Stunde der Gefahr zu nützen und kann darum wohl Anspruch auf stadtseitige Unterstützung machen.

Weiter teilt der Magistrat mit, daß den freiwilligen Sanitätskolonnen

1. des Vereins ehemaliger Artilleristen,
2. des Vereins ehemaliger Kaiserlicher Mariner,
3. des Vereins ehemaliger Braunschweiger Husaren,
4. des Landwehrvereins,

welche unter dem Namen „vereinigte Kriegersanitätskolonnen vom Roten Kreuz“ sich zusammengeschlossen haben, gleichfalls diese Räume zur Benutzung überwiesen werden sollen. Um eine ordnungsmäßige Überwachung der benutzten Räume, Auslöschchen der Beleuchtung usw. ausführen lassen zu können, glaubt der Magistrat, die Benutzung dieser Räume über 10½ Uhr abends hinaus nicht gestatten zu sollen. Für Reinigung usw. würde ein entsprechendes kleines Entgelt zu zahlen sein.

Die Zeichnungen für die fraglichen Räume sind hier ausgestellt. Die Räume bedürfen, um den beabsichtigten Zwecken genügen zu können, dringend der Instandsetzung, für welche die Kosten nach dem vorliegenden Kostenanschlage einschließlich der Beschaffung eines Kohlenraumes für die städtische Markthalle, wofür 250 M angesetzt sind, sich auf 2000 M stellen.

Weiter hält es der Magistrat für recht und billig, auch den vorgenannten freiwilligen Sanitätskolonnen ähnlich wie dem Hauptkorps und dem Samariterverein einen laufenden Jahresbeitrag von 300 *M* zu bewilligen. Der Antrag des Magistrats lautet dahin:

1. Die genannten Räume unter den gedachten Bedingungen den Sanitätskolonnen zu der beantragten Benutzung kostenlos zu überweisen,
2. die Summe von 2000 *M* für die Instandsetzung der Räume aufzuwenden,
3. der vereinigten freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen bis auf weiteres einen Zuschuß von jährlich 300 *M* zu gewähren.

Die Finanzkommission hat sich mit diesen Anträgen des Magistrats beschäftigt und empfiehlt Ihnen durch mich, ihnen in allen drei Punkten zuzustimmen.

Stadtv. **Fride:** Ich bin sehr für Annahme des Antrages der Kommission, der uns eben zur Genehmigung vorgelegt wird. Nur fällt es mir auf, daß die beiden Sanitätskolonnen getrennt marschieren. Ich möchte bitten, mir mitzuteilen, ob der Magistrat in der Lage ist, darauf hinzuwirken, daß die beiden Kolonnen zusammen arbeiten. Ich halte das gerade bei den Sanitätskolonnen für ersprießlich, denn die Ziele, die sie verfolgen, sind dieselben. Ich bitte um Aufklärung seitens des Herrn Referenten oder seitens des Magistrats, ob eine Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Die Möglichkeit liegt ohne Frage vor, aber augenblicklich haben sich die beiden Korps getrennt, und es schien uns nicht richtig zu sein, wegen der Trennung die übrigen Korps schlechter zu stellen als die Hauptkolonne. Wie Herr Fride richtig hervorgehoben hat, verfolgen beide dieselben Ziele, und wie uns erklärt ist, enthält auch die Kolonne, die sich von der Hauptkolonne getrennt hat, durchweg Mitglieder, die sehr gut für den Mobilmachungsfall wie für Unglücksfälle ausgebildet sind. Deshalb ist es richtig, auch diese zu unterstützen.

Stadtv. **Mohr:** Nach meiner Auffassung fällt es nicht in die Waagschale, daß die Kolonnen in kleineren Abteilungen arbeiten, im Gegenteil ist zu erwarten, daß in solchen die Leute besser ausgebildet werden können als in großen Abteilungen. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß die einzelnen Kolonnen doch im Falle eines Krieges sofort dem Braunschweigischen Landesverein vom Roten Kreuze unterstellt werden.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

14. Bessere Entwässerung der Hamburgerstraße.

Stadtb. **Sander:** Der in der Hamburgerstraße liegende Kanal ist nicht imstande, bei starkem und anhaltendem Regen die Gewässer abzuführen. Es haben sich dadurch schon häufig große Übelstände herausgestellt, indem nicht nur das Wasser in die anliegenden Grundstücke gedrungen ist, sondern auch noch unangenehme Beigaben mitgeführt wurden, die für die Anlieger äußerst lästig waren. Um dem abzuhelpen, ist der Magistrat zu dem Entschluß gekommen, einen Regenwasserkanal anzulegen. Es sind dafür drei Projekte ausgearbeitet. Das erste sieht vor, einen Kanal in der Karl-Schmidt-Straße auszuführen. Hier wäre der natürlichste Punkt für die Anlage, da die Karl-Schmidt-Straße der tiefstgelegene Punkt im Zuge der Hamburgerstraße ist. Das zweite Projekt sieht den Kanal in einer nördlicher gelegenen Straße vor, und das dritte in einer nicht ganz so nördlich gelegenen, noch zu projektierenden Straße. Die Kosten sind sehr verschieden. Sie betragen für das Projekt A 37 000 *M*, für das Projekt B 32 700 *M*, für das Projekt C 28 000 *M*. Dieses letzte Projekt hat den Vorzug vom Magistrat erhalten. Die projektierte Straße liegt so, daß der Kanal auch hier eine genügende Vorflut bietet, also die Lage des Kanals kommt tief genug, um genügend Wasser abführen zu können. Das Terrain für die projektierte Straße gehört dem Gärtner E. H. Meyer. Er hat sich bereit erklärt, die Verlegung des Kanals auf seinem Grundstücke zu gestatten und hat günstige Bedingungen dafür gestellt, wodurch billige Kosten für den Kanal sich ergeben. Er beansprucht keine Entschädigung für die Benutzung seines Terrains, ist bereit, eine dahingehende Servitut auf sein Grundstück eintragen zu lassen, und der Magistrat soll berechtigt sein, die Arbeiten jederzeit vornehmen zu können. Herr Meyer verlangt nur eine Entschädigung für entgangene Ernte und für Fortnahme von Obstbäumen, 300 *M*. Der Plan für die drei Projekte ist hier ausgehängt. Der Kanal soll in einer lichten Weite von 1,40 m ausgeführt werden, kommt in den Fußweg der projektierten Straße zu liegen und mündet in den Galgraben.

Der Magistrat beantragt:

1. ihn zu ermächtigen, mit dem Gärtner E. H. Meyer einen Vertrag über die Kanalverlegung in seinem Grundstück unter Übernahme der von ihm gestellten Bedingungen abzuschließen,
2. den beigelegten Teilortsbauplan zu genehmigen,
3. das Einverständnis mit der Ausführung des Regenwasserkanals aus Eisenbetonrohren zu erklären und die nach einem Überschuß der städtischen Bauverwaltung hierzu, sowie zur Bestreitung einiger Nebenausgaben erforderlichen 28 000 *M* zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu verwilligen,

4. zuzustimmen, daß die von der Feldmarksgemeinde Hagen an die Benutzung des Galggrabens geknüpfte Bedingung stadtseitig übernommen wird. — Die Bedingung ist, daß die Feldmarksinteressenten verlangen, daß der Graben immer so offen gehalten wird, daß er die größeren Wassermengen weiterführen kann, daß die Anlieger am Graben nicht geschädigt werden und, wenn dieses dennoch eintrete, die Stadt haftbar zu machen sei. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt.

5. Genehmzuhalten, daß, falls die Einleitung des wassergeseglichen Verfahrens wegen der Benutzung des Galggrabens erforderlich werden sollte, ein entsprechender Antrag vom Magistrat gestellt wird.

Die Baukommission hat diese Anträge geprüft. Sie ist von der Notwendigkeit der Anlage des Kanals überzeugt und empfiehlt den Herren die Genehmigung der Magistratsanträge.

Die Zustimmung zu den Magistratsanträgen wird ausgesprochen.

15. Die Ausschreibung der Gemeindeabgaben und Staatssteuern betreffend.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Herren. Sie kennen alle unsere Steuerzettel, die einen nicht ganz geringen Umfang haben und häufig dem einzelnen Steuerpflichtigen nicht ganz willkommene Botschaft ins Haus bringen. Die Ausführung dieser nicht ganz einfachen Steuerzettel, deren gegenwärtige Form auf eine frühere Anregung aus unserer Mitte zustande gekommen ist, ist in früheren Jahren immer so gehandhabt worden, daß ein überwiegender Teil dieser Steuerausschreiben von unseren Beamten nicht in den regelmäßigen Dienststunden fertiggestellt wurde, sondern daß dieses Ausschreiben als Nebenarbeit angesehen wurde, die Arbeit mit nach Hause gegeben und dementsprechend auch besonders vergütet wurde. Für die Fertigung der Abschriften der Heberollen und Steuerlisten wurden in frühern Jahren 30 Pf. pro Bogen und für Anfertigung der Steuerausschreiben 8 Pf. pro Stück vergütet. Diese Vergütung für die Überstundenarbeit im Hause hat, wie Ihnen aus unseren Haushaltsrechnungen bekannt sein wird, nicht unerhebliche Summen erfordert. So wurden im Jahre 1910/11 8160 *M* und im Jahre 1911/12 8225 *M* dafür bezahlt. Im letzten Jahre hat man nun magistratsseits versucht, ein anderes Verfahren einzuführen; man hat nämlich diese Arbeit nicht mehr im Hause durch die Beamten anfertigen lassen, sondern hat die Anfertigung hier in den Büreaux vornehmen lassen und, soweit das nicht in den regelmäßigen Dienststunden ging, Überstunden für die Beamten eingeführt. Es hat sich bei diesem Verfahren selbstverständlich die Frage aufwerfen müssen, ob und inwieweit für diese Überstunden eine Vergütung an die die Überstunden leistenden Herren zu gewähren

sei. Die Beamten konnten Bezug nehmen auf eine allgemeine Anordnung, die der frühere Oberbürgermeister Pockels in den Akten im Jahre 1898 hinterlassen hatte, des Inhalts, daß mehr als 20 Überstunden ein Beamter ohne weiteres zu leisten nicht verpflichtet sei. Es sind aber in früheren Jahren viel mehr Überstunden für diese Arbeit nötig geworden, als dieser Verpflichtung zur Überstundenleistung ohne weiteres entsprechen würde. Es sind nach dem Magistratsanschreiben vom 1. Oktober 1912 bis 31. März d. J. 5114 Überstunden geleistet, die über die Zahl der ohne weiteres zu leistenden Überstunden hinausgehen. Der erste Antrag des Magistrats geht nun dahin, für diese Überstunden eine angemessene Vergütung den Herren, die diese Überstunden geleistet haben, nachträglich zu bewilligen, und zwar schlägt der Magistrat vor, 75 Pf. für die Überstunde zu vergüten. Es sind nach der aufgestellten Liste etwa 140—150 Herren, die an dieser Überstundenleistung sich beteiligt haben. Die Leistung der einzelnen ist eine verschiedene. Es entfallen etwa 70 Stunden im Durchschnitt auf den einzelnen Herrn.

Die Kommission hat diesen Antrag geprüft, und obwohl weitergehende Anträge gestellt waren, empfiehlt sie Ihnen durch mich, diesem Vorschlage des Magistrats beizupflichten, und zwar aus folgender Erwägung heraus. Es sind bisher, wie ich bereits berichtet habe, für die Anfertigung eines Steueraussschreibens 8 Pf. im Afford gewährt. Nach Angabe der beteiligten Bureaus sollen etwa 8 Steueraussschreiben in der Stunde geleistet werden können. Das ist eine verhältnismäßig gering erscheinende Zahl, aber daß nicht mehr Steueraussschreiben in der Zeit fertig werden, ist darauf zurückzuführen, daß aus den verschiedenen Listen, Rollen und Büchern in die Ausschreiben zu übertragen ist, so daß bei der Gewissenhaftigkeit, mit der verfahren werden muß, nicht wesentlich mehr Ausschreiben im Durchschnitt zu leisten sein werden. In solchen Bezirken, wo überwiegend solche Steuerzahler wohnen, die nicht zu allen möglichen Steuerarten herangezogen werden, mögen manche Ausschreiben schneller angefertigt werden können, während in anderen Bezirken, wo fast sämtliche Steuerzahler zu allen Steuerarten herangezogen werden, sich eine Verlängerung der Arbeitszeit für jedes einzelne Ausschreiben herausstellt. Die Kommission ist der Ansicht, daß der auf dieser Grundlage aufgebaute Satz durchaus angemessen sei.

Nun muß aber auch eine Regelung eintreten darüber, wie es im laufenden Jahre gehalten werden soll. Der Magistrat schlägt hier vor, nicht nach Stunden zu vergüten, wie in der Vergangenheit, sondern eine Vergütung im Afford nach Stücklohn eintreten zu lassen, und zwar soll der Satz von 8 Pf. pro Steuerzetteln festgehalten werden. Es soll also in gewissem Umfange der Zustand wieder hergestellt werden, wie er in früheren Jahren bestanden hat — Vergütung nach Stück —, aber nicht im Hause, sondern in den Bureaus der Stadt soll diese Arbeit ausgeführt werden, so daß eine Verschleppung dieses nicht unwichtigen

Materials und Einsichtnahme durch vielleicht Unberufene in den Privatwohnungen der Beamten ausgeschlossen ist.

Endlich hat dadurch, daß nun diese Überstunden in größerem Umfange geleistet werden müssen, auch der Heizer Wegerich eine größere Arbeitsleistung gehabt, indem im Winter die Räume länger warm gehalten werden mußten, und der Magistrat meint, es sei angemessen, für diese außergewöhnliche Mehrarbeit, die in früheren Jahren nicht üblich gewesen sei, eine Vergütung von 30 M zu bewilligen. Ich war ursprünglich nicht zum Berichterstatter bestimmt und erinnere mich nicht, daß dieser letzte Antrag in der Kommission behandelt ist, darf aber wohl von mir aus die Bewilligung dieses Antrages empfehlen.

Stadt. Dr. **Voge:** Ich habe davon gehört, daß die 20 Überstunden, die gefordert werden können, nicht mit vergütet werden sollen. Sind diese von den 5114 Stunden abgezogen, und sollen diese 20 Überstunden, da die Arbeiten hier im Hause verrichtet werden, auch fernerhin erst abgezogen werden?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters aus den früheren Jahren lautet dahin, daß bis zu 20 Überstunden im Vierteljahr zu leisten, jeder Beamte ohne weiteres verpflichtet sein soll. Eine Vergütung hierfür gibt es bisher nicht und soll es auch in Zukunft nicht geben.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** An der Anordnung, daß jeder Beamte im Laufe eines Vierteljahres — ganz abgesehen davon, ob Steueraussschreiben angefertigt oder andere Arbeiten erledigt werden müssen — zu 20 Überstunden ohne Entschädigung verpflichtet sein soll, wollen wir im Magistrat festhalten. Es kann zu leicht kommen, daß einmal eilige Sachen erledigt werden müssen, und wenn dann die einzelnen Beamten berechtigt sein sollten, jedesmal, wenn eine geringe Überschreitung der Arbeitszeit eintritt, dafür eine Vergütung zu verlangen, so würde das zu weit gehen. 20 Überstunden im Vierteljahr können die Beamten auch sehr wohl ohne besondere Vergütung leisten.

Die 5114 Überstunden, die erwähnt sind, ergeben sich, nachdem man die 20 Stunden für jeden Beamten abgezogen hat, soweit sich solch ein Abzug überhaupt ausführen läßt. Im übrigen wird in Zukunft die Sache so kommen, daß die Steuerzettel besonders behandelt werden. Man wird wahrscheinlich die große Mehrheit der Steuerzettel, soweit die Normalstundenzahl für die Ausschreibung nicht ausreicht, in Afford geben, weil es regelmäßig darauf ankommt, die Zettel so bald als möglich fertigzustellen, um einen baldigen Eingang der Steuern zu ermöglichen. Wir haben dabei den Vorteil, daß wir mehr oder weniger die Aufertigung der Steuerzettel (die für den einzelnen, wenn er ihn erhält, ja von

großem Interesse sein mögen, für den Schreiber aber sehr wenig Interesse bieten) den Beamten überlassen können, die diesen Nebenverdienst suchen. Wenn von den älteren Beamten sich einige nicht an diesen Akkordarbeiten beteiligen wollen, so brauchen wir bei diesem Verfahren keine generellen Anordnungen zu treffen, daß sich alle Beamten beteiligen sollen, denn ich glaube, es werden sich genug Kräfte dazu finden, und wir werden die Steuerzettel rechtzeitig fertigbekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Veranlassung nehmen, zu fragen, ob die Herren der Ansicht sind, daß die jetzt üblichen Steueraussschreiben, die tunlichst auf einem Zettel die sämtlichen Steuern enthalten, Anerkennung gefunden haben. Wenn das nicht der Fall wäre, würden wir diese Art der Ausschreibung fallen lassen, denn nur durch diese Zusammenziehung aller Steuern entstehen diese großen Kosten und die umständliche Ausfertigung. In früheren Jahren sind wir deshalb immer rechtzeitig mit dem Ausschreiben der Steuerzettel fertig geworden. Ich sehe eben, ein Herr schüttelt mit dem Kopfe. In der Kommission war, wie ich glaube, einstimmig die Ansicht vertreten, daß die Zusammenziehung der einzelnen Steuern auf einem Zettel eine wesentliche Erleichterung gebracht hätte.

Stadtv. Bunge: Ich muß zugeben, daß die Steuerzettel, wie sie jetzt ausgeschrieben werden, besser sind als früher. Wenn die Steuern zusammengezogen sind, so ist das für die Steuerzahler eine Erleichterung, und die Abfertigung geht schneller vor sich. Aufgefallen ist mir, daß der Herr Referent gesagt hat, es sei ein gewisser Stundenlohn von 75 Pfg. festgesetzt. Wenn für jeden Steuerzettel 8 Pfg. bezahlt werden und man in Betracht zieht, daß Steuerzettel dabei sind, bei welchen viele Zusammenzüge gemacht werden müssen, wodurch nur wenig Zettel in der Stunde fertig gebracht werden, so finde ich einen Satz von 8 Pfg. für zu gering, und möchte beantragen, 10 Pfg. pro Steuerzettel zu bezahlen. Auf diese Weise würde der Satz von 75 Pfg. für die Stunde herauskommen.

Vorsitzender: Der Satz von 75 Pfg. für die Stunde bezieht sich nur auf die Vergangenheit, auf das letzte Halbjahr. Die neue Regelung ist die: Akkordmäßig 8 Pfg. für jeden Steuerzettel. Wünschen Sie zu diesem zweiten Punkt einen Antrag zu stellen, so bitte ich ihn mir schriftlich aus.

Stadtv. Frede: Ich glaube, die Frage des Herrn Oberbürgermeisters, ob wir damit einverstanden wären, daß die Ausschreibung der Steuerzettel in der jetzigen Art weiter erfolgt, wird allgemein bejaht werden. Die jetzige Art der Ausschreibung ist bedeutend übersichtlicher als die frühere. Nun meint der Herr Oberbürgermeister, daß eine wesentlich vermehrte Arbeit hierdurch nötig geworden sei, und das wird ja wohl richtig sein. Ich habe gehört, daß die Anordnung, die im letzten Jahre getroffen ist, die Ursache dafür gewesen ist, daß in der Fertigstellung der

Steuerzettel eine gewisse Stagnation eingetreten ist, daß also deshalb die Steuerzettel nicht früh genug haben fertiggestellt werden können. Ich habe kein Urteil darüber, sage mir allerdings, daß der Umstand, daß die Herren die Steuerzettel und die anderen Schreibsachen nicht mehr mit nach Hause bekommen, bei dieser Verzögerung wohl auch mit zu berücksichtigen sein möchte. Sie arbeiten zu Hause doch wohl länger als hier und können einige Arbeit wohl auch am Sonntag ausführen, was hier sich aus erklärlichen Gründen von selbst verbietet. Ich sage aber ausdrücklich — und ich glaube, auch die anderen Herren werden dem zustimmen —, daß ich sehr darüber erfreut bin, daß diese Arbeiten nicht mehr mit ins Haus genommen werden sollen. Aber es könnten vielleicht andere Stoffe zu Hause erledigt werden und die Steuerzettel könnten dann allein hier verarbeitet werden. Ich möchte zur Erwägung geben, ob es sich im Interesse der schnelleren Ausfertigung der Steuerzettel nicht empfiehlt, daß es den Leuten gestattet würde, einzelne andere Arbeiten mit nach Hause zu nehmen, natürlich mit Ausschluß der Sachen, die sich nicht dazu eignen.

Stadtv. Schulze: Gegen ein derartiges System, wie es in dieser Hinsicht vorhanden ist, muß ich mich entschieden aussprechen. Einerseits gegen die Affordarbeit in einem Gemeindebetriebe, dann ferner gegen die Überstunden, außerdem auch dagegen, daß die Beamten verpflichtet sind, 20 Überstunden im Vierteljahr unentgeltlich zu machen. Das ist jedenfalls nicht unseren heutigen Verhältnissen entsprechend. Wenn gesagt wird, daß die Ausschreibung der Steuerzettel nur eine Beschäftigung ist, die vorübergehend eintritt, so mag das teilweise zutreffen, aber immerhin darf das ein Grund sein, wenn mehr Arbeit von den Beamten geleistet werden muß, daß dann mehr Beamte eingestellt werden. Daß jemand, der seine regelrechte Arbeit geleistet hat, verpflichtet ist, 20 Überstunden noch außerdem für die Stadt zu leisten, ist nicht der richtige Weg. Ich möchte mich gegen dieses System entschieden aussprechen. Wenn für diese Zeit Arbeitskräfte gebraucht werden, dann sollen sie für diese Zwecke eingestellt werden, und ich bin überzeugt, wenn sie dafür nicht mehr gebraucht werden, so können sie in anderen Ressorts untergebracht werden. Die Möglichkeit dazu wird jedenfalls vorliegen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich beneide Herrn Schulze um die Kenntnis unseres inneren Betriebes. Der Magistrat steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte, und er muß doch einige Erfahrung darüber haben. Wenn wir so viel Beamte einstellen wollten, um die Steuerzettel in den gewöhnlichen Stunden fertigzustellen, so wäre es schlechterdings unmöglich, die Gesamtheit dieser Beamten das ganze Jahr zu beschäftigen. Ich glaube, damit fällt das eine vorgetragene Bedenken weg.

Wenn Herr Schulze meint, daß es auffallend wäre, daß Überstunden verlangt würden, dann mache ich auf folgendes aufmerksam: Der Magistrat hat bisher an der Einrichtung festgehalten, daß den ganzen Winter hindurch sämtliche Büreaux erst um 9 Uhr geöffnet werden. In den Staatsbetrieben wird um 8½ Uhr angefangen, und ich kenne eine Menge Privatbetriebe, wo die Beamten noch früher zu erscheinen haben. Wenn unter solchen Umständen, wo überhaupt am Tage nur 7 Arbeitsstunden geleistet werden, der Magistrat von seinen Beamten verlangt, daß sie im Notfalle im Vierteljahre 20 Stunden über die normale Arbeitszeit hinaus im Bureau arbeiten, so glaube ich kaum, daß uns das zum Vorwurf gemacht werden kann.

Vorsigender: Es liegt zu dem zweiten Teile des Magistratsantrages ein Antrag des Herrn Bunge vor:

„Ich beantrage, anstatt 8 Pfg. pro Steuerzettel 10 Pfg. zu bezahlen.“

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich bin auch dafür, daß in Zukunft die Beamten nicht zu spät anfangen, nicht um 9 Uhr, sondern spätestens um 8½, wenn nicht um 8 Uhr, wenigstens im Sommer. Dann wird wohl auch eine ganze Reihe Überstunden nicht mehr nötig sein. Aber ich kann nicht anerkennen, daß die Ausschreibung der Steuerzettel einen Notstand bildet, für den Überstunden geleistet werden müßten. Ein Notfall sind plötzlich eintretende Arbeiten; Steuerarbeiten sind aber alljährlich regelmäßig wiederkehrende Arbeiten, und ich meine, daß die in die 20 Überstunden, die sonst beizubehalten ich keine Bedenken habe, nicht fallen können. Insbesondere war im letztvergangenen Jahre der Ausweg, die Beamten hier im Hause zu behalten, ein Versuch, um Geld zu sparen. Ich bin überzeugt, daß dieser glatt gescheitert ist, sonst würden wir die Steuerzettel schon einen Monat lang in Händen haben. Die Beamten waren in den ganzen Jahren gewöhnt, einen besonderen Nebenverdienst durch das Ausschreiben der Steuerzettel zu haben, und sie haben damit gerechnet. Ich bin der Ansicht, daß ihnen die 20 Überstunden von den geleisteten Gesamtstunden bei der Berechnung nicht abgezogen werden sollten, und beantrage:

„daß den Beamten, welche bei der Ausschreibung der Gemeindeabgaben beschäftigt sind, die ihnen in Anrechnung gebrachten 20 Stunden auch vergütet werden.“

Vorsigender: Das ist eine Erweiterung des ersten Magistratsantrages.

Stadtrat **von Frankenberg:** Der verehrte Herr Vorredner befindet sich insofern in einem Irrtum, als er von der Annahme ausging, daß die Ausschreibung

der Steuerzettel sich in diesem Jahre besonders verzögert hätte, weil die Beamten die Arbeit nicht hätten leisten können. Das ist nicht zutreffend. Die späte Fertigstellung der Zettel liegt nicht an den Beamten, deren Leistungen alle Anerkennung widerfahren kann, sondern daran, daß der Auftrag den Beamten nicht früher gegeben werden konnte. Die Verzögerung in diesem Jahre ist übrigens nicht sehr erheblich. Ich darf bemerken, daß heute das erste Viertel der Steuerzettel der Polizeidirektion zum Austragen fertig übersandt ist und in den nächsten 14 Tagen die übrigen Bezirke nachfolgen werden. Es handelt sich nur um eine Verspätung von etwa vierzehn Tagen. Diese hat darin ihre Ursache, daß verschiedene Bureaus, insbesondere auch die Steuerbureaus, im vergangenen Herbst mit statistischen Arbeiten überhäuft sind, denen wir uns nicht haben entziehen können, und daß dadurch sich das ganze Geschäft der Steuerveranlagung um ungefähr vierzehn Tage bis drei Wochen hinausgeschoben hat, wie diejenigen Herren wissen, die die Arbeit der Veranlagungskommission mitzumachen hatten. Diese Kommissionen sind im letzten Jahre später zusammengekommen als in anderen Jahren; ich möchte aber hervorheben, daß auch diese Kommissionen ihre Schuldigkeit getan haben. Es liegt kein Anlaß vor, wegen dieses Mißstandes, an dem die Beamten nicht schuldig sind, besondere Ausnahmemaßregeln zu treffen.

Stadtv. Schulze: Der Herr Oberbürgermeister sagt, daß mir die Kenntnis für den inneren Betrieb abginge. Das will ich gern hinnehmen, aber es hat mich das doch nicht können eines anderen belehren darüber, daß ich mich gegen ein derartiges System wende. Wenn hier festgelegt worden ist, daß für 5000 Überstunden Entschädigung gezahlt werden soll, dann möchte ich doch die Bitte an den Magistrat richten, wenn möglich, darüber Auskunft zu geben, wieviel Überstunden überhaupt geleistet worden sind. Dann würde noch ein anderes Bild herauskommen. Ich muß nach wie vor auf dem Standpunkte beharren, daß das Überstundenwesen nicht am Platze ist. Wenn ein Entgegenkommen gegenüber den Beamten gezeigt wird, daß sie $\frac{1}{2}$ Stunde später anfangen, so ist es ein solches, das wieder reduziert werden kann, und dagegen kann nichts eingewendet werden. Wenn die regelmäßige Arbeitszeit 8 oder 7 Stunden beträgt und sie wird auf andere Weise auf das doppelte oder mehr verlängert, so ist das nicht das rechte System, und nur aus dem Grunde habe ich mich dagegen gewandt.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Frage, die Herr Schulze angeregt hat, ist dahin zu beantworten, daß in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1912 nach den Aufzeichnungen des Magistrats an Überstunden überhaupt geleistet sind 7408. Davon entfallen unter diese 20 Quartalsüberstunden, die unentgeltlich zu leisten sind, 2860, so daß für dieses Quartal noch zu vergüten sein werden 4774. In der

Zeit vom 1. Januar bis Ende März d. J. sind Überstunden geleistet 2044, es sind unentgeltlich zu leisten 2840, zu vergüten bleiben, da nicht alle Beamten in vollem Umfange in Anspruch genommen sind, 340 Stunden. Daraus ergibt sich die von mir eingehend erwähnte Zahl 5114, die mit 75 mal genommen werden soll und den Betrag von 3835,50 *M* erfordert.

Stadtv. **Schmidt:** Mir ist die Sache etwas unklar. Bisher habe ich immer gehört, daß jeder Beamte verpflichtet sein soll, im Vierteljahr 20 Überstunden gratis zu machen, wenn eilige Arbeiten kommen. Nun soll die Steuerarbeit im Afford vergeben und 8 Pf. für den Steuerzettel bezahlt werden. Diese Arbeit muß doch in den Überstunden ausgeführt werden, nachdem die eigene Bureauarbeit erledigt ist; die Herren können doch nicht am Tage diese Affordarbeit übernehmen. Wenn nun aber 8 Pf. für den Steuerzettel bezahlt werden sollen, dann können doch nicht die 20 Pflicht-Überstunden mit angerechnet werden. Damit fiel zusammen, was schon erwähnt ist, daß das Ausfüllen der Steuer eine wiederkehrende Sache ist. Wenn also die Anrechnung der 20 Überstunden in Zukunft wegfällt, dann meine ich, könnten sie doch auch für die zurückliegende Zeit nicht angerechnet werden.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Ich habe schon erwähnt, daß wir in Zukunft höchstwahrscheinlich so vorgehen werden, daß wir die Anfertigung der Steuerzettel in Afford geben, soweit sie nicht in den üblichen Bureaustunden angesetzt werden. Nun kommen doch aber auch noch andere Arbeiten in Betracht, die zur Steuereinschätzung nötig sind, wie Herstellung der Veranlagungslisten. Das läßt sich nicht mit 8 Pf. pro Stück bezahlen, dabei soll nach wie vor mit Überstunden gerechnet werden; es kann das also nicht mit der Affordarbeit zusammenfallen.

Vorhin wurde moniert, daß die Zahl der Überstunden so groß wäre. Bedenken Sie doch aber auch, daß die Zahl der Beamten, die daran beteiligt sind, 144 beträgt, das ist eine erhebliche Zahl. Sehen Sie bitte darauf, was für Überstunden andere Beamte leisten müssen. Ist es denn so furchtbar, wenn einmal über die Zeit gearbeitet werden muß?

Stadtv. **Munte:** Zu dem Antrage Woge bemerke ich, daß selbstverständlich auch ich ein warmes Herz für die bei der Stadt beschäftigten Beamten habe; müssen wir doch mit ihnen unsere Arbeiten verrichten. Ich kann aber nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht einsehen, daß wir entgegen dem Beschlusse des Magistrats, jetzt eine andere Bezahlung Platz greifen lassen sollten. Die Herren stehen in einem Beamtenverhältnis; sie kennen ihre Anstellungsbedingungen und die ihnen obliegenden Arbeiten, wenn sie sich melden. Und wenn sie als Beamte angenommen sind, müssen sie auch so viel Interesse für die Stadt haben, daß

sie dann und wann einmal im Vierteljahr 20 Überstunden leisten. Sie bekommen doch auch ihren Urlaub. Man kann das Verhältnis doch nicht so nehmen, wie Herr Schulze sagt. Das von ihm Gesagte läßt sich wohl anwenden auf Lohnarbeiter, aber der Beamte ist dem Lohnarbeiter nicht ohne weiteres zu vergleichen. Ich meine nicht, daß er mehr oder wichtiger ist. Aber er hat ein auskömmliches Gehalt, er hat gemußt, was von ihm verlangt wird, da muß er auch aushalten. Wenn es ihm zuviel wird, muß er sich eine andere Gemeinde suchen, wo er sich vielleicht besser steht. Ich bitte, den Antrag Schulze abzulehnen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich persönlich bin zu diesem Bericht gekommen, ich weiß nicht wie, nämlich deshalb, weil Herr Lange, der für den Bericht vorgesehen war, in der Kommission nicht anwesend war. Es sind diese Bedenken, wie sie in der heutigen Aussprache von verschiedenen Seiten, besonders von Herrn Dr. Voge, dann von meinen politischen Freunden geltend gemacht sind, auch in der Kommission zur Sprache gebracht, besonders, daß ein ständiges Überstundenwesen durchaus nicht im Interesse der guten Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses liegen würde. Ebenso waren grundsätzliche Bedenken gegen die Entlohnung eines Beamten nach Stück, im Afford, geltend gemacht, wie auch einzelne Sätze bemängelt wurden. Besonders ich habe den Vorschlag bekämpft aus den Gründen, wie sie hier erwähnt sind. Die Mehrheit der Kommission hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, den der Magistrat eingenommen hat, und es ist von dem Herrn Vorsitzenden besonders dabei betont worden, daß dieses neue System als ein Versuch aufgefaßt werden soll. Man wollte mit diesen verschiedenen Vergütungsarten, nämlich überstundenweise mit dem genannten Satz und andererseits Stücklohn, einmal einen Versuch machen und dann wieder beraten, ob die Sache zu ändern sei.

In der Abstimmung wird der erste Antrag des Magistrats (nachträglich für das abgelaufene Finanzjahr je 75 Pf. für die aufgeführten Überstunden zu zahlen) nach dem Kommissionsvorschlage angenommen. Der Zusatzantrag Voge wird abgelehnt. Darauf wird der Antrag Bunge (10 Pf. pro Steuerzettel) abgelehnt, und der Magistratsantrag (8 Pf. pro Steuerzettel) entsprechend dem Kommissionsvorschlage angenommen. Ebenso wird die geforderte Vergütung für den Heizer Wegerich bewilligt.

16. Abänderung des stadtseitigen Abkommens mit dem Stadtkirchenverband.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wie den geehrten Herren erinnerlich sein wird, ist unter unserer Zustimmung im September vorigen Jahres von der Stadt mit dem Stadt-

kirchenverbände ein Abkommen dahin getroffen, daß für die Besorgung seiner eigenen wie der Kassen Geschäfte des Hauptfriedhofes mit Einschluß der Rechnungsführung, eine Vergütung an die Stadt gezahlt wird, die auf jährlich $\frac{1}{2}$ Prozent der im Vorjahre erzielten Einnahmen festgesetzt ist. Im Rechnungsjahre 1911/12 sind die Einnahmen des Kirchenverbandes nicht gering gewesen; sie haben sich belaufen auf 862 637 *M.*, so daß die Vergütung nach unserem Abkommen für das Rechnungsjahr 1912/13 4313 *M.* betragen würde, während sie bei unseren Verhandlungen auf nur 1580 *M.* geschätzt war. Dieser Umstand, daß wir mehr, als vorher angenommen war, bekommen würden, ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß ganz außerordentliche Einnahmen bei dem Stadtkirchenverbande verbucht sind. Das sind besonders die Einnahmen für den Ausbau der Türme der Andreaskirche, die wir aus allgemeinen Gesichtspunkten mit bewilligt haben. Es sind aber auch Vorschüsse der Stadt als Einnahmen nur buchungsmäßig in Rechnung gestellt, Vorschüsse, die wir sogar nach kaufmännischen Grundsätzen verzinst bekommen und die auch doppelt in Einnahme und Ausgabe (hier kommt nur die Einnahme in Betracht) gebucht wurden. Es ist ferner unter diesen Einnahmen für laufende Rechnung je der vorgetragene Bestand mit aufgenommen, da das Jahr als eine Einheit betrachtet wird und dieser buchungsmäßig als Einnahme anzusehen ist. Der Magistrat ist nun der Ansicht, daß die Summe von 4300 *M.* doch für die Arbeit, die für den Stadtkirchenverband zu leisten ist, erheblich zu hoch sei. Nach Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters soll bis jetzt die Arbeit nur wenige Buchungen ausgemacht haben. Es sind dies, wie der Magistrat mitteilt, nicht lauter kleine Einzelposten, sondern lediglich die der großen Beträge, die ein- und ausgehen, so daß in der Woche nicht immer eine Buchung fällig werden soll. Dazu wird die Arbeit nur nebenamtlich ausgeführt. Ohne Anregung des Stadtkirchenverbandes ist der Magistrat zu dem Vorschlage gekommen, diese Bestimmung abzuändern, und beantragt bei uns, ihn ermächtigen zu wollen, die Vorschrift unter Ziffer 5 des Abkommens vom 5. September 1912 in folgender Weise zu fassen:

„Für Besorgung der sonstigen Kassen Geschäfte des Stadtkirchenverbandes und der Kassen Geschäfte des Hauptfriedhofes, mit Einschluß der Rechnungsführung, jährlich $\frac{1}{2}$ Prozent der im Vorjahre erzielten Einnahme, im Höchstbetrage jedoch 2000 *M.*“

Der Magistrat führt dabei aus, daß dieses Abkommen natürlich jederzeit von uns aufgekündigt werden kann, so daß, wenn die Geschäfte einen größeren Umfang dauernd annehmen sollten, die Stadt in der Lage ist, eine Erhöhung vorzunehmen. Auch hier hat die Kommissionmehrheit dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, im wesentlichen aus den angegebenen Gründen der Billigkeit, die ich bereits mitgeteilt habe. Ich habe ursprünglich diesen Vorschlag bekämpft. Nach-

dem ich aber genauer angesehen habe, in welcher Weise sich die Einnahmen zusammenfügen, und die tatsächlich geleistete Arbeit mir vorgestellt habe, möchte ich auch persönlich anheimgeben, es auf den Versuch ankommen zu lassen. Da die Arbeit nicht so groß ist, werden wir mit einer Vergütung von 2000 *M* auskommen, und eine Änderung ist ja nicht ausgeschlossen. Ich bitte namens der Kommission, dem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrag des Magistrats gemäß.

17. Umbau und Instandsetzung des stadtseitig erworbenen Grundstückes Mönchstraße 15.

Stadtv. **Rasche:** Es liegt ein Magistratsantrag vor, das Haus Mönchstraße 15, dessen Ankauf von uns am 2. Juli 1912 genehmigt wurde, umzubauen, bezw. instand zu setzen. Es wird vorgeschlagen, das Haus, in welchem sich 8 Wohnungen, je 2 Zimmer und gemeinschaftliche Küche, befinden, derart herzurichten, daß darin 4 Wohnungen entstehen. Zwei davon sollen dem Schuldiener und dem Heizer überwiesen werden. Das Haus gehört zu dem Schulgrundstück der Knaben-Mittelschule und erhält an der Mönchstraße einen freien Vorhof. Die Kosten für den Umbau betragen laut Anschlag der städtischen Bauverwaltung 8500 *M*. Der Magistrat ersucht, diese Kosten zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen und das vorgelegte Projekt zu genehmigen. Die Baukommission schließt sich den Ausführungen des Stadtmagistrats an und bittet auch, der Vorlage zuzustimmen.

Dem vorgelegten Projekt wird zugestimmt, und die Kosten werden bewilligt.

18. Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweigische Baugenossenschaft.

Stadtv. **Munte:** Meine Herren. In der Sitzung vom 14. November 1912 ist hier der Beschluß gefaßt, der Braunschweigischen Baugenossenschaft, E. G. m. b. H., mit Rücksicht auf deren gemeinnützige Bestrebungen aus den Mitteln des Ausgleichsfonds insgesamt die Summe von 100 000 *M* gegen Verzinsung mit 3 Proz. und Abtragung von jährlich 1 Prozent der ursprünglichen Darlehenssumme zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung hatte diesen Beschluß mit Rücksicht darauf gefaßt, daß die Erbauung von Kleinwohnungen aus allen Mitteln der Stadt unterstützt werden solle. Auf Grund dieses Beschlusses hat sich die Genossenschaft an die Stadt gewandt mit der Bitte um hypothekarische Darlehen auf 9 verschiedene Grundstücke, die sie in der Karl-Schmidt-Straße und in der Zahnstraße bebaut hat. Die Darlehen sollen insgesamt 45 450 *M* betragen. Jedenfalls kommt die Genossenschaft später noch einmal, um die Summe von 100 000 *M* voll

zu bekommen. Die städtische Bauverwaltung hat den Pfandwert der Grundstücke genau festgestellt und erachtet die Beleihung in dieser Höhe für angängig. Unserem Beschlusse entsprechend werden die Grundstücke bis zu 90 Prozent ihres Kaufwertes beliehen. Der Antrag des Magistrats geht dahin, der Ausleihung dieser 45 450 *M* zur zweiten Hypothek aus den Mitteln des Ausgleichsfonds zuzustimmen. In der Finanzkommission ist die Angelegenheit beraten. Sie hat sich zustimmend zu dem Antrage ausgesprochen und mich beauftragt, die geehrte Versammlung gleichfalls um Zustimmung zu ersuchen.

Die Versammlung stimmt der beantragten Ausleihung zu.

19. Entsendung zweier Vertreter zu dem 30. Braunschweigischen Städtetage.

Stadtv. **Gundermann:** In der letzten Sitzung der Statutenkommission ist beschlossen, Ihnen als Vertreter unseres Kollegiums auf dem 30. Braunschweigischen Städtetage die Herren Frede und Rieke zu empfehlen.

Nachdem aus der Versammlung heraus noch die Herren Stadtverordneten Eckhardt und Weichsel vorgeschlagen sind, erfolgt die Wahl durch Stimmzettel. Es erhalten bei 31 abgegebenen Stimmen die Herren Stadtv. Rieke 15 Stimmen, Frede 13 Stimmen, Weichsel 12 Stimmen, Eckhardt 12 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zersplittert. Bei der darauf vorgenommenen zweiten Wahl erhalten die Herren Stadtv. Eckhardt 17 Stimmen, Rieke 15 Stimmen, Weichsel 12 Stimmen, Frede 9 Stimmen. In der nun folgenden Stichwahl erhalten die Herren Stadtv. Weichsel 18 Stimmen, Rieke 13 Stimmen. (2 Zettel ungültig.)

20. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage in der Schule an der Reichsstraße.

Stadtv. **Friede:** Von den Klassen der Fortbildungsschule sind bisher in den Bürger Schulen an der Wilhelmstraße und an der Echternstraße sieben Klassen in den Räumen der 4. und 5. Mädchenklasse untergebracht. Die Bänke in diesen Klassen sind für Kinder von 8—9 Jahren hergerichtet und sind natürlich für 15- bis 18jährige junge Leute zu klein. Dagegen sind noch in der Reichsstraße einige Klassenzimmer frei, und zwar Oberklassen und 1. und 2. Klassen, und diese werden vom Schuldirektor angefordert für die Zwecke der Fortbildungsschule. Sie sind aber bisher nicht mit einer Beleuchtungsanlage versehen, was für die Fortbildungsschule jedoch nötig ist. Es ist zu ihrer Ausführung ein Gesamtbetrag von 581,37 *M* erforderlich. Der Schulvorstand der städtischen Bürger Schulen ist mit der Überlassung der Räume einverstanden, und der Magistrat beantragt, die nötigen Mittel zu bewilligen.

Die Schulkommission, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat, hat einstimmig beschlossen, den Herren hier vorzuschlagen, die 581 M zu bewilligen.

Die Mittel für Einrichtung der Beleuchtung werden bewilligt.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden wird die Erledigung der noch vorliegenden Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Sitzung verschoben. Herr Stadtv. Schardt erklärt sich mit Rückstellung seines Antrages einverstanden, ebenso auch Herr Stadtv. Dr. Kleinfnecht für den zweiten von ihm eingebrachten Antrag.

21. Antrag Kleinfnecht, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

(Wortlaut des Antrages siehe Seite 87.)

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht** (zur Begründung): Es ist jetzt etwa ein Jahr her, daß wir uns zum letzten Male hier über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe unterhalten haben. Damals war von dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Braunschweig, eine Eingabe an die verehrte Versammlung ergangen, es möchte durch Ortsstatut völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in unserer Stadt eingeführt werden. Die Mehrheit der Versammlung stimmte damals dem Antrage der Statutenkommission zu, auf die Eingabe nicht einzugehen und in die Beratung der Angelegenheit erst einzutreten, wenn die nahe bevorstehende Regelung der Sonntagsruhe durch Reichsgesetz erfolgt sei. Der von mir gestellte Vermittlungsantrag, in die Beratung dann einzutreten, wenn die durch den hier gebildeten Ausschuß für Sonntagsruhe angestellten Erhebungen uns vorlägen, was in etwa vier Wochen zu erwarten wäre, wurde damals abgelehnt.

Jetzt ist ein Jahr darüber hingegangen. Das damals als nahe bevorstehende Reichsgesetz ist noch nicht erschienen. Nach den mir von verschiedenen Seiten gebrachten Mitteilungen liegt der Entwurf noch beim Bundesrat. Er ist zwar von den Bundesratsausschüssen beraten und kommt nunmehr im Plenum des Bundesrates zur Beratung. Darauf kommt er — wenn ich recht unterrichtet bin —, an das Reichsamt des Inneren, dieses überweist ihn dem Reichstage. Dort wird er erst in der Kommission beraten, und bis er endlich an das Plenum des Reichstages kommt und dort verarbeitet wird, kommt das Ende dieses Jahres, wahrscheinlich aber das Frühjahr oder der Sommer des nächsten Jahres heran. Die Deckung der Wehrvorlagen wird den Reichstag so in Anspruch nehmen, daß minder wichtige Sachen zurücktreten müssen.

Dazu kommt, daß das Reichsgesetz aller Wahrscheinlichkeit nach das nicht bringen wird, was der größte Teil der Ladeninhaber, der Angestellten, des Publi-

kums hier wünscht. Sie wollen völlige Sonntagsruhe, und es ist höchst wahrscheinlich, daß das Reichsgesetz als Höchstzahl drei Stunden Sonntagsarbeit vorschreiben und es den einzelnen Gemeinden überlassen wird, diese Zahl durch Ortsstatut je nach Wunsch der Einwohner herabzusetzen. Diese Höchstzahl von drei Stunden besteht aber jetzt schon bei uns, demnach wird uns das Reichsgesetz nichts Neues bringen.

Es unterliegt für mich keinem Zweifel — und das haben auch die Ermittlungen des hier gebildeten Ausschusses ergeben —, daß die überwiegende Anzahl der hiesigen Einwohner die völlige Sonntagsruhe wünscht. Aus den von dem erwähnten Ausschuss angestellten Ermittlungen geht hervor — ich sehe hierbei von Wünschen des Publikums und der Angestellten ganz ab, ohne daß ich diese für belanglos halte —, daß, abgesehen von den sog. Bedürfnisgeschäften (Schlachter, Bäcker, Eishandlungen, Milchgeschäften, Blumenläden), etwa $\frac{2}{3}$ der Ladeninhaber für völlige Sonntagsruhe hier durch Ortsstatut sind.

Ich halte es nicht für richtig, die Wünsche dieser großen Mehrzahl jetzt ganz beiseite zu stellen, sondern erkenne es als eine Pflicht an, diese Wünsche wenigstens einer Prüfung zu unterziehen, und hege die Zuversicht, daß aus der Prüfung die Zustimmung hervorgeht. Ich bitte deshalb die geehrte Versammlung, meinen Antrag, in die Beratung des Materials einzutreten, anzunehmen, und da das ohne Vorberatung nicht möglich ist, die Statutenkommission zu ersuchen, uns recht bald ihre Vorschläge zu unterbreiten, damit das Plenum dazu Stellung nehmen kann.

Sollte die Kommission sich nicht zur Empfehlung der völligen Sonntagsruhe entschließen können, so bitte ich Sie, zu erwägen, ob die Einführung der Sonntagsruhe nicht wenigstens während der Sommermonate, von Mai bis September, angezeigt erscheint. Diese Beschränkung auf die Sommermonate ist in verschiedenen großen Städten Süddeutschlands (ich erwähne Mannheim, Karlsruhe, Ludwigshafen) schon eingeführt. Das Bedürfnis nach einem freien Sonntage ist naturgemäß im Sommer größer als im Winter. Wenn damit auch die Wünsche der vielen im Handelsgewerbe beschäftigten Personen nicht ganz befriedigt werden, so würden doch sehr viele Ladeninhaber diese Beschränkung der Sonntagsarbeit mit Freuden begrüßen und würden es herbeisehnen, wenn ihnen die sommerliche Sonntagsruhe in diesem Jahre noch für 2—3 Monate zuteil würde. Wenn auch schon ein Teil hiesiger Geschäftsinhaber während des Sommers freiwillig während des ganzen Sonntags geschlossen haben (ich erinnere an die kürzlich erfolgte Bekanntmachung sämtlicher Optiker, der Firma Langerfeldt), so kann doch nur eine ortstatutarische Bestimmung den allgemeinen Wunsch, der hier besteht, befriedigen.

Der Herr Vorsitzende überweist den Antrag der Statutenkommission zur Beratung.

22. Antrag Ohlendorf, Erlass eines neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

(Wortlaut des Antrages siehe Seite 115.)

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): Herr Dr. Kleinknecht hat schon daran erinnert, daß wir vor Jahresfrist und vorher uns mit dieser Sache beschäftigt haben. Vor Jahresfrist ist dann nach Ihrer Abstimmung die Sache verlag, deshalb, weil angenommen wurde, daß jedenfalls schon im Herbst der Reichstag ein Gesetz nach dieser Richtung hin schaffen würde. Diese Stellungnahme zwingt mich, ein wenig darauf einzugehen, wie dieses Sonntagsruhegesetz vom Reichstag immer behandelt worden ist.

Der Reichstag hat schon im Jahre 1867 auf Antrag von konservativen und sozialdemokratischen Abgeordneten hin sich mit dieser Sache befaßt. Im Jahre 1888 hat der Reichstag beschlossen, die Sonntagsarbeit auf fünf Stunden zu beschränken, wie wir sie nachher durch Gesetz erhalten haben. Leider hat damals der Bundesrat diesem vom Reichstag beschlossenen Gesetze nicht zugestimmt. Das noch jetzt geltende Gesetz ist bekanntlich im Jahre 1891 vom Reichstag geschaffen, und es wird Ihnen auch nicht unbekannt sein, daß schon in der Zeit, nachdem dieses neue Gesetz geschaffen war, die Angestellten im Handelsgewerbe absolut nicht mit ihm zufrieden waren. Was ihnen in bezug auf ihre Wünsche versprochen war, das wurde nicht gehalten und ihre Arbeitszeit lediglich auf 5 Stunden festgesetzt. Es wurde allerdings gestattet, daß die Gemeinden Verbesserungen an diesem Gesetze vornehmen durften. Änderungen an diesem Reichsgesetze selber sind aber, mit einer unwesentlichen Ausnahme im Jahre 1906, nicht vorgenommen. Die Regierung hat wiederholt anerkannt, daß die Wünsche und Änderungsbestrebungen allerdings als berechtigt anzuerkennen seien, und es ist deshalb wiederholt im Reichstag — schon 1899 — von der Regierung versprochen worden, daß dieses Gesetz einer Änderung unterzogen werden sollte. Am 18. Januar und 10. Mai 1904 teilte dann auch der damalige Staatssekretär von Posadowski mit, daß sich die Reichsregierung mit der Prüfung und der allgemeinen Regelung der Sonntagsruhe beschäftigen würde. Am 28. Februar 1905 versprach derselbe Herr, dem Reichstag endlich baldigste Entschlüsse vorzulegen. Am 7. März 1905 wurde erklärt, daß nunmehr allerdings von seiten der Regierung baldigst eine Revision dieses Gesetzes dem Reichstag vorgelegt werden solle. Am 11. April 1907 sagte der Staatssekretär folgendes: Eine Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe muß stattfinden, wobei ich allerdings schon jetzt gestehe, daß eine Reihe von Ausnahmen, die noch jetzt gestattet sind, in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr notwendig sein werden. Im April 1907 wurde ebenfalls wieder von der Regierung versprochen, nachdem eine Interpellation eingereicht war, daß allerdings baldigst etwas ge-

sehen solle. Gelegentlich der Änderung der Gewerbeordnung 1908 wurde dann leider trotz vieler Versprechungen ebenfalls nicht daran gedacht, dieses Gesetz zu ändern, sondern man speiste die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe damit ab, daß man sagte: Der Entwurf sei an die Bundesregierungen zur Begutachtung abgegangen. Es ist nun allerdings richtig, daß seinerzeit dieser Entwurf von der Regierung an die Bundesregierungen und auch an den Handelstag zur Begutachtung abgegangen ist. Bezeichnenderweise aber waren die Vertretungen, die Organisationen der Arbeiter und Angestellten nicht um ihr Gutachten gefragt worden. Aber auch von diesem Entwurfe hörte man nichts mehr. Man wird sich daran erinnern, daß kurz vor den Reichstagswahlen von allen politischen Parteien und auch von der Regierung den Handelsangestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe versichert wurde, daß nun sehr bald ein Reichsgesetz geschaffen werden sollte, welches bedeutende Verbesserungen gegenüber dem jetzt bestehenden haben sollte. Die Reichstagswahl ist hin, das Versprechen ist weder von den Parteien noch von der Regierung gehalten worden, und wir warten heute noch auf ein Gesetz, welches Verbesserungen für die im Handelsgewerbe Tätigen und auch für die selbständigen Handeltreibenden bringen soll.

Man kann wohl verstehen, daß eine ganze Reihe Orte sich nicht mehr auf das Warten auf den Reichstag resp. auf die Reichsregierung verlegen will und sich ein Ortsstatut über die Sonntagsruhe geschaffen hat. Herr Dr. Kleinknecht hat schon gesagt, daß eine ganze Reihe von Orten solche Statuten geschaffen hat, in denen das, was ich in meinem Antrag verlange und wünsche, schon durchgeführt ist. Ich könnte den von Herrn Dr. Kleinknecht genannten Städten noch eine ganze Reihe Orte hinzufügen, und zwar größere und kleinere. Es gibt Städte, die die Sonntagsruhe schon seit 40 Jahren eingeführt haben, und ich könnte Ihnen darüber Material bringen. Ich weiß aber, daß Ihnen dieses Material zum großen Teile nicht fremd ist, daß Sie es in Händen haben, und darf annehmen, daß Sie es auch durchgesehen haben. Sie werden in Ihren Händen eine ganze Reihe von Gutachten nicht nur von auf meinem Standpunkt Stehenden, sondern auch von anderen politischen Richtungen Angehörigen haben, nicht nur von den Vereinen der Angestellten, sondern auch von den Vereinen der Arbeitgeber im Handelsgewerbe. Wir haben Eingaben bekommen und haben Gutachten gehört, daß auch in diesen Kreisen das Bestreben vorhanden ist, die Sonntagsarbeit zu beschränken.

Nun haben wir uns ebenfalls wiederholt in dieser Versammlung mit der Frage der Sonntagsruhe beschäftigt und haben seinerzeit gesehen, daß unser Magistrat etwas fortschrittlicher gesinnt war, als die damals hier in der Versammlung vorhandenen Herren. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß der Magistrat seinerseits vorschlug, daß von seinem Standpunkt aus es genüge, wenn die allgemeine Sonntagsarbeit auf zwei Stunden festgesetzt würde und im Großhandel eventuell

die Zeit von einer Stunde genügen würde. Wie gesagt, die Herren haben damals beschlossen, daß, wie noch heute unser Statut gilt, die allgemeine Dauer auf drei Stunden festzusetzen sei, und es ist getröstet worden auf das Reichsgesetz. Meine Herren. Ich glaube, daß Sie alle ein gewisses Pflichtgefühl gehabt und diese Sonntagsruhebewegung verfolgt haben. Sie sind mit Eingaben nicht nur von einer politischen Richtung, sondern von allen Richtungen, ich kann sagen, überschüttet worden. Es hat eine Versammlung stattgefunden, die sich mit dieser Sache beschäftigt hat, zu der Sie alle eingeladen sind, und Sie werden auch dagewesen sein. Ich bin überzeugt, auch bei Ihnen werden Männer vorhanden sein, die mit dafür zu haben sind, dieses Statut einer Revision nach der Richtung hin zu unterziehen, daß die Arbeitszeit an Sonntagen verkürzt wird. Meine Herren. Zur Begründung unserer Forderung sagen wir von unserer Seite: die Sonntagsruhe ist notwendig aus kulturellen Gründen. Sie ist notwendig für jeden einzelnen Arbeiter, der die ganze Woche lang gearbeitet hat. Man kann auch von christlichem Standpunkt aus verlangen, daß man die Sonntagsruhe mehr als bisher ausdehnt. Ich könnte Ihnen Aussprüche von Männern nennen, die auch für Sie Autoritäten sind. Schon Luther hat gesagt, daß es notwendig sei, Sonntagsruhe zu halten, nicht nur deshalb, um zur Kirche zu gehen, sondern deshalb, weil derjenige, der sich in der Woche sechs Tage lang abraubt, es aus leiblichen Bedürfnissen ebenfalls nötig hätte, den Sonntag zur Ruhe zu nehmen.

Meine Herren. Ich will mich kurz fassen, die Zeit ist vorgeschritten. Ich möchte Sie ersuchen, Ihr Statut aus der früheren Zeit zu revidieren. Ich möchte Ihnen zurufen, daß Sie dem Wunsche der Organisationen im Handelsgewerbe folgen sollten, der darin zum Ausdruck kommt, wenn sie rufen: „Gönnen Sie auch den Handelsangestellten ein wenig Licht, Luft und Sonne. Dieses erreichen Sie, wenn Sie Sonntags keine Einkäufe machen. Sie schaffen dadurch nicht nur vielen Bürgern einen freien Tag in der Woche, sondern fördern auch die allgemeine Volksgesundheit.“ Versetzen Sie sich einmal an die Stelle eines Mannes, der nicht nur jede Woche sechs Tage arbeiten muß, sondern ewig und immer auch noch dem Zwange gehorchen muß, Sonntags zu arbeiten. Wer jemals das hat tun müssen, wird mit mir das Gefühl haben, wie eine gewisse Bitterkeit in ihm rege würde, wenn er niemals sagen könnte: „Der Tag gehört dir, an dem hast du über dich selbst zu verfügen!“ Der im Handelsbetriebe beschäftigte Arbeiter und Angestellte kann das zum wenigsten Teil sagen. Die Arbeiter haben es sich errungen, wenn auch damals von Regierungskreisen gesagt wurde, daß die Industrie das nicht vertragen könne. So heißt es auch heute, daß der Handel dann abnehmen werde. Es ist selbstverständlich, daß bei jedem Fortschritt Gegner vorhanden sind, und so auch hier bei dieser Bewegung. Es ist aber zu konstatieren, daß die Gegnerschaft sich bedeutend vermindert hat. Wie schon gesagt, nicht nur die Arbeiterorganisationen,

auch die Arbeitgeber im Handelsgewerbe haben in ihrer großen Mehrheit sich dafür erklärt, daß die vollständige Sonntagsruhe durch Statut eingeführt werden müsse. Selbstverständlich ist, daß für einige wenige Sachen die Läden offen gehalten werden können. Ich bitte Sie, meine Herren, mit uns dafür zu sorgen, daß dieses Gesetz sich in Zukunft fortschrittlicher gestaltet.

Noch auf eines will ich hinweisen. Wie ist denn die heutige Sonntagsruhe? Die Polizei bekommt es fertig, Leute, die aus voller Überzeugung für die Sonntagsruhebewegung eintreten und sich erlauben, in aller Freundschaft und Friedlichkeit denjenigen, die die Sonntagsruhe noch nicht innehalten und bisher aus Gleichgültigkeit für richtig halten, am Sonntage Einkäufe zu machen, ganz kleine Karten zuzustechen, mit einem Strafmandat zu bedrohen. Dafür ist die Polizei zu haben. Sie sieht aber nicht, daß in derselben Zeit Angestellte, die im Handelsgewerbe dienen müssen, mit großen Kisten auf den Straßen umherlaufen. Die Polizei sagt, die Verteilung dieser Karten, auf der nur das steht, was ich vorhin vorgelesen habe, ist öffentlich wahrnehmbare Arbeit, aber von den Hausdienern, die mit Kisten und Kisten auf der Straße um dieselbe Zeit im Dienst ihres Arbeitgebers umherlaufen müssen, weiß die Polizei anscheinend nichts. Das ist nach der heutigen Sonntagsruhe, wie sie von den Polizeibehörden aufgefaßt wird, keine öffentlich wahrnehmbare Arbeit. Ähnliche Dinge passieren viele. Ich will aber, wie gesagt, mich kurz fassen, und bitte: Stimmen Sie meinem Antrag zu.

Vorsitzender: Der Antrag ist schon genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

23. Auswechslung des Wasserrohrs am Stadtpark.

Stadtv. Voelchigt: Es hat sich im Stadtpark die Kalamität ergeben, daß der Druck des Wassers immer schwächer geworden ist, so daß bei starkem Besuch die Wirtschaft nicht ordnungsmäßig betrieben werden kann, indem es vorgekommen ist, daß der Pächter der Wirtschaft die Büfets nicht mit fließendem Wasser versorgen konnte. Der Mangel ist von der Direktion der Wasserwerke anerkannt und sie gibt anheim, das Wasserrohr von 50 mm Weite, das durch Infrustationen verengt ist, gegen ein solches von 80 mm Weite auszuwechseln und nach dem Stadtpark hin eine Abzweigung durch ein 30 mm starkes Bleirohr zu legen. Die ganze Ausführung wird nach dem Anschlag der Direktion der Wasserwerke 1050 M kosten. Der Magistrat befürwortet die Auswechslung, und auch die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. Wesemeier: Ich möchte mir hierbei die Anfrage erlauben, ob bei dieser Wasserrohrlegung der Teich im Stadtpark, wie im vorigen Jahre beschlossen

worden ist, mit an das Wasserrohr angeschlossen werden kann, oder ob er das schon ist. Ich glaube, das ist noch nicht geschehen.

Bürgermeister **Meyer**: Die Verlegung dieses Rohres, deren Kostenbewilligung wir heute von Ihnen erbitten, bezieht sich lediglich auf das Stadtparkrestaurant. Es hat sich herausgestellt, daß der Zufluß des Wassers dort nicht ausreicht und das Rohr ausgetauscht werden muß. Soweit meine Kenntnis reicht, ist der Anschluß des Teiches bereits im vergangenen Jahre erfolgt.

Die Auswechselung des Wasserrohres wird genehmigt, und die Kosten werden bewilligt.

Hierauf wird die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Juni 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten | Seite 151 |
| 2. Ersatzwahlen für verschiedene Kommissionen und Deputationen | " 151 |
| 3. Stadtseitige Förderung des Projektes über die Errichtung eines Luftschiff-
hafens nebst Flugplatz in hiesiger Stadt | " 153 |
| 4. Anträge Kleinfnecht und Ohlendorf, die Sonntagsruhe im Handels-
gewerbe betreffend | " 179 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürger-
meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Könegen**, **Schöttler**, **Seele**, **Wagner**
und Assessor **Boß**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Friede**.

Der Stadtverordnetenversammlung vorausgegangen war eine Sitzung der ver-
einigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten, in welcher der
Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister **Metemeyer**, den als Ersatz für den ver-
storbenen Stadtverordneten **Hauswaldt** gewählten Herrn **Baurat Schön** als Mit-
glied der Versammlung willkommen hieß und dem Wunsche Ausdruck gab, daß
sein Wirken der Stadt zum Segen gereichen möge.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die Sitzung der Stadtverordneten.

Eingegangen ist ein Schreiben der Ortsgruppe Braunschweig des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Es geht dahin, es möchte wie bisher die Zeit für Offenhaltung der Blumengeschäfte an Sonntagen von 8—9 und 11—1 Uhr bestehen belassen werden. Ein gleiches Schreiben ist an den Magistrat gegangen. Die Angelegenheit ist bereits von der Statuten- und Finanzkommission beraten worden, und es wird heute darüber Bericht erstattet werden. Ich überweise dieses Schreiben den beiden Herren Referenten.

Dann ist eingegangen ein Schreiben des Verkehrsvereins wegen Anlegung von Radfahr- und Reitwegen. Ein gleiches Gesuch ist an den Magistrat gegangen. Wir werden einstweilen, bis der Magistrat zu der Sache Stellung genommen hat, die Eingabe zurücklegen.

Ferner ist eingegangen ein Antrag des Hansabundes an die Stadtverordnetenversammlung, betreffend Beseitigung lästiger Bestimmungen des Wertzuwachssteuergesetzes und des Zuschlages zur Grundwechselabgabe. Ein gleiches Schreiben ist bei dem Magistrat nicht eingegangen. Ich überweise das Gesuch der Statutenkommission zur Vorberatung.

Weiter ist eingegangen ein Gesuch der „Sportfreunde Braunschweig“, man möge diesem Verein Land in Größe von 120—80 m zu pachten behilflich sein. Da ein gleiches Gesuch an den Magistrat nicht gegangen ist, überweise ich das Gesuch der Baukommission zur Vorberatung.

Der Magistrat teilt mit, daß der Vorstand des Verkehrsvereins 36 Abdrücke seines mit städtischem Zuschuß herausgegebenen kleinen englischen Führers eingesandt hat mit der Bitte, sie an die Herren Stadtverordneten zu verteilen. Ich sehe, daß jeder der Herren einen Abdruck erhalten hat.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Die geehrten Herren werden gewiß einen Schrecken bekommen haben, als sie die Tagesordnung zugesandt erhielten, aber es sind, soweit nicht noch einige Vorlagen aus der letzten Sitzung rückständig waren, alle diese Vorlagen — von denen allerdings ein Teil sich schnell erledigen lassen wird — innerhalb der vorigen Woche eingelaufen. Wie ich auf Anfrage erfahren habe, sind an eiligen Sachen darunter nur die unter 22 aufgeführte: Errichtung eines Lustschiffhafens. Ich möchte vorschlagen, nachdem die unter 1 und 2 angesetzten Wahlen vollzogen sind, zunächst die angeführte Vorlage zu behandeln. Es drängt der Abschluß mit dem Staat, und außerdem wird auch der Herr Referent der Baukommission demnächst verreisen. Im übrigen würde die Tagesordnung der Reihe nach abzuwickeln sein.

1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten.

Stadtv. **Loeschigt**: Meine Herren! Ich bitte Sie, den bisherigen zweiten Vorsitzenden zum ersten Vorsitzenden unserer Versammlung zu wählen.

Stadtv. **Frühling** beantragt Wahl durch Zuzuf.

Stadtv. **Schmidt** widerspricht dem Antrage.

Anderer Vorschläge werden nicht gemacht, die Wahl geschieht durch Zettel. Von den 34 abgegebenen Stimmen entfallen 21 auf den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Dr. Wolters, 13 Zettel sind unbeschrieben.

Vorsitzender: Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an. Ich werde mich bemühen, das Amt unparteiisch und gerecht zu verwalten und bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung.

Es würde demnach nötig werden, einen Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen.

Aus der Versammlung werden die Herren Stadtverordneten Dr. Jasper, Dr. Voge und Weichsel vorgeschlagen.

In der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl entfallen auf die Herren Stadtv. Dr. Voge 16 Stimmen, Dr. Jasper 10 Stimmen, Weichsel 5 Stimmen, 2 Zettel sind unbeschrieben.

Vorsitzender: Die weißen Zettel sind ungültig, demnach ist 16 bei 31 abgegebenen Stimmen die Mehrzahl. Ich frage Herrn Dr. Voge, ob er die Wahl annimmt.

Stadtv. Dr. **Voge**: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

2. Ersatzwahlen für verschiedene Kommissionen und Deputationen.

a) Finanzkommission.

Aus der Versammlung werden vorgeschlagen die Herren Stadtv. Schön und Steinbrecher. Für Herrn Stadtv. Schön werden abgegeben 22 Stimmen, für Herrn Stadtv. Steinbrecher 11 Stimmen, für Herrn Stadtv. Meyerhoff 1 Stimme.

b) Deputation zur Verwaltung des städtischen Museums.

Vorgeschlagen werden die Herren Stadtv. Eckhardt, Busch, Schmidt. Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl erhält Herr Stadtv. Busch 13, Herr

Stadtv. Schmidt 11, Herr Stadtv. Eckhardt 10 Stimmen, in der wiederholten Wahl Herr Stadtv. Busch 14, Herr Stadtv. Schmidt 11, Herr Stadtv. Eckhardt 9 Stimmen. Bei der Stichwahl entfallen auf Herrn Stadtv. Busch 23, auf Herrn Stadtv. Schmidt 11 Stimmen.

c) Stiftungskassenkollegium.

Es werden aus der Versammlung die Herren Stadtv. Eckhardt und Wesemeier vorgeschlagen. Auf Herrn Stadtv. Eckhardt entfallen 21 Stimmen, auf Herrn Stadtv. Wesemeier 11 Stimmen, eine Stimme auf Herrn Dr. Røge.

d) Deputation für Prüfung des Bahnhofsjprojektes.

Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl wird Herr Stadt. R a s c h e mit 17 Stimmen gewählt, außerdem erhalten die Herren Stadtv. Abmann 11; Lange 5, Schön 1 Stimme. Ein Zettel ist unbeschrieben.

e) Deputation zur Errichtung des Schwimmbades.

In der Wahl durch Stimmzettel erhalten die Herren Stadtv. Dr. Henting 15, Ohlendorf 11, Frede 4, Lange 4 Stimmen, in der wiederholten Wahl wird Herr Stadtv. Dr. H e n k i n g mit 23 Stimmen gewählt. 11 Stimmen entfallen auf Herrn Stadtv. Ohlendorf, 1 auf Herrn Stadtv. Lange.

Vorsitzender: Damit sind die Ersatzwahlen beendet. Die Ersatzwahl für die Friedhofjdeputation und für den Stadtkirchenauschuß liegen dem Stadtkirchenrat ob. Zum Auschußmitglied für die Volkslesehalle ist Herr Stadtv. Dr. Røge als stellvertretender Vorsitzender ohne weiteres bestimmt.

Stadtv. Dr. J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich möchte dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden widersprechen, jetzt in Beratung des Punktes 22 einzutreten. Ich kann nicht anerkennen, daß die Vorlage über den Luftschiffhafen so dringend der Erledigung bedarf, und auch nicht, daß die Rücksicht auf den Herrn Referenten, der jetzt schon beneidenswerterweise in Urlaub geht, den Ausschlag bringen soll, die Frage vorweg zu behandeln. Meiner Ansicht nach betrifft beispielsweise der Punkt der Einführung der völligen Sonntagsruhe viel mehr Personen und könnte deswegen wohl vorweg erledigt werden. Wenn schon etwas eilig ist, so ist es das. Darunter, daß wir am vorigen Donnerstag keine Sitzung gehabt haben, kann die Einführung der Sonntagsruhe doch nicht leiden. Ich bitte deshalb, diesen Punkt 19 vorwegzunehmen.

In der Abstimmung entscheidet sich nur die Minderheit der Versammlung für die Vorwegnahme des Punktes 19. Die Mehrheit ist sodann für Behandlung des Punktes 22 an erster Stelle.

3. Stadtseitige Förderung des Projektes über die Errichtung eines Luftschiffhafens nebst Flugplatz in hiesiger Stadt.

Stadt v. **Frühling:** Meine Herren. Die Vorlage des Magistrats mit ihrer ausführlichen Begründung ist in Ihren Händen. Da Sie sich fraglos in dieselbe eingearbeitet haben, so nehme ich auf diese weitgehenden Ausführungen Bezug.

Wenn im allgemeinen an uns eine Vorlage herantritt, die so große Anforderungen an die Stadt stellt, so sind wir gewöhnt, daß uns die Aussichten eines durch eine derartige Vorlage empfohlenen Unternehmens in der Zukunft und was wir davon für die Stadt zu erwarten haben, eingehend dargelegt werden, so daß wir danach unsern Entschluß fassen können. Das ist in dem vorliegenden Falle nicht so. Es handelt sich um ein Unternehmen, daß in seiner Entwicklung noch vollständig unklar vor uns liegt. Dagegen handelt es sich aber auch in anderer Weise um etwas, was die sonstigen Vorlagen nicht haben. Es handelt sich darum, daß uns Gelegenheit geboten wird, uns bei einer großzügigen neuen Einrichtung der Jetztzeit zu beteiligen und sie zu fördern, daß uns auch Gelegenheit geboten wird, hier in nationaler Richtung und namentlich in wirtschaftlicher Beziehung sehr wesentlich einzugreifen und zu helfen. Das sind Punkte, die sehr für die Sache sprechen, die in weiten Kreisen der Stadt, als die Vorlage bekannt wurde, ich möchte sagen, einen gewissen Enthusiasmus hervorgerufen hat. (Widerspruch bei einem Teil der Versammlung.) Nun, ich sage in weiten Kreisen, denn selbstverständlich finden sich auch reichlich Gegner der Vorlage. Nun ist es selbstverständlich unsere Aufgabe, uns nicht von derartigen Gefühlsregungen leiten zu lassen. Wir werden zu prüfen haben, ob den Opfern, die die Stadt zu leisten hat, Vorteile gegenüberstehen werden, die uns bewegen, diese Leistungen von seiten der Stadt zu bewilligen. Deshalb möchte ich die Vorteile und Opfer, die uns die Vorlage in Aussicht stellt, gegeneinander abwägen. Im einzelnen werden sich die geehrten Herren in die Vorlage eingearbeitet haben, und es wird genügen, wenn ich als Referent nicht die ganze Sache durchgehe, wie sie in der Vorlage auseinandergesetzt ist, sondern die Hauptpunkte berühre, wie wir sie in der Baukommission besprochen haben.

Die Opfer, die wir zu bringen haben, sind zunächst einmal solche, die jedes Jahr wiederkehren, nämlich der jährliche Zuschuß von 25 000 M während der ersten 20 Jahre und die Zinsen von der ersten Anzahlung auf das Terrain,

welches wir in einem Umfange von zirka 50 Hektar der Luftschiffahrtgesellschaft zur Verfügung stellen müssen. Für den Erwerb des Merkeröder Feldes haben wir an den Staat eine Anzahlung von 200 000 \mathcal{M} zu leisten, das gibt im Jahre 8000 \mathcal{M} Zinsen. Die erste Ausgabe von 200 000 \mathcal{M} für den Grunderwerb selber und ihre Deckung werden uns später beschäftigen. Wir würden also einen jährlichen Zuschuß von $25\,000 + 8\,000 \mathcal{M} = 33\,000 \mathcal{M}$ in den ersten 20 Jahren leisten müssen. Nach diesen 20 Jahren fällt der Zuschuß von 25 000 \mathcal{M} fort. Es kommt dann aber hinzu die Verzinsung der als Rest der Kaufsumme an den Staat noch zu zahlenden 600 000 \mathcal{M} , so daß die jährliche Ausgabe für Zinsen wieder die Summe von 32 000 \mathcal{M} ausmachen würde. Wir würden uns demnach im ganzen auf 30 Jahre zu verpflichten haben, 32 000 resp. 33 000 \mathcal{M} zuzuzahlen. Das ist ein erheblicher Betrag, aber andererseits ist auch vollständig richtig hervorzuheben, daß die Sache von allergrößter Bedeutung für die Stadt ist.

Der Vertrag mit der Delag stellt uns, wie aus dem Plan, der hier ausgestellt ist, sehr klar zu sehen ist, ungefähr in die Mitte des ganzen neu angestrebten Luftschiffverkehrs. Er sichert uns zu, daß alle Luftschiffahrten, die von Westen nach Osten, von Süden nach Norden und umgekehrt ausgeführt werden, in Braunschweig landen, resp. hier vorübergeführt werden sollen. Er sichert uns weiter zu, daß zeitweilig hier ein Luftschiff stationiert wird und Fahrten direkt von hier aus antreten soll, die auch hierher zurückgehen. Das ist ein wesentlicher Vorteil, der unsere Stadt Braunschweig in weiten Kreisen bekannt machen und viele Fremde nach Braunschweig führen wird. Zu diesen Vorteilen kommt noch die große Masse der Menschen, die zweifellos zusammenströmen werden, wenn derartige Landungen vorgenommen und Aufstiege arrangiert werden. Es wird das in sehr großem Umfange fremdes Publikum heranziehen und den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung dienen. Dieses ist ein wesentlicher Punkt, der wohl in Betracht gezogen werden muß. Alle unsere Geschäftsleute in der Stadt werden durchaus darauf rechnen, daß durch die Luftschiffahrt hier die Geschäfte gefördert werden. Hinzu kommt noch, daß die große drehbare Halle, die gebaut werden wird, zweifellos eine Sehenswürdigkeit wird, viele Fremde anlocken und den Verkehr in Braunschweig heben wird. Gerade darauf, daß durch diese Anlage eine erhebliche Verkehrsteigerung in unserer Stadt eintreten wird, lege ich das größte Gewicht, denn ich glaube, daß es derjenige Vorteil ist, der am meisten in der Stadt empfunden wird und indirekt zum Ersatz der aufgewendeten Kosten beitragen wird. Es ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß durch den Umstand, daß ein großes Feld für die Luftschiffahrt freigegeben wird, sich die Flugindustrie hierher zieht, daß vielleicht Fabriken in Braunschweig gebaut werden, die sich der Sache widmen, und dadurch in industrieller Beziehung eine Förderung der Wirtschaftlichkeit der Stadt gegeben

sein wird. Es sind dieses ja alles Sachen, die zahlenmäßig natürlich nicht abgewogen werden können, aber meine Herren, das ist überall so. Wenn die Stadt große Vorteile für sich gewinnen will, dann muß sie auch in den Säckel greifen und die Sache unterstützen. Ich glaube nicht, daß irgendein Geschäftsmann sich dem Grundsatz ablehnend gegenüberstellen wird. Wenn wir die Übernahme der Verpflichtungen ablehnen würden, so ist es zweifellos, daß unsere Nachbarstädte sofort mit beiden Händen zugreifen würden, um sich diese Vorteile zu sichern und eine ähnliche Sache für sich zu erringen. Deshalb glaube ich, können wir sehr wohl den Beschluß fassen, daß wir die jährlich zu leistende Ausgabe von 32 000 *M* übernehmen. Sie übersteigt nicht dasjenige, was die Stadt aufwenden kann, um den Mittelpunkt des Luftschiffverkehrs nach Braunschweig hinzuziehen und uns die Vorteile zu sichern, die der durch die Luftschiffahrt vermittelte Verkehr und die Aufstellung der ganzen Anlage mit sich bringen. Zu dieser Ausgabe hinzu kommt noch die Entschädigung für die Pächter des Landes mit ca. 20 000 *M*. Das würde aber eine Sache sein, die sich nicht wiederholt. Ich rechne sie mit ein in die Summe, von der wir ohne weiteres erwarten können, daß sie sich bezahlt macht durch die Verkehrssteigerung, die wir durch die Errichtung der Luftschiffhalle haben werden.

Nun komme ich zu der Belastung der Stadt durch das Grundstücksgeschäft, bei dem es sich um ein Terrain von ca. 50 ha handelt. Es soll mit 200 000 *M* Anzahlung und nach 20 Jahren mit weiteren 600 000 *M*, im ganzen mit 800 000 *M* bezahlt werden. Zunächst belasten uns die 200 000 *M*, die wohl durch Anleihe aufgebracht werden sollen, aber deren Zinsen als jährliche Ausgabe zu rechnen sein werden. Wir werden erwarten dürfen, daß wir diese Zinsen durch die Vorteile der Anlage wieder einbringen. Nun müßten wir beurteilen, ob nach Ablauf der 20 Jahre, wo wir die zweite Zahlung von 600 000 *M* leisten müssen, das Grundstück mit den Anlagen, falls wir diese übernehmen müßten, uns für unsere Aufwendungen entsprechend entschädigen könnte. In der Vorlage ist ausgerechnet, daß uns das Quadratmeter des Terrains dann auf 2,74 *M* zu stehen kommt. Dabei ist zu dem Kostenbetrage von 800 000 *M* für Erwerbung des Feldes noch die Verzinsung während der ganzen Jahre zugeschlagen. Das mag ja in finanzieller Beziehung von der Stadtverwaltung sehr vorsichtig sein, aber meiner Meinung nach könnte man mit Recht wesentlich günstiger rechnen, denn wenn wir die Verzinsung der 200 000 *M* in den ersten 20 Jahren bereits als einmalige Ausgabe verbucht haben, als durch die Vorteile wieder einkommend, welche die Anlage bringt, dann können wir sie nicht zum zweiten Male auf das Grundstück legen. Lassen wir diese Verzinsung bei der Berechnung weg, dann bleibt die Summe von 800 000 *M* bestehen, und es stellt sich der Preis für das Quadratmeter bloß auf 1,70 *M*. Wie in der Magistratsvorlage ausgeführt ist, ist selbst der Preis von 2,74 *M* für das Quadratmeter nach einer Reihe von 30 Jahren für ein Terrain in

unmittelbarer Nähe der Stadt ein durchaus nicht hoher, und ich glaube nicht, daß in der Übernahme dieses Kaufpreises durch die Stadt ein Risiko liegt, was uns veranlassen sollte, die Sache abzulehnen. Ob es überhaupt ein Risiko ist, kann zweifelhaft sein, jedenfalls ist es ein derartiges, daß es die Stadt wohl übernehmen kann, namentlich wenn man noch hinzurechnet, daß von allen Seiten — auch von den Sozialdemokraten — darauf hingewiesen wird, daß es nötig ist, große Terrains für die Stadt zu erwerben, um sie für allgemeine Zwecke dienstbar zu machen. Wenn hier Gelegenheit ist, auf diese Weise 50 ha zu erwerben, so sollten wir darauf eingehen, denn, falls die Sache hernach nicht gehen würde und von der Stadt die Sache übernommen werden müßte, so bleibt das Terrain für städtische Zwecke bereit und wir könnten es ganz gewiß sehr gut für solche städtischen Zwecke, wie die Herren wünschen, verwerten. Schon aus diesem Gesichtspunkte heraus würde es sich empfehlen, ein solches großes Areal zu erwerben, wie es uns so leicht nicht wieder geboten wird. Wir sind in der Baukommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Grunderwerb, wenn er auch hohe Anforderungen an die Stadt stellt, doch nicht derartig ist, daß die Stadt die Last nicht tragen könnte, und daß sich unter allen Umständen eine entsprechende Verwertung für das erworbene Feld finden wird. Die Baukommission stimmt also dem Grundstücksgeschäft, wie es der Magistrat vorschlägt, zu.

Als weiterer wesentlicher Punkt kommt die Bestimmung in Betracht, daß nach Ablauf von 30 Jahren wir die Bauten nach dem Buchwert zu übernehmen haben. Die zu gründende Gesellschaft bekommt die Zuschüsse vom Reich (im Höchstbetrage von jährlich 30 000 M.), vom Staat (25 000 M. jährlich) und von der Stadt Braunschweig, um das erforderliche Kapital für das Unternehmen (eine Millionen Mark) zu verzinsen und die Bauten nach kaufmännischen Grundsätzen abzuschreiben, so daß nach diesen Vertragsbestimmungen bei der Übernahme durch die Stadt kein wesentliches Risiko für uns entstehen könnte, wenn in der Zwischenzeit nicht weiter neue Bauten aufgeführt werden. Wie sich das stellen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, weil die Entwicklung der ganzen Luftschifffahrt im unklaren ist, so daß heute niemand sagen kann, ob überhaupt etwas und erst recht nicht in welchem Umfange etwas gebaut werden muß, wenn nicht das ganze Unternehmen fallen gelassen werden soll. Es ist das ein etwas bedenklicher Punkt: Wie soll sich die Stadt sichern, damit sie nicht zum Buchwert Objekte übernehmen muß, für die sie nachher keine Verwendung hat? Die Frage scheint uns dadurch sehr glücklich gelöst zu sein, daß der Stadt das Einspruchsrecht bei Beschlüssen des Aufsichtsrates oder der Mitgliederversammlung der Gesellschaft eingeräumt ist, so daß die Stadt neue Aufwendungen, die gemacht werden sollen, prüfen und die Zustimmung dazu versagen kann; in diesem Falle müßte die Ausführung unterbleiben, es sei denn, daß die Gesellschaft in hinreichender Weise die

Stadt sichert, daß in keinem Übermaße Verpflichtungen für sie entstehen. Diese Sicherung könnte dadurch erfolgen, daß das Geld für derartige Bauten entweder in anderer Weise aufgebracht wird, oder der Überschuß, den man zu erreichen hofft, vorweg für Abschreibung solcher neuen Sachen nutzbar gemacht wird, genug, daß die Aufgabe des städtischen Vetorechts an Bedingungen geknüpft wird, die die Stadt sichern, daß ihr kein übermäßiges Risiko entsteht. In anderer Weise eine Sicherstellung der Stadt herbeizuführen, würde große Schwierigkeiten haben, da die Zukunft des ganzen Unternehmens unentschieden ist. Ich glaube, daß wir wohl empfehlen können, sich auf diese Bestimmungen einzulassen, es sind im Interesse der Stadt keine günstigeren zu treffen.

Ein Punkt, der vielleicht noch Bedenken hervorrufen könnte, ist der, daß das Kriegsministerium sich das Recht sichert, eventl. die Halle zu kaufen, und dann ein Teil des erworbenen Grund und Bodens für die Stadt zum Fortfall kommen würde. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß das Reich die Halle übernimmt, so würde, glaube ich, das als ein besonderer Vorteil für die Stadt zu begrüßen sein. Jede Stadt in Deutschland ist jetzt wieder bemüht, eine Garnison oder militärische Anstalten auf ihrem Terrain zu erhalten, und wenn uns ein Gleiches durch den Zufall in den Schoß geworfen würde so würde das für die Stadt Braunschweig eine vorteilhafte Lösung der ganzen Frage sein, jedenfalls uns nicht veranlassen können, die Errichtung einer Halle zu kritisieren und an unserer Nichtgenehmigung scheitern zu lassen.

Es würde dann noch die Frage zu besprechen sein: Was soll geschehen, wenn die Gesellschaft in der Zwischenzeit liquidieren muß? Wir wollen das nicht hoffen, und es ist wohl kaum zu erwarten, denn da die Verzinsung und die Abschreibungen gedeckt sind, so bleiben eigentlich keine wesentlichen Ausgaben mehr übrig, die die Gesellschaft zur Liquidation zwingen könnten. Aber dennoch ist in dem Vertrage, den die Stadt mit der Gesellschaft abschließt, Vorsorge getroffen, daß für den Fall, daß die Gesellschaft ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommt, der Vertrag hinfällig wird. Unser Zuschuß hört dann auf, wir übernehmen das Terrain und können es für unsere Zwecke verwerten, was sonst erst in späteren Jahren eintreten würde. Wir würden auch nicht verpflichtet sein, die Baulichkeiten usw. zum Buchwert zu übernehmen, wie wir es sonst nach Ablauf der 30 Jahre tun müßten. Auch dieser Punkt hat bei der Beratung in der Baukommission uns keine Veranlassung gegeben, Einwände dagegen zu erheben. Wir haben uns deshalb vollständig auf den Boden der Vorlage gestellt und werden Ihnen diese Sache im allgemeinen zur Genehmigung empfehlen.

Nun wären noch die einzelnen Verträge, die dem Unternehmen zugrunde liegen, und die sehr kompliziert sind, durchzugehen. Das Reich, die Delag, die Braunschweigische Lustschiffahrtsgesellschaft, der Staat und die Stadt, alle haben

sich zusammentun müssen, um gemeinsam dieses öffentliche und den allgemeinen Interessen dienende Werk zu begründen und zu fördern. Nun könnte einer oder der andere die einzelnen Paragraphen durchsehen und sagen: Würde man nicht an dieser oder jener Stelle mehr für die Stadt herauschlagen oder größere Sicherungen für die Stadt erreichen können? Zweifellos wäre das denkbar, aber einen Vertrag aufzustellen, der bei der unsicheren Zukunft der Luftschifffahrt alle Eventualitäten deckt, ist unmöglich, und außerdem würde, wenn eine Partei für sich größere Vorteile herausholte, der andere vertragsschließende Teil darunter leiden. Wir sind in der Baukommission der Meinung gewesen, daß hier, wo es sich nur um die allgemeinen Interessen handelt und sämtliche vertragsschließenden Beteiligten gewillt sind, diesem allgemeinen Interesse zu dienen, die Verträge, wie sie uns vorgelegt sind, eine zweckmäßige Grundlage für die Verwirklichung bieten, und sind weiter der Meinung gewesen, daß wir Änderungen an diesen Verträgen nicht in Vorschlag bringen, sondern sie im Gegenteil verteidigen wollen, weil sonst das Zustandekommen des ganzen Unternehmens in Frage gestellt wird. Wenn wir Veränderungen an unserm Vertrage verlangen, so müßten die anderen Parteien erst wieder zustimmen, und das würde eine unabsehbare Verzögerung und Gefährdung des Ganzen bedeuten. Ich enthalte mich deshalb im Einvernehmen mit der Baukommission, die einzelnen Paragraphen durchzugehen. Es ist nicht ratsam, hier irgend welche Änderungen vorzunehmen, wir stehen deshalb lediglich vor der Frage, die Verträge en bloc anzunehmen. Wenn die Herren dennoch auf die einzelnen Punkte eingehen wollen, werden wir natürlich darüber verhandeln. Vorläufig möchte ich aber nicht weiteres darüber berichten; es würde dadurch und durch eine Beratung auch eine Menge Zeit in Anspruch genommen, die uns kaum zur Verfügung steht.

Auf Seite 5 der Vorlage ist uns unter Nummer 5 mitgeteilt, wie die Mittel beschafft werden sollen. Die 200 000 M., die zuerst zu zahlen sind, sollen vom Herzoglichen Leihhaus zu 4 Prozent angeliehen werden. Das würde, wie schon erwähnt, eine Verzinsung von 8000 M. jährlich bringen, die ich zu den jährlich aufzuwendenden Unkosten gerechnet habe. Die Mittel zur Bestreitung der Pächterentschädigung könnten aus dem Ausgleichsfonds genommen werden. Das scheint zweckmäßig; der Ausgleichsfonds kann die Entnahme vertragen und ist ja auch für derartige Zwecke gebildet. Die Zinsen für die Anzahlung von 200 000 M. sind der Kammereikasse zur Last zu legen, ebenso der jährliche Zinsfuß von 25 000 M., sofern nicht die Übernahme dieser Summe ganz oder teilweise auf Abteilung III der Jüdelstiftung von deren Vorstand zugestanden werden sollte. Auch diesen Vorschlägen stimmen wir zu, und demgemäß empfehlen wir Ihnen, den Anträgen des Magistrats auf Seite 6 zuzustimmen. Sie lauten:

„Unter der Voraussetzung, daß der zwischen dem Kriegsministerium und dem hiesigen Verein für Luftschiffahrt vereinbarte Vertrag vollzogen, daß ferner die oben erwähnte Gesellschaft m. b. H. gegründet und die Aufbringung der erforderlichen Mittel gesichert wird,

- a) den vorgelegten Entwurf des mit dem Kloster- und Studienfonds abzuschließenden Vertrages,
- b) den Entwurf des mit der zu bildenden Gesellschaft m. b. H. abzuschließenden Vertrages zu genehmigen und
- c) der Beschaffung der nach Maßgabe dieser Verträge stadtseitig aufzuwendenden Mitteln in der erwähnten Weise gefälligst zustimmen zu wollen.“

Stadtv. **Steinbrecher:** Meine Herren. Jeder von uns wird bei der Erfindung des lenkbaren Luftschiffes seine Freude gehabt haben über einen derartigen Erfolg, und auch meine Freunde und ich haben diese Freude geteilt. Aber wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß eine derartige Erfindung vom Reich in ganz besonderem Maße protegiert und für Handel, Gewerbe und Verkehr ausgenutzt werden müßte. Aber leider haben wir erlebt, daß das Umgekehrte eingetreten ist. Das Reich hat vor allen Dingen dahin gestrebt, diese wunderbare Erfindung für militärische Zwecke auszunutzen. Man hat sich damit beschäftigt, auszubastieren, wie am besten von dieser schönen Erfindung Geschosse auf die Erde herabgeworfen werden können. Bisher hat das Reich im Punkte der Förderung des Verkehrs vollständig versagt und sich nur in militärischer Hinsicht alles mögliche geleistet. Nun kommt es für uns darauf an, zu untersuchen, ob diese Vorlage wirklich für den Braunschweiger Handel und Verkehr so bedeutend ist, wie der Herr Vorredner uns vorhin hat einreden wollen. Meine politischen Freunde und ich stehen mit Herrn Hauswaldt, unserem früheren Vorsitzenden, auf demselben Standpunkte; er hat in der Landesversammlung erklärt, daß nicht darauf zu rechnen sei, daß durch die Errichtung des Luftschiffhafens in Braunschweig ein ungeheurer Vorteil in geschäftlicher Beziehung erreicht werde, und stützt sich bei der Befürwortung der Angelegenheit darauf, daß eine Kulturförderung damit verbunden sei. Allerdings sind wir Sozialdemokraten für Kulturförderung zu haben, aber nicht für Forderungen, die lediglich von militärischer Seite eingeschmuggelt werden. Wir sollen hier für eine Sache stimmen, die vom Verein für Luftschiffahrt ausgeht, der weiter nichts ist als auch der Flottenverein oder der Wehrverein, die für die Vergrößerung des Heeres und der Flotte Propaganda machen. Es macht einen unangenehmen Eindruck, daß solch eine schöne Erfindung, die vom Staat hätte übernommen werden müssen, von so vielen Seiten unterstützt werden soll: Das Reich soll einen Zuschuß geben, das braunschweigische Land, der Verein ist beteiligt, und

auch die Stadt soll einen Zuschuß geben. Ich will nicht untersuchen, ob es zutrifft, daß die Vorlage deswegen gemacht ist, um unseren braunschweigischen Geschäftsleuten Vorteile zu bringen, oder ob nur eine kleine Gruppe sogenannter hochstehender Herren, die dahintersteht, versucht, das Unternehmen für Braunschweig zustande zu bringen. Wir sehen, der Verein für Luftschiffahrt ist die treibende Kraft, und dieser verfolgt dieselben Ziele wie der Flotten- und der Wehrverein. Der Herzog-Regent ist ihr Präsident, ihr Vorsitzender ist der Graf Schulenburg, der Fahrwart ist der Hauptmann von Seel, und die übrige Mitgliedschaft wird sich zum größten Teile aus Militärpersonen und Flottenvereins-Beteiligten zusammensetzen.

Es kommt weiter in Frage, daß nicht nur ich aus den Verhandlungen im Landtag die Überzeugung gewonnen habe, daß von anderer Seite gewünscht wird, daß Braunschweig diesen Luftschiffhafen bekommen soll. Damit kann doch niemand kommen, daß Braunschweig aus dem Luftschiffverkehr ausgeschaltet werden könnte. Wenn man sieht, wie Braunschweig so wundervoll für den Luftschiffverkehr gelegen ist, so kann man doch nicht sagen, daß es einen Staatsmann geben könnte, der so verrückt wäre, Braunschweig aus diesem Verkehr auszuschalten, falls die Mittel hier nicht bewilligt werden. Ein solcher würde doch reif sein für Königslutter. Das beweist auch der Ausspruch des Herrn Ministers Wolff im Landtage. Er sagte: „Alle Blicke sind auf uns gerichtet. Die politischen Wendungen der Jetztzeit und die bevorstehenden der nächsten Zukunft wecken ein besonderes Interesse für unser Land. Wenn wir aber das Interesse der maßgebenden Stellen für unser Land lebendig erhalten wollen, so halte ich es für eine der ersten Aufgaben der Landesregierung und der Landesversammlung, daß man dafür sorgt, zu zeigen, daß man hier im Lande für große nationale Aufgaben ein Herz hat, und daß man in dieser Beziehung auch von hier aus zur rechten Zeit etwas tut.“ Diese Worte, die „bevorstehenden politischen Wendungen der Jetztzeit“ können doch nur Bezug haben auf die Liebeswendungen zwischen den Welfen und Hohenzollern. Es kann nur so verstanden werden, daß man sagt, daß diese politischen Wendungen auch für uns maßgebend sein müssen, um diesen Leuten gerecht zu werden und den Luftschiffhafen für Braunschweig einzuführen. Wenn eine ganz kleine Gruppe es wünscht, daß Braunschweig in diesen Konzern hineingezogen wird, so sollen wir diese großen Ausgaben bewilligen, ohne daß unsere Geschäftsleute Vorteile davon haben. Denn es hat wohl keiner von Ihnen die Überzeugung, daß für die Stadt wirklich das aus der Anlage herauskommen wird, was hineingesteckt werden muß, — ich werde nachher noch darauf hinweisen, daß das Grundstücksgeschäft ein vollständig verfehltes ist.

Dafür, daß die Rücksicht auf die militärische Seite bei der Errichtung eines Luftschiffhafens in Braunschweig überwiegend ist, sind für mich die Verhandlungen im Landtag maßgebend. Es wurde vom Referenten der Vorlage im Landtag ge-

sagt, daß nicht darauf zu rechnen sei, daß die Luftschiffahrt als allgemeines Verkehrsmittel für Lasten usw. in Frage kommen könnte, sondern nur für Personenverkehr. Das sagt der Referent selbst, und der Abgeordnete Lambrecht führt ganz richtig aus, daß auf alle Fälle der Verkehr mit den Luftschiffen niemals zu einem so starken wie der durch die Post und Eisenbahn werden würde. Dann sagt der Geheime Regierungsrat Bartels: „Das Flugwesen und die Luftschiffahrt haben sich in unendlich kurzer Zeit zu einem militärisch wirksamen und verkehrstechnisch brauchbaren Mittel entwickelt. Das *Natürlichste* ist heute allerdings, die Bedeutung der Luftschiffahrt vom *militärischen* Standpunkt aus zu betrachten. Es ist *natürgemäß*, daß eine Erfindung wie diese ihre erste Bedeutung auf *militärischem* Gebiet finden muß.“ Hier, meine Herren, wird ohne weiteres schlicht und frei erklärt, daß der Hauptgrund der Vorlage nur die militärische Wichtigkeit der Luftschiffahrt ist. Es ist bezeichnend, daß es als naturgemäß hingestellt wird, daß eine so schöne Erfindung in erster Linie für den Militarismus ausgenutzt werden muß und nicht für den Handel.

Nun ist der Herr Referent auf die Vorlage selbst sehr wenig eingegangen, weil jeder von uns sie zu Gesicht bekommen hat. Da fällt mir das über das Kriegsministerium in § 2 Gesagte auf: Das Kriegsministerium wird die ungefähre Dauer der Inanspruchnahme der Halle vorher angeben und hierbei die Bedürfnisse des regelmäßigen Luftschiffverkehrs der Delag über Braunschweig, sowie etwaige seitens des Vereins vorher geplante sportliche Veranstaltungen, *so weit anging*, berücksichtigen. Ich meine, das ist direkt preußisch-prozig, wenn gesagt wird: Das Kriegsministerium wird die übrigen Bedürfnisse, soweit angängig, berücksichtigen. Wie kommt das Kriegsministerium dazu? Wenn die errichtete Halle dem Verkehr dienen soll und muß, dann gibt es dieses *So weit angängig* nicht. Der Verkehr ist das für uns Braunschweiger in erster Linie zu berücksichtigende Bedürfnis, und dann kommen erst in zweiter Linie die militaristischen Bedürfnisse.

Dann kommt weiter in Frage, daß nach diesem Paragraphen die Gesellschaft die Pflicht hat, wenn es die militärische Lage erfordert, ohne weiteres eine Halle für das Kriegsministerium zu bauen. Es heißt in dem Paragraphen: Sollte im Laufe der Jahre auch in Friedenszeiten eine stärkere, mit dem regelmäßigen Luftschiffverkehr der Delag nicht verträgliche Benutzung der Halle durch Militär-Luftschiffe sich als notwendig erweisen, so wird der Verein Fürsorge treffen, daß die Heeresverwaltung eine besondere Militärhalle ihrerseits an die Halle der Gesellschaft angliedern und den Luftschiffhafen auch für diese Halle unentgeltlich benutzen kann.“ Nun muß allerdings das Reich auch einen jährlichen Zuschuß von 30 000 *M* geben, und man wird ohne weiteres verstehen, daß das Kriegsministerium nicht versäumen wird, diese 30 000 *M* für sich wieder herauszuschlagen. Stellen Sie sich vor, daß wir uns für 30 Jahre verpflichten müssen, daß aber das Kriegsministerium

ohne weiteres das Recht hat, uns die ganze Einrichtung abzunehmen. Es kann sein, daß es heißt: „Die Luftschiffahrt entwickelt sich in militärtechnischer Hinsicht, wir wollen die Halle haben,“ dann kann das Kriegsministerium die ganze Sache zum Buchwert, abzüglich Abschreibung in Höhe von 75 Prozent der jährlich vom Reich gewährten Subvention, übernehmen. Wenn nach 20 Jahren die Entwicklung der Luftschiffahrt in militärtechnischer Hinsicht so weit gegangen ist, daß die Heeresverwaltung unter Berücksichtigung dieser Abschreibung von 75 Prozent der gewährten Unterstützung von 30 000 M jährlich die Einrichtung übernimmt, was bleibt dann noch übrig, was durch das Kriegsministerium zu zahlen ist?

Der Herr Referent hat weiter ausgeführt, daß wir im Vertrag uns verpflichtet haben, in den Aufsichtsrat oder den Ausschuß der zu gründenden Gesellschaft einen städtischen Vertreter zu entsenden, der bei wichtigen Entschlüssen, wenn die Neuananschaffungen gar zu teuer werden, Einspruch erheben kann. Daraus geht hervor, daß das Kriegsministerium von seinem Einfluß Gebrauch machen und erklären wird: „Die Verhältnisse sind nicht so, daß das Reich die Einrichtungen gebrauchen kann, dieses wird noch benötigt und das brauchen wir noch!“ Außerdem wird naturgemäß der Hafen immer der neueren Technik angepaßt werden müssen, was für jedes Jahr neue Kosten verursacht, die bei der laufenden Unterstützung der Stadt von 25 000 M nicht berücksichtigt sind. Wer den preußischen Militarismus kennt, der weiß auch, daß er mit aller Gewalt darauf hinarbeiten wird, daß der Hafen für den Militarismus ausgebaut wird. Den Beweis dafür gibt Graf Schulenburg selbst, der darauf aufmerksam macht und erklärt: „Wir dürfen diesen Vertrag nicht so machen, daß nachher die ganzen Anlagen ohne weiteres in das Eigentum der Stadt zurückfallen, denn es wird sich herausstellen, daß schon nach 15 Jahren die Technik ganz andere Anforderungen an einen Luftschiffhafen stellt.“ Dem können wir uns nicht entziehen, sonst hätte es keinen Zweck, wenn der Magistrat selbst sagt, da aber die Stadt nicht wohl den Ersatz aller Kosten zusichern könne, die die Gesellschaft aufwenden wird und die wegen der Kürze der Zeit nur zum geringsten Teil abgeschrieben werden können, so habe er mit dem Verein ein Abkommen dahin getroffen, daß der Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat berechtigt sein solle, gegen solche Beschlüsse des Aufsichtsrates oder der Mitgliederversammlung, durch welche nach Ansicht der Stadt die städtischen Interessen geschädigt werden können, Widerspruch zu erheben und dann der beanstandete Beschluß nicht ausgeführt werden dürfe. Das ist für mich Anlaß genug, um zu sagen: Die Entwicklung wird so kommen, daß sie nach der militaristischen Seite hin geht. Das Kriegsministerium wird alles so ausbauen lassen, wie es für seine Zwecke paßt, nach Jahren den Hafen abnehmen und dabei das schönste Geschäft machen.

Dann kommt der Herr Referent darauf zurück, daß die Sozialdemokraten auch dafür seien, Ländereien für die Stadt zu kaufen. Gewiß, das ist unsere Ansicht.

Aber wenn die Ländereien an das Kriegsministerium übergehen und andere Sachen noch dazu, was haben wir dann davon, wenn sie jetzt angekauft werden? Und daß sie innerhalb 30 Jahren an das Kriegsministerium übergehen werden, ist für mich absolut sicher.

Stellen Sie sich einmal die Stellung des städtischen Vertreters im Aufsichtsrate vor. Denken Sie sich, daß über eine Neuanlage verhandelt wird, und daß ein Herr, der eine große Rolle spielt, meinetwegen ein hoher Offizier — wie das im Klubwesen ja auch so ist — auftritt und sagt: Dies und das muß die Halle unbedingt haben, und diese Forderung wird noch dazu mit einer Kriegervereinsrede begleitet, dann wird der städtische Vertreter nie dem General widersprechen oder dagegen stimmen.

Was die wirtschaftliche Seite für die Stadt anlangt, so bin ich ganz anderer Ansicht als der Herr Referent. Wenn er erklärt, daß die Geschäftsleute unbedingt einen großen Zulauf durch Errichtung der Halle haben, so müssen wir doch daran denken, daß jetzt, wo augenblicklich das Luftschiffwesen und die große Halle noch etwas Neues ist, das vielleicht in gewissem Maße zutreffen wird. Es kommt doch aber auch eine Zeit, wo *a l l e* größeren Städte Luftschiffhafen haben, und wo die Luftschiffe nicht mehr das sind, was sie heute für das Publikum sind, d. h. daß man sie nicht mehr anstaunt. Auch drehbare Luftschiffhallen werden in allen größeren Städten gebaut werden. Das Publikum, welches zuerst danach sehen wird, wird mit der Zeit wegbleiben, und wir werden nur mit dem Verkehr zu rechnen haben, der durch die Luftschiffe selbst nach Braunschweig gebracht werden soll.

In der Vorlage lese ich die Bestimmung, wie Braunschweig als Landungshafen betrachtet werden soll. Es hört sich schön an, daß bei allen Fahrten zwischen Frankfurt a. M. und Hamburg, zwischen Berlin und Düsseldorf usw. Braunschweig als Zwischenlandungshafen benutzt werden soll. Aber in Absatz 3 heißt es, daß die Gesellschaft nur verpflichtet ist, die Landung auszuführen, wenn sich Passagiere von und nach Braunschweig gemeldet haben. Der Herr Oberbürgermeister schüttelt mit dem Kopfe. Es heißt hier doch in Absatz 3: „Von der in Absatz 1 und 2 genannten Verpflichtung einer Zwischenlandung in Braunschweig ist die Delag nur dann entbunden, wenn Passagiere von und nach Braunschweig sich nicht gemeldet haben und wenn gleichzeitig ungünstiges Wetter oder Bedenken technischer Art im Einzelfalle eine direkte Durchführung der Fahrt geboten erscheinen lassen.“ Nun meine ich, daß es die Hauptsache sein soll, daß sich Passagiere zu einer Fahrt von und nach Braunschweig gemeldet haben; wenn das aber so gemeint sein soll, daß nur bei ungünstigem Wetter die Luftschiffe die Stadt Braunschweig nicht anlaufen sollen, dann wäre das eine Kleinigkeit anders. Aber ich verstehe nicht, wie das mit dem Bordersatz in Verbindung gebracht werden soll.

Ein Luftschiffverkehr, wie er geplant ist, kann bei der geringen Menge von Personen, die ein Luftschiff zu fassen vermag, uns das nicht wieder einbringen, was wir in dieser ganzen Zeit für das Unternehmen ausgeben müssen. Nun hat der Magistrat, um seinen Standpunkt darzulegen, den Grundriss aufgestellt, daß ein großes Gemeinwesen auch vor derartigen, einen sicheren Gewinn nicht gewährleistenden Ausgaben nicht zurückschrecken dürfe, sofern angenommen werden könne, daß das Unternehmen, dessen Förderung verlangt wird, zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens der Gemeinde beizutragen imstande sei. Das ist gewiß eine sehr schöne Parole, aber eine wirtschaftliche Hebung der Stadt kann hieraus auf Jahre hinaus gar nicht angenommen werden. Diese Parole hätte man befolgen sollen bei der geplanten Verstädtlichung des elektrischen Lichtwerkes, wo uns auch ein Fachmann gesagt hat, von diesem Unternehmen müsse man in einigen Jahren große Vorteile haben. Damals hat man die Parole nicht berücksichtigt, trotzdem nach dem Gutachten des Ingenieurs aus Bremen Gelegenheit da war, zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde beizutragen. Damals g a r a n t i e r t e n Fachleute für den Erfolg, heute h o f f t man nur auf solchen.

Nun hat es sich bei den Landtagsverhandlungen darum gehandelt — ich weiß das nicht ganz genau, aber der Herr Oberbürgermeister ist ja bei den Landtagsverhandlungen zugegen gewesen —, daß die Regierung das Land zu 200 000 *M* zur Verfügung stellen wollte, und dem hat damals der Herr Referent widersprochen. Auch der Herr Oberbürgermeister ist dann für die Regierungsvorlage eingetreten, soweit ich mich erinnere, und hat zugegeben, daß mit 200 000 *M* das Land eigentlich ganz gut bezahlt sei. Darauf ist die braunschweigische Landesregierung von verschiedenen Seiten angegriffen worden, wie sie ein derartig kostbares Land für 200 000 *M* abgeben könne, und der Preis für das Land wurde dann auf 800 000 *M* erhöht. Wenn das so ist — ich weiß nicht, ob da noch andere Sachen mitgespielt haben —, dann würde ja, wenn das Land 25 000 *M* jährlich Zuschuß leistet, dieses reichlich wettgemacht durch die 600 000 *M*, die das Land mehr erhält, denn 25 000 *M* für 20 Jahre gerechnet, macht nur einen Zuschuß von 500 000 *M* aus. Auch Herr Dr. Wolters ist ja als Abgeordneter in dieser Landesversammlung gewesen und hat erklärt, daß es für die Stadt eine außerordentlich gefährliche Maßnahme sei, 900 000 *M* aus dem städtischen Etat dauernd zu entnehmen, da der Voranschlag im Jahre 1913 mit einem Fehlbetrage von 167 000 *M* abschöpfe. Die heutige Vorlage will aber über eine Million aus städtischen Mitteln entnehmen, während damals die Stadt nach der Vorlage des Landtages 45 000 *M* jährlich zahlen sollte, das sind in 20 Jahren 900 000 *M*. Das nannte Herr Dr. Wolters eine gefährliche Maßnahme. Nun sage ich mir ja: Ob wir 33 000 *M* oder 45 000 *M* im Jahre zahlen, das käme für die Stadt nicht so sehr in Frage, wenn ich überzeugt wäre, daß die Ausgabe eine außerordentliche Bedeutung für die braunschweigische

Handels- und Geschäftswelt hätte. Das ist aber nicht der Fall. Es ist nur eine Ausgabe nach der militärischen Seite hin. Ich bin gespannt, wie Herr Dr. Wolters es vertreten will, daß 900 000 *M* zuviel für die Stadt waren und jetzt eine Million bewilligt werden soll.

Nun ist vom Herrn Referenten auf die Nachbarstädte hingewiesen worden. Da wird immer gesagt — und das hat auch bei den Verhandlungen im Landtag eine große Rolle gespielt —, daß damals, als die Eisenbahnen auf Preußen übernommen wurden, der preußische Staat und Bismarck die Sache so gedeichselt hätten, daß Braunschweig übers Ohr gehauen wäre. Nun liegen aber heute die politischen Verhältnisse ganz anders als damals. Wenn wir konsequent sein sollten und die Mittel nicht bewilligen, dann wird uns gesagt, Braunschweig bekomme den Luftschiffhafen nicht. Dann ist nach Ansicht der meisten Braunschweig schachmatt gesetzt, d. h. die maßgebenden Personen würden den Verkehr um Braunschweig herumlegen, nur weil wir die Mittel nicht bewilligen wollten. Wer das zugibt, der muß logischerweise auch zugeben, daß, im Falle wir diesen Hafen bauen, Magdeburg und Hannover ins Hintertreffen kommen. Daß aber bei der heutigen Entwicklung des Verkehrs und bei den heutigen politischen Zuständen eine Stadt wie Braunschweig, Magdeburg oder Hannover noch einmal behandelt werden kann wie Braunschweig in den 60er Jahren behandelt worden ist, das halte ich für ausgeschlossen, kein Staatsmann könnte das heute tun; es wäre ein Unsinn, wenn Braunschweig bei einem solchen Verkehr unberücksichtigt bleiben sollte. Daß wir anderen Städten gegenüber benachteiligt würden, wenn dieser Luftschiffhafen nicht zustande käme, kann ich mir aus folgenden Gründen nicht denken. In der Landtagsitzung sagte der Herr Geheime Regierungsrat Bartels: „Es hat sich herausgestellt, nachdem verschiedene Sachverständige zu einer Besichtigung hier gewesen sind, daß unser Merkeröder Feld einen außerordentlich günstigen Flugplatz in jeder Beziehung darstellt, sowohl was die Bodenverhältnisse und die Nähe der Stadt anbetrifft, als auch was die meteorologischen Verhältnisse betrifft. Wir haben von der Magdeburger Wetterwarte sehr eingehende Statistiken bekommen, und es ist erklärt, daß der braunschweigische Flugplatz ideal beschaffen wäre.“ Ich sage mir, es wäre viel schlimmer für die ganze Luftschiffahrt, wenn wir den Zuschuß ablehnten und sie uns boykottieren wollten, da wir doch den besten Flugplatz von allen Städten aufzuweisen haben. Bloß weil wir sagen, wir haben die Mittel zur Unterstützung nicht, sollte dieser beste Flugplatz uns zum Troß unbenuzt bleiben? Der Staat wird sich diesen günstigen Flugplatz nicht entgehen lassen.

Vorsigender: Ich bitte den Herrn Redner, sich kurz zu fassen. Ich muß mich leider an die Bestimmungen der Geschäftsordnung halten, und Sie haben jetzt 24 Minuten lang gesprochen.

Stadtv. Steinbrecher: Ich bin gleich fertig. Denselben Maßstab lege ich an in Beziehung auf die entstehende Industrie. Da sagt der Herr Geheimrat Bartels: „Daß der Flugplatz in Braunschweig ideal beschaffen ist, hat sich natürlich auch bekanntgemacht. Daraufhin sind bereits verschiedene Flugzeugfabriken an Braunschweig mit der Absicht herangetreten, sich hier niederzulassen; unter anderen eine Fabrik, deren Flugzeug vor kurzem über Braunschweig mit einem Militärflieger gesehen worden ist.“ Ich sage mir, daß sich solche Fabriken auf alle Fälle hier niederlassen werden, ob wir den Hafen haben oder nicht. Die Militärverwaltung wird genau so gezwungen sein, infolge unserer guten Lage, uns zu berücksichtigen, auch wenn wir die Einrichtung des Luftschiffhafens nicht treffen. Herr Lambrecht und andere Herren im Landtag haben gesagt, eigentlich müßte der Staat derartige Aufgaben erfüllen und den Hafen anlegen. Auch wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß vor allen Dingen der Staat die ganze Sache einrichten sollte, und daß nicht die Gemeinden mit solchen kolossalen Ausgaben für das Heerwesen herangezogen werden sollten und dürften, um so weniger, als wir jetzt durch unseren Bahnhofsbau, der für den Verkehr viel wichtiger ist als ein Luftschiffhafen, großen Ausgaben gegenüberstehen und die Beschaffung dieses Geldes uns große Kopfschmerzen und Sorgen macht. Wir befürchten, daß wirkliche Kulturförderungen durch die Ausgaben für diese Vorlage beiseite geschoben werden, und wissen, daß für die Arbeiterschaft nichts dabei herauskommt. Wir sind gegen die Vorlage, weil nicht nachgewiesen ist, daß für die Zukunft oder für die Gegenwart so große Vorteile dabei erreicht werden, wie von anderer Seite angenommen wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, es zog sich wie ein roter Faden durch die Rede des Herrn Stadtv. Steinbrecher ein gewisser Widerspruch. Zunächst sagte Herr Steinbrecher — und darüber habe ich mich gefreut —, die Luftschiffahrt sei eine schöne Erfindung. (Sehr richtig.) Dann aber sagte er: Unterstützen wollen wir sie nicht, und das brauchen wir auch nicht, weil uns die Sache ganz von selbst in den Schoß fällt, auch wenn wir uns still verhalten. Dieser Ansicht ist der Magistrat leider nicht. Er meint: Wenn wir nicht helfend eingreifen, dann werden wir schwerlich so bald die Einrichtung erlangen. Daß es mit der Zeit möglich ist, selbst wenn Sie heute die Vorlage ablehnen sollten, gleichwohl derartige Einrichtungen nach hier zu bekommen, das gebe ich ohne weiteres zu.

Wenn ich auf die Einzelheiten eingehen darf, so hat Herr Stadtv. Steinbrecher zunächst behauptet, der Magistrat hätte die Sache nur eingebracht aus militaristischen Gründen. Das muß ich aufs entschiedenste bestreiten. Aber das will ich gern zugeben, daß, wenn irgend welche Einrichtungen, die der Stadt Vorteil bringen, wesentlich militaristischen Zwecken dienen, das kein Grund für die Stadt sein kann, solche Einrichtungen abzulehnen. Ich erinnere nur daran, wie jetzt die

Stadtverwaltungen bemüht sind, zu erreichen, daß neu errichtete Regimenter in ihre Stadt als Garnison gelegt werden. Sollte man etwa sagen: Wir sind grundsätzlich Gegner der militärischen Einrichtungen im deutschen Reiche, folglich sind wir auch Gegner davon, die Vorteile daraus hinzunehmen? Das würde mir nicht einleuchten, im Gegenteil, wenn sich die Interessen des Reiches, soweit sie den militärischen Standpunkt zu vertreten haben, und die Interessen der Gemeinden decken, dann soll man ruhig Hand in Hand gehen.

Sodann sagt Herr Steinbrecher: Kein Staatsmann würde wagen, Braunschweig bei dem Flugverkehr auszuschalten. Meine Herren. Staatsmänner kommen bei der vorliegenden Angelegenheit weniger in Betracht. Hier handelt es sich um einen Vertrag der Delag und der Stadt Braunschweig, an dem sich gleichzeitig das Reich, das allerdings seine militärischen Interessen zu berücksichtigen hat, beteiligen will. Ich sehe nicht ein, weshalb wir das ablehnen sollen.

Das Kriegsministerium ist in der Rede des Stadtv. Steinbrecher sehr schlecht weggekommen. „Prozig=preußisch“ hat Herr Steinbrecher gesagt, weil in dem Vertrag steht, das Kriegsministerium werde die Verhältnisse des regelmäßigen Luftschiffverkehrs und etwaige sportliche Veranstaltungen „soweit angängig“ berücksichtigen. Es ist aber doch die hiesige eine Luftschiffhalle, die nicht für militärische Zwecke gebaut wird. Das hat Hannover fertiggebracht und wird sehr gut dabei fahren. Daß wir uns nicht verpflichtet haben, eine gleiche Einrichtung zu schaffen, ist erklärlich. Hauptsache für uns ist nicht, daß Militär-Luftschiffe nach hier kommen, sondern daß die Militärverwaltung den erheblichen Zuschuß zahlt, denn nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Sache finanziell zu sichern. — Herr Stadtv. Steinbrecher meint, das Kriegsministerium hätte nach diesem Vertrage das Recht, das Ganze zu übernehmen. Das steht in dem Vertrage bekanntlich nicht; das Kriegsministerium hat nur das Recht, die Luftschiffhalle mit Nebenanlagen und dem zugehörigen Grund und Boden zu erwerben, aber nicht das ganze Gelände. Ob es, wenn hier ein großer Militärluftschiffhafen entstehen würde, vorteilhaft wäre, mit der Militärverwaltung einen Vertrag abzuschließen, wonach ihr dann das Terrain verpachtet oder verkauft wird, das kann heute noch kein Mensch wissen, und das können wir auch der Zukunft überlassen.

Herr Stadtv. Steinbrecher schien bedenklich zu sein wegen des Vertreters, den wir in den Aufsichtsrat entsenden sollen. Ich habe mir auch gedacht, daß wir bei der Wahl des Vertreters sehr vorsichtig sein müssen, denn seine Befugnisse sind unter Umständen von sehr schwerwiegender Bedeutung für das Wohl der Stadt. Aber ich meine, das werden wir fertigbringen, einen Vertreter zu wählen, der nicht nach seiner eigenen Ansicht, sondern nach unseren Instruktionen seine Stimme abgibt und auch gegebenenfalls sagt: Ich lege Widerspruch gegen die Maßnahme, die getroffen werden soll, ein. Es ist doch nicht schwer, die Stadt gegen irgendwelche

Überraschungen zu sichern; ich glaube nicht, daß wir in der Hinsicht Besorgniß haben müßten.

Daß alle Städte demnächst Luftschiffhäfen erhalten werden, wie es Herr Steinbrecher als sicher hinstellt, wage ich nicht zu unterschreiben. Es ist das möglich; aber ich glaube, wir würden noch eine ganze Reihe von Jahren warten müssen, bis wir auf die Weise einen Luftschiffhafen bekommen würden.

Den Passus wegen der Passagiere, den Herr Steinbrecher anführt, hat er nicht recht verstanden: Nur wenn kein Passagier von oder nach Braunschweig fahren will und wenn gleichzeitig technische Schwierigkeiten hinzukommen, nur dann ist die Delag berechtigt, ihre Luftschiffe hier nicht landen zu lassen. Das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem, was Herr Steinbrecher zunächst sagte.

Herr Steinbrecher ist weiter eingegangen auf die Verhandlungen im Landtage. Großen Zweck hat es nicht, diese Verhandlungen hier nochmals zu erörtern. Der Landtag hat seinen Beschluß gefaßt, und wir müssen uns mit dem abfinden, was er beschlossen hat; ändern können wir es nicht. Halten wir die Forderungen, die der Landtag aufgestellt hat, für unannehmbar, dann werden wir die Sache ablehnen müssen, weiter bleibt uns nichts übrig. Im übrigen lag die Sache nicht so, wie Herr Steinbrecher sagte. Es hat sich nicht darum gehandelt, daß wir für 200 000 *M* anstatt für 800 000 *M* das Gelände kaufen sollten, sondern es war eine unangenehme Klausel dabei, die in Kauf genommen werden mußte. Sie ging dahin: Die Stadt zahlt einstweilen nur 200 000 *M*, wenn aber das Terrain zu anderen Zwecken verkauft oder verwertet werden sollte, teilt sie mit dem Staate den Gewinn, der dabei herauskommt. Ein solches gemeinsames Geschäft hat immer seine Bedenken, und ich persönlich habe im Landtag schließlich erklärt: So hoch mir sonst wohl der Kaufpreis erschiene, würde ich ihn doch akzeptieren und auch dafür stimmen, weil ich allerdings der Ansicht bin, daß der Kaufpreis von 800 000 *M*, der jetzt mit 200 000 *M* und in 20 Jahren mit noch 600 000 *M* bezahlt werden soll, annehmbar erscheint. Daß er niedrig ist, kann kein Mensch behaupten, und daß es schwer ist, das Geld zu beschaffen, erkenne ich an. Aber wenn wir die Preise bedenken, die jetzt schon in der Nähe der Stadt für Grundbesitz bezahlt werden, dann können wir sagen: Annehmbar ist der Preis doch.

Weiter hat Herr Stadtv. Steinbrecher auf Magdeburg und Hannover hingewiesen und ausgeführt, daß wir durch Anlage des Luftschiffhafens diese beiden Städte ins Hintertreffen brächten. Darüber bin ich der Meinung: Jede Stadt hat die Pflicht und Schuldigkeit, für ihre Interessen zu sorgen, und wenn die Nachbarn Städte darunter leiden, kann uns das nicht bestimmen, anders zu handeln. Wir stehen wohl freundschaftlich mit den beiden Städten, aber es ginge zu weit, wenn wir sagen wollten: Wir wollen auf den Luftschiffhafen verzichten, damit ihn Magdeburg und Hannover bekommen. Ich glaube, es ist nicht von der Hand zu weisen,

daß Hannover oder Magdeburg, vielleicht auch beide, die beste Aussicht hätten, den Vorteil zu erringen, den wir Ihnen hier vorschlagen.

Daß das Aerkeröder Feld so sehr für Luftschiffhafen-Zwecke geeignet sein sollte, daß nun in der ganzen weiten Umgegend auf viele Kilometer hinaus ein Luftschiffhafen nicht anders als hier errichtet werden könnte, das trifft nicht zu. Zum Beispiel ist mir von einem Sachverständigen gesagt, daß Halberstadt erheblich günstiger für die Luftschiffahrt gelegen sei als Braunschweig. Das sind jedoch Verhältnisse, die ich nicht nachprüfen kann; aber mit den Tatsachen, die uns gegeben sind, müssen wir uns abfinden.

Die Hauptfrage ist und bleibt, ob die Errichtung eines Luftschiffhafens Vorteile für Braunschweig bringt. Herr Steinbrecher bestreitet, daß die Geschäftsleute Vorteile davon haben werden. Der Herr Referent hat hervorgehoben, was auch unsererseits anerkannt wird, daß eine Gewähr dafür, daß die Geschäftswelt große Vorteile haben wird, nicht übernommen werden kann. Es hat meiner Ansicht nach auch keinen Zweck, im einzelnen auf die Sache einzugehen und zu sagen: Es wird vielleicht eine Wasserstoffabrik, eine Fabrik, in der Flugzeuge repariert und neue gebaut werden, hier entstehen. Wissen können wir das nicht, aber die Möglichkeit liegt vor. Wir waren der Ansicht, bei den Vorwürfen, die dem Magistrat in letzter Zeit hier und da gemacht sind, er wäre rückständig und verstehe nicht, großzügige Politik zu treiben, müßten wir in diesem Falle unserer Überzeugung Ihnen gegenüber Ausdruck geben. Wir waren sogar der Ansicht, die Herren würden es als verwunderlich empfinden, wenn der Magistrat nicht mit dieser Sache gekommen wäre. (Sehr richtig.) Sollten die Herren aber der Ansicht sein, daß das Opfer, welches von der Stadt verlangt wird, allzu groß ist, so ist unser Standpunkt der, daß wir meinen: Wie weit die Mittel der Stadt uns in den Stand setzen, derartige Projekte zu fördern, auch durch Aufwendung nicht unerheblicher Mittel, das können Sie ebenso gut beurteilen wie wir, vielleicht noch besser. Ich will aber nicht unterlassen, die Bemerkung, die Herr Steinbrecher über unser Defizit gemacht hat, etwas einzuschränken. Es ist nicht gerade erfreulich — das gebe ich zu —, wenn die Rechnung nicht so ausfällt, wie der Etat vorgesehen hat. Man wird dann immer dem, der den Etat aufgestellt hat, den Vorwurf machen, er verstehe nicht zu rechnen. Im vorigen Jahre ist bekanntlich im Haushaltsplan ein Fehlbetrag von 208 000 M vorgesehen gewesen. Wir haben gestern die Rechnung für das vorige Jahr abgeschlossen, und wenn die Rechnung stimmt, so werden wir einen Überschuß haben, der noch größer ist, als der angenommene Fehlbetrag. (Beifall.) Das liegt daran, daß die Steuerkraft der Stadt ohne Frage erheblich gewachsen ist, denn es handelt sich, wie ich gesehen habe, wesentlich um erhöhte Einnahmen. Das kann weder der Magistrat, noch können Sie es im voraus wissen, und deshalb will ich als derjenige Beamte, der für den Etat verantwortlich ist, gern den Vorwurf hin-

nehmen: Er ist schlecht aufgestellt gewesen, nachdem wir diesen Ueberschuß erzielt haben. (Beifall.)

Vorsitzender: Auf einige Ausführungen, die ich im Landtage gemacht habe und auf die Herr Steinbrecher Bezug genommen hat, kann ich nicht eingehen, da ich von dieser Stelle aus nicht in die Debatte eingreifen darf. Ich bemerke nur, daß die Ausführungen des Herrn Steinbrecher darüber nicht in allen Punkten zutreffen.

Stadtv. Hartung: Herr Stadtv. Steinbrecher hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er uns dargestellt hat, wie nach seiner Ansicht diese Vorlage nicht etwa von allgemeinen Gesichtspunkten ausgegangen, sondern als die Idee einiger Herren aufgetreten sei, gegen deren soziale Stellung er einige entschiedene Bedenken hatte. Herr Steinbrecher ist so weit gegangen, daß er diesen, wie ich glaube, als unpolitisch zu bezeichnenden Verein für Lustschiffahrt mit dem Flottenverein und mit dem Wehrverein — gegen die Herr Steinbrecher eine Antipathie zu haben scheint — auf eine Stufe gestellt hat. Ich glaube deshalb, daß man nicht fehlgehen wird, wenn man sagt: Herr Steinbrecher scheint mit einigen Vorurteilen an die Vorlage herangegangen zu sein. Wenn man seine weiteren Argumente prüft, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß mindestens eine ganze Reihe seiner Gründe etwas weit hergeholt ist.

Es ist zunächst — um nur einiges herauszugreifen — darauf hingewiesen, daß möglicherweise durch die Anforderungen des Kriegsministeriums neue Ausgaben für die Stadt entstehen würden. Das ist doch eine Vermutung, die durch nichts gerechtfertigt ist. Der Vertrag läßt klar erkennen, daß die Stadt keine solche Verpflichtungen anerkennt.

Es ist weiter gesagt: Wenn der betreffende General oder die sonstige maßgebende militärische Persönlichkeit Anforderungen stelle, werde der Vertreter der Stadt nicht widersprechen, sondern sich fügen. Das ist eine Vermutung, die vollständig in der Luft schwebt und wenig Vertrauen gegen die städtische Vertretung zu erkennen gibt. — Als ein besonderer Grund gegen die Unterstützung des Unternehmens ist noch hervorgehoben, daß das Kriegsministerium schließlich die ganze Anlage für sich erwerben möchte. Der Herr Oberbürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, daß von einem entsprechenden Rechte des Kriegsministeriums nicht die Rede sein könnte. Im übrigen bin ich der Ansicht: Wenn Herr Steinbrecher auf dem Standpunkt steht, daß das Geschäft ein gewagtes ist, so ist es inkonsequent, wenn er meint, es wäre ein Unglück, wenn das Kriegsministerium uns die Sache wieder abnimmt. Konsequenterweise müßte Herr Steinbrecher sagen, es wäre erfreulich, wenn der Kriegsminister die Sache übernimmt. Viele von uns

werden der Ansicht sein, daß diese Tatsache für die Stadt die günstigste und erfreulichste Wendung der Angelegenheit sein würde.

Ich habe diese Punkte herausgegriffen, um hervorzuheben, daß das von Herrn Steinbrecher Vorgebrachte nicht für uns maßgebend sein kann. Wenn weiter gesagt wird, das Ganze sei ein gewagtes Geschäft, bei dem man nicht wisse, ob die großen Vorteile für die Stadt wirklich herausspringen würden, so gebe ich das ohne weiteres zu. Keiner von uns wird die Empfindung los werden, daß er vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt ist, und es wird keinem von uns leicht sein, diese immerhin beträchtliche Last auf die Stadt zu übernehmen. Ich glaube aber auch, daß die meisten der Herren mit mir der Ansicht sind, daß die Gründe, die der Magistrat anführt, und denen bereits die Baukommission beigegeben hat, auch für uns bestimmend sein müssen, die Vorlage anzunehmen, wenn wir auch nicht nach Heller und Pfennig berechnen können, wie groß der Vorteil für die Stadt sein wird. Ich bin überzeugt, daß die Geschäftswelt der Stadt auf diesem Standpunkt steht.

Herr Steinbrecher hat schließlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, wenn wir diese Belastung der Stadt auf uns nehmen, dadurch anderweitige sozialpolitische Aufgaben leiden könnten. Das wäre ein Grund, der sich hören läßt. Ich glaube aber, daß wir, wie unser Etat steht, nicht ernstlich werden fürchten müssen, daß die jährliche Ausgabe von 30 000 M so einschneidend in unsere finanziellen Verhältnisse sein würde, daß andere Aufgaben, die die Stadt erfüllen muß, darunter leiden. Meiner Ansicht nach trifft demnach auch dieser Grund nicht zu. Daß im übrigen das Geschäft an sich — die Erwerbung des Landes — ein gewagtes Geschäft wäre, glaube ich kaum zugeben zu können. Wir müssen doch mit einer normalen Entwicklung rechnen, und dann wird es für die Stadt kein wesentliches Risiko sein, wenn sie dieses Terrain, das nicht weit von der Stadt entfernt liegt, zu einem Preis übernimmt, der nicht als phantastisch zu bezeichnen ist und, wie vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehoben, mit den Preisen, die für ähnliches Terrain gezahlt sind, übereinstimmt.

Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen. Es wird in der Tat praktischerweise nur möglich sein, das Ganze abzulehnen oder anzunehmen. Würden wir auf die Einzelheiten zu sprechen kommen, so würden vielleicht manche Wünsche hervorkommen, dieses oder das günstiger zu fassen. Es liegt aber klar, daß für uns nur die Frage gestellt werden kann: Wollen wir die ganze Vorlage mit dem Vertrag annehmen oder nicht. Unter diesen Umständen bitte ich, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. **Sander:** Ich bin insoweit von der Vorlage begeistert, als wir dadurch die Gewißheit haben, einen Luftschiffhafen herzubekommen und Braunschweig auszuersiehen ist, als Hauptpunkt der Luftschifflinie ausgewählt zu sein. Ein Vermut-

tropfen ist allerdings in den Freudenbecher gefallen durch das Grundstücksgeſchäft. Ich bin der Meinung, daß der Preis von 800 000 M für dieſes Gelände mindestens ſehr hoch iſt, denn es wird mindestens 2 bis 3 Generationen dauern, bis das Gelände realisiert iſt, wenn es nicht durch Anlage dieſes Luftſchiſſhafens realisiert wird. Wie Sie wiſſen, hat ſich die Bautätigkeit in Braunschweig nach dem Oſten zu ausgebreitet. Der neue Bahnhof und andere Anlagen geben auch eine Entwicklungsmöglichkeit für Wohnhäuser nach Süden. Der Weſten und Norden iſt noch vollſtändig frei. Für ihn gibt es nur eine Entwicklung durch Fabrikgebäude uſw., und dieſe Entwicklungsmöglichkeit wird wieder hinausgeſhoben durch Anlage des neuen Bahnhofes, der im Süden der Stadt gebaut wird und wo ſich die Bautätigkeit jedenfalls entwickeln wird. Ich bin über das Geſchick des Nordens ſehr peſſimiſtiſch geſtimmt und ſage mir, daß zu erwerbende Grundſtück hätte noch 80 Jahre liegen können, ohne daß der Staat an eine Realisierung gedacht hätte. Meiner Meinung nach macht der Staat jetzt ein ſehr gutes Geſchäft. Etwas annehmbarer wird die Sache ja dadurch gemacht, daß wir die Reſtzahlung von 600 000 M erſt in 20 Jahren zu leiſten brauchen. Dadurch wird die Zinſenlaſt für das Grundſtück weſentlich gemindert. Trotz aller großen Opfer bin ich doch für die Vorlage, und zwar aus den von dem Herrn Referenten ſchon angeführten Gründen. Ich bin feſt überzeugt, daß die Anlage des Luftſchiſſhafens in wirtſchaftlicher Beziehung unſerer Stadt große Vorteile bringen wird, inſbeſondere allen Geſchäftsleuten und auch dem Bauhandel. Ich habe auch noch einen anderen Grund, der für die Vorlage ſpricht. Der nördliche und weſtliche Stadtteil iſt ſeit langen Jahren vernachläſſigt, die Bautätigkeit hat ſich, entgegengeſetzt der Sachlage in anderen Städten, mehr nach Oſten ausgebreitet. Wenn nun der neue Bahnhof weit hinausgebaut wird, dann wird der Weſten und Norden noch weiter aus dem Verkehr entzückt. Da bietet uns der Luftſchiſſhafen eine gewiſſe Entſchädigung für den nördlichen Stadtteil. Aus dieſen Gründen bin ich dafür, daß wir das Opfer bringen und die großen Summen bewilligen.

Über Herrn Steinbrecher habe ich mich in einer Hinſicht gewundert, nämlich, daß er ſich mit ſeinen Genossen im Reichstag in gewiſſer Beziehung in Widerſpruch ſetzt. In der geſtrigen Verſammlung des Reichstags hat der Abgeordnete Noſke erklärt, er könnte für die Vermehrung der Kavallerieregimenter nicht ſtimmen, es wäre richtiger, daß der Staat die nötigen Mittel für das Flugweſen aufbringe. (Zuruf: Ja, der Staat!) Nun, das iſt wohl gleichgültig, ob das Reich, der Staat oder die Stadt da eintritt. Herr Noſke will doch die militäriſche Sache damit gefördert wiſſen, während Herr Steinbrecher den Zusammenhang mit dem Militär als Ablehnungsgrund betrachtet.

Ich bin der Meinung, daß wir der Vorlage unbedingt zuſtimmen müſſen; man würde uns im deutſchen Reiche nicht verſtehen, wenn wir — trotzdem wir große

Opfer bringen müssen — die Sache ablehnen würden. Man würde uns auch in Bürgerkreisen nicht verstehen, denn im allgemeinen ist die Stimmung so, daß gesagt wird: Der Luftschiffhafen muß geschaffen werden, wenn wir mit unserer Stadt nicht ganz hinterherkommen sollen. Wir haben lange genug unter dem Druck der schlechten Bahnverhältnisse gelitten und würden wieder leiden, wenn beispielsweise Halberstadt oder Magdeburg auf ihre Bemühungen hin den Luftschiffhafen erhalten würden. Dann wären wir auf absehbare Zeit wieder ausgeschaltet. Ich empfehle, die Vorlage zu genehmigen.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren Vorredner haben bei den Ausführungen des Herrn Steinbrecher darin einen gewissen Widerspruch erblicken wollen, daß er seine Freude über die geniale Erfindung aussprach und doch die Mittel für den Luftschiffhafen nicht bewilligen will. Ferner hat Herr Sander es als Widerspruch empfunden, daß Herr Steinbrecher nichts für den Luftschiffhafen bewilligen will, während Herr Roske im Reichstag für Förderung des Luftschiffwesens eingetreten ist. Ja, wenn Abgeordneter Roske das getan hat, so hat er das sicher nicht im Interesse des Luftmilitarismus getan, sondern zur Förderung der Luftschiffahrt im Interesse des Handels und des Verkehrs, damit sie das werden soll, was sie hätte werden müssen. Wenn Sie die Rede prüfen, so werden Sie finden, daß meine Ansicht richtig ist. Es gibt wohl niemanden auf Erden, der sich nicht freut über diese geniale Erfindung und diesen Fortschritt des Menschengesistes. Jeder von uns hat wohl einmal den Wunsch gehabt, sich gleich dem Vogel von der Erde erheben zu können und seinen Weg auf der kürzesten Linie durch die Luft zu nehmen. Aber damit ist nicht gesagt, daß man hier alles unter Hussa und Hurra annimmt. Herr Steinbrecher hat durchaus recht: Die Sympathie für die Erfindung leidet darunter, wenn man sieht, wie sie sofort von dem kulturvernichtenden Militarismus ausgenutzt wird. Alles andere tritt daneben in den Hintergrund, das Verkehrswesen wird gar nicht mehr berücksichtigt. Die Luftschiffahrt ist nur noch ein Sport: für die oberen Zehntausend soll sie ausgenutzt werden. Der Herr Oberbürgermeister sagt: Wir müssen helfend eingreifen, ja, gewiß, wenn nicht in dieser unglückseligen Weise verfahren wird, bin ich auch dafür, helfend einzugreifen. Da die Stadt schon genug Aufgaben zu erfüllen hat, so würde es richtiger sein, wenn der braunschweigische Staat kräftig eingegriffen hätte. Aber wie so oft schon, sehen wir auch hier, daß der Landtag aus Antipathie oder aus Haß gegen den „Wasserkopf“ Braunschweig uns die Lasten aufzuhalsen und sich freizuhalten sucht. Schon aus diesem Grunde kann ich nicht für die Vorlage stimmen. Dann kommt hinzu, daß es aussieht, wenn wir die Vorlage bewilligen, als wenn wir im Gelde schwimmen. Hier liegt ein Millionenprojekt vor, und es

wird sehr leicht darüber hinweggegangen, während wir andere Aufgaben zu erfüllen haben, die uns näher liegen. Erst kürzlich bei der Beratung der Müllabfuhr ist noch aufs genaueste gerechnet worden. Wir können nicht die verhältnismäßig geringe Summe aufbringen, ohne eine Extragebühr zu erheben. Das Schwimmbad, auf das wir seit Jahrzehnten warten, ist immer noch nicht geschaffen; die Bahnhofsfraße bringt eine Menge Kosten und auch noch andere Einrichtungen müssen geschaffen werden. Aber dazu ist kein Geld da. Mit Hurra geht es an diese Sache heran, weil es eine „nationale“ Sache ist und — wie Herr Frühling sagt — das allgemeine Interesse dabei ins Auge zu fassen ist. Ich bezweifle, daß dieses dabei sehr in Frage kommt. Herr Steinbrecher hat recht: Das Interesse einer Anzahl hochstehender Herren ist es, daß die Sache treibt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man noch andere sehr interessierte Gesellschaftskreise dabei beteiligt sieht, die auch die Luftschiffahrt in Braunschweig fördern wollen: Ich meine die Luftschiffindustriellen. Wenn wir auch gesehen haben, wie die Waffenfabrikanten, Krupp und die sonstigen Herren, auf den Militarismus einwirken, welche skandalösen Zustände ans Licht gekommen sind, dann steht für mich zweifellos fest, daß die deutsche Luftschiffindustrie auch hier dahinter steckt, fortgesetzt anbohrt und Staat und Gemeinden zu gewinnen sucht, damit sie möglichst viel Profit einstecken können.

Daß das Luftschiffwesen sich nicht als Verkehrsmittel entwickeln wird so wie die Dampfschiffahrt und die Eisenbahnen, steht für uns alle fest, auf absehbare Zeit wenigstens wird das nicht geschehen. Auch die Sachverständigen glauben nicht daran. Wie gesagt: Es dient hauptsächlich dem Militarismus, und in zweiter Linie kommen in Betracht diejenigen besitzenden Herrschaften, die bis jetzt den Automobilspport betrieben haben und mit der Luftschiffahrt ein neues Feld bekommen haben, wo sie sich betätigen wollen. Dazu wollen sie die Hilfe des Reiches und der Stadt heranziehen. Sie dabei zu unterstützen, dazu haben wir keine Veranlassung! Das muß ein Grund mit sein für die, die die ärmeren Klassen vertreten, daß sie nicht Summen bewilligen, die anderweitig besser verwendet werden können.

Was das Grundstücksgeschäft anbetrifft, so hören wir: Mit 17 000 *M* soll das Hektar gekauft werden, und wenn später die Militärverwaltung das Terrain übernimmt, soll es ihr mit 16 000 *M* für das Hektar, also mit Verlust überlassen werden. Das ist ein eigentümliches Verfahren, welches da beobachtet werden soll. Es wird mit Hurra gearbeitet und nicht gefragt, ob es nötig ist, die Ausgaben zu machen, die Begeisterung, die einzelne Herren für das Luftschiffahrtwesen haben, soll dazu dienen, die Gründe, die nicht vorliegen, zu ersetzen. Meine Freunde und ich, wir können uns nicht bereit erklären, die Vorlage anzunehmen.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Wünscht einer der Herren gegen den Schluß zu sprechen?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich muß bitten, die Beratung über diese Sache noch nicht zu schließen, denn nach dem Bericht des Herrn Frühling ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kommission die Einzelheiten der Paragraphen gar nicht beraten hat, sondern lediglich in Bausch und Bogen an die Sache als etwas Unberührbares herangegangen ist, und infolgedessen das durch eine Plenarberatung nachgeholt werden muß. Ferner ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in einer derartigen, finanziell unsere Stadt so sehr berührenden Sache die Finanzkommission nicht gehört ist, während sie um irgendwelcher Bagatellen willen zugezogen wird, und die finanzielle Seite von der Baukommission kaum geprüft zu sein scheint.

Vorsitzender (auf eine Wortmeldung hin): Ich kann einem anderen Redner das Wort jetzt nicht erteilen, sondern habe jetzt über den Schluß der Debatte abstimmen zu lassen. (Auf Anfrage aus der Versammlung.) Der Schluß ist von Herrn Busch beantragt.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich beantrage, nicht heute über die Sache abstimmen zu lassen, sondern sie wegen nicht genügender Vorberatung an die Baukommission zurückzuverweisen.

Vorsitzender: Ich kann dem nicht entsprechen, nachdem die Schlußabstimmung geschehen ist.

Stadtv. **Frühling** (Schlußwort als Referent): Ich muß mich dagegen wenden, wenn Herr Dr. Jasper Bedenken äußert, daß die Einzelheiten in der Baukommission nicht beraten sind. Selbstverständlich haben wir in der Kommission vorausgesetzt, daß die Herren die einzelnen Paragraphen durchgelesen haben. Es ist doch nicht nötig, daß alle Einzelheiten in der Kommission vorgelesen und durchgenommen werden, es genügt meiner Ansicht nach, wenn den Herren Gelegenheit gegeben ist, Bedenken gegen einzelne Paragraphen vorzubringen. Das ist nicht geschehen, aber übers Knie gebrochen ist die Sache in der Kommission durchaus nicht.

Sonst hat sich in der Hauptsache nur Herr Steinbrecher gegen die Vorlage geäußert. Seine Ansichten sind ja schon widerlegt. Ich kann mich deshalb kurz fassen und möchte nur auf eins hinweisen. Durch Herrn Steinbrecher und Herrn Stegmann ist immer wieder darauf hingewiesen, daß im Hintergrund der Vorlage

einzelne Personen und besondere Gruppen gestanden hätten und dafür maßgebend gewesen wären. Gleichzeitig hat aber Herr Steinbrecher erklärt: Wer nicht einsähe, daß Braunschweig nicht umgangen werden könnte, daß sie die gegebene Stadt für die Errichtung eines Luftschiffhafens sei, der müßte nach Königsutter. Wenn das so klar liegt, dann wundere ich mich, daß die Herren noch einen anderen Grund dafür suchen, daß Braunschweig als Luftschiffhafen genommen werden soll. Wenn übrigens Herr Steinbrecher meint, daß hier von selbst ein solcher Hafen herkommen würde, so ist das ein Irrtum. Damit wir ihn hierher bekommen, ist nötig, eine Unterstützung vom Reich im Betrage von jährlich 30 000 *M*, eine Unterstützung vom Staat von jährlich 25 000 *M* und noch eine Unterstützung von der Stadt von jährlich 25 000 *M*. Das sind zusammen 80 000 *M*, die jährlich gezahlt werden müssen, damit das Unternehmen zustande kommt. Es ist ferner notwendig, daß sich eine Gesellschaft bildet, die eine Million Mark aufbringt. So selbstverständlich ist es also nicht, daß der Hafen hier errichtet wird. Alle diese Vorbedingungen sind jetzt erfüllt und dadurch haben wir Gelegenheit, daß der Luftschiffhafen hierher kommt. Ich bitte Sie, die Gelegenheit zu benutzen und für Errichtung des Hafens mit zu sorgen, indem Sie die Vorlage annehmen.

Vorsitzender: Ich kann Herrn Steinbrecher eben das Wort nicht zur Debatte erteilen, wohl aber zu einer persönlichen Bemerkung.

Stadtv. Steinbrecher (persönliche Bemerkung): Ich möchte nur das eine richtigstellen: Ich habe behauptet, daß Herr Dr. Wolters im Landtage erklärt habe, die 900 000 *M* auf die Stadt zu übernehmen, wäre nicht zu verantworten. Herr Dr. Wolters hat erklärt, das wäre unrichtig. Nun habe ich den stenographischen Bericht hier; darnach hat Herr Dr. Wolters folgendes erklärt:

„Nun der Hauptpunkt. Ist die Stadt Braunschweig wohl in der Lage, auf 20 Jahre hinaus den Betrag von je 45 000 *M*, wie der Antrag der Kommission hier wünscht, zu zahlen? Es ist von dem Herrn Staatsminister hingewiesen mit vollem Recht auf die Finanzlage der Stadt Braunschweig. Nun, meine Herren, einen Betrag von 900 000 *M* auf den städtischen Etat dauernd zu nehmen, würde eine außerordentlich gefährliche Maßnahme sein. Der Voranschlag des Haushalts der Stadt von 1913 mußte mit einem Fehlbetrage von 167 000 *M* abgeschlossen werden.“

Das ist der stenographische Bericht, und da sagt Herr Dr. Wolters, daß meine Mitteilungen nicht zutreffen. Mir liegt nur daran festzustellen, daß meine Behauptung richtig ist, daß Sie es damals als eine gefährliche Maßnahme hinstellten, 900 000 *M* auf den städtischen Etat zu nehmen, und heute anderer Ansicht sind.

Vorsitzender: Ich kann mich von dieser Stelle aus in die Debatte nicht einlassen und bemerke nur, daß ich mich hier zu der ganzen Sache überhaupt nicht, weder zustimmend noch ablehnend, geäußert habe.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Geschäftsordnung): Es tut mir leid, mich im Widerspruch mit der Ansicht des Herrn Vorsitzenden zu befinden. Ich habe mich seit längerer Zeit zur Debatte gemeldet in der Absicht, einen Antrag einzubringen, was ich durch einen vorzeitigen Schluß der Debatte nicht zur Ausführung bringen konnte. Es muß deshalb jetzt noch mein Antrag zulässig sein auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission und bei Ablehnung dieses Antrages in die Einzelberatung einzutreten. Es ist bisher nur abgelehnt, die sachliche Debatte weiterzuführen, man kann doch aber nicht die Verhandlung über die Vorlage abbrechen, ohne daß in die Beratung der Einzelheiten eingetreten wird. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, meinen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender: Ich kann Ihrem Wunsche nicht entsprechen, die Vorlage noch einmal zur Besprechung zu bringen. Einen Antrag von Ihnen kann ich nicht zur Abstimmung bringen, da ich Anträge von Ihnen nicht erhalten habe. Ich bedauere auch, Ihnen zur Antragstellung nicht das Wort geben zu können.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, die Versammlung über ihre Meinung zu befragen und den Vorfall in das Protokoll aufzunehmen.

Vorsitzender: Ich habe keine Veranlassung, die Versammlung um ihre Meinung zu befragen. Ich glaube, die Sache liegt ganz klar.

Es folgt die Abstimmung: über die drei Anträge a b c in der Magistratsvorlage wird einzeln abgestimmt, sie werden angenommen. Darauf werden die drei Punkte insgesamt von der Versammlung genehmigt.

Vorsitzender: Es sind zwei Anträge eingegangen. Zunächst ein genügend unterstützter Antrag von Herrn Stadtv. Diekmann. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Reitwege zu schaffen und zu diesem Zwecke:

1. Die Fortsetzung des Weges jenseits der steinernen Brücke im Bürgerpark bis zum Elektrizitätswerk als Reitweg auszubauen und auf diesem Wege das Verbot, nur im Schritt zu reiten, aufzuheben.
2. Die zur Hennebergstraße führende Brücke, welche fast glatt zementiert ist, mit querlaufenden Rillen behauen zu lassen, damit die Pferde mehr

Halt haben, oder aber die Brücke jeden Morgen früh mit Brand bestreuen zu lassen.

3. Den an Biewegs Garten entlang führenden Sommerweg instand setzen zu lassen, damit dieser lediglich als Reitweg zu benutzen ist, und diesen Weg als solchen auf der linken Seite fortzuführen bis zur Helmstedterstraße.
4. Den von der Helmstedterstraße abzweigenden Kiddagshäuserweg auf der rechten Seite als Reitweg einzurichten und später links fortzuführen bis zum Prinz-Albrecht-Park.
5. Auf dem Bülttenweg eine Seite als Reitweg einzurichten, und zwar vom Exerzierplatz bis zum Bienröderweg und bis zur Stadtgrenze den bestehenden Reitweg in Ordnung zu halten.
6. Die Bordsteine des Reitweges am Exerzierplatz beseitigen zu lassen."

Ein ähnlicher Antrag, der von dem Verkehrsverein gestellt war, ist schon vorhin verlesen und der Baukommission zur Vorberatung überwiesen. Ich überweise auch diesen Antrag der Baukommission. Nein, das ist nicht richtig! Der Antragsteller wird Gelegenheit haben, nach Beendigung unserer Tagesordnung seinen Antrag zu begründen.

Der zweite eingegangene Antrag ist an erster Stelle von Herrn Dr. Jasper unterzeichnet. Auch dieser Antrag ist genügend unterstützt:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Desinfektoren einer Nachprüfung zu unterziehen, die Löhne zu erhöhen, mehr Ruhezeit zu gewähren und die Behandlung anders zu gestalten."

Der Herr Antragsteller wird nachher ebenfalls Gelegenheit haben, seinen Antrag näher zu begründen.

Stadtv. **Munte** (zur Geschäftsordnung): Es ist ja leider schon sehr spät geworden. Es war vorhin von Herrn Dr. Jasper der Wunsch ausgesprochen, wir möchten die Anträge wegen der Sonntagsruhe an erster Stelle behandeln. Die Versammlung hat dagegen beschlossen, den Punkt 22, den Luftschiffhafen betreffend, zuerst zu erörtern. Ich möchte nun, trotzdem es schon so spät geworden ist, die Versammlung bitten, in die Verhandlung über den Punkt, die Sonntagsruhe betreffend, einzutreten, denn ich möchte nicht, daß die Versammlung die Verantwortung auf sich nähme, daß gesagt wird: Wir von den bürgerlichen Parteien seien diejenigen, die den Angestellten im Handelsgewerbe die Sonntagsruhe mißgönnten, und daß Herr Dr. Jasper und seine Freunde als diejenigen hingestellt

würden, die allein ein Herz für die Handelsangestellten hätten, und wir völlig herzlos wären. Ich bitte, in die Verhandlung einzutreten.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Geschäftsordnung): Ich will dem Vorschlage des Herrn Munte nicht widersprechen, sondern habe mich nur wegen der eben verlesenen Anträge zum Wort gemeldet. Nach der Geschäftsordnung hat die Verlesung den Zweck, eine Unterstützung der eingebrachten Anträge zu erhalten. Wenn aber die Unterstützung schon vorliegt, ist es zulässig, die Anträge sofort an die Kommissionen zur Vorberatung zu überweisen. Ich möchte darum gebeten haben, damit eine Beschleunigung der Beratung der Anträge erreicht wird.

Vorsigender: Meine Bemerkung, daß der Antrag an die Kommission verwiesen sei, war lediglich ein Versehen von mir. Zunächst müssen die Anträge von den Antragstellern begründet werden.

Die Versammlung beschließt, in die Beratung der Anträge über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sofort einzutreten.

4. Anträge Kleinknecht und Ohlendorf, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend.

Stadtv. Dr. **Voge** (Referent der Statutenkommission): Der Antrag Kleinknecht lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Statutenkommission, bei der die Angelegenheit über die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ruht, zu ersuchen, sie möge mit Rücksicht auf die Wünsche einer großen Anzahl der Ladeninhaber und mit Rücksicht auf die Ungewißheit, wann die reichsgesetzliche Regelung erfolgt, schon jetzt in die Beratung der Materie eintreten und der Versammlung recht bald ihre Vorschläge unterbreiten.“

Der Antrag Ohlendorf lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Erlaß eines neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe herbeizuführen, durch das die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe vollständig untersagt wird und der Verkauf von Milch, Backwerk, Fleisch und Eis in der Zeit von 7—9 Uhr vormittags gestattet ist.“

Die Anträge sind als Begleitanträge für die bereits in Händen der Statutenkommission ruhende Entschließung über die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe angesehen. Die letzte Verhandlung über diese Materie hat am 23. Mai vorigen Jahres stattgefunden und hat mit einem Beschluß der geehrten

Herrn geendet, der dahin ging, die Weiterberatung bis zur reichsgezüglichen Regelung der Frage auszusetzen. Die Kommission hat sich bei der Beratung der beiden vorliegenden Anträge gefragt: Sind inzwischen neue Momente eingetreten, die ein Abgehen von diesem Beschluß, der vor Jahresfrist gefaßt ist, erwünscht machen? Es sind darüber in der Kommission widerstreitende Ansichten aufgetreten. Man hat aber im Endergebnis doch geglaubt, die Sache fördern zu müssen. Es liegt insbesondere inzwischen die Eingabe vor, die den meisten oder allen Herren zugegangen sein wird, die sich auf die Sammlung von Material erstreckt, aus dem hervorgehen soll, daß jetzt ein größeres Bedürfnis, ja ein dringendes Bedürfnis in der Stadt vorhanden ist, die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen. Nun wissen Sie, daß der Ausschuß, der sich zur Förderung der Einführung der Sonntagsruhe hier gebildet hat, Erhebungen hat veranstalten lassen, aber die Gegner der Sonntagsruhe haben auch Erhebungen veranstalten lassen, und dabei hat sich das Sonderbare gezeigt, daß eine Anzahl von Geschäftsinhabern beide Eingaben unterschrieben haben. Daß das einfach ein Versehen ist, glaube ich kaum, sondern die Leute werden die Eingaben einfach unterschrieben haben, um die Sache los zu werden. Man kann also zweifellos auf diese Eingaben nicht bauen und daraus allein das Bedürfnis der Sonntagsruhe konstruieren. Um nun aber Material zu haben, das uns tatsächlich sicher erscheint, ist die Kommission zu dem Entschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen:

„Eine Deputation aus fünf Mitgliedern, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und vier Stadtverordneten, einzusetzen, welche Erhebungen über das Bedürfnis der Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe anstellen soll.“

Falls dieser Antrag angenommen werden sollte, ist ein zweiter Beschluß gefaßt, der dahin geht, Ihnen zu empfehlen, als Mitglieder in diese Deputation zu wählen: die beiden Referenten der Statutenkommission und der Finanzkommission (Herrn Munte und mich) und die beiden Antragsteller (die Herren Kleinknecht und Ohlendorf).

Stadtv. Munte (Referent der Finanzkommission): Die Ausführungen des Herrn Vorredners geben im wesentlichen die Auseinandersetzungen in der Finanzkommission und in der Statutenkommission, die vereinigt waren, wieder. Es ist dabei noch hervorgehoben, daß möglicherweise bei dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung über diese Angelegenheit vor einem Jahre manche der Herren geglaubt hätten, die reichsgezügliche Regelung käme schnell und gründlich. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß das Reich nicht daran denkt, eine über das ganze Reich sich erstreckende Regelung der Sonntagsruhe anzuordnen, sondern das Reich denkt nur daran, eine Sonntagsruhe von 3 Stunden für das ganze Reich festzusetzen und den Gemeinden zu gestatten, die Bestimmungen zu verstärken und

auch eine allgemeine Sonntagsruhe zur Durchführung zu bringen. Auch über die Erhebung, deren Resultat uns zugegangen ist, wurde viel gesprochen. Es wurde besonders von seiten des Magistrats hervorgehoben, daß die benutzten Zirkulare für die Erhebung ziemlich sonderbar ausgefallen sind, indem man unwichtige Sachen fettgedruckt hatte, dagegen die wichtige Frage nach der statutarischen Einführung der Sonntagsruhe durch die Stadt klein, so daß viele Unterzeichner diese gar nicht gesehen haben werden. Wir sind schließlich alle, mit wenigen Ausnahmen (ich muß mich bei dieser Äußerung einschränken, um den Widerspruch des Herrn Jasper nicht hervorzurufen), zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Material nicht so schwerwiegend und nicht geeignet sein würde, eine statutarische Änderung der bestehenden Bestimmungen herbeizuführen. Ich habe mich inzwischen auch informiert und habe feststellen müssen, daß es große Härten mit sich bringen würde, wenn wir ohne genaue amtliche Prüfung des Materials ein solches Gesetz beschließen würden, und möchte daher die geehrte Versammlung bitten, sich den Vorschlägen der vereinigten Statuten- und Finanzkommission zur Bildung dieser neuen ad hoc eingesetzten Untersuchungskommission anzuschließen. — Man kann nicht ohne weiteres sich nach Städten wie Dresden und Stuttgart richten; man muß auch an die Verhältnisse in den benachbarten Städten, wie Magdeburg, Goslar, Hannover, denken.

Stadtv. Riele: Die Angelegenheit der Sonntagsruhe hat uns nun so oft beschäftigt, aber ein Resultat ist nicht dabei herausgekommen. Wenn die Verhältnisse der Handelsangestellten und Ladeninhaber heute bereits feststehen, indem eine ganze Anzahl von Städten — es sind wohl 50 — die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eingeführt haben, dann könnte man auch wohl hier bei uns damit vorgehen. Der Antrag der Kommissionen bedeutet nach meiner Ansicht nur ein Hinausschieben auf die lange Bank oder ein anständiges Begräbnis des Antrages, weiter nichts. Heute könnte auch Braunschweig sich auf denselben Standpunkt stellen wie die anderen Städte, ohne die Einwände zu beachten, die erhoben werden. Wenn man sich auf solch einen kleinlichen Standpunkt stellt, daß man es für wichtig hält, daß am Sonntagmorgen die Sachsengänger nach dem Trödler kommen und dies und das kaufen wollen, dann ist das eben so windig und lustig wie die Arbeit, die wir vorhin erledigt haben. Auf die reichsgesetzliche Regelung sollte man keinen Wert mehr legen, die kommt zum Sankt Nimmerleinstag. Da man solche sozialen Verhältnisse nicht hat, daß die Angestellten ihre Sonntagsruhe für sich haben, so wird es Zeit, daß man sich dazu bequemt und der zeitgemäßen Entwicklung Rechnung trägt. Daß die notwendigen Bedarfsmittel erhältlich sind, dafür ist in dem Antrag doch gesorgt; für den Verkauf von Milch, Obst und dergleichen sollen die beiden Stunden von 7—9 freigegeben werden, und dann kann sich auch jeder da-

mit versorgt haben. In jeder Beziehung bewegt man sich heute in fortschrittlicher Weise; daß man das hier nicht einsehen kann, ist nicht zu begreifen. Nochmals muß ich sagen: Der Vorschlag der beiden Kommissionen ist nur ein Hinauschieben auf die lange Bank oder ein anständiges Begräbnis des Antrages.

Stadtv. Ohlendorf: Ich habe versucht, Ihnen in voriger Sitzung die Verschleppungspolitik der Reichsregierung und des Reichstages vor Augen zu führen, und muß offen sagen, daß ich in der Kommission den Eindruck gewonnen habe, daß in derselben Art und Weise hier gearbeitet werden soll, wie es der Reichstag getan hat. Begründet habe ich in der vorigen Sitzung den Antrag, wie ich glaube, genügend. Heute möchte ich mit wenigen Worten auf die Gründe eingehen, die die Mehrheit der Kommission veranlaßt hat, meinen Antrag abzulehnen. Ich schide voraus, daß ich die Hoffnung habe, daß das Plenum nicht dem Kommissionsantrage zustimmt, sondern meinem Antrage, der dahin geht, den Erlass eines neuen Ortsstatuts unverzüglich herbeizuführen. Jetzt ist von dem einen Herrn Referenten angeführt, daß die Verhältnisse in den Nachbarstädten berücksichtigt werden müßten. In der Kommission wurde gesagt: die Nachbardörfer, und genannt wurden Elper, Wendeburg, Gliesmarode. Diese Orte sollen die Sonntagsruhe zunächst einführen, und dann wollten wir als Großstadt nachrücken, so lautete die Meinung des Herrn Referenten Munte, der auch sagte, daß er über die Sonntagsruhebewegung nicht genügend orientiert sei. Ich muß sagen: Wenn man von einem Referenten derartiges hört, dann kann man nicht verlangen, daß er hier den Herren vorschlägt, daß ein Antrag, wie ich ihn gestellt habe, angenommen wird.

Vorsitzender: Die angeführte Äußerung des Herrn Referenten war in der Kommission gefallen. Es ist nicht üblich, daß in der Kommission gemachte Äußerungen mit Namensnennung im Plenum wiederholt werden.

Stadtv. Ohlendorf: Das wußte ich nicht. Als Antragsteller bin ich also gebunden, gegen Gründe nicht vorgehen zu können, die gegen meinen Antrag in der Kommission angeführt sind, denn hier ist nur mit wenigen Worten gegen meinen Antrag gesprochen. Ich bedaure, daß Herr Munte das nicht hier in derselben Weise getan hat wie in der Kommission.

Ich habe auch in der Kommission die Meinung gewonnen, daß ich nicht recht hatte, wenn ich in der vorigen Sitzung voraussetzte, daß Sie ohne Ausnahme das Material, welches Ihnen zugesandt ist und welches entschieden für die Sonntagsruhe spricht, durchgesehen hätten. Ich habe den Eindruck gewonnen, namentlich vom Herrn Referenten. . . . Ich weiß nicht, wie ich mich beschränken soll in

meiner Erwiderung, wenn der Referent in der Kommission erklärt, er sei nicht orientiert. Das soll ich hier nicht sagen? Ich weiß nicht, mit welchem Recht mir das verboten werden soll. Das waren die Gründe und dagegen kämpfe ich an.

Vorsitzender: Sie können selbstverständlich die von dem Referenten angeführten Gründe mit Ihren Gründen bekämpfen, nur muß ich betonen, daß es nicht üblich ist, die Äußerungen eines Kommissionsmitgliedes in der Kommission hier mit Namensnennung zu wiederholen.

Stadtv. Ohlendorf: Ich muß es nochmals aussprechen, daß ich nicht den Eindruck hatte, daß die Herren es für nötig gehalten hatten, sich über diese Bewegung auf dem laufenden zu halten. Ich will mir deshalb erlauben, Ihnen in Kürze einige Gutachten von Organisationen im Handelsgewerbe, von Handelskammern hier vorzutragen, nicht ganz, sondern nur auszugsweise. Es sind dieses Orte, in denen die völlige Sonntagsruhe eingeführt ist. Da schreibt zunächst die Handelskammer von Stuttgart: „Von der Stuttgarter Geschäftswelt sind keine Klagen über die völlige Sonntagsruhe laut geworden.“ Die Nürnberger Handelskammer schreibt: „Auf ihre Zuschrift teilen wir Ihnen mit, daß sich die völlige Sonntagsruhe in Nürnberg dermaßen eingeführt hat, daß die sämtlichen beteiligten Kreise (Konsumenten und Gewerbetreibende) deren Fortbestand wünschen.“ In derselben Weise schreibt eine ganze Anzahl von Handelskammern und Organisationen selbständiger Kaufleute, und auch einzelne Geschäftsinhaber, die gar nicht befragt worden sind, sprechen sich lobend aus, daß sie angenehm enttäuscht gewesen sind, da sie früher geglaubt hätten, sie würden durch die völlige Sonntagsruhe geschädigt werden. Sie freuen sich über die Wohltat, die sie erhalten dadurch, daß sie jetzt die Sonntage mit ihrem Personal frei haben.

Nun ist die stattgehabte Abstimmung der Geschäftsinhaber bemängelt worden. Man kann darüber denken, wie man will; ich bin aber der Meinung: Selbst wenn der Magistrat eine Abstimmung vornehmen läßt, so werden doch ähnliche Mängel vorkommen. Die Leute, die ihre Meinung sagen sollen, werden aus einer gewissen Gleichgültigkeit heute so und morgen so denken. Das wäre kein Grund, der gegen die Einführung der Sonntagsruhe spricht, sondern für dieselbe. Es ist immerhin ein wertvolles Resultat, das gezeitigt worden ist, wenn man sich die große Zahl der Stimmen vor Augen führt, die aus der braunschweigischen Geschäftswelt sich für die Einführung der Sonntagsruhe erklärt haben.

Meine Herren. Sie wollen momentan nichts tun nach der Richtung hin, daß irgendwelche Fortschritte in der Sonntagsruhe zu verzeichnen sind. Ich habe schon in der vorigen Sitzung erklärt, daß der Magistrat seinerzeit bei Abfassung des jetzt maßgebenden Ortsstatuts hat weiter gehen wollen, als es ausgefallen ist. Der

Magistrat sagte damals in seiner Begründung, mit der er den Entwurf vorgelegt hatte: „Die sämtlichen hier vertretenen Handlungsgehilfenvereine, sowie die Handelskammer und das Kaufmannsgericht teilen mit, daß die Erfahrung, die man in einer Reihe von großen und mittleren Städten mit der statutarischen Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gemacht hat, dafür sprechen, daß die Beibehaltung der reichsgesetzlich zugelassenen 5 Stunden Beschäftigungszeit von 7—9 und 11—2 Uhr an Sonn- und Festtagen weder für die Kaufleute noch für deren Kunden erforderlich und dringend wünschenswert ist.“ Der Magistrat stand also damals schon auf dem Standpunkte, daß es nicht notwendig sei, daß die Arbeitszeit an Sonntagen nach der Richtung hin ausgedehnt wird, wie sie noch heute besteht. Der Magistrat war damals und, wie ich den Eindruck habe, auch heute noch fortschrittlich genug, daß die Arbeitszeit bedeutend verkürzt werden könnte. Was er damals ausführlich dargelegt hat, das trifft heute noch zu. Ich glaube nicht, daß die Herren, die nicht der Kommission angehören, auch der Meinung sind, daß die Einführung der völligen Sonntagsruhe noch keine Eile hat. Einige Herren haben sich ja auch für verpflichtet gehalten, in öffentlichen Versammlungen kundzutun, daß sie ihre Meinung nach dieser Richtung hin geändert hätten. Ich bitte Sie, nehmen Sie meinen Antrag an. Wenn Sie beschließen, wie die Kommission wünscht, dann ist sicher, daß die Angestellten im Handelsgewerbe wieder einige Jahre auf die Sonntagsruhe warten müssen, und mit Recht sträuben sich nach dieser Richtung hin nicht nur die Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe, sondern auch der überwiegende Teil der Handelsherren selbst. Das sehen Sie daran, daß eine große Reihe von Geschäften jetzt schon an den Sonntagen geschlossen hält. Wie ich schon in der vorigen Sitzung gesagt habe: Gegner werden immer da sein, wie bei jeder anderen Neuheit, so auch hier. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß nur die Reihe von den Herren, die sich nicht verpflichtet gehalten haben, mit Ernst diese Frage zu studieren, einfach aus dem Handgelenk heraus sagen: Das geht nicht, der Mittelstand wird damit ruiniert. Ich bitte nochmals, meinem Antrage zuzustimmen, damit endlich dem Handelsgewerbe baldige Besserung in dieser Beziehung gebracht wird.

Stadtv. Dr. Kleinfnecht: Der von der vereinigten Statuten- und Finanzkommission gestellte Antrag — eine besondere Deputation zu ernennen, die in völlig objektiver Weise eine Umfrage bei den verschiedenen Geschäften veranstalten soll, wie sie sich zur Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe stellen — deckt sich, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach, mit dem von mir gestellten Antrage. Wenn dieser Beschluß zur Annahme gelangt, so sind wir damit von dem Beschluß, den wir vor Jahresfrist gefaßt haben, bis zur reichsgesetzlichen Regelung mit der Änderung der Sonntagsruhe in Braunschweig zu warten, ab-

gewichen und so weit gekommen, daß wir nunmehr in eine Beratung der Materie eintreten. Nun wird es, wie ich glaube, kein Mensch der Kommission, den Stadtverordneten und den städtischen Behörden überhaupt verdenken können, daß sie bei dieser hochwichtigen Angelegenheit versuchen, sich selbst zu orientieren, denn wie schon von verschiedenen Herren ausgesprochen ist, hat die Umfrage, die der Ortsausschuß für Einführung der Sonntagsruhe veranstaltet hat, kein ganz eindeutiges Resultat ergeben. Es ist, wie ich gehört habe, verschiedentlich bemerkt worden, daß einige Ladeninhaber für die Umfrage dieses Ausschusses und einige Tage später bei einer Umfrage von gegnerischer Seite gegen ihre erste Entscheidung gestimmt haben. Das ist kein Vorwurf, der dem Ortsausschuß zu machen ist. Es besteht selbstverständlich bei privaten Umfragen der Mangel, daß eine gewisse Parteilichkeit dabei zutage tritt und verschiedene Ladeninhaber damit rechnen, daß ihre Abstimmung an die Öffentlichkeit kommt. Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß noch einige Punkte, die in dieser Umfrage nicht berücksichtigt sind, meiner Ansicht nach in der neuen Umfrage, die bei Annahme des Kommissionsbeschlusses die neue Deputation demnächst zu veranstalten hat, Berücksichtigung finden müssen. Ich halte es deshalb für gerechtfertigt, daß wir heute noch keinen festen Beschluß über die Sonntagsruhe fassen, sondern daß wir die Deputation ernennen, die darauf selbständige Erhebungen veranstaltet, diese ordnet, ihre Urteile darüber abgibt und dann der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge macht.

Meine Herren. Ich bin zwar persönlich, aus Gründen der Pflege der Gesundheit und des Familiensinnes, für die Einführung der völligen Sonntagsruhe und wünsche den betreffenden Herren von Herzen, daß sie einen ganzen Tag in der Woche frei haben. Aber mein Urteil, ob auch wirtschaftlich in unserer Stadt diese Sonntagsruhe in gewünschter Weise durchzuführen ist, kann ich natürlich erst abgeben, nachdem von der neu zu wählenden Deputation die Umfrage erfolgt und beurteilt worden ist. Ich glaube, das wird niemand einem Stadtverordneten, dessen Pflicht doch vollkommene Objektivität ist, zum Vorwurf machen können. Ich wäre gern den Herren, die sich nach der Sonntagsruhe sehnen, entgegengekommen und hätte gern den Antrag gestellt, daß die Arbeitszeit an Sonntagen wenigstens auf 2 Stunden beschränkt würde, wie auch in der Kommission angeregt war. Ich habe mich aber mit dem Antrag der Kommission beschieden, weil ich von verschiedenen Seiten gehört habe, daß schwer eine Einigung zu erzielen ist, ob die Morgenstunden von 7—9 oder die Mittagszeit von 11—1 dafür zu wählen seien. Ich habe gehört, daß die eine Hälfte der Beteiligten sich für die Morgenstunden, die andere für die Mittagsstunden ausgesprochen hat; auch diese Frage würde in der Umfrage mit zu klären sein. Ich muß mich also dem Antrage der vereinigten Kommissionen anschließen und die Herren bitten, eine Deputation zu wählen, die die Sache jetzt in die Hand nimmt. Ich kann nicht finden, daß damit eine Hinaus-

schiebung auf die lange Bank verbunden ist. Wie lange die Umfrage dauert, und wieviel Zeit die Zusammenstellung erfordert, kann ich nicht sagen, aber selbstverständlich geht die Sache nicht in wenigen Tagen oder Wochen. Die Angelegenheit ist auch zu wichtig, als daß man sie übers Knie brechen könnte. Die Arbeiten, die der Ortsausschuß für die Sonntagsruhe geleistet hat, sind dankenswert und werden auch nicht vergebens gewesen sein. Sie werden sehr wohl von der Deputation in dieser oder jener Weise berücksichtigt werden können. Selbstverständlich ist es, namentlich da solche Unstimmigkeiten vorgekommen sind, daß die Deputation sich ein eigenes Urtheil bildet. Ich möchte deshalb die Herren bitten, den Antrag der vereinigten Kommissionen anzunehmen.

Stadtv. Voeshigt: Auch ich habe den Antrag Kleinknecht mit unterschrieben und freue mich, daß diese Vorschläge heute von der Kommission gemacht werden. Ich kann mich nicht auf den Standpunkt des Herrn Ohlendorf stellen, daß dadurch die Regelung auf Jahre hinausgeschoben werde. Der Weg, daß im Rathhaus sich eine Deputation zusammensetzt, daß die Geschäftsherren sich bei dieser Deputation für oder gegen die Sonntagsruhe entscheiden, läßt sich gehen und in kurzer Zeit erledigen. Die Sache ist zu wichtig, so daß wir erst prüfen müssen und heute nicht einfach sagen sollen: Wir nehmen den Antrag Ohlendorf an, oder daß wir dem anderen am weitesten gehenden Antrage folgen und nur 2 Stunden für Sonntagsarbeit festlegen. Es ist hier nicht nur die eine, sondern auch die andere Seite zu hören. Wenn das Material in der Deputation gesichtet ist, dann wird sie es auch prüfen und ihre Vorschläge darnach machen können. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß das, was jetzt aus der Kommission herausgekommen ist, das Richtige ist, nämlich: daß amtlich festgestellt wird, wer von den Geschäftsleuten für oder gegen die völlige Sonntagsruhe ist. Unser verstorbener Vorsitzender sagte: Man muß auch die Minorität berücksichtigen. Wenn die große Minorität sagt: Wir können uns nicht mit der völligen Sonntagsruhe befreunden, aber wir sind damit einverstanden, daß die Arbeitszeit auf 7—9 oder auf 11—1 Uhr festgesetzt wird, dann wird man auch einen Weg finden, auf dem man sich einigen kann. — Bemerken muß ich noch, daß Herr Ohlendorf über Nürnberg doch nicht richtig orientiert sein muß, denn ich war vor 8 Wochen dort und habe zwischen 6 und 7 Uhr Zigarren kaufen können, und die Schlachter-, Bäcker- und Konditorläden waren geöffnet. — Ich bitte, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Stadtv. Dr. Boge: Daß die Frage noch nicht so klar ist, wie Herr Ohlendorf meint, zeigt, daß in den letzten Tagen, seit dem 9. Juni, uns drei Schriftstücke zugegangen sind, worin dem Magistrat und den Stadtverordneten Neuordnungen vorgeschlagen werden.

Wenn Herr Munte in der Sitzung der vereinigten Kommission gesagt hat, er wäre noch nicht genügend orientiert, so liegt das einfach an folgenden Umständen. Bisher ruhte die Angelegenheit lediglich im Schoße der Statutenkommission, und der jetzige Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung hatte bei der Wichtigkeit der Materie auch die Finanzkommission zur Beratung herangezogen. Herr Munte aber erfuhr erst recht spät, daß er das Referat in der Finanzkommission bekommen würde, und hat sich erst orientieren müssen über das, was inzwischen noch eingegangen war. Den Verlauf der Angelegenheit seit der Zeit vor einem Jahre, die Eingaben mit den Unterschriften der beiden Ausschüsse für und gegen die Sonntagsruhe, kannte Herr Munte jedoch nicht. Es war ganz natürlich, wenn er sagte: Ich bin über die neu eingegangenen Sachen nicht orientiert und bitte, die Sache abzulegen.

Über die Frage, wie die Sache durch die Deputation gehandhabt werden soll, bemerke ich: Die Deputation hat einen amtlichen Charakter; es sollen genau die verschiedenen Möglichkeiten der Abstimmung festgelegt werden, es soll die Wichtigkeit der einzelnen Fragen festgestellt werden und es sollen auch Fragen über die Sonderinteressen der einzelnen Berufe mit in die Abstimmungsbogen hinein. Außerdem wollen wir einen Überblick haben über die Einnahmen der Betreffenden im allgemeinen und über die Einnahmen in den Sonntagsstunden insbesondere. Dabei muß natürlich in die Zettel hinein, daß sie nicht zur Kontrolle der Steuererklärungen verwendet werden sollen. Diese Zettel werden von der Deputation nur zu dem bestimmten Zweck amtlich benutzt, zu weiterem aber nicht. Die Fragebogen werden den einzelnen Geschäftsinhabern zugestellt, sie sollen aber keinem Sonderinteressenten oder Konkurrenten in die Hand kommen. Daß die Angestellten alle ohne weiteres für vollständige Sonntagsruhe sind, nehme ich an. Wir müssen aber auch die Interessen der Geschäftsinhaber wahrnehmen. Es ist Herrn Ohlendorf wohl auch bekannt, daß eine Reihe kleiner Kaufleute und selbstständiger Gewerbetreibenden sich schlechter stehen als manche Angestellte im Handelsgewerbe, und gerade deshalb, weil die Frage bezüglich dieser ersteren durch die bisherige Abstimmung nicht genügend geklärt ist, weil diese Leute schwer leiden und in Schutz zu nehmen sind, deshalb sind wir zu diesem Antrage gekommen, um so die Sache weiter zu fördern. Aber die reichsgesetzliche Regelung dauert auch der Kommission zu lange, die will sie nicht abwarten.

Stadtv. Ohlendorf: Die Stellungnahme des Herrn Kleinknecht wundert mich um so mehr, als sein Name in einem Buche steht, welches entschieden für die völlige Sonntagsruhe Propaganda macht. Es wird u. a. darin mitgeteilt, daß durch eine Erhebung, welche im Jahre 1885 stattgefunden hat, sich 52 Prozent von den Braunschweiger Kleinhandelsbetrieben schon damals für die völlige Sonntagsruhe erklärt hatten. Das hat Herr Dr. Kleinknecht mit seinem Namen gedeckt; heute

steht er auf dem Standpunkt, daß es noch nicht an der Zeit sei, vorzugehen, daß noch nicht Klarheit vorhanden sei, um irgend welchen Fortschritt hier schaffen zu helfen. Die Enttäuschung darüber wird bei manchem groß sein. Wenn Sie jeden einzelnen von den in Betracht kommenden nochmals fragen wollen, dann weiß ich nicht, ob Sie dann zu einem anderen Resultat kommen. Meiner Ansicht nach ist die Sache wohl durch die Art und Weise, wie sie bisher behandelt ist, klar genug für jeden. Ich wundere mich allerdings, wenn die Herren, die hier sitzen, bei gewissen Gelegenheiten sagen können: „Wir haben ein ebenso warmes Herz für sie, und Sie können versichert sein, wenn Sie uns aufklären, werden wir auch bei der zukünftigen Behandlung für die Sache eintreten.“ Das war Herr Loeßigk, der vor einem Forum von Handelsangestellten diese Worte sagte. Heute haben Sie das warme Herz von Herrn Loeßigk gesehen, er muß für weiteres Material sorgen. (Heiterkeit.)

Bezüglich Münchens ist es richtig, daß in dem Statut, das die allgemeine Sonntagsruhe festsetzt, erlaubt ist, Ez- und Trinkwaren und ähnliche Sachen zu verabsolgen. Wir wollen ja auch den Verkauf von Milch, Blumen usw. zu gewissen Zeiten an den Sonntagen freigelassen wissen.

Nun ist schon in der Kommission gesagt, und Herr Kleinknecht hat das gestreift, daß eine gewisse Stimmung vorhanden ist für die Festsetzung einer geringeren Stundenzahl im Sonntagsgeschäft. Das wäre ja in etwas wenigstens eine Verbesserung des Ortsstatuts. Da ich nun den Eindruck habe, daß Sie in Ihrer Mehrheit kaum dafür zu haben sein werden, der Einführung der völligen Sonntagsruhe heute zuzustimmen, so möchte ich beantragen, einige kleine Änderungen des Ortsstatuts vorzunehmen, und zwar nach der Richtung hin, daß eine Verbesserung dadurch erreicht wird.

Ich beantrage folgendes:

„1. In § 1 der Satzung, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 16. September 1907 werden die Worte „von 8—9 Uhr“ gestrichen.

2. Der § 2 der fraglichen Bestimmungen erhält folgenden Zusatz: „In den sonstigen Betrieben des Großhandels und den Kontoren dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht beschäftigt werden.“

Ich bitte Sie, nach dieser Richtung hin Ihr gutes Herz zu zeigen, so daß wenigstens eine minimale Verbesserung eintritt, wenn Sie sich nicht entschließen können, die Sonntagsruhe sofort einzuführen. Dann aber bitte ich Sie, mit uns dafür zu sorgen, daß für die allernächste Zeit die völlige Sonntagsruhe eingeführt wird.

Stadtrat **Wagner**: Es scheint mir sehr bedenklich, ohne jede vorherige Untersuchung sich auf eine Änderung des Ortsstatuts einzulassen. Wenn Sie die Sache

so behandeln wie Herr Ohlendorf, dann ist sie natürlich schnell erledigt; dann bestimmen Sie einfach: die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wird eingeführt. Das sind ein paar Paragraphen, die bald ausgearbeitet sind, und damit ist die Sache fertig. Ob aber dadurch nicht ein Teil der Geschäftsleute geschädigt wird, einzelne Geschäfte beispielsweise in der Nähe der katholischen Kirche, wo an Sonntag-Vormittagen besonders lebhafter Verkehr herrscht, das wird doch vorher besonders besprochen werden müssen. Ich glaube nicht, daß die Herren — einschließlich des Herrn Ohlendorf — die Wirkung so genau übersehen können, ob der Fortfall der Stunden von 7—9 Uhr schädlich sein würde, und ob sie nicht viel mehr Wert haben als die Stunden von 11—1 Uhr. Wie Herr Kleinfnecht schon hervorhob, sind die Meinungen darüber doch geteilt. Ich bitte Sie, sehen Sie von einem Flickewerk an dem Statut ab. Kein Angestellter wird Schaden an der Gesundheit leiden, wenn er jetzt noch bis dahin, daß die Sache gründlich vorgeprüft und endgültig zur Beschlußfassung kommt, auch Sonntags von 8—9 Uhr noch im Geschäft verbringt. So lange noch mit der Änderung zu warten, möchte ich unter allen Umständen raten.

Es war hier von Verschleppungstaktik die Rede. Eine solche kann man weder den Stadtverordneten, noch dem Magistrat vorwerfen. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht ein neues Statut schaffen, wenn die reichsgesetzliche Regelung in nahe Aussicht gestellt wird, da wir ein solches nach kurzer Zeit wieder umarbeiten müßten. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß die reichsgesetzliche Regelung noch etwas dauern wird, soll jetzt das Material ohne Verzug gesichtet werden, und dann bekommen die Herren auf Grund der Stellungnahme des Magistrats eine Vorlage. So lange kann das alte Statut doch wohl noch in Geltung bleiben.

Vorsitzender: Zu der Wortfassung des Antrags Ohlendorf möchte ich bemerken: Unter 2 wird beantragt: Der § 2 der Satzung erhält folgenden Zusatz: „In den sonstigen Betrieben des Großhandels und den Kontoren dürfen Gehilfen usw. an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht beschäftigt werden.“ In § 1 des Statuts will Herr Ohlendorf aber aufrechterhalten wissen, daß im Handelsgewerbe von 11—1 Uhr gearbeitet wird. Es wird also nach dem Antrag ein Gegensatz angenommen des Handelsgewerbes gegenüber den Betrieben des Großhandels und in den Kontoren. Es mag, falls dieser Antrag etwa angenommen werden sollte, Sache der Statutenkommission oder einer anderen Kommission sein, diesen Gegensatz aufzuklären. In der Wortfassung scheint mir der Antrag nicht ganz zu stimmen. In dem einen Paragraphen wollen Sie die Beschäftigung von 11—1 Uhr gestatten, im anderen wollen Sie die Arbeit überhaupt verbieten.

Stadtv. Diedmann: Wenn die Kommission jetzt erst noch Erhebungen anstellt, und wenn, wie Herr Ohlendorf sagt, das Interesse für die allgemeine Sonntags-

ruhe in den einzelnen Geschäften so kolossal groß ist, dann hätten diese Geschäfte in der Zwischenzeit die beste Gelegenheit, einmal den Versuch auf das Exempel zu machen und einige Monate lang die Geschäfte an den Sonntagen zu schließen. Sie brauchen nicht zu ängstlich zu sein, daß der Ausfall dadurch zu groß sein würde; die Zeit ist nicht zu lang. Ich erwähne, daß seinerzeit, ehe der obligatorische Geschäftsschluß an Wochentagen abends von 9 auf 8 Uhr festgelegt wurde, in unserer Branche die Läden freiwillig um 8 Uhr geschlossen wurden, und daß es wunderschön ging. Ich bemerke ferner, daß wir freiwillig mittags unsere Läden 1½ Stunden lang geschlossen halten. Wenn sich auch einige Geschäfte davon ausschließen, so hat das nichts zu sagen. Daß wir diesen Beschluß durchführen können, wird dadurch bewiesen, daß er seit 2 Jahren in unserer Branche besteht. Wenn die Geschäfte, die für Sonntagsruhe sind, zunächst freiwillig ihre Läden Sonntags geschlossen halten und ihre Erfahrungen der Deputation bekanntgeben, so würde das jedenfalls angebracht sein. Ich glaube kaum, daß sie irgendwelchen erheblichen Schaden dadurch erleiden werden.

Stadtb. Dr. **Meintnecht**: Herr Ohlendorf hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß mein Name in diesem Buche steht, in dem für vollständige Sonntagsruhe plädiert wird (Widerspruch von seiten des Herrn Ohlendorf), und daß ich jetzt sage: Ich bin dafür, daß noch Erhebungen angestellt werden. Ich habe das, glaube ich, schon gestern in der Kommission aufgeklärt und habe auch heute gesagt, daß ich persönlich dieser Bewegung sehr sympathisch gegenüberstehe, den Herren die Sonntagsruhe sehr wohl gönne und sie mit Rücksicht auf die Gesundheitspflege und auf die Pflege des Familiensinnes für wünschenswert halte; darum habe ich meinen Namen unter diese Veröffentlichung gesetzt. Als Stadtverordneter muß ich aber auch die andere Seite berücksichtigen, denn auch von anderen Seiten sind an mich Anfragen und Bitten herangetreten. Ich muß prüfen, ob die völlige Sonntagsruhe auch wirtschaftlich durchführbar ist. Was gesundheitlich wünschenswert ist, das ist doch nicht immer durchzusetzen. Als Stadtverordneter habe ich das Recht und die Pflicht, die Wirtschaftlichkeit einer solchen Frage zu prüfen. Zu meinem Bedauern bin ich bei der Veröffentlichung dieses Buches als Stadtverordneter aufgeführt. Ich bin aber in den Ausschuß nicht als Stadtverordneter eingetreten, sondern ich habe das als Mitglied des Vorstandes für Gesundheitspflege getan, und das ist ein gewaltiger Unterschied. Diesen scheinbaren Widerspruch möchte ich hierdurch nochmals aufgeklärt haben.

Stadtb. **Loeschigt**: Herr Ohlendorf hat mein warmes Herz gesehen? Das bezweifle ich; er hat es nicht gesehen. Aber wenn er meine Worte gehört und verstanden hat, wie ich sie gemeint habe, dann würde er daraus entnommen haben,

daß das, was ich hier vorgetragen habe, durchaus nicht gegen das ist, was ich den Angestellten und Geschäftsleuten in der Versammlung gesagt habe. Ich habe gesagt: Gott sei Dank, daß wir so weit gekommen sind, daß eine Fortführung der Sache eintreten wird.

Stadtv. Dr. **Weichsel:** Einen Antrag, wie ihn jetzt Herr Ohlendorf in eingeschränkter Form gestellt hat, hatte ich bereits in der Kommission angeregt. Ich habe ihn heute nicht wieder gestellt, nicht etwa aus Vergeßlichkeit oder weil ich meine Meinung geändert habe, sondern aus folgender Erwägung: Wenn Sie eine Kommission wählen und diese vielleicht in sechs Wochen eine Vorlage macht, dann müßten wir nach der kurzen Zeit noch einmal die Statuten ändern. So dringend sind die Verhältnisse doch keineswegs. Deshalb habe ich heute den Antrag nicht gestellt und werde für den Antrag der vereinigten Kommissionen stimmen.

Vorsitzender: Herr Ohlendorf hat seinen Antrag geändert; der erste Teil seines Antrages lautet jetzt:

§n § 1 der Satzung . . . werden die Worte „von 8—9 Uhr und“ gestrichen und nach „Handelsgewerbe“ hinzugefügt „mit Ausnahme der Betriebe des Großhandels und der Kontore.“

Stadtv. **Steinbrecher:** Es wird fortwährend darauf hingewiesen, auch von Herrn Stadtrat Wagner, daß ein großer Teil von Kleingewerbetreibenden vorhanden ist, die von der Einführung der völligen Sonntagsruhe Nachteile hätten. Sie werden bei jeder Vorlage, die sozialpolitische Verbesserungen einführen will, finden, daß ein großer Teil der Unternehmer Gegner sind, und solche Verbesserungen müssen immer gegen eine große Zahl Andersdenkender beschlossen werden. Wenn hier gefordert wird, man solle die Minderheit berücksichtigen, dann kommen wir nie zur völligen Sonntagsruhe. Härten gegen das Unternehmertum sind hierbei nicht zu vermeiden. Das war z. B. bei dem Arbeiterschutzesetz auch der Fall. Wenn solche Gesetze sozialpolitisch notwendig sind, dann müssen sie eben beschlossen werden. So ist es auch bei der Sonntagsruhe, sonst kommen wir nie zum Ziel. Ich bitte Sie, dieses Moment nicht gar zu stark zu berücksichtigen, sonst wird nie etwas aus der völligen Sonntagsruhe.

Stadtv. **Munte:** Zunächst möchte ich Herrn Ohlendorf erwidern, daß ich nicht etwa aus irgendwelcher Befürchtung heraus das eine oder das andere in der Kommission von mir Vorgebrachte hier nicht wiederhole. Ich habe den Eindruck gehabt, daß die Beratungen in der Kommission dazu dienen sollen, die Verhandlungen im

Plenum abzukürzen, damit dort nicht alles wieder von neuem vorgebracht zu werden braucht, wie es leider von Ihnen hier geschieht. Ich habe immer die Empfindung gehabt, daß es Ihre Absicht ist, die Verhandlungen hier zu verlängern — dann können wir die Kommissionsitzungen einfach aufgeben. Aus dem Grunde habe ich die Einzelheiten aus der Kommission nicht erwähnt, nicht weil ich befürchtet habe, daß meine Ausführungen in die Öffentlichkeit kämen.

Was nun die Sache selbst betrifft, so stehe ich auf dem Standpunkte der allgemeinen Sonntagsruhe, kann es aber nicht gutheißen, daß ohne amtliches Material darüber entschieden wird, wenn auch dieser Sommer noch darüber hinginge. Ich habe auch in der Kommission gesagt, daß vor vielen tausend Jahren die Sonntagsruhe eingerichtet gewesen ist; das steht ja in der Bibel. Ich weiß nicht, wie sich die Sonntagsarbeit wieder eingeschlichen hat. Wenn ich das alles hier wiederjagen würde, dann würden wir viel Worte machen und wenig sagen. Ich möchte denn doch zu den anderen gehören, die mit wenig Worten viel sagen. Ich bitte Sie, den Antrag der vereinigten Kommissionen anzunehmen.

Vorsitzender: Ich schließe die Debatte.

Herr Kleinknecht hat seinen Antrag zugunsten des Kommissionsantrages zurückgezogen. Es wird am besten sein, zunächst über den weitestgehenden Hauptantrag des Herrn Ohlendorf abzustimmen, bei Ablehnung dieses Antrages sodann über den Eventualantrag Ohlendorf in seinen beiden Teilen, und schließlich, falls auch der abgelehnt würde, über den Kommissionsantrag.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bin mit der vorgeschlagenen Reihenfolge einverstanden und bitte nur, über die Anträge namentlich abzustimmen.

In der darauf folgenden Abstimmung über den Hauptantrag Ohlendorf entscheiden sich für diesen Antrag die Herren Stadtv. Steinbrecher, Riefe, Almann, Stegmann, Wesemeier, Bunge Ohlendorf, Dr. Jasper, Hesse, Schulz, Schmidt. Gegen den Antrag stimmen die Herren: Gundermann, Schöne, Göcke, Munte, Meyerhoff, Fricke, Busch, Eckhardt, Weichsel, Sander, Helle, Dr. Kleinknecht, Mohr, Dr. Henking, Rasche, Dr. Voge, Frühling, Lange, Ribbentrop, Diedmann, Lauer, Frede, Hartung.

Die beiden Eventualanträge Ohlendorf werden mit gleicher Abstimmung abgelehnt. — Der Kommissionsantrag wird angenommen. Für denselben stimmen die Herren Stadtverordneten Gundermann, Schöne, Göcke, Munte, Meyerhoff, Fricke, Busch, Eckhardt, Weichsel, Sander, Helle, Dr. Kleinknecht, Mohr, Dr. Henking, Rasche, Dr. Voge, Frühling, Lange, Diedmann, Lauer, Frede, Hartung; da-

gegen die Herren Stadtvv. Ribbentrop, Steinbrecher, Riefe, Alßmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Hesse, Schulz, Schmidt.

Darauf werden von der Versammlung die von den vereinigten Kommissionen vorgeschlagenen Herren (Dr. Boge, Munte, Dr. Kleinknecht, Ohlendorf) als Mitglieder der Kommission für die Sonntagsruhe gewählt.

Der Herr **Vorsitzende** schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5½ bis gegen 9 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. Juni 1913.

Tagesordnung:

1. Besuch eines Einwohners um Aufhebung des § 123 Nr. 2 der Straßenpolizeiordnung	Seite 197
2. Nutzbarmachung des vormals Franzischen Feldes	" 198
3. Verkauf eines städtischen Geländes am Andree-Platz	" 201
4. Ankauf von Terrain zur Wittelkindstraße	" 201
5. Beendigung eines Prozesses durch Vergleich	" 202
6. Ankauf von Ständerwerk des abgebrochenen Hauses Ölschlägern 29	" 203
7. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung in der Petristraße.	" 203
8. Beschaffung neuer Ventile für die Maschinen in der Abwässerpumpstation	" 204
9. Nachverwilligung von Mitteln für die Instandsetzung der Dampfspritze I	" 204
10. Gewährung einer Beihilfe an das Kindergärtnerinnenseminar	" 205
11. Beihilfe an den Volkskindergarten	" 205
12. Entsendung von Beamten der städtischen Bauverwaltung nach der Internationalen Bauausstellung in Leipzig	" 206
13. Anschaffung einer zweiten rechnenden Schreibmaschine für die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke	" 207
14. Apiterung und Drainierung von Kieselanlagen	" 207
15. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore	" 207
16. Begründung des Antrages E d h a r d t: Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Kleinen Exerzierplatze	" 209
17. Begründung des Antrages K l e i n k n e c h t, betreffend ausreichende Sprengung der Spielplätze	" 209

18. Einführung der Fernzündung für die Straßenlaternen	Seite 210
19. Nachverwilligung von Kosten für die Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem St. Leonhardplatze	" 215
20. Weitergewährung des Zuschusses an den Vorstand des Evangelischen Vereins	" 217
21. Erwerb einer Fläche an der Wendensstraße	" 221
22. Aufwendungen für das Haus Helmstedterstraße 8	" 221
23. Verwilligung eines Zuschusses zur Ausarbeitung eines Gutachtens	" 221
24. Beteiligung der Stadt an einer Wanderausstellung	" 222
25. Entsendung eines Gerichtsschreibers und zweier Beisitzer des Gewerbegerichts zum Verbandstage in Leipzig (18.—20. September d. J.)	" 223
26. Verwilligung von Mitteln für die Müllabfuhr	" 221
27. Auswechslung des Wasserrohrs in der Salzdlammerstraße	" 253
28. Verlegung eines Wasserrohrs auf der Straße Nr. 505 (zwischen Zahn- und Weststraße)	" 254
29. Verlängerung des Gashauptrohrs auf der Elmstraße	" 254
30. Fortbildungskurse in Physik und Chemie für Bürgerischullehrer betreffend	" 255
31. Wiederholte Beschlußfassung über die Müllabfuhr	" 255
32. Antrag Jasper über das Arbeitsverhältnis der Desinfektoren	" 257
33. Antrag Dieckmann auf Zustandsetzung und Neuanlage von Reitwegen	" 259
34. Anfrage Hesse, betreffend die Verteilung einer Sondernummer einer hiesigen Zeitung in den Bürgerschulen	" 261
35. Aufstellung einer Sammlung von Vögeln und deren Eier im Heimatkundlichen Museum	" 265

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner** und Assessor **Borf**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Almann**, **Selle**, **Frühling**, **Mohr**, **Munte**, **Niese**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben der Schwellen=Dübel=Werke, J. W. C. Wilke, hier. Es betrifft Müllkipplastenwagen kombiniert mit staubfreien Mischenkasten=entleerungsvorrichtungen. Da ein gleiches Schreiben dem Magistrat zugegangen ist, nehmen wir dieses hier zu den Akten.

Ferner ist eingelaufen ein Schreiben der Braunschweiger Brauereien mit einem Antrag, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ich überweise dieses Schreiben den Herren, welche sich in der neugewählten Deputation mit der Angelegenheit beschäftigen werden.

1. Gesuch eines Einwohners um Aufhebung des § 123 Nr. 2 der Straßenpolizeiordnung.

Stadtv. Dr. **Boge**: Herr Justizrat Aronheim weist in einer an die Stadtverordnetenversammlung gerichteten Zuschrift darauf hin, daß in der Straßenpolizeiordnung vom 19. Juni 1909 das Verbot neu aufgenommen sei, Hunde in öffentlichen gärtnerischen Anlagen und Parks (mit Ausnahme der dort angelegten Wege) umherlaufen zu lassen. Dadurch sei es den Anwohnern der Wallanlagen zur Unmöglichkeit gemacht, einen Hund zu halten, wenn sie nicht trotz aller Vorsicht stets und ständig mit der Polizei in Konflikt geraten wollen, da es nicht einmal demjenigen, der Hausbesitzer sei, möglich wäre, den Hund auf seinem Hofe oder in seinem Garten umherlaufen zu lassen, weil er nicht die Gewißheit habe, daß nicht durch Zufall oder durch Unvorsichtigkeit anderer der Hund hinausgelassen wird und dann auf die benachbarten Wälle läuft. Auch den Bewohnern der Innenstadt sei das Umherlaufenlassen von Hunden unmöglich gemacht, denn es sei ausgeschlossen, einem Hunde beizubringen, daß er nur bis zur Grenze der Promenaden laufen darf und dann umkehren muß. Es habe diese Bestimmung schon viele Belästigung und Verbitterung bei den Bürgern hervorgerufen, und er bitte: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Bestimmung in § 123, 2 der Straßenpolizeiordnung aufgehoben werde. Ferner möge die Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung der zuständigen Behörden zu diesem Beschluß herbeiführen.

Die Statutenkommission hat die Eingabe beraten. Es war zunächst, wie seinerzeit von dem Herrn Vorsitzenden erörtert wurde, zu prüfen, ob wir auf den Antrag eines Bürgers überhaupt einzugehen berechtigt oder verpflichtet seien. § 49 der Städteordnung sagt: „Die Stadtverordneten haben das Recht, Eingaben über alle das Gemeinwesen der Stadt angehenden Gegenstände, Vorschläge zur Abstellung wahrgenommener Mängel und Anträge auf Verbesserungen anzunehmen.“ Der Paragraph sagt nicht, daß derartige Anträge aus der Versammlung der Stadtverordneten kommen müssen. Während nun nach den sonstigen Bestimmungen Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung der Unterstützung bedürfen, um überhaupt beraten zu werden, und, wenn sie nicht die nötige Unterstützung erhalten, ohne weiteres als abgelehnt gelten, ist die Statutenkommission der Ansicht, daß die außerhalb der Versammlung stehenden Personen ein weitergehendes Recht haben, und zwar deshalb, weil diese keine Mittel haben, auf andere Weise hier ihre Wünsche vorzubringen, es aber einem Stadtverordneten, wenn er nicht die nötige Unterstützung zu seinem Antrage bekommen hat, leicht ist, an einer anderen Stelle diese Wünsche vorzubringen: bei Verhandlung eines gleichartigen Punktes der Tagesordnung, bei Beratung des Stats oder sonstwo. Die Statutenkommission ist also der Meinung, daß es von unserem früheren und unserem jetzigen Vorsitzenden

richtig war, daß er den Antrag zugelassen und ihn einer Kommission zur Beratung überwiesen hat.

Zur Behandlung der Sache selbst habe ich zu berichten, daß die Kommission zu dem Ergebnis gekommen ist, den Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung zu überweisen, da nach Mitteilung des Magistrats zu erwarten steht, daß noch einige andere Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung demnächst einer Prüfung und eventuell einer Änderung unterzogen werden. Wir haben dann Gelegenheit, wenn diese Sachen hier zur Vorlage kommen, uns endgültig schlüssig zu machen. Ich empfehle, dem Antrage der Statutenkommission stattzugeben.

Vorsigender: Der Antrag der Statutenkommission geht dahin, 1. zuzustimmen, daß das Verfahren, wie es von Herrn Hauswaldt und mir bezüglich der von außen eingehenden Anträge bisher angewandt wurde, richtig ist, 2. das Gesuch des Herrn Justizrats Aronheim dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung zu überweisen.

Den Anträgen der Statutenkommission wird zugestimmt.

2. Ausbarmachung des vormals Franzischen Feldes.

Stadt v. **Friede:** Im vergangenen Jahre hat die geehrte Versammlung 7400 M zur Erbauung eines Unterkunftshauses im Stadtpark für verschiedene Turnerschaften bewilligt. Der Magistrat hat bis jetzt von der Errichtung dieses Häuschens abgesehen, weil noch nicht klar war, wie das Projekt der in Aussicht genommenen Gartenstadt in Riddagshausen sich weiter entwickelte. Um dem Männerturnverein und seinen Damenabteilungen das Spielen im Freien zu ermöglichen, hat ihm der Magistrat einstweilen widerruflich die nordwestliche rund 2 ha große Teilfläche des Feldes, entsprechend der Zustimmung der Stadtverordneten, überwiesen und ihm die Aufstellung einer provisorischen Umkleebude gestattet. Da darauf zu rechnen ist, daß auch bei Verwirklichung des Gartenstadtprojektes immer noch ein Spielplatz von angemessener Größe beibehalten werden kann, so erscheint es dem Magistrat angebracht, bei der jetzigen Entwicklung des Turnbetriebes dort das erwähnte Unterkunfts Häuschen zu errichten, und er will die Meinung der Stadtverordnetenversammlung darüber hören. Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt, steht auf dem Standpunkt des Magistrats und ist damit einverstanden, daß der Beschluß der städtischen Behörden jetzt ausgeführt wird. Sie bittet die geehrten Herren, sich im gleichen Sinne auszusprechen.

Als zweites kommt folgendes in Betracht. Es ist Ihnen bekannt, daß auch für die Mädchen der unteren Bürgerschulen obligatorische Spielfstunden eingeführt

sind. Dafür kommt nur das Franzische Feld in Frage. Es werden dort nach Angabe des Bürgerschuldirektors täglich 300 Mädchen zum Spielen hinausgehen, und auch für diese wird ein Unterkunftshäuschen erforderlich. Da man nicht weiß, wie sich später die Gestaltung des Spielfeldes entwickeln wird, so schlägt der Magistrat vor, als provisorische Anlage ein Häuschen aus Wellblech aufzustellen. Solches läßt sich leicht versetzen und unter Umständen auch zu mancherlei anderen Zwecken verwenden. Das Häuschen soll dazu dienen, die Spielgeräte unterzubringen, Kleidungsstücke aufzuhängen und soll auch zugleich eine Zufluchtstätte bei plötzlich eintretendem Unwetter sein. Weiter wird die Errichtung einer Trinkgelegenheit für erforderlich erachtet, die so eingerichtet sein soll, daß ein aufsteigender dünner Wasserstrahl ohne Benutzung von Gefäßen durch den Mund aufgefangen werden kann. Für das abfließende Wasser ist gleichzeitig ein Abflußrohr herzurichten. An Kosten ergeben sich: 2400 *M* für Erbauung des Wellblechhäuschens; 820 *M* für Trinkbrunnen und Abflußrohr. Der Magistratsantrag geht dahin:

Der Beschaffung und Aufstellung der Wellblechbude und der Herrichtung der Trinkgelegenheit zuzustimmen und die Kosten mit 3220 *M* zu Lasten der Bürgerkassen zu verwilligen.

Die Baukommission hat sich auch mit dieser Angelegenheit beschäftigt, hat gefunden, daß die Ausführung der Vorschläge wegen des Spielbetriebes notwendig ist, und empfiehlt Ihnen, die Magistratsanträge zu genehmigen.

Stadtv. Stegmann: Ich halte es für bedenklich, daß jetzt, nachdem das Gartenstadtprojekt aufgetaucht ist, dieses bewilligte Häuschen errichtet werden soll. Sie wissen nicht, wie die Straße nach der Gartenstadt geführt werden soll, und wissen nicht, wie das ganze Gartenstadtprojekt sich gestalten wird. Wenn es auch kein allzugroßes Objekt ist, so sind es doch immerhin 7400 *M*, die man nicht ohne weiteres wegwerfen kann. Man weiß nicht, ob der gewählte Platz der richtige ist, und ob das Häuschen später doch nicht wieder abgerissen werden muß. Der Magistrat sagt selbst: Vermutlich wird es möglich sein, die nach der Gartenstadt führende Straße so zu legen, daß immer noch ein Spielplatz von angemessener Größe übrigbleibt. Und hinterher schreibt er: Ungeachtet der Ungewißheit über die künftige Ausgestaltung des vormalig Franzischen Feldes empfehle er, das erwähnte Häuschen nunmehr herzurichten. Es ist doch ein Widerspruch, daß man das Häuschen jetzt bauen will, trotzdem man nicht weiß, wie lange es stehen bleiben kann. Selbst wenn das erste Projekt über die Gartenstadt jetzt fertig wäre, würde es nicht richtig sein, jetzt schon einen definitiven Bau vorzunehmen. Wenn man glaubt, diese drei Turnvereine nicht abweisen zu können, so würde man ihnen genug entgegenkommen, wenn man ihnen erlaubt, auf eigene Kosten wie der Männerturnverein eine Ankledebude zu errichten. Für den Bau des erwähnten Häuschens kann ich

mich nicht erwärmen. Die Bude für die Mädchen soll aus Wellblech hergestellt werden, um sie nötigenfalls auch anderweitig aufstellen zu können. Warum wird nicht ebenso mit den andern Turnvereinen verfahren?

Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir können allerdings nicht wissen, wie das Projekt sich gestalten wird, denn in bezug auf die Gartenstadt liegt noch alles im ungewissen. Darüber ist doch aber kein Zweifel, daß das Franzische Feld, sei es in seiner unveränderten Form oder mit Einschränkungen, dauernd als Spielplatz benutzt werden wird. Der Magistrat wenigstens hält an dieser Ansicht fest, und ich glaube, auch bei der Stadtverordnetenversammlung wird die Überzeugung vorherrschend sein, daß eine gänzliche Aufgabe des Franzischen Feldes als Spielplatz nicht zu erreichen sein wird. Nun ist der Unterschied bei dem, was Herr Stegmann eben hervorgehoben hat, der, daß das Wellblechhaus für die Schulen auf dem Platze selbst gebaut werden soll und das Häuschen für die drei Turnvereine auf dem Terrain des Stadtparks. Auf dem Platz selbst wollen wir, solange sich die Verhältnisse nicht geklärt haben, feststehende Bauten nicht aufführen. Aber diese Wellblechbude, für die auch bei einer Änderung dauernde Verwendung vorhanden sein wird, können wir dort hinstellen. Sollten Sie hiergegen aber Bedenken haben, so müßten Sie den Magistrat ersuchen, von der Errichtung des Hauses Abstand zu nehmen.

Stadtv. Friede: Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlag der Baukommission zu folgen und von der Erbauung des Hauses nicht Abstand zu nehmen. Wenn Sie Gelegenheit genommen und gesehen haben, mit welcher Freude von jung und alt auf dem Platze gespielt wird, dann müssen Sie zu der Erkenntnis kommen, daß wir verpflichtet sind, dort ein Unterkunftshaus zu schaffen, für Kinder sowohl als für Erwachsene. Auch die Bude, die der Männerturnverein einstweilen hingestellt hat, ist nur als ein Unterschlupf anzusehen, der für die Folge nicht so bleiben kann. Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters können wir darauf rechnen, daß nach menschlichem Ermessen wenigstens so viel von dem Spielplatz auch dann erhalten bleibt, wenn das Projekt der Gartenstadt zur Verwirklichung kommt, daß der Aufbau nicht unnütz ist. Deshalb ist es richtig, wenn wir dem Vorschlage des Magistrats folgen.

Stadtv. Friede: Wenn man sich mit den vom Magistrat empfohlenen Maßnahmen, die mit Rücksicht auf die dereinst ins Leben tretende Gartenstadt notwendig werden, einverstanden erklärt, so ist doch damit nicht etwa verbunden, daß man sich mit dem Plan der Gartenstadt selbst einverstanden erklärt. Darüber läßt

sich noch viel reden. Sollte ich mich in meiner Annahme irren, so bitte ich, mich aufzuklären.

Dem Vorschlage der Baukommission gemäß stimmt die Versammlung den Magistratsanträgen zu.

3. Verkauf eines städtischen Geländes am Andree-Platz.

Stadtv. **Pusch:** Die Stadt ist Besitzerin einer Fläche am Andree-Platz in Größe von 6,66 a, die hier auf dem ausgestellten Lageplan bezeichnet ist. Da die Stadt keine zweckmäßige Verwendung dieses Platzes für eigene Zwecke hat, so empfiehlt sich der Verkauf der Parzelle. Auf eine entsprechende Bekanntmachung haben sich auch einige Reflektanten gemeldet, aber ein ernstes Gebot hat nur der Bauunternehmer Johannes Semmer abgegeben, und zwar will er für das Quadratmeter 10 *M* und daneben eine Vergütung von 300 *M* für einen auf der Grundfläche stehenden Schuppen zahlen. Daß nicht ein höherer Preis für das Terrain abgegeben wird, kommt wohl daher, daß dieser Platz mit Straßenbaukosten in Höhe von 11 000 *M* belastet ist. Der Magistrat hält den Preis unter diesen Umständen für angemessen und ersucht, den Kaufantrag zu genehmigen. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt, hält das Angebot für günstig und läßt durch mich die Versammlung bitten, den Vertrag zu genehmigen, nach dem die Zahlung bis 15. Juli d. J., dem Tage der Auflassung, zu erfolgen hat.

Der Verkauf wird genehmigt und dem Kaufvertrage zugestimmt.

4. Ankauf von Terrain zur Wittkindstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Unter dem 13. März d. Js. haben die geehrten Herren sich bereit erklärt, daß wegen stadtseitigen Erwerbes von Flächen für den Ausbau der zwischen Herrmann- und Diesterwegstraße liegenden Teilstrecke der Wittkindstraße das Enteignungsverfahren eingeleitet werden soll. Es kam die Versammlung zu diesem Beschlusse, da die Forderungen der einzelnen Anlieger sehr mit einander differierten. Bei einem Termin, der vor der Herzoglichen Polizeidirektion am 7. Mai stattgefunden hat, ist es nun gelungen, die Anlieger unter einen Hut zu bringen, und zwar in der Weise, daß die sämtlichen Anlieger den Preis von 10 *M* für die abgetrennten Stücke bekommen. Der Einigungskонтakt, der vor der Herzoglichen Polizeidirektion geschlossen ist, liegt hier vor. Es handelt sich um keine großen Flächen. Im ganzen sind abzutreten 6 Flächen von zusammen 13,20 a. Es ist nur noch zu bemerken, daß der Gärtner Bode, wenn die Stadt sein ganzes Grundstück kauft, das aber erst in viel späteren Jahren für die Stadt nötig werden würde, das ihm gehörige Terrain zum Preise von 8 *M* für das Quadratmeter an-

geboten hat. Der Magistrat schlägt aber vor, dem Gärtner Rode nur das Stück, welches wir eben nötig haben, abzunehmen und für das Quadratmeter auch hier 10 *M* zu gewähren.

Die Kommission hat die Vorlage geprüft und gibt durch mich die Genehmigung anheim.

Dem Ankauf der Teilstücke wird zugestimmt und der Vertrag genehmigt.

5. Beendigung eines Prozesses durch Vergleich.

Stadtv. **Weichsel:** Das Gebäude des städtischen Archivs ist, wie Ihnen bekannt, auf dem Grundstück erbaut worden, das zu der alten Hufarenkaserne am Magnitore gehörte. Dieses Grundstück wird nach Westen zu von dem Grundstück der Ehefrau des Restaurateurs Kohl begrenzt. Im Jahre 1897 hat der Vorbesitzer dieses Grundstückes, der Tischlermeister Wett, versichert, daß die Grenze des Archivs und des jetzigen Kohlschen Grundstückes mit der Hauswand des Kohlschen Grundstückes zusammenfällt. Daraufhin hat die städtische Bauverwaltung das städtische Archiv in der Weise gebaut, daß es bis an die Hauswand des Kohlschen Grundstückes heranreicht. Nun hat die jetzige Eigentümerin des Grundstückes behauptet, daß die Grenze nicht mit seiner Hauswand zusammenfalle, sondern das städtische Archiv in einer Breite von 60 cm auf ihr Grundstück herübergebaut sei. Um diese Sache zu klären, ist der Magistrat eine Feststellungsklage gegen Frau Kohl eingegangen, dahin gehend, daß sie einmal anerkennen solle, daß die Grenze ihres Grundstückes mit der Hauswand zusammenfällt, und zweitens, daß sie die Fensteröffnungen ihrer Grundstücke nach der Vorschrift der Bauordnung mit Gittern versehen solle. Es ist im Laufe der Beweisaufnahme festgestellt, daß das städtische Archiv tatsächlich zum Teil auf das Kohlsche Grundstück übergebaut ist. Danach ist der Magistrat mit seiner ersten Forderung abgewiesen, Frau Kohl aber verurteilt worden, die Fensteröffnungen, die ihr Haus nach dem Grundstück der Stadt zu hat, vergittern zu lassen. Wenn es bei diesem Verhältnis bleibt, so wäre das ein unerfreulicher Zustand. Frau Kohl würde eine Überbaurente verlangen können, die zwar nur unerheblich sein könnte, aber im übrigen hat die Stadt kein erhebliches Interesse daran, daß Frau Kohl die fraglichen Fenster vergittert hält, da auf dem Archivgrundstücke die nötigen Sicherungsmaßregeln getroffen sind, so daß ein Einbruchsdiebstahl hier nicht mehr zu befürchten ist. Unter diesen Umständen ist es richtig, wenn der Prozeß durch Vergleich erledigt wird, und ein solcher ist auch unter Vorbehalt der Zustimmung der geehrten Herren abgeschlossen. Er geht dahin, daß Frau Kohl den fraglichen Grundstückstreifen von durchschnittlich 31 cm Breite hypotheken- und lastenfrei an die Stadt ausläßt, so daß der Stadt das völlige Eigentumsrecht an dem Archivgrundstück bis zum Kohlschen Gebäude hin

zusteht. Dagegen verzichtet der Magistrat darauf, daß Frau Kohl die Fensteröffnungen ihres Grundstückes nach der städtischen Seite hin vergittert hält. Der Ehemann Kohl wird die Erklärungen seiner Ehefrau genehmigen, und so könnte der Vergleich notariell abgeschlossen werden. Der Magistrat schlägt vor, dem Vergleich vorbehaltlich seiner notariellen Verlautbarung zuzustimmen.

Die Statutenkommission hat die Sache beraten und glaubt auch, daß dieser Vergleich eine durchaus empfehlenswerte Erledigung der Angelegenheit bedeutet, und schlägt den geehrten Herren vor, dem Ersuchen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu dem Vergleich aus.

6. Ankauf von Ständerwerk des abgebrochenen Hauses Ölschlägern 29.

Stadtv. **Fride:** Aus dem Abbruch des Everlingschen Hauses Ölschlägern 29 soll das Ständerwerk auf Wunsch des Magistrats für die Stadt erworben werden. Auch der hiesige Verein für Denkmalpflege hat sich dafür verwandt, daß der Ankauf von seiten der Stadt vorgenommen wird, und zwar aus dem Grunde, weil es ein künstlerisch wertvolles Schnitzwerk enthält und historischen Wert besitzt. Das fragliche Gebäude stammt in seinen beiden unteren Geschossen aus dem 15. Jahrhundert, während die obersten Geschosse und der Dachstuhl im Jahre 1645 hinzugefügt sind. Das Ständerwerk soll auf dem Städtischen Baulagerplatz am Westbahnhof aufgestapelt und bei geeigneter Gelegenheit wieder verwandt werden, so daß das alte schöne Bauwerk für die Stadt vielleicht erhalten bleibt. Es werden für den Kauf 500 M. verlangt, die aus den Mitteln der Jüdelstiftung zur Verfügung gestellt werden. Die Zustimmung des Vorstandes der Jüdelstiftung ist erfolgt. Die geehrten Herren werden nun ersucht, sich gleichfalls mit dem Ankauf und der einstweiligen In-Verwahrungnahme des Ständerwerks einverstanden zu erklären und dem Beschluß des Vorstandes der Jüdelstiftung zuzustimmen.

Die Versammlung spricht sich für Ankauf des Ständerwerks aus und ist mit dem Beschluß des Vorstandes der Jüdelstiftung einverstanden.

7. Änderung und Erweiterung der Beleuchtung in der Petristraße.

Stadtv. **Lange:** Die Petristraße soll zwischen der Thomae- und Cellerstraße besser beleuchtet werden, und die Verwaltungsdeputation der städtischen Licht- und Wasserwerke hat zu diesem Zwecke beschlossen, zwei neue Laternen dort aufzustellen und zwei schon vorhandene Laternen in zweckmäßiger Weise zu versehen. Hierdurch entstehen Kosten im Betrage von 320 M. Der Magistrat empfiehlt Ihnen, die Kosten aus dem Reservefonds der städtischen Gaswerke zu bewilligen, und die Finanzkommission bittet Sie, diesem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Schmidt:** Vielleicht ist es dem Herrn Referenten möglich, Aufklärung darüber zu geben, an welcher Seite die beiden neuen Laternen aufgestellt werden sollen. Bisher war die ganze Strecke dunkel, wo die Straße an den Gefangenenhof grenzt.

Stadtv. **Lange:** Es ist die andere Seite, die dem Kreisgefängnis gegenüberliegt, für die Änderung der Beleuchtung vorgesehen; dort werden die beiden Laternen ersetzt und zwei neue aufgestellt.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Ich glaube, das ist nicht richtig. Soviel ich weiß, sollen auf der Seite, die dem Gefängnis gegenüberliegt, zwei Laternen ersetzt werden und auf der anderen Seite, wo noch keine Laternen stehen, zwei neue aufgestellt werden. Das muß übrigens aus dem kleinen beigegebenen Plan hervorgehen.

Stadtv. **Lange:** Ich habe mich geirrt, es ist so, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, und wie Herr Schmidt es gewünscht hat.

Die Verbesserung der Beleuchtung dieser Straße in der vorgeschlagenen Weise wird beschlossen.

8. Beschaffung neuer Ventile für die Maschinen in der Abwässerpumpstation.

Stadtv. **Lange:** Die alten Ventile an den Pumpmaschinen der städtischen Abwässerpumpstation sind im Laufe der Jahre abgängig geworden. Die Verwaltungsdeputation der städtischen Licht- und Wasserwerke hat deshalb beschlossen, dieselben durch neue zu ersetzen, und zwar, dem heutigen Stande der Technik folgend, durch ein verbessertes System. Dieses System hat sich nach Ausweis durch vorliegende Auskünfte städtischer Werke gut bewährt, so daß man seiner Einführung zustimmen kann. Die Deputation hat nun beschlossen, nicht sofort sämtliche Maschinen mit Ventilen nach diesem neuen System zu versehen, sondern zunächst an einer Maschine neue Ventile einzubauen. Die dadurch entstehenden Kosten betragen mit Rücksicht darauf, daß für die alten Bronzeventile ein Verkaufspreis von 500 M erzielt wird, 3500 M. Der Magistrat empfiehlt, die Kosten zu Lasten des Kap. I Abteilung III zu bewilligen, und die Finanzkommission ersucht Sie, dem zuzustimmen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung hierzu aus.

9. Nachverwilligung von Mitteln für die Zustandsetzung der Dampfpriße I.

Stadtv. **Loeschigt:** Die geehrten Herren haben am 23. Mai 1912 zur Reparatur einer Dampfpriße 2000 M verwilligt. Nachdem die Reparatur ausgeführt

ist, stellt sich heraus, daß die Kosten etwas höher sind, was auch durch Reisekosten für einen Ingenieur mit veranlaßt ist, so daß statt 2000 *M* 2330,05 *M* erforderlich sind. Die Herzogliche Polizeidirektion hat sich mit der jetzt festgestellten Aufwendung einverstanden erklärt, und der Magistrat gibt anheim, der Aufwendung des erhöhten Betrages von 2330,05 *M* zu Lasten des Feuerlöschetats des laufenden Jahres zuzustimmen.

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Magistratsantrage wird entsprochen.

10. Gewährung einer Beihilfe an das Kindergärtnerinnenseminar.

Stadtv. **Loeschigt:** Fräulein Lilly Heyde, die Inhaberin des hiesigen Kindergärtnerinnenseminars, hat einen Zuschuß von 1200 *M* bewilligt bekommen, um die Kosten für eine Lehrerin in ihrer Anstalt zu decken. Bis jetzt hat sie eine geeignete Kraft trotz ihrer Bemühungen nicht finden können und hat den Zuschuß gebraucht, um hiesige Hilfskräfte für Erteilung der Stunden zu bezahlen. Es ist aber Aussicht, daß Fräulein Heyde Oktober d. Js. eine ordentliche Lehrerin für die betreffenden Stunden anstellen kann. Sie bittet, ihr den Zuschuß auch für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1913 zu gewähren. Der Schuldirektor Professor Dr. Nehfuh, der sich auch bemüht hat, eine passende Lehrerin zu beschaffen, unterstützt dieses Gesuch. Der Magistrat stellt sich auf denselben Standpunkt und ersucht um Bewilligung des Zuschusses bis 1. April 1914 auch für den Fall, daß Fräulein Lilly Heyde bis dahin keine geeignete Jugendleiterin angenommen haben sollte. Der Magistrat wird die Zahlung jedoch davon abhängig machen, daß Fräulein Heyde Hilfskräfte in der fraglichen Zeit verwendet, die nach Ansicht des Schuldirektors als geeignet zu erachten sind.

Die Finanzkommission hat auch diese Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Beihilfe wird unter der aufgeführten Bedingung gewährt.

11. Beihilfe an den Volkskindergarten.

Stadtv. **Lange:** Das Grundstück Neue Knochenhauerstraße 13 ist schuldenfreies Eigentum des Volkskindergartens, der nach Fröbelschen Grundsätzen betrieben wird. Die Unterbringung der Verwaltung und der Kinder ist in einem alten Fachwerkhau erfolgt, der im Laufe der Zeit trotz der wiederholten Ausbauten baufällig

geworden ist, so daß zu einem Neubau geschritten werden muß. Es sind dafür 30 000 *M* erforderlich, und der Vorstand des Kindergartens hat sich wegen Beihilfe zur Aufbringung dieser Bau Summe an den Magistrat gewandt. Der Magistrat hat grundsätzlich zugestimmt, empfiehlt Ihnen aber nicht die Hergabe eines Baukapitals, da er diesem Vorgehen Bedenken entgegensetzt, sondern schlägt den Herren vor, die Unterstützung in der Weise zu bewilligen, daß die Hälfte der vierprozentigen Zinsen dieser Bau Summe von der Züdelstiftung, die andere Hälfte von der Stadt übernommen werde. Die Züdelstiftung hat sich bereit erklärt, die 600 *M* für diesen gemeinnützigen Zweck zu verwilligen, und der Magistrat empfiehlt, den bereits bestehenden städtischen Zuschuß an den Volkskindergarten von 600 *M* auf 1200 *M* jährlich zu erhöhen, und zwar zu Lasten der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, demgemäß zu beschließen.

Die Beihilfe an den Volkskindergarten wird bewilligt.

12. Entsendung von Beamten der städtischen Bauverwaltung nach der Internationalen Bauachausstellung in Leipzig.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Internationale Bauachausstellung in Leipzig soll sehr viel Sehenswertes für Bauachverständige und Bauinteressenten bieten. In den letzten Tagen ist auch bekannt geworden, daß den Krankenkassenmitgliedern Preisermäßigungen von der Eisenbahn gewährt werden, um den Besuch der Ausstellung zu fördern. Auch unsere angestellten Herren in den Bauabteilungen haben natürlich den Wunsch, diese Ausstellung zu sehen, um ihr Wissen zu bereichern. Es wünschen sämtliche obere Beamte, zu denen der Leiter der städtischen Bauverwaltung, sowie die Vorstände der verschiedenen Amtsstellen des Hochbaus, des Tief- und Kanalbaus, der Baupolizei und des Vermessungswesens gehören, die Ausstellung zu besuchen, daneben aber auch eine große Zahl von Hilfsbeamten. Die städtische Bauverwaltung hat deshalb den Antrag an den Magistrat gestellt, Mittel in Höhe von 1200 *M* aus dem Verfügungsfonds der städtischen Behörden für diesen Zweck auszuwerfen. Es ist gedacht, sämtliche Oberbeamte in die Lage zu setzen, die Bauachausstellung zu besuchen mit Ausnahme des Leiters des Tiefbauamtes, der nach dem Internationalen Straßentongreß fährt, und daß von den Hilfsbeamten 6—8 Personen Reiseunterstützungen erhalten. Für jeden oberen Beamten sind 120 *M*, für jeden Hilfsbeamten 80 *M* ausgesetzt.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die 1200 *M* werden bewilligt.

13. Anschaffung einer zweiten rechnenden Schreibmaschine für die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke.

Stadtv. **Loeschigt:** Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Mittel zu gewähren für Aufstellung einer zweiten rechnenden Schreibmaschine, und zwar des Systems, wie es seinerzeit von den geehrten Herren genehmigt ist. Die Maschine soll 2300 *M* kosten. Herr Direktor von Feilisch ist vollkommen überzeugt, daß die Anschaffung der ersten Maschine sich gut bezahlt gemacht hat, und hat die Notwendigkeit der Anschaffung einer zweiten genügend begründet. Infolgedessen gibt der Magistrat anheim, 2300 *M* zu Lasten der Betriebsrechnung der Gas- und Wasserwerke für Anschaffung einer zweiten Maschine verwilligen zu wollen. Die Finanzkommission ist damit einverstanden und gibt durch mich Genehmigung anheim.

2300 *M* für Anschaffung der Maschine werden verwilligt.

14. Aptierung und Drainierung von Kieselanlagen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Stadt hat an der Westseite der Cellerstraße bei unseren Kieselanlagen Ländereien im Besitz, die schon im Herbst 1909 für Kieselzwecke aptiert werden sollten. Es wird den Herren aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats bekannt sein, daß wir durch den Einspruch des Preussischen Landrates daran gehindert wurden. Es ist dieserhalb ein Verwaltungsstreitverfahren im Gange gewesen, das in letzter Instanz zugunsten der Stadt entschieden ist, so daß jetzt die damals unterbrochenen Aptierungsarbeiten fortgesetzt werden können. Der Magistrat wünscht, die bereits verwilligten Mittel erneut zur Verfügung zu haben. Die Anfangsarbeiten, die damals an dem Gelände vorgenommen sind, sind in der langen Zeit nicht intakt geblieben, so daß sich jetzt die Summe, mit denen die Aptierung vollendet werden könnte, auf rund 12 000 *M* stellt, die nach dem Wunsche des Magistrats aus dem Extraordinarium der Rammereikasse verwilligt werden soll. Die Finanzkommission sieht es als selbstverständlich an, daß der damalige Beschluß ausgeführt wird, und empfiehlt Ihnen die Verwilligung der angeforderten Summe.

Die Ausgabe wird bewilligt.

15. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore.

Stadtv. **Friede:** Die Zeichnungen für diese auf dem Rasenplatz am Magnitore geplante Bedürfnisanstalt habe ich ausgehängt. Die Baukommission ist in ihrer Beratung dazu gekommen, Ihnen den vierten Entwurf zur Genehmigung zu emp-

fehlen, und zwar aus dem Grunde, weil nach den anderen Entwürfen die Anlage für den Platz zu groß würde. Nach dem ersten Entwurfe sollten eingerichtet werden:

1. Ein Bissoir und zwei Aborte für Männer,
2. zwei Aborte für Frauen,
3. ein Raum für die Wärterin,
4. ein Warteraum für Straßenbahngäste,
5. eine Fernsprechstelle,
6. ein Verkaufsraum.

Nun hat sich herausgestellt, daß sich nach diesem ersten Entwurf die Sache etwas kleiner einrichten ließe. Deshalb hat sich die Baukommission entschlossen, sich mit der Ausführung der Anstalt nach dem Entwurf 4 einverstanden zu erklären unter dem Vorbehalt, daß die Anstalt nicht größer als 36 qm werden soll. Davon, die Vorlage eines speziellen Projektes zu fordern, ist die Baukommission abgekommen und überläßt es dem Magistrat, der Versammlung demnächst die Vorlage für die Ausführung zu unterbreiten. Der Preis der Anstalt wird vielleicht 8000 bis 9000 *M* sein. Ich empfehle Ihnen, den Beschluß der Baukommission zu genehmigen.

Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat die Vorlage allerdings in der Annahme gemacht, daß Ihnen nur ein Vorprojekt unterbreitet werden sollte. In der Baukommission ist aber wohl mit Recht darauf hingewiesen, daß bei der geringen Bedeutung der Sache es für die Stadtverordneten mit der Vorlage sein Bewenden haben könnte, wenn die vom Herrn Referenten vorgetragene Abänderung Ihre Zustimmung fände. Ich möchte nun bitten, den zu fassenden Beschluß nach zwei Seiten hin zu ergänzen, und zwar 1. dahin, daß Sie die Mittel für Ausführung der Anlage gleich mit verwilligen — wenn Sie nicht eine zweite Vorlage haben wollen, ist es notwendig, die 8000 bis 9000 *M* Kosten zur Verfügung zu stellen; und 2. dahin, daß Sie den Magistrat ermächtigen, die Anordnung im Innern des Gebäudes anders zu gestalten, als die Zeichnung des Herrn Referenten erkennen läßt, wenn die weitere Bearbeitung solches als wünschenswert erscheinen läßt. Die Herren brauchen nicht zu befürchten, daß der Magistrat schon jetzt etwa die Absicht hätte, eine andere Anordnung zu treffen; ich mache aber darauf aufmerksam, daß das vom Herrn Referenten empfohlene Projekt von der städtischen Bauverwaltung noch nicht geprüft ist. Die städtische Bauverwaltung wird sich also damit noch zu beschäftigen haben; das ist auch völlig unbedenklich, und ich bitte, die gewünschte Ermächtigung auszusprechen.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Berichterstatter um Aufklärung bitten: Empfiehlt die Baukommission die nochmalige Vorlegung eines besonderen Projektes?

Stadtv. **Fride:** Der Magistrat soll ermächtigt werden, auf Grund dieser Änderungen, wie sie der Herr Bürgermeister vorgetragen hat, die Ausführung des Baus vorzunehmen.

Die Versammlung bewilligt die Kosten für Errichtung einer Bedürfnisanstalt und ermächtigt den Magistrat, gegebenenfalls in der Anordnung der inneren Räume Änderungen vorzunehmen.

16. Begründung des Antrages **Edhardt:** Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Kleinen Exerzierplatze.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Kleinen Exerzierplatze eine Bedürfnisanstalt für Frauen errichtet wird, welche während des Spielbetriebes der Mädchenschulen geöffnet ist.“

Stadtv. **Edhardt** (zur Begründung): Bei dem Spielbetriebe der Mädchenklassen auf dem Kleinen Exerzierplatze wird es bei all der Freude am Spiel bitter empfunden, daß eine Bedürfnisanstalt fehlt.

Ich möchte deshalb die geehrten Herren bitten, dafür Sorge zu tragen, daß dem Bedürfnis nach einer Bedürfnisanstalt abgeholfen wird.

17. Begründung des Antrages **Kleinfnecht,** betreffend anreichende Sprengung der Spielplätze.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht:** In letzter Zeit sind mir von Leitern der Turn- und Jugendspiele, von Direktoren und Inspektoren der höheren und der Bürgerschulen lebhafteste Klagen über die Staubentwicklung bei dem Spielbetriebe zu Ohren gekommen. Verschiedentlich haben sich die Spielleiter, wie mir mitgeteilt ist, die Frage vorgelegt, ob sie es verantworten könnten, die Jugend während dieser Staubentwicklung auf den Spielplätzen spielen zu lassen, und ob sie nicht die Spiele abbrechen müßten. Ein Schulinspektor schreibt mir, daß er von seinen Lehrern gebeten sei, wenn dem Übelstande nicht abgeholfen werde, sie im nächsten Jahre nicht wieder mit der Spielleitung zu beauftragen, und daß er sich von der Berechtigung der Wünsche der Spielleiter seiner Schule überzeugt habe; nachdem die Klassen $\frac{3}{4}$ Stunden gespielt haben, seien Lehrer und Schüler über und über mit Staub bedeckt gewesen.

Nun gebe ich zu, daß in der vorigen Woche eine vis major im Spiel war, bei dem furchtbaren Sturm kamen ja die Spargelfelder herein, und der Staub ist an den Tagen wohl nicht auf den Spielplätzen allein entwickelt. Dagegen kann auch

städtische Hilfe nichts ausrichten. Aber auch bei normalen Verhältnissen ist die Staubeentwicklung recht groß. Es ist klar, daß solche Zustände dem Zwecke, der mit dem Spiel verbunden ist, entgegenwirken. Statt eine Kräftigung der Gesundheit herbeizuführen, können die Spiele dazu führen, daß die Schüler, die bei der starken Lungenarbeit viel Staub einschlucken müssen, Gefahr laufen, zu erkranken. Ich weiß wohl, daß das beste Mittel, der Staubeentwicklung entgegenzuwirken, ein fester Rasen ist. Das ist aber gerade auf dem kleinen Exerzierplatz, von dem mir die meisten Klagen zu Ohren gekommen sind, wegen Einrichtung der winterlichen Eisbahn nicht möglich. Ich bin aber der Ansicht — und diese wird von denen, die den Spielbetrieb leiten, geteilt —, daß es möglich sein muß, durch Sprengen der Plätze zu geeigneter Zeit die Staubeentwicklung einigermaßen einzuschränken. Dieses Sprengen kann natürlich nicht durch die Sprengwagen geschehen, auch nicht durch den Automobilsprengwagen, der uns jetzt in den Straßen für die Passanten reichlich Wasser spendet, weil darunter die Glätte des Platzes leiden müßte. Aber ich sollte meinen, es müßte aus den Hydranten eine Sprengung geschehen können, ähnlich wie auch unsere Wallanlagen aus den Hydranten gesprengt werden. Sollte keine Wasserleitung am Platz sein, so wäre es ein leichtes, Leitung und Hydranten anbringen zu lassen.

Vorsitzender: Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

18. Einführung der Fernzündung für die Straßenlaternen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Über diesen Punkt der Tagesordnung ist den geehrten Herren eine ausführliche Vorlage zugegangen, ich darf deshalb wohl meine Ausführungen kürzer fassen, als sonst der Gegenstand verdienen würde.

Die Deputation der Licht- und Wasserwerke hat die Anregung gegeben, zwei Änderungen in unserem Beleuchtungsweisen eintreten zu lassen: einmal die, daß die Straßenlaternen der Außenstadt durchgängig mit Fernzündung versehen werden möchten und zweitens, daß nicht sämtliche Laternen die ganze Nacht hindurch brennen sollen, sondern ein Teil von ihnen, etwa 40 Prozent, schon um 12 Uhr nachts gelöscht werden. Diese letzte Anregung ist besonders deshalb gegeben, weil dieses System sich in anderen Städten sehr gut bewährt hat. Außer in Braunschweig ist in gleich großen Städten nur in Bremen die Straßenbeleuchtung so organisiert, daß sämtliche Laternen die ganze Nacht hindurch brennen, in anderen Städten sind sog. Abendlaternen eingeführt, weil es sachlich berechtigt ist, in der Zeit, wo der Verkehr einen minderen Umfang annimmt, durch die Straßenbeleuchtung nicht übermäßige Kosten zu verursachen, und weil die Kosten für diese Be-

leuchtung, wie in der Vorlage dargelegt ist, nicht unerheblich sind. Wenn man die Fernzündung und die Abendlaternen zu gleicher Zeit für den ganzen Bezirk der Stadt einführen würde, so würden dadurch jährlich 41 000 *M* gespart werden. Die Anlagelkosten im ganzen stellen sich auf 73 000 *M* einmalige Ausgabe, so daß in zwei Jahren diese mehr als eingeholt sein würden.

Gegen diese Anregung, die Abendlaternen einzuführen, hat nun aber die Herzogliche Polizeidirektion in gewissem Umfange Einspruch erhoben, indem sie darlegt, daß das Beleuchtungswesen mit der nötigen Verkehrssicherung kaum in Einklang zu bringen sei, und daß deshalb eine Verminderung der Straßenlaternen nicht gut genehmigt werden könnte. Es sind der Vorlage, die Ihnen allen zugegangen ist, ausgiebige Tabellen beigelegt, und bei einem Vergleich zwischen Braunschweig und anderen Städten muß man zugeben — wie es die Finanzkommission auch tut —, daß nach diesen Tabellen die Beleuchtung der Stadt Braunschweig nicht gerade erstklassig genannt werden kann. Der Magistrat versichert aber auch, daß die neue Einführung der Fernzündung und Abendlaternen nicht im wesentlichen aus Ersparniszwecken eintreten soll, sondern daß die gesamten Ersparnisse verwendet werden sollen zu einer zweckmäßigen Beleuchtung an den Plätzen und zu Zeiten, wo eine gute Beleuchtung wünschenswert ist. Diesen Grundsatz, daß nicht Ersparnisse gemacht werden sollen, sondern die Beleuchtung an richtiger Stelle und zu richtiger Zeit erscheinen soll, wie auf Seite 2 der Vorlage ausgeführt ist, möchte die Finanzkommission unterstreichen, wenn sie auch im übrigen der Vorlage des Magistrats durchaus beipflichtet und sie Ihnen zur Annahme empfiehlt. Die Polizeidirektion hat Widerspruch angemeldet, der Magistrat hat aber gemeint, daß dieser unbedeutend sei. Der Widerspruch gründet sich auf den Vertrag, den die Stadt mit dem Staat im Jahre 1858 geschlossen hat, und der den Staat verpflichtet, für die Kosten der Straßenlaternen in der Stadt einen gewissen Zuschuß zu leisten, da die Lasten der Verkehrssicherung bis zu einem gewissen Umfange nicht auf den Schultern der Stadt liegen sollten; das war der Kerngedanke. Der Magistrat erkennt es nicht an, daß die Polizei oder der Staat berechtigt sei, ein derartiges Verlangen zu stellen, indem er, der Ansicht der Finanzkommission entsprechend, durchaus zutreffend ausführt, daß die Polizeidirektion höchstens dann einen Widerspruch erheben könnte, wenn über die Maßen hinaus eine Vermehrung der Laternen eintreten würde und dadurch der Staat gezwungen werden sollte, mehr zu leisten als im Vertrage steht. Er könnte auch dann widersprechen, wenn die Herabsetzung, Verschiebung und die Änderung der Einrichtung der Straßenlaternen so gestaltet würde, daß die Verkehrssicherheit unzureichend gewahrt oder gar gefährdet wird. Davon kann keine Rede sein. Es ist bisher immer so gehandhabt, daß die Verschiebung der Laternen, die Veränderung in der Brenndauer oder die Einrichtungen der Brennweise nicht der Zustimmung der Polizeidirektion be-

durften. Der Magistrat hat nach Ansicht der Finanzkommission durchaus berechtigten Widerspruch angemeldet, um irgendwelchen Rechtsfolgerungen vorzubeugen, aber die praktische Nutzenwendung aus dem Widerspruch gezogen, daß er vorschlägt, die neue Einrichtung zunächst nicht im ganzen Gebiet der Stadt einzuführen, sondern zuerst da, wo diese Versuche am meisten zu Buche schlagen: im Gebiete der Außenstadt. Im Gebiete der Innenstadt soll dieser Versuch vorläufig nicht in die Tat umgesetzt werden. Die gesamten Kosten verringern sich infolge dieser Einschränkung des Gebietes von 73 000 auf nur 66 000 *M.* Der Magistrat schlägt vor, diese Kosten auf 3 Jahre zu verteilen und die Mittel für die Schaffung und Einrichtung der Fernzündung und die Nebenkosten mit je 22 000 *M.* zu bewilligen. In der Finanzkommission wurde angeregt, diese Mittel nicht für alle drei Jahre auf einmal zu bewilligen, sondern, da doch bezirksweise vorgegangen werden müßte, erst für ein Jahr. Die Mehrheit war aber der Ansicht, daß das System der Fernzündung so ausgezeichnet und in anderen Städten so ausgetestet sei, daß man unbedenklich für alle drei Jahre dem Magistrat diese angeforderten Mittel zur Verfügung stellen könnte.

Es ist der Vorlage ein Plan beigegeben, wie die Verteilung der Abendlaternen, die nur bis 12 Uhr nachts brennen sollen, im einzelnen vom Magistrat und von der Deputation gedacht ist. Einer Beratung dieses Planes bedarf es hier nicht, würde wohl auch nicht zweckmäßig sein, weil wir uns kaum um jede Laterne des langen und breiten unterhalten und in die Haare geraten können. Wir dürfen so viel Vertrauen zu der von uns gewählten Verwaltungsdeputation haben, daß sie die einzelnen Standorte der Laternen wohl richtig ermittelt hat. Der Plan, der uns vorliegt, soll lediglich Anhaltspunkte geben, wie die Deputation sich diese Angelegenheit ungefähr geregelt denkt. Es ersucht deshalb der Magistrat und die Kommission, nicht in eine Einzelberatung über jede Laterne einzutreten, sondern die Verwaltungsdeputation der städtischen Licht- und Wasserwerke zu ermächtigen, in den Stadtteilen, in denen die Fernzündung eingerichtet ist, etwa 40 Prozent der vorhandenen Straßenlaternen nur noch bis nachts 12 Uhr brennen zu lassen, und die dafür zu wählenden Laternen im einzelnen zu bestimmen.

Ich will, um die Freude des Herrn Meyerhoff nicht zu hoch kommen zu lassen, persönlich einschalten, daß ich in erster Linie als Referent der Kommission spreche; persönlich habe ich einige Bedenken gegenüber dem Zutrauen zu der Verwaltungsdeputation, weil Sie in Ihrer Mehrheit es beliebt haben, uns möglichst aus den Verwaltungsdeputationen fernzuhalten und deshalb von einer Mitverwaltung durch uns kaum die Rede sein kann. In dieser Deputation liegen aber die Verhältnisse anders, deshalb stelle ich auch meine persönliche Meinung zurück.

Diese Änderung des Systems der Fernzündung bringt es mit sich, daß in der Zukunft nicht dieselbe Zahl von Wärtern nötig sein wird für die Bedienung der

Laternen wie jetzt. Es können etwa 22 Laternenwärter gespart werden, und es ist deshalb die Frage zu lösen: Was soll mit diesen technisch abgängig gewordenen Wärtern werden? Der Magistrat hat auf Seite 7 und 8 der Vorlage die Grundsätze mitgeteilt, nach denen er die früheren Laternenwärter zu entschädigen oder zu beschäftigen denkt. In erster Linie soll versucht werden, den Arbeitern eine anderweitige Beschäftigung im Dienste der Stadt zu geben. Das soll im großen Umfange angängig sein, wie mir aus der Deputation mitgeteilt wurde. Im übrigen sollen alle über dreißig Jahre im Dienste der Stadt befindlichen Wärter, auch wenn sie noch arbeitsfähig sind, einen Ruhe Lohn erhalten, wenn sie nicht etwa auf ihren Antrag anderweitig beschäftigt werden können. Dasselbe gilt von den nicht mehr dienstfähigen Wärtern, sofern sie länger als 10 Jahre im städtischen Dienste sind. Es sollen also die Grundsätze, die wir für Ruhe Lohn vereinbart haben, im Interesse der Laternenwärter erweitert werden. Von den übrigen Wärtern werden zunächst diejenigen entlassen, die neben der Wartung der Laternen noch ein Gewerbe betreiben, und, soweit diese Voraussetzung nicht zutrifft, diejenigen, die erst seit wenigen Jahren in Diensten sind.

Die Finanzkommission ist auch mit diesen Grundsätzen einverstanden. Die Anträge auf Seite 8 und 9 der Vorlage fordern, zuzustimmen, daß:

a) im Laufe dieses und der beiden folgenden Rechnungsjahre unter Aufwendung von jährlich rund 22 000 M die außerstädtischen Laternen mit Fernzündern versehen werden,

b) die Verwaltungsdeputation der städtischen Licht- und Wasserwerke ermächtigt werde, in den Stadtteilen, in denen die Fernzündung eingerichtet ist, etwa 40 Prozent der vorhandenen Straßenlaternen nur noch bis nachts 12 Uhr brennen zu lassen,

c) der Verwaltungsdeputation das Recht eingeräumt werde, die Zahl der Laternenwärter je nach dem Fortschreiten der Fernzündung bedarfsmäßig einzuschränken,

d) nach Maßgabe der mitgeteilten Grundsätze Ruhe Lohn an entlassene Laternenwärter auch dann gezahlt werden dürfe, wenn die Voraussetzungen des § 3 der Vorschriften vom 19. März 1901 nicht zutreffen.

Die Finanzkommission ersucht Sie durch mich, diese Anträge in vollem Umfange gutzuheißen.

Persönlich darf ich dazu erwähnen, daß mir förmlich besser erscheinen würde, wenn der Antrag zu c ergänzt würde, wie er gemeint ist, indem hinzugefügt wird: „Unter Beachtung der oben mitgeteilten Grundsätze.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann erklären, daß das von Herrn Dr. Jasper gewünschte Verfahren selbstverständlich ist.

Stadt. Rasche: Ich habe Vertrauen zu der Deputation der Licht- und Wasserwerke. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß es meiner Ansicht nach nicht angängig erscheint, auf den mit Baumreihen besetzten Straßen, meinetwegen auf der Kaiser-Wilhelm-Straße, so viel Laternen, wie beabsichtigt ist, weniger brennen zu lassen. Die Kaiser-Wilhelm-Straße war so schon dunkel genug, bevor die neuen Einrichtungen gemacht wurden. Nachher ist es allerdings besser geworden. Ich glaube aber, daß Gefahr vorliegt, wenn hier die Beleuchtung vermindert wird.

Stadt. Loeschigt: Auch ich habe Vertrauen zu der Deputation und möchte Sie bitten, der Vorlage zuzustimmen. Wie der Herr Referent ausgeführt hat, sollen die Mittel, die gespart werden, an anderer Stelle verwendet werden, wo die Beleuchtung noch nicht der Zeit entsprechend ist. Sie sehen, daß fast in jeder Stadtverordnetenversammlung Forderungen um Nachverwilligung von Straßenbeleuchtung kommen, wie sie jetzt wieder von Herrn Lange für die Petristraße vorgetragen sind. Es finden sich aber immer noch Orte, wo es nötig wäre, Gaslaternen aufzustellen, es sind auch verschiedene Straßen vorhanden, die nicht durch Gas zu beleuchten sind und die nur Petroleumlaternen haben. Ich möchte zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht möglich ist, daß solche Stellen und Straßen, wenn sie in der Nähe von Elektrizitätsanschluß liegen, mit elektrischen Glühlampen oder anderem elektrischen Licht beleuchtet werden.

Stadt. Meyerhoff: Von allen Seiten wird uns unendliches Vertrauen entgegengebracht, und es scheint auch, als ob Herr Jasper versucht, das zu tun. Ich möchte ihm erwidern: Zwei Seelen wohnen in seiner Brust; aus der einen heraus sagt er, die Finanzkommission hat Vertrauen zu der Deputation, und aus der anderen: Ich fürchte dieses und das. Und dabei soll ich mich freuen, wenn die Stadtverordneten zu dem Resultate kämen, daß die Deputation Vertrauen verdiente.

Von Herrn Loeschigt wurde angeregt, die Petroleumlampen durch elektrisches Licht zu ersetzen. Ist es nicht ein Nonsens, wie die Bewilligung von Aufstellung von Laternen vor sich geht? Die Deputation ist ermächtigt, für 100 000 M Rohr anzukaufen, für 400 000 M Rohlenmaterial, das berührt hier das Plenum gar nicht, es wird auch kein Bericht darüber erstattet, aber wenn es sich um eine Laterne handelt, dann geht die Sache vor das große Forum hier. Ich würde einen Vorschlag aus der Versammlung begrüßen, daß dieser Modus einmal abgeändert wird. Heute sollen ein paar Ventile für die Pumpen in der Abwässerpumpstation angeschafft werden, die von autoritativer Seite empfohlen sind; dazu muß eine große Debatte hier stattfinden; es hätte wenigstens sehr leicht eine Debatte entstehen können. Solche unnötigen Sachen möchte ich hier vermieden sehen.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Meyerhoff in bezug auf seine Wünsche zu bedenken geben, daß die Anschaffung der Kohlen und die übrigen Ausgaben für die Licht- und Wasserwerke voranschlagsmäßig bewilligt sind.

Den Anträgen des Magistrats wird zugestimmt.

19. Nachverwilligung von Kosten für die Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem St. Leonhardplatze.

Stadtv. Rasche: Das Spielplatzgebäude auf dem Sankt Leonhardplatze, das bekanntlich recht hübsch geworden ist, hat bei seiner Ausführung einige Mehrausgaben erfordert, weil bei der Verschiebung des Projektes von dem zuerst angenommenen Platze eine Erweiterung der Kanalisationsanlage nötig gewesen ist. Die Mehrkosten sind durch Ersparnisse, welche an einzelnen Positionen gemacht wurden, auf die Summe von 592,53 *M* heruntergebracht. Der Magistrat gibt anheim, diese Kosten noch nachträglich zu bewilligen. — Die Baukommission hat die Angelegenheit eingehend geprüft und bittet, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Stadtv. Bunge: Meine Herren. Ich will mich nicht gegen den Beschluß der Kommission stellen, denn ich bin der Ansicht, daß die Mehrkosten, wenn sie einmal erwachsen sind, auch getragen werden müssen. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, den Magistrat zu befragen, wie es denn mit dem Spielplatz am Hohen- und Wilhelmitore steht. Für alle Stadtgegenden hat man die Spielplatzfrage im Auge gehabt, man hat auch, was gefordert und gewünscht wurde, teilweise ausgeführt, aber im Hohen- und Wilhelmitorbezirk, wo wir bereits seit langen Jahren den Wunsch hegen (Zuruf: 30 Jahre!), ist weiter nichts geschehen, als daß wir in der Juliusstraße einen kleinen Platz angewiesen erhalten haben, der aber nicht für einen größeren Spielbetrieb zu gebrauchen ist, wenn er auch für das Spielen kleiner Kinder angebracht sein mag. Für die Schuljugend und für diejenigen, die die Schule verlassen haben, ist das kein Spielplatz. Dazu gehören größere Plätze. Wir haben schon seit vielen Jahren dem Magistrat gewissermaßen Vollmacht gegeben, daß er in allen Stadtteilen, besonders in der Gegend des Wilhelmi- und Hohentores, sich umsehen und einen passenden Spielplatz aussuchen möchte. Wir haben Anstellungen genug gehabt, z. B. beim Bau der Schulen und von der Aktien-Ziegelei, wenn ich nicht irre, war auch das Feld zwischen der Breitenburg und Schnellenburg an der Feldstraße von Herrn Drewes dem Magistrat angestellt, welches auch ein passender Spielplatz war. Aber seit einigen Jahren haben wir fast nichts in dieser Richtung vom Magistrat gehört, und es scheint so, als ob man diesem Torbezirk keinen Spielplatz geben möchte, weil man

andere erst besser ausbauen will. Das kann doch nicht angehen, denn die dortige Schuljugend ist in ihrer Zahl immer größer geworden. Auf den Straßen kann sie nicht spielen, und wenn sie es versucht, dann ist es vorgekommen, daß sie mit der Polizei in Konflikt geraten ist. Es wäre angebracht, wenn hier bald etwas geschähe. Da das Projekt wegen der Papeischen Tongrube fallen gelassen ist, kommt es zuerst darauf an, zu erfahren, ob der Magistrat noch Umschau hält, oder ob er seine Absicht, hier einen Spielplatz zu errichten, aufgegeben hat.

Bürgermeister Meyer: Herr Bunge irrt, wenn er meint, er hätte seit jener Zeit, in welcher über die Tongrube verhandelt ist, vom Magistrat nichts über einen Spielplatz im Westen der Stadt gehört. Ich erinnere daran, daß der Magistrat den Herren vor vielleicht einem halben Jahre eine Vorlage wegen der Kleinwohnungen gemacht hat, und daß damit verbunden auch der Entwurf eines Ortsbauplans von Ihnen genehmigt ist, nach welchem im Anschluß an das Gelände der Kleinwohnungen ein Spielplatz geschaffen werden soll. Es waren hinterher Einsprüche gegen diesen Teilsortsbauplan gekommen, aber jetzt ist er endgültig genehmigt. Ich glaube annehmen zu können, daß Sie dem Magistrat die Mittel zur Verfügung stellen werden, um den Spielplatz zur Ausführung zu bringen.

Stadtv. Frede: Der Spielplatz, welcher vom Herrn Bürgermeister erwähnt ist, eignet sich wohl in seiner Lage nicht so recht dazu, um die Wünsche des ganzen Bezirks zu befriedigen, denn daß die Kinder von der Weststraße und von den angrenzenden Straßen dorthin gehen würden, ist wohl kaum anzunehmen. Der erwähnte Plan liegt nach Lehdorf zu, hinter dem Petrikirchhof, also in zu großer Entfernung vom Wilhelmitore. Über die Größe des Places hat der Herr Bürgermeister nichts gesagt, es würde Interesse haben zu hören, ob er in dieser Beziehung hinreichend geplant ist. Darüber, daß ein außerordentlich lebhaftes Bedürfnis nach einem Spielplatz in diesem Bezirk vorhanden ist, braucht man sich nicht mehr auszulassen, wir haben uns früher genügend darüber unterhalten. Ganz glaube ich aber dem Magistrat nicht abfallen zu sollen. Im Jahre 1909 hat er ja eine Vorlage wegen eines Spielplatzes gebracht. Wäre sie angenommen, so wäre der Spielplatz schon lange da. Es handelte sich aber damals darum, daß man das Quadratmeter um 2 *M* zu teuer erachtete, und gerade die Freunde des Herrn Bunge sind es gewesen, die sich dagegen ausgesprochen haben, die Sache zu genehmigen. Das ist zu bedauern.

Die Überschreitung des Voranschlages für das Spielplatzgebäude wird genehmigt.

20. Weitergewährung des Zuschusses an den Vorstand des Evangelischen Vereins.

Stadtv. Loeßhigt: Der Evangelische Verein hat bis jetzt für seine Volksbibliothek eine jährliche Unterstützung von 75 *M.* bekommen. Nachdem nun wegen Einrichtung der städtischen Volkslesehalle die Auflösung der Volksbibliothek beschlossen ist, werden die Bücher teils in Form von Wanderbibliotheken, teils direkt den ländlichen Gemeinden zur Verfügung gestellt. Mit Rücksicht auf seine Schriftenverbreitung glaubt der Vorstand des Evangelischen Vereins die ihm bisher gewährte Summe auch sinngemäß in der Zukunft zu verwenden, und bittet um Weitergewährung von jährlich 75 *M.* Der Magistrat hat uns Genehmigung des Gesuchs empfohlen. — Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Evangelische Verein hat recht. Nachdem die Lesehalle in erfreulichem Aufschwunge begriffen ist und dadurch dem Bedürfnis weiter Kreise genügt ist, ist die Evangelische Volksbibliothek nicht mehr am Plage und nicht mehr lebensfähig. Wenn der Verein sie also ganz eingehen lassen will, so hat er gut daran getan. Nun aber stadtseitig noch Mittel zu bewilligen für Schriften, die nicht durch Verleihung der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen, sondern der Propaganda des Evangelischen Vereins dienen und einen ausgesprochen konfessionellen Zweck verfolgen, will mir, auch wenn die überwiegende Mehrzahl unserer Mitbürger formell evangelischen Bekenntnisses ist, nicht begründet erscheinen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, derartig einseitig evangelische Interessen zu fördern. Ich möchte Sie deshalb, so gering die Summe auch ist, bitten, die Bewilligung abzulehnen.

Stadtrat von Franckenberg: Wenn man anerkennen müßte, daß die Aufgabe, die sich der Evangelische Verein mit dieser Schriftenverbreitung gesetzt hat, gleichfalls vom Verein Volkslesehalle mit erfüllt werden kann und wird, dann würde Herr Dr. Jasper mit seinen Bedenken bei der Mehrheit der geehrten Herren vielleicht williges Gehör finden. Die Voraussetzung trifft aber keineswegs zu. Die ganzen Veranstaltungen des Vereins Volkslesehalle sind bekanntlich nur darauf zugeschnitten, daß er in seinen Räumen, sowohl in der Lesehalle wie in der Bücherei, seine Schriften zur Verfügung stellt. Nun ist in dem Antrage des Vereins — das wird mir der Herr Berichterstatter auch bestätigen können — ausdrücklich von Leuten die Rede, die wegen ihrer Berufsstellung oder wegen starker Inanspruchnahme durch ihren Beruf nicht imstande sind, von dieser gemeinnützigen Einrichtung der Volkslesehalle regelmäßig Gebrauch zu machen, wie man es ihnen gönnen

möchte. Es sind Kellner und Feuerwehrleute, Straßenbahnkassierer und andere Berufsgruppen genannt, deren freie Zeit es ihnen überhaupt nicht oder nur schwer möglich macht, die Volkslesehalle zu benutzen. Wenn also der Evangelische Verein in dieser Beziehung sich betätigt, so werden wir das nur dankbar anerkennen können, wie es z. B. der Magistrat mit Freuden begrüßt hat, wenn ein kirchlicher Verein sich auf dem Gebiete der Trinkerfürsorge, Jugendfürsorge, der Sittlichkeitsbestrebungen betätigt hat. Auch mit Zuschüssen haben wir in der Richtung mit Zustimmung der geehrten Herren geholfen. Man muß das Gute nehmen, wo man es findet. Da im übrigen eine widerrufliche Beihilfe zur Bewilligung vorliegt, so steht es bei den geehrten Herren, später zu entscheiden, ob sie die Unterstützung wieder bewilligen wollen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wie Herr Stadtrat von Frankenberg ganz recht gesagt hat, werden die Zwecke, die der Evangelische Verein mit seiner Bibliothek verfolgt, nicht vollkommen durch die Lesehalle erfüllt. Der Verein hatte bisher nur bis zu einem gewissen Teile den Zweck, gute Lesestoffe in das Volk zu bringen, zu einem anderen Teil verband er damit den Nebenzweck, die religiöse Beeinflussung der Volkskreise in seinem Sinn zu versuchen und zu unterstützen. Der Verein hatte einen gemischten Zweck, und soweit der erste Zweck in Betracht kam, der Schundliteratur entgegenzuwirken, konnten wir von der Stadt aus verantworten, diesen Zweck zu unterstützen und zu fördern. Deshalb haben wir bisher auch nicht gegen diese Bewilligung gestimmt. Dieser Zweck wird jetzt aber vom Evangelischen Verein vollkommen ausgeschaltet, er wird vollkommen der Lesehalle überlassen und von dieser in besserer Weise der Lösung näher gebracht als es bisher vom Evangelischen Verein geschah. Es bleibt lediglich übrig der andere Zweck, die religiöse Beeinflussung gewisser Volkskreise, und ich meine, das ist nicht Sache einer politischen Gemeinde, sondern Sache der privaten Korporation, die sich das anzuwenden lassen will. Nicht die Verbreitung von schöner Literatur und gutem Lesestoff an sich, sondern die religiöse Überzeugung zu beeinflussen, soll durch diese Traktätchen und andere Schriften erreicht werden. Wenn dabei gewisse Berufsgruppen herausgegriffen werden, so kann das in der Beurteilung nicht irremachen. Ich weiß nicht, ob die Kellner besonders erfreut sein werden, wenn sie nach langer Dienstzeit irgendwelchen einem „Kriegsruf“ ähnlichen Artikel bekommen. Die Herren müssen sich die Tragweite vergegenwärtigen, wenn Sie auf die Lösung des Herrn Stadtrat eingehen: Andere Vereine werden dann auch kommen. Wenn etwa der Freidenkerverein sagen würde: Für unsere Propaganda gegen die Kirche fordern wir von der Stadt 75 M., so würden Sie sofort antworten: „Religiöse Angelegenheiten sind nicht Angelegenheiten der Stadt.“ Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig. Wenn Sie stadtseitig in der einen Weise in die

religiöse Lebensanschauung nicht eingreifen wollen, so dürfen Sie es auch in der anderen Weise nicht tun. Das ist in Wahrheit Parität. Ich glaube, die Ablehnung der 75 M tut der Lebensfähigkeit des Evangelischen Vereins ebensowenig Abbruch wie der unsrigen, nur wollen wir mit paritätisch objektiver Lebensanschauung diesem Verein gegenüberstehen.

Stadtv. Dr. **Hentling**: Herr Dr. Jasper hätte mit seiner Einrede recht, wenn es nicht unter unseren Mitbürgern Kranke, Schwache, Sieche gäbe, die nicht gehen können und keinen Menschen haben, der ihnen Unterhaltung gewähren kann. Da ist es gut, daß wir an diese Notleidenden denken. In diesem Falle hat der Evangelische Verein übernommen, für die Kranken, Schwachen, Trostbedürftigen zu sorgen. Wenn solch ein Verein sich Mühe gibt, diesen Trostbedürftigen auf diese Weise zu helfen, so kommt es nicht darauf an, ob die Methode, die er anwendet, allgemein beliebt ist. Ich sehe nicht ein, warum die Stadt die kleine Spende von 75 M nicht hergeben soll, und meine, die übrigen Herren werden gern dazu bereit sein, sie zu bewilligen.

Stadtv. **Loeschigt**: Auch ich möchte nochmals bitten, für die Bewilligung der 75 M zu stimmen. Die Äußerung des Herrn Dr. Jasper: „Wenn wir mit diesem Antrage kommen würden“ hat mir gezeigt, aus welchen Gründen Herr Dr. Jasper handelt. Ich glaube, es sind nur prinzipielle Gründe. (Dr. Jasper: Sehr richtig!) Wenn wir heute in der Minorität sitzen und würden diesen Antrag stellen, dann würde er von jener Seite abgelehnt werden. Darum können wir heute den Antrag Jasper ablehnen. Die Mehrheit der Versammlung, die noch zu den Evangelischen hält, wird gern bereit sein, diese 75 M zu dem Zweck zu genehmigen, zu dem sie die Herren haben wollen.

Stadtv. **Wesemeier**: Es sind sonderbare Begründungen, die für diese Sache angeführt werden. Man scheint nicht immer mit offenen Karten zu kämpfen; der Eindruck gewinnt es bei mir, wenn ich die Begründung des Herrn Referenten bedenke. Früher ist die Bewilligung der 75 M (was tatsächlich nur eine geringe Summe ist) damit begründet worden, daß die Bibliothek durch sie erhalten worden ist. Nun fällt die Bibliothek weg, und es heißt: Wenn sie auch nicht mehr da ist, sollen trotzdem noch Schriften ausgegeben werden. Es wird Bezug genommen auf Leser, die nicht imstande sind, dort hinzukommen, auf Kellner, Droschkentrittscher usw. Ich glaube, es gibt wohl keinen unter uns im Saale, der glaubt, daß die Zahl der Angehörigen dieser Berufsgruppen, die hierauf rechnen, über 20 hinausgeht. Das ist mir ein solcher Grund, mit dem man formell operiert, der aber tatsächlich keine fundamentliche Grundlage hat. Die Bibliothek ist eingegangen,

man hat den alten Grund nicht mehr, nun kommt man mit neuen Gründen. Herr Henking sagt: Wir müssen für die Kranken sorgen, die nicht imstande sind, hingehen zu können, um zu lesen. Herr Henking scheint das Wesen der Bibliothek des Vereins Lesehalle nicht zu kennen, sonst müßte er wissen, daß jeder in der Lage ist, sich dort Bücher holen zu lassen, auch solche, die er zu seiner Erbauung bedarf. Die stehen jederzeit jedem einzelnen zur Verfügung. Der angeführte Grund ist ein solcher, der über Ihre Anschauungsweise zu denken gibt. Der Grund fällt vollständig zusammen, wenn man an die Einrichtungen der Bibliothek der Lesehalle denkt. Es ist meines Erachtens direkt weggeworfenes Geld, wenn solche Mittel bewilligt werden, zumal die berücksichtigten Angehörigen dieser Berufe jedenfalls über ein Duzend kaum hinausgehen.

Stadtv. Lange beantragt Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Gleichzeitig mit dem Antrage auf Schluß der Debatte hat sich Herr Steinbrecher zum Wort gemeldet. Ich erteile unter diesen Umständen Herrn Steinbrecher das Wort.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Stadtv. Loeschigt warf uns entgegen, daß wir aus Prinzip handelten. Ja, selbstverständlich sind wir aus Prinzip gegen die Bewilligung. Wir können das, was Herr Dr. Henking anführte — wir sollten an die denken, die elend sind — ebensogut auf die Freidenker anwenden. Auch dort gibt es eine große Anzahl Arbeiter, die nicht in die Vorträge oder in die Bibliothek kommen können. Wenn wir da sagen würden: „Weil die nicht kommen können, bewilligen Sie den Freidenkern gefälligst 75 M“, so würden Sie ohne weiteres sagen: „Die Weltanschauung der Freidenker bekämpfen wir, deshalb sind wir aus Prinzip dagegen, daß Mittel dafür bewilligt werden.“ Die Höhe der Unterstützung spielt ja bei dieser kleinen Sache keine Rolle.

Vorsitzender: Da sich niemand weiter zum Wort gemeldet hat, ist der Antrag auf Schluß der Debatte hinfällig.

Die Mehrheit der Versammlung entschließt sich für Bewilligung der 75 M.

Vorsitzender: Es ist eine Anfrage von Herrn Hesse eingegangen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß in den städtischen Bürgerschulen Agitationsnummern einer hiesigen Tageszeitung verteilt sind, und was gedenkt derselbe zu tun, daß sich derartiges nicht wiederholt?“

Herr Hesse wird nach Erledigung der Tagesordnung Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

21. Erwerb einer Fläche an der Wendensstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Nach dem Ortsbauplan sind von der Gesellschaft Kinopalast an der Wendensstraße zwei Teilflächen durch die Stadt zu erwerben, die eine zu 8,3 Quadratmeter, die andere zu 2,5 Quadratmeter vermessen. Es ist mit der Kinogesellschaft ein Abkommen dahin getroffen, das für das Quadratmeter 100 *M* von der Stadt gezahlt werden sollen. Der notarielle Vertrag liegt dem Magistratsantrage auf Verwilligung dieser Summe bei. Die Baukommission ist in ihrer letzten Sitzung in die Prüfung der Sache eingetreten und gibt Ihnen Genehmigung des Vertrages anheim.

Dem Ankauf der fraglichen Teilfläche wird zu gestimmt.

22. Aufwendungen für das Haus Helmstedterstraße 8.

Stadtv. **Sander:** In dem Grundstück Helmstedterstraße 8, das städtischerseits vermietet ist, sind drei Fußböden auszubessern. Nun sind die Fußböden erst in Ordnung gebracht, als die Mieter in das Haus eingezogen sind, aber der Fußboden ist derartig mit Farbe überdeckt gewesen, daß diese jetzt abblättert. Man hatte auch versucht, einen Teil des Fußbodens abzuweizen, aber da der Fußboden dabei splitterig geworden ist, hat man in der Folge davon Abstand genommen und den Fußboden einfach noch einmal übergestrichen. Der Mieter, der sonst die Verpflichtung hat, die Wohnung auf eigene Mittel im Stande zu erhalten, hat nun die Stadt ersucht, die Fußböden in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen. Die Bauverwaltung schlägt vor, ihn mit Linoleum zu belegen, wobei die Kosten sich auf 216 *M* belaufen würden. Die Baukommission hält es auch für richtig, dies Radikalmittel anzuwenden, und ersucht, dem Magistratsantrage gemäß die 216 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

23. Verwilligung eines Zuschusses zur Ausarbeitung eines Gutachtens.

Stadtv. **Lange:** Mit dem bedeutenden Anwachsen der Kali-Industrie sind auch die berechtigten Klagen über die Verunreinigung der öffentlichen Flußläufe durch

die Abwässer dieser Industrie, durch die sog. Endlaugen, lauter geworden. Zum Schutz der großen und allseitigen Interessen der Anwohner von Flußläufen hat sich ein „Komitee gegen die Verschmutzung der Flüsse durch die Abwässer der Kali-Industrie“ gebildet, das sich zur Aufgabe stellt, durch wissenschaftliche Arbeiten die Schäden festzustellen, welche durch Einleitung der Kalilaugen in die öffentlichen Gewässer entstehen. Die Stadt Braunschweig bezieht ihr Nutzwasser aus zwei Grundwasserwerken, und es ist bisher schon durch wissenschaftliche Arbeiten festgestellt, daß derartige Grundwasserwerke in der Tat durch die Verunreinigung der Flußläufe mit Kalilauge beeinflusst werden. Die Stadt Braunschweig hat also ein besonderes Interesse daran, daß das Gutachten erstattet wird, und der Magistrat hat sich daher entschlossen, Ihnen anheimzugeben, einer Unterstützung des Komitees für seine Arbeiten zuzustimmen. Es ist keine große Summe, die beantragt worden ist; es handelt sich um 300 M. Die Finanzkommission hat in Erkenntnis der Bedeutung der Lösung dieser Frage es für zweckmäßig erachtet, über diese Summe hinauszugehen, und schlägt den geehrten Herren vor, aus Kap. XIV, 6 statt 300 M 500 M zu verwilligen. Im Namen der Finanzkommission empfehle ich Ihnen, dem zuzustimmen.

Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

24. Beteiligung der Stadt an einer Wanderausstellung.

Stadtv. Lange: Der Vorstand des Photographischen Instituts der Technischen Hochschule in Darmstadt und als Vertreter desselben Herr Professor Dr. Friß Zimmer, der früher hier an der Technischen Hochschule tätig war, hat es sich zur Aufgabe gestellt, eine Wanderausstellung von Photographien zu veranstalten, und zwar in denjenigen Städten des Reiches, die durch den internationalen Verkehr bevorzugt sind, u. a. in München, Wiesbaden, Baden-Baden, Berlin. Es ist auch in Aussicht genommen, die Bauhaus-Ausstellung in Leipzig zu besuchen. Der Vorstand hat sich bereit erklärt, eine Sammlung von Photographien der Stadt und des Landes Braunschweig mit zur Ausstellung zu bringen. Er wendet sich aus diesem Grunde an den Magistrat mit der Bitte um Unterstützung dieses Unternehmens. Nach wiederholten Unterhandlungen mit Herrn Professor Zimmer ist der Magistrat zu dem Entschlusse gekommen, den geehrten Herren zu empfehlen, — da die Stadt ein großes Interesse daran hat, durch eine derartige Ausstellung in dieser als geeignet anerkannten Weise für den Besuch der Stadt Propaganda zu machen — die Wanderausstellung durch Bewilligung einer Summe von 300 M zu unterstützen, die zu Lasten der Umsatzsteuer verbucht werden soll. Die Finanzkommission empfiehlt den geehrten Herren, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen. Ich bitte Sie, demgemäß zu entscheiden.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich glaube, den Herrn Referenten in seinem Bericht ergänzen zu müssen. Soviel ich weiß, ist beschlossen, 500 *M* zur Verfügung zu stellen, damit unter Umständen der Magistrat in der Lage ist, über 300 *M* hinauszugehen, um eine würdige Reklame für unsere Stadt zu ermöglichen.

Stadtv. **Lange:** Ich möchte meine Ausführungen dahin berichtigen, daß ich mein voriges Referat mit dem jetzt vorliegenden verwechselt habe. Das vorige Referat sollte den Beschluß von 300 *M* fordern und dieses eine Erhöhung von 300 *M* auf 500 *M*. Ich bitte, diesem Vorschlag der Finanzkommission zu folgen und bis zu 500 *M* zu verwilligen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

Stadtv. **Wesemeier:** Demnach müßte der Beschluß über den vorigen Punkt berichtigt werden.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren dem letzten Beschlusse zufolge mit der Berichtigung einverstanden sind, und brauche den Beschluß wohl nicht zu wiederholen.

25. Entsendung eines Gerichtsschreibers und zweier Beisitzer des Gewerbegerichts zum Verbandstage in Leipzig (18.—20. September d. J.).

Stadtv. Dr. **Jasper:** Vom 18. bis 20. September d. J. findet in Leipzig die Verbandsversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte statt, auf welchem allerlei Wissenswertes in dieser Frage erörtert werden soll. Der Magistrat schlägt vor, einen Beisitzer aus den Arbeitgebern und einen aus den Arbeitnehmern und den Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts zu dieser Tagung zu entsenden. Ich bemerke, daß der Magistratsdezernent in dieser Sache, Herr Stadtrat Wagner, zur Zeit der Tagung behindert ist, an ihr teilzunehmen. Die Kosten der Entsendung setzen sich zusammen aus Fahrt 2. Klasse, Diäten 9 *M* pro Tag und 6 *M* für die Nacht für die Gerichtsbeisitzer, Fahrt 3. Klasse, 4,50 *M* am Tage und 4,50 *M* Übernachtungsgeld für den Gerichtsschreiber. Die letzten Sätze rechtfertigen sich dadurch, daß Bestimmungen in dieser Hinsicht für unsere Beamten im allgemeinen gegeben sind, von denen abzuweichen kein Grund vorliegt. Der Magistrat gibt anheim, diese Mittel aus dem Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen, und die Finanzkommission bittet Sie, die Bewilligung auszusprechen.

Die nötigen Gelder für die Entsendung werden bewilligt.

26. Verwilligung von Mitteln für die Müllabfuhr.

Stadtth. **Sartung:** (I.) Der Magistrat hat uns unter dem 11. Juni eine Vorlage zugehen lassen, in der auf die früher satksam behandelte Vorlage wegen Einführung eines neuen Systems der Müllabfuhr Bezug genommen und erklärt wird, daß der Magistrat dem am 29. Mai gefaßten Beschlusse, weitere praktische Versuche mit zur Verfügung gestellten neuen Verbesserungen der Müllabfuhereinrichtungen zu machen, entsprechen wird. Er weist aber darauf hin, daß durch die Ausführung dieses Beschlusses die endgültige Erledigung der als brennend empfundenen Müllabfuhrfrage vermutlich auf lange Zeit hinausgeschoben wird.

(IIa.) Bereits in der ersten großen Vorlage dieser Sache vom 28. Januar sei darauf hingewiesen, daß für einen großen Teil der vorhandenen Müllwagen Ersatz geschaffen werden müsse, resp. daß sie repariert werden müssen, daß aber außerdem wegen der größeren Entfernung des jetzigen Müllabladeplatzes, der bekanntlich vor Mascherode sich befindet, auch eine Erweiterung des Fuhrparks unter allen Umständen nötig sei, daß diese insbesondere vor Eintritt des Winters ausgeführt werden müßte, in welcher Zeit die Müllabfuhr wieder einen größeren Umfang annehmen werde. Ausgangs des vorigen Winters seien neben 17 Müllwagen auch 7 Kohlentransportwagen zur Müllabfuhr herangezogen, daß aber darüber lebhaft und berechtigte Klagen geführt seien, so daß ihrer nochmaligen Verwendung im kommenden Winter schwere Bedenken entgegenstehen. Von den 17 Müllwagen seien nur noch 7 gut gebrauchsfähig, die übrigen 10 aber haben eine gründliche Instandsetzung nötig. Hinzu käme, daß noch 7 neue Wagen beschafft werden müßten, weil bei der größeren Entfernung des Abladeplatzes die Wagen, die früher dreimal die Tour gemacht haben, in Zukunft nur täglich zweimal den Weg machen könnten. Im ganzen werden nach Annahme der Straßenreinigungsdeputation aufgewendet werden müssen:

- | | |
|--|----------|
| 1. Für die Instandsetzung von 10 reparationbedürftigen Wagen . | 6 000 M, |
| 2. Für die Beschaffung von 7 neuen Wagen | 6 300 " |
| 3. Für Anschaffung von 14 Pferden für die neuen Wagen . . | 21 000 " |
| 4. Für Beschaffung von 14 Pferdegeschirren | 1 260 " |

Das sind zusammen . . . 34 560 M.

Außerdem werden für Errichtung und Einrichtung eines durch die Vergrößerung des Pferdebestandes erforderlichen Stallgebäudes 55 000 M veranschlagt, doch behält sich der Magistrat vor, wegen des Stallgebäudes eine neue Vorlage zu machen, und fordert jetzt zu Lasten des Kap. II des ordentlichen Etats die genannten 34 560 M.

Ich möchte darauf hinweisen, daß gewünscht wird, diese 34 560 M als einheitliche Summe zu bewilligen in der Weise, daß eine Ver-

schreibung innerhalb der einzelnen Nummern zulässig ist. Es ist in der Kommission zur Sprache gekommen und anerkannt, daß möglicherweise die Reparatur der alten Wagen nicht so viel wie ausgeworfen, die Beschaffung der neuen dagegen mehr kosten würde.

(IIb.) Die Zahl der Fahrer wird sich mit der neuen Einstellung der 7 Müllwagengespanne um 7 erhöhen und ebenso die Zahl der Begleiter. Es wird deshalb ersucht, sich auch mit der Vergrößerung des Personals einverstanden zu erklären und die hierdurch, sowie wegen Erweiterung des Fuhrparks überhaupt entstehenden Mehrausgaben der Betriebsunterhaltung gleichfalls zu Lasten des Kap. II des Stats zu verwilligen.

(III.) Der Magistrat bittet weiter, 1000 *M* zu Lasten des Kap. XIV, 6 zur Verfügung zu stellen, um die Versuche zur Verbesserung des bestehenden Müllabfuhrsystems, die durch unseren Beschluß vom 29. Mai ihm anheimgegeben sind, ausführen zu können.

(IV.) Endlich ersucht der Magistrat, zu Lasten des Kap. XIV auch die 266,20 *M* zu verwilligen, welche aus Anlaß der bisher angestellten Versuche als Kosten erwachsen sind, die zu bewilligen bereits unter dem 28. Januar d. Js. vom Magistrat beantragt war, worüber aber bisher noch kein Beschluß gefaßt ist.

In der vereinigten Statuten- und Finanzkommission ist die Vorlage beraten. Es ist bei dieser Beratung von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß es bedenklich erscheine, in diesem Stadium, wo man damit rechnen könne, daß die Stadt möglicherweise zu einem ganz anderen System der Müllabfuhr übergehe, noch derartig große Aufwendungen zur Erhaltung des bestehenden Systems zu machen. Demgegenüber ist vom Magistrat hervorgehoben, daß bei der Beschaffung dieser 7 neuen Wagen bereits auf Verbesserungen Bedacht genommen werden solle, daß es sich also in gewisser Weise schon um neue Versuchswagen handelt. Ferner ist darauf hingewiesen, daß es nur scheinbar sich um verlorene Ausgaben handle, insbesondere wird die Erhöhung des Pferdebestandes unter allen Umständen eintreten müssen, auch wenn wir uns später für das hannoversche System oder ein anderes entscheiden würden, so daß von Anschaffung eines überflüssigen Pferdebestandes nicht die Rede sein kann. Außerdem sei damit zu rechnen, daß die etwaige Einführung eines neuen Systems nicht auf einmal geschehen könne, sondern nur allmählich möglich sein würde. Auch die Wagen würden in der Übergangszeit noch gebraucht werden können, und was für die Müllabfuhr später nicht zu verwenden sei, würde in anderen städtischen Betrieben Verwendung finden können. Es wurde weiter mit Recht darauf hingewiesen, daß der Magistrat von vornherein hervorgehoben habe, daß unter allen Umständen diese Forderung der neuen Bewilligungen kommen würde, auch für das alte System. Ich erlaube mir, daran zu erinnern, daß uns in der Richtung eine Aufstellung der Straßen-

reinigungsdeputation zugegangen ist, in der gesagt war, daß auch bei etwaigem Bestehenbleiben des alten Systems 82 000 *M* für den Betrieb nötig werden würden. Nach der vorliegenden Berechnung würde sich diese Summe auf annähernd 90 000 *M* erhöhen.

In der vereinigten Kommission ist man bis auf eine Stimme zu der Überzeugung gekommen, daß die Bedenken, von welchen ich vorhin gesprochen habe, fallen gelassen werden müssen, und daß anerkannt werden muß, daß in diesem Stadium das Verlangen des Magistrats, weil ein Notstand vorliegt, berechtigt ist, und daß, mag es zur Einführung eines neuen Systems kommen oder nicht, unter allen Umständen etwas geschehen muß. Deshalb liegen nach der Ansicht der vereinigten Kommissionen keine Bedenken vor, diese Aufwendungen zu machen. Eine Stimme nur (es war die des Herrn Korreferenten, und er wird diese Ansicht auch hier vertreten) war in der Kommission dafür, angesichts dieser großen Ausgaben tabula rasa zu machen, kurzer Hand sich zugunsten des hannoverschen Systems zu entschließen und in einem Bezirk mit der Einführung desselben den Anfang zu machen. Die Mehrheit der vereinigten Kommission hat geglaubt, angesichts des Beschlusses vom 29. Mai sich nicht auf diesen Standpunkt stellen zu dürfen, auch in der Erwägung, daß es unter keinen Umständen sich um Aufwendungen handelt, die zwecklos sein würden. Die Kommission entschied sich bis auf eine Stimme dafür, Ihnen zu empfehlen, die Vorlage des Magistrats anzunehmen mit der Modifikation, wie ich bemerkt habe, die 34 560 *M* als einheitliche Summe zu bewilligen.

Vorsitzender: Und daß unter Umständen die 7 neuen Wagen verschiedener Konstruktion sein könnten.

Stadtv. Dr. **Jasper** (als Korreferent): Herr Justizrat Hartung hat für die Mehrheit berichtet, die schließlich in der Abstimmung größer war als bei den Erörterungen, die in der Kommission gepflogen sind. Die Gründe, die die Mehrheit bewogen haben, dem Verlangen des Magistrats zuzustimmen, hat der Referent erschöpfend dargelegt. Gestatten Sie mir, die Gründe der Minderheit zur Erläuterung beizufügen, damit ein möglichst vollständiges Bild über die Kommissionsverhandlungen Ihnen vorliegt.

Die Kritik der Minderheit setzte bei den Ausführungen der Magistratsvorlage ein, in denen es heißt, daß vermutlich auf lange Zeit die Erledigung der allseitig als brennend empfundenen Müllabfuhrfrage hinausgeschoben wird. Das war doch wohl nicht die Meinung der Mehrheit, die damals noch Versuche gefordert hatte, sondern es war mehr ein pflichtgemäßes Nachgeben den aufs neue eingegangenen Projekten gegenüber, daß man sagte: Wenn während unserer Verhand-

lungen aus der Bürgerschaft uns noch so viele neue Projekte vorliegen, welche die Deputation noch nicht geprüft hat, — so hatte es damals der Herr Berichterstatter mitgeteilt — dann können wir uns nicht heute für die eine oder andere Sache entscheiden, sondern müssen diese erst noch prüfen. In den Kommissionsverhandlungen ist von dem Herrn Bürgermeister festgestellt, daß alle diejenigen Projekte, die bis zum 29. Mai eingegangen sind, auch geprüft waren, so daß insofern der Mehrheitsbeschluß von damals falsch instruiert war, als man meinte, eine solche Prüfung habe noch nicht stattgefunden. Endgültig wird sich nie — meint die Minderheit der Kommission — die Frage der Müllabfuhr erledigen lassen, weil, wie auf allen Gebieten der Technik, immer Erfindungen und Verbesserungen durchaus möglich sind. So sind denn auch schon seit diesem unseren Beschlusse, durch die Deputation die Prüfung fortsetzen zu lassen, wieder mehrere neue Systeme dem Magistrat zugegangen. Der Herr Bürgermeister hat in der Kommission erklärt, daß eine Prüfung dieser neuen Systeme, nachdem seit unserem Beschluß 3 Wochen verstrichen sind, nicht eingetreten ist. Es würde die Durchführung unseres Beschlusses in dem bisherigen Tempo zur Folge haben, daß die allseits als brennend anerkannte Müllabfuhrfrage nicht alsbald der Lösung entgegengeführt werden möchte. Es scheint durchaus denkbar und wünschenswert, daß nach dieser Erklärung vom Magistrat hinsichtlich der Prüfungsfrage noch die Möglichkeit gegeben ist, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht die notwendige Anschaffung der Wagen auch zu Versuchen mit einem neuen System dienen soll. Der Einspruch der Minderheit hatte den Erfolg, wie auch der Herr Berichterstatter mitgeteilt hat, daß die neuen Wagen nicht vollkommen das alte System darstellen, sondern zu Versuchen benutzt werden sollen. Es ist nur ein gradweiser Unterschied zwischen den Wünschen der Mehrheit und der Minderheit. Nach den Wünschen des Herrn Bürgermeisters sollten die Neuerungen an den neuen Wagen lediglich darin bestehen, daß die Öffnungen, in die der Müll entleert wird, verkleinert werden; während wir bis jetzt große Klappen haben, sollen nun kleine Klappen angebracht werden. (Weiterkeit.) Die Gefäße dagegen sollten im wesentlichen bleiben wie bisher, höchstens sollten Deckel darauf kommen. Noch andere Kleinigkeiten sollten geändert werden, indem der Wagen in der Karosserie niedriger wird, damit die Entleerung der Müllgefäße leichter wird. Der wesentliche Übelstand des alten Systems, unter dem wir alle gelitten haben, ist doch, daß die wenig ästhetischen und hygienischen Geräte noch immer weiter auf der Straße ihr Dasein fristen sollen, so daß sie Naturforschern und Hunden zu allen möglichen Forschungen dienen. Wenn einmal neue Wagen angeschafft werden, so könnte auch das System versuchsweise eingeführt werden, welches bisher die Zustimmung der Straßenreinigungsdeputation gefunden hat und auch sonst erprobt ist. Gerade von den Vertretern der Mehrheit in der Kommission wurde hervorgehoben, daß in ähnlicher

Weise Magdeburg vorgegangen sei, wo man das Hannoverische System versuchsweise in einigen Bezirken auf die Dauer von 5 Jahren eingeführt hat. Dieser Versuch ist noch nicht erledigt. Das müßte auch auf unsere örtlichen Verhältnisse übertragen werden, denn die Nachteile und Mängel eines Systems erweisen sich erst dann, wenn es an Ort und Stelle in den jeweils heimischen Verhältnissen längere Zeit hindurch erprobt ist. Solange eine Maschine neu ist, klappt bei ihr alles. Erst wenn sie halb abgängig, dann klappert sie.

Ich möchte daher für die Minderheit empfehlen, nur Punkt III und IV zu bewilligen, ebenso Ha1 der Vorlage, im übrigen uns auf irgendein System zu einigen, das als Versuch in irgendeinem Bezirk der Stadt eingeführt wird. Um den Vorschlägen der Straßenreinigungsdeputation gerecht zu werden, könnte dazu das Hannoverische System gewählt werden.

Stadtv. **Frede:** Ich muß mich auf den Standpunkt der Minderheit der Kommission stellen. Auch ich kann es nicht verantworten, daß dann, wenn man anerkannt hat, daß unbedingt eine Änderung Platz greifen muß, diese Änderung auf lange Zeit, wie es in der Vorlage heißt, hinausgeschoben wird. Auch mir sind bei dem Lesen der Vorlage die Bedenken gekommen, die der Herr Referent Hartung erwähnt hat, nämlich, daß ziemlich namhafte Posten (für die Wagen 12 300 *M* und für weitere Prüfung 1000 *M*) als weggeworfenes Geld angesehen werden müssen, falls ein anderes System demnächst eingeführt würde. Nun hat allerdings der Herr Referent dieses Bedenken dadurch etwas abzuschwächen versucht, daß er ausführte, man könnte die Wagen später wohl auch für andere Zwecke gebrauchen, und sie sollten nicht in derselben Weise beschaffen sein wie die bisherigen. Aber das gilt doch als sicher: Wenn die Wagen auch mit kleineren Klappen, wie Herr Stadtv. Jasper erwähnt, versehen würden, so würden sie für das Hannoverische System oder erst recht nicht für ein anderes, z. B. das Casseler, zu gebrauchen sein. In diesem Sinne muß der Posten für Anschaffung neuer Wagen tatsächlich als unnütz ausgegeben gelten. Herr Stadtv. Hartung hat darauf hingewiesen, daß man einen kürzlich gefaßten Beschluß nicht gleich wieder umstoßen könne, aber man muß doch auch die Umstände berücksichtigen, unter welchen der Beschluß in der vorigen Sitzung zustande gekommen ist. Herr Stadtv. Stegmann hatte beantragt, zwecks Prüfung der angeblich noch nicht geprüften, durch hiesige Anwohner angemeldeten Systeme die Sache von der Tagesordnung abzusetzen, es kam dann bei der Differenz in den Ausführungen — der Herr Bürgermeister sagte: sie sind geprüft, Herr Stadtv. Hartung: sie sind nicht geprüft — und damit man uns nicht vorwerfen solle, man habe die hiesigen Systeme nicht genügend ausprobt, der Antrag Frühling, der sagte: Gleichzeitig soll auf eine Verbesserung der gegenwärtigen Abfuhr Bedacht genommen werden. In dieser Verquickung liegt das Übel. Es wurde da-

mal schon gesagt, daß eine Hinausschiebung die Folge eines solchen Beschlusses sein würde, und dagegen hat sich Herr Stadtv. Frühling verwahrt. Wir sehen aber, daß auch der Magistrat diese Anschauung hat, indem er unter I sagt, daß durch den hier erfolgten Beschluß die endgültige Erledigung der Müllabfuhrfrage auf lange Zeit hinausgeschoben würde. Meine Herren, das kann ich nicht verantworten! Das gegenwärtige System mag verbesserungsfähig sein, aber es wird nur in unwesentlichen Punkten verbesserungsfähig sein. Ich stimme vollständig mit Herrn Dr. Jasper überein, daß der Hauptpunkt die Hinauszögerung der Gefäße ist, die ungenügende Reinhaltung der jetzigen Gefäße und ihr übler Geruch in den Kellern, wodurch unhygienische Zustände geschaffen werden. Wandel hierin wird nicht durch Maßnahmen geschaffen, wie sie in Aussicht gestellt werden. Ich möchte deshalb bitten, daß wir heute nochmals zur Beratung der früheren Magistratsvorlage übergehen, wenn das statthaft ist. Ich glaube allerdings, daß das kaum möglich ist, denn es steht auf der Tagesordnung: „Verwilligung von Mitteln für die Müllabfuhr“, und man könnte Anstoß daran nehmen, daß über die „Änderung der Müllabfuhr“ beschlossen werden soll.

Vorsitzender: Ich sehe darin kein Hindernis.

Stadtv. **Frede** (fortfahrend): Dann möchte ich beantragen, daß wir heute uns über ein System einigen, ist das nicht möglich, so würde der Versuch mit einem neuen System in einem Bezirk zu empfehlen sein. Erst wenn das auch abgelehnt ist, bleibt nichts übrig, als das anzunehmen, was unter II und III hier vorgeschlagen ist.

Vorsitzender bittet, einen etwa beabsichtigten Antrag schriftlich einzureichen.

Stadtv. **Diedmann:** Es scheint mir mit Rücksicht auf den Anschaffungswert der 7 notwendigen neuen Wagen bedenklich, die alten Wagen nochmals reparieren und weiter gebrauchen zu lassen. Wenn ein privater Geschäftsmann ein Jahr hinter sich hat, wie die Stadt in diesem Jahre, so würde er auf jeden Fall die alten Wagen abschaffen und neue dafür einsetzen, denn es heißt mit Recht: Alte Wagen, neue Schulden. Ich möchte deshalb doch bitten, vorläufig von der Zustandsetzung der Wagen und dafür 6000 M fortzuwerfen, Abstand zu nehmen.

Auf dieses Hannoverische System einzugehen, erübrigt sich wohl. Wie man im allgemeinen von den Bürgern hört, sind sie sehr dafür, daß das alte System beibehalten bleibt — schon mit Rücksicht auf die ganz erheblichen Kosten — und haben nur den Wunsch, daß einfach bessere Gefäße angeschafft werden. Ich glaube, es wird über kurz oder lang doch dahin kommen, wie seinerzeit von Herrn Edhardt in einem Schreiben näher ausgeführt ist, daß einheitliche Gefäße geschaffen werden

müssen und würden die neuen Wagen anstatt der alten reparaturbedürftigen gute Verwendung finden.

Bürgermeister Meyer: Die heutige Vorlage einzubringen, ist dem Magistrat nicht leicht geworden. Er ist aber durch Ihren Beschluß vom 29. Mai in die Zwangslage versetzt, die Mittel für Instandhaltung resp. Erweiterung des Fuhrparks anzufordern. Es ist schon in der ersten Vorlage gesagt, daß vieles von dem, was an Wagen und sonstigem Material des alten Systems vorhanden ist, mehr oder weniger abgängig ist. Das ist erklärlich. Wir standen vor der Frage, ob ein neues System eingeführt werden sollte, und haben deswegen Bedenken getragen, allzuviel Geld für Instandhaltung aufzuwenden. Wir mußten damit rechnen, daß bei Einführung eines neuen Systems das alte Material beiseite geworfen werden würde.

Wie steht es nun mit dem Antrage des Magistrats? Sie selbst haben den Beschluß gefaßt, mit den Versuchen fortzufahren und gleichzeitig das gegenwärtige System auszubauen. Mit Rücksicht auf diesen zweiten Teil des Beschlusses ist es mir nicht verständlich, wie Herr Dr. Jasper dazu kommt, das zu bespötteln, was zur Verbesserung des gegenwärtigen Systems in Aussicht genommen ist. Ich erkenne an, die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen nach außen hin als Kleinigkeiten. Wenn aber das alte System verbessert werden soll, dann kann es sich zunächst auch nur um kleinere Änderungen handeln. Man will sich doch erst selbst belehren.

Die Bedenken, daß die 7 neuen Wagen, auch wenn sie neue Verbesserungen trügen, bei Einführung eines anderen Systems vergeblich angeschafft sein würden, sind in gewissem Umfange berechtigt, doch wird es sich, wenn nicht gerade das Hannoverische oder das Wechsellastensystem gewählt wird, machen lassen, daß die Wagenkasten so angefertigt werden, daß sie auch für ein anderes System dienstbar gemacht werden können. Im übrigen muß ich wiederholt betonen, daß, wenn Sie die Mittel für die Wagen nicht bewilligen, die Deputation außerstande ist, im nächsten Winter die Müllabfuhr so zu erledigen, wie sie im Interesse der Einwohnerschaft wünschenswert ist und wie es die Pflicht eines größeren Gemeinwesens erfordert.

Wenn Herr Diedmann nun gar so weit geht, zu sagen, er könnte sich nicht dafür aussprechen, daß die alten Wagen wieder instand gesetzt würden, so ist mir das nicht verständlich. Wenn 600 M für Instandsetzung eines Wagens aufgewendet werden sollen, so ist damit gesagt, daß nicht Flickarbeit, sondern eine gründliche Reparatur erfolgen soll. Die Wagen sollen so instand gesetzt werden, daß sie noch eine ganze Reihe von Jahren ihrem Zwecke genügen können. Dem Antrage Jasper stehe ich angesichts der Vorverhandlungen sympathisch gegenüber; er kommt auf

das zurück, was der Magistrat von vornherein gewünscht hat. Aber auf eines aufmerksam zu machen, halte ich mich doch für verpflichtet. Wenn die Mehrheit der Versammlung jetzt der Ansicht sein sollte, daß die Beschlußfassung vom 29. Mai d. Js. ein Fehler gewesen sei, und es für richtig halten sollte, den Magistrat zu ermächtigen, das Hannoversche System zur Einführung zu bringen, so ist das noch nicht ausreichend, um dem früheren Antrage des Magistrats gerecht zu werden; sie müßte vielmehr auch mit Erhebung der vom Magistrate von vornherein geforderten Gebühr einverstanden sein. Wenn sich also für das Hannoversche System heute eine Mehrheit finden sollte, so bitte ich, auch die fragliche Gebühr dem Magistrat zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Herrn Stadtv. Stegmann eingegangen. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die zu II a 1, III und IV magistratsseitig angeforderten Mittel,

sie lehnt ab, die zu II a 2—4 und II b der Vorlage angeforderten Mittel zu bewilligen.

Sie ersucht vielmehr den Stadtmagistrat, entsprechend seiner Vorlage vom 28. Januar und 11. März 1913, in einem Bezirke das sog. Hannoversche System einzuführen und die erforderlichen Mittel anzufordern.“

In diesem Antrage ist nicht Bezug genommen auf I a 5, die Errichtung und Einrichtung eines Stallgebäudes, es war darüber ja aber ohnehin schon eine neue Vorlage in Aussicht gestellt.

Durch den Antrag ist die Wiederaufnahme der Beratung und Beschlußfassung einer vor mehreren Sitzungen abgelehnten Vorlage angeregt. Der Antrag hat allerdings etwas anderen Inhalt als die derzeitige Vorlage. Diese ging auf allgemeine Einführung der Hannoverschen Müllabfuhr hinaus, der heutige Antrag will, das Hannoversche System soll nur in einem Bezirk eingeführt werden. Ich nehme keinen Anstand, die Änderung der Müllabfuhr nach diesem Antrage aufs neue zur Beratung zu stellen.

Stadtv. Edhardt: Um mit geringen Mitteln und in praktischer Weise die Müllabfuhr besorgen zu lassen, möchte ich empfehlen, das alte System weiter auszubauen, und zwar derart, daß man die Wagen mit 4 Klappen, welche mit Segeltuch bespannt sind, versieht, und daß man vorn oberhalb des Kutschersitzes eine zirka 30 : 40 Zentimeter große Klappe anbringt, durch welche man in den Stand gesetzt wird, mittels dort untergebrachten Rechens den Müll zu verteilen.

Auch möchte ich bitten, die Wagen mit einer Windschutzvorrichtung (Kosten etwa 10 M) hinten und vorn zu versehen, wodurch bei windigem Wetter erreicht

würde, daß der Wind mit geschwächter Kraft über den Wagen hinwegjaust und weniger Staub in der gerade offenen Klappe aufwirbeln kann.

Die von mir bereits früher empfohlenen Normal-Kästen möchte ich in empfehlende Erinnerung bringen.

Wie ich höre, ist die seinerzeit vorgeschlagene Abmessung $40 \times 40 \times 60$ zu groß, ich empfehle deshalb heute $30 \times 30 \times 50$ zu nehmen, in welche zirka 40 Pfund Müll untergebracht werden könnte.

Ich habe zur Veranschaulichung ein paar kleine Modelle anfertigen lassen:

Die Kästen bestehen aus starkem verzinkten Eisenblech, haben in $\frac{2}{3}$ der Höhe muschelartige Vertiefungen, in welche sich Handgriffe einlegen, der Boden ist mit kleinen Füßen versehen, damit derselbe nicht rostet, der Deckel ist lose und ist mit einer ovalen Vertiefung versehen, über welcher sich als Handgriff ein Steg befindet, an der Seite sind schlißartige Vertiefungen angebracht, so daß die Kästen auch mittels Kiepenstricks, an welchem eine Kugel befestigt ist, auf dem Rücken getragen werden können.

Da infolge der muschelartigen Vertiefungen die Handgriffe nicht austragen, kann man die Kästen wie Streichholzschachteln auf der Straße zusammenstellen.

Die Unterbringung der Kästen im herrschaftlichen Hausflur sowohl wie in der Behausung des kleinen Mannes wird wenig Platz in Anspruch nehmen, da man die Kästen infolge der sinnigen Anordnung der Füße 4 Stück übereinander stellen kann, ohne befürchten zu müssen, daß dieselben umfallen.

Ich kann die Anschaffung dieser Kästen nur bestens empfehlen und verspreche mir, wenn dieselben von der Stadt als Normal-Kästen vorgeschrieben werden, den größten Erfolg für unsere Müllabfuhr.

Vorsitzender: Ich betrachte dieses als eine Anregung für die vom Magistrat und der Straßenreinigungsdeputation vorzunehmenden Versuche.

Stadtv. Stegmann: Als ich die neueste Vorlage zu Gesicht bekam, war ich lebhaft erstaunt. Ich sagte mir: Das ist die Antwort seitens des Magistrats auf den Beschluß der vorigen Sitzung, der dahin ging, daß erst einmal Versuche mit einigen Systemen vorgenommen werden sollen. Diese Vorlage bedeutet meiner Ansicht nach das Begräbnis der ganzen Müllabfuhrfrage. Es geht aus den Worten der Herren Vorredner und aus der Magistratsvorlage hervor: „Es ist eine Hinausschiebung der endgültigen Erledigung der bisher als brennend empfundenen Müllabfuhrfrage vermutlich auf lange Zeit.“ Es ist eingetreten, was wir befürchtet haben, als Herr Stadtv. Frühling seinen Antrag stellte, daß auch Mittel verwilligt werden sollten, um die alte Müllabfuhr zu verbessern. Von unserer Seite ist sofort dem Antrage durch Herrn Wesemeier entgegengehalten, daß dieser Antrag die

ganze Sache über den Haufen werfen könnte, dadurch würde an dem alten System festgehalten werden. Und richtig, der Pferdefuß des Antrags ist bereits zum Vorschein gekommen.

Der erste Teil der Vorlage spricht davon, daß die vorige Versammlung diesen Beschluß gefaßt hat und durch diesen Beschluß die endgültige Erledigung vermutlich auf lange Zeit hinausgeschoben werde. Der Magistrat beklagt sich über Verzögerung, aber ich meine, ein Grund zu Vorwürfen liegt eigentlich nicht vor. Wie steht denn die Sache: Im Januar bekamen wir die Vorlage, am 13. Februar kam sie zum ersten Male zur Beratung und wurde, nachdem der Referent seine Ausführungen gemacht hatte, von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Besichtigung in Hannover stattfinden sollte. Das geschah denn auch, und darauf ruhte die Sache längere Wochen hindurch wegen der Beratung des Etats und der Lichtwerkvorlage und wurde endlich für den 24. April zur Beratung wieder angesetzt. An dem Tage mußte die Beratung wieder vertagt werden, weil unsere neu eingetretenen Kollegen keine Vorlage bekommen hatten. Als die Müllabfuhr darauf wieder auf die Tagesordnung kam, war das wieder ein unglücklicher Tag, indem die Sitzung wegen des Todes des Vorsitzenden aufgehoben wurde. So kam sie erst am 29. Mai zur Beratung. Die Stadtverordneten haben also jedenfalls keine Schuld, wenn die Weiterführung der Beratung durch verschiedene Umstände verzögert worden ist. Ich möchte schon eher dem Magistrat mehr die Schuld in die Schuhe schieben. Er hat in seiner Vorlage allerdings gesagt, daß sie eilig sei, aber daß sie so brennend ist, wie wir aus der heutigen Vorlage erfahren: daß es nicht möglich ist, die Müllabfuhr ordnungsgemäß zu betreiben, wenn wir nicht schleunigst Mittel bewilligen, um eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, davon ist bisher kein Wort geredet. Dann wäre es auch Pflicht des Magistrats gewesen, seinerzeit, als die Müllabfuhr auf der Tagesordnung stand und abgesetzt wurde, zu sagen: Das ist eine eilige Sache, wir wünschen, daß sie noch beraten wird. Dann hätte die Stadtverordnetenversammlung Mittel und Wege und auch Zeit gefunden, sie zu erledigen.

Es scheint übrigens auch heute noch viel Zeit vorhanden zu sein. Vor drei Wochen haben wir unseren Beschluß gefaßt, weitere Versuche anzustellen, und hören jetzt, daß noch keine Versuche mit verschiedenen anderen Systemen gemacht worden sind. Das sieht doch nicht aus, als ob die Sache so dringend wäre. Ich erkläre nochmals, durch unseren Beschluß ist die Sache nicht verzögert worden. Ich habe damals erklärt, daß ich bedauere, der Anreger dieser weitergehenden Prüfung zu sein; ich wollte aber nur, daß das System Borowski und das Kippwagen-system von Bähge geprüft würden. Ich bin noch heute der Meinung: Wenn wirklich Eile vorliegt, dann kann man in einigen Wochen ein paar Systeme, die man für gut hält, wohl prüfen. Dann braucht man nicht, wie es hier heißt, die Sache auf lange Zeit hinauszuschieben. Wenn das alte System wieder ausgebaut und nur

kleine Verbesserungen daran vorgenommen werden sollen, dann sind das kleine Palliativmittel, und das alte häßliche System bleibt noch womöglich auf Jahre bestehen.

Ich weiß allerdings, daß viele oder einige von Ihnen keine rechte Lust zu einer gründlichen Reform des ganzen Müllabfuhrwesens hatten; es ging auch aus dem Antrage Frühling hervor, wodurch die Sache auf die lange Bank geschoben werden sollte. Ich würde sehr bedauern, wenn dieser Beschluß, den wir vor drei Wochen gefaßt haben, dazu führen sollte, daß der Magistrat seinen Standpunkt, für eine gründliche Reform einzutreten, zurückstellen sollte und sich den Herren anschließt, die nicht darauf ausgehen, eine wirkliche Verbesserung vorzunehmen, und alles beim alten lassen wollen. Das gibt doch nichts Ordentliches, und die Mißstände bleiben dann dieselben. Meinen Freunden und mir ist es Ernst damit, eine Änderung vorzunehmen, deshalb lehnen wir alle Anträge ab, die darauf hinauslaufen, das alte System zu verewigen.

Ich habe deshalb meinen Antrag eingebracht, den der Herr Vorsitzende schon verlesen hat. Es ist wohl nötig, daß wir die erste Summe bewilligen, wenn die vorhandenen Wagen so schlecht sind und repariert werden müssen. Ferner ist zu empfehlen, da wir einmal beschlossen haben, Versuche zu machen, die 1000 *M* dafür zu verwilligen und auch die 266,20 *M*, die schon verausgabt sind. Alles andere lehnen wir ab und bitten Sie, dem Antrage zuzustimmen — wie Herr Dr. Jasper schon gewünscht hat —, wenn einmal 7 neue Wagen angeschafft werden, nicht Wagen nach dem alten System, sondern solche nach dem Hannoverischen System zu nehmen. Dann haben Sie Gelegenheit, etwas Gutes zu bekommen. Was jetzt gefordert wird, Wagen mit kleinen Verbesserungen anzuschaffen, das ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Die Verbesserungen müßten wieder beseitigt werden, wenn wir zu einer gründlichen Reform kommen, denn die Hannoverischen Wagen sind ähnlich den Rollwagen der Fuhrgeschäfte. Herr Bürgermeister Meyer hat sich gewissermaßen damit einverstanden erklärt, und ich glaube wohl, daß er dem zustimmen könnte, daß der Passus der alten Vorlage angenommen wird, wonach die Stadtverordneten sich grundsätzlich damit einverstanden erklären sollen, daß der Magistrat unter zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel zu ermächtigen ist, die beabsichtigte Änderung der Müllabfuhr durch Beschaffung und Einstellung von 6 Wagen nebst Zubehör einzuleiten. Es könnten wohl statt 6 Wagen auch 7 sein. Als Zubehör sind die nötigen Gefäße usw. zu betrachten.

Der Herr Bürgermeister meint, zugleich müßte die Gebührenfrage mit erledigt werden. Sie wissen, daß meine Freunde und ich für eine besondere Gebühr nicht zu haben sind. Heute handelt es sich aber auch nur um die technischen Anschaffungen. Ist das geschehen, dann werden sich auch Mittel und Wege finden, die Mittel

zu beschaffen; wir haben auch hierfür einen Vorschlag gemacht, der jedenfalls gangbar ist. Ubrigens hat — was für unseren Vorschlag sprechen würde — der Herr Oberbürgermeister in der vorigen Sitzung ausgesprochen, daß es mit den Finanzen der Stadt tatsächlich nicht so schlecht bestellt ist, daß genügend Gelder zu dem Luftschiffhafen vorhanden sind; mithin glaube ich, daß wir auch hierfür die nötigen Mittel haben.

Ich weiß ja, daß viele der Herren — und ihre Zahl scheint immer größer zu werden — nicht mehr für größere Änderungen in der Müllabfuhr sind, aber ich glaube auch, daß eine Anzahl Herren unter uns ist, die etwas Gutes schaffen wollen, mit dem wir uns allen großen Städten gegenüber sehen lassen können. Alle diese Herren bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen, einen Versuch zu machen, indem das Hannoverische System in einem Bezirk probeweise eingeführt wird.

Bürgermeister **Meyer**: Ich halte mich für verpflichtet, die Straßenreinigungsdeputation wie auch den Magistrat gegen die Vorwürfe des Herrn Stegmann in Schutz zu nehmen. Herr Stegmann hat zunächst gesagt, der Stadtmagistrat hätte in der Vorlage den Stadtverordneten einen Vorwurf gemacht, daß sie die Sache verzögert hätten. Das ist nicht richtig; einen Vorwurf hat Ihnen der Magistrat nicht gemacht. Er hat nur auf Ihren Beschluß und dessen Konsequenzen hingewiesen. Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß durch den Beschluß die endgültige Erledigung der Müllabfuhrfrage hinausgeschoben ist, und es wird auch Herrn Stegmann nicht gelingen, dieses Ergebnis zu ändern. Der Magistrat und die Straßenreinigungsdeputation sind von vornherein bemüht gewesen, der Sache die Bedeutung beizulegen, die sie besitzt. Es ist von uns nicht einmal, sondern wiederholt darauf hingewiesen, daß das alte Material abgängig sei. Ich muß bestimmt für mich in Anspruch nehmen, in der Kommission betont zu haben, daß die Sache Eile hätte; ich weise den Vorwurf, daß der Magistrat sich nicht deutlich in der Angelegenheit ausgesprochen hat, energisch zurück. Wenn eine Verzögerung eingetreten ist, so ist daran seit Abgang der Vorlage vom 28. Januar d. Js. an die Herren Stadtverordneten der Magistrat nicht schuldig. Es liegt mir aber fern, den Stadtverordneten wegen der Verzögerung einen Vorwurf zu machen, denn ich weiß sehr wohl, daß triftige Gründe die Versammlung veranlaßt haben, die Beratung und Beschlußfassung auszusetzen. Der Abschluß Ihrer Verhandlungen ist nun so gewesen, daß Sie den Antrag des Magistrats nicht abgelehnt, sondern daß Sie die Beschlußfassung darüber ausgesetzt haben. (Sehr richtig!) Sie wünschen, daß die Versuche weiter fortgesetzt werden und an dem alten Braunschweiger System Verbesserungen angebracht werden. Sie halten sich die spätere Annahme des hannoverschen Systems aber offen. Wenn jetzt keine völlige Klarheit herrscht, so haben

Sie das durch Ihren Beschluß verschuldet, wenn dabei überhaupt von einer Schuld die Rede sein kann. Nun sagen Sie: Das Hannoverische System soll, um die Sache wieder einzurenken, in einem bestimmten Bezirke eingeführt werden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß mit einem entsprechenden Beschlusse dem Magistrate nur dann gedient ist, wenn gleichzeitig der andere Antrag aus der ersten Vorlage mit genehmigt wird, sich mit Erhebung einer bestimmt bezeichneten Gebühr für die Müllabfuhr einverstanden zu erklären. Ich muß dem widersprechen, wenn Herr Stegmann sagt, daß es genüge, wenn jetzt das Hannoverische System versuchsweise eingeführt werde, das übrige würde sich schon finden. Wenn Sie dem Wunsche des Herrn Stegmann entsprechend beschließen sollten, und der Magistrat seine Forderung auf Einführung einer Gebühr nicht fallen läßt, dann ist eine Einigung zwischen den städtischen Behörden nicht zustande gekommen, und die Stadt kann die von ihr übernommene Aufgabe der Müllabfuhr im kommenden Winter nicht so erfüllen, wie wir es im Interesse der Bürgerschaft für erforderlich halten. Ich weise nochmals darauf hin, daß die der Stadt erwachsenden Ausgaben für das Hannoverische System so bedeutend sein werden, daß wir nach pflichtmäßigem Ermessen es nicht für richtig halten können, sie der allgemeinen Steuerkraft zur Last zu legen. Wenn Sie jedoch die bezeichnete Gebühr mitbewilligen, so wird der Magistrat gern auf Ihren Beschluß eingehen. Wollen Sie das aber nicht tun, dann bitte ich, die jetzige Vorlage anzunehmen. Daß die Erweiterung des Materials für das gegenwärtige Abfuhrsystem erforderlich ist, habe ich schon früher hervorgehoben. Diese Notwendigkeit ist ausschließlich dadurch entstanden, daß der neue Abfuhrplatz weiter von der Stadt entfernt liegt als der frühere. Sie mögen ein System wählen, wie Sie wollen, das Material wird immer größer werden als es bisher war. Wir müssen den äußeren Verhältnissen Rechnung tragen und sind deshalb unter allen Umständen verpflichtet, eine Erweiterung des Fuhrparks eintreten zu lassen.

Vorsitzender: Der Herr Bürgermeister betonte mit Recht: Sollte sich eine Mehrheit für den Antrag Stegmann finden, ohne daß der Antrag dahin erweitert wird, wie die Mittel aufgebracht werden sollen, so würde der Antrag in der Luft schweben. Ich möchte deshalb anheimgeben, den Antrag demgemäß zu erweitern, wie die Mittel aufgebracht werden sollen.

Stadtv. Kleinfnecht (zur Geschäftsordnung): Um für unseren Beschluß Klarheit zu haben, möchte ich anfragen, ob der Magistrat auch darauf besteht, eine Gebühr zu erheben, wenn das Hannoverische System probeweise für einen Bezirk eingeführt wird.

Stadtv. **Loefsig:** Ich möchte auf eine Äußerung des Herrn Stegmann zurückkommen. Es schien nach seiner Äußerung so, als wenn die Mehrheit der Herren, die sonst für das Hannoversche System gewesen wäre, sich jetzt dahin wende, daß der alte Schlendrian mit unserem System, wie es jetzt ist, weitergeführt werden sollte. Da möchte ich doch betonen, daß wir alle mit Herrn Stegmann und seinen Freunden zusammen nicht nur heute, sondern immer für eine Verbesserung der Müllabfuhr in Braunschweig gearbeitet haben. Herr Stegmann hatte damals beantragt, nachdem die Anträge des Magistrats abgelehnt waren, es sollten neue Erhebungen mit dem genannten System angestellt werden. Nun sagt Herr Stegmann, es sind drei Wochen her, und es ist noch nichts geschafft. Ich möchte Herrn Stegmann zu bedenken geben: In drei Wochen kann meines Erachtens ein System irgendwelcher Art auch von der besten Straßenreinigungsdeputation nicht einmal eingerichtet werden, geschweige denn kann eine ordnungsgemäße Prüfung in dieser Zeit ausgeführt werden. Nun möchte ich Sie bitten, den Antrag Stegmann abzulehnen, damit die Versuche in Wirklichkeit ausgeführt werden können, bei denen, wie Herr Bürgermeister Meyer angegeben hat, nur solchen Systemen Unterstützung zukommen soll, die von städtischen Behörden als gut anerkannt worden sind. Anderen Erfindern, die auch etwas geboten haben, ist es unbenommen, auf eigene Kosten Einrichtungen an den städtischen Wagen zu treffen, die ihnen dafür von der Straßenreinigungsdeputation zur Verfügung gestellt werden. Wir sind in der vorletzten Sitzung aus Überzeugung zur Annahme des Antrages gekommen, nicht weil wir das Hannoversche System für schlecht hielten, sondern wegen der kolossalen Summen, die seine Durchführung erfordert, und weil wir solche hohen Kosten unseren Mitbürgern aufzulegen mit unserem Gewissen nicht vereinbaren konnten. Auch Herr Stegmann sagte: eine Gebühr lehne er und seine Freunde ab. In einer Weise hat Herr Stegmann recht: Auch diejenigen, die sonst für das Hannoversche System gewesen sind, haben heute Bedenken bekommen, ob es das richtige ist. Es haben sich, wie wir von Herrn Eckhardt gehört haben, doch Mängel herausgestellt, die es uns nahe legen, zu prüfen, ob es an der Zeit wäre, näher auf das System einzugehen. Vielen hat es damals bei der Vorführung in Hannover gefallen, manchen auch nicht gut.

Über Herrn Frede muß ich mich wundern. Die Grundbesitzer der Stadt Posen, die auch das Hannoversche System eingeführt hat, haben an den hiesigen Grundbesitzerverein geschrieben, sie hätten gehört, wir wären in der Einführung des Hannoverschen Systems begriffen, und sie wären erbötig, jemanden nach hier zu schicken, der klarmache, daß das System durchaus nicht so vorteilhaft sei, wie es dargestellt ist. Darum muß ich mich wundern, daß Herr Frede solchen Antrag stellt.

Die Stadt Düsseldorf hat genau dasselbe Abfuhrsystem wie wir. Ich habe erst am letzten Sonnabend gesehen, daß die geschlossenen Gefäße auf den Avenuen dort gestanden haben und von den Fuhrleuten in die Wagen ausgekippt wurden, genau wie bei uns. (Zuruf: Geschlossene Gefäße!) Unser System ist nicht so schlecht, wie es von jener Seite gemacht wird, sonst würde von einer so reichen und großen Stadt wie Düsseldorf ein besseres System angeschafft werden.

Aus dem Gange der Debatte kommt mir ein Vergleich mit unserer Bahnhofsfraße in den Sinn. Wir haben, nachdem lange Zeit über unseren Verhandlungen dahingegangen ist, vor kurzem beschlossen, den neuen Bahnhof festzulegen. Darf denn nun aber auf dem alten Bahnhof um Gottes willen nichts Neues angelegt werden? Sie sehen, es wird jetzt ein Übergang von der einen Seite nach der anderen über die Gleise gelegt. Das konnte schon vor 20 Jahren geschehen! So kommt es hier, daß die Straßenreinigungsdeputation für laufende Zwecke Mittel anfordert, und die wollten wir nicht bewilligen? Wir müssen doch die Straßenreinigungsdeputation in die Lage setzen, daß sie die Funktionen, die wir von ihr fordern, erfüllen kann. Diese Anforderungen sind nicht klein, und der Herr Bürgermeister hat recht, daß es nicht angeht, in der schweren Zeit für die Abfuhr wieder offene Wagen mit zu verwenden. Schon aus diesem Grunde bin ich dafür, daß wir voll und ganz die Mittel bewilligen, wie sie in der Vorlage gefordert werden. Der Herr Bürgermeister hat auch ausgeführt, daß die Pferde und die Mannschaften natürlich nur so angeschafft werden, wie sie nach und nach zur Bedienung der Wagen nötig sind. Wenn wirklich das neue System beschlossen werden sollte, dann können die Pferde immer noch reduziert werden, bei einem Bestande, wie ihn die Stadt hat, spielt das keine Rolle. Ich möchte im Interesse einer schnelleren Erledigung der Sache bitten, die Vorlage so anzunehmen, wie sie ist.

Stadtv. **Sartung:** Herr Stegmann hat sich an diejenigen Herren gewendet, die etwas wirklich Gutes schaffen wollen. Ich nehme das auch für mich in Anspruch und glaube darauf hinweisen zu müssen, daß Herr Stegmann es gewesen ist, der den Antrag gestellt hat, dem sich die Majorität gefügt hat: Versuche mit einem anderen Systeme zu machen. Es ist unberechtigt, der Deputation oder dem Magistrat Vorwürfe zu machen, daß noch nicht alle Prüfungen fertig sind, wenn darauf hingewiesen ist, daß Versuche an Modellen wenig Wert hätten. Wenn ich nicht irre, hat auch Herr Stegmann gewünscht, daß das System Borofski in Praxis vorgeführt werden müsse. Der jetzige Antrag des Herrn Stegmann scheint absolut nicht akzeptabel zu sein. Ich glaube, wir sind alle im wesentlichen einverstanden, daß das Hannoversche System an sich praktisch brauchbar ist, und die

großen Bedenken, die in der Versammlung am 29. Mai dagegen zur Sprache gekommen sind, bewegten sich auf einem anderen Gebiet als der praktischen Brauchbarkeit, nämlich insbesondere auf dem finanziellen Gebiet. Ob die Sache zu teuer ist, wird nicht erst durch praktische Versuche in einem einzigen Bezirk klar werden. Welche Kosten das System verursacht, wissen wir auch so, da es schon anderswo praktisch erprobt ist. Wir haben es in Hannover in der Praxis gesehen, und ebenso wird es auch bei uns funktionieren; insofern können Verschiedenheiten nicht vorliegen. Würden Versuche ausgeführt, und wir kämen dahin, das Hannoversche System abzulehnen, dann würden wir viel Geld fortgeworfen haben, während dargetan ist, daß die heute von der Vorlage verlangte Ausgabe kein weggeworfenes Geld ist, sondern eine Ausgabe, die zum allergrößten Teil unter allen Umständen nötig sein wird. Ich möchte aber auch darauf hinweisen: Wenn wir schließlich diesen Versuch in einem Bezirk machen, dann würde das praktisch darauf hinauslaufen, zu sagen: Nun ist es so weit gekommen, daß diesem Bezirk die anderen folgen müssen.

Wenn die Majorität dafür sein sollte, damit etwas Definitives zustande kommt, das Hannoversche System im ganzen anzunehmen, dann möge man die Verhandlungen über den früheren Magistratsantrag wieder aufnehmen, denn dabei muß auch die finanzielle Frage gelöst werden: wie sollen die Kosten aufgebracht werden? Solange diese Frage nicht entschieden ist, ist auch dieser Versuch in einem Bezirk zu verwerfen; er muß zu Schwierigkeiten führen, aus denen wir nicht herauskommen werden, oder der uns veranlaßt, wider bessere Überzeugung zu sagen: Wir haben A gesagt, deshalb müssen wir auch B sagen. Meine Ansicht geht dahin, daß der Antrag Stegmann unter allen Umständen abgelehnt werden muß.

Stadtv. Dr. **Hentling**: Die Vorwürfe, die von Herrn Stegmann gegen den Stadtmagistrat und gegen die Straßenreinigungsdeputation erhoben sind, sind wohl genügend widerlegt. Ich muß wenigstens gestehen, daß die beiden Organe fleißig gearbeitet haben und auch, wenn Herr Stegmann dabei gewesen wäre, nicht weiter gekommen wären. Die Schuld an der Verzögerung liegt nur daran, daß immer wieder Anträge gekommen sind von Herren, die sich nicht so eingehend mit der Sache beschäftigt haben. Ich habe schon früher gesagt, daß ich das für eine gewisse Art von Mißtrauensvotum halte, und halte auch heute diese Ansicht noch aufrecht. Wir haben gewissenhaft die einzelnen Sachen geprüft, soweit es unter den vorliegenden Verhältnissen möglich ist. Es ist schon vom Magistratsstische aus gesagt, daß die Modelle ein klares Bild von der Wirksamkeit eines Systems nicht geben können, und bis jetzt hat sich noch keiner, der in erfinderischer Weise

tätig war, bereit erklärt, an einem bereitgestellten Wagen sein System anzubringen. Daß die Stadt dafür Opfer bringt, kann ein Erfinder nicht annehmen; das könnte höchstens der Fall sein, wenn die Erfindung offenbar große Vorteile bringt; aber der Fall scheint bisher nicht vorzuliegen.

Ich bekenne mich als Anhänger des Hannoverschen Systems. Ich habe es in der Praxis gesehen, mich in der Statutenkommission auch für die Sache ins Zeug gelegt und kann nur bedauern, daß die Herren andere Vorschläge angenommen und dies System zurückgestellt haben. Wenn jetzt Herr Loeschigk sagt, Posen habe schlechte Erfahrungen mit diesem System gemacht, so steht dem Hannover gegenüber, das seit ein paar Jahren mit dem System arbeitet und uns näher steht als Posen. Ich glaube, daß wir auf dessen Urteil doch mehr Wert legen können als auf das der uns so entfernt wohnenden Grundbesitzer aus Posen. Ferner erinnere ich an Magdeburg. Die Stadt hat in einem großen Bezirke diese Art Müllabfuhr im Gange und ist, soweit ich mir habe erzählen lassen, damit sehr zufrieden. Es wird in merkwürdiger Weise gegen das Hannoversche System agitirt. Was für Motive zugrunde liegen, will ich nicht beleuchten. Von den Hausbesitzern wird immer wieder die Kostenfrage ins Feld geführt. Wie steht es damit in Magdeburg? Ich habe aus offizieller Quelle, nicht etwa von gefärbter Seite, gehört, daß die Magdeburger Grundstücksbesitzer durchschnittlich eine Abfuhrgebühr von über 30 *M* zu zahlen haben. Wie die Hausbesitzer diese Kosten verteilen, ist mir nicht bekannt. Unsere Magistratsvorlage verlangt nur 10 *M* pro Gefäß, und trotzdem wollen die Herren nicht für das Hannoversche System eintreten.

Wenn ich auf den Vorschlag des Herrn Lauer eingehe, nach dem die geschlossenen Gefäße auf dem Grundstück stehen und nicht mehr auf die Straße gestellt werden sollen, so ist das gewiß eine Verbesserung, aber es ist halbe Arbeit. Eine gründlichere, für mich als Arzt vorzuziehende Methode würde sein, daß die Umschüttung nicht mehr auf der Straße erfolgt. Deshalb möchte ich, wenn wir überhaupt darangehen, die Müllabfuhr zu ändern, für das Radikale sein. Daß die Herren uns Deputationsmitgliedern so viel Mittel für Prüfungen zur Verfügung stellen wollen, ist dankenswert. Aber ich habe die Überzeugung, daß etwas Besseres, für unsere Zwecke Brauchbareres bisher nicht geliefert ist als das, was wir in Hannover gesehen haben. Gewähren Sie immerhin die Mittel, damit der Fuhrpark vergrößert werden kann und unsere Müllabfuhr nicht in einen scheußlichen Zustand hineingerät. Wenn die Wagen auf der Straße zusammenbrechen, dann würde die Frankfurter Zeitung mit Recht über unseren Zustand spotten. Sorgen Sie dafür, daß wir Mittel in die Hand be-

kommen, um unsere Müllabfuhr so zu gestalten, daß sie erträglich wird, z. B. ist sie das nicht.

Stadtv. Busch: Wenn erst einmal zehn Herren in der Debatte das Wort ergriffen haben, dann ist von ihnen schon manches vorweggenommen, was man zu sagen hatte. Jedenfalls bin ich freudig überrascht gewesen, als ich las, daß die erste Vorlage beiseite gelegt würde. Aber ich war auch erfreut darüber, daß der Magistrat so schnell gearbeitet hat und uns diese Vorlage heute bringt. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt dieser Vorlage und werde dafür auch meine Stimme abgeben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal fragen, weshalb denn die tadellosen Kasten — denn auf die kommt es hauptsächlich an —, die mit Deckel versehen waren und ihre Dienste in der Adolfsstraße sehr gut versehen haben, so bald von der Bildfläche verschwunden sind? Ich komme darauf, weil Herr Dr. Jasper in der Kommission meinte, dem Wirtschaften der Naturforscher könnte durch ein Verbot abgeholfen werden, und Hunde könnten die Deckel nicht öffnen. Vielleicht ist Herr Bürgermeister Meyer so freundlich, darüber etwas zu sagen. Es würde doch dem einen oder dem anderen Herrn daran gelegen sein, hierüber etwas zu hören.

Stadtv. Weichsel: Trotz vieler Bedenken gegen das Hannoversche System würde ich gern dafür gestimmt haben. Nachdem aber die Sache derartige Schwierigkeiten gemacht hat, nachdem sie in das historische, von Herrn Wesemeier geleitete Fahrwasser gekommen ist, kommen wir auch ohne das andere System aus, und deshalb werde ich im vollen Umfange für die jetzige Vorlage stimmen. Wir können unseren Beschluß nicht heute so und morgen so fassen, nicht damit hin und her wackeln wie ein Lämmerchwanz. Nachdem wir jetzt so weit gekommen sind, muß ich dafür eintreten, daß diese Vorlage angenommen wird, dann weiß der Magistrat, wie er zu handeln hat, wenn das neue System nicht ad calendas graecas verschoben werden soll.

Vorsitzender: Ich glaube nicht, daß sich die geehrte Versammlung auf das animale Gebiet des Lämmerchwanzes mit ihren Beschlüssen jemals begeben kann.

Stadtv. Meyerhoff: Ich muß der Äußerung des Herrn Stegmann entgegenreten, daß die Herren der Mehrheit gegen jeden Fortschritt seien. Das trifft entschieden bei mir nicht zu. — Dann muß ich Herrn Dieckmann erwidern,

der nonchalant sagt: Warum sollen wir die 10 Wagen reparieren lassen; es kommt nicht darauf an, ob wir 6000 *M* dafür ausgeben oder für 9000 *M* neue Wagen kaufen. Ich glaube nicht, daß der Magistrat in der Lage ist, so mit 3000 *M* herumzuwerfen. Ich glaube, auch Herr Dieckmann würde seine Geschäftswagen, wenn ihre Erneuerung 200 oder 300 *M* kostet, wieder reparieren lassen und keine neuen anschaffen.

Wenn jetzt dafür plädiert wird, das hannoversche System auf einer Strecke einzuführen, so bin ich derjenige, der sagt: Wir wollen dem Magistrat eine goldene Brücke bauen, damit er über die häßliche Art der Müllabfuhr hinwegkommen kann. Aber wo wollen Sie die Kosten hernehmen? Ich würde mich sehr dafür bedanken, wenn mein Revier nicht bedacht würde, ich aber Kosten mit bezahlen sollte. Also welches Revier wollen Sie nehmen? Sie zwingen doch eine große Anzahl Einwohner, deswegen höhere Abgaben zu zahlen, als es jetzt der Fall ist. Nun ist es nicht damit abgetan, daß man Versuchswagen, Gefäße und Säcke anschafft, solange Sie das System nur probeweise einführen. Sie müssen auch Klopfsmaschinen, Deckelreinigungsmaschinen haben, Sie müssen Leute einstellen, die die Säcke reparieren usw. Wer die Säcke in Hannover gesehen hat, der weiß, daß sie sehr abgängig sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß mit Einführung anderer Gefäße sehr viel zu bessern ist. Die Anregung, die von Herrn Busch kam, ihm die guten Gefäße zu lassen, glaube ich unterstützen zu können. Die Gefäße waren wohl sehr gut, aber die Art der Einschüttung war nicht so, daß sie auf die Dauer zu empfehlen ist. Ob Sie Herrn Borofski oder Herrn Wilke zu Worte kommen lassen, ist ganz gleichgültig, aber lassen Sie sie doch zu Worte kommen. Der Antrag Stegmann galt allerdings nur für zwei Herren, aber in der Zwischenzeit hat sich schon ein halbes Duzend andere gefunden. Lassen Sie sie doch Probefahrten machen mit einheitlichen Gefäßen und Änderung der großen Klappen. Daß Braunschweig an der Spitze der Zivilisation auf Kosten seines Geldbeutels marschieren sollte, ist durchaus nicht nötig. (Heiterkeit.) In diesem Falle gewiß nicht.

Herr Stadtv. Henking sagt: Das hannoversche System sei das beste. Das ist eine persönliche Meinung. Sollte es nichts anderes geben, was billiger und ebenso gut ist? Herr Dr. Henking schüttelt mit dem Kopfe. Das können Sie doch nicht wissen! Ich sehe nicht ein, warum die Stadt nicht annehmen sollte, daß auch andere Erfinder ihre Systeme an unseren Wagen anbringen, die ihnen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Der heutige Vorschlag des Magistrats ist aus dem Antrag Stegmann hervorgegangen. Nun kann ich nicht begreifen, daß die Herren Stegmann, Jasper usw. wieder umsatteln und sagen: Wir wollen versuchsweise das hannoversche

System auf einer Strecke einführen. Ich stehe auf dem Boden der Magistratsvorlage und werde dafür stimmen.

Eins muß ich noch zurückweisen. Herr Dr. Henking sagt, die Grundbesitzer wären gegen das Hannoversche System. Ich bin es gewesen, der den Vermittlungsantrag gestellt hat: Wir wollen es probeweise einführen. Wenn die Hausbesitzer gegen die Art der Gebühr sind, so ist das ein Selbstschuß der Grundbesitzer, die für alle Mieter die Lasten auf sich nehmen sollen. Ich hoffe, es wird eine andere Zeit kommen, welche die Herren darüber belehren wird, was dem heutigen Grundbesitzer alles aufgelegt ist. Herr Dr. Henking, der eine Villa für sich und seine Familie allein bewohnt, kann keinen Maßstab anlegen, wie der Grundbesitzer, der von seiner Mieteinnahme einen Teil seines Lebens fristen muß, belastet ist. Ghe Sie es nicht an dem eigenen Leibe erfahren, werden Sie nicht anders gesonnen sein.

Stadtv. **Frede:** Herr Loeschigk hat sich wieder einmal über mich gewundert, daß ich nicht Bescheid wisse, wie es in Posen hergegangen ist. Ich muß mich dagegen wundern, daß Herr Loeschigk mich als Vertreter des Grundbesitzervereins der Stadt Braunschweig ansieht. Warum wendet er sich nicht an Herrn Meyerhoff? Mir ist kein Brief aus Posen bekannt, und wenn er Herrn Meyerhoff bekannt wäre, dann würde er mir den Inhalt wohl mitgeteilt haben, weil er annehmen kann, daß er für mich Interesse hat. Ich bin im Gegenteil in der Lage, von all den Orten, wo das Hannoversche System eingeführt ist, nur Gutes zu berichten. Es ist eingeführt in der Gartenstadt Marienbrunn bei Leipzig, in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Scherbitz in Sachsen. Ich habe von diesen Stellen ausgezeichnete Urteile darüber gehört. Ich habe Verwandte in Hannover über das System befragt; auch sie haben sich lobend ausgesprochen. Insofern muß ich also Herrn Dr. Henking beipsichtigen, wenn er sagt: Relativ ist das Hannoversche System das beste, d. h. also: Etwas auszuheben ist wohl noch daran, aber verhältnismäßig ist es das beste. Eines aber, was Herr Dr. Henking gesagt hat, kann ich nicht unterschreiben: daß die Grundbesitzer gegen Entrichtung einer Gebühr wären. Herr Dr. Henking hätte aus dem Verlauf unserer Verhandlungen entnehmen können, daß wir nicht gegen die Gebühr an sich sind, sondern nur gegen die Art der Erhebung der Gebühr. Die Hausbesitzer wollen nicht die Kassierer der Stadt bei ihren Mietern sein, sondern sie wollen zu gleichen Teilen mit ihren Mietern bezahlen. Es ist eine Einrichtung, die der Allgemeinheit zugute kommt, und ich sehe nicht ein, warum in diesem Punkte der Herr Bürgermeister — gestatten Sie bitte den Ausdruck — so hartnäckig ist. In anderen Städten werden auch die Kanalgebühren durch die Stadtdiener von den Mietern erhoben, z. B. in

Wolfenbüttel; in Köln wird die Gebühr für die Müllabfuhr gleich auf dem Steuerzettel mit vermerkt. Warum sollte das hier nicht möglich sein? Dann kann kein Streit zwischen Hausbesitzern und Mietern entstehen, und dann haben wir nichts dagegen, ob 10 *M* oder 20 *M* für das Gefäß erhoben werden. Aber ich will nicht bei meinen Mietern herumgehen und mit ihnen über die Höhe der Gebühr streiten. Der Vorwurf des Herrn Stadtv. Henking ist also wirklich nicht angebracht.

In der Abstimmung wird es wohl dahin kommen, daß darüber entschieden werden muß, ob das Hannoversche System im ganzen oder in einem Bezirk der Stadt eingeführt werden soll. Deshalb möchte ich noch einiges über das Hannoversche System mitteilen: Ich habe auch die sämtlichen Systeme, die Anspruch auf Beachtung machen können und in größeren Kommunen eingeführt sind, durchgearbeitet. Es interessiert wohl auch Herrn Puch, was über die Anwendung von kleinen Gefäßen mit Deckel zu sagen ist. Gegen solche muß man sich aus folgenden Gründen aussprechen: Die Gefäße, wie wir sie jetzt haben, ohne Deckel oder auch mit einem solchen, werden in den Keller gebracht; in anderen kleinen Gefäßen, in Aschenkasten ufm., bringen die Mieter ihre Abfälle in den Keller. Dort stehen die Gefäße die ganze Woche, werden wohl auch einmal herauszusetzen vergessen und erfüllen den ganzen Keller mit ihrem Duft. Das ist bei den Hannoverschen Gefäßen nicht der Fall. Der Deckel schließt wirklich das Gefäß fest ab. Dann ist gegen die kleinen Gefäße einzumenden: Die Feuchtigkeit bringt in ihnen bald nach unten, und die unten feststehenden Reste werden nicht entleert. Das ist unhygienisch im höchsten Grade. Der sehr große Übelstand, daß die Gefäße auf die Straße hinausgestellt werden und stehen bleiben, bis der Abfuhrwagen kommt, dann in halbentleertem Zustande wieder auf dem Trottoir stehen, ist genügend hervorgehoben. Es ist aber auch zu beachten, daß mit dem Heraussetzen und Wieder-Hereinholen der Gefäße eine sehr große Belästigung der Einwohner verbunden ist. Das gilt nicht nur für solche Familien, die kein Dienstmädchen halten, sondern auch für die Arbeiterfrauen und für solche Frauen, die eine Arbeitsstelle haben, denn sie haben sich an die Zeit der Abfuhr zu binden. Sie versäumen damit Zeit und kommen leicht in die Gefahr, Strafmandate zu bekommen. Diese ganzen Scherereien werden bei Einführung des Hannoverschen Systems wegfallen.

Auch das Wechselkastensystem, bei dem bekanntlich das ganze Sammelgefäß zum Transport auf die Abfuhrwagen gestellt und ein beliebiges anderes Gefäß an seine Stelle gesetzt wird, hat seine Übelstände. Es ist nicht nur ein Gefäß für jedes Haus anzuschaffen, sondern die doppelte Zahl, denn es muß die volle Zahl Gefäße zur Auswechselung vorhanden sein. Ferner ist der Transport viel schwieriger, weil das Gewicht viel größer ist. Weiter ist die Abnutzung dieser Gefäße bedeutend größer als bei den Gefäßen des Hannoverschen Systems. Die letzteren Gefäße bleiben auf ihrer Stelle und machen eine Bewegung, bei der eine Abnutzung in

Frage kommen kann, nur durch, wenn sie in den Sack entleert werden. Die Kasten bei dem Wechsellastensystem werden aber auf den Wagen gebracht, kommen auf den Müllabladep lag, und Sie können sich denken, daß sie dort nicht so sehr sorgfältig behandelt werden; verbeult bekommt man das Gefäß wieder. Daß das Gefäß bei dem Hannoverschen System in demselben Hause bleibt, ist hygienisch auch besser, weil die Ansteckungsgefahr dadurch vermieden wird, während bei dem Wechsellastensystem die Gefäße von Haus zu Haus wandern. Die Entleerung der Hannoverschen Gefäße ist eine tadellose dadurch, daß der Boden abgenommen wird. Das Gefäß ist konisch, nach unten weiter, der Inhalt fällt bei der Entleerung also vollständig heraus. Bei dem Wechsellastensystem ist das nicht so, da bleiben Rückstände, und wenn man das Gefäß reinigen wollte, so ist das unendlich viel umständlicher, als wenn man nur den Wechselboden abspritzt. Auch deshalb, weil alle anderen Systeme teurer sind, muß ich mich dagegen entscheiden. Ich werde in erster Linie für die allgemeine Einführung des Hannoverschen Systems stimmen.

Was die Gebühr betrifft, so erkläre ich, daß sich, wie ich glaube, kein Haus- und Grundbesitzer gegen die Gebühr an sich wendet, auch kein Mieter, denn wir müssen bedenken, daß sich durch das Hannoversche System eine gewisse Bequemlichkeit und Annehmlichkeit für die Bewohner herausstellt. Die Gebühr rechtfertigt sich auch dadurch, daß später nicht jede Familie ihre eigenen Gefäße anzuschaffen und zu erhalten braucht, und wenn der Herr Bürgermeister sagt: Wir sind bereit, statt 20 *M* nur eine Gebühr von 10 *M* pro Gefäß zu erheben, so liegt doch darin ein großes Entgegenkommen. Nur die Art der Erhebung der Gebühr müßte anders geregelt werden, als es vorgeschlagen ist. Ich sehe aber darin keinen großen Streitpunkt, da die Gebühr so gering bemessen ist.

Ich resümiere mich: Ich bin in erster Linie für Einführung des Hannoverschen Systems, wird dieses abgelehnt, so bin ich für einen bezirksweisen Versuch und möchte dann allerdings bitten, die Gebühr nicht von dem Bezirk, der getroffen wird, zu erheben, sondern vorschlagen, daß die Stadt — nur bei diesem Versuch — dafür eintritt. Die andere Sache mag dann später geregelt werden.

Vorsigender: Es ist bisher der Antrag auf allgemeine Einführung des Hannoverschen Systems noch nicht gestellt. Bei einem Antrage von Ihrer Seite hätten Sie sich zugleich über die Aufbringung der Mittel zu äußern, ob sie in der Weise, wie die Statutenkommission empfohlen hatte, von den Haushaltungsvorständen erhoben werden soll, oder wie sonst.

Stadtv. Edhardt: Ich bin von demselben Gedanken beiseelt wie Herr Stegmann, auch ich möchte das beste Müllabfuhr-System für Braunschweig haben, doch zur Einführung des Wechselboden-Sack-Systems kann ich mich nicht entschließen,

da demselben, wie wir bei unserem Besuche in Hannover gesehen haben, zu viele Mängel anhaften.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Hannover die Entleerung eines Behälters von Haus zu Haus 6 Minuten dauert, wohingegen diese bei uns bei allen möglichen und unmöglichen Gefäßen nur 2 Minuten währt, dann kann man wohl einsehen, weshalb unsere Müllabfuhr so schnell vorstatten geht.

In Hannover waren die zu transportierenden Säcke durchweg nur ein Drittel voll, bis auf den einen Sack, welcher aus dem Schulgrundstück unweit der Langen-Laube herausgeholt wurde. Dieser Sack war voll, er wog aber auch $2\frac{1}{2}$ Zentner, eine Last, welche von den beiden Abfuhrleuten nur unter Ausbietung ihrer ganzen Kraft auf die Straße transportiert werden konnte. Auch mit Bestellung der Wagen ist es in Hannover eine eigene Sache: Die Wagen haben den Möbelwagen = Typ, sie fahren sehr schwer und sind stets großen Reparaturen unterworfen. Unsere Müllwagen haben den Ackerwagen = Typ, fahren sehr leicht, und man kann dieselben bei irgendwelcher Änderung auch zu anderen Sachen verwenden, was bei dem in Hannover gebräuchlichen Möbelwagen = Typ ausgeschlossen ist.

Da, wie schon gesagt, die Möbelwagen sich schwer fahren, würden wir, wollte man zum Wechselboden = Sack = System übergehen, sehr bald einsehen, daß unser Pferdmaterial zu schwach ist, man würde zur Anschaffung von stärkeren Pferden schreiten müssen, welche aber wesentlich teurer sind und eine nicht unwesentliche Mehrausgabe von 300 bis 500 M pro Pferd bedingen würde, was bei unserem großen Fuhrpark eine nicht zu unterschätzende Verteuerung ausmachen dürfte.

Ich bin überzeugt, daß, wenn Normal = Gefäße zur Einführung gelangen und die Wagen in der besprochenen Weise modernisiert werden, wir mit unserer bisherigen Müllabfuhr, der eine große Leistungsfähigkeit innewohnt, ganz gut weiterkommen, bis etwas Vollkommeneres als das Wechselboden = Sack = System erfunden ist, was bei dem großen Interesse für diese Sache nicht schwer halten wird.

Stadtv. Sander: Wir entfernen uns immer mehr von der heutigen Vorlage; die heutige Beratung ist gewissermaßen eine zweite Lesung vom 29. Mai. Ich möchte mich deshalb kurz fassen und nur auf die heutige Vorlage selbst Bezug nehmen. Da möchte ich fragen: wer ist schuld daran, daß wir diese unangenehme Debatte heute wieder hören? Diejenigen Herren, die gegen die Vorlage des Magistrats gestimmt haben und den Antrag eingebracht haben, nochmals Versuche zu machen. (Zuruf: Antrag Frühling.) Hätte man der Deputation etwas mehr Vertrauen geschenkt, dann wären alle Wünsche, die vorgetragen sind, in Erfüllung gegangen und wir wären zu einem abschließenden Resultat gekommen, indem das Hannoversche System angenommen wurde. Erst sagen Sie, wir sollten Versuche

machen; dann wird gesagt: sie gehen nicht rasch genug, es müßte in der Zeit mehr geschehen sein. Das ist doch nicht möglich, erst müssen uns neue Sachen gebracht werden! Dasjenige, was uns vorgelegen hat, als seinerzeit die Vorlage besprochen wurde, haben wir alles eingehend geprüft. Die Deputation ist einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß etwas Besseres, als Hannover geboten hat, uns von anderer Seite nicht geboten ist. Infolgedessen konnten wir mit voller Überzeugung auftreten und sagen: Nur das eine empfehlen wir, die anderen Einrichtungen und Versuche reichen an das Hannoversche System nicht heran. Deshalb muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß die Sache von uns hintertrieben werden soll. Wir alle wünschen, daß die Sache weiterkomme, besonders die Deputation hätte gern gesehen, wenn sie das vorige Mal erledigt worden wäre.

Was die heutige Vorlage besagt, das können Sie doch genehmigen! Dadurch wird die Regelung der Müllabfuhr nicht verzögert. Etwas muß doch in der Zeit der Versuche geschehen. Der Herr Bürgermeister hat schon gesagt: Unser Wagenmaterial ist abgängig. Herr Diekmann sagt, man sollte, statt die Reparatur der alten Wagen vorzunehmen, lieber neue anschaffen. Ich habe die Wagen einzeln nachgesehen und bin zu der Überzeugung gekommen, daß sie noch nicht so schlecht sind, daß es sich der Mühe nicht lohnte, sie zu reparieren und sie ins alte Eisen zu werfen. Es ist sicher, wenn die alten Wagen repariert sind, dann sind sie so gut wie neue. Wir haben nicht ins Blaue hinein gehandelt, sondern alles wohl überlegt; deshalb möchte ich bitten, die ganze Vorlage, wie sie da ist, zu genehmigen, es hält das durchaus nicht die Regelung der ganzen Sache auf. Die Pferde müssen wir haben, sonst können wir nicht aus dem Ende finden, denn wir müssen jetzt nach dem neuen Müllabladepflege noch einmal so lange fahren wie nach dem früheren. Genehmigen Sie diese Vorlage, dann wird sich das andere schon alles finden. Jedenfalls liegt es nicht an uns, wenn die Sache verzögert wird.

Vorsitzender: Inzwischen ist folgender Antrag von Herrn Frede eingegangen:

„Ich beantrage, dem Kommissionsantrage vom 24. April entsprechend zu beschließen.“

Stadtv. Stegmann: Herr Bürgermeister Meyer scheint sich verlegt zu fühlen durch meine Äußerung, daß den Stadtverordneten ein Vorwurf gemacht wurde, sie seien schuld daran, wenn die Erledigung der Müllabfuhrfrage auf lange Zeit hinausgeschoben würde. Ich habe tatsächlich einen solchen Vorwurf aus diesen Worten herausgelesen, wenn er auch in konzilianter Form gehalten ist. Es kann sein, daß der Magistrat in der Kommission auf Eile gedrungen hat, im Plenum ist das aber nicht geschehen, das muß ich entschieden behaupten. Auf Wunsch des Magistrats sind wiederholt bei den verschiedensten Gelegenheiten eilige Sachen vorweg beraten

worden. Außerdem sind des öfteren große Vorlagen, die einer eingehenden Durchsicht bedurften — ich erinnere nur an den Lichtwerkvertrag — innerhalb vierzehn Tagen erledigt worden. Wenn es der Magistrat gewollt hätte, dann hätten wir auch schneller handeln können.

Herr Doeschigk sagt, er habe stets dafür gearbeitet, daß die Müllabfuhr verbessert würde. Ich muß bedauern, nichts davon bemerkt zu haben. Herr Meyerhoff schiebt den Stadtverordneten selbst die Verantwortung zu, daß die Sache auf dieses Gleis gekommen wäre. Ich habe auch bedauert, den Antrag auf Prüfung zweier Systeme noch stellen zu müssen, aber das habe ich nicht gewollt, daß die Sache dadurch lange verzögert würde. Ich wollte nur eine Prüfung, die möglichst rasch geschehen konnte. Insbesondere der Antrag des Herrn Frühling hat es nach sich gezogen, daß die Sache jetzt auf die lange Bank geschoben werden soll.

Herrn Stadtv. Hartung erwidere ich: Ich bin nicht der Protektor von Herrn Boroski, kenne ihn absolut nicht, ebensowenig wie ihn Herr Hartung kennen wird. Ich habe nur gesagt: Dem Modelle nach ist die Sache zu gebrauchen. Wenn diese Einrichtung angebracht würde, könnte es uns ein billiges System werden. Herr Hartung sagt: Ein neues System könne nur geprüft werden, wenn es in der Wirklichkeit vorgeführt wird. Das war auch unsere Meinung, aber die Straßenreinigungsdeputation hat das nicht getan, deshalb unser Antrag. übrigens hat Herr Henking dasselbe bestätigt, was ich gesagt habe: daß die bürgerlichen Herren aus bestimmten Gründen gegen das Hannoverische System agitiert haben. Das läßt tief blicken.

Der Herr Bürgermeister sagt: Wir können nur dem Antrage zustimmen, wenn die Kostendeckung entschieden ist. Im Reichstag macht man das wohl, aber hier ist es bis jetzt nicht üblich gewesen, noch dazu wenn der Herr Oberbürgermeister in der letzten Sitzung erklärte, daß wir tatsächlich reich sind, daß wir 200 000 M. Überschuß im letzten Jahre gehabt haben. Da die laufenden Mehrkosten des hannoverschen Systems gegenüber der Verbesserung des alten Systems, die doch auf jeden Fall vor sich gehen muß, nur 45 000 M. betragen, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Stadt im Interesse ihrer Einwohner diese Kosten tragen könne und müsse. Wenn es aber absolut nicht möglich ist, diese Kosten aus laufenden Mitteln zu decken, dann müßte einfach, wie ich schon erklärt habe, eine Steuererhöhung eintreten; das wäre ein einigermaßen gerechtes System, jedenfalls wäre es besser als eine Müllabfuhrgebühr.

Heute handelt es sich darum, überhaupt weiterzukommen, etwas Besseres zu schaffen. Deshalb bitte ich, meinem Antrage zuzustimmen, ohne die Kostendeckung zu berücksichtigen. Wenn vielleicht gesagt wird, das gehe nicht, dann möchte ich meinem Antrag hinzufügen, zu beschließen, der Magistrat möge uns eine diesbezügliche Vorlage zu der nächsten

noch vor den Ferien stattfindenden Sitzung unterbreiten. Dann können wir noch darüber Beschluß fassen.

Vorsitzender: Falls dieser Antrag angenommen würde, so würde das bedeuten, daß die ganzen Kosten aus den laufenden Kammerei-Einnahmen bezahlt werden.

Stadtv. Loeschigt: Ich möchte Herrn Frede erwidern, daß ich glaube berechtigt zu sein, ihn als Vertreter der Hausbesitzer anzusehen, da er der Vorsitzende des Westvereins der Hausbesitzer ist, dessen Mitglied ich auch bin, und daß er deshalb das Interesse der Grundbesitzer zu vertreten hat.

Herr Henking hat auf Magdeburg verwiesen, wo die Grundbesitzer 30 *M* Gebühr bezahlen. Dagegen möchte ich bemerken, daß Magdeburg das System der Grubenabfuhr hat, ebenso wie Dresden, und deshalb hat sich die erstgenannte Stadt zu dem Hannoverschen System entschlossen, aber auch erst einmal probeweise. Sie wissen selbst, daß bei dem System der Grubenabfuhr, wenn der Müll in die Wagen geschüttet wird, vorstintflutliche Zustände zutage treten; wenn sie da auf das Hannoversche System gekommen sind, so ist das wie Tombak gegen Gold.

Die Herren Henking und Stegmann haben wiederholt Andeutungen gemacht, daß die Herren, die nicht mit dem Hannoverschen System gingen, ihre Gründe hätten. Wenn die Herren das glauben, so möchte ich bitten, die Gründe hier offen zu sagen und nicht nur von hinten herum anzudeuten. Ich bin immer dafür: Heraus mit dem Wort, wenn es wahr ist.

Herr Sander hat ganz mit Recht gesagt: Es wird nichts damit gebessert, daß die Einführung schnell geht, man muß vor allem dafür sorgen, daß unsere Müllabfuhr nicht überhaupt still stehen bleibt. Ich schenke der heutigen Deputation voll und ganz mein Vertrauen.

Stadtv. Dr. Henking: Ich möchte auf die letzten Ausführungen des Herrn Loeschigt und auf die des Herrn Meyerhoff gleichzeitig erwidern. Ich meine, daß die tatsächlichen Gründe, welche die Hausbesitzer veranlassen, gegen das Hannoversche System sich ablehnend zu verhalten, darin zu suchen sind, daß sie sich fürchten, in den eigenen Geldbeutel hineinzugreifen, weil sie den Betrag von ihren Mietern nicht fordern wollen. Die Einführung einer Gebühr ist doch eine Methode, die nicht zu vermeiden ist. (Widerspruch.) Eine Ausbringung der Mittei durch die Steuer, wie sie Herr Stegmann wünscht, ist doch auch nicht in Ihrem Sinne. Ich bin dafür, daß man die Gebühr einführt, aber statutarisch den Hausbesitzern das Recht gibt, sie wieder von ihren Mietern einzuziehen.

Stadtv. Hartung: Ich möchte nur noch ein paar Worte sagen: Ich würde es für wünschenswert halten, daß die Herren in Rücksicht auf den Fredeschen Antrag

sich klar sind, wie der Kommissionsantrag vom 24. April lautet. Die Versammlung erklärt sich darnach grundsätzlich damit einverstanden:

- I. 1. daß das Hannoversche System in Braunschweig eingeführt wird,
 2. daß die Müllabfuhr eine statistarische Regelung erfährt und obligatorisch gestaltet wird,
 3. daß die Mehrausgaben gegenüber dem jetzigen Betrage an Unterhaltungskosten durch eine Gebühr aufgebracht werden, deren Einzelheiten durch eine statistarische Regelung vorbehalten bleibt.
- II. Die Änderung der Müllabfuhr wird durch Beschaffung von 6 Wagen nebst Zubehör eingeleitet.
- III. Die bisher erwachsenen Kosten von 266,20 M werden bewilligt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich wollte wesentlich auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeister erwidern. Er meinte, daß die Schuld der Verzögerung uns Stadtverordneten zuzuschreiben sei, soweit von einem Verschulden überhaupt die Rede sein könne. Ich glaube, daß diese Auffassung unrichtig ist. Es kommt bei unserer Differenz alles auf das Tempo an, mit dem die Sache betrieben wird, und darauf, was man unter Versuchen usw. zu verstehen hat. Es ist auch anderen Rednern in der Diskussion verschiedentlich der Irrtum untergelaufen, als sei der Antrag, der Veranlassung zu dem Magistratschreiben gegeben hat, von meinen Freunden gestellt worden. In Wirklichkeit ist angenommen ein Antrag Frühling. Von Herrn Stegmann ist lediglich gebeten worden, das System Boroski zu prüfen, und dieser Antrag ist abgelehnt. Also soweit die Ausführungen des Herrn Sander und anderer Herren hierbei in Betracht kommen und der Herr Bürgermeister darauf Bezug nahm, sind das irrtümlich gewürdigte Vorgänge der Vergangenheit. Es hat ferner vorgelegen ein Antrag des Herrn Meyerhoff: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, das Wechselbodensystem für ein zu bestimmendes Revier probeweise einzuführen.“ Das ist dasselbe, was jetzt von Herrn Stegmann beantragt wird, dasselbe, was ich als Minderheitsvertreter aus der Kommission befürworte. Da sollte es nicht so schwer sein, daß Herr Meyerhoff auch einmal mit uns stimmt, wenn er früher einen gleichen Antrag gestellt hat. Auch Herr Henking, der das Hannoversche System für das beste erklärt, welches er kennt, sollte nicht für die gegenwärtige Magistratsvorlage eintreten, und auch Herr Sander sollte sagen: Gut, daß die Mehrheit auch noch Versuche machen will. Jetzt scheinen die Versuche vom Magistrat so schnell nicht erledigt werden zu können. Ob das nun ein Mangel an gutem Willen oder ein Mangel an sonstigen Fähigkeiten ist, will ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls geht aus der Vorlage hervor, daß die Versuche lange dauern sollen. In dieser Situation trete ich für das allerbeste System ein, das in ärztlicher und hygienischer Richtung Erfolge hoffen läßt. Wenn gesagt wird, die

Deckungsfrage müsse notwendigerweise damit verquickt werden, so besagt der Antrag, es solle eine Vorlage gemacht werden, um in einem Bezirk dieses System einzuführen, und die erforderlichen Mittel angefordert werden. Es soll eine Entscheidung für das Hannoverische System jetzt hier fallen. Dieses System, welches die Kommission geprüft und empfohlen hat, werden Sie doch annehmen können!

Stadtv. **Meyerhoff** (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich möchte dem Herrn Vorredner erwidern, daß ich in der Sitzung vom 29. Mai sagte: „Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag vorbringen. . . . Ich bin auch kein Anhänger dieses Wechselbodensystems und weiß noch nicht, ob wir, wenn wir die Probe machen, nicht zu etwas anderem kommen.“ Ein Antrag von meiner Seite ist nicht eingebracht. Sogar der Herr Vorsitzende hat mich im Verlauf meiner Rede unterbrochen und gesagt, die Debatte sei abgetan. (Zuruf: Seite 111.) Wenn ich früher wirklich einen Antrag eingebracht habe, so sehe ich nicht ein, warum ich mich nicht einmal mausern sollte, da so oft sich doch auch andere mausern.

Vorsitzender verliest und erläutert die Anträge Frede, Stegmann und den Antrag der Kommission und fährt fort:

Die Reihenfolge bei der Abstimmung würde meiner Meinung nach folgende sein: Zunächst stimmen wir ab über die 6000 *M* für die Reparatur der alten Wagen, die 1000 *M* für Fortsetzung der Untersuchung und die 266,20 *M* nachträgliche Verwilligung für die schon ausgegebenen Kosten, sodann über den Antrag Frede, bei dessen Ablehnung über den Antrag Stegmann, bei dessen Ablehnung über den Rest des Antrages der Kommission, oder, was dasselbe ist, über den Rest der Magistratsvorlage.

Stadtv. Dr. **Boge** (zur Geschäftsordnung): Ich halte den Antrag Frede für den am weitestgehenden, denn Herr Frede will damit bezwecken, daß die Reparatur der alten Wagen nicht vorgenommen wird. Ich möchte zur Erwägung stellen, ob dieser Antrag nicht vorweggenommen werden muß, dann würden die Ausgaben für Reparatur nur laufende Ausgaben sein, über die wir nicht abzustimmen brauchen, sondern die die Deputation allein verwilligen kann.

Vorsitzender: Nach meiner Meinung sind diese Mittel dennoch nötig, wenn gleich nach dem Antrage Frede beschlossen werden sollte, denn die Wagen müssen doch betrieben werden können.

Der Herr Bürgermeister hat sich zum Wort gemeldet. Ich mache darauf aufmerksam, daß damit die Beratung wieder eröffnet wird.

Bürgermeister Meyer verzichtet auf das Wort.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Geschäftsordnung): Ich bin mit Herrn Dr. Boge der Ansicht, daß der Antrag Frede der weitestgehende ist, doch bin ich mit der Reihenfolge der Abstimmung, wie sie der Herr Vorsitzende vor schlägt, einverstanden. Ich möchte bitten, über den Antrag Frede, der mehrere Teile umfaßt, getrennt abzustimmen. Der Antrag der Kommission, der in dem Antrag Frede eingeschlossen ist, enthält 3 Gruppen, und in der ersten Gruppe 1 Unterabteilungen. Die dritte Gruppe umfaßt die 266 M, die der Herr Vorsitzende vorweg erledigen wollte. Diese würden also aus dem jetzigen Antrag Frede fortzufallen haben.

Der Antrag II des Kommissionsantrages vom 24. April deckt sich im wesentlichen mit dem heutigen Kommissionsantrag I a 1, die Reparaturen vorzunehmen, so daß nur noch erübrigt eine getrennte Abstimmung über die Punkte I des früheren Kommissionsantrages, damit uns Gelegenheit gegeben wird, die Frage der Kostenregelung und die Gebührenfrage im Sinne der Kommission zu regeln.

Vorsitzender: Sie wünschen, den alten Statutenkommissionsantrag vom 24. April in den einzelnen Abteilungen zur Abstimmung zu bringen.

Ich bitte diejenigen Herren, die aus der heutigen Magistratsvorlage die Punkte I a 1 (für Instandsetzung reperaturbedürftiger Wagen 6000 M), III (1000 M für weitere Versuche), IV (266,20 M für schon erwachsene Kosten) bewilligen wollen, die Hand zu erheben.

Es meldet sich die Minderheit, 13 Stimmen.

Vorsitzender: Es kommt der Antrag Frede zur Abstimmung. Wer von den Herren dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

Es meldet sich die Minderheit, 13 Stimmen.

Vorsitzender: Die Abstimmung über die einzelnen Punkte des im Antrage Frede enthaltenen Kommissionsantrages fortzusetzen, hat keinen Zweck, da die Hauptsache des Antrages Frede gefallen ist. Ich nehme das Einverständnis des Herrn Antragstellers an, wenn ich die Abstimmung nicht fortsetze.

Für den Antrag Stegmann stimmen 11 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die Hand zu erheben, die für den Rest des heutigen Kommissionsantrags oder, was dasselbe ist, über den Rest der Magistratsvorlage stimmen.

Es melden sich 16 von 18 Stadtverordneten. Damit ist der Antrag angenommen.

27. Auswechslung des Wasserrohrs in der Salzdahlumerstraße.

Stadtv. Loeßhigt: Die Firma Blissing an der Salzdahlumerstraße hat sich wegen mangelnden Wasserdrucks um Abhilfe an die Gas- und Wasserwerkdeputation gewendet. Die Sache ist geprüft, und es hat sich herausgestellt, daß ein neues Wasserrohr auf der Salzdahlumerstraße gelegt werden muß. Der Magistrat gibt anheim, zu diesem Zwecke 3500 *M* zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke bewilligen zu wollen. Die Finanzkommission hat die Sache vorberaten und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. Sander: Ich bin dafür, daß wir in diesem Falle die Sache genehmigen, möchte aber bei dieser Gelegenheit auf andere gleichartige Wünsche zurückkommen. In der Rudolfstraße herrscht die Kalamität, daß die Bewohner der oberen Räume, wenn die Konservenfabrik dort im Betriebe ist, kein Wasser bekommen. Ich möchte den Magistrat ersuchen, auch dieser Sache näher zu treten und ein größeres Rohr einfügen zu lassen. Diese Klagen wiederholen sich jedes Jahr. Es ist doch schon vom sanitären Standpunkt aus nicht zulässig, daß Häuser, in welchen Wasserklosetts sich befinden, lange Zeit ohne Wasser bleiben.

Stadtv. Friede: Dieselbe Kalamität findet sich auch in der Bodestraße und in der Bernerstraße. Ich möchte Sie ersuchen, auch da für Abhilfe zu sorgen.

Stadtv. Schulz: Mir ist mitgeteilt, daß die Wasserkalamitäten hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß Herr Direktor von Feilitzsch in der Weise spart, daß der Wasserdruck, der auf 115 Meter gebracht werden kann, nur auf 104 Meter gebracht wird. Die Wasserkalamität besteht nun seit Jahren, ganz besonders in den Sommermonaten. Es ist darauf vertraut worden, wenn das neue Wasserwerk fertig wäre, dann würde sie behoben sein. Es sind auch weitere Rohre gelegt usw., aber diese Klagen verstummen trotzdem nicht. Ich kann die mir gewordene Mitteilung über die Höhe des Wasserdrucks nicht nachprüfen, weil ich kein Fachmann bin, möchte aber den Magistrat bitten, sich zu äußern, ob die erwähnte Angabe zutrifft und in dieser Weise Abhilfe zu schaffen ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Klagen sind nach Feststellung der Direktion der Wasserwerke dadurch veranlaßt, daß die Höhenlage des Baugrundes an einzelnen Stellen derart ist, daß die Errichtung von vierstöckigen Häusern als bedenklich erscheinen muß. Es ist den betreffenden Bauherren Nachricht darüber zugegangen, — es kommt besonders die Zahnstraße in Betracht — daß dort in vierstöckigen Häusern nicht in genügendem Maße Wasser geliefert werden kann.

Nun hat aber der Magistrat bereits eine Verfügung an die Direktion der Wasserwerke erlassen des Inhalts: sie solle die Stellen ermitteln, an denen diese Übelstände zutage getreten sind, und Vorschläge machen, wie dem abzuhelpen ist. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit in der Stadtverordnetenversammlung darüber werden verhandeln können.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Finanzkommission.

Vorsitzender: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nochmals auf Punkt Müllabfuhr zurückkomme. Wir haben abgelehnt unter Ia auch den Antrag 4, die 266,20 *M* für schon früher vorgenommene Versuche. Es ist wohl selbstverständlich, daß dieses als bewilligt gilt. — Ich sagte vorhin: Abstimmung über den Rest der Magistratsvorlage. Es scheint ein Mißverständnis zwischen meiner Fragestellung und der Auffassung der Versammlung zu bestehen. Wenn sie von diesem Beschluß abgehen wollen, wird in der nächsten Sitzung dafür Gelegenheit sein; jetzt bitte ich, in der Tagesordnung fortzufahren.

28. Verlegung eines Wasserrohrs auf der Straße Nr. 505 (zwischen Bahn- und Weststraße).

Stadtv. Lange: Dieser Punkt behandelt dieselbe Frage, die eben schon erörtert wurde. Es handelt sich um Klagen, die von der Bahnstraße her eingegangen sind — der Herr Oberbürgermeister erwähnte das schon. Infolgedessen hat die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke beschlossen, das westliche Wasserrohrende auf der West- und Bahnstraße durch ein Rohr von 100 Millimeter lichte Weite auf der projektierten Straße Nr. 505 zu verbinden. Man glaubt dadurch vorläufig dem Übelstande abzuhelpen. Zur gründlichen Beseitigung der Übelstände hat der Magistrat weitere Anträge in Aussicht gestellt. Für die vorgeschlagene Rohrverbindung sind 530 *M* erforderlich, die der Magistrat aus dem Reservefonds der Gas- und Wasserwerke zu bewilligen ersucht. Ich bitte im Auftrage der Finanzkommission, dem zuzustimmen.

Die 530 *M* werden verwilligt.

29. Verlängerung des Gashauptrohrs auf der Elmstraße.

Stadtv. Lange: Die im östlichen Teil der Elmstraße errichteten Häuser des Braunschweiger Bauvereins sollen mit Gas versorgt werden. Die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke hat deshalb beschlossen, dort ein 200 Milli-

meter weites Gasrohr zu legen, und veranschlagt die Kosten hierfür zu 2400 *M*. Der Magistrat gibt anheim, die Summe zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu bewilligen, und die Finanzkommission empfiehlt, demgemäß zu beschließen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

30. Fortbildungskurse in Physik und Chemie für Bürgerschullehrer betreffend.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Der Umbau des zum Schulmuseum und Heimatkundlichen Museum und zur Abhaltung von Fortbildungskursen in Physik und Chemie bestimmten Neustadtrathauses ist jetzt so weit beendet, daß das Gebäude im August seiner Zweckbestimmung übergeben werden kann. Die Oberaufsicht wird durch den Schuldirektor der städtischen Bürgerschulen und die Leitung der Fortbildungskurse durch den Lehrer Otto Meyer übernommen werden, von beiden Herren im Ehrenamte. Die Aufsicht über das technische Laboratorium wird der Leiter der Fortbildungskurse führen; auch diese Tätigkeit wird im Ehrenamte übernommen werden; da der Herr in seiner Beschäftigung in der Schule entlastet wird. Für Ausgestaltung der einzelnen Abteilungen werden Kommissionen gewählt werden, die wieder im Ehrenamte tätig sind. Auf diese Weise wird die Verwaltung kostenlos sein, nur ist für den Leiter eine Hilfskraft nötig, die das Inventarverzeichnis führt und kleinere, bei Aufstellung und Ordnung der Sammlungen nötige Arbeiten verrichtet. Für diese Hilfsperson hält der Magistrat im Verein mit dem Schulleiter und dem Schulvorstand eine Jahresvergütung von 400 *M* für angebracht. Dieser Lehrer soll aus den Lehrern für Handfertigkeitsunterricht entnommen werden. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, die 400 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung ist mit dem Antrage einverstanden.

31. Wiederholte Beschlußfassung über die Müllabfuhr.

Stadtv. **Sander**: Ich muß noch einmal auf den Punkt Müllabfuhr zurückkommen. Es scheint, als ob der letzte Beschluß in dieser Sache unter einem Mißverständnis zustande gekommen ist. Die Majorität war der Meinung, zum Schluß wird über die Magistratsvorlage abgestimmt, und zwar über die ganze Vorlage. Anders ist es nicht denkbar, daß die Deputation arbeiten soll, wenn ihr die Summe für Instandsetzung der reparaturbedürftigen Wagen und die 1000 *M* für weitere Versuche nicht bewilligt sind. Ich bitte nochmals zur Abstimmung über die Magistratsvorlage zu schreiten.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich widerspreche durchaus dem Antrag Sander. Wenn selbst der Vorsitzende sich ungenau ausgedrückt haben soll (was aber nicht der Fall ist, lediglich der Überrest stand noch zur Abstimmung), so hätten die Herren von der Mehrheit eingangs aufpassen können, als genau und präzise abgestimmt wurde über Ia 1, III und IV. Da hatten Sie aber solches Brauen vor der Bewilligung der Mittel, daß Sie nicht mitstimmen wollten. Jetzt nochmals in die Abstimmung einzutreten, wohin sollte das wohl führen? Das mag im Landtage geschehen, bei uns aber nicht.

Vorsitzender: Ich werde nachher die Versammlung fragen, ob sie mit einer nochmaligen Abstimmung einverstanden ist. Ich halte unter diesen Umständen, daß auf meine Frage, die meinerseits klar gewesen ist, etwas anderes beschlossen sein sollte, als was der Vorsitzende gefragt hat, es für geboten, die Abstimmung zu wiederholen.

Stadtv. Dr. Boge: Ich möchte auch dazu raten, die Abstimmung zu wiederholen; ich hatte den Eindruck, daß die ersten Abstimmungen so gemeint waren: Man sollte unter Ausschluß der anderen Bewilligungen diese drei Sachen bewilligen, und das war nicht die Absicht der Mehrheit. Auch ich wollte nicht, daß nur die einzelnen Punkte bewilligt werden sollten, sondern die ganze Vorlage.

Stadtv. Frede: Auch ich möchte mich dafür aussprechen, daß die ganzen Abstimmungen wiederholt werden, denn es liegt entschieden ein Mißverständnis vor. Die 6000 *M* sind nicht bewilligt, die 1000 *M* nicht und die 266,20 *M* auch nicht. Diejenigen Herren, die für meinen Antrag stimmen wollten, waren der Meinung, daß die 6000 *M* und die 1000 *M* dann nicht nötig seien, und so war ich auch dagegen. Ich bitte, zuerst über meinen Antrag abzustimmen, dann über die 6000 *M* und die 1000 *M*, aber nicht über die 266,20 *M*, denn mein Antrag geht dahin, daß der Kommissionsantrag vom 24. April angenommen wird, und darin ist schon die Bewilligung der 266, 20 *M* vorgesehen.

Stadtv. Busch: Ich möchte bitten, über die heutige Magistratsvorlage zuerst abzustimmen.

Vorsitzender: Über die beiden Anträge Frede und Stegmann hat ein Mißverständnis nicht obgewaltet, darum liegt kein Anlaß vor, die beiden Anträge noch einmal zur Abstimmung zu bringen. Es könnte sich nur darum handeln, wenn die Mehrheit zustimmt, den gesamten Magistratsantrag von heute nochmals zur Abstimmung zu bringen. Die Herren, die wünschen, in dieser Weise -

über die Anträge Frede und Stegmann nicht wieder, lediglich über den Magistratsantrag dem Kommissionsantrage entsprechend — nochmals eine Abstimmung herbei geführt zu sehen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Dann bitte ich: Diejenigen Herren, die den Magistratsantrag, also die gesamte Vorlage vom 11. Juni bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Es melden sich 17 Herren.) Das ist die Mehrheit.

32. Antrag Jasper über das Arbeitsverhältnis der Desinfektoren.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Desinfektoren einer Nachprüfung zu unterziehen, die Löhne zu erhöhen, mehr Ruhezeit zu gewähren und die Behandlung anders zu gestalten.“

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Das Arbeitsverhältnis der städtischen Desinfektoren soll, wie mir zu Ohren gekommen ist, leider nicht so sein, wie wir es nach dem Bericht des Magistrats annehmen müssen, besonders sollen Mißgriffe vorhanden sein insofern, als die Art und Weise, wie die von den städtischen Behörden beschlossene Teuerungszulage den Desinfektoren gegeben oder nicht gegeben wird. Soweit ich unterrichtet bin, ist etwa die Hälfte der Desinfektoren an dieser Teuerungszulage nicht beteiligt. Ich möchte, ehe ich daran Kritik übe, durch meinen Antrag ermöglichen, daß nachgeprüft wird, ob das tatsächlich zutrifft.

Ferner sind nach meiner Orientierung Mißstände vorhanden in dem Arbeitsverhältnis insoweit, als die Ruhezeit in Betracht kommt. Es wechselt der Dienst des Desinfektors mit Nacht- und Tagdienst ab und ist so eingerichtet, daß die Kolonne (sie arbeiten immer zu zweien) nach dem Nachtdienst nicht eine Ruhezeit erhält, sondern genau so hinausgehen soll wie sonst, so daß zwei Schichten hintereinander gearbeitet werden muß. Ich gebe zu, daß das zum Teil nur Wartezeit ist, der Mann muß aber immer auf seinem Posten und fähig sein, die Arbeit zu leisten, die von ihm verlangt wird. Eine Regelung des Dienstes in dieser Weise scheint mir nicht im Interesse einer sozialen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu liegen.

Überhaupt ist das Kolonnensystem einer Nachprüfung bedürftig, und die wollte ich mit meinem Antrage erzielen. Ich erwähnte schon, daß immer zwei Mann zusammenarbeiten. Nun sind es der Zahl nach 7 Desinfektoren, und durch die Teilung in 4 Kolonnen kommt es, daß die vierte nur aus einem Mann besteht. Dieser ist dann allein auf seine Kraft und auf Zuziehung von Arbeitspersonen an-

gewiesen. Es soll sich wiederholt der Übelstand gezeigt haben, daß er nicht die Arbeit verrichten konnte, die zu verrichten ihm oblag. Nun ist mir sinnlich, daß vor längerer Zeit verschiedene Desinfektoren magistratsseitig neu angefordert wurden und meines Wissens auch bewilligt sind. Ich möchte durch meinen Antrag erreichen, daß im Hinblick auf das umfangreicher gewordene Desinfektionswesen ein anderes Kolonnenystem eingeführt wird, unter Umständen durch eine Vermehrung der Mannschaften, was auch mit der Ruhezeit im Zusammenhange steht.

Das Kolonnenystem ist nach meinem Bericht auch in der Weise ausgenützt, daß nicht immer dieselben Leute die Desinfektionsapparate einstellen, die sie nachsehen, sondern die Kolonne A geht nach dem zu desinfizierenden Raume und richtet die Desinfektion ein. Nun muß der Apparat mehrere Stunden in Tätigkeit sein; wenn das Zimmer zu früh geöffnet wird, sind die ganzen zur Desinfektion dienenden Gase noch vorhanden, und es kann unter Umständen eine gesundheitliche Schädigung der Leute eintreten, wenn der Raum zu früh betreten wird, jedenfalls ist dann aber die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt. Nun ist es allgemein üblich, daß die Kolonne, die den genauen Zeitpunkt weiß, wann der Desinfektionsapparat „angesteckt“ und das Zimmer geschlossen ist, nach der vorgeschriebenen Zeit auch die Räume wieder öffnet. Hier soll es vielfach anders beliebt werden. Es wird vielfach Kolonne B hingeschickt, der die Zeit angegeben wird, wo der Raum geöffnet werden muß. Nun kommt es zuweilen vor, daß der Apparat nicht genau zur Minute „angesteckt“ wird. Es ist wiederholt vorgekommen, daß, nachdem die Desinfektion erst eine halbe Stunde im Gange war, die andere Kolonne aufgetaucht und bei Öffnung des Raumes zurückgeprallt ist. Insofern scheint die Einteilung in Kolonnen und das Arbeitsverhältnis einer Nachprüfung bedürftig.

Zeigt sich schon in diesem Falle (nach dem mir gewordenen Bericht) eine geringe Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Desinfektoren, so wird das noch klarer, wenn man das Verhalten des Oberdesinfektors schildern hört, daß er beispielsweise das Scheuern der Eimer mit Kreosol und Ammoniak verlangt. Ob das technisch nötig ist, weiß ich nicht; die Leute klagen sehr darüber, daß es die Hände angreife, ohne daß eine technische Notwendigkeit dazu vorhanden wäre. Auch klagen sie sehr darüber, wie die mittleren Vorgesetzten mit ihnen umspringen. Einzelheiten darüber möchte ich der Kommissionsberatung vorbehalten. Auch wegen der Behandlung möchte ich eine Nachprüfung durch die Kommission erzielen.

Was mich besonders zu dem Antrage veranlaßt hat, ist, daß vor Jahresfrist wiederholt Anträge in dieser Richtung an ihre Vorgesetzten gekommen sind, daß aber Wandel nicht geschaffen ist. Sie haben seitdem keine Antwort bekommen; in welcher Instanz die Sache stecken geblieben ist, konnte ich nicht untersuchen. Auch das möchte ich durch die spätere Verhandlung klären, damit auch hierin Abhilfe geschaffen wird.

Der Antrag wird vom Herrn Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

33. Antrag **Diedmann** auf Instandsetzung und Neuanlage von Reitwegen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Reitwege zu schaffen und zu diesem Zwecke:

1. Die Fortsetzung des Weges jenseits der steinernen Brücke im Bürgerpark bis zum Elektrizitätswerk als Reitweg auszubauen und auf diesem Wege das Verbot, nur im Schritt zu reiten, aufzuheben.
2. Die zur Hennebergstraße führende Brücke, welche fast glatt zementiert ist, mit querlaufenden Rillen behauen zu lassen, damit die Pferde mehr Halt haben, oder aber die Brücke jeden Morgen früh mit Sand bestreuen zu lassen.
3. Den an Wienwegs Garten entlang führenden Sommerweg instand setzen zu lassen, damit dieser lediglich als Reitweg zu benutzen ist, und diesen Weg als solchen auf der linken Seite fortzuführen bis zur Helmstedterstraße.
4. Den von der Helmstedterstraße abzweigenden Riddagshäuserweg auf der rechten Seite als Reitweg einzurichten und später links fortzuführen bis zum Prinz-Albrecht-Park.
5. Auf dem Bülteweg eine Seite als Reitweg einzurichten, und zwar vom Exerzierplatz bis zum Bienröderweg, und bis zur Stadtgrenze den bestehenden Reitweg in Ordnung zu halten.
6. Die Bordsteine des Reitweges am Exerzierplatz beseitigen zu lassen.“

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Die Zahl der Reiter in unserer Stadt hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen; ich führe als Beweis dafür an, daß in der Reitbahn an der Wallstraße regelmäßig 60 Pferde eingestellt sind. Aber wo dürfen sich bei uns die Reiter bewegen?

Die Klagen nach besseren Reitwegen in Braunschweig bestehen seit Jahren. Ich will nur auf einiges hinweisen.

Der Bürgerpark ist den Reitern zur Verfügung gestellt, und zwar dürfen sie im Schritt die auch zum Befahren gestattete Straße benutzen. Wenn man links von dem Wege abzweigen will, um über die sogenannte Zementbrücke ins Augusttor zu gelangen, so hatte jeder Reiter mit der Schwierigkeit zu kämpfen, das Pferd, ohne es straucheln zu lassen, über die glatte Brücke zu bringen. Es sind allerdings

Rillen angebracht, auf welchen das Regenwasser ablaufen soll, aber sie laufen nicht quer, so daß das Wasser in die Oker fließen kann, sondern das Regenwasser wird längs der abschüssigen Brücke geleitet, so daß es auf den Weg selbst läuft. Ich meine, daß es doch richtiger gewesen wäre, wenn einmal Rillen eingehauen wurden, daß diese gleich querlaufend angebracht wären. Jedenfalls ist es für die Reiter wünschenswert, daß sie so noch eingehauen werden, damit die Pferde darauf einen Halt haben. Am Ende der steinernen Brücke im Bürgerpark ist nichts für die Reitwege geschehen, kein Weg ist geschaffen. Es ist, soweit ich mich erinnere, wohl gestattet, diesen Weg zu benutzen, aber es wäre wünschenswert, wenn ein richtiger Reitweg, der mit geringen Mitteln zu beschaffen ist, eingerichtet würde. Man kann dann auf einen Reitweg gelangen, welcher auf der Wolfenbüttelerstraße eingerichtet ist und kommt so ins Freie.

Der andere Weg, welcher zum Teil schon besteht und an Riewegs Garten entlang führt, ist augenblicklich in kläglichem Zustande. Ich bin überzeugt, daß dieser Weg mit wirklich geringem Aufwand wiederhergestellt werden kann. Wenn weiter den Reitern Gelegenheit gegeben ist, jenseits der Kreuzung der Helmstedterstraße sich auf dem Riddagshäuserwege fortbewegen zu können, ohne Gefahr zu laufen, daß das Pferd stürzt, dann wäre einem großen Wunsche der Reiter Rechnung getragen. Mein Antrag sieht sich so gefährlich an, indem ich 6 Punkte vorschlage, in Wirklichkeit sind es eigentlich nur zwei. Nur die unter 4 und 5 sind neue Wege.

Zu erwähnen ist noch der Bültenweg, der sehr breit ist und den man zu benutzen gezwungen ist, wenn man auf dem Bienröder Wege ins Querumer Holz gelangen will, wo eigentliche Reitwege geschaffen sind. Dort auf dem Bültenweg ist Kleinpflaster. Ich glaube, es ließe sich ermöglichen, daß auf diesem Pflaster eine Aufschüttung von grobem Kies vorgenommen würde, so daß auch dort ohne erhebliche Kosten ein Reitweg geschaffen wird.

Der Bienrödertweg selber ist ein sehr schöner Reitweg, wenn er in Ordnung gehalten wird. Leider sind auf diesem Wege sehr viele Steine zu finden. Ich habe mir sagen lassen, daß vom Magistrat aus ein Mann angehalten wird, regelmäßig alle Tage den Weg zu begehen und in Ordnung zu halten, aber man sieht nicht, daß die Steine beseitigt werden. Deshalb sind von den Reitern selber deren Angestellte bereits beauftragt, die großen Steine wegzuschaffen. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn der Magistrat diesen Weg herrichten ließe, so daß er als wirklicher Reitweg zu benutzen ist.

An letzter Stelle ist der an dem Kleinen Exerzierplatze angelegte Reitweg genannt. Dieser ist wohl eigentlich kein Reitweg, denn man kann häufig beobachten, daß die Reiter lieber den chaussierten Fahrweg benutzen als diesen sogenannten Reitweg. Die Bordsteine, die dort angebracht sind, geben mitunter Veranlassung,

daß Pferde, die aus irgendwelcher Unruhe scheu werden und zur Seite springen, zu Fall kommen.

Für den Fall, daß neue Reitwege angelegt werden, möchte ich auf einen Übelstand aufmerksam machen, der sich auch hier auf dem Kleinen Exerzierplatze bemerkbar gemacht hat. Dort sind drei Übergänge geschaffen. War es denn notwendig, daß über diesen schmalen Weg extra noch Fußsteige geschaffen wurden? Das ist beim Reiten selbstverständlich hinderlich, denn der Reiter möchte doch den Weg auch im Trabe benutzen. Außerdem ist in der Nähe dieses Reitweges eine Wellblechbude aufgestellt. Wenn die Tür dieser Bude plötzlich geöffnet wird, dann stößt sie direkt auf diesen Reitweg. Kommt nun ein nichts ahnender Reiter an und es erscheint plötzlich einer der Arbeiter, die dort ihre Arbeitsgeräte stehen haben, mit heller Facke in der Tür, so wird das Pferd natürlich scheu, kommt an die hohen Bordsteine, und das Malheur ist geschehen. Außerdem sind die Bordsteine wie geschaffen, um Fußbälle aufzuhalten, die über den Weg rollen und hin und her pendeln. Daß das nicht gerade beitragen kann, die Freude an dem Reitwege zu heben, liegt in der Natur der Sache.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Wege, die anzulegen ich angeregt habe, im Interesse der Reiter bald geschaffen werden bezw. daß die beiden bestehenden Wege verbessert werden.

Gleichzeitig möchte ich noch der Wegebauverwaltung den Dank der Reiter dafür ausdrücken, daß der Weg, der an der Wolfenbüttelerstraße geschaffen ist, sich wieder in tadellosem Zustande befindet, so daß man sich dort mit Vergnügen bewegen kann.

Der Herr **Vorsigende** überweist den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

34. Anfrage Hesse, betreffend die Verteilung einer Sondernummer einer hiesigen Zeitung in den Bürgerschulen.

Die Anfrage lautet: Ist dem Stadtmagistrat bekannt, daß in städtischen Bürgerschulen Agitationsnummern einer hiesigen Tageszeitung verteilt sind, und was gedenkt derselbe zu tun, daß sich derartiges nicht wiederholt?

Stadtv. **Hesse**: Es ist mir von verschiedenen Seiten die Mitteilung gemacht worden, daß speziell in der Schule am Südklint eine Agitationsnummer der hiesigen Neuesten Nachrichten — als eine solche ist sie angesehen worden — unter der Überschrift: Festbeilage der Neuesten Nachrichten verteilt worden ist. Die Leute, die mir darüber berichtet haben, waren über den Vorfall sehr aufgeregt, es wurde

dieses Blatt als Agitationsnummer für die Neuesten Nachrichten aufgefaßt. Wohin sollte das führen, wenn auch andere Zeitungen zu derartigen Mitteln greifen würden! Es wurde speziell darauf aufmerksam gemacht, daß diese Zeitung, die hier in Frage kam, eine derjenigen wäre, die nicht geeignet wäre, daß von der Schule aus für sie Propaganda gemacht würde. Sie nimmt (wie bekannt ist und worauf auch schon von anderer Seite, von einem kirchlichen Blatte, hingewiesen wurde) alle möglichen Annoncen auf, Schwindelannoncen, Heiratsannoncen, Geheimmittelannoncen, Annoncen über Zeichendeutung, Zukunftsdeutung, so daß es sehr fragwürdig ist, wenn die Schule sich bereit finden ließe, zur Verbreitung einer derartigen Zeitung die Hand zu reichen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann darauf nur erwidern, daß dem Magistrat von dem Vorgang nichts bekannt ist und wir deshalb auch nicht Gelegenheit hatten, dazu Stellung zu nehmen.

Der Antrag auf Besprechung der Anfrage wird von 11 Mitgliedern der Versammlung unterstützt, demgemäß eröffnet der Herr Vorsitzende die Besprechung.

Stadtv. Lauer: Herr Stadtv. Hesse hat da eine Sache herangezogen, die mit als Mitinhaber der Zeitung unbekannt ist. Ich bin gegenwärtig nicht in der Lage, sagen zu können, ob diese Verteilung mit Zustimmung des Verlages der Zeitung erfolgt ist. Es ist möglich, daß sich die Verteilung nur auf einzelne Exemplare bezieht, es ist auch möglich, daß die Verteilung nicht in der Absicht der Zeitung gelegen hat. Es scheint mir vor allen Dingen, als ob sich Herr Stadtv. Hesse insofern geirrt hat, als er von der Zeitung als solcher gesprochen hat. Als Beweisexemplar hat er nur eine Beilage vorgezeigt, die hergestellt ist zur 25jährigen Jubiläumsfeier des Kaisers. Ich bin, wie gesagt, in diesem Augenblicke nicht genau im Bilde, aber ich glaube sagen zu können, daß es sich lediglich um einen Ausnahmefall handelt. Es ist auch andererseits nicht bekannt geworden, daß in einer zweiten Schule die Beilage zum Vertrieb gekommen wäre. Ich glaube, es handelt sich im großen ganzen um eine höchst nebensächliche Angelegenheit, die Herr Hesse aufgebaut und hier zur Sprache gebracht hat.

Stadtv. Frede: Ich wollte nur mitteilen, daß eine Verfügung nicht ergangen ist, diese Beilage zu verteilen. Die Schulleitung oder die Lehrerschaft hat also damit nichts zu tun. Ich habe mich auch durch Nachfrage bei Herrn Hesse nicht unterrichten können, in welcher Weise die Beilage in die Hände der Kinder gelangt ist, ob durch Lehrer oder durch Personen im Schuleingang. Die Sache ist durchaus nicht genügend geklärt. Jedenfalls ist generell eine Verteilung nicht vor-

genommen; an meiner Schule ist sie nicht vorgekommen, und an anderen Schulen, soweit mir bekannt, auch nicht.

Stadtv. Wesemeier: Auch mir sind Mitteilungen über die Verteilung zugegangen, und zwar ist die Zeitung durch Lehrer verteilt worden. Ich halte dieses Verfahren für durchaus unzulässig. Die Verteilung ist auch nicht nur in einer Schule geschehen; an der Wilhelmstraße ist sie in allen Klassen von der 3. Klasse an vorgenommen, auch in der Schule am Südklint ist die Zeitung verteilt. (Zuruf: An der Ottmerstraße auch!) Ich meine, es ist nicht Aufgabe der Schule, für eine Zeitung Reklame zu machen, und nichts anderes ist der Zweck der Übung. Man weiß, daß heute im Geschäftsleben jeder Reklametricht angewandt wird, aber dazu die Bürgerschulen, die Volksschulen zu benutzen, ist meines Erachtens ungehörig, zumal, wie mein Freund Hesse ausgeführt hat, für eine Zeitung, die sonst auch in anderen Kreisen nicht gerade als so fair angesehen wird und angesehen werden kann, daß sie Kindern in die Hand gegeben werden kann. Ich erinnere nur an eine Äußerung des Gemeindeblattes von St. Jakobi, welches Urteil Pastor Beck vor 8 oder 14 Tagen über diese Schwindelinserate, über die Schmutz- und Kuppelinserate in der hiesigen bürgerlichen Presse gefällt hat. In der Schule ist, so meine ich, nicht der Ort, für eine solche Zeitung Reklame zu machen.

Stadtv. Loeschigt: Ich stehe nicht mit Herrn Wesemeier auf dem Standpunkte, daß es sich hier darum handelt, festzustellen, von welcher Zeitung es angebracht ist, sie unseren Kindern in die Hand zu geben und welche nicht. Ich glaube, daß unsere Kinder mehr als gut ist, Zeitungen in die Hand bekommen, nicht nur die Neuesten Nachrichten. Man kann ja darüber verschiedener Ansicht sein. Ich möchte aber doch den Magistrat bitten, sich über den Vorfall zu informieren und den Stadtverordneten darüber Nachricht zu geben. Ich glaube, daß die Verteilung der Zeitung als eine einseitige Verbreitung, nicht als Agitation, aufzufassen ist. Wenn es klargelegt ist, daß die Verteilung nur einseitig geschehen ist und ohne Wissen des Verlegers, dann handelt es sich aber doch darum, Mittel und Wege zu schaffen, daß solche Sachen nicht wieder vorkommen können.

Stadtv. Frede: Nachdem in so bestimmter Weise mitgeteilt ist, daß Lehrer in zwei Schulen — auf dem Südklint und in der Wilhelmstraße, ob es noch mehr Schulen sind, tut nichts zur Sache — die Verteilung vorgenommen haben, wird die Mitteilung wohl ihre Richtigkeit haben. Ich bin allerdings der Meinung, daß man auch den bösen Schein meiden soll, daß also die Verteilung hätte unterbleiben können. Aber die Herren haben gesagt, es wäre Propaganda für diese Zeitung gemacht, und das ist von vornherein zurückzuweisen. Es hat den Lehrern

nichts ferner gelegen, als Propaganda für irgendeine Zeitung zu machen. Die Verteilung ist wohl damit zu begründen, daß es eine Festbeilage ist, in welcher über den Kaiser einige Artikel erschienen sind. Bekanntlich sind Schulfeiern am Montage gehalten, und bei der Gelegenheit wird es sich gemacht haben, daß die Lehrer gesagt haben: Hier ist einiges über den Kaiser zusammengefaßt, das könnt ihr euch überlesen. Aber von einer Propaganda für die Neuesten Nachrichten oder eine andere Zeitung kann absolut keine Rede sein.

Stadtv. Lauer: Ich darf darauf hinweisen, daß genau unterschieden werden muß zwischen der Zeitung und dieser Festbeilage. Es ist wohl kein Zweifel, daß der Inhalt dieser Festbeilage, die zur Erinnerung an das Regierungsjubiläum des Kaisers herausgegeben worden ist, und die auf Verlangen unentgeltlich abgegeben worden ist, einigen der sozialdemokratischen Stadtverordneten in dieser Saale nicht gefällt. Was die Verbreitung der Zeitung als solche anbetrifft, so gehört das nicht hierher. Ich kann die Versicherung abgeben, daß die Qualität der Zeitung sich durch ihre Verbreitung kenntlich macht. (Widerspruch.) Nur wenn Sie das Braunschweiger Publikum für urteilslos halten, ist ihr Widerspruch berechtigt. Jedenfalls haben die Neuesten Nachrichten die weiteste Verbreitung gefunden, und das spricht für die Qualität der Zeitung.

Was die Bemerkung über einige Inserate betrifft, die auch nicht hierher gehört, so möchte ich darauf hinweisen, daß die gesetzlichen Bestimmungen so verschärft sind, daß jeder Verlag sich hüten wird, irgendwelche Inserate in die Zeitung aufzunehmen, denen man von vornherein den Stempel des Schwindels ansehen kann. Wir haben genügend Beweise, daß eifrige Staatsanwälte stark hinterher sind, um das Zeitungsgewerbe zu erschweren und ihm eine Schlinge zu legen.

Vorsigender: Es hat sich weiter keiner zum Wort gemeldet, damit ist die Angelegenheit erledigt. —

Es wird eben eine Anfrage durch Herrn Wesemeier eingereicht:

„Ist dem Magistrat die Stellungnahme des Dürerbundes zu dem Bau der Steintorbrücke und dem Giebel der Mittelschule bekannt, und wenn ja, welche Stellung nimmt der Magistrat dazu ein?“

Wollen die Herren vor Eröffnung der vertraulichen Sitzung noch die Begründung dieser Anfrage hören?

Stadtv. Edhardt (zur Geschäftsordnung): Ich habe noch zur öffentlichen Sitzung eine Vorlage wegen des Heimatkundlichen Museums vorzutragen.

Die Versammlung lehnt die Entgegennahme der Begründung der Anfrage Wesemeier für heute ab.

35. Aufstellung einer Sammlung von Vögeln und deren Eier im Heimatkundlichen Museum.

Stadt v. **Edhardt**: Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehküh ist beim Magistrat mit der Bitte vorstellig geworden, doch beim Herzoglichen Ministerium dahin zu wirken, daß dem neu zu errichtenden Schul- und Heimatkundlichen Museum aus den Beständen des Herzoglichen Naturhistorischen Museums eine Sammlung der im Herzogtum vorkommenden Vögel (einschließlich Eier) unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde.

Mit Rücksicht auf die Ziele der neuen Einrichtung, welche tunlichste Förderung verdient, ist das Herzogliche Ministerium bereit, dem Gesuch zu entsprechen, behält sich aber das Eigentumsrecht vor.

Ferner setzt das Herzogliche Ministerium voraus, daß auch den auswärtigen Schulen des Herzogtums unentgeltlich zu angemessenen Zeiten das Museum zugänglich gemacht wird, und daß den Lehrern die Möglichkeit geboten wird, unter gleichen Bedingungen wie die hiesigen Lehrer an den etwaigen Fortbildungslehrgängen teilnehmen zu können.

Auch der Schulvorstand legt Wert auf die Mitarbeit der Lehrer vom Lande und hält es deshalb auch für billig, daß das Museum diesen Lehrern und auswärtigen Schülern, soweit keine Kosten dadurch entstehen, zur Besichtigung zugänglich gemacht wird.

Die Schulkommission schließt sich der Ansicht an und gibt den geehrten Herren Genehmigung anheim.

Stadt v. **Besemeier**: Es ist erfreulich, daß die Stadt ein solches Museum einrichten will. Wir brauchen aber nicht so engherzig vorzugehen und die Sammlung nur auf Vögel, die im Herzogtum leben, zu beschränken. Soweit ich die Schätze des Naturhistorischen Museums kenne, sind sie unendlich reichhaltig und mit mehrfachen Dubletten besetzt, so daß es, wie ich glaube, der Stadt möglich sein wird, noch mehr nicht nur im Herzogtum lebende, sondern auch exotische Vögel in guten Exemplaren für die Bürgerschulen zu erlangen. Dieser Anschauungsunterricht dürfte unseren Kindern nur zum Vorteile gereichen. Es wird einer Stadt nicht so leicht die Gelegenheit geboten wie der Stadt Braunschweig, diese Schätze der Volksschulen zu bereichern, und ich hielte es für einen großen Fehler, wenn nicht zugefaßt werden sollte. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, sein Augenmerk hierauf zu richten.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Es handelt sich hier nicht darum, Exemplare von ausgestopften Vögeln zu besorgen, sondern darum, die Schränke im

Heimatkundlichen Museum zur Verfügung zu stellen, um eine entsprechende Zahl im Herzogtum lebender Vögel unterzubringen. Nun habe ich gehört, es wären bereits Schätze in solcher Zahl angeboten, daß das Museum für eine weitere Ausdehnung nicht ausreicht. Ich glaube, wir müssen uns auf das beschränken, was der Schuldirektor im Interesse seiner Schulen für erforderlich erachtet, und was im Heimatkundlichen Museum untergebracht werden kann, ohne an eine Erweiterung zu denken. An sich ist die Frage, die Herr Wesemeier berührt, der Unterstützung wert. Ich glaube aber nicht, daß wir so weit gehen können; wo sollte da die Grenze sein.

Die Versammlung ist mit der Überweisung der Sammlung an das Heimatkundliche Museum unter den gestellten Bedingungen einverstanden.

Stadtv. **Weichsel** erbittet das Wort zu einer Erklärung über eine abfällige Beurteilung einer von ihm gemachten Ausführung während der Beratungen des Braunschweigischen Städtetages.

Vorsitzender: Nachdem die Versammlung durch ihre Abstimmung ausgesprochen hat, daß sie die Begründung der Anfrage Wesemeier nicht mehr hören will, glaube ich kaum, daß ich Ihnen das Wort geben kann. Ich bitte die Herren, die zustimmen, daß Herr Weichsel seine Ausführungen noch macht, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung ist nicht damit einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis fast 9 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. Juli 1913.



Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Antrag eines auswärtigen Schlachtermeysters auf Verlängerung der Einführungszeit für Fleischwaren in die Markthalle | Seite 269 |
| 2. Änderung des Ortsbauplans zwischen Masch- und Pestalozzistraße | „ 277 |
| 3. Antrag Eckhardt: Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am dem Kleinen Exerzierplatze | „ 278 |
| 4. Antrag Kleinhecht: betr. ausreichende Sprengung der Spielplätze | „ 278 |
| 5. Antrag eines Sportvereins auf Überlassung von Terrain zur Anlage eines Spielplatzes. | „ 279 |
| 6. Veränderung der Fluchtlinie für die Stiftsgasse. | „ 279 |
| 7. Antrag Jassper über die Arbeitsverhältnisse der Desinfektoren | „ 283 |
| 8. Antrag Diedmann auf Instandsetzung und Neuanlage von Reitwegen | „ 283 |
| 9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen 434 und 435. | „ 293 |
| 10. Abrechnung über verschiedene Straßenbauten | „ 293 |
| 11. Ausbau der Straße 617a (zwischen Gellerstraße und projektierte Straße 289) und Aufnahme derselben in den Ortsbauplan. | „ 294 |
| 12. Aufhebung von Wegestreifen vor dem Petritore. | „ 295 |
| 13. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Wölgelstraße. | „ 295 |
| 14. Anfrage Wesemeier über Stellungnahme des Magistrats zu den Ansichten des Däresbundes über den Bau der Steintorbrücke und den Miel der neuen Mittelschule. | „ 296 |
| 15. Einrichtung einer Gasbeleuchtung in den Zeichenkabinen der Schulen an der Reichs- und Leopoldstraße und Anschaffung von fünf Schränken für Zeichenunterricht. | „ 297 |

16. Erlaß von Straßenbaukosten	Seite 297
17. Verschiedene Anschaffungen für die Neustadtmühle	" 298
18. Verwilligung von Mitteln für den Zentralschulgarten	" 299
19. Lohnübersicht für 1912/1913	" 299
20. Instandsetzung verschiedener Straßen der Innenstadt	" 315
21. Erneuerung des Ölfarbenanstrichs des Hauses Petersilienstraße 9	" 324
22. Veränderungen an den Gas- und Wasserhauptrohren, Auswechslung von Hydranten und Einführung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Bohlwege zwischen Dankwardstraße und Hagenscharrn	" 324
23. Beihilfe zu den Kosten des Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerker-tages am 31. August und 1. September	" 327
24. Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450	" 329
25. Ansetzung einer Stadtverordnetenfigung für Beratung der Bahnhofsvorlage	" 330

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner** und **Assessor Voß**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Seife**, **Lange**, **Busch**.

Vorsigender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben, die Müllabfuhr betreffend. Ich überweise es den Herren der Straßenreinigungsdeputation zur Kenntniznahme.

Dann ist eine an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium gerichtete Eingabe eingegangen, die von Herrn Th. Witthöft unterzeichnet und mitunterzeichnet ist von einer sehr großen Anzahl Bewohner des Hohe- und Wilhelmitorbezirks. Sie bitten, ihren Kindern endlich einmal den so nötigen Spielplatz zu beschaffen. Da die Eingabe zugleich an den Magistrat gerichtet ist, warten wir zunächst die Stellungnahme des Magistrats ab.

Bereits zur Verteilung gekommen ist eine von dem Verkehrsverein und dem Ausschuß für den Bahnbau Hamburg—Nordhausen an die Stadtverordneten gerichtete Eingabe über Einrichtung des Nord-Südverkehrs, dem auch Pläne und Beschreibungen beigelegt sind. Die geehrten Herren werden davon Kenntnis nehmen.

Ferner ist eingegangen vom Rabattsparverein das Jahrbuch von 1912, Band I und II des Verbandes der Rabattsparvereine Deutschlands. Wer von den Herren dafür Interesse hat, dem ist Gelegenheit gegeben, das Jahrbuch einzusehen.

Vom Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband ist eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet, die dahin zielt, zu beschließen, daß der Ortsgruppe Braunschweig der Betrag von 217,35 M für Wahlkosten, Drucksachen und

Porti aus der Stadtkasse zurückerstattet wird. Ich überweise die Eingabe der Finanzkommission zur Vorberatung.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich bemerken, daß auf der Tagesordnung fehlt der Antrag des Hanjabadens auf eine Änderung unseres Wertzuwachssteuerstatuts, der von der Statutenkommission noch nicht vorberaten ist. Zu der Zeit, als die Ansetzung einer Sitzung der Statutenkommission in Frage stand, war der Reichstag noch nicht über die Frage schlüssig geworden. Im übrigen hatte auch der Herr Referent dieser Sache gebeten, ihn mit der Berichterstattung vor den Ferien zu verschonen, und in der kurzen Zeit war ein anderer Referent nicht zu beschaffen.

1. Antrag eines auswärtigen Schlachtermeisters auf Verlängerung der Einführungszeit für Fleischwaren in die Markthalle.

Stadtv. **Hmann:** Der Schlachtermeister H. Plagge aus Zimmerlah hat ein Gesuch eingereicht, in welchem er bemängelt, daß in der hiesigen Markthalle das Fleisch bis morgens 7½ resp. 8 Uhr eingeführt sein muß. Er begründet seine Ansicht damit, daß das Warten der Fleischerwagen in der Markthalle eine ziemlich große Zeit in Anspruch nehme, da naturgemäß in den zur Verfügung stehenden Morgenstunden der Andrang zur Rühlhalle im städtischen Schlachthause bedeutend sei, wodurch die Unterbringung der Waren in der Markthalle verzögert werde. Besonders für auswärtige Schlachtermeister — auch er habe einen Stand und müsse jährlich 1000 M Pacht zahlen — dürfe die Zeit zu kurz bemessen sein; die bei ihm angestellten Leute weigerten sich schließlich, so früh aufzustehen, um bei dem weiten Wege rechtzeitig zur Stelle zu sein. Herr Plagge bemerkt schließlich, daß sein dahingehendes Gesuch vom Magistrat abschlägig beschieden sei, und beantragt, daß die Zeit für Einbringung von Fleischwaren in die Markthalle um eine Stunde verlängert werde.

Die Statutenkommission hat vor allen Dingen sich bei der Markthallendeputation erkundigt und erfahren, daß es nicht gut möglich sei, die Zeit für die Einbringung des Fleisches zu ändern. Wenn die Zeit für die Einbringung des Fleisches weiter hinausgeschoben würde, so würde dadurch auch die Öffnung der Markthalle für das Publikum auf eine spätere Zeit gelegt werden müssen, und dadurch würden Erschwernisse eintreten. Der Vertreter der Markthallendeputation erklärte jedoch, daß beabsichtigt sei, eine Änderung in der Weise vorzunehmen, daß eine kleine Rühlhalle in der Markthalle errichtet würde, wo etwas von dem eingebrachten Fleisch untergebracht werden könne, und dadurch würde ein Teil der heute bestehenden Klagen beseitigt werden. Ob das nun den Wünschen der auswärtigen Schlachter entspricht, kann ich nicht sagen, die Statutenkommission hat aber nach

Berücksichtigung aller dieser Umstände beschlossen, Ihnen betreffs des Gesuches Übergang zur Tagesordnung zu empfehlen. So angebracht es auch wäre, wenn man dem Petenten entgegenkommen könnte, so sieht die Statutenkommission keine Möglichkeit, dies durchzuführen. Ich habe also zu bitten, durch Übergang zur Tagesordnung den Antrag zu erledigen.

Stadtrat von Frankenberg: Vom Standpunkt der Markthallenverwaltung ist es gewiß wünschenswert, daß alle berechtigten Anforderungen der Standinhaber der Markthalle erfüllt werden, und deshalb würden wir auch sehr gern diesem Wunsche der Herren Plagge und Genossen entgegengekommen sein. Der Herr Berichterstatter hat aber schon zutreffend ausgeführt, daß schwere Bedenken, insbesondere in bezug auf eine Erschwerung der Überwachung des eingebrachten Fleisches und seine Untersuchung einer Verlängerung der Einbringungszeit für Fleisch entgegenständen, denn daß das laufende Publikum, insbesondere das aus der arbeitenden Bevölkerung mit dem Hinausschieben des Verkaufsbeginnes einverstanden sein würde, kann ich nicht annehmen und möchte nicht empfehlen, nachdem wir in der Markthalle jetzt zu leidlich günstigen Verhältnissen gekommen sind, derartig gewagte Versuche zu machen. Im übrigen haben wir es uns im Schlachthausauschuß angelegen sein lassen, den Klagen in bezug auf die Öffnungszeiten und den Betrieb in der Rühlhalle näher zu treten, und haben im Einvernehmen mit dem Schlachthausdirektor beschlossen, daß gewisse Erleichterungen in dieser Hinsicht eintreten können. Wenn die Leute mit einiger Pünktlichkeit in der Markthalle mit ihrem Fleisch antreten, wird es möglich sein, daß das Fleisch rechtzeitig untersucht und zur Verkaufsstelle gebracht werden kann. Pünktlichkeit ist dafür allerdings das erste Erfordernis, aber im Schlachthaus wird Entgegenkommen gezeigt werden, so daß über den Rahmen dessen, was bis jetzt möglich war, hinaus auch den auswärtigen Schlachtern ermöglicht wird, das Fleisch in die Markthalle zu bringen.

Stadtv. Diedmann: Meine Herren. Sie werden es erklärlich finden, daß ich zu der vorliegenden Sache das Wort ergreife. Wenn wir zurückdenken an die Zeit, als die Markthalle eingerichtet wurde, so werden Sie sich erinnern, mit welchen Schwierigkeiten die ersten Standinhaber zu kämpfen hatten; das Geschäft dort war gleich Null, es waren mehr Stände leer als besetzt. Nach und nach hat sich das Publikum daran gewöhnt, die Markthalle zu besuchen, und das Geschäft der Standinhaber hat sich gehoben. Nun haben die Standinhaber mit großen Schwierigkeiten insofern zu kämpfen, als diejenigen, die weiter entfernt ihren Wohnsitz haben, zumeist schon um 3 Uhr, wohl auch um 2 Uhr aufstehen müssen, um zu rechter Zeit in die Markthalle zu gelangen. Es sind Geschäftsinhaber aus Dangelbeck, Bettmar, Neppner usw., die um 5 Uhr in Braunschweig sind, um ihr Fleisch aus der Rühl-

halle zu holen, damit sie es rechtzeitig um 7 Uhr in die Markthalle einführen können. Das Geschäft hat sich auch in der Weise ausgedehnt, daß die regelmäßigen Kunden Bestellungen per Post nach der Markthalle zu den Ständen schicken. Die verlangten Sachen sind natürlich nicht immer alle mit zur Markthalle gebracht, besonders bei großer Hitze, und die Standinhaber sind gezwungen, nochmals zur Kühlhalle zu fahren, kommen dann aber nicht rechtzeitig mit ihrem Fleisch in die Markthalle hinein. Das ist eine große Härte, wenn sie das Opfer gebracht haben, um 2 Uhr schon aufzustehen; die Fleischer werden dadurch ungeheuer geschädigt, daß ihnen nicht gestattet wird, Fleisch, das bei ihnen bestellt ist, nachträglich in die Markthalle einzubringen. Ganz bedeutend geschädigt werden sie auch durch das vom Magistrat feilgebotene dänische Fleisch. Wenn die Standinhaber der Markthalle alle die Vergünstigungen genießen, die für das dänische Fleisch gelten, dann könnte das Fleisch so billig verkauft werden, daß es nicht notwendig wäre, jetzt noch dänisches Fleisch einzuführen. Die größeren Gemeindevertretungen und Magistrate haben auch den stadtseitigen Verkauf bereits abgeschafft. Im Monat März haben Städte wie Görlitz, Altona, Wera, Bochum diesen Verkauf aufgestellt, weil er nur mit großen Geldopfern aufrechtzuhalten war, auch in Bromberg und Berlin ist er aufgehoben. Es ist erwähnt, daß es Störungen nach sich ziehen würde, wenn außer der Zeit dänisches Fleisch in die Markthalle eingeführt würde. Das dänische Fleisch kann zu jeder Zeit eingeführt werden. Es wird nach der Feuerwehr telephoniert, und dann kommt das Auto und fährt mitten durch das Publikum in die Markthalle. Daß das böse Blut macht, ist klar. Ohne weiteres muß einem der Gedanke kommen: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Auch die Schlachtermeister müßten zu jeder Zeit Fleisch in die Markthalle einführen können, denn sie sagen: auch unser Fleisch wird doch im städtischen Schlachthause untersucht. Es wäre sehr wünschenswert, daß der Magistrat, der doch Interesse daran hat, den Standinhabern behilflich zu sein, die Miete aufzubringen, seinen Mietern gewisse Vergünstigungen einräumt. In Hannover wird gestattet, das eingebrachte Fleisch bis 10 Uhr in die Markthalle einzuführen, und Fleisch von Tieren, welche im Schlachthause geschlachtet sind, das mit dem städtischen Stempel versehen ist, kann zu jeder Tageszeit eingeführt werden. Warum sollte das nicht auch in Braunschweig gehen? Ich bin der Meinung, mit gutem Willen ließe sich das auch hier erreichen. Es sind auch noch andere Härten aufgetreten, und wenn auch bereits im Schlachthausauschuß den in bezug hierauf aufgetretenen Wünschen Rechnung getragen ist, so verdient es der Gegenstand doch, daß ich ihn nochmals erwähne. Wenn um 9 Uhr die Markthalle geschlossen wird, dann kann das dänische Fleisch ins Schlachthaus zurückgebracht werden, bislang war es aber nicht möglich, daß zu jeder Zeit hiesiges Fleisch ins Schlachthaus gebracht werden konnte; das mußte in der Bluthitze vor 4—6 Wochen die Nacht über in der Markthalle hängen bleiben. Auf meinen

Wunsch hin soll versuchsweise gestattet sein, am Sonnabend bis 9 Uhr hiesiges Fleisch in die Kühlhalle einzuführen. Es kann sich jedoch ereignen, daß die Sonnabende gerade kühl sind, und dann ist die Überführung nicht notwendig. Sich auf einen Tag zu versteifen, ist verkehrt. Auch wenn es an einem Donnerstag oder Mittwoch heiß ist, ist es erwünscht, daß Fleisch in die Kühlhalle nach Schluß des Marktes zurückgeführt werden kann, sonst verdirbt es zum Teil. Ich möchte doch bitten, den Interessenten mehr Entgegenkommen zu zeigen, insbesondere vielleicht die Einführungszeit um eine Stunde auszu dehnen, und das um so mehr, als die Standinhaber sich erboten haben, die Kosten dafür zu tragen. Auch Herr Tierarzt Bötting hat sich bereit erklärt, eine Stunde länger am Platze zu sein, und wenn er das auch nicht aus reiner Nächstenliebe tun wird, so werden sich Mittel und Wege finden lassen, auch dafür die Kosten aufzubringen.

Dann möchte ich noch bitten, die Vergünstigungen, die jetzt das dänische Fleisch genießt, wenigstens so lange, wie dieses feilgehalten wird, auch dem hiesigen Fleische, welches doch keinesfalls schlechter ist, zuteil werden zu lassen. Es war seinerzeit eine Notstandsmaßnahme, daß man das dänische Fleisch einfuhrte. Im Monat werden hier ungefähr 1000 Stück Großvieh geschlachtet, und die vorletzte Sendung dänisches Fleisch besteht aus 112 Vierteln, gleich 28 Tieren im Gewicht von 122 Zentnern. Das macht für das Stück Vieh ein Gewicht von durchschnittlich 440 Pfund. Solche kleinen Tiere werden in Braunschweig niemals geschlachtet. Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß diese Einfuhr unmöglich die Fleischnot beseitigen kann. Daß keine große Nachfrage nach dem dänischen Fleische mehr herrscht, wird dadurch bewiesen, daß ungefähr 3 Wochen lang an diesen 28 Tieren verkauft ist. Von welcher Beschaffenheit das Fleisch schließlich nach 3 Wochen war, davon hat sich Herr Sanitätsrat Dr. Henking überzeugen können. Ein hiesiger Schlachtermeister würde ungeheure Schwierigkeiten haben, das Fleisch los zu werden, wenn ich auch nicht direkt sagen will, daß er mit dem Nahrungsmittelgesetz in Konflikt kommen würde. Ein großes Bedürfnis nach dem dänischen Fleisch liegt nicht mehr vor, und wenn Sie es dort lassen, wo es hergekommen ist, dann werden Sie wieder steuerkräftige Bürger gewinnen und werden auch nicht einen Ausfall bei dem Verkauf dieses Fleisches zu tragen haben, wie er sich jetzt herausgestellt hat.

Auf eine Anfrage des Herrn **Vorsitzenden** bemerkt der Referent, Herr

Stadtv. **Ahmann**: Wenn der Antrag des auswärtigen Schlachtermeysters dahin geht, die Einführungszeit um eine Stunde zu verlängern, so habe ich das so verstanden, daß die Einführung des Fleisches in die Markthalle nicht nur bis 8 Uhr, sondern bis 9 Uhr morgens gestattet sein soll.

Stadtv. **Loeschigt**: Die Zustände im Schlachthause kenne ich hinlänglich und kann mich im großen und ganzen den Ausführungen des Herrn Dieckmann an-

schließen. „Gleiche Brüder, gleiche Klappen“, das war auch mein Wahlspruch, als ich seinerzeit im Schlachthausausschuß saß. Ich verstehe es nicht, wenn die ganzen Kosten für das Schlachthaus das Fleischnergewerbe aufbringen muß, daß diese Interessenten so viele Schwierigkeiten haben, wenn sie kleine Erleichterungen in ihrem Gewerbe haben wollen. Die Klagen, das Kühlhaus betreffend, sind schon früher gehört, aber es hieß: „Es geht nicht, Änderungen eintreten zu lassen.“ Ich meine, wenn man einen Weg finden will, dann findet man ihn auch. Ich habe die Klagen nicht von auswärtigen Schlachtern gehört, und in erster Linie haben wir das Interesse der hiesigen Schlachter zu vertreten. Sie beklagen sich sehr darüber, wie Herr Diedmann auch sagte, daß ihre Wünsche nicht von der Schlachthausdirektion anerkannt würden. Mir ist vor kurzem gesagt worden: „Dem dänischen Fleische steht Kühlhaus und Markthalle jeden Augenblick offen, und das Gewerbe, das die Anstalten bezahlen muß, ist von diesen Vergünstigungen ausgeschlossen.“ Einen solchen Zustand können wir nicht dulden. Das Fleischnergewerbe hat ein Recht, daß seine Wünsche berücksichtigt werden. Was Herr Diedmann angeführt hat, ist nicht geeignet, das Gewerbe zu schützen, es wird dadurch geschädigt. Im Interesse der Käufer wäre es besser, wenn solches Fleisch, wie das von der letzten Sendung aus Dänemark, bei uns nicht mehr verkauft würde. Was den Transport des dänischen Fleisches betrifft, so habe ich ihn verschiedentlich gesehen und muß offen sagen: Wenn hiesige und fremde Schlachter auf solche Weise ihr Fleisch in die Markthalle bringen würden, so würden wir uns das nicht gefallen lassen.

Stadtrat von Frankenberg: Die geehrten Herren können überzeugt sein, daß alle derartigen Wünsche, soweit es möglich ist, Berücksichtigung finden. Dadurch, daß Herr Diedmann im Markthallen- und Schlachthausausschuß sitzt, ist um so mehr Gelegenheit geboten, daß sein sachverständiges Gutachten den Ausschüssen zur Verfügung steht. Wenn im übrigen der Schwerpunkt der Besprechung von Timmerlah nach Dänemark verlegt ist, so mag es mir gestattet sein, damit in die heimatischen Gefilde zurückzukehren und darauf zu verweisen, daß die schweren Bedenken, die im Markthallenausschuß geltend gemacht und von der Statutenkommission anerkannt wurden, dadurch nicht beseitigt werden, daß der Tierarzt sich bereit erklärt, eine Stunde länger zu untersuchen. Darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß wir die Gewißheit haben: Nachdem die Markthalle für den allgemeinen Verkehr eröffnet ist, findet eine Einbringung von Fleisch durch Private nicht mehr statt. Das ist der wesentliche Punkt für die Kontrolle, der auch für die Statutenkommission maßgebend gewesen ist, sich gegen die Sache auszusprechen.

Stadtv. Besemeier: Es ist selbstverständlich, daß wir den Schlachtern nach jeder Richtung, wo es irgend möglich ist, entgegenkommen müssen, aber wenn Herr

Diedmann — dem sich Herr Loeschigt angeschlossen hat — bemängelt hat, daß das von der Stadt aufgekaufte Fleisch zu jeder Zeit in die Markthalle eingeführt werden könne und dadurch einen Vorzug genieße, so liegt doch meinem Erachten nach schon Kontrolle genug darin, daß das Fleisch durch die städtischen Behörden angekauft und untersucht wird. Diese Sicherheit, daß nur untersuchtes Fleisch zu jeder Tageszeit sonst von den Fleischermeistern eingebracht wird, haben wir doch nicht. Wer es kennt, wie ein Schlachtermeister dem andern im Schlachthause nicht traut, und mit welcher großen Berechtigung dieses Mißtrauen des einen gegen den andern vorhanden ist, der wird auch verstehen, daß die Stadt den Schlachtermeistern solche Vergünstigungen nicht gewähren kann, wie es das dänische Fleisch bei Einführung durch die Stadt in die Markthalle genießt.

Wie schon Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, hat sich der Schwerpunkt der Debatte verschoben. Hiernach scheint es sich weniger um den Standpunkt des auswärtigen Schlachtermeisters als insbesondere um den Verkauf von Fleisch durch die Stadt jetzt zu handeln. Darauf kommt es Herrn Diedmann und Herrn Loeschigt an, und Herr Loeschigt versteigt sich sogar zu der Äußerung, im Interesse der Käufer sei es notwendig, das dänische Fleisch nicht mehr zu verkaufen. Ich weiß nicht, ob Herr Loeschigt das dänische Fleisch so genau kennt, aber ich glaube kaum, daß es schlechter ist als das Rindfleisch, welches von hiesigen Schlachtermeistern verkauft wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch heute noch Fleischnot vorhanden ist. In dem heutigen amtlichen Blatte veröffentlicht das Herzogliche statistische Amt das Ergebnis der letzten Viehzählung im Herzogtum Braunschweig. Darnach hat sich ein so gewaltiger Rückgang an Schweinen im Herzogtum herausgestellt, daß wir meiner festen Überzeugung nach im nächsten Winter mit einer erheblich schärferen Fleischnot zu kämpfen haben werden als früher. Im vorigen Winter fehlte nur Rindfleisch, aber jetzt sind annähernd 16 000 Schweine weniger gezählt worden als am 2. Dezember vorigen Jahres; das sind beinahe 7 Prozent weniger. Wie man angesichts solcher Tatsachen dazu auffordern kann, den Fleischverkauf durch die Stadt aufzuheben, das verstehe ich nicht. Ich erkenne nicht, daß Herr Diedmann als Fleischermeister ein Interesse daran hat, dagegen zu sein; bei ihm kommt das Standesinteresse mit in Frage. Wir haben von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu handeln, und von diesen aus würde ich es außerordentlich bedauern — im Interesse der Käufer, Herr Loeschigt — wenn die Stadt sich des Fleischverkaufs enthalten würde. Den Vorteil hat der dänische Fleischverkauf durch die Stadt doch gehabt, daß die Fleischpreise nicht eine Höhe bekommen haben, die sie erreicht hätten, wenn die Stadt nicht eingetreten wäre. Wir haben alle Ursache, den Fleischverkauf so lange beizubehalten, wie die Fleischnot besteht, damit die Fleischpreise, insbesondere für die ärmere Bevölkerung, nicht eine Höhe erreichen, die noch unerschwinglicher sind als die heutigen.

Stadtv. Voelshigt: Ich habe mich im allgemeinen zu der Sache geäußert und muß dabei bleiben, daß es im Interesse der Käufer liegt, wenn dänisches Fleisch wie das der letzten Sendung nicht mehr verkauft wird. Ich habe von meinen Arbeitern gehört, daß sie lieber ein halbes Pfund Fleisch von einem Fleischermeister kaufen wollen als ein Pfund dänisches Fleisch. Diejenigen müssen doch bei der Beurteilung maßgebend sein, die das Fleisch gekauft haben. Ich habe kein dänisches Fleisch gekauft, weil es für mich nicht berechnet ist. Es heißt sowieso: „Es holen andere das Fleisch, die nicht hingehören,“ und auch ich bin überzeugt, daß das meiste dänische Fleisch nicht die Klasse bekommt, die es eigentlich haben soll. (Sehr richtig!) Das weiß ich von Leuten, die davon genauer Bescheid wissen als ich; von Sachverständigen ist mir gesagt, daß das dänische Fleisch, wie es in der letzten Zeit verkauft ist, im Verhältnis zu seinem Wert und bei den für dasselbe gewährten Vergünstigungen zu teuer ist. Des Pudels Kern liegt in etwas anderem. Ich bin seinerzeit dafür gewesen, daß lebendes Vieh eingeführt werden sollte. Was fehlt denn dem kleinen Mann bei den 28 Stück Rindvieh, wie sie jetzt hier verkauft sind? Das ist der Abschlagn, das Kopffleisch und Beinfleisch — das ist sehr wichtig —, nicht aber das Fleisch, welches von dänischer Seite geliefert wird. Ich bin nicht Fachmann genug, aber Sie sehen, daß ich mich erkundigt habe. Wenn das lebende Vieh weiter eingeführt wäre und in der Größe, wie es sich gehört, dann hätten wir heute besseres Fleisch, und die Fleischpreise wären vielleicht eher gedrückt. Ich habe meine Ansichten nicht vorgebracht aus Standesinteressen, denn ich gehöre nicht zu den Schlachtern, sondern nur von allgemeinen Wünschen gesprochen, und die möge man berücksichtigen. Im übrigen werde ich bei der Abrechnung über die dänischen Fleischlieferungen auch meine Berechnung aufstellen.

Vorsitzender: Herr Diedmann hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Einföhrung des dänischen Fleisches aufzuheben und den Standinhabern zu gestatten, nach Schluß der Markthalle das Fleisch in den Sommermonaten in die Kfhlhalle einbringen zu dürfen.“

Dieser Antrag hängt nur lose mit dem Antrage, der zur Beratung steht, zusammen und geht weit über dessen Inhalt hinaus. Ich möchte empfehlen, den Antrag jetzt nicht zu verfolgen; er bedarf meiner Meinung nach vorher der Kommissionsberatung.

Stadtv. Ahmann: Der Antrag des auswärtigen Fleischermeisters geht auf Verlängerung der Einföhrungszeit für Fleischwaren in die Markthalle. Insofern es sich in der Debatte um die Reichwerlichkeiten bei Empfangnahme des Fleisches in der Kfhlhalle handelte, hat meiner Ansicht nach Herr Voelshigt den Nagel auf den Kopf getroffen; er begreift nicht, warum die Fleischerinnung nicht so viel Re-

spekt verlangen kann, daß im Kühlhause und Schlachthause die Sachen so erledigt werden, daß die Schlachter zur rechten Zeit ins Schlachthaus kommen können. Ich kann nicht prüfen, ob die Beschwerden, die Herr Diekmann vorgebracht hat, gerechtfertigt sind. Was uns bei dem vorliegenden Antrage beschäftigt, ist, ob es richtiger wäre, daß die Verkaufsstände der Markthalle um eine Stunde später eröffnet werden. Da waren wir zu der Überzeugung gekommen, daß das im Interesse des kaufenden Publikums nicht zweckdienlich sei. Die Statutenkommission war der Meinung, daß diejenigen, die Waren in die Markthalle einbringen wollen, sich so einrichten müssen, daß sie zur Stelle sind, wenn das kaufende Publikum die Waren wünscht. Die Verwaltung des Schlachthauses und die Schlachthausdeputation werden dafür sorgen, daß die Abfertigung in der Kühlhalle schlanke Weg vor sich geht. Ich bitte, dem Antrage der Kommission stattzugeben: über den vorliegenden Antrag zur Tagesordnung überzugehen und die übrigen noch hineingebrachten Sachen heute davon zu trennen.

Die Versammlung beschließt bezüglich des Antrages des auswärtigen Schlachtermeysters Übergang zur Tagesordnung.

Auf Anfrage des Herrn **Vorsitzenden** wird der Antrag Diekmann genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

Vorsitzender: Es ist eine Anzahl Anträge eingegangen. Zunächst ein von Herrn Stadtv. Schulte unterzeichneter Antrag, welcher lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken (Lohnübersicht 1912/13 betreffend, Seite 28, V. städtische Bauverwaltung, A. Tiefbauabteilung und B. Hochbauabteilung): die Stundenlöhne der Arbeiter, welche noch 35 Pfennig betragen, sind auf 40 Pfennig zu erhöhen. Denjenigen Arbeitern, welche bereits 40 Pfennig erhalten, ist der Stundenlohn um 4 Pfennig zu erhöhen.“

Da dieser Antrag einen zur Beratung stehenden Gegenstand betrifft, so wird er im Laufe der heutigen Sitzung bei Punkt 18 (Lohnübersicht) (Punkt 19 dieses Berichts) zur Behandlung kommen. Er bedarf der Unterstützung nicht, sondern kann ohne weiteres, auch ohne Vorberatung durch die Kommission, beraten werden. Ich bitte den Herrn Antragsteller, sich zu geeigneter Zeit zur Begründung zum Wort zu melden.

Ein anderer Antrag ist an erster Stelle unterzeichnet von Herrn Stadtv. Friede:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Anstellung eines Stadtgärtners baldigst in die Wege zu leiten.“

Der Antrag ist genügend unterstützt. Herr Friede wird, wenn es die Zeit erlaubt, nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, den Antrag zu begründen.

Sodann ist eine Anfrage von Herrn Stadtv. B u n g e eingelaufen:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, wie weit das Projekt des Viehhofs gediehen ist?“

Herr Bunge wird ebenfalls nach Schluß der Tagesordnung, wenn noch Zeit vorhanden ist, seine Anfrage begründen können.

Endlich ist ein Antrag eingegangen, in erster Linie unterzeichnet von Herrn Stadtv. S t e i n b r e c h e r:

„Beantrage, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, durch Ortsstatut die Fortbildungsschulpflicht für alle nicht mehr gemeineschulpflichtigen männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren, welche in Braunschweig in einem Handels-, Fabrik- oder Gewerbebetriebe einschließlich der kaufmännischen Unternehmungen als Gehilfsinnen, Lehrlinge, Arbeiterinnen oder als Arbeitsgehilfen und Hausangestellte irgendwelcher Art tätig sind, anzuordnen.“

Auch Herr Steinbrecher wird nachher, wenn es die Zeit gestattet, Gelegenheit haben, diesen Antrag zu begründen.

2. Änderung des Ortsbauplans zwischen Masch- und Pestalozzistraße.

Stadtv. N i e l e: Die Angelegenheit, die dieser Punkt der Tagesordnung behandelt, ist schon verschiedentlich in unserer Sitzung beraten worden, zuerst infolge eines Antrages des Stadtv. Stegmann am 22. Februar 1912, dann infolge eines Antrages des Stadtv. Sander am 16. Januar 1913. Diese Anträge bezweckten, von der Pestalozzistraße nach der Maschstraße hin eine Verbindungsbrücke herzurichten. Es wurde ein Kostenaufschlag aufgestellt, nach dem die Brücke 38 000 .# kosten sollte. Zur Anlegung der Brückenzufahrt war jedoch die Erwerbung des Brendeschen Grundstücks erforderlich, wofür 26 000 .# bezahlt werden sollten. Wegen dieser hohen Forderung wurde das Projekt zu teuer, der Magistrat lehnte unter diesen Umständen den Brückenbau ab, und die Baukommission und auch die Stadtverordnetenversammlung schlossen sich dem an. Um aber für die Zukunft den Bau der Brücke im Auge zu behalten und späteren Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, ist nach dem Antrage Sander ein Teilortsbauplan von der städtischen Bauverwaltung aufgestellt, wie er hier auf der Skizze zu sehen ist. Der Magistrat ersucht, sich mit der Änderung des Ortsbauplans, die dem Entwurf der

Stadtverordnetenversammlung vom 13. März d. J. entspricht, einverstanden zu erklären. Zu einem Brückenbau in dieser Gegend kann erst geschritten werden, nachdem der Ortsbauplan in dieser Weise festgestellt ist, wodurch verhindert wird, daß dem Brückenbau etwas in den Weg gestellt wird. Erst dann können die Verhandlungen weitergehen, und wir kommen schließlich wohl zur Erreichung des gewünschten Zieles. Ich ersuche die Herren namens der Baukommission, den neuen Ortsbauplan zu genehmigen.

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

3. Antrag **Edhardt**: Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Kleinen Exerzierplatze.

Stadtv. **Frühling**: Herr Stadtv. Edhardt und eine Anzahl von andern Herren Stadtverordneten haben beantragt, daß auf dem Kleinen Exerzierplatze eine Bedürfnisanstalt für Frauen errichtet wird, welche während des Spielbetriebes der Mädchenschulen geöffnet ist. Die Baukommission hat sich diesem Antrage angeschlossen und ersucht Sie, ihn dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung beschließt gemäß dem Antrage der Baukommission.

4. Antrag **Kleinknecht**, betr. ausreichende Sprengung der Spielplätze.

Stadtv. **Niese**: Unter dem 29. Mai 1913 ist von einer großen Anzahl Stadtverordneten, an erster Stelle von Herrn Dr. Kleinknecht, der Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge für ausreichende Sprengung der Spielplätze (Kleiner Exerzierplatz, Amalienplatz, Leonhardplatz) behufs Verminderung des Staubes Sorge tragen.“ Die Baukommission hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Antrage beschäftigt. Da der Leonhardplatz vollständig beraust ist, ist eine Verstäubung dieses Platzes nicht zu befürchten, außerdem ist es in der gegenwärtigen Zeit, wo der Himmel für Sprengung sorgt, nicht nötig, dort von seiten der Stadt zu sprengen. Was den Amalienplatz anbelangt, so ist der Magistrat dort nicht untätig gewesen und hat ebenfalls für eine Beraustung des Platzes gesorgt, indem besserer Erdboden aufgetragen ist und regelmäßige Sprengungen vorgenommen sind. Er hat versprochen, hier die nötige Vorsicht obwalten zu lassen, um den Staub zu mindern. Der gefährlichste Platz ist der Kleine Exerzierplatz, der besonders an der Seite nach dem Kirchhof zu, wo im Winter die Eisbahn angelegt wird, vollständig von Rasen entblößt ist. Da ist die Klage vollständig berechtigt, daß die Spieler durch Staub belästigt werden. Der Magistrat hat auch für diesen Platz die Versicherung abgegeben, daß versucht werden soll, durch Sprengung von den Hydranten aus (was von beiden Seiten des Platzes,

von der Nebenstraße und von der Straße Am Kleinen Exerzierplatze, möglich ist) den Übelstand zu beseitigen.

Auf Grund dieser Erklärung hat der Antragsteller, der in der Sitzung zugegen war, seinen Antrag zurückgezogen. Ich habe namens der Baukommission Übergang zur Tagesordnung zu beantragen.

Dem Antrage der Kommission wird entsprochen.

5. Antrag eines Sportvereins auf Überlassung von Terrain zur Anlage eines Spielplatzes.

Stadt v. **Frühling**: Der Verein „Sportsfreunde Braunschweig“, unterschrieben Reumede, Maienstraße 14, ersucht die Stadtverordnetenversammlung, ihm ein Stück Land in Größe von 120×80 m gegen Pacht zu beschaffen, damit er dort seinen Sport ausüben kann. Die Versammlung ist dazu natürlich nicht imstande. Die Baukommission beantragt jedoch, diese Eingabe dem Magistrat zu überweisen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Baukommission.

6. Veränderung der Fluchtlinie für die Stiftsgasse.

Stadt v. **Frühling**: Die Fluchtlinie der Stiftsgasse ist seinerzeit von den Herren festgestellt, wie es in dem obersten der ausgehängten Pläne verzeichnet ist. Sie war festgelegt auf Grund eines Bebauungsplanes der städtischen Bauverwaltung. Es hat sich aber herausgestellt, daß hierdurch die anliegenden Grundstücke in ungünstiger Weise angeschlossen werden, und daß es besser ist, die alten Grenzen beizubehalten, wie sie durch den unten hängenden Plan bezeichnet sind. Die Baukommission schlägt vor, diesen geänderten Plan zu genehmigen.

Stadt v. **Almann**: Wer den Plan ansieht, muß sich sagen, daß durch Anlegung dieser Straße, Gasse genannt, doch kaum den früher wiederholt geäußerten Wünschen und der ersten Anregung zur Durchquerung dieses Stadtviertels Rechnung getragen wird. Gerade die Einführung der Stiftsgasse von dem Platze Hintern Brüdern her ist reichlich schmal und gefährlich, und im ganzen wird die Gasse überhaupt zu schmal. Ich bedaure das unendlich und möchte bitten zu erwägen, ob die Straße nicht breiter angelegt werden kann. Es ist ja, wenn ich mich recht erinnere, früher betont worden, die Straße würde dadurch reichlich teuer werden. Wenn aber erreicht werden soll, daß die Straße später durch das ganze Häuserviertel durchgeführt wird, dann wird man zugeben müssen, daß wir hierbei in der Zukunft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, und daß es zu spät sein wird, mit einer Verbreiterung vorzugehen, wenn erst Neubauten an dieser Straße

errichtet sein sollten. Deshalb möchte ich bitten, zu erwägen, ob nicht die Straße nach Süden zu breiter angelegt werden kann, damit eine gute Zufahrt von der Schützenstraße aus möglich sein wird.

Stadtv. Meyerhoff: Ich will auf das Projekt selbst nicht näher eingehen, sondern etwas anderes erwähnen. Ich habe nicht erfahren können, wie man mit einem Male zu dem Namen „Gasse“ gekommen ist. Bis jetzt hieß es bei uns „Straße“, auch wenn die Wege schmal waren. Wir hatten auch „Tweten“, aber der Name Gasse kommt bei uns nicht vor. Er macht einen unangenehmen Eindruck, und ich möchte bitten, die Straße ebenso wie andere städtische Straßen „Stiftsstraße“ zu nennen.

Bürgermeister Meyer: Ich möchte bitten, den vorgelegten Teilortsbauplan in der Weise anzunehmen, wie er Ihnen jetzt unterbreitet ist. Die letzte Magistratsvorlage in dieser Sache sah eine Breite von 10 m vor, und die Herren haben daraufhin beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, nur eine Breite von 8 m für die Straße in Aussicht zu nehmen. Lediglich auf Wunsch der Herren Stadtverordneten ist Ihnen diese Vorlage, die eine Breite von 8 m vorsieht, unterbreitet. Eine Änderung der Ausmündung nach der Straße Hintern Brüdern zu ist nicht vorgenommen, geändert ist lediglich der mittlere Teil der Straße und die Ausmündung nach der Langenstraße zu. Ich bitte, die Sache zu Ende zu bringen und an dem Beschlusse, den Sie früher gefaßt haben, festzuhalten, weil sonst die ganze Frage der Verbindungsstraße aufs neue aufgerollt wird.

Stadtv. Frühling: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das, was Herr Ahmann vorbringt, nicht gegen das vorliegende Projekt sich richtet, sondern gegen den Beschluß, den wir früher gefaßt haben. Ich glaube, nachdem wir erst vor kurzem unsern Beschluß gefaßt haben, werden die Herren nicht geneigt sein, in eine neue Debatte über die Anlage der Stiftsgasse einzutreten. Deshalb kann ich mich wohl in meinen Ausführungen auf diese paar Worte beschränken.

Stadtv. Ahmann: Es sind Ansichtssachen, ob man die Straßenbreite für genügend hält. Meine Freunde und ich sind immer der Meinung gewesen und von Herrn Riefe ist die Anregung dazu ausgegangen, die Straße in etwas größerer Breite auszuführen. Wenn man in der Minorität bleibt, kann man immer wieder versuchen, seinen Wünschen entsprechend die Beschlußfassung zu beeinflussen. Es wird jeder zugeben, daß mit einer Straßenbreite von 8 m das, was früher erstrebt wurde, nicht erreicht werden kann. Es war die Absicht, von der Schützenstraße aus eine Durchfahrt nach dem Norden zu anzu-legen und Licht und Luft in das dort liegende Stadtviertel hineinzuschaffen. Wir haben seinerzeit verschiedene Ideen über die Ausführung gehört; man hat auch das

Gänge zubauen und einen Torweg à la Sedanbazar schaffen wollen. Das ist jedes einzelnen eigene Sache, wie er sich die Ausführung denkt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eine Verbreiterung der Straße eine dringende Notwendigkeit ist, damit wir nicht in späteren Jahren mit viel größeren Kosten derartige Dinge erst noch schaffen müssen.

Stadtv. Edhardt: Die Ausführungen des Herrn Ahmann möchte ich unterstützen. Wenn man sich die Zeichnung, wie sie vorliegt, ansieht, dann ist wohl einzusehen, daß die Straße zu eng wird. Eine Verbreiterung in der Weise, wie sie Herr Ahmann vorgeschlagen hat, halte ich auch für dringend nötig.

Vorsigender: Ein Antrag ist bisher nicht gestellt, auch von Herrn Ahmann noch nicht.

Stadtv. Loeschigt: Wir waren seinerzeit froh, daß wir an dieser Stelle überhaupt dazu kamen, einen Durchbruch zu bekommen. Sie wissen, wie wir uns bemüht haben, die Straße durch die „Eule“ gehen zu lassen, und ich möchte daran erinnern, daß uns diese schmale Straße schon 120 000 M kostet. Wenn wir jetzt den Antrag annehmen, daß die Straße breiter angelegt werden soll, dann wird die Sache wieder verzögert. Nebenbei gesagt, ist diese neue Straße ebenso breit wie die Langestraße, und sie kann auch von der Langenstraße aus weitergeführt werden. Darum möchte ich bitten, die Anlage der Straße erst einmal so anzunehmen, wie sie jetzt projektiert ist.

Vorsigender: Stellt Herr Ahmann einen Antrag, so muß er doch wohl durch eine Kommission vorberaten werden, ehe darüber beschlossen wird.

Stadtv. Sander: Nach meiner Meinung ist der Antrag Ahmann erledigt, wenn der Antrag der Kommission angenommen wird.

Stadtv. Ahmann: Dann möchte ich beantragen, daß wir das vorliegende Projekt an die Kommission zurückverweisen.

Stadtv. Frühling: Wenn Sie den Kommissionsantrag ablehnen, dann bleibt es bei unserem früheren Beschluß, daß die gebogene Straße zur Ortsstraße erklärt wird. Heute wird nur beantragt, daß Sie den früher gefaßten Beschluß insofern ändern, daß Sie eine kleine Änderung in der Biegung der Straße beschließen. Näher auf die Sache einzugehen, erübrigt sich, denn es ist ja schon alles Nötige erörtert, als die Herren die frühere Vorlage genehmigt haben. Wir können doch nicht immer wieder vorbringen, was wir schon erörtert haben.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Herr Berichterstatter hat recht: Wenn wir die Änderung, die die Kommission wünscht, ablehnen, dann bleibt es beim alten. Aber daß

das Alte nicht über jede Kritik erhaben ist, geht schon aus der Magistratsvorlage hervor, denn durch sie wird eine Änderung gewünscht. Nun ist durch den Antrag **Abmann** angeregt, zu prüfen: „Welche Änderung ist wünschenswert?“, und da der Herr Vorsitzende hervorgehoben hat, daß wir heute zu einer weitergehenden Änderung nicht Stellung nehmen können, so bleibt nichts übrig, als zu sagen: Es müssen beide Anträge — der der Kommission und der des Herrn **Abmann** — an die Kommission zurückverwiesen werden, damit die Sache weiter erörtert werden kann. Die Mehrheit, die damals sich für die bisherige Festlegung entschieden hat, ist ja glücklicherweise heute nicht mehr da.

Bürgermeister Meyer: Es scheint ein Irrtum bezüglich der Vorlage vorzuherrschen. Die Vorlage stützt sich auf eine vorliegende Beschlußfassung der städtischen Behörden. Abweichend davon ist der Antrag **Abmann**; mit seiner Annahme würde die Vorlage abgelehnt werden, und der Magistrat würde eine neue Vorlage machen müssen, die zum Gegenstande hat, die Straße in einer Breite von 10 m herzustellen.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Aufklärung über folgenden Punkt: Der Antrag **Abmann** geht auf eine Festsetzung der Breite der Straße von 10 m. Ist über diese Breite schon ein Beschluß gefaßt?

Stadtv. Frühlings: Über die Frage, ob die Straße 10 oder 8 m breit sein soll, ist in einer früheren Sitzung ein Beschluß gefaßt, daß die Breite 8 m sein soll. Wenn von neuem beantragt wird, die Straße auf 10 m Breite festzusetzen, dann ist meiner Ansicht nach von neuem die ganze Frage wieder aufgerollt. Es besteht gegen einen solchen Beschluß allerdings kein Bedenken; die Breite einer Straße kann jederzeit durch den Ortsbauplan geändert werden. Augenblicklich steht nur die Begradigung der Straße und nicht ihre Festsetzung auf 8 m Breite zur Beschlußfassung. Wenn Sie weitere Änderungen wünschen, müssen neue Anträge eingebracht werden.

Vorsitzender: Herr **Abmann** hat den Antrag eingereicht:

„Beauftrage, die Straßenbreite der Stiftsgasse auf 10 m wieder festzusetzen.“

Ich werde zunächst den Antrag der Baukommission zur Beschlußfassung stellen und, falls dieser angenommen wird, hiernach noch den Antrag **Abmann** zur Abstimmung bringen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bitte vorweg, den Antrag **Abmann** auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission zur Abstimmung zu bringen. Es soll an der Straße geändert werden, und es fragt sich nur, wie. Das mag zunächst die Kommission entscheiden.

Stadtv. Frühling: Ich muß meine letzten Ausführungen erweitern. Wenn Sie den Kommissionsantrag annehmen, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß bei einem neuen Antrage die Straße auf 10 m verbreitert wird. Deshalb empfiehlt es sich, die jetzt empfohlene Begradigung der Straße erst einmal anzunehmen und nachher den Antrag auf Verbreiterung zur Abstimmung zu bringen.

Für den Antrag auf Zurückverweisung der gesamten Materie an die Baukommission stimmen 14 von 32 Stadtverordneten; er ist damit abgelehnt. Der Antrag der Baukommission wird mit 17 Stimmen angenommen, der Antrag Pfmann auf Verbreiterung der Straße ebenfalls mit 17 Stimmen. Dieser Antrag wird vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

7. Antrag Jasper über die Arbeitsverhältnisse der Desinfektoren.

Stadtv. Voeshigt: Der Antrag Jasper lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Desinfektoren einer Nachprüfung zu unterziehen, die Löhne zu erhöhen, mehr Ruhezeit zu gewähren und die Behandlung anders zu gestalten.“ Der Antrag hat der Finanzkommission zur Beratung vorgelegen. Sie ist mit dem von dem Antragsteller an erster Stelle Gewünschten, die Arbeitsverhältnisse der Desinfektoren einer Nachprüfung zu unterziehen, einverstanden, ferner damit, daß die Löhne heute bei Punkt 18 (siehe Punkt 19 dieses Berichts, Lohnübersicht) besprochen werden, die Besprechung der beiden anderen Punkte aber möchte ausgesetzt werden, bis der Magistrat nähere Mitteilung gemacht hat. Ich bitte die Herren, dem Beschluß der Finanzkommission zuzustimmen, daß so verfahren wird.

Die Versammlung ist mit dieser Behandlung des Antrages einverstanden.

8. Antrag Diedmann auf Zustandsetzung und Neuanlage von Reitwegen.

Stadtv. Sander: Der Antrag Diedmann lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Reitwege zu schaffen und zu diesem Zwecke:

1. Die Fortsetzung des Weges jenseits der kleinen Brücke im Märgelpark bis zum Elektrizitätswerk als Reitweg auszubauen und auf diesem Wege das Verbot, nur im Schritt zu reiten, aufzuheben.

2. Die zur Hennebergstraße führende Brücke, welche fast glatt zementiert ist, mit querlaufenden Rillen behauen zu lassen, damit die Pferde mehr Halt haben, oder aber die Brücke jeden Morgen früh mit Graud bestreuen zu lassen.

3. Den an Biemwegs Garten entlang führenden Sommerweg instand setzen zu lassen, damit dieser lediglich als Reitweg zu benutzen ist, und diesen Weg als solchen auf der linken Seite fortzuführen bis zur Helmstedterstraße.

4. Den von der Helmstedterstraße abzweigenden Riddagshäuserweg auf der rechten Seite als Reitweg einzurichten und später links fortzuführen bis zum Prinz-Albrecht-Park.

5. Auf dem Bültenweg eine Seite als Reitweg einzurichten, und zwar vom Kleinen Exerzierplatz bis zum Bienroderweg, und bis zur Stadtgrenze den bereits bestehenden Reitweg in Ordnung zu halten.

6. Die Bordsteine des Reitweges am Kleinen Exerzierplatz beseitigen zu lassen.

Bei der Vorberatung in der Baukommission ist der Punkt 1 von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen.

In dem Punkt 2 handelt es sich um eine Holzbrücke, die mit Zementplatten belegt ist, die sogenannte Heubridge. Es wurden in der Kommission Bedenken laut, daß sie die gewünschte Behandlung nicht vertragen könne. Nachdem aber von dem Herrn Antragsteller bemerkt war, daß die Rillen nur sehr wenig tief zu sein brauchen, wodurch der Plattenbelag voraussichtlich nicht zerstört werden würde, wurde beschlossen, zu empfehlen, einen Versuch mit Anbringung der Rillen machen zu lassen, also Berücksichtigung dieses Punktes zu empfehlen.

Bei Punkt 3 hat der Herr Antragsteller in dem ersten Teil das Wort „lediglich“ zurückgezogen, und die Baukommission war der Meinung, daß es nicht unbedenklich sei, wenn die den Reitsport liebenden Herren wünschen, auf einem guten Verbindungswege zur Außenstadt zu kommen. So war die Baukommission damit einverstanden, daß die sogenannten Sommerwege, soweit sie verbesserungsfähig seien, den Wünschen des Antragstellers bzw. des Reitervereins entsprechend hergerichtet werden. Auch der Magistratsvertreter stand auf diesem Standpunkte, und er glaubt versprechen zu können, daß die Wege entsprechend hergerichtet werden.

Bei dem 2. Teile des Punktes 3 führte der Magistratsvertreter aus, daß es vorläufig nicht wirtschaftlich richtig sein würde, den Weg als Reitweg bis zur Helmstedterstraße fortzuführen, solange die Bahnhofsfraße noch nicht geklärt sei, so daß man sagen könne, wie die Wege später geführt würden. Gerade dieser Weg würde bei dem Neubau des Bahnhofs stark berührt werden. Es wurde aber von dem Magistratsvertreter zugesagt, bei Neubau oder Ausbau dieser Straße die Wünsche der Reiter tunlichst zu berücksichtigen. Auch die Baukommission erkannte an, daß es augenblicklich nicht möglich sei, eine Veränderung vorzunehmen, und bittet, diesen Teil des Punktes 3 abzulehnen.

Gegen Punkt 4 wurden in der Kommission Bedenken laut. Der Weg ist jetzt ganz und gar mit Kleinpflaster befestigt. Wenn man dem Wunsche folgen wollte, würde er aufgerissen und neu gepflastert werden müssen, weil bei dem Kleinpflaster eine gewisse Wölbung vorhanden sein muß, um eine Spannung zu haben, damit das Kleinpflaster festliegt. Die Baukommission war demnach der Meinung, daß es zur Zeit nicht anging sei, die vor kurzem hergerichtete Straße mit einem Reitwege zu versehen, bei einem späteren Umbau oder bei einer Veränderung der Straße solle jedoch auch dieser Wunsch berücksichtigt werden. An der Stelle, wo das Kleinpflaster aufhört, ist schon jetzt ein Sommerweg, und dieser soll den Wünschen der Reiter entsprechend hergerichtet werden. Es wird also den Herren empfohlen, den Punkt 4, soweit Kleinpflaster vorhanden ist, abzulehnen, den weitergehenden Sommerweg jedoch in einen Zustand zu setzen, der den Wünschen des Reitervereins entspricht.

Den Punkt 5, betreffend den Büldenweg, empfiehlt die Baukommission dem Magistrat zur Berücksichtigung.

Auch Punkt 6 empfiehlt die Baukommission zur Berücksichtigung, und zwar aus dem Grunde, weil festgestellt ist, daß der Weg am Kleinen Exerzierplatze in der jetzigen Richtung als Reitweg unbrauchbar ist. Es ist ein ganz schmaler Weg, eingefast mit Bordsteinen, neben dem der Radfahrweg einherläuft. Besonders wenn sich zwei Reiter begegnen, und wenn ein Radfahrer daherkommt, so sind alle drei auf dem Wege gefährdet.

Vorsitzender (wiederholt die Anträge der Baukommission).

Stadtv. Mohr: Zunächst möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, daß Punkt 1 fallen gelassen ist, denn einen Reitweg durch den Bürgerpark zu legen — wir haben schon früher darüber gesprochen — ist meiner Ansicht nach ein Unding. Wir haben es hier nicht mit einem sogenannten Wildpark, sondern mit einem Tierpark zu tun, und dahinein gehören unsere Bürger, aber nicht Reiter, die die Fußgänger unter Umständen in Gefahr bringen.

Punkt 2 behandelt den Weg über die Denbrücke, und da muß ich sagen, daß dieser Weg, wenn es Winter ist, nicht nur für Pferde und Reiter, sondern auch für Fußgänger gefährlich ist. Der Bogen ist so hoch und steil, daß bei Glätte oder bei Schladerwetter diese Brücke nicht ohne Gefahr zu passieren ist. Deshalb würde ich mich freuen, wenn sie in der gewünschten Weise hergerichtet wird, meinetwegen auch für die Reiter.

Mit dem Punkt 3 könnte ich mich einverstanden erklären. Der Weg an Riewegs Garten ist jetzt schon Reitweg und ist es auch in der Verlängerung an der Seite des Landgestüts. Sollten die Herren aber wünschen, den Reitweg schon

von der Ottmerstraße an auf der anderen Seite angelegt zu sehen, so halte ich das für vollständig unnötig, denn es ist nur ein kleiner Übergang von dem rechtsseitig liegenden Reitweg nach dem Landgestüt zu. Daß an eine Verlängerung dieses Reitweges auf der Helmstedterstraße nicht gedacht werden kann, ist selbstverständlich, denn es muß erst abgewartet werden, in welchem Niveau die Helmstedterstraße hinaufgeht, wenn die Bahnhofsanlage fertig ist.

Dem Punkt 5 würde ich zustimmen, und ich tue das schon aus dem Grunde, um die Herren Reiter dahin zu bringen, wo sie genügend Platz haben: in das Querner Holz, wo Reitwege in genügender Anzahl vorhanden sind.

Zuletzt kommt die Beseitigung der Bordsteine am Kleinen Exerzierplatze. Obwohl ich kein Reiter bin, kann ich es den Reitern nachfühlen, wie wenig geeignet dieser Weg für sie ist, wenn das Pferd ein klein wenig vom Wege abweicht, oder wenn ein Radfahrer an ihnen vorbeikommt. Auch diesem Punkte werde ich zustimmen.

Stadtv. **Schmidt:** Soweit es sich um Verkehrserleichterungen oder Verbesserungen handelt, werden derartige Anträge immer die Mehrheit des Hauses finden; doch bin ich der Meinung, wenn diese Anträge nach dem Vorschlage der Kommission dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung empfohlen werden, so erscheint das einseitig, indem dabei auch die Radfahrer bedacht werden müßten. Wir haben wohl eine Radfahrordnung, nach der es heißt „rechts fahren“, aber oftmals weiß der Radfahrer nicht, wo er bleiben soll. Wenn die Wünsche des Reitervereins für den Weg an Biewegs Garten, an der Helmstedterstraße, am Riddagshäuserwege Berücksichtigung erfahren, was wird dann aus den anderen? Es erscheint ratsam, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß bei kommenden Straßenbauten auch Radfahrwege neben den Reitwegen mit eingeschaltet werden. Die Bordkante neben dem Reitweg am Kleinen Exerzierplatz mag allerdings sehr unbequem für die Reiter sein. Aber wie die Dinge heute liegen, so würde, wenn der Kopf dieses Steinsockels weggenommen wird, Gefahr für den schmalen Radfahrweg vorliegen. Nebenbei gesagt, ist dieser in jämmerlichem Zustande: Die oberste Schicht Teer ist abgebröckelt, und kleine Steinchen aus dem Reitwege liegen jetzt auf ihm, so daß es später tatsächlich ein Kiesweg werden würde. Auf irgendeine Art und Weise müßte dafür Sorge getragen werden, daß der einmal als Radfahrweg angelegte Weg im Stande gehalten wird und keinen Schaden erfährt. Bei den außerstädtischen Straßen können die Reiter die rechte Seite innehalten, besonders bei den Promenaden. Die Herzogliche Landesregierung aber tut wenig für Anlage der Reit- und Radfahrwege, das sehen wir besonders bei dem Inselwall und der Petritorpromenade. Die ganze Straße bis zur Neustadtmühle ist ungefähr wie ein Kofferdeckel im Bogen gehalten, rechts und links läuft das Wasser herunter. Wenn Reiter und

Radfahrer sich dort begegnen, dann muß der Radfahrer im Sumpfe umherfahren. Das ist auch ein unhaltbarer Zustand. Deshalb glaube ich, die Anregung geben zu sollen, daß nicht allein auf die Wünsche des Reitervereins hin die Reitwege in Ordnung gehalten und für ihre Ausgestaltung Sorge getragen werden möge, sondern nebenbei auch die Radfahrwege mit berücksichtigt werden.

Stadtv. Lauer: Ich glaube, es hätte in Sportkreisen sehr angenehm berührt, wenn der gesamte Antrag des Herrn Diekmann angenommen wäre. Es ist in der Stadtverordnetenitzung bisher wohl keine Frage so stiefmütterlich behandelt worden, als gerade die der Reitwegangelegenheiten. Sooft sie auf der Tagesordnung gestanden haben, haben sie auch eine Abfuhr erfahren. Wenn man sich eingehend mit der Frage der Reitwege beschäftigt, so findet man sehr bald, daß es sich doch in der Tat um eine Angelegenheit handelt, die in Wirklichkeit viel, viel wichtiger ist, als es den Fernstehenden bei oberflächlicher Betrachtung scheint. In anderen Orten hält mit dem Emporblühen der Stadt auch die Errichtung von Reitwegen gleichen Schritt, in Braunschweig ist das anders. Es trifft hier merkwürdigerweise zu, daß man große Kosten aufgewandt hat, um einst vorhandene Reitwege zu beseitigen. Früher ging rings um die ganze Stadt ein prachtvoller Reitweg. Der ist verschwunden, und ebenso ist der Reitweg auf der Wolfenbüttelerstraße längst verschwunden. Speziell die Entfernung dieses letzteren Reitweges hat dem Reissport ohne Frage großen Schaden zugefügt, denn früher waren die Verhältnisse doch so, daß man von dem Reitinstitut auf der Wallstraße in wenigen Minuten gleich beim Beginn der Wolfenbüttelerstraße den Reitweg erreichen konnte. Heute ist der Reiter dazu verdammt, auf schlechtem Pflaster bis nach Richmond im Schritt reiten zu müssen. Gerade der Reitweg auf der Wolfenbüttelerstraße war insofern von großer Wichtigkeit, weil es dem Reiter dadurch möglich war, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus der Stadt ins Freie kommen zu können, was ein sehr wesentliches Moment ist. Sollte es nicht möglich sein, den Reitweg im Bürgerparke zu bekommen, dann würde es sich empfehlen, den Reitweg auf der Wolfenbüttelerstraße wiederherzustellen, und zwar auf dem Teil der Straße, der den Radfahrwegen gegenüberliegt. Das dürfte um so leichter zu ermöglichen sein, als dieser Straßenteil in Wirklichkeit jetzt nicht benutzt wird. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so geht Braunschweig in seiner Entwicklung einer neuen Morgenröte entgegen, ich meine durch den wahrscheinlich bevorstehenden Regierungswechsel. Ohne irgendwie daran zu denken, die Tätigkeit unseres gegenwärtigen Regenten schmälern zu wollen, glaube ich doch, daß Braunschweig durch diesen Regierungswechsel einen bedeutenden Aufschwung zu erwarten hat, wenn es den Ansprüchen dieser Aenderung Rechnung trägt. Unser zukünftiger Herzog, der Prinz Ernst August, ist bekanntlich ein sehr eifriger Reiter, und nicht minder ist seine hohe Gemahlin ebenfalls eifrige Reiterin. Wenn man

nun fragt: Wie steht es mit einer Reitgelegenheit für diese hohen Herrschaften, so kann man nur konstatieren, daß die Sache hier, das Schloß als Ausgangspunkt betrachtet, noch viel schlechter liegt, als beim Ausritt vom hiesigen Reitinstitut. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob der mittlere Fußweg der Kaiser-Wilhelmstraße resp. der linke Straßenstreifen nicht in einen Reitweg umgewandelt und gleichzeitig neben diesem noch ein Radfahrweg nebenhergeführt werden könnte. Würden dann zwischen den Bäumen Girlanden gezogen, so würde das an den Längsseiten einen Abschluß von dem übrigen Straßenverkehr bilden und einen sehr schönen Anblick gewähren. Als seinerzeit Seine Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen häufig von Braunschweig fern war, hat sich das Braunschweiger Publikum deswegen sehr ungehalten gezeigt. Schaffen wir also Gelegenheit, daß der zukünftige Herzog nicht auch gezwungen ist, Gelegenheit zur Ausübung des Reitsports anderwärts zu suchen, die er in Braunschweig vermissen wird.

In Betracht kommt ferner, daß von der Friedrich-Wilhelmstraße aus demnächst ein großer Straßenbau vorgenommen werden wird. Es wäre wünschenswert, daß schon heute Rücksicht darauf genommen wird, daß auf diesem Terrain für Reitwege gesorgt wird. Ich verweise in dieser Beziehung auf Hannover und Magdeburg. Die Anstrengungen, die diese Konkurrenzstädte von Braunschweig machen, sollten uns Fingerzeige geben, in dieser Sportfrage ebenfalls zu folgen. Es handelt sich nicht allein um die Förderung des Verkehrs, es handelt sich auch darum, steuerkräftiges Publikum nach Braunschweig zu ziehen.

Zu wünschen wäre ferner noch, daß die bis jetzt bestehenden Reitwege besser in Ordnung gehalten werden. Die Reitwege befinden sich jetzt teilweise in einem skandalösen Zustande. Es wäre nötig, daß die entsprechenden Wärter Anweisung bekommen, daß grober Unrat, der sich in den Reitwegen einstellt, regelmäßig beseitigt wird. Sehr zu begrüßen wäre es, wenn in dieser Frage, die so oft in unserm Stadtverordnetensaale unter den Tisch gefallen ist, die Rückständigkeit in Braunschweig aufhörte und die Hindernisse, die dauernd dem Reitsport in den Weg gelegt sind, endlich beseitigt würden.

Vorsigender: Herr Stadtv. Lauer hat einen recht kräftigen Ausdruck gewählt. Ich möchte bitten, von solchen in Zukunft Abstand zu nehmen.

Stadtv. Ohlendorf: Herr Stadtv. Lauer sagte, diese Frage wäre von uns stiefmütterlich behandelt. Wir müssen doch aber bedenken, daß sehr wenig Herren in der glücklichen Lage sind, diesen teuren Sport treiben zu können. Vor mehreren Jahren waren es 48 Herren in Braunschweig, jetzt mögen es einige wenige mehr sein; genau weiß ich es nicht. In Anbetracht dessen kann man von Bescheidenheit nicht reden, wenn man bedenkt, was verlangt wird, namentlich wenn man berücksichtigt, was Herr Lauer sagt. Ich möchte einige Rehrseiten des Antrages hervor-

heben. Ich glaube, daß diejenigen, die nicht in der glücklichen Lage sind, ein Pferd benutzen zu können, sondern zu Fuß gehen müssen, doch das Recht haben, den durch das Reiten sich entwickelnden Staub sich vom Halse zu halten. Mit Recht würde später in unserer Mitte die Forderung auftreten, daß man diese Reitwege sprengen müßte. Bedenken Sie: Sie gehen nach dem Querumer Holze, dann würden Sie es alle als Belästigung empfinden, wenn mehrere Reiter an Ihnen durchkommen und Sie eine ordentliche Portion Staub einatmen müßten. Das ist bei dieser Frage auch mit zu berücksichtigen, und deshalb wäre es angebracht, daß die Herren nicht zu viel verlangten. Nun sitzt Herr Lauer selbst mit in der Deputation für den Bürgerpark, wenn auch noch nicht allzu lange. Jedenfalls muß er ihn aber so kennen, daß er sich sagen muß, daß im Bürgerpark wirklich nicht von Schaffung von Reitwegen geredet werden kann, denn er ist so klein, daß wohl jeder von uns ihn drei-, viermal größer wünscht. Wo sollen denn die Fußgänger gehen, wenn die Reiter auf den vorhandenen Wegen reiten? Eine Begegnung mit Pferden im Bürgerpark ist doch unliebsam (Zuruf: Ist zurückgezogen und abgelehnt!). Ich habe wohl gehört, daß der Antrag von der Kommission abgelehnt ist, vorläufig ist er aber noch nicht zurückgezogen, jedenfalls hat ihn Herr Lauer befürwortet, und weil er in der Parkdeputation sitzt, habe ich mich darüber gewundert. Soviel ich weiß, ist der Bürgerpark freigegeben für Fuhrwerke, in denen Kranke transportiert werden. Diese Fuhrwerke dürfen nur im Schritt fahren. Ich habe aber leider die Wahrnehmung machen müssen, daß sie auch im Trabe fahren. Das ist auch nicht angenehm für diejenigen, die zu Fuß gehen müssen. Wäre ich in der Lage, zu diesen Herren zu gehören, die den Reitsport pflegen, ich würde gern mit meinem Pferde nach dem Querumer Holze reiten. (Zuruf: Aber wie? Erst hinkommen!) Das wird nicht so schlimm sein, die 10 Minuten reiten Sie bald dahin. Sie berücksichtigen gar nicht die Fußgänger, die den vorhandenen Weg benutzen müssen. Ich möchte den Magistrat bitten, dem diese ganze Sache überwiesen werden soll, im Auge zu behalten, daß nicht eine allzu große Belästigung der Fußgänger und Spaziergänger eintritt. Vor allen Dingen möchte ich bitten, die Brücke im Bürgerpark aus dem Spiel zu lassen, daß dort nicht Reiter passieren dürfen. Ich möchte Aufklärung darüber haben, wie es gekommen ist, daß diese Brücke entsprechend hergerichtet werden soll. Sie liegt im Bürgerpark, ist ein Zugang zu ihm und von einem Teil zum andern. Wenn man das Reiten darüber gestatten will, dann gestattet man überhaupt, daß ein Reitweg im Bürgerpark ist, und dagegen bin ich entschieden.

Stadtv. Riete: Selbstverständlich bin ich dafür, jede Seite zu ihrem Recht kommen zu lassen, aber man mag sich zu der Sache stellen, wie man will, so gehen mir diese Wünsche, die in der Kommission beraten sind, auch zu weit. Bedenken Sie

die steile Brücke im Park. Wenn gestattet sein soll, daß über diese Brücke geritten wird, dann bedaure ich diejenigen, die als Fußgänger hinübergehen. Der Belag der Brücke soll rauh gemacht werden. Die Zementplatten auf der Brücke sind 7 cm stark, und auf ihnen sollen Querrillen hergestellt werden. Ich kann ziemlich gut mit derartigen Sachen fertig werden, aber ich möchte dafür danken, diese Arbeit auszuführen, weil ich nicht dafür einstehen kann, daß die Platten heil bleiben. Ich möchte den Künstler suchen, der das fertig bringt; deshalb möchte ich davon ab-
 raten. Herr Dieckmann will sogar mit einer Klamme darangehen; da möchte ich sehen, wie die Brocken ins Wasser fallen würden. Andererseits wurde vorgeschlagen, die Brücke mit Sand zu bestreuen; dann ist sie doch erst recht gefährlich für die Reiter. Daß die Baukommission abgelehnt hat, den Weg von der Helmstedterstraße nach Bella Vista herzurichten, ist vollständig begründet, das Gelände wird doch erst für den Ostbahnhof freigegeben werden müssen. Dicht vor meinem Hause einen Reitweg zu haben, dafür möchte ich entschieden danken. Wir klagen so schon über Staub und sprengen die Straßen, durch die Reitwege würde die Staubplage noch größer. Wenn es nach Herrn Lauer ginge, dann müßten auch auf dem Ridelnskult und auf der Kaiserstraße Reitwege angelegt werden. Da möchte ich sehen, wo das Sprengen bleiben sollte. Dazu sich zu versteigen, die Kaiser-Wilhelmstraße mitten zwischen den Promenadenwegen mit einem Reitwege und einem Radfahrwege zu versehen, ist wohl ausgeschlossen. Dann müßte man sagen: Braunschweig liegt nicht bei Schöppenstedt, nein, Braunschweig ist Schöppenstedt selber. Auch den Bültzenweg aufzureißen, der den besten, ja den einzigen Zugang zum Querumer Holze bildet, und auf dem sich viele Spaziergänger bewegen, dazu könnte ich mich nicht verstehen. Wichtig ist es, wenn man die Forderung so einschränkt: Wir wollen nicht nur Reitwege, sondern wollen Reit- und Sommerwege haben. Wo diese vorhanden sind, da ist es vollständig berechtigt, wenn von den Antragstellern verlangt wird, daß sie instand gesetzt werden. Einer solchen Forderung kann Rechnung getragen werden. Dieses Väterdutzend von Braunschweiger Einwohnern hat allerdings Rechte, aber nicht mehr als andere Einwohner auch. Wenn wir in gesundheitlicher Beziehung noch viel tun müßten, so wäre es richtig, wenn wir der größten Masse des Volkes dabei Rechnung tragen. Man kann jedoch auch den anderen entgegenkommen, und auf diesen Standpunkt hat sich auch die Baukommission gestellt, aber weitere Zusicherungen sind keineswegs am Platze. Den Bürgerpark mit Reitwegen zu verunzieren, dafür bin ich keineswegs zu haben. So viel steht fest, daß er dazu überhaupt nicht ausreicht. Ich meine, an Sonntagen, wo die Masse des Volkes Zeit zum Spaziergehen hat, da hat man schon genug an dem Stank und dem Stäuben der Automobile und der anderen Fuhrwerke und Reiter dazu. Wenn man da im Bürgerpark noch Reitwege anlegte, so käme man vom Regen in die Traufe. Deshalb kann ich mich diesen beiden Anträgen nicht anschließen, sondern nur so

weit für den Antrag stimmen, daß die vorhandenen Sommerwege erweitert werden, aber keinesfalls die Wolfenbüttelerstraße wieder aufgerissen und dort ein Reitweg eingerichtet wird. Von diesem Standpunkte aus stimme ich dem Antrage in beschränktem Maße zu.

Stadtv. Loeßhigt: Die Sache hat nun schon viel Staub aufgewirbelt. Ich stehe auf dem Standpunkte: Wir dürfen die Entwicklung der Stadt nicht aufhalten, und die Herren Reiter werden auch mit dem zufrieden sein, was die Kommission bietet: Wenn sie vor das Tor kommen, dürfen sie Trab reiten und erst draußen im Galopp. Von der Brücke im Bürgerpark muß ich sagen: Es sind über sie unsere schweren Abfuhrwagen gefahren, deshalb muß sie auch so haltbar sein, daß Reiter darüber kommen können. Aus dem ganzen Antrage sehen Sie, daß den Reitern daran liegt, so schnell wie möglich auf Reitwegen aus der Stadt zu kommen, selbst auf die Gefahr hin, die nach Herrn Riefe darin besteht, diese Brücke zu passieren. — Mit der Behandlung des Punktes 3 kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. An dem Landgestüt wäre meines Erachtens die Chaussee mit weniger Unkosten in einen Reitweg umzuwandeln, indem man das Matadampflaster aufrodet und Sand hinstreut. Mit ein wenig Entgegenkommen wäre das wohl möglich. — Ganz entschieden freue ich mich über den Antrag, betreffend den Kleinen Exerzierplatz. Herr Schmidt sagt selbst, daß durch das Reiten kleine Steine auf den Radfahrweg geworfen werden. Aus diesem Grunde und auch um deswillen, daß die größte Gefahr vorliegt, wenn Reiter und Radfahrer sich begegnen, möchte ich bitten, daß man diese beiden Wege trennt. Im übrigen bitte ich, was aus der Kommission herausgekommen ist, zu bewilligen.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Lauer hat seine Wünsche damit begründet, daß die Interessen der höchsten Herrschaften, die künftig einmal kommen sollen, in irgendeiner Weise für unsere Beschlußfassung maßgebend sein sollen. Ich glaube, davon kann doch wohl keine Rede sein. Es sind diese Herrschaften, glaube ich, vom monarchischen Standpunkte aus, nicht zweckmäßig in die Debatte hineingezogen, wo in Braunschweig die Verhältnisse so ganz eigenartig liegen, und wo wir Wandlungen des monarchischen Gefühls haben durchmachen sehen, wie sie vielleicht vor einigen Jahren keiner geglaubt hätte, daß man jetzt Hosianna schreit und anbetet, was man früher verdammt hat. Jetzt die Spekulation der „Neuesten Nachrichten“ und ihrer Anhänger auf die künftige Herzogsfamilie . . .

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, nicht persönlich zu werden.

Stadtv. Dr. Jasper (fortfahrend): Darüber ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen. Es kommt auch wohl in Betracht, daß hier davon geredet wurde:

Wir brauchen zahlungsfähige, steuerlustige Herrschaften, die hierher ziehen. Nun, die Herrschaften, auf die Herr Lauer Bezug nimmt, die Fürsten, sind sehr steuerlustig! Das haben wir aus den letzten Verhandlungen im Reichstage gesehen. Wenn ich darauf hinweise, so möchte ich damit nur die Ausweichungen in der Rede des Herrn Lauer gebührend zurückgewiesen haben. Hat denn die Baukommission sich überlegt, welche finanzielle Tragweite ihr Antrag haben würde, was das nun kosten wird, was sie dem Magistrat zur Berücksichtigung vorschlagen will, und wer die Mittel dafür aufbringen soll, ob sie etwa aus allgemeinen Mitteln aufgebracht werden sollen oder auf die Anlieger abgewälzt werden sollen, die mit zu diesen Straßenbauten herhalten müssen und die Freude haben, den Staub zu schlucken? Darüber möchte ich von der Baukommission näheres hören. Ganz billig kann die Sache meines Erachtens nicht sein. Wenn Sie sonst bei notwendigen und nützlicheren Dingen immer den Knopf auf den Beutel halten und nun, wenn jemand aus der besitzenden Klasse und ihren Kreisen gefördert werden soll, die Mittel freigeben. . . .

Vorsigender: Ich bitte den Herrn Redner, nicht in der Weise persönlich zu werden, zu sagen, daß die Mitglieder der Versammlung derartige Absichten haben, wie er sie ihnen unterschiebt.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Hier werden ohne jede Berechnung Ausgaben bewilligt. Es ist doch so, wenn irgendein Tennisklub kommt, dann müssen die Mittel bewilligt und Flächen zur Verfügung gestellt werden. Wenn ein Antrag aus der Klasse der Besitzenden kommt, wird er unterstützt, wenn aber etwas im Interesse der Arbeiter kommt, wenn dafür nur ein Spielplatz geschaffen werden soll oder eine andere Einrichtung, dann dauert das lange, ehe irgendwelche Mittel und Wege gefunden werden. Ich bitte auch aus finanziellen Rücksichten, da Sie Notwendiges und Nützliches nicht bewilligen, dieses vielleicht für einige Angenehme nicht zu bewilligen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Der Herr **Vorsigende** schließt die Debatte und gibt dem Herrn Referenten des Schlußwort.

Stadtv. **Sander:** Auf die Anregung des Herrn Schmidt, betreffend die Radfahrwege, muß ich erwidern, daß wir in der Kommission auch darüber gesprochen haben, daß eine Notwendigkeit vorliegt, die Radfahrwege im Auge zu behalten. Solche Wege werden jetzt regelmäßig auf neuen Straßen angelegt, wie auch in anderen Städten, und durch 5—6 Reihen der schwarzen Schladensteine gekennzeichnet. Dadurch wird der Radfahrverkehr geregelt, und die Einrichtung hat sich sehr gut bewährt.

Dann hat Herr Ohlendorf über das Reiten und Fahren im Bürgerpark angefragt. Das Reiten und Fahren auf einigen Wegen dort ist erlaubt, aber nur im Schritt. Die Brücke soll auch nur versuchsweise dafür benutzt werden; wenn es sich nicht bewähren sollte, muß es unterbleiben.

Ferner hat Herr Dr. Jasper angefragt, ob die finanzielle Tragweite bedacht sei. Darüber haben wir in der Kommission nicht gesprochen. Wir empfehlen, die genannten Punkte dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Darauf werden wir Vorlagen vom Magistrat bekommen, und dann haben wir immer noch Gelegenheit, über die finanzielle Seite uns zu unterhalten. Immerhin geht durch unsere ganze Empfehlung wie ein roter Faden hindurch: Wir wollen es so einrichten, daß vorläufig nicht viel Kosten entstehen. Es sollen nur bestehende Wege den Wünschen der Reiter entsprechend hergerichtet werden und neue Wege nur da eingerichtet werden, wo neue Straßen angelegt werden und wo dieses sonst möglich ist. Wir hatten deshalb keine Veranlassung, die finanzielle Seite besonders ins Auge zu fassen.

Über die Punkte 2, 3, 4, 5 und 6 beschließt die Versammlung nach den Anträgen der Baukommission.

9. Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Straßen 434 und 435.

Stadtv. Meyerhoff: Die Straßen 434 und 435 sind Verbindungsstraßen von der Weststraße bis zur Helenenstraße und weiter zur Blumenstraße. An dieser Straße, wie sie projektiert ist, wohnt der Rentner Ellersieck. Sein Grundstück wird durch den geplanten Straßenzug ungünstig geschnitten, indem an der Ostseite dieses Straßenzuges eine Fläche liegen bleiben würde, die zu landwirtschaftlichen Zwecken und auch zu Bauplätzen nicht zu verwerten wäre. Er bittet deshalb, die Straßen um so weit zu verschieben, daß die liegenbleibende Fläche zu Bauzwecken sich verwenden läßt. Die Bauverwaltung hat diese Anregung befürwortet, und der Magistrat gibt anheim, dem Wunsche zu folgen und die Straße, die eine gerade Linie bildet, in Bogenlinie zu führen. Ich habe namens der Baukommission, die sich mit der Materie befaßt hat, Ihnen Annahme dieser Änderung zu empfehlen.

Der beantragten Änderung des Ortsbauplans wird zugestimmt.

10. Abrechnung über verschiedene Straßenbauten.

Stadtv. Rajche: Der Stadtmagistrat überreicht den Stadtverordneten zur Kenntnisaufnahme eine Zusammenstellung über die wirklich aufgebrauchten Kosten für den Ausbau bzw. die Instandsetzung verschiedener Straßen. Es handelt sich 1. um die Raabestraße zwischen Scharnhorststraße und Schillerstraße, 2. den Wien-

roderweg zwischen den Feldwegen Nr. 6 und Nr. 117, 3. denselben Weg zwischen dem Feldweg Nr. 117 und dem Büstenwege, 4. um den Straßenzug an der westlichen Seite des Andreeplatzes (Straße 32 a), 5. den Straßenzug an der Nordseite des Andreeplatzes (Straße 38). Die vergleichende Zusammenstellung ergibt das erfreuliche Resultat einer Ersparnis von 3068,50 *M.* — Ein Beschluß über diesen Punkt braucht nicht gefaßt zu werden.

11. Ausbau der Straße 617 a (zwischen Cellerstraße und projektierter Straße 289) und Aufnahme derselben in den Ortsbauplan.

Stadtv. **Sander:** Der Sparkassendirektor Barner aus Winsen an der Luhe hat beantragt: 1. die auf dem dort ausgehängten Grundplane mit 617 a bezeichnete Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen, 2. sowohl diesen Straßenzug als auch das die Verbindung dieser Straße mit der Petristraße bildende Teilstück der projektierten Straße 289 auf seine Kosten auszubauen.

Der Magistrat hält es für unbedenklich, diesem Antrage zu entsprechen, und hat mit Herrn Barner einen Unternehmervertrag abgeschlossen, der uns zur Annahme vorgelegt wird. Er ist aufgestellt in derselben Weise, wie sonst die Verträge bei derartigen Gelegenheiten. Ich möchte daraus bemerken, daß Barner zur Sicherung der Kosten des ober- und unterirdischen Ausbaus 27 500 *M.*, zur Sicherung der Kosten des Erwerbs der zur Straße 289 erforderlichen Teilflächen 20 000 *M.* und als Abfindungssumme für Reinigung und Unterhaltung der Straße 11 700 *M.* zahlen muß, daß beide Seiten der Straße 617 a nicht stärker als bis zu $\frac{5}{7}$ ihres Umfangs bebaut werden dürfen, und daß die Einrichtung von Wohnungen im Dachgeschoße der Gebäude an den beiden Straßen untersagt ist. Die Abfindungssumme für Übernahme der Straßenunterhaltung durch die Stadt ist berechnet für die Straße 617 a unter der Annahme, daß sie von dem Unternehmer dauernd zu tragen sei, für die Straße 289 zehn Jahre lang. Ich erwähne noch, daß die Straßen von der Cellerstraße aus über das Löbbbeckesche Grundstück geführt werden und einen linksseitigen Ausgang nach der Petristraße bekommen.

Der Magistrat ersucht, 1. der Aufnahme der Straße 617 a in den Ortsbauplan, 2. der Anordnung von Vorgärten an derselben Straße zuzustimmen und 3. den vorgelegten Vertrag zu genehmigen.

Die Baukommission empfiehlt Ihnen, den Anträgen zu folgen.

Stadtv. Dr. **Senting:** Es fällt mir auf, daß man diese Straße, die neu geschaffen werden soll und die ausschließlich den Charakter einer Wohnstraße tragen wird, 10 m breit ausführt und außerdem 3 m breite Vorgärten vorschreibt. Ich

glaube, in einem solchen Falle wäre eine Breite von 8 m, wie vorhin für die Stiftsgasse angenommen, ausreichend. Würde es nicht im Interesse der Bewohner liegen, wenn sie für die Gärten hinter dem Hause ein paar Quadratmeter mehr haben?

Bürgermeister **Meyer**: Wie Sie aus dem Referat gehört haben, wird die Straße auf Wunsch eines Unternehmers ausgebaut, und dieser ist mit der Breite der Straße einverstanden. Ich glaube, die Stadt braucht nicht zu widersprechen. Im übrigen hat der Unternehmer seinen triftigen Grund für die größere Breite der Straße; sie gestattet ihm, den Häusern eine größere Höhe zu geben.

Die Versammlung beschließt den Magistratsanträgen gemäß.

12. Aufhebung von Wegestrecken vor dem Petritore.

Stadtv. **Frühling**: Die Angelegenheit ist in der Baukommission noch nicht vorberaten; es ist aber eine geringe Sache, ich kann sie deshalb gleich hier zum Vortrag bringen. Nachdem der Ausbau der Görgeßstraße beschlossen ist, sind ein Teil der alten Glückstraße und zwei Teilstücke der Klosterstraße als Straße überflüssig geworden, und nach dem abgeschlossenen Vertrage sind diese Teilstücke den Anliegern tauschweise zu übergeben. Der Magistrat beantragt nun, nachdem auch die zuständige Feldmarksgemeinde sich damit einverstanden erklärt hat, zuzustimmen, daß die fragliche Straßenstrecke ihres Charakters als Weg entkleidet wird, und die Baukommission empfiehlt, dem zuzustimmen.

Der Aufhebung der fraglichen Wegestrecken wird zugestimmt.

13. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Görgeßstraße.

Stadtv. **Frühling**: Auch dieser Punkt der Tagesordnung bezieht sich auf die Görgeßstraße. Zum Ausbau derselben soll eine 31 qm große dreieckige Grundfläche der Straße zugelegt werden. Mit den Eigentümern ist eine Verständigung auf den Preis von 15 M pro Quadratmeter erzielt, der als angemessen zu bezeichnen ist, und es ist ein notarieller Kaufvertrag abgeschlossen, wie er auch sonst üblich ist. Der Magistrat ersucht, dem Vertrage zuzustimmen, und die Baukommission empfiehlt, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu dem Vertrage.

14. Anfrage Wesemeier über Stellungnahme des Magistrats zu den Ansichten des Dürerbundes über den Bau der Steintorbrücke und den Giebel der neuen Mittelschule.

Die Anfrage lautet: „Ist dem Magistrat die Stellungnahme des Dürerbundes zu dem Bau der Steintorbrücke und dem Giebel der Mittelschule bekannt, und wenn ja, welche Stellung nimmt der Magistrat dazu ein?“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Meine Herren. Sie kennen wohl das Schreiben des Dürerbundes, das uns allen unter dem 16. Juni zugegangen ist. Ich glaube, auf die Steintorbrücke heute nicht näher eingehen zu brauchen, da uns darüber eine entsprechende Vorlage zugehen wird, bei der etwa notwendige Wünsche geäußert werden können. Etwas anders aber liegt die Sache mit dem Giebel der neuen Knabenmittelschule. Ich bin auch erst durch das Schreiben veranlaßt worden, mir die Sache anzusehen, und muß sagen: Es ist tatsächlich, wenn man unsere Mittelschule vom Siegesplatze aus betrachtet, ein häßliches Werk entstanden. Wer von der Wolfenbüttelerstraße in die Stadt hineinkommt, hat den Anblick des schönen Renaissancebaus des Hotels Danne vor sich, zu dem nach Möglichkeit versucht worden ist, einen gleichwertigen Anbau herzustellen. Die Stadt hat allerdings versucht, mit ihrer Mittelschule einen architektonisch schönen Bau zu schaffen, dabei aber wenig Rücksicht auf den Anblick vom Siegesplatze her genommen. Der hohe Giebel der Mittelschule verhandelt das Bild, welches der Siegesplatz bietet, darin hat der Dürerbund recht. Man sollte deshalb, wenn es irgend möglich ist und nicht allzugroße Kosten entstehen, durch eine Änderung des Baues versuchen, diesen Giebel in irgendeiner Weise niedriger zu gestalten. Wie das gemacht werden muß, ist Sache der Baubehörde. Ich möchte den Magistrat bitten, sich zu äußern, ob er seinerseits schon Stellung dazu genommen hat, und ob es möglich ist, das Straßenbild schöner zu gestalten.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Auch wir im Magistrat haben die Eingabe bekommen, waren aber der Ansicht, daß wir von dem von den geehrten Herren genehmigten Bauplan nicht einseitig abweichen könnten. Nun entstand die Frage: Sollen wir die Frage, ob der Bauplan nachträglich geändert werden soll, zur weiteren Erörterung an die Stadtverordnetenversammlung bringen. Da war es nach unserer Meinung doch richtig, nachdem der Bau so weit vorgeschritten war, erst einmal abzuwarten, ob der Giebel wirklich so häßlich aussehen wird, wie es Herr Wesemeier dargestellt hat. Es wird nicht einfach sein und sehr erhebliche Kosten verursachen, wenn man den Giebel abmalen würde. Den Giebel mit Ziegeln zu behängen, ist nicht möglich, sonst würden wir mit dem Bauwerk über die Grenze kommen.

übrigens ging im Magistrat die Ansicht nicht dahin, daß der Giebel sehr schlecht aussehen wird, im Gegenteil war man der Ansicht, daß es in gewisser Weise nicht schön ist, wenn beide Giebel abgewalmt sind, daß sich dagegen ein hoher und ein abgewalmter Giebel gut machen wird. Ich glaube, es ist am besten, wir warten erst einmal ab, bis der Bau im Fuß vollendet ist. Wenn dann die Herren Stadtverordneten der Ansicht sein werden, daß die Sache so nicht bleiben kann, so bitte ich um Ihre Anträge.

15. Einrichtung einer Gasbeleuchtung in den Zeichensälen der Schulen an der Reichs- und Leopoldstraße und Anschaffung von fünf Schränken für Zeichenunterricht.

Stadtv. **Friede:** Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß wir in der städtischen Fortbildungsschule den Zeichenunterricht eingeführt haben. Drei von den Zeichensälen der hierfür zu benutzenden fünf Bürgerschulen sind mit Gasbeleuchtung versehen, aber für zwei derselben fehlt sie noch, nämlich in den Zeichensälen der Schulen an der Reichsstraße und an der Leopoldstraße. Der Magistrat beantragt nun, in diesen beiden Zeichensälen Gasbeleuchtung anbringen zu lassen und dafür den Betrag von 430 *M* zu bewilligen. Die Schulkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und empfiehlt Ihnen, die Ausgabe zu genehmigen.

Ferner soll in den fünf Zeichensälen je ein Schrank aufgestellt werden, der zur Unterbringung der Anschauungsmittel und der Reißbretter dienen soll. Da ein Schrank 225 *M* kostet, so erwächst hierdurch eine Ausgabe von 1125 *M*, und es wird gebeten, auch diese Summe dem Magistrat zur Verfügung zu stellen. Die Schulkommission empfiehlt Ihnen auch die Bewilligung dieser Ausgabe.

Die verlangten Summen werden bewilligt.

16. Erlaß von Straßenbaukosten.

Stadtv. **Friede:** Durch den 1899 erfolgten Ausbau der Juliusstraße zwischen Kaland- und Frankfurterstraße sind die dem Maurermeister Böpel gehörigen Grundstücke Luisenstraße 8 und Juliusstraße 22 mit Kostenbeiträgen von 1556 *M* und 2639 *M* belastet. Der Einheitsfuß des Straßenkostenbeitrags war für das laufende Meter Frontlänge auf 83,68 *M* und, soweit die Straße nur einseitig bebaut werden kann, auf 158,83 *M* festgesetzt. Den Böpelschen Beiträgen liegt der höhere Einheitsfuß zugrunde. Böpel hat derzeit eine Vorstellung an den Magistrat gerichtet, daß seine Grundstücke bei ihrer Kleinheit und der dadurch beschränkten Rentabilität einen so hohen Kostenbeitrag nicht tragen könnten, und gebeten, den Beitrag nach dem niedrigeren Einheitsfuß zu berechnen. Der Magi-

strat hat geglaubt, dieser Bitte gegenüber sich nicht durchaus ablehnend verhalten zu sollen, und hat dem Böpel bei gleichzeitiger Genehmigung eines Befristungsgesuchs zugesichert, den Stadtverordneten den Erlaß des infolge der einseitigen Bebauung der Straße berechneten Mehrbetrages der Straßenkosten zu empfehlen, sobald die Schuld bis auf diesen Mehrbetrag abgetragen sei. Dieser Abtrag ist jetzt erfolgt, und Böpel hat hieraus Veranlassung genommen, zu bitten, nunmehr den Erlaß des Mehrbetrages in Höhe von 1985 *M* herbeizuführen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, diesem Antrage zu entsprechen, und bemerkt zur weiteren Begründung, daß der Mietertrag des Grundstücks auf der Luisenstraße jährlich 1150 *M*, der des Grundstücks auf der Juliusstraße jährlich 660 *M* beträgt.

Die Baukommission hat die Angelegenheit beraten und ist zu dem Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, in diesem Falle, weil einmal vom Magistrat das Versprechen gemacht ist, den Erlaß zu genehmigen, aber zugleich als Grundsatz auszusprechen, daß für die Folge ein derartiges Zugeständnis nicht wieder angängig sein sollte.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Baukommission.

17. Verschiedene Anschaffungen für die Neustadtmühle.

Stadt v. Munte: In der Neustadtmühle sind verschiedene Aufwendungen notwendig geworden, da einige Maschinen abgängig geworden sind und mehrere Einrichtungen vergrößert werden müssen. Insbesondere ist ein neuer Walzenstuhl und eine automatische Wage zu beschaffen, die Siloanlage ist zu vergrößern, zwei vorhandene Stühle sind umzubauen und anderes noch, außerdem soll an der Außenwand der Mühle ein Schutzbach angebracht werden. Die gesamten Kosten für diese Umänderungen und Anschaffungen, die von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke und von der Verwaltungsdeputation der Mühle genügend begründet sind, werden auf 13 500 *M* veranschlagt, und der Magistrat empfiehlt die Verwilligung der Ausgabe. Der Magistrat schlägt vor, dieses Geld aus dem Ausgleichsfonds zu nehmen.

Außer dieser Ausgabe handelt es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung noch um die schon früher beschlossene Rückzahlung von 10 000 *M* auf die 20 000 *M* betragende Restschuld für die Mühle. Bei der zu erwartenden Unterbilanz der Kammereikasse hatte der Magistrat von der Ausführung des früheren Beschlusses der städtischen Behörden auf Rückzahlung der 10 000 *M* einstweilen Abstand genommen. Es wird den Herren bekannt sein, daß (entgegen der Annahme im Etat, daß ein Fehlbetrag sich ergeben würde) der Exekutionsetat einen Überschuß von fast 285 000 *M* ergeben hat. Mit Rücksicht auf diesen günstigen Abschluß

schlägt der Magistrat nun vor, nicht nur nachträglich die 10 000 *M* an die Kreiskommunalkasse abzuführen, sondern auch die 13 500 *M* für die Neuanschaffungen und Änderungen ohne Inanspruchnahme des Extraordinariums aufzuwenden, und zwar beide Ausgaben aus dem Ausgleichsfonds, dem ja der Überschuß der Kämmererkasse, in dem auch der Gewinn aus der Neustadtmühle im Betrage von 31 530 *M* enthalten ist, zugeführt wird.

Die Angelegenheit ist in der Finanzkommission eingehend beraten. Sie schlägt Ihnen vor, die Veränderungen und Neuanschaffungen gutzuheißen und sich mit der Beschaffung der beiden Posten aus dem Ausgleichsfonds einverstanden zu erklären.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

18. Bewilligung von Mitteln für den Zentralschulgarten.

Stadtv. **Edhardt**: Der Lehrer Ramke, der mit der Leitung des Zentralschulgartens auf dem Rieselgute betraut ist, berichtet an den Schuldirektor Herrn Professor Dr. Rehtuh, daß von den im Vorjahr für Pflanzen, Sämereien, Stifetten und dergl. für die erste Einrichtung bewilligten 1450 *M* bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1027,21 *M* verausgabt sind. In der Berechnung für den ersten Bedarf an Pflanzen usw. seien aber eine Anzahl von Pflanzen, Zwiebeln usw. vorgesehen, deren Beschaffung im Frühling nicht mehr angängig war, die vielmehr erst im nächsten Herbst gepflanzt werden können. Nun sei Herrn Ramke nicht bekannt gewesen, daß die bis zum Schluß der Rechnung nicht gebrauchten Gelder nicht mehr verausgabt werden dürfen, er habe vielmehr geglaubt, die restierenden 422,79 *M* noch zu seiner Verfügung zu haben, und bittet deshalb, den als erspart verbuchten Rest aufs neue zu bewilligen.

Der Schuldirektor bemerkt dazu, daß auch die für Samenkasten eingesetzten 150 *M* noch nicht ausgegeben und als gespart verbucht sind, da sie auch erst zum Herbst gebraucht werden.

Demgemäß gibt der Magistrat anheim, die beiden erwähnten Beträge zu Lasten der Bürgerschulkasse des laufenden Jahres aufs neue zu bewilligen.

Die Schulkommission hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen, der Bewilligung dieser beiden Beträge von 422,79 *M* und 150 *M* zuzustimmen.

Die Versammlung ist mit der Bewilligung einverstanden.

19. Rohübersicht für 1912/1913.

Stadtv. **Loeschigt**: Jedem der geehrten Herren ist vom Magistrat eine „Übersicht über die seitens der einzelnen städtischen Betriebsverwaltungen im Rechnungs-

jahr 1912/13 gezahlten Löhne" zugegangen. In dem Begleitschreiben dazu heißt es: „In der Übersicht erscheinen zum ersten Male die vom städtischen Desinfektionswesen und die von der Parkdeputation gezahlten Löhne unter Abschnitt III bezw. VI. Die auf Grund der von der Lohndeputation im Dezember 1912 gefaßten Beschlüsse am 1. April d. Js. erfolgten Lohnaufbesserungen sind in der Spalte „Bemerkungen“ aufgeführt.“

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und hat an den Vorschlägen und Einrichtungen unserer Lohndeputation nichts auszusetzen gehabt.

Vorsitzender: Für die Beratung dieser Materie liegt ein Antrag des Herrn Dr. Jasper vor, der unter Punkt 7 der heutigen Tagesordnung hätte behandelt werden können, aber nach Beschluß der Finanzkommission und mit Zustimmung des Herrn Antragstellers in die Beratung dieses Punktes hineingezogen werden soll; er betrifft die Löhnung der Desinfektoren. Ein zweiter Antrag ist jetzt erst eingereicht von Herrn Schulze (i. S. 276).

Ich werde die einzelnen Kapitel aufrufen und bitte diejenigen Herren, die zu ihnen das Wort nehmen oder einen Antrag stellen wollen, sich bei der betr. Stelle zu melden.

Zu Kap. I, Straßenreinigungs-Institut.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich möchte hier den Antrag wiederholen, den ich bereits in der Finanzkommission erwähnt habe: daß die Klasse der Fahrer ebenso gestellt werden möchte wie die Klasse der Auflader und Straßenkehrer, nämlich, daß sie nicht in drei Lohnklassen geteilt werden, sondern lediglich in zwei, mit anderen Worten, daß sie lediglich ein Probejahr durchmachen und dann der Lohn für alle Fahrer gleichmäßig sein soll. Wir hatten früher auch bei den Straßenkehrern und Auflagern mehr Klassen, ursprünglich 4, dann 3, und jetzt sind sie auf 2 zusammengeschumpft. Ebenso war die Zahl der Klassen bei den Fahrern früher größer, und es ist, ohne daß irgendwelche Schädigungen eingetreten sind, eine Zusammenziehung der Klassen und eine Verkürzung der Zeit, in der der Höchstlohn erreicht wird, eingeführt worden. Der Grund, der dagegen angeführt werden könnte und auch angeführt ist, daß man besonders bei den Fahrern noch nach längerer Zeit Zulagen geben müßte, damit sie nicht fortgingen, ist durch die Erfahrung widerlegt. Ich habe mich nicht belehren lassen, daß sachlich eine ungleiche Behandlung der Fahrer gegenüber den derselben Deputation unterstellten Kehrern und Auflagern gerechtfertigt erscheint, halte es vielmehr für angemessen, daß bei sämtlichen Kategorien nur ein Probejahr und dann gleichmäßige Lohnsätze für sämtliche Angestellten vorhanden sind. Ich hatte in der Kommission beantragt, zu sagen (Seite 5 der Lohnübersicht): Das erste Dienstjahr monatlich 100 M und vom zweiten Dienstjahr ab monatlich 115 M. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Der Antrag Jasper lautet: „Ich beantrage, die Lohnsätze der Fahrer wie folgt festzusetzen:

1. Dienstjahr 100 M monatlich,
2. Dienstjahr 115 M monatlich.“

Ich bemerke dazu, daß, wenn dieser Antrag angenommen wird, er nur den Inhalt haben kann, daß wir ihn der für diesen Zweck eingesetzten Lohndeputation zur Prüfung übergeben. Eine definitive Beschlußfassung würde nach unserer bisherigen Gepflogenheit nicht eintreten.

Stadtv. Loeschigt: Wir sind in der Kommission anderer Ansicht gewesen als Herr Dr. Jasper, weil die Fahrer mit den Lehrern und Aufladern nicht gleichgestellt werden können in ihren Leistungen; sie arbeiten mindestens eine Stunde länger. Das ergibt sich schon daraus, daß sie mit Pferden umgehen und nach ihrem Zuhausekommen erst für die Pferde und für die Geschirre sorgen müssen. Sie können aus den Zahlen auf Seite 9 sehen, daß 11 und 14 in den oberen Klassen sind und nur ein einziger in der 3. Klasse. Diese Abstufung muß beibehalten werden, die jüngeren dürfen wir nicht gleich bezahlen mit denen, die schon vielleicht 20 Jahre lang angestellt sind. Sie sehen bei den Straßensegern, daß 46 in der höheren Klasse sind und nur 5 in der unteren, bei den Aufladern 16 in der höheren und nur 3 in der unteren. Die Zahlen beweisen, daß das Institut mit bewährten Kräften arbeitet. Die Abstufung ist doch immerhin eine Anregung für die Jüngeren. Ich bitte, das, was von der Lohndeputation gutgeheißen ist, anerkennen zu wollen.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Loeschigt scheint meine Ausführungen nicht verstanden zu haben. Es dreht sich nicht darum, daß die Auflader und Straßenlehrer in ihren Bezügen den Fahrern gleichgestellt werden; das habe ich nicht beantragt. Ich habe im Anfang und Ende genau die Sätze genommen, die hier von der Deputation für die Fahrer vorgesehen sind, und lediglich gebeten, die zweite Lohnklasse fortfallen zu lassen. Es kann doch nicht davon die Rede sein, ob die Arbeitsleistung der einen mehr wert ist als die der anderen. Da dieser Antrag nicht gestellt ist, können Sie mit Ihren Ausführungen meinem Antrage nicht begegnen. So sehr alt ist das System auch nicht. Bis zum 1. Juli 1911 hatten wir vier Klassen, dann wurde die Zahl auf drei verringert, und im Oktober 1912 trat eine neue Änderung ein. Es blieben die drei Klassen, aber man kann doch nicht sagen, daß es notwendigerweise drei Klassen sein müssen. Ich muß vielmehr sagen, daß es auf diese spätere Zulage im Fahrbetriebe nicht ankommt, sondern daß es bei den Fahrern nicht anders liegt als bei den Aufladern und Straßenlehrern, nämlich, daß es möglich ist, nach dem Probejahr den Lohnsatz zu ge-

währen, der allgemein von den zuständigen Instanzen gegeben wird. Warum bei den Fahrern drei Klassen und bei den Aufladern und Straßengelehrern nur zwei? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn Herr Loeckigk darauf hinweist, daß bei den Lehrern und Aufladern in der ersten Klasse nur verhältnismäßig wenig Leute sind, so kritisiere ich das gar nicht. Das ist selbstverständlich, da in dieser Klasse nur diejenigen sind, die im ersten Jahr tätig sind. Wenn das Institut kein Taubenschlag ist, wird wohl immer die Mehrzahl nicht im ersten Jahr angestellt sein. Es würde allerdings der Antrag finanziell bedeuten, daß diejenigen, die in der zweiten Klasse sind, in die höchste Klasse rücken, aber das ist für bewährte Leute durchaus üblich. Sonst rücken die Leute nach vier Jahren in die höchste Klasse, hier macht man einen großen Zwischenraum von 9 Jahren, der sachlich durch die Betriebsverhältnisse nicht geboten ist.

Ich möchte noch erwidern: Der Herr Vorsitzende hat behauptet, es sei immer so üblich gewesen, daß bei den Lohnübersichten die Anträge zur Ermägung der Lohndeputation gestellt werden. Nun, von einer Übung kann doch keine Rede sein, denn es ist heute die erste Lohnübersicht, die wir nach Einsetzung einer Lohndeputation überhaupt erhalten. Es kann sich nur um eine Auslegung handeln, wie die Beschlüsse bei Einsetzung der Lohndeputation zu würdigen sind, und da vertritt der verehrte Herr Vorsitzende jetzt mit dem Magistrat den Standpunkt, daß alle Anträge lediglich bei der Lohnübersicht zur Geltung zu bringen sind, und daß weiter der Weg sein soll: Die Anträge gehen nicht an den Magistrat, sondern an die Lohndeputation, die nach einem früheren Beschlusse im Dezember zusammentritt und dann Vorschläge an den Magistrat für die Ausarbeitung des Haushaltungsplans macht, so daß die Änderungen nicht im Jahre selbst, sondern nur bei Beratung des Haushaltungsplanes entsprechend den Vorschlägen des Magistrats — angeregt durch die Lohndeputation und in letzter Linie vielleicht durch die kritischen Verhandlungen bei der Lohnübersicht im Sommer — eintreten. Ich glaube nicht, daß dies der Sinn bei Einsetzung der Lohndeputation gewesen ist, und kann deshalb die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden nicht unwidersprochen lassen, wenn ich auch sachlich in diesem Falle mich bescheiden würde, wenn in diesem konkreten Falle der Antrag der Lohndeputation in zustimmendem Sinne oder, parlamentarisch ausgedrückt, zur Berücksichtigung überwiesen würde.

Vorsitzender: Die Auslegung, die ich dem Verfahren gegeben habe, entspricht, glaube ich, der Ansicht der Mehrheit der Versammlung, da die verehrten Herren jetzt ohne genaue Kenntnis der internen Dienstverhältnisse nicht in der Lage sind, ein sicheres Urteil zu fällen. Die Lohndeputation ist in erster Linie beauftragt, die Arbeitsverhältnisse zu prüfen, und wir können ohne Kenntnis der Fest-

stellungen der Lohndeputation kaum zu einem endgültigen Urteil kommen. Sollten die geehrten Herren jetzt anders denken? (Zuruf: Nein.) Ich konstatiere, daß ich mich mit der Mehrheit in Übereinstimmung befinde. — Im gegenwärtigen Falle hat der Herr Vorredner wohl die Behandlung als zutreffend anerkannt. Ich bitte die Herren, die den Antrag Jasper der Lohndeputation zur Prüfung überweisen wollen, die Hand zu erheben.

(Es meldet sich die Minderheit, 14 Stadtverordnete.)

Stadtv. Voelshigt: Es bleibt jedem der Herren aus dem Plenum unbenommen, sich an die Lohndeputation in irgendeiner Sache zu wenden. Die Ablehnung des Antrages Jasper würde nicht verhindern, daß irgendein Antrag für irgendeinen Betriebszweig mit Unterstützung von 9 Mitgliedern um Aufbesserung der und der Löhne an die Lohndeputation ginge. Wenn also eben der Antrag Jasper abgelehnt ist, so ist er damit nicht tot gemacht.

Vorsigender: Die Angelegenheit ist wohl erledigt.

Zu Kap. III, Desinfektionswesen.

Vorsigender: Dazu liegt ein Antrag des Herrn Dr. Jasper vor, der bisher nur in allgemeiner Weise gefaßt war, nämlich, eine Lohnerhöhung vorzunehmen, jetzt aber in folgender Weise spezialisiert ist:

„Ich beantrage, die Lohnsätze der Desinfektoren wie folgt festzusetzen:

- 1., 2., 3. Dienstjahr 1200 M,
- 4., 5., 6. Dienstjahr 1300 M,
- 7., 8., 9. Dienstjahr 1400 M,
- 10., 11., 12. Dienstjahr 1500 M,
13. und folgende Dienstjahre 1600 M.“

Stadtv. Dr. Jasper: Bereits in voriger Sitzung habe ich zu den Arbeitsverhältnissen der Desinfektoren gesprochen und einen Antrag eingebracht, der zu seinem überwiegenden Teil, soweit die Prüfung der Arbeitsverhältnisse in Betracht kommt, noch im Schoß der Kommission ruht, weil verschiedene Aufklärungen erst notwendig erscheinen. Lediglich die Gestaltung der Lohnverhältnisse ist von der Kommission bei dem jetzt vorliegenden Punkte zur Behandlung überwiesen. Ich bitte, eine Erhöhung der Bezüge eintreten zu lassen, und zwar wesentlich deshalb, weil die Arbeiten der Desinfektoren mit nicht unerheblicher Gesundheitsgefährdung verbunden sind und insolgedessen Krankheiten, frühes Siechtum usw. recht oft die Folge der Beschäftigung sind. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Angehörigen dieses Betriebes gesundheitlich mehr gefährdet sind als die anderer. Ich bitte deshalb, eine Erhöhung des Gehalts um je 100 M eintreten

zu lassen, auch deshalb mit, weil die Desinfektoren bei den früheren Gehaltsregelungen, die den Verhältnissen Rechnung tragen sollten, verhältnismäßig wenig, zum Teil gar nicht berücksichtigt sind. Der finanzielle Effekt dieser Maßnahme würde nicht allzu sehr zu Buche schlagen, da lediglich 7 Desinfektoren in Betracht kommen, es sich also jährlich um 700 // Ausgaben handeln würde, um den Wünschen dieser Schicht einigermaßen gerecht zu werden. Wenn Sie so überaus freigebig sind mit der Bewilligung von Mitteln für Reitwege usw., wie Sie vorhin gezeigt haben, so werden Sie eine derartig kleine Gabe nicht vorenthalten. Zugaben werden Sie auch, daß die Löhne, die ausgesetzt sind, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen.

Nach unseren Kommissionsverhandlungen habe ich noch eine Tatsache erfahren, die ich vielleicht zur Sprache bringen darf. Ich möchte fragen: Wie wird es seitens des Magistrats mit der Versicherung der Desinfektoren in Krankenkassen und gegen Invalidität gehalten? Es ist mir gesagt worden, es sei das von der Stadt nicht so gehandhabt, wie es an sich das Gesetz vorschreibt. In einem konkreten Falle hätten sogar mehrere Jahre hindurch die Marken nachgeklebt werden müssen, der Betriebsleiter hätte Strafe dafür zahlen müssen, und wie die Behauptungen mehr waren. Ich möchte um Aufklärung bitten: Sind diese in ihrer Gesundheit so sehr der Gefahr ausgesetzten Leute von der Stadt in einer Krankenkasse versichert, sind sie in der Invaliditätsversicherung und in welchem Umfange zahlt die Stadt die Beträge dafür? — Im übrigen bitte ich um Annahme meines Antrages.

Stadtrat von Frankenberg: Was die Invaliditätsversicherung betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Desinfektoren gegen Invalidität versichert werden müssen, und die Stadt zahlt ihre Arbeitgeberhälfte, wie sie es tun muß. Der erwähnte Einzelfall ist mir nicht bekannt. Wäre mir die Anfrage vorher mitgeteilt, so würde ich mich darnach erkundigt haben; es könnte möglicherweise die mißverständliche Auffassung eines mittleren Beamten im Spiele gewesen sein.

Was die Krankenversicherung betrifft, so bitte ich, nicht außer acht zu lassen, daß nach dem augenblicklich noch geltenden Krankenversicherungsgesetz bis 31. Dezember 1913 eine Versicherungspflicht von Personen in städtischen Betrieben grundsätzlich nicht besteht, daß sie nur eintritt, soweit es sich um Betriebe handelt, in denen eine besondere Gefahr vorherrscht. Gleichwohl haben wir, ähnlich wie bei den Feuerwehrleuten, den Nachtwächtern und anderen Berufsgruppen, darauf hingewirkt, daß die Desinfektoren sich gegen Krankheit freiwillig versicherten — das war bekanntlich die einzige Möglichkeit —, haben ihnen dabei auch zur Seite gestanden, ähnlich wie es bei den Nachtwächtern mit Zustimmung der ge-

ehrten Herren erfolgt ist, und sind ihnen auch in Krankheitsfällen entgegengekommen. Insbesondere beweisen die Akten, daß in Krankheitsfällen besondere Aufwendungen geleistet sind, wozu die Stadt nicht verpflichtet gewesen wäre. Wir haben uns dabei von der Erwägung leiten lassen, daß es sich um eine Tätigkeit handelt, die dem Gemeinwohl dient und die Betreffenden um so mehr in dem Gedanken bestärken muß, daß sie ihr Bestes für das Wohl der Bevölkerung einsetzen. Vom 1. Januar 1914 ab wird durch die Reichsversicherungsordnung die Versicherungspflicht auf die Desinfektoren ausgedehnt. Ich begrüße das mit Freude, weil es Leuten von schwacher Gesundheit oder den älteren Desinfektoren nicht möglich war, in einer Krankenkasse Unterkunft zu finden. Dieser Übelstand wird durch die Reichsversicherungsordnung beseitigt.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte Herrn Dr. Jasper darauf aufmerksam machen, daß im Etat im Kap. Gesundheitswesen für die Desinfektoren an Zuschuß zur Invalidenversicherung 99,90 *M* und an Zuschuß zur Krankenversicherung 166,80 *M* vorgesehen sind.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht:** Die Besserstellung der Desinfektoren, wie sie Herr Dr. Jasper anstrebt, kann ich nur befürworten. Die Leute sind durch ihren Beruf allerdings Krankheitsgefahren ausgesetzt, einmal durch die Ansteckungsmöglichkeit, dann aber auch durch den intensiven Formalingeruch, der den Lungen nicht zuträglich ist, ferner durch die Berührung der Hände mit den starken Desinfektionsmitteln. Wir haben auch Rücksicht darauf zu nehmen, daß nur bei gewissenhafter Arbeit ihre Tätigkeit von Wert ist. Ich schließe mich dem Antrage des Herrn Dr. Jasper deshalb an und bitte, diese Lohnzulage zu bewilligen oder die Lohnerhöhung der Lohndeputation zur Prüfung zu überweisen.

Stadtv. **Voelchigt:** Ich will auf die einzelnen Sachen, die Herr Dr. Jasper vorgetragen hat, nicht eingehen. Aber Herr Dr. Jasper sagt: Wenn die Herren so viel für Reitwege bewilligten, dann würde die geringe Summe von 700 *M* gewiß auch bewilligt. Aus diesem Grunde, daß die Summe zu hoch sei, ist die Finanzkommission nicht zur Ablehnung des Antrages Jasper gekommen, sondern aus dem Grunde, weil jetzt die Desinfektoren außer der Reihe aufgebeffert werden sollen. Wenn Sie das für nötig halten, wird es vielleicht geschehen; aber Sie müssen auch die Konsequenzen ziehen. Wenn für die anderen Betriebe ein ähnlicher Antrag gestellt und angenommen wird, dann ist die ganze Einrichtung einer Lohndeputation illusorisch geworden. Wir haben doch die Lohndeputation gewählt, um die einzelnen Wünsche, die uns hier in der Plenarversammlung lange aufhalten würden, durch diese Deputation prüfen zu lassen. Wenn wir damit hier wieder von vorn anfangen, dann können wir die ganze Einrichtung der Lohndeputation aufgeben.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Dr. Kleinfnecht hat recht; die Leute sind gewissermaßen als gelernte Arbeiter anzusehen, und deshalb in ihren Bezügen ungelerten Arbeitern gegenüber besser zu stellen, besonders bei den gesundheitlichen Gefährdungen, denen sie ausgesetzt sind. Ich bitte, es aber nicht bei der Prüfung durch die Lohndeputation, wie der Herr Vorsitzende vorschlägt, zu belassen, sondern unmittelbar zu beschließen und den Magistrat zu ersuchen, diese Erhöhung eintreten zu lassen, und zwar deshalb, weil anders als bei den Fahrern, für die ich vorhin sprach, die Sache bei den Desinfektoren liegt. Es sind Eingaben über Eingaben an die verschiedenen vorgesetzten Instanzen der Desinfektoren gemacht worden, schon im Frühjahr 1912, dann im September bis Oktober, auch für Aufbesserung im Lohn, wie mir berichtet ist, aber eine Antwort haben sie bis dahin nicht erhalten. Die Lohndeputation ist tätig gewesen, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat in der Kommission nicht behaupten können, daß der Lohndeputation die Anträge der Desinfektoren vorgelegt sind. Lediglich vor einem halben Jahre sind die neuen Anträge aus dem Frühjahr vorgelegt worden.

Vorsitzender: Diese Sache wird anderweitig behandelt werden; ich bitte, sie einstweilen zurückzusehen, bis nähere Aufklärungen gegeben werden, und nur die Lohnhöhe zu behandeln.

Stadtv. Dr. Jasper (fortfahrend): Ich verwende diese Tatsache nur, um darzulegen, wie dringend notwendig bei dieser Verschleppungstaktik von Instanzen, deren Einzelheiten ich nicht habe feststellen können, es ist, heute Beschluß zu fassen und ihn nicht noch weiter zu verschieben. Wenn es richtig ist, daß die Leute schon vor Jahresfrist, vor Tätigwerden der Lohndeputation eingekommen sind und diese Wünsche nicht beachtet sind, dann muß es möglich sein, jetzt Beschluß zu fassen und den direkten Weg zu gehen, auch wenn Sie sonst diese Norm nicht für richtig halten.

Stadtv. Loeschigt: Da Herr Dr. Jasper die Frage einmal angeschnitten hatte, so habe ich mich heute pflichtgemäß erkundigt. Ich kann nicht umhin, heute schon festzustellen, daß mir vom Herrn Kreisbranddirektor mitgeteilt ist, daß die Gesuche voll und ganz berücksichtigt sind. Das eine ist an den Magistrat gegangen, das andere hat der Dezernent der Abteilung selbst erledigt.

Stadtv. Wesemeier: Wenn es nach der Meinung des Herrn Loeschigt ginge, dann hätten die Stadtverordneten in Lohnfragen nichts mehr zu sagen. Er sagt: Dazu haben wir die Lohndeputation eingesetzt. So fasse ich die Stellung der Stadtverordnetenversammlung denn doch nicht auf. Ihr muß das Recht gewahrt werden, Anträge in bezug auf die Löhne zu stellen, auch wenn sie der Lohndeputation nicht passen. Vom Herrn Vorsitzenden wurde gesagt: Wir können solche Anträge auf anderweitige Lohnfestsetzung hier nicht annehmen, weil die Stadtver-

ordneten nicht die Arbeit der betreffenden Leute kennen. Nun, meine Herren, bei den Desinfektoren wird der Einwand nicht geltend gemacht werden können. Wir alle wissen, daß die Desinfektoren erheblichen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind. Darüber zu reden, bedarf es wohl nicht, daß sie in schwere Gefahr geraten können, daß sie auch Unreinlichkeiten ausgesetzt sind und ähnlichen Dingen. Ich erinnere an die Beamten der Baupolizei, wie sie mit Recht räsioniert haben, daß sie den widerrwärtigen Dingen ausgesetzt sind, die in manchen Wohnungen anzutreffen sind. Das ist bei den Desinfektoren in weit schlimmerem Maße der Fall. Ihre Tätigkeit kann jeder von uns einschätzen. Darum ist es recht, wenn wir hier dem Antrage Jasper entsprechend beschließen und nicht erst den Antrag, wie der Herr Vorsitzende meint, der Lohndeputation überweisen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Es ist selbstverständlich unser Recht, heute den Antrag Jasper hier anzunehmen, aber dann hat die Einsetzung der Lohndeputation keinen Zweck gehabt. Der Zweck war der: Es sollten alljährlich einmal diese Sachen durch die Deputation geprüft werden, und dann gelegentlich der Staatsberatung diese Fragen erledigt werden, damit nicht an dem einen Tage dieses und an dem anderen jenes an die Reihe käme. Wenn jetzt die Lohnübersicht zur Beratung kommt, dann kommen die Wünsche zutage, an welchen Stellen höhere Löhne gezahlt werden sollen. Diese Wünsche gehen in die Lohndeputation, und bei dem nächsten Etat bekommen wir die Rückäußerung darüber, ob sie die Deputation befürwortet oder nicht und aus welchen Gründen. Ich gönne gern jedem eine Aufbesserung, aber wenn wir die Lohndeputation eingesetzt haben, dann wollen wir doch auch ihre Rückäußerung hören, und dann sollten wir diese Augenblicksbeschlüsse, die auf persönlichen Wünschen beruhen können, nicht fassen, sondern Beschlüsse fassen, die der sachlichen Prüfung der Jahr aus Jahr ein mit der Sache betrauten Kommission entsprechen.

Stadtv. **Stegmann**: Trotz der Ausführungen des Herrn Vorredners bin ich der Meinung, daß ein solches Verfahren der verkehrte Weg ist. Wenn die letzte Entscheidung nicht die Stadtverordnetenversammlung haben sollte, dann haben wir mit Einsetzung der Lohndeputation einen Rückschritt gemacht und uns eines Nichtes begeben, das wir bisher gehabt haben. Die Deputation soll dazu da sein, solche Sachen zu prüfen, aber selbstverständlich muß die Stadtverordnetenversammlung in letzter Linie über das entscheiden, was die Deputation beschlossen hat. Sonst können wir wohl reden und Wünsche äußern, aber ausgeführt zu werden brauchen sie nicht. Das kann doch nicht angehen. Wird es denn mit den Beamten ebenso gehandhabt? Auch da hat doch die Stadtverordnetenversammlung das letzte Wort; wir haben zu entscheiden, wenn eine Gehaltserhöhung vorgenommen werden soll.

Warum sollen wir hier für die Arbeiter nur reden können und in der Deputation unsere Anträge tot gemacht werden? Sie werden auch nicht wünschen, daß für die Beamtengehälter eine Deputation eingesetzt wird. Solange das nicht geschieht, bin ich auch nicht damit einverstanden, daß wir uns über die Arbeitergehälter eines Rechtes begeben, das wir bisher bejessen haben.

Oberbürgermeister Hetemeyer: An dem Rechte der Versammlung, derartige Anträge auch im Laufe des Jahres dem Magistrat zu unterbreiten, ist selbstverständlich nicht zu rütteln, und das fällt auch niemandem ein. Aber der Hinweis des Herrn Stegmann auf die Beamten paßt nicht. Der Vergleich mit den Beamten ist gerade der Grund gewesen, weshalb wir die Lohndeputation eingesetzt haben. Die Beamten sind dauernd an die Sätze des Statuts gebunden, sie können nicht im Laufe des Jahres kommen und sagen: Wir möchten jetzt aufgebessert werden. Dann würde es heißen: Das geht nicht, das Statut steht dem entgegen. Nun wollten wir etwas Ähnliches schaffen, indem wir die Lohndeputation einsetzten, und waren allerdings von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Festsetzungen der Deputation immer vor Aufstellung des Etats vorgenommen werden. Der Magistrat hat dann die Frage zu prüfen: „Wollen wir die Summe in den Etat einstellen?“ und Sie haben sie zu bewilligen; insofern haben Sie das letzte Wort. Den Stadtverordneten allein die Entscheidung über die Höhe der Löhne zu überlassen, wie es beinahe als die Ansicht des Herrn Stegmann schien, das ist nicht unsere Ansicht gewesen, sondern beide Behörden sollen darüber befinden. Es läßt sich ja denken, daß Sie sagen: Die Gründe sprechen dafür, eine Gruppe sofort aufzubessern, dann wird der Magistrat dazu Stellung nehmen. Im übrigen aber bitte ich, zu bedenken, daß wir bei der Staatsaufstellung die Mittel zur Verfügung stellen müssen, die im nächsten Jahre für Lohnaufbesserungen und für die Löhne überhaupt nötig sind. Wie sollen wir das machen — wenn ich ein krasses Beispiel nehmen darf —, wenn Sie allgemein im Laufe des Jahres mit großen Aufbesserungen kommen? Um das zu verhüten, soll im Dezember die Feststellung der Löhne durch die Deputation erfolgen, und darnach stellen wir unseren Etat auf. Daran zu rütteln, halte ich nicht für richtig. Ich wiederhole: Ich bestreite nicht Ihr Recht, aber ich bitte, es bei dem jetzigen Brauch bewenden zu lassen. Sie erörtern heute einzelne Fälle, haben angefangen bei den Fahrern und gehen jetzt über zu den Desinfektoren, die dazwischen liegenden Fälle aber haben Sie nicht erörtert. Nichts ist natürlicher, als daß die Deputation, die wir eingesetzt haben, nicht bloß den Antrag für eine Gruppe prüft, sondern die Verhältnisse der einzelnen Gruppen gegeneinander abwägt, denn die Löhne müssen doch in richtigem Verhältnis zueinander stehen. Deshalb ist es wünschenswert, daß man nicht den einzelnen Fall hier herausgreift, sondern die Regelung der Deputation überläßt. Ich würde es durchaus erklärlich

finden, wenn die Stadtverordnetenversammlung an dem einen oder anderen Posten, den wir Ihnen hier als das Resultat der Deputationsvorschläge vorführen, Anstand nimmt, einen Antrag an den Magistrat richtet: Die Versammlung wünscht, daß in dieser Beziehung Wandel eintritt. Wenn dann nicht dringende Fälle vorliegen, bin ich der Ansicht, daß der Magistrat die Deputation darüber hört, und im nächsten Jahre die Änderung erfolgt.

Stadtv. Wesemeier: Der Herr Oberbürgermeister sagte eben: Wir wollten eine einzelne Gruppe der von der Stadt beschäftigten Arbeiter herausgreifen. Da meine ich: Heute steht die Lohnübersicht auf der Tagesordnung, und demgemäß richten wir unsere Wünsche an die Versammlung, je nachdem es uns für richtig erscheint. Wir brauchen doch nicht zu jeder einzelnen Gruppe hier Stellung zu nehmen; es muß uns überlassen werden, unsere Stellungnahme so einzurichten, wie wir es für notwendig halten. Nun wird gesagt: Die Regelung ist deshalb erfolgt, damit die Kosten in den Etat eingestellt werden können, und die Beratung über eventl. Anträge solle bei der Etatsberatung mit erfolgen. Aber das wissen wir alle: Wenn der Etat fertig gedruckt vorliegt, da gibt es keine Änderung mehr. (Oho!) Jawohl, die Erfahrung haben wir oft gemacht. Und dann bitte ich zu bedenken: Wir bekommen den Etat im letzten Augenblick — es wird ja nicht möglich sein, ihn früher fertigzustellen —, so daß er geradezu durchgepeitscht werden muß. Erinnern Sie sich an die Etatsberatungen, wie sie im Galopp haben vor sich gehen müssen, um sie bis zum April zu erledigen. Da haben wir keine Zeit, diese kleinen Vorlagen noch behandeln zu können. (Zuruf: Na, na!) Wer die Etatsberatung mitgemacht hat, muß das wissen. Es muß außer der Etatsberatung Gelegenheit gegeben werden — das erkennt auch der Herr Oberbürgermeister an —, solche Wünsche zur Geltung zu bringen, und es muß auch die Stadtverordnetenversammlung in der Lage sein, solche Beschlüsse zu fassen. Die Lohndeputation braucht sich deshalb nicht zurückgesetzt zu fühlen. Es ist weit schwerer wiegend, wenn eine Magistratsvorlage abgelehnt wird oder wenn ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nicht die Zustimmung des Magistrats findet, als wenn ein Beschluß von der Stadtverordnetenversammlung gefaßt wird, ohne daß die Lohndeputation noch besonders befragt wird.

Für einfache Annahme des Antrages Jasper auf sofortige Lohnerhöhung für die Desinfektoren stimmt die Minderheit (12 Stadtverordnete), für Überweisung des Antrages Jasper zur Prüfung an die Lohndeputation die Mehrheit der Versammlung.

Zu Kap. IV, Nachtwachen.

Stadtv. Schmidt: Auf Seite 25 findet sich unter der Rubrik „Nebenarbeit für die Nachtwachmannschaften“ auch ein Satz, der sagt: daß Nebenarbeit

während des Dienstes, d. h. zu Privatzwecken, nicht gestattet sei. Das mag richtig sein, daß während des Dienstes Nebenarbeit nicht gestattet ist, aber mir erscheint es in weitem Umfange ratsam, eine Sache zur Sprache zu bringen, die meinem Erachten nach auch nicht richtig ist: Das betrifft die Arbeit der Nachtwachmannschaften am Tage. Wir wissen, daß die Nachtwachmannschaften am Tage ihr Handwerk als Schneider, Schuhmacher usw. ausführen, haben auch einige Wächter, die bei einem Arbeitgeber ihre Arbeit verrichten und nur eine Stunde weniger arbeiten. Ich halte es unter allen Umständen für bedenklich, daß dies zulässig erscheint. Wenn der Mann zu Hause arbeitet, kann er sich ja noch einrichten, sich zur rechten Zeit ausruhen und sich aufs Ohr legen. Wenn jemand aber die übliche Arbeitszeit zum Teil einhält und am Tage vielleicht 7 Stunden arbeiten soll, und dann noch pflichtgemäß seine Nachttunden als Wächter vollbringen, so ist das unmöglich. Was würde ein Arbeitgeber sagen, wenn sich seine Arbeiter noch die halbe Nacht zu Hause beschäftigen würden? Bei 17 oder 18 Stunden Arbeit kann keiner leistungsfähig sein. Ich mache, wie gesagt, dabei allerdings einen Unterschied zwischen dem, der zu Hause für sich arbeitet, und demjenigen, der außer dem Hause seinem bestimmten Gewerbe nachgeht, und bin der Meinung, derartige Arbeiten müßten untersagt werden, zumal in den Fällen, wo gelernte Handwerker ihren Beruf um einige Pfennige unter dem üblichen Stundenlohn ausüben. Sie werden dadurch zu Konkurrenten gegen die Arbeiter, die ein Interesse daran haben, die Tariffätze hochzuhalten.

Daß auf Unordnung der Polizeidirektion Nachtwachmannschaften auch am Tage zu Diensten herangezogen werden können, das erscheint eigenartig. Wenn man die Zahl der Überstunden, die zu diesem bestimmten Zwecke geleistet worden ist, ansieht, dann muß man sich sagen: Hier hätte der Magistrat als Arbeitgeber einmal die Frage zu prüfen, ob das, was die Herzogliche Polizeidirektion verlangt — daß, wenn besondere Gelegenheiten vorliegen, das Einspringen der Nachtwachmannschaften geboten erscheint —, auch notwendig ist, denn es kann sich nicht darum drehen, einen Appell der Nachtwachmannschaften am Tage abzuhalten, sie zur Parade antreten zu lassen, wenn es der Polizei beliebt. Diese besonderen Gelegenheiten, die die Polizeidirektion vorwendet, müßten einmal nachgeprüft werden, ob es auch wirklich zutreffende Gelegenheiten sind. Welches Interesse hat die Stadt daran, ihre Nachtwachmannschaften an die Polizeidirektion abzugeben? Es erscheinen in der Tabelle 2—3 Stunden für 58 Mann, und zwar zu Zeiten, wo die Arbeiter Versammlungen angesetzt hatten. Der Verkehrsverein oder der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs werden an der Ausbietung dieser Schutztruppen kein Interesse haben, denn sie ist geradezu zu einer Verkehrsstörung geworden. Der Magistrat soll einmal nachprüfen, ob in Wirklichkeit diese Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu wünschen sind, ob dazu die

Wünsche auf Heranziehung der Nachtwächter erfüllt werden sollen oder nicht. Ich möchte bezweifeln, daß die Stadt ein Interesse daran hat. Das mag der Fall sein, wenn die Polizeidirektion die Wächter nötig hat, um das Eigentum zu schützen und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Aber durch das Aufziehen der Polizeimannschaften bei den bekannten Gelegenheiten ergeben sich erst die Mißverhältnisse, und daß die Stadt die Hand dazu bieten soll, vermag ich nicht einzusehen. Wenn man für solche Überstunden ca. 500 *M* ausgibt und die andere Seite ansieht, so sind für Prämien, weil ein Spitzbube gefaßt ist, im ganzen Rechnungsjahr 12 *M* ausgegeben. Wir haben genug Fälle von Diebstählen zu verzeichnen, und wenn zwei Wächter im ganzen Jahre zusammen 12 *M* für Ergreifung von Dieben bekommen haben, so erscheint das gegenüber der anderen Ausgabe wie Nacht zum Tage. Wir haben so oft Einbrüche zu verzeichnen gehabt, daß ich wünschen möchte, die Nachtwachmannschaften könnten voll und ganz ihren Dienst erfüllen und würden nicht durch Paroleausgaben, Tagesdienst und gewerbsmäßige Arbeit aus ihren Grenzen gebracht. Aus diesen Gründen wünsche ich, daß der Magistrat prüft, ob die Polizeidirektion bei bestimmten Anlässen verlangen kann, daß unsere Nachtwachmannschaft antritt, und daß das auch verneint werden kann, besonders, wenn sie aufgeboten wird, um auf dem Bohlwege zu stehen, wenn die Versammlungsteilnehmer aus Arbeiterkreisen nach Hause kommen. Mit dem Gummiknüppel am Tage aufzupassen, dazu sind sie nicht da, sondern um des Nachts aufzupassen. Wenn ich daran denke, daß auf dem Damm und auf der Münzstraße nachts Einbrüche vorkommen, dann muß ich sagen, haben wir alle Ursache, dem Nachtwachwesen unsere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Die Polizeidirektion würde zweifellos auch unseren Bürgern und Geschäftsleuten einen Dienst leisten, wenn sie die Nachtwachmannschaften zu Sachen verwendete, wozu sie da sind, und nicht zu Sachen, mit denen sie herbeiführt, was sie verhüten sollte. Darum wünsche ich, daß der Magistrat diese Sache prüft und der Polizeidirektion auf ihr Verlangen einmal sagt: Dazu geben wir die Nachtwächter nicht wieder her, weil es überflüssig ist.

Stadtrat von Frankenberg: Die Frage, inwieweit die Nachtwächter berechtigt sind, außerhalb ihrer Dienstzeit eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und ferner die Frage, inwieweit die Herzogliche Polizeidirektion das Recht hat, bei besonderen Anlässen gegen Bezahlung die Hilfe der Nachtwächter auch bei Tage in Anspruch zu nehmen, ist eingehend vor zwei Jahren von den geehrten Herren beraten worden. Die städtischen Behörden haben sich über bestimmte Grundsätze geeinigt, die einen Teil der Anweisung der Wächter bilden. Wenn die Herren wünschen, die Grundsätze zu ändern, so möchte ich um Anträge bitten. Dazu wird allerdings heute nicht Gelegenheit sein, sondern sie würden wohl als selbständige Anträge ge-

stellt werden müssen. Daß der Stadtmagistrat nicht Grund gehabt hat, bei einer Beschäftigung der Nachtwächter durch die Polizeidirektion, die sich auf 2—3 Stunden für die große Mehrzahl der Wächter erstreckt hat, einzugreifen, ist wohl erklärlich, denn daß dadurch die Tätigkeit der Wächter in der Nachtzeit in empfindlicher Weise gestört würde, ist bei der Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit unserer städtischen Wächter, die ich gern anerkenne, wohl nicht anzunehmen.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Stadtrat von Frankenberg hat gemeint, die Überstundenarbeit für die Polizeidirektion, die Gummiknüppelarbeit, wäre gering. Das ist wohl aber so, daß 59 Überwächter und Wächter je 3 Stunden, am 26. April 3½ Stunden, am 1. Mai 1912 2½ Stunden (Hört, hört!), weiter am 8. Mai 2½ Stunden, am 12. Mai (wieder ein Versammlungstag) 2½ Stunden, am 1. September 2½ Stunden, und weiter noch am 17. November tätig gewesen sind. Wenn sie das billigen, dann beweisen Sie nur, daß Sie auch den Gummiknüppel gern regieren lassen wollen.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, solche Insinuationen der Versammlung nicht einzufloßen.

Stadtv. Dr. Jasper (fortfahrend): Der Herr Stadtrat hat genickt, er ist also einverstanden; das ist so recht national-liberal. 700 M für die Desinfektoren wollen Sie nicht bewilligen, und hier gibt man für verkehrsfeindliche, aufreizende, zum Kampf ermunternde Handlungen unnütz städtische Gelder aus! Das muß kritisiert werden, besonders dann, wenn der Herr Stadtrat sagt: Das sind nur wenig Überstunden, die geleistet werden müssen. Diese Zahlen, die der Herr Stadtrat kennt oder kennen sollte, wenn er auch die Invalidenkneberei der Desinfektoren nicht gekannt hat, zeigen, daß doch eine erhebliche Arbeit geleistet wird.

Stadtv. Loeschigt: Ich wollte Herrn Dr. Jasper nur erwidern, daß es keine städtischen Gelder sind, mit denen die Wächter für die Überstunden bezahlt sind, sondern daß sie dafür aus Staatsmitteln bezahlt werden.

Stadtv. Ribbentrop stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Dem Antrage wird vom Herrn Vorsitzenden entsprochen.

Zu Kap. V, Städtische Bauverwaltung.
Antrag Schulze f. S. 276.

Stadtv. Schulze (zur Begründung): Bei Durchsicht der Lohnübersicht habe ich gefunden, daß noch Stundenlöhne von 35 Pfg. gezahlt werden. Es trifft ja zu,

daß am 1. April 1912 die Stundenlöhne um 2 und 3 Pfg. erhöht sind, aber das kann mich nicht umstimmen, meinen Antrag nicht zu stellen. Wenn man bedenkt, daß die Preise für die Mieten und für die Lebensmittel in den letzten Jahren stark gestiegen sind, daß ferner in erster Linie die Stadt die Pflicht hat, vorbildlich zu wirken und auch ihren Arbeitern Löhne zu zahlen, die den Verhältnissen sich anpassen, so ist dieser Lohnsatz meiner Auffassung nach unbedingt zu niedrig. Ich habe in Privatbetrieben Umfrage gehalten, in Fabriken und wo sonst Arbeiter bei Unternehmern beschäftigt werden, und habe erfahren, daß derartige Lohnsätze wenig oder gar nicht bekannt sind. In Konservenfabriken z. B. werden Löhne von 40 Pfg. und darüber bezahlt. Ich meine, ein Stundenlohn von 40 Pfg. sollte der mindeste für städtische Arbeiter sein; das würde bei 300 Arbeitstagen einen Jahresverdienst von 1200 M ergeben, was jedenfalls einem Arbeiter nicht ermöglicht, von seinem Einkommen in Überfluß zu leben. Der bekannte Professor Lujjo Brentano hat in den 90er Jahren einen Ausspruch getan, daß ein Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen zu seinem Auskommen ein Einkommen von 2000 M gebrauche. Sie werden selbst die Verhältnisse beurteilen können, wie sie momentan liegen, und mir zustimmen, daß ein Lohnsatz von 35 Pfg. zu niedrig ist. Aus diesem Grunde bin ich zu dem Antrage gekommen, daß die Löhne in der Weise erhöht werden, daß der Stundenlohn wenigstens 40 Pfg. beträgt. Es wird allerdings jedenfalls vom Magistrat die Entgegnung kommen, die dadurch verursachte Mehrbelastung würde zu hoch sein. Ich habe aber das Empfinden, daß es der Stadt nur von Nutzen sein könnte, wenn sie leistungsfähige Arbeiter sich erhielte. Es ist eine Bemerkung in der Übersicht enthalten, in der gesagt wird, daß bei den Straßenbauarbeitern infolge der großen Anzahl und des häufigen Wechsels der Arbeiterschaft die genaue Feststellung der Krankheitstage erheblichen Schwierigkeiten begegnet. Dadurch wird in dem Bericht zugegeben, daß fluktuierende Arbeiter vorhanden sind. Das wird sich daraus herleiten, daß die Löhne zu niedrig sind. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen, damit es den städtischen Arbeitern in den städtischen Betrieben auch einigermaßen wohl gefällt.

Vorsigender: Wollen Sie den Antrag in derselben Weise stellen, wie Herr Dr. Jasper, daß die Erhöhung sofort eintreten soll, oder wollen Sie eine Abänderung des Antrages vornehmen, daß er der Lohndeputation zur Prüfung übergehen wird, oder verzichten Sie auf den ersten Antrag? (Der Herr Antragsteller wünscht die beiden ersten Abstimmungen.)

Oberbürgermeister Hetemeyer: Herr Stadtv. Schulze meinte, der Magistrat würde erwidern, daß die Stadt die aus dem Antrage folgenden erhöhten Löhne nicht aufbringen könnte. Ich habe zu erklären, daß der Magistrat das nicht er-

widern wird. Der Magistrat hat bei Bemessung der Löhne sich niemals auf den Standpunkt gestellt, daß es für die Stadt zu teuer würde, angemessene Löhne zu zahlen. Bei den Gehältern der Beamten hat der Magistrat allerdings hier und da gesagt, daß bei Bemessung mit Rücksicht auf die gewaltigen Summen zu hoch gegangen sei. Sollte die geehrte Versammlung den Wunsch hegen, die Löhne in der vorgetragenen Weise zu erhöhen, so stehe ich persönlich auf dem Standpunkte, daß Sie ebenso gut wissen müssen wie wir, welche Löhne in der Stadt angemessen sind, und wir werden tunlichst darauf Rücksicht nehmen, d. h. wir werden prüfen — ebenso wie die Deputation, wie ich vorhin schon gesagt habe —, ob die Löhne der einzelnen Gruppen richtig abgewogen sind.

Für sofortige Erhöhung der fraglichen Löhne nach dem Antrage Schulze erklärt sich in der Abstimmung die Minderheit (9 Stadtverordnete), für Überweisung an die Lohndeputation zur Prüfung die Mehrheit (18 Stadtverordnete).

K a p. XII, S c h l a c h t h a u s.

Stadtv. **Diedmann:** Es wird kaum allgemein bekannt sein, daß im städtischen Schlachthause ein Nachtwächter seit 18 Jahren beschäftigt ist, welcher in dieser Zeit nicht einen einzigen Sonntag freigehabt hat. Während die Hallenmeister, welche die Pfortner ablösen, als Entschädigung 4 *M* pro Tag bekommen, erhält der Nachtwächter, welcher den Dienst für die Aufseher mit versehen muß, hierfür keine Entschädigung. Die städtischen Wächter sind jede 11. Nacht dienstfrei, aber der Schlachthauswächter hat, wie gesagt, einen freien Sonntag noch nicht gehabt.

Dann möchte ich noch erwähnen, daß die Arbeiter, seitdem das dänische Fleisch eingeführt wird, mit verpflichtet werden, dieses Fleisch aus den Eisenbahnwagen in das Kühlhaus beim Schlachthaus abzutragen. Wer diese Arbeit gesehen hat und weiß, wie sie vorzunehmen ist, wird anerkennen müssen, daß es ein berechtigtes Verlangen ist, wenn die Leute für das zerrissene Zeug, welches sie bei dieser Arbeit bekommen, eine gewisse Entschädigung haben möchten. Ich bin verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich durch Verrichtung dieser Arbeit ihr Arbeitszeug in ungeheurem Grade leidet. Ich möchte bitten, daß die Schlachthausverwaltung angewiesen wird, für diese Arbeit eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, damit diese Arbeiter schadlos gehalten werden können.

Stadtrat **von Frankenberg:** Herr Diedmann hat sich die Sache recht unbequem gemacht, so gut er es mit den angeführten Leuten meint. Er hätte sich sollen an das neue Mitglied der Schlachthausdeputation, Herrn Diedmann, wenden, damit dieser in der Deputation seine Ansprüche geltend macht. Das neue Mitglied der Deputation kann überzeugt sein, daß derartige Anregungen immer mit Dankbarkeit entgegengenommen werden.

Stadtv. **Diedmann:** Ich hätte mich ungeheuer gefreut, wenn mir im Schlachthausausschuß Gelegenheit gegeben wäre, über diese Sache das Wort ergreifen zu können. Leider ist die Zeit dort immer so knapp bemessen, daß den Deputationsmitgliedern kaum Gelegenheit bleibt, sich hierüber zu äußern. Ich glaube deshalb, die heutige Versammlung sei der rechte Zeitpunkt für Äußerung meiner Wünsche.

Stadtv. **Voelshigt:** Nachdem die Vorlage hier im Schriftstück erledigt ist, hat die Finanzkommission Ihnen noch mitzuteilen, daß auf Antrag des Herrn Jasper für das nächste Jahr die Lohndeputation gebeten werden soll, über die den Arbeitern im städtischen Pflegehause gezahlten Löhne eine Aufstellung in die Lohnübersicht mit aufzunehmen. Die Finanzkommission hat dem Antrage Folge gegeben und bittet Sie durch mich, dem Ersuchen zuzustimmen.

Die Versammlung schließt sich dem Wunsche an.

20. Instandsetzung verschiedener Straßen der Innenstadt.

Stadtv. **Frühling:** Der Magistrat hat an die Stadtverordnetenversammlung eine Anzahl von Projekten über die Instandsetzung von innenstädtischen Straßen gesandt, von denen er einige zur Ausführung vorschlägt.

Zunächst handelt es sich um die Instandsetzung des Bohlwegs zwischen Dankwardstraße und Hagenscharrn, dann um den Hagenscharrn und um die Ostseite des Ruhfäutchenplatzes. Die Instandsetzung dieser drei Straßenzüge war bereits für das Jahr 1912/13 in Aussicht genommen, hat jedoch zurückgestellt werden müssen, weil die mit dem Staat eingeleiteten Verhandlungen wegen Abtretung von Grundflächen, die nach dem Ortsbauplan von dem Grundstück des neuen Regierungsgebäudes den fraglichen Straßen zuzulegen sind, im Vorjahr nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, was jetzt aber geschehen ist. Auf dem ausgehängten Pläne sind die von der Stadt zu erwerbenden Flächen rot eingetragen. Ihre Größe beträgt für den Bohlweg 307 qm, für den Hagenscharrn 139 qm, für den Ruhfäutchenplatz 84 qm. Über die Preise ist vereinbart, daß für das Quadratmeter am Bohlweg 160 M, am Hagenscharrn 100 M und am Ruhfäutchenplatz 130 M von der Stadt gezahlt werden sollen. Es sind demnach ziemlich große Flächen zu erwerben, und wir müssen dafür die sehr hohe Summe von 72 820 M bezahlen. Das ist die Folge davon, daß seinerzeit durch den Ortsbauplan festgestellt worden ist, daß diese Flächen den genannten Straßen zugelegt werden sollen.

Nun ist seitens des Herzoglichen Staatsministeriums der Wunsch ausgesprochen, es möchte die Fahrbahn der drei Straßen asphaltiert werden. Bei einem Eingehen auf diesen Wunsch ist nach Ansicht des Magistrats ein Unterschied

zu machen zwischen dem Hagenscharrn einerseits und dem Ruhfäutchenplatz und dem Bohlwege andererseits. Die Befestigung der ersteren Straßen ist so abgänglich, daß sie des Ersatzes bedarf, so daß hier dem Wunsche des Ministeriums ohne weiteres entsprochen werden kann. Dagegen ist die Straßenbefestigung am Bohlweg nicht abgänglich, sondern die Neubefestigung wird durch die Errichtung des Regierungsgebäudes veranlaßt und insbesondere die Asphaltierung nur auf Wunsch des Ministeriums vorgenommen werden. Deshalb hat der Magistrat mit dem Ministerium verhandelt und um einen Zuschuß zu den Kosten ersucht, auch um deswillen, da Bedenken vorliegen, ob die Anlieger dieser Straßen zu den statistischen Kostenbeiträgen für Neubefestigung der Straße herangezogen werden können. Das Herzogliche Staatsministerium hat die Berechtigung dieser Forderung anerkannt und die Leistung eines Staatszuschusses von 20 000 *M* zugesagt.

Die Instandsetzung der drei Straßen veranlaßt einen Kostenaufwand von 50 500 *M*, nach Abzug des Staatszuschusses bleiben als Ausgabe für die Stadt 30 500 *M*. Hierzu der Aufwand für den Terrainerwerb mit 72 820 *M* gerechnet, ergibt eine Ausgabe von 103 320 *M*, so daß von den im Etat ausgesetzten 138 200 *M* für Instandsetzungsarbeiten der innenstädtischen Straßen nur 34 880 *M* zur Verfügung bleiben würden. Da der Magistrat aber der Meinung ist, daß dem von den städtischen Behörden wiederholt ausgesprochenen Wunsche, die Instandsetzung der innenstädtischen Straßen stark fortzuschreiten zu lassen, Folge gegeben werden soll, so schlägt er vor, die 72 820 *M* für Grunderwerb nicht dem Straßenbaufonds zur Last zu legen, sondern besonders zu verwilligen. Dadurch würde der Dispositionsfonds für Straßenbauten wieder auf 107 700 *M* wachsen. Diesem Vorschlage werden sich wohl auch die Herren im Plenum anschließen, die Baukommission hat ihm vollständig zugestimmt.

Der Magistrat stellt dann den Herren zur Wahl, welche Straßen sie bei Verwendung dieses Betrages neu bepflastern wollen. Es kommen in Betracht:

Die Wilhelmstraße zwischen Steinweg und Fallerleberstraße mit einem Kostenbetrage von 85 000 *M*,
 der Platz an der Martinikirche (43 000 *M*),
 die Gördelingerstraße zwischen Neuestraße und Hintern Brüdern (36 000 *M*),
 der Döschlögern zwischen Ruhstraße und Ackerhof (20 000 *M*),
 und die Wüsteworth (6000 *M*).

Da es der Wunsch des Magistrats ist, die zur Verfügung stehenden 107 700 *M* nicht allzusehr zu überschreiten, so würde entweder die Instandsetzung der Wilhelmstraße oder die des Platzes an der Martinikirche und der Gördelingerstraße zurückzustellen sein. Der Magistrat schlägt vor, die beiden letzteren zurück-

zustellen und ihre Instandsetzung erst im nächsten Jahre auszuführen, in diesem Jahre aber die Wilhelmstraße, den Elschlägern und die Wüstenworth neu instand zu setzen. Dadurch würden die zur Verfügung stehenden Mittel nur um wenige tausend Mark überschritten, was als zulässig zu erachten ist. Ich glaube, auch dieser Vorschlag des Magistrats wird die Zustimmung der geehrten Herren finden.

Die Ausführung der Neuinstandsetzung des Bohlwegs, Hagenscharrns und Ruhfäutchenplatzes ist an dem ausgehängten Plane zu sehen. Wie schon gesagt, wird die Fahrbahn mit Asphalt befestigt, die Fußwege sollen mit Welpfer Sandsteinplatten belegt werden. Aus dem Vertrage mit der Staatsregierung ist noch zu erwähnen, daß darin ein Passus enthalten ist, der die Gestaltung des Fußweges am Hagenscharrn im Einverständnis mit der Baukommission in der Weise vorsieht, daß es dem Staat vorbehalten bleibt, zwischen dem Fußwege und dem Gebäude einen Streifen mit Rasenflächen anzulegen. Die Kosten hierfür sind also in dem Kostenanschlage nicht enthalten.

Der Magistrat beantragt, die vorgelegten Projekte für diese drei Straßenzüge zu genehmigen und die dazu erforderlichen Mittel, einschließlich der Kosten des Grunderwerbs zu bewilligen, ferner ihn zum Abschluß des erwähnten Vertrages mit dem Herzoglichen Staatsministerium zu ermächtigen.

Wenn Sie wünschen, will ich Ihnen den Vertrag vorlesen. Es steht aber nichts weiter darin, was für die Herren besonders wissenswert ist, als was ich schon berichtet habe. — Die Baukommission hat die Sache geprüft und ist damit einverstanden. Sie empfiehlt Ihnen, die drei Projekte vorbehaltlich der Vertragseinschränkung zu genehmigen, die Straßenbaukosten aus Kap. X. und die Grunderwerbskosten aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen, und den Magistrat zu ermächtigen, den genannten Vertrag abzuschließen.

Betreffs der andern Straßen würden sich die Herren zu entscheiden haben, ob sie dem Magistratsvorschlage zustimmen, zunächst die Wilhelmstraße, den Elschlägern und die Wüstenworth instand setzen zu lassen, und den Platz an der Martinikirche und die Gördelingerstraße zurückzustellen. Der Magistrat schlägt vor, daß Sie auch für die drei zuerst genannten Straßen die Mittel aus Kap. X. des ordentlichen Etats bewilligen.

Für die Wilhelmstraße hat der Magistrat nicht ein fertig ausgearbeitetes Projekt vorgelegt, sondern macht den Herren den Vorschlag, sich unter den fünf Skizzen, die ich hier ausgestellt habe, eine auszuwählen, nach der die Straßenanlage ausgeführt werden soll. Dieser Vorschlag ist deshalb gemacht, damit die unnötige Arbeit für genaue Ausarbeitung der Projekte vermieden wird. Es läßt sich für und gegen jede Skizze etwas anführen (Redner erläutert an Hand der Skizzen die Ausführung).

Der Magistrat empfiehlt die Skizze II zur Ausführung. Die Baukommission hat sich nach längerer Erörterung diesem Antrage angeschlossen und empfiehlt Ihnen, sich ebenfalls für II zu entscheiden. Es ist bei dieser Anordnung wesentlich, daß wir die Gestaltung der Straße später noch ändern können.

Stadtv. **Frede:** Soweit ich mich erinnere, ist in dem Begleit Schreiben zum Etat in erster Linie empfohlen, in diesem Jahre die Instandsetzung des Platzes an der Martinikirche und der Görtelingerstraße vorzunehmen. Es tut mir sehr leid, daß man hiervon abgewichen ist. Wenn man die Wahl hat, so soll man diejenigen Straßen bevorzugen, welche vom Verkehr besonders betroffen werden, und dann ist es keine Frage, daß ein Platz wie der an der Martinikirche mehr Beachtung verdient als die Wilhelmstraße, die Wüstenworth und der Elschlägern. Die Fortsetzung des Elschlägern, die Straße Am Magnitor, ist wohl belebt, aber die kommt hier nicht in Frage. Im übrigen handelt es sich darum, ob die Instandsetzung ein Jahr früher oder später stattfinden soll, und da bin ich der Meinung, daß die Wilhelmstraße die Zurücksetzung wohl noch ein Jahr vertragen kann. Ich möchte sehr darum bitten, daß der Platz an der Martinikirche und die Görtelingerstraße bevorzugt werden, und möchte das hiermit beantragen. Sollte das abgelehnt werden, dann lassen sich wohl auch noch andere Kombinationen treffen, etwa daß der Platz an der Martinikirche, der Elschlägern und die Wüstenworth ausscheiden.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich muß zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben, daß eine derartige Vorlage, bei der nicht unerhebliche Mittel bewilligt werden sollen, uns nicht vervielfältigt in die Hand gegeben ist. Wenn man den Ausführungen folgt, kann man sich wohl ein Bild des Geforderten machen, es bleiben aber immer noch viele Fragen zu lösen, die man erst dann wirklich lösen kann, wenn man an Ort und Stelle einmal die Sache angesehen hat. Auf der Tagesordnung steht: „Instandsetzung verschiedener Straßen“; dabei wußte man nicht, um was es sich handelt. Deshalb ist es schwer, hier ein Urteil zu fällen. Mir ist es noch besonders schlecht gegangen. Ich hatte angenommen, es handelte sich um Punkt 20 „Erneuerung des Elsfarbenanstrichs“ und bin bei dieser weniger wichtigen Sache dem Vortrage des Herrn Referenten nicht gefolgt, so daß mir der erste Teil seiner Ausführungen entgangen ist. Ich möchte bitten, daß in Zukunft, wenn derartige, erhebliche Geldmittel erfordernde Sachen an uns herangebracht werden, uns die Vorlage zugänglich gemacht wird.

Über den Wettbewerb der Straßen, ob die eine oder die andere eher ausgebaut werden soll, will ich mich nicht äußern. Ich gönne es am liebsten beiden.

Von den Projekten für die Wilhelmstraße will mir auch das vom Magistrat vorgeschlagene sehr gut gefallen, und ich habe auch nichts dagegen einzuwenden,

daß der Bohlweg instand gesetzt wird; es ist zu wünschen, daß dort bald Ordnung eintritt. Ich habe mich hauptsächlich deshalb zum Wort gemeldet, um zu besfürworten, daß die beiden Straßenzüge, besonders die Wilhelmstraße, mit gärtnerischen Anlagen verschönt werden und Anschluß an die gärtnerischen Anlagen südlich von der Katharinenkirche gewonnen wird. Ich erlaube mir auch, das Augenmerk unserer städtischen Verwaltung auf den Platz an der Nordseite der Katharinenkirche zu lenken. Nach der Fallerleberstraße zu haben wir dort das dickköpfige Steinpflaster; was als eine Rarität aus früheren Jahrhunderten vom Fremdenverkehrsverein wohl als besondere Sehenswürdigkeit Braunschweigs aufgenommen werden kann, aber ich bezweifle, daß dieses Pflaster für die Bürger großen Nutzen hat. Dem Verkehr dient es nicht, jeder geht in weitem Bogen darum herum. Da aber eine Anstalt sich dort befindet, die sehr oft frequentiert wird, läuft manchmal doch einer darüber hinweg. Was man an der Südseite der Kirche so gut durchgeführt hat, könnte man auch auf diesem Platze, ohne den Verkehr erheblich zu stören, einrichten. Ich glaube auch, die Kirche als Bauwerk würde dadurch gewinnen; es würde das eine grüne Oase mehr sein, die für die Anziehungskraft unserer Stadt von Vorteil wäre.

Vorsigender: Ich erkläre mich bereit, der eingangs seiner Worte von Herrn Dr. Jasper gegebenen Anregung zu entsprechen.

Von Herrn Frede ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Versammlung wolle sich für Pflasterung des Platzes an der Martinikirche und der Gördelingerstraße entscheiden.

Eventualantrag: Die Versammlung wolle sich für die Pflasterung der Gördelinger- und der Wilhelmstraße entscheiden.“

Stadtv. Loeßhigt: Meine Herren. Das Schmerzenskind bei Neuinstandsetzung unserer Straßen ist seit jeher der Platz an der Martinikirche. Solange ich in der Versammlung sitze, hat es ein um das andere Jahr bei dem Pflasterungsfonds gehießen, es sei dafür noch kein Geld vorhanden. Wenn wir von der Wilhelmstraße und diesem Platze eins wählen sollen, so sollte doch der Platz vor unserem Ständehause zuerst genommen werden. Da sind die Pflastersteine noch vieler, und der Platz ist stark begangen, gerade weil er vor dem Ständehause liegt. Im Interesse des Fremden- und des Marktverkehrs wäre seine Instandsetzung angebracht. Sehen Sie sich den Marktplatz mit den Fetzflecken, wo die Buden gestanden haben, einmal an. Schön ist er nicht, wenn er auch rechts und links an der Kirche gärtnerische Anlagen bekommen hat, denn wenn der liebe Herrgott nicht ein Eingehen hat und die Pflanzen durch den Regen befruchtet, dann vertrocknen die

Anlagen. Ich freue mich ja, daß sie geschaffen sind, aber besser wäre es, wenn etwas intensiver für Pflege gesorgt würde.

Stadtv. **Fride:** Ich möchte dem Herrn Vorredner und auch Herrn Frede entgegenreten. Ich verstehe es nicht, wie man den Martinikirchplatz vorziehen kann gegenüber der Wilhelmstraße. Der Martinikirchplatz, wo die Marktfrauen zweimal in der Woche räsonnieren, wird wohl noch ein Jahr lang genügen. Wenn Sie aber den Verkehr auf der Wilhelmstraße und dem Elschlägern ansehen, der doch ganz beträchtlich ist, dann werden Sie mir beipflichten, daß die Instandsetzung dieser Straßen dringend wünschenswert ist. Ich fühle es ja den Herren nach, die in jenem Viertel an der Martinikirche groß geworden sind, daß sie auch dafür eintreten; im allgemeinen muß man aber doch sagen, daß die Instandsetzung der Wilhelmstraße notwendiger ist.

Stadtv. **Frühling:** Über die größere Notwendigkeit der Instandsetzung der einen oder anderen Straße will ich nicht reden. Der Standpunkt der Herren ist wahrscheinlich verschieden, je nachdem sie in dieser oder jener Gegend gewählt sind. (Seiterkeit.) Die Baukommission ist der Meinung gewesen, daß die Instandsetzung der Wilhelmstraße notwendiger sei, als die des Platzes an der Martinikirche, und zwar im Einvernehmen mit dem Magistrat. Nun könnte man an einen Austausch von Elschlägern und Wüsteworth mit der Gördelingerstraße denken. Möglich ist das selbstverständlich, aber es wird deshalb nicht angehen, weil man sich in den Grenzen der Mittel halten will, die zur Verfügung stehen. Für Elschlägern sind 20 000 *M* und für die Wüsteworth 6000 *M* nötig, für die Gördelingerstraße allein schon 36 000 *M*. Das würden schon 10 000 *M* mehr sein, und bei 43 000 *M* für den Martinikirchplatz wäre der Unterschied noch größer. Ich wollte mit diesen Worten noch einmal darauf hinweisen, daß dies der Grund ist, weshalb gerade diese Straßen vom Magistrat und der Baukommission gewählt sind.

Nun hat Herr Dr. Jasper bemängelt, daß die Vorlage nicht gedruckt ist, und der Herr Vorsitzende hat schon zugesagt, daß es in Zukunft bei solchen Sachen geschehen solle. Bisher ist es bei Vorlagen für Straßenbauten nicht üblich gewesen, und zwar nicht deshalb, weil das Nähere den Herren vorenthalten werden soll, sondern weil die Summen in den Etat schon eingestellt sind. Da diese Vorlage aber etwas angeschwollen ist, so habe ich sie eingehend begründet.

Stadtv. **Rasche:** Ich bitte, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen und die Wilhelmstraße neu auszubauen. Wenn man den Platz an der Martinikirche und die Wilhelmstraße vergleicht, muß man doch anerkennen, daß auf der Wilhelmstraße der größere Verkehr ist. Über den Platz an der Martinikirche geht kein

großer Wagenverkehr, überhaupt kein großer Verkehr, besonders abends nicht. Auch das Pflaster auf der Wilhelmstraße ist viel schlechter, als das an der Martinikirche. Deshalb möchte ich nochmals bitten, sich für die Wilhelmstraße zu entscheiden.

Stadtv. Niele: Es wird wohl jedem der Herren so gegangen sein wie mir. Unter der Überschrift „Instandsetzung verschiedener Straßen“ habe ich solche große Vorlage nicht vermutet. Wenn der Herr Vorsitzende der Baukommission sagt, das Vervielfältigen der Vorlagen wäre nicht möglich gewesen, so ist es doch bei manchen anderen Vorlagen gegangen und geht nach meiner Überzeugung auch bei dieser, die so viel schwerwiegende Punkte enthält und so viel Kosten bringt.

Zur Sache selbst muß ich sagen, daß alle Redner recht haben; alle Straßen, die angeführt und in dem vorjährigen Etat berührt sind, haben es nötig. Nun kommt es darauf an, welche von den Straßen wollen wir wählen. Wenn Herr Frede sagt, ein Jahr könne die Wilhelmstraße noch warten, so kann man das auch vom Martinikirchplatz sagen. Herr Loeßigk wartet schon so lange auf Instandsetzung des Martinikirchplatzes. Ich kann mich erinnern, daß länger als 25 Jahre von der Instandsetzung der Wilhelmstraße geredet ist, daß verschiedene Projekte mit Bäumen und Blumenbeeten uns vorgelegen haben, daß die Ausführung aber immer an der Höhe der Kosten gescheitert ist, wenn es hieß, daß 80 000 M. dafür ausgegeben werden müßten. Jetzt ist es endlich so weit, daß uns eine Vorlage für die Wilhelmstraße gemacht wird. Da ist es nicht mehr als in der Ordnung, daß sie endlich einmal neu instand gesetzt wird.

Was die verschiedenen Projekte anbelangt, so ist das erste das teuerste. Bei dem zweiten handelt es sich um eine 10 m breite Fahrbahn, die auf beiden Seiten von breiten Fußwegen begleitet ist. Sollte der Verkehr so wachsen, daß die Fahrbahn nicht mehr genügt, dann wäre es möglich, die eine Seite wegzunehmen und die Fahrbahn zu verbreitern. Jedenfalls wird es ein Schmuckstück werden, wenn wir die Straße so anlegen. Deshalb hat sich auch die Baukommission diesem Projekte angeschlossen, und auch ich bitte, es anzunehmen. Daß es notwendig ist, die Straße neu instand zu setzen, kann niemand bestreiten.

Stadtv. Hartung: Auch auf die Gefahr hin, des Lokalpatriotismus für das Kasselerlebertor bezichtigt zu werden, möchte ich mich doch für die Wilhelmstraße entscheiden. Wenn man abwägt, wo der größere Verkehr ist, dann wird man für diese Straße stimmen müssen.

Ich möchte mir erlauben, bei der Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es, da die Wilhelmstraße als natürliche Fortsetzung des Ritterbrunnens erscheint, einen eigentümlichen Eindruck machen wird, wenn man erstere deforiert und den Ritter-

brunnen in seiner Rahlheit beläßt. Ich möchte dem Magistrat anheimgeben, zu erwägen, ob in dieser Hinsicht nicht etwas geschehen könnte. Ich kann nicht beurteilen, ob es mit technischen Schwierigkeiten verbunden wäre, wenn auch dort das Pflaster aufgenommen und grüne Flächen angebracht würden.

Außerdem möchte ich noch anknüpfen an das, was Herr Kollege Jasper gesagt hat. Er hat angeregt, daß die Nordseite des Platzes an der Katharinenkirche gelegentlich einmal eine Auffrischung erführe. Auch ich halte das für zutreffend, was gegen den jetzigen Zustand ausgeführt ist, möchte aber meinerseits bitten, wenn hier etwas geschehen sollte, es dabei bewenden zu lassen, daß das Pflaster beseitigt wird, der Platz mit einer Grandierung versehen und so als Spielplatz für die Kinder erhalten wird. Der Platz sieht mit seinen großen Linden auch gut aus, wenn keine Rasenflächen angelegt sind.

Bürgermeister Meyer: Der Herr Berichterstatter hat vorhin gesagt, daß die 72 000 M., die als Kaufpreis für das zu erwerbende Gelände um das Regierungsgebäude herum auszugeben sind, verrechnet werden sollen zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden. Das ist ein Irrtum. Der Magistrat hat beantragt, daß sie verwilligt werden sollen zu Lasten des ordentlichen Etats Kap. X. Das ist das Kapitel, zu dessen Lasten die Straßenbauausgaben bestritten werden. Wir wünschen nur, daß die Ausgaben nicht unter der Abteilung von Kap. X verrechnet werden, aus der die Baukosten bestritten werden, sondern daß sie besonders verrechnet werden, aber doch zu Lasten dieses Kap. X.

Stadtv. Bunge: Als Vertreter des Wilhelmitores hätte ich wohl Ursache, mit aller Kraft für den Antrag Frede zu plädieren, aber man muß die Sache doch auch ansehen, wie sie in Wirklichkeit ist. Es wäre ja zu wünschen, daß man an der Martinikirche, wo zweimal Markt abgehalten wird, nicht mehr über die holprigen Steine zu laufen brauchte. Richtiger wäre es aber noch, wenn man die Gördelingerstraße vornähme. Bei der Wilhelmstraße ist das ebenso wünschenswert, und auch für den Elschlägern tut es not, daß etwas geschieht. Die Einwohner sind doch ständig gezwungen, diesen Weg zu benutzen, während bei dem Platz an der Martinikirche doch nur einige Stände in Betracht kommen. Nachdem ich Herrn Frede dieses zugerufen habe, hat er sich ja auch dazu verstanden, mit sich handeln zu lassen, indem er die Gördelingerstraße in Vorschlag gebracht hat. Man muß doch die Vernunft ein klein wenig walten lassen. (Heiterkeit. Vorsitzen der: Das ist bei jedem Stadtverordneten selbstverständlich.) Es würde z. B. erst dann nötig sein, den Platz an der Martinikirche neu instand zu setzen, wenn alle anderen genannten Straßen in Ordnung gebracht sind.

Bezüglich der Pläne für die Wilhelmstraße stehe ich auch auf dem Standpunkte, daß das Projekt II das annehmbarste ist. Ich möchte deshalb bitten, den

Kommissionsantrag anzunehmen, und ferner bitten, die Gördelingerstraße nicht aus dem Auge zu lassen und mit zu berücksichtigen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich möchte den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam machen, daß mir augenblicklich noch drei Projekte von Straßenbauten vorliegen, über die ich nachher zu referieren habe, und die insgesamt die Summe von 80 700 *M* ausmachen. Sollen denn die auch vervielfältigt werden? Es ist bisher noch nie üblich gewesen, daß diese Vorlagen im ganzen gedruckt und den einzelnen Herren zugegangen sind. Das hat auch keinen Zweck. Wenn die Sachen in der Baukommission vorberaten und hier vorgetragen werden, dann können die Einwände, die von anderen Seiten gemacht werden sollen, immer noch vorgebracht werden. Die Sachen zu vervielfältigen, würde die Arbeit ungeheuer vergrößern.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Wir werden in Zukunft die Sachen vervielfältigen lassen, ohne die Anlagen mit abdrucken zu lassen.

Stadtv. **Frede:** Es sind mehr Streiter für die Wilhelmstraße auf dem Plan als für unseren Bezirk. Wenn einem dann die betrübende Tatsache widerfährt, daß jemand aus dem eigenen Bezirk auftritt, der die vorgebrachten Gründe abschwächt, dann ist die Sache ziemlich verloren. Ich fürchte, daß die vorgesehene schöne Ausschmückung der Wilhelmstraße den Sieg davon trägt. Ich habe deshalb in dem Eventualantrag darum gebeten, daß wenigstens ein Teil aus der Altstadt gepflastert wird, nämlich die Gördelingerstraße. Dafür ist ein erheblich geringerer Posten erforderlich als für den Platz an der Martinikirche. Wenn Sie die Wilhelmstraße instand setzen und dazu vielleicht die Wüsteworth und die Gördelingerstraße, dann hat jeder Stadtteil etwas.

Stadtv. **Diedmann:** Als Vertreter des Wilhelmi- und Hohetordistrikts möchte ich nicht verfehlen, ein Wort für den Bezirk zu sagen. Es macht doch einen guten Eindruck (Heiterkeit), wenn wir wenigstens etwas erreichen, wenn wir auch schließlich vor unseren Wählern nicht änglich sind. Ich meine, es wäre angebracht, wenn die Herren dem Vermittlungsvorschlage des Herrn Frede Rechnung trügen. Wir sind ja gewöhnt, in unserm Bezirk etwas rückständig behandelt zu werden. Auch der Wilhelmitortwall — der allerdings den Staat angeht — soll seit 6 Jahren in Ordnung gebracht werden, ist immer noch zurückgesetzt. Ich bitte Sie, in diesem Jahre doch die Gördelingerstraße noch vorzunehmen.

Vorsitzender: Gegen die Instandsetzung von Bohlweg, Hagenscharrn und Ruhfäutchenplatz hat sich niemand gewandt. Ich bitte, zunächst über diesen Teil des Baukommissionsantrages abzustimmen.

Dieser Teil wird angenommen, der Antrag Frede und ebenso der Eventualantrag Frede abgelehnt. Darauf entschließt sich die Versammlung für Instandsetzung der Wilhelmstraße nach Projekt II und hierauf für Instandsetzung des Oßslägers und Wüsteworth.

21. Erneuerung des Ölfarbenanstrichs des Hauses Petersilienstraße 9.

Stadt v. **Friede:** Für das frühere Gebäude des Standesamtes in der Petersilienstraße 9 war vom Magistrat die Erneuerung des Ölfarbenanstrichs für den nächstjährigen Etat in Aussicht genommen. Augenblicklich wird das Haus von der Frauengruppe Braunschweig des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke benutzt. Diese Damen haben beantragt, mit dem Anstrich nicht bis zum nächsten Jahre warten zu wollen, sondern ihn alsbald vorzunehmen, und erbieten sich in diesem Falle zu den im ganzen 520 *M* betragenden Kosten 150 *M* zuzahlen. Der Magistrat ist damit einverstanden und fordert uns auf, die fehlenden 370 *M* zu bewilligen.

Die Baukommission hat sich anders entschlossen und bittet, den ganzen Betrag zu bewilligen, denn die Frauengruppe braucht das Geld nötiger, und es würde einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn die Stadt sich von ihr einen Betrag zahlen ließe, den zu leisten eigentlich der Stadt zukommt.

Der Betrag von 520 *M* wird bewilligt.

22. Veränderungen an den Gas- und Wasserhauptrohren, Auswechslung von Hydranten und Einführung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Wohlwege zwischen Dankwardstraße und Hagenscharrn.

Stadt v. Dr. **Jasper:** Ehe die Fußsteige und die Fahrbahn vor dem neuen Behördenhause am Wohlwege in Ordnung gebracht werden, wie heute beschlossen ist, will die Verwaltung der Stadt die Gelegenheit benutzen, Ergänzungen und Veränderungen an den Gas- und Wasserhauptrohren vorzunehmen und die Unterflurhydranten in Oberflurhydranten umzuwechseln, und beantragt, die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von 1200 *M* zu bewilligen. Um nun das neue ministerielle Haus in das rechte Licht zu setzen, beantragt der Magistrat ferner, in diesem Teile des Wohlwegs bis zum Hagenscharrn Preßgasbeleuchtung einzuführen, und zwar sollen an Stelle der 6 Gasglühlichtlaternen 4 Preßgaslaternen aufgestellt werden, wofür die Kosten zu 2160 *M* veranschlagt sind. Die laufenden Mehrkosten gegenüber der jetzigen Beleuchtung würden mit 900 *M* pro anno zu verwilligen sein.

Die Finanzkommission pflichtet nicht nur den Vorschlägen des Magistrats bei, sondern geht über seine Vorschläge hinaus und sagt: Wenn dieser Teil des Bohlwegs von der Kreuzung des Steinwegs bis zum Hagenscharrn mit Preßgas versehen ist, dann sieht es sonderbar aus, wenn die Strecke des Bohlwegs vom Hagenscharrn bis Fallersleberstraße mit anderen Laternen beleuchtet sein würde, und sie beantragt, daß auch dieser Teil des Bohlwegs mit Preßgas beleuchtet werden soll, wozu 3 bis 4 Laternen erforderlich sein werden. Die Kommission ist ferner der Meinung, daß man es der Verwaltungsdeputation der Lichtwerke und dem Magistrat überlassen könne, die Standorte für die Laternen auszusuchen, und bittet Sie, den Magistratsantrag in diesem erweiterten Sinne anzunehmen. Alle erforderlichen Mittel sollen bewilligt werden zu Lasten der Kammereikasse.

Stadtv. Frede: Es scheint ein Widerspruch zwischen den Ansichten der Baukommission und der Finanzkommission vorzuliegen. Die Versammlung hat sich seinerzeit für die Ansicht der Baukommission ausgesprochen, und wir können wohl eine Schwenkung ohne weiteres nicht mitmachen. Es handelt sich um folgendes: Ich habe im Frühjahr den Antrag eingebracht, die Poststraße, den Altstadtmarkt und die Sonnenstraße mit Preßgasbeleuchtung zu versehen. In der Baukommission ist dann ausgeführt worden, daß möglicherweise aus diesen oder jenen Gründen die elektrische Beleuchtung vorzuziehen sei, welcher Ansicht sich die Baukommission angeschlossen hat. Die Versammlung hat demgemäß beschlossen, sich nicht für die Preßgasbeleuchtung zu entscheiden, sondern daß es dahingestellt bleiben solle, ob diese oder eine andere Beleuchtung ausgeführt werden soll. Wenn damals schon geäußert wurde, daß die elektrische Beleuchtung vielleicht billiger werden würde und mehr zu empfehlen sein würde als die Preßgasbeleuchtung, so ist das Moment heute in noch stärkerem Grade anzuführen. Ich habe gelesen, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft jetzt Lampen konstruiert hat, die nur $\frac{1}{2}$ Watt statt 1 Watt pro Kerze brauchen, wodurch die elektrische Beleuchtung erheblich verbilligt wird. Die Einzelheiten kann ich ja nicht übersehen. Wenn wir aber analog unserem früheren Beschlusse uns nicht für diese Preßgasbeleuchtung heute entscheiden, sondern die Art der Beleuchtung dahingestellt sein lassen, dann hat es der Magistrat ja in der Hand, das Beste auszuwählen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Der Magistrat kann Herrn Frede dankbar sein für die Freiheit, die er ihm lassen will, ich habe aber doch schwere Bedenken gegen einen solchen Beschluß. Wir haben diesen Vorschlag gemacht, weil wir verhindern wollen, daß die Straße alsbald wieder aufgerissen werden muß, um Rohre für Preßgas oder elektrische Kabel herzurichten. In gewisser Weise ist der Vorwurf nicht unbegründet, daß die Frage: Sollen wir in der Zukunft zu elektrischer Be-

leuchtung oder zu Preßgas übergehen? noch nicht entschieden ist, aber so einfach ist die Sache nicht. Ich habe gestern noch mit Herrn Direktor von Feilisch darüber verhandelt; ein Bericht darüber ist noch nicht eingegangen. Es handelt sich im wesentlichen um die Frage, ob die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft oder das Elektrische Lichtwerk, wenn wir zu elektrischer Straßenbeleuchtung übergehen, unter die im Vertrage festgesetzten Preise heruntergehen will. Daß es erheblich billiger werden wird, wenn wir zur Straßenbeleuchtung statt des Preßgases elektrisches Licht nehmen, möchte ich entschieden bezweifeln. Das kommt doch mit darauf an, wie wir unser Gas uns selber berechnen. Näher auf die Sache eingehen möchte ich heute nicht. Sie werden mir aber zugestehen, daß es wünschenswert ist, vor Instandsetzung des Bohlwegs die Anlage in Ordnung zu bringen, sonst müßten wir die Straße hinterher wieder aufreißen.

Stadtv. Frühling: Ich möchte nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters vorschlagen, daß wir uns jetzt damit begnügen, dort die Preßgasbeleuchtung anzulegen, wo die Erneuerungsarbeiten vorgenommen werden, und mit der Anlage von Preßgasbeleuchtung nicht weitergehen. Das kann verschoben werden. Ich möchte mich also auf die Vorlage des Magistrats beschränken und nicht so weit gehen, wie Herr Dr. Jasper vorgeschlagen hat.

Stadtv. Dr. Jasper: Es handelte sich bei meinen Worten nur um den Vorschlag der Kommission. Ich persönlich habe nichts gegen den Wunsch des Herrn Frede, die elektrische Beleuchtung einzuführen. Die elektrische Beleuchtung war in der Kommission nicht behandelt, weil bei früheren Verhandlungen vom Magistrat immer der Standpunkt vertreten war: Es ist in nächster Zeit nicht daran zu denken, daß zu elektrischer Beleuchtung übergegangen wird. Wenn einmal eine bessere Beleuchtung des Bohlwegs vorgenommen werden soll, dann wird der Wunsch nicht zu weit gehen, die Beleuchtung einheitlich zu machen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin auch dafür, daß der nördliche Teil des Bohlwegs zu gleicher Zeit mit Preßgasbeleuchtung versehen wird. Der Bohlweg hat schon elektrische Beleuchtung bis zum Hagenmarkt. Schon um den Unterschied in der Beleuchtung kennen zu lernen und um die Kosten auszuprobieren, wäre es angebracht, hier Preßgasbeleuchtung anzulegen. Dem Magistrat ließe sich damit schön an die Hand gehen, damit er sieht, wie es am besten zu machen ist.

Vorsigender: Nachdem der weitergehende Antrag der Finanzkommission Widerspruch erfahren hat, möchte ich über die beiden Anträge getrennt abstimmen lassen.

Die Versammlung nimmt zunächst den Magistratsantrag an und darauf auch den weitergehenden der Finanzkommission.

23. Beihilfe zu den Kosten des Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkertages am 31. August und 1. September.

Stadtv. **Munte:** Alle drei Jahre findet ein Allgemeiner Deutscher Innungs- und Handwerkertag statt, und als Ort dieser Versammlung ist für dieses Jahr Braunschweig ausersehen. Nach Angabe des Vorstandes des hiesigen Innungsausschusses werden zu dieser Tagung am 31. August und 1. September bis zu 800 Abgeordnete zu erwarten sein. Dem Innungsausschuß, der die Tagung vorzubereiten hat, werden neben großen Arbeitsleistungen auch nicht unerhebliche Kosten für Drucksachen, Propaganda, Ausschmückungen usw. entstehen, und er bittet den Magistrat, ihm hierzu eine Beihilfe zu gewähren. Der Magistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen: bis zu 600 *M* zu dem gedachten Zweck aus den Erträgen der Umsatzsteuer mit der Maßgabe zu bewilligen, daß über die Verwendung dem Stadtmagistrat Rechnung gelegt wird.

Die Finanzkommission hat sich mit der Frage befaßt und den Magistratsantrag einstimmig angenommen.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich muß mich gegen Gewährung dieses hohen Zuschusses wenden. Wenn die Stadt einen Zuschuß gewährt, so macht sie es davon abhängig, was die Betreffenden für die Allgemeinheit leisten. Ich muß sagen, daß die Innungen nicht das für die Allgemeinheit leisten, was man erwarten kann, so daß sie nicht wert sind, 600 *M* Zuschuß für ihren Verbandstag zu bekommen. Die Innungen sind lediglich gegründet, um gegen das aufstürmende Großkapital und gegen die moderne Entwicklung der Industrie Front zu machen. Daß das nicht erreicht ist, davon sind wir alle überzeugt. Ich sehe nicht ein, diesen Leuten, die einem Phantom nachjagen und sich verpflichten, alle drei Jahre Zusammenkünfte abzuhalten, für diesen Zweck Gelder zu verwilligen. Wie sind die Innungen gestellt? Ich erinnere daran, daß das Kaiserliche statistische Amt eine Aufstellung gemacht hat, aus der hervorgegangen ist, daß die Innungen durch die Bank genommen ungeheuerlich mit ihrem Gelde wirtschaften. Es wurde festgestellt, daß für Stiftungsfestfeiern 37 000 *M* ausgegeben sind, für Quartalsfeiern 72 000 *M*, für Bälle, Hochzeitsgeschenke usw. 95 000 *M*, so daß für Repräsentation und Geselligkeit 256 000 *M* dahingegeben sind. Wenn so viel Geld vorhanden ist für reine Vergnügungszwecke, dann können wir einer solchen Organisation nicht 600 *M* bewilligen. Auf der anderen Seite möchte ich darauf hinweisen, was unsere hiesigen Gewerkschaften 1912 geleistet haben. Wir haben an Krankenunterstützungen 97 000 *M*, an Arbeitslosenunterstützung fast 53 000 *M*, an Heißenunterstützungen fast 14 000 *M* und an Sterbegeld mehr als 31 000 *M* gezahlt, zusammen 195 000 *M* und leisten so der Kommune viel mehr als die paar Innungen.

Würden wir aber kommen und um 600 oder 800 *M* für unsere Freien Gewerkschaften ersuchen, so würden Sie das ohne weiteres ablehnen, obwohl Sie nicht nachweisen können, daß die Freie Gewerkschaft nicht im Interesse der Kommune liegt. Soweit sich die Innungen gegen die wirtschaftliche Entwicklung stemmen, ist das Spielerei, und dafür können wir kein Geld bewilligen. Die anderen Zwecke der Innungen, das Lehrlingswesen usw. könnten ebenso gut auf andere Weise geregelt werden. Ich kann mich dabei auf den Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst berufen, der über das Gesetz, betreffend die Zwangsinnungen sagte: „Es ist ein ziemlich törichtes Gesetz, wenn aber die Handwerker Zwangsinnungen haben wollen, so soll man sie ihnen geben.“ Heute stellt sich heraus, daß von den Großstädten nur 6 Prozent Innungen haben, wie das Kaiserliche statistische Amt festgestellt hat. Das ist ein Beweis dafür, daß die Innungsmeister in den Großstädten schon eingesehen haben, daß die Innungen nicht das Allheilmittel sind gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung. Wir stimmen gegen die Bewilligung der 600 *M*.

Stadttrat **Wagner**: Ich brauche wohl nicht große Worte aufzuwenden, um das zu widerlegen, was der Herr Vorredner sagte. Wenn derartige Sachen, die von Reichs wegen zur Förderung des Handwerks eingesetzt sind und segensreich gewirkt haben, als Spielerei bezeichnet werden, so ist wohl jedes Wort der Erwiderung zu viel. Der Vergleich mit den Gewerkschaften ist nicht am Platze, denn hier handelt es sich um Vereinigungen, die von Reichs wegen bestehen, die gemeinnützig wirken sollen und gewirkt haben. Die Freien Gewerkschaften dagegen sind Privateinrichtungen von Berufsgenossen, die rein ihr eigenes Interesse vertreten wollen. Ob wir zu diesem Zwecke städtische Gelder verwilligen, möchte ich vorläufig dahingestellt sein lassen und heute nur befürworten, diesem Zuschusse an die Innungen zuzustimmen.

Stadtv. **Sander**: Über den Wert oder Unwert der Innungen läßt sich streiten, es kommt dabei ganz auf den Standpunkt an, von welchem man ausgeht. Ich will zugeben, daß von dem Standpunkte des Herrn Steinbrecher aus die Innungen nicht so wertvoll sind, wie sie mir erscheinen. Ich will mich aber kurz fassen und möchte Sie nur bitten, im Interesse des Handwerks die 600 *M* zu verwilligen. Wenn Herr Steinbrecher jagt, es liege das nicht im Interesse unserer Kommune, so kann man das in gewisser Weise doch wohl so auslegen: Im Interesse der Kommune verwendetes Geld ist es, welches dafür aufgewandt wird, um Herren aus dem ganzen deutschen Reiche nach Braunschweig zu ziehen. Davon hat auch die Stadt ihren Nutzen. Ich bemerke, daß übrigens zu früheren Verhandlungen auch von der Regierung Vertreter geschickt sind, so von Sachsen, Bayern, Preußen.

Wenn diese Herren es der Mühe für wert halten, zu solchen Kindereien zu kommen, so müssen sie doch nicht ganz so wichtig sein, wie Herr Steinbrecher versucht es hinzustellen.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich möchte Herrn Stadtrat Wagner erwidern, daß ich nicht die ganze Tätigkeit der Innungen als Spielerei bezeichnet habe, sondern nur ihre Tätigkeit, soweit sie dazu übergehen wollen, sich der modernen Entwicklung entgegenzustellen, wie auch der Reichskanzler sich äußerte: „Wenn Sie es wollen, dann gebt ihnen doch das törichte Spielzeug, aber Zweck hat es nicht.“ Es hat sich erwiesen, daß die Innungen das nicht sind, was sie sich eingebildet haben. Man muß doch zugeben, daß eine Bewegung in die Höhe kommt, die die Innungen beseitigen will. Daß sie von Reichs wegen begründet sind, darauf kommt es hier nicht an, es kommt darauf an: wie wirken sie? Jedenfalls hat das Kaiserlich statistische Amt festgestellt, daß die Zahl der Innungen zurückgegangen ist, weiter, daß 50 Prozent der Innungsmeister keine Lehrlinge haben, daß also 50 Prozent davon in bezug auf Lehrlingswesen nichts leisten, daß die gesamte Ausgabe der Innungen 2 414 000 M betrug und davon 1 230 000 M Verwaltungskosten waren. (Zwischenruf.) Das ist kein sozialdemokratisches, sondern ein kaiserliches Amt, welches das festgestellt hat. Wo so viel Geld ist, wo 50 Prozent der Einnahmen für Verwaltungskosten ausgegeben werden, kann es auf 600 M nicht ankommen.

Vorsitzender: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt — von Herrn Munte.

Stadtv. **Meyerhoff:** Die Debatte nimmt einen Verlauf, daß man sich fast genieren muß, Handwerker zu sein. Auch ich habe das Handwerk zu vertreten und bitte, die Debatte fortzusetzen.

Es stimmen 15 der Herren Stadtverordneten für Schluß der Debatte; das ist die Hälfte der Anwesenden.

Vorsitzender: Ich habe mit meiner Stimme den Ausschlag zu geben. Ich bin für Schluß der Debatte in Anbetracht der weit ausgedehnten Tagesordnung.

Die 600 M werden verwilligt.

24. Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450.

Stadtv. **Meyerhoff:** Durch einen Vertrag vom 19. November 1912 hat sich die Stadt der Braunschweiger Baugenossenschaft gegenüber verpflichtet, den Aus-

bau der projektierten Straßen 423, 424, 448 und 450 vorzunehmen. Der Magistrat überreicht uns die Projekte und Kostenanschläge und bittet um unsere Zustimmung. Die Pläne habe ich ausgehängt.

Die Straßen 423 und 424 sollen bei einer Breite von 12 m derartig ausgebaut werden, daß auf die Fahrbahn 5 m, auf die beiderseitigen Fußwege je 3,50 m entfallen. Die Summe für den Ausbau der Straßen beträgt 32 500 *M.* Eine Berechnung für das Meter Frontlänge ist nicht aufgemacht, da die Gesellschaft auf ihre Kosten die ganze Straße allein bebaut.

Die Straße Nr. 448 (das ist die verlängerte Sophienstraße) soll 14 m breit werden mit einer 8 m breiten Fahrbahn und beiderseitigen je 3 m breiten Fußwegen. Die gesamten Straßenbaukosten hierfür belaufen sich auf 11 800 *M.*, die Grunderwerbskosten auf 12 000 *M.*, der voraussichtliche Beitrag für das laufende Meter 224,53 *M.*

Die Straße 450 (verlängerte Kalandstraße) bekommt eine Breite von 14 m, wovon 7 m auf die Fahrbahn und je 3,50 m auf die Fußwege fallen. Die Grunderwerbskosten stellen sich auf 11 600 *M.*, die Straßenbaukosten auf 12 800 *M.*, die Gesamtkosten also auf 24 400 *M.*, der voraussichtliche Einheitsbeitrag für das laufende Meter ist 225,93 *M.*

Die Vorlagen sind von der Baukommission beraten, und sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Projekte nebst den Kostenanschlägen werden von der Versammlung genehmigt.

25. Ansetzung einer Stadtverordnetenitzung für Beratung der Bahnhofsvorlage.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Meine Herren. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit dürfte es sich empfehlen, daß die Herren jetzt einmal die Frage erörtern, ob vor den Ferien noch eine Sitzung sein soll. Wenn das der Fall ist, dann könnten die paar Sachen, die noch rückständig sind, in der nächsten Sitzung erledigt werden.

Wir haben Ihnen heute den Vertrag wegen des Bahnhofsbaus vorgelegt und haben den dringenden Wunsch, daß die Sache, wenn es irgend geht, noch vor den Ferien erledigt wird. Die Eisenbahndirektion Magdeburg hat die Erklärung abgegeben, daß, wenn in den nächstjährigen preussischen Etat Mittel für den Braunschweiger Bahnhof eingestellt werden sollen, die Beschlußfassung über diesen Vertrag bis Ende Juli erfolgt sein müßte. Es ist uns leider nicht möglich gewesen, Ihnen den Vertrag früher vorzulegen, denn die Schlußberatung hat erst gestern stattgefunden, und es ist kaum möglich gewesen, den Vertrag noch zu verviel-

fältigen. Das Schreiben, das dazu gehört, ist bereits an Sie abgegangen. Es wird kaum nötig sein, daß dieses Schreiben vervielfältigt wird, wohl aber wird eine eingehende Kommissionsberatung nötig sein. Es würde sich nun empfehlen, festzustellen, wer von den Herren noch in dieser Woche oder Anfang nächster Woche abreist, um darnach zu beurteilen, ob dann die Versammlung noch beschlußfähig sein wird, oder ob in dieser Woche noch eine Sitzung stattfinden kann.

Vorsitzender: Ich habe die Frage bereits am Dienstag in der Finanzkommission vorgetragen. Die Finanzkommission war der Meinung, daß morgen, Freitag, oder, wenn das nicht möglich ist, am Sonnabend die Beratung stattfinden möchte, und zwar in der Form, daß zunächst eine Kommissionsberatung stattfindet und im Anschluß daran die Plenarberatung. Gedacht war die Sache so, daß die Vorlage der vereinigten Bau- und Finanzkommission zur Beratung überwiesen werden möchte, daß diese morgen um 4 Uhr zusammentritt, und daß an dieser Sitzung die verehrten Herren alle teilnehmen und in ähnlicher Weise, wie es bei Beratung des Etats stattfindet, dabei das Wort ergreifen können. Ferner war der Wunsch ausgedrückt, die Beratung in geheimer Sitzung stattfinden zu lassen. — Es ist dies ein ungewöhnliches Verfahren, das aber der Herr Oberbürgermeister durch die Eile, die nötig ist, schon gerechtfertigt hat. Ich glaube, Ihnen diesen etwas ungewöhnlichen Weg empfehlen zu sollen.

Stadtv. Friede: Ich möchte empfehlen, dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden zu folgen. Wir müssen bedenken, daß die preußische Eisenbahnverwaltung verlangt, einen Entschluß von uns zu haben. Kommen wir dem nicht nach, so dauert es noch ein Jahr länger, bis wir den neuen Bahnhof bekommen. Setzen wir uns einmal über die sonstigen Formalitäten hinweg und beschließen gleich morgen! Die Angelegenheit noch ein Jahr hinauszuschieben, würde in niemandes Interesse liegen.

Stadtv. Eckhardt: In Rücksicht auf die Dringlichkeit dieses Antrages möchte ich empfehlen, morgen schon um 3 Uhr zusammenzukommen, da die Beratung nicht so schnell zu Ende zu bringen sein wird. Es würde doch angebracht sein, daß jeder das kleine Opfer bringt und schon um 3 Uhr hierher kommt.

Vorsitzender: Ist die Mehrheit der Herren bereit, morgen nachmittag diese Sitzung abzuhalten? Die Herren, die bereit sind, morgen zu erscheinen, bitte ich, sich zu melden (Geschlecht.) Da ist die Mehrheit. Ich bitte diejenigen, die morgen nicht in der Lage sind, zu kommen, sich zu melden. (Es melden sich 4 oder 5 Herren.) Dann würde das Haus — mit 28 Herren und mit dem Vor-

sitzenden 29 — immer noch beschlußfähig sein. Es würde demnach um 4 Uhr die Kommissionsitzung und darnach die Plenarsitzung stattfinden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Falls Sie nicht von vornherein beschließen, die Sitzung vertraulich abzuhalten, würde es wegen des Publikums, das Interesse an der Verhandlung haben wird, richtig sein, eine bestimmte Zeit für die Plenarsitzung festzulegen.

Stadtv. Loejchigt: Wird vom Magistrat gewünscht, daß die Sache vertraulich behandelt wird?

Vorsitzender: Das können wir für morgen abwarten. Wir werden wohl mit 2 Stunden Kommissionsberatung auskommen; ich möchte deshalb die Plenarsitzung auf 6 Uhr festsetzen, damit ist die Öffentlichkeit orientiert.

Stadtv. Dr. Jasper: Es ist nötig, eine feste Zeit für die Plenarsitzung zu bestimmen. Es geht nicht an, zu sagen: „Die Sitzung soll beginnen, je nachdem die Kommissionsitzung sich entwickelt.“ Welcher Charakter der Sitzung beigelegt werden soll, kann ja morgen entschieden werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼—9 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Juli 1913.

Tagesordnung:

1. Vertrag zwischen dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus und der Stadt-
gemeinde Braunschweig, die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Braun-
schweig betr. Seite 334
2. Antrag Fricke auf Anstellung eines Stadtgärtners. " 340
3. Anfrage Bunge bezüglich des Viehhof-Projektes " 340
4. Antrag Steinbrecher, Regelung der Fortbildungsschulpflicht durch Orts-
statut. " 342

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister
Meyer, Stadträte **Heymann**, **von Frankenberg**, **Seele**, **Wagner** und Assessor **Bod.**

Entschuldigt die Herren Stadtw. **Hesse**, **Dr. Jasper**, **Länge** und **Meyerhoff**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Entwurf eines Vertrages zwischen
dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus und der Stadtgemeinde Braunschweig.
Diese Vorlage ist der vereinigten Bau- und Finanzkommission überwiesen; ich er-
suche Herrn Frühling, den Bericht der Baukommission zu erstatten.

1. Vertrag zwischen dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus und der Stadtgemeinde Braunschweig, die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Braunschweig betr.

Stadtv. Frühling: Es ist folgendes Aufschreiben des Magistrats an die Stadtverordneten ergangen:

„In der Sitzung vom 13. März d. Js. haben die geehrten Herren unserm Antrage zugestimmt, den Geh. Baurat und Professor Göcke in Berlin mit der Anfertigung des Entwurfs eines Planes zur Aufschließung des frei werdenden Geländes des Hauptbahnhofes und der Durchschneidung des Bürgerparks zu betrauen. Der p. Göcke hat sich dieser Aufgabe unterzogen und die beiden hierneben vorgelegten Pläne eingereicht.

Bei der alsbald unter Zuziehung des Bahnhofsausschusses erfolgten Prüfung gaben die Vertreter der Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg dem Projekte 2 den Vorzug, und da auch wir diesen Entwurf für brauchbar erachteten, so trugen wir kein Bedenken, dem Wunsche der Königl. Eisenbahndirektion, es möge Projekt 2 ausgeführt werden, zuzustimmen.

Was die Durchschneidung des Bürgerparks betrifft, so erklärte der Geh. Baurat und Professor Göcke bei Vorlegung und Erläuterung der Entwürfe, daß er seinerseits die Ausführung eines Viaduktes für richtiger erachte, auch wenn dadurch mehr Kosten erwachsen sollten.

Von der Eisenbahndirektion Magdeburg wurden diese Mehrkosten zu 450 000 M geschätzt und deren Übernahme seitens der Stadt gefordert; bei den weiteren Verhandlungen aber wurde erklärt, daß, wenn die Mehrkosten sich etwa noch höher stellen sollten, die Stadt diese zu erstatten sich verpflichten müsse. Wir sind der Ansicht, daß die Stadt eine solche Verpflichtung nicht wohl übernehmen kann, zumal es an einer sicheren Grundlage für die Ermittlung der „Mehrkosten“ fehlen würde. Im übrigen aber sind auch die Ansichten darüber, ob ein Viadukt oder eine Dammschüttung als das geringere Übel anzusehen sei, geteilt. Wir unsererseits können nicht anerkennen, daß aus Rücksichten auf die Parkanlagen dem Viadukte unbedingt der Vorzug zu geben sei; wir haben deshalb zugestimmt, daß entsprechend dem von der Eisenbahnverwaltung vorgelegten Entwurfe E ein Damm mit drei Öffnungen ausgeführt wird, daß die nördliche Böschung abgeflacht und gegen die an den Eisenbahnfiskus abzutretende Teilfläche des Bürgerparks, etwa 1 ha 30 a eine rund 2,5 ha große Teilfläche der südwestlich von der Ofterteilung belegenen, eisenbahnfiskalischen Wiese tauschweise der Stadt überwiesen werde.

Abgesehen von den seitens der geehrten Herren schon früher gutgeheißenen stadtseitigen Leistungen (Zahlung eines Barzuschusses von 1 360 000 M und Ver-

stellung der Hauptzufuhrstraße) haben wir mit der Eisenbahnverwaltung noch über verschiedene andere Fragen eine Einigung erzielt und danach den hierneben vorgelegten Vertragsentwurf vereinbart. Naturgemäß war es nicht möglich, in diesem Entwurfe alle Einzelheiten genau zu regeln und insbesondere wegen des geplanten Terrainaustausches genaue Pläne anzufertigen und vorzulegen. Wohl aber würde der Entwurf, wenn er die Genehmigung der geehrten Herren finden sollte, genügen, damit wenigstens in den nächstjährigen preußischen Haushaltsplan Mittel für den Bahnhofsumbau eingestellt, und somit die Arbeiten im kommenden Jahre in Angriff genommen werden können.

Die Eisenbahndirektion Magdeburg hat erklärt, daß hierauf nur dann mit Bestimmtheit zu rechnen sei, wenn der Vertrag bis Ende Juli d. Js. allseitig genehmigt werde. Wegen der bevorstehenden Ferien dürfte es daher dringend geboten erscheinen, schleunigst die Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen. Zudem wir uns vorbehalten, die einzelnen Vorschriften des Entwurfs bei der Beratung mündlich näher zu begründen, geben wir anheim:

den vorgelegten Vertragsentwurf gefälligst genehmigen zu wollen.

Wir bemerken dabei noch, daß der im Göckeschen Entwurfe vorgesehene Aufteilungsplan für das westlich der Eisenbüttelerstraße belegene eisenbahnfiskalische Gelände nicht Gegenstand des Vertrages sein soll."

Die Baukommission gibt unter Bezugnahme auf die in der vertraulichen Sitzung gemachten, eingehenden Erläuterungen anheim, den vorliegenden Entwurf zu genehmigen.

Der Plan ist im Sitzungsaal ausgehängt, und der Vertragsentwurf ist in Ihren Händen; es fragt sich, ob noch eine besondere Erläuterung stattfinden soll. Ich glaube, wir können davon absehen.

Stadtv. Mohr berichtet für die Finanzkommission: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vorredners an und bitte Sie auch, von einer weiteren Ausführung abzusehen und sogleich zur Beratung des Vertrages überzugehen.

Vorsitzender: Ich frage an, ob wir sofort in die Beratung der einzelnen Paragraphen eintreten wollen. — Da kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Generaldebatte abgelehnt ist.

Ich bitte die Herren, zu den einzelnen Paragraphen das Wort zu ergreifen, und nehme an, wenn niemand sich meldet, daß die Versammlung mit dem Inhalte einverstanden ist.

§ 1 wird ohne Debatte genehmigt.

Zu § 2

bemerkt Stadtv. **Frühling:** Die aufgestellten Zahlungsbedingungen entsprechen den bei der Eisenbahnverwaltung üblichen Bedingungen, und wird diesseits keine Beanstandung erhoben.

§ 2 wird darauf von der Versammlung gutgeheißen.

Zu § 3.

Stadtv. **Frühling:** Zu Absatz 3 habe ich zu bemerken, daß durch die Beseitigung des alten Bahnhofsempfangsgebäudes die Möglichkeit geschaffen wird, die Hauptzufuhrstraße direkt auf den Friedrich-Wilhelmsplatz einzumünden.

Die vereinigte Kommission stellt den Antrag:

Die Versammlung wolle sofort erklären, daß sie im Interesse des Verkehrs wünsche, daß das alte Empfangsgebäude nicht erhalten, die Hauptzufuhrstraße vielmehr direkt auf den Friedrich-Wilhelmsplatz zugeführt werde.

Stadtv. **Wismann:** Ich begrüße den Antrag der vereinigten Kommission mit Freude und bitte Sie auch, zuzustimmen, daß wir den Beschluß in diesem Sinne fassen, damit Klarheit darüber herrscht, daß das alte Gebäude nicht im Zuge der Straße liegen kann und die Straße um das Gebäude herumgeführt werde. Es mag ja vielen schmerzlich sein, wenn dieses alte Gebäude, das einen architektonischen Schmuck darstellt, abgebrochen werden soll, so ist andererseits doch die Hauptbedingung, daß wir einen schönen, geraden Straßenzug erhalten, damit ein geregelter Verkehr eintreten kann.

Stadtv. Dr. **Henking:** Es wird mir schwer, mich in den Gedanken hineinzufinden, daß dieses ehrwürdige, historische Denkmal, welches uns an die erste Bahn erinnert, fallen soll; aber ich stelle keinen Antrag, denn ich habe mich davon überzeugt, daß es nicht anders geht, daß wir im Interesse eines besseren Verkehrs dieses Opfer bringen müssen. (Beifall.)

Stadtv. **Edhardt:** Es war mir nicht möglich, an der Kommissionsberatung teilzunehmen, da ich in einer anderen Kommission tätig war. Ich höre zu meiner größten Freude, daß in der Kommission die Vorlage einstimmig angenommen ist, und daß das alte Gebäude fallen soll. Ich gratuliere zu dem Beschluß und freue mich auf Braunschweigs Zukunft.

Stadtv. **Frühling:** Der Beschluß der vereinigten Kommission, die Beseitigung des alten Gebäudes zu beantragen, ist nach eingehender Besprechung unter An-

erkenntnis des historischen Wertes des Gebäudes nur mit Rücksicht auf den Verkehr gefaßt.

Stadtv. **Friede:** Auch ich begrüße diesen Antrag mit Freuden. Er wird manchem nicht recht sein, der Architektenverein wird wohl dem Antrage nicht zustimmen. Es wird auch nicht fehlen, daß man uns sagt, wir wären kurzfristig gewesen. Meine Herren, lassen Sie uns dieses ruhig auf uns nehmen. (Zuruf: Wollen wir ja auch!) Wer ein bißchen weiter blickt, muß einsehen, daß, wenn das Gebäude stehen bleibt, die ganze Bahnhofsanlage keinen ästhetischen Wert hat.

Stadtv. **Majke:** Ich habe schweren Herzens zugestimmt und nicht etwa wegen des schönen, geraden Blicks, sondern aus Verkehrsgründen. Wir können es auch nicht verantworten, daß wir etwa 1½ Millionen für die Erhaltung des Gebäudes ausgeben.

Wenn wir das Gebäude beibehalten, würde der vom neuen Bahnhof kommende linke Fußsteig auf die Mitte des Friedrich-Wilhelmsplatzes münden, so daß der Passant den großen Platz überschreiten müßte, ehe er das Trottoir wiederfindet. Das ist für mich bestimmend gewesen, hier zuzustimmen.

Vorsitzender: Gegen den Antrag der vereinigten Kommission ist von keiner Seite Widerspruch erfolgt. Ich stelle fest, daß der Fortfall des Gebäudes einstimmig beschlossen ist.

§ 3 findet auch im übrigen die Zustimmung der Versammlung.

§ 4 wird ohne Debatte genehmigt.

Zu § 5.

Stadtv. **Frühling:** Die Verbreiterung der Bahnhofstraße ist notwendig für den Verkehr; sie soll zu einem mäßigen Preise ermöglicht werden.

Der Umstand, daß die Stadtgemeinde sich verpflichtet, das neuerworbene Grundstück gegen das der Eisenbahn verbleibende einzufriedigen, hat darin seinen Grund, daß jetzt noch eine Mauer steht. Es ist recht und billig, daß die Stadt diese Einfriedigung durch eine andere ersetzt.

Dem § 5 wird darauf zugestimmt.

§§ 6, 7, 8 und 9 werden ohne Debatte genehmigt.

Zu § 10.

Stadtv. **Frühling:** Die vereinigte Bau- und Finanzkommission schlägt vor, dem 2. Satz: „Die Böschung wird auf der Südseite im Verhältnis von 1 : 1½ angelegt, auf der Nordseite flacher, und zwar höchstens im Verhältnis von 1 : 3“ folgende Fassung zu geben: „Die Böschung wird auf der Südseite im Verhältnis

von 1 : 1½ angelegt, auf der Nordseite flacher, jedoch kann die Stadtverwaltung höchstens eine Abflachung im Verhältnis von 1 : 3 fordern.“

Stadtv. Niese: Die meiste Opposition in den Kreisen der Bürgerschaft hat die Durchschneidung des Bürgerparks hervorgerufen. Ich war von jeher gegen die Durchschneidung des Parks und stand ferner auf dem Standpunkt, daß das Grundstücksgeschäft seitens der Stadt zu machen sei. Da aber das vorliegende Projekt gegen unsere Stimmen genehmigt und das Terraingeschäft seitens des Eisenbahnfiskus übernommen ist, so muß ich erklären, daß meine Freunde und ich jetzt auf dem Standpunkte stehen, daß das Projekt immerhin eine Besserung gegen den augenblicklichen Zustand bedeutet. Es ist zu erwarten, daß Braunschweig nun wieder Anschluß an den Weltverkehr gewinnt, an dem es uns leider seit 25 Jahren gefehlt hat.

Wir stimmen dem Vertrage zu, weil wir an der Entwicklung der Stadt Braunschweig dasselbe Interesse haben wie die übrige Bevölkerung. (Beifall.)

Stadtv. Frühling: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß zunächst Damm-
schüttung vorgesehen ist, daß es aber unbenommen bleibt, spätere Wünsche in bezug auf den Bau eines Viaduktes zu berücksichtigen. Natürlich müßte die Stadt die sehr hohen Kosten tragen.

Ein diesbezüglicher Antrag wird seitens der Versammlung nicht gestellt und § 10 sodann mit der von der vereinigten Kommission vorgeschlagenen redaktionellen Änderung genehmigt.

Zu § 11.

Stadtv. Frühling: Es ist zu bemerken, daß durch diese Bestimmung die Stadt als Gegenleistung für die Durchquerung des Bürgerparks ein sehr wertvolles Terrain erhält, welches den Park abrundet und die Erweiterung desselben ermöglicht. Die Lösung der Durchquerung in der vorliegenden Form kann nur mit Freude begrüßt werden.

§ 11 findet darauf die Zustimmung der Versammlung.

§§ 12 bis 20 werden ohne Debatte genehmigt.

Vorsigender: Meine Herren, ich bitte denjenigen, der gegen den Abschluß dieses Vertrages ist, die Hand zu erheben. — Es meldet sich niemand, damit ist der Vertragsentwurf einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte Ihnen im Namen des Magistrats danken dafür, daß Sie ohne weiteres auf unsere Anträge eingegangen sind.

Ich möchte dann weiter folgendes bemerken: Es ist uns vorgestern der Entwurf über den Ostbahnhof in der abgeänderten Form zugegangen. Wir hatten ihn während der Kommissionsitzung ausgehängt. Die Herren in der Kommission haben von dem Entwurf Kenntnis genommen und sind einstimmig der Ansicht, daß die Änderung wünschenswert sei, da durch sie ohne Frage eine wesentliche Verkehrsverbesserung hervorgerufen werde. Für die Herren, die von der Änderung des Ostbahnhofs noch Kenntnis nehmen wollen, hängt das Projekt im Nebenzimmer aus. Die Eisenbahndirektion hat gebeten, um dem Eisenbahnfiskus das Grundstücksgeschäft nicht zu erschweren, diesen Plan nicht bekanntzugeben.

Nun möchte ich an dieser Stelle noch erklären, daß im Laufe der Verhandlungen, die wir mit der Preussischen Eisenbahnverwaltung geführt haben, ich persönlich die Überzeugung gewonnen habe, daß die Herren von der Eisenbahndirektion selbstverständlich bemüht gewesen sind, ihre Interessen nach Kräften zu vertreten, daß sie uns aber auch in durchaus loyaler Weise entgegengekommen und bemüht gewesen sind, unseren Wünschen Rechnung zu tragen.

Nun werden die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen, die landespolizeiliche Prüfung der Pläne wird sofort veranlaßt werden; dabei werden noch verschiedene Fragen zu erörtern sein, und soweit es nötig, werden wir uns mit den geehrten Herren in Verbindung setzen. Dann wird hoffentlich bald mit dem Bau begonnen werden können.

Wir sind in der glücklichen Lage, daß, sobald die Werkstätten beseitigt sind — und das wird das erste sein — sofort mit der Herrichtung der Hauptzufuhrstraße begonnen werden kann. Es ist ein glücklicher Zufall, daß die Beseitigung der Werkstätten vor der Erbauung der Zufuhrstraße erfolgen kann. Es wird auf diese Weise die Ausführung des ganzen Bahnhofprojektes wesentlich erleichtert; wir brauchen unter diesen Umständen höchstwahrscheinlich auf irgendwelche provisorische Zufuhrstraßen gar nicht Rücksicht zu nehmen.

Dann wird später unter Überbrückung der jetzigen Geleise das neue Bahnhofsgebäude errichtet werden, und es wird so möglich sein, mit einem Schlage den Verkehr in die neue Anlage überzuleiten.

Ich glaube, wir können zufrieden sein, daß in dieser Weise die Sache geregelt ist. Ich will dem Wunsche Ausdruck geben, daß es nicht lange dauert, bis der ganze Bau fertiggestellt ist, und daß der Verkehr unserer Vaterstadt gehoben wird. (Beifall.)

Stadtv. Busch: Meine Herren, ich glaube am Schlusse dieser hochwichtigen Beratung in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich dem Magistrat und besonders Herrn Oberbürgermeister Reitemeyer für die mühevolle Arbeit und die glückliche Zuendeführung der schwierigen Verhandlungen mit dem Preussischen Eisenbahn-

fiskus, die den uns vorliegenden Vertrag gezeitigt haben, den herzlichsten Dank aussprechen.

Mit diesem Vertrage ist ein Werk geschaffen, das unserer Vaterstadt bis in die fernsten Zeiten zum größten Segen gereichen wird.

2. Antrag Friede auf Anstellung eines Stadtgärtners.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Anstellung eines Stadtgärtners baldigst in die Wege zu leiten.“

Stadtv. **Friede** (zur Begründung): Meine Herren, Sie werden mit mir fühlen, wenn ich diesen Antrag stelle. Es ist kaum glaublich, daß eine Stadt von der Größe Braunschweigs ohne einen Stadtgärtner ist. Selbst ganz kleine Städte haben einen Stadtgärtner angestellt. Uns fehlt etwas Derartiges.

Wenn Sie einmal durch unsere Anlagen gehen, so werden Sie sehen, daß manches im argen liegt, obwohl sich die städtischen Behörden bemühen, die Anlagen bestens herrichten zu lassen. Betrachten wir unsere Rasenplätze, Baumpflanzungen usw., so können wir uns nicht verhehlen, daß es damit übel bestellt ist.

An der Paulikirche sah ich vier Arbeiter damit beschäftigt, die Blumen zu entfernen; es blieb nichts anderes übrig, als den Platz neu herzurichten. Das sind alles unnötige Ausgaben. Auch die Anpflanzungen in der Moltkestraße, sowie auf dem Agidienmarkt sprechen dafür, daß ein Fachmann nötig ist. Ich habe beobachtet, daß in der Moltkestraße verschiedene Bäume eingegangen sind, und führe das darauf zurück, daß durch unseren Teermakadam, auf den wir so große Hoffnungen gesetzt haben, der aber vollständig verjagt hat, die Bäume in ihrem Wachstum geschädigt werden. Ein Stadtgärtner wird sofort sehen, woran es bei den Anpflanzungen fehlt.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

Der genügend unterstützte Antrag wird von dem Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

3. Anfrage Bunge bezüglich des Viehhof-Projektes.

Die Anfrage lautet: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, wieweit das Projekt des Viehhofes gediehen ist?“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die Presse: Wo steht der Viehhofsentwurf? In den Kreisen der Interessenten, aber auch in der Bürgerschaft fragt man sich, wie es kommt, daß man gar nichts davon hört, wieweit das Projekt gediehen ist.

Bei der letzten Staatsberatung hat Herr Stadtrat von Frankenberg erklärt, daß der Beschluß gefaßt werden würde. Seitdem ist ein Vierteljahr ins Land gegangen, man hat aber nichts weiter davon gehört. Wir hatten gehofft, daß mit dem Bau bald begonnen werden würde, und haben nun anderen Städten gegenüber, die sofort mit dem Bau eines Viehhofes begonnen haben, das Nachsehen. Es ist notwendig, daß Fleisch hier zugeführt wird, um die ärmere Bevölkerung mit Fleisch versehen zu können. Nach einer Zeitungsnotiz von Wunstorf, wo im vergangenen Jahre der Beschluß gefaßt ist, einen Viehhof einzurichten, und bereits in diesem Jahre die Eröffnung desselben erfolgt ist, hat dort seitdem ein segensreicher Verkehr Platz gegriffen; von allen Seiten strömen die Händler zu, so daß diese Einrichtung für den Ort selbst sehr vorteilhaft ist. Alle diese Vorteile gehen uns verloren dadurch, daß die Sache in die Länge gezogen wird. Ich weiß nicht, woran es liegt. Vielleicht ist Herr Stadtrat von Frankenberg in der Lage, zu sagen, wie weit man gewillt ist, baldigst an die Sache heranzutreten.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann es sehr wohl verstehen, wenn nicht nur der Fragesteller, sondern die Gesamtheit der geehrten Herren wünschen möchte, zu erfahren, aus welchen Gründen die Einbringung der Vorlage seitens des Magistrats bisher gescheitert ist.

Die Sache liegt so, daß der Schlachthausausschuß die Vorarbeiten durchgeföhrt und dem Magistrat unterbreitet hat. In bezug auf die Höhe der Kosten, die etwa 1 000 000 M betragen, und wegen der Frage des Geländes für den Viehhof sind sehr eingehende Erörterungen gepflogen. Wir haben uns mit der Fleischereinnung in Verbindung gesetzt, um festzustellen, inwieweit seitens der Fleischereinnung Einverständnis mit unserem Vorgehen herrscht, damit nicht gesagt werden konnte, die Sache wäre über deren Kopf hinweg beschloffen.

Bei der Schlachthauskasse ist allmählich ein Vorrat von 200 000 Mark angesammelt, der zusammen mit dem noch frei daliegenden Gelände als Zweckvermögen des Schlachthauses anzusehen ist. Das Gesetz gibt uns nicht das Recht, dieses Zweckvermögen des Schlachthauses schlangweg für den Viehhof zu benutzen. Viehhof ist nicht gleichbedeutend mit Schlachthof. Der Viehhof hat gewiß Aufgaben, die den Schlachterinteressen dienen, aber er ist an und für sich eine Sache, die getrennt behandelt werden muß. Der Stadtmagistrat hält es für erforderlich, daß das Gesetz über die Schlachthäuser geändert wird, damit es statthaft ist, die Zwecke von Schlacht- und Viehhof gemeinsam zu verfolgen. Wir erwarten, daß von der Fleischereinnung, welche eine entsprechende Frage vorgelegt erhalten hat, alsbald eine zustimmende Äußerung erfolgt; und wenn diese vorliegt, würden wir in der Lage sein, uns sofort an die geehrten Herren zu wenden.

Diese wichtige Vorlage ist von so einschneidender Bedeutung, daß es wohl erklärlich erscheint, wenn der Magistrat zumal bei einem Millionenprojekt die Sache nicht übers Knie brechen will. Den Bau noch diesen Sommer zu beginnen, war ohnehin nicht möglich, da noch kein endgültiges Projekt vorliegt.

Die geehrten Herren sehen, daß es Erwägungen nicht unwichtiger Art sind, die den Magistrat veranlaßt haben, zunächst mit der Schlachterinnung zu verhandeln.

4. Antrag Steinbrecher, Regelung der Fortbildungsschulpflicht durch Ortsstatut.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, durch Ortsstatut die Fortbildungsschulpflicht für alle nicht mehr gemeineschulpflichtigen männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren, welche in Braunschweig in einem Handels-, Fabrik- oder Gewerbebetriebe, einschließlich der kaufmännischen Unternehmungen, als Gehilfsinnen, Lehrlinge, Arbeiterinnen oder als Arbeitsgehilfen und Hausangestellte irgendwelcher Art tätig sind, anzuordnen.“

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Wir bezwecken mit diesem Antrage eine Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht. Bisher konnte die Pflicht zum Besuche einer Fortbildungsschule nur für männliche Arbeiter unter 18 Jahren und für weibliche Handlungsgehilfen und -lehrlinge unter 18 Jahren eingeführt werden. Im November 1911 wurde § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung dahin abgeändert, daß die Fortbildungsschulpflicht nunmehr auch auf Arbeiterinnen ausgedehnt werden kann.

In Braunschweig besteht die Pflichtfortbildungsschule nur für die männlichen Angestellten im Handels- und Kaufmannsstande, soweit sie unter 18 Jahre alt sind; die städtische Mädchen-Fortbildungsschule ist hier nicht obligatorisch. Wenn das Gesetz nun die Bahn freigemacht hat, wäre es doch zu versuchen, in Braunschweig eine entsprechende Schulpflicht einzuführen. Ich würde vorschlagen, noch einen Schritt weiterzugehen und zu versuchen, die Hausangestellten mit in diese Schule hineinzubekommen, und zwar aus dem Grunde, weil für die Hausangestellten daselbe gilt, wenn sie die Gemeineschule verlassen haben, wie für die anderen Arbeiter, nämlich, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, sich weiterzubilden.

Es ist in der letzten Zeit in Berlin die Fortbildungsschulpflicht auf alle männlichen und weiblichen Arbeiter ausgedehnt. Auch Offenbach hat die obliga-

torische Mädchen-Fortbildungsschule seit Anfang 1913, desgleichen Elberfeld die Pflichtschule für weibliche Angestellte, ferner hat Breslau die weiblichen Arbeiter zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet.

In den Ferien hat jeder der Herren Gelegenheit, sich mit dieser Sache eingehend zu beschäftigen. Die meisten Herren werden sich daran stoßen, daß auch für die Hausangestellten eine derartige Schule geschaffen werden soll, zumal die Schulzeit in die Arbeitszeit fällt. Wer aber weiß, wie gerade seitens der Herrschaften über die Diensthoten geklagt wird, der wird ohne weiteres verstehen, daß das, was für die gewerblichen Arbeiter gilt, auch für die Diensthoten zutrifft, daß darauf Rücksicht genommen werden muß, den Hausangestellten Gelegenheit zu ihrer Fortbildung zu geben.

Das sind alles Fragen, die erörtert werden müßten, wenn der Magistrat sich mit der Sache befaßt hat.

Vorsitzender: Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der vereinigten Finanz- und Schulkommission zur Vorberatung und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 6 bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. August 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Antrag des Hanjabundes auf Reform des Wertzuwachssteuergesetzes und Beseitigung des Zuschlags zur Grundwechselabgabe | Seite 348 |
| 2. Beihilfe für den Kaninchenzüchterverein Braunschweig | " 351 |
| 3. Erstattung von Wahlkosten zur Angestelltenversicherung | " 353 |
| 4. Antrag Friede auf Anstellung eines Stadtgärtners. | " 362 |
| 5. Antrag Dieckmann wegen Aufhebung der Einführung des dänischen Fleisches und Gestattung der Benutzung des Kühlhauses zur Unterbringung von Fleisch nach Schluß der Markthalle | " 369 |
| 6. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken“ | " 388 |
| 7. Rechnungsabschlüsse für 1912/13. | " 393 |
| 8. Erklärung der projektierten Straßen 423, 424, 448 und 450 zu Ortsstraßen | " 396 |
| 9. Erwerb von Flächen zur Anlage des Andreeplatzes bezw. zum Ausbau der projektierten Straße 37. | " 396 |
| 10. Verkauf zweier Teilflächen am Neustadtringe | " 397 |
| 11. Verträge über Benutzung von Grundflächen und Einleitung eines Zwangsent eignungsverfahrens zur Legung des Kanals auf den Straßen 318 und 363 | " 398 |
| 12. Zwangsent eignungsverfahren wegen einer an der Korfessstraße gelegenen Fläche | " 399 |
| 13. Erhöhung eines Zuschusses für die Kaufmännische Fortbildungsschule | " 400 |
| 14. Beihilfe zu den Kosten von Vortrags- und Lichtbilderabenden für erwachsene Taubstumme | " 400 |
| 15. Gestaltung des Fußwegs am Hagenscharrn, sowie Asphaltierung des nördlichen Teiles des Bohlwegs. | " 401 |

16. Antrag F r e d e auf Einführung einer Kinossteuer.	Seite 402
17. Anfrage B u n g e wegen Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr.	" 403
18. Antrag E d h a r d t , betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner.	" 404
19. Änderung des Vertrags mit der Herzoglichen Baudirektion über die Reuinstandsetzung der Straßen am Ministerialgebäude	" 404

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord**, **Wagner** und Assessor **Vodt**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Aßmann**, **Frühling**, **Gundermann**, **Selle** und **Hesse**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Die hochverehrten Herren, die ich beim heutigen Wiederbeginn unserer gemeinsamen Arbeit herzlich begrüße, werden den lebhaften Wunsch haben, ihren Empfindungen über den n e u e n schmerzlichen Verlust Ausdruck zu geben, der unsere Vaterstadt betroffen hat: Unsere Ehrenbürgerin, Ihre Erzzellenz Frau Gräfin Görz-Wrisberg, die Witwe des ehemaligen Herrn Staatsministers, ist vor kurzem verschieden.

Als die städtischen Behörden ihr Anfang 1908 durch einstimmigen Beschluß das Ehrenbürgerrecht verliehen, wollten sie damit die unvergänglichen Verdienste ihrer Mitbürgerin um die Armen und um das Armenwesen der Stadt Braunschweig würdigen. Nach Wilhelm Raabes Tode genoß sie allein die höchste Auszeichnung, die ein Gemeinwesen zu verleihen vermag. Unsere Ehrenbürgerin hat sich nicht darauf beschränkt, aus ihren Mitteln in reichem Maße den Armen zu spenden, sie hat mehr, Wertvolleres, sie hat Arbeit für die Armen geleistet. Unter den zahlreichen hoch zu verehrenden Personen, die sich in unserer Vaterstadt freiwillig in den Dienst der privaten oder öffentlichen Wohltätigkeit stellen, war sie, eine Dame, eine der fleißigsten und tapfersten. Ihre unermüdlige Tätigkeit war der Ausfluß eines redlichen Bestrebens, die sozialen Unterschiede auszugleichen, die nun einmal das Leben mit sich bringt, und die sie, vom Schicksal auf eine hohe Stufe gestellt, um so kräftiger empfand.

Wohl dem Gemeinwesen, das solche Mitbürger in sich schließt. Voll Stolz hat die Stadt Braunschweig auf ihre bewunderte und geliebte Ehrenbürgerin geblickt. Der Verblichenen wird sie dankbar ein dauerndes Gedenken bewahren.

Ich bitte die hohe Versammlung, sich zu Ehren unserer verstorbenen Ehrenbürgerin von ihren Sätzen zu erheben. (Geschieht.)

Vorfügender: Herr Stadtv. Hesse hat mitgeteilt, daß ein langjähriges Ohrenleiden sich bei ihm derart verschlimmert habe, daß er nicht mehr in der Lage sei, den Verhandlungen in den Stadtverordnetenversammlungen genau zu folgen. Er bittet deshalb die Stadtverordnetenversammlung, zu genehmigen, daß er sein Amt als Stadtverordneter niederlegt. — Nach § 23 und 25 der Städteordnung ist eine anhaltende, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernde Krankheit ein Grund, das Amt niederzulegen. Die Stadtverordneten haben über die Zulässigkeit der Niederlegung zu entscheiden. — Wenn sich kein Widerspruch aus der Versammlung geltend macht, so nehme ich an, daß das Amt des Herrn Hesse damit erloschen ist. (Widerspruch erfolgt nicht.)

Sodann habe ich den geehrten Herren über einen Fehler in dem stenographischen Bericht über unsere Verhandlungen Mitteilung zu machen. In dem Bericht Nr. 5 vom 12. Juni d. Js. ist auf Seite 193 der Irrtum untergelaufen, daß gesagt ist, die Herren Steinbrecher, Kieke, Altmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Hesse, Schulze, Schmidt hätten gegen den Kommissionsantrag bei Beratung des Antrages, betreffend die Sonntagsruhe im Handesgewerbe, gestimmt. Das trifft nicht zu, sie haben dafür gestimmt. — Ferner ist zu erwähnen, daß in dem Bericht vom 19. Juni d. Js. dreimal derselbe Druckfehler untergelaufen ist: Auf Seite 231, 252 und 256 muß es statt „I a“ heißen „II a“.

Eingegangen ist eine Einladung des Vorstandes des Pestalozzi-Vereins für das Herzogtum Braunschweig zur Feier des 50jährigen Bestehens in der Stadt Braunschweig, dem Ort seiner Gründung. Wer von den geehrten Herren der Einladung auf den 30. September und 1. Oktober d. Js. folgen will, möge diese Einladung benutzen.

Von dem Innungsausschuß zu Braunschweig ist eine Einladung eingelaufen zu dem „Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkertage“ am 1. September d. Js. Es wird zugleich gebeten, daß ein Herr aus der Stadtverordnetenversammlung zu dem Tage deputiert wird. Es ist, wie die geehrten Herren wissen, bisher üblich gewesen, daß wir von einer Deputation abgesehen haben, vielmehr den Herren, die beabsichtigen, der Versammlung beizuwohnen, den Besuch freigestellt haben. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das auch in diesem Falle so gehandhabt werden soll.

Ferner ist eine Schrift vom Verbands zur Abwehr des Tabaktrugs eingegangen. Wer von den Herren Interesse an der Sache hat, möge die Schrift zu sich nehmen.

Vom Herrn Oberstleutnant a. D. Orth ist ein Schreiben eingegangen, in dem er sich für die dem Ausschuß für eine Jubiläumstiftung der Braunschweigischen Batterie bewilligte Summe bedankt.

Schließlich habe ich noch eine freundliche Bitte an die geehrten Herren zu richten: dem § 15 unseres Verwaltungsstatuts Ihre Aufmerksamkeit schenken zu wollen. Darnach soll mit Ausnahme des Berichterstatters jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung die Dauer seiner Rede auf zehn Minuten beschränken. Es wird in der Regel jeder imstande sein, dieser Vorschrift zu folgen. Sollte das ausnahmsweise einmal nicht möglich sein, so möchte ich freundlichst bitten, den Ausweg zu wählen, daß sich die Herren zum zweiten Male zum Wort melden. Wie Sie mir nachfühlen werden, ist es für den Vorsitzenden unangenehm, einen Redner zu unterbrechen, daher bitte ich Sie, dieser Vorschrift freundlichst nachkommen zu wollen.

Aus der Versammlung sind zwei Sachen eingelaufen. Zunächst ein **A n t r a g** des Herrn **F r e d e** :

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Einführung einer Kinosteuer näher zu treten.“

Dann eine **A n f r a g e** von Herrn **B u n g e** :

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, ob die zuständigen Behörden dem Antrage Bunge betreffs Aufhebung der Bürgerrechtsgewinnsteuern beigegetreten sind? Von wann ab soll die gebührenfreie Eintragung in die Bürgerrolle stattfinden?“

Die Herren werden nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, ihren Antrag resp. Anfrage zu begründen.

1. Antrag des Hansabundes auf Reform des Wertzuwachssteuergesetzes und Beseitigung des Zuschlags zur Grundwechselabgabe.

Stadtv. Meyerhoff: Der „Hansabund“ hat sich vor einigen Monaten an die städtischen Behörden gewandt und gebeten, einer von ihm geplanten Eingabe an den Reichstag beizutreten. Wie die Herren alle wissen, ist die neue Steuergesetzgebung am 3. Juli schon beschlossen, und so ist es infolge der eiligen Arbeit, die man diesmal im Reichstag gepflogen hat, unmöglich gewesen, den Antrag vorher hier zu bearbeiten. Der Beschluß des Direktoriums des Hansabundes, betreffend den Grundstückstempel lautet: „Bei der fast trostlos zu nennenden Lage des Haus- und Grundbesitzes hält der „Hansabund“ eine weitere Aufrechterhaltung des Zuschlags zur Grundwechselabgabe für unmöglich.“ Bei der Beratung der neuen Steuergesetze ist ja auch von keiner Seite im Reichstag für Beibehaltung der Wertzuwachssteuer in ihrer bisherigen Form plädiert. Auch findet im § 2 des neuen Gesetzes gewissermaßen die Wertzuwachssteuer auf Grundstücke ihre Regelung.

Da nun die Eingabe an den Reichstag durch die neue Gesetzgebung überholt ist, so schlägt Ihnen die Statutenkommission, der die Sache zur Beratung vorgelegen hat, durch mich vor, die Eingabe vorläufig heute nicht zur Beratung zu stellen, sondern damit zu warten, bis wir wissen, wie sich der Staat zu der Sache stellt. Das Reich bekommt einen gewissen Prozentsatz der Steuer, der Einzelstaat 10 Prozent, und die Kommunen können 30 Prozent der Zuwachsteuer beanspruchen. Wird der Staat seinen Anspruch auf 10 Prozent aufrechterhalten, so wäre es Zeit, der Sache näher zu treten. Ich empfehle deshalb im Namen der Statutenkommission, die Sache heute damit zu erledigen, daß wir sagen: Sie ist überholt durch die reichsgesetzliche Regelung der Steuer.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters sind mir in ihrem Ergebnis nicht ganz klar geworden. Es hatte zwar den Anschein, als ob dieser Antrag des Hanfabundes nur bis auf weiteres im Schoße der Kommission ruhen sollte, bis der Staat oder der Magistrat irgendwie sich entschlossen hätte. Ich glaube aber, daß das nicht eine sachgemäße Erledigung des Antrages sein würde. Es ist vielmehr meiner Meinung nach richtig, vielleicht auch das richtige Verständnis der Ausführungen des Herrn Berichterstatters, wenn man meint: Durch das neue Gesetz ist die Eingabe überholt, und wir gehen deshalb als mit unserer Stellungnahme verspätet zur Tagesordnung über. Dagegen würde ich persönlich nichts einzuwenden haben. Ich möchte aber den Anlaß der Eingabe und der Ausführungen des Herrn Berichterstatters benutzen, anzuregen, im Gegensatz zu dem Wunsch des Herrn Berichterstatters und anscheinend auch der Mehrheit der Statutenkommission, nicht die Initiative des braunschweigischen Staates abzuwarten, sondern umgekehrt in unserer Gemeinde die Initiative zu ergreifen dahin, daß der nun frei gewordene Teil der Wertzuwachssteuer, der bisher in die Reichskasse floß, den Gemeinden, also speziell unserer Gemeinde, zugänglich gemacht wird. Dieses anzuregen und uns nicht darauf zu verlassen, daß der Staat Braunschweig irgend etwas unternimmt, haben, glaube ich, gerade wir in Braunschweig ein sehr großes Interesse. Wir hoffen ja alle, daß in nicht allzu langer Zeit die Ausführung der neuen Bahnhofsanlagen Wirklichkeit werden wird. Auch der Herr Berichterstatter und seine Freunde werden zugeben, daß eine derartige Unternehmung von großer Wirkung für die Gestaltung der Grundstückspreise in der Stadt sein wird; besonders werden die Preise der Grundstücke, die in der Nähe des neuen Bahnhofsgeländes und des Bahnhofsgeländes gelegen sind, einer erheblichen Änderung unterworfen werden. Durch Mehrheitsbeschluß ist seinerzeit leider abgelehnt, daß die Stadt das Grundstücksgeschäft selber macht. Die Vorteile durch Steigerung der Grundstückswerte, die den Aufwendungen der Stadt das Gegengewicht halten würden, werden nicht der Stadt, die die Opfer bringt,

sondern zu einem gewissen Teile dem preußischen Staate oder den privaten Grundstücksbesitzern zukommen. Die Wertzuwachssteuer bietet nun eine Gelegenheit, diesen nicht durch die Tätigkeit der Eigentümer des Grund und Bodens entstandenen Wertzuwachs zur Steuer heranzuziehen, also der Gemeinde zum Ausgleiche wieder zugänglich zu machen. Schon bisher waren wir in der Lage, Zuschläge zu der nun vom Reich neu geregelten Steuer zu erheben. Nach der Neuordnung des Reichsfinanzwesens sind wir noch mehr in der Lage, den frei gewordenen Teil, den vormals die Reichskasse erhielt, in die Gemeindefasse zu leiten. Ich möchte deshalb bitten, daß wir den Magistrat aus Anlaß dieses Punktes der Tagesordnung ersuchen, baldigst uns eine Vorlage zu unterbreiten, durch die der Wertzuwachs mehr als bisher zur Gemeindesteuer herangezogen wird.

Wenn man meint, die Sache nicht heute erledigen zu können, so ist meine Anregung vielleicht als selbständiger Antrag zu behandeln, und es möchte das, was ich eben angeführt habe, als Begründung genügen, so daß die geehrten Herren nur den Antrag noch zu unterstützen haben würden. Diese Unterstützungsfrage zu stellen, möchte ich den Herrn Vorsitzenden bitten.

Vorsitzender: Der Beschluß der Statutenkommission geht auf Übergang zur Tagesordnung mit der Begründung, daß wir zunächst die Absicht des Staates, wie er die Steuer zu gestalten gedenkt, abwarten sollen. Mit dieser Frage der Gestaltung durch den Staat hängt auch die Veranlagung zur Wertzuwachssteuer durch die Gemeinden zusammen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe gesagt, die Eingabe an den Reichstag sei durch die Gesetzgebung überholt, infolgedessen fällt heute die Notwendigkeit einer Beratung der Sache aus. Wir können also über die Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen. Die andere Frage, die Herr Dr. Jasper anschnidet, muß doch der Zukunft vorbehalten bleiben; in diese Materie können wir heute nicht eingreifen.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Dr. Jasper lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, durch die der Wertzuwachs mehr als bisher zur Gemeindesteuer herangezogen wird.“

Das ist ein Gegensatz zu dem Antrage der Statutenkommission. Es könnte freilich, wenn der Antrag der Statutenkommission durchgeht, dieser Antrag des Herrn Dr. Jasper der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen werden; er würde allerdings, wenn dann die Mehrheit ihre Meinung beibehält, demnächst zur Ablehnung kommen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Vorsitzenden, der meint, daß mein Antrag der direkte Gegensatz zu dem Antrage der Kommission sei. Mein Antrag beschäftigt sich nicht mit der Eingabe des Hansabundes insofern, daß er eine andere Erledigung der Eingabe des Hansabundes wünscht, sondern aus Anlaß dieser beabsichtigten Eingabe wünscht mein Antrag eine sachliche Stellungnahme in der Regelung der Wertzuwachssteuer für unsere Stadt. Ich möchte bitten, den Antrag als einen selbständigen zu behandeln.

Der Antrag der Statutenkommission auf Übergang zur Tagesordnung über die Eingabe des Hansabundes wird angenommen, sodann auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden der Antrag Jasper genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statutenkommission und der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Beihilfe für den Kaninchenzüchterverein Braunschweig.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Vorstand des Kaninchenzüchtervereins Braunschweig hat an den Magistrat des Ersuchen gerichtet, dem Verein zur Förderung seiner Bestrebungen eine Beihilfe von 600 M zu gewähren, sowie die Überlassung von geeigneten Grundstücken zum Futterbau einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen. In Begründung dieses Antrages hat der Verein angeführt, daß bei der gegenwärtigen Fleischteuerung und der immer steigenden Bevölkerungszahl in Deutschland alle Mittel in Bewegung gesetzt werden müßten, um Fleisch auf dem einen oder anderen Wege zu erzeugen. Das soll nach Ansicht des Vereins auch in der Weise möglich sein, daß die Kleintierzucht, besonders die Kaninchenzucht, mehr als bisher in der Stadt gefördert wird. Diese Förderung hat er sich in der Weise gedacht, daß einmal der Wert des Kaninchenfleisches als Nahrungsmittel, da es immer noch als etwas minderwertig betrachtet würde, der Bevölkerung mehr bekanntgegeben würde, und dann hauptsächlich, daß die Zucht der Kaninchen mehr verbreitet würde, indem der Verein eine größere Anzahl bester Zuchthäsinnen größerer Rassen sich verschafft und an alle als Mitglieder dem Verein beitretenden Züchter Jungtiere, soweit als möglich kostenlos, abgibt, auch den jüngeren Züchtern mit Ratschlägen über Stallanlagen und Zuchtregeln an die Hand geht. Auch durch geeignete Propaganda in den Tageszeitungen soll das Interesse für diese Sache wachgerufen werden, ferner sollen geeignete Vorträge über den Zweck und den Nutzen der Kaninchenzucht gehalten werden. — Der Magistrat hält die Begründung des Vereins, ohne sich in den Einzelheiten mit den vorgebrachten Anschauungen zu decken, im wesentlichen für richtig, auch das Unternehmen an und für sich der Unterstützung würdig. Er hat deshalb an uns den Antrag gerichtet, allerdings von der Überlassung von Grundstücken zum Futter-

anbau abzugeben, aber doch dem Verein widerruflich jährlich 300 *M.*, zunächst auf höchstens drei Rechnungsjahre, mit der Bedingung jährlicher Rechnungslegung über die Verwendung der Gelder aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu verwilligen. Die Finanzkommission hat bereits vor den Ferien diesen Antrag des Magistrats beraten und ist in ihrer überwiegenden Mehrheit der Ansicht, daß dieses Unternehmen durchaus unterstützungswürdig sei. Sie empfiehlt Ihnen durch mich, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen. Bedenken, die in der Finanzkommission über die Art des antragstellenden Vereins und darüber laut wurden, daß wir nicht einen einzelnen Verein unterstützen sollten, sondern die betreffenden Vereine, die überhaupt in Betracht kämen, wurden damit widerlegt, daß der Verein als würdig befunden sei und andere Vereine nicht bekannt seien, jedenfalls nicht an die städtischen Behörden mit einem Gesuch herangetreten seien. Wenn unter gleichen Voraussetzungen andere Vereine mit ähnlichen Anliegen kämen, sollten auch diese Anträge wohlwollend geprüft werden. Ein weitergehender Antrag, etwa von der Stadt aus in eigener Regie die Kleintierzucht, speziell die Kaninchenzucht zu fördern, wurde von der Mehrheit abgelehnt, so daß die Finanzkommission die volle Annahme des Magistratsantrages empfiehlt.

Vorsitzender: Herr Stadtv. Bunge hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf einem geeigneten Grundstücke eine Kaninchenzuchtfarm zu errichten.“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung seines Antrages): Wie der Herr Referent berichtet hat, hat die Finanzkommission anerkannt, daß diese Sache förderungswürdig ist. Da der Verein es sich zur Aufgabe gestellt hat, der städtischen Bevölkerung mit Vermehrung der Fleischnahrung zu Hilfe zu kommen, muß man sagen, daß die 300 *M.*, die Sie bewilligen wollen, eine recht minimale Unterstützung sind. Wenn man einsieht, daß ein guter Zweck mit der Kaninchenzucht verfolgt wird, dann sollte man meines Erachtens auch tiefer in die Kasse greifen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es zu weit gehen würde, wenn man auch noch andere Vereine, die hinzukommen könnten, unterstützen wollte, und halte es für richtig, wenn von städtischer Seite in der Weise eingegriffen würde, daß man in großzügiger Weise eine Kaninchenzuchtfarm errichtet. Ist meine das nicht in der Weise, daß man Schlachtreife Tiere an den Markt bringt, sondern daß den Züchtern Vorteile verschafft würden, indem zu billigem Preise gute Zuchttiere abgegeben werden könnten. Das ist auch der Sinn des Antrages des Kaninchenzüchtervereins, daß er unseren Einwohnern mit Abgabe von Zuchttieren zur Seite stehen will. Das wird sich darauf beschränken, daß in erster Linie der Verein seine Mitglieder berücksichtigt, während die Allgemeinheit nicht den Vorteil hat, der erreicht wird, wenn

die Stadt selbst eine derartige Kaninchenzuchtfarm besitzt. Ich möchte Sie bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Falls dieser Antrag genügende Unterstützung findet, würde es sich empfehlen, ihn zunächst durch die Kommission vorberaten zu lassen.

Die 300 *M* werden nach dem Magistratsantrage verwilligt, der Antrag Bunge genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

3. Erstattung von Wahlkosten zur Angestelltenversicherung.

Stadtv. Munte: Der Deutsch = nationale Handlungsgehilfenverband, Ortsgruppe Braunschweig, hat sich mit einem Schreiben an die verehrliche Stadtverordnetenversammlung gewandt, in dem er bittet, ihm die 217,35 *M* zu ersetzen, welche ihm an Kosten für Wahlagitatioen gelegentlich der Wahl der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung erwachsen sind, und zwar dadurch, daß diese Wahl hat wiederholt werden müssen. In dem Schreiben wird ausgeführt, daß die städtische Bauverwaltung, insbesondere der Stadtmagistrat, die Wahl nicht in genügender Weise vorbereitet hätte, so daß sie das erste Mal hat abgebrochen und dann wiederholt werden müssen, daß mithin die Kosten für den Verband ungerechtfertigterweise entstanden wären. — Die Finanzkommission hat sich mit der Eingabe befaßt. Es ist das erste Mal, daß in Braunschweig ein Verein die Erstattung von Wahlagitationskosten fordert. Würde man dem Antrage nachgeben, so würde dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werden. Wir haben uns aber nicht aus diesem Grunde dem Antrage gegenüber ablehnend verhalten, sondern deshalb, weil wir uns sagten, daß das Risiko, welches mit Wahlagitatioen verbunden ist, natürlich diejenigen Leute tragen müssen, die sich mit Wahlvorbereitungen befassen. Wenn es richtig wäre, daß die Kosten ersetzt werden müssen, dann würde schon häufig auch bei anderen Wahlen der Ersatz der Kosten für erneute Agitation seitens anderer Vereinigungen gefordert sein. Ich erinnere z. B. an eine Landtagswahl in Braunschweig, die siebenmal stattgefunden hat. Formfehler können bei jeder Wahl vorkommen, so daß ein Ersatz von Agitationskosten merkwürdige Folgen haben könnte. Es ist bekannt geworden, daß inzwischen sich auch eine andere Vereinigung gemeldet hat, die nunmehr auch Kostenersatz haben will. Die Kommission ist der Meinung, daß ein Verschulden des Vertreters des betreffenden Dezerats im Magistrat, der die Wahl zu leiten hatte, in keiner Weise vorgelegen hat. Er hat die Wahl nach bestem Wissen und pflichtgemäß vorbereitet. Dabei war es die erste Wahl auf diesem Gebiet, und man konnte deshalb zur Zeit der Festsetzung des Wahltermins nicht wissen, daß die Beteiligung an der

Wahl durch die Bekämpfung zweier Interessentengruppen zu einer solchen Ausdehnung kommen würde, wie es geschehen ist. Im übrigen muß jeder, der Wahl-agitation treibt, damit rechnen, daß die Wahl nicht zustande kommt, und daß er sich die Kosten noch einmal auferlegen muß, nicht aber berechtigt ist, die Gemeinde zur Erstattung seiner Kosten heranzuziehen. Aus diesen Gründen hat die Finanzkommission in ihrer übergroßen Mehrheit diesen Besuch abgelehnt und mich beauftragt, die geehrte Versammlung zu ersuchen, sich diesem Beschluß anzuschließen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters geben selbstverständlich die Ansicht der Mehrheit der Kommission wieder; ob diese Ansicht aber richtig ist, dürfte einer kritischen Nachprüfung durch die Versammlung im allgemeinen unterzogen werden müssen. Der Herr Berichterstatter hat nicht in Abrede genommen, daß bei der Vertrauensmännerwahl für die Angestelltenversicherung an dem Wahltermin sich erhebliche Mißstände herausgestellt haben, so daß die Wahlhandlung hat abgebrochen werden müssen und einige Wochen später erneut stattgefunden hat. Nun meint der Herr Berichterstatter für die Mehrheit, es sei ein vertretbares Verschulden des Magistratsdezernenten, Herrn Stadtrats Wagner, in diesem Falle nicht zu sehen. Ich erlaube mir demgegenüber, anderer Meinung zu sein. Wenn es auch richtig sein mag, daß in dem Augenblicke, als Herr Stadtrat Wagner den Wahltermin ansetzte, er keine Übersicht darüber hatte, welche Wählerzahl sich beteiligen würde, ja nicht einmal, wie groß die Zahl der Wahlberechtigten in hiesiger Stadt überhaupt war, so ist ihm doch in den Wochen vor dem Wahltermin wohl genügend klargelegt worden, welche Bedeutung von seiten der Angestelltenkreise dieser Wahl beigelegt wurde. Er hat ja selber mitgeteilt, daß er aufmerksam diese Propaganda hinüber und herüber verfolgt habe, daß ihm als Magistratsdezernenten auch die Fachschriften zugänglich gemacht werden und er gesehen hat, daß in ganz Deutschland diese Angestelltenversicherungswahlen mit großem Interesse verfolgt sind. Er hat bei der Ausstellung der Karten merken müssen, daß über 4000 Wahlberechtigte solche Karten anforderten, und daß unter diesen Anfordernden der weitaus größte Teil wahlberechtigt war, da sie das wahlfähige Alter erreicht hatten. Er hat auch die große Propaganda wahrnehmen müssen, die besonders hier in der Stadt entfaltet ist, und da konnte er sich nicht sagen, daß in einem Raume, wie in dem des Englischen Hofes, es möglich sein sollte, diese große Zahl von Wahlberechtigten in ordnungsgemäßer Weise abzufertigen. Es hat sich nachher als nötig gezeigt, daß eine viel größere Zahl von Wahllokalen zur Erledigung der Wahl herangezogen ist, und dabei hat die Sache glatt vor sich gehen können. Das ist der beste Beweis, daß die erste Wahl durchaus unsachgemäß eingerichtet war. Nun wird eingewendet — der Herr Berichterstatter hat das angedeutet —, es hätte nicht Herrn Stadtrat Wagner das Ver-

schulden getroffen, sondern die Wahlberechtigten. Diese wären so turbulent und erregt gewesen, daß aus diesem Grunde die Wahl hätte abgebrochen werden müssen. Da muß man sich rein praktisch in eine derartige Lage versetzen, in der sich die Wähler damals befunden haben. Sie wurden, wenn ich nicht irre, um 4 Uhr nach dem Englischen Hof geladen, und als die Zeit von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr herankam, waren noch nicht einmal diejenigen abgefertigt, die sofort bei Beginn der Wahl dagewesen waren. Die Wahl war nicht einfach; die Schwierigkeiten wird der Herr Stadtrat wohl selber auseinanderlegen. Er hätte diese Schwierigkeiten auch schon früher wissen sollen. Bei der Umständlichkeit dieses Wahlverfahrens konnte er auf eine ordnungsmäßige Abwicklung der Wahl bei dieser Wählerzahl nicht rechnen. Man darf den Wählern doch nicht zumuten, daß sie stundenlang in geschlossenem Raume gedrängt stehen, was durchaus nicht angenehm ist, und warten, bis alle Personen aufgenommen sind. Da mußte von der Wahlleitung besonders für eine ausreichende Zahl von Wahlstellen und für Raum in den Wahllokalen gesorgt werden. Das ist nicht geschehen, und ein Verschulden ist deshalb der Wahlleitung auf keinen Fall abzusprechen.

Eine andere Frage ist, ob der Wahlleiter oder der Stadtmagistrat oder unsere Gemeinde rechtlich dafür herangezogen werden kann. Ich persönlich hatte in dieser Hinsicht zunächst Bedenken, indem ich Herrn Stadtrat Wagner nicht als Vertreter des Magistrats angesehen hatte, sondern als Staatskommissar, so daß das Gesuch um Erstattung der Wahlkosten an eine andere Adresse zu richten sei, bin aber vom Herrn Stadtrat Wagner bedeutet worden, daß tatsächlich der Magistrat als Gemeindebehörde ihn als den betreffenden Dezernenten den Gesetzen und Vorschriften entsprechend mit der Wahlleitung betraut hat, so daß die Adressierung an sich richtig sein würde. Es würde sich aber fragen, ob nun eine rechtliche Haftung aus der schuldhaften Einrichtung der Wahl hergeleitet werden könnte. Ich gebe zu, daß das zweifelhaft sein mag auch hinsichtlich des ursächlichen Zusammenhangs, den der Herr Berichterstatter für die Mehrheit vermist hat. Aber ich glaube, man kann die rechtliche Frage ganz beiseite lassen. Man muß wesentlich fragen, was die Willigkeit hier erheischt, und da kann man nicht umhin, wenn man ein Verschulden des Herrn Stadtrats Wagner als Wahlleiters nicht verneinen kann, daß man dann auch eine Art Anstandspflicht unserer Gemeinde anerkennen muß, diese Wahlkosten zu erstatten, die durch das Verschulden entstanden sind. Es würde selbstverständlich sowohl bei dieser Eingabe wie bei der anderen — der der Freien Vereinigung, die der Herr Berichterstatter erwähnt hat — sorgfältig geprüft werden müssen, in welchem Umfange etwa ein Entgegenkommen zu zeigen wäre. Aber grundsätzlich muß man doch sagen, daß jeder Wahlleiter genau weiß, daß Wahlagitatorien getrieben wird, daß der ursächliche Zusammenhang der Wiederholung der Wahl mit der verkehrten Auffassung nicht ver-

neint werden kann, und daß deshalb aus Billigkeitsrücksichten es angemessen ist, Entgegenkommen zu zeigen, und, wenn ein Fehler gemacht ist, ihn nicht die empfinden zu lassen, die schuldlos dazu gekommen sind, die Folgen zu tragen, sondern diejenigen büßen zu lassen, deren Vertreter in letzter Linie den Fehler gemacht haben. Das würde, nach unserem neuen Landesgesetz analog angewandt, die Gemeinde sein. Es würde zu prüfen sein, ob ein Rückgreifen der Stadt bei der Entschädigung auf Herrn Stadtrat Wagner zu machen ist, da bei seiner Stellung nicht so fehlerhafte Maßnahmen hätten angenommen werden können. Ich empfehle aus Billigkeitsrücksichten dem Vorschlage des antragstellenden Vereins zuzustimmen, den Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen und grundsätzlich auszusprechen, daß allen Vereinigungen derartige Wahlkosten nach Prüfung der Angemessenheit erstattet werden mögen.

Stadtrat Wagner: Auf die rechtliche Seite der Frage will ich nicht eingehen — es ist wohl unzweifelhaft, daß ein rechtlicher Anspruch auf Erstattung der Wahlkosten nicht besteht —, auch nicht auf die Frage der Erstattung der Kosten aus Billigkeitsrücksichten, weil es zu unhaltbaren Konsequenzen führen würde, wenn man den beteiligten Vereinigungen die Agitationskosten für die Wahlen ersetzen wollte. Denken Sie nur daran, wie furchtbar leicht ein Anfechtungsgrund bei jeder öffentlichen Wahl zu finden ist, wenn darnach gesucht wird. Ich möchte behaupten, bei der größten Vorsicht kann doch immer ein Fehler vorkommen, und ein Verschulden des Wahlleiters würde wohl immer zu konstruieren sein. In jedem solchen Falle würde dann eine Anstandsspflicht gegenüber den einzelnen politischen Parteien bestehen. Selbstverständlich würde ich mich verpflichtet fühlen, wenn ein Verschulden von meiner Seite vorläge, den entstandenen Schaden zu ersetzen. Das nebenher.

Wenn ich das Wort ergriffen habe, so liegt mir hauptsächlich daran, die Un-erquicklichkeiten, die damals bei der Angestelltenwahl hervorgetreten sind, in gewissem Umfange zu rechtfertigen. Die Wahl mußte angesetzt werden, als ich von meinem Urlaub zurückkam. Ich fand die betreffende Bekanntmachung vor, die während meines Urlaubs erlassen war, und gleichzeitig erging eine Verfügung des Ministeriums, man möchte die Wahlen sehr bald ansetzen, damit sie nicht in die eilige Geschäftszeit vor Weihnachten fielen. Ich habe sofort das Wahllokal bestellt, den Saal im Englischen Hof, in dem häufig die öffentlichen Wahlen für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte mit gutem Erfolge abgehalten sind — von einem dumpfen, abgeschlossenen Raume kann nicht die Rede sein —, und zwar nicht im großen Saale, sondern in einem kleineren Nebensaale. Nun besteht die Vorschrift, daß mit Rücksicht auf die komplizierten Bestimmungen der Verhältnisswahl zwischen der Ankündigung der Wahl und dem Wahltermin

selbst eine Frist von 6 Wochen liegen muß. Deshalb wurde der Wahltermin auf den 30. Oktober festgesetzt. Als ich diesen Termin bestimmte, hatte ich keine Ahnung davon, daß diese Wahl, die nach meiner Ansicht von außerordentlich geringer öffentlicher Bedeutung war, sich zu einem derartig wilden Kampfe der beiden Hauptgruppen der Angestellten, der Freien Vereinigung und des Hauptausschusses, auswachsen würde, wie ich es nachher aus der hiesigen Tagespresse und den Schriften der Angestelltenverbände, die mir als dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zugesandt sind, und die auch durchzusehen ich mich verpflichtet fühlte, entnommen habe. Als jedoch der Wahltermin angesetzt war, konnte ich schlechterdings an meinen Anordnungen nichts mehr ändern, denn damit hätte ich ohne weiteres einen Anfechtungsgrund gegen die Wahl gegeben, und es wäre dann dasselbe eingetreten, was heute eingetreten ist: eine Wiederholung der Wahl. Die eine oder andere Gruppe hätte gesagt: Der Termin ist nachträglich geändert, die Frist von sechs Wochen ist nicht eingehalten, deshalb ist die Wahl ungültig. Als ich nachträglich diese Agitation bemerkte, mußte ich sehen, wie ich es einrichtete, damit ich mit der Wahl durchkam. Es ist alles noch Mögliche geschehen, indem drei tüchtige Beamte als Schriftführer zugezogen sind. Wir haben bei der ersten Wahl außerordentlich schnell gearbeitet. Nun steht aber in der Wahlordnung die unglückselige Bestimmung, daß jeder einzelne Wähler, nach Zunamen, Vornamen, genauer Berufsbezeichnung — bei der die Bezeichnung Handlungsgehilfe nicht zulässig ist, es ist anzugeben, ob er Buchhalter, Lagerführer oder was sonst im Geschäft ist —, nach seiner Firma, bei der er beschäftigt ist, in die Wählerliste eingetragen werden muß. Trotzdem haben wir es fertiggebracht, in den 1½ Stunden von 4 — ½ 6 Uhr 766 Wähler abzufinden.

Wenn dennoch die Wahl nicht hat durchgeführt werden können, so ist das durch Zusammentreffen von verschiedenen Umständen eingetreten. Mir ist nachträglich bekannt geworden, daß die Verbände sich an verschiedene unserer größeren Firmen — z. B. Umme, Giesecke & Konegen, die eine Unmenge Angestellte beschäftigen, Pfeiffer & Schmidt, wo auch 200 Angestellte sind — mit der Bitte gewandt haben, man möchte dem Personal an diesem Tage ausnahmsweise so früh freigeben, daß es um 4 Uhr zur Wahl erscheinen könnte. Auch durch die weiblichen Wähler, die zum ersten Male an der Wahl teilgenommen haben, ist Agitation getrieben, und da man annahm, daß die männlichen Wähler in den Nachmittagsstunden durch ihre Berufspflicht abgehalten würden, nach dem Wahllokal zu kommen, hat man auch die Damen am Nachmittag zur Wahl dirigiert. So kam es, daß plötzlich eine große Zahl Wähler auf einmal sich einfand. Diese schnell abzufertigen, wäre unmöglich gewesen, auch wenn man 8 Wahllokale, wie wir sie zu der zweiten Wahl eingerichtet haben und die ziemlich leer geblieben sind, eingerichtet hätte. Trotz unserer redlichsten Bemühungen, die Sache durchzuführen, wurde die Weiter-

führung der Wahl unmöglich, weil es unter den Wählern Nadau gab; die Wahl artete zu einer politischen Nadauverammlung aus. Die Damen wurden in unangenehmer Weise belästigt, gedrängt und mit anzüglichen Redensarten bedacht. Auch die Polizei versagte. Die herangeholten Beamten haben das Lokal verlassen, da sie der Ansicht waren, es handle sich nicht um eine öffentliche Wahl, und sie dürften deshalb nicht einschreiten. Nachdem — trotz aller Bemühungen von unserer Seite — einzusehen war, daß die Wahl nicht durchgeführt werden konnte, ist die Wahlhandlung abgebrochen. Wären die Störungen aus der Wählerschaft selbst nicht hervorgetreten, dann wäre es (allerdings unter gewisser Behelligung der Wähler, was sich nicht mehr ändern ließ) möglich gewesen, die erste Wahl durchzuführen, denn es haben tatsächlich 2481 Personen gewählt. Wenn diejenigen, die bis zum Schluß der fünfständigen Wahlzeit erschienen — mit Einschluß aller derjenigen, die erst kurz vor 9 Uhr erschienen — noch nachträglich binnen einer Stunde abgefertigt wären, so wären in derselben Zeit die Personen, die nachher in acht Lokalen gewählt haben, in einem Lokal abgefertigt gewesen.

Hervorheben möchte ich noch eins: daß infolge dieser außergewöhnlichen Agitation (nach Festsetzung des Wahllokals!) die Wahlbeteiligung in Braunschweig eine viel größere gewesen ist als in den meisten Großstädten Deutschlands. Ich habe seinerzeit, weil ich bald nach dieser Wahl eine Interpellation hier erwartete, mir aus der Zeitschrift des Bundes der industriellen Beamten, eines Bundes, der mit zu der Freien Vereinigung gehört, die Herr Dr. Jasper erwähnte, die Zahlen der Wähler entnommen und daraus ersehen, daß Braunschweig mit seiner prozentualen Beteiligung ungefähr an höchster Stelle in Deutschland gestanden hat. Wenn man das hätte voraussehen können, dann hätte man von vornherein selbstverständlich mehr Wahllokale bestimmt. Ich erinnere daran, daß man — wie ich selbst gesehen habe — zu derartigen Agitationsmitteln gegriffen hat, wie sie selbst bei Reichstagswahlen hier nicht angewendet sind, indem man mit farbigen Transparenten in den Straßen umhergezogen ist, Sandwichmänner engagiert hat, die mit Plakaten durch die Straßen gingen, in denen aufgefördert wurde, für die eine oder andere Gruppe zu stimmen. Wenn man das vorher hätte ahnen können, würde man die Wahl anders arrangiert haben, und in Zukunft wird man sich mehr vorsehen. Ich kann für meine Person nicht einsehen, daß unter diesen Umständen mich ein nennenswertes Verschulden bei meinen Anordnungen trifft, und möchte bitten, diese meine Rechtfertigung Ihrerseits anzuerkennen.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Stadtrat Wagner erklärte, daß die Wahlen zur Angestelltenversicherung keine große allgemeine Bedeutung haben. Ich verstehe wirklich nicht, wie Herr Stadtrat Wagner zu dieser eigenartigen Auffassung kommt, nachdem doch jahrelang die Angestellten für das Zustandekommen dieses Gesetzes

gekämpft haben, nachdem überall Massenversammlungen arrangiert sind, um diese Wahlen vorzubereiten. Diese Ansicht bestätigt im Grunde genommen, was von einer Seite gesagt wird: daß für die Angestellten bei diesem Gesetz wenig herausgekommen ist. Der Herr Stadtrat hat uns vorgetragen, wie umständlich die ganze Wahl vor sich geht, und er hat recht damit, daß es etwas Neues ist. Ich habe selbst mitgewählt und war gleich zu Anfang, als der Wahlakt eröffnet wurde, in dem Lokal. Vor allen Dingen ist der Fehler gemacht, daß man einen zu kleinen Saal gewählt hat. Wenn die ganzen Personen an den Wahlstisch, an dem der Herr Stadtrat Wagner saß, herantreten müssen, und der Wahlstisch von den daranstehenden Tischen, zu denen man durchgehen mußte, abgesperrt ist, dann ist es ohne weiteres klar, daß durch den Andrang die Tische, die das Wahlbureau abtrennten, fortgedrängt wurden, denn der Saal ist von Personen überfüllt gewesen, mithin mußte der Herr Stadtrat auf die Bühne gehen. Die Schreiber haben sehr viel zu arbeiten gehabt, das muß man anerkennen, aber es ist nicht richtig, wenn Herr Stadtrat Wagner sagt, daß die Abfertigung der Wähler anfangs flott stattfand. Ich war zu Anfang anwesend und habe ziemlich lange warten müssen. Das hätte abgewendet werden können, wenn nicht nur zwei Schreiber vorhanden waren; es konnte ebensogut in der einen Ecke noch ein Herr sitzen und ebenso in der anderen Ecke des Saales und so das Verfahren beschleunigt werden. Nachher ist es so gegangen, indem man soundso viele Wahllokale eingerichtet hat. Es mag richtig sein, daß bei jeder Wahl sehr leicht ein Anfechtungsgrund vorliegen kann. Ist aber nur ein geringfügiger Anfechtungsgrund da, so wird es keinem einfallen, die Kosten für die zweite Wahl ersetzt haben zu wollen. Hier jedoch liegt, ich muß es offen aussprechen, durch die Wahl des Lokals ein grobes Verschulden vor, weil Herr Stadtrat Wagner unbedingt voraussehen mußte, daß bei der Umständlichkeit der Eintragung unbedingt viel Zeit in Anspruch genommen wurde und die Wähler sich ansammeln mußten.

Nun wird gesagt, die Schuld liege mit daran, daß verschiedene Geschäfte den Nachmittag für die Wahl freigegeben haben. Es ist richtig, daß in allen sozialpolitischen Zeitschriften aufgefördert worden ist, die Angestellten sollten bei ihrem Chef darnach streben, daß größere Geschäfte den Nachmittag für die Wahl freigegeben. Damit mußte gerechnet werden, weil bei der Wahl, die vorher in Hannover stattgefunden hat, der Nachmittag ebenfalls freigegeben war, und da auch dort eine große Anzahl von Wählern sich an der Wahl beteiligt hat. Daß die Freie Vereinigung der Partei des Herrn Dr. Jasper so nahesteht, ist nicht der Fall. Die Freie Vereinigung hat sich uns angeschlossen ohne Rücksicht auf die sonstigen Momente, weil das durchgeführt werden mußte, was von diesem Gesetz erhofft und erwartet werden konnte. Wir können sehr gut eine angemessene Entschädigung für diesmal bewilligen, weil das Verschulden ein ziemlich grobes war. Wenn man

auch in anderen Fällen über solche Anträge zur Tagesordnung übergehen mag, so bitte ich doch, diesem Antrage stattzugeben und den Verein einigermaßen für seine unnütz aufgewandten Ausgaben zu entschädigen.

Stadtv. Stegmann: Nach den Ausführungen der Herren Steinbrecher und Jasper habe ich nur noch wenig Worte zu sagen. Ich gebe zu, daß es bei derartigen Wahlen, welche zum ersten Male stattfinden, nicht leicht ist, sie zu inszenieren, namentlich bei einer umständlichen Verhältniswahl. Aber etwas mehr Vorsicht hätte man walten lassen können. Herr Stadtrat Wagner hat zugegeben, daß er wohl zuletzt sah, wie groß die Zahl der Wähler werden würde. Da hat es mich denn gewundert, daß in dem Wahllokal nur eine Wahlurne vorhanden war. Wir haben doch bei anderen Wahlen mehrere Urnen in einem Saale; sollte das nicht auch hier möglich gewesen sein? Dann schiebt Herr Stadtrat Wagner den Wahlbeteiligten die Unruhe in die Schuhe, die aus Vergnügen den Umstoß der Wahl provoziert haben. Ich selbst habe 1¾ Stunden in der Menge gestanden. Es war das reine Dampfbad; ich wollte gern zurück, aber es war unmöglich. So ist es vielen gegangen, mit Überzieher und Schirm stand man wie eingepöckelt. Erst als der Tisch mit der Urne umgeworfen wurde und die Tische schließlich auf die Bühne gestellt sind, bekam man Luft und konnte das Lokal verlassen. Nicht aus Vergnügen oder Radaulust haben die nachdrängenden Wähler den Tisch zu Fall gebracht, sondern es ist der ungenügenden und mangelhaften Wahlleitung und Einrichtung zuzuschreiben. Wo so etwas vorliegt, soll man auch, wie Herr Dr. Jasper sagte, Billigkeitsgründe walten lassen und eine Entschädigung gewähren. Schon Herr Steinbrecher sagte: Um einer Kleinigkeit willen wird man die Entschädigung nicht verlangen, es hat hier in Wirklichkeit ein Verschulden des Magistrats vorgelegen, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann, und deshalb sind diese Ansprüche berechtigt.

Stadtrat Wagner: Die Anordnungen, die von mir für die erste Wahl getroffen sind, haben sich, da ich im übrigen mit Wahlen nichts zu tun habe und mir die Erfahrung fehlte, auf die Erfahrungen gestützt, die ich bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen, die man wohl mit derartigen Wahlen vergleichen kann, gemacht habe. Darnach konnte man auf eine so gewaltige Wahlbeteiligung, wie sie sich auch in anderen Städten Deutschlands nicht gezeigt hat, nicht rechnen. Die Umstände, die Herr Steinbrecher anführte, um ein Verschulden auf meiner Seite zu konstruieren, sind, wie ich wiederholt betonen möchte, fast alle erst hervorgetreten, nachdem die Wahlbekanntmachung erlassen war. Da ließ sich nichts mehr ändern. Nachdem man einen Wahlbezirk eingerichtet hat, kann man nicht mehrere Urnen an verschiedenen Plätzen aufstellen und tatsächlich mehrere

Wahlbezirke bilden. Auch das wäre ein Anfechtungsgrund gewesen. Daß nach der ersten Stunde der Andrang gekommen ist, erkenne ich ohne weiteres an. Er ist dadurch herbeigeführt, daß bei so vielen Wählern die Parole gelaute hat: Geht sofort nach 4 Uhr zur Wahl; dadurch war nach 5 Uhr der ganze Saal gefüllt. Das sind unglückliche Umstände, die man im voraus nicht übersehen kann. Wenn eine Verteilung der Wähler, wie es bei der zweiten Wahl geschehen ist, auf die Zeit zwischen 5 und 10 Uhr stattgefunden hätte, so wäre mit einer gewissen Wartezeit, aber immerhin doch glatt die Wahl am ersten Tage zu vollziehen gewesen.

Stadt v. Wesemeier: Man kann es den Antragstellern nicht verdenken, wenn sie Entschädigung von der Stadt verlangen. Wenn Sie alle, wie Sie hier sitzen, selbst an der Wahlhandlung teilgenommen hätten, so bezweifle ich keinen Augenblick, daß jeder einzelne von Ihnen derselben Meinung wäre. Auch ich habe zwei Stunden lang in der Menge gestanden, ehe ich meine Stimme abgeben konnte. Wir wissen aus Erfahrung, daß alle Wahlen in Braunschweig, mögen sie sein, wie sie wollen, mit Ausnahme der von Herrn Stadtrat Wagner genannten Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen, eine außerordentliche Beteiligung erzielen. Das sozialpolitische Interesse ist hier vorhanden, und darum war die Beteiligung vorauszusetzen. Es war bekannt, daß über 4000 Wähler sich Karten geholt hatten. Rechnet man auf jeden nur 15 Sekunden — und die dauert es, denn der Name mußte eingeschrieben werden, Beruf und Firma, und die Schreiber würden den Schreibkrampf bekommen, wenn sie ununterbrochen schreiben sollten —, dann wären 16 Stunden nötig gewesen, um an einer Urne das Wahlgeschäft zu erledigen. Bei der ersten Wahl sind nur 5 Stunden dafür angelegt gewesen, es wäre also nach meiner Überzeugung auch nicht möglich gewesen, die Wahl durchzuführen, wenn alles ordnungsgemäß vorgegangen wäre. Herr Stadtrat Wagner hat nicht den rechten Überblick gehabt über das, was noch hinten im Saal gestanden hat und was umgekehrt ist, ohne zur Wahlurne zu gelangen. Der Saal mit samt den Nebenräumen hätte unmöglich die Menschenmenge fassen können, die Leute waren gezwungen, umzukehren. Die Menschenmenge war so groß, daß der Herr Stadtrat mit dem Wahlstisch auf die Bühne flüchten mußte. Ich kann es deshalb den Vereinen nicht verdenken, wenn sie mit dem Ersuchen um Erlass der Wahlkosten an die Stadt herangehen. Sie müssen die Kosten doch ihren Mitgliedern aufbürden; die einzelnen Personen werden belastet durch das ungenügende Verfahren, das zur Vollziehung der Wahl eingeleitet worden ist. Ich möchte auch bitten, der Willigkeit Rücksicht zu tragen und die verlangte Summe zu bewilligen.

Der Antrag der Finanzkommission auf Ablehnung der Eingabe wird angenommen.

Vorsitzender: Es ist folgender Antrag von Herrn Eckhardt eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zur Errichtung eines würdigen Grabdenkmals für den auf dem Brüdern-Friedhof zur letzten Ruhe bestatteten Komponisten des schönen Volksliedes „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“, Heinrich Werner, eine Beihilfe von 200 M zu bewilligen.“

Herr Eckhardt wird nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, den Antrag zu begründen.

4. Antrag Friede auf Anstellung eines Stadtgärtners.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag Friede lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Anstellung eines Stadtgärtners baldigst in die Wege zu leiten.“ Die Baukommission, die sich mit der Sache beschäftigt hat, war einstimmig der Meinung, daß unsere Stadt mit ihren gärtnerischen Anlagen und ihrem Blumenschmuck noch hinter anderen Städten zurücksteht, auch noch hinter Städten, die kleiner sind als Braunschweig. Es war deshalb Einstimmigkeit vorhanden, daß es an der Zeit sei, jede Gelegenheit zu ergreifen, um möglichst viele gärtnerische Anlagen in der Stadt zu schaffen. Dazu ist es unbedingt nötig, daß ein Gärtner für die Stadt engagiert wird, denn es ist nicht möglich, daß die städtische Bauverwaltung diese Sachen noch übersehen und ausführen kann, auch fehlt ihr die Sachkenntnis. Wir haben in Braunschweig auch mehrere Ortsstraßen, die mit Obstbäumen besetzt sind, und auf den Rieselfeldern große Obstplantagen. Es wäre angebracht, daß der Stadtgärtner auch diese Sachen mit unter seine Pflege bekäme, denn es ist von den Mitgliedern der Rieselfgutdeputation anerkannt worden, daß die Obstplantage auf den Rieselfeldern sehr im argen liege, da die sachmännische Pflege fehlt. Über die Kosten, die die Anstellung eines Stadtgärtners erfordert, ist die Baukommission der Meinung, daß diese als werbende zu bezeichnen seien, denn es sei selbstverständlich, daß die Stadt, wenn sie sich in einem schönen Kleide zeigt, viel leichter von Zuziehenden aufgesucht wird, als wenn sie schmucklos dasteht. Auch vom Magistratsstische wurde Sympathie für den Antrag bekundet. Aus allen diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Baukommission, die Anstellung eines Stadtgärtners dem Magistrat vorzuschlagen.

Stadtv. **Munte:** Ich freue mich sehr, daß die Baukommission diesen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, und daß auch der Magistrat gelegentlich der Beratung seine Sympathie für den Antrag bekundet hat. Ich möchte zu dem Antrage noch bemerken, daß der Stadtgärtner nicht allein die Stadt verschönern kann,

sondern durch seine Tätigkeit der Stadt sehr viel Geld ersparen kann. Die Herren erinnern sich wohl noch unseres Beschlusses, die kränkenden Bäume auf dem Hagenring durch lebensfähige zu ersetzen. Das ist geschehen, zwischen Heinrichstraße und Karlstraße sind 80 junge Birkenbäumchen angepflanzt. Aber im vorigen Herbst sind sie zum Teil wieder ausgegangen, weil sie nicht gepflegt werden. Ich kann nicht beurteilen, aus welchem Grunde das Absterben stattfindet, und ob jemand mit der Pflege beauftragt ist. Es ist mir jetzt von den Anwohnern der Straße ein langes Exposé mit der Unterschrift „Einer für viele“ zugegangen, in dem zunächst gedankt wird für das Interesse, das der Straße geschenkt wurde, im weiteren aber dem betreffenden Beamten oder dem Magistrat Vorwürfe gemacht werden. Dieser sollte sogar zur Verantwortung gezogen werden, die Steuerzahler könnten das nicht mit ansehen usw. Ich liebe allerdings derartige anonyme Zuschriften nicht, möchte aber meiner Pflicht als Stadtverordneter nachkommen, indem ich von dem Schriftstück Mitteilung mache. Die in dem Schreiben erwähnte Tatsache besteht allerdings; wer dafür verantwortlich ist, kann ich nicht wissen. Jedenfalls würde ein Stadtgärtner solche wiederholten Baumpflanzungen der Stadt erspart haben. Ich möchte diesen Punkt der Tagesordnung benutzen, anzuregen, daß der Magistrat sich darnach erkundigt, weswegen die 80 Bäume eingegangen sind.

Stadtv. Ohlendorf: Daß in Braunschweig noch manches in bezug auf Ausschmückung der Straßen und Plätze mit Bäumen und Blumen geschehen kann, der Meinung sind wir auch. Wir sehen aber trotzdem nicht ein, daß es zu diesem Zwecke dienen soll, einen Stadtgärtner anzustellen. Bisher sind doch immer Anträge, welche den Pflanzenschmuck der Stadt betreffen, hier angenommen, und es hat so ganz gut gegangen. Wir glauben, wenn die Ausschmückung der Stadt in dieser Richtung zu wünschen übrigläßt, so liegt das mehr daran, daß hierfür zu wenig Mittel vorhanden sind. Wir sind der Meinung, daß Gärtner schon in der Stadt vorhanden sind, und daß auch lediglich zur Beaufsichtigung schon jemand vorhanden ist. Wir haben im Bürgerpark eine ganze Reihe gärtnerischer Arbeiter, es ist auch jemand dort, der diese Leute zu beaufsichtigen hat; das ist der Promenadeninspektor Kreiß. Wir meinen, daß dieser Herr in der Lage und willens sein wird, diesen Posten auch nach der Richtung hin zu versehen, wie es der Antrag mit sich bringt. Die Kosten für den Stadtgärtner könnten wir sparen, aber es könnte doch gemacht werden, was gewünscht wird, indem wir den Herrn, der die Sache jetzt schon unter sich hat, weiter damit beauftragen, eventuell mag diesem Herrn eine größere Vergütung zugehen. Ich weiß nicht, wie das Verhältnis des Herrn zu der Stadt ist, ich glaube aber, daß mein Vorschlag angängig ist und es überflüssig sein wird, einen neuen Beamten für diesen Zweck anzustellen. Ich möchte Sie bitten, den Antrag nach dieser Richtung hin zu bedenken und nicht zu beschließen, einen

Stadtgärtner anzustellen, sondern dem Magistrat anheimzugeben, Herrn Promenadeninspektor Kreiß zu beauftragen, daß er für die Stadt weiter tätig ist.

Stadtv. **Riele:** Ich habe denselben Standpunkt in der Kommission vertreten und habe dort auf Grund von Gerüchten, die in der Stadt umgehen, zur Sprache gebracht, daß es den Anschein hat, als wenn dieser Antrag dazu angeregt wäre, nun einmal, weil verschiedene Anfeindungen vorliegen, Herrn Promenadeninspektor Kreiß eins zu verlegen. Ich weiß, daß ihm von der Tennisgesellschaft und von anderen manche Ungelegenheiten bereitet sind, weil er nicht in alles das eingewilligt hat, was man zeitweise von ihm verlangt hat. Ich habe aber nachher bei der Aussprache mich davon überzeugt, daß ein solches Vorgehen weder vom Antragsteller noch von der Kommission vorliegt, und habe das in der Kommission auch konstatiert.

Meinen Widerspruch gegen die Anstellung eines Stadtgärtners habe ich darum aber nicht fallen lassen, trotzdem man mir gesagt hat, daß das, was ich dagegen gesagt habe, dafür spräche. Ich führe die mangelhafte gärtnerische Ausschmückung der Stadt darauf zurück, das wiederhole ich hier, daß der Magistrat, nicht die Mittel dafür hat und sich nicht dafür interessiert. Wären Mittel ausgeworfen gewesen, dann wäre auch Gebrauch davon gemacht. Ich hätte manches zu kritisieren, und es wäre dazu die schönste Gelegenheit gegeben. Erst nach langer Zeit hat man sich dazu bequemt, die Vertiefungen um die Bäume an der Kaiser-Wilhelmstraße mit Steinen einzufassen, damit es manierlich aussieht. Im kleinsten Dorfe ist es besser, als es vorher bei uns war. Andererseits hätte man längst versuchen sollen, dort eine verdeckte Allee zu schaffen. Ob das an dem hinteren Teil der Kaiser-Wilhelmstraße, der über den Hagenring hinausgeht, am Plage ist, und ob die Platanen so biegsam sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Wären solche Anträge gestellt, wir hätten sie sicher nicht abgelehnt. Wenn aber Mittel nicht aufgewendet werden, dann muß sich auch ein aufsichtsführender Beamter bescheiden, denn er kann nur schaffen, wenn er Mittel hat. Jedenfalls hat Herr Kreiß mit dem Bürgerpark etwas zur Freude und zur Ehre der ganzen Stadt Braunschweig geleistet, das ist nun einmal sicher. Ich habe in der Kommission erklärt, ich könnte nicht einsehen, wozu ein Stadtgärtner nötig wäre, wo wir fast keine gärtnerischen Anlagen in der Stadt haben. In der Döringstraße ist etwas Rasen, auch in der Bernerstraße und auf der Wilhelmstraße soll nun etwas Derartiges angelegt werden. Der Staat seinerseits macht vor dem Behördenhause einige Anlagen, die dann jedenfalls nachher auf unsere Kosten gehen. Die große Pflasterfläche an der Katharinenkirche könnte auch schöner ausgestaltet werden, das ist richtig. Aber wenn keine Vorlagen seitens des Magistrats kommen, dann kann auch der beste Gärtner nichts helfen. Wenn ein städtischer Gärtner auf dem Nieselgute beschäftigt werden soll, so würde

ich nichts dagegen haben, denn dort ist die Obstbaum-Anlage ein für allemal verpflanzt; das habe ich schon vor einigen Jahren gesagt. Die Vorgänger der jetzigen Stadtverordneten, die wohl gute Rüben und Kraut erzielen konnten, auch das Franzosenkraut kannten, die sind damals die Ratgeber gewesen. Wenn der Ortstein nicht aus dem Lande des Kieselguts herausgebracht wird, dann wächst kein Baum darauf; die Wurzeln fangen an zu stocken, und dann sterben die Bäume allmählich ab, und wir haben davon die Ausgaben. 20 000 Bäume sind vorhanden, aber sehen Sie sich die Dinger einmal an. Doch zu solchen Arbeiten haben wir unsere sämtlichen Wegewärter an der Hand. Die werden ja, soviel ich weiß, nach der Landesbaumschule hingeschickt, damit sie einen Baum beurteilen und beschneiden lernen. Wenn wir als Oberaufsicht den Promenadeninspektor Kreiß beibehalten, wenn er auch schon 70 Jahre alt ist, so würde der schon Anleitungen geben für Anlagen, die der Stadt zur Ehre und zum Schmuck gereichen, so wie er es beim Bürgerpark getan hat.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich glaube, was Herr Kiefe vorgebracht hat, das spricht mehr dafür, daß wir einen Stadtgärtner anstellen, denn die Klagen über mangelnden gärtnerischen Schmuck in der Stadt hat er anerkannt, und auch, daß auf dem Kieselgut ein städtischer Gärtner am Platze wäre. Was will denn der Antrag Fricke? Er fordert, eine Person anzustellen, die über alle diese Sachen wacht. Nun sagt Herr Kiefe: Dafür ist ja Herr Kreiß da. Wichtig ist, daß Herr Promenadeninspektor Kreiß uns in liebenswürdiger Weise bis jetzt seine Kraft zur Verfügung gestellt hat. Aber er ist doch herzoglicher Beamter. Wenn er nun nach dem Kieselgute hinaus sollte und noch unsere Anlagen in der Stadt überwachen, so ist das nicht angängig. Er kann nicht zwei Herren in der intensiven Weise dienen, wie wir es vorhaben. Der Herr Referent hat angeführt, daß auch von kleineren Städten ein Stadtgärtner angestellt wird. Wenn ich das alles vorbringen soll, was dem neuen Herrn aufgebürdet wird in den Anlagen, die wir schon jetzt in Braunschweig haben, dann werden Sie mir zugeben, daß er vollauf zu tun hat. Ich erinnere Sie nur an die Baumpflege. Wenn Sie Interesse dafür haben, dann gehen Sie einmal an die Cellerstraße, vis-à-vis der Pflegehausstraße; ein Tunder trockenen Holzes sitzt schon seit Jahren darin. Wir haben jetzt die Teerung der Wege, und es ist nötig, daß der Boden rund um die Bäume ordnungsmäßig aufgehauen wird; aber dafür wird nicht gesorgt. Wenn ich nicht dem Baume auf dem Bankplatz manchmal ein paar Eimer Wasser brächte, wäre er schon längst eingegangen. Der neue Baum dort hat durch Frost gelitten und ist eingegangen. Schon dafür, was wir besitzen, ist es nötig, einen Stadtgärtner anzustellen. Und wenn er Zeit hat, soll er uns auf dem Kieselgut an die Hand gehen, jetzt ist die Wirtschaft dort nicht ordnungsmäßig, um Obst zu ziehen. Es wird auch weiter ge-

gangen; der Herr Referent hat gesagt, daß es nötig ist, daß Braunschweig endlich einmal mehr gärtnerischen Schmuck bekommt. An unserem Siegesplatz kann man wohl sehen, daß er ab und zu gesprengt und der Rasen erhalten wird. Gehen Sie aber einmal die Promenaden entlang, nach dem Petritor zu. Da meint man wohl, es gehöre nicht uns, sondern dem Staat. Aber es wird doch die Zeit kommen, daß die Verwaltung eine einheitlich städtische wird. Gehen Sie an die Landschaft, wo auch etwas Grünes ist. Ich habe meine Meinung darüber schon neulich auseinandergelegt. Was hilft es, daß das Kind in die Welt gesetzt, aber nicht gefüttert wird? Ich habe nicht gesehen, daß die Anlagen begossen werden, wenn nicht der liebe Herrgott sie begießt. Darum habe ich den Antrag Fricke mit Freude begrüßt.

Allerdings erwachsen uns mit Anstellung des Stadtgärtners eine Menge Kosten. Der Mann muß Leute haben und Geld, damit er anschaffen kann, was er braucht. Wer dafür nicht zu haben ist, der muß gegen den Antrag stimmen. Ich habe aber selbst von Herrn Riekes Freunden, selbst von Herrn Ohlendorf sagen hören, daß hierin noch viel in der Stadt zu machen ist. Das alles kann Herr Kreiß allein nicht schaffen. Damit wir nicht da stehen bleiben, wo wir sind, und damit wir erreichen, was wir schon lange Jahre wollen, dafür müssen wir einen verantwortlichen Redakteur haben. Sehen Sie sich Hannover und Hildesheim an; das Hannoversche Rathaus, wo Tausende von Pelargonien blühen, das ist ein Schmuckkästchen! Nennen Sie vielleicht den grünen Fleck an der Katharinenkirche einen Schmuckplatz? Das einzige Gute in dieser Beziehung ist in unserer Stadt der Platz, wo das Siegesdenkmal steht, und auch da läßt es zu wünschen übrig. Ich bitte dringend, nehmen Sie den Antrag an, einen Stadtgärtner anzustellen. Die Mittel, die er braucht, werden Sie hoffentlich dann auch noch bewilligen.

Stadtv. Sander: Die Einwände, die heute gemacht sind, hat Herr Rieke in der Baukommission auch schon vorgebracht. Er hat sich davon überzeugt, daß der Antrag nicht seine Spitze gegen Herrn Promenadeninspektor Kreiß richtet, wie es auch wirklich nicht der Fall ist. Es ist ausdrücklich in der Baukommission gesagt, daß wir nicht umhin können, die großen Verdienste des Herrn Promenadeninspektors in seinem Schaffen für Braunschweig anzuerkennen. Das ist auch vom Magistrat ausgesprochen. Nun muß man aber bedenken, daß der Herr 72 Jahre alt ist und es eigentlich eine Gottesgabe ist, daß er überhaupt noch tätig sein kann. Lange könnten wir auf den Herrn doch nicht mehr rechnen, und dann wären wir in der Lage, einen Stadtgärtner anstellen zu müssen. In der Person des neuen Stadtgärtners haben wir uns einen studierten Gärtner gedacht, der die ganze Vorbildung, die man heute von einem Kunstgärtner verlangt, genossen hat, der gleichzeitig Obstbaum- und Blumenzucht studiert hat, der in der Lage ist, zu übersehen, was in Braunschweig vorhanden ist, und was noch kommen wird. Selbstver-

ständig geht das nicht ohne Kosten. Wir kommen nicht darum weg, später Gewächshäuser bauen zu müssen und eine Baumschule anzulegen. Das sind aber werbende Anlagen, und ich glaube nicht, daß einer sich weigern wird, diese zu bewilligen. Lassen Sie uns nicht engherzig sein! Herr Kreiß wird, soweit ich mir die Entwicklung denken kann, die Tätigkeit in seinem Revier noch beibehalten und keineswegs verdrängt werden. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Antrag an.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte nur eins berichtigen: Herr Riefe irrt sich, wenn er sagt, er habe nicht für den Antrag gestimmt. Ich möchte die Herren, die gestern in der Baukommission anwesend waren, bitten, mich zu berichtigen, wenn ich unrecht habe. Es ist ausdrücklich in der Kommission gesagt

Vorsitzender: Ich bitte, aus der Baukommission, die vertraulich verhandelt, keine Mitteilungen zu machen.

Stadtv. Meyerhoff (fortfahrend): Ich denke, Herr Riefe, wir sind einig in dieser Frage: Ich führte an, Herr Promenadeninspektor Kreiß, für den Herr Riefe eine Lanze brach, werde durchaus nicht verletzt. Es ist durchaus keine Spitze gegen ihn in dem Antrage; er behält die Verwaltung und den Ausbau unseres Parks. Es wurde angeführt

Vorsitzender: Ich bitte nochmals, aus der Kommission nicht die Ausführungen anderer Redner anzuführen.

Stadtv. Meyerhoff (fortfahrend): Ich bin als Kommissionsreferent vom Herrn Vorsitzenden auch berichtigt und glaube, die Richtigstellung hier auch machen zu können. Wir fanden großes Entgegenkommen vom Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer, der der Sitzung bewohnte. Wenn die Entwicklung weitergehe, würden auch Gewächshäuser, Baumschulen usw. angeschafft werden. Darnach hat Herr Riefe nicht erklärt: Ich bin gegen den Antrag. Das muß ich hier feststellen.

Vorsitzender: Ich muß dem Herrn Vorredner antworten, daß es nicht üblich ist, Äußerungen aus der Debatte in der Kommission mit Namensnennung hier im Plenum zu wiederholen.

Stadtv. Mohr: Ich bin für Anstellung eines Stadtgärtners, möchte mir aber eine Frage erlauben. Es ist mir nicht klar und deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß der 72jährige Herr Promenadeninspektor Kreiß in der Bewirtschaftung des Bürgerparks und Stadtparks belassen werden soll, solange seine Kraft ausreicht. Ich möchte, daß dem Herrn eine Kränkung nicht zugefügt wird, und bitte, das hier klarzustellen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: In bezug auf die letzten Bemerkungen des Herrn Mohr möchte ich anheimgeben, wenn Sie den Antrag Friede annehmen, uns die weitere Bearbeitung zu überlassen. Ich kann erklären, daß wir uns im Magistrat schon früher mit dieser Frage beschäftigt haben und mit Rücksicht auf das Verhältnis, in dem wir zu dem Promenadeninspektor Kreiß stehen, einstweilen davon Abstand genommen haben, Ihnen mit Anträgen zu kommen. Es ist richtig, was Herr Loeschigt erwähnte. Herr Promenadeninspektor Kreiß ist herzoglicher Beamter, und wenn Herr Ohlendorf meint, wir könnten ihn ersuchen oder beauftragen, noch andere Arbeiten zu übernehmen, so wird das nicht angehen. Er hat reichlich an dem zu tun, was wir ihm schon übertragen haben, und der Staat würde, glaube ich, kaum in der Lage sein, ihm eine so weit gehende Erlaubnis zu geben, daß er ständig für die Stadt arbeiten könnte. Nach meiner und, ich glaube, auch nach Ihrer Ansicht liegt der Vorteil der Anstellung eines Stadtgärtners darin, daß die städtischen gärtnerischen Anlagen dauernd durch einen Sachverständigen überwacht werden. Das können wir nur dann erreichen, wenn wir einen Gärtner im Hauptamt beschäftigen. Wie wir das Verhältnis zu Herrn Promenadeninspektor Kreiß, dem wir alle zu großem Danke für seine Schöpfungen verpflichtet sind, gestalten sollen, müssen Sie uns überlassen. Es ist der Bürgerpark noch nicht ganz fertig, und es werden größere Ausarbeitungen und neue Bearbeitungen in bezug auf gärtnerischen Schmuck dort nötig werden, wenn der Bahndamm durch den Bürgerpark geführt wird. Es wird sich sehr wohl machen lassen, daß wir Herrn Kreiß die Leitung seines Werkes, das er so schön in Gang gebracht hat, belassen und gleichzeitig genügend Arbeit für einen Stadtgärtner finden. (Sehr richtig!)

Stadtv. Bauer: Wir haben im Verkehrsverein, der sich mit Fragen, wie der vorliegenden, eifrig beschäftigt, seit vielen Jahren das Fehlen eines städtischen Gärtners aufs schmerzlichste vermißt. Unsere Wünsche auf Ausschmückung von Straßen und Plätzen im Interesse der Allgemeinheit konnten leider nicht zur Verwirklichung kommen, weil der Stadtgärtner fehlte. In der letzten Zeit haben wir es überhaupt unterlassen, den Magistrat mit weiteren Anträgen in dieser Richtung zu behelligen. Vor mir liegt eine Eingabe vom 18. Mai 1912, unterzeichnet vom Verkehrsverein und von dem Gartenbauverein. Beide Vereinigungen wünschten damals schon die Anstellung eines Stadtgärtners und brachten auch eine ganze Reihe von Wünschen zum Ausdruck, wie wir sie heute gehört haben. Leider ist auf diese Eingabe nichts erfolgt. Es ist natürlich, daß dies nicht im Interesse der Stadt liegen kann. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Anstellung eines sachkundigen Stadtgärtners heute eine besonders dringende Notwendigkeit ist.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Debatte von Herrn Dr. Voge beantragt. Wünscht jemand gegen den Schluß der Debatte zu sprechen?

Stadtv. **Rietz:** Ich habe noch eine Berichtigung gegen die Auffassung, die der Herr Vorsitzende der Baukommission vorgetragen hat, vorzubringen, deshalb bin ich gegen Schluß der Debatte.

Die Versammlung ist in ihrer Mehrheit für Schluß der Debatte.

Stadtv. **Rietz** (zu einer persönlichen Bemerkung): Wie Herr Meyerhoff mein Verhalten in der Baukommission auffaßt, ist seine Sache, ich mache ihm darüber keinen Vorwurf. Ich brauche am Schluß der Debatte nicht zu erklären: Ich bin für oder gegen die Vorlage. Gesprochen habe ich gegen die Vorlage. Wenn Sie nun sagen, was ich vorgebracht habe, spräche eigentlich für die Vorlage, so ist das Ihre Sache, wie Sie das auffassen. Ich habe die Dinge gerügt, die ich für verbesserungsfähig halte, und habe gesagt, daß ich nach den Ausführungen in der Kommission die Überzeugung gewonnen habe, daß keine Rede davon sein kann, daß der Antrag gegen Herrn Promenadeninspektor Kreiß geht. Es ist in der Verhandlung zum Ausdruck gekommen, daß die Baukommission wünscht, wenn wir den zweiten Teil des Bürgerparks erhalten, daß er noch von Herrn Kreiß instand gesetzt werden solle. Meine ablehnende Haltung gegen den Antrag Fricke habe ich aber nicht geändert.

Der Antrag Fricke wird angenommen.

5. Antrag Dieckmann wegen Aufhebung der Einführung des dänischen Fleisches und Gestattung der Benutzung des Kühlhauses zur Unterbringung von Fleisch nach Schluß der Markthalle.

Stadtv. Dr. **Voge:** Der Antrag lautet: „Die Einführung des dänischen Fleisches aufzuheben und den Standinhabern zu gestatten, nach Schluß der Markthalle das Fleisch in den Sommermonaten in das Kühlhaus einbringen zu dürfen.“ Zur Erklärung des Antrages möchte ich bemerken, daß der Herr Antragsteller Dieckmann mit dem Worte „Standinhaber“ sämtliche Schlachter meint, die einen Stand in der hiesigen städtischen Markthalle haben. Der Antrag selbst ist durch die Handhabung des Gegenstandes durch den Magistrat bereits überholt worden, denn der Magistrat hat den Verkauf des Fleisches bereits eingestellt und hat auch bereits den Standinhabern gestattet, das Fleisch nach Schluß der Markthalle in das Kühlhaus einzubringen. Die Aufhebung der Einführung des dänischen Fleisches ist eine Folge davon gewesen, daß das dänische Fleisch in der letzten Zeit teurer geworden ist, und daß die Abnahme nicht mehr so stark gewesen ist, daß

eine rationelle Verwirthschaftung des Fleisches hätte stattfinden können und weiter für die Zukunft hätte erwartet werden können. Aus dem mir vorliegenden Berichte des Vorsitzenden des Schlachthausausschusses ist bei dem ganzen Verkauf ein Schaden für die Stadt von ungefähr 5000 *M* erwachsen, namentlich dadurch, daß zu Anfang der Maßnahme einige besondere Unkosten entstanden sind. Eine solche Ausgabe wird an und für sich, wenn es sich um eine vorübergehende Notstandsmaßnahme handelt, weniger in Betracht kommen. Die Statutenkommission erklärt sich mit der Einstellung der Einführung des dänischen Fleisches einverstanden und gibt ferner — und das insbesondere, weil der Magistrat eine Äußerung darüber wünscht — der Meinung Ausdruck, daß der Magistrat für die Zukunft ermächtigt sein soll, den Verkauf von städtischem Fleisch wieder einzurichten, wenn sich die Nothwendigkeit dafür herausstellt. Es geht daher der Antrag der Kommission dahin,

sich mit der einstweiligen Einstellung des Verkaufs des dänischen Fleisches einverstanden zu erklären, den Magistrat aber zu ermächtigen, nach seinem Ermessen diesen Verkauf demnächst wieder einzuführen.

über den zweiten Teil des Antrages war eine Abstimmung nicht nötig, da der Herr Antragsteller nach der Erklärung des Magistrats, daß die Einbringung des Fleisches in das Rühlhaus nach Schluß der Markthalle einstweilen weiter gestattet werden soll, sich zufrieden erklärte. Sollte darin seitens des Magistrats eine Änderung eintreten, so wird der Herr Antragsteller ja in der Lage sein, seinen Antrag zu erneuern.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag Bunge, mitunterzeichnet von mehreren anderen Herren, eingegangen, der lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, der stetig sich steigenden Fleischsteuerung dadurch entgegenzuwirken, daß er

1. unverzüglich wieder mit dem Bezuge und Verkauf ausländischen, eventl. auch deutschen Fleisches beginnt,
2. unverzüglich den Bezug und Verkauf gefrorenen Fleisches in die Wege leitet,
3. mehrere Verkaufsstellen, besonders in den Arbeitervierteln, einrichtet,
4. den Bau des Viehhofs endlich in Angriff nimmt und schleunigst fertigstellen läßt.“

Der erste dieser Anträge ist dem Antrage der Statutenkommission entgegen gesetzt. Es würde also, Herr Stegmann, falls der Kommissionsantrag angenommen werden sollte, Ihr Antrag Nr. 1 hinfällig werden. Dagegen sind die Anträge 2, 3, 4 selbständiger Art. Ich möchte empfehlen, diese jetzt nicht mit der Be-

ratung des Antrages Diekmann zu verbinden, sondern als selbstständige Anträge zu behandeln und der Kommission zu überweisen.

Stadtv. Bunge: Ich bin zu diesen Anträgen gekommen, weil mir auch bekannt geworden war, daß — wie auch Herr Stadtrat von Frankenberg in der letzten Stadtverordnetenitzung erklärte — einstweilen dem Bezug von ausländischem Fleisch Einhalt getan würde. Ich kann aber nicht einsehen, daß das richtig ist. Wenn wir die Tagesblätter verfolgen, so sehen wir, daß die Fleischpreise immerwährend steigen, wir kommen, wie die Blätter schreiben, voraussichtlich in diesem Jahre zu einer Fleischteuerung, wie wir sie überhaupt noch nicht gehabt haben. Nun kann ich nicht recht klug werden über das, was die Kommission betreffs des Antrages Diekmann eigentlich beschlossen hat. Einmal sagt der Herr Referent, der Antrag des Herrn Diekmann sei überholt, weil der Magistrat den Bezug und Verkauf dänischen Fleisches eingestellt hat, bis eine Notzeit käme, für die der Magistrat ermächtigt sein sollte, Mittel und Wege zu suchen und Vorkehrungen zu treffen, um die ärmeren Bewohner mit Fleisch versehen zu können. Da sollte man, wo man einsieht, daß tatsächlich in der letzten Zeit wieder eine Teuerung eingetreten ist, und wo, seitdem der Verkauf in den städtischen Verkaufsstellen aufgehört hat, seitens der Schlachter begonnen wird, höhere Preise zu fordern, von vornherein versuchen, möglichst viel Fleisch an den Markt zu bringen, um der unbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu geben, daß sie auch ein Stück Fleisch essen kann. Wenn eine ganze Reihe von Kommunen festgestellt hat, daß die Preise pro Pfund durch den Verkauf von ihrer Seite um 10—15 Pfg. zurückgegangen sind, so soll man sich sagen, daß das ein großes Verdienst der Kommunen ist. Auch wenn, wie in Braunschweig, dabei 5000 *M* zugelegt sind, ist die Sache nicht so schlimm, denn dann hat eine ganze Reihe von Leuten aus der ärmeren Bevölkerung einmal regelmäßig ein Stück Fleisch essen können. Ich möchte Sie bitten, nicht den Fleischverkauf vollständig einzustellen, sondern unverzüglich daranzugehen, in irgendeiner Weise wieder Beziehungen anzuknüpfen, damit ausländisches Fleisch in die Stadt hineinkommt, oder andererseits, wenn wir in der Nachbarschaft deutsches Fleisch bekommen können, dieses hinzuzunehmen.

Über die Fortsetzung meines Antrages hat der Herr Vorsitzende gemeint, daß sie nicht hierher gehört. Ich meine, sie gehört doch dazu. Wenn wir unsererseits gewillt sind, die Fleischeinfuhr zu erweitern, so ist es meine Meinung, daß wir gefrorenes Fleisch, wie man es in England, in der Schweiz usw. so vielfach eingeführt hat, auch hier, wo wir so schöne Rühlanlagen haben, einführen können. Ich glaube, ich täusche mich nicht, wenn ich sage: Auch die hiesige Bevölkerung würde dieses Fleisch gern kaufen. Und wenn man tatsächlich denjenigen Klassen, die es nötig haben, die Vorteile des städtischen Fleischeinkaufs zukommen lassen will,

dann dürften wir nicht nur in der Markthalle und, wie es geichehen ist, bei dem Altstadttrathause einen Verkaufsstand einrichten, sondern man müßte eine ganze Reihe von Verkaufsstellen in der Stadt aufstun, damit die Leute nicht stundenlang zu stehen brauchen und nicht die weiten Wege zu machen brauchen. Es ist Tatsache, daß zu Anfang des städtischen Fleischverkaufs die Leute sich drängen mußten, hin- und hergeschoben wurden und nicht an die Verkaufsstellen herankommen konnten, so daß wir sagen können: Die ganze Sache war von vornherein nicht richtig eingerichtet. Der Verkauf wird sich jedenfalls lebhafter gestalten, wenn wir eine ganze Reihe von Verkaufsstellen haben; die Leute werden dann jedenfalls gern in der nächsten Nähe ihre Fleischeinkäufe besorgen. Anderenteils hat auch eine ganze Reihe von Städten dadurch billiges Fleisch, daß sie Fettviehmärkte abhalten usw. Auf diese Weise können die Schlachter das Fettvieh billiger einkaufen und dementsprechend zu billigeren Preisen an den Mann bringen. Alle diese Vorteile möchten ich und meine Freunde für die Stadt Braunschweig ausgenutzt sehen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsigender: Herr Antragsteller, auch falls Ihr Antrag 1, der dem Antrage der Kommission entgegengesetzt ist, angenommen werden sollte, so scheinen doch die weitergehenden Anträge, den Bezug gefrorenen Fleisches, die Einrichtung von weiteren Verkaufsstellen und die Erbauung des Viehhoofs betr., so weittragender Natur zu sein, daß ich im Augenblick kaum darüber abstimmen lassen kann; doch will ich darüber die Äußerung des Herrn Magistratsvertreters abwarten.

Stadtv. Diedmann: Als vor etwa $\frac{3}{4}$ Jahren der Magistrat, veranlaßt durch die hohen Viehpreise, Vieh von außerhalb einfuhrte und das Fleisch für Rechnung der Stadt zum Verkauf brachte, hofften die derzeitigen Antragsteller, daß dadurch das hiesige Fleisch verbilligt werden würde. Das lebende holländische Vieh, welches der Magistrat mehrfach kaufte, wurde schließlich knapp und teuer, so daß sich der Magistrat nach anderen Bezugsquellen umsehen mußte. Dänemark bot billiges Fleisch an, und der Magistrat kaufte dort insgesamt 21 Ladungen, die im Laufe von 8 Monaten verkauft wurden; im ganzen waren dies 2560 Zentner. Ist nun durch den Verkauf des dänischen Fleisches der Zweck erreicht? Bei dem Bezuge lebenden Viehs aus Holland ist ein kleines Plus zu verzeichnen, anders ist es bei dem Bezuge dänischen Fleisches gewesen; da sind ca. 6000 M für die Steuerzahler zum Teufel gegangen. Dieser Verlust ist bei einem Verkauf während acht Monaten eingetreten, wenn der Verkauf noch länger gedauert hätte, wäre der Verlust noch größer gewesen. Es ist besonders zu betonen, daß bei diesem Verkauf die indirekten Kosten nicht eingerechnet sind, welche dadurch entstanden sind, daß seitens der Stadt Beamte gestellt wurden, welche den Verkauf bewerkstelligten, und daß die Kühlzellen des städtischen Schlachthauses ohne Entschädigung benutzt

wurden, sowie auch, daß verschiedene Schlachthausangestellte bei der Entladung der Eisenbahnwagen und bei dem Transport des Fleisches keine Entschädigung bekamen. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die städtische Verwaltung von denjenigen hiesigen Gewerbetreibenden, welchen sie für die Dauer dieses Fleischverkaufs so scharfe Konkurrenz machte, verlangt, daß sie für den Magistrat die Geschäftskosten bezahlen, denn die Schlachthausinteressenten müssen doch das Schlacht- und Kühlhaus erhalten. Der Zweck, billigeres Fleisch zu schaffen, wäre ohne Zweifel erreicht, wenn den Fleischern in erster Linie dieselben Vergünstigungen eingeräumt worden wären, wie sie den Kommunen in diesem Falle gestattet sind, wie z. B. Fracht- und Zollermäßigung. Die Schlachtermeister sind unter diesen Umständen nicht in der Lage, mit dem Magistrat zu konkurrieren, und der Magistrat hat selber bei dem Verkauf eingesehen, mit welchem geringen Nutzen zum Teil die Schlachtermeister arbeiten, besonders bei diesen ungeheuer ungünstigen Einkaufspreisen.

Ist es also nötig, daß wir noch ferner solche Zwangsmaßnahmen treffen? Nein, meine Herren, die Zeit hat gelehrt, daß tatsächlich die Fleischpreise durch den städtischen Verkauf nicht heruntergegangen sind. Wenn wir heute noch dänisches Fleisch verkauften, so würden wir nach wie vor teure Preise haben. Man muß sich eben damit abfinden, daß so billige Zeiten, wie wir sie in früheren Jahren gehabt haben, nie wiederkehren. Die Fleischermeister müssen sich daran gewöhnen, für die Folge bei Einkauf des Viehs höhere Preise anzulegen, und die naturgemäße Folge ist, daß sie versuchen, den ausgegebenen höheren Preis durch höhere Verkaufspreise wieder hereinzubekommen. Das Publikum muß sich schließlich auch hieran gewöhnen, wie wir uns gewöhnt haben, für einen Anzug, für welchen wir in früheren Jahren 60—65 *M* ausgaben, heute 100—110 *M* anzulegen. Wohin sollte das führen, wenn Sie verlangten, der Magistrat sollte billige Kleidungsstücke schaffen; das ginge doch zu weit!

Ich komme nun auf das dänische Fleisch zurück. Der Erfolg durch den Verkauf seitens der Stadt ist, wie der Herr Berichterstatter gesagt hat, ein negativer gewesen. Es sollte nichts beim Verkauf verdient werden, zum Selbstkostenpreise sollte das Fleisch verkauft werden, und wenn in der Folge damit fortgefahren wäre, lebendes Vieh zu beziehen, so hätte der Magistrat gut dabei abgeschnitten, denn bei dem Verkauf des lebenden Viehs war ein geringer Ueberschuß zu verzeichnen. Es ist deshalb hoch anzuerkennen, daß sich verschiedene namhafte Schlachtermeister bereit erklärt haben, dem Magistrat entgegenzukommen und auch billigeres Fleisch zu beschaffen, indem sie das einzelne Pfund um 10—15 Pfg. niedriger verkaufen wollen als bisher. Selbstverständlich kann dies nicht Rindfleisch sein, welches von Kindern oder Ochsen stammt, sondern Fleisch, welches aus der Schlachtung von hiesigen Kühen herrührt.

Die Qualität wird nicht geringer sein als die des vom Magistrat gelieferten Fleisches, das aus Dänemark bezogen ist.

Unter Berücksichtigung dieses Umstandes bitte ich die sehr geehrten Herren, meinem Antrage zuzustimmen und von einem weiteren Bezuge und Verkaufe dänischen Fleisches vorläufig Abstand zu nehmen, denn der Zweck des Bezuges ist tatsächlich nicht erreicht. Daß der Magistrat selber schon ein Paar in dem Verkauf gefunden hat, beweist, daß er den Verkauf eingestellt hat. Es wird den geehrten Herren unter diesen Umständen nicht schwer fallen, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Herr Bunge scheint den Antrag der Kommission nicht richtig verstanden zu haben. Es ist eine Tatsache, daß der Verkauf des dänischen Fleisches nicht mehr stattfindet. Mit dem Antrage Diedmann, der die Einstellung des Fleischverkaufs überhaupt bezweckt, ist die Kommission nicht einverstanden, sondern sie kommt mit ihrem Beschlusse Herrn Bunge entgegen, indem sie sagt: Wir wollen nicht, daß ein für allemal die Einführung und der Verkauf des dänischen Fleisches aufhört, erklären uns nur damit einverstanden, daß der Magistrat einstweilen die Einführung einstellt, ermächtigen ihn aber zugleich, fremdes Fleisch wieder einzuführen, sobald er es für nötig erachtet. Es ist tatsächlich dazu gekommen, daß das Fleisch nicht so rege abgenommen wurde wie in der ersten Zeit, daß infolgedessen einiges von dem Fleische nicht mehr genießbar war und vernichtet werden mußte, da der Magistrat nur solches Fleisch zum Verkauf bringen wollte, welches gut war. Dadurch wurde der Gewinn natürlich immer geringer, so daß schließlich der große Verlust von über 5000 M zu verzeichnen ist und zuletzt nur die kleine Differenz von 10 Pfg. gegenüber den Tagespreisen für Fleisch von hiesigen Schlachtern vorhanden war. Diese Differenz war dadurch bedingt, daß die Stadt die Erleichterung in den Beförderungssätzen hatte, die den Schlachtern nicht zur Verfügung stand. Einmal die geringe Abnahme und die dadurch bedingte zu lange Dauer des Verkaufs und erhöhte Gefahr des Verderbens des Fleisches, so dann die geringe Preisdifferenz und die warme Zeit des Sommers haben den Magistrat veranlaßt, vorübergehend die Einfuhr des Fleisches einzustellen. Der Magistrat steht immer noch, wie erklärt ist, mit der Vermittlungsstelle in Hamburg, die sich bewährt hat, in Verbindung. Es sind in der letzten Zeit auch Angebote gemacht, aber dennoch hat der Magistrat aus den angegebenen Gründen den Bezug eingestellt. Daß es dem Magistrat gelingen sollte, deutsches Fleisch billiger zu bekommen als die hiesigen Schlachter, glaube ich kaum. Ich meine also, mit der einstweiligen und vorübergehenden Einstellung des städtischen Fleischverkaufs kann sich die Versammlung einverstanden erklären.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich halte mich für verpflichtet, heute auch Ihnen über den bisherigen Verlauf der Anlegenheit, wenn auch in aller Kürze, zu be-

richten, wie ich auch als Vorsitzender des Schlachthausausschusses dem Magistrat einen genauen Bericht erstattet habe, nachdem die vorläufige Einstellung des Verkaufs vom Magistrat bewilligt war.

Es ist Ihnen erinnerlich, daß, als Sie im Oktober den Magistrat ersucht hatten, einen städtischen Fleischverkauf entweder durch Ankauf lebendes Viehes oder durch Bezug von Fleisch einzuleiten, wir zunächst den Versuch mit lebendem Vieh gemacht haben und in zwei Sendungen je 14 Stück holländisches Rindvieh haben kommen lassen. Diese Tiere sind hier abgeschlachtet und nach einem Verfahren, wie es mit hiesigen Schlachtermestern vereinbart war, an diese abgegeben, wobei das Fleisch zu einem bestimmten Einheitspreise verkauft werden mußte. Dabei wurden auf den Einkaufspreis 10 Pfg. für Suppenfleisch und 15 Pfg. für Schmorfleisch aufgeschlagen, und es ist möglich gewesen, dieses Fleisch zu dem billigen Preise von 85 und 90 Pfg. das erstemal und zu 86 und 91 Pfg. das zweitemal zu verkaufen. Allerdings ist dabei mit einem Fehlbetrage von 424,13 *M* gearbeitet. Das lag aber mit daran, daß beim ersten Einkauf die beiden Sachverständigen die Reise nach Holland machen mußten und bei dem zweiten Herr Schlachthausdirektor Koch nach dort hinreisen mußte, weil an der Grenze Schwierigkeiten in der Durchlassung des Viehs sich herausgestellt hatten. Diese Schwierigkeiten, die sich trotz der tatkräftigen Hilfe des Herzoglichen Staatsministeriums fortwährend steigerten, haben dem Stadtmagistrat den Bezug verleidet, weil er befürchten mußte, daß entweder die Tiere nicht in vollem Gesundheitszustande eintreffen würden oder gar einzelne von ihnen auf dem Transport eingingen. (Hört! Hört!) Deshalb sind wir dazu übergegangen, dänisches Rindfleisch zu beziehen, wie die Herren wissen, zu verhältnismäßig billigem Preise. Im Einkauf kam dieses Fleisch anfangs auf 69¾ Pfg. zu stehen; in langwierigen Verhandlungen ist es dann gelungen, diesen Preis herunterzudrücken auf 63½ Pfg., zuletzt auf 62½ Pfg. nach Abzug der Zollermäßigung. Wenn wir pflichtgemäß und gewissenhaft alles ausschalteten, was nicht zum Verkauf geeignet war, so konnte die Stadt nur äußerst schwierig auf ihre Kosten kommen. So sind die ersten drei Viertel der Verkäufe für die Stadt von Verlust begleitet gewesen, erst nachher war es möglich, einiges von dem Verlust wieder einzubringen, einmal 539 *M*, einmal 74 *M*, einmal 111 *M*, einmal 46 *M*, so daß einem Verlust von 5782 *M* ein Gewinn von 771 *M* an dem dänischen Fleische gegenübersteht.

Daß die Maßregeln des Bezuges von ausländischem Fleisch wirkungslos gewesen wären, kann ich nimmermehr anerkennen (Sehr richtig!) und muß feststellen, daß wir mindestens erreicht haben, daß die Fleischpreise im allgemeinen Verkehr keine weitere Steigerung erfahren haben, sondern zunächst zum Stillstand und dann zu einem bescheidenen Rückgang gekommen sind. Diese Wirkung dauert

bis auf den heutigen Tag an, wenngleich allmählich auch ein Anziehen der Preise zu beobachten ist. Nun lag die Sache im Juli, als die letzte Sendung verkauft war, so, daß wir gerade durch diese billigen Einkäufe seit April in die Lage gesetzt waren, mit dem Verkaufspreise bei Suppenfleisch bis zu 70 Pfg. herunterzugehen. Hätten wir auf Gewinn oder auf Einholung des Verlustes hinarbeiten wollen, so hätten wir eine Ermäßigung des Preises nicht vorgenommen und wären dann in der angenehmen Lage gewesen, Ihnen vielleicht mit 1000 *M* weniger Fehlbetrag aufzuwarten, als es jetzt der Fall ist. Wir glauben aber, die minderbemittelte Bevölkerung wird es uns Dank wissen, daß wir nicht auf Bluszmacherei, sondern auf eine wirksame Maßregel zur Verbilligung des Fleisches hingearbeitet haben. Hätten wir jedoch im Juli, als die Preise unserer Hamburger Vermittlungsfirma wieder höher gestellt wurden, die Preise angenommen und eine Bestellung wieder gemacht, dann hätten wir, um nicht aufs neue mit Fehlbetrag zu arbeiten, die Preise heraufsetzen müssen. Es hat uns daran gelegen, dieses zu vermeiden, denn es hätte das ohne Zweifel eine Beunruhigung in die Kreise des kaufenden Publikums hineingetragen. Wir haben uns gesagt: Es ist besser, daß wir zunächst einmal für einige Monate — und zwar waren es gerade die heißen Monate, in denen die Versendung so schwierig und kostspielig ist — den Verkauf einstellen und die weitere Entwicklung abwarten. Sollte es sich bewahrheiten, daß — wie wir gehört haben — durch die Maßregel aus den Kreisen des hiesigen Fleischereigewerbes heraus eine Preissteigerung vermieden wird, indem sogenanntes Kuhfleisch, das auch einwandfrei genießbar sein wird, zu einem billigen Preise verkauft wird, dann ist damit eine Maßregel getroffen, die vielleicht geeignet ist, eine Wiedereinführung des städtischen Fleischverkaufs zu unterlassen. Sollte der erwartete Erfolg nicht eintreten, dann wird der Stadtmagistrat Ihnen die Frage vorlegen müssen, ob wir wieder zu dem Verkauf durch die Stadt zurückkehren wollen. Allerdings wird es nicht möglich sein, Preise von 70 und 80 Pfg. zu halten. Etwas heraufsetzen müssen wir den Preis, um eine fortdauernde Fehlbetragswirtschaft zu vermeiden.

Die ergriffenen Maßregeln waren neu und schwierig. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, den verschiedenen Herren aus dem Schlachthausausschuß, den Herren Edhardt, Munte, Henking, die uns bei Ausführung des städtischen Verkaufs helfend zur Seite gestanden haben, unseren Dank auszusprechen. Daß die Sache zuletzt nicht ein Fehlschlag gewesen ist, sondern gerade in den letzten Wochen, bei den letzten sechs Verkäufen, sich günstiger gestaltet hat, sehen Sie aus den Zahlen. Nicht weil sich ein Fehlbetrag ergeben hat, haben wir mit dem Verkauf aufgehört, sondern weil allmählich der Reiz der Neuheit für das kaufende Publikum aufgehört zu haben scheint und der Absatz nachgelassen hat. Während wir früher 120 Zentner in einer Woche abgesetzt haben, brauchten wir in

der Sommerzeit drei Wochen und länger dafür, und daß hierbei das Fleisch nicht besser wird, daß sich Abfälle ergeben, liegt auf der Hand. Daraus geht für den Magistrat hervor, daß es richtig ist, im Hochsommer die Einstellung des Verkaufs vorzunehmen. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß es nicht nötig sein wird, zu der Maßregel zurückzukehren. Sollte das geschehen müssen, so werde ich mich bemühen, mit Hilfe des Schlachthausausschusses so zu handeln, wie es nicht nur im Interesse der Stadt, sondern auch des kaufenden Publikums liegt.

Stadtv. Loeschigt: Nach den Ausführungen des Herrn Referenten, haben die Bemühungen des Magistrats dahin geführt, daß mit solch kolossalem Verlust gearbeitet ist. Dadurch ist die Behauptung hinfällig geworden, daß die Schlachtermeister beim Verkauf einen zu hohen Nutzen nehmen. Wenn die Vergünstigungen für den Magistrat wegfielen, wie das bei den Schlachtern der Fall ist, so wäre das Resultat noch ungünstiger. Dadurch ist für mich der Beweis erbracht, daß das Fleischergerwerbe nach den jetzigen Viehpreisen für gute Ware nicht zu hohe Preise genommen hat. Ich habe gestern und vorgestern Gelegenheit genommen, mit den Inhabern großer Schlachterfirmen über die Sache zu sprechen. Mir ist mitgeteilt, daß momentan die Viehpreise so hoch sind, wie sie noch gar nicht gewesen sind. Herr Stadtrat von Frankenberg hat auch schon gesagt, daß selbst bei dem dänischen Fleisch mit einer Erhöhung der Preise zu rechnen ist.

Wenn anerkannt werden soll, daß die Maßnahme, die wir seinerzeit beschlossen haben, die Stadt mit ausländischem Fleisch zu versehen, von Erfolg gewesen ist, so muß ich bemerken, daß meines Erachtens damals der Beschluß gefaßt ist, l e b e n d e s V i e h einzuführen. In bezug darauf siehe ich auf einem anderen Standpunkte als Herr Stadtrat von Frankenberg. Die erste Sendung lebenden Viehs ist gut gewesen trotz der verunglückten Reise, die die beiden Herren gemacht haben, indem sie ohne Geld auf einen Markt gefahren sind, wo der Bauer gleich Geld sehen will. Trotz der Unkosten, die auf der ersten Sendung lagen, ist das Fleisch nicht zu teuer gewesen. Die zweite Sendung kam schon durch die Ausschaltung des Sachverständigen, der das erstemal mitgereist war, etwas teurer. Speziell im Fleischergerwerbe wird der Nutzen beim E i n k a u f durch eine sachgemäße Beurteilung der Tiere erzielt. Die zweite Sendung war 4½ Zentner leichter, und es war auch schon ein höherer Preis angelegt. Ob dies allein der Grund gewesen ist, daß der Magistrat von dem Bezuge des lebenden Viehes abgesehen hat, weiß ich nicht. Mir ist aus Fleischerkreisen gesagt, daß es bedauerlich gewesen ist, daß der Magistrat die Hilfe der Fleischermeister an die Seite geschoben hätte und aus Bequemlichkeit einfach ausgeschlachtetes Fleisch von Dänemark bezogen hätte. Ich will weder über Qualität noch sonst dergleichen sprechen, dazu bin ich nicht sachverständig, aber ich meine, der Beschluß, den die geehrten Herren

gefaßt haben, geht meiner Erinnerung nach dahin, lebendes Vieh zu beschaffen (Zuruf: Und Fleisch!). Es ist uns nachher kein Antrag vom Magistrat gekommen, unseren Beschluß dahin rückgängig zu machen, daß auch ausgeschlachtetes Fleisch eingeführt werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man mit dem einen Male nicht sagen kann, der Versuch des Viehbezuges ist abgeschlossen. Ich habe mir von Leuten, die es besser verstehen, als ich, sagen lassen: Bei einem Bezuge von Fleisch stellen sich die Kosten doppelt und dreifach so hoch, wie sie zuerst beim Viehbezuge herausgekommen sind, und das Fleisch aus dem Bezuge von lebendem Vieh hätte sich nicht teurer, vielleicht aber billiger gestellt als beim dänischen Fleische, weil bei dem lebenden Vieh der sogenannte Abschlag mit zur Verrechnung käme — ich weiß nicht mehr, ob es 10 Prozent sind oder mehr.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Maßregel des Magistrats, den Verkauf einstweilen einzustellen, gutzuheißen ist. Ob es jedoch im Interesse des konsumierenden Publikums, das bis jetzt von dem Fleisch gekauft hat, richtig ist, bezweifle ich bei den augenblicklichen hohen Fleischpreisen. Gleichzeitig habe ich von Schlachtermestern erfahren, daß die löbliche Absicht besteht, neben ihrem guten Fleisch billigeres Fleisch zu verkaufen mit der Bezeichnung *R u h f l e i s c h*. Das ist sehr wichtig, und wenn die Herren so vorgehen, so ist das mit Freuden zu begrüßen. Die Herren haben dies bisher deswegen nicht getan, weil die Leute sonst gedacht haben würden, sie hätten früher Ruchfleisch für Rindfleisch verkauft. Jeder Geschäftsmann will sein Renommee behalten, und das haben die Schlachter auch berücksichtigt. Jetzt wollen sie diesen Versuch machen und, je nachdem die Ruchpreise liegen, für 75 oder 80 Pfg., wie von Herrn Dieckmann ausgeführt ist, mindestens ebenso gutes Fleisch liefern, wie der Magistrat geliefert hat, und zu demselben Preise, wie er liefern könnte. Ich erinnere mich, daß die Firma Weil vor dem Wilhelmitore (ich bitte, mich zu berichtigen, wenn ich irre) dem Magistrat lebendes Vieh zur Verfügung gestellt hat, das hier geschlachtet werden sollte, wobei das Pfund auf 75 Pfg. käme. Wenn jetzt diese Maßregel der Schlachtermester durchgeführt wird, daß von ihnen eine Minderqualität Fleisch zum Verkauf gestellt wird, die jedoch ebenso gut ist, wie das von der Stadt gelieferte, dann haben, wie Herr Stadtrat von Frankenberg ganz richtig sagte, die Maßnahmen der Stadt, wenn auch nicht einen Preisdruck ausgeübt, so doch dahin geführt, daß unsere Schlachtermester zur Einsicht gekommen sind und sagen: „Wenn ihr mit solchem Fleisch zufrieden seid, dann könnt ihr es auch bei uns bekommen.“

Wenn die Schlachtermester so vorgehen, dann bin ich fest überzeugt, daß Herr Bunge seinen Antrag augenblicklich nicht einzubringen braucht, sondern daß wir abwarten können, ob die Schlachtermester halten, was sie versprochen haben. Herr Bunge weiß, daß die Schlachtermester ebenso gut wie jeder andere Geschäftsmann die Berechtigung haben, für ihr Geschäft zu sorgen. Nach den Äußerungen des

Herrn Referenten hat die Stadt das Fleisch so billig wie möglich verkauft. Trotzdem war es nicht sehr billig, und dabei haben wir noch die Unterbilanz. Wenn dann noch die Unkosten, die der Magistrat nicht hat, von den Schlachtern aufgerechnet werden, dann kann es nicht wundernehmen, daß sie 5—6 Pfennig für das Pfund mehr nehmen. Es freut mich, daß dies der Öffentlichkeit gegenüber klargelegt wird. Man hat immer geglaubt, die Fleischer seien diejenigen, die nicht mit ihren Preisen heruntergehen wollen. Aber in jedem Geschäft heißt es doch: Der Einkauf macht den Verkauf. Wer seine Sache ehrlich betreiben und nicht zugrunde gehen will, der muß sich beim Verkauf auch nach dem Einkauf richten und muß seine Preise hinaufsetzen, wenn der Einkauf teurer wird.

Stadtrat von Frankenberg: Im Drange des Geschäfts kann es erfolgen, daß ein Redner über Beschlüsse, die die geehrte Versammlung vor noch nicht ganz Jahresfrist beschlossen hat, sich irrt. Ich habe die angenehme Pflicht, den Herrn Vorredner über einen Irrtum aufzuklären, damit dieser nicht weiter einreißt. Die geehrten Herren haben am 4. Oktober v. J. beschlossen, „daß dem Magistrat ein unbeschränkter Kredit zur Verfügung gestellt wird . . .“

b) zum Ankauf von lebendem Vieh und von Fleisch. Es wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß der Verkauf von Fleisch an erster Stelle durch Vermittlung von hiesigen Fleischern vorzunehmen ist. Wird aber keine Verständigung darüber mit der hiesigen Fleischerinnung erzielt, so soll das Fleisch stadtseitig in der Markthalle zum Verkauf gestellt werden.“

Ferner hat der Stadtv. Wesemeier später den Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, zur Behebung der Fleischnot bis auf weiteres allwöchentlich mindestens zweimal von der Stadt angekauft^{es} F l e i s c h in ausreichendem Maße zum Verkauf zu stellen.“ Herr Wesemeier hatte sich, als dieser Antrag in der Versammlung verhandelt werden sollte, überzeugt, daß die inzwischen getroffenen Maßnahmen des Stadtmagistrats sich mit dem deckten, was er wünschte, und hat seinen Antrag zurückgezogen. Die geehrte Versammlung ist dem Magistrat bei seinem Fleischverkauf nicht in den Arm gefallen, sondern hat durch ihren Beschluß zu erkennen gegeben, daß sie mit diesem Fleischverkauf voll einverstanden war, im wesentlichen aus den Gründen, die ich mir vorhin erlaubt habe darzulegen, daß nämlich die Grenzschwierigkeiten für uns kaum überwindlich, jedenfalls wegen des rationellen Fortbezugs von lebendem Vieh schwer erträglich sein würden. Als weiterer Hinderungsgrund kam später noch die Maul- und Klauenseuche in Holland dazu. Es wurde uns vom Herzoglichen Ministerium mitgeteilt, daß ein weiterer Bezug aus Holland nicht möglich sei, selbst wenn die Regierung dazu Stellung nähme, da die Sperre über die Grenze verhängt sei.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann wohl verstehen, daß Herr Diedmann, als Angehöriger des Fleischeigewerbes, seinen Antrag eingebracht und vertreten hat, aber nicht richtig ist es, und das ist auch von Herrn Stadtrat von Frankenberg hervorgehoben, wenn er die Frage, ob durch Einführung des dänischen Fleisches die Preissteigerung ins Stocken gekommen ist und die Preise gemildert seien, verneint. Herr Diedmann muß genau wissen, daß nach Einführung des dänischen Fleisches tatsächlich die Fleischpreise bei einer großen Anzahl von Fleischeigeschäften heruntergegangen sind.

Wenn nun die Kommission erneut zu dieser Frage Stellung nahm, so war es notwendig, zu untersuchen, ob die Lage sich inzwischen gegenüber der Lage im vorigen Jahre, als der Beschluß gefaßt war, geändert hat, ob sie besser oder schlechter geworden ist. Allein von dem Ergebnis dieser Untersuchung aus mußte die Frage behandelt werden, nicht von irgendwelchen anderen Rücksichten, insbesondere nicht von der Rücksicht, ob etwa die Stadt dabei ein Defizit macht. Es ist ja auch erklärt, daß das nicht geschehen sei. Der Kommissionsbeschluß will nun keinem etwas zuleide tun, er teilt rechts und links Gaben aus; es ist nicht Fisch und nicht Fleisch, was beschlossen ist.

Beantworten wir die Frage: Hat sich die Lage auf dem Fleischmarke heute verändert gegenüber der Lage zu der Zeit, als wir den Beschluß faßten, so müssen wir sagen: Sie hat sich verändert, aber sehr, sehr zu Ungunsten gegenüber der Lage im vorigen Herbst. Die Fleischnot ist heute schlimmer als damals, das zeigen uns die Zahlen unserer städtischen Statistik. Im September vorigen Jahres wurden 891 Stück Rindvieh geschlachtet, im Oktober 924, im November 878, im Dezember 865, und jetzt im Juli, im letzten Berichtsmonat nur 856. Sie sehen, der Juli hat eine weit geringere Schlachtungsfrequenz bei Rindvieh als die anderen Monate. Bei den Schweineschlachtungen ist es genau so: Im Juli d. J. 6636 gegenüber 7570 im September v. J., in der Zeit, wo wir unseren Beschluß faßten, und 8548 im Oktober, 7501 im November, 7189 im Dezember v. J. Also wohlgemerkt: Es ist im letzten Berichtsjahr viel, viel weniger Fleisch auf den Braunschweiger Markt gebracht worden, als zu der Zeit, da unser Antrag angenommen wurde. Es ist reichsamlich festgestellt, daß im 3. Quartal d. J. — was ich erst zufällig in einem Kreisblatte aus dem Herzogtum, also einem bürgerlichen Blatte, las — ein erheblicher Rückgang an Fleischkonsum zu verzeichnen gewesen ist. Weiter hat die Schweinezählung im Herzogtum vom 2. Juni d. J. ergeben, daß an diesem Tage 15 161 Stück Schweine weniger gezählt worden sind, als am 2. Dezember v. J. Alle diese Zahlen zusammengenommen deuten unzweifelhaft darauf hin, daß die Fleischversorgung der Braunschweiger Bevölkerung heute weit schlechter ist als damals, wo die Fleischnot von uns anerkannt ist.

In jener Sitzung äußerte Herr Dr. Wolters: „Was zunächst die grundsätzliche Frage betrifft, so ist es nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der städtischen Behörden, in ebenderselben Weise Vorsorge zu treffen gegen eine Verteuerung der Lebensmittel und gegen ein weiteres Umsichgreifen der Not, wie es inzwischen auch von der Reichsregierung und von einer Anzahl Bundesstaaten geschehen ist.“ Also damals erkannte unser Vorsitzender als Referent unumwunden die Pflicht der Gemeinde an, bei einem solchen Notstande einzugreifen. Der Notstand ist heute schlimmer geworden. Das Fleisch wurde verbilligt durch Einführung des Fleischverkaufs durch die Stadt. Heute, nachdem der Fleischverkauf eingestellt ist, ist das Fleisch im Pfundpreise schon wieder um 10 Pfg. teurer geworden, teilweise haben es die Fleischermeister schon um 15 Pfg. verteuert. Das ist das praktische Ergebnis der Einführung fremden Fleisches und jetzt der Einstellung des Fleischverkaufs.

Dazu kommt, daß der Viehbestand geringer geworden ist; das bestreiten auch die Fleischermeister nicht. Von allen Viehmärkten wird geklagt, daß die angetriebene Ware geringer im Wert ist. Jeder Umstand deutet darauf hin, daß die Lage des Fleischmarktes jetzt schwieriger ist als vorher. Außerdem kommt in Frage, daß die Arbeitslosigkeit heute schlimmer ist als im Herbst v. J., sie wird weiter steigen, und wir werden deshalb in nächster Zeit mit einem Antrage in bezug auf die Arbeitslosigkeit kommen. Daß in letzter Zeit der Fleischkonsum etwas zurückgegangen ist, wird meinem Erachten nach darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeiterfrauen zum großen Teil in die Konservenfabriken gingen und nicht imstande waren, Fleischeinkäufe zu machen. Es mag wohl eineßteils richtig sein, daß der Reiz der Neuheit bei einem städtischen Fleischverkauf fehlt, andererseits wird aber heute in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung das Aufhören des Verkaufes von Fleisch durch die Stadt schmerzlich empfunden, und es wird dringend gewünscht, daß schleunigst mit dem Fleischverkauf wieder begonnen wird.

Es wird nun gesagt, und ich bedauere, daß dazu vom Magistratsrathe aus gleich eine solche zustimmende Erklärung abgegeben ist, daß einzelne Fleischer sich bereit erklären würden, Ruchfleisch zu einem billigeren Preise an die Bevölkerung abzugeben. Damit ist der Bevölkerung gar nicht gedient. Man soll uns nicht Wind vormachen, denn wir wissen, was das auf sich hat, wenn die Fleischermeister so billiges Ruchfleisch abgeben. Es steht vielleicht angeschrieben, aber niemals ist solches zu haben. Und die es kaufen wollen, werden so behandelt, daß sie am liebsten nicht wieder hingehen. So ist es in Wirklichkeit bei dem Verkauf an die ärmere Bevölkerung. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, sondern müssen raten, den Verhältnissen Rechnung zu tragen, wie sie heute sind, und sofort mit dem Fleischverkauf wieder beginnen, wenn die Stadt auch etwas Schaden davon hat, denn die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sind durch Teuerung und Arbeitslosigkeit recht schwierig geworden. Ich bitte, nicht dem Kommissionsantrage

stattzugeben, sondern den Gründen, die die amtliche Statistik selbst an die Hand gibt, zu folgen, wie der Antrag Bunge und meiner Freunde wünscht.

Stadtv. Dr. **Henting**: Nur ein paar Worte. Herr Wejemeier hat sich die Sache einigermaßen leicht gemacht, wenn er erklärte, daß das erneuerte Heraussetzen der Fleischpreise den Fleischermeistern zuzuschreiben sei. Ich glaube, das zu beweisen, würde ihm schwer fallen. Ich habe verschiedene Sachverständige darüber gesprochen und habe mir sagen lassen, daß die höheren Preise einfach die Folge der teureren Einkaufspreise seien. Man darf nicht ohne weiteres den ehrenwerten Stand unseres ganzen Fleischiereigewerbes beschuldigen, als wenn er darauf ausginge, das Fleisch möglichst teuer zu verkaufen. Das möchte ich von meinem Standpunkte aus zurückweisen.

Was das Angebot der Fleischermeister betrifft, so ist das der Gedanke, den ich schon in der ersten Sitzung des Schlachthausausschusses über diese Angelegenheit geäußert habe: warum die hiesigen Fleischermeister nicht Fleisch von Tieren, welche in dem Zwischenstadium von jüngeren und älteren Kühen sich befinden, schlachteten, das Fleisch als solches namhaft machten und billiger verkauften? Da haben mir die erfahrenen Fleischermeister im Schlachthausausschuß gesagt: Wenn sie eine derartige Bekanntmachung erließen und Fleisch mit solchen Schildern aushängen wollten, dann würden die betreffenden Fleisch kaufenden Frauen die Nase rümpfen und sagen: „Von dem Fleisch essen Sie nur selber, wir wollen von dem besten Stück kaufen!“ Ich bin nicht Schlachter und kann nicht beurteilen, ob die Antwort das Richtige trifft. Da es mir aber von erfahrenen Leuten mitgeteilt wurde, mußte ich es glauben. Wenn jetzt, nachdem die Stadt dänisches Fleisch angeboten hat, dieses von der Bevölkerung sehr, wie der Herr Vorredner sagt, vermisst wird — der mangelhafte Absatz der letzten Sendung hat eigentlich das Gegenteil bewiesen —, wenn also das Publikum sich an das dänische Fleisch gewöhnt hat, dann, glaube ich, werden wir gut tun, dem Anerbieten des Herrn Dieckmann zu folgen. Voraus setze ich, daß die Fleischermeister gutes Ruchfleisch — nicht solches von Zuchttieren, bei dem man sich die Nieser ausbeißt — zu einem mäßigeren Preise anbieten. Wenn nur das erreicht würde, daß von unserer Bevölkerung solches Fleisch nicht als minderwertig oder schlecht erachtet würde, und wenn die Presse auch ihre Pflicht tut, nicht auf das Fleischergewerbe loszieht, sondern in verständlichem Sinne wirkt, dann hat unser städtischer Fleischverkauf sehr viel genutzt. Es würde mich freuen, wenn eine solche Folge eintreten würde. Denn ich muß sagen: Schön war es nicht, was ich zum Teil dort beim städtischen Fleischverkauf gesehen habe, Folgen von dem langen Transport und dem 8- bis 14-tägigen Hängenlassen in den Ständen und Eishallen. Es hatte eine Menge von Fleisch, welches zu dicht gehängt hatte, ein Stadium angenommen, wo tatsächlich die Nase sich abwendet,

so daß diese Stellen herausgeschnitten werden mußten. Wie der Vertreter des Stadtmagistrats mitgeteilt hat, ist hier die Quelle des Defizits zu suchen. Es wäre eine Härte gewesen, wenn die Stadt das brauchbare Fleisch sich hätte teurer bezahlen lassen. Ich begrüße es mit Freude, daß das Schlachtergewerbe jetzt den Versuch machen will, in den verschiedenen Teilen der Stadt mit dem Verkauf von gutem Ruchfleisch vorzugehen, so daß das Publikum billiges und gutes Fleisch — das letztere muß ich voraussetzen — leicht erhalten kann. Ich spreche mich deshalb für den Kommissionsantrag aus.

Stadtv. Diedmann: Die Ausführungen des Herrn Dr. Henking unterschreibe ich vollkommen und danke ihm für seine gute Meinung, die er von unserem Stande hat. Der Verkauf des dänischen Fleisches durch die Stadt hat erwiesen, mit welchem geringem Nutzen die Fleischermeister arbeiten. Es ist eine billige Behauptung, daß wir es seien, die das Fleisch verteuern; die Herren haben es jetzt am eigenen Leibe erfahren, daß dies nicht zutrifft. Wenn bislang die Fleischermeister nicht dazu geschritten sind, den Verkauf von Ruchfleisch in die Hand zu nehmen, so hat das seinen Grund darin, daß das hiesige Publikum eine gewisse Abneigung gegen Ruchfleisch hat. Erst durch das dänische Fleisch ist Ruchfleisch hier populär geworden. Ich glaube bestimmt, wenn der Magistrat sich einige Zeit geduldet, bis die Fleischermeister die Kühe herangeschafft und das Fleisch davon zum Verkauf gestellt haben, daß dann das Publikum ebenso gern bei den hiesigen Fleischermeistern dieses Fleisch kaufen wird, wie beim Magistrat das dänische. Bislang sind die Kühe immer zur Schlachtung nach dem Kohlenrevier gewandert, sie können sehr gut auch hier verwendet werden.

Stadtv. Stegmann: Ich möchte die Äußerung nicht unwidersprochen lassen, daß die Fleischermeister an den hohen Fleischpreisen unschuldig seien. Es ist eine alte Tatsache, die wir seit Jahren wahrnehmen konnten: wenn die Viehpreise steigen, so sind die Schlachter schnell dabei, die Preise zu erhöhen, und sie gehen damit höher hinauf, als im Verhältnis die Viehpreise gestiegen sind. Wenn aber die Viehpreise herabgingen, dann hat es immer sehr lange gedauert, ehe sie die Preise wieder fallen ließen.

Gewundert habe ich mich über Herrn Loeschigk, daß er sich als solch warmer Anwalt der Schlachtermeister aufspielt. Besser konnte es ein Schlachtermeister auch nicht machen. Herr Diedmann ist doch Manns genug, sein Gewerbe selber zu verteidigen. Wenn Herr Loeschigk gesagt hat, er begrüße es mit Freude, daß jetzt Ruchfleisch, natürlich gutes, eingeführt werden soll, so empfinde ich keine Freude darüber. Wenn man nur etwas Minderwertiges der armen Bevölkerung bieten will, so sollte man das lieber weglassen. Heute muß sich die arme Bevölke-

rung die Abfälle und die Knochen kaufen. Ich bitte, dafür einzutreten, daß der Magistrat ersucht wird, den Fleischverkauf wie bisher wieder in Angriff zu nehmen. Wenn gesagt ist, der Rückgang des Verkaufs in der letzten Zeit beweise, daß der Reiz der Neuheit beim städtischen Fleischverkauf geschwunden ist, man wolle es nicht mehr, so hat Herr Wesemeier schon darauf hingewiesen, daß die Frauenarbeit in den Konservenfabriken die Schuld daran haben mag. Dann liegt die Schuld auch mit daran, daß tatsächlich ein Drängen in den Verkaufsständen stattgefunden hat, und daß viele die Zeit nicht hatten, auf ihre Abfertigung zu warten (Widerspruch). Sowohl, Herr Diedmann, die Frauen haben nicht die Zeit, sich lange hinzustellen und zu warten. Sie sagen: Wenn wir unsere kostbare Zeit dafür und für den weiten Weg verschwenden sollen, dann ist uns das Fleisch zu teuer, wenn aber, wie der Antrag Bunge will, in den Stadtteilen, wo besonders die arbeitende Bevölkerung wohnt, Verkaufsstände eingerichtet werden, dann wird von langem Warten nicht mehr die Rede sein können.

Vorsigender: Herr Stadtv. Stegmann hat gesagt, Herr Loeschigt habe sich als Anwalt der Schlachtermeister aufgespielt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß solche Ausdrucksweise nicht statthaft ist.

Stadtv. Wesemeier: Herr Henking macht mir den Vorwurf, daß ich gesagt habe, die Fleischermeister verteuerten die Ware. Wenn ich von den Kleinverkaufspreisen spreche, soll ich dann sagen, die Viehhändler verteuerten das Pfund? Aber wahr ist es, wenn man der Sache auf den Grund geht, daß das Fleisch hier verbilligt worden ist durch den Verkauf von seiten der Stadt, und Tatsache ist es, daß es verteuert ist, nachdem der städtische Verkauf eingestellt ist.

Stadtv. Loeschigt: Herr Stegmann ist der Meinung, als wenn wir minderwertiges Fleisch durch die hiesigen Schlachtermeister anbieten lassen wollten. Das ist nicht der Fall, ich habe ausdrücklich gesagt, daß die hiesigen Schlachtermeister versuchen wollen, nicht schlechteres, sondern eher noch besseres Fleisch für den Preis zu liefern, wie es die Stadt mit dem dänischen Fleisch geliefert hat. Ich gebrauche den Ausdruck „dänisches Rindfleisch“ nicht, weil ich mir habe sagen lassen, daß es meistens kein Rindfleisch gewesen ist. Wenn nun der Ausdruck Kuhfleisch gebraucht wird, dann kann man es mit Freude begrüßen, daß es mit dem rechten Namen genannt wird und nicht Kuhfleisch mit dem Namen Rindfleisch verkauft wird. Nun sagt Herr Stegmann, dieses minderwertige Fleisch wolle er für Braunschweig nicht haben. Mir liegt hier eine Nachricht aus Hamburg vor. Da wird festgestellt, daß bei der Konsumgenossenschaft „Produktion“ — ich frage, ob dies eine freie Innung ist oder eine Genossenschaft wie der Allgemeine Konsumverein (Zuruf: Konsumverein) —, da wird hier geschrieben, daß sie durch die Bank

für Fleisch und Fleischwaren höhere Preise genommen habe als die Schlachter und doch mit Unterbilanz gearbeitet habe. (Zuruf: Bessere Qualität!) Man soll nicht einfach sagen: Die Schlachter nehmen die höheren Preise. Ich stehe nicht als Anwalt einer einzelnen Kategorie von Geschäftsleuten hier. Ich bin aber selber Geschäftsmann und weiß, wo ihn der Schuh drückt, daß er von kolossalen Steuern belastet ist. Und wenn von den Agrarzöllen die Schlachter mehr als andere Geschäftsleute belastet werden, dann soll man da den Hebel ansetzen (Zuruf: Tun wir!) und nicht den Schlachtern Vorwürfe machen. Wenn Sie die hohen Zölle aufheben, dann würden Sie billige Fleischpreise bekommen.

(Zuruf des Stadtv. W e s e m e i e r: Unterstützen Sie uns dabei, das tun sie aber nicht.)

Stadtv. Dr. **Boge**: Ich bitte, noch eins zu berücksichtigen, was bisher nicht besprochen ist. Die Stadt kann nicht ununterbrochen und dauernd Fleischverkaufsstände unterhalten. Es ist doch zweifellos, daß unser ganzes Eingreifen als eine Notstandsmaßnahme zu betrachten ist. Man hat angenommen, die Fleischsteuerung würde eine vorübergehende sein. Man würde demnächst, nachdem die Folgen des trockenen Sommers vor zwei Jahren vorüber seien, billigeres Fleisch erlangen, und dann würde ein städtischer Fleischverkauf nicht mehr nötig sein. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die für vorübergehend angesehenen hohen Fleischpreise sich auf ihrer Höhe gehalten haben, und der Magistrat hat auch noch lange Zeit hinaus den Verkauf fortgesetzt. Jetzt aber hat er aus verschiedenen Gründen sich genötigt gesehen, den Fleischverkauf einzustellen, und zwar (wenn ich das wiederholen darf) einmal, weil der Verkauf nachgelassen hat. Es ist doch für den Magistrat im Erfolg gleichgültig, warum nicht gekauft wird. Wenn das Fleisch mehrere Wochen alt wird und durch den fortgesetzten täglichen Transport aus dem Kühlhaus in die verschiedenen Verkaufsstände und wieder zurück viel an seiner Güte verliert, so sind tatsächlich Verluste da. Daß bei einer Notstandsmaßnahme die Stadt finanzielle Verluste hat, ist selbstverständlich, und das werden wir ohne weiteres tragen. Wenn sich aber herausstellt, daß für diese Notstandsmaßnahme nicht mehr das richtige Bedürfnis vorhanden ist, daß es die dreifache Zeit gegenüber früher dauert, bis das Fleisch abgenommen wird, wenn in Zukunft Fleisch von der Einkaufszentrale in Hamburg nicht mehr so billig zu bekommen ist, dann ist es wohl berechtigt, wie die Kommission vorschlägt, vorübergehend diesen Verkauf einzustellen. Wenn sich dann herausstellen sollte, daß wieder ein Notstand eintritt, daß die Fleischpreise wieder ungewöhnlich anziehen, und daß die in Aussicht gestellten Lieferungen billigeren Fleisches seitens der hiesigen Schlachter nicht kommen, dann werden wir alle den Hebel wieder einsetzen, um erneut den Versuch zu

machen, eine Herabminderung der Fleischpreise herbeizuführen. Ob uns das dauernd gelingen wird? Ich glaube es kaum. Wir sehen, alle Lebensmittel, überhaupt alles, was zum täglichen Bedarf gehört, ist teurer geworden, und es hat sich auch da gezeigt, daß die Steigerung der Preise nicht vorübergehend war. Dauernd eine Preissteigerung durch Übernahme des Vertriebs in eigene Regie der Stadt zu vermeiden, sind wir nicht in der Lage, und das kann auch nicht unsere Aufgabe sein. Ich bitte daher, es bei dem Antrage der Kommission auf einstweilige Einstellung des Fleischverkaufs mit der Ermächtigung des Magistrats, den Verkauf bei auftretendem Bedürfnis wieder zu eröffnen, bewenden zu lassen.

Stadtv. Meyerhoff: Mir ist von einem bedeutenden Viehhändler, der zwar nicht im Herzogtum, aber dicht dabei wohnt, gesagt: In den kleinen braunschweigischen Städten könne man billiges Kuhfleisch bekommen. Wenn die Stadt Braunschweig sich auch dazu entschließen könnte, Kühe zu schlachten, so könnte sie auch billiges Fleisch erhalten. Aber die Viehhändler seien gezwungen, die Kühe zu exportieren, da sie diese nach der Stadt Braunschweig nicht los werden könnten. Ich muß dem Herrn glauben, denn er hat Hunderte von Stücken Vieh auf der Weide.

Noch eins möchte ich erwähnen. Herrn Loeschigk ist vorgeworfen, er gebärde sich wie ein Anwalt der Schlachter. Ich bin gewiß kein Anwalt der Schlachter, aber ich sage mir: Im Geschäftsleben hat sich jetzt das Großkapital breit gemacht. Wenn viel bei der Schlachtereie zu holen wäre, dann würde sich das Großkapital schon längst der Sache bemächtigt haben. Es gehört zu diesem Geschäft eine Menge Intelligenz, und von Grund auf muß es gelernt sein, um rentabel betrieben werden zu können. Wenn das Großkapital mit der Schlachtereie vorwärtskommen könnte, so würde es sich dieses Geschäftszweiges schon längst bemächtigt haben — und das Fleisch wäre vielleicht noch teurer. Stimmen Sie dem Kommissionsantrage ruhig zu, Sie vergeben sich wahrhaftig nichts damit. Der Fleischverkauf durch die Stadt kann ja doch jederzeit wieder eingeführt werden.

Stadtv. Dr. Kleinfiedt: Was mich bestimmt, für den Kommissionsantrag zu stimmen, ist, daß der Bedarf beim Publikum nicht mehr der ist, wie er anfangs gewesen ist, was sich aus dem langsamen Verkauf der letzten Sendungen ergibt.

Herr Wesemeier sagte, die Zahl der Schlachttiere wäre in letzter Zeit wesentlich zurückgegangen, es wäre nicht genügend Fleisch vorhanden, oder es wäre zu teuer. Mir liegt der Bericht der statistischen Stelle vor. Es ist selbstverständlich, daß im Sommer weniger Fleisch konsumiert wird als im Winter, weil man sich in der warmen Jahreszeit an andere Speisen hält. Auch im allgemeinen geht der Fleischkonsum zurück, und zwar nicht deshalb, weil das Fleisch zu teuer ist, sondern aus anderen Gründen. Sie wissen alle, daß die ärztliche Wissenschaft

rät, den Fleischkonsum aus Gesundheitsrücksichten ein klein wenig einzuschränken. Wir dürfen auch, was im Juni und Juli geschlachtet wird, nicht vergleichen mit dem, was im September und Oktober geschlachtet wird. Der Bericht der statistischen Stelle, der mir zur Verfügung steht, gibt nur Vierteljahrsberichte. Darnach ist geschlachtet an jungen Rindern vom 1. April bis 30. Juni 1912 2676 Stück und in derselben Zeit dieses Jahres 2576 Stück, das sind 100 Stück weniger, und ich kann beim besten Willen nicht anerkennen, daß das bei 2500 ein erheblicher Teil ist, um so weniger, weil im vorigen Jahre kein dänisches Fleisch eingeführt ist, wie es dieses Jahr geschehen ist. Wenn man das hinzurechnet, so ist in diesem Jahre nicht weniger Fleisch verzehrt als im Jahre vorher, es möchte sogar noch etwas mehr sein.

Stadtv. Diedmann (persönliche Bemerkung): Eine Bemerkung des Herrn Stegmann darf ich nicht unwidersprochen lassen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Schlachtungen im Juni und Juli dieses Jahres gegenüber früher zurückgegangen seien. Das ist aber nicht nur in Braunschweig der Fall, im ganzen deutschen Reiche sind die Verhältnisse ähnlich. Die Aufträge für die hiesigen Wurstfabriken sind so schwach ausgefallen wie nie zuvor. Ich habe auch ein ziemliches Versandgeschäft und habe mit meinen Konkurrenten über das schwache Eingehen von Aufträgen Rücksprache genommen und nach der Ursache gesucht. Sie liegt wohl in der ganzen Geschäftslage; die Balkanwirren tragen mit dazu bei, Geld ist kolossal teuer, jeder schränkt sich nach Möglichkeit ein. Auf diese Art und Weise ist wohl auch der Rückgang der Schlachtungen zu erklären. Im übrigen gibt es wohl kein Geschäft, das ein so großes Anlagekapital beansprucht wie gerade die Schlachtereie und die Wurstfabrikation und sich mit einem prozentual so geringen Verdienst begnügt. Ein Kaufmann wäre ganz gewiß nicht damit zufrieden.

Vorsitzender: Im ganzen liegen sechs Anträge vor.

Herr Bunge beantragt in seinem ersten der vier Anträge, es sollte unverzüglich der Bezug und Verkauf wieder aufgenommen werden. Im Gegenteil dazu beantragt Herr Diedmann, es sollte für alle Zukunft die Einführung und der Verkauf solches Fleisches aufhören. Der dritte ist der Antrag der Kommission, welcher sagt: Es soll einstweilen, wie es der Magistrat schon getan hat, der Einführung des dänischen Fleisches Einhalt getan werden mit dem Vorbehalt, daß der Magistrat ermächtigt ist, den städtischen Fleischverkauf wieder einzuführen, wenn sich die Notwendigkeit dafür herausstellt. — Diese drei Anträge beziehen sich auf die Einführung und den Verkauf frischen Fleisches.

Der vierte Antrag ist der des Herrn Bunge, nach dem gefrorenes Fleisch eingeführt werden soll, der fünfte wünscht die Einrichtung einer großen Zahl von Verkaufsstellen, der sechste Antrag betrifft den Viehhof.

Bezüglich der geschäftlichen Behandlung der drei letzten Anträge möchte ich den Herrn Antragsteller ersuchen, diese jetzt nicht sofort zur Abstimmung stellen zu lassen, sondern sich mit der Vorberatung durch die Kommission einverstanden zu erklären. Es findet sich vielleicht bei der Kommissionsberatung das eine oder andere, was aus Ihrem Antrage brauchbar ist, was hier eben nicht zu übersehen ist, weshalb die Anträge heute mutmaßlich zur Ablehnung kommen werden.

Stadtv. **Bunge:** Ich bin mit dem Herrn Vorsitzenden einverstanden und glaube auch, daß auf diesem Wege etwas aus dem Antrage werden wird.

Stadtv. **Dietmann:** Aus der Äußerung des Herrn Vorsitzenden entnehme ich, daß ich wohl nicht richtig verstanden bin. Ich will nicht für alle Zeiten den Verkauf des dänischen Fleisches ausschalten, sondern bin auch mit dem Beschluß der Kommission zufrieden.

Vorsitzender: Demnach fällt der Antrag Dietmann weg. Es steht heute nur zur Beschlußfassung der Antrag Nummer 1 von Herrn Bunge und der Kommissionsantrag.

Der erste Antrag des Herrn Stadtv. Bunge wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen. Der Herr Vorsitzende überweist die drei letzten, genügend unterstützten Anträge des Herrn Stadtv. Bunge der Statutenkommission zur Vorberatung.

6. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken“.

Stadtv. **Hartung:** Die Bedingungen über die Abgabe von Gas sind bislang geregelt durch das städtische Statut Nummer 26 und durch den Nachtrag zu demselben Nummer 33. Dann sind noch in der Sitzung vom 29. Mai d. Js. einige Änderungen bezüglich der Lieferung durch Gasautomaten beschlossen. Der Magistrat hat uns nun eine Vorlage zugehen lassen, die darauf hinausläuft, diese an drei verschiedenen Stellen verzettelten Bestimmungen in eins zu arbeiten, dabei einige weitere Änderungen vorzunehmen und das Statut neu zu redigieren. Es ist, soviel mir bekannt, den sämtlichen Herren ein Exemplar der beiden alten Statuten, in die die Änderungen eingearbeitet sind, zugesandt. Ich will vorausschicken, daß die Statutenkommission den vom Magistrat vorgeschlagenen Neuänderungen zugestimmt hat. Im übrigen habe ich zu der Sache wenig zu sagen, da es sich sonst um nichts anderes als um redaktionelle Änderungen handelt, wodurch die Übersichtlichkeit der bereits bestehenden Bestimmungen gefördert werden soll.

Vorsitzender: Wir gehen paragraphenweise vor. Meldet sich bei Aufrufung des betr. Paragraphen niemand zum Wort, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Wortlaut dieses Paragraphen an.

Der Referent, Herr Stadtv. **Hartung**, gibt zu den einzeln aufgerufenen Paragraphen kurze Erläuterungen. Soweit nicht hierunter besonders berichtet ist, werden die Paragraphen ohne Debatte angenommen.

Stadtv. **Hartung** (zu § 1): Zu diesem Paragraphen hat die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke noch selbständig einen Änderungsantrag gestellt, der auch nur redaktioneller Art ist: im letzten Absatz auf der fünfteilen Zeile im Interesse eines besseren Deutsch das Wort „solches“ durch „dieses“ zu ersetzen.

Stadtv. **Stegmann** (zu § 6): Ich möchte beantragen, daß die veränderte Staffelung noch etwas nach unten hin ausgedehnt wird. Es ist erfreulich, daß die Rabattsätze mit verbessert werden sollen. Während früher nur Rabatt bei einer Gasentnahme im Werte von 1000 M gewährt wurde, soll jetzt der Rabatt schon bei einer Entnahme im Werte von 420 M stattfinden. Ich möchte beantragen, hinzuzusetzen: „für mehr als 300 M 3 Prozent, dann zu sagen „für mehr als 420 M 4 Prozent“ und darauf fortzufahren, wie es hier steht. Wenn ich das beantrage, so ist der Grund hierfür, daß wir damit gerade die kleineren Abnehmer begünstigen. Diejenigen Abnehmer, die für 300 M Gas verbrauchen, sind kleine Geschäftsleute, und die würden es wohl vertragen können, wenn sie den angeführten Rabattsatz von 3 Prozent erhielten. Je günstiger wir für diese die Gaspreise gestalten, um so mehr halten wir sie ab, sich dem elektrischen Licht zuzuwenden. Aus diesen Gründen bitte ich, die Ausdehnung der Staffelung nach unten hin anzunehmen.

Vorsitzender: Der Antrag Stegmann geht dahin: „Beantrage, die Staffelung der Rabattsätze (§ 6, Absatz c) wie folgt zu fassen:

für mehr als 300 M	3 Prozent,	
„ „ „ 420 „	4 „	
„ „ „ 560 „	5 „	usw.“

Der Antrag Stegmann wird angenommen.

Stadtv. **Stegmann**: (zu § 13): Der § 13 erhält einen Anhang: „Die Abspernung der Zweigleitung und die Beseitigung der Anschlußleitung erfolgt auf Kosten des Abnehmers.“ Wer also nicht in der Lage ist, sein Gas und die Miete für den Gasmesser zu bezahlen, dem soll das Gas gesperrt werden. Kosten für

die Sperrung sind bisher nicht bezahlt. Mir scheint es rigoros, daß solchen Leuten noch die Kosten für die Sperrung auferlegt werden soll. Bisher ist es doch auch so gegangen, und ich weiß nicht, weshalb es nicht dabei bleiben soll. Ich kann nicht annehmen, daß solche Leute aus Böswilligkeit handeln; meistens wird die schlechte Wirtschaftslage schuld daran sein. Dazu soll dann noch kommen, daß den Schuldnern die für die Stadt geringen Extrakosten auferlegt werden. Ich beantrage, diesen letzten Absatz zu streichen.

Stadtv. Hartung: „Die Absperrung der Zweigleitung“ ist alt. Neu ist nur, daß „die Beseitigung der Anschlußleitung“ auf Kosten des Abnehmers erfolgen soll.

Stadtv. Stegmann: Ich habe mich versprochen. Ich meinte die Streichung des Zusatzes im zweitletzten Absatze „oder die Anschlußleitung beseitigt werden“.

Stadtv. Hartung: Ich möchte bitten, es bei der vorgeschlagenen Bestimmung bewenden zu lassen, denn es würde jeder juristischen Konsequenz widersprechen, wenn wir die Streichung vornehmen würden. Es bestellt sich jemand eine Leitung, er erfüllt seine Verpflichtungen nicht: dann ist es selbstverständlich, daß er die dem anderen Beteiligten erwachsenen Kosten zu tragen hat. Es scheint nicht berechtigt zu sein, hiervon eine Abweichung eintreten zu lassen. Um bedeutende Kosten handelt es sich auch nicht, und diejenigen, die das Gas nicht bezahlen können, werden auch die Kosten der Absperrung und Beseitigung der Anschlußleitung nicht bezahlen können. Wer aber aus bösem Willen oder Leichtsinne nicht bezahlt, der mag auch zur Zahlung dieser Kosten herangezogen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, daß die Frage keine große praktische Bedeutung hat. Es handelt sich nur um die Anschlußleitung. Wir haben wohl Fälle gehabt, wo ein Haus als solches von der Leitung abgetrennt werden mußte, aber das sind doch höchst seltene Fälle. In der Regel handelt es sich um solche Abnehmer, die in Konkurs geraten. Soll da die Stadt berechtigt sein, die hier fraglichen Kosten als bevorrechtigte Forderung geltend zu machen? Wir haben diese Frage in einem Prozeß zum Austrage gebracht, und die Stadt hat abgesehen. Ich sehe nicht ein, weshalb wir diese Kosten ans Bein binden sollen. In der Regel findet sich aber ein Nachfolger, der in solchen Fällen die Gasleitung übernimmt, so daß es in den seltensten Fällen zur Beseitigung der Anschlußleitung kommt.

Der Antrag Stegmann wird abgelehnt.

Stadtv. Hartung (zu § 16): Für diesen Paragraphen sind zwei Änderungen vorgeschlagen. Zunächst ist magistratsseitig vorgeschlagen, in Nummer 3 zu

sagen: „Auf Wunsch des Bestellers werden an Stelle des Kochers zwei weitere Lampen geliefert.“ Das hat die Bedeutung, daß der Besteller und der Abnehmer verschiedene Personen sein können, nämlich, daß der Hausbesitzer der Besteller und der Mieter der Abnehmer ist.

Eine fernere Änderung ist aus folgendem Grunde vorgeschlagen. Es sind bisher die sogenannten Liliputbrenner vorgesehen gewesen, die 60 Liter Gas pro Lampe und Stunde verbrauchen. Es hat sich aber nach den Mitteilungen des Magistrats herausgestellt, daß diese Brenner nicht beliebt sind, sondern die gewöhnlichen Brenner, die 100 Liter Gas verbrauchen, bevorzugt werden. Deshalb schlägt der Magistrat vor, unter 3 statt „60 Liter“ zu sagen „100 Liter“.

§ 16 wird mit den vom Magistrat vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Stadtv. **Hartung** (zu § 20): Die vorgeschlagenen Änderungen sind nur stilistischer Art. In dem Magistratschreiben befindet sich ein Irrtum, es muß 3 Pfg. statt 30 Pfg. heißen. In dem eingebesserten Statut ist dieser Fehler nicht vorhanden.

Stadtv. **Hartung** (zu § 23): Für diesen Paragraphen ist in dem Magistratschreiben vom 23. August eine neue Fassung vorgeschlagen: „Die in den §§ 1 bis 3, 5, 8—13 enthaltenen Vorschriften finden auch auf die durch Automaten bewirkte Gasabgabe sinngemäße Anwendung, und zwar die Vorschrift im § 2, Absatz 3, auch in dem Falle, daß durch Mängel der Automateinrichtung die Gaslieferung zeitweilig gestört wird, und die Vorschrift im § 12 mit der Einschränkung, daß die Wegnahme der Automateinrichtung kostenlos erfolgt“.

Nach Beendigung der Beratung der einzelnen Paragraphen nimmt das Wort Herr

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Ich möchte noch bemerken, daß ich vorhin absichtlich zu dem Antrage des Herrn Stegmann wegen Abänderung der Rabattsätze keine Stellung genommen habe, weil das augenblicklich für den Magistrat schwierig ist. Er wird die Direktion der Gaswerke zu hören haben, welchen finanziellen Effekt eine derartige Rabattgewährung zur Folge haben wird. Sollte das nicht allzuviel ausmachen, so kann ich in Aussicht stellen, daß der Magistrat auf den Antrag eingehen wird. Zur Klarstellung möchte ich aber ausdrücklich bemerken, daß selbstverständlich bei den durch Automaten abgegebenen Gasmenge diese Rabattgewährung nicht stattfinden kann. Es hätte das vielleicht in dem Paragraphen, der von dem Rabatt spricht, noch ausdrücklich erwähnt werden können, ist aber nicht geschehen, weil im § 6 unter d gesagt ist: „Wegen

des Preises, der für das durch Automaten abgegebene Gas zu zahlen ist, f. §§ 19 und 20."

Stadtv. Schulze: Bei Versendung des Schreibens an die Gasabnehmer ist gleichzeitig ein gedruckter Zettel beigegeben worden, der über die Preise des Gaskostes Aufschluß gibt. Ich möchte mir dazu einige Worte erlauben, die in indirektem Zusammenhange damit stehen. Es ist dort angegeben: Für eine Menge bis zu 30 Zentner wird der und der Fuhrlohn bezahlt usw. Die Gaswerke fahren nur 30 Zentner Koks durch die städtischen Gespanne ab, und es ist für die Arbeiter außerordentlich schwierig, diese Menge Koks auf einmal zu beziehen. Ich möchte den Magistrat bitten, dies zu berücksichtigen und zu erwägen, ob es nicht angebracht wäre, daß auch kleinere Mengen Koks durch die städtischen Fuhrwerke geliefert werden, daß vielleicht der niedrigste Satz 15 Zentner ist. 30 Zentner Koks kann ein Arbeiter in seinem Keller nicht lagern, und sonstige Räumlichkeiten hat er dazu nicht, auch wohl nicht das nötige Geld usw. usw. Privates Fuhrwerk hierfür ist heute schwer zu bekommen. Der Arbeiter und kleine Beamte ist bei der angeführten Bestimmung vollständig davon ausgeschlossen, durch städtisches Fuhrwerk Koks zu beziehen. Ich darf wohl hoffen, daß diese Anregung dazu beitragen wird, daß die Vorschrift über die Mengen des Kosses, der durch städtische Fuhrwerke bezogen werden kann, geändert wird.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann dazu nicht ohne weiteres Stellung nehmen, die Deputation für das Straßenreinigungswesen wird sich damit zu befassen haben, denn diese ist sozusagen die Unternehmerin bei dieser Koksabfuhr, während die Verwaltungsdeputation für das Gaswerk diese Sachen nicht besorgt. Nun sind, soviel mir bekannt, die Einrichtungen bei der Straßenreinigungsdeputation so, daß eigentlich nur große Fuhren geleistet werden können, denn sie hat keine kleinen einspännigen Wagen. Es würde also dem eben ausgesprochenen Wunsche nur dann Rechnung getragen werden können, wenn gleichzeitig mehrere derartige kleinere Posten in Auftrag gegeben werden. Dann aber sollte ich meinen, ließe es sich einrichten. Im übrigen ist mir zu Ohren gekommen, daß die Stadt mit dieser Abfuhr zu teuer wäre, und deshalb habe ich mir gedacht, daß die Abnehmer lieber durch einen Privatmann sich den Koks heranbringen ließen. Ich freue mich, wenn indirekt anerkannt wird, daß wir mit den Fuhren billig sind. Die Straßenreinigungsdeputation wird sich mit der Frage befassen.

Stadtv. Weichsel: Ich möchte die Frage stellen, ob vom Magistrat Auskunft darüber gegeben werden kann, welche wirtschaftlichen Gründe zur Einführung dieses Rabattsystems geführt haben. Im allgemeinen pflegt man dort Rabatt zu

gewähren, wo durch Bezug größerer Mengen Handlungskosten erspart werden, ein Grund, der hier nicht vorliegt. Ist der Grund der gewesen, konform mit dem Tarif des Lichtwerks zu verfahren, oder welche anderen Gründe liegen vor?

Oberbürgermeister Ketemeyer: Der tiefere Grund liegt darin, daß Sie den Antrag auf Verbilligung des Gaspreises angenommen haben, und daß der Magistrat wie auch die Deputation der Ansicht war, daß der augenblickliche Zeitpunkt nicht der richtige sei, um eine Verbilligung vorzunehmen. Sie waren aber weiter der Ansicht, im besonderen die Deputation, daß die Stadt wie jeder Geschäftsmann bei großen Verkäufen, überhaupt wenn es sich um einen guten Absatz handelt, Entgegenkommen zeigen müsse. Wenn die Stadt so große Beträge, wie sie aufgeführt sind, von einzelnen Abnehmern bekommt, ist es gerechtfertigt, Rabatt zu gewähren. Wir haben uns dabei mehr auf den Standpunkt eines Kaufmanns gestellt. Wenn Herr Stadtv. Weichsel der Ansicht sein sollte, daß das nicht der richtige Standpunkt ist, und die Ansicht von der geehrten Versammlung geteilt werden sollte, dann müßten wir diese ganzen Rabattsätze wieder aufheben. (Widerspruch.) Ich glaube aber, wir tun bei der Konkurrenz des Lichtwerks gut, die großen Abnehmer uns zu erhalten zu suchen.

Die Versammlung spricht hierauf ihre Zustimmung zu den neugefaßten „Bedingungen für Abgabe von Gas“ im ganzen aus.

7. Rechnungsabschlüsse für 1912/13.

Stadtv. Mohr: Die Vorlage befindet sich in Ihren Händen. Nun noch einige Bemerkungen über die vorliegenden Abschlüsse:

Die Mehr e i n n a h m e gegen den Voranschlag beträgt . . .	342 582,74 . //
die M i n d e r a u s g a b e gegen den Voranschlag	150 391,12 . //
	<hr/>
	mithin mehr 492 973,86 . //

Die Fehlsomme des Voranschlages betrug	208 300,— . //
und ist hiernach der erfreuliche Überschuß von	284 673,86 . //

zu verzeichnen.

Ich bitte Sie, der Seite 24/25 Ihre Beachtung schenken zu wollen, und werden Sie dort die Zusammenstellung der Abweichungen in Einnahmen und Ausgaben der Kämmererkasse gegenüber dem Voranschlage finden.

Das K ä m m e r e i v e r m ö g e n hat 6098 M Mehreinnahme gehabt, wozu besonders wieder wie im Vorjahr das Kieselgut beigetragen hat.

Bedeutend höher sind die Erträge der G e m e i n d e s t e u e r n ausgefallen. Seite 10/11 der Vorlage ersehen Sie, daß sowohl die E i n k o m m e n s t e u e r, als

auch die Grund- und Gewerbesteuer ein Mehr von 209 640 *M* ergeben hat.

Auch die Veränderungssteuer weist einen Zugang von rund 18 300 *M* auf.

Das Elektrizitätswerk ergibt eine Mehreinnahme von 24 800 *M*. Bei dem Elektrizitätswerk wird für 1912/13 die Abrechnung noch auf der alten Vertragsgrundlage erfolgen und dann vom 1. April 1913 ab, also für 1913/14, die neue Skala, beginnend mit 200 000 *M*, einsetzen.

Bezüglich der Mehrausgaben der Kämmererkasse Kap. IV, Seite 20/21, ist zu bemerken, daß die Überschreitungen verursacht wurden durch die Druckkosten des Verwaltungsberichtes der Stadt Braunschweig der Jahre 1906/11 mit 8100 *M* (Beschl. der Stadtverordn. vom 21. März 1912), durch die Baukosten auf dem Grundstücke Kleine Burg 9 für das Straßenreinigungsinstitut mit 4000 *M* (Beschl. der Stadtverordn. vom 11. Januar 1912) und durch die Instandsetzung des Verwaltungsgebäudes Zuckerraffinerie Brunonia mit 2200 *M*. Sämtliche Überschreitungen sind von Ihnen genehmigt worden.

Im Kapitel Unterrichtskosten, Seite 24/25, sind 17 000 *M* weniger vereinnahmt und 16 600 *M* weniger verausgabt. Vornehmlich sind diese Differenzen die Folge der auffallenden Rückgänge in der Anzahl der Schüler, sowohl bei den Bürgerschulen wie bei den Realschulen; Sie finden hierüber nähere Angaben Seite 39 und 47.

Die Armenkasse weist eine Minderausgabe von 57 000 *M* auf, hervorgerufen durch bedeutende Mehreingänge von Orts- und Landverbänden, geringere Ausgaben an baren Unterstützungen und geringere Zuschußleistung an das städtische Pflege-, Armen- und Krankenhaus.

Die Mehreinnahme im Feuerlöschwesen, Seite 8/9, ist eine Folge des erst in diesem Abschluß zur Einstellung gelangten Zuschusses des Staates per 1911/12.

Die Minderausgabe in Kap. X, Seite 18/19, Straßenbau usw. ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die im Voranschlag mit 46 200 *M* eingestellte Instandsetzung des Bohlwegs, Hagenscharrn und Ruhfäutchenplatzes vor dem Behördenhause bislang unterblieb und bekanntlich erst jetzt zur Ausführung gelangt.

Über Kap. Stadtverwaltung (S. 18/19) ist nichts zu bemerken, größere Einnahmen oder Ausgaben über den Voranschlag hinaus sind kaum zu verzeichnen.

Überschuß des Rieselgutes, Seite 15, beträgt 25 520 *M*, gegen Voranschlag mehr 9 520 *M*.

Ich erwähnte vorhin schon, daß dieser Überschuß zur Erhöhung des Rämmereivermögens beigetragen habe. Er ist die Folge der Eigenbewirtschaftung des Rieselguts, des vergrößerten Ländereiankaufs, auch des größeren Umsatzes in verkauftem Vieh, der infolge der Notstandschlachtungen und der Klauenseuche verursacht wurde. Infolgedessen sind später wieder größere Ausgaben entstanden.

Der Überschuß der Markthalle beträgt 17 552 *M*, der des Schlachthauses beträgt 11 427 *M*.

Der Abschluß der *Gaswerke* weist ein Plus von rund 190 000 *M* gegen das Vorjahr auf (Seite 82). Der Mehrabsatz in Koks, Teer, Ammoniakwasser brachte allein 110 000 *M*, demgegenüber stehen Mehrausgaben für Kohlen usw., sowie für höhere Löhne rund 50 000 *M*. Das *Wasserwerk* erbrachte ein Mehr von 24 000 *M* (Seite 92). Der *Ausgleichsfonds* hat einen Bestand von rund 500 000 *M*. Die Fehlsomme der *Kanalbaukasse Neubau* hat sich leider wieder um rund 9000 *M* erhöht.

Entgegen den Voranschlägen, welche uns fast ausnahmslos Unterbilanzen vorführen, weisen die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre erfreuliche Überschüsse auf: das Resultat einer soliden Finanzwirtschaft. Stetig anwachsende Steuererträge, sowie Überschüsse aus Gas- und Wasserwerken haben kräftig nachgeholfen.

Alles dieses darf uns aber nicht zu Optimisten machen, denn den höheren Einnahmen stehen auch alljährlich große, ebenfalls steigende Ausgaben gegenüber. Die Anforderungen, welche heute an eine Großstadt gestellt werden, sind gewaltig und oft unvorhersehbar.

Es dürfte sich deshalb empfehlen, daß wir „bewilligungslustigen Stadtverordneten“, wie unser Herr Oberbürgermeister scherzweise sagte, in unseren Bewilligungen recht vorsichtig zu Werke gehen.

Der Stadtmagistrat gibt uns anheim, die Abschlüsse und die vorgekommenen Überschreitungen einzelner Ausgabeposten zu genehmigen. Überschreitungen, auf welche der Magistrat besonders hinweist, finden Sie Seite 97, größere Umbauten von Schulen betreffend. Eine Begründung der Überschreitungen von seiten der städtischen Bauverwaltung soll nach Vollenbung der Bauten folgen, ebenfalls die noch ausstehenden Begründungen von Überschreitungen aus dem Jahre 1911/12, Seite 90/91 des derzeitigen Rechnungsabschlusses, wo es sich ebenfalls um Schulumbauten handelte.

Sind auch hier und da seitens der Finanzkommission noch kleinere Überschreitungen gefunden worden, so handelt es sich aber nicht um solche, gegen die Erinnerungen zu machen sind.

Die Finanzkommission empfiehlt den geehrten Herren, die Abschlüsse zu genehmigen und die vorgekommenen Überschreitungen gutheißen zu wollen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte in bezug auf die beiden Überschreitungen, die der Herr Referent zum Schluß erwähnt hat, bemerken, daß die Begründung der Überschreitungen heute beim Magistrat eingegangen ist; sie wird Ihnen sofort zugehen.

Vorsitzender: Sollen wir zeitenweise vorgehen, oder halten die Herren das für entbehrlich? Ich nehme das letzte an. — Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrage der Finanzkommission zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist erfolgt auf Genehmigung der vorgefallenen Überschreitungen.

8. Erklärung der projektierten Straßen 423, 424, 448 und 450 zu Ortsstraßen.

Stadtv. Friede: Es ist den Herren bekannt, daß die Braunschweigische Bau- genossenschaft als Unternehmerin für den Ausbau der westlich der Bugenhagen- straße gelegenen projektierten Straßen 423, 424, 448 und 450 zugelassen ist. Das Projekt für den Ausbau ist bereits genehmigt, doch ist die Erklärung der Straßen zu Ortsstraßen noch nicht erfolgt. Es wird deshalb vom Magistrat das Ersuchen an die Stadtverordneten gerichtet, sich mit der Erklärung der genannten Straßen zu Ortsstraßen einverstanden zu erklären. Die Baukommission empfiehlt, die Genehmigung zu erteilen.

Stadtv. Dr. Kleinknecht: Auf unserer Tagesordnung steht: „Erklärung der Straßen 423 usw. zu Ortsstraßen.“ Ohne eine genauere Bezeichnung können wir uns dabei nichts denken, können auch nicht den ganzen Stadtplan durchsuchen, um zu erfahren, wo diese Straßen liegen. Es wäre erwünscht, wie es schon früher einmal angeregt ist, daß eine kleine Bemerkung uns darüber aufklärte, damit wir uns orientieren können, wenn wir die Tagesordnung bekommen.

Vorsitzender: Ich werde der Anregung des Herrn Dr. Kleinknecht folgen.

Der Erklärung der genannten Straßen zu Ortsstraßen wird zugestimmt.

9. Erwerb von Flächen zur Anlage des Andreeplatzes bezw. zum Ausbau der projektierten Straße 37.

Stadtv. Meyerhoff: Nach dem Ortsbauplan sind zur Anlage des Andree- platzes bezw. zum Ausbau der projektierten Straße 37 — das ist eine Ver- bindungsstraße zwischen Andreeplatz und Hopfengarten — zwei Flächen von 22

und 83 qm erforderlich. Die erstere Fläche zu 22 qm ist bereits dem Pläze zuge-
teilt, steht aber noch im Eigentum des Rentners Schade. Da es nötig geworden
ist, sie ihm abzunehmen, ist mit ihm eine Vereinbarung getroffen auf den Preis
von 12 *M* pro Quadratmeter, welcher letzterer von der Baukommission als ange-
messene anerkannt wird.

Nun möchte der Bauunternehmer Sommer auf seinem Grundstücke im Zuge
der Straße 37 ein Wohnhaus errichten und beantragt, um einen Zugang dazu zu
erhalten, daß die an zweiter Stelle genannte 83 qm große Teilfläche des Adams-
grabens, die später vollständig in die Straße 37 hineinfallen wird, schon jetzt von
der Feldmarksgemeinde Hagen durch die Stadt erworben wird, wobei er sich er-
bietet, den Kaufpreis bis zum Ausbau der Straße vorzuschießen. Auf diese Weise
würde eine zweimalige Eigentumsübertragung vermieden. — Die Baukommission
hat die Vorlagen geprüft. Hinsichtlich der 22 qm kann kein Zweifel entstehen, daß
wir zustimmen müssen, denn das Terrain ist schon der Straße zugeschlagen, und
die 83 qm machen der Stadt vorläufig keine Ausgaben. Erst sobald die Straße
ausgebaut wird, wird auch die Bezahlung des jetzt vorzuschießenden Kaufpreises
an Herrn Sommer erfolgen müssen. Die Baukommission gibt Genehmigung der
beiden vorgelegten notariellen Verträge anheim; es ist nichts dagegen ein-
zuwenden.

Die beiden Verträge werden genehmigt.

10. Verkauf zweier Teilflächen am Neustadtringe.

Stadtv. **Sander:** Vom Ausbau des Neustadtringes her besitzt die Stadt noch
einige Plätze, die an der Ecke der Spinnerstraße und des Neustadtringes gelegen
sind, in Größe von 93 und 108 qm. Die Ehefrau des Arbeiters Schwebel von
hier und der Maurermeister Fieser aus Beltenhof haben den Antrag gestellt, ihnen
diese Stücke zu verkaufen. Dieses Land ist früher Böschungsterrain gewesen, die
Stadt hat es seinerzeit billig erworben, und der Magistrat schlägt vor, auf den ange-
botenen Preis von 3 *M* pro Quadratmeter einzugehen. Der billige Preis wird
damit motiviert, daß auf den Bauplätzen, die geschaffen werden, sehr hohe
Straßenbaukosten liegen, 4300 *M* vom Neustadtring aus und 235 *M* von der
Spinnerstraße her. Diese Kosten würden also jetzt für die Stadt einkommen. Die
Stadt hat den Käufern noch die Beschränkung auferlegt, daß sie auf dem ver-
kauften Gelände nur Wohnhäuser mit Drei-Zimmer-Wohnungen bauen, und daß
diese Verpflichtung dinglich gesichert wird. — Der Baukommission ist bei der Vor-
beratung auch der billige Preis von 3 *M* pro Quadratmeter aufgefallen. Nach
längerem Debattieren war man aber der Meinung, daß die Beweggründe, die den
Magistrat veranlaßt haben, diesen billigen Preis anzunehmen, so schwerwiegend

sind, daß auch wir den Preis gutheißen können. Insbesondere ausschlaggebend ist die Verpflichtung gewesen, nur Wohnhäuser mit Drei-Zimmer-Wohnungen zu bauen. Wir haben seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen: wenn sich Bauunternehmer fänden, die Arbeiterhäuser bauen wollten, so möchte der Magistrat diesen in irgendeiner Weise entgegenkommen, sei es durch Erleichterung der Straßenbaukosten oder in anderer Weise. Hier ist ein solcher Fall akut geworden, und deshalb empfiehlt Ihnen die Baukommission, die Vorlage, wie sie ist, zu genehmigen.

Der notarielle Kaufvertrag wird genehmigt.

11. Verträge über Benutzung von Grundflächen und Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens zur Legung des Kanals auf den Straßen 318 und 363.

Zur besseren Entwässerung großer Teile der westlichen Außenstadt ist die Erbauung eines Vorflutkanals in der Kreuzstraße und im Zuge der projektierten Straßen 328, 327, 368, 367, 318 und 363 geplant und für Herstellung der untersten, in den projektierten Straßen 318 und 363 liegenden Teilstrecke sind durch Kap. II, 2 des Neubauetats der Kanalbaukasse 32 000 *M* zur Verfügung gestellt. Die östliche Teilstrecke des Zuges der Straße 363 steht bereits im Eigentum der Stadt, die Restfläche desselben, sowie das gesamte Gelände der Straße 318 befindet sich noch in privatem Besitz. Da der Ausbau der beiden Straßen durch das öffentliche Interesse zurzeit noch nicht gefordert wird, so liegt zum stadtseitigen Erwerb des zukünftigen Straßenterrains kein ausreichender Grund vor. Der Magistrat hat deshalb in den Verhandlungen mit den Eigentümern der Flächen sich lediglich bemüht, die Erlaubnis zur Legung und Unterhaltung des Kanals bei gleichzeitiger Einräumung eines dinglichen Rechts zu erhalten. Mit Ausnahme des Gärtners Bode, der das am Zusammenstoß der beiden Straßen liegende Grundstück besitzt, haben dann auch sämtliche Eigentümer die gewünschte Erlaubnis unentgeltlich und lediglich gegen die Bedingung zugestanden, daß die aus der Anlegung und Unterhaltung des Kanals an den Grundstücken entstehenden Schäden, insbesondere die aus der Beeinträchtigung der Pachtnutzung, von der Stadt getragen würden. Die mit den Eigentümern abgeschlossenen Verträge werden den Stadtverordneten zur Genehmigung vorgelegt.

Der Gärtner Bode hat sich bereit erklärt, sein Grundstück der Stadt zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter bei gleichzeitigem Verzicht auf Entschädigung für die auf dem Grundstücke befindliche 5 Jahre alte Spargelanlage zu verkaufen. Mit Rücksicht darauf, daß das Grundstück durch die projektierte Straße fast völlig absorbiert wird, liegen bei ihm die Verhältnisse anders als bei den übrigen Grundstücken, welche durch die Straße 318 durchschnitten werden. Für die Be-

urteilung der Frage, ob dem Ankauf des Grundstücks jetzt näher getreten werden soll, kommt auch in Betracht, daß die Stadt das östlich angrenzende Straßengelände bereits besitzt und der Ausbau dieser Straße wohl auch dadurch näher gerückt wird, daß die nördlich abzweigende Straße 317 in das Gelände führt, welches stadtseitig durch den Bau von Kleinwohnungen jetzt aufgeschlossen werden soll. Der Magistrat würde auch mit dem Gärtner Bode bereits einen Kaufvertrag abgeschlossen haben, wenn nicht der Preis von 10 *M* zu hoch erschiene. Der Magistrat trägt um so mehr Bedenken, diesen Preis zuzugestehen, weil verschiedene für den Kleinwohnungsbau erforderliche benachbarte Grundstücke ihm jetzt noch zu einem billigeren Preise angeboten sind und durch das verlangte Zugeständnis der Preis für die Grundstücke, welche die Stadt für den Kleinwohnungsbau nicht freihändig erwerben kann, ungünstig beeinflusst werden würde. Der Magistrat hält es deshalb für richtig, die in die projektierten Straßen 318 und 363 fallende Teilfläche des Bodeschen Grundstücks im Wege des Zwangse enteignungsverfahrens zu erwerben, und richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit Einleitung desselben einverstanden erklären zu wollen.

Stadtv. **Riefe** erstattet Bericht über diese Vorlage und bemerkt weiter dazu:

Der Plan über den Kanalbau hängt dort aus, die Herren können sich die einzelnen Parzellen ansehen. Aus den Mitteilungen des Magistrats erschen Sie, daß die Sache sehr vorsichtig vom Magistrat behandelt ist, denn wenn wir dort mehrere Teile expropriieren und hier freihändig mehr zugestehen wollten, so würden wir in eine schiefe Lage kommen. In Rücksicht darauf hat auch die Baukommission der Einleitung des Expropriationsverfahrens unbeschränkt zugestimmt, auch gegen die beiden Verträge, die mit den anderen Eigentümern aufgenommen sind, ist nichts zu erinnern, es sind die üblichen. Die Baukommission gibt Ihnen deshalb Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung genehmigt die Verträge und stimmt der Einleitung des Enteignungsverfahrens betreffs des Bodeschen Grundstücks zu.

12. Zwangse enteignungsverfahren wegen einer an der Korfesstraße gelegenen Fläche.

Stadtv. **Fride**: Es ist erforderlich geworden, zum Ausbau der Korfesstraße einen Komplex von 74 qm zu erwerben. Die Fläche steht im Eigentum des Gärtners Ludwig Gieseler, hier selbst, und der Erben seiner verstorbenen Frau — das sind sechs Kinder der Eheleute Gieseler. Vom Magistrat ist mit dem Gärtner Gieseler schon am 20. Mai 1910 ein auch von den Stadtverordneten genehmigter notarieller Kaufvertrag abgeschlossen, aber trotz endloser Verhandlungen ist die

Auflassung an die Stadt nicht zu erreichen gewesen, weil einer der Erben, der Schußmann Gieseler in Hannover aus uns unbekannten Gründen die erforderliche Zustimmung zu dem Verkauf verweigerte. Um die Sache zum Abschluß zu bringen, richtet der Magistrat an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens für die fragliche Fläche einverstanden zu erklären. — Die Baukommission hat die Sache beraten, und da das Terrain für die Korfesstraße notwendig ist, empfiehlt auch sie, sich mit der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens einverstanden zu erklären.

Die Zustimmung zur Einleitung des beantragten Verfahrens wird ausgesprochen.

13. Erhöhung eines Zuschusses für die Kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Mohr**: Die hiesige Handelskammer hat an den Stadtmagistrat die Bitte gerichtet, den ihr seit einigen Jahren zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule gewährten Zuschuß von 3000 *M*, der aus den Mitteln der Umsatzsteuer gezahlt wird, auf 4300 *M* zu erhöhen. Begründet wird das Gesuch damit, daß der Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule eine Aufbesserung der Vergütungen für die Lehrkräfte ins Auge gefaßt hat in ähnlicher Weise, wie für die Lehrer an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule eine Aufbesserung erfolgt ist. Der Betrag der Aufbesserung ist im ganzen auf 3900 *M* festgesetzt. Davon wird ein Drittel das Herzogliche Staatsministerium übernehmen, ein Drittel die Handelskammer, so daß noch ein Drittel zu decken bleibt. Der Magistrat hält es für billig, wenn für den angegebenen Zweck ausgiebigere Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden, um so mehr, da die Einnahme aus der Umsatzsteuer diese Mehrbewilligung gestattet. Da die Erhöhung schon im Februar beantragt wurde und nur wegen der damals bestehenden Ungewißheit über die Höhe der für 1913/14 auszuscheidenden Umsatzsteuer zurückgestellt ist, empfiehlt der Magistrat, die Erhöhung des Zuschusses vom 1. April d. J. ab zu berechnen. — Der Finanzkommission hat der Antrag zur Beratung vorgelegen, sie empfiehlt Ihnen, dem Vorschlage des Magistrats gemäß bis auf weiteres die 4300 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt, der Bewilligung zuzustimmen.

14. Beihilfe zu den Kosten von Vortrags- und Lichtbilderabenden für erwachsene Taubstumme.

Stadtv. **Lange**: Ich habe den geehrten Herren zu berichten, daß sich in der Stadt ein Komitee gebildet hat, mit der Aufgabe, die schulentlassenen und

älteren Taubstummen regelmäßig zu versammeln, um ihnen Gelegenheit zur Belehrung und Weiterbildung durch zweckmäßige Vortrags- und Lichtbilderabende zu bieten. Zur Erreichung seines Zieles braucht das Komitee Mittel und hatte sich zur Erlangung eines Betrages von 150 *M* an die Jüdelstiftung gewandt. Diese hat die Bewilligung abgelehnt, aber empfohlen, da es sich um gemeinnützige Zwecke handelt, sich an den Magistrat zu wenden. Der Stadtmagistrat hat vom Vorstande des Taubstummeninstituts Bericht eingefordert und gibt auf Grund desselben anheim, dem Antrage des Komitees Folge zu leisten und bis auf weiteres einen jährlichen Beitrag von 150 *M* zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu bewilligen. Im Namen der Finanzkommission habe ich den geehrten Herren zu empfehlen, diesem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen.

Der Beitrag zu den fraglichen Kosten wird bewilligt.

15. Gestaltung des Fußweges am Hagenscharrn, sowie Asphaltierung des nördlichen Teiles des Bohlweges.

Stadtv. **Meyerhoff:** Die Abtretung der Flächen für Instandsetzung der Umgebung des Ministerialgebäudes ist bereits erfolgt. Es handelt sich heute um die Anlagen auf den Fußwegen im Hagenscharrn. Das Ministerium schreibt dazu: „In dem mit der Herzoglichen Baudirektion abzuschließenden Vertrage über die Instandsetzung der Straßen in der Umgebung des Ministerial-Dienstgebäudes ist eine Bestimmung enthalten über die eventl. Anlage von Grünstreifen auf dem südlichen Fußwege des Hagenscharrn. Es sind dafür von der städtischen Bauverwaltung zwei Planskizzen angefertigt und in der Anlage mit dem Anheimgeben beigefügt, eine endgültige Entscheidung über die Gestaltung der Fußwege herbeiführen zu wollen. Nach dem diesseitigen Dafürhalten dürfte die Anlage nach Anordnung II am meisten zu empfehlen sein. Eine Ersparnis an Kosten wird bei dieser Anordnung wegen der durch die Einfriedigung der Grünanlagen entstehenden Aufwendungen nicht erwachsen.“

Auch der Magistrat befürwortet diese Anordnung II, und die Baukommission empfiehlt, dem zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Ausführung nach Projekt II zu.

Stadtv. **Meyerhoff:** Bei Gelegenheit der hier in Rede stehenden Reuinstandsetzungen hat es sich herausgestellt, daß die Straßenbahnschienen auch auf dem nördlichen Zuge des Bohlweges bis zum Hagenmarkt hin verlegt werden müssen. Damit verbunden ist eine Umpflasterung dieses Teiles der Straße. Es wird nun vorgeschlagen, anstatt die Straße mit den abgängigen Gabbrosteinen zu pflastern,

auch diesen Teil in derselben Weise zu asphaltieren, wie die Strecke vom Steinweg an, mit anderen Worten, daß der ganze Bohlweg vom Steinweg bis zur Einmündung in den Hagenmarkt asphaltiert wird. Diese Asphaltierung wird rund 2000 *M* Mehrkosten verursachen. Nun ist aber bei Vergebung der Straßenarbeiten, insbesondere des Asphaltpflasters, durch die eingetretene Konkurrenz ein geringerer Einheitspreis erzielt als in dem Voranschlage vorgesehen ist, so daß schon 2000 *M* an Kosten eingespart werden. Auf diese Weise würden sich für die Stadt keine Mehrkosten gegenüber dem Anschläge herausstellen, und das Stadtbauamt schlägt aus allen diesen Gründen vor, diese ganze Strecke des Bohlwegs vom Steinweg an mit Asphalt zu versehen. Ich bitte namens der Baukommission, auch dem zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Baukommission.

16. Antrag Frede auf Einführung einer Kinststeuer.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Einführung einer Kinststeuer näher zu treten.“

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Man wird vielleicht eine Verbindung annehmen zwischen meinem Antrage und dem kürzlich erfolgten Abschlusse des Vertrages zwischen der Saalbaugesellschaft und dem Kinstunternehmen. Das ist insofern richtig, als dies den letzten Anlaß gegeben hat, eine meinerseits längere Zeit schon bestehende Absicht, eine solche Steuer zu beantragen, auszuführen. Die hiesigen Kinstunternehmungen können mit den Worten des Studentenliedes sagen: „Sind wir nicht gar schnell emporgediehen.“ Jemand, dem man zutrauen darf, daß er über die Verhältnisse in den verschiedenen Städten unterrichtet ist, hat mir berichtet, daß in keinem Orte so sehr derartige Unternehmungen ins Kraut geschossen seien wie hier. Gegen das Emporblühen eines einwandfreien gewerblichen Unternehmens kann man nichts haben, im Gegenteil, man muß sich darüber freuen. Ich bin aber der Meinung, daß diese Sache nicht völlig einwandfrei ist. Um diese Frage zu prüfen, ist die Kommission der rechte Platz; ich kann hier auf die einzelnen Momente nicht näher eingehen und kann nur sagen, daß es sich bei Prüfung der Frage um gesundheitliche, sittliche, künstlerische und auch volkswirtschaftliche Momente handelt. Von den Freunden der Kinstunternehmungen wird auf den Umstand hingewiesen, daß durch das Kinst in einer billigen Weise das künstlerische Bedürfnis des Volkes befriedigt wird. Diesen einen Punkt möchte ich herausgreifen und kurz erwähnen, daß diese Anschauung doch nicht zutrifft, wenn man bedenkt, was dort geboten wird. Wenn die Kinstunternehmungen sich in der Hauptsache mit Darstellung von historischen Vorgängen, mit

Wiedergabe von Vorgängen aus der Natur, die instruktiver Art sind, befaßen würden, so könnte man das begrüßen. Aber die Entwicklung des Kinos hat eine ganz andere Richtung genommen, die wohl so ungeteilt nicht gutgeheißen werden kann. Die sogenannten Dramen, die zur Darstellung kommen, und die 95 Prozent, möchte ich sagen, alles dessen einnehmen, was geboten wird, sind doch Machwerke recht zweifelhafter Art und in ihren Wirkungen vielfach nicht unbedeutlich. Sie verhalten sich zu den wirklichen Kunstdarbietungen in einem guten Theater wie die Produktionen eines automatischen Musikinstruments zu den Darbietungen eines guten Konzerts. Deshalb ist es, wie ich meine, angezeigt, wenn man bei dieser Überwucherung durch diese Unternehmungen auf die Frage eingeht, ob sie nicht durch irgendeine Maßnahme etwas zurückzudämmen ist. Wie diese beschaffen sein soll, ob eine Billettsteuer oder was sonst eingerichtet werden kann, wird sich durch die Beratung in der Kommission ergeben.

Vorsitzender: Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der vereinigten Finanz- und Statutenkommission zur Vorberatung.

17. Anfrage Bunge wegen Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 348.

Stadtv. Bunge (zur Begründung): Es ist Ihnen allen gewiß noch in Erinnerung, daß mein Antrag, die Aufhebung der Gebühr bei Erwerbung des Bürgerrechts betreffend, von Ihnen angenommen ist. Seitdem sind fünf Monate vergangen, und von allen Seiten werde ich gefragt, wie die Sache stände, da verschiedene minderbemittelte Bürger darauf rechnen, bei Aufnahme in die Bürgerrolle nichts mehr entrichten zu brauchen und so lange warten wollen, bis sie das Bürgerrecht erwerben. Um nicht viel Worte zu machen, möchte ich den Magistrat bitten, die Auskunft zu geben, daß die Sache in der gewünschten Weise vor sich gehen wird und wir in der nächsten Zeit darauf rechnen können, daß die Bürgerrechtsgewinnelder in hiesiger Stadt abgeschafft werden.

Stadtrat von Franckenberg: Das Verfahren bei Erledigung des Antrages Bunge wird, da es sich um eine Änderung des städtischen Verwaltungsstatuts handelt, so verlaufen müssen, daß der Stadtmagistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage wegen Änderung dieses Statuts unterbreitet. Eine Beteiligung anderer Behörden kommt hierbei nicht in Betracht, bevor eine Einigung zwischen den städtischen Behörden vorliegt. Nun hat der Stadtmagistrat Erkundigungen über die Frage sowohl bei braunschweigischen wie auch bei außerbraunschweigischen Städten eingezogen. Das Ergebnis ist gewesen, daß, wenn auch im

Herzogtum an der Bürgerrechtsgebühr festgehalten wird, so doch in manchen außer-braunschweigischen Städten die Bürgerrechtsgebühr abgeschafft oder wesentlich ermäßigt ist. Der Stadtmagistrat ist deshalb der Angelegenheit auch seinerseits näher getreten, hält es aber für zweckmäßig, bei der Gelegenheit zu prüfen, ob nicht noch einige andere Veränderungen unseres Verwaltungstatuts vorgenommen werden sollen. Sobald er in dieser Beziehung zu einem Ergebnis gekommen ist, wird er der Versammlung Mitteilung machen. — Die vollständig gebührenfreie Eintragung kann von uns nicht bewirkt werden, weil 1,50 *M* Staatsstempel auf Erwerbung des Bürgerrechts ruhen und wir nicht in der Lage sind, die Staatsstempelabgabe zu beseitigen.

18. Antrag **Edhardt**, betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner.

Antrag siehe Seite 362.

Stadtv. **Edhardt** (zur Begründung): Das Grab des hier verstorbenen Musikers Heinrich Werner, des Komponisten des schönen Volksliedes „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“ auf dem Brüdern-Friedhof befindet sich in keinem guten Zustande. Es ist nun durch ein hiesiges Komitee eine Sammlung eingeleitet, für welche Beiträge zur Errichtung eines würdigen Grabdenkmals entgegengenommen werden. Ich glaube, es entspricht dem Gefühle der Dankbarkeit dem Komponisten gegenüber, wenn man dieses Vorhaben durch eine kleine Beihilfe unterstützt. Ich bitte deshalb, den Magistrat zu ersuchen, der Sammelstelle 200 *M* für diesen Zweck gütigst überweisen zu wollen.

Der Herr **Vorsitzende** überweist den schon schriftlich genügend unterstützten Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

19. Änderung des Vertrags mit der Herzoglichen Baudirektion über die Neinstandsetzung der Straßen am Ministerialgebäude.

Stadtv. **Meyerhoff**: In § 5, 2 des Vertrages mit der Herzoglichen Baudirektion ist gesagt: „Die Gestaltung des Fußsteiges am Hagenscharrn hat im Einvernehmen mit der Herzoglichen Baudirektion zu geschehen, die sich mit der städtischen Bauverwaltung darüber verständigen wird, ob und in welcher Breite zwischen dem Regierungsgebäude und dem Fußsteige ein Geländestreifen als Rasenfläche auf Kosten des Staates anzulegen ist. Bei der zwischen den beteiligten Behörden auf Grund dieser Bestimmungen getroffenen Vereinbarung behält es alsdann für die Zukunft sein Bewenden.“ Nun hat die Herzogliche Baudirektion an

den Magistrat geschrieben, daß sie sich nicht in der Lage befände, diesen Grünstreifen zu unterhalten, und infolgedessen ersucht uns der Magistrat, diesen Punkt 2 in § 5 aufzuheben. Wenn der Staat sich bereit gefunden hätte, den Grünstreifen selbst in Unterhaltung zu nehmen, dann wäre das von Ihnen vorhin angenommene bessere Projekt nicht aufgetaucht. Ich begrüße deshalb diese Ablehnung der Herzoglichen Baudirektion und bitte, dem zustimmen zu wollen, daß die Nummer 2 des § 5 aufgehoben wird. Wir würden dann die Unterhaltung des Grünstreifens auf städtische Kosten besorgen lassen müssen.

Die Zustimmung zur Streichung der Ziffer 2 des § 5 wird ausgesprochen.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. September 1913.

Tagesordnung:

1. Antrag Mann auf Festsetzung der Straßenbreite der Stiftsgasse auf 10 m Seite 409
2. Ausbau der Straßen 551—553 (Verbindungsstraße zwischen Hasanen- und Bodestraße) und Erklärung derselben zu Ortsstraßen " 416
3. Verwilligung von Kosten für eine Schulfeier der Völkerschlacht bei Leipzig. " 416
4. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm " 425
5. Instandsetzung der Wilhelmstraße " 427
6. Abänderung des Ortsbauplans für das Gelände zwischen Galggraben und Hamburgerstraße nördlich vom Hasenwinkel. " 429
7. Legung eines Wasserrohrs auf der Weststraße zwischen Frankfurterstraße und Arndtstraße " 430
8. Nachverwilligung von Kosten für die in der Schule an der Bürgerstraße vorgenommenen Baulichkeiten " 436
9. Zusicherung einer Beihilfe an den Ortsausschuß für Vortragskurse " 436
10. Ermäßigung des Mietpreises für das Grundstück Kleine Burg 2 " 438
11. Nachverwilligung von Kosten für bauliche Einrichtungen in der Schule am Schulwege " 439
12. Verwilligung von Kosten für die Beschickung des 33. Deutschen Armenpflegertages in Stuttgart. " 440
13. Pfandentlassung und Vorrangeeinräumung einer Leihhaus-Hypothek am Grundstück Kasanienallee 4 " 441
14. Erbauung eines Ofenhauses auf dem Grundstücke der Gasanstalt an der Taubenstraße " 442

15. Verwilligung eines Betrages für Einstellung eines Hilfsheizers.	Seite 445
16. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas“ betreffend.	„ 445
17. Anfrage Abmann über eine Bebauung des Terrains der projektierten Straße 547.	„ 446
18. Anfrage Ribbentrop über Ausführung von Notstandsarbeiten im kommenden Winter.	„ 453
19. Antrag Helle auf Instandsetzung des Bohlenbelags der Fußgängerbrücke Injelswall—Rosental.	„ 455
20. Anregung des Stadtv. Schmidt betreffs der Müllabfuhr.	„ 455
21. Anfrage Voeschigt wegen Übernahme der Okerbrücken auf die Stadt.	„ 456

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer** und Stadtrat **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Hartung, Busch, Dr. Boge, Weichsel**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Einladung des **Braunschweigischen Landes-Lehrer-Vereins** an die geehrten Herren zur Teilnahme an den Verhandlungen der 85. Versammlung des Vereins, die am 30. September und 1. Oktober hier in Braunschweig stattfinden. Ebenso eine Einladung vom Vorstande des **Braunschweigischen Männerturnvereins** auf Sonntag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, zu den Turnspielen auf dem Spielplatz am Stadtpark. Diejenigen der geehrten Herren, welche Neigung dazu haben, mögen der freundlichen Einladung dieser beiden Vereine folgen.

Zur Kenntnissnahme der geehrten Herren ist uns vom Stadtmagistrat überreicht die Nachweisung des **Verkehrsvereins** über den entgeltlichen und unentgeltlichen Absatz der vom Verkehrsverein unter städtischem Zuschusse herausgegebenen Führer. Der Verkehrsverein hat der Aufforderung, diesen Nachweis einzureichen, erst nach mehrmaliger Erinnerung entsprochen.

Sodann ist eingegangen eine **Anfrage** des Herrn Stadtv. **Abmann** an den Magistrat:

„Wie war es möglich, daß dem Goldarbeiter **Jürgens** gestattet wurde, am Damm auf dem Terrain der projektierten Straße 547 ein Haus zu erbauen?“

Herr **Abmann** wird Gelegenheit haben, nach Erledigung der heutigen Tagesordnung die Anfrage zu begründen.

1. Antrag Alßmann auf Festsetzung der Straßenbreite der Stiftsgasse auf 10 m.

Stadtv. **Frühling:** Diese Angelegenheit hat uns schon mehrfach beschäftigt. Es ist in der letzten Sitzung, die sich damit befaßt hat, beschlossen worden, die Breite der Stiftsgasse auf 8 m festzulegen, und zwar ist für diesen Beschluß maßgebend gewesen einmal, daß diese 8 m nach unserer Ansicht für den dort sich entwickelnden Verkehr genügen werden, denn es ist festzuhalten, daß diese Straße einen Durchgangsverkehr nach dem Walle zu und weiterhin jedenfalls nicht haben wird, sondern nur dem internen Verkehr zwischen den Straßen dienen wird, welche sie verbindet. Dann ist die Breite der Straße für genügend erachtet, weil durch die Festsetzung der geringeren Breite die Höhe der auf ihr zu errichtenden Bauten geringer werden muß. Werden als Breite 10 m gewählt, so können dort bereits vieretägige Häuser gebaut werden, während bei 8 m Breite nur Drei = Stagenhäuser zugelassen sind. Es schien in hygienischer Hinsicht erwünscht, nicht solche hohen Häuser hier entstehen zu lassen. Ein weiterer Grund für die geringere Breite ist der, daß die Kosten für die Straße — die an und für sich schon kolossal hoch sind, so daß man nicht absehen kann, wie sie wieder eingebracht werden können — dann, wenn die Straße noch um 2 m verbreitert wird, also um ein Viertel der beschlossenen Breite, noch wesentlich anschwellen werden. Endlich ist noch zu erwähnen, daß durch eine Verbreiterung auf 10 m die Kollisionsgefahr, die mit Rücksicht auf das Bradesehe Haus besteht, nicht wesentlich vermindert werden kann, da hierzu die zwei Meter nicht ausreichen. Es sind in dieser Hinsicht überhaupt keine Bedenken, sondern nur Schwierigkeiten zu beseitigen.

Das sind die Gründe, die dagegen sprachen, die Verbreiterung vorzunehmen. Nun ist der Antrag Alßmann gekommen, und er ist in der Baukommission sehr eingehend beraten. Ein großer Teil der Herren stand dem Antrage sehr sympathisch gegenüber mit Rücksicht darauf, daß man durch die Verbreiterung mehr Licht und Luft schaffen würde, und daß der Verkehr doch größer wäre, als man sich gedacht habe, und häufig zwischen den Wagen ein glatter Verkehr sich nicht abwickeln könne. Aber schließlich sind wir mit Rücksicht darauf, daß mit Annahme dieser Verbreiterung das ganze alte Projekt fallen gelassen und ein neues ausgearbeitet werden müßte, wodurch die ganze Angelegenheit wieder verzögert würde, und in Würdigung der vorher angeführten Gründe zu der Überzeugung gekommen, daß wir namens der Baukommission Ihnen empfehlen sollen, den Antrag Alßmann abzulehnen und es bei dem alten Beschlusse zu lassen. Es ist den Herren, die für die Verbreiterung sprachen, dieser Beschluß dadurch erleichtert, daß angeführt wurde: Falls ein Durchgangsverkehr an dieser Stelle geschaffen wird, würde auch diese 10 m breite Straße nicht genügen, sondern dann müßte in Aussicht genom-

men werden, zur Aufschließung der ganzen Straßenreihe eine neue Straße zu projektieren. Es ist noch erwogen, ob wir gleich den Antrag stellen sollten, eine solche Straße anzulegen, die diesen Stadtteil aufschließt, aber man hat davon abgesehen mit Rücksicht darauf, daß man nicht einen solchen Antrag ohne Unterlagen stellen kann, daß er sehr vieler Erwägungen bedarf und früher dahin gerichtete Anträge und Projekte sich nicht haben ausführen lassen, weil ihnen allerlei Erschwerungen entgegengetreten sind. Ferner deshalb, weil jetzt die Bearbeitung des Ortsbauplans neu in die Hand genommen ist und dabei event. an Hand des allgemeinen Plans dieser Gedanke besser erwogen werden kann, während ein spezieller Plan eher störend in die Sache eingreifen wird. Immerhin wird es für diejenigen Herren, welche den Durchgangsverkehr wünschen, angebracht sein, diesen Wunsch als selbständigen Antrag zu stellen, indem er dann eher Aussicht hat, gründlich diskutiert zu werden, als jetzt, wo keine Unterlagen dafür vorliegen. Jedenfalls sollte diese Anregung hiermit gegeben sein. Im übrigen empfiehlt die Baukommission, den Antrag Kpmann aus den vorgebrachten Gründen abzulehnen.

Stadtv. Kpmann: So angenehm mir die Sympathieerklärung für meinen Antrag von der Baukommission ist, so erscheint sie mir für diesen Zweck doch nicht genügend. Der Herr Referent sagte, daß für den Durchgangsverkehr auch eine Breite der Stiftsgasse von 10 m nicht genügen würde. Ich denke nicht daran, daß bei der Lage der Dinge ein regelrechter Durchgangsverkehr geschaffen werden könnte. Schon die Breite der Schützenstraße dürfte nicht geeignet erscheinen, einen großen Durchgangsverkehr durchzulassen, es müßte dann mindestens das Jüdel'sche Haus am Kohlmarkt beseitigt werden, um eine angenehme Einfahrt zu gewinnen. Leider ist das damals versäumt, weil früher schon das Projekt vorhanden war, entweder von der Gördelingerstraße oder von der Schützenstraße aus einen Straßendurchbruch nach der Promenade hin zu schaffen. Es ist aber auch erwogen, daß die Promenade ein staatlicher Weg ist und die Staatsbehörden deswegen Schwierigkeiten machen könnten. Man braucht aber noch gar nicht an einen Durchgangsverkehr von der Schützenstraße nach der Promenade zu denken. Wenn eine Durchquerung der Langen-, Weber-, Beckenwerkerstraße bis zum Neuenwege hin stattfindet, so dürfte damit diesen Straßenzügen und auch dem übrigen Verkehr gedient sein. Wenn die Fuhrwerke aus dem Petritor hinaus- oder wenn sie durch dasselbe hineinwollen, so müssen sie durch die schmale Mündung des Radeflints oder am Südf lint hindurch. Daß dieser Verkehr ziemlich prekär ist, und zwar deshalb, weil auch die elektrische Straßenbahn durchgeführt werden muß, wissen Sie. Es ist nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß ein Teil der Fuhrwerke schon jetzt durch die Langestraße und durch diese Gasse, die zur Diskussion steht, fährt, um auf die Straße Hintern Brüdern und so in das Innere

der Stadt zu gelangen. Was mich veranlaßt hat, den Antrag zu stellen, ist nicht die Absicht, zu nörgeln oder die Sache zu verschieben, sondern es sind nur praktische Erwägungen. Die Majorität in der Baukommission waren vier Stimmen, aber drei Herren in der Kommission waren meiner Meinung, daß die Verbreiterung der Straße notwendig ist, und zwar nicht in dem Sinne, wie der Herr Referent sagt, daß man dann auf alle Fälle den Durchgangsverkehr prüfen und einen neuen Antrag stellen müsse. Damit würden so viel Schwierigkeiten entstehen, daß uns die Lust an der Sache bald vergehen würde. Wenn im Laufe der Jahre die Straße nach dem Neuenweg geschaffen wird — ich denke eben nur daran, daß der Grund dazu gelegt wird —, so tun wir das unsrige, damit ein leidlicher Verkehr durchgeführt werden kann. Nichts weiter ist meine Meinung, und ich würde unendlich bedauern, wenn Sie dazu kommen sollten, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen und meinen Antrag ohne weiteres abzulehnen. Ich möchte Sie doch dringend bitten, sich vor Augen zu halten, wie die Sache Hintern Brüdern mit der Einführung der Stiftsgasse liegt. Gegenüber dem Bradeschen Hause, wo die Stiftsgasse einmündet, ist die Straße Hintern Brüdern so schmal, daß es tatsächlich für Wagen, die Hintern Brüdern herunterkommen, beängstigend ist. Durch die Wagen, die durch die Stiftsgasse fahren wollen, werden leicht Kollisionen hervorgerufen. Es ist also doppelt zweckmäßig und notwendig, daß nach der Brüdernkirche zu die neu angelegte Straße um zwei Meter verbreitert wird. Soweit ich die Sachlage in Augenschein genommen habe, bin ich der Meinung, daß große Schwierigkeiten deswegen nicht vorhanden sind. Sowohl in der Langenstraße wie Hintern Brüdern stehen hier alte Häuser, die über kurz oder lang erneuert werden müssen, und dazwischen liegt in der Ausbuchtung das Straßenterrain, welches heute schon der Stadt gehört, so daß ich glaube, daß die Kosten nicht unerschwinglich sein werden. Wenn wir uns immer scheuen wollten, bei solchen Straßendurchbrüchen die Kosten zu übernehmen, dann werden wir nie dazu kommen, gut geregelte Verkehrsverhältnisse in der Stadt zu bekommen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag der Baukommission abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Loeßhigt: Wenn man die weiteren Gesichtspunkte des Herrn Stadtv. Ahmann verfolgt, so muß man ihm recht geben, daß für den Verkehr, der für die Zukunft geplant ist, die Straße, wie sie jetzt vorgesehen ist, nicht breit genug ist. Damals, als der Plan der Stiftsgasse entstand, hieß es: Es ist der Anfang eines Durchbruchs nach dem Neuenwege hin. Wenn dieser Durchbruch nur nach der Langenstraße hin gehen sollte, so wäre das zu wenig. Die Praxis lehrt uns dasselbe. Sehen Sie sich den Verkehr von der Straße Hintern Brüdern nach dem Radeflint und den Verkehr der Fuhrwerke, die aus dem Petritor wollen, an, und

beachten Sie die gefährliche Ecke, wo die Straßenbahn nach dem Bäckerflint hindurchgeht. Wie gefährlich ist das für Fuhrwerke. Ich stehe auch auf dem Standpunkte des Herrn Abmann: Wenn wir die Straße einmal projektiert haben, so muß der Durchbruch mindestens bis nach dem Neuenwege hin gehen und sogar weiter die Oker überbrückt werden. Dann ist für den Fuhrwerksverkehr ein zweckmäßiger Weg geschaffen. Sie können jetzt schon sehen, wie die Lastfuhrwerke meist den nächsten Weg über die Echternstraße wählen. Man sollte nicht glauben, wie kolossal der Verkehr über den Südklint ist. Als er durch Zählung festgestellt wurde, waren wir erstaunt darüber. Der Verkehr ist ja jetzt einseitig geregelt, damit wenigstens keine Unglücksfälle vorkommen.

Wie ich die Stiftsgasse für den Zukunftsverkehr nicht für breit genug halte, so möchte ich auch auf den Hagenscharrn hinweisen. Diese Straße ist so schon schmal, aber als ich die Verengerung gesehen habe, die sie durch die kolossal breiten Fußwege erfahren soll, war ich erstaunt. Die Fahrbahn wird nur ganz schmal hergestellt mit der Begründung: Es ist eine Straße, die wenig Wagenverkehr hat. Darüber bin ich doch anderer Ansicht, und jeder, wer Fuhrwerk hat und täglich fährt, wird mit mir anders denken, und nur wer Fuhrwerk besitzt, kann dies richtig beurteilen. Wer aus der Schuhstraße kommt, die nur einseitig befahren werden darf, geht mit seinem Fuhrwerk in die Casparistraße. Dort begegnen ihm drei Linien der Straßenbahn. Es ist ja gut, daß der Verkehr dort rege ist, aber wer ihm ausweichen kann, wie in diesem Falle durch den Hagenscharrn, der wird es tun, und dadurch wird die Casparistraße entlastet. Das sind Gesichtspunkte, die bei der Anlage der Straße geprüft werden müssen. Wären bei Neuinstandsetzung Sachverständige aus dem Fuhrwesen gefragt, so hätten sie sich dahin geäußert, daß man den Fahrweg und nicht die Fußwege breit herstellt. Ich bin auch dafür, daß man die Stiftsgasse breit genug anlegt.

Stadtv. **Sander:** Ich habe damals auch für das Projekt mit seiner jetzigen Breite gestimmt, habe es aber nicht gewußt, daß der Verkehr sich derart entwickeln würde, wie er es getan hat. Ich wohne in diesem Stadtviertel und kann deshalb den Verkehr jedenfalls richtig beurteilen. Heute stehe ich auf dem Boden des Antrages Abmann. Herr Abmann hat den Antrag schon so weit begründet, daß ich nicht viel mehr dazu zu sagen habe, aber auf eins möchte ich noch hinweisen. Der Herr Referent sagte: Wir können erst einmal die Sache annehmen und später, wenn der Durchbruch kommt, können wir die Straße noch breiter machen. Das ist meiner Meinung nach nicht gut möglich, denn in absehbarer Zeit, wenn dort Häuser gebaut sind — und ich will wünschen, daß der jetzige Zustand bald beendet wird und sich bald Bauunternehmer für diese Straße finden —, ist eine Verbreiterung doch sozusagen unmöglich. Das habe ich auch in der Kommission angeführt.

Diesen Straßenzug auszuführen, ist ein Problem, welches uns schon vor 25 Jahren beschäftigt hat. Damals schon hieß es: In diese engen und langen Straßen müssen wir Luft und Licht schaffen. Seinerzeit ist das Projekt genehmigt in der Voraussetzung, daß die Straße mindestens bis zum Neuenwege fortgeführt werden könnte. Soweit ich unterrichtet bin, ist auch nach der Seite der Beckenwerkerstraße zu ein Haus von der Stadt angekauft, welches zur Fortsetzung dieser Straße dienen soll, wenn auch nicht in demselben Zuge, da es weiter nach dem Wollmarkt zu gelegen ist. Immerhin besteht die Absicht, die Straße durchzuführen; dann aber ist es unbedingt notwendig, daß sie verbreitert wird. Wenn ich seinerzeit auch so kurzfristig gewesen bin, für die Breite von 8 m zu stimmen, so hat sich der Verkehr doch derartig entwickelt, daß es jetzt nicht möglich ist, die Stiftsgasse gefahrlos zu passieren. Es fahren tatsächlich von der Langenstraße her viele Wagen durch die Stiftsgasse. Das liegt wohl mit daran, daß die Langestraße asphaltiert ist und deswegen gern aufgesucht wird. Immerhin ist der Verkehr da, und die Straße ist jetzt schon zu eng. Ich möchte Sie bitten, zu beschließen, daß uns eine neue Vorlage gemacht wird, denn auf anderem Wege wird es nicht gehen, und daß dabei die Straße auf mindestens 10 m verbreitert wird.

Von dem Herrn Referenten wurde noch gesagt, ein Beweggrund für diese Festsetzung auf 8 m sei mit gewesen, zu verhindern, daß hier zu hohe Häuser gebaut würden. Das ist allerdings ein triftiger Grund, denn was wir beabsichtigen, Licht und Luft zu schaffen, würde nicht erreicht, wenn hohe Gebäude auf die Straße gestellt würden. Aber ich habe schon in der Kommission ausgeführt, daß sich das auch verhindern läßt bei Anlage einer breiteren Straße. Wir werden nicht darum hinwegkommen, die Bauunternehmer, die sich für diese Plätze finden werden, in irgendeiner Weise zu unterstützen, sei es, daß sie billige Hypotheken von der Stadt, Erlaß von Straßenbaukosten oder etwas Sonstiges bekommen. Sonst wird sich kein Mensch finden, der dort baut, und die Straße würde dann zum Skandal noch jahrelang so liegen bleiben, wie sie eben ist. Wenn dann die Anträge der Bauunternehmer an uns herantreten, haben wir es in der Hand, vorzuschreiben: Es wird Unterstützung gewährt, aber daran die Verpflichtung geknüpft, Häuser nur in gewisser Höhe zu bauen. Diesen Modus haben wir schon verschiedentlich angewandt; erst in der vorigen Sitzung ist Bauterrain mit derselben Bedingung billig verkauft. Die Möglichkeit, nur dreistöckige Häuser an die Straße bauen zu lassen, bleibt uns also auch bei Anlage einer 10 m breiten Straße.

Stadtv. Dr. **Kleintnacht**: So sympathisch mir die Aussicht, auf die der Herr Referent hingewiesen hat, ist, daß später ein selbständiger Antrag gestellt wird, um an anderer Stelle eine Straße bis zum Neuenwege hin durchzubrechen, so glaube ich doch, daß wir alle darüber hinstirben werden. (Sehr richtig!) Ich möchte

bitten, sich nicht auf die Zukunft zu vertrösten, sondern das, was wir jetzt haben, so auszubauen, wie es für spätere Zeit genehm ist. Ich habe Gelegenheit, fast jeden Tag durch die Stiftsgasse zu fahren — nicht zu gehen —, und habe oft gesehen, wie unangenehm die Einfahrt von Hintern Brüdern her ist. Diese muß meiner Ansicht nach unbedingt verbreitert werden, und zwar nach der Seite hin, wo die Kohlenhandlung gelegen ist. Ich will mich kurz fassen und nur noch bitten, den Antrag der Kommission nicht anzunehmen. Wenn auch höhere Kosten dadurch entstehen, so sind sie doch gut angelegt.

Stadtv. Edhardt: Ich möchte bitten, diese Vorlage noch einmal in die Kommission zurückzuverweisen und der städtischen Bauverwaltung aufzugeben, ein Projekt auszuarbeiten, welches uns die Sachlage veranschaulicht, damit wir sehen, welches Straßenbild sich ergeben würde bei Ausbau einer 10 m breiten Straße, und ob es möglich ist, das gegebene Terrain, wie es jetzt vorliegt, auszubauen oder nicht. Ein Bedürfnis, die Straße auf 10 m zu verbreitern, liegt wohl vor. Ich habe heute Gelegenheit gehabt, die Straße noch einmal anzusehen, und kann nicht umhin, zuzugestehen, daß die Gründe, wie sie Herr Sander vorgebracht hat, berechtigt sind. Auch vom Hagenmarkt her fahren die Wagen, ebenso wie die vom Radeflint, durch die Langestraße und biegen dann durch die Stiftsgasse ab, um nach der Schützenstraße zu kommen.

Vorsitzender: Falls Sie einen Antrag zu stellen beabsichtigen, bitte ich ihn mir schriftlich aus.

Stadtv. Edhardt: Meine Ausführungen sollten nur eine Anregung sein, ob die Sache nicht auf diesem Wege erledigt werden könnte.

Stadtv. Niese: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Plan — was wohl bei Annahme des Antrages Alßmann selbstverständlich ist — noch einmal an den Magistrat zurückgeht. Ich möchte Sie dafür zu interessieren suchen, daß das ganze Durchbruchsubjekt, wie es seinerzeit in den Plan eingezeichnet war, und wozu auch das Haus an der Weberstraße angekauft wurde, aufs neue entworfen und uns der ganze Kostenpunkt vorgelegt wird. Dann sehen wir die ganze Tragweite der Angelegenheit, und dann kommen wir von selbst zu der Überzeugung, daß eine Breite von 10 m am Plage ist und nicht eine solche von 8 m. Meines Wissens ging der Straßenzug nach der Kupfertwete und nicht bis nach dem Neuenwege. Sollte er bis nach dem Neuenwege gehen, so wäre mir das noch angenehmer, und ich glaube, auch für das ganze Publikum würde das angenehmer sein. Früher hatten wir auf dem Neuenwege kein Bifavis, das wir berücksichtigen mußten, denn die Okerstraße war noch nicht bebaut. Sie konnte leicht durchbrochen werden,

und auf dem Neuenwege wird ja jetzt noch der Puffer nur auf einer Seite gebildet. Heute, wo die Osterstraße bebaut ist, ist es nicht so leicht, den Weg nach der Promenade weiterzuführen. Ich würde es begrüßen, wenn wir mit dem Durchbruch erst einmal bis nach dem Neuenwege hinkämen, denn daß er bis nach dem Petriwehr durchgeführt wird, wie es in dem ersten Antrage vor 20 Jahren hieß, darüber sterben wir hinweg. Wenn die Straße bis dahin durchgeführt wird, dann haben wir erreicht, was uns andere Städte schon lange vorgemacht haben, Luft und Licht in jene Stadtteile hineinzubringen. Daß der Durchbruch nach der Langenstraße hin geschehen ist, das ist auch in feuerpolizeilicher Beziehung sehr wichtig. Alles dies hat mich seinerzeit veranlaßt, diesen Antrag zu stellen, den Durchbruch auszuführen, und wenn der Magistrat auch Opfer bringen muß, so tun wir doch, etwas, wofür die künftigen Generationen uns jedenfalls danken werden.

Die Debatte wird geschlossen.

Stadtv. **Frühling** (Schlußwort als Referent): Auf die Gründe für und wider will ich nicht mehr eingehen, sie sind schon reichlich erörtert. Ich möchte nur eine Bemerkung des Herrn Sander richtigstellen. Ich habe nicht gesagt, daß jetzt erst die Breite von 8 m angenommen und dann ein neuer Antrag auf Verbreiterung der Straße auf 10 m eingebracht werden solle, sondern meine Meinung ist gewesen, daß ein neues Projekt, welches die Stadtgegend weiter aufschließt, vorgebracht werden soll, denn es hat sich ergeben, daß der hier vorgesehene Durchbruch aus der Stadt heraus nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht ausführbar ist.

Was die Höhe der Häuser anbetrifft, so ist das von Herrn Sander Vorgebrachte wohl richtig. Es müßte dann aber gleich in unserem Beschlusse ausgedrückt werden, daß dies als Auflage an die Bauunternehmer festgelegt wird. Was die Unterstützung der Bauunternehmer betrifft, so bemerke ich: Je teurer die Straße wird, um so schwieriger wird die Ausführung werden, denn um so größer wird die Unterstützung durch die Stadt werden müssen.

Nun noch eine formelle Sache. Meiner Meinung nach können Sie nicht beschließen: Wir wollen die Breite der Stiftsgasse auf 10 m festsetzen, sondern Sie müßten doch, wie Herr Rieke auch sagte, wenn Sie den Antrag der Baukommission ablehnen, den Magistrat ersuchen, eine neue Vorlage zu machen.

Vorsitzender: Wenn der Herr Referent der Versammlung anheimgibt, es möchte ein Antrag aus der Versammlung heraus gestellt werden, der Magistrat möchte demnächst eine neue Vorlage einbringen, so halte ich es für richtig, daß die Debatte wieder eröffnet wird, damit ein formeller Antrag gestellt werden kann.

Stadtv. **Almann** (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, wenn mein Antrag angenommen werden sollte, würden sich alle Formalitäten von selbst ergeben. Der Magistrat würde die Nutzenanwendung daraus ziehen und würde, wenn es notwendig ist, eine neue Vorlage einbringen. Allein können wir keinen definitiven Beschluß fassen, denn es handelt sich um Abänderung eines früheren Beschlusses, und dazu müßte der Magistrat nach meinem Dafürhalten wieder Stellung nehmen.

Vorsitzender: Es scheint nicht der Wunsch der Versammlung zu sein, daß ein formeller Antrag gestellt wird.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommission auf Ablehnung des Antrages Almann abgelehnt und darauf der Antrag Almann angenommen.

2. Ausbau der Straßen 551—553 (Verbindungsstraße zwischen Fasanen- und Bodestraße) und Erklärung derselben zu Ortsstraßen.

Stadtv. **Friede:** Die Straßen 551 — 553 machen die Villenkolonie aus, die auf der Verbindungsstraße zwischen Fasanen- und Bodestraße im Entstehen begriffen ist; die betreffende Zeichnung habe ich ausgehängt. Die Straße wird winkelförmig gebogen auf dem vormals Jffertischen Grundstück angelegt, und ihre Anlage ist von den geehrten Herren schon früher bewilligt. Es handelt sich heute darum, das Projekt für den Oberbau der Straße zu bewilligen, das die Kosten zum Betrage von 10 500 M veranschlagt. Die östliche Strecke ist etwa 80 m lang, die nach der Fasanenstraße zu gelegene ca. 40 m. Auf der Fahrbahn ist eine Befestigung mit Teer- oder Asphaltmakadam und für die Fußwege eine solche mit Mosaikpflaster vorgesehen. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, das Projekt über den Ausbau der Straßen zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Straßen zu Ortsstraßen erklärt werden.

Die Baukommission hat sich mit der Vorlage beschäftigt und schlägt Ihnen Genehmigung der Magistratsvorlage vor.

Die Versammlung stimmt dem Projekt zu und ist mit der Erklärung der Straßen 551—553 zu Ortsstraßen einverstanden.

3. Bewilligung von Kosten für eine Schulfeier der Völkerschlacht bei Leipzig.

Stadtv. **Friede:** Es ist den geehrten Herren bekannt, daß für den 18. Oktober zur Erinnerung an den hundertjährigen Gedenktag der Schlacht bei Leipzig in der hiesigen Stadt eine Feier veranstaltet werden soll, an der auch die Schuljugend beteiligt sein wird. Geplant ist für die Jugend die Teilnahme am allgemeinen

Festzuge und eine Abendfeier im Restaurant Hofsäger. Aus dieser Teilnahme der Jugend erwachsen nicht unbeträchtliche Kosten. Es sind den Schülern der unteren Bürgerschulen die zum Festzuge notwendigen Fackeln (für die Schüler sind Lampions vorgesehen) zu liefern, desgleichen auch die Privatbänder, mit denen geschmückt die Teilnehmer am Festzuge erscheinen sollen. Außerdem werden aus der Musik im Festzuge und am Festabend, sowie durch den Druck der Festlieder, den Schmuck des Saales, aus der Aufführung eines patriotischen Stückes usw. Unkosten erwachsen. Der Ausschuß für die Feier richtet durch den Schuldirektor Professor Dr. Rehkuh an die städtischen Behörden die Bitte um Gewährung einer Beihilfe in Höhe bis zu 1000 M.

Der Schulvorstand, dem die Sache vorgelegen hat, ist zu dem Entschlusse gekommen, die Bewilligung für diesen edlen Zweck zu empfehlen, und auch der Magistrat ist derselben Ansicht. Meine Herren, es handelt sich um eine allgemeine Feier, die durch das ganze Deutschland in großzügiger Weise geplant wird, und ich glaube nicht, daß einer unter uns ist, der Braunschweig in dieser Hinsicht zurückstellen und sagen wird: Wir wollen das nicht mitmachen! Daß die Tragung der Kosten durch die Schüler nicht angängig ist, gibt die Schulkommission zu und ist der Ansicht, daß wir moralisch verpflichtet sind, die 1000 M zu bewilligen. Ich habe namens der Schulkommission Ihnen die Bewilligung der Summe zu empfehlen.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren, wenn Herr Friede meint, es sei sicher niemand in der Versammlung, der der Vorlage widersprechen würde, so muß ich ihm eine Enttäuschung bereiten. Ich bin entschieden dagegen, daß für diesen Zweck von uns Mittel bewilligt werden. Ich finde es wohl begreiflich, daß man wichtige historische Ereignisse feiert, namentlich wenn das Volk glaubt, daß durch diese Ereignisse das, was es erstrebt hat, und was es durch Hingabe seines Herzbutes erringen wollte, verwirklicht ist. Ist das hier bei dieser Jubelfeier der Fall? Haben die Freiheitskriege dem Volke gebracht, was es erstrebt hat? Es ist nicht der Fall. Das Volk hat sich zwar wie ein Mann erhoben und glaubte, etwas zu erringen. Aber was hat es in Wirklichkeit errungen? Es hat den Fürsten die Freiheit errungen und für sich selbst nichts erreicht, sondern die fortschrittlichen Errungenschaften vernichtet, die die napoleonische Herrschaft und die damaligen Kriegszüge für Deutschland gebracht hatten. Als der Krieg vorüber war, wurde es wieder eskamotiert, und die Fürsten, die vor Napoleon geknabuckelt und geschmeichelt hatten, setzten, als ihr Boden gerettet war, dem Volk den Fuß wieder auf den Nacken, und die alte Reaktionsperiode setzte wieder ein. Ja, wir sehen, daß die Reaktion schlimmer als je sich breit machte, und finden ihre Herrschaft deutlich gekennzeichnet in der Metternichschen Polizeiwirtschaft und

in den Demagogenverfolgungen. Deshalb glauben meine politischen Freunde und ich, einen Zuschuß zu der geplanten Feier nicht bewilligen zu können, denn wir haben keine Ursache, in Jubel auszubrechen über die Errungenschaften dieser Zeit. Im Gegenteil, eine Trauerfeier sollte veranstaltet werden, daß das viele vergoffene Blut dem Volke nichts gebracht hat.

Das ist unser erster Grund, und zweitens sind wir aus unserer republikanischen Gesinnung heraus gegen den Kommissionsantrag, weil diese Feiern sich tatsächlich zu einer byzantinischen Fürstenverhimmelung auswachsen. Seit Monaten sehen wir, daß in der Presse, durch Vorträge in Vereinen der patriotische Klimbim gepflegt wird, und diesen zu inszenieren, wollen wir nicht helfen. Die Fürsten sind wirklich unschuldig an dieser Volkerhebung gewesen, sie mußten geradezu gebrängt werden, sich gegen die Fremdherrschaft zu erheben. Namentlich der Fürst, dem man es zuschreibt, daß das Volk sich erhoben hat, der damalige Preußenkönig, was hat er getan? Er hat sich mit Händen und Füßen dagegen gestraußt! Endlich ist er gezwungen worden, sich der Erhebung anzuschließen, und hat den „Aufruf an mein Volk!“ unterschrieben. Diesen Fürsten und seine Nachfolger sucht man jetzt zu verhimmeln. Dazu zu helfen, haben wir wirklich keine Veranlassung.

Ferner möchte ich mich ganz entschieden dagegen wenden, daß man die Schulkinder wieder zu derartigen Zwecken mißbraucht. Es ist geradezu traurig, daß man die Kinder der Volksschule ohne Rücksicht auf die Gesinnung der Eltern wie eine Hammelherde zu solchen Feiern hinführt. Wir sind der Meinung, es widerspricht dem natürlichen Recht eines deutschen Staatsbürgers, daß er absolut nichts über seine Kinder in dieser Sache zu sagen haben soll, daß er andere Leute darüber kommandieren lassen soll, Leute und Behörden, die nicht wohlwollend, sondern feindlich der großen Masse des Volks gegenüberstehen. Wir sind der Meinung, wenn diese Herrschaften mordspatriotische Feiern begehen wollen, so mögen sie ihre eigenen Kinder hinführen, aber die Kinder der großen Masse, die nichts davon wissen wollen, damit verschonen.

Aus diesen kurz angeführten Gründen sind wir ganz entschieden dagegen, daß von den städtischen Behörden für die Feier etwas bewilligt wird. Meine Freunde und ich, wir bewilligen keinen Pfennig und protestieren dagegen, daß städtische Gelder für solche Zwecke verwendet werden, wir protestieren gegen diesen Byzantinismus und Mordspatriotismus.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner hat gesagt, die Schulkinder würden wie eine Hammelherde zu den Feiern hingeführt. Es handelt sich hier um eine Maßnahme der Schulbehörde. Eine solche Ausdrucksweise der Schulbehörde gegenüber ist hier nicht statthaft.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es liegt mir fern, Herrn Stegmann überzeugen zu wollen, daß es richtig wäre, wenn er für die Bewilligung stimmte. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es eine unrichtige Auffassung ist, wenn Herr Stegmann meint, wir wollten Metternichsche Polizeiwirtschaft treiben. Und, wenn er sagt, es wäre bedauerlich, daß die napoleonischen Errungenschaften hinterher zugrunde gegangen wären, dann kann er allerdings nicht erwarten, daß man sich mit ihm überhaupt in eine Debatte einläßt. (Sehr richtig!) Hier handelt es sich nicht darum, was in der Zeit hätte besser gemacht werden können, sondern lediglich darum, daß das deutsche Volk den Druck der Fremdherrschaft abgeworfen hat. Das ist eine Tatsache, die nicht aus der Welt zu bringen ist.

In bezug auf die Äußerung des Herrn Stegmann, daß es traurig wäre, zu diesem Zwecke die Kinder wie eine Hammelherde nach der Feier zu kommandieren, erwidere ich: Wir haben in der letzten Zeit gesagt, daß zu derartigen Feiern die Schulkinder nur dann aufgefördert werden sollen, wenn die Eltern mit der Teilnahme der Kinder einverstanden sind. Ich bin fest überzeugt, daß die große Mehrzahl der Schulkinder sich an einem derartigen Feste gern beteiligt, und wenn das geschieht, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Stadt für solche Kinder, die nicht die Mittel dafür haben, das Nötige bewilligt.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Stegmann hat schon darauf hingewiesen, daß wir auf alle Fälle anerkennen, daß im Jahre 1813 von den Freiheitskämpfern Großes geleistet ist, wie auch der Herr Oberbürgermeister sagte, es werde niemandem einfallen zu bestreiten, daß das deutsche Volk damals die Fremdherrschaft abgestreift hat. Darüber besteht zwischen Ihnen und uns keine Meinungsverschiedenheit. Wir sehen aber, wie die Jugend mit groben Geschichtsfälschungen angelogen wird. Es ist öffentlich bekannt, was in der Schule gerade über die Person des Königs Friedrich Wilhelm III. gelehrt wird, was dem alles in die Schuhe geschoben wird, was er geleistet haben soll. Und dabei steht es historisch fest, daß dieser König geschoben werden mußte, als die Fremdherrschaft abgeschüttelt werden sollte. Vivatbänder sollen bei dem Feste geliefert werden. Auf diesen Bändern wird der genannte König vertreten sein, und es ist uns interessant, daran erinnern zu müssen, daß der Spruch, den der Geheime preussische Hofrat Claren geprägt hat: „Der König rief, und alle, alle kamen“, unwahr ist. Und dennoch wird es der Jugend gelehrt. Zum Zeugen nenne ich ein Blatt, von dem Sie nicht behaupten können, daß es sozialdemokratisch oder freisinnig ist: Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt ebenfalls, es sei geradezu eine geschichtliche Lüge, wenn auf dem Jubiläumstaler der Spruch stehe: „Der König rief.“ Umgekehrt sei es: Alle, alle riefen, und der König kam langsam als letzter. Nicht der preussische König hat die Erhebung von 1813 verursacht. Wer war es denn, der zur

Erhebung riet, als die große Aktion eingeleitet werden sollte, als Napoleon bei Aßern geschlagen worden war? Da waren es York, Blücher, Schill, die den König drängen wollten. Und was machte der König, der jetzt verherrlicht wird? Er gab solchen Ratschlägen nicht Raum. Und in der Folge war es wieder so, als Napoleon von den Russen geschlagen war, da war es York, der in der Mühle bei Tauroggen den Vertrag mit Rußland abschloß und dadurch den König veranlaßte, zu folgen. Wenn man gerade das Verdienst des Königs Friedrich Wilhelm III. herausheben will, so muß man doch dagegen protestieren. Es wäre besser, wenn die Kinder zu dieser Feier nicht hingeschickt würden. Sie können die Feier doch nicht anders gestalten, als es in Preußen geschehen ist. Sie können nicht sagen, daß dieser König im Grunde ein gescheiter Kopf war . . .

Vorsitzender: Eine solche Äußerung verstößt gegen die Würde der Versammlung. Ich rufe den Redner zur Ordnung.

Stadtv. **Steinbrecher** (fortfahrend): Dennoch ist es richtig, was ich sagte, es ist von einwandfreien Geschichtschreibern festgestellt. Freiherr von Ense ist es, der geschrieben hat, daß der König geistig minderwertig war.

Vorsitzender: Ich mache den Herrn Redner wiederholt darauf aufmerksam, in dieser Weise nicht über den verstorbenen Fürsten zu reden.

Stadtv. **Steinbrecher** (fortfahrend): Ich möchte nur noch anführen, daß Varnhagen von Ense erklärt, daß das Unglück von 1806 der König selbst verschuldet habe. Und wenn er 1813 diese Fremdherrschaft abwerfen konnte, dann ist es dadurch gekommen, daß er von York und Gneisenau beiseite geschoben wurde, da er mit seiner Unfähigkeit nicht handeln konnte. Herr Henking schüttelt den Kopf. Wir haben hier in Braunschweig ein Beispiel dafür an dem Schilldenkmal. Der König hatte einen Preis ausgesetzt für denjenigen, der Schill lebendig fing. Das Schillsche Freikorps wurde als Räuberbande bezeichnet, und als Napoleon dann die Schillschen Offiziere erschießen ließ, sagte er: „Mit Recht müssen diese preußischen Offiziere streng behandelt werden, weil sie gegen ihren König rebelliert haben.“ Das ist historisch festgestellt, und wir lassen uns nicht von Ihnen durch alle möglichen Schulbücher die Erkenntnis rauben, daß dieser König der undankbarste Hohenzoller war, der auf dem Throne gesessen hat. Er hat den Leuten, die für ihn die Kastanien aus dem Feuer geholt haben, mit Undank gelohnt. Ich erinnere an Jahn, Schleiermacher, Stein, Gneisenau. Alle diese Leute sind aus Preußen herausgeekelt worden. Und jetzt kommt man damit, daß dieser König vor allen anderen herausgehoben werden soll. Im Grunde genommen ist bei dem ganzen Kampfe nichts herausgekommen für diejenigen, die ihn gekämpft haben, sondern es ist nur eine Auffrischung der Hohenzollernidnastie der Erfola aewesen und weiter nichts.

Stadtv. Meierhoff: Ich will nur den beiden Herren Vorrednern aus der Versammlung erwidern: Wenn der König so klug war, sich schieben zu lassen, so ist das sein Verdienst. Behaupten Sie etwa von sich, Sie werden nicht geschoben? (Heiterkeit.)

Stadtv. Frede: Ich verstehe die Herren Vorredner von meiner nachbarlichen Seite nicht. Sie erklären beide, daß die Erhebung des Volkes an sich zu billigen sei, und verschieben das Gebiet der Verhandlungen dahin, als wenn beabsichtigt wäre, nicht eine Volksfeier, eine Feier der Erhebung des Volkes vor hundert Jahren zu begehen, sondern eine Fürstenfeier, eine Feier der Reaktion. Man muß annehmen, daß das Thema gewaltsam so verschoben wird, denn es ist von der Kommission nicht gesagt, daß König Friedrich Wilhelm III. gefeiert werden solle. Ich meine, wenn das deutsche Volk die französische Knete hat los sein wollen und die Fremdherrschaft abgeworfen hat, dann müßten die Herren, die die Freiheit beständig im Munde führen, mit Freuden bei der Feier sein. — Weshalb ich mich gemeldet habe, ist besonders, um der Meinung des Herrn Steinbrecher entgegenzutreten, wonach es den Anschein hätte haben können, als wenn die Feier in den hiesigen Schulen die Form hätte annehmen können, wie er sie bezeichnet hat. Wenn in der Presse hier und da etwas Ähnliches berichtet ist, wie Herr Steinbrecher erwähnt hat, dann braucht uns das nicht zu kümmern. Ich habe dergleichen nicht gelesen und kann also darüber nicht urteilen. Aber jedenfalls ist das nicht der Zweck der hiesigen Feier, und zu solchem Zwecke werden die Mittel nicht gefordert. Was zur Debatte steht, ist lediglich: die Mittel zu einer Feier, die zum Gegenstand hat die Abschüttelung der französischen Fremdherrschaft.

Vorsigender: Ich möchte die geehrten Herren, die sich noch zum Wort gemeldet haben, bitten, dieses Thema, wie Herr Frede ganz richtig angedeutet hat, nicht nach der Richtung hin auszudehnen, wie die Schulfeier gestaltet werden soll. Wie sie gedacht ist, wissen wir nicht. Es handelt sich nur um die Bewilligung von Mitteln zu einer Schulfeier der Völkerschlacht bei Leipzig.

Stadtv. Stegmann: Wenn Herr Frede erklärt hat, er verstehe nicht, daß wir nicht dafür seien, diese große Völkerschlacht zu feiern, so muß ich dagegen sagen: Gewiß, auch wir ehren die Leute, die ihr Blut für die Freiheit eingesetzt haben. Aber die Dinge liegen doch so, daß man diese Feier nur zum Vorwande nimmt, der Reaktion zu dienen. Man will das Volk von der Betrachtung unserer Zustände ablenken, von der Erscheinung des mehr und mehr um sich greifenden Militarismus, für den erst jetzt wieder unser Volk mit großen Lasten bedacht ist; die Tenebrung, die auch speziell in Braunschweig besteht, will man durch diesen byzantinischen Rummel vertuschen. Und gerade im Braunschweiger Lande hätte man Ursache,

nicht zu jubilieren, denn wir haben hier noch im 20. Jahrhundert das elendeste Wahlssystem, so daß das Volk rechtlos ist. Deshalb haben wir durchaus gar keine Veranlassung, uns für derartige Fürstenverhimmelungen ins Zeug zu legen. Besser ist es bei uns nicht geworden, speziell in Braunschweig nicht; ob wir unter den braunschweigischen Fürsten, unter dem Regentschaftsrat oder unter einem importierten Fürsten gestanden haben, immer ist es dasselbe gewesen. Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß es das Volk war, welches die französische Knete los sein wollte, so kann davon nicht geredet werden. Er scheint die Dinge nur so zu kennen, wie sie die Kinder in der Schule gelernt haben, und weiß nicht, daß der freiheitliche Wind, der durch Napoleon und die Franzosen nach Deutschland gebracht wurde, der Grund und die erste Ursache war, daß wir in Deutschland etwas bessere Zustände bekommen haben, namentlich im Westen Deutschlands, im Königreich Westfalen und auf der anderen Seite im Großherzogtum Warschau. Dort wurden durchaus bürgerliche Einrichtungen dem Volke gewährt. Überall, wo der französische Mann hinkam, sah man, daß die Schlagbäume abgeschafft wurden, die Zehnten und Abgaben, die das Volk drückten, aufgehoben wurden. Es wurde damals dem Volke viel Gutes getan. Sie wissen, daß die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung darauf zurückzuführen ist, und daß die Gemeinden die Selbstverwaltung bekamen, ist den napoleonischen Kriegen zuzuschreiben. Es ist also da nicht nur von der französischen Knete zu reden. So liegen in Wirklichkeit die Dinge.

Stadtv. Schulze: Sich mit den Vertretern der ersten und zweiten Klasse hier über den Wert oder Unwert derartiger Feiern zu streiten, halte ich für vollständig zwecklos (Sehr richtig!), für mich kommt es darauf an, hier zu konstatieren, daß wieder einmal Mittel bewilligt werden sollen zu einseitigen Zwecken und weiter nichts. Wir haben andererseits schon öfters, selbst in der kurzen Zeit, wo ich hier tätig bin, Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß man Sachen, durch die man den Unbemittelten hätte etwas bewilligen können, einfach abgelehnt hat, während bei derartigen Dingen wie jetzt Tausende aus dem Fenster geworfen werden. Solange man alle diejenigen Leute, die ihr Blut für das allgemeine Wohl verspritzt haben — ich erinnere nur an die Krüppel von 1870/71 —, noch hungern und darben läßt, sind die Vertreter der dritten Klasse niemals für derartige Mittel zu haben, wie sie hier verlangt werden, um Feiern zu veranstalten.

Stadtv. Roeschigt: Der Herr Vorredner hat recht, wenn er sagt: Die Meinungsverschiedenheit in dieser Sache geht so weit, daß man gar nicht nötig hat, die Besprechung so weit auszudehnen, wie es von Herrn Steinbrecher und Herrn Stegmann geschehen ist. Für mich ist maßgebend: Die Herren wollen nicht, daß die Kinder gezwungen werden, die Feier mitzumachen: ich auch nicht. Aber wir haben

ja vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß gesagt wird: Wer nicht kommen will, der bleibt zu Hause. Da aber die Volksschule eine allgemeine ist, so müssen wir die angeforderten Mittel bewilligen, und wer nicht kommt, hat keinen Teil daran. Es gibt unter den Freunden des Herrn Stegmann und des Herrn Steinbrecher noch eine ganze Menge, die gern ihre Kinder zu diesen Feiern schicken. Wenn kein Zwang zur Teilnahme an der Feier ausgeübt werden soll, dann können auch diese Herren ruhig die Mittel bewilligen. Ich achte den Mann hoch, der sagt: „Meine Kinder gehen nicht hin zu der Feier“, und der dann die Konsequenzen auf sich nimmt. Aber er soll nicht anderen damit die Freude verderben. Ich erinnere Sie an Bebel, der jetzt zur Ruhe getragen ist, und der auch von anderer Seite als von Ihrer als großer Mann anerkannt wird, der für sein Volk eingetreten ist. Trotz dieses Mannes sind in Ihrer Partei zweierlei Ansichten gewesen. Daß der König sich damals hat schieben lassen, ist Nebensache für uns. Für uns ist es Hauptsache, daß Deutschland zu dem geworden ist, was es heute ist.

Stadtv. **Fride:** Ich wollte Herrn Steinbrecher und Herrn Stegmann daran erinnern, daß ich bei meinem Referat über den Antrag, an den die Herren eine weltgeschichtliche Abhandlung geknüpft haben, nicht auf Friedrich Wilhelm III. hingewiesen habe und auch nicht ausgeführt habe, wie die Feier geplant ist. Ich habe nur gesagt, daß die Feier des hundertjährigen Gedenkens an die Völkerschlacht allgemein gefeiert wird, und daß dazu auch die Schulkinder zugezogen werden sollen. Dazu gehört eine Unterstützung durch die Stadt, die wird niemand versagen können. Wer das ablehnt und nicht einsehen kann, daß wir dazu verpflichtet sind, den erkläre ich für vaterlandslos. (Widerspruch. Ironisches Hurra.)

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Herr Berichterstatter weist darauf hin, daß er bisher kein Programm der Feier entwickelt habe. Meint denn Herr Fride, daß wir so naiv sind, die Art und Weise, wie von der Schulverwaltung (die Sie sozialistischer halten, indem Sie die Eltern der Arbeiter nicht hineinlassen wollen) die Feier geplant ist, für derartig zu halten, daß etwas Gut-Freiheitliches zu erwarten ist? Wenn Sie reine Wäsche in der Weise haben, dann kann der Herr Schulrat Fride aussagen, wie das Programm gestaltet werden soll, ob dabei nicht von Herzögen, Fürsten, Kaisern und Königen die Rede sein wird. Wenn Herr Fride das heute nicht kann, dann hat es ja Zeit, die Sache zurückzustellen, bis das Programm feststeht. Wenn es ausschließlich auf freiheitlicher Grundlage aufgebaut ist, wie die Herren uns glauben machen, dann können wir anders darüber reden. Wir werden dann dazu mitwirken in dem Sinne, wie es meine politischen Freunde zum Ausdruck gebracht haben. Aber die Herren geben selber zu, daß ein gut Teil der Eltern, deren Kinder berufen sein sollen, an dieser Feier teilzunehmen, nicht mit dieser Feier ein-

verstanden sind. Sie gehen in anerkennenswerter Weise endlich so weit, zuzusichern, daß nicht einmal ein moralischer Zwang der Herren Lehrer auf die Kinder ausgeübt werden soll, diese Feier zu besuchen. Bisher las man anders, auch im Landtage. Bisher haben die Schulen praktisch so eingewirkt, daß die Kinder an derartigen nationalen Sachen teilnehmen sollten. Wenn Sie vor der Tatsache stehen, daß die Eltern der Kinder, die die unteren Bürgerschulen besuchen, in großem Umfange nicht damit einverstanden sind, daß derartige Feiern veranstaltet werden, sollten Sie die Folgerungen daraus ziehen und sagen: Wir wollen nicht für einen Teil der Bevölkerung, mag er groß oder klein sein (darüber wird man verschiedener Meinung sein), Mittel aus der allgemeinen Kasse hier beanspruchen. Wenn Sie die Absicht haben, Ihr Fest zu feiern, so tun Sie das bitte auf Ihre Kosten und nicht auf Kosten der allgemeinen städtischen Angelegenheiten!

Vorsitzender: Ein Mitglied der Schulkommission ist nicht ohne weiteres ein Schulrat, Herr Dr. Jasper.

Oberbürgermeister Metemeyer: Soweit mir bekannt ist, steht das Programm der Feier genau überhaupt noch nicht fest. Ich sollte aber meinen, daß die Stadtverordnetenversammlung zu der Leitung unserer Bürgerschulen das Vertrauen haben müßte, daß sie eine Feier aus diesem Anlasse veranstalten wird, die der Tatsache, die wir feiern wollen, entspricht. Im übrigen darf ich, wie ich glaube, behaupten: Wir möchten Ihnen zu dieser Feier ein Programm vorlegen, wie wir nur wollten, die Billigung der Herren wird es niemals finden. (Sehr richtig!)

Stadtv. Niele: Bei Gelegenheit dieser Debatte denke ich zurück an die Oktoberfeier zum 50jährigen Gedächtnis der Schlacht bei Leipzig, die ich als junger Herr im Nußberg mitgemacht habe. Da waren auch die Schulen und andere herausgezogen. Man hatte eine Strohfigur angefertigt, die Napoleon darstellen sollte, und die wurde auf einem Strohfleisch verbrannt. Das war die ganze 50jährige Schlachtfeier für 1813. Wenn es in dem Sinne und ähnlich so wieder gemacht werden sollte, so könnte man sich weidlich darüber auslachen, aber meine Kinder würde ich nicht dazu herauschicken. Heute habe ich ja keine mehr, über die ich selbst zu verfügen hätte, sonst würde ich sagen: Nach solchem Mottoria geht ihr nicht hin.

Stadtv. Ribbentrop: Es wiederholt sich hier dasselbe, was wir bei der Sedanfeier erlebt haben: Die Herren sind dagegen. Wenn man aber einmal betrachtet, wer dort mitspielt, so ist es ein großer Teil derjenigen, die zur sozialdemokratischen Partei gehören. Sie wirken mit von ganzem Herzen. Was die Herren hier vertreten, vertreten sie für sich und für ihre Partei, aber nicht für einen großen Teil

der Bevölkerung, der bisher an solchen Festen gern teilgenommen hat, wie frei und offen darliegt für jeden, der unparteiisch beobachtet.

Stadtv. **Schmidt:** Aus den ganzen Reden der Befürworter der Feier geht hervor, daß sie eine Volksfeier darstellen soll; das Volk als solches soll diesen Tag dankbar begehen. Sie sehen aber, wie auch der Herr Redner dargetan hat, daß das Sedanfest und auch der 18. Oktober immer nur als eine patriotische Feier betrachtet wird, und darüber sind wir zweierlei Meinung. Wir haben in Braunschweig so viele Patrioten und auch reiche Patrioten, die, wenn sie Feste feiern wollen, an dem sie Anteil nehmen, auch das Geld dazu haben, ohne an die Stadt heranzugehen, damit aus allgemeinen Mitteln ein solches Fest bezahlt wird. Es wird immer gesagt, es soll eine Volksfeier sein, aber das Volk wird abseits von der Feier gehalten, weil es sich an einer solchen nicht beteiligen kann, da die Unterlage des Festes die ist, daß es sich nur zu einer Verherrlichung des Patriotismus auswächst, und dazu können wir uns nicht bereit erklären.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit für Bewilligung der Summe bis zu 1000 M.

4. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm.

Stadtv. **Munte:** Nach dieser hochdramatischen und historischen Debatte komme ich mir etwas bejammernswürdig vor, wenn ich über die Anlage einer Kaninchenzuchtfarm berichten soll. Ich bin aber unschuldig daran: Nachdem der Vorsitzende der Kommission mir dieses Referat übertragen hat, muß ich Ihnen berichten, was in der Kommission darüber beraten wurde.

Die Idee, die Kaninchenzucht zu heben, ist auf Seiten des Hauses und von der Finanzkommission als gut anerkannt, und das hat sich dadurch bewiesen, daß wir kürzlich dem Verein für Kaninchenzucht eine Unterstützung von 300 M. haben zuteil werden lassen. Diese Neigung zur Unterstützung der Sache hat sich auch bei der Beratung des vorliegenden Antrages Bunge gezeigt. Es hat sich dann aber doch ergeben, daß die Mitglieder der Kommission, soweit sie anwesend waren — es fehlten zwei Herren —, der Meinung waren, daß es nicht gut zu machen sei, in einer solchen Angelegenheit die Stadt als Unternehmerin aufzutreten zu lassen, zumal sich schon oft erwiesen habe, daß die Gemeinde in solchen Sachen als Geschäftsunternehmerin versagt hat. Es wurde angeführt, daß es schwerlich möglich sein würde, Kaninchen so billig zu züchten, daß wirklich etwas Ersprießliches für die Bevölkerung herauskäme, daß vielmehr — da nur dieser eine derartige Verein existiert —, wenn es nötig sei, die Unterstützungssumme vergrößert werden könnte, und daß man den Verein veranlassen sollte, mehr Propaganda für seine Sache zu

machen und dafür zu sorgen, daß mehr bekannt wird, daß Kaninchenfleisch wirklich eine gesunde, großen Nährwert enthaltende Kost darstellt. Ich erinnere mich daran, daß ich als Knabe auch Kaninchenzucht betrieben habe, daß ich aber nicht daran gedacht habe, Kaninchen zu züchten, um sie nachher zu essen. Im Gegenteil, ich erinnere mich, daß ich mit Schauer erfahren habe, daß Kaninchen geschlachtet und gegessen würden, und daß ich solche Leute für halbe Kannibalen gehalten habe. Es kommt mir so vor, als ob auch heute noch ein großer Teil der Bevölkerung keine Ahnung davon hat, daß Kaninchenfleisch sehr gesund ist, von gutem Geschmack und vor allen Dingen mindestens so großen Nährwert hat wie gutes Ochsenfleisch.

Die Finanzkommission hat sich schließlich dahin ausgesprochen, daß sie gern sehen würde, wenn weiter etwas für die Unterstützung der Kaninchenzucht getan würde, sie hat aber abgelehnt, die Stadt hierin als Unternehmerin auftreten zu lassen, und bittet Sie durch mich, diesem Beschlusse beizutreten.

Stadtv. **Bunge:** Trotzdem die Finanzkommission meinen Antrag ablehnt, hat sie doch zugeben müssen, daß mein Antrag jetzt recht zeitgemäß ist, und der Herr Referent hat Ihnen ja auch gesagt, daß man sich durchweg auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Kleintierzucht unter allen Umständen gefördert werden müßte. Nun hat man in der Kommission eine ganze Reihe von Wegen vorgeschlagen, in welcher Weise man dem Ziele meines Antrages näher kommen könnte. Es ist vom Herrn Referenten befürwortet, daß eventuell die Stadt für derartige Vereine mehr Geld hergeben solle, es wurde auch in Aussicht gestellt, daß man diesen Vereinen auch Zuchttiere schicken lassen könnte. Man hat sich dem nicht verschließen können, daß von maßgebender Seite aus die Kaninchenzucht empfohlen ist, und daß Kaninchenfleisch als solches für diejenigen, die es essen mögen, als Nahrungsmittel sehr wertvoll ist. Speziell in Frankreich sind sehr viele Kaninchenzuchtfarmen, und auch in Deutschland sind solche Farmen in städtischer Regie, so daß bei der ganzen Sache — wie Herr Munte sich äußerte — eigentlich nichts Lachhaftes ist, es ist eine ernste Sache, nur hat man sich in der Kommission nicht darüber einigen können, daß man darangehen möchte, städtischerseits irgendeine Tierzucht anzulegen. Ich dagegen meine, daß gerade die Stadt unter allen Umständen nicht nur bei dieser Gelegenheit, wo es sich um Kaninchen handelt, sondern auch noch in anderer Hinsicht vorgehen sollte, um die Fleischproduktion zu heben, wie ich seinerzeit auch beantragt hatte, die Schweinemast auf dem Rieselgut zu vermehren und ebenso auch die Großtierhaltung. Aber die Kommission und auch der Magistrat stehen auf einem anderen Standpunkte. Es liegt heute an Ihnen, meine Herren, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, wenn Sie überzeugt sind, daß damit etwas Gutes für die hiesige Bevölkerung geschaffen wird. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen und den Kommissionsantrag abzulehnen.

Stadtv. Loeßhigt: Ich möchte noch etwas richtigstellen, was Herr Munte vielleicht vergessen hat. Wir sind in der Kommission voll und ganz auf dem Standpunkte des Herrn Bunge gestanden, daß die Kaninchenzucht als unterstützungswürdig anzuerkennen ist. Herr Bunge sagte selbst in der Kommission, sein Antrag gehe weniger auf Fleischproduktion als darauf, daß die Stadt eine Zucht errichten sollte, durch die gute Zuchttiere aufgezogen und abgegeben werden könnten, während die einzelnen Bewohner unserer Stadt dann für sich die Fleischproduktion betreiben würden. Wir sind der Meinung gewesen, daß der Weg, die Unterstützung durch Erleichterung der Abgabe von Zuchttieren auszuführen, der richtige ist. Herr Dr. Jasper sagte damals, als es sich um die Unterstützung des einen Vereins handelte, wir sollten nicht einseitig vorgehen und nur den einen Verein bedenken. Nun sind wir aber durch Herrn Bunge belehrt worden, daß nur *e i n* solcher Verein hier in Frage kommt. Darum sind wir in der Finanzkommission zu dem Entschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, in der schon begonnenen Weise im Interesse der Kaninchenzucht weiter zu wirken, indem dieser Verein, wenn es nötig ist, noch mehr unterstützt wird. Wenn Herr Bunge meinte, daß zu hohe Preise für Zuchttiere genommen werden könnten, so sollte von Zeit zu Zeit eine gewisse Kontrolle städtischerseits darüber ausgeübt werden. Von einer Fleischproduktion durch eine Kaninchenzucht seitens der Stadt hat Herr Bunge selbst abgesehen, wir sind also in der Kommission voll und ganz den Wünschen des Herrn Antragstellers gerecht geworden.

Stadtv. Bunge: Es ist richtig: der Kernpunkt meines Antrages liegt darin, daß man eine Zucht zur billigen Abgabe von Tieren einrichten solle. Die Mästung von Kaninchen usw. durch die einzelnen Empfänger wäre dann eine nachherige Folge davon.

Die Errichtung einer städtischen Kaninchenzuchtfarm wird — wie die Finanzkommission empfohlen hat — abgelehnt.

5. Zustandsetzung der Wilhelmstraße.

Stadtv. Sander: Wir haben seinerzeit beschlossen, die Wilhelmstraße nach dem uns vorgelegten einstweiligen Entwurfe auszubauen. Es liegt uns jetzt das endgültige Projekt und die spezielle Kostenberechnung zur Genehmigung vor. Die Kosten sind zu 85 000 *M* veranschlagt und verteilen sich dergestalt, daß 66 500 *M* auf die Stadt und 18 500 *M* auf die Anlieger entfallen. Die Ausführung der Straße ist folgendermaßen gedacht:

Die Länge der Straße zwischen Steinweg und Fallerleberstraße beträgt 300 m. Sie hat auf der südlichen Strecke zwischen Steinweg und An der Katha-

rinenkirche eine mittlere Breite von etwa 28 m und auf der nördlichen Strecke zwischen der Straße An der Katharinenkirche und der Fallersleberstraße eine solche von etwa 15 m. Das aufgestellte Projekt sieht für die Fahrbahn auf der südlichen Strecke eine Breite von 10 m und erhöht anzuordnende Fußwege in Breite von 6—10,5 m vor, während für die Fahrbahn nördlich der Straße An der Katharinenkirche eine Breite von 7,5 m und für die Fußwege Breiten von 2,40—5 m in Aussicht genommen sind. Die Fahrbahn soll durchweg mit Stampfasphalt befestigt werden, während für die Befestigung der Fußwege in der Hauptsache Granitoidplatten verwendet werden sollen. Auf der südlichen Strecke sollen an beiden Fußwegen Grünstreifen mit Baumpflanzungen und zwischen diesen und dem Fußwege ein schmaler Streifen Mosaikpflaster hergestellt werden. Die Einfahrten zu einzelnen Grundstücken sollen eine Befestigung von Gußasphalt erhalten. An verschiedenen Grundstückseingängen sind der neuen Höhenlage entsprechend geringe Höhenänderungen vorzunehmen.

Bei der Beratung in der Baukommission wurde von einzelnen Herren die Meinung vertreten, daß der Preis von 85 000 M ein sehr hoher sei, zumal Terrainwerb in diesem Falle nicht in Frage käme. Der Anschlag ist darauf, soweit es möglich war, genau geprüft. Es sind in ihm alle Preise derselben Art, wie sie bei anderen Straßenbauten auch eingestellt sind. Es ist selbstverständlich, daß bei den jetzt erhöhten Löhnen und Materialpreisen auch die Preise für solche Instandsetzungen höher werden. Daher ist bei einer Länge von 300 m der für die Instandsetzung der Wilhelmstraße eingesetzte Preis als angemessen zu bezeichnen. Nachdem die Arbeiten für die Straße ausgeschrieben sind, werden vielleicht noch billigere Preise zutage kommen.

Der Magistrat stellt an uns das Ersuchen, dem Projekt zuzustimmen und die angeforderten Mittel von 85 000 M, von denen, wie gesagt, 18 500 M die Anlieger zu erstatten haben, zu verwilligen. Die Baukommission gibt Ihnen Zustimmung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Projekt zu und verwilligt die angeforderten Mittel.

Vorsitzender: Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Stadtv. Ribbentrop. Der Antrag lautet:

„Ich beantrage, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß bei der im Winter bevorstehenden Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten ausgeführt werden.“

Ich werde dem Herrn Antragsteller nachher Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

6. Abänderung des Ortsbauplans für das Gelände zwischen Galggraben und Hamburgerstraße nördlich vom Hafenwinkel.

Stadtv. Meyerhoff: Die städtischen Behörden haben in einer früheren Sitzung eine Änderung des Ortsbauplanes zwischen Hamburgerstraße und Galggraben beschlossen. Gegen diese Änderung ist von verschiedenen Anliegern Einsprache erhoben, namentlich in der Richtung, daß für die Straßen 628 und 246 die westliche Grenzlinie nicht festgestellt sei, wodurch sie in der Bebauung ihrer daselbst liegenden Ländereien gehindert würden. Die Festsetzung einer bestimmten Straßenbreite für diese Straßenzüge ist absichtlich unterblieben, weil das westlich desselben gelegene Terrain mit Rücksicht auf die voraussichtlich dereinst zu treffenden Hafenanlagen, die in jener Gegend am zweckmäßigsten herzurichten sein würden, von einer weiteren Bebauung bis auf weiteres freigelassen werden sollte. Wie die Einsprachen zeigen, liegt Anlaß vor, das für den späteren Hafenverkehr mutmaßlich notwendige Terrain durch Aufnahme eines Platzes in den Ortsbauplan vor einer Bebauung zu sichern. Dieser Platz würde nach Ansicht des Magistrats von dem Grundstücke Hamburgerstraße 20, das der Gärtnerei Schulz gehört, bis an das für das Drehstromwerk der Straßenbahn-Gesellschaft vorgesehene Anschlußgleis und in einer Tiefe von ungefähr 100 m sich zu erstrecken haben. Der Magistrat legt uns einen Teilortsbauplan, der dieser Anlage Rechnung trägt, vor und ersucht, denselben zu genehmigen. Zu bemerken ist noch, daß dem Wunsche eines Anliegers Kessel entsprechend eine Verschiebung der Straße 246 vorgenommen ist, wogegen nichts zu erinnern ist.

Meine Herren. Da die Anlieger Interesse daran haben, ihre Grundstücke zu Bauplätzen loszuwerden, so würde, wenn wir die vorgeschlagenen Maßregeln nicht trafen, das Terrain sehr bald mit Häusern bedeckt werden und dadurch die spätere Anlage eines Hafens erschwert werden. Wie die Anlage später werden wird, können wir zwar noch nicht wissen, da das der Zukunft vorbehalten bleiben muß. Die Baukommission hat nach Prüfung der Vorlage beschlossen, Ihnen Genehmigung des vorgelegten Teilortsbauplans einschließlich der Verschiebung der Straße 246 anheimzugeben.

Stadtv. Dr. Kleintnecht: Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob für unsere Stadt Aussicht vorhanden ist, späterhin Anschluß an den Mittellandkanal zu bekommen. Es besteht hier eine Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft; sie wird allerdings ihr Haupt-Arbeitsgebiet im Harz haben, und ich weiß nicht, ob sie sich mit der Kanalfrage beschäftigt. Es sind in dieser Gesellschaft verschiedene preussische Regierungsbeamte vertreten, und ich glaube, auch unser Magistrat ist Mitglied dieser

Gesellschaft. Es wäre mir lieb, bei diesem Anlaß auch etwas darüber zu hören, ob der Magistrat in der Lage ist, Auskunft zu geben, wie die Oertalsperre demnächst beschaffen sein wird, und ob in nicht allzuferner Zeit damit angefangen werden kann. Wenn sie angelegt wird, ist das für unsere Stadt von großer Bedeutung; allerdings werden wir als Stadt keinen großen Einfluß auf die Anlage haben, weil sie auf preußischem Gebiet ausgeführt wird. Sicherer weiß man im Publikum nicht darüber. Wenn einmal eine Versammlung dieser Gesellschaft stattfindet, steht wohl etwas davon in den öffentlichen Blättern, aber Authentisches erfahren wir darüber nicht. Deshalb wäre es mir lieb, wenn von authentischer Seite etwas darüber mitgeteilt werden könnte.

Oberbürgermeister Metemeyer: Hier näher auf die Verhandlungen der Gesellschaft für Wasserwirtschaft im Harze einzugehen, würde, wie ich glaube, heute zu weit führen. Die Verhandlungen sind mir aber bekannt, weil auch ich Mitglied des Vereins bin. Es würde aber jedenfalls keinen Zweck haben, jetzt darüber zu verhandeln. — Was die weitere Frage des Herrn Stadtv. Kleinknecht betrifft, ob Aussicht vorhanden ist, daß wir einen Hafen für den demnächstigen Kanal bekommen, so kann der Magistrat darüber gar nichts sagen. Wir sind jedoch im Magistrat einstimmig der Ansicht, daß es für die Stadt von großer Bedeutung sein würde, Anschluß an den Kanal zu bekommen. Wie die Sache aber ausgeführt werden könnte, ob wir die Mittel allein aufbringen oder mit Hilfe des Staats, steht noch dahin. Da wir aber der Ansicht sind, daß es dringend wünschenswert ist, für die Stadt einen Hafen zu bekommen, und da wir hoffen, daß die Stadt mit der Zeit einen Anschluß an den Wasserweg bekommt, so halten wir allerdings für nötig, beizeiten Vor Sorge zu treffen, daß das hierfür geeignete Gebiet nicht verbaut wird.

Der Änderung des Teilortsbauplans wird zugestimmt.

7. Legung eines Wasserrohrs auf der Weststraße zwischen Frankfurterstraße und Arndtstraße.

Stadtv. Voelchigt: Am 19. Juni d. Js. haben die geehrten Herren zugestimmt, auf Straße 505, der Verbindungsstraße zwischen der West- und Zahnstraße, ein Wasserrohr von 100 mm Weite zu legen, um dadurch die Druckverhältnisse im Wasserrohr auf der Zahnstraße zu verbessern. Es ist aber nicht eingetreten, was man zu erreichen glaubte, und nachdem in dieser Sache ein großes Schreiben von den dortigen Anwohnern an den Magistrat gekommen ist, hat die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke die Sache noch einmal geprüft und ist zu

dem Ergebnis gekommen, vorzuschlagen, die Neulegung eines 250 mm weiten Wasserrohres auf der Weststraße von der Frankfurterstraße bis zur Krudtstraße zu empfehlen. Dieses Rohr kann später, wenn das neue Hauptrohr durch die Bahnhofstraße gelegt wird, das direkt aus dem Wasserwerk am Bürgerpark kommt, wie wir schon lange wünschen, als Hauptrohr benutzt werden. Man hofft, daß durch dieses weitere Rohr in der Weststraße die Wasserverhältnisse in dortiger Gegend gebessert werden.

Die Ergebnisse der über die mangelhafte Versorgung einzelner Straßen mit Leitungswasser angestellten Untersuchungen sind folgende: Das fragliche Terrain liegt recht hoch, wenn auch nicht so hoch wie das der Reuterstraße. Es ist nicht möglich, selbst bei normaler Wasserentnahme, daß aus den höchsten Zapfstellen, die 94 m über dem Nullpunkt liegen, Wasser ausfließt. Durch Ausföhrung dieses starken Wasserrohres wird sich voraussichtlich eine bedeutende Verbesserung in jener Gegend einstellen. Aber das Terrain von einigen Straßen liegt denn doch, wie z. B. an der Rautheimerstraße, so hoch, nämlich mehr als 80 m über dem Nullpunkt, daß es nicht möglich ist, hier bis in die dritten Stockwerke hinein die Gebäude ausreichend mit Wasser zu versorgen. Darum ist zum Schluß in dem Bericht der Direktion der Wasserwerke gesagt, daß eine ausreichende Versorgung in solch hochliegenden Stadtteilen, wenn man nicht die kolossalen Kosten scheuen wollte, nur dadurch möglich sei, daß man für jene Gegenden Wassertürme mit kleineren Wasserbehältern baute oder durch besondere Pumpwerke das Wasser in jene Behälter hebt. Ich glaube aber, daß wir erst einmal dem heutigen Vorschlage folgen, indem wir durch das weitere Rohr die Kalamität nach Möglichkeit beheben. Garantie kann natürlich die Direktion des Wasserwerks nicht dafür übernehmen, ob bis zur höchsten Höhe von 94 m über Null die Zapfstellen Wasser geben. Wir wissen alle, daß im Sommer, wo eine kolossale Wasserentnahme stattfindet, wie hier durch die Luthersche Fabrik oder durch Konservenfabriken, in den benachbarten Häusern die oberen Etagen auf Momente kein Wasser bekommen; auch wenn viel Wasser in den unteren Stockwerken entnommen wird, läuft in den oberen Stockwerken das Wasser nicht. Das liegt an Verhältnissen, die nicht zu ändern sind.

Zum Schluß ihres Berichts gibt die Direktion der Wasserwerke anheim, ob man nicht in Rücksicht auf die Höhenlage mancher Straßen statutarisch festsetzen könne, daß über eine gewisse Grenze hinaus — es werden 90 m für die höchsten Zapfstellen angegeben — die Stadt nicht verpflichtet sei, Wasser abzugeben. Es ist dazu in der Kommission von seiten des Magistrats ganz richtig bemerkt, daß schließlich ja auch Wolkenträger gebaut werden könnten, und daß dann die Stadt nach dem bisherigen Statut auch verpflichtet sei, dort für Wasser zu sorgen, und das gehe über das hinaus, was die Stadt zu tun verpflichtet sei. Der Vorschlag der Legung eines 250 mm weiten Wasserrohres auf der Weststraße ist in der Finanz-

kommission geprüft, und sie hat beschlossen, Ihnen zu empfehlen, diesen Vorschlag der Direktion der Licht- und Wasserwerke anzunehmen und die Legung des Rohres, wie sie auf dem ausgehängten Plane angegeben ist, gutzuheißen. Die Kosten betragen 9800 M.

Betreffs der Hilfe bei Feuergefähr in jener Gegend, wo die Wasserverhältnisse zu wünschen übriglassen, habe ich zu bemerken, daß, nachdem wir die große Automobilfeuerspritze mit Rotationspumpen angeschafft haben, wir auf mindestens 1½ km einem Brandplatze Wasser zuführen können. Wenn z. B. dieses Fahrzeug an der Gieselerbrücke aufgestellt würde, so könnte es bis nach der chemischen Fabrik hin das Wasser treiben. Alle geborenen Braunschweiger und die Herren, die sich mit den Wasserverhältnissen in der Stadt Braunschweig bekannt gemacht haben, wissen, daß wir fast überall in der Innenstadt Stellen haben, an denen wir permanent mit diesem neuen Fahrzeuge Wasser entnehmen können. Das Bedenken also, daß im Sommer im Falle der Gefahr das Wasser aus den Rohrleitungen nicht ausreichen könnte und die Hydranten nicht genug Wasser geben würden, könnte ausscheiden, da wir in dem Okerwasser noch Reserve haben.

Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, diese 9800 M zu bewilligen, und freue mich, daß dadurch ein großer Teil der Unannehmlichkeiten, unter denen unsere Mitbürger zu leiden hatten, aufgehoben werden.

Stadtv. Schulze: Bei einer früheren Gelegenheit stellte ich in ähnlicher Sache die Anfrage an den Magistrat, ob demselben bekannt wäre, daß die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke, wie mir berichtet ist, aus Sparsamkeitsrücksichten nicht den Druck hinter das Wasser brächte, den sie erreichen könnte. Ich habe mich von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Mitteilung nicht überzeugen können und möchte den Magistrat bitten, mitzuteilen, ob in der Zwischenzeit Ermittlungen darüber angestellt worden sind, ob sich diese Aussage bewahrheitet oder nicht. Es wäre für mich interessant, zu erfahren, ob die Beobachtungen, die mir von ziemlich glaubwürdiger Seite mitgeteilt sind, richtig sind, denn ich bin der Meinung, daß die fortwährende Auswechselei von Rohren, einmal hier und dann dort, vollständig zwecklos ausgegebene Mittel bedeuten. Wenn dann vom Herrn Vorredner gesagt ist, daß nur bis zu einer gewissen Höhengrenze und nicht darüber hinaus gebaut werden dürfe, wenn auf Leitungswasser gerechnet wird, und für Wolkenkräner die Stadt nicht verpflichtet sein dürfte, Wasser zu liefern, so stehe ich auf einem anderen Stadtpunkte. Ich meine, daß, soweit das Gebiet der Stadt geht, die Stadt ohne weiteres verpflichtet ist, Wasser in ausreichendem Maße für seine Bewohner zu liefern, und daß dabei nicht ausschlaggebend sein kann, wie hoch oder niedrig das betreffende Weichbild der Stadt liegt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Daß die Direktion der Wasserwerke aus Sparjamkeitsrücksichten Veranlassung nehmen sollte, die Maschinen so langsam laufen zu lassen, daß die Bewohner der Stadt nicht genügend Wasser bekommen, halte ich für so vollständig ausgeschlossen, daß ich darüber Erkundigungen nicht eingezozen habe. Ich weiß nicht, was für ein Interesse die Direktion daran haben sollte, denn was der Betrieb in dieser Beziehung kostet, muß doch auf jeden Fall bezahlt werden. Ich meine, Herr Schulze müßte sich selber sagen, daß bei dem Druck in den Wasserrohren eine gewisse Grenze gegeben ist. Wenn ich auch zugeben will, daß man einen ungeheuren Druck in die Rohre hineinbringen könnte, so würde doch dabei die Gefahr vorliegen, daß die Rohre platzen. Die Höhe des Wasserdrucks ist seinerzeit festgelegt, als wir das Wasserwerk gebaut haben. Teilweise sind hier aber jetzt Gegenden bebaut, die früher nicht im Gebiet der Stadt gelegen haben. Daß nun, nachdem diese technischen Berechnungen vorgenommen sind — ich glaube, es sind vier Atmosphären Druck angenommen — beim besten Willen das Werk mit seinen Einrichtungen das nicht leisten kann, was in der Beziehung jetzt von ihm verlangt wird, ist leicht einzusehen. Da muß man auf andere Weise Abhilfe schaffen, aber man darf nicht sagen: Wir stellen größere Maschinen ein und erhöhen den Druck. Die Herren, die technisch vorgebildet sind, werden mir bestätigen können, daß sich das nicht durchführen läßt.

Stadtv. Wesemeier: Es war erfreulich, daß, als die Reishwerden aus jener Straße kamen, dort so schnell eingegriffen wurde, und daß in der nächsten Woche mit den Arbeiten begonnen wurde, um die Kalamität zu beheben. Allerdings scheint man in der Direktion der Licht- und Wasserwerke mit den Berechnungen nicht gerade sehr vorsichtig zu sein. Es ist jetzt wieder ein Stück unnütze Arbeit geleistet und Ausgaben dafür gemacht. Ob die Verlegung des Rohrs, der wir im Juni zugestimmt haben, zureichen würde, hätten die Techniker müssen berechnen können. Es hat sich jetzt herausgestellt (soweit ich unterrichtet bin), daß diese Ausgaben nichts genügt haben, und ich freue mich, daß jetzt ein anderes Projekt kommt, und ich will wünschen, daß damit die Kalamität endgültig behoben wird. Jedenfalls ist es auffällig, daß damals die Neulegung beschlossen wurde und kurz, nachdem sie fertig war, die Klage kam, es hätte nichts genügt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte aufs entschiedenste bestreiten, daß hierbei irgend welches Geld weggeworfen ist. Man sieht immer mehr, es wird heute schnell alles, was geschehen ist, vergessen. Wenn ich nicht sehr irre, ist Herr Wesemeier selber dabei gewesen, als wir die Sache beraten haben. Wir haben ausdrücklich gesagt: Das Rohr in der neuen Verbindungsstraße zwischen West- und Arndtstraße muß gelegt werden, sobald die Straße gebaut wird. Es handelt sich

nur darum, daß dieses kleine Rohr — ich glaube, es handelt sich um ein paar hundert Mark — etwas früher gelegt wird, als es sonst nötig wäre. Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben, daß die Direktion keine Gewähr dafür übernehmen könnte, daß damit dem Übelstande in jenen Straßen abgeholfen würde. Das ist alles den Herren vorgetragen, und gleichwohl ist die Legung des Rohrs bewilligt; Herr Wesemeier hat, soviel ich weiß, auch dafür gestimmt. Da kann Herr Wesemeier nicht sagen, die Direktion versteht nicht zu rechnen; sein spezieller Kollege sitzt doch auch mit in der Deputation für die Licht- und Wasserwerke, die uns die Vorschläge unterbreitet. So ist es auch in diesem Falle gewesen, wo sich herausgestellt hat, daß das kleine Rohr nichts geholfen hat. Es ist eingetreten, was die Direktion der Wasserwerke als möglich hingestellt hat, und nun hat die Direktion einen anderen Vorschlag gemacht, von dem sie abermals sagt: „Wir können nicht dafür einstehen, daß hierdurch dem Übelstande abgeholfen wird, halten es aber für wahrscheinlich.“ Obwohl wir eine Sicherheit für Beseitigung des Übelstandes nicht haben, haben wir uns doch erlaubt, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, und zwar aus dem Grunde, weil, wenn das jetzt vorgeschlagene Mittel nicht hilft, nichts anderes übrigbleiben wird, als besondere Hochwasserbehälter an einzelnen Punkten der Stadt aufzustellen, und diese durch besondere Motoren zu füllen. Zu dem Zwecke muß aber gerade oben am Ende der Weststraße genügend Wasser vorhanden sein, denn sonst können wir nicht mittels Motor genügend Wasser aus den Rohren herausaugen lassen. Das weitere Rohr auf der Weststraße muß also auf jeden Fall gelegt werden. Ich bitte deshalb, von Vorwürfen gegen die Direktion der Wasserwerke Abstand zu nehmen, und die Summe zu bewilligen.

Stadtv. Voelschigt: Ich wollte Herrn Schulze gegenüber nur bemerken, daß der Druck in unseren Wasserleitungsrohren jetzt bedeutend stärker ist als vorher, aber da die Stadt sich ausgedehnt hat, sind auch die Reibungsverhältnisse des Wassers in den Rohren stärker geworden. Der Druck wird geringer, je weiter die Zapfstelle vom Wasserturm entfernt ist und je kleiner die Rohre sind, die sich abzweigen. Die Wasserwerkdirektion hat auch dargelegt, daß, trotzdem der Wasserspiegel des Turmbehälters auf dem Giersberge 110 m hoch liegt, bei den 2800 m Entfernung bis nach der Jahnstraße das Wasser nicht höher als 90 m steigen kann. Als vor zwei oder drei Jahren das neue Wasserwerk eingerichtet war, konnte man sehen, daß durch den stärkeren Druck auf dem Altstadtmarkte die Rohre undicht geworden waren, und an vielen Stellen mußten die Unterflur- durch Oberflurhydranten ersetzt werden. Den normalen Druck zu überschreiten, ist nicht ratsam, weil dann auch für jeden Hausbesitzer eintreten kann, daß die Rohre plagen. Eine Garantie ist deshalb heute nicht zu übernehmen, daß die oberen Etagen der Häuser an höher gelegenen Stellen Wasser bekommen. Aber ich bin überzeugt,

daß eine Besserung eintreten wird, und ich habe auch in meinem Referat gesagt, daß die Direktion, wenn diese Besserung wider Erwarten nicht eintreten sollte, vorgeesehen habe, durch Motore betriebene Hochbassin einzulegen, um dem Uebelstande abzuhelpfen. Bei einem Referat halte ich mich davon entfernt, die Einzelheiten hier vorzutragen, weil wir hier keine Fachleute sind, und weil ich voraussetzen muß, daß die Sache schon den Weg durch die Verwaltungsdeputation gemacht hat, und daß sie durch die Direktion der Wasserwerke bearbeitet ist, die sachverständig ist. — Wenn Herr Schulze sagt, der Druck in den Wasserrohren sei zu gering, so habe ich mich auch schon manchmal über schlechte Druckverhältnisse beim Gas beklagt, es hat sich aber dann herausgestellt, daß der Druckverlust durch die kolossale Entnahme gekommen ist. Dennoch darf über eine gewisse Grenze hinaus der Druck nicht gehen, ohne das Ganze in Frage zu stellen.

Stadtv. Wesemeier: Ich bin in diesen Fragen kein Berufsmensch und habe auch ausdrücklich betont, daß die Techniker das wissen müssen. Desgleichen ist der Einwand des Herrn Oberbürgermeisters vollständig deplaciert, daß unsere Leute in der Deputation mitgearbeitet und mit beschlossen hätten. Solche Deputation muß sich auf die Berufsmenschen und auf die Techniker einer solchen Direktion verlassen können. Was diese Probiererei betrifft, die ich vorhin angeschnitten habe, so bemerke ich, daß ich die Protokolle nicht zur Hand habe und kein berufsmäßiger Gemeindepolitiker bin, der die Sachen ständig im Kopse hat. Ich wußte nicht, daß hier bekanntgegeben ist, daß die Möglichkeit vorausgesehen war, daß die Sache noch abgeändert werden mußte. Ich meine aber, bei solch einer Möglichkeit soll man nicht die kleinsten Maßnahmen anwenden, um einen Schaden zu beseitigen, sondern man sollte — wie man auch jetzt dahin kommt — von vornherein die Arbeit gründlich in Angriff nehmen. Ich glaube, daß doch etwas versäumt worden ist, denn es hat sich gezeigt, daß die erste Maßregel nicht ausreicht. Ich bin nicht Techniker und ebensowenig wie die Deputationsmitglieder sachkundig; auch denen kann man keinen Vorwurf machen.

Stadtv. Voeshigt: Ich war seinerzeit in dieser Sache Referent und habe ausdrücklich gesagt, das Rohr in der Verbindungsstraße mußte sowieso gelegt werden, und die Direktion der Licht- und Wasserwerke hoffe, dadurch, daß zwei tote Punkte miteinander verbunden werden und ein Durchlauf in den Rohren stattfindet, eine Besserung des Zustandes herbeizuführen. Jetzt sagt die Direktion, ihre Voraussetzung hat wegen der starken Entnahme von Wasser keine Besserung herbeigeführt. Sie will nun auf der Strecke der Weststraße ein 250 = mm = Wasserrohr legen lassen, obgleich augenblicklich das Zuflußrohr nicht ausreicht, aber doch in nächster Zeit durch die Bahnhofstraße ein größeres Zuflußrohr gelegt werden muß.

Damit hofft man eine doppelte Arbeit zu vermeiden, indem man es jetzt schon legt und es nachher als Zuführungsröhr gebraucht. Ich bitte, die Summe zu bewilligen.

Der Magistratsvorlage wird zugestimmt und die 9800 *M* verwilligt.

8. Nachverwilligung von Kosten für die in der Schule an der Bürgerstraße vorgenommenen Baulichkeiten.

Stadtv. **Rasche:** Es handelt sich bei diesen Baulichkeiten um Einrichtung einer Schulküche, eines neuen Klassenzimmers und eines Aufenthaltsraumes für den Schuldiener im Erdgeschoß des straßenseitigen Flügels der Bürgerschule an der Bürgerstraße, sowie um den Umbau des vormals Panzerischen Hauses an der Kreuzstraße Nr. 111 a behufs Einrichtung einer Wohnung für den Schuldiener, eines Zimmers für den Schularzt usw. Es sind seinerzeit Kosten verwilligt für die Baulichkeiten in der Schule selbst im Betrage von 11 120 *M*, und es ist eine Überschreitung von 334,60 *M* entstanden, das sind 3 Proz. der ganzen ausgeworfenen Summe, so daß von einer Begründung dieser Überschreitung wohl abgesehen werden kann. Für Umbau des Panzerischen Hauses sind seinerzeit bewilligt 4450 *M*, verausgabt sind aber 5727,40 *M*, so daß die Überschreitung sich auf 1277,40 *M* bezieht. Die Überschreitung wird von der städtischen Bauverwaltung damit motiviert, daß sich bei der Ausführung der Arbeiten größere bauliche Schäden an dem Gebäude gezeigt haben, die nicht hätten vorausgesehen werden können. Ein großer Teil des Wand- und Deckenputzes, der nur ausgebessert werden sollte, habe erneuert werden müssen, der Schornstein mußte erhöht und ausgebessert werden, und auch an anderen Stellen haben sich Mehrausgaben nötig gemacht. Die Baukommission hat die Überschreitungen eingehend geprüft, und es hat sich keine Veranlassung ergeben, irgend etwas zu bemängeln. Der Magistrat spricht das Ersuchen an die Versammlung aus, die vorgekommenen Überschreitungen von insgesamt 1612 *M* nachzuverwilligen. Die Baukommission empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen.

Die mehrentstandenen Kosten im Betrage von 1612 *M* werden nachverwilligt.

9. Zusicherung einer Beihilfe an den Ortsausschuß für Vortragskurse.

Stadtv. **Loeschigt:** Die geehrten Herren haben im vorigen Jahre dem Ortsausschuß für Vortragskurse hier 500 *M* bewilligt, um ein Defizit zu decken, wenn die Vorträge nicht prosperieren würden. Der Ortsausschuß hat im Vorjahre das Geld nicht gebraucht, da die Vorträge gut besucht waren. Trotzdem wendet sich der Verein in diesem Jahre wieder an uns und bittet, auch für das nächste Jahr,

welches voraussichtlich noch besser abschneiden wird als das vorige, die Zusicherung zu geben, zur Deckung eines eventuellen Fehlbetrages einen Zuschuß im Höchstbetrage von 500 M aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Ich darf Ihnen wohl den Entwurf der Vortragsfolge für den kommenden Winter vorlesen:

1. Regierungsassessor Krüger: Städtische Bodenpolitik.
2. Professor Evers: Einführung in den Parzival.
3. Professor Lenz: Die wirtschaftliche Kriegsrüstung Deutschlands.
4. Dr. Dann: Die niederländischen Bilder im Herzoglichen Museum.
5. Dr. Kanter: Die Krisentheorie.
6. Dr. Schulze: Berufs- und Gewerbehygiene.
7. Professor Stubbe: Moderne Fabrikbauten.
8. Professor Helm: Die Fragen des modernen Bahnhofsbau unter Berücksichtigung des Braunschweiger Projekts.
9. Professor Zeidler: Das moderne Kunstgewerbe.

Meine Herren. Sie sehen aus diesem Programm, daß wohl nach allen Richtungen hin der Ortsausschuß sich Mühe gibt, Vorträge halten zu lassen, die Interesse erwecken. Der Magistrat gibt anheim, die Zusicherung auch für dieses Jahr auszusprechen, und die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem stattzugeben.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Herren. Sie haben eben die Liste der Themata gehört, die in diesem Vortragskurse abgehandelt werden sollen. Es kommt dadurch unzweideutig zum Ausdruck, daß sie sich nicht auf rein künstlerischem oder wissenschaftlichem Gebiet bewegen, sondern daß diese Vorträge erheblich in das Gebiet der Politik hinübergehen. Einer der Vorträge, deren Titel Ihnen der Herr Berichterstatter vorgelesen hat, hat unmittelbar den Ausdruck „Politik“ an der Spitze aufgenommen: Es ist der Vortrag des Herrn Regierungsassessors Krüger. Besonders würden in dieses Gebiet hineingehören „Die wirtschaftliche Kriegsrüstung Deutschlands“, dann „Die Krisentheorie“, das eins der umstrittensten Gebiete in der Politik ist und jedenfalls sehr stark von Politik beeinflusst wird. Es dürfte deshalb wohl bloß dieses Hinweises bedürfen, um — wenn Sie Ihren wiederholt ausgesprochenen Grundsätzen treu bleiben wollen — diesmal eine derartige Garantieübernahme zu versagen. Ich bitte Sie, aus diesem Grunde davon Abstand zu nehmen. Es kommt hinzu, daß die Durchführung der Vorträge, wie sie praktisch sich im Vorjahre gestaltet hat, doch wohl nicht eine solche ist, daß man sagen kann, es sei damit das Handwerk oder der Handelsstand gefördert. Es ist nach der ganzen Aufstellung vielmehr eine Unterstützung gewisser Vereine, die Vorträge halten wollen und die gewiß sein wollen, daß die Mittel, die der Verein sonst selber auf eigene Kosten zu beschaffen hat, ihm von der Allgemeinheit, von dem Staats-

ministerium oder von der Stadt aus der bekannten Geldquelle der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt werden sollen. Es sind die verschiedenen Vereine der Handlungsgehilfen, dann auch der Verein technischer Beamten, auch der Rabattspareverein und derartige wirtschaftspolitische Gruppen, die diese Vorträge veranstalten, und zwar in einer Weise, daß ihre Mitglieder dabei wesentlich bevorzugt werden. Andere Herren und Damen, die auch zu diesen Vorträgen zugelassen werden, müssen ein erhöhtes Eintrittsgeld bezahlen, während die Mitglieder dieser Vereine zu Vorzugspreisen zugelassen werden. Es ist keine allgemeine, das Interesse auch nur dieser Kreise fördernde Veranstaltung, sondern eine Veranstaltung gewisser Vereinsgruppen, und ich glaube, das zu fördern sollte, auch wenn man unter dem Namen und Mantel der Wissenschaft oder der Unterhaltung an die Stadtverwaltung herantritt, nicht unsere Aufgabe sein. Ich bitte Sie, aus diesen beiden Gründen die Garantieübernahme in diesem Falle zu versagen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Was den ersten Grund betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß es nicht richtig ist, wenn gesagt wird, die Stadt dürfte überhaupt keine Sachen betreiben oder fördern, bei denen es sich um Politik handelt. Was treiben wir denn hier fortwährend in jeder Sitzung? Es ist das doch auch Politik, wenn auch kommunale Politik, und es gibt alle möglichen Arten Politik! Was wir aber immer abgelehnt haben, ist die Unterstützung irgendwelcher Parteipolitik, und auf dem Standpunkte steht der Magistrat auch heute noch.

Über den anderen Grund, den Herr Dr. Jasper angeführt hat, sich zu entscheiden, muß ich Ihnen überlassen. Wir im Magistrat waren der Ansicht, daß die genannten Vorträge für die Allgemeinheit Interesse hätten und auch die Stadt wohl Veranlassung hätte, derartige Veranstaltungen, durch die das geistige Leben in der Stadt gefördert wird, zu unterstützen. Sollten Sie anderer Ansicht sein, dann lehnen Sie bitte die Vorlage ab.

Die Zusicherung einer Zuschußleistung von höchstens 500 M bei einem etwaigen Fehlbetrage wird von der Versammlung genehmigt.

10. Ermäßigung des Mietpreises für das Grundstück Kleine Burg 2.

Stadtv. Loeßigk: Meine Herren. Wie Sie wissen, ist das Haus Kleine Burg Nr. 2 in den Besitz der Stadt übergegangen und seinerzeit an Herrn Rautenfranz vermietet. Dieser Herr ist verstorben, und seine Erben sind in den Mietvertrag eingetreten. Sie müssen einen Mietpreis von 1000 M bezahlen, haben die Instandhaltung des Grundstücks zu besorgen und Wasser- und Schornsteinschornsteingeld zu entrichten. Nun hat Fräulein Rautenfranz, die jetzige Mieterin, die das Geschäft ihres Vaters übernommen hat, eine große Konkurrenz gegenüber

ihrer Wohnung bekommen und kann das Geschäft auch nicht in dem Rahmen weiterführen, wie es ihr verstorbener Vater getan hat. Sie hat nun versucht, durch Abvermieten einer kleinen Wohnung zum Preise von 150 *M* den Mietpreis für sich zu erniedrigen. Das ist sehr schwer gewesen, und die Mieter haben nicht lange ausgehalten, weil das Spiel der Damenkapelle in dem Nebenhause bis in die Nacht hinein ruhestörend gewirkt hat, auch das Abvermieten von einzelnen Zimmern ist aus diesem Grunde nicht gut möglich gewesen. Aus allen diesen Gründen hat sich Fräulein Rautenfranz an den Magistrat gewandt mit der Bitte, den Mietpreis des Hauses um 200 *M* zu ermäßigen, und der Magistrat ersucht uns, dieser Ermäßigung zuzustimmen. Auch die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich anheim, die Pacht auf jährlich 800 *M* zu ermäßigen.

Der Ermäßigung der Miete auf 800 *M* stimmt die Versammlung zu.

11. Nachverwilligung von Kosten für bauliche Einrichtungen in der Schule am Schulwege.

Stadtv. Rasche: Es wird uns die Abrechnung über die Kosten des Umbaus in der Schule am Schulwege vorgelegt. Es handelt sich auch hier um Einrichtung einer Schulküche, die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen dafür und um die Anlage einer Zentralheizung. Es waren dafür zusammen 36 000 *M* verwilligt, die wirklichen Kosten aber haben 39 343,42 *M* betragen, es ist somit eine Überschreitung von 3 343,42 *M* entstanden. Die Überschreitung wird von der Bauverwaltung dadurch motiviert, daß verschiedene zur Ausführung zu bringende bauliche Veränderungen größere Aufwendungen erfordert haben als nach der überschläglichen Berechnung angenommen war, namentlich sind in der früheren Schuldienerwohnung Träger zur Unterstützung der Decken nötig geworden, ferner die Herrichtung einer neuen Treppenanlage von dem einen Nebenraum der Küche nach dem Vorratsraum im Keller. Sodann hat die Herrichtung der Rauchabzugsrohre für die Herde nicht unerhebliche Mehrkosten verursacht. Ferner hat eine Scheidewand nicht als einfache Brüstliche Wand, sondern als doppelte Wand mit einer Isolierschicht von Korksteindielen eingerichtet werden müssen. Dann ist bei Anlage der Heizung die Herstellung der Abluftkanäle, namentlich aber ihre Durchführung durch den Dachboden und die Decken erheblich schwieriger gewesen als vorgesehen. Ebenso hat die Wiederherstellung der Dächer nach Ausführung dieser Kanäle größere Kosten erfordert und anderes mehr. Ferner ist zu beachten, daß die Erhöhung der Kosten noch dadurch erheblicher geworden ist, daß die Arbeiten in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Sommerferien ausgeführt werden mußten, wodurch besonders eine Zahl von Überstunden einzulegen nötig war, für die höhere Löhne zu zahlen waren.

Die Rechnungen sind geprüft, und die Baukommission schließt sich dem Antrage des Magistrats an, der uns anheimgibt, die Summe von 3343,42 *M* nachzuverwilligen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Baukommission.

12. Verwilligung von Kosten für die Beschickung des 33. Deutschen Armenpflegetages in Stuttgart.

Stadtv. **Lange:** Ende September findet in Stuttgart der diesjährige Deutsche Armenpflegetag statt. Im Hinblick auf die wichtige Tagesordnung, die unter anderem eine Beratung über das deutsche Reichsarmengesetz vorsieht, hat die Armendirektion in ihrer Sitzung vom 3. September beschlossen, als Mitglieder der Armendirektion Herrn Pastor Kaufke und Herrn Stadtrat von Frankenberg und aus der Zahl der Armen- und Waisenpflegerinnen Frau Hedwig Göze auf städtische Kosten an der Tagung teilnehmen zu lassen, und sich mit einem dementsprechenden Antrage an den Stadtmagistrat gewandt. Der Magistrat hat dem Beschlusse zugestimmt und empfiehlt den geehrten Herren, die für die Reise und Teilnahme an dem Kongreß entstehenden Kosten im Betrage von ca. 500 *M* zu Lasten des Kap. XIV Nr. 6 der ordentlichen Ausgabe der Kämmereikasse verwilligen zu wollen. Im Auftrage der Finanzkommission bitte ich die geehrten Herren, dementsprechend beschließen zu wollen.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich wundere mich, daß von der großen Zahl der Armenpfleger und der Waisenpflegerinnen nur eine Person nach dem Armenpflegetage entsandt werden soll. Wenn wir, meine politischen Freunde und ich, uns von persönlichen Gründen leiten lassen wollten, so würden wir allerdings gegen die Verwilligung für diese Tagung sein, aber für unsere Stellungnahme können nur sachliche Gründe maßgebend sein. Man schließt die große Masse der Arbeiterschaft grundsätzlich von jeder Mitarbeit in der Armenpflege aus, und das ist eine Beleidigung der großen Masse des Volkes, die wir bitter empfinden. Man sagt es uns, wenn auch nur im Dunkel der vertraulichen Sitzungen, sogar offen ins Gesicht, daß man unseren Vorschlägen auf Wahl von Armenpflegern nicht zustimmt, weil die Armenpfleger aus den bürgerlichen Kreisen unter sich bleiben wollen; man wolle das gute Verhältnis nicht stören und deshalb aus der Arbeiterschaft keine Armenpfleger haben. Wenn man so die Vertreter der Arbeiterklasse grundsätzlich und systematisch von den Armenpflgearbeiten fernhält, und wenn wir in Berücksichtigung ziehen, was vorhin beschlossen ist, daß man Kinder derselben Arbeiterklasse zu den patriotischen Feiern heranzieht, dann machen wir uns ein Bild daraus. Der rückständige Geist, der sich darin zeigt, daß man die große Masse des

Volkess von praktischer Mitarbeit bei der Armenpflege fernhält, hat hier in der Stadtverordnetenversammlung seinen Ursprung, und wir haben alle Ursache, mißtrauisch gegenüber solchen Dingen zu sein, bei denen nur eine exklusive Klasse des Volkess ihre Vertretung findet, obgleich es sich um die Vertretung der Armeninteressen handelt, der Interessen, denen wir weit näher stehen als der größte Teil der Herren, die an der Armenpflege beteiligt sind, wenn ich auch die Tätigkeit mancher der Herren sehr wohl zu schätzen weiß. Ich bringe dies deshalb hier heute in der öffentlichen Sitzung zur Sprache, weil sonst nie im ganzen Jahre Gelegenheit dazu ist, da die Sache nur in den vertraulichen Sitzungen behandelt wird und die Bürgererschaft nie davon Kenntnis erhält, daß die Vertreter der Arbeiter systematisch von diesen Arbeiten ferngehalten werden. Wir verkennen jedoch nicht den Wert solcher Tagungen, wie es der Armenpflegetag ist. Es ist besonders glücklich, daß diese Tagung in Stuttgart stattfindet, und wir wollen hoffen, daß die Vorstandsmitglieder unseres Armenwesens dort etwas lernen und uns von dort etwas Gutes mitbringen. Dort werden unsere Delegierten die Erfahrung machen, daß gerade in Süddeutschland — aber auch in Norddeutschland — nicht ein so rückständiger Geist herrscht, wie bei uns, daß man dort die Arbeiter zum großen Teil zu den Armenpflegearbeiten mit heranzieht, daß man über ihre Mitarbeit dort erfreut ist, und daß man dort auch Frauen heranzieht, nicht bloß zur Waisen-, sondern auch zur Armenpflege, wovon sie hier bisher ausgeschlossen sind. Wenn es das Resultat der Bescheidung ist, daß unsere Delegierten dort lernen, daß man auch hier etwas weiter zu gehen hat, als es bisher geschehen ist, wenn auch die Dünkelhaftigkeit hier etwas zurückgedämmt werden muß, dann sind wir zufrieden. Weil wir hoffen, daß aus dieser Tagung auch etwas Erfolg für die hiesige Armenpflege erzielt wird, sind wir für Bewilligung der Mittel, bedauern nur, daß man auch hier wieder so knauserig ist und nur eine einzige Frau aus der Waisensorfge und niemand sonst von den Armenpflegern hinschicken will.

Die angeforderten Kosten werden bewilligt.

13. Pfandentlassung und Vorrangseinräumung einer Leihhausehypothek am Grundstück Kastanienallee 4.

Stadtv. Munte: Es handelt sich um eine formelle Angelegenheit, zunächst um die Pfandentlassung einer Hypothek von 14 000 M., die als Rest des Kaufgeldes auf dem von der Stadt an den Bauunternehmer Hünze verkauften vormals Wille'schen Grundstücke ruhen. Herr Hünze hat den an der Howaldtstraße belegenen Teil dieses Grundstücks bebaut und mußte zu diesem Zwecke noch eine Hypothek von 30 000 M. aufnehmen. Die Stadt konnte wegen Mangel an verfügbaren Mitteln

das Geld nicht hergeben, und Hünze hat nun das Geld vom Leihhause bekommen. Dieses hat aber bei Hergabe des Geldes die Bedingung gestellt, daß seine Hypothek an erster Stelle eingetragen werden sollte, also die 14 000 M der Stadt an zweite Stelle treten sollten. Die Schätzung des Grundstücks an der Howaldtstraße durch die städtische Bauverwaltung hat einen Pfandwert von 44 000 M ergeben. Der Magistrat ist aus diesen Gründen sowohl mit der Entlassung des übrigen Teiles des vormalig Wilkeschen Grundstücks aus der Pfandhaft, wie auch mit der Vorrangseinräumung an das Leihhaus einverstanden, nur hat er die Bedingung gestellt, daß Hünze statt wie bisher $4\frac{1}{4}$ Prozent nunmehr $4\frac{1}{2}$ Prozent für die städtische Hypothek zu zahlen hat, was Hünze zugesagt hat. Die ganzen Verhandlungen haben Ende Juli und im August stattgefunden, als wir in den Ferien waren, und es wird nun nachträglich die Genehmigung der geehrten Herren eingeholt. Der Antrag des Magistrats lautet dahin: „Der ausgesprochenen Pfandentlassung wie der Vorrangseinräumung unter Erhöhung des Zinsfußes von $4\frac{1}{4}$ auf $4\frac{1}{2}$ Prozent nachträglich zustimmen zu wollen.“

In der Finanzkommission hat die Angelegenheit zur Beratung gestanden, wir haben nichts dagegen zu erinnern gehabt. Ich habe Ihnen namens der Finanzkommission anheimzugeben, zu der Handlungsweise des Magistrats nachträglich die Zustimmung auszusprechen.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

14. Erbauung eines Ofenhauses auf dem Grundstücke der Gasanstalt an der Taubenstraße.

Stadtv. **Frühling:** Bei dem im März 1907 genehmigten Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße ist die Ausführung der neuen Ofenanlage zurückgestellt, weil die Verwaltungsdeputation des Gaswerks der Meinung war, daß die Frage, welche Ofenart den Vorzug verdient, noch nicht einwandfrei gelöst sei. Inzwischen sind an den Ofen weitere Verbesserungen vorgenommen und neue Erfahrungen im Betriebe gesammelt, so daß die Deputation zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Sachlage jetzt so sei, daß das, was sich als das Beste inzwischen herausgestellt hat, als endgültige Lösung zu betrachten sei und ohne Bedenken für Braunschweig angenommen werden könne. Die Deputation schlägt deshalb vor, eine Ofenanlage mit Vertikalöfen auszuführen. Der Magistrat hat Ihnen seine Vorlage mit dem Bericht der Deputation übersandt; ich kann wohl hier auf die ausgedehnten Ausführungen Bezug nehmen und mich kurz fassen. Es handelt sich um eine speziell gasteknische Sache, die in ihren Einzelheiten hier in der großen Versammlung in sachgemäßer Weise zu diskutieren ganz unmöglich ist. In

der Beziehung sind wir gezwungen, uns auf die Direktion der Gaswerke und auf die Verwaltungsdeputation zu verlassen, daß sie das Richtige getroffen haben. Ich glaube, wir haben auch Veranlassung, dies Vertrauen in die Herren zu setzen, denn bisher haben wir in dieser Beziehung nur gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Was wir tun können, ist, daß wir uns überzeugen, daß die Prinzipien, nach denen die ganze Anlage aufgebaut werden soll, die richtigen sind, und daß die Gesamtanordnung dem entspricht, was man von einer derartigen Anlage erwarten kann. Ich möchte Ihnen deshalb in Kürze die Hauptgesichtspunkte, wie die Anlage gedacht ist, an Hand der ausgestellten Zeichnung darlegen. (Der Herr Referent tritt an die ausgestellte Zeichnung und zeigt die besprochenen Teile.)

Die Förderung der Kohlen geschieht mechanisch in einem hohen Förderturm. Von dort aus werden sie mechanisch weiter befördert über die Efen. Hier sind Absturzvorrichtungen vorgesehen, so daß die Kohlen direkt in die Efen gelangen. Nachdem sie in den Efen vergast sind, werden die Efen wieder durch mechanische Einrichtungen entleert und die glühenden Kohlen in Wasserrinnen gestürzt, um abgelöscht zu werden. Wiederum mechanisch weitergeführt, gelangen sie in eine Löschvorrichtung, von wo sie, nachdem sie abgekühlt sind, mechanisch emporgehoben und an die Lagerstätten geführt werden, um nach der Größe verteilt zu werden. Von dieser Brücke ab wird der Koks abgestürzt und, soweit er frei lagern soll, auf den Lagerplatz gebracht, oder er wird in der Koksaußereivungsvorrichtung gesiebt und in eine Art Silo gebracht. Auch auf mechanischem Wege wird der Koks darauf in die kleinen Eisenbahnwagen gestürzt, die ihn weiter befördern. Das Ganze ist darauf angelegt, daß sämtliche Arbeiten durch Maschinen ausgeführt werden. Auch Becherwerke zum Transport, Transportbänder und Schienengleise sind vorhanden. Dadurch ist die unangenehme und schwierige Arbeit der Menschen in der Gasanstalt auf das Minimum beschränkt. Das Prinzip, die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen, ist, soweit man übersehen kann, in durchaus zweckmäßiger und glücklicher Weise durchgeführt, so daß die Baukommission der Meinung gewesen ist, daß das Arbeitsprinzip in zweckmäßiger Weise gelöst ist. Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich, weil sie sich unserer Kenntnis zu sehr entziehen. Nur möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Lüftungsvorrichtungen in sehr guter Weise angebracht sind, indem durchgehende 1½ m breite Schlige hierfür vorhanden sind, die Gas und heiße Dämpfe abführen und von unten frische Luft Zutreten lassen. Ebenso ist dafür gesorgt, daß die Arbeiter angemessene Räume für Aufenthalt und Reinigung haben. Endlich könnte ich noch hinzufügen, daß die Einrichtung der ganzen Anlage auf einem muster-gültigen Vorbilde beruht, wie es in Hannover ausgeführt ist.

Die Einrichtungen haben wir uns in der Baukommission eingehend erklären lassen und haben sie in ausgiebiger Weise besprochen, so daß ich namens der Bau-

Kommission in technischer Beziehung nur empfehlen kann, der Vorlage zuzustimmen.

Was das Finanzielle betrifft, so wird mein Mitreferent, Herr Baurat Schön, darüber berichten.

Stadtv. Schön: Die Finanzkommission schließt sich dem Antrage der Baukommission auf Genehmigung der Vorlage an. Die gesamten Kosten des vorgelegten Projekts sind zu 610 000 *M* veranschlagt, wovon ungefähr 420 000 *M* auf die eigentliche Ofenanlage selbst und 190 000 *M* auf die übrigen Um- und Erweiterungsbauten entfallen. In dem Bericht der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke wird daran erinnert, daß in den Jahren 1907 und 1908 für den Erweiterungsbau des Gaswerks an der Taubenstraße 1 200 000 *M* bewilligt wurden, von denen aber nur rund 894 000 *M* verausgabt worden sind. Rechnet man zu diesen 894 000 *M* die jetzt angeforderten 610 000 *M*, so ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 1 500 000 *M*, also 300 000 *M* mehr als vor sechs Jahren veranschlagt worden sind. Diesen Mehrkosten von 300 000 *M* steht aber eine Mehrleistung von 50 Prozent an Gaserzeugung gegenüber, ein Verhältnis, das auch ohne die sonstigen Vorteile dieser neuen Anlage gewiß als günstig bezeichnet werden kann.

Der Stadtmagistrat beantragt, die 610 000 *M*, die zu bewilligen sind, aus dem Reservefonds der städtischen Gaswerke zu bestreiten. Dieser besteht zurzeit aus 432 000 *M*, hinzu kommt aber die im Voranschlage des laufenden Jahres vorgesehene Rückstellung von 100 000 *M*, und außerdem wird aus dem Überschuß des Vorjahres — der erheblich höher ausgefallen ist, als anschlagsmäßig berechnet war — eine weitere Rückstellung für den Reservefonds in Aussicht genommen werden können. Die Finanzkommission empfiehlt, auch in dieser Beziehung dem Antrage des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Vorsitzender: Der Antrag der vereinigten Kommissionen geht dahin:

„der Ausführung des vorgelegten Projekts zuzustimmen, und die Summe von 610 000 *M* zu Lasten des Reservefonds der städtischen Gaswerke verwilligen zu wollen.“

Ferner wird die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke ermächtigt, Änderungen des Projekts, die sich bei der Ausführung als notwendig oder zweckdienlich ergeben sollten, ohne Mitwirkung der städtischen Behörden gutzuheißen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen der vereinigten Kommissionen zu.

15. Verwilligung eines Betrages für Einstellung eines Hilfsheizers.

Stadtv. **Munte:** Der Stadtmagistrat hat an die Herren Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet, in welchem ausgeführt wird, daß es nicht mehr möglich sei, die Bedienung der gemeinschaftlichen Dampferzeugungsanlage des Hauptgebäudes einschließlich sämtlicher Dienstwohnungen sowie der Nebengebäude der Feuerlöschanstalten und der Gebäude des Waisenhausgrundstücks durch einen einzigen Heizer ausführen zu lassen. Es hatte dieser Heizer immer von morgens 4 Uhr ab arbeiten müssen und wurde von 4 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends durch Feuerwehrleute vertreten. Dieser Umstand ließ sich auf die Dauer nicht halten, weil die Feuerwehrleute von Tag zu Tag wechselten und zeitweise Leute den Heizer vertreten mußten, die von der Heizung nicht viel verstanden. Es ist inzwischen von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ein Hilfsheizer eingestellt, und zwar gegen eine Vergütung von 400 M jährlich.

Der Antrag des Magistrats geht dahin, die getroffene Maßnahme gutzuheißen und die erforderlichen Mittel, welche bisher im Voranschlage für 1913/14 nicht vorgesehen sind, zu Lasten des Kap. VII verwilligen zu wollen.

Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und gibt anheim, ihn zu genehmigen.

Die Versammlung ist mit der Einstellung einverstanden und bewilligt die Mittel dafür.

16. Neufassung der „Bedingungen für die Abgabe von Gas“ betreffend.

Stadtv. **Meyerhoff:** In der Sitzung vom 28. August ist von Herrn Bunge der Antrag gestellt, die Rabattsätze bei Bezug von Gas dahin zu ändern, daß schon bei einem Jahresverbrauch von mehr als 300 M 3 Prozent und von mehr als 400 M 4 Prozent Rabatt gewährt wird. Der durch diese Änderung der Rabattsätze bedingte Einnahmefall ist nach einer Schätzung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke auf etwa 1300 M in Anschlag zu bringen. Der Magistrat teilt uns nun mit, daß er dem von uns angenommenen Antrage zustimmt.

Ferner ist in dem Schreiben des Magistrats bemerkt, daß die von ihm empfohlene Änderung des § 16 des Entwurfs der „Bedingungen“, wonach in Zeile 3 statt „Abnehmer“ „Besteller“ gesagt werden soll, auch in dem zu demselben Absatz gehörenden Satz „übersteigen die Kosten der Lieferung . . . dem Abnehmer zur Last“ Platz greifen müsse.

Zu gleicher Zeit wird von dem Magistrat der Wunsch ausgesprochen, in § 24 zu „Änderungen“ noch „Ergänzungen“ hinzuzufügen. Der Magistrat beantragt,

diese eben vorgetragenen beiden Änderungen in dem noch nicht gedruckten Statut gutzuheißen.

Die Statutenkommission hat die Vorschläge geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Zustimmung des Magistrats zur Änderung der Staffelung in den Rabattjäten und ist mit den vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen einverstanden.

17. Anfrage **Ußmann** über eine Bebauung des Terrains der projektierten Straße 547.

Wortlaut der Anfrage S. 408.

Stadtv. **Ußmann** (zur Begründung): Meine Herren. Am 12. Oktober 1905 beschlossen die Stadtverordneten auf Antrag des Stadtmagistrats, in den Ortsbauplan eine Straße aufzunehmen, die, vom Damm aus dem Flußlauf der Oker folgend, über Hinter Liebfrauen nach dem Bruchtorwall durchgeführt werden sollte. Am Damm war neben dem Hause des Goldarbeiters Jürgens eine Öffnung zwischen den Häusern vorhanden. Diese Öffnung wurde damals schon bezeichnet als die Stelle, wo die Durchführung beginnen sollte, wie das aus dem Plan auch ersichtlich war. An dieser Stelle ist in diesem Jahre ein Haus gebaut. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn das geschieht auf einer Straße, die schon projektiert ist und in den Ortsbauplan aufgenommen ist, so daß eine Klarstellung geboten erscheint, wie es kommen konnte, daß in diesen Straßenzug ein Haus hineingesetzt wurde. Wenn sonst an irgendeiner Stelle in der Stadt vermutet wird, daß jemand bauen will, so wird die Baufluchtlinie festgesetzt, um Schaden und Kosten für die Stadt zu verhüten. So war es auch seinerzeit mit der Beschlußfassung über diesen Straßenzug gemeint. Bekanntlich wurde damals durch Beschluß der Versammlung der Ottikenteil aufgehoben, da ein Anlieger ein Gebäude dort errichten wollte, und auf diese Weise kam man zu der Idee, einen Straßenzug festzusetzen, der sich als notwendig zeigen könnte, wenn der Bahnhofsbau ausgeführt würde. Der Magistrat war anfangs der Ansicht, die Breite der Straße auf 10 m festzusetzen, später wurde sie auf 14 m vergrößert, und die Kommission hat die Breite dann auf 16 m gewünscht, da ihr die Breite von 14 m nicht genügend schien. Ich habe damals mit Freuden begrüßt, daß man so großzügig vorging und den Straßenzug schaffen wollte. Wir wissen uns zu erinnern, wie die Führung der verschiedenen Straßenbahnlinien durch die Münz- und Friedrich-Wilhelmstraße hier erörtert wurde und der Stadtmagistrat dabei erklären ließ, daß es nicht zweckmäßig wäre, daß durch die Münzstraße drei Straßenbahnlinien gehen.

Wenn der Bahnhofsbau ausgeführt ist, wird der Verkehr sich voraussichtlich noch mehr heben und nach dieser Richtung hin besonders zusammenschieben, und aus diesem Grunde wird der geplante Straßenzug, wenn nicht in absehbarer Zeit, so doch immerhin später einmal zur Ausführung kommen müssen. — Ich muß hier im voraus erklären, daß die Herren nicht etwa glauben möchten, ich wäre bei Ausführung dieser Straße besonders interessiert; es ist lediglich das Interesse für die Öffentlichkeit, was mich dazu veranlaßt, die Sache zur Sprache zu bringen. Mein persönliches Interesse daran könnte lediglich das sein, daß ich wünschen müßte, es möchte noch recht lange dauern, bis die Straße gebaut wird, weil sonst die eventl. Kosten, die entstehen, zum Teil auch meine Person mit treffen könnten. Ich erwähne dies ausdrücklich, damit man nicht meint, ich wäre persönlich interessiert.

Als ich mich erkundigte, wie es gekommen ist, daß das Haus auf dieser projektierten Straße gebaut werden konnte, wurde mir mitgeteilt, daß das Stadtbauamt den Bau auch abgelehnt habe, daß Herr Jürgens sich aber an das Staatsministerium gewandt habe und dieses die Genehmigung erteilt habe, worauf das Haus habe gebaut werden dürfen. Ich habe mich bemüht, nach dem Baugesetz für das Herzogtum Braunschweig, der Bauordnung, festzustellen, wie es möglich war, daß das Staatsministerium diesen Dispens erteilen konnte. Da ist mir der § 88 aufgefallen, der von Dispensationen spricht, und in dem es heißt:

„Die Dispensation von den durch Gesetz, Verordnung oder Statut unbedingt erteilten baupolizeilichen Vorschriften bleibt für einzelne dringende Fälle von besonderer Natur dem Herzoglichen Staatsministerium insoweit vorbehalten, als nicht dadurch dem Rechte oder erheblichen Interessen eines Dritten Eintrag geschieht.

Mit der gleichen Beschränkung ist Herzogliches Staatsministerium auch beauftragt, falls sich ein dringendes Bedürfnis dazu herausstellt, einzelne der genannten Vorschriften für ein bestimmtes Gebiet dauernd oder zeitweise außer Anwendung zu setzen. Wenn Herzogliches Staatsministerium von dieser Befugnis Gebrauch macht, so ist davon der Ausschuß der Landesversammlung in Kenntnis zu setzen.“

Eine andere bezügliche Bestimmung habe ich nicht gefunden, und diese angeführte Bestimmung legt meinem Vorfürhalten dem Staatsministerium nicht das Recht zu, daß es aus seiner Dispensationsbefugnis die Genehmigung zu dem Bau erteilen konnte. Wenn nicht andere gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, die mir unbekannt sind, so verstehe ich nicht, wie das Ministerium sich in diese Angelegenheit einmischen konnte und die Erlaubnis zum Bau geben für ein Haus, das mitten in den Weg hineingesetzt wird. Die Frage entsteht (und die möchte ich bitten, bei der Beantwortung des Herrn Magistratsvertreters mit zu klären), ob die Mehrkosten, die hierbei erwachsen, wenn die Straße durchgelegt werden soll, und die Anlieger das Straßenterrain bezahlen sollen, wirklich von den Anliegern

bezahlt werden sollen, oder ob man öffentliche Mittel dafür anwenden will, was auch verkehrt wäre. Es ist anzunehmen, daß, wenn wir nach 5 bis 6 Jahren dahin kommen sollten, die Ausführung des Straßenzuges, dessen Notwendigkeit schon 1905 begründet ist, vorzunehmen, das Haus abgebrochen werden müßte und der Herr widerspenstig sein würde, sich langwierige Verhandlungen ergeben, und daß die Möglichkeit eintritt — indem irgendeine Verordnung hergesehen wird, wie auch hier die Stadt den Kürzeren gezogen hat —, daß die Stadt auch dann die Kosten zu tragen hätte. Ich muß sagen, daß ich nicht herausfinden kann, daß das Ministerium das Recht hatte, so weit zu gehen, denn was in § 88 ausgeführt ist, scheint hier nicht vorzuliegen. Ich möchte anfragen, ob der Magistrat nach diesem Gesichtspunkte hin versucht hat, den Bau zu verhindern. Das Kanalterrain ist seit etlichen Jahren Eigentum der Stadt geworden; früher war es ja Staatseigentum. Durch Landtagsbeschluß ist seinerzeit die Genehmigung zur Kanalisation usw. der Stadt übertragen — der Herr Oberbürgermeister schüttelt den Kopf, ich habe allerdings nach dieser Richtung die Beschlüsse nicht nachgesehen, weiß aber bestimmt, daß man den Beschluß gefaßt hat, die einschneidenden Bestimmungen zu ändern, so daß der Stadtmagistrat über die Kanäle und die fließenden Gewässer das Beaussichtigungs- und Bestimmungsrecht haben soll. Im übrigen wird in diesem Falle, weil der Streifen kanalisiert ist, durch Bezahlung der Kosten das Terrain seitens der Anlieger erworben sein. Jedenfalls bleibt aber die Erbauung des Hauses ein Unrecht, eine Schädigung der Interessen der anderen Anlieger, und ich bezweifle, daß das Staatsministerium im Recht ist, wenn es diesen Dispens erteilt hat.

Stadtrat Wagner: Zuständig in dieser Frage war nicht der Stadtmagistrat, sondern das Stadtbauamt als die baupolizeiliche Behörde. Der Magistrat ist aber in der Angelegenheit gehört, und ich kann über den Verlauf der Sache Auskunft geben.

Der Goldarbeiter Jürgens, der geschäftlich mit seinen Räumen nicht auskommen konnte, kam um Zulassung der widerruflichen Genehmigung dieses Erweiterungsbaues beim Stadtbauamt ein. Das Stadtbauamt hat diesen Antrag durch formellen Bescheid abgelehnt, und zwar aus drei Gründen. Einmal deshalb, weil die widerrufliche Zulassung dieses Baus zu Schwierigkeiten späterhin beim Ausbau der Straße führen könnte. Allerdings ist der Eigentümer, dem der Bau nur widerruflich genehmigt ist, verpflichtet, auf seine Kosten, sobald die projektierte Straße ausgebaut wird, das ganze Bauwerk niederzureißen und den früheren Zustand wiederherzustellen. In der Beziehung war kein Grund zur Abweisung des Gesuchs vorhanden. Es wurde aber befürchtet, daß durch den Bau, weil eine Erweiterung der Geschäftsräume der Zweck war, der Wert des Nachbar-

grundstücks, welches zum Teil in die neue Straße einbezogen werden soll, gesteigert werden könnte (Sehr richtig!), daß deshalb die Entschädigung für das Nachbargrundstück beim Straßenausbau sich erhöhen würde. Außerdem aber mußte eine Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion hinsichtlich der Überbauung des öffentlichen Okergrabens herbeigeführt werden, und schließlich war der Antrag zu beanstanden, weil der Bauplan die zulässige Bebauungsfläche überschritt, und dieser Mangel nur durch Dispens vom Herzoglichen Staatsministerium beseitigt werden konnte.

Herr Jürgens hat sich hierauf zunächst nicht an das Ministerium, sondern im Beschwerdewege an die Kreisdirektion gewandt und ist von dieser abschlägig beschieden worden. Dann hat er sich an das Ministerium gewandt und die Nachricht bekommen, es wäre im Instanzenzuge nicht möglich, daß sein Gesuch genehmigt würde, die Entscheidung der Kreisdirektion wäre endgültig; nur durch einen neuen Antrag könnte er etwas erreichen. Herr Jürgens hat nun einen neuen Bauantrag gestellt, und das Stadtbauamt hat nach Anhörung des Magistrats sich wieder gegen Zulassung des Baus ausgesprochen, und zwar aus denselben Gründen, die schon geltend gemacht waren. Bei der zweiten Entscheidung hat aber die Kreisdirektion gesagt, sie könnte die Gründe des Stadtbauamts nicht als triftig anerkennen. Einmal wäre der Ausbau der Straße selbst durch die widerrufliche Bebauung nicht gefährdet, denn in demselben Augenblick, wo sie erfolgen würde, wäre Herr Jürgens, wie er wüßte, verpflichtet, auf seine Kosten das Gebäude niederzulegen, und eine Steigerung der Straßenbaukosten sei nicht zu befürchten. Es wäre unmöglich, daß das Grundstück Damm 21, welches durch die projektierte Straße zum Teil geschnitten würde, dadurch in seinem Werte steige, daß dem Grundstück Damm 20 durch den Zwischenbau ein Zuwachs an Geschäftsräumen entstünde. Mit dem Grundstück Damm 21, welches allein durch den Ausbau der Straße berührt würde, hinge der Ausbau weder wirtschaftlich noch räumlich zusammen. Aus diesem Grunde ist die widerrufliche Zulassung des Ausbaus von der Kreisdirektion als der Beschwerdeinstanz verfügt. Nunmehr ist Jürgens, wie es das Gesetz vorschreibt, mit seinem Dispensationsgesuch — nicht wegen widerruflicher Zulassung des Baus, sondern wegen übermäßiger Bebauung der Grundfläche — an das Herzogliche Staatsministerium gegangen. Auch das zweite Mal ist er vom Ministerium abschlägig beschieden worden und hat versucht, sein Bauprojekt einzuschränken. Nachdem er dann den Nachweis geführt, daß er beim besten Willen das nicht könnte, hat das Ministerium nachgegeben und den Dispens wegen der übermäßigen Bebauung der Grundfläche erteilt. Weiter ist Herr Jürgens an die Herzogliche Polizeidirektion gegangen als die Wasserpolizeibehörde und hat die widerrufliche Erlaubnis erwirkt, den Okergraben zu überbauen. Auf diese Weise ist es möglich gewesen, daß der Bau zustande gekommen ist. Eine Schädi-

gung der Stadt, die aus dieser Bebauung entstehen könnte, glauben wir nicht befürchten zu sollen.

Was die Bebauung der Okerkanäle betrifft, so irrt Herr Altmann, wenn er annimmt, daß der Stadtgemeinde die Kanäle als Eigentum überwiesen sind. Die Stadtgemeinde hat die Aufsichtsfunktionen und die Wartung vom Staate übertragen erhalten, dagegen sind die Kanäle als Teil eines öffentlichen Flußlaufs als außerhalb des Privateigentums stehend anzusehen. Auf Grund eines kürzlich erlassenen Gesetzes kann jetzt an den Kanaldeckeln, die durch Überbauung von Kanälen entstehen, ein Eigentumsrecht erworben werden, was es sonst auf der Welt nicht gibt.

Herr Stadtv. Altmann beantragt Besprechung der Anfrage, um noch eine Klarstellung herbeizuführen. Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden stimmen mehr als 9 Stadtverordnete für die Besprechung. Die Besprechung wird eröffnet.

Stadtv. Altmann: Ich höre zu meinem Erstaunen, daß auch die Herzogliche Kreisdirektion angegangen war. Das ist nach § 87, der von den Rechtsmitteln spricht, ja berechtigt. Beschwerden gegen Beschlüsse des Stadtbauamts sind einzulegen bei der Herzoglichen Kreisdirektion, gegen die Verfügung der Kreisdirektion ist Klage beim Verwaltungsgerichtshof zulässig. Ich hatte nicht geglaubt, daß es sich in diesem Falle um Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Stadtbauamts gehandelt hatte, ich hatte nur von der Stellungnahme des Ministeriums gehört. Nun muß ich allerdings sagen: Ich bedaure, da gegen die Entscheidung der Kreisdirektion Klage zulässig war, daß der Magistrat in diesem Falle von diesem Mittel nicht Gebrauch gemacht hat. Herr Stadtrat Wagner hat uns ja auseinandergelegt, daß eine Schädigung der Stadt nicht eintreten wird, aber man kann darüber doch verschiedener Meinung sein. Ich befürchte eine solche sehr wohl. Solche Gründe, wie sie Herr Jürgens für Bebauung seines Grundstücks angeführt hat, sind keine derartigen, daß nach § 88 die Dispensation des Ministeriums hätte eintreten können, und nach § 87 war uns die Möglichkeit gegeben, gegen die Entscheidung der Kreisdirektion anzugehen. Ob im Interesse der Anlieger die Sache so ausläuft, wie die Stadtverwaltung in diesem Falle glaubt, wird doch sehr zweifelhaft sein. Ich gebe zu, daß die Stadtverwaltung in diesem Falle vieles getan hat, um diesen, wenn ich so sagen darf, ungemütlichen Zustand zu beseitigen, aber ich bedaure, daß der Stadtmagistrat nicht beim Verwaltungsgerichtshof die letzte Entscheidung angerufen hat, weil ich sehr fürchte, daß die Anlieger später ins Hintertreffen kommen. — Was Herr Stadtrat Wagner in bezug auf das Kanalterrain anführte, ist mir bekannt; ich kenne die unglückliche Entscheidung, die die Herzogliche Polizeidirektion getroffen und die Herr Regierungsrat Hoffmeister

ausgetüftelt hat, daß die Kanaldecke niemals Eigentum irgendeines werden kann, nachdem schon mehrere hundert laufende Meter den Anliegern übertragen waren. Der Landtag hat sich ja auch damit beschäftigt. Wenn die Kanäle nicht Eigentum der Gemeinde sind, so liegt — das hat Herr Stadtrat Wagner schon ausgeführt —, das Aufsichtsrecht usw. nach den damaligen Beschlüssen der Gemeinde ob. Ich war nur in bezug auf die Eigentumsrechte im unklaren. Ich bedaure, daß das Staatsministerium sich in solche Verwaltungsangelegenheiten einmischt und die Interessen der beteiligten Anlieger geschädigt hat um eines einzelnen willen. Wenn wir den Sinn der Bauordnung erfassen, wenn wir sehen, daß den Städten gestattet ist, Baupläne von Straßen aufzustellen, dann verstehe ich nicht, wie das Ministerium sich einmischen und einen einzelnen Anwohner bevorzugen konnte, was durchaus nicht im Interesse der übrigen Anlieger war.

Stadtv. **Niese:** Was Herr Nymann anführte, ist nicht der einzige derartige Fall, es sind schon verschiedene gleichartige vorausgegangen. Einige analoge Fälle sind mir noch im Gedächtnis, wo auch das Ministerium eingegriffen hat, nachdem das Stadtbauamt mehrmals die Sache abgelehnt hatte. Ich denke an die Verbreiterung des Langenhofs und die Bebauung des Westphalischen Grundstücks. Die älteren Herren wissen, daß die Verbreiterung des Langenhofs uns in die Lage versetzt hatte, bei Stücken vom Lundenbergischen Grundstücke das Quadratmeter mit 827 *M.* zu bezahlen, jedenfalls der teuerste Preis, der bis jetzt bezahlt ist. Die Bebauung des Westphalischen Grundstücks, welches in einer außerordentlich schmalen Breite liegen blieb, lehnte das Stadtbauamt verschiedene Male ab, aber Frau Westphal wandte sich an das Ministerium, und so ist der Kleiderschrank im Langenhof mehr ist es doch nicht — hingestellt, ein Bauwerk, auf das sich die Stadt etwas einbilden könnte; die Ecke wird dadurch geradezu verschandelt.

Was es nun mit dem Zustande des Widerrufsrechts zu bedeuten hat, so erinnere ich an das Grahesche Lagerhaus an der Drafwitzwete, das vor 20 Jahren auf Widerruf aufgebaut ist. Wir können nicht wissen, ob die Aktien darüber verloren gegangen sind, aber wenn wir die Ringstraße anlegen, müssen wir das Terrain jedenfalls teuer bezahlen. So könnte ich noch andere Fälle anführen, wo es sich um gleiche Fälle handelt. Allerdings bin ich damit einverstanden, daß das Ministerium ein gewisses Recht hat, um Dispensationen zu erteilen. Ich bin selbst darum gekommen in Fällen, wo an dem luft- und lichtfreien Raume $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ qm fehlte. Dann kam ein Beamter vom Ministerium, überzeugte sich, daß der Hofraum gut und quadratförmig war, und daß die gesundheitlichen Verhältnisse keineswegs damit schlechter werden, daß solch eine Kleinigkeit fehlt. Daran habe ich nichts anzusetzen, daß in solchen Fällen Dispens erteilt wird. Aber bei dem Jürgensschen Grundstücke hätte von dem Okerterrain dasjenige Stück, welches den

vierten Teil ausmacht, als luft- und lichtfreier Raum freibleiben müssen. Was nützt uns ein städtisches Bauamt, wenn es nicht über die ganzen Verhältnisse der Stadt gleichmäßig zu entscheiden hat? Ich weiß bestimmt, daß seinerzeit dem Stadtbaumeister Röttcher, als er im Residenzschloße, wo das Holz bis an die Decke aufgespeichert ist, die Verhältnisse prüfen wollte, der Zutritt verweigert ist. In einem kommunalen Wesen, wo ein kommunales Bauamt besteht, muß ihm auch alles, was an Baulichkeiten vorhanden ist, zugänglich sein. Insofern sind die Verhältnisse bei uns mißlich, und jedem Laien muß es auffallen, wenn man weiß, daß von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen ist, eine Straße durchzuführen, und dann ein solches Bauwerk entsteht.

Stadtrat Wagner: Herr Alßmann sagte, das Ministerium hätte sich in diese Angelegenheit eingemischt und sei unzuständig. Das Ministerium ist aber, wie auch Herr Riese ausgeführt hat, nach der Bauordnung die zuständige Stelle, um Dispensationen wegen übermäßiger Bebauung von Terrain zu erteilen, und nur hinsichtlich dieses Punktes hat das Ministerium entschieden, hat sich also durchaus im Rahmen seiner Zuständigkeit gehalten.

Was die Entscheidung der Kreisdirection betrifft, so ist sie nach der Bauordnung die Beschwerdeinstanz bei Entscheidung des Stadtbauamts. Das Stadtbauamt ist keine rein städtische Behörde, sondern sie übt staatliche Funktionen auf Grund der staatlichen Bauordnung aus, ist insolgedessen auch dem staatlichen Organe, der Kreisdirection, unterstellt. Nun meint Herr Alßmann, man hätte Klage gegen die Entscheidung der Kreisdirection beim Verwaltungsgerichtshof verfolgen können. Das ist nicht möglich. Wer hätte dann die Klage einlegen sollen? Klage kann nur derjenige erheben, der in seinen privaten Rechten durch die Entscheidung der Kreisdirection beeinträchtigt ist. Hätte die Kreisdirection die Entscheidung des Stadtbauamts bestätigt und Herrn Jürgens abgewiesen, dann hätte dieser wohl Klage beim Verwaltungsgericht erheben können, aber nicht hätte das Stadtbauamt, dessen Entscheidung aufgehoben war, gegen die Kreisdirection Klage erheben können; das gibt es nicht. Der Stadtmagistrat als solcher war in diesem Verfahren vollständig ausgeschaltet, er ist nur vom Stadtbauamt gehört. Die Möglichkeit einer Klage gegen die Entscheidung der Kreisdirection war uns also nicht gegeben.

Stadtv. Alßmann: Ich bin der Meinung, das Stadtbauamt ist eine Einrichtung der Stadt. (Widerspruch.) Nach der Bauordnung können Arbeiten, die den staatlichen Behörden zustehen, dem Stadtbauamt übertragen werden. Wenn nun das Stadtbauamt etwas abweist, darauf Beschwerde an die Kreisdirection eingelegt wird, und die Kreisdirection entgegen dem Beschluß des Stadtbauamts ent-

scheidet, dann müßte die Vertreterin der Gemeinde, hier der Magistrat, einschreiten und müßte eventl. die Klage einreichen. Natürlich sind die Wege der Herren Juristen sehr wandelbar, der Laie wird sich nicht so leicht in ihre Beschlüsse hinein- denken können; aber logisch wäre es doch, wenn es so wäre, wie ich anführte. Das Stadtbauamt nimmt die Interessen der Stadt wahr, sein Beschluß wird angefochten, die Kreisdirektion entscheidet dem Stadtbauamt entgegengesetzt. Nun ist in letzter Instanz nach § 87 der Bauordnung das Verwaltungsgericht maßgebend; da müßte logischerweise, da das Stadtbauamt nicht klagen kann, der Stadtmagistrat die Interessen der Bürger wahrnehmen und Klage einreichen können.

Stadtv. Munte: Ich komme auf eine Bemerkung des Herrn Kiefe zurück, der behauptet hat, es wären die Akten über die widerrufliche Genehmigung in einem Falle Grahe hier verloren gegangen. Wenn das der Fall sein würde, so wäre das bedauerlich, und dann möchte ich bitten, solche widerrufliche Genehmigungen, da es doch wichtige Dokumente sind, in andere Verwahrung zu geben.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn Herr Munte erst gefragt hätte, ob die Angabe, die Herr Kiefe gemacht hat, richtig ist. (Heiterkeit.)

Stadtv. Munte: Da der Mitteilung des Herrn Kiefe vom Magistratsseite nicht widersprochen wurde, mußte ich annehmen, daß sie richtig war, sonst hätte ich Derartiges auch nicht angenommen.

18. Anfrage Ribbentrop über Ausführung von Notstandsarbeiten im kommenden Winter.

Stadtv. Ribbentrop: Ich bitte, den Antrag in eine Anfrage umzuändern. Sie hat demnach folgenden Wortlaut:

„Ich frage an, ob der Stadtmagistrat bereit ist, dafür zu sorgen, daß bei der im Winter bevorstehenden Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten ausgeführt werden?“

Zu begründen brauche ich meine Anfrage wohl nicht. Es ist darüber so viel durch die Zeitungen gegangen, und jeder der Herren hat wohl auch selbst erfahren, daß Not im Winter Platz greifen wird, daß wir jedenfalls ausnahmslos einmütig hintereinander stehen werden, um lindernd einzugreifen. Bei Einbringung dieser Anfrage will ich aber auch gleich hervorheben, daß ich sicher bin, daß, wenn auch nicht in den Sitzungen des Magistrats, so doch bei jedem einzelnen Mitgliede des Magistrats diese Frage schon zur Erwägung gekommen ist. Ich bitte also nur zu konstatieren, daß meiner Anregung, daß der

Magistrat bereit sein möchte, einer eintretenden Not demnächst durch Einrichtung von Notstandsarbeiten entgegenzutreten, baldigst Folge gegeben wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn ich Herrn Stadtv. Ribbentrop recht verstanden habe, dann will er wissen, ob vom Magistrat Notstandsarbeiten vorbereitet werden. Diese Frage muß ich verneinen. Wir haben uns mit dieser Frage im Magistrat häufig befaßt und haben uns regelmäßig auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht richtig wäre, sozusagen künstlich Arbeit zu schaffen, sondern haben es für richtiger gehalten, daß die Stadt die Arbeiten ausführen läßt, die ohnehin vorliegen und die im Winter ausgeführt werden können. An solchen Arbeiten ist in diesem Jahre durchaus kein Mangel, denn wir haben sehr erhebliche Bauarbeiten vor. Daß wir damit natürlich nicht alle diejenigen Leute beschäftigen können, die im kommenden Winter keine Arbeit haben, ist richtig. Es ist aber schon früher hier anerkannt, daß wir schließlich nicht auf allen Gebieten des praktischen Lebens Arbeiten schaffen können. An größeren Bauten steht folgendes bevor:

Der Ausbau der Wilhelmstraße, den Sie heute beraten haben, und der Ausbau der Straße auf dem früher Tiffertschen Grundstücke.

Dann ist hoffentlich in Bälde zu erwarten, daß das Expropriationsverfahren gegen die Firma Gebrüder Grahe, von dem Herr Rieke sprach, zum Abschluß kommt. In diesem Falle kann sofort mit den umfangreichen Straßenbauarbeiten östlich vom Bültenweg und nördlich von der Karlstraße begonnen werden. Der Bauunternehmer Manegold bittet fortwährend, ihn zu unterstützen, damit seine Arbeiten in Angriff genommen werden können.

Sie haben heute die Erbauung eines neuen Dienshauses auf dem Gaswerk Taubenstraße beschlossen, und sobald es möglich ist, wollen wir mit dieser Arbeit beginnen. Es werden dabei nicht nur Bauarbeiten, sondern auch Eisenarbeiten aller Art zur Ausführung kommen.

Ferner stehen uns bevor die umfangreichen Kanalisationsarbeiten in der westlichen Außenstadt, die jetzt so weit gefördert sind, daß wir vermutlich bald damit anfangen können. Wir sind auch in der Lage, verschiedene andere Kanalanlagen ausführen zu lassen, die durch Frostwetter nicht gehindert werden. Es handelt sich um Kanäle, die auf nicht bereits vorhandenen Straßen hergerichtet werden müssen — teilweise liegen sie allerdings auch in fertigen Straßen —, und wofür bei der Etatsberatung erhebliche Summen ausgeworfen sind.

Sodann stehen wir unmittelbar vor Abschluß der Verhandlungen wegen des Baus von Kleinwohnungen an der Goslarschenstraße. Die Enteignung wird in nächster Zeit vor sich gehen, und wir haben die Absicht, uns bald in den Besitz der Grundstücke einweisen zu lassen. Daß wir diese Angelegenheit bisher nicht stärker

betrieben haben, liegt daran, daß wir es nicht für richtig hielten, die Bächter, die auf den Feldern noch Früchte stehen haben, zu vertreiben.

Außerdem steht uns vielleicht schon in nächster Zeit die Schaffung des Luftschiffhafens bevor. Der Magistrat ist jetzt benachrichtigt, daß am 1. Oktober die Auflassung des Arferöder Feldes vor sich gehen soll. Die Gründung der Gesellschaft, die die Luftschiffahrten hier betreiben will, ist im Gange; es ist heute nachmittag deswegen eine Versammlung, und ich hoffe, daß die Gründung zustande kommt. Es ist Ihnen bekannt, daß bei Errichtung des Luftschiffhafens sehr erhebliche Erdarbeiten vorgenommen werden müssen, z. B. ist der Bullenteich auszufüllen.

An Arbeiten ist also kein Mangel, und wir haben keine Veranlassung, noch weitere Arbeiten künstlich zu schaffen. Ich muß um so mehr Bedenken tragen, Ihnen das zu empfehlen, als bis jetzt nach unseren Beobachtungen ein großer Mangel an Arbeit in Braunschweig nicht eingetreten ist — in anderen Städten soll das wohl der Fall sein. Wenn wir jetzt schon allzuviel Arbeitsgelegenheit schaffen, so müßten wir fürchten, daß wir den Zuzug Arbeitsloser damit fördern. Ich wiederhole, ein Mangel an Arbeit wird in hiesiger Stadt im kommenden Winter nicht vorhanden sein.

19. Antrag Helle auf Zustandsetzung des Bohlenbelags der Fußgängerbrücke Inselwall — Rosental.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge den Bohlenbelag der Fußgängerbrücke Inselwall — Rosental einer gründlichen Reparatur bezw. Erneuerung unterziehen lassen.“

Stadtv. **Helle** (zur Begründung): Die Fußgängerbrücke Inselwall—Rosental ist zwar jedes Jahr etwas ausgebessert, aber verschiedene Bitten um vollständige Erneuerung des Bohlenbelags sind bisher erfolglos geblieben. Da eine gründliche Reparatur oder eine Erneuerung des Belags sich als dringend notwendig herausgestellt hat, so möchte ich bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Der Herr **Vorsitzende** überweist den schriftlich genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

20. Anregung des Stadtv. Schmidt betreffs der Müllabfuhr.

Stadtv. **Schmidt**: Wie wir in einer der letzten Versammlungen beschlossen haben, handelt es sich bei der Frage der Verbesserung des hiesigen Müllabfuhr-

wesens jetzt darum, verschiedene Müllabfuhrsysteme zu probieren. Da ich gesehen habe, daß auf einzelnen Grundstücken neue Mülleimer aufgestellt sind, so meine ich, daß es erwünscht wäre, daß uns bekanntgegeben würde, in welchen Teilen der Stadt die Proben stattfinden, und welche Sachen dort ausprobiert werden, damit wir sie auch in Augenschein nehmen könnten.

Vorsigender: Eine allgemeine Debatte über diesen Gegenstand kann nicht stattfinden. Ich nehme an, daß dies eine an den Stadtmagistrat gerichtete Anfrage sein soll.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich habe die Worte des Herrn Stadtv. Schmidt nicht als Anfrage, sondern als einen Wunsch an den Stadtmagistrat aufgefaßt. Ich kann darauf namens des Magistrats nicht ohne weiteres antworten, um so weniger, als der betreffende Dezernent im Urlaub ist. Er kommt in den nächsten Tagen zurück, und ich werde selbstverständlich Veranlassung nehmen, mit ihm über den Wunsch des Herrn Schmidt zu sprechen.

21. Anfrage Voeschigt wegen Übernahme der Okerbrücken auf die Stadt.

Stadtv. Voeschigt: Wie die Herren wissen, habe ich schon öfters wegen der Übernahme der Okerbrücken auf die Stadt angefragt und möchte meine Anfrage wiederholen. Auch Herr Kiefe hatte eine gleiche Anfrage vor einiger Zeit selbstständig eingebracht, bis heute ist aber in der Angelegenheit, wie es scheint, nichts geschehen. Ich möchte wissen, wie weit die Verhandlungen gediehen sind, und ob in absehbarer Zeit zu erwarten ist, daß die kolossalen Mißstände endlich beseitigt werden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir werden die Anfrage in der nächsten Zeit beantworten.

Vorsigender: Ich habe nur noch zu bemerken, daß Anfragen schriftlich zu stellen sind, und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. September 1913.

Tagesordnung:

Erlaß eines Statuts über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig Seite 459

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **Lord**, **Wagner** und als Magistratskommissar Schuldirektor Professor Dr. **Nehlfuh**.

Entschuldigt Herr Stadtv. **Ribbentrop**.

Vorsitzender: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Der Stadtmagistrat hat uns mitgeteilt, daß durch die am 18. und 19. d. Mts. stattgefundene Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Kaufmann Theodor Hesse der Redakteur Richard Brenner von der 3. Wählerklasse des 4. Wahlbezirks (Hohe- und Wilhelmitor) bis Ende März 1915 als Stadtverordneter gewählt ist, und daß der genannte Herr die Wahl angenommen hat. — Ich begrüße Herrn Brenner als neues Mitglied in der Versammlung. Wir hoffen alle, daß seine Mitarbeit von Segen für unsere Stadt sein möge.

Eingegangen ist an die Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben der Frau Emilie Friedrich, in dem sie um Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße bittet. Ich überweise die Eingabe der Baukommission zur Vorberatung.

Vom Vorstande des Pestalozzivereins ist eingesandt die Festschrift, die aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Vereins verfaßt ist. Wer von den Herren die Schrift einsehen will, dem steht sie zur Verfügung.

Aus der Versammlung ist eingegangen ein genügend unterstützter Antrag, an erster Stelle unterzeichnet von Herrn Busch. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten möchten darauf hinwirken, den Magistrat zu veranlassen, den Eulenspiegelbrunnen gegen die Angriffe der Jugend in Schutz zu nehmen; es besteht die Gefahr, daß das hübsche Kunstwerk weiter beschädigt wird, und ist deshalb die Anbringung eines Gitterschutzes mittlerer Höhe zu empfehlen.“

Eine Anfrage ist gestellt von Herrn Sundermann:

„Hat der hiesige Stadtmagistrat schon Veranlassung genommen, dem Beispiele anderer größerer Städte folgend sich gewisse Mengen Radiums, bezw. Mesothoriums (d. h. also einige Dezigramm) für die Krankenhäuser zu kaufen oder zu sichern? Wenn dieses bis jetzt noch nicht der Fall sein sollte, wann wird er solches in die Wege leiten?“

Die beiden Herren werden am Schluß der Tagesordnung, wenn es die Zeit gestatten sollte, ihren Antrag und ihre Anfrage begründen.

Es wird von der vereinigten Statuten- und Schulkommission beantragt, daß der an 10. Stelle stehende Punkt unserer heutigen Tagesordnung: „Erlaß eines Statuts über die Bürger Schulen“ zuerst beraten werde, und zwar aus dem Grunde, weil Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehküh schon zugegen ist und wir ihm nicht zumuten wollen, erst nach Anhörung der übrigen Tagesordnung bei der Beratung dieses Punktes mitzuwirken. Dann wird aber auch seitens des Magistrats darauf hingewiesen, daß es wünschenswert ist, diesen Entwurf heute zur Beratung und Beschlußfassung zu bringen, da das Statut der Genehmigung der vorgesetzten Behörde unterliegen wird. Ich nehme das Einverständnis der geehrten Herren an, daß dieser Beratungstoff vorweggenommen wird.

Es liegt schließlich noch eine von den Herren Loeschigk und Edhardt unterzeichnete Anfrage vor, welche lautet:

„Die Volksbäder sind Sonntags geschlossen zum Nachteil einer großen Zahl unserer Mitbürger. Ist der Magistrat in der Lage, dahin Abhilfe zu schaffen, daß einige Stunden Sonntags wieder gebadet würde?“

Einer der beiden Herren wird nachher auch in der Lage sein, die Anfrage zu begründen.

Erlaß eines Statuts über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig.

Stadtv. **Weichsel** (namens der vereinigten Statuten- und Schulkommission):

In den §§ 1 und 85 des Gemeindegulgesetzes vom 5. April 1913 ist der Stadt Braunschweig das Recht vorbehalten, ihre von den Verhältnissen der Landgemeindegulden abweichenden Schulverhältnisse im Rahmen des Schulgesetzes durch Statut zu regeln. Der Magistrat hat von dieser Befugnis Gebrauch gemacht und der Versammlung den Entwurf eines Statuts über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vorgelegt, der Ihnen mit Anschreiben vom 4. September 1913 im Abdruck zugegangen sein wird. Die Vorlage ist in der vereinigten Statuten- und Schulkommission vorberaten worden. Wie ich vorweg bemerken kann, sind die genannten Kommissionen mit dem vom Magistrat vorgelegten Entwurf im ganzen einverstanden. Über einzelne Abweichungen, welche die genannten Kommissionen vorschlagen, wird am besten bei den einzelnen Paragraphen zu sprechen sein.

Stadtv. **Niese** stellt den Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte. In der Abstimmung über diesen Antrag melden sich 11 Stadtverordnete dafür, der Antrag ist damit abgelehnt.

Vorsigender: Ich bitte die Herren, die nach den Worten des Herrn Referenten zu den einzelnen Paragraphen das Wort nehmen wollen, sich zu der gegebenen Zeit zu melden. Sollte niemand das Wort ergreifen, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem jeweils besprochenen Paragraphen an.

Zu § 1.

Stadtv. **Weichsel:** In § 1 des Entwurfs ist die bisherige Einteilung der Schulen in untere, mittlere und in die Hilsschule beibehalten worden. Die vereinigten Kommissionen haben aber geglaubt, daß man die Bezeichnung „untere Bürgerschulen“ bei dieser Gelegenheit abschaffen könnte. Es wurde geltend gemacht, daß der Ausdruck für die Eltern, deren Kinder diese Schulen besuchen, etwas Herabwürdigendes, Verächtliches habe. Die Kommissionen schlagen deshalb vor, die Ausdrücke so zu wählen, daß die bisherigen unteren Bürgerschulen den Namen „Bürgerschulen“ bekommen, die mittleren aber „gehobene Bürgerschulen“ genannt werden und daneben die Hilsschule bestehen bleibt.

Es ist dann von einer Minderheit der Kommission beantragt worden, man möge überhaupt den Unterschied zwischen mittleren und unteren Bürgerschulen fallen lassen und statt dessen eine Einheitschule einführen. Es wurde dafür geltend gemacht, daß man glaube, durch eine derartige Änderung werde der Standes-

unterschied weniger zum Ausdruck gebracht. Die Mehrheit der vereinigten Kommissionen steht aber auf dem Standpunkte, daß es richtiger sei, die bisherige Teilung der Schulen beizubehalten, und zwar deshalb, weil durch die verschiedenen häuslichen Verhältnisse verschiedene Möglichkeiten für Erreichung der Schulziele gegeben werden. In manchen Verhältnissen haben die Kinder Schwierigkeiten, die häuslichen Schularbeiten zu machen, in anderen haben sie angenehme Unterstützung dabei und werden bei der Anfertigung der Schularbeiten überwacht. Es kommt ferner in Frage, daß, falls wir die einheitliche Volksschule schaffen würden, die Folge sein würde, daß neben den Volksschulen Vorschulen für die höheren Schulen als Privatschulen erwachsen würden und gerade durch diese Vorschulen das zustande kommen würde, was die Antragsteller vermieden wissen wollen: es würde gerade hierdurch die Schaffung von Standesunterschieden begünstigt. Endlich ist zu erwähnen, daß durch Fortfall des höheren Schulgeldes in den gehobenen Bürgerschulen im städtischen Etat ein Ausfall von 140 000 *M* eintreten würde, der ohne weiteres nicht zu verschmerzen sein würde. Aus diesen Gründen sind die vereinigten Kommissionen der Ansicht, daß mit der bereits angegebenen Namensänderung die Einteilung der Bürgerschulen wie bisher beizubehalten ist. Die vereinigten Kommissionen schlagen Ihnen auf Grund dieses Beschlusses vor, die Ziffer 1 des Statuts wie folgt zu fassen:

„Die von der Stadt Braunschweig unterhaltenen Bürgerschulen zerfallen in Bürgerschulen und gehobene Bürgerschulen. Die Zahl der Unterrichtsstufen beträgt bei den Bürgerschulen sieben, bei den gehobenen Bürgerschulen acht.“

Stadtv. Hfmann: Wer die früheren Erörterungen über die Einheitlichkeit der Bürgerschulen hier mit angehört hat, wird nach dem Referat des Herrn Berichterstatters schon herausgefunden haben, daß in der Begründung für die Abweisung dieses Antrages eine Verschiedenheit im Laufe der Jahre eingetreten ist. In früheren Jahren hat man bei Stellung eines solchen Antrages wiederholt gesagt: Es ist unnötig, daß man einen solchen Antrag stellt, denn lediglich im Interesse der Minderbemittelten liegt es, wenn wir untere und mittlere Bürgerschulen haben. Die unteren Bürgerschulen lehren genau dasselbe, was in den mittleren gelehrt wird; der Unterschied ist nur, daß die Eltern der Kinder in den unteren Bürgerschulen weniger Schulgeld zu zahlen haben als die in den anderen. Das waren die Argumente, die wir vor 20 Jahren und später noch wiederholt hier gehört haben. Im Laufe der Zeit — und das trat auch in der Kommission zutage; ich gehöre zu ihrer Minorität — ist man davon abgekommen, zu behaupten, daß beide Schularten dieselben Lehrziele haben und die Kinder das gleiche lernen können. Man weist jetzt darauf hin — wie auch heute der Herr Referent —, daß es unzweckmäßig sei, wenn die Kinder der Minderbemittelten mit denen der Besser-

situieren zusammensätzen, weil sie zu Hause nicht die gehörige Anregung und Aufsichtigung hätten, um die Schularbeiten ordnungsgemäß zu machen. Man behauptet, daß dadurch die Kinder der Wenigerbemittelten in ihrer Entwicklung aufgehalten werden und durch die Vereinigung eher eine Erschwernis eintreten würde. Solche Gründe gegen die Einheitlichkeit der Volksschule sind auch an anderen Orten vorgeführt, aber es ist wiederholt von Pädagogen, die es besser beurteilen können als ich, darauf aufmerksam gemacht, daß diese Gründe nicht zutreffen, und daß die Kinder der Minderbemittelten, der Armen, wenn ich so sagen soll, nicht die Kinder der Bessersituirten in ihrer Entwicklung aufhalten; daß durch die Vereinigung keine Störung im Unterricht eintritt. Es ist durchaus nicht der Fall, daß nur die Kinder der Besitzenden eine gute Entwicklungsmöglichkeit mitbringen. Eine solche finden Sie bei den Kindern der Nichtbesitzenden ebenso gut. Jeder Pädagoge wird zugeben, daß die Auffassungsmöglichkeit der Kinder nicht mit dem Vermögen der Eltern ohne weiteres identisch ist, sondern daß eher das Gegenteile der Fall ist.

Wenn die Befürchtung ausgesprochen wird, daß dann, wenn die Einheitlichkeit dieser beiden Schulen eingeführt wird, viele Vorschulen entstehen würden, die dann die Kinder der Bessersituirten aufnehmen, so möchte ich heute auf diese Frage, um die Diskussion nicht in die Länge zu ziehen, nicht weiter eingehen. Ob das in dem Maße eintreten würde, wie es geschildert ist, kann man im voraus nicht wissen. Ich glaube nicht, daß die Vereinigung ein großes Unglück mit sich bringen würde, und daß so viel Schüler aus den Bürgerschulen abgehen würden, daß dadurch die sogenannten mittleren Bürgerschulen illusorisch gemacht und die Schulhäuser leer stehen würden, wie früher einmal gesagt ist. Wenn man die Vereinigung vornähme, würde man bald einsehen, daß ein Schaden für die Kinder der Bessersituirten nicht eintreten würde, sondern daß die Entwicklungsmöglichkeit nach wie vor sehr gut vorliegt. Man legt doch sonst so großen Wert darauf, daß die Klassengegensätze nicht schroff aufeinander plagen, speziell von seiten der Bürgerlichen wird immer wieder bedauert, daß die Arbeiterchaft auf die Klassengegensätze hindeutet. Sie haben hier die Möglichkeit, ohne große Opfer diese Klassengegensätze zu verwischen und dazu beizutragen, daß die Klassengegensätze in der Öffentlichkeit nicht als solche hingestellt werden.

Es ist nebenbei in der vereinigten Kommission auch die finanzielle Frage erörtert. Der Herr Oberbürgermeister — ich glaube, es ist kein Vertrauensbruch, wenn ich hier darauf hinweise — hat bei Erörterung dieser Frage darauf hingewiesen, daß immerhin die nennenswerte Summe von 170 000 M als Schulgeld eingenommen wird und davon 160 000 M der Stadt verloren gehen würden, wenn die mittleren und unteren Bürgerschulen ineinander aufgehen, weil jedenfalls das Schulgeld nicht höher festgesetzt werden könnte, als es jetzt in den unteren Bürgerschulen genommen wird, und so eine größere Belastung des Etats eintreten

müßte. Meine Herren. Wenn damit eine Gesundung unseres Schullebens eintritt, und wenn dadurch eine bessere Verständigung unter den Volksschichten eintreten würde, so wüßte ich nicht, warum wir eine solche Last nicht auf uns nehmen könnten und sollten. Man tut so, als ob unsere Forderung eine Neuerung wäre, die in anderen Kulturländern nicht bekannt wäre. Ich weise darauf hin, daß in verschiedenen Staaten Deutschlands diese Einheitsschule besteht, daß man dort nicht die Teilung der Volksschule in zwei Arten hat, wie es hier ist, sondern daß man ohne weiteres dazu übergegangen ist, Volksschulen einer Art zu gründen. Was die Gemeinden dort sich haben leisten können, das würde auch unsere Gemeinde sich leisten können.

Ich habe bei der Beratung in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Lehrer ihrerseits zu einem großen Teile dieser Vereinigung zuneigen, und daß durch die Stellungnahme der hiesigen Lehrervereinigung wiederholt kundgegeben ist, daß es einen sozialen Fortschritt bedeutet, wenn die beiden Schulgattungen vereinigt würden. Wir haben erst gestern wieder eine Eingabe des Lehrervereins bekommen, in welcher etliche Anträge gestellt oder Ergänzungen zu dem Statut vorgeschlagen werden. Darin finden Sie, daß die Herren in der Einleitung sagen, sie beabsichtigten nicht prinzipielle Fragen, z. B. die Einführung der allgemeinen Volksschule mit den vorgetragenen Wünschen zu verbinden. Wenn dies gesagt wird, so muß man annehmen, daß der Lehrerverein auch heute noch auf dem prinzipiellen Standpunkte der Einheitsschule steht, und daß er lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen davon absieht, seinen Antrag zu wiederholen, daß die Schulen einheitlich werden sollen. Wenn das von dieser berufenen Stelle geschieht, so muß man annehmen, daß gewichtige pädagogische Gründe dafür sprechen, daß beide Arten Bürgerschulen zu einer einheitlichen Schule vereinigt werden, und daß es nicht zweckmäßig und rationell erscheint, diese beiden Schulen nebeneinander bestehen zu lassen. Ich möchte Sie deswegen dringend bitten, daß Sie in § 1 eine Änderung in der Weise eintreten lassen, indem Sie den Antrag annehmen, den ersten Absatz des § 1 zu fassen:

„Die Stadt Braunschweig unterhält einheitliche Bürgerschulen. Die Zahl der Unterrichtsstufen beträgt acht.“

Die Zahl der Unterrichtsstufen für diese Schulen ist auf acht vorgesehen, wie Sie sie auch Ihrerseits bei den mittleren Bürgerschulen festsetzen wollen. Ich glaube nicht mit Unrecht darauf hinweisen zu sollen, daß die Frucht der Kommissionsberatung und der Stellung dieses Antrages dort es war, daß die Kommission veranlaßt wurde, zu beantragen, daß das Wort untere Bürgerschulen — wie der Herr Referent sagte, weil es verpönt ist und bei einem Teil der Einwohner anstößig erscheint — gestrichen werden soll und die Bezeichnung mittlere Bürgerschulen in gehobene Bürgerschulen abgeändert werden soll. Welche krassen Gegen-

sätze hier bestehen, sehen Sie daran schon, daß man diese Schulen, die als Anfangsstadium für das weitere Fortkommen dienen sollen und im übrigen für diejenigen bestimmt sind, die diese Schule nur allein gebrauchen, mit solchen Ausdrücken belegt. Ich bin der Meinung, daß mit der von der Kommission vorgeschlagenen Änderung nichts erreicht ist. Man wird bald herausfinden, daß es doch wieder zwei Arten Schulen sind, daß die eine die gewöhnliche Volksschule und die andere nur für die Kinder der Bessersituierten sein soll. Das werden auch Sie nicht für zweckmäßig erachten können, und von diesem Gesichtspunkte aus müßten Sie bei dieser Gelegenheit endlich unserem Antrage zustimmen können, daß in der Volksschule eine einheitliche Schule geschaffen wird. Daß Sie unser Ideal, die Einheitschule im allgemeinen, nicht teilen, haben wir schon bei Schaffung der Mittelschule gesehen. Wir wollten damals, daß von der Bürgerschule an ein Aufsteigen in die Mittelschule und von dort aus in die Realschule möglich war. Das heute hier weiter zu erörtern, ist nicht gut möglich, da es nicht im Rahmen des Statuts liegt. Auch im allgemeinen habe ich beim Durchlesen des Statutentwurfs den Eindruck gewonnen, daß in dieses nicht einmal alle die Besserungen aufgenommen sind, die das Gesetz zuläßt. Darauf werden wir im Laufe der Debatte zurückkommen, was jedoch besser in einer Generaldiskussion, die Sie ja abgelehnt haben, möglich gewesen wäre. Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen, der darauf hinausgeht, in Absatz 1 zu sagen, daß die Bürgerschulen einheitlich werden sollen und durchgehends acht Stufen erhalten.

Schuldirektor Professor Dr. **Rehtuh**: Die Frage der allgemeinen Volksschule — nicht der Einheitschule, wie sie hier auch genannt worden ist — hat verschiedentlich zur Diskussion gestanden. Die Einheitschule ist etwas ganz anderes, sie umfaßt nicht nur die Volksschule, sondern auch die höhere Schule bis hinauf zur Universität. Hier handelt es sich nur um die allgemeine Volksschule: eine Volksschule, von der man erwartet, daß sämtliche Kinder aller Stände zunächst in sie hineingebracht werden. Die Vertreter des Gedankens einer allgemeinen Volksschule sehen in ihr ein Ideal, und sie verfechten dieses Ideal mit aller Wärme und suchen es, wo es geht, mit Gewalt einzuführen. Aber es hat sich schon oft gezeigt, daß da, wo man ein Ideal in dieser Weise schnell verwirklicht, hinterher die Reaktion folgt und die Zustände schlechter werden als vorher. Es ist hier zuletzt im Jahre 1904 von der allgemeinen Volksschule gesprochen worden, und die Stadtverordneten haben damals diese Schule abgelehnt. Ich für meine Person kann nur empfehlen, sie heute ebenfalls abzulehnen, und möchte meine Gründe dafür anführen.

Daß, was von der allgemeinen Volksschule erwartet wird, ist nach den Ausführungen des Herrn Stadtv. **Ußmann** in erster Linie, daß ein Ausgleich der

Stände dadurch herbeigeführt werden soll. Wie lange sitzen denn die Kinder zusammen in der allgemeinen Volksschule? Vom 6. bis 9. Jahre, dann trennen sie sich; einzelne gehen in höhere Schulen ab, die übrigen verbleiben in der Volksschule. Soll nun ein so kurzes Zusammensein etwa dazu beitragen, die Stände einander näher zu bringen? Das ist unmöglich, denn diese Kinder haben noch kein Verständnis für den Unterschied der Stände. Rein schreibt z. B., daß hier Freundschaften sich anknüpfen, die für das ganze Leben vorhalten. Daran glaube ich nicht; im Gegenteil, ich habe den Gegensatz, der sich zwischen Volksschülern und den Schülern höherer Schulen entwickelt, nicht nur hier, sondern auch an anderen Orten erleben müssen. Wiederholt sind Anzeigen von höheren Schulen an mich gekommen über Vorgänge, in denen dem Gegensatz handgreiflich Ausdruck gegeben ist. Und daß die Schule selbst dazu beitragen könnte, die Standesunterschiede auszugleichen, auch das glaube ich nicht; ich stelle vielmehr die Frage: Sind denn die Arbeiterklassen in unserer Stadt der Meinung, daß dieser Ausgleich wünschenswert sei? Die Erfahrungen in unseren Bürgerichulen deuten nicht darauf hin. Als vor einigen Jahren die Jungdeutschlandbewegung einsetzte, sind von seiten der arbeitenden Klassen Flugblätter verteilt worden, in denen die Eltern geradezu gewarnt wurden, man möchte die Kinder um keinen Preis in diese Bewegung hineinlassen. Es sind scharfe Worte darüber gefallen. Es ist vorgekommen, daß Kinder von solchen Eltern, wenn vaterländische Lieder in unseren Schulen gesungen werden sollten, erklärten: „Das singen wir nicht mit!“ Und wenn der Lehrer fragte, warum sie das nicht wollten, so kam die Antwort: „Der Vater hat es verboten.“ Ist das etwas, was zum Ausgleich der Stände beiträgt? Ich habe den Eindruck, als wenn der Gegensatz der Stände gerade von jener Seite geschürt wird, als ob der Klassenhass in die Kinder hineingepflanzt, aber niemals auf den Ausgleich der Stände hingewirkt wird. Die Ansicht, daß die allgemeine Volksschule etwas dazu beitragen sollte, diesen Gegensatz aus der Welt zu schaffen, vermag ich nicht zu teilen; hier müßten andere Kräfte wirksam werden. Man erwartet da etwas von der allgemeinen Volksschule, was sie nicht leisten kann, man überschätzt die Grenzen ihrer Wirkung. Die sozialen Verhältnisse des Lebens können einen Ausgleich schaffen, aber niemals die Schule. -- Auf andere Beispiele, die ich zur Stützung meiner Ansicht anführen könnte, will ich hier verzichten.

Es ist schon von Herrn Stadtv. Weichsel darauf hingewiesen worden, daß in der Tat bei den Kindern der Wenigerbemittelten große Hindernisse beim Unterricht vorliegen. Wer einmal in die Schule hineingesehen hat, der kennt diese Hemmnisse. Den Herren, die nicht davon überzeugt sind, möchte ich empfehlen, einmal das Buch von Kühle, der Lehrer gewesen ist, zur Hand zu nehmen, auch die Schrift von Sombart über das Proletariat. Darin werden Sie Bei-

spiele genug finden, die zeigen, daß bei den Kindern der ärmeren Bevölkerung Verhältnisse vorliegen, die gewaltige Hemmnisse für den Unterricht bedeuten. Solche sehe ich schon in dem Aufwachen in sehr primitiven äußeren Verhältnissen. Die Kinder kommen mit einem geringeren Gesichtskreis, Anschauungs- und Sprachvermögen in die Schule hinein. Wenn Sie den gewaltigen Unterschied sehen würden zwischen den Kindern der Elementarklasse beispielsweise in den Schulen auf der Reichstraße und Comeniusstraße, würden gewiß auch Sie diese Kinder nicht in einer Klasse vereinigt sehen wollen. Sie müssen bedenken, daß für diejenigen Kinder, die mit solch geringem Anschauungs- und Sprachvermögen in die allgemeine Volksschule hineinkommen, ganz besondere Maßnahmen getroffen werden müssen, um sie schneller zu fördern — und die anderen Kinder müßte man dabei vernachlässigen. Würde man umgekehrt verfahren, so würden die ersteren vernachlässigt werden. Ich fürchte beinahe, es würden in der allgemeinen Volksschule gerade die ärmeren Kinder den Nachteil haben.

Ferner weise ich auf den Wohnungswechsel hin, der bei jener Bevölkerung häufig eintritt, und auf die damit verbundene Umschulung, die wesentlich mit dazu beiträgt, die Unterrichtserfolge in Frage zu stellen, weiter auch auf die zahlreichen Beurlaubungen. Ferner sind vor allen Dingen die Schulversäumnisse bei den Kindern der unteren Bürgerschulen zahlreicher als in den mittleren. Ich habe erst kürzlich die Liste für den Monat August durchgesehen, wo, wenn ich mich recht erinnere, etwa 60 Anzeigen wegen unentschuldigter Schulversäumnisse eingegangen sind, davon nur über ein Kind aus den mittleren Bürgerschulen, die anderen alle aus den unteren Bürgerschulen. Hinzu kommt noch der Zuzug von außen, der in den unteren Bürgerschulen stärker ist. Die Lehrer sind gezwungen, auf die hinzukommenden Kinder Rücksicht zu nehmen und sie mit den übrigen Kindern unter einen Hut zu bringen. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß es in der Tat festgestellt ist, daß Kinder, die aus weniger guten Verhältnissen kommen, in ihrer geistigen Entwicklung viel langsamer fortschreiten als die übrigen, was sich besonders in den ersten drei Schuljahren zeigt. Das hat z. B. der Psychologe Meumann, dessen Urteil in der Pädagogik heute sehr viel gilt, festgestellt. Dasselbe ist ausgeführt in einem Buche von einem Autor, der früher Schlosser war und nachher studiert hat. Um diese Nachteile auszugleichen, sind in den hiesigen unteren Bürgerschulen besondere Maßnahmen getroffen, die diese Kinder fördern sollen. So werden in den unteren Klassen alle die Kinder, die im Unterricht zurückbleiben, zusammengenommen und vom Lehrer in besonderen Stunden gefördert. Ferner ist ein Unterschied vorhanden in der Stellung von Hausaufgaben. In den unteren Bürgerschulen sollen so wenig wie möglich häusliche Aufgaben gestellt werden, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß sie im ganzen kaum genügend angefertigt werden. Das ist in den mittleren Bürgerschulen ganz anders; die Kinder

dort haben nicht nur Anregung, sondern auch Hilfe zu Hause, und insolgedessen können die Lehrer im Unterricht schneller vorwärtskommen.

Ein anderer Vorzug, der der allgemeinen Volksschule nachgerühmt wird, und den auch Herr Stadtv. Wmann anführte, soll darin bestehen, den Kindern der ärmeren Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich eine weitergehende Bildung anzueignen. In dieser Beziehung stimme ich vollkommen mit Herrn Wmann überein. Mein Grundsatz ist der, daß jedem Kinde die seinen Anlagen und Kenntnissen entsprechende Bildungsmöglichkeit gegeben werden muß, ganz abgesehen von Rang, Stand und Vermögen der Eltern. Einrichtungen dafür sind aber teilweise schon vorhanden. Es gibt schon die Möglichkeit, daß Kinder, die die untere Bürgerschule durchgemacht haben, in die mittleren Bürgerschulen aufgenommen werden, und einem weitergehenden Antrage meinerseits, daß dieser Übergang von besonders begabten und fleißigen Kindern schon von der Mittelstufe ab erfolgen soll, hat der Schulvorstand Folge gegeben. Wenn Sie meinen Ausführungen gefolgt sind, werden Sie mir zugeben, daß sich die Unterstufe dazu nicht eignet, denn gerade da sind die Schwierigkeiten für die Kinder der Minderbemittelten am stärksten vorhanden. Dort muß es sich auch erst zeigen, ob die Kinder besonders begabt sind. Steht das aber fest, dann trete ich entschieden dafür ein, daß solche Kinder in die mittlere Bürgerschule übergeführt werden. Daß ich in meiner Forderung noch weiter gehe, ergibt sich auch daraus, daß ich für die Mittelschule den Antrag gestellt habe, in jeder Klasse mindestens drei Kinder aus den unteren Bürgerschulen schulgeldfrei aufzunehmen. Wenn dann außerdem noch 10 Prozent Schulgelderlaß gewährt wird, so ist eine weitgehende Möglichkeit vorhanden, begabte Kinder zu fördern. Ich bin weiter dafür, daß den Kindern der Ärmern, die sich durch Begabung auszeichnen, auch die Möglichkeit des Besuchs höherer Schulen gegeben wird, und ich habe über diesen Punkt mit Herrn Schulrat Wernicke, dem Leiter der Oberrealschule, Rücksprache genommen. Er ist ganz meiner Meinung und hat sich bereit erklärt, hervorragend begabte Schüler, welche die Bürgerschule absolviert haben, in die Untertertia seiner Schule aufzunehmen. Dafür ist natürlich nötig, daß besondere Maßnahmen für alle Bürgerschulen getroffen werden, und ich werde vielleicht schon in nächster Zeit in der Lage sein, Ihnen Vorschläge darüber machen zu können.

Sie sehen, daß nicht nur unsere Wünsche gleichmäßig dahin gehen, jedem Kinde die beste Bildungsmöglichkeit zu bieten, sondern daß es auch angängig ist, in dem jetzt vorhandenen Schulsystem jedem Kinde eine abgeschlossene Bildung zu geben. Das letztere veranlaßt mich besonders dazu, es bestehen zu lassen. Würden beide Arten Bürgerschulen in der allgemeinen Volksschule vereinigt, so würden — dessen können Sie fest versichert sein — gerade die aus den ungünstigen Verhältnissen

kommenden Kinder in den mittleren Klassen hängen bleiben. Dadurch, daß wir in den unteren Bürgerschulen in besonderer Art unterrichten können, sind wir in der Lage, der Schulbildung nach sechs Schuljahren einen gewissen Abschluß zu geben, so daß die Kinder, auch wenn sie mehrmals in den Klassen hängen bleiben, mit einer abgeschlossenen Bildung entlassen werden. Die übrigen Kinder können, wenn sie befähigt sind, in die achsstufige mittlere Bürgerschule eintreten. — Ich möchte daher empfehlen, bei der jetzigen Einrichtung zu bleiben. (Beifall.)

Stadtv. **Steinbrecher:** Im vorigen Jahre hat der Abgeordnete Bach im Landtage hervorgehoben, daß im Herzogtum Braunschweig ungefähr 90 Prozent aller Schulkinder durch die Volksschule gehen. Allein schon dieser Prozentsatz hätte uns veranlassen müssen, dieser Frage der Vereinheitlichung der Volksschule näher zu treten. Aber bisher ist es nicht geschehen, und die Kommission hat es auch nicht getan. Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehtuh hat ein Bild davon entworfen, wie nach seiner Meinung die Schulen hier geleitet werden sollen. Er sagte, daß die Einheitschule, wie wir sie fordern, das Gute nicht bringen würde, was wir von ihr erwarten. Der Herr Schuldirektor hat das Elend und Leid der Kinder der Armen in so ausführlicher Weise geschildert, daß mir die Entgegnung leicht wird. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß wir nicht verlangen können, daß jetzt unsere Einheitschule, wie wir sie genannt haben, auf einmal plötzlich fertig hingestellt werden soll. Das geht allerdings nicht, aber Sie können uns nicht verargen, daß wir bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß es besser mit unseren Schulsystemen werden muß, und das Erste und Grundlegende hierfür ist, daß die beiden Schularten vereinigt werden. Bürgerschulen und gehobene Bürgerschulen ist doch genau dasselbe wie mittlere und untere Bürgerschulen. Es kommt bei uns der Wunsch noch in Frage, daß wir auf dem Standpunkte stehen, die Schüler müßten, noch bevor sie in die Schule kommen, schon vom Staat in Schutz genommen werden. Wir verlangen, daß vom 4. bis 7. Lebensjahre die Kindergärten den Kindern das bringen, was Herr Professor Dr. Rehtuh bei den Kindern der unteren Bürgerschulen vermißt: eine bessere Vorbildung insbesondere in bezug auf Sprache und anderes. Wenn das vom Staat geschähe, die Kinder nicht verwaarlosten zu lassen von denjenigen, die keine Zeit haben, sie zu erziehen, dann würden sie mit dem 7. Lebensjahre anders auftreten als heute, wo sie jahrelang auf der Straße liegen. Das Wenige, was heute vor der Schulzeit geboten wird, genügt eben nicht. Vom 8. bis 14. Lebensjahre soll die Elementarschule einsetzen und vom 15. bis 18. Lebensjahre die Mittelschule mit praktischer und theoretischer Abteilung, und nachher käme die Hochschule, entweder die Universität oder die Technische Hochschule. Wenn Sie sich das vergegenwärtigen, so sehen Sie, daß unsere Forderung keine Unmöglichkeit ist. Wenn wir alle Kinder in die allge-

meine Volksschule hineinbringen wollen, so sollen vorher die Kinder, die heute absolut keine Pflege haben, anders erzogen und vorbereitet werden als heute.

Das Wichtigste und Einschneidendste für mich ist, daß Herr Professor Dr. Rehküh meinte, es sei fraglich, ob wir den Ausgleich wollten, und dafür die Jungdeutschlandbewegung anführte. Wir haben den Fall gehabt, daß in den hiesigen Schulen, besonders in den Fortbildungsschulen, Propaganda für Jungdeutschland gemacht ist. Wenn Sie sich nun darüber aufregen, daß Kinder von Sozialdemokraten die patriotischen Lieder nicht singen wollen, dann frage ich: Wenn aber Lehrer unsere sozialdemokratischen Kinder gegen ihre eigenen Eltern aufheizen und ihre Ideale beschmutzen, was sagen Sie dazu? Das werden Sie gewiß nicht für richtig befinden. Und das geht von oben herab — nicht speziell von Ihnen, ich gebe Ihnen zu, daß Sie eine andere Stellung einnehmen, denn ich habe verschiedene Vorträge von Ihnen gehört. Aber auf eins möchte ich hinweisen, was man nicht für möglich halten sollte. In der Militärzeitung vom 25. März 1905 habe ich eine Äußerung von Kaiser Wilhelm II. gelesen, er sagt über die Aufgabe der Schule gegenüber der Sozialdemokratie: „Wenn die Schule das getan hätte, was von ihr zu verlangen ist, so hätte sie von vornherein das Gefecht gegen die Sozialdemokratie übernehmen müssen. Die Lehrerkollegien hätten alle miteinander die Sache fest ergreifen und die heranwachsende Generation so instruieren müssen, daß die jungen Leute von selbst das Material bilden würden, mit dem Ich im Staate arbeiten könnte, um der Bewegung schneller Herr zu werden.“ Wenn von so hoher Stelle derartige Worte gesagt werden, dann kann man sich nicht wundern, wenn die unteren Organe dasselbe treiben und in der Schule vor den Kindern gegen die Sozialdemokraten Propaganda gemacht wird. Dann sollte man sich auch nicht wundern, wenn umgekehrt die Väter dieser Kinder genau so handeln und verbieten, daß sie solche Lieder singen, da von der Volksschulleitung aus die Gefühle der Kinder und ihrer Eltern nicht in Schutz genommen werden. Sie sehen, daß auf der Gegenseite nicht alles so ist, wie es hingestellt wird.

Herr Professor Rehküh sagt, es ginge nicht, daß durch die Schule die Standesunterschiede beseitigt werden, und die Kommission habe recht, wenn sie die beiden Schularten aufrechterhalten wolle. Ich habe hier einen Auszug aus dem Schulblatte für das Herzogtum Braunschweig. Dort ist zu lesen, wie Generalmajor z. D. von Loebeß folgendes schreibt: „Die Volksschule ist nicht eine allen Teilen unseres Volkes gemeinsame, sie ist also keine Volksschule. So, wie sich unser Schulwesen ausgestaltet hat, wirkt es nicht ausgleichend, sondern trennend. Durch den ständischen Charakter der Schulen wird die Kluft zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen erweitert.“ — Das gibt dieser Mann zu, und er ist streng konservativ. — „Nichts ist mehr geeignet, die Spaltung der Volksschulen zu vermehren, als die Trennung im jugendlichen Alter. Gemeinsamer Unterbau sämt-

licher Schulen, die Möglichkeit, aus gemeinsamen Schulklassen heraus, je nach den Fähigkeiten, Neigungen und vorgesteckten Laufbahnen, in Fortbildungsschulen, Gymnasien und Realschulen die Bildung zu vervollkommen, sollte doch als eine nicht allzuschwere Umgestaltung unseres gesamten Schulwesens durchführbar sein.“ — Das sagt dieser Mann: Es ist nicht so schwer, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Dann sagt er weiter: Standesvorrechte im Kindesalter auf dem Gebiete der Schule müssen unberechtigten Dünkel, Überhebung erzeugen, der bei manchen das ganze Leben durch vorhält. Und der Dünkel der Kinder gesellschaftlich Hochgestellter wird von zartfühlenden Volkskindern kränkend empfunden, legt den Keim zum Klassenhaß. Das spätere Leben bringt so viel Trennendes, Kinder sollte man dagegen schützen. Es kommt dazu, daß die Schulbildung, die die Kinder auf den Volksschulen erhalten, für einen großen Teil unseres Volkes nicht ausreicht, dadurch wird das Gefühl der Minderwertigkeit erweckt, das zum Klassenhaß führen kann.“

Ähnliche Beispiele könnte ich noch mehr anführen von Leuten, die Schulvorsteher, konservative Politiker usw. sind, doch würde das zu weit führen. Nun frage ich Sie, wie Herr Prof. Dr. Rehküh dazu kommt und allein daraus, daß ein Kind sagt, es wolle ein bestimmtes Lied nicht mitfangen, herleitet, daß uns nichts an Beseitigung der Klassengegenstände gelegen ist. Ich halte es auch für überflüssig, daß man einem Kinde sagt: „Du singst das Lied nicht“, wo es doch noch keine Ahnung hat von dem, was gemacht wird. Wenn aber ein Kind nach Hause kommt und erzählt, wie der Lehrer gegen die Sozialdemokraten gewütet habe, dann ist nicht zu verwundern, wenn auf der anderen Seite es ebenso aus dem Walde herauschallt, wie hineingerufen ist. Es ist sehr gut möglich, bei dieser Gelegenheit den Unterschied zwischen unteren und mittleren Bürgerschulen verschwinden zu lassen. Wo so viel Intelligenz ist, müßte das Herrn Prof. Dr. Rehküh möglich sein.

Stadtv. Wesemeier: Ich habe wohl selten so schwache Gründe gegen die Vereinheitlichung der Volksschule gehört, als heute von dem Herrn Referenten und vom Herrn Prof. Dr. Rehküh. (Gelächter.) Meine Herren, ich werde Ihnen das beweisen. Ich weiß, auf welchem Standpunkte Sie stehen, denn das haben frühere Beratungen schon gezeigt. Aber es bleibt doch Tatsache, was ich behauptet habe.

Der Herr Referent sagt einfach, die Kinder der verschiedenen Schulen haben verschiedene Hilfe zu Hause, deshalb dürfen wir die Volksschulen nicht vereinheitlichen, und weiter: es würden Vorschulen kommen, und der dritte Grund ist materieller Natur. Da die Kostenfrage in Betracht kommt, wird die ganze Angelegenheit einfach mit zwei Sätzen abgetan.

Verehrte Anwesende. Es mag richtig sein, daß die Kinder in manchen Familien zu wenig Hilfe im Hause haben. Spricht denn das aber gegen die Verein-

heitlichung der Schule? Glauben denn die Herren, daß in den unteren Bürgerschulen nur diejenigen Kinder sind, die wenig Hilfe zu Hause haben? Das werden Sie niemals beweisen können, weil sich die Bevölkerungsschichten auch trotz der Verschiedenartigkeit unserer Schulen niemals so trennen, daß nur die ganz Armen die untere und die Bessersituierten die mittlere Bürgerschule besuchen. Dieser Grund kann also unter keinen Umständen gegen die Vereinheitlichung der Schulen angeführt werden, weil er einfach nicht zutrifft.

Die Vorschulen würden vermehrt werden, wenn die Vereinheitlichung der Schulen Platz griffe! Dagegen erwidere ich: Wir wollen auch die einheitliche Volksschule so ausgestalten, daß sie den mittleren Bürgerschulen im Lehrziele und Lehrplan entspricht. Wenn Sie sagen, es finde eine Verschlechterung der Schule bei einer Vereinheitlichung statt, so ist damit zugegeben, daß Sie beabsichtigen, wenn gemäß unserem Antrage beschlossen würde, die Schule schlechter zu gestalten. Es liegt auch in den Äußerungen der beiden Herren der Beweis für das, was früher bestritten ist, daß die unteren Bürgerschulen schlechter sind als die mittleren. Herr Prof. Rehkuh hat gemeint, daß man stellenweise mit Gewalt die Vereinheitlichung der Volksschule durchzuführen suche und hinterher die Reaktion eintrete, so daß man schließlich froh sei, wenn man die einheitliche Volksschule wieder los sei. Dann muß der Schulleiter von Augsburg ein dummer Kerl sein, oder er sagt nicht die Wahrheit. Bei der Begrüßung des deutschen Lehrertages äußerte Schulrat Bauer von Augsburg: „Wie die Bürger unserer Stadt von einem gesunden, freimütigen Sinn befeelt sind, so kann ihre Schule auch nur sein eine echte Volksschule, d. h. eine Schule, welche alle Kinder ohne Unterschied des Standes in sich aufnimmt. Auf unseren Schulbänken sitzen die Söhne der hohen Staatsbeamten neben denen des einfachen Handwerkers, die des Fabrikanten neben denen des schlichten Arbeiters. Jenes Unding,“ — das bitte ich zu beachten als die Worte des Schulleiters einer großen Stadt! — „das wir Standesschule heißen, welches schlechter Bürgerfönn oder schnöde Gewinnsucht hervorbringt, hat in unseren Mauern keinen Raum. Und jeder Versuch, etwas Derartiges anzubahnen, wird scheitern an dem gesunden Sinn der Augsburger Bürgerschaft.“ — Das sagte auch ein Schulleiter einer Großstadt, und das ist etwas anderes, als was Herr Professor Rehkuh geäußert hat.

Wenn nun der Herr Prof. Rehkuh auf die Frage der Schürung des Klassenhasses eingeht dadurch, daß Kinder patriotische Lieder in der Volksschule nicht mit-singen wollen, so ist mir das viel zu kleinlich. Wir haben uns schon früher mehrfach darüber unterhalten, so daß ich es unterlassen kann, darauf zu erwidern.

Sodann sagte Herr Prof. Rehkuh, daß der Anschauungskreis mancher Kinder zu wünschen übrigläßt, daß sie eine schlechte Sprache führen und dergleichen. Ich

glaube, schon vorhin deutlich hervorgehoben zu haben, daß die Scheidung der Kinder nach der materiellen Lage der Eltern in unseren Schulen nicht so stattfindet, wie Sie zu meinen glauben. Sogar die Schulversäumnisse mußten herhalten, um die Einheitsschule zu bekämpfen. Ich meine, die großen Schulmänner wie Comenius, Diesterweg, Pestalozzi würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie solche Begründung hörten. (Heiterkeit.) Da klingt es etwas anders, wenn es in einem Beschluß des 9. Deutschen Lehrertages heißt:

„Staat und Gemeinde sollen für die gemeinsamen Bildungsbedürfnisse nur gemeinsam allen in gleicher Weise zugängliche Bildungsanstalten errichten.

Insbondere soll für den allen notwendigen Elementarunterricht nur eine Art von öffentlichen Schulen vorhanden sein, und sollen daneben auf Kosten des Staates oder der Gemeinde besondere Vorschulen für höhere Lehranstalten, Mittelschulen und höhere Töchterschulen nicht errichtet, noch organisch damit verbunden werden.

Die bestehenden Vorschulen höherer Lehranstalten und die Elementarklassen der Mittelschulen und höheren Töchterschulen sind aufzuheben.

Auf diesem gemeinsamen Unterbau, der allgemeinen Volksschule bauen sich auf:

- a) die Bürgerschule, nach deren Fortsetzung die Fortbildungsschule,
- b) die höhere Bürgerschule (Mittel- oder Realschule),
- c) die höheren Lehranstalten.“

Ich glaube, auch die Braunschweiger Lehrer stehen auf dem Standpunkte dieses Beschlusses, denn gerade in dem Braunschweiger Schulblatte, das Herr Prof. Rehtuh kennt, stand ein Artikel, in dem es heißt:

„Der Schulwagen ist also ein Stück weitergerollt, aber nicht durch die Schulgesetze, sondern trotz der Schulgesetze. Zeit und Wissenschaft gingen aber viel schneller. Was sie verlangen, ist uns Lehrern Gesetz, denn wir leben in und mit ihnen. Sie fordern zunächst die allgemeine Volksschule. Im Weberdorfe der Lausitz und in der Halbmillionenstadt Leipzig sei nur eine Gattung von Volksschulen. Stundenzahl und Ziel entspreche der gegenwärtigen mittleren Volksschule. Eine Trennung der Kinder nach Stand und Vermögen der Eltern und eine Gliederung nach Konfession ist dieser Einrichtung fremd.“

Der Artikel enthält manches Bedeutungsvolle. Ich wünschte nur, die Herren verschafften sich die Nummer und läsen den Artikel aufmerksam durch, dann würden Sie zu einem anderen Resultate kommen, als heute vorauszusehen. Selbst der Kultusminister Bosse, der nicht freiheitlich gesinnt war — ich erinnere an die Lex Arons — selbst dieser Herr, der oberste Leiter des ganzen preußischen Schulwesens, sagte in der Reichstagsitzung vom 27. Mai 1892: „Es hat seine großen

Vorzüge, die Kinder zunächst in die allgemeine Volksschule zu schicken, und seine großen Nachteile, durch die Volksschule die Kinder schon nach Ständen und in ihren Anschauungsweisen zu trennen. In der nächsten Sitzung kam dieser Kultusminister auf dieselbe Frage zurück und äußerte sich über die Vorschulen, also über das, was Herr Weichsel anführte: „Ich bin nicht durch eine Vorschule gegangen, sondern habe meinen Vorunterricht in der Volksschule genossen und habe damit die besten Erfahrungen gemacht.“ So sprach selbst der preußische Kultusminister, der jedenfalls auf sehr reaktionärem Standpunkte stand, aber in der Volksschule den Standpunkt der freiheitlich weitergehenden Männer vertrat.

Der Standpunkt Pestalozzi's, Schleiermachers und anderer Pädagogen ist bekannt. Herr Professor Rehtuk führt Klein aus Jena an, auch Kerschensteiner aus München, alle diese großen Schulmänner vertraten den Gedanken, daß die einheitliche Volksschule geschaffen werden müsse mit einem Ausbau nach oben hin, der allen die Möglichkeit gibt, sich weiter entwickeln zu können. Meine Herren, Sie stellen sich sonst immer als Kulturförderer hin, hier wäre Zeit und Gelegenheit, die Kultur tatsächlich zu fördern durch Vereinheitlichung der Schule. Wir haben Comenius, Pestalozzi, Diestertweg Denkmäler in der Stadt gesetzt, aber ihren Grundprinzipien zu folgen, lehnen Sie ab.

Es ist ein Akt der Gerechtigkeit gegen die minderbemittelte Bevölkerung, die Einheitschule zu schaffen. Die Gründe, die hier dagegen angeführt sind, wiegen leicht gegenüber den wichtigen Gründen, die von allen bedeutenden Pädagogen für die Einheitlichkeit der Schule angeführt werden, so daß die ersteren meines Erachtens nicht den Ausschlag geben können. Ich bitte Sie dringend, sich nochmals zu überlegen, ob es Ihnen nicht doch möglich ist, für die Einheitlichkeit der Schulen zu stimmen. „Es dürfen die äußeren Unterschiede der Lebensverhältnisse in der Kindesperiode noch gar nicht zum Bewußtsein kommen“, sagt Schleiermacher. Handeln Sie auch nach diesem Grundsatz! Auf die Verhezung will ich nicht eingehen; den Standpunkt können Sie nicht gelten lassen. Wir müssen das Gerechtigkeitsgefühl entscheiden lassen und dem Gedanken folgen, unser Volk zu einer möglichst hohen geistigen Entwicklung zu bringen, auch das Volk der unteren Klassen.

Stadtv. Brenner: Meine Herren. Wir leben heute in einer Zeit, in der sich auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens gewaltige Reformbestrebungen bemerkbar machen, die dazu dienen sollen, die Menschheit in ihrer Gesamtheit auf eine höhere Stufe zu bringen. Als ich den Entwurf des Schulstatuts in die Hand bekam, habe ich mit aufrichtigem Bedauern gefunden, daß bei ihm von einem fortschrittlichen Bestreben so gut wie keine Rede sein kann. Wenn Sie bei dem ersten Paragraphen den Namen „untere Bürgerschulen“ beseitigen und die mittleren als

„gehobene Bürgerschulen“ bezeichnen, so glaube ich nicht, daß Sie das etwa selber als eine Reform betrachten wollen. Meine Herren, Sie mögen dem Dinge einen Namen geben, welchen Sie wollen, ob es nun untere Bürgerschulen oder nur Bürgerschulen oder wie sonst heißt, solange Sie die Trennung der beiden Schularten beibehalten, solange Sie keine einheitliche Elementarschule schaffen, so lange wird der unteren Schule immer das Odium der Armenschule anhängen. Diesen Namen werden Sie nicht wegbringen. Der Name hat aber etwas Erbitterndes, Niederdrückendes, Gehässiges an sich. Es ist nicht so, wie Herr Direktor Professor Dr. Rehkuh meint. Man muß die Leute aus dem Volk hören, wie sie über die Schule denken, und daß sie den Unterschied nicht wollen. Ich möchte Ihnen empfehlen: Sprechen Sie selbst einmal mit Leuten aus dem Volke, mit Arbeitern, mit Arbeiterfrauen, die gezwungen sind, ihre Kinder nach den unteren Bürgerschulen zu schicken. Da werden Sie anderes zu hören bekommen, als heute vom Herrn Prof. Rehkuh. Da werden Sie hören, wie erbitternd und gehässig dieser Zustand wirkt, daß für die Kinder der Ärmsten eine besondere Schule aufrechterhalten wird, die einfach als Armenschule hier bezeichnet werden muß, und die auch in ihrer Qualität nicht an die anderen Schulen heranreicht.

Es sind von meinen Freunden schon eine Anzahl Zitate von Pädagogen und großen Schulmännern angeführt worden, aus denen zu entnehmen ist, wie sie über die Einheitschule, über die Elementarschule und die Trennung der Volksschularten denken. Da ist auch der Stadtschulrat Kerksensteiner aus München angeführt. Dieser widerlegt gerade die Gründe, die Herr Prof. Rehkuh anführte, indem er auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Kinder aus den allerärmsten Schichten und der Kinder aus anderen Volksschichten hinwies. Der Stadtschulrat Kerksensteiner sagt, daß die Unterrichtsgemeinschaft in München sich über die ersten fünf Schuljahre erstreckt, daß aber von einem Herabdrücken des Bildungsniveaus der Volksschule durch die Kinder der geringeren Stände keine Rede sein könne, im Gegenteil zeige es sich häufig, daß die Kinder dieser Stände unter den ersten sich befinden, während die oft sehr zerstreuten Kinder der verwöhnten und vornehmen Familien nicht unter den besten glänzen. In München sind die sozialen Gegensätze, die Armut in der Bevölkerung, mindestens ebenso groß wie in Braunschweig, und was in München, Mannheim, Augsburg möglich ist, müßte auch in Braunschweig möglich sein, also auch hier die Einheitschule sich sehr wohl durchführen lassen. Kerksensteiner und andere sprechen sich dahin aus, daß keinerlei Gefahr besteht, daß das sittliche Niveau der sogenannten besseren Kinder leiden würde, sondern daß im Gegenteil die ärmsten Kinder sich durchaus gut benehmen und bald ein besseres gesellschaftliches Benehmen sich angewöhnen, während verwahrloste Kinder in den sogenannten besseren Schichten auch sehr häufig zu finden sind, so daß in dieser Beziehung keinerlei Unterschied zu machen wäre.

Ich finde, es liegen keinerlei triftige, irgendwie haltbare Gründe vor, die einheitliche Schulart zu versagen, auch der finanzielle Standpunkt, der uns vorgeführt ist, darf in solch einer Frage nicht in Betracht kommen. Wenn Sie die Proletarierkinder künstlich in zwei Klassen scheiden, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn in den Kindern, die die unterste Schule haben besuchen müssen, das Gefühl des Niedergedrücktseins nicht nur, sondern sogar das Gefühl der Erbitterung, des Hasses entsteht. Das ist ein selbstverständlicher und natürlicher Vorgang, und Sie erreichen das Gegenteil von dem, was Sie bezwecken, wenn Sie die Trennung beibehalten. Sie würden jedenfalls zum sozialen Frieden beitragen, wenn die Trennung aufgehoben würde. Durch Trennung der Schüler schüren Sie den Klassenhaß. Was wird dieser zur Folge haben? Nicht wir sind es, die darunter zu leiden haben, sondern die bürgerliche Richtung, denn uns könnte es, wenn wir Bosheitspolitik treiben wollten, nur recht sein, wenn schon recht frühzeitig der Jugend der Klassenhaß beigebracht wird. Da können Sie so viel Jungdeutschlandbünde gründen, wie Sie wollen, Sie werden den Haß nicht aus den Kindern herausbringen, Sie züchten geradezu durch Ihre Maßnahme künstlich die Staatsfeinde. Es ist vorhin gelacht worden, als Herr Wesemeier von Pestalozzi usw. sagte, wie diese großen Pädagogen, die auch in bürgerlichen Kreisen die höchste Verehrung genießen, über unser heutiges Schulwesen denken würden. Pestalozzi verglich schon seinerzeit das Bildungswesen mit einem großen Hause, „dessen oberstes Stockwerk zwar in vollendeter Kunst strahlt, aber nur von wenigen Menschen bewohnt wird; in den mittleren Stagen wohnen schon mehrere, aber es mangelt ihnen an Treppen, auf denen sie auf eine menschliche Weise in das obere aufsteigen können; im untersten Stockwerk wohnt eine zahllose Menschenherde, die für Sonnenschein und gesunde Luft mit den oberen zwar das gleiche Recht hat, aber sie wird nicht nur im ekelhaften Dunkel fensterloser Löcher sich selbst überlassen, sondern man macht ihr durch Binden und Blendwerke sogar die Augen zum Hinausgucken untauglich.“

So ist es noch heute, die Verhältnisse sind durchaus nicht besser geworden. Es sind wohl Reformbestrebungen im Gange, aber wenn man die Schulgesetzgebung betrachtet, findet man, daß die Entwicklung eher rückwärts geht, und wenn es an einigen Stellen vorwärts geht, so verdankt man das nur wenigen, dem wirklichen Fortschritt geneigten und menschenfreundlich gesinnten Männern, auch Schulmännern, auch aus bürgerlichen Kreisen, aber es geschieht zumeist gegen den Einfluß der Regierung. Wir haben in Braunschweig ein Schulgesetz, das drei Schritte rückwärts macht, während es nur einen halben Schritt vorwärts geht. Aber wenn bei dem Schulstatut einer Gemeinde wie Braunschweig, die nach außen hin unter die fortschrittlichen gerechnet wird, die Möglichkeit vorhanden ist, einen Fortschritt zu machen, eine Reform auf diesem wichtigen Gebiet einzuführen, dann

sollte man solche Gelegenheit gern ergreifen. Wir werden so rasch nicht wieder dazu kommen, ein Schulstatut zu schaffen, um so mehr sollten wir diese Gelegenheit benutzen, hier wenigstens einige Reform hineinzubringen.

Es sind verschiedene Gründe vorgebracht, daß die ärmeren Kinder mit den anderen nicht Schritt halten könnten. Wir haben aber doch Mittel und Kräfte genug, um die ärmeren Kinder auf andere Weise zu fördern: es können Förderklassen eingerichtet werden, die Klassen können kleiner gemacht werden, die Lehrer entlastet werden, den Eltern könnte entgegengekommen werden durch Unentgeltlichkeit der Schule, durch Wohnungsreform usw. Wenn wir niemals an irgendeiner Stelle anfangen, dann werden wir niemals zum Fortschritt im Gemeinwesen gelangen.

Zu Anfang seiner Ausführungen hat Herr Direktor Rehfuß von der Einheitschule gesagt, daß sie so gedacht ist, daß das ganze Schulwesen bis zur Universität hin organisch und einheitlich gegliedert ist. Diese Einheitschule streben wir mit Pestalozzi und mit den großen Pädagogen an. Wir sind aber von ihr heute noch sehr weit entfernt. Wenn wir aber jetzt mit der untersten Schule beginnen, wenn wir erst einmal eine einheitliche Elementarschule schaffen, so ist das wenigstens ein Schritt zu weiteren großzügigen Reformen, und ich bitte Sie, diesen Schritt mit uns zu tun.

Stadtv. **Rietz:** Meine Herren, eine Generaldebatte haben Sie nicht gewollt. Nun hat es sich der Herr Referent Weichsel sehr leicht gemacht. Ich habe von ihm daselbe gehört, was ich schon vor 20 Jahren gehört habe. Darum ist nach meiner Überzeugung die Begründung keineswegs triftiger noch besser geworden, und die Begründungen des obersten Leiters der Bürgerschulen sprechen eigentlich für unsere Ansicht und nicht dagegen. Er hat uns die sozialen Verhältnisse geschildert, die wir — mindestens nehme ich das für mein Teil in Anspruch — besser kennen. Wer mit den Leuten lebt und über das Proletariat nicht hinausgekommen ist, muß wohl die Verhältnisse kennen. Wenn jetzt von „gehobenen Bürgerschulen“ geredet werden soll und die anderen „Bürgerschulen“ heißen, so werden heute schon von den Schülern der mittleren Schulen die übrigen Schulen als „Holzschulen“ bezeichnet, und so geht es auch den Schülern der Jahnschen Realschule, die von den Schülern anderer höherer Lehranstalten „Strohköpfe“ genannt werden. Das ist auch eine Aufgabe der Bildung, wie die Lehrer ihre Aufgabe erfüllen, wie sie solche Dinge beseitigen oder gehen lassen. Ich bin überzeugt, die Meinung ist, das Sieben-Klassen-System ist für euch gut genug. Es geht nach dem Wahlspruch Lambrechts: „Der dümmste Arbeiter ist der beste“, das sieht man an der ganzen Vorlage. Heute sollte man andere Dinge anstreben, wo eine ganze Menge Drie, größere und kleinere, längst mit der Trennung der Volksschule aufgeräumt haben.

Von der wirklichen Einheitschule sind wir noch weit entfernt. Ich habe schon damals, als der Oberbürgermeister Bockels noch lebte, erklärt: Wir wünschen eine Schule, wo alle Schüler gemeinsam ohne Unterschied des Standes unterrichtet werden, wo das Kind des Oberbürgermeisters in die Lage kommt, mit dem des Besenbinders oder Handwerkers auf einer Bank zu sitzen. Er erklärte: „Ich hätte nichts dagegen, aber die Verhältnisse zwingen uns dazu, anders vorzugehen.“

Nun wird uns vorgeführt, daß auch die Kinder der unteren Bürgerschulen, wenn sie befähigt sind, in die Oberstufe der mittleren Bürgerschule aufgenommen werden können. Dazu möchte ich ein Beispiel anführen. Ich erziehe eine Großtochter, und diese war in jeder Klasse die Erste und kam im Alter von 11 bis 12 Jahren schon in die erste Klasse. Da fragte die Lehrerin das Kind, was aus ihm werden sollte, und verlangte mit mir persönlich zu reden, weil ich das Kind erziehe. Sie erklärte mir, das Kind wäre ausgezeichnet in Ordnungsliebe, das wäre ein Anzeichen, daß es gut erzogen würde, und außerdem wäre es im Lernen ihre beste Schülerin. Dann fragte sie, ob ich persönlich nichts für das Kind aufwenden wolle, damit es in eine andere Schule käme. Nun habe ich aber 18 Großkinder, und wenn ich für jedes derselben besondere Aufwendungen machen sollte, so würde mir das sehr schwer fallen. Die Lehrerin sagte, im nächsten Jahre käme das Kind sowieso in die Oberklasse, aber sie würde es gern sehen, wenn das Kind, weil es befähigt ist, schon jetzt in eine andere Schule käme, damit sie sich zur Lehrerin oder für das kaufmännische Fach ausbilden könnte. Darauf habe ich geantwortet: „Ich fühle mich finanziell zu schwach, um hier einzugreifen. Es gibt ja so viele Stiftungen; wenn Sie für das Kind etwas tun können, wird es Ihnen später dafür dankbar sein.“ Bei mir heißt der Grundsatz: Nicht betteln und bitten! Ich habe das meinige getan und führe den Fall hier nur als Beispiel an und will für mich keineswegs eine Extrawurst gebraten haben. Aber es kann kein Grund sein, wenn einmal ein Kind in eine andere Schule geschickt wird, die einheitliche Schulart nicht einzuführen. Der Fall beweist gerade das Gegenteil von dem, was Herr Professor Rehkuh sagte, daß alles mögliche schon geschehen wäre, um einen Ausgleich zwischen unteren und mittleren Bürgerschulen herbeizuführen.

Heute ist mehr als je die Gelegenheit gegeben, unsere Schulen in eine einheitliche Volksschule zu verwandeln. Dann würde bald nach dem Ausspruch mancher Pädagogen die Folge eintreten, daß die Kinder mit besseren Manieren mit den weniger gut Erzogenen auf einer Bank saßen und sie zu sich heraufzögen. Dadurch würden ausgleichende Verhältnisse angebahnt werden, aber nicht dann, wenn die Kinder der gehobenen Schulen mit Gehässigkeit und Verachtung auf die anderen herabsehen. Wenn das von oben gefördert wird, dann kann man diesen Fortschritt nicht verlangen. Ich kann mich nur für Vereinheitlichung der Schulen erklären.

Schuldirektor Professor Dr. **Rehtuh**: Ich möchte gleich an das zuletzt Gesagte anknüpfen. Ich habe nicht gesagt, daß jetzt schon die Möglichkeit eines weitgehenden Übergangs von der unteren nach der mittleren Bürgerschule vorhanden wäre. Bisher ist nur die Vorschrift gegeben — die wir nicht umgehen können —, daß Kinder, die die untere Bürgerschule absolviert haben, in die Oberklasse einer mittleren Bürgerschule schulgeldfrei aufgenommen werden. In dem neuen Statut heißt es anders: der Übergang kann darnach schon von der Mittelstufe aus geschehen, und die Kinder werden dann durch fünf Klassen der mittleren Schule hindurchgeführt. Es kann dabei keine Rede sein von Bitten und Betteln, es braucht nur ein entsprechender Antrag gestellt zu werden, wenn die Kinder fähig sind, werden sie ohne weiteres in die mittlere Bürgerschule aufgenommen.

Nun sind von den Herren viele Pädagogen genannt. Sehr interessant ist es z. B., daß Pestalozzi angeführt wurde. Da möchte ich doch von den Herren erfahren: Wo hat Pestalozzi von einer allgemeinen Volksschule gesprochen; wo hat er überhaupt nur daran gedacht? Pestalozzi hat nur Standeschulen gegründet, nämlich zuerst Aremenschulen. Dann ist von Comenius gesprochen. Dieser hat die Einheitschule vertreten, hier aber wird von der allgemeinen Volksschule gesprochen. Dann sprach man von dem Kultusminister Dr. Boffe. Der war allerdings — die Worte sind verlesen worden — für die allgemeine Volksschule. Er hat 1897 auf den Antrag der Stadtverordneten von Barmen sofort die Einführung der allgemeinen Volksschule genehmigt. Die Folge davon war, daß er kurze Zeit darauf die Einführung der Vorschule hat genehmigen müssen. Heute haben wir in unseren Schulen tatsächlich alle Stände vertreten vom ärmsten Arbeiterkinde bis zu den höchsten Ständen hinauf. Wo finden Sie solche Zustände noch? Suchen Sie einmal in Deutschland! Ich habe eine Zählung veranstalten lassen: In unseren mittleren Bürgerschulen finden sich allein etwa 2000 Kinder von Arbeitern und kleinen Beamten. Da im ganzen ungefähr 7000 Kinder die mittlere Bürgerschule besuchen, so ist das fast der dritte Teil der Schüler. So kann, wenn das überhaupt möglich ist, wohl die mittlere Bürgerschule beitragen, daß ein Ausgleich der Stände stattfindet. Wenn die Vorschule hierher käme, so würde ich das nicht als ein Glück betrachten, denn dann hätten wir die Teilung: Auf der einen Seite die Volksschule, die nur die Kinder erhielte, die in die unteren Bürgerschulen hineingehören, und auf der anderen Seite die Standeschule der Bemittelten. Ich kenne die Vorschulen aus Erfahrung und habe auch verschiedentlich mit den Leitern der hiesigen höheren Schulen darüber gesprochen. Sie sind der Meinung, daß die Vorbildung, die die Schüler in unseren mittleren Bürgerschulen bekommen, gut sei. Ich möchte nicht wünschen, daß darin eine Änderung eintrete.

Dann hält man mir immer die Meinung der Lehrerkreise vor. Es ist richtig, die Lehrer haben auf den allgemeinen deutschen Lehrerversammlungen wiederholt

sich für die allgemeine Volksschule ausgesprochen, aber ein paar Bilder mögen Sie davon überzeugen, wie die Lehrer selbst darüber denken. In Berlin hat der Leiter des Werner-Siemens-Gymnasiums, Herr Direktor Wittkamp, ein Buch über seine Vorschule herausgegeben und Zeugnisse für die Güte dieser Vorschule angefügt. Von wem rühren diese Zeugnisse her? Von Direktoren und Lehrern, die ihre Kinder in die Vorschule geschickt haben und nicht in die allgemeine Volksschule! — Ein zweites Bild: Es kommt ein Lehrer aus dem Braunschweigischen nach Berlin, um noch ein Zeichenlehrerexamen zu machen. Er ist verheiratet, und sein Junge wird schulpflichtig. Als Schwärmer für die allgemeine Volksschule bringt er den Jungen in diese Schule. Vom Rektor der Schule wird ihm darauf bedeutet: „Was, in die allgemeine Volksschule wollen Sie den Jungen bringen? Das tun wir hier nicht.“ — Ein drittes Bild: Ich war vor einiger Zeit in Charlottenburg und habe auch eine dort bestehende Volksschule besucht. In der Elementarklasse macht mich der Lehrer auf einen Knaben besonders aufmerksam: „Das ist der Sohn unseres Schulrats!“ Ich frage: „Was ist besonders dabei? Schicken die Schulräte ihre Kinder sonst nicht hierher?“ Der Lehrer antwortet: „Nein, sondern in die Vorschule.“ Daran können Sie sehen, wie Lehrer über die allgemeine Volksschule denken. Einen Vorgang aus Sachsen möchte ich noch erwähnen, leider kann ich die Stadt eben nicht nennen. Nachdem dort die allgemeine Volksschule eingeführt war, kam es bald darauf zur Gründung der Vorschule, und die sozialdemokratischen Stadtverordneten beschlossen, daß die Vorschule zu einer städtischen wurde.

Nein ist mir vorgehalten! Wer die Schriften von Rein aufmerksam durchliest, wird finden, daß er alle die Schwierigkeiten, die für die allgemeine Volksschule bestehen, vollkommen anerkennt. Dann wird immer auf München und Kerschensteiner hingewiesen. Dagegen habe ich zu sagen: Die Münchener Schulen zeigen ein ganz anderes Gesicht als die unsrigen, weil die Münchener Bevölkerung eine andere Zusammensetzung hat als die hiesige. Wir haben in dieser Beziehung ähnliche Verhältnisse wie Berlin und Hannover, wir haben — wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf — ein ausgesprochenes Proletariat, das ist in München nicht der Fall; dort herrscht der Handwerkerstand vor. Es erhellt das daraus, daß vor zwei Jahren eine Umfrage ergab, daß 60 Prozent der abgehenden Schüler sich dem Handwerkerstande zuwandten. Bei solchen Verhältnissen, wie sie hier herrschen, würden wir ohne Frage die Vorschule bekommen, wenn wir die allgemeine Volksschule einführen, und damit wäre die Trennung der Stände auch in der Schule ausgesprochen, die wir jetzt nicht haben. Im übrigen haben keineswegs alle größeren Städte die allgemeine Volksschule. In Magdeburg z. B. sind Volksschulen und Bürgerschulen vorhanden; in Kiel nennt man die gehobenen Schulen

Mittelschulen — sie sind jetzt wohl auch dazu geworden. In Lübeck existieren ebenso Mittelschulen wie Volksschulen.

Von Herrn Steinbrecher ist angeführt, daß in den Schulen von den Lehrern auf die Zugehörigkeit der Eltern der Kinder zur sozialdemokratischen Partei hingewiesen wird. Wenn das geschehen ist, so bedauere ich das. Von mir ist das nie angeordnet, und ich bitte, mich aufmerksam zu machen, wenn es vorkommen sollte; ich werde das entschieden abstellen. Wenn aber Herr Steinbrecher sagt, wir wollen nichts weiter, als für die Kinder das Beste heraus schlagen, so antworte ich: Das wollen wir auch! Wenn wir Verhältnisse hätten, wie die Münchener, dann würde ich nicht einen Augenblick zögern, die allgemeine Volksschule zu befürworten. Hier kann ich es beim besten Willen nicht.

Stadtv. **Wesemeier:** Ein Ausspruch, den Pestalozzi in einer seiner Schriften niedergelegt hat, lautet wörtlich: „Der Sohn des Bettlers und der Sohn des Fürsten sind gleicher Natur. D i e s e l b e Seele ebnet und flutet in allen, die vom Weibe geboren sind; in allen herrschen d i e s e l b e n Entwicklungsgeetze.“ Ich meine, deutlicher kann Pestalozzi wahrhaftig nicht sein. Herr Professor Rehküh bezweifelte, daß Pestalozzi etwas Ähnliches gesagt habe.

Nun wird ein anderer Grund vorgetragen, der vorher von Herrn Professor Rehküh nicht genannt worden ist: Die Furcht vor der Vorschule. Unsere Gründe, die wir für die einheitliche Volksschule angeführt haben, scheinen doch etwas gefruchtet zu haben. Herr Professor Rehküh sagt: Wenn wir die einheitliche Volksschule einführen, stünden wir vor der Gefahr, Vorschulen für die höheren Schulen zu bekommen. Was ist damit ausgedrückt? Das bedeutet nichts weiter als eine Rücksichtnahme auf einige hundert Personen hier in der Stadt zugunsten der Zehntausende, die hier in Betracht kommen. Weil einige Hundert sich andere Schulen auffuchen können als Vorstufe zu den höheren Schulen, deshalb sollen wir die allgemeine Volksschule nicht einführen? Ist das ein Grund, der im Ernst, wenn man gerecht denken will, gegen die einheitliche Volksschule angenommen werden kann? Ich glaube kaum, daß er durchschlagend wirken kann.

Nun sagt Herr Professor Rehküh: Wir haben in Braunschweig ganz besonders geartete Verhältnisse, wir haben ein ausgesprochenes Proletariat wie in Berlin und Hannover, in München ist das anders. Dabei vergißt Herr Professor Rehküh, andere Städte anzuführen, wo die Verhältnisse genau so sind wie hier. In Mannheim und Augsburg gibt es ein ausgesprochenes Proletariat. Das sind große Fabrikstädte, und was hat der Augsburger Schuldirektor über die einheitliche Volksschule gesagt? Daß nur Eigennutz und Gewinnucht der Gründer der Klassenschulen sei, und daß man in Augsburg nicht daran dächte, sie wieder einzuführen.

Dort hat man die Furcht vor der Vorschule nicht; da behält man das Gute bei, das man hat, und denkt nicht daran, etwas Schlechteres zu schaffen.

Auch die Gründe, die Herr Professor Rehfus seinen vorhin angeführten leichten Gründen hinzugefügt hat, wiegen nicht schwerer als die vorherigen. Es liegt nur an dem guten Willen, und ich glaube, es kommt hier vor allen Dingen die finanzielle Seite in Frage. Das ist der springende Punkt, der in Braunschweig verhindert, daß die allgemeine Volksschule geschaffen wird. Es wird niemand behaupten wollen, daß in der mittleren Bürgerschule nur befähigte Kinder sitzen und in der unteren Bürgerschule die nicht befähigten, nicht so intelligenten. Den Beweis für eine solche Behauptung wird niemand antreten können. Ich nehme nicht an, daß es viele Lehrer gibt, die auf diesem Standpunkte stehen, und glaube, daß einzelne Lehrer nur deshalb gegen die Einheitsschule sind, weil sie meinen, daß es unangenehmer sei, an den unteren Bürgerschulen zu unterrichten. Ich nehme nicht an, daß die Lehrer so kleinlich und gegen alle pädagogischen Grundsätze denken; aber mag es einige Exemplare davon geben, so wird es doch immerhin die Minderheit sein. Die Gründe, die angeführt wurden, sind nicht stichhaltig, und Tatsache ist es, daß fast alle großen Pädagogen für die Einheitlichkeit der Volksschule eingetreten sind. Wir erwerben uns nur ein Verdienst, wenn wir auch in Braunschweig diesen großen Gesichtspunkten Geltung verschaffen und die Vereinheitlichung der Volksschule durch Statut bewerkstelligen.

Stadtv. Brenner: Herr Professor Rehfus hat die Anfrage gestellt, wo denn Pestalozzi die Forderung nach der Einheitsschule erhoben habe? Nun, Pestalozzi hat in der Schweiz gewirkt und hat eine Schrift verfaßt, die im Jahre 1802 erschienen ist: „Ansichten über die Gegenstände, auf welche die Gesetzgebung Helvetiens ihr Augenmerk vorzüglich zu richten hat.“ In dieser Schrift stellt er eine ganze Reihe von Forderungen auf, die sich heute im sozialdemokratischen Parteiprogramm wiederfinden. In der Hauptsache hat aber Pestalozzi — und das war sein Lebenswerk — sein Augenmerk darauf gerichtet und dahin gewirkt, daß allgemeine Volksbildung geschaffen würde, daß allen Kindern die gleiche Bildungsmöglichkeit bis zu den höchsten Graden zugänglich gemacht würde. Mit diesem Streben Pestalozzis stehen wir in Übereinstimmung, und wenn wir jetzt die Vereinheitlichung der unteren und mittleren Bürgerschule fordern, so ist das ein Schritt zu dem Ziele hin, das auch Pestalozzi angestrebt hat.

Ich möchte mir nun noch einige Worte erlauben zu einem Punkte, der mit dem Lehrplan im Zusammenhang steht. Ich habe ja Gelegenheit gehabt, die Zusammenfassung der geehrten Versammlung hinreichend kennen zu lernen, um mich nicht allzugroßen Hoffnungen über die Annahme der Vereinheitlichung unserer Schulen hinzugeben. Darum möchte ich nur um eine Besserung in einem Punkte,

betreffend die Aufstellung des Lehrplans, ersuchen. Es steht in dem Entwurf: Der Lehrplan der unteren Bürgerschulen ist so zu gestalten, daß die Kinder, welche die Lehrziele der obersten Klasse erreicht haben, ohne weiteres in die oberste Klasse einer mittleren Bürgerschule aufgenommen werden können. Nun ist im Lehrplane der unteren und mittleren Bürgerschulen ein erheblicher Unterschied vorhanden, und zwar betrifft er auffälligerweise den Religionsunterricht. In der unteren Bürgerschule haben die Kinder, wenn man das Schuljahr zu 40 Wochen rechnet — ich glaube, das wird stimmen —, in acht Jahren 1160 Stunden Religionsunterricht zu genießen, in der mittleren Bürgerschule hingegen sind es nur 920 Religionsstunden, also 240 Stunden Religion weniger. Das macht pro Woche ungefähr eine Stunde, aber diese eine Stunde durch acht Schuljahre hindurch. In dieser Zeit kann man eine ganze Menge anderer nützlicherer Dinge als Religion lernen, und ich möchte bitten, den Lehrplan der unteren Bürgerschulen in dieser Beziehung besser zu gestalten. Ich kann nicht einsehen, warum man gerade den Kindern der ärmsten Bevölkerungsschicht, die ohnehin schlecht gestellt sind, gerade so viel von ihrer kostbaren Zeit mit Religionsunterricht wegnimmt, anstatt ihnen, wie in den mittleren Bürgerschulen, dafür deutlichen Sprachunterricht oder Zeichenunterricht zu geben. Ich kann mir nicht denken, daß man damit den Kindern der unteren Bürgerschulen etwas besonders Gutes zukommen lassen will, denn wenn Sie das für vortrefflich hielten, dann würden Sie doch den Kindern der mittleren Bürgerschulen, die Ihren Klassengenossen näher stehen, oder den Kindern der höheren Schulen, der Realschule und der Oberrealschule, die Ihnen wahrscheinlich noch näher stehen, und in welche Schulen Ihre eigenen Kinder gehen, ebenso viel von diesem kostbaren Religionsunterricht zukommen lassen, wie den ärmsten Proletariern. Wir sehen das Gegenteil. In der städtischen höheren Mädchenschule sind durch alle Schuljahre hindurch 1040 Religionsstunden angelegt, also 120 weniger als in den unteren Bürgerschulen, und in der Oberrealschule gibt es in 9 Schuljahren nur 760 Religionsstunden, also 400 Stunden Religion weniger. Es ist doch ein einfaches Exempel, sich auszurechnen, daß man in diesen 400 Stunden den Arbeiterkindern eine große Menge sehr wertvoller Kenntnisse vermitteln könnte. Gerade die Kinder aus den ärmsten Schichten bedürfen zu allererst, daß man ihnen die allerbeste Schulbildung, die möglich ist, vermittelt, damit sie im Daseinskampfe sich besser durchschlagen können, als es jetzt der Fall ist. Ich finde es unbegreiflich, wie man die Kinder der unteren Bürgerschulen in dieser Weise benachteiligen kann, und möchte die geehrten Herren bitten, in dieser Beziehung für Wandel zu sorgen, damit die Kinder in den unteren Schulen etwas Vernünftiges zu lernen bekommen. Meine Bitte in dieser Beziehung geht namentlich an die Herren im Schulvorstande, denn wir hier haben leider auf alle diese Institutionen keinen Einfluß.

Schuldirektor Prof. Dr. Nehfuh: Was die letzten Ausführungen angeht, so trifft allerdings zu, was Herr Brenner über die Zahl der Religionsstunden in den mittleren und unteren Bürgerschulen gesagt hat, die Zahlen über die höheren Schulen kann ich eben nicht nachprüfen. Der erwähnte Zustand ist aber ein solcher, der weder von der Schuldirektion noch von dem Schulvorstande eingeführt ist; er ist geschaffen von dem Herzoglichen Konsistorium, und wir können daran nichts ändern. Ich darf Ihnen sagen, daß die Anträge für den Lehrplan im Religionsunterricht der unteren Bürgerschulen, der längst vor meinem Amtseintritt festgestellt ist, anders gewesen sind, daß sie aber vom Herzoglichen Konsistorium abgewiesen sind und eine größere Zahl von Religionsstunden den untern Bürgerschulen auferlegt ist. Andererseits kann ich sagen, daß die Lehrpläne, die gegenwärtig für die mittleren Bürgerschulen bearbeitet werden, ungefähr ebenso aussehen werden wie bisher, vielleicht etwas weniger an religiösem Lernstoff enthalten, und daß die Absicht besteht, dieselben Vorschläge auch für die unteren Bürgerschulen zu machen. Ob sie genehmigt werden, weiß ich nicht, das liegt nicht in unserer Hand.

Dagegen muß ich mich verwahren, daß ich gesagt haben soll, daß die mittleren Bürgerschulen die besseren Köpfe hätten. Im Gegenteil, ich habe in den unteren Bürgerschulen manches Kind gefunden, das ebenso hell ist wie die in den mittleren Bürgerschulen, und gerade deshalb will ich sie nach der mittleren Bürgerschule überführen. Für mich kommt auch die finanzielle Frage nicht in Betracht, das ist Sache der Herren Stadtverordneten. — Wenn gesagt wird, ich hätte die Gründe, die von den Herren vorgebracht sind, nicht widerlegt, nun, dann müßte ich mit meinen Ausführungen wieder von vorn anfangen, und das würde nur die Verhandlungen in die Länge ziehen; ich verzichte wohl besser darauf. Wenn gesagt wird, daß Rücksicht darauf genommen würde, daß einige hundert Kinder später die höheren Schulen besuchen wollen, so erwidere ich, daß das doch erheblich mehr sind. Zählen Sie einmal die Schüler der höheren Schulen zusammen, die durch die Bürgerschulen gegangen sind! Es würde auch in Betracht kommen, daß wahrscheinlich, wenn die allgemeine Volksschule zur Einführung käme, eine große Anzahl Eltern ihre Kinder aus der Volksschule herausnehmen und sie der Mittelschule zuführen würden. — Im übrigen möchte ich auf weitere Ausführungen verzichten, um die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen.

Stadtv. Steinbrecher: Ich habe hier einen Vortrag, den Herr Professor Dr. Nehfuh im Freien kirchlichen Verein gehalten hat. In ihm sagte er, daß unser Schulwesen im Religionsunterricht vor dem Bankerott steht und der Religionsunterricht von den größeren Kindern nicht ohne Abneigung entgegengenommen wird. Es ist doch zu erwarten, daß, wenn ein hervorragender Schulmann wie Herr Prof. Nehfuh immer wieder darauf hinweist, es seine Wirkung haben wird,

wenn ich auch zugebe, daß die Sache so leicht nicht abgeändert werden kann. Weiter heißt es, daß die Schule deutlich den Mißerfolg ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Religionsunterrichts erkennt, und daß in diesem Unterricht eine der Ursachen für die Abkehr der Erwachsenen von der Kirche zu sehen ist. Ja, meine Herren, wenn der Direktor der Schule den Religionsunterricht so niedrig einschätzt, dann wäre nichts Notwendigeres und Besseres zu machen, als darauf hinzustreben, daß diese Religionsstunden abgeschafft oder auf ein geringeres Maß zurückgeführt würden. In dem Vortrage sagt er weiter, daß der preußische Schulmann Wiese sich ebenfalls in gleicher Weise über den Religionsunterricht ausläßt. Er sagte: „Die Religionsstunden sind vielen die langweiligsten; ihre Wirkung ist zuweilen von der Art, daß von dorthin manchem die Religion für immer verleidet erscheint und den Schulen ihre eigenen Zöglinge zu Anklägern werden.“ Wenn der Schuldirektor solche Ansichten über den Religionsunterricht in der Schule vorbringt, dann sollte man verlangen, daß er alles einsetze, um solchen Unterricht aus der Schule zu entfernen.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuh**: Ich möchte nur, um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken, daß ich meine Vorträge zu dem Zwecke gehalten habe, um zu erreichen, daß der Religionsunterricht anders gestaltet wird. Er ist meiner Überzeugung nach nicht auf der rechten Bahn. Daß ich auf eine Herabsetzung der Unterrichtsstunden in Religion bei den unteren Bürgerschulen hinwirken werde, habe ich schon erklärt.

Vorsitzender: Der Herr Berichterstatter hatte über Absatz 1 des § 1 gesprochen, die Debatte hat sich schon auf Absatz 2 erstreckt. Ich möchte den Herrn Berichterstatter fragen, ob er zu Absatz 2 etwas hinzuzufügen hat.

Stadtv. **Weichsel**: Ich habe nichts weiter zu bemerken. Auch die schlechte Zensur, die mir wegen der Kürze meiner Ausführungen erteilt ist, nehme ich entgegen, ohne mich dadurch zu weiteren Reden veranlaßt zu sehen.

Vorsitzender: Zu § 1, Absatz 1 liegt ein Antrag des Herrn Ahmann vor:

„Die Stadt Braunschweig unterhält einheitliche Bürgerschulen. Die Zahl der Unterrichtsstufen beträgt acht.“

Der Antrag der vereinigten Kommissionen lautet: „Die von der Stadt Braunschweig unterhaltenen Bürgerschulen zerfallen in Bürgerschulen und gehobene Bürgerschulen; die Zahl der Unterrichtsstufen beträgt bei den ersteren sieben, bei den letzteren acht.“

Der Antrag Ahmann wird abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Vorsitzender: Zu Absatz 2 sind außer den beiden redaktionellen Änderungen keine Anträge gestellt. Die nun folgende 11 soll fortfallen und der dritte Absatz beginnen:

„Für schwach befähigte Kinder wird eine Hilsschule unterhalten, die gleichfalls als Bürgerschule anzusehen ist.“

Auf Seite 14 sind in dem Paragraphen, entsprechend unserem Beschlusse, die Ausdrücke „Bürgerschule“ und „gehobene Bürgerschule“ einzusetzen. Ich nehme an, daß diese Absätze mit den redaktionellen Änderungen die Genehmigung der Versammlung finden.

Zu § 2.

Stadtv. **Schmidt:** Ich finde, daß die Fassung unter 2 etwas unklar erscheint. Es heißt: „im ganzen Jahre bei beiden Schularten Haushaltungsunterricht für die Mädchen im letzten Schuljahr.“ Ich meine, der Satz müßte umgestaltet werden; „für die Mädchen im letzten Schuljahr“ voran.

Stadtv. **Weichsel:** Die Fassung ist konform der Ziffer 1, die beginnt: „im Sommerhalbjahr“. Ich glaube, die Fassung kann, ohne Mißverständnis hervorzurufen, stehen bleiben.

Stadtv. **Schmidt:** Sodann möchte ich beantragen, daß in Absatz 3 bestimmt wird, daß nicht nur bei der Hilsschule im ganzen Jahre Handfertigkeitsunterricht erteilt wird, sondern das unter Ziffer 3 Aufgeführte in folgender Form lautet:

„Im ganzen Jahre für Knaben und Mädchen Handfertigkeitsunterricht.“

Ich bin der Meinung, daß man jetzt, wo immer auf die Notwendigkeit des Handfertigkeitsunterrichts hingewiesen wird und dieser auch teilweise schon eingeführt ist, dafür Sorge tragen muß, daß er besonders in die mittleren Bürgerschulen aufgenommen wird. Es soll also feststehen, daß für Knaben- und Mädchenschulen Handfertigkeitsunterricht erteilt wird und für Mädchen außerdem noch Haushaltungsunterricht.

Der Antrag wird schriftlich eingereicht und vom Herrn Vorsitzenden verlesen.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehfuß:** Gemeint ist doch: Handfertigkeitsunterricht für alle Schulen? (Wird vom Herrn Antragsteller bejaht.)

Der Handfertigkeitsunterricht ist vor mehreren Jahren von mir zur Einführung gebracht, und die Herren haben auch damals die Mittel dafür bewilligt. Es ist dieser Unterricht ein solcher, der sich allmählich entwickeln muß. Wenn Sie für alle Schulen die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts aussprechen wollen, so

müssen Sie sich überlegen, daß erstens für jede Schule 3 — 4 Werkstätten eingerichtet, und daß zweitens mindestens 20 Lehrer für den Handfertigungsunterricht für Knaben angestellt werden müssen. Für die Mädchen braucht die Erteilung von Handfertigungsunterricht hier nicht besonders aufgeführt zu werden, denn diese haben bereits solchen Unterricht. Ich bin ein großer Freund des Handfertigungsunterrichts für Knaben und werde auch beim nächsten Etat beantragen, daß eine Erweiterung desselben eintritt. Es gibt bis jetzt nur wenig Städte, die den Unterricht obligatorisch eingeführt haben; soviel ich weiß, ist das nur in München für die Oberklasse der Fall, jedoch in einer Form, wie sie bis dahin in Oesterreich in den Handwerkerschulen betrieben wurde. Die Knaben fertigen nicht Gegenstände, sondern nur bestimmte Formen (Zylinder, sechsseitige Säulen usw.). Wir erteilen den Unterricht nach dem in Leipzig üblichen Handfertigungsunterricht; die Knaben fertigen aus Pappe, Holz oder in Zukunft vielleicht auch aus Metall Gegenstände an. Dieser Unterricht ist noch nirgend obligatorisch gemacht worden, nur wird er in manchen Städten, z. B. in Mannheim, in ausgedehntem Maße betrieben. Ich wünsche eine weitere Ausdehnung dieses Unterrichts auch hier, empfehle aber, ihn allmählich auszuwachsen zu lassen und nicht von vornherein obligatorisch zu machen.

Stadtv. Frede: Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Direktor Dr. Rehfus möchte ich darauf aufmerksam machen, daß auch solchen Schülern, welche nicht der Hilfschule angehören, Gelegenheit gegeben ist, an dem Handfertigungsunterricht teilzunehmen. Fakultativ wird die Sache also jetzt schon betrieben.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt und § 2 in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 4.

Stadtv. Schmidt: In diesem Paragraphen ist gesagt: „Die Einteilung der Stadt in Schulbezirke ist Sache des Schulleiters.“ Ich möchte beantragen, für „des Schulleiters“ zu setzen „der städtischen Behörden“. Nach meiner Meinung ist es den städtischen Behörden viel leichter, die Einteilung so vorzunehmen, daß auf eine gemeinsame, gleichmäßige Regelung zu rechnen ist, als wenn es nur Sache des Schulleiters ist. Ich bin ferner der Meinung, daß beim Wechsel der Wohnung allerdings die praktische Regelung durch den Schulleiter Platz greifen könnte, wenn eine allgemeine Richtschnur seitens der städtischen Behörden gegeben ist.

Schuldirektor Prof. Dr. Rehfus: Es wird nicht angängig sein, daß die Einteilung in Schulbezirke von den städtischen Behörden allgemein geordnet wird, und zwar deshalb nicht, weil, wenn etwa eine Überfüllung der einen Schule vorliegt, eine Umschulung aus einem Schulbezirk nach dem andern vorgenommen werden

muß, damit eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Schüler nach ihrer Zahl in den einzelnen Schulen und Schulklassen eintreten kann. Würde das nicht geschehen, so würde entschieden in einzelnen Schulen eine Überhäufung eintreten. Im übrigen möchte ich bemerken, daß die Worte „Sache des Schulleiters“ sich darauf beziehen, daß eine Änderung der Bezirke nur vorgenommen wird, wenn um der Kinderzahl willen eine Verschiebung vorkommen muß, sonst liegen die Bezirke fest.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt und § 4 unverändert angenommen.

Zu § 6.

Stadtv. **Wfmann:** In § 6 ist darauf hingewiesen, daß das nach § 14 Nr. 1 des Gesetzes über die Gemeindeschulen aufzunehmende Protokoll über die Teilnahme am Religionsunterricht Sache der Unterleiter sein soll. Dieser § 14 ist von einschneidender Bedeutung, es hat den freidenkenden Leuten, nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Dissidenten viele Schwierigkeiten bereitet, ihren Kindern einen Unterricht erteilen zu lassen, wie es nach diesem Paragraphen angemessen erschien. Sie wissen, daß das Konsistorium immer die Zulässigkeit der betreffenden Herren, die den ergänzenden Religionsunterricht für die Freireligiösen oder Dissidenten erteilen sollen, nicht anerkennt, weil ihm die Herren nicht genügen. Unter anderem ist das geschehen bei Herrn Dr. Völker, von dem keiner von uns behaupten wird, daß er Sozialdemokrat war, und daß er deshalb wegen Verfolgung staatsgefährlicher Tendenzen nicht zugelassen wurde. Er hatte vorher jahrelang in Magdeburg in der freireligiösen Gemeinde unterrichtet. Wir erinnern uns, wie die Verfolgung eintrat und die Kinder der Freireligiösen in den Religionsunterricht der Schule zurückbewiesen wurden. Es sollte als selbstverständlich gelten, daß jeder nach seiner Fassung selig werden kann, und daß dieser Grundsatz auch den Schulkindern gegenüber geübt wird. Der Absatz 1 spricht davon, daß Kinder, die katholisch oder in der jüdischen Religion erzogen werden sollen, von dem Religionsunterricht in der Gemeindeschule befreit sind. Der Absatz 2 handelt von den Dissidenten: „Kinder von Dissidenten im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 25. März 1873 Nr. 62 werden auf einen den obigen Vorschriften entsprechenden Antrag des Erziehungsberechtigten, vorbehaltlich der Bestimmungen zu 3, von der Teilnahme am Religionsunterricht der Gemeindeschule befreit.“ Dann kommt bei Ziffer 2 dieses § 14 der Knotenpunkt: „Über die Angelegenheit entscheidet im Streitfalle der Bezirksschulinспектор und, wo solcher nicht zuständig ist, der Schulleiter.“ Für Braunschweig würde danach der Schulleiter, Herr Professor Dr. Rehfuß, zuständig sein, zu entscheiden, ob der Religionsunterricht, den die Kinder der Dissidenten bekommen, genügend wäre. Ich nehme an, daß damit eine neue Ära in bezug auf den Religionsunter-

richt dieser Kinder eintreten wird, und es sollte mich freuen, wenn das, was Herr Professor Rehkuh über seine Freigeistigkeit in betreff des Religionsunterrichts hat verlauten lassen, sich auch auf die Gewissens- und Glaubensfreiheit für die Eltern der Dissidenten bezieht. Ich nehme an, daß diese Handhabung nach § 6 des Statuts möglich ist, wenn auch in dem Paragraphen nichts darüber gesagt ist, denn es entscheidet darüber der § 14 des Gemeindegeschulgesetzes ohne weiteres. Dem Schulinspektor scheint nur übertragen zu sein, daß er das Protokoll, welches nach dem Gesetz notwendig ist, führt. Ich nehme an, daß damit endlich für die Dissidenten-Kinder die Freiheit vom Religionsunterricht in der Gemeindegeschule eintreten wird, wenn der Nachweis geführt wird, daß genügend für anderen Unterricht gesorgt ist, und dieser Nachweis dürfte nicht mehr in pfäffischem und polizeilichem Sinne gefordert werden, wie es früher in Braunschweig der Fall war, sondern ich hoffe, daß darin eine Besserung eintritt.

Schuldirektor Professor Dr. **Rehkuh**: Ich möchte bemerken, daß § 6 des Statuts sich nur bezieht auf § 14, 1 des Gemeindegeschulgesetzes, nicht auf das übrige dieses Paragraphen. Er bezieht sich also nur auf die katholischen Kinder, die an dem evangelischen Religionsunterricht der Gemeindegeschulen teilnehmen sollen. Da besteht die Bestimmung: Wenn Kinder an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen sollen, so muß die Einwilligung der Eltern dazu zu Protokoll erklärt werden. Das ist bisher stets geschehen bei den Schulinspektoren. Im Gesetz ist vorgesehen, daß der Antrag schriftlich gestellt wird oder zu Protokoll des Vorsitzenden im Schulvorstande erklärt wird. Die Zahl solcher Erklärungen würde für den Vorsitzenden im Schulvorstande in der Stadt Braunschweig eine zu große werden, und es wird besser sein, daß es damit so bleibt, wie es bisher gewesen ist. — Über das, was vom Herrn Vorredner sonst noch ausgeführt ist, möchte ich mich einstweilen nicht äußern.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung zu dem vorliegenden Wortlaut des Paragraphen an.

Zu § 7.

Stadtv. **Altmann**: Es heißt in § 7: „Die Verhängung der im § 16, 1 erwähnten Ordnungsstrafen wegen unentschuldigter Versäumnisse geschieht durch den Schulleiter; dieser ist auch berechtigt, den Erlaß der daselbst unter II erwähnten polizeilichen Strafverfügungen und amtsrichterlichen Strafbeschele zu beantragen.“ Ich möchte zu § 7 beantragen:

„Dem § 7 soll ein Absatz vorgeschoben werden mit folgendem Wortlaut:

„Was Schulfeiern im Sinne des § 15 des Gesetzes für die Gemeindegeschulen sein sollen, bestimmen die städtischen Behörden.“

Die Veranlassung, diesen Antrag zu stellen, ist lediglich den Dingen entsprungen, die in dem Laufe der letzten Zeit sich hier gezeigt haben. Sie wissen, welche Differenzen sich ergeben haben, wenn eine Schulfeier stattfinden sollte; wir haben ja in der letzten Stadtverordnetenversammlung über die Jahrhundertfeier und solche Sachen diskutiert. In § 16 des Gesetzes sind die Strafbestimmungen festgesetzt, wohingegen in § 15 des Gesetzes gesagt wird, welche Verpflichtungen die Schulpflicht umfaßt. Es heißt da: sie verpflichtet

- „1. zum regelmäßigen Besuche der Schule und Kinderlehre,
2. zur Teilnahme an Schulfeiern und sonstigen Veranstaltungen der Schule,
3. zur Befolgung aller vom Schulleiter, dem Bezirkschulinspektor oder einer der sonstigen Aufsichtsstellen im Wege der Schulordnung und der Schulzucht getroffenen Anordnungen. Solche Anordnungen sind auch für das Verhalten der Schulpflichtigen außerhalb des Schulbetriebes und insbesondere auch als Verbote der Teilnahme an Veranstaltungen jeder Art zulässig, wenn sie zur Durchführung der Aufgabe der Gemeindeschule erforderlich erscheinen. Dem Erziehungsberechtigten steht gegen die Anordnung Beschwerde bis an das Staatsministerium zu. Die Entscheidung des Staatsministeriums ist endgültig. Bis zu solcher Entscheidung sind die Anordnungen zu befolgen.“

Es sind hier im Laufe der Zeit Zwistigkeiten entstanden, die zum großen Teil auf Mißverständnisse seitens der Lehrerschaft usw. zurückzuführen sind. Wenn der Unterleiter die Anordnung trifft, daß eine Schulfeier stattfindet, wenn er einen Ausflug ansetzt nach irgend einem Restaurant oder sonstwo hin, so müßten nach diesen Bestimmungen die Kinder folgen, obwohl die Eltern keine Ursache sehen, warum diese Feiern als Schulfeiern im Sinne des Gesetzes betrachtet werden sollen. Auch das unter Ziffer 3 Aufgeführte mutet reichlich reaktionär an. Es ist darauf zugeschnitten, die Kinder bei allen möglichen Dingen unter der Fuchtel derjenigen stehen zu lassen, die die Kinder anders erziehen wollen als ihre Eltern. Herr Professor Dr. Rehnsh sprach in seiner Einleitung bei der Debatte über den ersten Paragraphen davon, daß die Kinder von den Eltern politisch beeinflusst würden. Ich muß offen sagen: So, wie er die Sache dort geschildert hat, wird sie sich kaum im allgemeinen je abwickeln. Es ist schon darauf hingewiesen, daß solche unvernünftigen Eltern kaum vorhanden seien, die den Kindern verbieten, ein patriotisches Lied in der Schule mitzusingen. Aber Sie werden mir zugeben müssen, daß es ein Unding wäre, in bezug auf die Beteiligung der Kinder an den Ausflügen der Schule einen Zwang auszuüben. Ich verstehe nicht, warum die Schulfeier als eine Veranstaltung der Schule betrachtet werden soll, bei der die Eltern, deren Kinder fernbleiben, nicht nur in Geldstrafe, sondern in Wiederholungsfällen sogar in Haftstrafe genommen werden können. Solche Gegenstände sollte man unter keinen Umständen schaffen. Man sollte nicht die Leute zwingen,

an Sachen teilzunehmen, die ihren sonstigen Gefühlen widersprechen. Die Dinge im öffentlichen Leben haben sich in gewisser Weise zugespitzt; es ist von allerhöchster Stelle von vaterlandslosem Gesindel gesprochen, und in der vorigen Sitzung ist auch von Herrn Fricke ähnliches gesagt. Es fragt sich doch, wer treuer oder vaterlandsloser ist! Diejenigen, die die Vaterlandsliebe im Munde führen, auch wenn sie es nur tun, soweit sie persönliche Vorteile davon haben können, sind treu, und alle diejenigen, die das nicht mitmachen wollen, nennen Sie vaterlandslos! Von diesem Gesichtspunkte aus wende ich mich dagegen, daß man die Schule benutzt, die Kinder zu zwingen, nach bestimmten Lokalen hinzugehen, die aus Gründen selbstverständlicher Art von den Eltern nicht besucht werden. Ich glaube, die Lehrer werden im allgemeinen gern sehen, daß die Mütter der Kinder mit zu den Schulfesten gehen. Wenn die Schulfeier aber geradezu in den Lokalen abgehalten werden, die zu besuchen den Eltern der Kinder die Anstandspflicht verbietet, weil ihnen der Wirt den Stuhl vor die Tür gesetzt hat, dann kann man dem Arbeiter nachfühlen, daß er seine Kinder zu solchen Schulfesten nicht gehen lassen will. Man müßte auf alle Fälle Duldsamkeit üben und die Schulfeier da feiern, wo man weiß, daß der Arbeiter auch sonst angenehm ist, und wo er gern hingeht. Ich bitte deswegen, meinem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Soweit ich mich erinnere, war die Äußerung des Herrn Fricke in der letzten Sitzung nur konditionaler und hypothetischer Natur und hatte sich nicht direkt gegen ein Mitglied der Versammlung gerichtet.

Stadtv. Steinbrecher: Ich möchte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister oder Herrn Professor Dr. Rehfuß erlauben, was heute schon als Schulfeier oder sonstige Veranstaltung der Schule angesehen wird. Es wäre interessant, zu erfahren, was nach dieser Meinung verboten wäre und was nicht. Herr Professor Rehfuß würde ein gewichtiges Wort dabei mitzusprechen haben und wird sich mit der Frage befaßt haben.

Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß: Ich kann heute noch nicht sagen, was unter diesem Ausdruck zu verstehen ist; jedenfalls die Feiern, die von der Schule offiziell als Schulfeiern proklamiert werden. Das Schulfest auch, denn das ist eine Schulfeier. Aber was sonst noch unter den Begriff fällt, kann ich heute nicht sagen. Es sind diejenigen Feiern, die entweder von den einzelnen Schulen oder auch von der Schule allgemein als Schulfeiern offiziell angekündigt werden, nicht aber solche, bei denen die Schule sich beteiligt, z. B. die Sedanfeier. An dieser nehmen wohl die Schulen teil, aber sie ist keine eigentliche Schulfeier, und man wird niemand zwingen können, daran teilzunehmen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, die Frage kann nur dahin beantwortet werden, daß eine zielbewußt vorgehende Schulleitung nur in solchen Fällen Schulfeste und Schulfeiern veranstalten wird, wo sie es im Interesse der Schule für geboten erachtet. Weiter aber wird man darüber nichts sagen können.

Den Antrag **Altmann** halte ich nicht für praktisch. Denken Sie, die Schule sollte sich in jedem Falle an den Magistrat wenden und berichten: Wir wollen die und die Schulfeier veranstalten. Dann müßte der Magistrat eine Vorlage an die Stadtverordneten bringen und die Zustimmung verlangen, daß ein Schulfest veranstaltet wird. Das wird kaum möglich sein. Die Sache aber in der Weise festzulegen, daß Sie vielleicht in der ersten Sitzung des Jahres sagen: Die und die Schulfeiern sollen in diesem Jahre stattfinden, halte ich im Interesse der Schule nicht für praktisch.

Stadtv. Weichsel: Der Wunsch des Herrn Stadtv. Altmann, die Art der Schulfeiern abgegrenzt zu sehen, ist vielleicht doch gerechtfertigt. Es handelt sich um eine Bestimmung des Schulgesetzes, darüber könnten wir hier für die Stadt eine authentische Auslegung geben.

Stadtv. Schmidt: Nach der Erklärung des Herrn Schuldirektors sollen die üblichen Schulfeste, die sich in Braunschweig gut eingebürgert haben, auch unter diese Rubrik Schulfeiern fallen. Es ginge aber doch wohl zu weit, wenn man solche Schulfeiern, die gewissermaßen ein Kränzchen darstellen, bei dem die Kinder spielen und Freude und Vergnügen haben sollen, unter die Art Schulfeiern, die das Gesetz meint, rechnet. Wenn dann eine Bestrafung eintritt, wenn die Lehrer rigoros genug sind, ein Lokal zu wählen, nach dem der größte Teil der Eltern, die Kinder in der Schule haben, nicht hingeht, weil die Eltern wissen, daß der Wirt die Arbeiterschaft nicht haben will, so wäre das doch nicht zu rechtfertigen. Ich möchte einmal die Probe auf das Exempel machen, ob, seitdem der Boykott über das Weiße Roß besteht, nicht die Schulfeiern in diesem Lokale gegenüber früher zugenommen haben. Das ist der Grund, der mich bewegt, dafür zu sein, daß man systematisch hier vorgeht. Im übrigen bin ich der Meinung, es ginge zu weit, zu sagen: Auch das Fernbleiben von diesen Schulfeiern stellt eine Veräumnis im Sinne des Gesetzes dar. Es handelt sich um die Frage: Inwieweit ist die Schule befugt, außerhalb ihres engeren Wirkungskreises die Aufsicht über die Kinder auszuüben? Grundsätzlich muß festgelegt werden, daß die Autorität des Elternhauses über der der Schule steht. Alles, was sich als Pflicht gegen die Schule selbst vorfindet, ist in Absatz 1 genügend gekennzeichnet worden. Bei dem Religionsunterricht, beim Geschichtsunterricht finden wir, daß sich die Eltern innerlich sträuben, gegen die Art und Weise, wie ihre Kinder in der Schule gelehrt werden. Dazu

wird noch bestimmt: die Verpflichtung bei der Schulfeier ist genau dieselbe; es tritt eine Bestrafung ein, wenn die Kinder nicht hingeführt werden. In § 31 des Statuts wird noch gesagt: „Soweit die Bestimmungen dieses Statuts nach dem Gesetze über die Gemeindeschulen der Regelung durch Anweisung oder Anordnung einer Schulaufsichtsbehörde unterliegen, gelten sie als von der zuständigen Aufsichtsbehörde erlassen und unterliegen zugleich der jeweiligen Änderung durch die Aufsichtsbehörden.“ Ich meine, hier wird dem Tür und Tor geöffnet sein, und es wäre wohl angängig, daß eine feste Begrenzung stattfände, indem gesagt wird, dieses und jenes steht frei. Dann wird besonders den Kindern der organisierten Arbeiterchaft ermöglicht, an dem Feste ihrer Gewerkschaft, an der der Vater mit Leib und Leben hängt, teilzunehmen. Wir haben die Probe davon schon an einzelnen Stellen im deutschen Reiche erlebt. Hier ist etwas in das Statut aufgenommen, bei dem auch nicht der Versuch gemacht ist, zu bessern und es den städtischen Verhältnissen anzupassen. Man geht einfach in der Weise vor, daß man sagt: „Das wird sich finden, das weitere werdet ihr schon merken!“ Deshalb bin ich dafür, daß eine bestimmte Abgrenzung stattfindet.

Schuldirektor Professor Dr. **Rehtuh**: Was hier bekämpft wird, ist anscheinend nicht die Schulfeier als solche, sondern die Wahl des Lokals. (Zuruf: Darin wird gerade gesündigt!) Wer sündigt darin?! Sie sagen, die Schulfeiern im Weißen Roß haben zugenommen, seitdem das Lokal von Ihnen boykottiert ist. Das ist mir unbekannt, nur das weiß ich, daß im Weißen Roß seit Jahrzehnten von verschiedenen Schulen regelmäßig Schulfeiern abgehalten werden. Sollen wir deswegen, weil das Lokal von Ihnen boykottiert ist, sagen: Jetzt werden keine Schulfeiern mehr dort abgehalten? Was hat die Schule mit der Politik zu tun? Meiner Überzeugung nach gar nichts. Die Politik sollen wir aus der Schule fernhalten! Ich sehe nicht ein, warum die Schulen nicht in das Lokal gehen sollten.

Wenn gesagt wird, daß die Autorität der Eltern in allen Fällen über der der Schule stehen soll, dann können wir zu sehr mißlichen Verhältnissen kommen, die ich nicht ausmalen möchte. Ich glaube nicht, daß man das allgemein so aussprechen dürfte.

Stadtv. **Hßmann**: Gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister und dem Herrn Referenten möchte ich folgendes bemerken: Ich beabsichtige mit meinem Antrage nicht, daß wir das Gesetz abändern; das können wir nicht; es besteht, und wir müssen es innehalten. Wenn aber von den städtischen Behörden eine Bestimmung darüber beschlossen würde, was eine Schulfeier im Sinne des Gesetzes sein soll, so könnte das keine Schwierigkeiten bedeuten. Ferner bin ich nicht der Meinung, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, daß jedesmal erst eine Bewilligung hier erfolgen soll, wenn ein Schulfest abgehalten werden soll, sondern es soll generell bestimmt

werden, was verstanden werden soll unter den Schulfeiern, bei denen die Bestimmungen des Gesetzes eintreten, und das sollten die städtischen Behörden wohl machen können. Dann könnte nicht ein einzelner Schulinspektor sagen: Dieses hier ist eine Schulfeier, und die Versäumnisse werden angezeigt, so daß die Behörden gegen die Eltern noch Haftstrafen verhängen könnten. Man hat hier vom Boykott gesprochen, und speziell der Herr Schulleiter hat in scharfen Worten zum Schluß davon gesprochen, man solle die Politik nicht in die Schule hineinziehen. Meines Wissens wollen meine Freunde und ich die Politik aus der Schule heraus haben und nicht hineinbringen! Ich möchte die Herren Kollegen darauf aufmerksam machen, daß es ein Irrtum ist, wenn Sie meinen, der Boykott sei eine Waffe der sozialdemokratischen Arbeiter. Verfolgen Sie die Entwicklung des Boykotts über Lokale in Deutschland, dann werden Sie finden, daß die Militärbehörden diejenigen sind, die den Boykott eingeführt haben. Die Militärbehörde verbietet den Regimentskapellen, in einem Lokale zu spielen, wenn Sozialdemokraten dort verkehren, und die Wirte mögen dann zusehen, auf welche Weise sie ihr Geschäft machen. Das ist die Ursache, nicht die Renitenz der Arbeiterschaft oder das rabiate Auftreten der Arbeiter. Auch andere Ursachen für solche Boykotts gibt es. Wir aber wünschen, daß gerade die Lehrer sich einer Neutralität befleißigen und nicht die Schulfeste da abhalten, wo Zwistigkeiten entstanden sind, wo die Lokale aus irgendwelchen Gründen von der Arbeiterschaft nicht besucht werden sollen. Der Wirt des Weißen Rosses hat den Arbeitern sein Lokal verboten, und nun sollen die Arbeiterkinder dahin gehen und mit ihren Müttern, den Arbeiterfrauen, dort Geld verzehren? Daß wir uns gegen solche Lokale wenden, ist kein Hineintragen der Politik in die Schule, sondern ein einfaches Abwehrmittel, indem wir uns nicht zu anderen Zwecken benutzen lassen. Man könnte in umgekehrter Weise Herrn Professor Rehküh erwidern: Man würde eher mit der Bestimmung solcher Lokale für Schulfeierlichkeiten von der Schule aus Politik gegen die Arbeiter treiben. Aber das gegenseitige Redegesecht hat ja bei solchen Dingen keinen Wert. Sie werden jedoch einsehen, daß es sich um eine einfache Anstandspflicht der Eltern handelt, die sie zwingt, nicht in solche Lokale zu gehen. Solche Eltern, die hier ihre Kinder zurückhalten, noch mit Strafen zu belegen, das würde zu viel sein. Diese Bestimmung spricht deutlich gegen das reaktionäre Schulgesetz, das in Braunschweig das Licht der Welt erblickt hat.

Stadtv. Schulze: Wenn die allgemeinen Bestimmungen in bezug auf § 6 richtig zur Anwendung gebracht und Gerechtigkeit gegen die Eltern geübt werden soll, dann dürfen Sie nicht so weit gehen, wie hier verlangt wird. Wenn die Sache erst einmal feststeht, dann ist nachher nichts daran zu ändern, dann wird das Gesetz in vollem Umfange angewandt. Wenn hier heute erklärt wird, in die Schule soll

keine Politik hineingetragen werden, so wird doch ohne Zweifel in die Schule die Denunziererei hineingetragen werden, und es wird geschehen, was wir zu verhüten bemüht sein sollten. Wir haben das beste Beispiel gehabt, wie es gemacht wird; ich erinnere nur daran, wie man die Turnsache getrieben hat. Man hat bekanntlich dadurch das Gegenteil von dem Gewünschten erreicht. Wenn Sie stets sagen, die Klassengegensätze sollen nicht verschärft werden, so bin ich fest überzeugt, daß durch Anwendung dieser Bestimmungen die Klassengegensätze ohne Zweifel verschärft werden und das Gegenteil von dem erreicht wird, was man erreichen will. Wenn Sie den Antrag **Alfmann** ablehnen, dann arbeiten Sie — davon bin ich fest überzeugt — nur zu unserem Vorteile, geben uns Waffen gegen Sie in die Hände. Das wäre eine Einseitigkeit, die jedenfalls nicht zu entschuldigen ist. Ohne Zweifel steht fest, wenn § 7 des Entwurfs angenommen wird, so ist das ein Eingriff in die Rechte der Familie, und dazu sollte sich die Schule und das Gesetz nicht hergeben.

Oberbürgermeister Metemeyer: Das letzte muß ich entschieden zurückweisen.

Ich bitte Herrn **Alfmann**, sich zu überlegen, ob sein Antrag, wenn er angenommen wird, zum Ziele führt. Das ist meiner Ansicht nach ganz ausgeschlossen. Sie können allerdings von den städtischen Behörden feststellen lassen, was unter einer Schulfeier verstanden werden soll. Wollen Sie dabei aber auch sagen, die und die Lokale dürfen nicht benutzt werden? Das wechselt ja fortdauernd; das eine wird in diesem Jahre von Ihnen boykottiert und das andere im folgenden, und schließlich wird der Boykott doch von Ihnen auch einmal aufgehoben! Dann sollen wir uns in den städtischen Behörden jedesmal über die einzelnen Lokale unterhalten? Das ist doch unmöglich!

Stadtvt. Alfmann: Es kann sich nicht darum handeln, daß die Lokale für solche Feiern bestimmt werden. Sie sollen nur diesen Schulfeiern keinen offiziellen Charakter geben, damit die Eltern, die zu ihnen ihre Kinder nicht hinschicken, nicht bestraft werden können. Es ist anzunehmen, daß die städtischen Behörden Einsicht genug besitzen, daß sie den Krakehl und den gegenseitigen Haß nicht in den Schulen haben wollen.

Der Antrag **Alfmann** wird abgelehnt und der § 7 unverändert angenommen.

Zu § 8.

Vorsitzender: Herr Schulze hat folgenden Antrag eingebracht:

„§ 8 des Entwurfs zu streichen und ihm folgende Fassung zu geben:

„Den Kindern, welche im Stadtgebiet ihren Wohnsitz haben, werden die Lernmittel unentgeltlich geliefert.“

Stadtv. **Schulze:** Dies ist nicht etwa etwas Neues, was unsrerseits für Braunschweig gefordert wird, sondern es ist schon in einer Reihe von Städten, selbst auch schon in Staaten eingeführt, z. B. in Pforzheim, Forstheim, Burgsinn, Steinheim, Hatten, Stuttgart, Kreis Daun im Regierungsbezirk Trier und Mülhausen im Elsaß. Überall dort hat man schon die Lehrmittelfreiheit eingeführt. Wenn man die Eltern durch Gesetz zwingt, ihre Kinder in die Schule zu schicken, ist es jedenfalls eine Forderung der Gerechtigkeit, daß dann auch seitens des Staates oder der Gemeinde für Aufbringung der Lehrmittel gesorgt wird. Ein Gegenstück dazu kann ich aus unserem heutigen Militarismus anführen. Auch der Soldat wird bekanntlich gezwungen, seinen Militärdienst abzuleisten, aber der Staat gibt auch die vollständigen Lehr- und Lernmittel für die Soldaten her, zahlt die Unterhaltungskosten usw. Würde es einmal heißen: Der Vater des Soldaten solle alle Vierteljahre eine Kasernenabgabe leisten, so möchte ich sehen, wie das Ding betrachtet werden würde. Der Staat — und wenn der Staat sich nicht verpflichtet fühlt, so müssen mindestens die Kommunen eintreten — hat meiner Meinung nach die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Lehr- und Lernmittel unentgeltlich geliefert werden. Wir haben schon einen Anfang davon in Braunschweig, indem man dies in den unteren Bürgerschulen eingeführt hat. Wir sind aber der Meinung, daß es selbstverständlich allgemein eingeführt werden sollte, und daß man nicht damit wartet, bis eventuell später andere Städte und Ortschaften damit vorgegangen sind, sondern es wäre zu wünschen, daß in dieser Beziehung Braunschweig einmal vorbildlich wirkte. Nicht nur in Deutschland finden wir die unentgeltliche Lieferung der Lernmittel, sondern auch im Auslande, ich möchte nur erwähnen: London, Paris, Zürich, Basel. In allen diesen Orten ist die Lehrmittelfreiheit eingeführt worden. Und wenn die Lieferung der Lernmittel durch die Kommunen oder Staaten geschieht, so ist selbstverständlich damit eine Verbilligung der Lernmittel verbunden gegenüber dem Preise, den ein einzelner bezahlen muß. Dies ist bei dem großen Bezuge selbstverständlich. In London kommen die Lernmittel pro Kopf nur auf 3,50 M, in Paris nur auf 2,40 M zu stehen. Wenn hierbei weiter die finanzielle Frage berührt werden darf, so steht ohne Zweifel fest, daß wesentlich billigere Einkäufe zustande kommen, wenn die Kommune selbst die Bücher herstellen läßt. In Fürth z. B. ist eine Lernmittellstatistik aufgestellt, wonach sich ergeben hat, daß bei 5474 Schülern, wenn die Kinder selbst resp. ihre Eltern die Lernmittel kaufen, 26 010,74 M ausgegeben werden müssen; wenn aber die Gemeinde selbst die Lernmittel einkauft, dann kommen sie auf 18 445,75 M, und wenn die Lernmittel im Selbstverlage der Gemeinde hergestellt werden, nur auf 13 879,05 M. Das letztere ist ein Unterschied gegenüber dem Preise, wenn die Schüler die Lernmittel selber kaufen, der fast die Hälfte beträgt. Es ist wohl die Möglichkeit vorhanden, in dieser Weise für die

Lernmittel zu sorgen, wenn nur der gute Wille da ist. Wie vorhin gesagt wurde, ist in den mittleren Bürgerschulen — die Einheitschule ist ja leider abgelehnt — ein großer Prozentsatz der Eltern der Kinder Arbeiter, und denen ist es oftmals außerordentlich schwer, die Lernmittel zu beschaffen. Aus dem Grunde möchte ich Sie dringend ersuchen, diesem Antrage zuzustimmen. Wenn angeführt werden sollte, daß unter diesen Umständen die Kinder nicht mit der nötigen Sorgfalt mit den Büchern umgingen, so wird das nicht stichhaltig sein. Das hat sich z. B. nach dem Ausspruch der Inspektoren an den Orten, wo in Amerika die Sache eingeführt ist, ergeben. Dort ist ausdrücklich festgestellt worden, daß das Gegenteil von dieser Vermutung eingetreten ist. Jedenfalls entspricht der Antrag der Billigkeit gegenüber denjenigen Eltern, die kaum in der Lage sind, das Geld für die Lernmittel aufzubringen. Ich bitte Sie dringend, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Besemeier: Es könnte hier in der Hauptsache nur die finanzielle Seite der Frage in Betracht kommen, und ich glaube, diese ist nicht von so schwerwiegender Bedeutung, daß wir die Lernmittelfreiheit für unsere gesamten Volksschulen nicht einführen könnten. Ich führe auch hier das Blatt des hiesigen Lehrervereins an, das einfach sagt: „Kein Schulgeld! Die Eltern stellen dem Staate ihr Bestes zur Verfügung, die lebendige Arbeitskraft, und bringen für deren Heranbildung noch große Opfer. Deshalb soll man sie nicht noch mit Schulgeld belegen.“

In früheren Jahren wurde immer bei Stellung unseres Antrages der Einwand erhoben, daß es besser sei, die Eltern ruhig das Schulgeld zahlen zu lassen, denn Geschenke nähme nicht gern jeder an. Heutigetags ist dieser Standpunkt von den Herren auch eingenommen worden. Wenn man von unserem Gesichtspunkte die Frage betrachtet, dann glaube ich kaum, daß er aufrechterhalten werden kann, denn dann würde man zu der Erkenntnis kommen, daß den Schülern der höheren Schulen bedeutend höhere Geschenke geleistet werden. Es ist bekannt, daß für den Schüler der höheren Schulen aus städtischen Mitteln bedeutend höhere Sätze bewilligt werden als für den Schüler der Volksschulen. Für die unteren Bürgerschulen haben wir die Lernmittelfreiheit schon, es handelt sich also nur um die Kinder der mittleren Bürgerschulen. Nach dem letzten Bericht besuchen diese Schulen 6900 Kinder, und wenn man diesen auch die Lernmittel anschaffte, so würde das keine so große Summe für unseren Etat ergeben. Nach einer Berechnung, die, wie ich glaube, nicht falsch ist, sind für jeden Schüler der unteren Bürgerschule für Lernmittel 2,42 *M* im Durchschnitt ausgegeben. Die Ausgabe würde demnach bei 6900 Kindern auf ca. 15 000 *M* kommen, und selbst wenn 20 000 *M* herauskämen, würde das unseren Etat nicht so sehr belasten, daß wir zu diesem Mittel nicht greifen könnten. Ich möchte noch bemerken, daß in Oldenburg seit 10 Jahren den

Gemeinden untersagt ist, Schulgeld zu erheben, und daß in Essen seit 1888 Schulgeldfreiheit besteht. Es sind noch eine ganze Reihe anderer Sachen, die Herr Schulze nicht mit angeführt hat, und die für den Antrag sprechen. Die Stadtkasse kann sehr wohl die Mittel tragen, die hier notwendig sind, um die Lernmittelfreiheit herbeizuführen. Man muß auch bedenken — und das trifft für die Schulgeldfreiheit ebenso wie für die Lernmittelfreiheit zu —, daß kinderlose Einwohner im Vorteil sind. Die Eltern, die Kinder in die Schule schicken, tragen dadurch sowie schon einen großen Teil zur Erhaltung des Staates und zur Herausbildung des ganzen Gesellschaftslebens bei, während diejenigen, die keine Kinder haben, diesen Beitrag nicht zu zahlen haben, nicht dem Staate durch Zuwendung von Kindern nützen. Eine Bestrafung der Eltern ist es, wenn man ihnen noch die Last für Schulgeld und Lernmittel besonders aufbürdet. Deshalb, meine ich, sollte man die Lernmittel ruhig freigeben.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuf:** Ich möchte nur die angegebenen Zahlen etwas korrigieren. Es werden für 9000 Kinder der unteren Bürgerschulen 32 000 *M* für Lernmittel ausgegeben, das bringt für jedes Kind im Durchschnitt 3,50 *M* und nicht 2,40 *M*. Dann möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß wir bei den mittleren Bürgerschulen eine Stufe mehr haben und auf der obersten Stufe die Lernmittel teurer sind, so daß man im Durchschnitt für jedes Kind der mittleren Bürgerschulen 4,50 *M* rechnen kann. Darnach würden für die mittleren Bürgerschulen etwa 30 000 *M* herauskommen und nicht 12 000 *M*.

Stadtv. **Weichjel:** Ich kann mich persönlich für diesen gut gemeinten Antrag Schulze nicht erwärmen. Es wird dadurch doch ein derartiges Manko in der Stadtkasse verursacht, daß man nicht darüber mit der Leichtigkeit hinweghuschen kann, wie es Herr Stegmann tut. Auf der anderen Seite ist die größte Anzahl der Eltern der Kinder auf den gehobenen Bürgerschulen wohl in der Lage und gern bereit, die Lernmittel für ihre Kinder anzuschaffen, und es gibt eine ganze Menge Eltern, die gar nicht nach diesem Geschenk verlangen. Weshalb sollten wir diese Summe aufwenden, nach der kein so großes Verlangen besteht? Es liegt, glaube ich, keine Notwendigkeit und kein dringender Wunsch seitens der Beteiligten vor, diesen Antrag anzunehmen.

Ich darf persönlich eine kleine Anregung geben. Es heißt in dem § 8: „Den Kindern der unteren Bürgerschulen — das müßte geändert werden in „Bürgerschulen“ — und denjenigen Kindern der Hilfschule, die entweder schulgeldfrei sind oder ein Schulgeld von vierteljährlich 1 *M* zu entrichten haben Kann man das nicht vereinfachen, indem man sagt: „Den Schulkindern, die entweder“ Das ist eine Vereinfachung, die natürlich hier beschlossen werden müßte.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Schulze abgelehnt.

Vorsitzender: Herr Weichsel schlägt eine redaktionelle Änderung vor, die dem Sinne nach dasselbe will, was der Entwurf sagt. — Könnte vielleicht dem Magistrat überlassen bleiben, die Fassung, die gewünscht wird, endgültig festzusetzen?

Oberbürgermeister **Netemeyer** hält es für richtiger, daß die Fassung von der Versammlung festgesetzt wird. Während der Referent den Wortlaut seines Antrages niederschreibt, wird in der Beratung fortgefahren und Herr Stadtv. **Friede** übernimmt das Referat über die nächsten Paragraphen.

Zu § 11.

Stadtv. **Altmann:** § 11 lautet: „Die bei der Festsetzung oder Abänderung der Stundenpläne nach dem Gesetze über die Gemeindeschulen vorgesehene Mitwirkung des Schulvorstandes liegt dem Unterleiter nach Anweisung des Schulleiters ob.“ Nach diesem Paragraphen soll also der Schulinspektor nach Anleitung des Schuldirektors die Stundenpläne feststellen. Ich möchte den Antrag stellen, den § 11 zu streichen und es dabei zu lassen, daß der Schulvorstand die Festsetzung der Stundenpläne vornimmt. Wir sind der Meinung, daß es richtiger ist, wenn der Schulvorstand sich darum bemüht. Es ist in der Kommission darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Fassung die einfachere ist; ich glaube aber, die Vorarbeiten werden die Herren Inspektoren wohl machen müssen, jedoch die Prüfung und letzten Endes die Zustimmung sollte dem Schulvorstande bleiben. Ich bitte also, den § 11 zu streichen, weil es einmal ohne diesen Paragraphen geht und weil durch die Streichung erzielt wird, daß der Schulvorstand ohne weiteres den Stundenplan festzusetzen hat.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuh:** Armer Schulvorstand, wenn er das ausführen soll! Die schlimmste Arbeit im ganzen Jahre für den Schulinspektor ist die Aufstellung des Stundenplans, denn er hat dabei sehr viele Rücksichten zu nehmen, besonders auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers an seiner Schule. Und der Schulvorstand sollte nun diese Arbeit für sämtliche Schulen besorgen? Das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Er kennt nicht so genau die Fähigkeit der einzelnen Lehrer, und darauf muß bei Aufstellung des Stundenplans besonders Rücksicht genommen werden. Ich bitte, es bei dem zu lassen, wie es bisher gewesen ist: Die Stundenpläne werden aufgestellt von den einzelnen Schulinspektoren, sie werden mir zur Genehmigung vorgelegt, ich kontrolliere einerseits, ob die Lehrer nach ihren Fähigkeiten die passenden Stunden und Klassen bekommen haben, ob jeder Lehrer die ihm zugewiesene Anzahl von Stunden zu erteilen hat, ob der Stundenplan dem Lehrplan entspricht usw. Daß der Schulvorstand in seiner Gesamtheit dies ausführen sollte, halte ich für ausgeschlossen.

Stadtv. Hßmann: Wenn der Paragraph so gemeint sein sollte, wie der Herr Schuldirektor eben ausführte, dann hätte er allerdings recht. Es handelt sich meinem Dafürhalten nach hier aber nicht um die Schematisierung der Lehrstunden, wie sie gelegt werden sollen, sondern darum, wie die einzelnen Arbeiten verteilt werden sollen, z. B. wieviel Stunden auf Religionsunterricht kommen. Darum handelt es sich in diesem Falle, nicht um die Einteilung der Arbeit für jeden Lehrer. Diese Arbeit dem Schulvorstande aufzuerlegen, wäre unnötig; darüber bin ich mit Herrn Prof. Rehtuh einer Meinung. Es handelt sich hier z. B. darum, wieviel Religionsstunden — wie schon von Herrn Brenner angeführt war — in den unteren Bürgerschulen erteilt werden sollen, und wie dieselben verhältnismäßig nach oben hin abgestuft werden sollen.

Schuldirektor Prof. Dr. Rehtuh: Herr Stadtv. Hßmann befindet sich wiederum in einem Irrtum. Der Schulvorstand ist für diese Sache nicht kompetent. Die einzelnen Stunden für jedes Lehrfach werden festgelegt durch die Lehrpläne; sie werden durch mich aufgestellt und dem Herzoglichen Konsistorium zur Genehmigung vorgelegt. Der Schulvorstand hat mit der Angelegenheit nichts zu tun.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Schuldirektor Prof. Dr. Rehtuh erklärte eben, daß die Lehrpläne durch ihn selbst aufgestellt werden. Wenn wir das ganze Gesetz durchgehen, finden wir, daß die Lehrer so gut wie gar keine Selbstverwaltung haben, und es wäre doch gut, wenn die Lehrer mehr dazu herangezogen würden. In dem Schulblatte für die Herzogtümer Braunschweig und Anhalt hat der Braunschweiger Lehrerverein Thesen aufgestellt, wie es auch seitens der sächsischen Lehrerschaft geschehen ist. Da heißt es: „In den unteren Angelegenheiten der einzelnen Schule ist dem Lehrerkollegium das Recht der Selbstverwaltung einzuräumen. Es hat die Aufgabe, die Angelegenheiten, die der Förderung des inneren und äußeren Schullebens dienen, zu beraten, insonderheit für die nötige Einheit und Ordnung des Schulbetriebes zu sorgen. Es beschließt unter anderem: über Gestaltung der Lehrpläne, über die Festsetzung und Durchführung einer Hausordnung, über die Anschaffung von Büchern und Lehrmitteln, überhaupt die Verwendung der der Schule zur Verfügung stehenden Gelder usw.“ Es sind eine ganze Reihe Sachen angeführt, wo die Lehrer als solche weitgehende Befugnisse haben sollen. Ich bin nicht genau orientiert, wie die Sache hier ist. Vielleicht ist Herr Direktor Dr. Rehtuh so freundlich und gibt Aufschluß.

Schuldirektor Prof. Dr. Rehtuh: Ich glaubte nicht Ursache zu haben, heute darauf einzugehen. — Wenn ich gesagt habe, ich bearbeite den Lehrplan, so heißt das: ich vertrete ihn. In Wirklichkeit ist die Sache so gewesen, daß eine Kommission aus Schulinspektoren und Lehrern für jedes einzelne Lehrfach ernannt ist.

Die von dieser aufgestellten Lehrpläne sind in sämtliche Lehrkörper der einzelnen Schulen hineingegangen und dort weiter durchgesprochen. Die gemachten Vorschläge sind wieder an mich gelangt und zum größten Teile auch von mir berücksichtigt worden.

Vorsitzender: Der Antrag Ußmann geht lediglich auf Streichung des § 11. Ich kann mich wohl darauf beschränken, bei der Abstimmung nach Annahme des § 11 zu fragen?

Der § 11 wird von der Versammlung angenommen, darauf vom Herrn **Vorsitzenden** der inzwischen eingereichte Antrag Weichsel verlesen. Er lautet:

„Ich beantrage, in § 8 zu fügen: „Den Schulkindern, die entweder . . .“

§ 8 wird in dieser Form angenommen.

Stadtv. **Weichsel** übernimmt das Referat wieder.

Zu § 12.

Stadtv. **Weichsel:** In § 12 sind die Bestimmungen über den Schulvorstand enthalten. Er besteht zunächst aus drei bestimmten Beamten, und außerdem sollen nach dem Entwurf noch vier Herren zugewählt werden. Die vereinigten Kommissionen empfehlen Ihnen, dem Vorschlage des Magistrats insoweit zuzustimmen, als die Ziffern 1, 2 und 3 des § 12 in Frage kommen. Sie empfiehlt aber, als Ziffer 4 einzusetzen:

„4. einem von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten zu wählenden Mitgliede des Stadtkirchenrats“

und als Ziffer 5 zu fügen:

„5. fünf zu Gemeindeämtern wählbaren Bürgern die von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Einer von ihnen muß Unterleiter und einer angestellter Bürgerschullehrer sein.“

Vorsitzender: Es liegt hierzu ein Antrag Schmidt vor, der diese von der Kommission gemachten Vorschläge 1—5 anerkennt, aber wünscht, daß hinzugefügt wird:

„6. einem weiblichen Mitgliede, das von der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten auf zwei Jahre gewählt wird.“

Stadtv. **Schmidt:** Ich komme zu meinem Antrage durch den § 22 des Gesetzes über die Gemeindeschulen, in dem, wie der Berichterstatter in der Kommission erwähnte, eine Erweiterung der Zahl der Schulvorstandsmitglieder vorgesehen ist,

und der außerdem den Passus enthält: „Ferner ist es zulässig, durch Satzung die Wählbarkeit eines weiblichen Mitgliedes zu bestimmen. Die Zuziehung weiblicher Personen mit beratender Stimme zu einzelnen Verhandlungen des Schulvorstandes ist auf Beschluß des letzteren jederzeit zulässig.“ Ich berufe mich also darauf, daß bereits durch das Landesgesetz die Möglichkeit gegeben ist, daß ein weibliches Mitglied des Schulvorstandes gewählt wird, und glaube, daß wir auch in Braunschweig dazu übergehen können, bei Festsetzung des heutigen Statuts ein weibliches Mitglied für den Schulvorstand mit zu bestimmen. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheiten des Schulvorstandes dürfte es in seinem Interesse liegen, wenn eine Mutter darin wäre, während bis jetzt die Frauen bei Beratung von Schulfragen ganz ausgeschaltet waren. Es würde nicht schwer fallen, in Braunschweig eine geeignete weibliche Persönlichkeit für den Schulvorstand zu finden. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich kann wohl ohne weiteres sagen, daß grundsätzliche Bedenken gegen den Antrag nicht vorliegen. Ob es nötig sein wird, eine Dame in den Schulvorstand als ständiges Mitglied zu wählen, oder ob es besser wäre, sich einstweilen damit zu begnügen, zu den Beratungen bei besonderen Gelegenheiten Frauen hinzuzuziehen — denn in solchen Fällen wird man wahrscheinlich guttun, mehrere Damen aufzufordern —, will ich dahingestellt sein lassen. Ein Bedenken habe ich aber, das will ich nicht verschweigen. Die Herren haben in der Kommission beantragt, den Schulvorstand künftig, statt aus sieben, wie von uns vorgeschlagen, aus neun Personen bestehen zu lassen. Tritt noch eine Dame hinzu, so kommen wir auf zehn Mitglieder des Schulvorstandes. Ich halte es für unpraktisch, eine so große Körperschaft mit den Geschäften des Schulvorstandes zu betrauen, die meistens schnell zu erledigen sind. Ich gebe zu, es kommen häufig auch Sachen im Schulvorstande vor, wo eine große Zahl von Personen durchaus am Platze ist, weil es sich um wichtige Sachen handelt. Aber die große Mehrzahl aller Geschäfte sind weniger wichtig und wird durch Umlauf bei den Schulvorstandsmitgliedern erledigt. Durch die Vergrößerung der Zahl der Schulvorstandsmitglieder würde der Geschäftsgang erschwert werden, und deshalb kann ich nicht empfehlen, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Dem Antrage Schmidt oder dem Antrage der vereinigten Kommissionen?

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will nicht verschweigen, daß ich auch gegen den Antrag der vereinigten Kommissionen Bedenken habe, und auch der Magistrat teilt diese Bedenken. Sie sind lediglich hervorgegangen aus den praktischen Erfahrungen, die wir im Laufe der Jahre gewonnen haben, und Sie können

uns nicht verdenken, daß wir unsere Bedenken geltend machen. Wenn Sie jedoch der Ansicht sind, daß aus Rücksicht auf die Vorschriften 1—3 eine größere Zahl Mitglieder Ihrerseits gewählt werden muß, so hat sich der Magistrat zu fügen.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich bin im allgemeinen nicht abgeneigt, dafür zu stimmen, daß ein weibliches Mitglied in den Schulvorstand gewählt wird, aber ich sehe auch ein, daß zehn Mitglieder für den Schulvorstand reichlich viel sind. Ich schlage deshalb vor, eines von denen, die von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind, auszuschalten und dafür ein weibliches Mitglied eintreten zu lassen. Wenn vom Magistrat kein besonderes Gewicht darauf gelegt wird, daß dieses von der vereinigten Versammlung gewählt wird, dann könnte auch unter dem neuen Punkt 5 stehen: „Vier zu Gemeindeämtern wählbaren Bürgern und einer Dame.“ Auf diese Weise würde dem Mißstande einer übergroßen Anzahl etwas abgeholfen sein.

Auf Anfrage des Herrn **Vorsitzenden** erklärt Herr Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**, daß er seine Vorschläge als Antrag einbringen wolle.

Stadtv. **Schmidt**: Mein Herr Vorredner hat bereits zum Teil ausgeführt, was ich sagen wollte. Nachdem seitens des Herrn Oberbürgermeisters prinzipielle Bedenken gegen die Hinzuziehung einer weiblichen Person nicht geäußert sind und er sich nur dahin ausgesprochen hat, daß ihm schon die Zahl neun reichlich hoch erschiene, würde zu überlegen sein, ob die Zahl herabgesetzt werden könnte. Würde nach meinem Antrage die Zahl auf zehn erhöht, so würde bei Abstimmungen keine ungleiche Zahl Mitglieder vorhanden sein. Deshalb würde ich damit einverstanden sein, wenn unter 5 gesagt wird: Wir wählen vier Mitglieder, und außerdem eine weibliche Person. Die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters, wonach die Zahl neun eine zu große ist, vermag ich nicht zu teilen. Man kann von einer derartigen Körperschaft nicht sagen: „Viele Köche verderben den Brei“ oder „Viele Köpfe, viele Sinne“. Ich meine, in einem solchen Kreise werden sich auch bei neun Mitgliedern alle Sachen in der gewünschten Form erledigen lassen. Es kommt uns besonders darauf an, die Zusammenfügung des Schulvorstandes aus allen Kreisen und recht vielseitig zu sehen.

Vorsitzender: Sie ziehen also Ihren Antrag zugunsten des Antrages Kleinfnecht zurück. (Zustimmung des Stadtv. S c h m i d t.)

(Kurze Pause.)

Vorsitzender: Der Antrag Kleinfnecht geht dahin, (nach der Numerierung der vereinigten Kommissionen) zu sagen:

„5. vier zu Gemeindeämtern wählbaren Bürgern, die von der Stadtverordnetenversammlung je auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden,

6. einer von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von zwei Jahren zu wählenden weiblichen Person, bei der die durch die Städteordnung gegebenen Voraussetzungen für die Wählbarkeit zu Gemeindeämtern sinngemäße Anwendung finden.“

Der Antrag steht mit zur Beratung. — Wir werden die Abstimmung so vornehmen, daß wir zunächst über Ziffer 1 — 4 nach dem Vorschlage der vereinigten Kommissionen abstimmen, dann über 5 nach dem Vorschlage der Kommission und, sollte dieser abgelehnt werden, über 5 nach dem Antrage Kleinknecht. Sollte auch der abgelehnt werden, so würde der Antrag des Magistrats zur Abstimmung kommen. Darnach käme Ziffer 6.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Dürfte nicht die Fassung, die Herr Dr. Kleinknecht formuliert hat, die weitestgehende sein? Es ist sowohl der Zahl nach, als auch der Zusammensetzung nach die weitergehende. Ich glaube, wenn der Herr Vorsitzende die Zwischenabstimmung über den Kommissionsantrag vornehmen läßt, so wird das sehr leicht zu Irrtümern führen. Die ersten Ziffern sind allseitig unbeanstandet; es kommt wesentlich darauf an, ob eine Vermehrung eintreten soll in der von der Kommission gewünschten Form oder in der Weise, daß eins der mehr hinzugefügten Mitglieder eine Frau sein soll. Ich glaube, das letzte ist das Weitergehende.

Vorsitzender: Der Unterschied zwischen unseren Vorschlägen ist nur der, ob die Dame den Vortritt haben soll oder nicht. Wenn die Herren wünschen, werde ich in der vom Herrn Dr. Jasper vorgeschlagenen Weise abstimmen lassen.

Zunächst werden die Ziffern 1—4 nach dem Vorschlage der vereinigten Kommissionen angenommen, darauf in einer Abstimmung die Punkte 5 und 6 nach dem Antrage Kleinknecht (16 Stimmen von 29).

Stadtv. **Weichsel**: Der Schlußantrag aus der alten Ziffer 4 (von den zu wählenden vier Schulvorstandsmitgliedern „muß einer Mitglied des Stadtkirchenrats sein; es genügt, wenn der gewählte Unterleiter oder der Lehrer Mitglied des Stadtkirchenrats ist“) kann nach dieser Abstimmung selbstverständlich fortfallen, weil durch die jetzige Abstimmung feststeht, daß das unter der neuen Ziffer 4 aufgeführte Mitglied des Stadtkirchenrats von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten besonders gewählt wird.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß dieser Satz wegfällt.

Stadtv. **Weichsel:** In Absatz 2 ist auf Seite 17 lediglich auf der letzten Reihe statt 4 4 — 6 zu setzen. Auf Seite 18 fällt in der zweiten Reihe fort „von der Stadtverordnetenversammlung“, denn es ist vorher gesagt, daß ein Mitglied von der vereinigten Versammlung gewählt werden soll.

Den Absatz 3 gibt die Kommission anheim stehen zu lassen.

Für Absatz 4 wird von der Kommission an Stelle des in der Vorlage stehenden Wortlauts beantragt zu sagen:

„Falls eines der unter 4 — 6 erwähnten Mitglieder oder ein Stellvertreter ausscheidet oder dauernd behindert ist oder die seine Wahl bedingenden Eigenschaften verliert, findet eine Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer statt.“

Das ist ein Wortlaut, wie er sich aus den früheren Beschlüssen ergibt.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Stadtv. **Weichsel:** Im letzten Absatz muß es den neuen Beschlüssen gemäß heißen „die unter 4 — 6 erwähnten Mitglieder“.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Herren zu dem letzten Absatz und damit zu dem ganzen Paragraphen, wie er jetzt beschlossen ist, an.

Zu § 13, I.

Stadtv. **Friede:** Außer den von den vereinigten Kommissionen beantragten redaktionellen Änderungen wird für den Schluß von § 13, I zu b und c noch vom Magistrat eine Einfügung gewünscht:

„Kinder, die in der Stadt Braunschweig weder wohnen noch sich aufhalten, zahlen vierteljährlich 6 M.“ Diese Ergänzung mußte kommen, weil sonst die auswärtigen Kinder gegen die hiesigen bevorzugt würden.

Vorsitzender: Zu § 13, I liegt ein Antrag des Herrn Schulze vor:

„§ 13, I des Entwurfes ist zu streichen und ihm folgende Fassung zu geben:

Für Kinder, die in der Stadt ihren Wohnsitz haben, wird Schulgeld nicht erhoben.“

Stadtv. **Schulze:** In ähnlicher Weise, wie ich die Begründung der Lernmittelfreiheit gegeben habe, muß ich auch hier sagen, daß das Schulgeld ein gewisses Strafgeld bedeutet für Eltern, die nun einmal Kinder haben. In der unteren Bürgerschule beträgt das Schulgeld vierteljährlich 1 M. Der Magistrat, davon bin ich überzeugt, wird davon unterrichtet sein, daß im vergangenen Jahre ca. 600 Familien noch nicht einmal in der Lage gewesen sind, auch nur diese 1 M

zu bezahlen. Das läßt jedenfalls tief blicken, meine Herren! Ebenfalls das, daß selbst in der mittleren Bürgerschule sehr häufig Fälle vorgekommen sind, in denen der Exekutor das Schulgeld 50-Pfennig-weise aus dem Hause holen mußte. In solchen Fällen, wo der Mann gestorben ist, haben die Leute, um den Sticheleien aus dem Wege zu gehen, aus Schamgefühl sich das Geld vom Munde abgedarbt, um über sich und ihre Kinder, wo nun einmal das Klassensystem vorhanden ist, nicht diese Dinge ergehen zu lassen. Es ist eine Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß Eltern, die mit Kindern gesegnet sind, noch extra eine Steuer an Schulgeld dafür bezahlen müssen. Daß aber in der Bemessung des Schulgeldes selbst gegenüber den mittleren und der ärmeren Bevölkerung eine Ungerechtigkeit und Härte liegt im Vergleich mit den höheren Schulen, wird dadurch bewiesen, daß im Durchschnitt ein Volksschüler in Deutschland 40 *M* kostet, während in den höheren Schulen ein Schüler 230 *M* kostet, also sechsmal so viel wie ein Volksschüler. Es wird davon gesprochen, daß es den Arbeiterkindern, wie vorhin gesagt wurde, ermöglicht werden soll, derartige höhere Schulen zu besuchen, wenn sie die Fähigkeit besäßen. Es ist vollständig ausgeschlossen für Arbeiterkinder, solange wir das hohe Schulgeld haben, höher hinaufzukommen. Von 112 000 Universitätsstudenten sind in Deutschland nur 13 Arbeiterlöhne. Das Wort trifft ohne weiteres zu: Wer nicht vorsichtig in der Wahl seiner Eltern gewesen ist, wer nicht von ihnen das große Portemonnaie in die Wiege gelegt erhalten hat, für den steht die Armut als flammendes Schwert vor den Pforten, die zu dem Bildungsparadies führen. In der Erhebung des Schulgeldes liegt eine ungerechte Steuer, die von der Allgemeinheit getragen werden müßte. Der Staat und die Kommunen leisten ohne weiteres nicht das für die Schule, was sie leisten sollten. Wir haben das beste Beispiel für die Einführung der Schulgeldfreiheit in unserem Nachbarlande Preußen. Wenn man dem hierin nur nachfolgen wollte, wie es doch sonst der Fall ist! In Hessen, Oldenburg und einer Menge thüringischer Staaten ist die Schulgeldfreiheit eingeführt, auch in dem benachbarten Auslande, in Frankreich, in der Schweiz und auch in Nordamerika. Was die Kosten betrifft, so findet man es doch leicht, wenn man militärische Ausgaben bestreiten will, Neuausgaben zu begründen und die Steuer wieder aus der Arbeiterschaft herauszuholen. Hier wäre es auch möglich, die Ausgaben zu decken. Der Militarismus kostet uns bekanntlich pro Kopf 12,45 *M*, während für öffentlichen Unterricht nur 2,40 *M*, also kaum der sechste Teil davon ausgegeben wird. Wenn ich auf die Kostendeckung bei uns eingehen darf, so haben wir in Braunschweig das beste Beispiel vor Augen, daß man aus einem Institut, wenn es die Stadt selbst verwaltet, mit Leichtigkeit die Kosten decken könnte: das ist die Straßenbahn und das elektrische Lichtwerk. Dort ist nach der Abrechnung festgestellt, daß für das Jahr 1910/11 99 871 *M* und 86 000 *M* Gewinn erzielt ist und eine Dividende von 6,5 Prozent verteilt wird.

Aus dieser ungeheuren Summe, die bereits bei der Straßenbahn in die Millionen geht und weiter steigt, könnte man ohne weiteres die ganze Schulgeldfreiheit decken.

Ich möchte Sie dringend ersuchen, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, da die Kostendeckung wohl zu erreichen ist, wenn der gute Wille da ist. Das Schulgeld bildet eine Härte und Ungerechtigkeit für die Familienväter, die so schon mit Steuern und anderen Ausgaben zu kämpfen haben, ohne daß sie noch besonders belastet zu werden brauchen.

Stadtv. Munte: Es ist dankbar anzuerkennen, daß die Herren sich die große Mühe geben, ihre Anträge so ungeheuer ausgedehnt zu begründen. Sie müssen annehmen, daß wir sehr schwer von Begriff sind, sonst könnten Sie sich etwas kürzer fassen. Ich möchte darauf aufmerksam machen . . .

Vorsigender: Ich bitte, nicht in dieser Weise die Herren Redner zu kritisieren; es ist doch zu weitgehend, in dieser Weise einzugreifen.

Stadtv. Munte (fortfahrend): Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Schulgeld aus den unteren Bürgerschulen jährlich 18 000 *M* beträgt, und daß aus den mittleren Bürgerschulen 171 000 *M* aufkommen. Ich frage, woher wir diese Summe jedes Jahr nehmen sollen? Ohne weiteres aus dem Armat schütteln läßt sie sich doch nicht. Ich bitte, es dabei zu lassen, wie es in dem Statut steht.

Stadtv. Wesemeier: Auch hier kommt ohne weiteres die finanzielle Frage in Betracht; das sagt Herr Munte ohne weiteres geradeheraus. Nicht die Frage der Gerechtigkeit wird in den Vordergrund gestellt, sondern die rein wirtschaftliche Frage, die Frage des Eigennuzes, wie es der Schulrat von Augsburg nennt. Woher nehmen denn andere Städte, die die Schulgeldfreiheit haben einführen müssen, das Geld? Darüber sollte sich Herr Munte klar sein, daß da ein Weg geschaffen werden müßte. Der Magistrat von Berlin war auch vor Erlaß des preußischen Gesetzes nicht der Meinung, daß die Schulgeldfreiheit stattfinden sollte. Als sie aber beschlossen war, erklärte der Magistratsvertreter in der Stadtverordnetenversammlung einfach, daß man in der Schule keinen Unterschied zwischen reich und arm errichten und auch niemand zwingen dürfe, Wohltaten nachzusuchen, um einem Gejeze zu gehorchen. Das ist ein selbstverständlicher Grundsatz, der bei uns auch Anhänger finden sollte. Der Einwand: Woher soll das Geld kommen? kann unter keinen Umständen Anwendung finden, wenn nur der gute Wille da ist.

Der Antrag Schulze wird abgelehnt und § 13, I angenommen.

Stadtv. Weichsel: Ich erlaube mir, die Frage zu stellen: Soll der Magistratsantrag, den erwähnten Satz einzuschieben, an Stelle von 11 treten? (Wird ver-

neint.) Dann möchte ich den Magistrat bitten, zu erklären, aus welchem Grunde nachträglich dieser Zusatz gemacht ist.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Der Grund ist folgender: Es ist in der Vorlage gesagt, daß von den Kindern der unteren Bürger Schulen vierteljährlich 1 *M* gezahlt werden soll, und in der Begründung ist darauf hingewiesen, daß die Stadt Braunschweig keine Veranlassung habe, Kinder, die außerhalb der Stadt Braunschweig wohnen oder sich außerhalb aufhalten, zu den Sätzen, die für hiesige Kinder erhoben werden, in die Schulen aufzunehmen. Es ist aber leider übersehen, in § 13 ausdrücklich zu sagen, welches Schulgeld diese Kinder bezahlen sollen. Nun wäre das zwar nicht nötig, weil zur Ausnahme solcher auswärtz wohnenden Kinder die Genehmigung des Schulvorstandes nötig ist und dieser mit Zustimmung der Gemeindebehörde die Bedingungen für die Aufnahme feststellen könnte. Aber es ist doch wünschenswert, die Regel für die Aufnahme ortsfremder Kinder festzustellen.

Ferner sei darauf hingewiesen, daß nach § 1, Absatz 3 Kinder, die die unterste Klasse der hiesigen Schulen zwei Jahre lang mit ungenügendem Erfolg besucht haben, in die Hilfsschule aufgenommen werden. Wir haben dort nicht ausdrücklich den Fall erwähnt, daß ein Kind von auswärtz in die Hilfsschule aufgenommen wird, aber es ist schon vorgekommen, daß Leute aus der Umgegend gebeten haben, ihre Kinder in die Hilfsschule aufzunehmen. Auch für diesen Fall fehlt es an einer entsprechenden Vorschrift über das Schulgeld. Deshalb möchte es sich empfehlen, am Schluß des § 13, I den Passus einzufügen: „Kinder, die in der Stadt Braunschweig weder wohnen noch sich aufhalten, zahlen vierteljährlich 6 *M*.“

Vorsigender: Ich habe die Abstimmung über Absatz I mit dem Zusatz, den Herr Friede schon vorgetragen hatte, vornehmen lassen. Wenn die Herren wünschen, will ich sie noch einmal wiederholen. Ich glaube aber, es liegt kein Mißverständnis vor, daß dieser Zusatz schon genehmigt ist.

Zu § 13, II.

Die vereinigte Kommission beantragt Streichung des Wortes „unteren“, außerdem beantragt Stadtv. Schulte:

„§ 13, II des Entwurfs zu streichen und ihm folgende Fassung zu geben:

Für alle ortsfremden Kinder, d. h. solche Kinder, die ihren Wohnsitz nicht in der Stadt Braunschweig haben, wird vierteljährlich ein Schulgeld von 8,50 *M* erhoben.“

Stadtv. Schulze: Es ist wohl nicht anders zu erwarten, daß hierbei nicht in erster Linie die Arbeiterkinder oder die Kinder Unbemittelter als solche in Frage kommen, die von auswärts die städtischen Schulen besuchen. Wenn Sie Gelegenheit haben, zu beobachten, wie die Fuhrwerke mit den Kindern von außerhalb in die Stadt kommen, so werden Sie auch sagen, daß dazu Unbemittelte nicht in der Lage sind. Deshalb sind wir der Ansicht, daß sie auch für den Schulbesuch bezahlen können, oder daß sie dafür sorgen mögen, daß die Schulen in ihren Orten dementsprechend eingerichtet werden, daß ihre Kinder diese besuchen können. Aus dem Grunde haben wir den Antrag gestellt.

Stadtv. Weichsel: Der Antrag in der Vorlage und der der vereinigten Kommission geht weiter. Darnach haben die ortsfremden Kinder zu bezahlen: 6 *M* Schulgeld und einen Zuschlag von 7,50 *M*. Dafür will Herr Schulze im ganzen eine Zahlung von 8,50 *M*.

Stadtv. Schmidt: Das soll der Zuschlag sein.

Vorsitzender: Der Wortlaut des Antrages scheint anders zu sein.

Stadtv. Schulze zieht seinen Antrag zurück.

Stadtv. Dr. Genting: Ich möchte fragen, ob denn diejenigen Kinder, die auswärts wohnen, deren Eltern aber in Braunschweig arbeiten, oder deren Eltern vielleicht in die Vororte, nach Lehdorf usw. gezogen sind, um billige Wohnung zu bekommen, auch das erhöhte Schulgeld bezahlen sollen? (Zuruf: Natürlich!) Ich würde das für eine große Härte ansehen und glaube, daß es richtiger wäre, einen Zusatz zu machen, daß Kinder, deren Eltern in der Stadt Braunschweig arbeiten, aber in einer umliegenden Ortschaft wohnen, zu einem nur mäßig erhöhten Satz — etwa um 1 *M* im Vierteljahr — die Bürgerschulen besuchen können.

Oberbürgermeister Netemeyer: Der Antrag läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter, die uns die Ehre erweisen, uns den Rücken zu kehren und keine Steuern an die Stadt bezahlen, während sie andererseits ihr Geld in der Stadt verdienen, auf Kosten der übrigen Steuerzahler entlastet werden. Ob das eine gerechte Politik ist? Einer solchen Maßnahme kann ich nicht zustimmen. Ich gebe ja ohne weiteres zu, daß es hierbei zweifelhaft sein kann, ob es nicht vom Standpunkte jener Leute aus billig erscheinen kann, ihnen entgegenzukommen. Je mehr wir aber bei den bevorstehenden Verhandlungen wegen der Eingemeindungen unserer Vororte — sie sind eingeleitet — Rechte aus der Hand gegeben haben, desto schwerer wird uns die Erreichung unseres Zieles gemacht. Ich kann mich nicht für den Antrag erklären.

Stadtv. Dr. Jasper: Es ist erfreulich, daß Herr Dr. Henking plötzlich auch Interesse für diese Vorlage gewinnt, während es bisher schien, als ob nur Monologe von unserer Seite gehalten würden. Ich glaube aber, daß er weniger an die Arbeiterkinder denkt, wenn er auch zugleich sie mit seiner Maßnahme treffen würde, als an andere Schichten, die ihm vielleicht näher stehen als die Arbeiterschaft. Im übrigen ist zu einem guten Teile das, was ich sagen wollte, durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters erledigt. Ich sehe allerdings auch gewisse Härten als vorliegend an, glaube aber nicht, daß sie auf dem von Herrn Dr. Henking gewiesenen Wege beseitigt werden können, sondern auf dem Wege der Eingemeindung, und freue mich, daß der Herr Oberbürgermeister mitteilt, daß Verhandlungen darüber im Gange sind. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch ausdrücken, daß sie nicht in der üblichen braunschweigischen Art gepflogen werden, das heißt, daß sie jahre-, vielleicht jahrzehntelang ohne Ergebnis verlaufen, sondern daß im allseitigen Interesse, sowohl der Vororte wie der Stadt, ein etwas schnelleres Tempo in die Verhandlungen hineingebracht wird.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Herren mit § 13, II an.

Zu § 14.

Stadtv. Frede: Hier ist eine kleine Änderung vorzunehmen, die sich wohl von selbst versteht; aber der Text wird hier genehmigt, deshalb muß sie wohl erwähnt werden. Es heißt im ersten Absätze: „Besuchen gleichzeitig mehrere Kinder eines Unterhaltungspflichtigen eine oder verschiedene untere Bürgerschulen, so wird das Schulgeld nur für das jüngste Kind erhoben.“ Nun fällt künftig fort „untere“. Durch den Ausdruck „eine oder verschiedene Bürgerschulen“ könnte leicht ein Mißverständnis möglich werden insofern, als auch gehobene Bürgerschulen mitgemeint sein könnten. Das ist nicht der Sinn. Es soll gemeint werden „eine oder mehrere Bürgerschulen“. Ich bitte, „verschiedene“ durch „mehrere“ zu ersetzen.

Vorsitzender: Es ist das nur eine redaktionelle Änderung. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung zu § 14 mit dieser Änderung an.

Zu § 15.

Vorsitzender: Herr Schmidt beantragt:

„Dem ersten Absätze anzufügen: Gegen die Entscheidung des Schulvorstandes ist Vorstellung an die Stadtverordnetenversammlung zulässig.“

Stadtv. Schmidt: Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen hätte es mit dem Entschiede des Schulvorstandes über den gänzlichen oder teilweisen Erlaß des

Schulgeldes sein Bewenden. Ich bin der Meinung, es müßte in den Fällen, wo vom Schulvorstande dem gänzlichen oder teilweisen Erlaß nicht zugestimmt wird, eine Institution geben, wo dem Betreffenden Gelegenheit gegeben ist, noch einmal auf sein Gesuch zurückzukommen. Wir haben öfters in unserer vertraulichen Sitzung über Hundesteuererlaßgesuche und derartige Sachen zu verhandeln, diese Gesuche um Erlaß des Schulgeldes erscheinen mir denn doch ebenso wichtig oder noch wichtiger. Ich bitte, es zu ermöglichen, daß wir in der Sitzung der Stadtverordneten noch ein entscheidendes Wort über Schulgeldderlasse sprechen können.

Für den Antrag Schmidt stimmen 14 von 29 anwesenden Stadtverordneten. Er ist damit abgelehnt. Da weiter keine Wortmeldungen vorliegen, gilt § 15 im vorgelegten Wortlaut als angenommen.

Zu § 16 und 17

(nur selbstverständliche redaktionelle Änderungen).

Zu § 18.

Vorsitzender: Herr Schulze beantragt:

„§ 18 des Entwurfs ist zu streichen.“

Es ist dies kein eigentlicher Antrag, er wird durch die gewöhnliche Abstimmung erledigt.

§ 18 wird nach der Vorlage angenommen.

Zu § 20.

Stadtv. Weichsel: Hier würde der schriftlich mitgeteilte Antrag Stegmann zur Beratung zu stellen sein, in dem es heißt: es können auch ohne Ablegung der Rektorenprüfung tüchtige Lehrer zu Unterleitern ernannt werden. Die Kommissionen haben diesen Antrag nicht beraten können, er ist erst nach der Kommissionsberatung eingegangen. Zu diesem Paragraphen stellt auch der Lehrerverein einen Antrag, worin gebeten wird, hinzuzufügen: „Im Schuldienst bewährte Lehrer können auch ohne Ablegung dieser Prüfung zu Unterleitern ernannt werden.“

Vorsitzender: Eine außerhalb der Versammlung stehende natürliche Person oder juristische Person kann zu unseren Verhandlungen keinen Antrag stellen. Falls der Antrag nicht von einem der Herren aufgenommen wird, können wir ihn nicht beraten.

Der Antrag Stegmann lautet:

„Absatz 1 fällt fort.

Absatz 2 soll beginnen: „Der Schulleiter und die Unterleiter“ usw.

Dieser Absatz erhält folgenden Zusatz: „Doch können auch tüchtige, im Schuldienst bewährte Lehrer ohne Ablegung einer Prüfung zu Unterleitern ernannt werden.“

Absatz 3 wird gestrichen.“

Stadtv. **Frede:** Ich habe zwei kleine Zusätze zu beantragen, die so kurz sind, daß ich sie wohl nicht schriftlich zu formulieren brauche. (Vorsetzen der: Das ist Vorschrift.) Dann werde ich es nachholen.

Es heißt im ersten Absatz: „Der Schulleiter muß akademisch gebildet sein und die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden haben.“ Im letzten Absatz heißt es: „Die Unterleiter führen die Amtsbezeichnung „Schulinspektor“. Im ersten Absatz vermiße ich den analogen Zusatz: „Der Schulleiter führt die Amtsbezeichnung „Schuldirektor“. Ich möchte beantragen, daß dieser Zusatz gemacht wird.

Hierzu eine kleine Nebenbetrachtung. Die Bezeichnung Direktor und Inspektor kann in einem Teile von Deutschland zu irrtümlicher Auffassung führen. In Sachsen und Süddeutschland wird der Unterleiter Direktor genannt und derjenige, der die Oberleitung hat, führt den Titel Stadtschulrat oder aber Schulinspektor. Auch in vielen preußischen Landesteilen ist die Bezeichnung so. Ob eine Änderung hier möglich ist, entzieht sich meiner Beurteilung. Vorläufig sind wir hier in Braunschweig an die Bezeichnungen gewöhnt, und ich bitte, es einstweilen dabei zu belassen.

Im zweiten Absätze heißt es: „Die Unterleiter müssen die Prüfung für höhere Lehramter an Lehrerseminaren und Bürgerschulen bestanden haben. Zum Unterleiter der Hilsschule kann ein Lehrer, der sich im Hilsschuldienst bewährt hat, auch ohne Ablegung der vorgedachten Prüfung ernannt werden.“ — Ich möchte beantragen, im Eingang des zweiten Absatzes zu sagen: müssen „in der Regel“ die Prüfung . . . bestanden haben. Dann fällt der lange Zusatz, der von Herrn Weichsel erwähnt wurde, und der auch vom Lehrerverein gewünscht wird, weg, aber die Wünsche des Lehrervereins und auch wohl des Herrn Stegmann sind durch den Zusatz berücksichtigt. Der bisherige Zustand ist der, daß Lehrer auch ohne abgelegte Prüfung zu Inspektorenstellen herangezogen werden konnten. Die im Entwurf vorgeschlagene Fassung bedeutet etwas Neues, und ich sehe nicht ein, warum diese radikale Änderung Platz greifen soll. Es wird im zweiten Teile des Absatzes auch ausgesprochen, daß für die Leiter der Hilsschule von Ablegung der Prüfung abgesehen werden kann, und erst neulich ist der Lehrer Heinemann zum Fort-

bildungsschulinспекtor ernannt, ohne daß er ein Examen abgelegt hat. Ich glaube, daß der Herr Direktor nicht der Auffassung widerspricht, daß auch unter den Lehrern geeignete Leute sich finden, die ohne weiteres das Amt versehen können, wenn einmal ein Bedarf sich einstellen sollte insofern, daß nicht genügend Herren mit bestandenem Examen vorhanden sind. Aus den angeführten Gründen möchte ich bitten, dieser Fassung zuzustimmen.

Vorsitzender: Der Antrag Stegmann unterscheidet sich von dem Antrage Frede dadurch, daß Herr Frede durch den Zusatz „in der Regel“ die Vorschrift auf die Unterleiter der Bürgerschulen beschränkt wissen will, Herr Stegmann seinen Antrag weiter faßt und auch ausgedehnt hat auf den Unterleiter der Hilfsschule.

Stadtv. Stegmann: Ich möchte zunächst einige Worte zu Absatz 1 reden. -- Ich halte es nicht für nötig, daß der Schulleiter akademische Bildung haben muß, und sollte meinen, daß es vollkommen genügt, wenn ein tüchtiger Fachmann dafür gewählt wird. Die Erfahrung hat erwiesen, daß nicht alle diejenigen, die akademische Bildung haben, die Philologie oder Theologie studiert haben, Männer am rechten Plaze waren. Diejenigen, die von der Pike auf gedient haben, die selber Lehrer gewesen sind, werden in vielen Fällen einen weiteren Blick haben und die Schulverhältnisse besser kennen als die akademisch Gebildeten. Was soll die akademische Bildung für das Volksschulwesen? Ich gebe zu, daß es erwünscht ist, daß der Leiter des Schulwesens eine möglichst hohe Allgemeinbildung hat, aber daß es gerade für das Bürgerschulwesen unbedingt notwendig ist, einen Herrn mit akademischer Bildung als Leiter anzustellen, das glaube ich durchaus nicht. Für die Leitung der höheren Schulen ist das wohl nötig, aber für die Bürgerschulen genügt die Prüfung, die die Unterleiter ablegen müssen, die auch Seminarbildung haben. Auch die Lehrer stehen auf diesem Standpunkte, sie haben 1911 in Hannover diese Forderung erhoben. Ich habe einen Bericht darüber hier, doch will ich nicht näher darauf eingehen. Ein Beweis für meine Behauptung ist der Schuldirektor Schaarschmidt, der auch nicht akademisch gebildet gewesen ist. (Widerspruch; Zuruf: Er war Theologe.) Dann bin ich allerdings über diesen Herrn im Irrtum, aber die Bestimmung halte ich durchaus nicht für nötig. Es stellt ein Privilegium dar, welches verhindert, daß sich Lehrer zu Oberleitern der Schule emporarbeiten können. Gegen eine solche Privilegienwirtschaft möchte ich mich ganz entschieden wenden. Es genügt vollkommen, wenn tüchtige Pädagogen, die im Fach groß geworden sind, das Amt des Oberleiters übernehmen. Aus diesem Grunde bin ich auch für den Antrag des Lehrervereins, der bezeichnenderweise von Herrn Frede verwässert werden soll durch den Zusatz „in der Regel“. Ich glaube nicht, daß das genügt. Wenn die Lehrer den Antrag stellen, daß befähigte Lehrer

ohne Ablegung einer Prüfung zu Unterleitern ernannt werden können, dann sollten wir ihn so annehmen, wie er vorliegt. Einen Fall, daß ein Lehrer ohne Examen zum Schulinspektor ernannt ist, hat Herr Frede schon angeführt; wir haben in früherer Zeit noch mehr Fälle gehabt, daß Lehrer die Leitung einer Schule übernommen haben. Sie müssen doch auch bei Beurlaubungen der Schulinspektoren aushilfsweise die Leitung übernehmen. Wenn ich für den Antrag eintrete, so tue ich es nicht um der schönen Augen der Lehrer willen. Das Verhalten eines großen Teiles der Lehrer ist nicht so beschaffen, daß man von unserer Partei aus für sie eintreten kann. — Der Herr Oberbürgermeister winkt ab. Es ist tatsächlich so. Wenn es darnach ginge, so verdienten sie nicht, daß wir für sie eintreten. Denn vielfach sind die Lehrer gegen die Kinder andersdenkender Eltern in gehässiger Weise vorgegangen, haben geradezu Parteipolitik in die Schule hineingetragen und haben die schon bestehende Kluft zwischen Elternhaus und Schule noch vergrößert. Aber wir stehen auf dem Standpunkte, daß es im Interesse der Schule liegt, wenn man den Lehrern möglich macht, in die leitende Stellung zu treten.

Ich habe zum Schluß noch beantragt, der letzte Absatz möge gestrichen werden: „Die Unterleiter führen die Amtsbezeichnung „Schulinspektor“. Jetzt heißen sie Unterleiter, warum wollen wir ihnen noch einen besonderen Titel verleihen? Es kann dabei bleiben: Der Schulleiter heißt der Schulleiter und der Unterleiter einfach Unterleiter.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuh**: Es wird von einem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung so abfällig über die Lehrer gesprochen, ohne daß der Schatten eines Beweises dafür erbracht wird, daß ich im Namen der Lehrerschaft entschieden Verwahrung dagegen einlegen muß.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Zu den verschiedenen Anträgen möchte ich folgendes erklären:

Die Vorschrift, daß der Schulleiter akademisch gebildet sein soll, hält der Magistrat für erforderlich, ebenso hat sich auch der Schulvorstand in gleichem Sinne ausgesprochen. Unrichtig ist die Ansicht, daß wir die Vorschrift aufnehmen wollen, um ein Privilegium zu schaffen. Der Magistrat muß diese Bestimmung aufrechterhalten im Interesse der Schule.

Was die Unterleiter betrifft, so war es auch da die Ansicht des Schulvorstandes sowohl wie des Magistrats, daß es durchaus wünschenswert wäre, im Interesse der Hebung des Standes der Unterleiter, daß alle das Examen gemacht haben. Die Betreffenden sollen ihre Fähigkeiten in einer Prüfung nachgewiesen haben. Nun kann aber der Fall eintreten, daß nicht genügend Lehrer vorhanden sind, die die

Rektorenprüfung bestanden haben, und es muß anerkannt werden, daß in solchem Falle Schwierigkeiten bei der Besetzung der Inspektorenstellen entstehen könnten. Ich will deshalb Ihnen überlassen, ob Sie der Anregung folgen wollen. Wenn Sie dementsprechend beschließen, wird der Magistrat damit einverstanden sein. Nur möchte ich auf eins hinweisen: In der Fassung, die die beiden Herren gewählt haben, haben sie nicht Rücksicht auf die Hilfschule genommen, und da erscheint es mir unbedingt erforderlich, daß der Passus beibehalten wird: Nur ein solcher Lehrer darf zum Leiter dieser Schule gewählt werden, der sich im Hilfschuldienst bewährt hat. Dem werden auch die beiden Herren Antragsteller zustimmen. Es müßte also von Ihnen wohl eine andere Fassung gewählt werden. Es wird sich wohl empfehlen, diese Sache noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen, ich fürchte, es kommt sonst nicht die richtige Fassung zutage. — Gegen den Antrag Frede, das möchte ich noch hinzufügen, habe ich nichts einzumenden.

Herr Stegmann hat auch gegen die Bezeichnung Schulinspektor Stellung genommen. Ich glaube, es ist unbedenklich, daß wir diese Bestimmung beibehalten. Die Kinder in der Schule haben sich allgemein an die Bezeichnung Schulinspektor gewöhnt, und es würde nicht gut klingen, wenn sie sagen sollten: „Herr Unterleiter.“ Schulleiter ist eine sachgemäße Bezeichnung, die der Gesetzgeber gewählt hat und die auch zutreffend ist. Aber wir können sehr wohl auch eine andere Amtsbezeichnung durch Statut einführen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, eben nur zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Stadtv. Dr. **Meintnecht:** Es ist hier eingeführt, daß das Rektorexamen für die Erteilung von Unterricht an Mittelschulen berechtigt. Ich möchte fragen, ob auch das Umgekehrte der Fall ist, ob das Mittelschullehrerexamen dazu berechtigt, Schulinspektor zu werden? Wenn das der Fall ist, dann wäre kaum ein Mangel an Schulinspektoren hier zu besorgen.

Vorsitzender: Die Frage geht über die Geschäftsordnung hinaus.

Stadtv. Dr. **Boge:** Der Antrag auf Zurückverweisung ist nicht aus der Versammlung gestellt, sondern es ist dies nur vom Herrn Oberbürgermeister angeregt.

Stadtv. **Weichsel:** Ich meine, wir können die Fragen hier heute alle erledigen, damit wir mit der Sache vorwärtskommen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich habe zu bemerken, daß ich nicht gewünscht habe, daß der Passus über die Hilfschule in § 20 gestrichen wird; er soll nach meinem Antrage stehen bleiben.

Für Zurückverweisung an die Kommission meldet sich nur ein Stadtverordneter.

Vorsitzender: Nun muß ich nicht allein absatzweise, sondern innerhalb der Absätze über den einzelnen Satz abstimmen lassen.

Der erste Absatz wird angenommen, sodann auch der Zusatz zum ersten Absatz nach dem Antrage Frede.

Der Antrag Stegmann, betreffend den Beginn des zweiten Absatzes, wird abgelehnt, der von Herrn Stadtv. Frede vorgeschlagene Zusatz „in der Regel“ angenommen und sodann dem ersten Satze des zweiten Absatzes mit der Einfügung Frede zugestimmt. Hierauf lehnt die Versammlung den von Herrn Stegmann beantragten Zusatz zum zweiten Absätze ab und stimmt dem zweiten Absatz nach der Vorlage zu. Schließlich wird der dritte Absatz angenommen und dem ganzen Paragraphen in der nunmehrigen Form zugestimmt.

Zu § 22.

Vorsitzender: Zu diesem Paragraphen ist ein Antrag von Herrn Schmidt eingegangen:

„Im zweiten Absatz die Worte „gegen eine von der städtischen Behörde festzusetzende, nicht pensionsfähige Vergütung“ zu streichen.“

Stadtv. **Schmidt:** Sowohl in Absatz 1 wie in Absatz 2 des § 22 steht „der Schulleiter ist verpflichtet“ und „der Schulleiter ist ferner verpflichtet“. Wenn hier ausdrücklich gesagt ist, daß eine bestimmte Verpflichtung nach dem Statute besteht, dann verstehe ich nicht, daß man einem Beamten, der gegen festes Gehalt angestellt ist, für die Erfüllung dieser Verpflichtung noch eine besondere Vergütung gewähren will. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Gehalt alles regelt. Zugeben wird man, daß man bei einem Gehalt von 9000 M nicht sagen kann, daß der Beamte nicht davon leben kann. Die Sachlage ist doch die, daß die angeführte Überwachung des Unterrichtsbetriebes der katholischen Schule, der Taubstummenanstalt, der Blindenerziehungsanstalt usw. zur Tätigkeit des Schuldirektors gehört, und dann verstehe ich nicht, daß sie noch bezahlt werden soll. Wenn wir festlegen: „Das Gehalt des Schuldirektors steigt von dem Grundgehalt bis zu einer gewissen Höhe“, so ist doch damit ausgedrückt, daß damit die ganze mit dem Amt des Schuldirektors verbundene Arbeit, die geleistet werden soll, bezahlt wird. Wenn Sie die in diesem Paragraphen vorgeschlagene besondere Vergütung annehmen, so müßte es bei jedem Beamten so sein, daß er neben seinem Amt noch Nebenbezüge haben kann, trotzdem die Verpflichtung, die Nebenarbeiten auszuführen, mit in seinem Amte liegt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte zunächst klarstellen, daß Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß in dieser Beziehung absolut keinen Wunsch geäußert hat, sondern daß es vom Magistrat ausgeht, wenn Ihnen diese Vergütung vorgeschlagen wird. Zur Sache selbst möchte ich bemerken, daß wir im Magistrat auch an dem Grundsatz festhalten, daß jeder Beamte einen bestimmten Geschäftskreis hat und für Erfüllung seines Pflichtenkreises selbstverständlich keine besondere Vergütung neben dem Gehalte beanspruchen kann. Nun liegt aber die Sache bei dem Schulleiter etwas anders. Der Schulleiter ist kein städtischer Beamter, es ist ihm durch Gesetz eine besondere Stellung angewiesen, und nenngleich ich anerkennen will, daß wir ihn durch unser Statut, wenn es die Genehmigung der Aufsichtsbehörde findet, zwingen können, derartige Arbeiten zu übernehmen, so haben wir uns doch gesagt: Es ist billig, wenn man ihm Arbeiten, die zu seinem Geschäftskreis nicht gehören, zuweist, daß man ihm dann auch eine Vergütung dafür gewährt. Sollten Sie das in Ihrer Mehrheit nicht für angemessen erachten, so bin ich überzeugt, wird der Herr Direktor diese Arbeiten gleichwohl übernehmen.

Stadtv. Dr. Voge: Ich glaube, daß der ganze Fehler, der Herrn Schmidt zu seinem Antrage veranlaßt hat, in der Fassung des Paragraphen liegt. Hier steht zweimal: „er ist verpflichtet“, und aus dieser gleichlautenden Fassung wird die Folgerung hergeleitet, daß die zuletzt aufgeführten Arbeiten nicht extra bezahlt zu werden brauchen. Tatsächlich ist es doch etwas anders. Was hier der Schulleiter der Bürgerschulen leisten soll, liegt nicht in seinem Hauptamt. Zu diesen besonderen Leistungen wird er hier dennoch verpflichtet, und zwar soll diese Verpflichtung nicht nur für die Person des jetzigen Schuldirektors bestimmt werden, sondern der jeweilige Schuldirektor soll dazu verpflichtet sein, und aus dem Grunde kommt die Vorschrift in das Statut hinein. Deshalb muß auch eine Vergütung im Statut mit vorgesehen werden, deren Höhe später zu bestimmen ist.

Stadtv. Altmann: Den älteren Herren Stadtverordneten ist bekannt, wie wir bei der Gehaltsregelung der städtischen Beamten und Lehrer haben prüfen müssen, welche Zustände sich im Laufe der Zeit entwickelt hatten. Es waren dem einen oder anderen städtischen Beamten neue Arbeiten überwiesen, und dafür waren ihm entsprechende Entschädigungen bewilligt worden. Schließlich stellte sich heraus, daß der Mann soundso viel Nebeneinnahmen hatte und man nicht recht wußte, was er an Gehalt bekam. Da hat der Magistrat selbst ausgeführt, daß er es für unzumutbar erachte, alle diese Nebenbeschäftigungen mit einer besonderen Bezahlung zu honorieren, und hat gesagt: Jeder Mensch kann nur eine bestimmte Leistung erfüllen und damit Schluß. Die Leistung, die der Mensch erfüllen kann, muß er auch im Dienst der Sache, für die er sein Gehalt bezieht, ausführen. Das war der vor-

herrschende Gedanke, der ohne jede persönliche Mißstimmung ausgesprochen wurde. Ich möchte nicht, daß wir wieder in einen solchen Stand der Dinge hineinkämen, wie er damals war. Nun sagte der Herr Oberbürgermeister, der Schuldirektor sei ein staatlicher Beamter und deswegen nicht verpflichtet, diese Arbeiten auszuführen, weil es städtische Sachen sind. Nun ist es eine wunderbare Sache mit der Beaufsichtigung der katholischen Schule, der Taubstummenanstalt usw. Werden solche Dinge wieder verquickt mit dem Amt des Schuldirektors, so werden wir wieder in den alten Zustand hineinkommen, daß wir nicht wissen, wieviel festes und wieviel Ertragehalt bezahlt wird. Aus dem Gesichtspunkte ist der Antrag entstanden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte darauf hinweisen, daß Absatz 1 des § 22 städtische Verhältnisse regelt. Da ist es also durchaus gerecht, wenn man sagt: Der Schulleiter hat diese Sachen ohne weiteres zu regeln. Das in Absatz 2 Aufgeführte sind aber keine rein städtischen Angelegenheiten, und da kann man sehr wohl zweifelhaft sein, ob man das ohne weiteres dem städtischen Schuldirektor aufspaden kann. Nach dem Statut wird er verpflichtet, diese Sachen zu übernehmen; ob ihm der Magistrat in allen Fällen die verschiedenen Sachen zuweist, oder ob der Magistrat eine andere Person dafür wählt, müssen wir uns vorbehalten. Es ist hier nur gesagt: Wenn der Magistrat, bezw. die städtischen Behörden das beschließen, dann soll der Schulleiter verpflichtet sein, die Sachen zu übernehmen. Dann halte ich es aber auch für angemessen, da der Schuldirektor kein rein städtischer Beamter ist, daß ihm eine Vergütung bewilligt wird. Es entspricht das dem Grundsatz, der durch das Zivilstaatsdienstgesetz festgelegt ist.

Der erste Absatz des Paragraphen wird angenommen, der Antrag Schmidt abgelehnt und darauf der ganze Paragraph im Wortlaut der Magistratsvorlage angenommen.

Stadtv. Dr. Jasper (zur Geschäftsordnung): Es ist jetzt 8 Uhr vorbei. Ich möchte deshalb bitten, die heutigen Verhandlungen abzubreaken. Wenn es auch nicht angenehm ist, mitten in der Beratung eines Stoffes aufzuhören, so sind doch die folgenden Paragraphen noch ziemlich einschneidend, und die Debatte ist in Gefahr, wegen vorgerückter Zeit übers Knie gebrochen zu werden. Die Schule ist wichtig genug, um darüber auch noch in einer zweiten Sitzung zu verhandeln.

Vorsitzender: Ich glaube aus den Verhandlungen der vereinigten Kommissionen entnehmen zu können, daß die Verhandlungen nicht mehr lange dauern werden. Zunächst werden keine weiteren Anträge gestellt, da es im wesentlichen nur Bestimmungen sind, die wir erst vor 1½ Jahren beschlossen haben.

Für den Antrag Jasper meldet sich die Minderheit.

Zu § 23.

Vorsigender: Stadtv. Schmidt hat beantragt, den § 23 zu streichen.

Stadtv. **Schmidt:** Ich empfinde, daß in dem Paragraphen ein gewisser Zwang mit der Anstellung der Lehrer verbunden sein soll, und glaube, daß eine Einrichtung, die im Interesse der Lehrerschaft wohl liegen mag, nicht mit einem Zwange durch städtisches Statut verbunden sein kann. Ich würde dem Paragraphen nur zustimmen, wenn ein solcher Zwang nicht aus dem Statut herausgelesen werden kann.

Stadtv. **Frede:** Ich kann erklären, daß es der lebhafteste Wunsch der Lehrerschaft ist, daß dieser Zwang ausgesprochen wird.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Wunsch der Lehrerschaft ist nicht ohne weiteres maßgebend, wenn nicht Gründe sachlicher Art dafür mitgeteilt werden.

Stadtv. **Frede:** Diese sachlichen Gründe will ich gern anführen. Die Sterbekasse der städtischen Lehrer in Braunschweig ist natürlich im Interesse der Lehrer gegründet. Sie beruht auf einem Umlageverfahren, indem bei jedem Sterbefalle eines der Kasse Angehörenden drei Mark zu entrichten sind. Nun wäre es möglich, daß neu eintretende junge Lehrer sich weigerten, der Kasse beizutreten, und dadurch wäre das Bestehen der Kasse gefährdet. Dagegen muß die Lehrerschaft geschützt sein, und sie hat den Magistrat gebeten, eine beruhigende Versicherung in der Weise abzugeben, daß eine Verpflichtung für die neu anzustellenden Lehrer ausgesprochen wird, der Kasse beizutreten und die Mitgliedschaft fortzusetzen.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Wir würden diese Vorschrift näher begründet haben, wenn sie nicht schon jetzt in dem Regulativ enthalten wäre und der Magistrat sie nicht schon früher eingehend begründet und die Versammlung der Vorschrift nicht schon zugestimmt hätte.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Damals ist, glaube ich, von meiner Seite an dieser Einrichtung Kritik geübt, und der Herr Oberbürgermeister hat erwidert, es seien Verhandlungen im Gange, überhaupt eine andere Regelung der Sterbekasse und ihren Anschluß an eine allgemeine Kasse in die Wege zu leiten. Hauptsächlich hierüber möchte ich Klarheit gewinnen, ob diese Verhandlungen, die, wenn ich mich recht erinnere, angedeutet waren, zu einem Abschluß gekommen sind. Sodann möchte ich Aufschluß haben über die Gestaltung der Kasse, und wie sie gegenwärtig wirtschaftlich arbeitet. Man kann doch keinen Zwang ausüben zugunsten einer Kasse, die keine städtische Einrichtung ist, und über deren Geschäftsgebahren und Leistungen im einzelnen man gar nicht unterrichtet ist.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Soweit ich mich erinnere, war damals der Prozeß im Gange, den ein Lehrer gegen die Klasse angestellt hatte. Er ist zugunsten der Klasse entschieden. Die Lehrerschaft hat keinen Wunsch geäußert, die Klasse beseitigt zu sehen, und der Magistrat hat gemeint, es bei der Einrichtung, die für die Lehrerschaft bisher segensreich gewesen ist, belassen zu sollen.

§ 23 wird angenommen.

Zu § 24.

Stadtv. **Frede**: Ich möchte auf einen Punkt zu sprechen kommen, der der Erwähnung wohl bedarf. Wenn er, streng genommen, hier nicht einzureihen sein sollte, dann bitte ich den Herrn Vorsitzenden um Entschuldigung, aber ich mußte nicht, bei welchem anderen Punkte ich erwähnen sollte, was ich vorzubringen habe. Es handelt sich um einen Zustand, der von pädagogischem Standpunkte nicht recht zu billigen ist, nämlich um den, daß an manchen Bürger Schulen Klassen vorkommen, die keinen besonderen Klassenlehrer haben, so daß ein Lehrer zu gleicher Zeit Klassenlehrer für zwei Klassen ist. Mit Rücksicht auf den Unterricht ist das nicht gutzuheißen, aber ganz besonders nicht mit Rücksicht auf die Erziehung, und die bildet doch ein ganz bedeutendes Moment in unseren Bürger Schulen. Ich möchte den Magistrat bitten, Auskunft darüber zu geben, ob diese hier und da bei den städtischen Bürger Schulen vorkommende Erscheinung Aussicht auf Verewigung hat. Das würde ich sehr beklagen.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuh**: Dieser Zustand besteht, seitdem die neue Ge-
haltsregelung stattgefunden hat. Damals ist die Pflichtstundenzahl der Lehrer auf 30 erhöht worden, und es war ausdrücklich beschlossen, daß infolgedessen 14 Lehrerstellen eingehen sollten, deren Unterrichtsstunden durch die Mehrstunden, die den Lehrern auferlegt sind, gedeckt werden sollten. Diese 14 Lehrerstellen sind jetzt eingespart, und das ist selbstverständlich nicht anders möglich gewesen, als daß zuweilen zwei Klassenlehrerposten einem Lehrer gegeben wurden. Daß das kein erfreulicher Zustand ist, wird jeder zugeben, und ich habe den Wunsch, daß dieser Zustand wieder beseitigt wird. Würde dabei der Fall eintreten, daß wir den Lehrern wieder Stunden abnehmen, so ist nötig, daß zu dem Zwecke 11 Lehrer neu eingestellt werden. Es sind nur 11 Doppelklassen vorhanden, weil durch die Verminderung der Kinderzahl drei Klassen eingegangen sind. Ich würde mit Freude begrüßen, wenn eine Besserung hier wieder einträte, denn im Interesse der Schule liegt dieser Zustand nicht.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich kann erklären, daß ich, nachdem mir bekannt geworden ist, wie die Sache liegt, Veranlassung genommen habe, sie im

Magistrat zur Sprache zu bringen. Die Übertragung von zwei Klassenlehrerposten an einen Lehrer ist veranlaßt durch den Umstand, daß in den unteren Klassen die Zahl der Stunden, die jedes Kind wöchentlich zu besuchen hat, nicht so groß ist wie die Zahl der Stunden, die jeder Lehrer geben soll. Daraus ergibt sich, daß auf der Unterstufe die Lehrer in einer Klasse nicht voll beschäftigt werden können und nun versucht wird, die Heranziehung von weiteren Lehrkräften dadurch zu vermeiden, daß man einem Lehrer mehrere Klassen überweist. Auch der Magistrat hat ohne weiteres anerkannt, daß dies kein wünschenswerter Zustand ist. Wir sind der Ansicht, daß er sich beseitigen lassen wird, sobald die Fortbildungsschule nach dem neuen Gesetze ihr Recht geltend machen kann, daß nämlich die Lehrer allgemein verpflichtet sind, auch Unterricht an der Fortbildungsschule zu geben. Es wird dann möglich sein, daß der Klassenlehrer, der in der Schule nicht voll beschäftigt ist, die fehlenden Stunden in der Fortbildungsschule erteilt. Dann wird sofort das eintreten, was eben Herr Schuldirektor Prof. Dr. Rehkuh als wünschenswert bezeichnet hat. Daß man das ausdrücklich durch Statut festlegen soll, halte ich nicht für nötig. Der Schulvorstand wird schon in dieser Beziehung seinerzeit die nötigen Schritte tun. Legen wir fest, daß jeder Lehrer nur an einer Klasse Klassenlehrer sein soll, so würde selbst in solchen Fällen, wo vorübergehend aus Not einmal ein Lehrer zwei Klassen führen muß, der Betreffende sagen: „Dazu bin ich nicht verpflichtet; ich führe nur eine Klasse!“ Ich glaube, diese Erklärung wird genügen.

Stadtv. **Frede:** Ich erkläre mich durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters für befriedigt.

Stadtv. **Brenner:** Bei der Gelegenheit darf wohl gleich einmal der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß die Klassenfrequenz der Schüler und Schülerinnen herabgesetzt wird. Wir haben gegenwärtig, wenn ich recht unterrichtet bin, eine Klassenfrequenz von 42 in den mittleren und 45 in den unteren Bürgerschulen. Das ist entschieden zu hoch. Wir haben vorher gehört, wie Herr Prof. Rehkuh anführte, welche Schwierigkeiten namentlich in den unteren Bürgerschulen bestehen, damit der Lehrer seinen Verpflichtungen gegenüber den Kindern nachfolgen kann. Wir sehen, daß beim Militär ein Abriechter schon auf sieben Mann kommt, und in der Schule, wo man es mit schwierigerem Menschenmaterial zu tun hat, und wo die Aufgaben, namentlich die erzieherischen Aufgaben, wesentlich höher sind als beim Militär, kommt eine große Anzahl Kinder auf eine Lehrkraft. Man hat in Mannheim z. B., wenn ich recht orientiert bin, statutarisch festgelegt, daß nur 30 Kinder auf eine Lehrkraft kommen dürfen, und in anderen Orten ebenfalls eine wesentlich geringere Zahl als hier angenommen. Es dürfte nicht darauf

ankommen, daß man noch 50 Lehrkräfte anstellt, wenn es für den Erziehungszweck notwendig ist, denn für die Kinder ist nach unserer Ansicht nur das Beste gut genug.

Der § 24 gilt als angenommen.

Zu § 25.

Stadtv. **Weichsel:** Ich will nicht unerwähnt lassen, daß in bezug auf diesen Paragraphen in der Eingabe des Lehrervereins gebeten ist, die Entschädigung für Vertretung für alle Stufen gleich zu bemessen, und dann, daß sie auch höher bemessen werde. Am Ende des Paragraphen wird gesagt, die Vergütung solle für jede Unterrichtsstunde in einem Hauptfache an der Oberstufe mit 2,25 *M*, an den übrigen Stufen mit 1,75 *M* und den Fachlehrerinnen mit 1,50 *M* gewährt werden. Ich will den Antrag des Lehrervereins nicht aufnehmen, aber vielleicht spricht sich Herr Direktor Dr. Rehtuh darüber aus.

Schuldirektor Prof. Dr. **Rehtuh:** Die in diesem Paragraphen enthaltene Vorschrift ist, solange ich im Amte bin, nie zur Anwendung gebracht; es ist nie vorgekommen, daß Lehrer oder Lehrerinnen für erkrankte Kollegen eine Vertretung übernehmen mußten, die sich über die Dauer von vier Wochen erstreckte. Wo eine längere Vertretung notwendig war und die Hilfskräfte nicht ausreichten, ist die Sache so gehandhabt, daß besondere Lehrkräfte angenommen sind. Ich muß aber zugeben, daß der Fall eintreten kann, daß Aushilfskräfte nicht zu haben sind und die Lehrer zur Vertretung herangezogen werden müssen. Was den ersten Vergütungssatz betrifft, so steht er genau in der Mitte der Säge, wie sie bei höheren Schulen für mittlere und untere Klassen eingehalten werden. Ich habe aber nichts dagegen, wenn man den zweiten Satz von 1,75 *M* auf 2,25 *M* erhöht; aber, wie gesagt, es wird selten der Fall eintreten, daß die Säge zur Anwendung kommen.

§ 25 gilt als angenommen.

Zu § 26.

Vorsitzender: Zu diesem Paragraphen liegt ein Antrag des Herrn Stegmann vor:

„In § 26 Ziffer 4 sollen die Worte „entscheidet das Konsistorium“ durch die Worte „entscheiden die städtischen Behörden“ ersetzt werden.“

Stadtv. **Stegmann:** Es handelt sich hier um Urlaubsgesuche. In Ziffer 4 heißt es: „über Urlaubsgesuche auf längere Zeit entscheidet das Konsistorium.“ Ich finde es sonderbar, daß diese Behörde darüber entscheiden soll, und ich habe

auch keine gesetzliche Bestimmung darüber gefunden, die dieses vorschreibt. Ich sehe nicht ein, warum wir dem Konsistorium ein Recht einräumen sollen, worauf es keinen Anspruch hat. Es ist ohnehin traurig genug, daß im 20. Jahrhundert die Schule noch unter einer kirchlichen Behörde steht; die Folgen sind aus dieser Vorlage ersichtlich genug. Die Stadt muß den größten Teil der Mittel aufbringen, aber fast sämtliche Rechte hat diese Behörde. Wenn es nur das geringste Recht ist, was man ihr abringen kann, so soll man es tun. Warum soll der Schulleiter sich an das Konsistorium wenden statt an die städtischen Behörden? Daß wir dadurch überlastet werden, kann ich nicht annehmen; der Fall wird doch nur selten eintreten.

Vorsitzender: Man kann im Zweifel sein, welches der weitergehende Antrag ist. Ich halte für den weitergehenden den Wortlaut der Vorlage.

Stadtv. **Weichsel:** Wäre es nicht erwünscht, daß hierzu eine Äußerung des Stadtmagistrats erfolgte?

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Ich halte es für ausgeschlossen, daß das Statut genehmigt wird, wenn dem Konsistorium dieses Recht entzogen wird.

Der Paragraph wird nach dem vorgelegten Wortlaut angenommen.

Zu § 27.

Vorsitzender: Hierzu ist ein Antrag des Herrn Stegmann eingegangen:

„In § 27 Absatz 1 sollen die Worte „dem Konsistorium“ gestrichen und dafür die Worte eingeschaltet werden „den städtischen Behörden“.

Stadtv. **Stegmann:** Ich brauche nur wenig Worte zu sagen, denn es ist hier dasselbe, wie im vorigen Paragraphen. Von der Zeit ihrer Abwesenheit während der Ferien soll der Schulleiter dem Schulvorstande und dem Konsistorium Mitteilung machen. So steht in der Vorlage. Ich halte es für richtig, daß der Schulvorstand davon Mitteilung erhält, dann aber weiter nicht das Konsistorium, sondern die städtischen Behörden, und zwar aus denselben Gründen, wie vorhin angeführt.

Stadtv. **Frede:** Auf Seite 25 in der zweiten Reihe steht hinter Unterleiter ein Komma, das muß gestrichen werden, da es nicht etwa nur ein Schönheitsfehler ist, sondern der Sinn dadurch entstellt wird.

Vorsitzender: Das nehmen wir ohne weiteres an.

Der § 27 wird nach dem Wortlaut der Vorlage angenommen.

Zu § 28.

Vorsitzender: Hier kommt ein Antrag Bunge zur Beratung:

„Der § 28 erhält folgende Fassung:

„Die Erteilung von sogenannten Nachhilfestunden oder Privatunterricht ist nicht gestattet.“

Stadtv. Bunge: In diesem § 28 wird im ersten Teile gesagt, daß die Lehrer an Kinder, die in ihre Klasse eingeschult sind, Privatunterricht nicht erteilen dürfen. Nach dem, was uns der Herr Schuldirektor vor Augen geführt hat, ist ein ziemlicher Überfluß an Lehrern da, denn 14 allein sind aus dem hiesigen Schuldienst ausgefallen und jetzt wohl noch ohne Stellung. Ich bin der Meinung, daß der Lehrer, wenn er seinen Pflichtstunden genügt hat, auch seine Schuldigkeit getan hat, und er dann nicht mehr viel Privatunterricht erteilen sollte. Das wäre andernteils auch eine Bevorzugung anderen Beamten gegenüber, denen auch verboten ist, Nebenarbeit und Nebenbeschäftigungen zu übernehmen. Ich möchte bitten, den § 28 der Magistratsvorlage zu streichen und meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Frede: Den städtischen Beamten ist nicht verboten, Nebenarbeiten auszuführen. Wir haben erst neulich einem städtischen Kassierer die Erlaubnis dazu erteilt, und eine solche Erlaubnis muß auch erst vom Schulvorstande dem Lehrer erteilt werden, wenn er Privatunterricht geben will. Da wird im einzelnen Falle geprüft, ob es angängig ist oder nicht.

Der Antrag Bunge wird abgelehnt und der § 28 nach dem Wortlaut des Entwurfs angenommen.

Zu § 30.

Stadtv. Weichsel: Für § 30 ist unter Ziffer 4 b auf Seite 27 zu beantragen, daß an Stelle von „und die Lehrer an der Hilfschule“ „und die Lehrkräfte an der Hilfschule“ gesetzt wird, weil dort auch eine Lehrerin mit in Frage kommt.

§ 30 gilt mit dieser Änderung als angenommen.

§§ 31 und 32.

(Ohne Debatte.)

Vorsitzender: Wir haben nun die Schlußabstimmung vorzunehmen. Ich bitte die Herren, die mit den genehmigten Änderungen das gesamte Statut annehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit.

Liegt irgend eine heute noch zu erledigende Angelegenheit vor? --- Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 8½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Oktober 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Statut zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs bei Messen, Schützenfesten und ähnlichen Veranstaltungen | Seite 527 |
| 2. Antrag Eckhardt, betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner | " 529 |
| 3. Antrag Bunge auf Ergreifung von Maßnahmen gegen die sich stetig steigende Fleischsteuerung | " 532 |
| 4. Prüfung der städtischen Haushaltungsrechnungen vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 | " 539 |
| 5. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße | " 540 |
| 6. Beantwortung der Anfrage Döeschigk wegen der Oberbrücken | " 541 |
| 7. Antrag Helle auf Instandsetzung des Bohlenbelags der Fußgängerbrücke Inselwall—Rosental | " 541 |
| 8. Beschaffung neuer Mäntel für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr | " 542 |
| 9. Änderung und Neulegung von Gas- und Wasserhauptrohren in der Wilhelmstraße | " 543 |
| 10. Antrag einer Anliegerin auf Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße zwischen Ribdagshäuserweg und Kasanienallee | " 543 |
| 11. Anfrage Gundermann über Beschaffung einer gewissen Menge Radium für die hiesigen Krankenhäuser | " 544 |
| 12. Anfrage Döeschigk über Offenhaltung der Bollschäber an Sonntagen | " 545 |
| 13. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Tulenspiegelbrunnen | " 554 |
| 14. Neufassung der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung | " 555 |

15. Änderung des Ortsbauplans westlich der Koffstraße	Seite 558
16. Verlegung von Straßenbahngleisen auf der Fallerleberstraße	" 560
17. Anfrage Lauer, betreffend Einwirkung des Magistrats zugunsten der Stadt Braunschweig bei neuen Bahnbauten	" 562
18. Antrag Hartung über Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen	" 567

~~~~~

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Altmann**, **Gundermann**, **Selle**, **Busch**, **Kasche**, **Schön**, **Wesemeier**.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung von den Milchwählern Braunschweigs, die die Sonntagsruhe betrifft. Ich überweise diese Eingabe den beiden Herren Referenten, die von der Stadtverordnetenversammlung für diese Sache gewählt sind.

Ferner sind von einem Herrn Brandes, früher Lehrer der Baugewerkschule Holzwinden, Nieder und ähnliche Sachen eingegangen. Wer von den Herren Neigung dazu hat, möge die Sachen ansehen.

Des weiteren ist eine Anfrage von Herrn Stadtv. Lauer eingereicht:

„Ist dem verehrlichen Stadtmagistrat bekannt, daß Seine Excellenz der Herr Eisenbahnminister von Breitenbach gelegentlich der Ablehnung des bekannten Eisenbahn-Nord-Süd-Verkehrs-Projekts dem Ausschuß desselben mitteilte, daß er (der Herr Eisenbahnminister) im Harz umhergereist sei und die Überzeugung gewonnen habe, daß durch den baldigen Bau von neuen Bahnen für den Harz noch manches geschehen müsse?“

Ist der Magistrat geneigt, darüber Auskunft zu erteilen, was er zu tun denkt, daß diese neu zu bauenden, den Harz durchquerenden Tracen eine solche Anlage erfahren, daß sie eine günstige Bahnverbindung mit der Stadt Braunschweig gewährleisten?“

Herr Lauer wird nach Schluß der Tagesordnung, wenn noch Zeit dazu ist, Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

Auf der Tagesordnung fehlt der Antrag des Herrn Dr. Jasper über die Einführung einer Gemeindevertzunwachststeuer und der Antrag Steinbrecher über Erweiterung des Fortbildungsschulzwangs. Beide Anträge sind von den vereinigten Kommissionen beraten, aber die Beratung ist noch nicht beendet, weil von den Kom-

missionen noch Unterlagen vom Magistrat erbeten sind. Im übrigen haben die Kommissionen beschlossen, daß der Antrag Steinbrecher gemeinschaftlich mit dem noch unerledigten Magistratsantrage vom 1. Februar 1912 Nummer 1179 beraten werden soll.

## 1. Statut zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs bei Messen, Schützenfesten und ähnlichen Veranstaltungen.

**Stadtv. Weichsel:** Meine Herren. Der Entwurf eines „Statuts zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs bei Messen, Schützenfesten und ähnlichen Veranstaltungen“ ist Ihnen mit Schreiben vom 10. Juli d. J. zugegangen. Aus dem Schreiben haben Sie gesehen, daß dieser Entwurf nicht allein aus der Initiative des Stadtmagistrats hervorgegangen ist, sondern daß es sich um Vorschriften handelt, die Herzogliche Polizeidirektion in regelmäßiger Wiederkehr vor jeder Messe, bei Schützenfesten und ähnlichen Veranstaltungen erlassen hat, und die im Einzelfalle nur für sechs Monate Geltung erlangten. Die Vorschriften haben sich nach Angabe der Polizeidirektion bewährt und sind nun auf deren Antrag in ein auf längere Dauer berechnetes Statut zusammengefaßt. Die Statutenkommission hat die Vorlage beraten und hält auch die Formulierung der Vorschriften in Form eines Statuts im Interesse aller Beteiligten für wünschenswert.

**Vorsitzender:** Ich bitte diejenigen Herren, die zu den einzelnen Paragraphen Bemerkungen zu machen haben, sich nach Schluß der Ausführungen des Herrn Referenten über den betreffenden Paragraphen zu melden. Wird das Wort nicht gewünscht, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem zur Beratung stehenden Paragraphen an.

**Stadtv. Weichsel** (zu § 1): Dieser Paragraph enthält Vorschriften über die Ausstattung und Ausschmückung der Buden, Schauzelte, Schenkräume usw. Die Statutenkommission war der Ansicht, daß die vorgesehenen Einschränkungen reichlich rigoros seien. Es würde dadurch den Inhabern der Buden usw. so gut wie vollständig unmöglich gemacht, irgend etwas zur Ausschmückung ihrer Stände und Buden zu tun. Die Statutenkommission schlägt Ihnen deshalb vor, es bei dem Wortlaut des Paragraphen zu lassen, aber folgenden Zusatz dem Paragraphen hinzuzufügen: „Außerdem ist die Polizeidirektion befugt, fernere Befreiungen von diesen Vorschriften eintreten zu lassen.“ Dadurch wird erreicht, daß die Polizeidirektion in der Lage ist, Milderungen eintreten zu lassen, wenn diese Vorschriften im einzelnen Falle zu hart sind.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich glaube nicht, daß gegen diese Fassung, die von der Statutenkommission vorgeeschlagen ist, Bedenken seitens des Magistrats bestehen. Die Gründe, die der Herr Referent angeführt hat, sprechen dafür, daß in einzelnen Fällen Befreiungen von diesen Vorschriften zugelassen werden.

Der Herr Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der von der Kommission beantragten Fassung des Paragraphen an.

**Stadtv. Stegmann** (zu § 2): Ich bitte, diesen Paragraphen zu streichen, denn ich finde es kleinlich, wenn man dieses Vergnügen auf Messen und Jahrmärkten beseitigen will. Ich glaube auch kaum, daß durch Luftschlangen und die kleinen Papierschnitzel Feuer entstehen kann — bisher ist es noch nicht vorgekommen. Auf der Messe soll es nun einmal etwas fidel zugehen, und deshalb sollte man solche harmlosen Vergnügungen nicht verbieten. Braunschweig würde mit einem solchen Verbote einzig dastehen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn sich der Herr Vorredner mit uns zur Förderung des Frohsinns vereinigen will, so darf er sicher sein, daß er regelmäßig bei uns Entgegentommen findet. Wenn aber der Frohsinn gleichzeitig eine starke Gefährdung großer Menschenmassen in sich schließt, so ist es damit eine eigene Sache. Gerade die Erfahrung mit Luftschlangen und ähnlichen hier und da bei Vergnügungen eine Rolle spielenden Sachen hat bewiesen, daß Vorsicht am Platze ist. Ich bitte, diesen Paragraphen bestehen zu lassen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für Annahme des Paragraphen.

(§§ 3—12 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Weichsel** (zu § 13): Hier soll nach dem Vorschlage der Kommission das Wort „sogenannten“ gestrichen werden.

Der Herr Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

(§ 14 ohne Besprechung.)

**Stadtv. Weichsel** (zu § 15): Es ist von seiten der Straßenbahndirektion, was ich der Vollständigkeit wegen vorbringe, beantragt, daß die Abnahme von Anlagen zu elektrischer Beleuchtung, Starkstromanlagen, Elektromotoren und dergl. nach den Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker erfolgen möge. Es ist deswegen beim Stadtbauamt angefragt, und dieses hat erklärt, daß die Prüfung, welche von ihm bei solchen Anlagen vorgenommen wird, nach diesen Vorschriften

erfolgt. Ich glaube deshalb, daß keine Änderung des Wortlautes dieses Paragraphen nötig ist.

Der Paragraph gilt als angenommen.

Die letzten Paragraphen werden ohne Debatte erledigt und schließlich dem ganzen Statut mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt.

## 2. Antrag Eckhardt, betreffend eine Beihilfe zur Errichtung eines Grabdenkmals für Heinrich Werner.

Stadtv. **Friede:** Der Antrag Eckhardt lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zur Errichtung eines würdigen Grabdenkmals für den auf dem Brüdernfriedhof zur letzten Ruhe bestatteten Komponisten des schönen Volksliedes „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“, Heinrich Werner, eine Beihilfe von 200 M zu bewilligen.“ Meine Herren. Es handelt sich nicht um ein eigentliches Denkmal, welches dort gesetzt werden soll, sondern es haben sich einige Herren aus der Bürgerschaft gefunden, die das Grab des verstorbenen Komponisten instand gesetzt und erhalten sehen möchten. Das ist als dankenswert anzuerkennen. Für den bezeichneten Zweck ist eine Sammlung veranstaltet, die ein erkleckliches Teil zusammengebracht hat. Da noch einige hundert Mark fehlen, so ist es wohl eine gewisse Ehrenpflicht der Stadt, hier eine Beihilfe zu gewähren, namentlich, wenn es nur eine verhältnismäßig geringe Summe ist, die verlangt wird. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ist einstimmig der Ansicht, Ihnen zu empfehlen, die 200 M zu bewilligen.

Stadtv. **Schmidt:** Es wäre doch erwünscht, daß uns bekanntgegeben wird, wer die Herren sind, denen wir die Mittel in die Hand geben sollen, denn bisher weiß man nur, soweit Herr Eckhardt den Antrag gestellt hat, daß von ihm die Sache ausging. Andererseits hat man aber in den letzten Wochen feststellen können, daß auch in den Schulen eine Pfennigsammlung veranstaltet ist. Es wundert mich, daß bei den Schulkindern gesammelt wurde, ohne daß man wußte, von welcher Seite die Anregung dazu kam. Ohne diesen Herren, die die Sammlung veranstaltet haben, zu nahe treten zu wollen, möchte ich doch bemerken, daß es öfter vorkommt, daß man nicht weiß, wer der Sammler ist und wie über die Verwendung des zusammengekommenen Geldes gedacht wird, und auch, daß dasjenige nicht getroffen wird, was bei der Sammlung beabsichtigt ist. Das Vertrauen würde größer sein, wenn bei dieser Veranstaltung bekanntgegeben würde, von welcher Seite die Anregung gekommen ist.

Stadtv. **Fride:** Die Anregung geht von zwei Herren aus; wenn Sie den Namen wissen wollen, kann ich sie auch nennen. Es ist der königliche Opernsänger Herms und der Lehrer Lüdecke. Ich kann es nur hoch anerkennen, daß die Herren sich dieser Sache unterzogen haben. Wie Ihnen vielleicht bekannt sein wird, ist der Komponist in traurigen Verhältnissen gestorben, und sein Grab liegt verwahrlost da. Es liegt die Absicht vor, das Grab zu erhalten, weil namentlich das erwähnte Lied allgemein ins deutsche Volk übergegangen ist. Nicht allein die Schulen singen es, es ist geradezu zum Volksliede geworden. Derselbe Komponist hat nicht nur das „Röslein“ komponiert, sondern auch andere schöne Sachen, die auch ins Volk übergegangen sind. — Was die Pfennigsammlung anbetrifft, so ist es richtig, daß eine Sammlung freiwilliger Beiträge in den Schulen vorgenommen ist, aber nur einen Pfennig hat jedes Kind mitbringen sollen. (Zuruf.) Nicht sollen, ich habe mich versprochen; es ist in den freien Willen der Kinder gestellt. Ich kann auch verraten, daß in zwei Fällen statt eines Pfennigs 1 *M* oder 50 Pfg. mitgebracht sind, und als der Lehrer darnach fragte, ist von den Kindern dann gesagt, es sei der Wille der Eltern, diesen Beitrag herzugeben. Das ist ein Beweis dafür, daß auch im Volke, in der Arbeiterbevölkerung, die Sammlung Anklang gefunden hat. Diese Erklärung möchte wohl Herrn Schmidt genügen, damit auch von uns etwas in der Sache geschieht.

Stadtv. **Edhardt:** Es sind bisher eingegangen 300 *M* aus den Schulen und 400 *M* an anderen freiwilligen Beiträgen. Es steht ferner in Aussicht, daß einige wohlhabende Familien größere Summen stiften, so daß, wenn die Stadt einen Beitrag gibt, die Errichtung eines Grabdenkmals als sichergestellt zu betrachten ist. Das Geld ist bei dem Bankhaus Meyersfeld deponiert, das sich auch erboten hat, es weiter zu verwalten, bis die 1500 *M*, die erforderlich sind, zusammengekommen sind. Mit der Ausführung des Denkmals ist der Bildhauer Siedentopf beauftragt. Er ist so freundlich gewesen, ein kleines Modell herzurichten, das im Nebenzimmer ausgestellt ist. Soweit ich das Modell beurteilen kann, ist es wohl gelungen. Immerhin steht den geehrten Herren frei, Änderungen in jeder gewünschten Weise daran zu beantragen. Wenn eine Verbesserung angeregt werden sollte, ist Herr Siedentopf gern bereit, diese entgegenzunehmen. Ich bitte, die 200 *M* zu bewilligen; damit ist, wie ich glaube, die Errichtung des Denkmals gesichert.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Mit der Sammlung in den Schulen scheint es eine sehr eigene Sache zu sein. Der Herr Berichterstatter erklärte zwar, er habe sich versprochen, wenn er sagte, daß die Kinder einen Pfennig mitbringen sollten. Der Gebrauch ist aber regelmäßig so, daß die Kinder angewiesen werden, sie sollen das Geld mitbringen, mit dieser Weisung kommen sie nach Hause. In dieser Weise soll

ein Beitrag umgelegt werden auf die Bevölkerung, die schulpflichtige Kinder hat, nach der Zahl ihrer Kinder. Man weiß, wie die Kinder zu Hause eindringlich werden und sagen: Ich muß den Pfennig mitbringen! Ich möchte Klarheit darüber haben, ob diese Sammlung auf Anordnung der städtischen Schulbehörde einheitlich geschehen ist, von welchen Grundsätzen die Schulbehörde sich bei derartigen Anlässen leiten läßt, oder ob dem einzelnen Schulinspektor oder gar dem einzelnen Lehrer überlassen ist, wann, wie und zu welchem Zwecke er Gelder sammelt. Meiner Meinung nach sind die Schulkinder nicht so gestellt, daß sie über Taschengeld verfügen, besonders die in den unteren Volksschulen nicht. Und wenn es dennoch der Fall ist, so ist es derartig gering, daß sie es für ihre Zwecke gebrauchen können. Einen erziehlischen Wert in dieser Umlage kann ich auf den ersten Blick nicht sehen, wohl aber sehe ich die Gefahr des Mißbrauchs einer derartigen Umlage gegeben und möchte über die Grundsätze derartiger Umlagen unterrichtet sein.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Grundsätze über Erhebung derartiger Umlagen gibt es nicht, weil die Schulbehörde sich mit derartigen Sachen überhaupt noch nicht befaßt hat. Ich wüßte nicht, wie die Schulbehörde dazu kommen sollte, für derartige Sammlungen Grundsätze aufzustellen, es sei denn, daß man zu der Ansicht käme, derartige Sammlungen müßten überhaupt verboten werden. (Sehr richtig! von einer Seite.) Ich bin der Ansicht, daß wäre unrichtig. Wir haben es von jeher erlebt, daß in den Schulen derartige Sammlungen vorgenommen sind. Daß es unzulässig wäre, zu sagen: „Ihr müßt Geld für die Sammlung mitbringen“, das erkenne ich an. Wenn aber Herr Dr. Jasper sagt, daß Kinder aus den unteren Bürgerschulen Taschengeld nicht haben, so antworte ich: Gehen Sie nur einmal vor die Kinotheater, da zeigt es sich, daß sie Geld haben.

Stadtv. **Frede**: Die Hauptsache von dem, was Herr Dr. Jasper wissen wollte, ist schon erledigt. Herr Dr. Jasper fragte noch an, ob es ins Belieben der Lehrer gestellt gewesen war, die Sammlung zu betreiben. Darüber kann ich berichten, daß die Sammlung einheitlich gewesen ist. In allen Schulen ist in gleicher Weise unter Hinweis auf die Bedeutung des Komponisten und unter Hinweis auf das schöne Geschenk, das der Komponist der deutschen Jugend und dem deutschen Volke gemacht hat, den Kindern gesagt, daß es wohl angezeigt erscheine, sein Grab der Vergessenheit zu entreißen; die Kinder könnten sich daran durch Spende eines Pfennigs, etwa auch zweier Pfennige beteiligen. Ich habe das in meiner Klasse auch gesagt — ich habe, wie Ihnen wohl bekannt ist, eine erste Klasse in einer unteren Bürgerschule —, und die Kinder haben sich sehr lebhaft an dem Zusammenbringen des Geldes beteiligt, trotzdem ich verschiedentlich darauf hingewiesen habe: Ihr b r a u c h t nichts mitzubringen und auch nicht mehr als einen Pfennig. — Nun hat

Herr Dr. Jasper das erziehliche Moment auf den ersten Blick nicht erkennen können, und weil Herr Dr. Jasper nicht Erzieher ist, ist das wohl glaublich. Das erziehliche Moment bei dieser Sache ist, daß die Kinder hingewiesen werden auf die Pflicht der Dankbarkeit.

Der Antrag Eckhardt wird angenommen.

### 3. Antrag Bunge auf Ergreifung von Maßnahmen gegen die sich stetig steigende Fleischartenerung.

Stadtv. Dr. Boge: Herr Bunge hat beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, der stetig sich steigenden Fleischartenerung dadurch entgegenzuwirken, daß er

1. unverzüglich wieder mit dem Bezuge und Verkauf ausländischen, event. auch deutschen Fleischartes beginnt,
2. unverzüglich den Bezug und Verkauf gefrorenen Fleischartes in die Wege leitet,
3. mehrere Verkaufsstellen, besonders in den Arbeitervierteln, einrichtet,
4. den Bau des Viehhofs endlich in Angriff nimmt und schleunigst fertigstellen läßt.“

Den ersten Antrag auf Wiedereinführung des Verkaufs ausländischen event. auch deutschen Fleischartes hält die Statutenkommission für erledigt dadurch, daß an dem Tage, als dieser Antrag eingebracht wurde, die Stadtverordneten sich damit einverstanden erklärt haben, daß der Magistrat einstweilen den städtischen Verkauf von Fleisch eingestellt hatte, daß sie ihn aber gleichzeitig ermächtigt haben, nach seinem Ermessen diese Einführung und den Verkauf von Fleisch wieder beginnen zu lassen. Die Stadtverordnetenversammlung hat dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht anerkennen konnte, daß zu der Zeit, als der Verkauf eingestellt wurde, noch ein dringendes Bedürfnis für den städtischen Verkauf vorhanden war.

In nächster Verbindung mit diesem Antrage steht auch die Frage des Bezuges und Verkaufs von gefrorenem Fleisch durch die Stadt, einerlei, ob es inländisches oder ausländisches Fleisch ist. Es setzt dies nach Meinung der Statutenkommission voraus, daß eine vorübergehende Fleischartenerung und Fleischnot vorhanden ist. Nur zur Abwendung vorübergehender großer Mißstände kann die Stadt nach Ansicht der Statutenkommission dazu greifen, dieses Gewerbe des Fleischverkaufs auszuführen. Wenn es nun leider der Fall ist — das gibt die Statutenkommission zu —, daß, trotzdem seit der Trockenheit des Jahres 1911 zwei Jahre verstrichen sind, die Fleischpreise immer wieder anziehen, so kann doch die Kommission nicht anerkennen, daß der Magistrat dauernd den Fleischverkauf offenhalten muß. Aus diesem Grunde ist die Kommission auch gegen den Antrag 2 des Herrn Bunge.

Es kommen für diesen Beschluß noch mehrere andere Punkte in Betracht. Herr Bunge wünscht Einfuhr gefrorenen Fleisches. Der Zweck der Einfuhr ist, unseren Einwohnern billiges und gutes Fleisch zu schaffen. Die Kommission ist der Meinung, daß billiges gefrorenes Fleisch nicht nach Braunschweig eingeführt werden kann, da wir nicht die dazu erforderlichen Einrichtungen besitzen. Gefrorenes Rindfleisch kommt meistens aus Argentinien, während gefrorenes Hammelfleisch aus Australien eingeführt wird. In England, wo es in den großen Küstenstädten zur Einführung kommt, besonders auch in London, sind besondere Reedereien vorhanden, welche Schiffe besonders ausrüsten, damit sie Gefrierfleisch transportieren können. Nur dann, wenn wir solche Schiffe zur Verfügung haben, und wenn es auch nur eins sein sollte, könnten wir gefrorenes Fleisch einführen. Das aber zu beschaffen, würde derartig hohe Kosten verursachen, daß an Beschaffung billigen Fleisches nicht zu denken ist. Zu erwägen ist dabei noch, daß außer den Schiffen auch entsprechend eingerichtete Eisenbahnwagen vorhanden sein müßten, die das Fleisch von Hamburg oder Bremen aus unverzüglich nach hier brächten. Eine fernere Voraussetzung ist, daß solches Fleisch hier auch in genügender Menge und schnell abgesetzt wird, denn kleinere Posten dieses Fleisches werden wir nicht bekommen können; sie sind einfach in Deutschland nicht zu haben. Die große Stadt Berlin hat den Versuch gemacht, dieses Fleisch einzuführen, und eine solche Stadt kann das Fleisch auch bedeutend eher absetzen, weil die größere Einwohnerzahl eine schnellere Abnahme bedingt. Hier in Braunschweig, wo man in bezug auf Fleisch sehr diffizil ist, wo — wie bekannt — nur sehr gutes Fleisch genossen wird, wird die Bevölkerung nicht so leicht an gefrorenes Fleisch herangehen. Schließlich kommt für diesen Punkt noch hinzu, daß nach Befundung von Sachverständigen dieses gefrorene Fleisch in bezug auf seine gesundheitliche Zuträglichkeit sehr leicht anzugreifen ist, wenn es nicht unverzüglich, nachdem es in gefrorenem Zustande aus den Schiffen, Eisenbahnwagen und Kühlhäusern kommt, genossen wird. Nur wenige Tage genügen schon, um das Fleisch für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu machen. Aus allen diesen Gründen ist die Kommission der Meinung, daß, selbst wenn wieder ein Notstand einträte, die Einfuhr und der Verkauf dieser Art von Fleisch durch die Stadt auf alle Fälle ausscheiden müßte.

**Vorsigender:** Ich glaube, es ist besser, zunächst diesen Antrag des Herrn Bunge zu beraten. Der erste Antrag ist durch die frühere Sitzung erledigt, ich eröffne die Beratung über den zweiten Punkt.

**Stadtv. Bunge:** Schon als in der früheren Sitzung der erste meiner Anträge niedergestimmt wurde, war es mir klar, daß auch der andere Antrag von Ihnen nicht in Betracht gezogen werden würde. Der Herr Referent sagte, daß zurzeit



kein Bedürfnis vorliege, es wäre augenblicklich keine Fleischteuerung und auch keine Fleischnot. Ich muß jedenfalls sagen, daß die Sache so steht, daß die ärmere Bevölkerung augenblicklich mehr denn je billiges Fleisch haben müßte, denn die Erwerbsverhältnisse sind augenblicklich in Braunschweig sehr schlecht geworden, und wir stehen vor einer großen Arbeitslosigkeit. Deshalb nehme ich im Gegensatz zu dem Herrn Referenten den Standpunkt ein, daß die Stadt es sich zur Aufgabe machen müßte, die Bevölkerung dauernd mit billigen Lebensmitteln zu versorgen. Wenn man nun sagt, das gefrorene Fleisch würde schwer hierher zu schaffen sein, so gebe ich zu, daß verschiedene Einrichtungen dafür getroffen werden müßten; da es sich aber darum handelt, die Bevölkerung mit billigerem Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zu versorgen, so brauchte man davor nicht zurückzuschrecken. Dann wurde erwähnt, daß das Fleisch jedenfalls schlecht würde; so habe ich es wenigstens verstanden. Das Fleisch müßte, wenn es aus dem gefrorenen Zustande heraus ist, sofort gekocht und verzehrt werden. Darüber habe ich mir sagen lassen, daß in England, wo mehrere Herren von uns waren, ein ganz ausgezeichnetes und billiges gefrorenes Fleisch zu haben ist. Auch wenn wir die Einrichtungen treffen müssen, die es ermöglichen, das Fleisch hierher zu bekommen, so glaube ich kaum, daß es derartig teuer wird, wie wir augenblicklich hier das Fleisch bezahlen müssen. Tatsache ist es, daß, seitdem die Stadt den Fleischverkauf eingestellt hat, in Braunschweig bei den Schlachtermestern hauptsächlich das Rindfleisch um 10, 15, 20 Pfg. teurer geworden ist. Man hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß sich die hiesigen Schlachter verpflichten wollten, nebenbei auch Kuhfleisch zu führen. Meine Herren. Ich glaube kaum, daß wir uns darauf verlassen können. Nach dem, was ich in den letzten Tagen gehört habe, sträubt sich die Innung dagegen, und die Schlachtermester auch. Wenn sie einmal die Fleischpreise hinaufgeschoben haben, dann lassen sie auch nicht wieder davon ab. Es wäre deshalb gut, wenn dem von seiten der Stadt ein Damm entgegengesetzt würde, denn wir haben gesehen, daß damals die Fleischpreise sofort sanken, und das würde auch wieder der Fall sein. Eine Fleischnot besteht auch heute, denn wenn sich auch der Viehbestand im ganzen wohl gebessert haben soll, so ist das doch nicht in dem Maße geschehen, daß Deutschland in der Lage wäre, seinen eigenen Bedarf selber decken zu können. Wir sind also aufs Ausland in dieser Hinsicht angewiesen. Ich möchte doch im Interesse der gesamten Bevölkerung Braunschweigs bitten, daß Sie diesem meinem Antrage zustimmen und auch bei nächster Gelegenheit den Magistrat bitten, daß er bald außer dem gefrorenen Fleisch hier wieder frisches Fleisch, sei es von auswärts oder sei es aus unseren eigenen Landesteilen, der Bevölkerung zur Verfügung stellt.

**Stadtv. Voelchigt:** In unserer letzten Verhandlung über den städtischen Fleischverkauf habe ich mitgeteilt, daß ich von sachverständiger Seite gehört habe,

daß die Schlachter den Verkauf von billigem Fleisch selbst in die Hand nehmen wollten, daß sie sich verpflichten wollten, unseren Einwohnern ebenso gutes Fleisch zu liefern, wie es seitens der Stadt geschehen ist. Leider ist mir von dem betreffenden Herrn jetzt mitgeteilt, daß die Innung sich auf einen negierenden Standpunkt gestellt hat. (Hört, hört!) Das möchte ich hier feststellen. Ich bedaure das im Interesse des Schlachtergewerbes sehr. Dieser Herr, der eine der größten Schlachtereien besitzt, hatte sich dafür erklärt, daß die Innung sich mit dem Magistrat in Verbindung setzt, damit ihr der Autorshof zur Verfügung gestellt wird, und die Fleischer selber genau dasselbe ebenso gute Fleisch liefern, wie die Stadt es getan hat. Das ist nun leider nichts geworden. Sie wissen, ich bin gern für das Schlachtergewerbe eingetreten, aber ich muß Herrn Bunge zustimmen, daß augenblicklich die Fleischpreise wieder sehr hoch sind; schon vor vier Wochen wurde ich darauf hingewiesen, daß das noch 6—8 Wochen anhalten würde, und dann vielleicht wieder billigere Preise kommen würden. Ich muß bedauern, daß die Kommission sich nicht bei Sachverständigen erkundigt hat. Da wir seinerzeit im Interesse der städtischen Bevölkerung anerkannt haben, daß wir die Fleischnot lindern wollen, so müssen wir auch anerkennen, daß heute die Fleischnot viel dringender ist, wie Herr Bunge ganz richtig sagt, dringender als damals, als wir dazu gekommen sind, von städtischer Seite fremdes Fleisch einzuführen. Darum bedaure ich, daß die Kommission es nicht als folgerichtig anerkennt, daß nach dem damaligen Beschluß auch jetzt wieder der Fleischteuerung zu wehren ist.

**Stadt v. Diekmann:** Um irrigen Meinungen vorzubeugen, möchte ich vorweg bemerken, daß mich persönlich die Beantwortung dieser Frage in keiner Weise berührt. Ich habe kein persönliches Interesse daran, ob der Magistrat Fleisch einführt oder nicht, und erwähne dies ausdrücklich, weil mir ähnliches vorgeworfen wurde, als ich meinen Antrag einbrachte. Als ich den Antrag stellte, den Magistrat zu veranlassen, den Verkauf einzustellen, war bereits eine Erhöhung der Fleischpreise eingetreten. Nicht etwa ist eine Erhöhung der Verkaufspreise für Fleisch eingetreten, weil der Magistrat den Verkauf einstellte, sondern umgekehrt, weil die Einkaufspreise viel teurer geworden waren, ist der Fleischverkauf vom Magistrat eingestellt.

Ich hatte verschiedene Interessenten gebeten, zu einem billigeren Preise Fleisch zu verkaufen, und es war mir das auch zugesagt. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten: Das Fleisch ist eben um 5—6 *M* per 100 Pfund teurer geworden, und da kann man es den Interessenten nicht verdenken, wenn sie sich nicht dazu verstehen wollen, das Fleisch billiger zu verkaufen. Außerdem ist die ganze Veranstaltung eine derartig tief einschneidende Frage, daß sich der Vorstand der Fleischerinnung nicht veranlaßt sehen konnte, einfach über die Köpfe der Mit-

glieder der Innung hinweg zu bestimmen, sondern er hat sich vielmehr vorbehalten, diese Frage in der nächsten Generalversammlung der Innung, die in einigen Tagen stattfindet, anzuschneiden. Es war nicht möglich, da ohnehin schon die Quartalsversammlung anberaumt war, bei der ziemlich großen Innung nochmals eine außerordentliche Generalversammlung lediglich für diesen einen Punkt einzuberufen, und ich glaube, auch die geehrten Herren werden sich noch diese paar Tage gedulden; ich hoffe bestimmt, daß sich dann eine Einigung erzielen läßt. Selbstverständlich kann das Resultat dieses Vorschlages, wodurch ein billigerer Verkaufspreis herausgebracht werden soll, erst dann eintreten, wenn die Preise heruntergehen. Man rechnet damit, daß die hohen Preise für Rindvieh mindestens noch 4—6 Wochen anhalten werden. Aber für November glaubt man bestimmt, billigere Preise bekommen zu können.

**Vorsitzender:** Ich möchte den Herrn Redner bitten, sich mehr an den Wortlaut des vorliegenden Antrages zu halten. Der Antrag 2 geht dahin, daß der Bezug und Verkauf gefrorenen Fleisches in Erwägung gezogen werde. Die Einführung von frischem Fleisch ist schon in seiner früheren Sitzung behandelt nach dem damals vorliegenden Antrag 1.

**Stadtv. Diedmann** (fortfahrend): Was ich sagte, bezog sich hauptsächlich auf die Angaben meiner Herren Vorredner. Betreffend des gefrorenen Fleisches möchte ich erwähnen, daß es nach dem Fleischbeschaugesetz unmöglich ist, gefrorenes Rindfleisch einzuführen, weil vorgeschrieben ist, das Fleisch in ganzen Tieren mit anhaftenden Eingeweideteilen einzuführen. Das bei Rindvieh durchzuführen, ist der Technik bisher noch nicht möglich gewesen, bisher war es nur möglich bei Hammeln. Wenn nun behauptet wird, daß in England große Quantitäten gefrorenen Fleisches eingeführt werden, so bezieht sich das lediglich auch wieder auf Kleinvieh, nicht auf Großvieh. Es ist auch bei uns aus dem schon angeführten Grunde von Einführung gefrorenen Rindfleisch ohne weiteres Abstand zu nehmen.

**Stadtv. Dr. Boge:** Ich möchte Herrn Bunge gegenüber nochmals erwähnen, was ich schon vorhin gesagt habe: Daß die Kommission wohl anerkennt, daß das Fleisch fortgesetzt teurer geworden ist, aber — auch das habe ich schon gesagt — nur dann, wenn ein vorübergehender Notstand vorhanden ist, kann doch die Stadt ein Fleischergerwerbe ausüben und dadurch das freie Gewerbe der Schlächter zweifelsohne schädigen. Da aber die Preise dauernd so hoch sind, hält es die Kommission nicht für angebracht, daß die Stadt durch einen Verkauf ihrerseits eingreifen soll. Ich möchte auch noch bemerken, daß trotz der hohen Fleischpreise, wie vom Reichsamt des Innern festgestellt ist, nach den Tageszeitungen in Braunschweig

auf den Bewohner ein Mehr von  $12\frac{3}{4}$  Kilogramm Fleisch kommt, also verzehrt wird, als auf jeden anderen Reichsdeutschen. Das zeigt, daß die Teuerung auf die Einwohner Braunschweigs keinen großen Einfluß gehabt hat.

**Stadtv. Ribbentrop:** Ich möchte nur auf eine Meinung hinweisen, die sowohl seitens des Herrn Antragstellers wie seitens der Herrn Kommissionsreferenten erwähnt wurde, und die jedenfalls nicht richtig ist. Es wurde gesagt, daß gefrorenes Fleisch sehr leicht verdirbt und für die Gesundheit sehr nachteilig wirken kann. Da möchte ich darauf hinweisen, daß der bessere Teil unserer Bevölkerung allen Ernstes zum großen Teil von gefrorenem Fleisch lebt. Das sind die gefrorenen Hasen, Gänse, Hühner, Kramsvögel und das andere Kleinzeug, welches man im Frühjahr als Braten bekommt. Das liegt in gefrorenem Zustande bei dem Händler, tagtäglich auf und friert auch wohl nachträglich wieder. Sie können beobachten, daß solche Sachen 14 Tage lang bei dem Händler liegen. So sehr schlimm kann es deshalb mit der Gefahr bei gefrorenem Fleisch nicht sein.

**Stadtv. Bunge:** Ich kann nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Kommission hier sehr für meinen Antrag gesprochen hat, für meinen ersten sowohl, wie für meinen zweiten. Ich bedaure, daß der erste Antrag schon in einer früheren Sitzung abgelehnt worden ist. Der Herr Referent führte an, daß pro Kopf in Braunschweig  $12\frac{3}{4}$  Kilogramm Fleisch mehr verzehrt wäre als in anderen deutschen Landesteilen. Er wird mir aber recht geben, wenn ich sage, daß hier in Braunschweig der Fleischexport eine große Rolle spielt, und wenn das nicht der Fall wäre, dann würde man feststellen können, daß die hiesige Bevölkerung das allertwenigste Fleisch im ganzen deutschen Reiche genießt. Ich bitte Sie, nehmen Sie heute meinen zweiten Antrag an, damit wir einmal einen Versuch mit Einführung von gefrorenem Fleische machen können. Dann werden wir sehen, wie weit die hiesige Bevölkerung damit zufrieden ist.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Die Kommission schlägt Ablehnung des Antrages 2 vor. Wer für den Kommissionsantrag ist, möge die Hand erheben. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit. (Zwischenruf.) Wird die Feststellung bezweifelt? (Wird bejaht.) Dann bitte ich, die Abstimmung zu wiederholen.

Es melden sich 11 von 24 Anwesenden, damit ist der Kommissionsantrag abgelehnt. Für den Antrag 2 des Herrn Stadtv. Bunge meldet sich die Mehrheit (14 Stadtv.).

**Stadtv. Dr. Boge:** Der Antrag 3 lautet dahin, mehrere Verkaufsstellen, besonders in den Arbeitervierteln einzurichten. Da der Magistrat sowieso schon das

Recht hatte, jederzeit den Verkauf dänischen Fleisches wieder einzurichten, und nachdem der eben beratene Antrag 2 angenommen ist, so ist die Kommission der Meinung, daß, wenn der Verkauf zweckmäßig sein soll, er auch an mehreren Stellen stattfinden muß, besonders in den Arbeitervierteln. Sollten geeignete Räume dem Magistrat nicht zur Verfügung stehen, so müßte er suchen, passende Räumlichkeiten zu diesem Zweck zu finden. Es ist ihm ja leicht, durch seine Fuhrwerke, wie er es bei den bisherigen zwei Verkaufsstellen getan hat, so auch später das Fleisch nach den verschiedenen Stellen hin- und in das Kühlhaus wieder zurückschaffen zu lassen. Die Statutentkommission gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage an.

**Stadtv. Dr. Boge:** In Nummer 4 des Antrages wird gewünscht, „daß der Magistrat den Bau des Viehhofs endlich in Angriff nimmt und schleunigst fertigstellen läßt“. Es ist bereits vor einiger Zeit eine Anfrage bezüglich des Viehhofs hier in der Versammlung gestellt und von seiten des Magistrats dahin beantwortet worden, daß zur Bestreitung der Kosten des Viehhofsbaus ein Fonds vorhanden ist, der event. zu diesem Zwecke verwandt werden kann. Es bestehen aber Zweifel, ob er rechtlich hierzu verwandt werden darf, und um diese Zweifel zu heben, hat sich der Magistrat an die Landesregierung gewandt, damit eine Änderung des Gesetzes über die Schlachthäuser herbeigeführt wird, um diese Summe, über die die Fleischerinnung auch mit zu bestimmen hat, zum Bau des Viehhofs mit zu verwenden. Die Verhandlungen schweben noch. Die Kommission ist daher der Meinung, daß zurzeit kein Grund vorliegt, diesen Antrag jetzt zu erledigen, denn wir müßten zweifelsohne zum Bau des Viehhofs sehr erhebliche Mittel haben und die Deckungsfrage für diese Mittel selbstverständlich gleichzeitig mit erledigen, was zum großen Teil überflüssig sein würde, wenn die tatsächlich vorhandenen Mittel aller Wahrscheinlichkeit nach hierzu flüssig werden. Die Kommission gibt daher anheim, zurzeit über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Verhandlungen zwischen Stadtmagistrat und Ministerium sind im wesentlichen vom Herrn Berichterstatter richtig wiedergegeben, nur in einem Punkte gestatte ich mir, eine Ergänzung dazu zu geben, da der Stadtmagistrat nicht etwa das Einverständnis der Fleischerinnung zur Verwendung des ungefähr 200 000 M. betragenden Vorratsvermögens der Schlachthauskasse für nötig hält, sondern nur das trifft zu, daß dieses Einverständnis nicht vorliegt und im Magistrat selber Zweifel über die richtige Auslegung des Schlachthausgesetzes vorhanden sind. Infolgedessen ist es von uns für ratsam gehalten, eine Ergänzung des Gesetzes bei Herzoglicher Landesregierung zu beantragen. Auf das Einverständnis der Fleischer wird es vorher und nachher nicht ausschlaggebend ankommen.

**Stadtv. Bunge:** Es ist bedauerlich, daß derartiges noch dazwischen getreten ist und wir deshalb nicht zum Bau des Viehhofs schreiten können. Es wäre wohl am Platze gewesen, wenn in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit und Not durch Ausführung des Baus Arbeitsgelegenheit geschaffen wäre. Ich habe mich aber durch die Ausführungen in der Kommission überzeugen lassen, daß die Gründe des Aufschubs des Baus nicht die sind, daß der Magistrat die Sache gewissermaßen verschleppen wollte, sondern daß tatsächliche Gründe vorgebracht sind, nach denen ich auch sagen muß, daß augenblicklich nichts zu machen ist. Sobald aber die Regierung eine gesetzliche Änderung vorgenommen hat, müßten wir auch weiterkommen. Ich möchte den Magistrat ersuchen, sein Augenmerk darauf zu richten und uns dann schnellstens eine Vorlage zu unterbreiten, damit dann hier ein Viehhof, wie er in anderen Städten schon besteht, für Braunschweig geschaffen wird. Es liegt das im Interesse der gesamten Geschäftswelt, speziell des Fleischeigewerbes. Die Errichtung des Viehhofs ist überhaupt für die ganze Bevölkerung unserer Stadt von großer Wichtigkeit, denn durch die billigeren Vieheinkäufe werden nachher auch die Fleischpreise niedriger werden. Ich bitte deshalb, daß der Magistrat, sobald die Sache bei der Landesregierung erledigt ist, uns sofort eine Vorlage macht.

**Stadtv. Munte:** Da es natürlich ziemlich lange dauern wird, ehe eine solche Gesetzesänderung durch das Ministerium zustande kommt, so möchte ich in Erwägung gezogen wissen, ob es nicht anginge, daß wir anfangen, den Viehhof zu bauen, und einstweilen das Geld anderweitig beschaffen. Wenn die Landesbehörden ein solches Gesetz schaffen, dann wäre das ja für uns günstig; wenn sie nun aber nein sagen, dann haben wir vielleicht zwei Jahre gewartet und haben damit die Errichtung des Viehhofs nur verzögert.

Die Versammlung beschließt mit 16 Stimmen nach dem Antrage der Statutenkommission betreffs des Antrages 4 Übergang zur Tagesordnung.

#### 4. Prüfung der städtischen Haushaltungsrechnungen vom 1. April 1910 bis 31. März 1911.

**Stadtv. Mohr:** Der Stadtmagistrat hat der Stadtverordnetenversammlung die städtischen Haushaltsrechnungen für das Jahr vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 zur Prüfung übersandt. Im Auftrage der Finanzkommission habe ich in der üblichen Weise die Prüfung durch Stichproben vorgenommen. Diese Prüfung hat zu Erinnerungen keinen Anlaß gegeben. Ich bitte die geehrten Herren im Namen der Finanzkommission, die vom Magistrat nachgesuchte Entlastung demselben zu erteilen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage.

## 5. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße.

Stadt v. **Meyerhoff**: Es ist in Aussicht genommen, die südliche Teilstrecke der Eichthalstraße auszubauen. Zu dem Zwecke ist es nötig, daß die Stadt Teilflächen von einigen dort gelegenen Grundstücken erwirbt,

1. von dem Grundstück des Schlossers Eijenblätter und dessen Ehefrau 45 qm,
2. von dem Grundstück des Zementsteinfabrikanten Becker eine Teilfläche von 57 qm,
3. von demselben Besitzer eine andere Fläche von 16 qm,
4. von dem Grundstück des Materialwarenhändlers Hadamczik 0,1 qm.

Der Zementsteinfabrikant Becker fordert für seine beiden Flächen zu 57 und 16 qm einen Preis von 15 *M* pro Quadratmeter unter der Voraussetzung, daß für die Abtretung der übrigen Flächen nicht mehr gefordert und bewilligt wird, andernfalls fordert er ebenfalls einen sich ergebenden höheren Preis. Die an erster und letzter Stelle genannten Komparenten haben sich bereit erklärt, die zum Straßenausbau erforderlichen Flächen zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter an die Stadt zu verkaufen. Es ist deshalb mit den Eheleuten Eijenblätter wegen des Ankaufs der 45 qm ein notarieller Vertrag abgeschlossen, während ein solcher bei der Geringfügigkeit der Summe — es würde nur 1 *M* für das Zehntel Quadratmeter zur Auszahlung kommen — mit Hadamczik nicht erforderlich erscheint. Mit Rücksicht auf den bei diesen Abschlüssen bewilligten Preis und auch deshalb, weil nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung der Wert der Beckerschen Fläche auf höchstens 12 *M* pro Quadratmeter zu schätzen ist, stellt der Magistrat folgenden Antrag:

1. dem stadtseitigen Ankauf der Eijenblätterschen und Hadamczikschen Flächen zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter zuzustimmen,
2. sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen Erwerbes der beiden Beckerschen Flächen das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet wird.

Meine Herren. Es ist hier dasselbe Schauspiel zu beobachten, welches wir fast jedesmal haben, wenn Straßen ausgebaut werden sollen. Der eine Teil der Anlieger sieht die Zweckmäßigkeit des Ausbaus ein und stellt entsprechend niedrige Preise, da diese nachher in die Straßenbaukosten mit verrechnet werden, also bei hohen Preisen auch die von den Anliegern zu tragenden Straßenbaukosten sich höher stellen würden. Der andere Teil dagegen stellt solch hohe Forderungen, daß die Stadt sie nicht bewilligen kann. Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt und gibt Ihnen anheim, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung ist mit Ankauf der bezeichneten Flächen einverstanden und stimmt der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens betreffs der unter 2 und 3 genannten Flächen zu.

**Vorsitzender:** Herr Alßmann ist Referent der Statutenkommission über den auf der Tagesordnung stehenden Antrag Frede auf Einführung einer Steuer auf kinematographische Vorführungen. Es ist mir von einem Herrn aus der Versammlung mitgeteilt worden, daß Herr Alßmann plötzlich hat verreisen müssen. Da nun die Finanz- und Statutenkommission einheitlich Beschluß gefaßt hat, so möchte ich es ins Ermessen der Versammlung stellen, ob wir die Beratung über diesen Punkt aussetzen oder dennoch stattfinden lassen.

Stadtv. **Frede:** Ich bitte, den Punkt von der heutigen Tagesordnung abzu-  
setzen.

Die Mehrheit der Versammlung ist für Absetzung des Punktes von der Tagesordnung.

## 6. Beantwortung der Anfrage Locschigt wegen der Okerbrücken.

Bürgermeister **Meyer:** Auf Grund der Verhandlungen, die im Laufe des vergangenen Winters über die mißlichen Verhältnisse auf den Okerbrücken des Petri- und Wendentors im Schoße der städtischen Behörden gepflogen sind, und mit Rücksicht auf die Wünsche der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat an die Herzogliche Baudirektion das Ersuchen gerichtet, eine Verbreiterung der genannten Brücken vorzunehmen. Wir haben in unserm Anschreiben gesagt, daß wir den dringenden Wunsch hätten, daß den Brücken eine Breite von 18 m gegeben werde. Wir glaubten bei dieser Forderung der Zustimmung der Herren Stadtverordneten sicher zu sein. Die Herzogliche Baudirektion hat uns darauf mitgeteilt, daß sie mit der städtischen Bauverwaltung in Verbindung getreten und mit dieser dabei sei, Projekte aufzustellen. Sie hoffe, daß bis Oktober 1913, also bis zu dem jetzigen Monate, die Bearbeitung zu Ende geführt sein würde. Man darf nach dieser Mitteilung erwarten, daß wir in absehbarer Zeit von der Herzoglichen Baudirektion weitere Nachricht bekommen werden. Wir werden den Herren Stadtverordneten demnächst weitere Mitteilung machen.

## 7. Antrag Helle auf Instandsetzung des Bohlenbelags der Fußgängerbrücke Inselwall — Rosental.

Stadtv. **Sander:** Herr Stadtv. Helle hat beantragt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge den Bohlen-



belag der Fußgängerbrücke Injelswall—Rosental einer gründlichen Reparatur bezw. Erneuerung unterziehen lassen.“

Die Baukommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und war auch der Ansicht, daß der Belag der Brücke abgängig und eine Erneuerung bezw. eine Ergänzung notwendig sei. Sie empfiehlt deshalb der Versammlung, dem Antrage zuzustimmen.

Ich habe aber noch zu bemerken, daß in der Baukommission die Meinung laut wurde, daß es nicht richtig sei, solche kleinen Sachen wie diese vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, sondern daß sich der Antragsteller damit direkt an den betreffenden Dezernenten wenden solle, sie würden dann ohne weiteres erledigt werden. Unsere Zeit hier wäre zu kostbar, um solche kleinen Sachen zu beraten.

Stadtv. **Loeschigt:** Die letzte Bemerkung des Herrn Kollegen Sander mag in mancher Beziehung angebracht sein, aber der Umstand, daß erst durch einen Antrag hier in der Versammlung hat darauf hingewiesen werden müssen, daß die Brücke abgängig sei, beweist gerade das Gegenteil von dem, was Herr Sander wünscht. Wenn der betreffende Dezernent und seine Organe ihre Schuldigkeit tun, wenn sie die Brücke zur rechten Zeit prüfen, dann müßten sie auch zu der Überzeugung gekommen sein, daß eine Erneuerung not tut, und dann würde auch keiner von uns es für nötig halten, hier in der Versammlung darauf hinzuweisen.

Stadtv. **Sander:** Die Brücke als solche ist nicht abgängig, es ist nur der Bohlenbelag an einigen Stellen schadhast. Ich habe mir die Brücke selbst angesehen, eine Gefahr ist bisher keineswegs vorhanden. Immerhin aber ist es wünschenswert, daß die Sache erledigt wird, und in der Baukommission war man der Meinung, daß es genügt hätte, wenn der betreffende Dezernent darauf aufmerksam gemacht wäre. Der Dezernent kann doch nicht alles wissen, und seine Organe meinen vielleicht, daß der Zustand noch genügend ist, während der Dezernent vielleicht anders entschieden hätte.

Der Antrag Helle wird angenommen.

## 8. Beschaffung neuer Mäntel für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr.

Stadtv. **Loeschigt:** Die Deputation für das Feuerlöschwesen hat beim Magistrat den Antrag auf Beschaffung von 20 neuen Mänteln für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr gestellt. Zehn davon sollen sofort verwandt werden, und die anderen zehn in Reserve bleiben. Unsere Berufsfeuerwehrleute haben schon jeder einen Mantel, dessen Anschaffung länger zurückliegt, und der im Dienst, besonders

bei Arbeiten außerhalb der Wache, getragen wird; sie sollen jetzt alle auch einen zweiten Mantel zum Ausgehen bekommen. Zu dem Zweck soll die Zahl der vorhandenen neuen Mäntel durch die beantragte Anschaffung vervollständigt werden. Nun wäre es richtig gewesen, diese Position seinerzeit mit in den Haushaltsplan zu stellen, was aber von dem Herrn Branddirektor jedenfalls übersehen ist, deshalb wird jetzt gebeten, 945 *M* nachzuverwilligen. Es waren zuerst 825 *M* für Beschaffung der neuen Mäntel vorgesehen, mit Zustimmung des Magistrats soll die Summe um 120 *M* erhöht werden, um auch Achselstücke für die Mäntel zu beschaffen. Die Tragfähigkeit der Mäntel ist auf sechs Jahre festgesetzt, nach dieser Zeit geht der Mantel — aber ohne die Achselstücke — in das Eigentum desjenigen Mannes über, der ihn getragen hat. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit beraten und bittet Sie durch mich, die 945 *M* zu bewilligen und die Tragedauer der Mäntel auf sechs Jahr festzusetzen.

Dem Antrage wird zugestimmt.

### 9. Änderung und Neulegung von Gas- und Wasserhauptrohren in der Wilhelmstraße.

Stadtv. **Munte:** Es handelt sich darum, daß mit dem Umbau der Wilhelmstraße eine Auswechselung von Gas- und Wasserrohren verbunden wird, damit später, wenn die Straße fertig ist, die Straße nicht wieder aufgerissen werden muß. Im ganzen sollen hierfür 9000 *M* aus dem Reservefonds der Gas- und Wasserwerke verwilligt werden. Der Anschlag, den die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke über die Arbeiten aufgestellt hat, hat schon der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke vorgelegen und ihre Billigung gefunden. Auch die Finanzkommission hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Arbeiten ausgeführt werden, und empfiehlt Ihnen, dem Vorschlage des Magistrats gemäß die 9000 *M* zu bewilligen.

Der Ausführung der Arbeiten wird zugestimmt und die 9000 *M* verwilligt.

### 10. Antrag einer Anliegerin auf Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße zwischen Riddagshäuserweg und Kastanienallee.

Stadtv. **Niese:** Es ist ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen von der Witwe des Bauunternehmers Friedrich, der an der Ecke der Scharnhorst- und Herzogin-Elisabeth-Straße zwei Häuser (Nr. 22 und 23) aufgeführt hat. Die städtische Bauverwaltung hatte seinerzeit die Bauerlaubnis abgelehnt mit der Begründung, daß die Straße dort noch nicht befestigt sei. Nach-

träglich war Herr Friedrich aber in der Lage gewesen, den verlangten Zugang zu schaffen, weil sein Grundstück zugleich an der Scharnhorststraße liegt, und so konnte die Bauverwaltung die Genehmigung nicht mehr verweigern. Da die Herzogin-Elisabeth-Straße noch nicht ganz ausgebaut ist, so ist das Terrain an dieser Stelle noch abschüssig; das Wasser kommt bei Regenwetter von allen Seiten und sammelt sich zu Pfützen an. Die Besuchstellerin beantragt, dies städtischerseits abzuschaffen, und hat dafür geltend gemacht, daß sie Schaden dadurch erlitte, denn ihre Mieter zögen des Zustandes der Straße wegen häufig aus. Sie habe deswegen auch schon Steuerermäßigung beim Magistrat beantragt, sei aber von ihm abschlägig beschieden worden. Zu gleicher Zeit wünscht sie, daß die erste Reihe der Bäume weggeschafft würde, wie das bei dem ausgebauten Teile der Straße geschehen sei. Wir haben hier wohl den Ausbau der Herzogin-Elisabeth-Straße bis zum Riddagshäuserweg beschlossen, da aber gegenwärtig der Stadt andere Aufgaben bevorstehen, es überhaupt jetzt nicht notwendig ist, neues Bauterrain zu schaffen — denn solches ist noch an anderen Stellen vorhanden —, so ist der Magistrat nicht in der Lage, uns jetzt eine Vorlage über den Ausbau der südlichen Strecke dieser Straße zu machen. Aus diesem Grunde ist nicht möglich, den Wünschen der Besuchstellerin nachzukommen. Außerdem ist sie und ihr Mann seinerzeit darauf aufmerksam gemacht, wie die Verhältnisse lagen, trotzdem haben sie gebaut. Einen Wasserfallschacht anzulegen, ist der Magistrat auch nicht in der Lage, weil jenes Grabenterrain heute noch zu Riddagshausen gehört, wie wir auch seinerzeit beim Ausbau des nördlichen Teiles der Straße Terrain zum Preise von 10 *M* von Riddagshausen haben erwerben müssen. Dazu liegt für die Stadt jetzt keine Veranlassung vor, denn es liegt kein Verschulden der Behörden vor; die Mißstände sind lediglich Sache der Besuchstellerin, die seinerzeit hat bauen wollen. Aus diesen Gründen hat die Baukommission dieses Gesuch abgelehnt. Ein gleiches Schreiben war auch an den Magistrat gelangt, der sich auch auf den Standpunkt gestellt hat, daß beim besten Willen die Stadt nicht in der Lage sei, Wandel zu schaffen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen durch mich, das Gesuch abzulehnen.

Das Gesuch wird von der Versammlung abgelehnt.

### 11. Anfrage Gundermann über Beschaffung einer gewissen Menge Radium für die hiesigen Krankenhäuser.

Die Anfrage lautet: „Hat der hiesige Stadtmagistrat schon Veranlassung genommen, dem Beispiele anderer größerer Städte folgend, sich gewisse Mengen Radiums bzw. Mesothoriums (d. h. also einige Dezigramm) für die Krankenhäuser zu kaufen oder zu sichern? Wenn dieses bis jetzt noch nicht der Fall sein sollte, wann wird er solches in die Wege leiten?“

**Vorsitzender:** Herr Gundermann hat sich nicht allein für heute, sondern auch für die nächsten Wochen entschuldigt. Falls keiner der verehrten Herren die Anfrage aufnimmt, wird sie auf längere Zeit hinausgeschoben werden müssen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich bin bereit, die Anfrage aufzunehmen.

Ich kann die Anfrage einfach damit begründen, daß es wünschenswert ist, daß die Stadt resp. der Staat in dieser Beziehung eingreifen möchte. Eine Erledigung der Anfrage ist ja gewissermaßen schon in der Weise erfolgt, daß vom Herzoglichen Krankenhause 50 Milligramm Radium bestellt sind oder sozusagen leihweise von der chemischen Fabrik Buchler erhalten wird. Damit wäre wohl der Stadt der Weg gewiesen, daß sie, wenn es möglich wäre, mit dem Herzoglichen Krankenhause in Verbindung träte, um auch unsere Kranken dort mit Radium behandeln zu lassen. Wenn das geschähe, so wäre damit, wie ich glaube, die Anfrage erledigt.

**Stadtrat von Frankenberg:** Herr Stadtv. Meyerhoff, der die Anfrage aufgenommen hat, hat ja auch schon die Freundlichkeit gehabt, einen Teil der Anfrage zu beantworten. Ich darf dem wohl noch hinzufügen: Der Magistrat hat sich inzwischen bereits mit dem leitenden Arzt des städtischen Krankenhauses, Herrn Sanitätsrat von Holwede, in Verbindung gesetzt und von ihm die Erklärung erhalten, daß es sehr wünschenswert wäre, daß dem Mangel an Radium im Herzogtum abgeholfen würde, daß aber sowohl die Leitung des Herzoglichen Krankenhauses, wie auch er es für äußerst zweckmäßig erachten, eine Hauptstelle im Herzogtum für Behandlung durch Radium einzurichten. Die Schritte dazu sind, wie die geehrten Herren aus der Tagespresse und aus den Mitteilungen des Herrn Meyerhoff entnehmen konnten, geschehen. Wir dürfen hoffen, daß in diesem Jahre noch im Herzoglichen Krankenhause diese Stelle für Radiumbehandlung eingerichtet wird. Die Arbeitsteilung, die zwischen den dortigen Ärzten und denen unseres städtischen Krankenhauses verabredet ist, wird es ermöglichen, daß die in der Stadt vorkommenden Fälle dort im Herzoglichen Krankenhause erledigt werden.

## 12. Anfrage Loeschigt über Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen.

Die Anfrage lautet: „Die Volksbäder sind Sonntags geschlossen zum Nachteil einer großen Zahl unserer Mitbürger. Ist der Magistrat in der Lage, dahin Abhilfe zu schaffen, daß einige Stunden Sonntags wieder gebadet würde?“

**Stadtv. Loeschigt:** Die Volksbäder sind seinerzeit eingerichtet, um der arbeitenden Bevölkerung billige Gelegenheit zu bieten, körperliche Reinigungen vorzunehmen. Nun gibt es einen großen Teil Arbeitnehmer, die die ganze Woche unterwegs sind, die also entweder absolut nicht oder nur sehr schwer in der Lage

sind, die Volksbäder zu benutzen, da sie nur Sonntags vormittags zum Baden gehen können. Nun sind seit einiger Zeit — ich weiß nicht, wie lange es her ist — auf Antrag der betreffenden Bademeister die Volksbäder Sonntags geschlossen. Nun mag man darüber denken, wie man will; der eine muß die ganze Woche und auch Sonntags arbeiten, der andere braucht während der ganzen Woche nicht zu arbeiten. Aber die Volksbäder sind im Interesse der Allgemeinheit angeschafft, und es wäre tief bedauerlich, wenn nicht Maßnahmen getroffen würden, um allen aus dem Volke das Baden dort zu ermöglichen. In Betracht kommen unter anderem junge Kaufleute, die wochentags auf Reisen und nur Sonntags zu Hause sind, und die auch gern die Wohltat des Volksbades in Anspruch nehmen. Wenn die Sonntagsruhe für die betreffenden Bademeister nötig ist, dann müßte event. Ersatz geschaffen werden. Ich erinnere mich, daß lange Jahre sich die Bademeister zur Anstellung gedrängt haben, sie haben doch gewußt, daß sie auch Sonntags einige Stunden arbeiten müssen, genau so, wie andere Arbeitnehmer in Betrieben, wie ich einen habe, auch Sonntags arbeiten müssen. Auch die wissen genau, daß die Sonntagsarbeit unumgänglich nötig ist. Entweder müßte also eine Ablösung eintreten, oder die Betreffenden müßten auch soundso viel an Sonntagsarbeit mit übernehmen. Im Interesse einzelner Kreise und im Interesse der Benutzung der Badeanstalt ist es jedenfalls, wenn der Magistrat nach dieser Richtung hin beeinflusst wird.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist richtig, daß bis vor wenigen Monaten die Volksbäder alltags und Sonntags geöffnet gewesen sind, aber wiederholte Wünsche der Bademeister haben dahin geführt, die Deputation zur Verwaltung der Volksbäder zu bestimmen, einen Versuch damit zu machen, die Bäder Sonntags geschlossen zu halten. Der Magistrat hat einem entsprechenden Antrage der Deputation zugestimmt. Es handelt sich einstweilen um einen Versuch. Leicht ist der Deputation der Entschluß, den Sonntag für die Benutzung auszuschalten, nicht gewesen, da ihr bekannt war, daß der Sonntag der zweitbegehrteste Tag für die Benutzung der Volksbäder ist. Der Grund für das Vorgehen liegt darin, daß die Bademeister sich wiederholt darüber beklagt haben, daß sie nie einen freien Sonntag hätten. Der Wunsch der Bademeister, den Sonntag frei zu haben, wird auch von Ihnen als berechtigt grundsätzlich anerkannt werden. Um entgegenzukommen, haben wir uns zunächst bereit erklärt, die Dienstfreiheit zu gewähren, wenn ein Vertreter gestellt würde; die Bezahlung der Stellvertreter sollte von uns erfolgen. Die Bademeister haben indessen darauf erwidert, daß sie keinen Menschen finden könnten, der sie Sonntags vertreten wolle; keiner wolle Sonntagsarbeit tun. Da haben wir nachgegeben und beschlossen, daß versuchsweise Sonntags die Volksbäder geschlossen gehalten werden sollten.

Nun hat sich während der ganzen Zeit in unserer städtischen Verwaltung noch kein Mensch gemeldet, daß er es unangenehm empfunden habe, daß die Bäder Sonntags geschlossen seien. Ich kann deshalb nicht glauben, daß wirklich eine große Zahl von Einwohnern der Stadt Braunschweig den Wunsch habe, den Sonntagsbädersdienst wieder eingeführt zu sehen, und wenn es sich nur um eine kleine Zahl handelt, dann bin ich der Ansicht, daß das Interesse der Bademeister vorgeht. Ich will hinzufügen, daß wir in Rücksicht auf den Schluß der Bäder am Sonntage die Badezeit der Sonnabende verlängert haben. Während die Volksbäder an anderen Tagen der Woche während der Mittagsstunden geschlossen sind, sind die Sonnabendmittagsstunden zum Baden freigegeben, so daß jetzt am Sonnabend von früh bis spät gebadet werden kann.

So liegen die Verhältnisse. Sollten die Herren Erfahrungen über die Wirkung der Schließung der Volksbäder am Sonntag gemacht haben, dann möchte ich bitten, sie der Verwaltung mitzuteilen. Zurzeit stehe ich auf dem Standpunkte, daß im Interesse der Bademeister der jetzige Zustand beibehalten werden solle.

Stadtv. **Stegmann** stellt den Antrag auf Besprechung der Anfrage. Es melden sich für den Antrag mehr als 9 Stadtverordnete. Dem Antrage wird demgemäß entsprochen.

Stadtv. **Stegmann**: Im Gegensatz zu Herrn Loeschigt möchte ich darum er-  
suchen, es erst einmal dabei zu belassen, wie es jetzt ist. Ich habe mich ebenfalls bei einer großen Anzahl von Arbeitern erkundigt und von ihnen das Gegenteil wie Herr Loeschigt erfahren. Sie sind zufrieden mit der gegenwärtigen Einrichtung und sind der Meinung: So gut, wie sie selber einen freien Sonntag haben wollen, ebenso gut sollen ihn auch die Bademeister haben. Es mag sein, daß ein kleiner Teil der Einwohner die Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen gern gesehen hätte. Aber wie sie sich in anderer Beziehung an den Sonntagschluß haben gewöhnen müssen, so werden sie es auch hier tun. Es kommt noch in Betracht, daß die Bademeister eine überaus lange Arbeitszeit haben, im Sommer bis gegen 10 Uhr hin. Winterher haben sie dann noch verschiedene Angelegenheiten, die der Herr Bürgermeister erwähnt hat, zu regeln, so daß man ihnen wirklich den freien Sonntag gönnen kann. Wenn keine künftigeren Gründe vorliegen, möchte ich bitten, es bei dem jetzigen Zustande zu lassen.

Stadtv. **Frede**: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Stegmann muß ich sagen, daß mir von vielen Einwohnern Wünsche geäußert sind, die in der gleichen Richtung gehen, wie von Herrn Loeschigt vorgetragen ist. Daß das Bedürfnis danach, die Volksbäder Sonntags geöffnet zu sehen, in großem Maße vorhanden ist, daran können wir nicht zweifeln, denn es gibt eine Menge Berufe, die es mit sich

bringen, daß ihre Träger am Sonnabend und auch sonst in der Woche schwer sich in eine solche Badeanstalt begeben können. Herr Bürgermeister Meyer wünscht, daß sich die Leute dann direkt an den Magistrat wenden. Das in Form eines Besuches zu tun, dazu sind die einfachen Leute nicht imstande, und wegen ihrer Beschwerde direkt zum Magistrat zu gehen, fällt den Leuten nicht ein. Dazu ist in einem Teile der Bürgerschaft der Magistrat eine viel zu große Respektsperson. Wir sind ihre Vertreter, und darum wenden sie sich an uns. Bei mir ist das erfolgt, und ich glaube den Leuten. — Nun käme es darauf an, einen Weg zu finden. Wenn gesagt wird: „Die Bademeister müssen einen freien Tag haben“, so muß ich dem zustimmen, wenngleich man auch verweisen könnte auf die Bademeister, Schwimmmeister und Badeanstaltspächter unserer Flußbadeanstalten. Die sitzen auch am Sonntag den ganzen Tag in ihrer Anstalt und beklagen sich nie. Warum? Sie haben ihren persönlichen Verdienst dabei, und ich glaube, das gibt den Weg dafür an, wie wir die Frage lösen könnten. Wenn man diesen Leuten eine entsprechende Aufbesserung gäbe, dann würden sie, wie ich meine, dem Sonntagsdienst zustimmen. Daß mit einer Vertretung ohne weiteres nicht geholfen ist, glaube ich auch, aber in der angegebenen Weise müßte ein Versuch gemacht werden. Ein Weg müßte wohl gefunden werden, die Volksbäder auch am Sonntag vormittag offen zu halten, wenn man will, daß sie das bieten, wozu sie bestimmt sind.

**Stadtv. Ribbentrop:** Wenngleich ich mich auch nicht zum Wort gemeldet habe, so will ich gern das Wort nehmen; ich beabsichtigte das sowieso zu tun. Meiner Ansicht nach ist es unbedingt erforderlich und eine dringende Notwendigkeit, daß die Volksbäder Sonntags geöffnet sind. Selbstverständlich sollen auch die Bademeister am Sonntag frei haben. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Jedenfalls müssen wir versuchen, beides zu erreichen.

**Vorsigender:** Wir haben auch diese Äußerungen dankbar entgegengenommen.

**Stadtv. Loeschigt:** Ich will nicht päpstlicher sein als der Papst und nicht mehr vertreten, als was Herr Stegmann sonst auch vertritt. Der Herr Bürgermeister sagt: Wir kommen den Badegästen an den Sonnabenden entgegen und lassen da während des ganzen Tages baden. Ich habe für diejenigen gesprochen, die Sonnabends und überhaupt in der Woche nicht abkommen können; das sind eine ganze Menge. Entgegengesetzt der Ansicht des Herrn Stegmann ist die Ansicht des Herrn Bunge, der mir gesagt hat: „Ich bin voll und ganz Ihrer Ansicht, es muß ein Stellvertreter geschaffen werden.“ Wenn wir Wohlfahrtsseinrichtungen geschaffen haben, dann sollen sie auch für alle zugänglich sein, und dann darf es nicht heißen: Auf die paar kommt es nicht an. Es genügt, wenn aus einigen Betrieben und von

jungen, reisenden Kaufleuten gesagt wird: „Warum ist das geschehen? Wir fühlen uns benachteiligt.“ Die Leute des Herrn Ribbentrop arbeiten doch am Sonntage auch! Solche, die alle Tage hier sind, können in der Woche jeden Tag baden, aber wenn Kutcher oder Handelsleute am ganzen Tage unterwegs sind, dann sind sie froh, wenn sie Sonntags das Volksbad besuchen können. Ich stehe auf dem Standpunkte: Wie es der Magistrat macht (Zwischenruf: „ist es verkehrt!“ Heiterkeit), damit diese Leute Sonntags baden können, das mag seine Sache sein; das ist meine Sorge nicht. Ich vertrete die Wünsche der Bürgerschaft, und die Ausführung muß ich den Kommissionen überlassen. Den Bademeistern will ich den freien Sonntag nicht nehmen; ich will auch nicht während des ganzen Sonntags die Badeanstalten geöffnet wissen, aber doch an einigen Stunden, damit diejenigen, die sonst benachteiligt sind, baden können. Ich meine, sie haben genau dasselbe Unrecht auf die Benützung der Volksbäder wie die Arbeiter, die nicht die ganze Woche von Braunschweig fort sind und jeden Tag in der Woche baden können.

Stadtv. **Lange:** Durch Umfrage in Arbeitnehmerkreisen habe ich festgestellt, daß kein besonderer Wunsch bestand, die Volksbäder zur Benützung am Sonntag freizugeben, und ich habe durch Einsicht in die Statistik festgestellt, daß die Bäder am Sonntag auch nur wenig besucht sind, während am meisten am Sonnabend gebadet wird. Ich halte es im Interesse der Bademeister, die eine große Arbeit zu verrichten haben, für zweckmäßig, daß ihnen der Sonntag freigegeben wird. Für wünschenswert würde ich es aber erachten, daß die Badezeiten richtig innegehalten werden. Das ist nicht der Fall. Die Volksbäder sind von 8—1 und 3—7 Uhr geöffnet. Dann wird eine halbe oder eine Viertelstunde vorher schon die Tür verschlossen, damit niemand mehr in die Bäder hineinkommen kann, weil sonst angeblich die Abfertigung schwierig zu regeln ist. Am Sonnabend kommt vielleicht um  $\frac{3}{4}$  7 Uhr noch die doppelte Zahl derer, die in einem Saß abgefertigt werden können. Das mag schwierig sein, aber es muß sich eine Regelung finden lassen. Jedenfalls darf nach meiner Ansicht die Tür nicht vor 7 Uhr geschlossen werden, und wer bis dahin kommt, muß nach Möglichkeit abgefertigt werden. Ich bitte also, dafür zu stimmen, daß mit Rücksicht auf die Überlastung der Bademeister an den Alltagen die Bäder am Sonntag geschlossen bleiben.

Stadtv. Dr. **Boge:** Es werden immer nur besondere Gruppen sein, die wochentags behindert sind zu baden. Deshalb glaube ich, wird sich ein Ausweg dadurch schaffen lassen, daß man die einzelnen Bäder abwechselnd am Sonntag offen läßt. Die betreffende Gruppe, die daran Interesse hat, kann ganz genau wissen, welches Bad offen ist, oder sie kann es leicht erfahren. Die drei Bäder, die wir haben, liegen keine 15 Minuten auseinander, und wer Interesse daran hat,



am Sonntag zu baden, kann leicht diese Viertelstunde mehr gehen. Vielleicht wird dieser Versuch einmal gemacht.

Stadtv. Dr. **Senfing**: Diese Angelegenheit hat die Deputation für die Bäder, zu der ich gehöre, eingehend beschäftigt. So leid es mir auch tut, daß denjenigen, die Herr Loeschig erwähnte, des Sonntags nicht möglich ist, ein Bad zu nehmen, möchte ich doch bitten, es vorläufig bei dem Beschlusse der Badedeputation zu belassen. Die Meinung des Herrn Frede über die besondere Bezahlung kann ich nicht teilen. Der Bademeister möchte mit seiner Familie zusammenbleiben, das ist für ihn die Hauptsache. Wenn er wirklich mit der Sonntagsarbeit ein paar Groschen mehr verdient, so ist sein Hauptzweck nicht erreicht.

Bürgermeister **Meyer**: Herr Major Ribbentrop hat gesagt: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!“ Das Wort hört man häufig, aber bisher ist uns nur von Herrn Dr. Boge ein Weg angegeben. Ob dieser Weg gangbar ist, haben wir in der Deputation bereits erwogen. Wir haben uns aber auf Grund der älteren Erfahrungen gesagt, daß es für das Publikum nicht zweckmäßig ist, die Bäder abwechselnd geschlossen zu halten. Das Publikum, welches hier in Betracht kommt, muß wissen, welches Bad am Sonntag geöffnet ist. Aber im Kopf behält das Publikum so etwas nicht, und die Zeitung liest es daraufhin nicht nach. Wenn es nach einem bestimmten Bade geht, hat es den Wunsch, dort auch baden zu können, und wenn es an der einen Stelle eine Abweisung erfährt, dann werden meiner Überzeugung nach nur wenige Personen den Weg von 25 Minuten nach dem anderen Stadtteile gehen und dort ein Bad nehmen. Wir sind uns in der Deputation einig gewesen, daß dieser Weg nicht als gangbar anzusehen ist, aber selbstverständlich läßt sich darüber noch einmal sprechen.

Den Wunsch des Herrn Lange, daß die Bäder nicht geschlossen werden sollen vor der bekanntgegebenen Zeit, muß ich als begründet anerkennen. Der Grund des vorzeitigen Schließens liegt offenbar darin, daß schon so viel Badsuchende in die Anstalt eingelassen waren, daß ein Mehr nicht möglich war, wenn die Badezeit nicht über das bestimmte Maß hinaus verlängert werden sollte. Die Bademeister sind an den Sonnabenden bis tief in die Nacht hinein mit Reinigungsarbeiten beschäftigt, und es ist deshalb erwünscht, daß die Badezeit beschränkt wird auf die Zeit, die von vornherein festgesetzt ist. Es soll wiederholt, wenn der Bademeister das Haus offen gelassen hat, um 7 Uhr ein derartiger Andrang gewesen sein, daß es nicht mehr möglich gewesen ist, die Anwesenden abzufertigen, und wenn es dann geheißen hat: „Ihr könnt nicht mehr an die Reihe kommen“, dann hat es einen derartigen Spektakel gegeben, daß die Bademeister nicht mehr Herren des Bades geblieben sind. Es hat also eine solche Maßregel immer ihre zwei Seiten. Ich

sage aber zu: Die Sache soll geprüft werden. Jetzt gleich zu sagen, ein frühzeitiger Schluß wäre unrichtig, das möchte ich ablehnen. Es könnten ja auch die Badezeiten anders festgesetzt werden.

Stadtv. Dr. **Meintnecht**: Ich bin entschieden dafür, daß den Bademeistern entgegengekommen wird, soweit es möglich ist, aber ich möchte auch, daß diejenigen, die Sonntags baden wollen, Gelegenheit dazu haben. Jetzt beklagen sich diese, obgleich sie für sich selbst recht gern die Sonntagsruhe haben wollen. Wir stehen jetzt mitten in der Bewegung, möglichst allen, denen es gewährt werden kann, die Sonntagsruhe zu sichern, und ich fürchte, auch bei dieser Bewegung spielt der Egoismus eine kleine Rolle. Um das zu erreichen, daß den Bademeistern die Sonntagsruhe gewährt wird, dabei aber den Badegästen entgegengekommen wird, glaube ich mich der Anregung des Herrn Dr. Voge anschließen zu sollen. Es wird in manchen Betrieben in ähnlicher Weise eingerichtet. Wir Ärzte haben unter uns abgemacht, daß einige von uns Sonntags immer anzutreffen sind und die übrigen die Sonntagsruhe genießen können, und auch die Apotheken sind an Sonntagnachmittagen nur in halber Zahl geöffnet. Warum sollten wir es nicht auch bei den Volksbädern so einrichten können, daß von den dreien nur eins am Sonntag offen ist? Es wird gesagt, es wäre unbequem, wenn die Leute von dem einen Bade, wenn sie es geschlossen finden, zu einem andern gehen müßten; aber dann könnten sie doch der städtischen Verwaltung keinen Vorwurf mehr machen, daß sie nicht Gelegenheit zum Baden hätten. Der Weg von einer Viertelstunde, den sie im schlimmsten Falle noch zu machen haben, wird nicht zu lang sein, wenn sie ihrem Reinlichkeitsbedürfnisse nachkommen wollen. Es kann auch ein öffentlicher Anschlag gemacht werden, in dem gesagt wird, wann die verschiedenen Bäder offen sind. Wenn Herr Lange sagt, daß nach der Statistik am Sonntag verhältnismäßig wenig Leute baden, so würde gerade diesen durch die vorgeschlagene Maßnahme genügend entgegenwürde die vorgeschlagene Maßnahme vollkommen genügen. Ich möchte bitten, der Anregung, die Herr Dr. Voge gegeben hat, nachzugeben, daß alle Sonntage eins der Volksbäder während einiger Stunden geöffnet bleibt.

Stadtv. **Steinbrecher**: Ich bitte Sie, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen, und zwar aus folgendem einfachen Grunde: Wenn dem Vorschlage stattgegeben würde, daß die Bäder am Sonntag vormittag geöffnet bleiben sollen, dann liegt die Sache so, daß der Bademeister nicht um 1 oder um 2 Uhr zu Hause ist, sondern erst um 4 Uhr nach Hause kommt, weil er nach der Badezeit erst seine Sachen wieder in Ordnung bringen muß. Herr Loeschigt führte an, daß ihm von jungen Kaufleuten Beschwerden zugegangen seien, die während der Woche auf Reisen sind. Die jungen Kaufleute wohnen aber doch meistens in Hotels, wo Badegelegenheit

gegeben ist, oder sie haben während ihrer Reise in anderen Städten Gelegenheit und Zeit, dort das Volksbad zu besuchen. Wenn es Kaufleute sind, die die Offenhaltung des Volksbades am Sonntage verlangen, so hat Herr Dr. Kleinfnecht recht: Die sollten ganz ruhig sein, denn sie machen jetzt — und mit Recht — die ganze Welt mobil, damit ihnen die Sonntagsruhe zuteil wird. Die schicken Sie nur gehörig nach Hause mit ihrer eigenen Propaganda für die Sonntagsruhe! Was den Vorschlag des Herrn Dr. Voge anbetrifft, so sind die Volksbäder mit den Apotheken nicht zu vergleichen. Der jetzige Zustand wird dazu dienen, das Publikum daran zu gewöhnen, daß es wochentags zum Baden geht. Ich gebe zu, daß vielleicht Kutscher und andere Leute nicht in der Woche abkommen können. Das liegt aber an den Arbeitgebern. Die sollten ein Einsehen haben und ihren Leuten mittags einmal Gelegenheit geben, diese hygienische Einrichtung zu benutzen. Auch wenn Herr Loeschigt Kutscher hat, kann er das tun. Geben wir eine von den drei Badeanstalten Sonntags frei, dann werden ohne weiteres verschiedene der Badegäste, die jetzt während der Woche zum Baden gehen, den Sonntag zum Baden benutzen, und die Folge wird sein, daß diese eine Badeanstalt an dem Tage überaus stark in Anspruch genommen wird. Ich bitte, auf alle Fälle den jetzigen Zustand bestehen zu lassen und den Bademeistern den freien Sonntag zu gönnen.

Was Herr Frede sagte, ist schon von Herrn Dr. Henking widerlegt worden. Es kommt nicht auf die paar Groschen an, obwohl die Leute das gut gebrauchen könnten, denn sie müssen in dumpfen Räumen sich aufhalten, in Wasserdampf und allerlei Gerüchen aushalten. Nun sollen sie auch Sonntags wieder in die Badehäuser, kommen um 3 oder um 4 Uhr nach Hause; dann erst können sie sich umziehen und in frischer Luft spazieren gehen. Das ist ein ungesunder Zustand. Geben Sie den Leuten die Sonntagsruhe!

Stadtv. **Hartung:** Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Dr. Kleinfnecht äußerte; ein Versuch müßte gemacht werden. Ich möchte deshalb die Anregung des Herrn Dr. Voge zu dem Antrage erheben, daß wir die Deputation ersuchen, die städtischen Volksbadeanstalten abwechselnd Sonntags von 8—12 Uhr offen zu halten. Ich glaube, wenn eine Gelegenheit in einer derartig beschränkten Zeit gegeben wird, dann sind die berechtigten Wünsche damit befriedigt. Daß das Bedenken, welches Herr Steinbrecher vorgetragen hat, zutreffen wird, glaube ich nicht. Nach der Statistik sind die Bäder Sonntags nicht stark besucht gewesen, so daß wir auch für später nicht zu befürchten haben, daß Sonntags ein großer Andrang stattfinden wird. Da es sich hier um Wohlfahrts Einrichtungen handelt, so müßte ein Versuch doch einmal gemacht werden.

Stadtv. **Loeschigt:** Es kommt mir so vor, als ob Herr Steinbrecher nicht verstehen will, was ich in meiner Anfrage gesagt habe. Ich habe in meiner Anfrage

an den Magistrat gewünscht, es solle ermöglicht werden, daß solche Leute, die in der Woche überhaupt nicht baden können, Sonntags Gelegenheit zum Baden haben. Meine Leute haben, wenn sie von morgens 6 bis abends 6 Uhr arbeiten, Zeit genug zum Baden, die von Herrn Lange und andere auch. Es ist von jungen Kaufleuten, von Kutschern und anderen die Rede, die absolut während der Woche verhindert sind, die dann überhaupt nicht hier sind. Denen soll geholfen werden. Es ist erwiesen, daß am Sonnabend die Badeanstalten überlastet sind. Sollte es nicht möglich sein, daß am Sonntag von 6—9 Uhr die Badeanstalten offen sind? Sie wollen das Kind mit dem Bade ausschütten, indem Sie für den Sonntag gar nichts bewilligen wollen. Ich will nicht päpstlicher sein als der Papst. Wenn Sie nicht für die Arbeiter eintreten wollen, dann mögen Sie die Konsequenzen ziehen.

Stadtv. **Niete:** Diese Konsequenzen nehme ich für mein Teil gern auf mich. Ich kann mich dem Wunsche nach Öffnung der Badeanstalten am Sonntag trotz der Begründung des Herrn Loeßigk nicht anschließen. Möge man doch auch den Bademeistern die Sonntagsruhe gewähren. Die Vorschläge, die hier gemacht sind, sind alle Palliativmittel. Überlegen Sie sich einmal: Wenn die Kutscher vom Streitberg herkommen und Sonntags die eine Badeanstalt geschlossen finden, dann haben sie nicht Zeit, 15 Minuten weiterzugehen, denn sie wünschen, sich Sonntags zu erholen. Mit dem Offenhalten nur einer Badeanstalt am Sonntag würde man Fiasko machen. Mit den Apotheken sind die Volksbäder nicht zu vergleichen. Wenn die Probe aufs Exempel gemacht würde, wie schon früher einmal, und gezählt würde, wieviel denn am Sonntag das Volksbad benutzen werden, dann würde nach kurzer Zeit hier wieder der Antrag gestellt werden, daß die vollständige Sonntagsruhe auch bei den Volksbädern beibehalten wird. Das ist schon jetzt mein Standpunkt, und eine Änderung der heutigen Ordnung würde nur ein Schlag ins Wasser sein. Ich kann mich nicht überzeugen, daß es notwendig ist, die Bademeister noch mehr zu belasten. Ich bin auch dafür, daß nicht über 7 Uhr hinaus die Türen der Volksbäder geöffnet sind, damit den Bademeistern auch am Alltag die Arbeitszeit nicht unnütz verlängert wird.

Stadtv. **Nibbentrop:** Ich verstehe, offen gestanden, den Standpunkt des Herrn Vorredners ganz und gar nicht. Wenn wir in die arbeitende Bevölkerung hineinsehen, so kann es doch nur unser Wunsch sein, nach Möglichkeit zur Reinlichkeit zu erziehen, Verhältnisse herbeizuführen, wie sie im alten Rom bestanden, wo jeder Arbeiter am Tage sein Bad nehmen konnte. Auch der Bademeister soll seine Ruhe haben, ein Stellvertreter wird sich finden, und das Geld soll dabei keine Rolle spielen. Die Volksbäder sollen am ganzen Tage der ganzen Bevölkerung geöffnet sein, damit jeder, was für die Gesundheit in erster Linie notwendig ist, zur rechten

Zeit sein Bad nehmen kann. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Hentling, daß wir die Änderung bis auf spätere Zeit aufschieben wollen, sondern daß hier sofort und für beide Seiten gleichzeitig Wandel geschaffen werden muß. Reichen die Volksbäder nicht aus, so ist es unsere Aufgabe und äußerst wichtige Pflicht, dafür zu sorgen, daß mehr Bäder geschaffen werden, um der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit zum Baden zu geben. (Beifall.) Die Verhältnisse haben sich seit der Zeit, daß Stadtrat Lange das erste Volksbad gründete, kolossal verschoben. Die Volksbäder sind anfänglich sehr wenig benutzt worden, aber im Laufe der Jahre haben sie sich zu einer absoluten Notwendigkeit ausgebildet. Ich bitte, dem zuzustimmen, daß nicht allein Sonntags, sondern auch sonst am ganzen Tage die Volksbäder offengehalten werden. Nur dann können sie ihr Ziel erreichen.

**Vorsigender:** Herr Stadtv. Hartung hat folgenden Antrag eingereicht:

„Ich beantrage, die zuständige Deputation zu ersuchen, die städtischen Badeanstalten abwechselnd Sonntags von 8—12 Uhr offen zu halten.“

Wegen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Antrages möchte ich bemerken: An die Besprechung einer Anfrage darf sich nach der bisherigen Gewohnheit der Versammlung ein Antrag nicht schließen. Die Geschäftsordnung anderer Versammlungen, z. B. der Landesversammlung, untersagen dies ausdrücklich. Ich möchte dem Herrn Stadtv. Hartung empfehlen, daß er nach Schluß der Tagesordnung seinen Antrag kurz begründet. Der geschäftsmäßige Gang wird dann sein, daß der Antrag einer Kommission überwiesen wird und später zur Erledigung kommt.

Die Besprechung der Anfrage Loeschigt ist damit beendet.

### 13. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Eulenspiegelbrunnen.

**Vorsigender:** Es liegt noch ein Antrag des Herrn Busch vor:

„Die Stadtverordneten möchten darauf hinwirken, den Magistrat zu veranlassen, den Eulenspiegelbrunnen gegen die Angriffe der Jugend in Schutz zu nehmen; es besteht die Gefahr, daß das hübsche Kunstwerk weiter beschädigt wird, und ist deshalb die Anbringung eines Gitterschutzes mittlerer Höhe zu empfehlen.“

Der Antrag ist noch mitunterzeichnet von den Herren Edhardt, Friede, Frede, Weichsel, Sundermann, Helle. Herr Busch fehlt heute; ist einer der Herren Mitunterzeichneten bereit, den Antrag zu begründen?

Stadtv. **Edhardt** (zur Begründung): Um den Eulenspiegelbrunnen gegen die Übergriffe der Kinder zu schützen, möchte ich den Vorschlag machen, daß man die

kleinen Steine, mit welchen der Brunnen umpflastert ist, aushebt, dafür Mutterboden einführt und Eisen um den Brunnen pflanzt. Hierdurch würden der Stadt keine großen Kosten entstehen, und der ganze Charakter des Platzes in diesem alten Stadtteile bliebe gewahrt.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

#### 14. Zusammenfassung der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung.

Stadtv. **Mohr** (namens der Finanzkommission): Wie in dem Ansprechen des Magistrats an die Stadtverordneten bereits zum Ausdruck gebracht ist, hat die bisherige Einziehungsweise der Wassergelder zu Unzuträglichkeiten geführt, sowohl für die Konsumenten als auch für das Werk selbst. Die vierteljährliche Vorauszahlung für den Mindestbedarf und die Einziehung der Wassergelder für die über den Mindestbedarf hinaus verbrauchte Wassermenge am Jahreschluß hat dahin geführt, daß z. B. im Betriebsjahr 1911/12 an Mindestbeiträgen rund 208 000 M und an Nachschüssen über 276 000 M gezahlt wurden, letztere also um 70 000 M höher waren als der vorher eingezogene Mindestbeitrag. Die finanzielle Wirkung dieser alten Einziehungsmethode war, daß die Kasse des Gas- und Wasserwerks im Laufe des Etatsjahres eine unheimliche Leere zeigte und erst am Schluß des Jahres zu Gelde kam. Durch das neue Einziehungsverfahren der vierteljährlichen Einziehung der Beträge für das tatsächlich verbrauchte Wasser wird dem bisherigen Geldmangel in ergiebiger Weise abgeholfen. Der dem gelieferten Wassermesser entsprechende Mindestverbrauch, auch wenn er nicht erreicht ist, was sich ja am Schluß des Jahres herausstellt, wird selbstredend am Jahreschluß durch Nachzahlungen voll erhoben. Der Mehr- und Minderverbrauch im allgemeinen wird sich aber im Laufe des Jahres durch die vierteljährlichen Abrechnungen ausgleichen, und zwar zugunsten unserer Konsumenten.

Das sind im großen und ganzen die finanziellen Wirkungen. — Es ist dann noch in § 6 in der Skala der Wassermesser bei der Weite von 30 mm nur ein Mindestverbrauch von 450 cbm, anstatt früherer 600 cbm, aufgeführt. Die finanzielle Wirkung nach dieser Richtung wird eine ganz unwesentliche sein; es würde sich nur um eine Differenz von einigen hundert Mark handeln.

Die Finanzkommission hat den Magistratsentwurf mit unwesentlichen Änderungen, über die der Herr Referent der Statutenkommission Vortrag halten wird, gutgeheißen und bittet Sie durch mich, dem neuen Statut Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. **Meyerhoff** (namens der Statutenkommission): Meine Herren. Es ist Ihnen allen das Aufschreiben des Magistrats und der Entwurf des Statuts zugegangen. Die einzelnen Paragraphen zu verlesen, wird nicht nötig sein (Zustimmung), ich werde nur bei den Paragraphen, wo Änderungen vorgeschlagen sind, darauf aufmerksam machen.

**Vorsitzender:** Ich bitte diejenigen Herren, die zu dem zur Beratung stehenden Paragraphen das Wort nehmen wollen, sich zu melden. Wird das Wort nicht gewünscht, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem betreffenden Paragraphen an.

### §§ 1 und 2.

Ohne Debatte.

### Zu § 3.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es liegt mir das Statut über Abgabe von Wasser aus den Städten Magdeburg, Hannover und Hamburg vor; sie gehen mit diesen Paragraphen konform.

### Zu § 4.

Stadtv. **Meyerhoff:** Hier ist als wesentlich zu bemerken, daß ein neuer Zusatz in den Paragraphen hineingekommen ist; er betrifft die Arbeiten der Privatinstallateure. Hier ist ausdrücklich gesagt, daß die Herstellung und Unterhaltung der Leitungen innerhalb des Grundstücks, 1 m hinter dem Wassermesser, Sache des Anschlußinhabers ist; er kann die Materialien und Arbeiten beschaffen, durch wen er will. Das war in dem alten Statut nicht in der Weise ausgedrückt, wie es hier geschehen ist.

### Zu § 6.

Stadtv. **Meyerhoff:** Hier findet sich die Änderung in der Stala, die schon von dem Herrn Herrn Referenten der Finanzkommission erwähnt ist. Als Mindestverbrauch gilt bei einer lichten Weite des Wassermessers von 30 mm nicht mehr wie früher 600 cbm, sondern 450 cbm. Wer im Rechnungsjahr die angegebene Wassermenge nicht voll verbraucht hat, hat dennoch die nach der Größe des gelieferten Wassermessers festgesetzte Mindestmenge zu bezahlen.

Stadtv. **Frede:** Anlässlich dieses Passus möchte ich auf eine Härte aufmerksam machen, die eintreten kann. Wenn jemand ein Haus baut, nicht sämtliche Wohnungen vermietet und den Mindestverbrauch nicht erreicht, so muß er Wasser bezahlen, das er gar nicht verbraucht hat. Es ist darüber im Grundbesitzerverein Klage geführt, und wohl nicht mit Unrecht, denn der Unterschied kann ganz erheblich

werden. Man sollte sich doch auf den Standpunkt stellen, daß nur das Wasser bezahlt wird, welches wirklich verbraucht ist. Es wird wohl geltend gemacht, die Wasseruhren, die von der Stadt geliefert werden, müßten sich verzinsen. Das wird aber später eintreten, wenn das Haus bewohnt ist. Auf Seite 5 ist auch ausdrücklich die Wasseruhr als unentgeltlich geliefert hingestellt.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Über diese Frage ist schon in früheren Jahren vielfach verhandelt, aber wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß bei Lieferung des Wassers es als geboten erscheint, ein Mindestquantum festzusetzen. Es würde sonst zu sehr mit dem Wasser gespart und ein übermäßiges Sparen mit Wasser liegt nicht im Interesse der Gesundheitspflege. Nun liegt die Sache auch insofern anders als beim Gaswerk, als wir den Wassermesser stets unentgeltlich stellen. Wenn das Statut die Möglichkeit gibt, daß jeder einen Antrag dahin stellen kann, daß sein Grundstück an die städtische Wasserleitung angeschlossen wird, so erwachsen ihm durch den Anschluß sehr geringe Unkosten. Wird nun die ganze Anlage vielleicht ein ganzes Jahr nicht benutzt, so hat die Stadt schließlich die Kosten getragen, aber keine Verzinsung dafür. Dann müßten wir wenigstens konsequenterweise die Gebühr für die Wasseruhr wieder einführen. Das haben andere Städte, wie ich in den Etats derselben gesehen habe, auch getan. Wir hielten es aber für richtig, diese Gebühr fallen zu lassen, aber an der Mindestgebühr müssen wir dann festhalten; sie ist auch reichlich niedrig bemessen. Wenn ich auch zugebe, daß solche Fälle vorkommen, wo es hart erscheint, daß die volle Mindestgebühr bezahlt werden muß, so mache ich doch darauf aufmerksam, zu welchen Weiterungen es führen würde, wenn wir den Eigentümern das Recht einräumten, je nachdem das Haus benutzt wird oder nicht, eine Ermäßigung zu fordern. Das würde meines Erachtens zu weit gehen, und ich möchte bitten, es bei dem bisherigen Zustande zu lassen.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Herrn Ratsdiener, die Herren, die hinausgegangen sind, zu veranlassen, wieder hereinzukommen: es wäre eine sehr interessante Debatte. Wir sind augenblicklich nicht beschlußfähig; mit mir sind 23 Stadtverordnete anwesend.

### **Zu §§ 8 und 9.**

**Stadtv. Meyerhoff:** Es wurde auf Antrag eines Herrn in der Kommission beschlossen, in den §§ 8 und 9 die Zahl zwei durch drei zu ersetzen, indem zwei Monate vielleicht als ein zu kurzer Zeitraum für Berechnung des Wassers, das zeitweise ohne Wassermesser geliefert ist, erscheint. Der Magistrat erklärte, daß er auch mit Festsetzung von drei Monaten für diese Berechnung einverstanden sei.



### Zu § 10.

**Stadtv. Meyerhoff:** Unter d finden Sie eine neue Vorschrift: „Der Anschlußinhaber ist verpflichtet, erforderlichenfalls auf Anordnung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke auf seine Kosten Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, beim Öffnen der Wassermesserschächte und sonstigen Standorte des Wassermessers drohende Unfälle zu verhüten.“ Es hat sich diese Ergänzung als notwendig ergeben, da schon die Direktion der Licht- und Wasserwerke schlimme Erfahrungen in der Beziehung gemacht hat.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** In § 10 ist eine kleine Änderung erforderlich. Die Bezeichnung a muß vor den Worten „den Beamten und Beauftragten der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke jederzeit“ stehen, denn diese Worte beziehen sich nur auf a, nicht mit auf b, c und d.

### §§ 11 bis 24.

Ohne weitere Besprechung.

**Vorsitzender:** Ich bitte schließlich die Herren, die dem Statut im ganzen mit den angenommenen Änderungen ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das Statut ist damit genehmigt.

### 15. Änderung des Ortsbauplans westlich der Kopfstraße.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es handelt sich um Aufhebung einiger Straßenzüge zu seiten der Maschinenfabrik von Amme, Giesecke & Konegen. Der Magistrat hat in dieser Sache folgendes Anschreiben an die Stadtverordneten gerichtet:

„Die Firma Amme, Giesecke & Konegen hat mit der Begründung, auf ihrem Grundstück Erweiterungsbauten ausführen zu wollen, um Aufhebung der projektirten Straßenzüge 520 und 311 a des Ortsbauplans gebeten. Nach der von dem Magistrat getheilten Ansicht der städtischen Bauverwaltung stehen der Berücksichtigung des Antrages Bedenken dann nicht entgegen, wenn für Ersatzstraßen in ausreichendem Maße gesorgt wird. Nach der von der Bauverwaltung vorgeschlagenen Änderung des Ortsbauplans würden zur Aufhebung gelangen die Straßenzüge 310 a, 310 b, 520, 311 a, 312 und 314, neu aufgenommen würden dagegen die Straßen 310 d, 310 c und 520 a. (Die neuen Straßen sind auf dem ausgehängten Plane rot bezeichnet, die wegfallenden dunkel schraffiert.) Auch die Kopfstraße würde auf der in Betracht kommenden Strecke eine nicht unwesentliche Verbreiterung erfahren.“

Der Magistrat hält die Lösung, soweit es sich um die Schaffung angemessener Verkehrswege handelt, für durchaus zweckmäßig; doch stehen derselben insofern Bedenken entgegen, als die Straßenzüge 310 c und 520 a nicht im Gebiet der Stadt, sondern der Gemeinde Lehdorf liegen würden. Letztere hat sich auf Anfrage zwar bereit erklärt, die Aufnahme der bezeichneten Straßenzüge in den Lehdorfer Ortsbauplan zu betreiben, doch sind dadurch die Bedenken des Magistrats nur zu einem Teile beseitigt.

Durch die nach dem Plane aufzuhebenden Straßenzüge 310 b und 520 sind der Firma Amme, Giesecke & Koenegen hinsichtlich der Bebauung ihres Grundstücks gewisse Schranken gesetzt, welche die Ausdehnung des Fabrikbetriebes auf Grundflächen des benachbarten Gemeindebezirks Lehdorf erschwerten. Nach Aufhebung der bezeichneten Straßen fallen diese Schranken fort, und es muß damit gerechnet werden, daß die genannte Firma alsbald jene, in fremder Feldmark gelegenen, von ihr zum Teil schon angekauften Flächen in ihren Betrieb einbeziehen und bebauen wird. Diese der Firma an sich zu wünschende Betriebsausdehnung hat zunächst zur Folge, daß sie nicht mehr ausschließlich in der Gemeinde Braunschweig steuerpflichtig sein wird, sie birgt auch die Gefahr in sich, daß der Schwerpunkt des Fabrikationsbetriebes vielleicht mit der Zeit ganz in die Nachbargemeinde verlegt wird. Der Magistrat würde das im Interesse der Stadt Braunschweig sehr bedauern müssen und glaubt deshalb ausreichend Grund zu haben, um eine Hinzulegung einer — durch die neu in den Ortsbauplan aufzunehmenden Straßen 310 c und 520 a bestimmten — Teilfläche der Feldmark Lehdorf zum Stadtbezirk zu betreiben.“

Der Magistrat richtet nun an uns das Ersuchen, unter grundsätzlicher Zustimmung zu der in Vorschlag gebrachten Änderung des Ortsbauplans sich mit einem entsprechenden Vorgehen gefälligst einverstanden erklären zu wollen.

Wir haben gestern in der Baukommission die Frage beraten. Die Meinung einiger Herren der Kommission ging noch weiter als der Magistratsantrag, indem gewünscht wurde, von dem Lehdorfer Gebiet noch mehr zum Stadtgebiet hinzuzunehmen. Vom Magistrat wurde jedoch einstweilen nur gewünscht, daß wir uns grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden erklären. Ich ersuche Sie namens der Baukommission, dem zuzustimmen. Wenn die Verhandlungen mit der Gemeinde Lehdorf weiter gediehen sind, können wir dann weitere Vorschläge vom Magistrat entgegennehmen.

Der Änderung des Ortsbauplans und der Stellungnahme des Magistrats in bezug auf Hinzulegung einer Teilfläche der Lehdorfer Feldmark zum Stadtgebiet wird zugestimmt.

## 16. Verlegung von Straßenbahngleisen auf der Fällersleberstraße.

**Stadtv. Sander:** Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hat dem Stadtmagistrat mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, mit der Erneuerung der Gleise in der Fällersleberstraße am 29. September zu beginnen. Die Arbeit ist also inzwischen schon im Gange. Die Gesellschaft bittet hierbei den Magistrat, zu gestatten, daß das Gleis von der Wilhelmstraße bis zum Offizierskasino etwas nach südlicher Richtung hin verschoben wird, und zwar um deswillen, weil beabsichtigt wird, dort später ein zweites Gleis zu legen. — Die Baukommission hat die Sache beraten und ist auch der Meinung, daß es wohl an der Zeit ist, eine derartige Straße, wie die Fällersleberstraße, die breit genug ist, mit zwei Gleisanlagen zu versehen. Sie empfiehlt deshalb, der Verschiebung der Gleisanlage zuzustimmen. Es wurde im allgemeinen in der Baukommission noch hervorgehoben, daß der Unterbau der Straßeneisenbahn in einem traurigen Zustande sei, und daß es wünschenswert wäre, daß möglichst bald alle Strecken einen besseren Unterbau erhielten, damit solche drastischen Ausdrücke, man führe, als wenn man in einem Kahn säße, nicht mehr angewandt werden könnten. Vom Magistrat wurde erklärt, daß die Straßenbahngesellschaft beabsichtige, alle derartigen Strecken neu zu bauen. Ich bitte nochmals im Namen der Baukommission, der Verschiebung der Gleise zuzustimmen.

**Stadtv. Niele:** Ich bedaure sehr, daß das zweite Gleis nicht jetzt gleich mit gelegt werden kann. Es erübrigt sich wohl, auf die Verschiebung der Gleise weiter einzugehen, ich möchte nur zurückkommen auf die Anspielung des Herrn Referenten über meine Äußerungen in der Kommission. Ich habe dort keineswegs übertrieben und erkläre den Unterbau der hiesigen Straßenbahn für den primitivsten, den ich je gesehen habe. Er gereicht Braunschweig nicht zur Ehre, namentlich auch nicht zur Ehre der Behörden, die nicht dafür gesorgt haben, daß er besser hergestellt ist. Bei dem Beguinenhause auf der Fällersleberstraße ist an der Stelle, wo die Schienen zusammenstoßen, eine zwei Meter lange Senkung von vielleicht fünf Zentimetern vorhanden. Da ist es heute nicht mehr richtig zu sagen „Ribbentropsche Funtenkutsche“, heute müßte man sagen „Ribbentropsche Stoßbahn“.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Herrn Redner, die persönlichen Bezüglichkeiten seinen Ausführungen fernzulassen.

**Stadtv. Niele** (fortfahrend): Wenn Sie dorthin gehen, können Sie sich von dem Zustande überzeugen. — Ferner wurde auf dem Steinweg vor vierzehn Tagen die Hälfte Schienen aufgerissen, heute ist man wieder dabei. Wie kann das anders kommen, die Schienen liegen ja auf losem Grunde. Das Wasser spült hinein, und

die Pflastersteine fliegen heraus. In kurzer Zeit muß das Pflaster drei- bis viermal aufgerissen und gerammt werden, so daß unser bestes Material dabei verhungt wird. Zement ist doch nicht teuer, und Grand ist massenhaft vorhanden, so daß man die Höhlungen mit Beton ausfüllen und die Schienen darauflegen könnte. Aber der schöne Grand wird nur mit etwas Zement schmutzig gemacht. Ich verstehe wohl etwas davon, aber ob das Verhältnis des Zements zum Grande 1 : 10 oder 1 : 20 ist, mag der Teufel herausfinden. Da wäre es Pflicht der städtischen Bauverwaltung, eine haltbare Mischung vorzuschreiben. Es ist kein erhebendes Schauspiel, wenn man sieht, wie da verfahren wird, und wer sich dafür interessiert — das sollten wir hier alle —, der muß mit dafür sorgen, daß dieser Zustand beseitigt wird. Die Straßenbahn hätte eigentlich selber ein Interesse daran, durch ihre Ingenieure für eine bessere Unterlage der Schienen zu sorgen. Denn es ist bekannt, daß Eisen in Beton sich hält, aber in losem Boden verrostet. Auf dem Bohlwege waren die Schienen nur noch so dick wie Stecknadeln, jeden Augenblick hätte ein Unglück passieren können. Wenn Sie sich auf der Fallersleberstraße den Umbau ansehen, dann werden Sie sehen, daß ich nicht übertrieben habe. An der Kreuzung der Fallersleberstraße mit dem Theaterwall ist seit 14 Tagen gebuddelt, aber weiter kommt man nicht. In anderen Städten, wo elektrische Straßenbahnen umgebaut werden, wird Tag und Nacht daran gearbeitet. Geradezu mit Frivolität geht die Gesellschaft vor und hemmt den Verkehr. Darin die Straßenbahn zu beeinflussen, hätte die Stadtverwaltung die größte Pflicht. Wenn die Forderung seinerzeit bei den Debatten, betreffend die Übernahme der Straßenbahn auf die Stadt, in die Millionen ging, dann möchte ich zu bedenken geben, daß wir altes Eisen bekommen hätten, das wir mit Gold aufgewogen hätten. Ich habe wirklich kein Interesse daran, zu übertreiben oder mich um Dinge zu kümmern, die mich nichts angehen. Ich habe mich weidlich überzeugt, ehe ich gesprochen habe. Auch die Herzogliche Baudirektion wird bezüglich der Strecke bis Wolfenbüttel zugeben, daß keineswegs genügende Sorgfalt bei Legung der Schienen getroffen ist, zum größten Teil hat man sie schon wieder aufgerissen. Wenn man sich jetzt auf der Fallersleberstraße dazu bequemt, Stein Schlag unter die Schienen zu bringen, so hätte man das früher auch tun können. Um seiner schönen Augen willen hat man Braunschweig die elektrische Straßenbahn nicht gebracht. Ich weiß nicht, ob jemand unter Ihnen ist, der Interesse daran hat, daß solche Zustände bestehen bleiben, ich will es nicht voraussetzen. Aber im Interesse der Stadt liegt es, daß Verkehrsverhältnisse geschaffen werden, die nicht eine Rodelbahn oder Berg- und Talbahn darstellen, bei der, wenn zwei auf der Plattform stehen, sie mit den Köpfen zusammen schlagen. Deswegen habe ich in der Kommission das Wort genommen zur Kritik, die meiner Überzeugung nach voll und ganz am Platze ist.

**Vorsigender:** Der Herr Vorredner hat von Frivolität der Straßenbahn gesprochen. Es steht Ihnen natürlich zu, sachliche Kritik zu üben, aber Sie, Herr Kiefe, sollten als alter Parlamentarier doch wissen, daß ein solcher Ausdruck hier nicht zulässig ist.

Stadtv. **Sander:** Die Kritik, die von Herrn Kiefe an der Straßenbahn geübt ist, ist zu einem gewissen Teile auch von den Mitgliedern der Baukommission, die in der Sitzung zugegen waren, anerkannt worden. Wir haben uns alle dahin ausgesprochen, daß der Zustand der Straßenbahn nicht genüge, und vom Magistrat ist mitgeteilt, daß die Straßenbahn im Begriff sei, neue Schienen zu legen, so daß derartige Klagen nicht weiter vorkommen würden. Wenn Herr Kiefe sagt, er hätte lieber gesehen, daß die Fallersleberstraße zweigleisig ausgebaut würde, so hätte das auch die Kommission lieber gesehen. Auch der Magistrat hat dementsprechend an die Direktion geschrieben. Es ist ihm aber geantwortet, daß die Straßenbahn dazu nicht in der Lage sei, weil das Werk, welches die Schienen liefert, so mit Aufträgen überlastet sei, daß vor Mitte Sommer nächsten Jahres nicht an eine Lieferung zu denken sei. Aus diesem Grunde wäre es unmöglich, die Straße jetzt zweigleisig auszubauen. Andererseits wäre es auch nicht möglich, die Schienen, wie sie eben sind, liegen zu lassen, da sie abgängig sind. Dieserhalb möchten wir genehmigen, daß die Gleise so angelegt werden, daß demnächst der zweigleisige Ausbau vorstatten gehen kann.

Der Verschiebung der Gleise auf der Fallersleberstraße wird zugestimmt.

## 17. Anfrage **Lauer**, betreffend Einwirkung des Magistrats zugunsten der Stadt Braunschweig bei neuen Bahnbauten.

(Wortlaut der Anfrage Seite 526.)

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Meine Herren. Aus den Mitteilungen des Herrn preussischen Eisenbahnministers geht die bemerkenswerte Tatsache hervor, daß die Absicht besteht, den Hochharz durch Nebenbahnen zu erschließen. Diese löbliche Absicht ist nach meiner Anschauung für die Stadt Braunschweig von außerordentlicher Bedeutung. Ich bin der Ansicht, daß sich die Stadt Braunschweig rechtzeitig rühren muß, um gleich von vornherein beim Entwurf der Pläne, soweit wie nur irgend möglich, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Anlage der neuen Bahnen eine solche wird, daß wir in Braunschweig eine günstige Verbindung mit ihnen konstatieren können. Es wird sich darum handeln, alles aufzubieten, um unter andern eine neue Bahnverbindung Braunschweig—Harzburg—Torfhaus—Braunlage zu bekommen. Es wird besonderer Wert darauf zu

legen sein, daß nicht etwa jene neuen Bahnen von Westen nach Osten oder umgekehrt ihren Lauf nehmen. Für das bezeichnete Bahnprojekt Harzburg—Torfhaus—Braunlage einzutreten, ist um so mehr begründet, weil auch die nördlich von Braunschweig liegenden Orte dringend eine bessere Eisenbahnverbindung nach dem Hochharz wünschen, als sie seither bestand. Weiter ist Wert darauf zu legen, daß alsdann auch die Bahnstrecke Clausthal—Osterode—Altenau—Torfhaus ausgebaut wird.

Ganz besonders dringend möchte ich davor warnen, etwa die Ansicht zu vertreten, als wenn es heute vielleicht noch zu früh wäre, sich für den Bau von Bahnen zu interessieren, die demnächst nach Jahren erst im Harz errichtet werden sollen. Derartige Projekte werden besonders zeitig verfolgt werden müssen. Gewiß hat unser rühriger Verkehrsverein sich stets gern solcher Verkehrsfragen angenommen. Ich sollte aber auch meinen, daß die Stadtvertretung Braunschweigs ein großes Interesse daran haben müsse, hier tatkräftig einzugreifen, weil dadurch dem Vorgehen ein offizieller Charakter verliehen wird und es dadurch eine größere Bedeutung empfängt. Als vor einigen Monaten das große Eisenbahnprojekt einer Vollbahn von Hamburg—Braunschweig—Harzburg—Braunlage—Nordhausen entstand, da waren es auch andere Stadtverwaltungen — ich erinnere an Erfurt, an Nordhausen —, die sofort die Sache aufgriffen und eine rege Propaganda für diese Idee zum Ausdruck brachten. Auch die Namen der Bürgermeister von Braunlage und Ellrich fehlten nicht in der Liste des damals gewählten Ausschusses. Ich möchte auch daran erinnern, welche große Gegenpropaganda vor einigen Monaten einsetzte, als jenes Projekt über den Harz bekannt wurde, insbesondere welche Gegenpropaganda von seiten Goslars betätigt wurde. Das braunschweigische Projekt sei vollständig ungeeignet, hieß es damals, dagegen wurde von hannoverscher Seite natürlich ein Bahnprojekt Goslar—Altenau—Andreasberg um so wärmer empfohlen. Alle möglichen Behörden, Stadtverwaltungen, Staatsbehörden, Handelsverbindungen hat man seinerzeit mobil gemacht, nur um das braunschweigische Projekt — wenn ich es so bezeichnen darf — zu Fall zu bringen. Es ist wohl kein Zweifel, daß der Stadtmagistrat Braunschweig in einer so wichtigen Angelegenheit, die mit einer Lebensfrage für die Zukunft unserer Stadt bedeutet, gewiß nicht abseits stehen will und wird. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß die Nebenbahnen, die jetzt gebaut werden, in späteren Jahren meistens zu Haupt- und Vollbahnen umgewandelt werden. Derjenige, der sich für die Nebenbahnen interessiert und sie erhält, hat dann natürlich auch später für alle Zukunft die Vollbahn.

Bei der Gelegenheit ist es auch vielleicht nicht unangebracht, kurz darauf hinzuweisen, daß auch etwas geschehen müßte bezüglich des Ausbaues der Eisenbahnstrecke Uzen—Braunschweig. Ich bin der Meinung, daß während des Baues des Hauptbahnhofes in Braunschweig auch die Linie Uzen—Braunschweig mit einem

zweiten Gleise hergestellt werden müßte, und daß nicht erst dann die neuen Doppelgleise gelegt werden dürfen, wenn der neue Bahnhof in Braunschweig bereits fertig dasteht. Wie nötig das ist, zeigt, daß kürzlich der Verkehrsverein in Hamburg sich an den großen Bund deutscher Verkehrsvereine gewandt hat mit dem Antrage, daß letzterer dafür eintreten möge, daß endlich eine bessere Verbindung mit Braunschweig ohne Umsteigen geschaffen werden möge.

Da nun, wie im Anfang meiner Ausführung von mir angedeutet, die löbliche Absicht des Herrn Eisenbahnministers vorliegt, neue Eisenbahnen im Harz bauen zu lassen, so dürfte es sich vielleicht empfehlen, eine Verkehrskommission zu bilden, der die Handelsvertreter, die Stadtvertretung und Stadtverordnete angehören, um gemeinsam mit dem Verkehrsverein diese wichtigen Angelegenheiten näher zu verfolgen. Ich will mit meinen Anregungen selbstverständlich dem verehrlichen Magistrat nicht vorgreifen, sondern vielmehr nur erfahren, wie er sich zu dieser wichtigen Angelegenheit stellt.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Herr Stadtv. Lauer hat gefragt, ob dem Magistrat bekannt sei, daß der preußische Eisenbahnminister sich in dem angegebenen Sinne ausgesprochen hat. Amtlich ist dem Magistrat darüber nichts bekannt geworden. Der Herr Vorsitzende des Verkehrsvereins hat mir persönlich einen Büstenabzug des Berichts, der später in der Zeitung erschienen ist, vor der Veröffentlichung zugesandt, aber der Magistrat als solcher ist nicht orientiert. Die Sache wird wohl so richtig sein, wie sie in der Zeitung mitgeteilt ist.

Daß die Aufschließung des Harzes und die Herrichtung neuer Bahnen nicht bloß für den Harz selbst, sondern auch für die Stadt Braunschweig und ihre Umgegend von größter Bedeutung ist, wird kein Mensch bestreiten. Aber, meine Herren, jetzt unsererseits in der Sache vorzugehen, wie Herr Lauer andeutete, zunächst allein, das hält der Magistrat allerdings nicht für richtig. Wir haben augenblicklich hier mit unseren Eisenbahnfragen in unmittelbarer Nähe der Stadt bezw. in unserer Stadt selbst so viel zu tun, daß wir in der That keine Neigung haben, uns um später vielleicht zur Erörterung gelangende Projekte jetzt schon zu bemühen. Es fehlt uns dazu auch das Material. So darf ich als Beispiel anführen, daß seinerzeit, als das Projekt des Ingenieurs Büttow, das der Verkehrsverein oder ein Ausschuß dem Verkehrsminister unterbreitet hat, zur Sprache kam, die städtische Bauverwaltung erklärte, mit dem Projekte könne sie sich überhaupt nicht eingehend befassen, da es ihr an Hand dieses Projekts nicht möglich sei, Nachprüfungen anzustellen.

Was ist uns sonst zu tun möglich? Daß wir, wenn es sich um die Wahl zwischen den beiden Projekten Goslar—Clausthal—Osterode und Harzburg—Torfhaus—Braunlage handelt, unsererseits ein Interesse daran haben, daß das

letztere genommen wird, ist selbstverständlich, und dafür würde der Magistrat auch, sobald sich Gelegenheit dazu bietet, eintreten. Im übrigen kann man einstweilen die weitere Förderung dieser Sache dem Ausschusse überlassen, der bisher den Bau getrieben hat, und — wie ich gelesen habe — weiter fördern will. Wird dann gewünscht, daß die Stadt seine Arbeiten unterstützen soll, so bin ich überzeugt, daß der Magistrat bereit sein wird, sich an die Stadtverordneten zu wenden, um auch Mittel dazu zu bewilligen. Aber unsererseits in der Weise vorzugehen, daß wir dem Herrn Eisenbahnminister vielleicht besondere Anträge unterbreiten, das halte ich nicht für richtig. Dazu müssen wir genaues, besser bearbeitetes Material haben, als es bisher vorgelegen hat.

Der Herr Antragsteller hat weiter die Bahn nach Ilzen ins Gespräch geführt. Selbstverständlich ist die direkte Bahnverbindung von Braunschweig nach Ilzen eine ganz erhebliche Abkürzung der Linie nach Hamburg. Aber ich glaube, nachdem wir eben erst die Zusicherung erlangt haben, daß die Bahn nach Gelle gebaut werden soll, wodurch auch eine wesentliche Abkürzung des Weges nach Hamburg herbeigeführt wird, und wofür die Stadt erhebliche Mittel aufzuwenden sich bereit erklärt hat, sollten wir erst den Bau dieser Bahn abwarten, ehe wir uns wieder an den Eisenbahnminister wenden. Man kann solche Sachen auch überstürzen, und das halte ich in diesem Falle nicht für ratsam.

Wenn Herr Lauer der Ansicht sein sollte, daß alsbald schon eine Verkehrsdeputation, die sich mit diesen Fragen befassen soll, und in die auch der Magistrat und die Stadtverordneten Mitglieder entsenden würden, gebildet werden müßte, so wird der Magistrat einem solchen Vorgehen jedenfalls zustimmen. Es würde sich dann empfehlen, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

**Vorsitzender:** Die Versammlung ist eben noch verhandlungs- und beschlußfähig. Sobald sich noch einer der Herren entfernt, wird die Versammlung nicht mehr zu verhandeln imstande sein. Ich bitte deshalb, den Saal nicht zu verlassen.

Die von Herrn Dr. **Jasper** beantragte Besprechung der Anfrage wird genügend unterstützt.

**Stadtv. Dr. Jasper:** In der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters war es zunächst befremdlich, zu vernehmen, daß gesagt wurde: Amtlich ist uns nichts bekannt geworden. Es ist das ein Standpunkt, der vom Gesichtspunkte der Bureaucratie aus wohl verständlich ist, der aber nicht immer das Richtige trifft, wenn es gilt, das Interesse unseres Gemeinwesens zu wahren. Erfreulicherweise hat die weitere Antwort des Herrn Oberbürgermeisters aber doch auch gezeigt, daß er nicht nur ein Amtsmensch ist, sondern darüber hinaus die Dinge, die unser Gemeinwesen angehen, mit einigem Interesse verfolgt hat, wenn ich auch allerdings



nicht seinen Ausführungen beipflichten kann, sondern mehr denen des Herrn Lauer zuneige, daß doch wohl nicht alles getan ist, was geschehen müßte, um auf diesem Gebiete unsere Interessen zu wahren. Der Herr Oberbürgermeister meinte namentlich, es ginge jetzt nicht an, sich um diese Frage des Nord-Südverkehrs im Interesse unserer Stadt näher zu bekümmern deshalb, weil die städtische Leitung schon übergenug mit Verkehrsfragen zu tun hätte. Ich verkenne nicht, daß speziell durch den Bahnhofsbau usw. eine ganze Summe von Arbeit den städtischen Stellen auferlegt ist. Aber das hindert doch nicht daran, die Notwendigkeit anzuerkennen, daß auch diese Fragen, die heute berührt sind, im Interesse unseres Gemeinwesens gründlich erörtert werden müssen. Wenn die Kräfte der Leitung gegenwärtig nicht ausreichen, dann muß unter Umständen für diese Sonderfrage eine besondere Kraft zur Verfügung gestellt werden. Der Herr Oberbürgermeister meint, das Eingreifen in diese Pläne könne später geschehen. Ein „Später“ bedeutet meiner Meinung nach sehr leicht ein „Zu-spät“. Das hat doch die Erörterung in der Presse gerade in diesem Nord-Südverkehr bewiesen. Kaum schien die Frage in einer Weise erörtert zu werden, wie es dem Interesse unserer Stadt am günstigsten sein würde, so wurde durch den Wettbewerb, durch die Rührigkeit der hannoverschen Städte besonders, die Sachlage nicht unerheblich verschoben. Es gilt auch auf diesem Gebiete das Wort, daß man nur durch größere Rührigkeit seine eigenen Interessen fördern kann. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen, daß diese Frage gepflegt würde durch den Ausschuß, der sich besonders des Nord-Südverkehrs Braunschweig—Harzburg—Braunlage—Nordhausen annahm. Ich habe nicht vernommen, daß gesagt wurde: In diesem Ausschuß ist Braunschweig vertreten und in ihm wirkt der Magistrat mit. Der von Erfurt, Nordhausen, Harzburg und selbst kleinerer Städte ist hineingegangen, und die schaffen mit. Wenn dabei auch unser Magistrat vertreten wäre, würde die Sachlage ganz anders zu beurteilen sein. Ich halte das für eine Unterlassung, daß nicht versucht wurde, hier Einfluß zu gewinnen und der Strömung, die unserer Stadt und Umgebung entgegensteht, offen entgegenzutreten. Später dürfte es heißen: Die Sache ist entschieden, es ist zu spät. Im übrigen hat der Herr Oberbürgermeister anerkannt, daß unsere Stadt ein großes Interesse daran hat, diese Frage gefördert und in einem uns günstigen Sinne erledigt zu sehen. Es wird bekannt sein, daß es ein Lieblingsgedanke des Kommerzienrats Jüdel war, diesen Nord-Südverkehr durchzuführen. Ich führe das an, weil das eine Stimme aus industriellen Kreisen ist — der Herr ist sehr lange Vorsitzender der Handelskammer gewesen. Es zeigt, daß also auch diese Kreise, denen Sie einige Sachkunde nicht absprechen werden, Interesse für diesen Verkehr haben, so daß auch wir uns wirklich darum bemühen sollten. Ich möchte doch den Magistrat ersuchen, es nicht zu sehr auf die lange Bank zu schieben — der Ausdruck „überstürzen“ ist hierbei nicht anzuwenden —, wenn auch noch so viel zu

tun ist, Mittel und Wege zu schaffen, damit alles rechtzeitig erledigt werden kann. Der Weg einer Verkehrsdeputation scheint mir angemessen, auch angemessen, daß die Kreise der Stadtverordneten in dieser Deputation vertreten sind.

## 18. Antrag Hartung über Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen.

(Wortlaut des Antrages Seite 554.)

Stadtv. **Hartung** (zur Begründung): Ich kann mich auf unsere heutige Debatte beziehen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß in der Tat derartige Wohlfahrtseinrichtungen, nachdem der Wunsch dafür von verschiedenen Seiten laut geworden ist, auch allen Kreisen zugänglich gemacht werden müssen. Aus diesem Gesichtspunkte würde es sich empfehlen, wenigstens den Versuch zu machen, auf dem Wege, der in meinem Antrage enthalten ist, dahin zu kommen.

Der Antrag wird aus der Versammlung genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4¼—7 Uhr.

---



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Oktober 1913.

### Tagesordnung:

1. Bewilligung von Mitteln zu den Kosten der bevorstehenden Einzugsfeierlichkeiten Seite 570
2. Beihilfe zur Wiederherstellung und buntfarbigem Bemalung alter Fachwergebäude „ 572

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Ahmann**, **Selle**, **Kleinmeyer**, Dr. **Jasper**, **Schön**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Der Magistrat teilt uns mit, daß er dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beigetreten ist: zur Errichtung eines würdigen Grabdenkmals für den auf dem Brüdern-Friedhof zur letzten Ruhe bestatteten Komponisten Heinrich Werner eine Beihilfe von 200 M zu gewähren. Hiervon ist auch dem Vorsitzenden des Denkmalausschusses, Herrn Lehrer Lüdecke, Mitteilung zugegangen.

In der gleichen Sache ist ein Schreiben der Berliner Firma Robert Martin eingegangen, in dem sie ihre Bronzegießerei und Kupfertreibanstalt empfiehlt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

## 1. Bewilligung von Mitteln zu den Kosten der bevorstehenden Einzugsfeierlichkeiten.

**Stadtv. Frühling:** Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordnetenversammlung:

„Nach dem Verlaufe der in jüngster Zeit über die Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum gepflogenen Verhandlungen ist anzunehmen, daß Seine Königliche Hoheit Prinz Ernst August von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, die Regierung in nächster Zeit antreten und mit seiner hohen Gemahlin hierher übersiedeln wird.

Wir sind überzeugt, daß die Einwohnerschaft der Residenzstadt dieses für das ganze Land hochbedeutsame Ereignis mit besonderer Freude begrüßt und halten für selbstverständlich, daß die Straßen und Plätze, die Ihre Königl. Hoheiten beim Einzuge passieren werden, und ebenso die an diesen Straßen liegenden städtischen Gebäude in angemessener Weise geschmückt werden, auch wird es sich empfehlen, am Abend des Einzugsfestes eine allgemeine Illumination zu veranstalten, die sich auch auf die städtischen Gebäude, soweit diese an öffentlichen Straßen und Plätzen liegen, zu erstrecken haben wird.

Wir haben zu diesem Zwecke ein Programm entworfen und werden dasselbe bekanntgeben, sobald seine Genehmigung durch Se. Königl. Hoheit den Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, erteilt und seitens der Herren Stadtverordneten der festlichen Veranstaltung unter Bewilligung der erforderlichen Mittel zugestimmt sein wird.

Wann der Einzug stattfinden wird, ist zurzeit noch ungewiß, voraussichtlich aber schon zu Anfang des kommenden Monats, und scheint daher geboten, daß schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden. Bei der Ungewißheit über die Art und den Umfang der Einzugsfeierlichkeiten ist es uns nicht möglich, einen genauen Kostenanschlag vorzulegen, und wir gestatten uns daher, den geehrten Herren das Ersuchen zu unterbreiten, uns einen offenen Kredit zu eröffnen, den wir der hohen Bedeutung des Ereignisses entsprechend auf 25 000 *M* bemessen möchten. Wir geben anheim, diese Summe zu Lasten des Vergnügungsfonds der städtischen Behörden verwilligen zu wollen.“

Meine Herren! Diese Vorlage ist in der Baukommission vorberaten worden. Wir sind dabei in der Baukommission bis auf eine Stimme sämtlich dem Antrage des Magistrats beigetreten und haben denselben mit Freuden begrüßt. Wir halten es, wie es auch in dem Schreiben des Magistrats ausgesprochen ist, für selbstverständlich, daß eine derartige Ausschmückung der beim Einzuge berührten Straßen und Plätze in möglichst schöner Weise ausgeführt wird, und daß ferner auch am Abend des Einzugsfestes eine allgemeine Illumination stattfindet. Über das Pro-

gramm kann ich nichts mitteilen; wir haben uns mit der Äußerung des Magistrats zu begnügen, daß hierfür die Genehmigung durch E. Königl. Hoheit den Herzog erforderlich ist, was ja auch als selbstverständlich erscheint. Zur Sache selbst habe ich weiter nichts hinzuzufügen und bitte die Herren namens der Baukommission, diesen Antrag des Magistrats genehmigen zu wollen.

**Stadtv. Kiefe:** Meine Herren! Derjenige, der in der Baukommission sich gegen die Vorlage erklärte, war meine Wenigkeit. Als Republikaner kann ich für dasjenige, was in der Vorlage gefordert wird, nicht stimmen. Ich habe im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung folgende Erklärung zu verlesen:

„Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten lehnt es ab, Mittel für den Einzug Ernst Augusts zu bewilligen. Die geplante Feier dient lediglich byzantinischen Zwecken, wozu keine städtischen Mittel aufgewendet werden sollten. Selbst in China wählt die Volksvertretung den Regenten. In Braunschweig wird das Volk zwischen den Fürstenfamilien verhandelt wie eine Ware, wird gar nicht gefragt, welche Regierungsform es für sich wünscht, und wen es zum Regenten haben will.“ (Glocke des Vorsitzenden.)

**Vorsitzender:** Darf ich bitten, aufzuhören. Herr Kiefe, Sie haben selbstverständlich das Recht, hier eine Erklärung zu verlesen, aber ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß solche Ausdrücke darin angewandt werden. Sie sagen, die geplante Feier diene lediglich byzantinischen Zwecken, und Sie begeben sich auf das staatsrechtliche Gebiet der Wahl eines Regenten. Ich bitte Sie freundlichst, von solchen Ausführungen absehen zu wollen. Nehmen Sie bitte, wie der Herr Referent, lediglich die finanzielle und technische Seite des Antrages zum Gegenstande Ihrer Ausführungen. Daran, daß Ihre Worte unzulässig sind, kann die Tatsache nichts ändern, daß die Erklärung schriftlich verfaßt ist und im Namen der unterzeichneten Herren verlesen wird.

**Stadtv. Kiefe** (fortfahrend): „Der neue Herzog wird dem Volke einfach angetroniert. Bei uns dreht sich alles um die Interessen der Fürstenfamilien, nicht um den Willen des Volkes. Mit demselben „Rechte“, mit dem der Braunschweiger Thron vererbt wird, könnten auch der Posten des Oberbürgermeisters und alle übrigen Ämter auf die Nachkommen der Amtsvorgänger vererbt werden.“

Wenn wir sozialdemokratischen Stadtverordneten auch anerkennen, daß nach dem vorsintflutlichen Erbrecht der Fürsten die Familie Cumberland schon mit dem Tode des Herzogs Wilhelm die Regierung des Herzogtums Braunschweig hätte antreten müssen, so erkennen wir als Republikaner doch nicht ein solches Vererbungs-

recht der Fürsten in bezug auf die Herrschaft über die Völker an. Noch viel weniger aber vermögen wir uns auf den Standpunkt der Nationalliberalen und jener „Nationalen“ zu stellen, die bisher die heftigsten Gegner des Regierungsantritts der Familie Cumberland im Herzogtum Braunschweig waren, und die erst jetzt ihr welfisches Herz entdeckt haben (Unruhe), nachdem Prinz Ernst August die Kaiser-tochter geheiratet hat, und erst, nachdem aus diesem Umstande heraus der Plan gefördert wurde, dem Schwiegersohn des Kaisers einen Thron zu verschaffen.

Wir sozialdemokratischen Stadtverordneten sind Gegner eines solchen Systems der Besetzung der Regierung des Landes. Daraus resultiert, daß wir die Mittel für die Einzugsfeierlichkeiten Ernst Augusts ablehnen. Wir protestieren gegen die Verwendung städtischer Mittel zu derartigen Zwecken.“

Es folgen sämtliche Unterschriften der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten.

**Vorsitzender:** Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin gesagt habe, und bitte die nachfolgenden Herren Redner, sich im Rahmen der Punkte halten zu wollen, die ich vorhin bezeichnet habe.

Es nimmt niemand weiter das Wort. Ich schließe die Beratung und bitte diejenigen Herren, die nach dem Antrage der Baukommission die Kosten bis zum Betrage von 25 000 M für die Beteiligung der Stadt bei den Einzugsfeierlichkeiten bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

## 2. Beihilfe zur Wiederherstellung und buntfarbigen Bemalung alter Fachwerkgebäude.

**Stadtv. Frühling:** Es handelt sich um die Wiederherstellung alter Fachwerkhäuser, die unsere Stadt schmücken, und die in vergangenen Zeiten verunstaltet sind durch Schädigung der Fassade und Vernagelung mit Bretterverschalungen. Glücklicherweise ist man seit einigen Jahren in erfolgreicher Weise vorgegangen, daß solche alten Gebäude, soweit sich das ermöglichen ließ, wiederhergestellt sind und die alte Bemalung aufgefrischt worden ist. Es ist das etwas, was nicht lediglich den Besitzern der Häuser überlassen werden kann, denn es dient auch öffentlichen Zwecken; die Schönheiten, die Braunschweig in sich birgt, werden dadurch in das rechte Licht gestellt, es wird der Ruf Braunschweigs gehoben und der Verkehr in der Stadt, der für die Einwohner eine wesentliche Rolle spielt, gefördert. Auf diesem Wege, der bisher unter Zustimmung der Herren Stadtverordneten begangen worden ist, soll nach der Vorlage fortgeschritten und eine Extrabewilligung vorgenommen werden.

Es handelt sich zunächst um das Haus Sonnenstraße 8, das Eckhaus der Echternstraße. Der Besitzer des Hauses ist jetzt dabei, das Haus mit einem neuen Anstrich versehen zu lassen. Dabei hat sich herausgestellt, daß, wenn die Bretterverschalungen über den Balkenköpfen entfernt werden, ein sehr schönes, altertümliches Haus wiederhergestellt werden könnte. Das Bild wird um so vorzüglicher werden, als auch das nebenstehende Fachwerkgebäude, welches noch besser erhalten ist, mit zur Erneuerung kommen soll. Nun sind aber die Konsolen, welche früher die Balkenenden unterstützten, zum großen Teil beseitigt und die Verzierungen der Balkenköpfe beschädigt. Die entstehenden Kosten von dem Hausbesitzer zu fordern, erscheint nicht gerechtfertigt, um so mehr, da die Besitzer gewillt sind, die Mehrkosten für die buntfarbige Bemalung zu tragen. Deshalb stellt der Magistrat den Antrag, die Kosten auf die Stadt zu übernehmen. Sie betragen nach der Veranschlagung der städtischen Bauverwaltung 1500 M. Die hohe Summe ist dadurch begründet, daß in früherer Zeit große Vermüstungen an dem Hause vorgenommen sind.

Die Baukommission freut sich über diesen Antrag und stimmt ihm in voller Überzeugung bei, indem sie meint, daß wir guttun, auf dem betretenen Wege möglichst beschleunigt fortzuschreiten.

Sodann liegt noch ein zweiter Antrag vor, der auf dasselbe Gebiet fällt. Er betrifft die Häuser an der Ecke der Auguststraße, wo die Jodutenstraße abzweigt: Auguststraße 11, Auguststraße 10 („Deutscher Kaiser“), Auguststraße 9 und Kuhstraße 17 (Gasthof zum braunen Bären). Das zuerst genannte Haus sollte einen schlichten Anstrich erhalten; bei Abnahme der alten Bretterverkleidung sind aber höchst wertvolle und charakteristische Schnitzereien zutage getreten. Die Mehrkosten für die Ergänzung und die buntfarbige Bemalung betragen 125 M. Für die anderen Häuser werden von den Besitzern wohl Beiträge geleistet, die aber für die Ausführung der Arbeiten nicht hinreichen, so daß hierzu seitens der Stadt 1075 M. zugeschoffen werden sollen. Im ganzen würde demnach der Stadt für die Wiederherstellung dieser Häusergruppe eine Ausgabe von 1200 M erwachsen. Es ist besonders empfehlenswert, hier die alte Bauweise wiederherzustellen und bunte Bemalung ausführen zu lassen, weil der Anblick der Häuser nicht nur von der Auguststraße selber erfolgen kann, sondern die Lage der Gebäude von weit her einen Blick auf sie gestattet. Leider müssen wir hier verhältnismäßig tief in den städtischen Säckel greifen, denn die Besitzer sind nicht in der Lage, wesentliche Mittel für den Zweck aufzubringen, doch stimmt die Baukommission auch der Bewilligung dieser 1200 M zu. Die Wiederherstellung der Häuser in alter Weise dient nicht nur den Interessen der einzelnen Besitzer, sondern sie ist für das ganze Stadtbild wünschenswert. Deshalb ist es recht und billig, einen Zuschuß zu gewähren. Es wird vorgeschlagen, die beiden Beträge zu Lasten der Luitpold-Stiftung zu bewilligen.



Zu bemerken ist noch, daß die im Voranschlage für das laufende Jahr für gleichartige Zwecke bewilligten 1500 *M* bereits verbraucht sind, namentlich zu den Häusern an der Alten Wage. Wer dafür Interesse hat — und das wird der größte Teil der Herren sein —, wird gesehen haben, daß die Verwendung in entsprechender und schöner Weise erfolgt ist. Die Baukommission beantragt durch mich, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen und die beiden Posten von 1500 und 1200 *M* zu verwilligen.

Stadtv. **Niete:** Meine Herren. Es müssen uns sämtlich die geforderten Summen etwas hoch erscheinen, aber ich möchte doch erklären: Wenn ich auf der einen Seite für byzantinische Zwecke nicht zu haben bin, so muß ich auf der anderen Seite doch hervorheben, daß ich kein Vandalen bin. Ich erkenne voll und ganz an, daß in der Erhaltung und Auffrischung alter Bauten in der Stadt Braunschweig jahrzehntelang nichts oder mindestens zu wenig getan ist. Wer Hildesheim früher gekannt hat, wo auch manch schönes Gebäude mit Farbe überstrichen oder überstrichen war, und es jetzt sieht, der wird zugeben, daß auch Braunschweig noch manche Perlen birgt, die Nürnberg und Hildesheim Konkurrenz machen könnten. Die Höhe der Forderung kann für mich kein Grund sein, mich ablehnend zu verhalten oder gegen die Bewilligung zu sprechen. Die Forderung erscheint nur deshalb in dieser Höhe, weil wir jahrzehntelang nichts dafür ausgegeben haben, höchstens hat der Verschönerungsverein aus privaten Mitteln für farbige Bemalung einer ganzen Fassade, die vielleicht 1½ Tausend Mark kostet, 50 oder 60 *M* im Höchstfalle hergegeben. Mit einer solchen Gabe war es manchem Hausbesitzer, der eine ziemliche Hypothek auf seinem Hause hatte, nicht möglich, seine Absicht auszuführen, und mit Wiederherstellung seines Hauses ein altes Kunstwerk wieder wachzurufen. Daher halte ich diese Summe nicht für zu hoch und stimme dem Antrage zu.

Die 2700 *M* werden bewilligt und die öffentliche Sitzung vom Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Dauer der Sitzung von 12.10 Uhr bis 12.35 Uhr.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 13. November 1913.

### **Tagesordnung:**

|                                                                                                                                                                                                                     |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag Frede auf Einführung einer Kinossteuer . . . . .                                                                                                                                                          | Seite 578 |
| 2. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Eulenspiegelbrunnen . . . . .                                                                                                                           | " 596     |
| 3. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuß zur Förderung des Rhein-<br>Weser-Elbe-Kanals . . . . .                                                                                                               | " 600     |
| 4. Bewilligungen für den Verkehrsverein . . . . .                                                                                                                                                                   | " 601     |
| 5. Antrag Hartung auf Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen . . . . .                                                                                                                                            | " 602     |
| 6. Anderweitige Verrechnung von Tilgungsbeträgen . . . . .                                                                                                                                                          | " 605     |
| 7. Ausbaggerung des Oberbettes unterhalb Eifenbüttels . . . . .                                                                                                                                                     | " 606     |
| 8. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in der Studienanstalt und Beschaffung von<br>Mobiliar für eine neu einzurichtende Klasse . . . . .                                                                              | " 606     |
| 9. Bericht über die städtischen Gaswerke, Wasserwerke, Neustadtmühle und Ab-<br>wässer-Pumpstation für das Jahr 1912/13 . . . . .                                                                                   | " 607     |
| 10. Änderung des Statuts Nummer 1 vom 24. März 1893 (Gebührenfreie Ein-<br>tragung in die Bürgerrolle) . . . . .                                                                                                    | " 615     |
| 11. Krankenversicherung der unständigen Arbeiter . . . . .                                                                                                                                                          | " 616     |
| 12. Herrichtung einer Warte für Beobachtungen des Himmelsgewölbes auf dem<br>Grundstück des Herzogin-Elisabeth-Pyzeums . . . . .                                                                                    | " 620     |
| 13. Ausführung von Baulichkeiten in der Turnhalle des Herzogin-Elisabeth-<br>Pyzeums, Änderung vorhandener und Beschaffung neuer Turngeräte, sowie<br>Herrichtung eines Garderobenraums für die Turnhalle . . . . . | " 621     |
| 14. Ausbau des Altstadtrings zwischen Broigemerstraße und Madamenweg . . . . .                                                                                                                                      | " 622     |
| 15. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Schillerstraße . . . . .                                                                                                                                                     | " 622     |

- |                                                                                    |           |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 16. Erwerb einer Fläche zwecks Zulegung zur Karlstraße . . . . .                   | Seite 623 |
| 17. Umbau des Fabrikgebäudes auf dem vormaligen Brunonia-Grundstücke . . .         | " 623     |
| 18. Herausgabe einer Braunschweig-Nummer durch die „Leipziger Illustrirte Zeitung“ | " 637     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Lange** und **Ribbentrop**, später erscheinen die Herren Stadtvv. **Hartung** und Dr. **Voge**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Es war in der vorigen Stadtverordnetenversammlung ein gewisser Zweifel aufgetaucht, ob die Beschlußfähigkeit der Versammlung, wenn die Zahl der Anwesenden unter 24 betrage, etwa erst angezweifelt werden müsse, oder ob bei einer geringeren Stimmenzahl als 24 auch ohne Anzweiflung die Beschlußfähigkeit vorhanden sein würde. Ich war nicht der zuerst angeführten Meinung, sondern bin der Ansicht, daß nur eine Zahl von 24 Mitgliedern der Versammlung entscheidende Beschlüsse herbeiführen kann. Dieser meiner Ansicht hat sich auch die Statutenkommission angeschlossen, und zwar auf Grund der klaren Bestimmung von § 62 der Städteordnung, die so lautet: „Um einen Beschluß fassen zu können, müssen auf vorgängige ordnungsmäßige Einladung sämtlicher Stadtverordneten zwei Drittel derselben erschienen sein.“ Der Herr Protokollführer und ich werden darauf achten, daß bei Beschlüssen tatsächlich 24 Personen zugegen sind. Ich spreche zugleich die Bitte an die beiden Herren Stimmzähler, die Herren Schön und Schmidt, aus, so freundlich sein zu wollen, mit auf das Vorhandensein der Beschlußfähigkeit der Versammlung zu achten und mich darauf aufmerksam machen zu wollen, falls ich übersehen sollte, daß nicht die genügende Anzahl von Herren anwesend sind.

Eingegangen ist eine Einladung des Braunschweiger Männer-Turn-Vereins:

„Zur Feier des 53jährigen Bestehens des Vereins findet am Sonntag, dem 23. November d. J., nachmittags 4 Uhr, in unserer Turnhalle an der Gildenstraße 11 ein Schauturnen unserer Männerabteilungen und abends 8½ Uhr in Brünings Saalbau eine Abendfeier statt. Die geehrten Herren Stadtverordneten beehren wir uns zum Besuche dieser Veranstaltungen gehoramt einzuladen.“

Wer von den geehrten Herren dazu Neigung hat, möge der Einladung Folge geben.

Sodann ist eingegangen an die Stadtverordnetenversammlung, nicht an den Magistrat, ein Schreiben von Frau Marie Bewig, und ein zweites mit annähernd

gleichem Wortlaut von der Firma Charles Bewig & Co. In beiden wird Einspruch dagegen eingelegt, daß auf dem Münzberge eine Abdeckerei errichtet werden soll. — Ich überweise diese Angelegenheit der Baukommission zur Vorberatung.

Ferner ist eingegangen an die Stadtverordnetenversammlung und an den Stadtmagistrat eine Eingabe vom Vorstande des Gewerkschaftskartells der Stadt Braunschweig, unterzeichnet August Wejemeier, mit folgendem Wortlaut:

„Das Gewerkschaftskartell Braunschweig, die Vertretung von rund 20 000 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, beantragt, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. so schnell wie möglich ein Statut auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen, durch welches die Arbeitslosenunterstützung für die Stadt Braunschweig nach dem Genter System eingeführt wird, und
2. die für die Arbeitslosenunterstützung erforderlichen Mittel bereitzustellen.“

Da ein Schreiben desselben Wortlautes an den Magistrat eingegangen ist, werden wir einstweilen, bis der Magistrat Stellung genommen hat, von einer Behandlung der Angelegenheit absehen.

Nun auf mehrfachen Wunsch an die Bürgerschaft der Stadt eine Bitte, die von dieser Stelle aus vielleicht angebracht ist und gehört werden wird. Beim Einzuge in die Residenz sind Ihre Königlichen Hoheiten der Herzog und die Herzogin von der Bevölkerung des Landes mit großem Jubel begrüßt worden. Dieselbe lebhafteste Freude und Anhänglichkeit bekundet unsere Bürgerschaft auch, wenn das Herzogspaar jetzt die neue schöne Heimat sich ansieht und Land und Leute kennen lernen will. Zuweilen beschränkt sich aber bei solchen Gelegenheiten ein Teil unserer Bürgerschaft im Drange der Gefühle nicht auf eine Anhänglichkeit im bildlichen Sinne, sondern es wird zuweilen eine solche in des Wortes ureigenster Bedeutung. So sehr nun auch meiner Meinung nach das Herzogspaar eine innige Zusammengehörigkeit zwischen Fürst und Volk würdigen mag, so ist es doch wünschenswert, daß alle Teile der Bürgerschaft diejenige Zurückhaltung beobachten, die Ihren Königlichen Hoheiten gegenüber selbstverständlich und notwendig ist. Besonders ergeht mein Mahnruf an die ebenso leicht vaterländisch begeisterte als auch lenkbare Jugend. Mögen die erziehungsberechtigten und erziehungsverpflichteten Personen das ihrige tun! Es wäre doch ganz außerordentlich zu bedauern, wenn das Herzogspaar, das im Schoße der Bürgerschaft vertrauensvoll seinen sichersten Schutz sucht und finden will, gezwungen würde, die zuversichtliche Art des Verkehrs auf unseren Straßen, über die alle Welt erstarrt ist, aufzugeben. Deshalb nochmals die Bitte: Bei aller Liebe und Verehrung keine höfische, aber höfliche Zurückhaltung! (Beifall.)

Aus der Versammlung sind eine Anzahl Anträge eingegangen. Zunächst ein Antrag von Herrn **Hartung**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat erjuchen, ihr eine Vorlage zu machen, durch welche der Custos der Vorbilderammlung der Gewerbechule, Professor Bock, im Gehalt dem Archivar und dem Museumsdirektor gleichgestellt wird.“

Der Antrag ist noch nicht genügend unterstützt. Herr Hartung wird nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, den Antrag zu begründen; ich werde dann auch die Unterstützungsfrage stellen.

Sodann ist ein genügend unterstützter Antrag, in erster Linie unterzeichnet von Herrn **Pusch**, eingegangen:

„Der Magistrat möge darauf hinwirken, eventuell seinen Einfluß geltend machen, daß der Augustplatz besser befestigt wird.“

Ferner ein genügend unterstützter Antrag, in erster Linie unterzeichnet von Herrn **Lauer**, mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen:

1. der Versammlung bald eine Vorlage zugehen zu lassen, nach der eine Verkehrsdeputation, bestehend aus Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, gebildet wird, die sich — außer der Erledigung von anderen wichtigen Verkehrs-wünschen — die Aufgabe stellt, zu erreichen, daß die neuen Normalbahnen, die der preußische Herr Eisenbahnminister demnächst im Hochharz zu bauen gedenkt, einen **vollen** Lauf erhalten, daß sie eine gute Verbindung mit der Stadt Braunschweig gewährleisten.

2. Geeignete Schritte in die Wege zu leiten, damit dieser Deputation auch Mitglieder der Handelskammer und des Verkehrsvereins angehören.“

Ebenso wie Herr Hartung werden auch die Herren Pusch und Lauer Gelegenheit haben, wenn noch genügend Zeit vorhanden ist, nach Schluß der Tagesordnung ihre Anträge zu begründen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## 1. Antrag Frede auf Einführung einer Kinosteuer.

Stadtv. **Ußmann** (namens der Statutenkommission): Am 28. August d. J. hat Herr Frede und sechs weitere Herren der Versammlung den Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen, der Einführung einer Kinosteuer näher zu treten.“ Die vereinigten Finanz- und Statutenkommissionen haben sich in einer Sitzung eingehend mit diesem Gegenstande befaßt.

Die Beantwortung dieses Antrages stützt sich in der Hauptsache auf die Begründung, die der Herr Stadtv. Frede schon in der damaligen Sitzung gab. Die Mehrheit der Herren ist der Meinung, daß das Kinotheater in der Weise, wie es heute besteht, nicht mehr zur Belehrung und Bildung dient, sondern im allgemeinen die Dramen, die aufgeführt werden, eher zur Verbildung und Entsittlichung des Volkes führen als zur Bildung und Erziehung. Die Mehrheit führte auch an, daß die Kinos heute einen so reichen Ertrag abwürfen, daß eine Extrasteuer sehr wohl gerechtfertigt erscheint. Es sei am Plage, die Kinos gewissermaßen dadurch zu erziehen, daß sie eine höhere Steuer bezahlten als die übrigen Gewerbebetriebe, und daß sie gezwungen würden, Darstellungen zu bieten, die das sind, was man von einem Theater wünscht. Es wurde auch daneben angeführt, daß die anderen Theater sehr unter dem Druck dieser Konkurrenz litten und es um deswegen schon zweckmäßig sei, die Kinos in dieser Weise zu treffen. Die Statutenkommission und Finanzkommission einigten sich dann schließlich darauf, folgenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme zu empfehlen:

„Die Stadtverordnetenversammlung hält die Einführung einer Gemeindesteuer auf gewerbmäßige kinematographische Vorstellungen für angemessen, sobald zur Deckung demnächstiger städtischer Ausgaben die Erschließung einer neuen Steuerquelle notwendig werden wird.“

Die vereinigten Kommissionen empfehlen Ihnen in ihrer großen Mehrheit Zustimmung zu diesem unter Zustimmung des Herrn Antragstellers festgelegten Antrage.

Sie gestatten mir hiernach wohl, daß ich kurz meine persönliche Meinung zu diesem Antrage sage. Ich befand mich in der Minorität in den Kommissionen und habe dort meine Meinung dahin geltend gemacht, daß ich ein prinzipieller Gegner einer solchen Steuer bin. -- Wenn darauf hingewiesen wird, welche enorme Einnahme diese Kinotheater haben, so halte ich das für keinen Grund, für sie eine besondere Steuer zu schaffen. Soweit mir bekannt ist, zahlen diese Kinos prozentual schon eine höhere Gewerbesteuer als andere Etablissements. Was in bezug auf die Bildung durch das Kinotheater angeführt wird, so wird darauf zurückgegriffen in dem Büchlein, welches uns zugegangen ist. In der Einleitung wird dargelegt, warum die Erfindung des Kinematographen eine phänomenale Errungenschaft ist, die belehrend wirken könne, dann wird aber im Laufe der Broschüre darauf hingewiesen, wie schädlich das Kinotheater wirke. Sie werden das gelesen haben, und diese Ansicht hat auch in der Beratung der Kommissionen eine Rolle gespielt. Ich bin der Meinung, daß diese Gründe unter keinen Umständen maßgebend sein können. Wenn eine Erfindung gut und zweckmäßig ist, und sie wird von einem Teil der Gewerbetreibenden nicht richtig benutzt, so soll man deswegen sie nicht mit einer besonderen Steuer treffen. Dazu können wir nicht einmal wissen, wie hoch

diese Steuer ausfallen soll, ob es eine direkte Steuer für den Besitzer oder eine Billettsteuer werden soll, wie auch in den Kommissionen nebenbei erwähnt wurde. Zweifellos wird diese Steuer die Minderbesitzenden treffen, denn die Kinos sind nun heute einmal das Theater der Minderbemittelten geworden. Wenn diese Kine-theater die Möglichkeit bieten, daß jeder zu beliebiger Zeit in das Theater hinein-kommen und die Vorstellungen in Augenschein nehmen kann, so ist das gerade eine Annehmlichkeit für das arbeitende Volk, und daher kommt es wohl, daß die Kinos zu einem großen Teile von dem arbeitenden Volke besucht werden. Dazu kommt, daß unsere Bildungsstätten am Orte ziemlich rar sind. Unser Hoftheater öffnet seine Pforten reichlich früh, so daß der Arbeiter und kleine Beamte es selten be-suchen können. Über die Auswahl der Theaterstücke will ich nicht sprechen. Der Geschmack des Publikums im großen — und das ist auch bei dem Bürgertum der Fall — dringt weniger auf klassische Sachen als auf leichte Stücke, wie Operetten usw., hin. Und doch sehen wir, daß auch die Operettentheater sich nicht halten können, daß der Saalbau an ein Kinematographentheater verpachtet werden soll, das ihn ausbauen und für seine Zwecke benutzen will. Das wird ja jeder bei dem Mangel an großen Sälen in der Stadt Braunschweig bedauern. Aber daß des-wegen der einzelne bestraft werden soll mit einer Steuer, oder daß durch eine Billettsteuer dem kleinen Mann der Besuch solcher Vorstellungen erschwert werden soll, das halte ich nicht für richtig. Ich für mein Teil könnte nicht für den Antrag der vereinigten Kommissionen stimmen.

Stadtv. **Loeschigt** (nameus der Finanzkommission): Man kann der Ansicht des Herrn Abmann in vielen Sachen vielleicht zustimmen, aber es gibt doch ebenso viel Momente, die man auch für eine Steuer anführen kann, wie sie die Resolution vorsieht, nicht bloß eine Steuer auf Kinos, sondern eine Vergnügungssteuer. Herr Abmann geht von dem Standpunkte aus, daß durch die Steuer das Publikum ge-schädigt würde. Das glaube ich nicht. Wenn die Steuer wirklich kommen sollte, dann glaube ich nicht, daß die Preise für die einzelnen Plätze erhöht werden, denn dann würde so minimal aufgelegt werden müssen, daß man überhaupt davon ab-sehen würde. Ich stelle mich mit der Kommission auf den Standpunkt des Herrn Antragstellers, daß der Kinematograph für viele Sachen, besonders für wissen-schaftliche Vorträge, eine wunderschöne Erfindung ist, aber auch Herr Abmann wird mit mir der Ansicht sein, daß das Kino manches bringt, was man nicht unterstützen sollte. Ich erinnere daran, daß Sie in der Zeitung lesen können, wenn Vorstel-lungen angekündigt werden: „Die Sumpfblume“, „Der schwarze Diamant“, und dann heißt es, groß gedruckt: „Nichts für junge Mädchen, für Kinder verboten!“ Das ist ein Anreiz für diese Kreise, wenn sie so etwas lesen, daß sie dann erst recht hingehen. Das wissen wir alle, und dazu sollen wir nicht stillschweigen. Das, was

in der Kommission für Einführung einer Kinossteuer gesprochen hat, muß auch hier von uns anerkannt werden. Ich habe dem weiter nichts hinzuzufügen und bitte, der Resolution, die Herr Hßmann verlesen hat, zuzustimmen. Wenn demnächst eine neue Steuerquelle nötig werden sollte, dann müßten auch die Kinos herangezogen werden, aber dann nicht die allein, sondern es müßte eine allgemeine Vermögenssteuernsteuer eingeführt werden.

Auf Veranlassung des Herrn V o r s i t z e n d e n verliest Herr Stadtv. L o e s c h i g k nochmals den von den Kommissionen empfohlenen Antrag.

Stadtv. **Busch:** Ich habe den Ausführungen der Herren Referenten mit Freuden entnommen, daß ein Bedürfnis für eine neue Steuer momentan nicht vorhanden ist. Wenn nun aber einmal der Fall eintreten sollte, daß ein Bedürfnis sich zeigte, dann haben wir meinem Dafürhalten nach noch Zeit genug, nach einer neuen Steuer Ausschau zu halten; jetzt schon uns dafür festzulegen, halte ich nicht für angebracht. Sodann wissen wir heute auch noch gar nicht, was für einen Ertrag die Steuer bringen wird, da erst wenig derartige Unternehmungen unterhalten werden und über den Gang und die Rentabilität kaum jemand von uns in der Lage ist, sich jetzt ein Urteil zu bilden. Was die Betrachtungen über den erzieherischen Wert der Kinos anbetrifft, so möchte ich bemerken, daß doch wohl anzuerkennen ist, daß auch das Kino erzieherisch wirkt, denn diese Theater werden besucht von allen Kreisen der Bevölkerung, selbst von den ersten Kreisen der Residenz. Auch der Herzog nahm gern Gelegenheit, diese Kunststätte zu besuchen. Meiner Ansicht nach würde eine derartige Steuer geradezu den gegenteiligen Erfolg haben, als wie er angestrebt wird, denn das Niveau der Kinos müßte unbedingt herabgedrückt werden durch die Ausgabe für die Steuer. Es würde dann vielleicht in der Tat notwendig werden, billigere Bilder zu beschaffen und damit Dinge, die weniger erfreulich sind als die Darbietungen, die in der letzten Zeit in Erscheinung getreten sind. Wenn ich auf das zurückkomme, was Herr Loeschigk anführte, so ist es richtig, daß die Anpreisungen zum Teil nicht schön sind. Aber die Herren haben vielleicht auch Gelegenheit gehabt, in einem Variététheater ein sensationelles Stück „Die blaue Maus“ zu hören. Wenn ich das Stück mit einer Kinodarbietung vergleiche, so muß ich doch letzterer entschieden den Vorzug geben, denn dort wirken feine jungen Mädchen mit. Ange deutet ist es schon, daß die Kinos sowieso schon eine ganz bedeutende Gewerbesteuer bezahlen müssen und ihre Besitzer auch zur Einkommensteuer herangezogen sind, so daß es nicht angebracht erscheint, eine neue Industrie, wie ich sie einmal bezeichnen will, von vornherein mit einer besonderen Steuer zu belasten. Kommt die Zeit, daß neue Steuern nötig sind, dann ist die Gelegenheit, nach neuen Quellen zu suchen; nicht recht aber ist es, sich jetzt schon festzulegen.



**Vorsitzender:** Ich habe folgendes zu bemerken: Der Wortlaut der Beschlußfassung der Kommissionen ist festgestellt am Tage nach der Sitzung der vereinigten Kommissionen. Es hatten die beiden Herren Referenten und der Vorsitzende der Kommissionen — zugleich hatte auch der Herr Oberbürgermeister die Liebenswürdigkeit, seine Mitwirkung zuzusagen — Auftrag, die Beschlußfassung der vereinigten Kommissionen zu formulieren. Das ist geschehen und von den Herren in dem Wortlaut, wie vorgetragen, genehmigt.

**Stadtv. Kleinknecht:** Ich erkenne an, daß das Kinotheater große Schädigungen, namentlich für die Jugend, im Gefolge hat. Sie wissen aber auch, meine Herren, daß eine Bewegung im Gange ist, welche die Kinovorstellungen für die Jugend besonders regeln will, und es ist auch dem Landtag eine Petition zugegangen, in der gebeten wird, das Gesetz so zu ändern, daß nur gewisse Vorstellungen den Kindern freigegeben sind. Man sieht daraus, daß die Kinos in gewisser Weise zum Wohl der Jugend verbessert werden können. Wenn ich nun auch nicht leugne, daß auch große Schädigungen für Erwachsene trotzdem bestehen bleiben würden, so kann ich doch nicht anerkennen, daß die Kinos diejenigen Institute und Vergnügungseinrichtungen sind, welche nur Schaden für den Besucher bringen. Die Varieté-Theater und manche andere Stellen sind gewiß ebenso schädlich wie das Kino, aber für die Varietétheateraufführungen kann eine Besserung nicht gebracht werden, während es bei den Kinos noch möglich ist. Wenn auch eine Steuer auf die Kinos gelegt werden kann, so ist es nicht richtig, sie durch eine Steuer am Bestehen zu hindern und sie zurückzudrängen, sie gewissermaßen zu bestrafen. Ich halte es vielmehr für erwünscht, daß auch andere Darbietungen, besonders die der Varieté-Theater und der Kabarets mit derselben Steuer belegt werden, wie man sie für das Kino plant, und möchte deshalb bitten, den Antrag der vereinigten Kommissionen dahin zu erweitern, daß nicht nur eine Kinsteuern, sondern eine allgemeine Vergnügungssteuer oder Billettsteuer eingeführt wird, falls — wie von der Kommission gesagt — vom Magistrat eine neue Steuerquelle für nötig erachtet wird. Auch Herr Loeschig hat ja schon von einer Vergnügungssteuer gesprochen, aber in dem Antrage der vereinigten Kommission steht davon nichts. Wenn es nötig ist, einen schriftlichen Antrag dahin zu stellen, den Antrag der Kommissionen in der Richtung zu erweitern, so bin ich dazu bereit.

Der Herr **Vorsitzende** bittet, den Antrag **schriftlich** zu stellen.

**Stadtv. Stegmann:** Ich muß sehr bedauern, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat wieder eine neue Steuer gewissermaßen auf dem Präsentierteller entgegenbringen will, noch dazu, wie Herr Kleinknecht beantragen

will, eine erweiterte Steuer auf Kinos, Varietés und dergl., und möchte meinen Standpunkt, soweit er nicht schon von Herrn Hßmann dargelegt ist, der Versammlung mitteilen. Man kann bedauern, daß die Kinos ausgeartet sind. Der Kampf gegen die Schundliteratur wird durch sie zum Teil illusorisch gemacht, indem Schundromane dramatisiert werden. Bedauern kann man das, aber man darf nicht die Kinematographenbesitzer allein dafür verantwortlich machen. Es liegt im Zuge der Zeit. Genau so wie die Theaterbesitzer immer mehr dazu übergehen, Operetten und andere leichte Darbietungen zu bringen, sind auch die Kinos gezwungen, minderwertige Filme vorzuführen, wenn sie volle Häuser haben wollen, sonst machen sie keine Geschäfte, und ihre Theater würden nicht so florieren, wie es jetzt der Fall ist.

Verschiedene Umstände haben dazu geführt, daß der Geschmack des Publikums verdorben ist. Einmal liegt es an dem Hasten unserer Zeit, an der Nervosität unserer Tage. Die große Masse der Bevölkerung, die am Tage über ins Arbeitsjoch gespannt ist, kann nach vollbrachter Tätigkeit nicht noch ernste Dinge ansehen, sie hat auch das Geld nicht dazu. Sie will leichte Erholung haben, und deshalb besucht sie die Kinematographen und andere ähnliche Vorstellungen. Zweitens ist der Geschmack des großen Publikums verdorben durch die Presse, nicht nur durch die leichte Familienpresse, sondern auch durch die sogenannte unparteiische Presse, die nichts weiter bringt als Sensationelles, und die die Oberflächlichkeit in jeder Beziehung befördert. Drittens liegt es an den hohen Preisen, die für gute Sachen gefordert werden. Wer von den Arbeitern kann denn das Hoftheater besuchen? Höchstens können die Minderbemittelten auf den „Heuboden“ gehen, im übrigen sind sie ausgeschlossen davon, solange nicht andere Preise eingeführt werden. Ganz absehen will ich von den Vorstellungen, bei denen auch eine andere Auswahl nötig wäre, aber man wird nicht davon reden können, daß das Hoftheater für die große Masse des Publikums da ist. Wenn man Abhilfe schaffen will, muß man die Art an die Wurzel des Übels legen und dafür sorgen, daß das allgemeine Kulturniveau der Bevölkerung gehoben wird. Wie man die Schundliteratur bekämpft, so müßte man auch der sogenannten unparteiischen Presse an den Leib gehen und sie nicht, wie das von hohen Stellen geschieht, noch protegieren. Wenn man von der Stadt aus noch etwas tun will, dann sollte man dafür sorgen, daß billige Vorstellungen geboten werden. Es wäre nötig, daß wir ein Stadttheater bekämen, wie es viele Städte, namentlich in Süddeutschland haben, das bei erschwinglichen Preisen auch dem großen Teile des Volkes zugänglich ist. Wenn Sie auf diesem Wege mit uns arbeiten wollten, dann wollen wir gern die Hand dazu bieten; ich glaube aber, daß für werden Sie nicht zu haben sein. Ich glaube sogar, wenn ein Stadttheater geschaffen würde, so würde es ebenso wieder wie das Hoftheater ein Privilegium der besitzenden Klassen sein. Etwas ist ja geschehen, das will ich anerkennen, dadurch,

daß Volksvorstellungen im Hoftheater eingeführt sind. Das ist aber tatsächlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein und genügt nicht für die große Masse der Bevölkerung. Es muß mehr geschehen seitens der Stadt selbst, wenn Sie diesem Übelstande, der mit durch die Kinematographentheater eingerissen ist, abhelfen wollen.

Sodann bin ich der Meinung, daß die Stadt keine Berechtigung, keinen Grund hat, moralisch auf die Bildung der Bevölkerung einzuwirken durch eine Kinematographensteuer. Woher will sie die Berechtigung dazu nehmen? Es ist nicht Aufgabe der Stadt, auf steuertechnischem Gebiet dahin zu wirken. Es mag manchem nicht recht sein, daß die Arbeiter das Kino besuchen — ich begrüße es mit Freude, denn immerhin ist es ein Beweis, daß sie sich als Menschen fühlen, daß sie nicht nur leibliche, sondern auch geistige Bedürfnisse haben und nicht in Stumpfsein dahinleben wie ein Lasttier, das von der Arbeit in den Stall an die Krippe geführt wird. (Unruhe. Klopfen des Herrn Vorsitzenden.) Ich glaube, wenn Ihnen das unangenehm ist, dann gibt es ein einfaches Mittel . . . (Unruhe. Zwischenruf des Stadtv. Abmann: Wie ein aufgezogener Phonograph geht es dort hinten los! Etwas mehr Anstand sollte man zeigen!) Man sollte dafür sorgen, daß diese geistigen Bedürfnisse mehr gefördert würden, man soll aber nicht die Lebensfreude der Arbeiter noch verkümmern. Was hat die große Masse des Volkes weiter als Arbeit vom Morgen bis zum Abend, als Kummer und Sorge, wenn man ihr ein kleines Vergnügen nicht gönnen, ihre Erholung unterbinden und besteuern will. Die große Masse des Volkes würde durch eine Kinosteuer am meisten getroffen werden. Berlin hat seit vorigem Winter eine solche Steuer eingeführt, nicht nur eine Kinosteuer, sondern eine Billettsteuer auch für Varietés, Kabarets und dergl. Der Beweis ist erbracht, wie die Steuer wirkt, dadurch, daß eine Menge Kinos eingegangen sind. Wenn ich mich recht erinnere, sollen ein Fünftel bis ein Viertel der kleinen Kinotheater eingegangen sein, und auch andere Theater leiden unter der Steuer, z. B. das bekannte Metropoltheater ist in seinem Besuche zurückgegangen, so daß nur 6 Prozent Gewinn ausbezahlt werden können gegen 20 Prozent im vorigen Jahre. Ich will selbstverständlich nicht für die Aktionäre sprechen, indem ich das bedaure, aber Sie sehen daraus, wie die Billettsteuer gewirkt hat. Ein anderes Theater in Berlin, der Wintergarten, ist dem Ruin so nahe, daß der Wirt jetzt eine Klage gegen den Magistrat wegen dieser Steuer anstrengen will. Es sind nicht die Wirte allein betroffen, wenn durch diese Steuer derartige Unternehmungen unterbunden werden, sondern auch eine große Zahl von Personen wird dadurch brotlos und liegt auf der Straße.

Ich will nicht weiter ausholen, denn eine Steuervorlage liegt ja noch nicht vor. Wenn aber gesagt wird, durch die Steuer würde man vielleicht die Kinematographenbesitzer erziehen, Besseres zu bieten, so wird das Gegenteil der Fall sein. Sie werden versuchen, sich auf irgend eine Weise zu

helfen. Sie werden entweder den vollen Betrag der Steuer auf die Billette schlagen, werden Garderobenzwang einführen oder die Gebühr dafür erhöhen, oder werden vielleicht noch minderwertigere Darbietungen bringen, um volle Häuser zu bekommen. Gerade, was man verhindern will, wird in größerem Maße geschehen, man wird noch mehr sensationelle Dramen und dgl. Zeug darbieten. Das Gegenteil von dem, was man erreichen will, wird erreicht werden. Ich finde es geradezu schöppenstedtisch, daß wir eine solche Steuer einführen wollen. Auf der einen Seite streben wir darnach, das Leben und den Verkehr in der Stadt zu heben, wir unterstützen den Verkehrsverein, der sich Mühe gibt, Fremde nach Braunschweig zu ziehen, und auf der anderen Seite unterbinden wir durch solche Maßnahmen den Verkehr. Es ist eine alte Klage, daß Braunschweig kleinstädtisch ist, man sagt: „Es ist nichts los in Braunschweig“, und hier will man das in Entwicklung Begriffene, was den Verkehr fördern könnte, in seinem Fortschreiten verbieten. Auf der einen Seite subventioniert man den Verkehrsverein, und auf der anderen Seite hemmt man den Verkehr. Das ist Schöppenstedterei, dazu können meine Freunde und ich nicht die Hand bieten.

Herr Voetschigt hat angeführt, die Anpreisungen seien nicht schön; ich mag sie auch nicht sehen. Aber manche anderen Anpreisungen sind auch nicht schön, ich erinnere z. B. an den „Welfen-Korn“ und die „Hohenzollernblume“. (Seiterkeit.) Daß man ohne weiteres über das Kino ein abschließendes Urteil fällt, ist nicht berechtigt. Ich erinnere Sie an den Mann, der bei uns allen in großer Achtung stand und noch steht, an unseren verstorbenen Vorsitzenden Hauswaldt. Er hat im Landtage erklärt, daß er ein regelmäßiger Besucher des Kinos sei. Dann können Sie doch nicht in jeder Beziehung schlecht sein.

Ich bitte, den Antrag der vereinigten Kommissionen abzulehnen. Die Annahme wäre eine Schöppenstedterei, ein Rückschritt, der das Gegenteil von einer Mittelstandspolitik ist, die von jener Seite betrieben wird, ein Schritt, der nicht zu rechtfertigen wäre. Sie wollen die kleinen schonen, und durch die Kinosteuer würden die kleinen noch mehr verschwinden. Wir haben schon gesehen, daß hier mehrere der kleinen Kinos eingegangen sind. Wenn die Kinosteuer eingeführt würde, dann würden die kleineren von den großen noch vollständig angegriffen. Diese Mittelstandspolitik machen meine Freunde und ich nicht mit.

**Vorsitzender:** Der Herr Vorredner hat geäußert: Ich finde es schöppenstedtisch, wenn wir eine solche Steuer einführen. Ferner hat er mehrfach gesagt: Es wäre Schöppenstedterei. Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß eine solche Ausdrucksweise unzulässig ist, zumal ein Kommissionsbeschluß vorliegt und auch einzelne Herren, die nicht den Kommissionen angehören, sich für den Antrag ausgesprochen haben. Im übrigen möchte ich bitten, daß die viel-

fach wiederholt vorkommende und in wenig freundlichem Sinne gemeinte Bezugnahme auf die braunschweigische Stadt Schöppenstedt in unserer Versammlung ausscheiden möchte.

**Stadtv. Sander:** Jede neue Steuervorlage — mag man eine nehmen, welche man will — bringt Unzufriedenheit in die Kreise, welche betroffen werden. Darum soll man mit neuen Steuervorschlägen nur kommen, wenn die unbedingte Notwendigkeit dazu zwingt. Daß das jetzt der Fall ist, kann keiner behaupten, denn wir haben im letzten Jahre mit einem solchen erheblichen Ueberschusse abgeschlossen, wie wir ihn niemals gehabt haben. Ubrigens muß ich zugestehen, daß der Herr Antragsteller etwas Gutes mit dieser Steuer bezweckt, aber ich fürchte, der Zweck wird mit der Steuer nicht erreicht werden. Wie wird denn die Sache ausgehen, wenn die Steuer wirklich von uns angenommen würde? Die Kinematographenbesitzer würden die Eintrittspreise erhöhen, und wie schon von Herrn Abmann ganz richtig gesagt wurde, stellt den Hauptbesuch die arbeitende Bevölkerung. Die Eintrittspreise würden nach oben abgerundet werden, und für den betreffenden Besucher würde vielleicht noch ein Plus herauskommen. Dafür bin ich nicht zu haben, auch nicht dafür, daß man nur die eine Sache herausgreift und sie mit Steuern belegt, während man andere Lustbarkeiten, Kabarets und Spezialitätentheater, frei läßt. Es ist schon angeführt, daß diese Art Vergnügungsetablissemments ganz erheblich mit Steuern belastet sind. Ich habe selbst die Ehre, in der Steuereinschätzungskommission zu sitzen, und weiß, daß die Kinematographenbesitzer die höchste Gewerbesteuer zahlen müssen, die wir haben. Sie werden also schon jetzt ziemlich hart getroffen, und das wohl auch in gerechter Weise, weil die Betriebe einen großen Umsatz zeigen. Ich bin auch überzeugt, daß der Antrag das, was er bezwecken soll, nicht zeitigen wird; das läßt sich nur durch eine ganz strenge Zensur ermöglichen. Auf die Gründe, die dafür angeführt sind, daß die Steuer erzieherisch wirken wird, will ich mich nicht weiter einlassen, aber auf die Resolution, die von den beiden Kommissionen gefaßt ist, kann ich mich nicht festlegen. Ich sage vielmehr: Wenn wir in die Lage kommen, eine neue Steuer auflegen zu müssen, so wird sich auch schon ein Weg dazu finden. Sich jetzt schon festzulegen, halte ich für verfrüht.

**Vorsitzender:** Inzwischen ist der Antrag Kleinknecht schriftlich eingegangen. Er lautet folgendermaßen: „Die Stadtverordnetenversammlung hält die Einführung einer Gemeindesteuer auf kinematographische Vorstellungen, Varietés, Kabarets und ähnliche Vorstellungen für angemessen, sobald zur Deckung demnächstiger städtischer Ausgaben die Erschließung neuer Steuerquellen notwendig werden wird.“

Ich werde nachher den zweiten Teil des Antrages besonders zur Abstimmung bringen; der erste Teil des Antrages Kleinknecht deckt sich mit der Resolution der beiden Kommissionen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Durch den Beschluß der Kommission ist etwas ganz anderes herausgekommen, als was der Antragsteller beabsichtigt hat. Soweit ich den Herrn Antragsteller verstanden habe und soweit sich andere Kreise mit der Frage beschäftigt haben, war das Grundprinzip des Antrages, die Überwucherung der Kinos zu beseitigen, und zwar solle das vielleicht möglich sein durch Einführung einer Kinsteuern. In der Kommission ist die Billettsteuer herausgekommen oder wenigstens ein Anfang dazu, und Herr Dr. Kleinknecht will dazu einen Antrag stellen? Wohin treiben wir? Ich kann Herrn Abmann und seinen Parteigenossen nicht zubilligen, daß ihre Ansicht richtig ist, das Kino sei eine so große Notwendigkeit für die arbeitende Klasse. Daß diese Klasse schwer von der Kinsteuern betroffen wird, mag sein; sie wird aber auch schwer betroffen, wenn eine Billettsteuer käme. Ich sage mir aber, wenn es möglich wäre, (das habe ich auch in der Kommission gesagt), die Kinos, die sich mit wissenschaftlichen Vorführungen beschäftigen, von der Kinsteuern zu befreien, so wäre das zu begrüßen. Ich habe neulich, wie auch mehrere andere Herren von uns, eine Einladung bekommen zu einer Vorführung, die einen solchen Charakter hatte, und kann der Freilassung solcher Vorführungen nur zustimmen. Jedenfalls wäre es richtig, daß wir heute den Antrag zur erneuten Beratung an die Kommission zurückverweisen, damit sie eine Möglichkeit suche, die Vorstellungen, die rein technischen, volksbelehrenden Charakter haben, von der Steuer freizulassen, während diejenigen, die Sensation bringen oder listern sind, wie die „Blaue Maus“, zu denen junge Mädchen nicht hingehen sollen, mit der vollen Schärfe einer solchen Steuer getroffen werden. Ich sehe nicht ein, daß harmlose Vergnügungen, jedes Konzert und ähnliche Sachen, mit einer Billettsteuer getroffen werden sollen. Das sind Sachen, die mit dem Kino nichts zu tun haben. Ich kann mich nicht dazu herbeilassen, heute eine Steuer zu bewilligen, von der ich nicht weiß: Hat sie auch Erfolg? Ich kann auch nicht dazu beitragen, mit offenen Händen dem Magistrat eine Steuer zu unterbreiten und zu sagen: „Da, nimm es hin!“ Wir wollen es ruhig abwarten, ob der Magistrat auf Grund der heutigen Erörterung später in der Lage ist, wenn er Geld braucht, uns mit irgend einer Vergnügungssteuer näher zu treten. Bis dahin bitte ich, die Sache ruhen zu lassen.

**Vorsitzender:** Ich möchte dem Herrn Vorredner empfehlen, seinen Antrag schriftlich einzubringen, es wäre das nichts anderes als eine Einschränkung des

Kommissionsantrages, und er müßte ungefähr so lauten: „Dagegen soll die Vorführung wissenschaftlicher kinematographischer Vorstellungen nicht besteuert werden.“ Die Zurückweisung an die Kommission ist, wie ich glaube, nicht erforderlich, denn auch der von Herrn Meyerhoff erwähnte Punkt ist bereits beraten worden.

Stadtv. **Frede:** Als dem Antragsteller sei es mir gestattet, zu den verschiedenen „kinologischen“ Ausführungen mich zu äußern. —

Herr Abmann hat konsequent gehandelt, er hat die Ausführungen, die er in der Kommission gemacht hat, auch hier wieder vorgetragen. Ich muß etwas darauf eingehen. Er sagt: „Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes“, und will es deshalb geschützt wissen. Er muß dann aber wohl annehmen, daß es das Theater im guten Sinne ist. Er nennt es auch eine Bildungsstätte. Daß dem so sei, habe ich bei Stellung meines Antrages und in der Kommission bekämpft, weitaus zum größten Prozentsatz seiner Vorführungen ist es das nicht. Es ist allerdings zuzugeben, daß Vorstellungen vorkommen, die nützlich sind, auch lezthin die Darstellungen der Einzugsfeierlichkeiten haben manchen schlechten Eindruck vermischt, aber Herr Loeßigk hat auch Aufführungen hier bekanntgegeben, die zurzeit in einigen Kinos geboten sind, und diese heben den guten Eindruck wieder auf. Ich habe ausgeführt, daß aus ethischen Momenten, aus künstlerischen, aus volkswirtschaftlichen Momenten der Besuch der Kinos verdiente, eingeschränkt zu werden, denn daß die Kinos durch eine Steuer aufgehoben würden, oder daß die Steuer erzieherisch auf die Kinoinhaber wirkt, das glaube ich nicht. Aber in der Einschränkung des Besuchs liegt schon eine gute Wirkung. Wenn das Volk seine Groschen dahin bringt und zum großen Teil schädlichen Humbug sieht, dann ist es schon nützlich, wenn eine Einschränkung des Besuches erzielt wird, und das habe ich gewünscht. Ich habe ausgeführt, daß das Volkswohl durch die Kinos, wie sie eben betrieben werden, leidet, und daß zu wünschen ist, daß die Mittel, die durch die Steuer aufgebracht werden, wieder zur Volkswohlfahrt verwendet werden. Wenn Herr Sander meint, daß wir eben kein Bedürfnis dafür haben, so vergißt er, glaube ich, daß wir seit Jahren ein öffentliches Volksbad wünschen, daß die Fortbildungsschule wesentlich aus Mangel an Mitteln nicht zur Perfektion gekommen ist, daß die Ausführung eines Spielplatzes im Westen aus Mangel an Geldmitteln zurückgesetzt ist. Für manche anderen kulturellen Aufgaben sind noch Mittel nötig, und so glaube ich nicht, daß diese Vorsicht, die Herr Sander üben will, angezeigt erscheint.

Ich habe mich in der Kommission auf die einzelnen in Betracht kommenden Momente näher eingelassen, und es ist wohl nicht ganz überflüssig, wenn ich auch jetzt mehr darauf eingehe, als ich es bei Stellung meines Antrages hier getan habe. Bei den sittlichen Momenten, die in Frage kommen, spielt das Sexuelle gar nicht die

Hauptrolle, sondern vielmehr das klingende Geld. Das Exzeßvolle nicht, weil tatsächlich, wie Herr Kleinknecht mit Recht anführte, die Varietés und Kabaretts sich ebenso schuldig machen wie die Kinos, ich will deshalb nicht ein spezielles Verschulden für das Kino daraus herleiten. Es ist aber durch richterliche Beamte und Staatsanwälte nachgewiesen, daß in krimineller Beziehung die Kinos sich sehr verzeßündigen. Es ist nachgewiesen, daß die Verbrecher dort geradezu Studien gemacht haben. Sie sehen, daß dadurch auch Erwachsene betroffen werden. Herr Dr. Kleinknecht führte die Schäden an, durch die die Jugend bedroht wird, und meint, daß durch besondere Gesetze das verhütet werden könnte, indem verschiedene Vorstellungen für Kinder freigegeben werden. Darauf möchte ich erwidern, daß ich das für unmöglich halte. Aus eigener Beobachtung kann ich sagen, daß den Kindern der Besuch der Vorstellungen, die nur für Erwachsene freigegeben sind, nicht verwehrt werden kann. Es braucht das Kind nur in Begleitung von sogenannten Erwachsenen hinzugehen, dann steht ihm der Besuch offen. Gehen die Kinder mit 16-, 17-Jährigen hin, die sicher der Erziehung selber noch bedürfen, dann werden sie eingelassen. Besondere Vorstellungen für Kinder einzurichten, wie Herr Kleinknecht wünscht, ist auch eine eigene Sache. Da trifft zu, was Herr Meyerhoff sagte. Ich wüßte nicht, wie die Zensur es fertig bringen sollte, die sehr leicht verwischbare Grenze zwischen rein wissenschaftlichen Vorstellungen und anderen zu ziehen.

Was das Künstlerische anbelangt, so hat Herr Stegmann darüber schon so viel gesagt, wie ich nur sagen könnte, und der erste Teil seiner Ausführungen hat mich deshalb sehr interessiert. Ich wundere mich aber, daß er nachher zu dem Ergebnis kommt, zu dem er gekommen ist. In künstlerischer Beziehung werden tatsächlich große Schäden nach zwei Richtungen hin angerichtet. Das Volk wird entwöhnt von dem Besuch der wirklich guten Vorstellungen im Theater, Konzert uhm., sein Geschmack wird total verbildet, und gute Veranstaltungen, die für die wirkliche Bildung des Volkes bestimmt sind, werden zurückgedrängt. Das ist eine bekannte Tatsache. In Mühlhausen in Thüringen besteht ein Stadttheater, das Herr Stegmann auch für Braunschweig eingerichtet zu haben wünscht. Aber dieses Theater kann sich bei der Konkurrenz der Kinos nicht halten. Man hat eine Kinotheater eingeführt und den Ertrag dem Stadttheater zugeführt, damit auf diese künstliche Weise das Theater erhalten wird. Ich glaube nicht, daß sich in künstlerischer Beziehung eine Verteidigung der Kinos irgendwie möglich machen läßt, denn es sind wirklich große Schäden, die durch das Kino hervorgerufen werden. Wenn man sagen will, wie Herr Abmann: Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes, so muß man — das habe ich vorhin schon erwähnt — das in gutem Sinne meinen, es muß wirklich eine Bildungsstätte sein, und das ist für die Kinos zu verneinen. Es werden die Dramen, die aufgeführt werden, unter keinen Umständen, und wenn es Schillerische oder Shakespearesche Dramen sind, die für



das Kino zurechtgemacht sind, imstande sein, in erzieherischer oder künstlerischer Weise zu wirken, weil das geistige Moment fehlt, das im Wort sich kundgibt. Es ist z. B. ein Film erschienen, der sämtliche Musikdramen von Wagner vereinigt. Alles wird an einem Abend geboten, aber ohne Musik. Denken Sie sich: Musikdramen ohne Musik! Was für ein Unsinn ist das! Das Publikum strömt hin, ein Klavierspieler sitzt am Instrument, und wo Wolfram von Eschenbach das Lied an den Abendstern richtet, hat der Klavierspieler das „Puppchenlied“ vorgetragen. Zu solchen Geschmacklosigkeiten kommt man da! Daß das nicht bildend, sondern eher verrohend wirkt, ist selbstverständlich.

Nun wirft man mir immer die Antwort entgegen: Die Steuer wird das nicht hintertreiben. Da komme ich auf das zurück, was ich durch die Steuer beabsichtige: sie wird den Besuch einschränken. Wenn die Preise für das Kino höher gestellt werden, dann wird sich mancher bedenken, ehe er hineingeht, ob er nicht für diesen Preis lieber eine gute Theatervorstellung besuchen soll.

Was das volkswirtschaftliche Moment anlangt, so habe ich in der Kommission, gestützt auf verbürgte Tatsachen, ausführen können, wie hoch die Dividende und der Verdienst sind, die erzielt werden, besonders bei Filmfabriken und bei den Kinos selbst — die Filmverleihinstitute stehen nicht so glänzend da. Nun wird hier gesagt: „Ich bin für keine Sondersteuer zu haben!“ Ich habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß Herr Abmann und seine Freunde für eine Sondersteuer, für die Wertzuwachssteuer, gewesen sind. Sie haben argumentiert: Die Werte, die die Allgemeinheit schafft, sollen nicht in die Taschen einzelner fließen. Es werden aber hier durch unaufrichtige Reklamen, durch die Warenhausbilder, die Grobchen aus den Taschen des Volkes gelockt, und wenn die Bemerkung dabeisteht: „Für junge Mädchen verboten“, so kann man sehen, daß gerade diese Vorstellungen fast lediglich von jungen Mädchen besucht gewesen sind. Das ist ja der Zweck: es soll die Reklame durch Wort und Bild die Leute in das Kino hineinlocken, in denen Humbug geboten wird und durch die einige Wenige sich bereichern. Das ist dasselbe, was Sie bei der Wertzuwachssteuer gesagt haben: Es sollen einzelne nicht reich werden durch das, was die Allgemeinheit geschaffen hat. Sie haben die Warenhaussteuer eingeführt, und sie läßt sich verteidigen. Ich behaupte, daß die Kinos sich mehr am Volke verjüngen, als die Warenhäuser es getan haben. Solche Schädigungen in krimineller oder künstlerischer Beziehung wie die Kinos haben die Warenhäuser nicht gemacht. Es wird von den Warenhäusern gesagt, es würden die Kunden in sie hineingelockt, und die Käufer sagten dann nachher: „Wir haben ganz andere Sachen gesehen, als wir vermuten mußten“, und: „Wir haben hohe Preise bezahlt, und wenn wir die erstandenen Waren mit den Erzeugnissen eines guten Geschäftes vergleichen, dann sehen wir, daß wir über-  
teuert sind.“ Ähnlich ist es bei den Kinos der Fall. Ich bin bereit, meinen Ge-

währsmann zu nennen, der mir folgendes mitgeteilt hat: Bei dem Kino auf der Wendenstraße zeigt sich zu gewissen Vorstellungen ein besonderer Andrang, und da ist es vorgekommen, daß nicht die Eintrittspreise, die auf den Tafeln und im Anzeigenteile bekanntgemacht waren, erhoben wurden, sondern ein erheblicher Aufschlag gefordert wurde unter Bezugnahme auf den großen Andrang. Ein solches Vorgehen ist unrecht, meine Herren. Wenn wir von den Warenhäusern eine Steuer erheben, dann können wir das auch hier machen.

Die Scheidung der Vorstellungen, wie sie von Herrn Meyerhoff angeregt ist, halte ich nicht für durchführbar, auch das nicht, was Herr Dr. Kleinwacht gesagt hat. Mir ist es darum zu tun, daß durch ein höheres Eintrittsgeld eine Einschränkung des Besuchs herbeigeführt wird und die Leute zu der Überzeugung kommen, daß sie etwas Besseres haben können, wenn sie mehr Geld ausgeben, und ferner darum, daß die Mittel, die durch die Steuer aufgebracht werden, wieder zu kulturellen Zwecken verwandt werden.

**Vorsitzender:** Herr Meyerhoff hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle in den Antrag der vereinigten Kommissionen einfügen, daß die kinematographischen Vorstellungen wissenschaftlichen Charakters von einer Steuer befreit bleiben.“

Stadtv. **Hmann:** Herr Frede hat sich besonders bemüht, nachzuweisen, daß ich gesagt hätte, das Kino sei eine Bildungsstätte. Davon kann sicherlich keine Rede sein. Ich habe vor allen Dingen von den Eigenschaften des Kinematographen gesprochen und davon, daß bildliche Darstellungen bildender Art vorgeführt sind, und das ist auch von anderen Rednern bestätigt, und ferner, daß ich keine Bestrafung von einzelnen durch die Steuer, wenn keine Auswüchse statt finden, eintreten lassen mag. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen.

Herr Frede sagt, daß Mörder eingestanden hätten, durch Kinostudien gewissermaßen zu ihrem Verbrechen verleitet zu sein. Wenn solche Dinge auf die Einführung der Steuer einwirken sollen, dann verstehe ich nicht, was nicht alles durch Steuern extra belegt werden soll, um „erzieherisch zu wirken“. Dann müßten wir auch die Gerichte bestrafen. Wer einmal Gerichtsverhandlungen zu besuchen gezwungen ist, wird gesehen haben — speziell bei den Schwurgerichten —, wie der Zuhörerraum mit „Kriminalstudenten“ angefüllt ist, die den ganzen Tag dort sitzen, vor allen Dingen, um dort zu lernen, wie sie sich später verhalten sollen. Wenn man es so auslegt, wie Herr Frede beliebt, dann würden die Gerichtssäle diejenigen sein, die die Verbrechen vorbereiten. So dürfen wir solche Dinge doch nicht auffassen. Wenn man den Veranstalter einer Einrichtung, weil sie irgend wie Veranlassung dazu gibt, daß irgend jemand sich zu einem Verbrechen oder

einer Dummheit verleiten läßt, darum bestrafen wollte, so würde das zu weit gehen. Dann würde auch ein mit Früchten und andern eßbaren Gegenständen gut dekoriertes Schaufenster Veranlassung geben, daß jemand ein Verbrechen beginge. Nun schüttelt Herr Frede mit dem Kopfe! Aber wenn wir der Auslegung des Herrn Frede folgen, müssen wir zu solchen Vergleichen kommen.

Herr Frede sagt auch, wir wären für die Wertzuwachssteuer eingetreten, wenn ich auch ausdrücklich gesagt hätte, ich wäre für keine Sondersteuer. Die Wertzuwachssteuer mit einer sonstigen indirekten oder direkten Steuer zu vergleichen, ist doch weit hergeholt. Die Wertzuwachssteuer beruht doch auf einer anderen Basis, und immer wieder ist betont, daß der unverdiente Wertzuwachs, der gewissermaßen durch die Einrichtungen, die der Staat und die Kommunen gemacht haben, durch Anlage von Straßen u. dgl. erzielt ist, durch eine Abgabe getroffen werden soll. Das ist etwas anderes, als wenn wir uns zu einer Steuer anderer Art verleiten lassen sollen.

Bei der Berechnung des Gewinns, wie sie von Herrn Frede in der Kommission hervorgehoben ist, weiß ich nicht, ob die Rechenexempel alle stimmen. Das eine Theater soll 72 000 M. pro Jahr einbringen. Wenn das richtig ist, dann vermute ich bestimmt, daß man den Herrn auf Herz und Nieren prüft und ihn zu der nötigen Einkommensteuer veranlagt, und wenn das geschieht, können wir auch von diesem Gesichtspunkte aus befriedigt sein, daß wir so gute Steuerquellen in der Stadt geschaffen haben. Es ist von einem meiner Herren Vorredner, ich glaube, von Herrn Stegmann, schon darauf hingewiesen, daß man sonst ja für gute Einnahmequellen in der Stadt sein will und die Steuerkraft heben möchte. Eine solche gute Steuerquelle würde unmöglich sein, wenn man die Kinos mit einer Sondersteuer niederdrückt.

Ob das, was Herr Frede über den höheren Preis bei besonderem Andrang angeführt hat, richtig ist, kann ich nicht wissen. Ich fühle mich auch nicht als Verteidiger der Kinobesitzer und habe keine Ursache, deren Interessen hier zu vertreten. Ich erinnere aber daran, daß es viele Geschäfte gibt — wie ich mir habe erzählen lassen —, die an dem Einzugsstage, an dem die vielen Fremden doch hier ihre Beköstigung haben finden müssen, genommen haben, was sie kriegen konnten. Auch sie haben gesagt: Geschäft ist Geschäft! Ob das für die Kinos besonders ziehen kann, wenn sie solche Geschäftskünste machen, das ist eine andere Sache.

Herr Stegmann und ich haben in unseren Ausführungen darauf hingewiesen, daß wir die Volkswohlfahrt ebenso gut wollen wie die übrigen Herren, und daß wir auf alle Fälle dahin streben wollen, die Schundliteratur und was dazu gehört, zu bekämpfen. Aber mit der Bekämpfung dieser einzelnen besonderen Geschäfte können wir uns unter keinen Umständen einverstanden erklären, und deswegen sind wir nicht für einen solchen Antrag.

Mit Recht ist von anderer Seite darauf hingewiesen, daß es eine Unklugheit ist, wenn wir dem Magistrat im voraus mit neuen Steuern kommen. Eine neue Steuer hält man nicht für notwendig, man will aber vorbeugen und dem Magistrat sagen: Wenn ihr einmal Geld braucht, so ist hier eine Gelegenheit, da könnt ihr eine neue Steuer bekommen! Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist es unangebracht, eine solche Resolution zu beschließen, wie sie hier aufgestellt ist.

**Vorsitzender:** Ich schlage als Ergebnis der Debatte folgendes zur Abstimmung vor: Zunächst ist voneinander zu trennen die Abstimmung über die Besteuerung der kinematographischen Vorstellungen und die Abstimmung über den Antrag Kleinknecht, die Mitbesteuerung der Varietés, Kabarettts und ähnlicher Vorstellungen. In betreff der Besteuerungen der kinematographischen Vorstellungen hat Herr Meyerhoff eine Einschränkung gemacht insofern, als kinematographische Vorstellungen wissenschaftlichen Charakters von der Steuer befreit werden möchten. Ich schlage vor, zunächst die Abstimmung über den Antrag der vereinigten Kommissionen vorzunehmen, der dahin geht, es möchten kinematographische Vorstellungen — gleichviel welcher Art — zur Steuer herangezogen werden. Zweitens würde abzustimmen sein über den Vorschlag der Kommission mit der Einschränkung Meyerhoff, und als Drittes würde zur Abstimmung kommen der Antrag Kleinknecht, betreffend die kinematographischen Vorstellungen mit Einschluß der Varietés, Kabarettts usw.

**Stadtv. Frede:** Es ist mir aufgefallen, daß der Herr Vorsitzende gesagt hat, es handle sich bei dem Kommissionsantrag um Besteuerung der kinematographischen Vorstellungen im allgemeinen. Es muß betont werden, daß „gewerbsmäßige“ kinematographische Vorstellungen von der Steuer getroffen werden sollen. Vorstellungen im Polytechnikum und im Schulmuseum z. B. haben rein wissenschaftliche Zwecke und sind nicht gemeint.

**Vorsitzender:** Sehr richtig. Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung hält die Einführung einer Gemeindesteuer auf gewerbsmäßige kinematographische Vorstellungen für angemessen, sobald . . . usw.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Meiner Meinung nach ist der Antrag Meyerhoff ein Unterantrag zu dem Kommissionsantrag und muß deshalb als Amendement vorher erledigt werden. Es geht nicht an, in der Weise abzustimmen, daß zunächst über den Kommissionsantrag, dann über den Kommissionsantrag mit dem Amendement Meyerhoff und schließlich über den Antrag Kleinknecht abgestimmt wird, da dies nicht die richtige Staffe lung ist. Der weitestgehende Antrag ist offenbar der Antrag Kleinknecht, dann dreht es sich darum, ob der Antrag Frede amendiert werden

soll durch den Antrag Meyerhoff, und schließlich bleibt die Abstimmung über den Kommissionsantrag.

**Vorsitzender:** Es kommt ganz darauf an, ob der Antrag Meyerhoff als selbständiger Antrag oder als Anhang zu dem Kommissionsantrage angesehen werden soll.

**Stadtv. Altmann:** Als selbständiger Antrag kann der Antrag Meyerhoff nicht betrachtet werden, sonst müßte er erst wieder vorberaten werden. Er kann nur als Amendement zum Kommissionsantrage angesehen werden.

**Vorsitzender:** Eine neue Vorberatung ist nicht notwendig, da die Sache bereits in den beiden Kommissionen vorberaten ist. Im übrigen kommt es mir nicht auf die Reihenfolge an, wir können auch so verfahren, wie Herr Dr. Jasper sagt.

**Stadtv. Frühling:** Ich halte den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden für den allein richtigen. Scheinbar ist der Antrag Kleinknecht weitergehend, weil er mehr Etablissements umfaßt, in Wirklichkeit ist er aber einschränkend, indem die Wirkung der Steuer auf die Kinematographentheater durch die Verallgemeinerung vermindert wird. Dasselbe ist bei dem Antrage Meyerhoff der Fall. Wer zuerst den Antrag der Kommission ablehnt, kann hernach den andern des Herrn Meyerhoff oder schließlich den des Herrn Kleinknecht noch annehmen. Infolgedessen ist der Kommissionsantrag der weitestgehende und der Vorschlag des Vorsitzenden durchaus richtig.

**Vorsitzender:** Dann bitte ich die Herren, die so abgestimmt wissen wollen, wie ich eben vorgeschlagen habe, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Mehrheit ist dafür. Es haben einige Herren — die Herren Loeschigk, Munte, Eckhardt — namentliche Abstimmung beantragt. Eine Abstimmung durch Namensaufruf ist dann vorzunehmen, wenn wenigstens sechs Mitglieder der Versammlung sich dafür erklären. Die Herren, die namentliche Abstimmung wünschen, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Das ist eine genügende Anzahl.

Für den Kommissionsantrag stimmen 9 Stadtverordnete: die Herren Schön, Loeschigk, Helle, Dr. Henking, Weichsel, Dr. Kleinknecht, Frede, Diekmann, Frühling; dagegen stimmen 22 Stadtverordnete: die Herren Munte, Eckhardt, Sander, Gundermann, Göcke, Meyerhoff, Fricke, Busch, Mohr, Rasche, Steinbrecher, Kiefe, Altmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Brenner, Schulze, Schmidt, Lauer.

Für den Kommissionsantrag mit der Einschränkung Meyerhoff stimmen 12 Stadtverordnete: die Herren Schön, Helle, Dr. Henking, Göcke, Meyerhoff, Weichsel, Dr. Kleinknecht, Mohr, Frede, Lauer, Diekmann, Frühling; dagegen

stimmen 19 Stadtverordnete: die Herren Munte, Loeßhigt, Eckhardt, Sander, Gundermann, Friede, Busch, Rajche, Steinbrecher, Kiefe, Alßmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Brenner, Schulze, Schmidt.

Für den Antrag Kleinknecht stimmen 13 Stadtverordnete: die Herren Schön, Munte, Loeßhigt, Eckhardt, Helle, Dr. Henking, Gundermann, Dr. Kleinknecht, Mohr, Rajche, Friede, Dieckmann, Frühling; gegen den Antrag 18 Stadtverordnete: die Herren Sander, Göcke, Meyerhoff, Friede, Busch, Weichsel, Steinbrecher, Kiefe, Alßmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Brenner, Schulze, Schmidt, Lauer.

Somit sind alle drei Anträge abgelehnt.

---

**Vorsitzender:** Ich habe noch folgende Eingabe bekanntzugeben. Der Kaninchenzüchterverein schreibt an den Magistrat:

„Hiermit bestätigen wir den Empfang Ihres Geehrten vom 2. September und sagen Ihnen unseren herzlichsten Dank für die dem Verein zur Förderung der Kaninchenzucht bewilligten 300 M.

Wir teilen Ihnen nun ganz ergebenst mit, daß wir am 15. und 16. November in den „Gambrinusshallen“, Hamburgerstraße 56, eine Ausstellung von Kaninchen und Produkten abhalten, auf welcher wir eine Anzahl Muttertiere ankaufen und am Sonntag, dem 16. d. Mts., an Interessenten gratis zur Verteilung bringen. Es haben sich über 300 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung zur Übernahme eines Zuchttieres gemeldet, so daß bei Vergebung der Tiere das Los entscheiden muß.

Wir gestatten uns, den löblichen Stadtmagistrat und sämtliche Herren Stadtverordneten zum freien Besuch unserer Ausstellung ganz ergebenst einzuladen, und bitten Sie, dies Anerbieten anzunehmen. Die Einlaßkarten liegen für die geehrten Herren an der Ausstellungskasse bereit.“

Die Herren, die Neigung dazu haben, mögen diese Ausstellung besuchen.

Ferner sind folgende Anträge eingegangen: Ein an erster Stelle von Herrn Loeßhigt unterzeichneter Antrag:

„Die geehrten Herren wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Petroleumbeleuchtung der Gartenstraße in eine elektrische umwandeln zu lassen, um so mehr, da bis zum Grundstück Nr. 12 das Kabel liegt.“

Der Antrag ist außer von Herrn Loeßhigt unterzeichnet von den Herren Sander, Eckhardt, Kleinknecht. Wenn nach Erledigung der Tagesordnung noch Zeit ist, wird der Herr Antragsteller Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen, die nötige Unterstützung muß dann noch nachgesucht werden.

Sodann ist ein genügend unterstützter Antrag von Herrn Eckhardt eingegangen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Friedrich-Wilhelms-Platz besser beleuchtet wird, und in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, die jetzt im Gebrauch gewesenen beiden Bogenlampen für immer installieren zu lassen.“

Herr Eckhardt wird nachher ebenfalls Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 2. Antrag Busch auf Anbringung eines Gitterschutzes für den Eulenspiegelbrunnen.

Stadtv. **Frühling:** Der Antrag Busch lautet: „Die Stadtverordneten möchten darauf hinwirken, den Magistrat zu veranlassen, den Eulenspiegelbrunnen gegen die Angriffe der Jugend in Schutz zu nehmen. Es besteht die Gefahr, daß das hübsche Kunstwerk weiter beschädigt wird, und ist deshalb die Anbringung eines Gitterschutzes mittlerer Höhe zu empfehlen.“ Die Sache ist in der Baukommission eingehend beraten. Zunächst ist der letzte Passus des Antrages, die Anbringung eines Gitterschutzes, in Beratung genommen, weil hier außer dem Schutze des Bauwerks auch künstlerische Interessen mit in Frage kommen. Es ist unzweifelhaft, daß der Eulenspiegelbrunnen eine Sehenswürdigkeit von Braunschweig geworden ist, und daß er dem Marktplatz, auf dem er steht, zu hoher Zierde gereicht. Nun würde aber die Anbringung eines Gitterschutzes um den Brunnen dem Kunstwerk selbst in seiner Erscheinung nicht förderlich sein, sondern es darin zweifellos schädigen, wie alle diejenigen Kunstverständigen, die sich darüber haben hören lassen, zugegeben haben. Außerdem würde es den schönen Eindruck, den der Marktplatz mit dem Denkmal macht, direkt vermindern. Es würde ein Jammer sein, wenn durch eine Gitterumfriedigung der Eindruck des Platzes geschädigt würde. Diesen Gründen, die von der Baukommission eingehend gewürdigt sind, ist später auch der Schöpfer des Kunstwerks, der Bildhauer Kramer, in einer öffentlichen Zuschrift beigetreten. Durch diese Zuschrift hat der Beschluß, den die Baukommission in dieser Beziehung gefaßt hat, eine besondere Unterstützung erfahren, auf die ich hinweisen möchte. Die Baukommission ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die künstlerische Wirkung ein Gitter nicht anzubringen sei. Dahingegen glaubt die Baukommission, daß man der Anregung des Herrn Busch folgen könnte, indem man die Angriffe der Jugend etwas zu mildern sucht. Wir glauben nicht, daß der Bestand des Brunnens durch solche Angriffe gefährdet wird, dazu ist der Brunnen zu solide gebaut, und die Figuren sind derartig, daß Kinderhände, die daran spielen, sie nicht verderben. Aber es wird damit doch auch Unfug

getrieben, den einzuschränken wünschenswert ist, und der wohl am zweckmäßigsten erreicht wird, wenn in den Schulen darauf hingewiesen wird, daß derartige Kunstwerke mehr zu achten sind, nicht beschädigt, verunziert oder verunreinigt werden dürfen. Weitergehenden Schutz des Brunnens durch die Polizei zu bewirken, etwa die Namen der Kinder, die daran spielen, feststellen zu lassen und solche Kinder zu bestrafen, davor möchte die Baukommission warnen. Sie glaubt, daß der Zweck des Antrages Pusch erreicht wird, wenn in den Schulen in dieser Beziehung eingewirkt wird. Die Baukommission empfiehlt also, den Antrag abzulehnen, dagegen den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in den Schulen auf den Schutz dieses Kunstwerks hingewirkt wird.

**Stadtv. Pusch:** Als Antragsteller möchte ich mir ein paar Worte erlauben. Ich habe selbstverständlich, wie der Herr Vorredner auch ausgeführt hat, nur von edlen Motiven geleitet, meinen Antrag gestellt, habe mich in der Folge belehren lassen, daß eine Gefahr für den Bestand des Kunstwerks nicht besteht, habe mich darüber auch eingehend mit Herrn Kramer, der mich besucht hat, unterhalten. Ich bin jetzt zu der Überzeugung gekommen, daß es vielleicht besser ist, wenn der Beschluß, den die Baukommission gefaßt hat, ausgeführt wird und durch Mahnung in den Schulen dahin gewirkt wird, daß der Brunnen von der Bevölkerung in Schutz genommen wird. Ich hege auch die Hoffnung, daß magistratsseitig dafür Sorge getragen wird, daß in den Schulen der Sache die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich gehe von dem folgenden Standpunkt aus: Es ist hier *Eulenpiegel* ein Standbild gesetzt, und wenn die Jugend um dieses Standbild *Eulenpiegel* treibt, so tut sie nur, was der im Standbilde Dargestellte auch getan hat. Man soll die Sache aber so weit einschränken, daß keine Noheiten vorkommen. Es ist jetzt leider nicht mehr Mode, daß man die Jungen bei dem Hosenboden nimmt. (Hört! Hört!) Derjenige, der das tut, hat sofort eine Klage auf dem Halse. Da sollte die Polizei eingreifen, wenn lösenhaftes Betragen und Zerstörungswut sich zeigt. Wenn die Eltern in eine Strafe genommen würden, davon würde ich mir eine Besserung versprechen. Ich muß es offen ansprechen: Unsere Jugend in Braunschweig zeigt eine ganz besondere Zerstörungslust. Woran das liegt, weiß ich nicht. Ich war vorgestern in Berlin. Dort kann man Sachen freier auf die Straße stellen als hier; dort wird nichts zerstört. Eine solche Zerstörungswut bei der schulpflichtigen und auch der schulentwachsenen Jugend wie hier kennt man in anderen Städten nicht. Wenn da von der behördlichen Seite tüchtig nachgegriffen würde, so wäre das ganz gut. Aber unsere Jugend um den *Eulenpiegelbrunnen* herum zu sehen, auch wenn sie sich mit Wasser bespritzt, das möchte ich nicht entbehren.



**Stadtv. Voeshigt:** Ich würde die Kinder am Eulenpiegelbrunnen sehr vermissen, wenn man sie davon fernhalten oder womöglich die Polizei veranlassen wollte, jeden Jungen, der seinen Übermut im Wasser kühlt, wegzujagen. Wer so oft wie ich an dem Brunnen durchkommt, der wird sich freuen, wie auch die kleinsten Jungen sich am Brunnen amüsieren. Denken Sie daran, wie wir als Jungen auch auf den Löwen am Löwenwalle gegessen haben, und haben sie nicht kaputt gekriegt. Die Kinder werden durch ihr Anfassen wohl die Köpfe der Tiere blank polieren, aber sonst an dem Brunnen nichts ruinieren. Gegen Roheit würde ich mich übrigens auch wenden, ich habe am Brunnen aber nur harmlose Spielereien gesehen.

**Stadtv. Kiefe:** Ich möchte dringend ersuchen, es bei dem Beschluß der Baukommission zu lassen. Wenn Herr Meyerhoff meint, man müßte alles unter Polizeiaufsicht stellen, so muß ich mich entschieden dagegen verwahren. Das könnte so weit kommen, daß die Eltern, deren Jungen sich gegenseitig naß machen, ein Strafmandat von 3 *M* erhielten. Der Zustand ist schon genügend eingedrungen, ich möchte bitten, davon Abstand zu nehmen, ihn noch weiter zu führen. Daß unsere Lehrer die Jugend nicht mehr im Zaum halten könnten, das bezweifle ich denn doch. Mögen sich die Kinder am Brunnen so viel naß machen, wie sie wollen; mögen sie da ruhig spielen, wenn sie nur nichts ruinieren. Aber die Polizei lassen Sie davon!

**Stadtv. Frede:** Ich kann mir nicht denken, daß die Jugend Braunschweigs eine so merkwürdliche Ausnahmestellung im deutschen Reiche einnimmt, wie Herr Meyerhoff meinte. Woran sollte das liegen, daß Herr Meyerhoff in Berlin nur gebildete Jungen gesehen hat? Vielleicht hat er überhaupt keine Jungen gesehen bei der Größe der Stadt. Die Menschen sind an allen Orten überein. Ich habe nie glauben können, wenn es hieß, daß die Leute in einer einzelnen Stadt besonders klatschüchtig oder schlecht sind; sie sind überall mit Mängeln behaftet, nur zeigt sich hier und da mehr Gelegenheit, ihre Auswüchse zu bemerken. Für mich entscheidet sich die Sache damit: Wenn der Schöpfer des Denkmals, der wissen muß, wie es gebaut ist, und dem es ans Herz gewachsen ist, nicht befürchtet, daß es durch die Jugend beschädigt wird, dann habe ich keine Veranlassung, noch besondere Maßnahmen zum Schutze zu ergreifen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich habe nicht nach der Polizei gerufen für die Kinder, die harmlos am Brunnen spielen; ich habe nur gesagt, wenn Roheit und Zerstörungswut Platz greift, dann soll man das Elternhaus mahnen, an der Erziehung mitzuwirken. Und wenn Herr Frede sagt, ich habe keine Jugend gehabt (Seiterkeit), so sage ich: Ich habe eine Jugend gehabt, wie sie selten den Jungen beschieden

ist; leider ist es nicht mehr so. Ich bin an den alten Wasserbrücken am Hagen groß geworden, und meine Verbindungen mit unseren Einwohnern sind auf die Weise gekommen, daß die Jugend auf unserem Zimmerhofe spielen konnte. Ich habe auch ausgepfiffen, was Jungen sonst tun, aber Roheiten zu begehen, dazu waren wir zu gut erzogen.

**Stadtv. Frühling:** Ich möchte an die Besprechung noch etwas anschließen, was im Verfolg dieses Antrages in der Kommission zur Sprache gekommen und dort zum Beschluß erhoben ist. Die Fortlassung dieses Gitters berührt einen alten Wunsch. Früher war es Mode, Denkmäler mit hohen Gittern einzuzäunen, was zum Schaden derartiger Kunstwerke ausge schlagen ist. So ist es auch zu bedauern, daß das *B u g e n h a g e n = D e n k m a l* mit einem Gitter umgeben ist. Es wirkt das geradezu unschön. Herr Rasche hat als Mitglied der Baukommission den Antrag gestellt, in Anknüpfung an diesen Antrag und aus denselben Gründen den Magistrat zu ersuchen, für *E n t f e r n u n g* des Gitters am *B u g e n h a g e n = D e n k m a l* Sorge tragen zu wollen. Der Antrag ist in der Baukommission sofort und eingehend beraten, sie hat den Antrag zu dem ihrigen gemacht und empfiehlt Ihnen Annahme dieses Antrages.

**Vorsitzender:** Wir können diesen Antrag wohl sogleich mit beraten, ohne daß es nötig ist, die Angelegenheit nochmals an die Baukommission zu überweisen.

(Die Versammlung ist mit der sofortigen Beratung einverstanden.)

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich bin auch für Entfernung des Gitters. Was ich vorher angedeutet habe, davon habe ich mich gestern morgen bei dem Luther-Denkmal auf dem Neuen Markt in Berlin überzeugen können. Unten an dem Denkmal sind die Standbilder von Melancthon, Bugenhagen, Sickingen, Hutten angebracht, eine große Treppe geht zum Denkmal hinauf, aber irgendeine Vergitterung oder Abschließung ist nicht vorhanden. Gerade bei unserem Bugenhagen-Denkmal hat es sich gezeigt, daß die Jugend hier nicht gut erzogen ist, denn mit Steinen ist danach geworfen. Vorgestern waren am Luther = Denkmal aus Anlaß des Geburtstages des Reformators Kränze niedergelegt und ein schön stilisierter Nachruf für den Reformator angeheftet, geschrieben in Rundschrift. Man sah, daß der Regen schon darauf eingewirkt hatte. Die Kränze und alles hing frei, ich habe auch keinen Schutzmann in der Nähe gesehen, aber alles ist schön erhalten geblieben. Bei dem Einzuge des Herzogspaares hat man das nicht sagen können. Ich habe mehrfach gesehen, daß am Abend nach dem Einzuge schon Girlanden abgerissen waren. Leider kann ich kein Wort von dem zurücknehmen, was ich gesagt habe: Die Jugend ist in den Großstädten anders geschult als hier.

**Stadtv. Friede:** Den Antrag des Herrn Rasche, die Gitterumzäunung des Bugenhagen=Denkmals zu entfernen, möchte ich warm zur Annahme empfehlen. Wer das Denkmal vor seiner Umzäunung angesehen hat, muß sagen, daß der große Platz einen ganz anderen, besseren Eindruck gemacht hat als heute. Wenn die Jungen sich mit Steinwerfen verlustieren wollen, so wird das durch Entfernung des Gitters nicht schlimmer werden. Aber für die architektonische Wirkung des Platzes ist die Entfernung des Gitters sehr zu empfehlen.

**Stadtv. Rasche:** Ich möchte recht darum bitten, daß das Gitter um das Bugenhagen=Denkmal entfernt wird. Der Brüdern-Kirchhof ist einer unserer schönsten Plätze, die wir in der Stadt haben. Der ganze Platz wirkt in seiner Erscheinung viel besser, wenn das Gitter wegfällt. Ich habe den Platz gesehen, als das Denkmal eben errichtet war, und habe mich recht darüber gefreut; aber sehr enttäuscht war ich, als ich mir nachher den Platz ansah. Das Gitter ist an sich nicht häßlich, aber es nimmt dem Denkmal den freien Stand, während das Denkmal ohne das Gitter mit dem Platz in enger Verbindung stehen wird.

**Vorsitzender:** Da sich sämtliche Redner in demselben Sinne geäußert haben, können wir die Abstimmung über beide Kommissionsanträge wohl in eins fassen. (Zustimmung.)

Die beiden Kommissionsanträge werden angenommen.

### 3. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuß zur Förderung des Rhein=Wefer=Elbe=Kanals.

**Stadtv. Munte:** Der Magistrat hat an uns den Antrag gerichtet, zustimmen zu wollen, daß die hiesige Stadt dem Ausschusse zur Förderung des Rhein=Wefer=Elbe=Kanals bis auf weiteres einen Zuschuß von jährlich 500 M. zahlt. — Es ist den Herren jedenfalls bekannt, daß zuerst beabsichtigt war, einen Kanal zu bauen, der vom Rhein über die Wefer bis zur Elbe reichte. Dann ist aber im preussischen Landtage seinerzeit bekanntlich der Kanal nur so weit genehmigt, als er von Berlin aus bis zur Elbe führt, während die damaligen Agrarier nicht dafür zu haben waren, daß die Elbe noch mit der Wefer und mit dem Rhein verbunden würden. Es hatte sich damals schon ein Verein gebildet, er hat aber seine Arbeiten und Bemühungen bis auf weiteres eingestellt. Neuerdings ist er wieder dazu übergegangen, die Kanalfrage zu fördern. Der Verein, der in Magdeburg seinen Sitz hat, will die Anlage des Kanals dadurch beschleunigen, daß er eine Denkschrift ausarbeiten läßt, in der unter anderem auch berücksichtigt werden soll, daß Braunschweig und auch Peine direkt an den Kanal angeschlossen werden sollen, während ursprünglich dieser Kanal über Hannover, Meinerßen, Wisshorn geführt werden

solte. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn wir in irgendeiner Form mit beitragen könnten, daß der Kanal so gelegt wird, daß er unsere Stadt direkt berührt und Braunschweig nicht erst durch einen Stichkanal nach Gifhorn mit ihm verbunden zu werden braucht. Wir sind in der Finanzkommission einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß es im Interesse der Stadt liegt, diesen Auschuß auf Widerruf mit dem beantragten jährlichen Zuschuß von 500 M zu unterstützen, und bitten Sie, demgemäß zu beschließen.

Der Zuschuß wird bewilligt.

#### 4. Verwilligungen für den Verkehrsverein.

Stadtv. Dr. **Jasper:** In Leipzig findet demnächst eine internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik statt, an der auch der Bund deutscher Verkehrsvereine teilzunehmen wünscht, indem er eine Ausstellung „Deutschland im Bild“ veranstalten will. Auch unser Verkehrsverein in Braunschweig hat Gelegenheit genommen, einige Quadratmeter Wandfläche für sich reservieren zu lassen, um für unsere Stadt die nötige Reklame zu machen. Der Verkehrsverein ist mit der Bitte an die Stadt herangetreten, die Kosten im Betrage von höchstens 650 M ihm zu erstatten.

Daß die Eisenbahndirektionen neuerdings dazu übergegangen sind, Plakate in den verschiedenen Abteilungen der D-Zugwagen anbringen zu lassen, wird den Herren bekannt sein. Der Verkehrsverein wünscht auch in dieser Weise für unsere Stadt tätig zu werden, und erbittet, um derartige gute Plakate zu bekommen, von der Stadt einen Zuschuß von etwa 600 M.

Der Magistrat hat beide Anträge befürwortet, und auch die Finanzkommission, die die Sache vorberaten hat, ist der Meinung, daß beide Anträge durchaus sachgemäß sind, daß die Gelder nicht weggeworfen sein würden, und bittet Sie durch mich, die beiden Posten von 650 M und 600 M dem Verkehrsverein zur Verfügung zu stellen, und zwar aus den Erträgen der Umsatzsteuer.

Stadtv. **Vauer:** Ich begrüße den Beschluß der Kommission und möchte mir nur gestatten, darauf hinzuweisen, daß es in der Tagesordnung heißt: „Verwilligung für den Verkehrsverein“, während es in Wirklichkeit keine Verwilligung für den Verein selbst ist, sondern eine Leistung, die die Stadt vollzieht, und für die der Verkehrsverein die Arbeit übernimmt. Ich bringe das deswegen in Erinnerung, weil nachher aufgerechnet und gesagt werden könnte: „Der Verkehrsverein hat wieder soviel bekommen,“ und später einmal damit eine Ablehnung begründet werden könnte. Ich möchte bitten, von dieser Sachlage Kenntnis zu nehmen.

**Vorsitzender:** Die Abführung des Geldes geschieht aber an den Verkehrsverein.

Die beiden Anträge werden in gemeinschaftlicher Abstimmung angenommen.

### 5. Antrag Hartung auf Offenhaltung der Volksbäder an Sonntagen.

**Vorsitzender:** Herr Hartung ist noch nicht zugegen; ich glaube aber, wir können seinen Antrag ohne seine Gegenwart verhandeln, denn er war nur die Konsequenz der allgemeinen Meinung der Versammlung.

**Stadtv. Sander:** Der Antrag Hartung lautet: „Ich beantrage, die zuständige Deputation zu ersuchen, die städtischen Badeanstalten abwechselnd Sonntags von 8—12 Uhr offenzuhalten.“ Sie wissen, daß die Brausebäder früher Sonntags im Betriebe offengehalten wurden, und daß auf Bitten der Badewärter, die am Sonntag gern mit ihrer Familie zusammensein und auch die Möglichkeit haben wollten, einmal verreisen zu können, die Brausebäder Sonntags geschlossen sind. Nun hat sich in vielen beteiligten Kreisen eine Unzufriedenheit dahingehend erkennen gemacht, daß sie nicht mehr in der Lage wären, am Sonntag baden zu dürfen. Es handelt sich hauptsächlich um Leute, die wochentags von Braunschweig abwesend sind, wie Kutscher und andere, die sonst nur Sonntags Gelegenheit zum Baden hatten. Aus diesem Grunde ist der Antrag zustande gekommen. Die Baukommission hat denselben beraten, und es wurden dabei auch verschiedene Berufszweige von Arbeitern genannt, die den Wunsch geäußert hatten, Sonntags baden zu können. Es ist auch von den Arbeitern des städtischen Fuhrparks aus der gleiche Wunsch zu erkennen gegeben. Wie Sie wissen, war in früheren Jahren neben der Gasanstalt auf der Taubenstraße eine Badeanstalt für die städtischen Arbeiter, die ist aber von den Arbeitern vollständig vernachlässigt, und infolgedessen hat die Deputation dann den Arbeitern Karten zum Besuch der Brausebäder zur Verfügung gestellt. Die Arbeiter haben sich mit diesem Modus sehr zufrieden erklärt und die Karten auch viel benutzt. Nachdem aber Sonntags die Brausebäder nicht mehr offen waren, sind die Badekarten nicht mehr so viel abgefordert, und auf die Frage des Verwalters hat man geantwortet, die Karten haben keinen Zweck für die Arbeiter, denn wenn sie abends nach Hause kämen, seien sie abgeipant und hätten nicht mehr Lust, zum Baden zu gehen; sie hätten das immer Sonntags morgens besorgt, und das wäre jetzt nicht mehr möglich. Alle diese Gründe haben die Kommission bewogen, den Herren den Beschluß zu empfehlen, daß dem Antrage entsprechend abwechselnd ein Bad Sonntags offengehalten wird, aber nicht von 8—12 Uhr, sondern von 8—10 Uhr. Letzteres ist wohl auch berechtigt, denn, wenn bis 12 Uhr das Bad offengehalten wird, so haben die Wärter nicht um 12 Uhr frei, sondern es kommen dann erst noch die Leute, die baden

wollen, und es dauert wohl bis 1 Uhr, bis sie wieder die Badeanstalt verlassen haben. Dann müssen die Badewärter noch abrechnen, aufräumen usw., sie wären also auch Sonntags erst recht spät frei, während sie, wenn wir die Zeit von 8 bis 10 Uhr annehmen bis 1 Uhr mittags mit aller Arbeit fertig sind. Die Baukommission schlägt also vor, jeden Sonntag abwechselnd eins von den Brausebädern von 8—10 Uhr offen zu halten und dies durch öffentliche Bekanntmachung der Allgemeinheit mitzuteilen.

**Stadtv. Schulze:** Ich bedaure den Antrag der Kommission und kann, wie das vorige Mal, auch heute nicht für Offenhaltung eines Brausebades während des Sonntags stimmen. Wenn unter anderem als Begründung mit angeführt wird, die städtischen Arbeiter hätten früher Badegelegenheit gehabt, und hätten sie nicht genügend benutzt, sie wäre nun eingegangen, und jetzt hätten die städtischen Arbeiter keine Gelegenheit, alltags die Bäder zu benutzen, sie hätten nun den Wunsch geäußert, Sonntags Brausebäder nehmen zu können, so möchte ich mich auf denselben Standpunkt stellen, wie Herr Doeschigk. Als ihm in der letzten Sitzung der Vorwurf gemacht wurde, er möchte seinen Leuten doch alltags Zeit zum Baden geben, hat Herr Doeschigk sofort erwidert: „Selbstverständlich können meine Leute auch am Alltag baden.“ Auf denselben Standpunkt müßten wir uns stellen und auch den städtischen Arbeitern Gelegenheit und Zeit geben, alltags baden zu können. Auch den übrigen Arbeitern ist nicht daran gelegen, gerade Sonntags baden zu können, wenn nur mehr Badegelegenheit geschaffen würde, aber darin hapert es. Ich bin überzeugt, wenn nur ein Bad am Sonntag geöffnet ist, so entspricht das dem Bedürfnis bei weitem nicht; dann wird in den paar Stunden eine Überfüllung eintreten. Und wenn man dem Arbeiter zumutet, der im fernsten Osten wohnt, erst nach der Ferdinandstraße zu gehen, sein Geld zu verfahren oder ¼ oder eine Stunde zu Fuß zu laufen, so ist das doch nicht recht. Der richtige Ausweg wäre, mehr Badegelegenheit zu schaffen. Bei der Gelegenheit wäre es vor allen Dingen wünschenswert, darüber eine Äußerung zu hören, wie es eigentlich mit unserem Schwimmbade steht, von dem man gar nichts mehr hört. Ich nehme an, daß es jedenfalls nicht an Mitteln fehlt, ein derartiges Schwimmbad zu errichten. Sodann möchte ich darauf hinweisen, daß in Braunschweig überhaupt zu wenig Badegelegenheit vorhanden ist. Für die Arbeiter der großen Fabrik von Amme, Giesecke & Konegen, dann für die Fabriken von Luther, von Lange usw. ist doch das nächste Ziel die kleine Badeanstalt an der Ferdinandbrücke, und das ist unbedingt für eine so kleine Badeanstalt ein Zuviel an Badegästen. Der Besuch wird zu groß, und dadurch ist es nicht möglich, auch wenn Sonntags Gelegenheit zum Baden geboten wird, daß alle die Arbeiter es aufsuchen. Ich möchte keinen Antrag einbringen, aber wohl das dringende Ersuchen stellen, daß wir uns einmal damit beschäftigen, ob es nicht zweckmäßig ist, mehr Badegelegenheit zu schaffen, und vor

allen Dingen darauf bedacht zu sein, endlich die Schwimmhalle zu schaffen, aber entschieden es ablehnen, irgend welche Palliativmittelchen anzuwenden — denn anders kann ich das Vorgeschlagene nicht bezeichnen. Dadurch würde nicht getroffen, was getroffen werden soll.

Ich glaube auch nicht zu irren (ich bin noch nicht lange Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, aber ich habe davon gehört), daß eine Deputation vorhanden ist, die erst einmal die Sache prüfen und Erfahrungen sammeln soll, in welcher Weise es sich bewährt, daß Sonntags die Volksbäder nicht geöffnet sind. Ich glaube, sie ist erst im vorigen Jahre eingesetzt. Lassen Sie die doch erst einmal ein Jahr lang arbeiten und dann ihren Bericht erstatten. Wenn man den Grundgedanken des ganzen Antrages prüfen wollte — ich will nicht darauf eingehen —, dann würde man sich wundern. Immerhin stehe ich auf dem Standpunkte, daß es das richtige ist: Wir gönnen auch den Bademeistern ihre Sonntagsruhe und halten an dem fest, was bisher gewesen ist, daß Sonntags die Brausebäder geschlossen sind. Lassen Sie uns abwarten, ob sich das bewähren wird, und sehen, ob wir nicht in anderer Weise eintretende Übelstände abschwächen können.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich bin in der vorigen Sitzung angezapft worden: Ich könnte meinen Leuten auch alltags Zeit zum Baden geben. Darauf habe ich erwidert: Meine Leute haben Zeit zum Baden auch am Alltage. Aber ich bin für diejenigen eingetreten, die effektiv am Alltag nicht baden können, deren Beruf es mit sich bringt, daß sie am Sonnabend abend nach Hause kommen, wenn es zum Baden zu spät ist — am Sonnabend abend ist es sowieso in der Badeanstalt überfüllt. Für die habe ich gebeten, daß sie Sonntags ein Bad nehmen können, ob von 8—10 oder von 7—9, oder ob Sie das Bad nur eine Stunde öffnen, das soll mir egal sein. Es ist nur plädiert für die, welche wirklich am Alltag mit dem besten Willen nicht abkommen können. Sie alle auf jener Seite wissen, daß es Berufe gibt, in denen die Leute erst am Sonnabend nach Hause kommen, und daß auch die die Muehmlichkeit haben wollen, sich Sonntags zu reinigen.

**Stadtv. Ohlendorf:** Daß es einzelne Personen gibt, denen es geht, wie Herr Loeßhigt geschildert hat, mag sein. (Zuruf: Eine ganze Masse!) Ich glaube, wenn Sie den Beweis dafür antreten sollten, würde es Ihnen nicht gelingen, es ist das nur eine Behauptung aus dem Stegreif. Ich will mich gegen den Antrag aussprechen und, weil die Zeit schon vorgeschritten ist, mich ganz kurz fassen. Es ist schon in einer früheren Sitzung vom Herrn Bürgermeister mitgeteilt, daß die Bade-deputation, der auch ich angehöre, beschlossen hat, eine Zeitlang — die Dauer ist nicht festgestellt — diese Badeanstalten Sonntags geschlossen zu halten, und daß damit gewissermaßen ein Versuch gemacht werden soll. Wenn irgend eine Deputation beschlossen hatte, etwas zu probieren, dann war es bisher üblich, daß in der

Zwischenzeit hier Änderungen nicht beschlossen wurden, und schon lediglich aus diesem Grunde möchte ich bitten, den Antrag der Baukommission heute nicht anzunehmen. Warten Sie doch ab, welche Erfahrungen die Deputation mit diesem Beschlusse macht; ich glaube, es werden keine schlechten sein. Jetzt steht schon heute, wie Ihnen das Deputationsmitglied Herr Lange in einer der letzten Sitzungen mitgeteilt hat, daß der Besuch der Bäder nicht zurückgegangen ist, sondern in letzter Zeit die Bäder, die früher am Sonntag genommen sind, in erhöhtem Maße sich auf die Sonnabende und andere Tage verteilen. Wenn nun die Schüler veranlaßt werden, nicht Sonnabends zu baden, sondern in den ersten Tagen der Woche, und wenn auch Herr Voetschigk mithilft, — solche Herren, mit denen er hingehet, die können sehr gut in den ersten Tagen der Woche baden, die brauchen wirklich nicht am Sonntag hinzugehen — wenn er auch in den Kreisen seiner Leute das Ersuchen stellt, an den anderen Wochentagen zum Baden zu gehen, wo die Brausebäder von den Arbeitern nicht so zahlreich besucht werden, dann wird sich die Sache wohl machen. Ausschlaggebend muß sein, daß die Deputation den Vorschlag gemacht hat, einen Versuch anzustellen; das sollte Ihnen Veranlassung sein, heute nicht anders zu beschließen.

**Vorsitzender:** Ich frage Herrn Hartung, ob er seinen Antrag, die Badezeit auf 8—12 Uhr festzusetzen, aufrechterhält oder ihn zugunsten des Kommissionsantrages zurückzieht?

Stadtv. **Hartung** zieht seinen Antrag zugunsten des Kommissionsantrages zurück.

Bei der Abstimmung meldet sich für den Kommissionsantrag die Mehrheit der Versammlung.

## 6. Unerwartige Verrechnung von Tilgungsbeträgen.

Stadtv. **Mohr:** Laut Schreiben des Magistrats ist in dem diesjährigen Haushaltsplan insofern eine Berichtigung vorzunehmen, als die Tilgungsbeträge des dem Roten Kreuz im Jahre 1907 vorgeliehenen Kapitals von 160 000  $\text{M}$  nicht, wie geschehen, im Ordinarium, sondern im Extraordinarium verrechnet werden müssen. Das Kapital ist seinerzeit nicht aus dem Erlöse der Anleihen des Kreis-kommunalverbandes entnommen, sondern ist zu Lasten des Extraordinariums verrechnet. Daher müssen die bis 31. Dezember d. J. auf die fragliche Darlehensschuld abgetragenen 5240,12  $\text{M}$  und ebenso die im Haushaltsplan des laufenden Jahres ausgeworfene Tilgungsrate zu 983,10  $\text{M}$  dem Extraordinarium zugeführt und die künftigen Abträge dort vereinnahmt werden. Der Magistrat gibt anheim, dieser Maßnahme zuzustimmen und genehmigen zu wollen, daß die genannten



5240,12 *M* zu Lasten des Kap. XIV (das ist „Zusammen“) unter Abteilung 6 der ordentlichen Ausgabe verrechnet und nebst dem diesjährigen Abtrage von 983,40 *M* in Kap. II des Extraordinariums in Einnahme gestellt werden.

Namens der Finanzkommission gebe ich anheim, dieser unbedingt notwendigen neuen Verbuchung zustimmen zu wollen.

Dem Magistratsantrage wird zugestimmt.

## 7. Ausbaggerung des Okerbettes unterhalb Eisenbüttels.

Stadtv. **Frühling:** Unterhalb der Gastwirtschaft Heinrichshafen ist in dem sogenannten Mühlenkolk eine Verschlammung eingetreten, die für den Bootverkehr auf der Oker lästig ist. Nun glaubt der Magistrat, wenn auch eine Verpflichtung zur Entfernung dieser Schlammbank für die Stadt nicht anerkannt werden kann, doch die Notwendigkeit nicht in Abrede stellen zu können, hier einzugreifen, da, wenn dies nicht seitens der Stadt geschieht, die Schlammbank überhaupt nicht entfernt werden würde. Deshalb stellt der Magistrat den Antrag, einen Betrag von 700 *M* zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats dafür zu bewilligen, daß diese Stelle im Interesse des Wassersports, der doch bei der hiesigen Bevölkerung einer großen Beliebtheit sich erfreut, ausgebaggert wird. Die Baukommission stimmt dem zu unter dem Vorbehalt, daß eine Verpflichtung der Stadt zur Entfernung dieses Schlammes nicht anerkannt wird. Ich bitte namens der Baukommission, dem entsprechend zu beschließen.

Die 700 *M* werden unter dem genannten Vorbehalt bewilligt.

## 8. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in der Studienanstalt und Beschaffung von Mobiliar für eine neu einzurichtende Klasse.

Stadtv. Dr. **Alteknacht:** Der Direktor des Herzogin = Elisabeth = Lyzeums, Herr Professor Krüger, hat gebeten, für die sechs Klassen der Studienanstalt so schnell als möglich eine Gasbeleuchtung einzurichten, da sonst während der Wintermonate in den ersten Stunden der Unterricht erschwert oder unmöglich gemacht würde. Die Kosten dafür, einschließlich einiger Nebenarbeiten belaufen sich auf 560 *M*. Außerdem bittet der Direktor der Anstalt, für die Ostern 1914 neu einzurichtende Klasse der Studienanstalt die Beschaffung des nötigen Mobiliars zu bewilligen. Es besteht aus einem Katheder, einem Schrank und einer Doppeltafel mit Podium, wofür insgesamt 265 *M* aufzuwenden sind. Die erforderlichen Bänke sind vorhanden, es braucht nur der Anstrich derselben ausgebessert zu werden, wofür 25 *M* in Ansatz gebracht sind. Im ganzen würden 850 *M* zu bewilligen sein. Der Schulvorstand hat diese Anschaffungen befürwortet; der Ma-

gistrat ist ebenfalls dafür und richtet an die Versammlung das Ersuchen, diese 850 M zu Lasten der Rechnung des laufenden Jahres bewilligen zu wollen. Auch die Schulkommission hat sich mit der Sache befaßt; sie hat nichts einzumenden gefunden und empfiehlt den geehrten Herren die Bewilligung der Summe.

Die Ausgabe von 850 M für den genannten Zweck wird bewilligt.

## 9. Bericht über die städtischen Gaswerke, Wasserwerke, Mlenstadtmühle und Abwässer-Pumpstation für das Jahr 1912/13.

### a) Gaswerke.

Stadtv. **Mohr**: Der Bericht liegt Ihnen vor. Es kann daraus konstatiert werden, daß das Geschäftsjahr 1912/13 ein überaus günstiges gewesen ist. Auf Seite 5 sehen wir, daß der Verbrauch an Gas wieder um 482 000 cbm gegen das Vorjahr gestiegen ist. 1911/12 betrug der Zuwachs rund 236 000 cbm, 1910/11 90 000 cbm. Mag auch der Gasverbrauch zu Leuchtwerten hier und da Einschränkungen durch das elektrische Licht erfahren haben, so hat das Gas doch zu Kochwerken und durch die Gasautomaten immer mehr Verwendung gefunden, so daß wir jedenfalls auch für die späteren Jahre auf einen Mehrverbrauch rechnen dürfen.

**Vorsitzender**: Ich bitte die Herren, sich zu melden, wenn sie zu den einzelnen Seiten Bemerkungen zu machen haben.

Stadtv. **Schulze**: Ich möchte hierbei auf eins hinweisen. Auf den Gasanstalten werden bekanntlich drei verschiedene Arten von Koks verkauft; der billigste kostet jetzt 75 Pfg. Das ist der sogenannte Grus. Dieser ist am 1. April wieder um 10 Pfg. für den Zentner im Preise erhöht worden. In der Zeit, wo alles so ungeheuer teuer ist, wo die Ärmsten der Armen sich diesen Grus in Kiepen und Kinderwagen holen, um eine billige Feuerung zu bekommen, ist es als hart zu betrachten, wenn der Preis in diesem Jahre wieder um 10 Pfg. erhöht worden ist. Wenn andere Koksarten, sei es wegen des Einkaufs der Rohmaterialien oder aus anderen Gründen, hätten erhöht werden müssen, so wäre das eine Sache, die in einem kaufmännisch geleiteten städtischen Betriebe nicht zu umgehen ist. Bei diesem Grus aber hätte eine derartige Erhöhung des Preises nicht eintreten dürfen.

Ferner habe ich vorzubringen, daß ich verschiedentliche Äußerungen darüber gehört habe, daß zeitweise der Koks nicht die Güte habe, die er haben sollte, und selbstverständlich damit verbunden auch das Gas nicht. Es wird darauf zurückgeführt, daß man vermutlich jetzt zu sehr die westfälische Kohle berücksichtigt. Wie aus dem Bericht hervorgeht, hat man an westfälischer Kohle 27 Millionen Kilogramm verbraucht, während von der englischen nur 2,9 Millionen Kilogramm ver-

braucht sind. Es wird allgemein gesagt, daß die englische Kohle bedeutend besser ist; jedenfalls wäre darauf das Augenmerk zu richten, ob eine derartige Meinung zutrifft.

Weiter möchte ich mir folgende Anfrage erlauben. Wir haben in einer früheren Sitzung bereits den Magistrat gebeten, das hohe Mindestmaß für die Lieferung des Kofjes durch das städtische Fuhrwerk von 30 auf 15 Zentner herunterzusetzen. Der Herr Oberbürgermeister sagte damals auch, es sei ihm annehmlich, wenn in dieser Weise die Lieferung durch die Stadt gewünscht wird. Es wurde noch gesagt, die zuständige Deputation müßte sich zunächst mit der Sache befassen. Soweit ich gehört habe, sind aber bis jetzt keine Schritte in dieser Hinsicht unternommen. Ich glaube, daß es im Interesse der Abnahme unseres Kofjes zu wünschen ist, wenn diese Änderung getroffen wird.

Ich möchte in erster Linie den Magistrat und dann auch die Deputation dringend bitten, vor allen Dingen die Preiserhöhung auf den Grus aus den angeführten Gründen wieder rückgängig zu machen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Aus den Worten des Herrn Vorredners schien hervorzugehen, daß wir mehrmals eine Erhöhung des Preises für den Kofjegrus vorgenommen hätten. Das ist nicht der Fall. Wir müssen uns bei dem Abjaß des Kofjes — das ist nicht zu vermeiden — nach den allgemeinen Preisen in der Stadt richten. Der Preis ist früher so hoch gewesen, wie er jetzt ist; er war zeitweilig heruntergesetzt, und nachdem eine allgemeine Preissteigerung eingetreten war, hielt sich die Deputation für verpflichtet, um den Kohlenhändlern nicht zu sehr Konkurrenz zu machen, den Preis wieder auf den früheren Stand zu bringen. Es kann aber nochmals erwogen werden, ob die Preissteigerung auf die übrigen Kofjarten beschränkt und der Kofjgrus billiger abgegeben werden soll.

Was die Verwendung der englischen Kohle anbetrifft, so überlegt die Deputation eingehend, welche Kohle zur Gaserzeugung genommen werden soll. Es ist jedoch zeitweilig unmöglich gewesen, englische Kohle zu bekommen, deshalb haben wir uns mit weniger guten Sorten Kohlen begnügen müssen.

Die Anregung des Herrn Schulze, betreffend die Abfuhr von geringeren Mengen Kofj durch städtische Fuhrwerke, ist der Straßenreinigungsdeputation, welche die Abfuhr vornehmen läßt, überwiesen. Ich habe sie dem Herrn Bürgermeister Meyer, der während der Sitzung in den Ferien war, zugeschrieben. Die Sache wird jedenfalls in Gang gebracht werden.

**Stadtv. Mohr:** Seite 6 finden Sie, daß der Heizwert des Gases etwas höher ist als in den beiden Vorjahren. Der Kohlenverbrauch (Seite 7) ist von 27 770 000 kg um 2 860 000 kg auf 30 630 000 kg gestiegen. Es entspricht dieser Mehrverbrauch an Kohlen der bedeutend größeren Gaserzeugung.

Auf Seite 7 kommt das eben Besprochene. Die Kofasabgabe hat sich weiter gebessert, im Vorjahre war sie nicht besonders gut. Es sind rund 23 540 000 kg gegen 19 880 000 kg des Vorjahres abgegeben, also 3 655 000 kg mehr. Zur eigenen Verwendung der Stadt dienten 19 Prozent des Vorrats.

Der Preis des Kofses (Seite 11) per 100 kg ist wieder zu normaler Höhe auf 1,75  $\mathcal{M}$  gestiegen, im Vorjahre konnten nur 1,55  $\mathcal{M}$  erzielt werden.

An Teer wurden 229 000 kg mehr erzeugt (Seite 7); es stieg die Einnahme hieraus von 33 450  $\mathcal{M}$  auf 51 130  $\mathcal{M}$ . Auch hier ist eine Preissteigerung von 25 Prozent zu verzeichnen. Auch die Einnahmen aus schwefelsaurem Ammoniak (Seite 11) stiegen von 57 000  $\mathcal{M}$  auf 59 500  $\mathcal{M}$ .

Die Kosten der Gaserzeugung (Seite 11) stellen sich auf 6,62  $\mathcal{M}$  per Kubikmeter unter Einbeziehung der Rückstellung von 40 000  $\mathcal{M}$ . Wird letztere ausgeschlossen, so betragen die Gestehungskosten 6,15  $\mathcal{M}$  gegen 7,75  $\mathcal{M}$  des Vorjahres.

Für Erweiterungsanlagen (Seite 14) sind aus dem Reservefonds rund 15 000  $\mathcal{M}$  mehr entnommen als im Vorjahr. Es sind allein für beschaffte Gasmesser 11 000  $\mathcal{M}$  mehr verausgabt. — Die Miete für Gasmesser steht nur noch mit 826  $\mathcal{M}$  verzeichnet.

Ich bitte Sie, nun Seite 17/18 aufzuzuklagen. Es ist unserem Wunsche Rechnung getragen: Sie finden in den Rubriken die Einnahmen und Ausgaben, auch die des Vorjahres, verzeichnet, wir können also in bequemer, übersichtlicher Weise Vergleiche anstellen.

Die Ihnen bereits vorgeführten bedeutenden Steigerungen der Einnahme aus Gas und den Nebenprodukten verursachten naturgemäß bedeutend höhere Betriebskosten, insbesondere für Kohlen und Zusatzmittel, wofür rund 47 000  $\mathcal{M}$  mehr verausgabt wurden als im Vorjahre.

Die Betriebslöhne sind mit 136 600  $\mathcal{M}$ , also rund mit dem doppelten Betrage des Vorjahres eingestellt. Die Differenz klärt sich dahin auf, daß bislang die Löhne in den einzelnen Kapiteln aufgeführt wurden, während sie jetzt als Gesamtlohn des ganzen Werks in Erscheinung treten. Auch für die Unterhaltung der Laternen wurden 19 000  $\mathcal{M}$  gegen das Vorjahr mehr verausgabt.

Der Überschuß beträgt 519 768  $\mathcal{M}$ , das ist gegen den Veranschlag ein Plus von 136 700  $\mathcal{M}$ .

In der Bilanz Seite 18/19 finden Sie unter „Bestände“ das Gasmesserkonto mit 475 609  $\mathcal{M}$  eingestellt. Es bedeutet dies ein Mehr von 17 000  $\mathcal{M}$  gegen das Vorjahr. — Der Reservefonds hat die Höhe von 454 926  $\mathcal{M}$  erreicht.

Über die magistratsseitig in Vorichlag gebrachte Verwendung des Überschusses werde ich am Schluß berichten, nachdem wir die Wasserwerksabrechnung und die der Neustadtmühle besprochen haben.

Stadtv. **Niese:** Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf Seite 16 lenken. Dort sind im Voranschlage als Einnahme für Koks 265 000 *M* eingelegt, ergeben hat sich der Betrag von 336 534,69 *M*. Es sind also 71 500 *M* mehr als Erlös herausgekommen. In Rücksicht auf diesen Mehrertrag möchte ich auf das zurückkommen, was Herr Schulze schon gesagt hat, daß das zu Ungunsten gerade der Minderbemittelten zum großen Teile mitwirkt, wenn natürlich auch noch andere und größere Abnehmer zu dem Mehrerlös beigetragen haben. Aber bei diesem Mehrerlös ist es wohl am Plage, daß denjenigen, die nur kleine Portionen zu holen gezwungen sind, nicht allein der Grus, sondern auch der andere Koks 10 Pfg. niedriger berechnet werden könnte. Bei einer Differenz von 71 000 *M* wäre das wohl zu erreichen, und ich möchte Sie ersuchen, in dem Sinne zu handeln.

Stadtv. **Mohr:** Ich möchte darauf erwidern, daß der Mehrertrag doch nicht so sehr dem Verkauf von Grus zuzuschlagen ist, denn das Gaswerk hat außerdem noch groben Koks und Brechkoks abgegeben. Auf Seite 7 ist zu sehen, daß an Grob- und Brechkoks 17 500 000 kg verkauft wurden, während an Feinkoks und Grus nur der minimale Satz von 1 600 000 kg verkauft ist.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich möchte mir in bezug auf die Arbeiterfürsorge eine Anfrage erlauben. Vor vierzehn Tagen hielt ich in einer Frauenversammlung einen Vortrag über Unfallversicherung. Im Anschluß daran wurde von einer Frau behauptet, daß es in den städtischen Gas- und Wasserwerken üblich sei, falls ein Arbeiter einen Unfall erleide und Rente erhalte, daß dieser Betrag der Rente ihm von seinem Lohn abgezogen würde. Ich möchte anfragen, ob das den Tatsachen entspricht? Wir haben in den großen Betrieben von Jüdel, Luther usw. das nicht. Wenn dort einem Arbeiter beispielsweise ein Finger abgerissen wird, so bekommt er wohl seine Entschädigung, aber abgezogen wird ihm die von seinem Lohn nicht.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Grundsätze haben wir in dieser Beziehung nicht aufgestellt. Die Löhne werden festgesetzt innerhalb des Rahmens dessen, was von der Deputation vorgeschrieben ist. Es hat auch der Deputation ein solcher Fall noch nicht vorgelegen. Im übrigen kann man im allgemeinen doch wohl sagen, daß bei der Lohnbemessung der Arbeiter, die durch Unfall beschädigt sind und nicht voll arbeitsfähig sind, es genügt, wenn die Unfallrente zusammen mit dem geminderten Lohne das ergibt, was der Arbeiter früher in gesunden Tagen verdient hat. Im anderen Falle würde es dahin führen, daß gewissermaßen eine Prämie auf Unfälle gesetzt würde. Ich wiederhole aber: ein derartiger Grundsatz ist von uns nicht aufgestellt.

Stadtv. **Steinbrecher:** Wenn sich nach diesem Beispiele auch die Privatbetriebe richten wollten, so würde das schön aussehen! Es gibt große Betriebe, die dem Arbeiter, wenn ihm der Finger abgerissen ist, seinen vollen Lohn weiter bezahlen. Wer garantiert denn dem Arbeiter, wenn er aus dem Betriebe, in dem der Unfall geschehen ist, herauskommt, daß ein anderer Arbeitgeber dieselbe Rücksicht nimmt? Ich meine, die Stadt braucht nicht selbstischer zu sein als bürgerliche Geschäfte. Ich möchte bitten, wenn hier ein solcher Fall vorkommen sollte, von der bisherigen Gepflogenheit Abstand zu nehmen.

### b) Wasserwerke.

Stadtv. **Mohr:** Die gesamte Fördermenge und Wasserabgabe 1912/13 betrug 4 794 402 cbm, rund 156 000 cbm weniger als im Vorjahre — der heiße und trockene Sommer 1911 stellte derzeit gewaltige Anforderungen an unsere Wasserwerke. Der durchschnittliche Tagesverbrauch betrug 13 126 cbm, gegen 13 520 cbm im Vorjahre. Die jetzt durch den farbigen Druck sehr übersichtlichen Tabellen über den Wasserstand in den Sammelbrunnen, über Chlorgehalt, Eisengehalt finden Sie hinter der letzten Seite im Bericht. Der Wasserstand hat sich etwas gebessert, dürfte aber noch nicht als normal anzusehen sein.

Der Kohlenverbrauch ist um rund 375 000 kg zurückgegangen, er betrug 1911/12 1 594 152 kg und 1912/13 1 219 015 kg.

Die Selbstkosten für 1 cbm Wasser betrugen 9,62 Pfg. (Seite 26) gegen 10,55 Pfg. im Jahre 1911/12.

Nun in dem Berichte ist Kap. VIII, Berechnung des Selbstkostenpreises für die im Jahre 1912/13 vom Kraftwerk Eisenbüttel an die Wasserwerke Bürgerpark und Müningen abgegebene elektrische Energie. Darnach sind 751 531 Kilowattstunden geliefert, und die Selbstkosten belaufen sich auf 3,137 Pfg. pro Kilowattstunde. Ich kann hier konstatieren, daß dieser Preis für die Kilowattstunde äußerst billig ist.

Der Reservefonds, welcher durch den Neubau des zweiten Grundwasserwerks sowie durch die Rohrerweiterungen auf 188 427 M gekunten war, weist am 1. April d. J. wieder einen Bestand von 324 449 M auf (Seite 29).

Stadtv. **Bunge:** Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, einen Wunsch der Anwohner der Zahn- und Weststraße zum Ausdruck zu bringen. Es ist in den letzten Tagen mit den Arbeiten zur Behebung der Wassertalamität in diesen Straßen begonnen. Dabei ist es bitter empfunden worden, daß das Wasser sofort abgestellt wurde, sobald abgeläutet war, so daß die Leute in den Tagen kein Wasser bekamen. Es ist wohl hinterher zweimal angestellt worden, aber — wie das bei solchen Gelegenheiten ist — das Wasser war mit Verunreinigungen durchsetzt, so

daß es nicht zu gebrauchen war und eine ganze Reihe von Familien überhaupt nicht in der Lage war, die Hauptmahlzeit gegen Abend kochen zu können. Ich möchte doch den Magistrat bitten, bei derartigen Gelegenheiten in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, nach dem Abläuten erst eine Pause eintreten zu lassen, in der sich die Leute Wasser nehmen können, und wenn die Arbeiten einen großen Umfang haben, an verschiedenen Stellen in der Nähe die Wasserentnahme während der Zeit der Absperrung den Bewohnern der betreffenden Gegend zu ermöglichen. Jedenfalls ist zuzugeben, daß der jetzige Zustand unangenehm ist für die Leute, die kein Wasser bekommen können, aber auch für die Leute, die Wasser in größerer Menge abgeben sollen und selbst dafür Wassergeld bezahlen müssen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß in der angegebenen Weise nicht nur hier, sondern auch bei Gelegenheit anderer größerer Arbeiten Vorkehrung getroffen wird.

**Stadtv. Frede:** Auch ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um auf einen Übelstand aufmerksam zu machen, der die Öffentlichkeit und auch wohl schon den Magistrat beschäftigt hat: das bedrohliche Anwachsen des Chlorgehalts desjenigen Wassers, das von dem Wasserwerk Domesee hergeleitet wird. Sie haben wohl alle die Berichte in den Zeitungen gelesen, ich glaube, die Zahl hat die Höhe von 200 erreicht. Bei dem Rünninger Werk ist der Chlorgehalt wesentlich geringer, nur zeigt sich, daß mehr organische Bestandteile darin sind; aber das Wasser von Rünningen scheint im ganzen doch bedeutend besser zu sein als das vom Domesee herkommende. Der Magistrat ist vielleicht in der Lage, uns Auskunft zu geben, ob dagegen etwas getan werden kann und soll.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Das Anwachsen des Chlors hängt ohne Frage damit zusammen, daß infolge der vorwiegend trockenen, also für die Wasserentnahme ungünstigen letzten Jahre das Wasser in größerer Menge als früher aus der Tiefe hat entnommen werden müssen. Wir wohnen bekanntlich auf Salz, und so ist es erklärlich, daß mit dem Wasser mehr Salz als früher heraufgekommen und der Chlorgehalt des Wassers gewachsen ist. Es ist von verschiedenen Seiten die Befürchtung ausgesprochen, daß dadurch die Qualität des Wassers gelitten hätte. Ich habe deshalb Veranlassung genommen, Herrn Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Beckurts, den wir wohl ohne weiteres als zuverlässigen Sachverständigen ansehen können, die Frage vorzulegen, wie weit der Chlorgehalt des Wassers steigen könnte, ohne daß die Gesundheit der Verbraucher des Wassers irgendwie geschädigt würde. Der Herr schreibt mir darauf folgendes — ich brauche den ganzen Brief nicht vorzulesen —: „Chlor kommt in unserm Trinkwasser in Form von Chlornatrium (Kochsalz) vor, also in Form eines vollkommen unschädlichen Salzes, welches im Wasser löslich ist und erst lästig wird, wenn es sich durch den

Geschmack bemerkbar macht. Sobald dies der Fall ist, wird der Chlorgehalt bedenklich. Die Geschmacksgrenze ist bei den verschiedenen Individuen verschieden, man nimmt aber wohl einwandfrei an, daß das Vorkommen von 500 Milligramm Chlor in Form von Kochsalz in einem Liter Wasser sich durch den Geschmack noch nicht bemerkbar macht.“ Es wird weiter ausgeführt, daß die jetzige Menge von Chlor in unserem Trinkwasser vollständig unbedenklich ist. Man hätte in anderen Städten — es wird auf Magdeburg hingewiesen — regelmäßig einen höheren Chlorgehalt im Wasser.

Gleichwohl ist schon erwogen, wie man dieser lästigen Erscheinung — ich erkenne an, daß viele Leute sich beunruhigt fühlen — vorbeugen könnte. Das läßt sich dadurch erreichen, daß man die Zahl der Brunnen am Domesee noch erweitert und außerdem öfter, als bisher der Fall war, für Reinigung der Brunnen sorgt. Soweit ich unterrichtet bin, ist die jetzige Brunnenreihe drei Jahr im Betriebe. Die Folge davon ist gewesen, daß einige Brunnen, die nicht so verschlammmt waren, stärker in Anspruch genommen sind, und zufällig sind diese gerade etwas chlorhaltig gewesen. Die Deputation hat nun in Aussicht genommen, diese Brunnen überhaupt auszuschalten und dafür ein paar neue anzulegen. Auch bei dem Wasserwerk Rünningen wird der Chlorgehalt des Wassers noch wachsen, denn auch bei dem Wasserwerk Rünningen ist nicht von Anfang an ein so starker Chlorgehalt vorhanden gewesen. Es ist bereits erwogen und sind Verhandlungen eingeleitet, Abhilfe zu schaffen dadurch, daß man künstlich dem Boden, aus dem das Wasser entnommen wird, Grundwasser zuführt. Das wird sich machen lassen insofern der Nähe der Oker. Das Okerwasser ist, wenn es durch eine längere Schicht hindurchgeführt wird — und wir haben dort eine sehr gute Filtrierschicht —, vollständig einwandfrei. Dabei haben wir noch den Vorteil, daß der Härtegrad des Wassers (der reichlich hoch ist, was für Dampfkessel nicht angenehm ist) dadurch, daß dem Brunnen weiches Wasser zugeführt wird, sinkt. Ich glaube, wir werden schon in nächster Zeit Ihnen eine diese Angelegenheit betreffende Vorlage machen können.

Stadtv. **Frede:** Ich wollte nur dem Danke gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister Ausdruck geben. Durch die Auskunft wird eine sehr willkommene Aufklärung in der Bevölkerung Platz greifen und Beruhigung geschaffen werden.

Stadtv. **Mohr:** Seite 32 finden Sie die Gewinn- und Verlustrechnung in ähnlicher Weise wie bei dem Gaswerk aufgestellt, auch die vorjährigen Einnahmen und Ausgaben sind angegeben, um Vergleiche anstellen zu können. Die Einnahmen für Wasser durch Wassermesser sind um ein Geringes hinter dem Voranschlage zurückgeblieben und betragen rund 15 000 .# weniger als 1911/12. Der warme Sommer 1911 ist die Erklärung hierfür.



Der auffallend erscheinende Rückgang des Gewinns aus dem Privateinrichtungsgeschäfte erklärt sich dadurch, daß für städtische Gebäude und Werke 113 000 *M* weniger aufgewendet wurden als im Jahre vorher. Der Gewinn aus dem eigentlichen Privateinrichtungsgeschäfte weist gegen das Vorjahr keinen großen Unterschied auf.

Unter Ausgaben finden Sie die Betriebslöhne um rund 3000 *M* höher als im Vorjahre. Der Hydrantenbetrieb erforderte an Ausgabe rund 3100 *M* mehr, was hervorgerufen ist durch die vermehrte Anlage von Überflurhydranten.

Der Gewinn gleicht annähernd dem des Vorjahres, er beträgt 88 230 *M* gegen 86 892 *M* 1911/12.

### c) Neustadtmühle.

Stadtv. Mohr: Die Neustadtmühle erzielte einen Gewinn von 31 530 *M* (Seite 37) gegen 27 358 *M* des Vorjahres.

Verarbeitet ist im letzten Jahre etwas weniger als im Vorjahre; es hängt das wohl mit der Ernte 1912 zusammen, die wegen der nassen Erntezeit nicht gerade günstig gewesen ist.

Seite 38/39 finden Sie in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend der geringeren Vermahlung geringere Einnahmen für Mahlohn und verkaufte Kleie. Die fortlaufenden Betriebskosten betrugen 1912/13 nur 2600 *M* gegen 11 500 *M* des Vorjahres, die große Differenz klärt sich dadurch auf, daß im Jahre 1911/12 das Werk wegen Wassermangel lange Zeit mit elektrischer Energie betrieben wurde.

### d) Abwässpumpstation.

Stadtv. Mohr: Der Zuschuß von der Kämmereikasse zur Deckung des Fehlbetrages betrug 36 300 *M* gegen 33 000 *M* 1911/12. Etwas Mehrkosten verursachten die Bezüge für Kohlen usw., sowie die Unterhaltung der Maschinen, ferner sind auch etwas höhere Bureaukosten zu verzeichnen.

Stadtv. Mohr (fortfahrend): Hinsichtlich der Verwendung der Überschüsse aus den Gas- und Wasserwerken stellt der Magistrat folgende Anträge:

Die bei den Gas- und Wasserwerken erzielten Überschüsse würden in Gemäßheit der Vorschriften des § 3 des Statuts vom 29. März 1909 dem Ausgleichsfonds mit  $\frac{4}{5}$  und dem Ordinarium der Kämmereikasse mit  $\frac{1}{5}$  zu überweisen sein. Die Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke hat jedoch mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erweiterungsbau des Gaswerks an der Taubenstraße (610 000 *M*) empfohlen, außer der bereits für 1913/14 vorgesehenen Rückstellung von 100 000 *M* von dem vorgenannten Gewinn aus 1912/13 eine

außerordentliche Rückstellung von 150 000  $\text{M}$  für den Reservefonds der Gaswerke vorzunehmen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit dieser Rückstellung einverstanden zu erklären. Die Gewinnverteilung aus 1912/13 würde sich darnach folgendermaßen stellen:

Von dem Gewinn der Gaswerke: (519 768,24  $\text{M}$  --- 150 000  $\text{M}$  =) 369 768,24  $\text{M}$ , vier Fünftel an den Ausgleichsfonds = 295 814,59  $\text{M}$ , ein Fünftel an das Ordinarium der Kammereikasse = 73 953,65  $\text{M}$ .

Von dem Gewinn der Wasserwerke vier Fünftel von 88 230,85  $\text{M}$  an den Ausgleichsfonds = 70 584,68  $\text{M}$ , ein Fünftel an das Ordinarium der Kammereikasse = 17 646,17  $\text{M}$ .

Der aus dem Betriebe der Neustadtmühle erzielte Gewinn von 31 530,80  $\text{M}$  ist dem Ordinarium der Kammereikasse zu überweisen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Reservefonds des Gaswerks sich zusammenstellen würde aus dem jetzigen Bestande von 454 926,01  $\text{M}$  und den beiden Überweisungen von 150 000  $\text{M}$  und 100 000  $\text{M}$ , so daß er darnach 704 926,01  $\text{M}$  betragen würde. Rechnet man, daß die laufenden Ausgaben rund 60 000  $\text{M}$  betragen (im Vorjahre 62 000  $\text{M}$ ), so würden wir einen Reservefonds von 644 926  $\text{M}$  besitzen. Wir würden also nach Ausführung der geplanten Erweiterung immer noch mit einem Reservefonds von 30 000  $\text{M}$  rechnen können.

Zu dem ersten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung der Neustadtmühle (Zinsen 800  $\text{M}$ ) ist zu bemerken, daß auf das Kestkaufgeld von 20 000  $\text{M}$  am 1. April 1913 10 000  $\text{M}$  abgetragen sind und die letzten 10 000  $\text{M}$  am 31. März 1914 zurückgezahlt werden.

Die Finanzkommission, der die vorgetragenen Berichte zur Prüfung vorgelegen haben, empfiehlt Ihnen, die Vorschläge des Magistrats anzunehmen.

**Vorsitzender:** Wenn Widerspruch nicht erhoben wird, werde ich über die sämtlichen Anträge, die der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, in eins abstimmen lassen. — Ich bitte die Herren, die die vorgetragenen Magistratsanträge annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Weichiebt.) Die Annahme ist erfolgt.

## 10. Änderung des Statuts Nummer 1 vom 24. März 1893 (Gebührenfreie Eintragung in die Bürgerrolle).

Stadtv. Dr. **Boge:** Am 13. März ds. Js. ist der Magistrat durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ersucht, das städtische Statut Nummer 1 in der Weise zu ändern, daß von Erhebung einer Bürgerrechtsgebühr abgesehen wird. Der Magistrat hat darauf durch Ermittlungen festgestellt, daß im Herzogtum zwar noch keine Stadtgemeinde diese Gebühr beseitigt hat, daß dies aber wohl in einer Reihe von norddeutschen Städten außerhalb Braunschweigs geschehen sei. Der

Magistrat schließt sich deshalb dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung an und legt uns die getroffene Abänderung des zweiten Abschnittes zur Genehmigung vor, wonach dieser Teil folgende Fassung erhält:

„II. Bürgerrecht. Für die Erteilung des Bürgerrechts wird bei Eintragung in die Bürgerrolle keine Gebühr erhoben.“

Da der Antrag von uns ausgegangen ist, hat die Statutenkommission selbstverständlich ohne weiteres ihre Zustimmung zu der Änderung ausgesprochen und vottet die Versammlung, der Fassung des neuen Abschnittes zuzustimmen.

Stadtv. **Bunge:** Es ist erfreulich, daß der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beigetreten ist. Nun bedarf es freilich noch der Genehmigung des Ministeriums, und ich glaube, daß noch eine ganze Zeit darüber hingehet, bevor sie erteilt ist. Da die Absicht der Änderung bekannt geworden ist, so ist denjenigen, die sich in den letzten Monaten in die Bürgerrolle haben eintragen lassen wollen, geraten, sie möchten noch etwas damit warten, weil diese demnächst kostenlos erfolgen würde. Da nun schon viele Anträge vorliegen, so wäre es meines Erachtens am Platze, den Magistrat zu ersuchen, daß er schon jetzt den früheren Abschnitt II des Statuts außer Kraft setze, damit der Andrang später nicht so groß würde.

Stadtrat **von Frankenberg:** Wie gern der Magistrat bereit ist, einem fast einstimmig gefaßten Beschlusse der Versammlung nachzukommen, ersehen die geehrten Herren daraus, daß Ihnen nach sorgfältiger Prüfung des Antrages die heutige Vorlage gemacht ist. Aber so viel Entgegenkommen, wie der Herr Vorredner wünscht, daß wir einfach ohne Mitwirkung des Ministeriums eine Bestimmung außer Kraft setzen, wird der Magistrat beim besten Willen nicht zeigen können. Im übrigen wird die Angelegenheit so schnell wie möglich erledigt werden. Es gibt wenig Sachen, die so einfach sind, wie diese, und ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß die Genehmigung schnellstens erfolgt. Da in der nächsten Zeit keine Wahlen stattfinden, so wird kein Schaden entstehen, wenn die Betroffenen noch die kurze Zeit warten müssen, bis das Statut genehmigt ist.

Die Änderung des Abschnittes II wird genehmigt.

## 11. Krankenversicherung der unständigen Arbeiter.

Stadtv. **Hartung:** Mit Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung werden die sogenannten unständigen Arbeiter — d. h. Leute, deren Beschäftigung von vornherein auf weniger als eine Woche nach der Natur der Sache oder durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist, z. B. Wäscherinnen, Flickerinnen, Plätterinnen,

die an wechselnden Stellen tagweise arbeiten — der Krankenversicherungspflicht unterstellt und in die allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohnortes eingereiht werden. Sie haben ihren Beitragsanteil selbst abzuführen, während die ständig wechselnden Arbeitgeber der Kasse gegenüber eine Beitragspflicht nicht haben, wohl aber hat der Gemeindeverband der Kasse — hier die Stadtgemeinde Braunschweig — am Schluß jedes Vierteljahres den Gesamt-Betrag der Beitragsanteile der Arbeitgeber der unständigen Arbeiter auf Grund einer eingereichten Rechnung an die Krankenkasse zu zahlen. Es ist ferner der Gemeinde durch die Reichsversicherungsordnung das Recht gegeben, diese Beiträge auf die Einwohner des Kassenbezirks umzulegen und dabei diejenigen Einwohner, welche solche unständigen Arbeiter in großer Anzahl, bezw. für längere Zeit zu beschäftigen pflegen, in höherem Maße heranzuziehen. Der Stadtmagistrat ersucht uns nun aber, uns damit einverstanden zu erklären, daß man einstweilen von diesem Recht keinen Gebrauch macht, und zwar um deswillen, weil es zurzeit schwer zu übersehen ist, ob bei der ganzen Arbeit praktisch etwas Wesentliches herauskommt. Es würde sich also darum handeln, ob diese Beiträge aus den allgemeinen Steuern gedeckt werden, oder ob sie durch eine besondere Verrechnung, wie sie das Gesetz vorsieht, verteilt werden sollen. Jedenfalls ist sicher, daß die Verrechnung außerordentliche Schwierigkeiten und infolgedessen auch Kosten verursachen wird, weshalb der Magistrat der Ansicht ist, es dabei bewenden zu lassen, daß die Beiträge der Arbeitgeber für die unständigen Arbeiter aus allgemeinen Mitteln gedeckt werden. Der Magistrat hat sich bemüht, mit Zuhilfenahme des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine ungefähre Übersicht über die Beträge zu gewinnen, um die es sich handeln wird. Auf Grund dieser Schätzung, die auf Exaktheit keinen Anspruch macht, glaubt man, daß es sich um 16 000 bis 17 000 M. handeln wird. In Anbetracht dessen, daß die Summe im Verhältnis zu dem Etat der Stadt gering ist, daß die Arbeit der Verrechnung auf die einzelnen Arbeitgeber recht groß werden würde, ist die Statutenkommission der Ansicht, daß der Antrag des Magistrats durchaus berechtigt ist, und sie gibt Ihnen anheim, sich einverstanden zu erklären, daß einstweilen — eine definitive Ordnung soll noch nicht getroffen werden — von diesem Rechte der Gemeinde kein Gebrauch gemacht wird.

**Stadtv. Steinbrecher:** Es besteht eine Bestimmung, daß ein Mitglied der Krankenkasse, das in das Mitgliederverzeichnis eingetragen ist und die Arbeit wechselt, trotzdem noch Mitglied der Kasse bleibt. Die Gemeinde muß in dem Falle das Arbeitgeber-Drittel bezahlen, der Arbeiter selber bezahlt seine zwei Drittel. Wenn er nun seine Arbeit wechselt und freiwillig weiter versichern will, so muß er auch das letzte Drittel mitbezahlen, was jetzt die Gemeinde bezahlt. Wäre es da nicht angängig, daß es bei uns so gemacht würde, wie es in Hamburg geschieht? Es

ist dort — allerdings vom Staat — beschlossen, daß die Gemeinde das Arbeitgeberdrittel auch bezahlt, wenn der betreffende Arbeiter arbeitslos ist. Nun weiß ich nicht, ob das die Gemeinde selber machen kann, aber wir würden dadurch erzielen, daß die Arbeiter, wenn sie ohne Beschäftigung sind, sich viel eher weiterversichern. Es wird so kommen, daß der unständig Beschäftigte, der z. B. seine 56 Pfennig Beitrag bezahlt hat, schwerlich dazu kommt, daß er sich weiterversichert, wenn er auch noch das Drittel des Arbeitgebers mit bezahlen soll. Das liegt nicht im Interesse der Gemeinde, denn wenn die Arbeiter dann krank werden, fallen sie der Armenkasse zur Last. Wenn wir als Gemeinde das beschließen könnten, daß die Stadt während dieser Arbeitslosigkeit das Arbeitgeberdrittel mit bezahlt, so wäre das jedenfalls auch für die Arbeiter sehr gut. In Hamburg heißt die Bestimmung: „§ 2. Die Beiträge werden von den Versicherten, ihren Arbeitgebern und dem Gemeindeverband in der Weise aufgebracht, daß der Versicherte zwei Drittel des Beitrags für volle Kalenderwochen, der Arbeitgeber ein Drittel des Beitrages für jeden Tag der Beschäftigung und der Gemeindeverband ein Drittel des Beitrages für diejenige Zeit entrichtet, während welcher der Versicherte vorübergehend ohne Beschäftigung war.“

Es handelt sich bei uns darum, ob das Staatsministerium das genehmigen würde.

**Stadtrat Wagner:** Derartige Bestimmungen können nur durch die Landesregierung getroffen werden, wie auch das von Herrn Steinbrecher Angeführte in Hamburg tatsächlich durch die Landesregierung bestimmt ist. Herr Steinbrecher irrt, wenn er meint, daß der Hamburger Staat für die Zeit, da der Arbeiter beschäftigungslos ist, den Beitrag zur Versicherung übernommen hat. Die Sache liegt so, daß der unständige Arbeiter immer, auch wenn er beschäftigungslos ist, die zwei Drittel des Arbeitnehmers zu tragen hat, dafür ist er in der Zeit der Beschäftigungslosigkeit kraft Gesetzes fortversichert. Das ist nicht eine freiwillige Fortversicherung. Da diese unständigen Arbeiter zum Teil recht häufig stellungslos sind, so würde durch eine Maßnahme, wie sie Herr Steinbrecher wünscht, die Stadt zu stark belastet werden. Auch die Krankenkasse würde stark zu leiden haben, wenn sie dem Unständigen immer die volle Unterstützung gewähren müßte, obwohl von ihm sein Beitrag von zwei Dritteln oft nicht zu erlangen wäre. Da hat das Gesetz einen Kiegel zugunsten der Krankenkasse vorgehoben, indem in solchen Fällen, wenn der Arbeiter nicht in den letzten 26 Wochen vor einer Erkrankung ein gewisses Minimum von Beiträgen geleistet hat, die Unterstützungspflicht der Kasse sich ermäßigt. Es muß Arzt und Apotheke immer gewährt werden, aber das Krankengeld wird dann vermindert.

Wie Herr Steinbrecher verlesen hat, ist man in Hamburg so verfahren, daß nur in derjenigen Zeit, wo der unständige Arbeiter *beschäftigungslos* ist, die Gemeinde das Arbeitgeberdrittel zu bezahlen hat, im übrigen aber die einzelnen Arbeitgeber. Das ist eine komplizierte Sache; an den weiteren Hamburger Bestimmungen kann man das deutlich erkennen. Es sind Beitragsmarken, ähnlich wie bei der Invalidenversicherung, zu verwenden, und zwar von den Arbeitnehmern *Wochenmarken*, von den Arbeitgebern aber *Tagesmarken* im Werte von wenigen Pfennigen, denn bei den unständigen Arbeitern dauert die einzelne Beschäftigung nicht eine volle Woche, sondern nur Tage. Die Arbeitgeberbeiträge müssen also in Hamburg für jeden einzelnen Tag und von jedem einzelnen Arbeitgeber eingeklebt werden. Ich meine, das ist ein furchtbar umständliches Verfahren. Wenn wir das Wenige, was die Stadtgemeinde dadurch ersparen würde, auf die allgemeine Steuerlast nehmen, handeln wir, wie ich glaube, mehr im Interesse der sämtlichen Beteiligten. Zu berücksichtigen ist übrigens, daß durch die Zwangsversicherung der Unständigen die Armenlast verringert wird, so daß dadurch wieder eine Ersparnis für die Stadt eintritt.

**Stadtv. Steinbrecher:** Der betreffende Passus lautet: „Hat ein unständig Beschäftigter im Laufe der letzten 26 Wochen vor der Erkrankung für mehr als acht Wochen seinen Beitragsteil nicht geleistet, so erhält er nur Krankenpflege, das Sterbegeld beträgt 30 Mark. Das gleiche gilt für einen Versicherten, dessen Mitgliedschaft noch nicht 26 Wochen besteht, wenn er seinen Beitragsteil für mehr als ein Viertel der Versicherungsdauer nicht geleistet hat.“

Jetzt ist immer die Sache die: Der Betreffende bleibt Zwangsmitglied der Ortskrankenkasse. Was nützt ihm aber diese Zwangsmitgliedschaft, wenn er krank wird, und er hat in den 26 Wochen vor seiner Erkrankung die acht Wochen Beiträge nicht geleistet? Es ist möglich, daß er diesen Beitrag nicht zahlen kann. Ich habe mich mit der Ortskrankenkasse in Verbindung gesetzt und gefragt, wie es in ihren Statuten gehalten würde. Da ist mir die Mitteilung geworden, daß unständig Beschäftigte auf Grund des Statuts Mitglieder der Kasse bleiben. Wenn sie sich aber freiwillig versichern wollen, so müßten sie auch dieses eine Drittel des Arbeitgebers bezahlen. Diesen Standpunkt vertritt auch Hahn in seinem Buche. Ich habe ausgerechnet: Es werden 4 Prozent vom Ortslohn erhoben; wenn er zwei Drittel an Krankengeld bezahlen müßte, so würde das für ihn 56 Pfennig betragen, für den Arbeitgeber oder die Stadtgemeinde 28 Pfennig. Was nützt es ihm, Mitglied der Kasse zu bleiben, wenn er die 56 Pfennig und dazu noch die 28 Pfennig in der Zeit der Arbeitslosigkeit nicht anbringen kann? Es wäre besser, wenn man sagen könnte: Du kannst deine 56 Pfennig weiterbezahlen und behältst vollen Anspruch. Sagt man aber: Jetzt, nachdem du arbeitslos bist, mußt du auch

die 28 Pfennig mitbezahlen, so wird man damit manchen abstoßen, sich nicht fortzuversichern. Nun hatte ich mir gedacht, hier in Braunschweig müßte wohl das Staatsministerium eine Bestimmung erlassen. Da das Staatsministerium aber sowieso die Bestimmungen des Gemeindeverbandes genehmigen muß, so wird es eine Bestimmung, wie ich sie für die Stadtgemeinde wünsche, auch genehmigen, wenn es einzieht, daß der Stadt dadurch kein Nachteil, sondern nur Vorteile für die gesamte Kommune erwachsen. Als ich in der Krankenkasse anfragte: „Müssen eure unständig Versicherten bei der Weiterversicherung das Drittel mit bezahlen,“ da hat man mir mit Ja geantwortet.

Wenn aber die Stadt einen anderen Standpunkt einnimmt, so würde die Sache jedenfalls vom Ministerium nicht genehmigt werden.

**Stadtrat Wagner:** Die Sache liegt etwas anders. Solange jemand überhaupt „unständiger Arbeiter“ ist, ist er ununterbrochen zwangsversichert; es gibt dann eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung nicht. Auch während der Arbeitslosigkeit ist er zwangsversichert. Wenn er aber seine Tätigkeit als „unständiger Arbeiter“ aufgibt, beispielsweise einen Kleinhandel anfängt, dann kann er freiwillig die Kassenmitgliedschaft fortsetzen, und dann liegt keine Veranlassung vor, daß die Stadt für ihn Opfer bringt und seinen freiwilligen Beitrag zur Krankenkasse bezahlt. Was Herr Steinbrecher erreichen möchte, daß Leute, die in der der Krankheit vorhergehenden Zeit von 26 Wochen nicht mindestens 8 Wochen Beiträge bezahlt haben, voll anspruchsberechtigt sind, das ließe sich dadurch erreichen, daß die Stadt außer dem Arbeitgeberbeitrag auch den Arbeitnehmeranteil mit zwei Drittel übernimmt. Das würde aber doch zu ganz bedenklichen Konsequenzen führen, und deshalb müßte man das von vornherein ablehnen.

Dem Antrag des Magistrats wird zugestimmt.

## 12. Herrichtung einer Warte für Beobachtungen des Himmelsgewölbes auf dem Grundstück des Herzogin-Elisabeth-Pyzeums.

**Stadtv. Friede:** Herr Schuldirektor Professor Krüger hat sich an den Magistrat mit der Mitteilung gewandt, daß der Lehrplan der Schule dadurch erweitert werden müßte, daß Stunden zur Beobachtung des Himmelsgewölbes eingeführt werden. Nun läßt sich bei dem Neubau an der Stelle, wo das alte und neue Gebäude zusammenstoßen, leicht eine Warte herstellen, die mit einem eisernen Gitter eingefast werden soll,  $4 \times 3,50$  m groß ist und nach allen Seiten Ausblicke auf den Himmel gewährt. Es werden auch einige unerhebliche Abweichungen von dem ursprünglichen Bauprogramm vorgenommen werden müssen, doch kommen diese nicht so sehr in Betracht, da durch sie keine Mehrkosten entstehen. Die Herrichtung

dieser Sternwarte wird 2000 .# Kosten verursachen, doch soll sie nicht allein für das Herzogin=Elisabeth=Lyzeum bestimmt sein, sondern soll auch zur Mitbenutzung für die Zöglinge des Oberlyzeums, der Studienanstalt, der städtischen Oberrealschulen und der Mittelschule geöffnet sein. Die Instrumente für die Beobachtungen sind vorhanden. Der Schulvorstand befürwortet die Anlage, und der Magistrat gibt uns anheim, der in Rede stehenden Ergänzung des genehmigten Bauprojekts zuzustimmen und die Mehrkosten zu 2000 .# zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen. Die Baukommission hat die Sache auch beraten und ist ebenfalls der Ansicht, daß man sie zur Genehmigung empfehlen kann, was ich hiermit getan haben will.

Der Umänderung des Bauprojekts wird zugestimmt, und die 2000 .# werden verwilligt.

### **13. Ausführung von Baulichkeiten in der Turnhalle des Herzogin=Elisabeth=Lyzeums, Änderung vorhandener und Beschaffung neuer Turngeräte, sowie Herrichtung eines Garderobenraums für die Turnhalle.**

Stadtv. **Fricke:** Die Turnhalle im Herzogin Elisabeth Lyzeum ist im Jahre 1866 erbaut und seit der Zeit benutzt; sie liegt im Erdgeschoß des alten Schulhauses. Selbstverständlich ist die Einrichtung der Turnhalle von den neu erbauten Turnhallen in den Bürgerschulen überflügelt, so daß eine ganze Menge ihrer Turneinrichtungen abgängig geworden sind und erneuert werden müssen. Der Oberturnlehrer Somburg hat ein Gutachten darüber aufgestellt, in dem er anführt, was alles fehlt und was noch zu gebrauchen ist. Sie erlassen mir wohl, die Einzelheiten anzuführen. Es sind auch bauliche Veränderungen vorzunehmen, so soll der Fußboden mit Korklinoleum belegt werden, wie er sich in den anderen Schulturnhallen bewährt hat. Außerdem soll eine Garderobe für die Schülerinnen angelegt werden, was ganz gut möglich ist, da Platz dafür vorhanden ist. Ferner sollen die beiden Efen aus der Turnhalle entfernt und die Halle mit der Zentralheizung des Neubaus in Verbindung gesetzt werden. Es soll auch eine Treppe verlegt und einige neue Klojette angelegt werden. Von den im ganzen auf 12 000 .# veranschlagten Kosten entfallen 4800 .# auf den Neubau des Garderobenraumes (zu Lasten des Ausgleichsfonds), der Rest von 7200 .# auf die baulichen Veränderungen in der Turnhalle und Beschaffung von neuen Einrichtungsgegenständen (zu Lasten des Kap. III der Kammereikasse, Unterrichtsmitteln). Soweit die Ausgabe im laufenden Rechnungsjahr nicht mehr geleistet wird, soll der entsprechende Betrag in den nächstjährigen Voranschlag eingestellt werden.

Der Schulvorstand ist von der Notwendigkeit des Baus und der Anschaffungen überzeugt, auch der Magistrat und die Baukommission hat sich dem ange-



schlossen. Ich empfehle Ihnen namens der Baukommission, die Anträge des Magistrats zu genehmigen.

Die 12 000 *M* für die erwähnten Zwecke werden bewilligt.

#### 14. Ausbau des Altstadtringes zwischen Broikemerstraße und Madamenweg.

Stadt v. **Raische**: Nachdem in einer früheren Sitzung bereits der Ankauf des für den Ausbau des Altstadtringes zwischen Broikemerstraße und Madamenweg nötigen Geländes von der Witwe des Geheimen Rats Lieff und den Kindern des früheren Landwirts Effen genehmigt ist, liegt heute das Projekt für den Ausbau der genannten Straße, ebenso der Kostenschlag und die vorläufige Kostenverteilungsberechnung zur Beschlußfassung vor. Der Altstadtring soll an dieser Strecke 24 m breit werden, die Fahrbahn soll davon 11 m erhalten und die beiderseitigen Fußwege je 4,75 m. Zwischen dem östlichen Fußwege und der Fahrbahn ist ein Reitweg angeordnet. Die Fahrbahn soll mit Kleinpflaster versehen werden und die Gassen mit einer 70 cm breiten Pflasterung aus Schlackensteinen, die gleichzeitig als Radfahrstreifen dienen soll. Die Fußwege erhalten Zementplatten. Die Streifen seitlich des Fußweges sollen nicht, wie zuerst vorgesehen war, mit Teerung, sondern mit Bituminierung versehen werden. Die Straßenbaukosten werden 67 500 *M* betragen, der Erwerb des Geländes hat 75 000 *M* gekostet, so daß im ganzen 142 500 *M* für die Straßenanlage auszugeben sind. Die vorläufige Kostenverteilungsberechnung sieht einen Betrag von 260 *M* für das laufende Meter Frontlänge vor. — Der Magistrat ersucht um Genehmigung dieses Projekts, wie des Kostenschlages und der Kostenverteilungsberechnung. Die erforderlichen Mittel sollen zu Lasten des Extraordinariums bewilligt werden. Gleichzeitig ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Baukommission hat die Vorlage eingehend beraten und bittet, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

#### 15. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Schillerstraße.

Stadt v. **Busch**: Für den künftigen Ausbau der Schillerstraße ist der stadtseitige Erwerb einer 9 a 40 qm großen Fläche nötig — der Plan ist dort ausgehängt. Die jetzige Besitzerin, die Frau des Architekten Zinkeisen, möchte den Platz schon jetzt an die Stadt verkaufen, und zwar will sie dafür noch keinen festen Preis festgesetzt sehen, sondern wünscht, daß der Preis von dem demnächst festzusetzenden Einheitspreise für eine ebenfalls zum Ausbau der Schillerstraße erforderliche

Grundfläche abhängig gemacht wird. Der Magistrat glaubt, diesem Wunsche nachkommen zu sollen, und hat einen entsprechenden Vertrag mit der Eigentümerin abgeschlossen. Die Besitzübertragung an die Stadt soll sogleich erfolgen, der Verkäuferin aber die unentgeltliche Benutzung des verkauften Terrains bis zum Beginn des Ausbaus der Straße gestattet sein. — Die Baukommission hat sich gestern mit dem Antrage befaßt und empfiehlt Ihnen, dem abgeschlossenen Kaufvertrage zuzustimmen.

Der Antrag wird genehmigt.

### 16. Erwerb einer Fläche zwecks Zulegung zur Karlstraße.

Stadtv. **Niese:** Nach dem Ortsbauplan sollen von dem Grundstücke Karlstraße Nr. ass. 5114 diejenigen 16 qm der Straße zugelegt werden, die jetzt noch in sie hineinragen und den Vorgarten des Grundstücks bilden. Einem Antrage des Eigentümers entsprechend, hat der Magistrat einen Vertrag über den Ankauf dieser Fläche, die zu 14 .// pro Quadratmeter von der städtischen Bauverwaltung eingeschätzt ist, abgeschlossen und bittet die Stadtverordneten, dem Vertrage zuzustimmen und den Kaufpreis zu verwilligen. Die Baukommission hat diese Gelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Vertrag wird genehmigt und der Kaufpreis verwilligt.

### 17. Umbau des Fabrikgebäudes auf dem vormaligen Brunonia-Grundstücke.

Stadtv. **Schön:** Die Vorlage des Stadtmagistrats befindet sich in Ihren Händen, ich darf deshalb wohl von der Verlesung absehen. Die Absicht der Vorlage geht, kurz gesagt, darauf hin, daß die im Jahre 1880 von Herrn Professor Dr. Freise gegründete und seit 33 Jahren von ihm mit Erfolg geleitete höhere Lehranstalt für Drogisten, die sogenannte Drogistenakademie, der Stadt erhalten bleibt. Die Befürchtung, diese Lehranstalt zu verlieren, wird dadurch begründet, daß die von der Anstalt mietweise benutzten Räume durchaus unzulänglich sind und es für Herrn Professor Freise schwer, wenn nicht unmöglich sein würde, die für eine günstige Entwicklung der Anstalt notwendigen geeigneten Räume ohne Hinzutreten der Stadt zu beschaffen. Es besteht die Gefahr, daß die Anstalt verkümmert, ja, daß sie bei Ausscheiden des jetzt im 65. Lebensjahre stehenden Professors Freise gänzlich eingeht. Diese Gefahr erscheint um so größer, als die Verwaltungen anderer Städte sich jetzt schon bemühen, die Akademie in ihre Mauern zu bekommen. In letzter Beziehung wurden bei der Besprechung in der vereinigten Kommission Dresden, Leipzig, Halle, Börlitz genannt.

Nun noch einige Worte über die Lehranstalt selbst. Sie ist die einzige ihrer Art in Deutschland und wird deshalb von jungen Drogisten aus ganz Deutschland

und auch aus dem Auslande besucht. Sie ist nicht zu verwechseln mit Drogisten-Fachschulen, ihr Lehrprogramm ist ein wesentlich erweitertes, sie hat einjährige Kurse, während die anderen Fachschulen sich mit kürzerer Zeit begnügen. Die Schule steht unter dem Protektorat des Deutschen Drogistenverbandes, der auch im Kuratorium der Anstalt vertreten und auch bei den alljährlichen Prüfungen beteiligt ist. Seit 1888 erhält die Anstalt vom Herzoglichen Staatsministerium einen jährlichen Zuschuß von 300 M, einen gleichen Beitrag gibt der Deutsche Drogistenverband. Außerdem besteht noch eine Reihe von Stipendien, z. B. vom Verbands-Braunschweiger Drogistenakademiker, der 600 Mitglieder umfaßt, vom Verein der Drogisten in Dresden, ferner die bekannte Freise-Stiftung, die, soviel ich weiß, beim 25jährigen Jubiläum der Schule ins Leben getreten ist, und verschiedene Veranstaltungen von Privaten. Die Akademie hat sich aus kleinen Anfängen entwickelt und im letzten Jahre annähernd 80 Zöglinge gehabt. Im ganzen wurde die Anstalt in den 33 Jahren ihres Bestehens von 1431 Zöglingen besucht, was einem Durchschnitt von jährlich 45 Schülern entspricht. Wenn Sie bedenken, daß in den ersten 10 Jahren der Besuch nur ein bescheidener war, sich mit einstelligen Zahlen behelfen mußte, so ergibt sich, daß als Durchschnitt der letzten Jahre 70 anzusehen ist.

Im Sommer 1902 wurde das Kuratorium der Anstalt eingesetzt, dem als erster Vorsitzender unser verstorbener Stadtrat Jüdel angehörte und dem heute, soviel ich weiß, der Stadtphysikus Sanitätsrat Dr. Roth vorsteht. Als Hauptaufgabe dieses Kuratoriums wurde damals schon bezeichnet, nach Kräften dafür Sorge zu tragen, daß die Akademie nach dem Ableben ihres Begründers, wenn irgend möglich, der Stadt Braunschweig und dem Drogistenstande erhalten bleibt. Die Vorlage des Magistrats sucht jetzt diese Aufgabe zu lösen, und zwar mit vollem Recht. Wollte man bis zum Ausscheiden des Begründers der Anstalt warten, dem wir wohl alle ein recht langes Leben und Wirken wünschen, dann wäre es zu spät, und wir hätten dann das Nachsehen. In der Sitzung der vereinigten Bau- und Finanzkommission gaben denn auch alle Herren, die sich zu der Vorlage äußerten, der Überzeugung Ausdruck, daß es nicht nur im Interesse des Stadtteiles, in dem sich die Akademie seit Jahrzehnten befindet, sondern der ganzen Stadt liege, daß das Bestehen der Anstalt sichergestellt wird, und daß sich die Stadtverwaltung einer Unterlassung schuldig machen würde, wenn sie nicht suchen würde, die Angelegenheit zu einem guten Abschluß zu bringen.

Der Stadtmagistrat hat sich nun zur Lösung der Aufgabe mit der größten deutschen Drogistenvereinigung, dem Deutschen Drogistenverbande von 1873, in Verbindung gesetzt und diesen zur Übernahme der Anstalt zu bestimmen versucht. Dieser Verband hat sich dann auch schließlich zur Erwerbung der Anstalt unter der

Voraussetzung bereit erklärt, daß die Stadt Braunschweig folgende Verpflichtungen übernimmt:

1. Das ehemalige Fabrikgebäude der Brunonia ist nach zweckentsprechendem, von der Stadt zu tragendem Umbau dem Verbande vom 1. Oktober 1915 ab auf 40 Jahre für die Akademie unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und während dieses Zeitraumes in Bau und Besserung zu erhalten,

2. dem Verbande ist zur Beschaffung der dem Professor Dr. Freije zu zahlenden, 50 000 *M* betragenden Kaufsumme ein mit 3 Prozent zu verzinsendes Darlehn von 40 000 *M* und zu den auf annähernd 20 000 *M* zu schätzenden Kosten der Inventarbeschaffung ein Zuschuß von 10 000 *M* zu gewähren.

Bei den Verhandlungen wurde bestimmt, daß der Verband seinerseits folgende Zugeständnisse zu machen hätte:

1. Der Verband wird Träger der Anstalt und hat als solcher die Anstalt vom 1. Oktober 1915 ab mindestens 40 Jahre in Braunschweig zu unterhalten,

2. das stadtseitig dem Verbande zu gewährende Darlehen von 40 000 *M* ist in Jahresraten von 1000 *M* zurückzuzahlen,

3. die Instandsetzung, Erneuerung und Ergänzung des Schulinventars, sowie die Kosten des Gas- und Wasserverbrauchs und des elektrischen Stromes trägt der Verband,

4. die Verfassung der Akademie bedarf der Genehmigung der städtischen Behörden; diesen ist Sitz und Stimme in dem Verwaltungskuratorium einzuräumen.

Nach dem Stande der Verhandlungen hat der Vorstand des Drogistenverbandes erklärt, er sei bereit, der Generalversammlung des Verbandes die Annahme dieser Bedingungen zu empfehlen. Deshalb richtet der Stadtmagistrat an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß

1. das vormalige Brunonia-Gebäude auf Kosten der Stadt zur Aufnahme der Drogistenakademie umgebaut und

2. auf der sich aus dem Vorgetragenen ergebenden Grundlage ein von den Stadtverordneten demnächst noch endgültig zu genehmigendes Abkommen mit dem deutschen Drogistenverbande wegen Überweisung des fraglichen Gebäudes getroffen wird.

Die Anforderungen, die hier an die Stadt gestellt werden, sind sicher nicht unerheblich, sie stellen sich aufs Jahr berechnet auf rund 12 000 *M*. Dem steht das Interesse gegenüber, das die Stadt an der Erhaltung der Anstalt hat. In den idealen Interessen treten die Vorteile, die eine solche Lehranstalt in finanzieller Beziehung der Stadt und ihren Einwohnern bringt. Der in der Magistratsvorlage angegebene Betrag von mindestens 1000 *M*, den jährlich jeder Schüler zur Ausgabe bringt, erscheint wesentlich zu niedrig gegriffen. Es kommt hier nicht etwa nur die Ausgabe für Wohnung und Verpflegung zur Berechnung, sondern

die gesamten Ausgaben der Zöglinge. Alle diese Ausgaben, auch das Schulgeld, kommen direkt oder indirekt der Stadt und ihren Einwohnern zugute, und da ist 2000 *M* wohl der Mindestbetrag. Nach den Erkundigungen, die ich eingezo- gen habe, reichen die nicht immer aus, sondern man darf mit einem Durchschnitt von 2500 *M* rechnen. Nimmt man nur eine Schülerzahl von 60 an, so bringt die Anstalt der Stadt eine Summe von 120 000 bis 150 000 *M*. Dazu kommen die nicht in Geld anzugebenden Vorteile, die durch die Fortsetzung der Beziehungen, die die jungen Leute in der Stadt angebahnt haben, unbedingt für die Stadt erwachsen. Aus allen diesen Gründen hat die vereinigte Bau- und Finanzkommission den Be- schluß gefaßt, Ihnen zu empfehlen, die Vorlage des Magistrats anzunehmen.

**Stadt v. Frühling:** Was den baulichen Teil der Vorlage betrifft, so war es in diesem Falle die Aufgabe, die an und für sich schon sehr hohen Kosten, die für die Stadt entstehen, einzuschränken, ohne das Institut selbst zu gefährden. Da war zunächst die Frage des Bauplatzes zu behandeln. Es war der Wunsch vorhanden, daß die Anstalt der Petritorgegend, wo sie nun einmal seit langem besteht, erhalten bliebe. Es war darauf Rücksicht zu nehmen, daß ein Gebäude für 100 Schüler auf dem Bauplatze stehen kann, denn es muß damit gerechnet werden, daß die Anstalt sich vergrößert und eine Vergrößerung möglich ist. Ein passender Bauplatz, der frei wäre, steht der Stadt nicht zur Verfügung. Da tauchte die Frage auf, das Brunonia-Grundstück hierfür zu verwerten und zu untersuchen, wie weit das dort stehende Fabrikgebäude nutzbar zu machen ist. Das Grundstück ist — das muß man sagen — für den Zweck sehr geeignet, gerade weil es ein großer, geschlossener Grundstückskomplex ist. Die Schwierigkeit lag in der Ausnutzung der dort stehen- den Gebäude. Die Prüfung hat ergeben, daß es nicht ausgeschlossen ist, diese alten Gebäude umzubauen und daraus ein Akademiegebäude herzustellen. Allerdings kommt dieser Umbau einem Neubau sehr nahe, aber jedenfalls ist es noch eine bessere Verwendung, als wenn man das ganze Gebäude abreißen wollte. (Redner tritt an die ausgestellten Pläne.)

Wenn ich den Grundriß erläutern darf, so ist geplant, die hell angelegten Ge- bäudeteile wegzureißen und in dem dunkel angelegten Gebäudeteil die Akademie unterzubringen. Die Vorderfront liegt nicht nach der Pflegehausstraße, sondern steht an dem Platz vor der Thomaestraße, also für den Platz wie auch für die Akademie günstig. Es hat sich ermöglicht, den langen Flügelbau günstig auszu- nutzen, so daß die Hörsäle und die Säle für die Sammlungen eine sehr günstige Lage haben. Vorn hat die Anstalt das ruhige Licht von dem Platz aus und auf der Rückseite ebenfalls das beste Licht. Die Grundrißanordnung hat sich einfach und glücklich ergeben. (Sie wird von dem Redner an Hand der Zeichnung erörtert.) Das Resultat ist ein solches, daß man sagen kann: Hier wird ein Gebäude ge-

schaffen, welches den Zwecken sehr gut entspricht. Über die Frage, ob es ein Nachteil ist, einen Umbau statt eines Neubaus vorzunehmen, kann man sagen: es ist nicht anzunehmen, daß ein Neubau wirtschaftliche Vorteile in der Benutzung bietet, daß er also zweckmäßiger wäre.

Es ist dann die Frage zu beantworten, ob ein neu gebautes Gebäude nicht so gelegt werden könnte, daß der Platz besser ausgenutzt würde. Dabei ist zu bedenken: Dieser Teil des ganzen Platzes (Redner erläutert seine Ausführungen an der Zeichnung) ist vergeben an das Pflegehaus; es war ein Grund für den Ankauf des ganzen Grundstücks, daß diese Böschung für das Pflegehaus gebraucht wurde. Es wäre wohl möglich gewesen, diese ganzen Gebäude abzubrechen und hier einen Neubau zu errichten. Das wäre aber keine glückliche Lösung gewesen, denn nachdem man von der anderen Seite aus angefangen hat, das Grundstück aufzuteilen, konnte nun nicht wieder von der entgegengesetzten Seite begonnen werden; es wäre sonst kein Block übriggeblieben, den man nachher noch hätte verwenden können.

Ein Neubau würde wesentlich teurer werden. Wenn auch durch den Umbau viel Kosten entstehen, so bietet doch die Benutzung der vorhandenen Mauern so viele Vorteile, daß es als unrationell bezeichnet werden müßte, das Gebäude niederzureißen. Ein Vorteil könnte nur darin erblickt werden, wenn in dem Neubau eine zweckmäßigere Gruppierung der inneren Räume erreicht werden könnte, was ich aber für ausgeschlossen halte.

Die Lösung der Frage ist erreicht auf Grund eines Gutachtens, das von der privaten Architektenfirma Rasche & Kraatz abgegeben ist, die hinzugezogen wurde, weil die städtische Baubehörde mit Arbeiten überhäuft war und die Sache Eile hatte. Das Projekt hat aber der städtischen Bauverwaltung zur Prüfung vorgelegen. Es hat sich sehr anerkennend darüber geäußert, sich auch auf den Standpunkt gestellt, daß die Anlage günstig disponiert sei. Es sind nur kleine Monita erhoben, die schon durch ihre Kleinheit zeigen, daß große Mängel überhaupt nicht vorhanden waren. Daß der Umbau auch ein anständiges Äußere bekommt, sehen Sie an dem Bilde der Fassade hier, welche, wie ich glaube, im allgemeinen Anklang bei Ihnen finden wird.

Die Baukommission hat sich dahin ausgesprochen, daß der Umbau ein würdiges und gutes Aussehen erhält, und daß sie die Ausführung in dieser Weise nur empfehlen könne. Einen Neubau zu beschließen, hält auch die Baukommission nicht für zweckmäßig, schon aus dem Grunde, weil nach Angabe der Bauverwaltung ein solcher um 60 000 M oder noch mehr höhere Kosten verursachen wird, und das ist zusammen mit den anderen Ausgaben für die Schule denn doch eine wesentliche Summe.

Es ist noch gefragt, ob man nicht für die ganze Sache eine Konkurrenz ausschreiben sollte. Das ist in diesem Falle aber nicht richtig — die Herren wissen,

daß ich sonst immer für eine derartige Konkurrenz eingetreten bin —, weil hier ein Zusammenarbeiten mit dem Herrn Professor Dr. Freije stattfinden muß, und der Herr nicht mit jedem einzelnen der Konkurrierenden sich zusammenfinden kann. Wenn das ganze Grundstück der ehemaligen Brunonia mit Neubauten versehen werden sollte, wäre eine Konkurrenz wohl am Platze, wo hier aber nur ein in seiner Art festgelegter Umbau vorgenommen werden soll, konnte man meiner Meinung nach eine Konkurrenz nicht ausschreiben. Es ist aber mit Freuden zu begrüßen, daß der Weg beschritten ist, die private Industrie in diesem Falle heranzuziehen, und es wird auf diese Weise erreicht, was von anderer Seite gewünscht ist, „daß man auch einmal andere Sachen sieht, als sie die städtische Bauverwaltung ausführt“.

Auch ich kann Ihnen namens der vereinigten Bau- und Finanzkommission nur empfehlen, diesem Projekte zuzustimmen.

**Stadtv. Eckhardt:** Ich bin den Ausführungen der beiden Herren Referenten mit regem Interesse gefolgt und habe freudigen Herzens von den Entschlüssen des Magistrats, die Drogisten-Akademie in den Mauern Braunschweigs zu erhalten, Kenntnis genommen.

In der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß seitens der maßgebenden Kreise deutscher Drogisten großer Wert auf den Besuch der von Herrn Prof. Freije gegründeten Anstalt seitens ihrer Angestellten gelegt wird; dieses ist für die Anstalt sehr wesentlich, denn nichts kann für die Anstalt von größerem Nutzen sein, als wenn sie von den in erster Linie Beteiligten warm empfohlen wird.

Aber nicht allein, daß die deutschen Drogisten die Anstalt für gut halten, nein, weit über Deutschlands Grenzen hinaus erfreut sich die Anstalt hohen Ansehens.

Von weit und breit ziehen die Schüler heran, um in der vorzüglich geleiteten Anstalt sich wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben, um sie im späteren Leben wieder nutzbringend anzuwenden.

Es spricht gewiß für die Vorzüglichkeit der Schule, wenn frühere Schüler, welche in der Geschäftswelt sowohl wie im kommunalen Ehrenamt zu hohen Ehren gekommen sind, freudigen Herzens nach hier, nach unserem lieben Braunschweig zurückblicken und es sich zur Ehre anrechnen, die Akademie besucht zu haben.

Nach meinem unborgreiflichen Dafürhalten wird sich die Schülerzahl der Anstalt von Jahr zu Jahr heben, es wird somit das Opfer, welches der Magistrat in richtiger Erkenntnis der Sachlage, die Drogisten-Akademie der Stadt zu erhalten, in der Vorlage fordert, durch Einnahmen, welche der Bürgerschaft zufließen, ausgeglichen werden.

**Stadtv. Frühling:** Ich bin darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht erwähnt habe, daß natürlich auch Zentralheizung vorgeesehen ist. Überhaupt ist das vor-

liegende Projekt nur als Vorprojekt zu betrachten. Wenn die Herren dem zustimmen, wird das definitive Projekt noch vorgelegt werden, obgleich auch das heutige schon wie ein endgültiges Projekt ausgearbeitet ist.

**Stadtv. Wesemeier:** Wenn der Begründer der Anstalt den Wunsch hegt, daß die Anstalt ständig in den Mauern Braunschweigs verbleiben möge, so begreifen wir das wohl, denn der Begründer hat ideale und materielle Interessen dabei. Ich glaube, wir haben hier uns lediglich von dem materiellen Interesse der Stadt leiten zu lassen, und da erscheinen die Ausgaben in der Magistratsvorlage etwas bedenklich. Herr Kollege Eckhardt sprach zwar die schönen Worte: „Vom Auslande, von weit und breit her ziehen Schüler heran,“ aber die Angabe des Stadtmagistrats selbst jagt, daß nur annähernd 80 Schüler im letzten Jahre in Braunschweig gewesen sind. Es wird die genaue Zahl nicht einmal angegeben, und der Herr Referent spricht von 70 im Durchschnitt. So weit und breit ist der Zuzug denn doch nicht dem Worte des Kollegen Eckhardt nach anzunehmen. Es ist auch vom Referenten, Herrn Baurat Schön, gesagt worden: Wenn wir der Magistratsvorlage zustimmen, dann haben wir jährlich etwa 5000 *M* von seiten der Stadt für die Akademie aufzuwenden. Ich weiß nicht, wie diese Rechnung zusammen gekommen ist (Zuruf: 12 000 *M*). Dann stimmt das, so ist meine Rechnung auch. Ich meine, eine Summe von 160 000 *M* in ein solches altes Haus für den Umbau hineinzustecken und weiter die anderen Forderungen zu bewilligen - 10 000 *M* baren Zuschuß für das Inventar und noch 40 000 *M* Darlehen auf 40 Jahre zu 3 Prozent, das Gebäude unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, im Bau und Verbesserung zu erhalten — das sind doch Forderungen, die immer noch reiflich erwogen werden müssen. Was der Verband dagegen an Verpflichtungen übernimmt, ist so selbstverständlicher Natur — daß er das Licht und das Wasser bezahlt, daß bei solchen Leistungen ein Mitglied des Stadtmagistrats in der Verwaltung sitzt, daß das als Gegenleistung wahrhaftig nicht gerechnet werden kann. Ich meine, der Verband hat auch ein großes Interesse an der Erhaltung der Anstalt. Er ist, wie ich heute höre, der Protektor der Anstalt, und es ist mir deshalb auch nicht verwunderlich, daß der Magistrat sich an diesen Protektor wegen Übernahme der Anstalt gewandt hat.

Wir haben die Frage von dem Gesichtspunkte aus zu behandeln — und sie ist auch in der Magistratsvorlage und vom Herrn Referenten nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet worden —: Ist das Institutwerbend für die Stadt Braunschweig oder nicht? Wenn die Akademie so werbend für die Stadt Braunschweig ist, daß die Aufwendung dieser ganz erheblichen Mittel notwendig erscheint, dann sehe ich nicht ein, warum die Stadt selbst nicht die Schule übernehmen will. Wir sind grundsätzlich dagegen, daß einer Privatgesellschaft mit solchen Mitteln bei-



gesprungen wird. Den Standpunkt vertreten nicht bloß wir; Sie werden auch in Eingesandts bürgerlicher Zeitungen diese Stimmung vertreten gefunden haben, die der Übernahme der Anstalt nicht sympathisch gegenübersteht. Wir meinen, der Drogistenverband wird sicherlich nichts bei der Schule zulegen wollen, im Gegenteil, er wird nach Möglichkeit versuchen, noch Überschüsse aus der Schule herauszuholen. Wenn das Institut der Stadt so viele Vorteile bringt, dann sollte uns der Magistrat eine Vorlage auf Verstädtlichung der Schule zugehen lassen und uns die finanziellen Unterlagen dazu schaffen. Dann sind wir selbstverständlich bereit, über diese Frage zu verhandeln. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte, daß wir werbende Institute aus der Stadt fortschaffen oder weglassen wollen. Aber wir können die Frage nicht von dem Gesichtspunkte aus betrachten, daß es schon genügend ist, wenn das Institut in der Stadt bleibt. Wenn es notwendig ist, dann verlangen wir, daß es von der Stadt selbst übernommen wird. Von diesem Gesichtspunkte lehnen wir die Vorlage ab, sind aber bereit, in eine Beratung einzutreten, wenn uns eine andere Vorlage mit finanziellen Unterlagen über die Bewirtschaftung der Anstalt unterbreitet wird.

**Bürgermeister Meyer:** Es wird von dem Magistrat anerkannt, daß es sich in der Hauptsache um eine finanzielle Frage handelt. Von den beiden Herren Referenten ist die Vorlage sehr günstig beurteilt, ich spreche darüber meine Freude aus. Es liegt in der Art des Gegenstandes, über den verhandelt wird, daß ein ziffernmäßiger Nachweis darüber, ob die Stadt einen Vorteil aus dem Bestehen der Anstalt hat oder nicht, nicht geführt werden kann. Die pessimistische Ansicht, die Herr Wesemeier geäußert hat, würde dann vielleicht berechtigt sein, wenn es sich um die Frage drehte, ob eine Anstalt der fraglichen Art in Braunschweig neu gegründet werden solle. Es handelt sich aber darum, ob eine bereits vorhandene Anstalt erhalten werden soll, und zwar eine Anstalt, die in Blüte steht und sich großen Ansehens erfreut, und zwar nicht nur in den beteiligten Kreisen des deutschen Reiches, sondern auch des Auslandes. Es ist in der Vorlage hervorgehoben, daß die Anstalt die einzige ihrer Art ist; es ist eine gehobenen Drogistenschule. Diese Einzigartigkeit bringt es mit sich, die Hoffnung für berechtigt zu halten, daß der Besuch der Anstalt, wenn sie sich der Unterstützung der größten Vereinigung der Interessenten erfreut, eine weitere kräftige Hebung erfahren wird. Nun ist mir verständlich, wenn Herr Wesemeier sich auf den Standpunkt stellt, daß die Anstalt von der Stadt übernommen werden soll, denn ich weiß, daß Herr Wesemeier und seine Freunde überhaupt den Grundsatz vertreten, daß die Gemeinde Trägerin der Schulen sein solle. Dem Deutschen Drogisten-Verbande hätten wir keinen größeren Gefallen tun können, als die Verhandlungen im Sinne des Herrn Wesemeier zu führen. Wir haben jedoch wegen der zu gewärtigenden finanziellen Belastung der

Stadt Bedenken getragen, das zu tun, wir haben uns gesiehet, das Nisito zu übernehmen, welches naturgemäß im Betriebe der Anstalt liegt. Wir haben uns deshalb bemüht, für die Anstalt einen anderen Träger als die Stadt zu finden, und sind sehr erfreut darüber, daß der Deutsche Drogistenverband sich schließlich bereit erklärte, die Schule zu übernehmen. Ich muß es übrigens im Interesse des Drogistenverbandes zurückweisen, wenn Herr Wesemeier dem Drogistenverbande unterstellt, sich zur Übernahme der Anstalt nur verstanden zu haben, um eventuell noch einen Gewinn aus dem Betriebe der Anstalt zu ziehen. Ich habe einen anderen Eindruck aus den Verhandlungen gehabt: Der Vorstand des Verbandes hat sich nach meinem Dafürhalten in der Hauptsache durch die Interessen seines Standes und daneben auch von idealen Gesichtspunkten leiten lassen. Er hat den Wunsch, seinen Stand in Zukunft gehoben zu sehen, und will durch Übernahme der Anstalt nach Kräften dazu beitragen, die Hebung zu vollziehen. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß dem Drogistenverbande durch Übernahme der Anstalt Ausgaben entstehen werden, die zu tragen ihm nicht leicht werden wird. Der Vorstand des Verbandes hatte große Bedenken, dem Wunsche der Stadt entgegenzukommen, er fürchtete, die Generalversammlung werde wegen der zu gewärtigenden Kosten seinem Vorgehen die Zustimmung versagen. Ob die Generalversammlung dem Vorstände beistimmen wird, kann heute niemand wissen. Ich richte die Bitte an die geehrten Herren, die Magistratsvorlage anzunehmen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich muß offen bekennen: als ich die Vorlage durchsah, konnte ich mich nicht recht dafür erwärmen, 160 000 M und noch dazu für einen Umbau dieses Gebäudes, wie es augenblicklich vorhanden ist, auszugeben. Es steht nun schon mehrere Jahre leer, und es wäre wohl an der Zeit, daß es wieder in Benutzung genommen wird. Nach den Ausführungen der beiden Herren Referenten kann ich aber nur die Herren beglückwünschen, daß es ihnen gelungen ist, in einer so vorzüglichen Art und Weise einen Umbau dieses Gebäudes zu einer Drogisten-Akademie auszuarbeiten. Es wäre, wie schon vorhin ausgeführt ist, dringend zu wünschen, daß diese Akademie der Stadt erhalten bleibt, und wenn vorerst nur 80 Zöglinge dort Unterricht genießen, so ist wohl damit zu rechnen, daß im Laufe der Jahre die Schülerzahl steigen wird. Ich möchte deshalb dringend bitten, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen, damit uns diese Anstalt in der Stadt Braunschweig erhalten bleibt.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich glaube, Herr Wesemeier sagte: Wenn er überzeugt wäre, daß die Anstalt werbend für Braunschweig wäre, so könnte er sich dazu bequemen, der Vorlage zuzustimmen. Dazu meine ich, durch die Ausführungen des Herrn Referenten der Finanzkommission ist deutlich klargestellt, daß die Anstalt wirklich werbend für Braunschweig ist. Es ist nicht einerlei, ob wir hier 80 solche

Akademiebesucher — es mögen nun einige weniger oder mehr sein — in den Jahren und mit den Mitteln ausgestattet in der Stadt haben. Ich muß es auch zurückweisen, wenn gemeint wird, daß eine Gefahr darin liegt, mit dem Drogistenverbande zusammen den Fortbestand der Anstalt zu betreiben. Im Gegenteil, ich habe das begrüßt, und zwar aus folgenden Gründen. Gelegt den Fall, die Stadt übernehme die Anstalt auf eigene Schultern ohne den Verband, so würde es irgend einer Konkurrenz einfallen können, auch in einer anderen Stadt eine gleiche Schule zu errichten, und wenn diese dann von einem Drogistenverbande unterstützt würde, so wären vielleicht unsere aufgewandten Gelder nicht mehr werbend. Auf eins möchte ich noch hinweisen, was sich vor einem Jahre abgespielt hat. Damals ist unsere Stadt ins Hintertreffen gekommen, weil nicht frühzeitig genug die dargebotene Hand ergriffen wurde: Ich meine die Errichtung der Kellnerakademie. Sie war ganz und gar hier für Braunschweig geplant, es kam nach allen Verhandlungen nur Braunschweig in Frage. Aber hier wurde — wer kann wissen, wen es anging — der Sache sich nicht anbequemt, und da war Düsseldorf so frei und errichtete die Kellnerakademie. Wenn einer Stadt so etwas geboten wird, dann soll man ruhig zupacken. Unter solchen Umständen, wie sie in der Niederschrift des Magistrats dargelegt werden, wo es uns so klar werden muß, daß die Anstalt eine werbende ist und das größere Risiko bei dem Verbande liegt, muß ich Sie bitten: Stimmen Sie für die Vorlage, es ist tatsächlich das Richtige, was der Magistrat ergriffen hat, indem er sich mit dem Drogistenverbande liiert hat, denn dadurch ist das Gedeihen der Schule sichergestellt.

Stadt v. Dr. **Kleinmeyer**: Nicht allein in Deutschland, auch im Auslande gibt es keine zweite solche Akademie, und insolgedessen kommt eine ganze Anzahl von Ausländern hierher zum Besuche der Schule. Wenn Herr Wesemeier sagt, 80 Zöglinge wären eine minimale Zahl, man müsse erwarten, daß viel mehr hierher gekommen wären, so kann ich das nicht verstehen. Ich finde, eine Anstalt, die jetzt in so beschränkten räumlichen Verhältnissen sich befindet, wie die auf der Cellerstraße, und dabei doch 80 Schüler heranziehen kann, die ist wirklich zu bewundern. Wenn wir größere Räume schaffen und die Akademie auf breitere Basis stellen, indem sie der Drogistenverband übernimmt, so bin ich fest überzeugt, daß aus den 80 Schülern bald 100 und mehr werden. Wenn ich recht unterrichtet bin, besuchen unser Polytechnikum 400—500 Studenten. Wenn dann die Drogistenakademie hundert Zöglinge hat, dann können wir recht zufrieden sein bei dem Aufwande, den jeder Einzelne machen muß. Die Vorteile, die der Stadt erwachsen, sind denn doch recht groß. Ich wohne in der Petritorgegend und habe fast täglich Gelegenheit, zu sehen, wieviel minderbemittelte Familien von dem Abvermieten ihrer Zimmer an die Drogistenstudenten leben, und ich möchte den Leuten nicht

wünschen, daß die Akademie zu bestehen aufhört, denn die Leute würden zum Teil der Armenverwaltung oder Verwandten zur Last fallen.

Wenn gesagt wird, die Stadt selber solle die Akademie übernehmen, so kann ich dieser Logik nicht folgen. Wenn die Stadt die Anstalt übernimmt, so kann sich zu jeder Zeit in einer anderen Stadt eine ähnliche oder gleiche Akademie aufbauen, und wenn die Drogistenakademie in einer anderen Stadt bessere Bedingungen angeboten erhält, wird sie diese Stadt bevorzugen. Ich weiß, daß Stadträte aus anderen Städten nichts sehnlicher wünschen, als daß die Unterstützung der Akademie durch Braunschweig abgelehnt wird, und dann erwarten, daß in ihrer Stadt die Akademie eingerichtet wird, wie seinerzeit die für Hotelindustrie in Düsseldorf. Ich bitte dringend, dieser Vorlage des Magistrats, die ich für sehr reichhaltig halte, zuzustimmen.

Was den Bau anlangt, so muß ich nach dem Referat des Herrn Vaurat Frühling sagen: So groß auch die Kosten für den Umbau sind, kann ich mich doch nicht dazu verstehen, einen Neubau vorzuschlagen. Wie die Sache jetzt liegt, ist nichts Besseres zu wünschen, denn ich weiß nicht, wie ein Neubau besser eingerichtet werden sollte. Auch würde uns dadurch Terrain verloren gehen, das wir zu anderen Zwecken nötig haben. Ich möchte bitten, die ganze Vorlage so, wie sie eingebracht ist, zu genehmigen.

Stadtv. **Sander:** Auch ich bin fest überzeugt, daß diese Anlage als werbend zu bezeichnen ist. Ich wohne auch am Petritore, der jetzigen Akademie gegenüber, und habe in den 20, 25 Jahren, in denen ich dort wohne, täglich Gelegenheit gehabt, das Leben und Treiben dieser Schüler kennen zu lernen, auch was sie wohl verzehren. Darnach sind die Angaben, die uns von dem Herrn Referenten der Finanzkommission gemacht sind, wohl als zutreffend zu bezeichnen, wenn sie nicht noch übertroffen werden. Da man nach der Rechnung, wie sie uns der Herr Referent aufgemacht hat, auf mindestens 200 000 M als das Mindeste rechnen kann, was durch die Zöglinge der Akademie nach Braunschweig gebracht wird, so ist es wohl unsere Pflicht, die Vorlage anzunehmen. Denken Sie sich, was für einen Sturm der Entrüstung es in der Bürgerschaft hervorrufen würde, wenn wir den Magistratsantrag ablehnten. Sie haben doch gelesen, was die Blätter schrieben, als die Kellnerakademie nicht nach Braunschweig kam: der Magistrat oder die städtischen Behörden seien kurzfristig gewesen, hätten keinen weiten Blick gezeigt, seien engherzig gewesen und wie die Vorwürfe sonst heißen. Wenn wir uns diese Schule, die seit 30 Jahren hier besteht, entgehen lassen, dann würde ein noch viel stärkerer Entrüstungssturm — und das mit Recht — über die städtischen Behörden entstehen.

Dazu, die Anstalt als städtische zu übernehmen, könnte ich mich aus den schon angeführten Gründen nicht verstehen. Das Verhältnis ist so ein viel glücklicheres,

als wenn die Schule eine städtische wäre, und selbst wenn der Drogistenverband sich einmal auflösen sollte, so würden für das zu einer Schule umgebaute Grundstück sich noch andere nützliche Verwendungen finden; ich erinnere z. B. an die Fortbildungsschulen, die immer größer werden — wenn wir sie erst einmal haben. Also das Geld wäre auf keinen Fall weggeworfen. Auch ich möchte Sie bitten: Stimmen Sie für die Vorlage.

Stadtv. **Frohe:** Es haben schon viele Herren zu der Vorlage gesprochen, ich werde mich möglichst kurz fassen. Frohe Gefühle habe auch ich beim Durchlesen der Vorlage nicht gehabt. Es wird mit Recht auseinandergesetzt, daß bei dem Vertrage genügend Gegenleistungen vorhanden sein müßten, und die sind gegenwärtig nach meiner Auffassung nicht befriedigend; aber ich habe die Hoffnung, daß bei den veränderten Verhältnissen der Zuzug zur Akademie sich besser gestalten wird als bisher.

Daß die Anstalt städtisch werden soll, wünscht Herr Wesemeier und vermutlich auch seine Freunde. Es sind dagegen schon verschiedene Gründe vom Herrn Bürgermeister und Herrn Meyerhoff angeführt. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß es selbstverständlich ist, daß der Drogistenverband, wenn er Träger der Anstalt ist, auch ein lebhaftes Interesse für den Besuch der Anstalt hat, und daß dieses Interesse nicht in dem Maße, vielleicht überhaupt nicht vorhanden ist, wenn die Stadt, losgelöst von dem Verbande, die Anstalt verwaltet.

Nun sind viele Bedenken gegen den Umbau geltend gemacht, und ich war zunächst auch der Meinung, daß ein Neubau sich mehr empfehlen möchte. Ich habe mich aber durch Einsichtnahme in den Plan überzeugt, daß die Sache sehr gut geht. Es ist irrtümlich, wie an einer anderen Stelle angenommen war, daß die Anstalt gegenüber den vierstöckigen Häusern liegt und diese eine große Einbuße erleiden, die Anstalt kommt dahin, wo der Platz vor der Thomaestraße ist; sie bekommt reichlich Licht, und in der vorgesehenen Ausstattung wird sie dem Platze auch nicht zur Unehre gereichen. Die unansehnlichen Steine werden mit Zement überseht, und das wird einen guten Anblick geben. Auch die Anordnung der Räume ist gut. Es mag ein Zufall sein, aber ich glaube, daß nicht viele Durchbrüche der Mauern stattzufinden brauchen. Herr Baurat Frühling sagte ja auch, daß der Grundriß der künftigen Anlage sehr zustatten käme. Ich bin der Meinung, daß man gegen die Vorlage keine erheblichen Bedenken hegen kann.

Stadtv. **Loeschigt:** Für die Vorlage stimme ich voll und ganz und freue mich, daß sie bis so weit durchgekommen ist. In Berlin hat vor 40 Jahren der Geheimrat Prof. Desbrück als Privatmann ein Institut gegründet, das die Industrie der Gärungsgewerbe vertrat, heute ist das Institut für acht verschiedene Gewerbe erweitert und

die dazugehörenden einzelnen Gewerbe haben das Institut subventioniert. Wir brauchen also keine Angst zu haben; in ein paar Jahren, wenn das neue Haus eingerichtet ist, werden wir mindestens noch halb so viel Zugang mehr haben als heute. Wie schon gesagt: Es ist wunderbar, daß in den beschränkten Räumen Herr Prof. Freise so viel hat leisten können, wie er geleistet hat. Ich bin fest überzeugt, wenn die Anstalt in den früheren beschränkten Verhältnissen zustande gekommen ist, dann wird sie bei den günstigeren Verhältnissen in modern eingerichteten Räumen erst recht blühen und gedeihen.

Stadtv. **Schhardt:** Ich hatte gestern Gelegenheit von befreundeter Seite zu hören, daß ein sehr bedeutender Kaufmann aus Budapest vor kurzem hier gewesen ist und eine Pension für seinen Sohn, welcher die Drogisten-Akademie besuchen soll, ausgemacht hat und hierbei sich äußerte, daß man in Oesterreich-Ungarn viel von der Anstalt halte, und daß man mit den Erfolgen der Schüler sehr zufrieden sei.

Wenn nun der Inhaber einer großen Firma es für ratsam gehalten hat, die lange Reise nach hier und erhebliche Kosten nicht zu scheuen, um persönlich für seinen Sohn die Pension auszumachen, dann dürfte hieraus wohl zu schließen sein, daß es dem Vater sowohl um das geistige wie leibliche Wohl seines Sohnes zu tun gewesen ist, und daß es auch während der Studienzeit an nichts fehlen wird.

Auf die Ausführungen des Herrn Meyerhoff zurückkommend möchte ich bemerken, die Sache dahin richtig zu stellen, daß, als seitens des Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer, Herrn Dr. Bertram, die Gründung einer Hochschule für Hotel-Angestellte angeregt wurde, derselbe doch wohl in erster Linie an sich selbst, also Düsseldorf, weniger wohl an Braunschweig gedacht hat, welches zwar im Mittelpunkt der Bewegung für das Kaufmännische Unterrichtsweien steht, doch für die genannte Hochschule nicht in Betracht kam, da Düsseldorf infolge seines internationalen Fremdenverkehrs und der besseren Bahnverbindungen wegen vorgezogen wurde.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich glaube, was Herr Dr. Kleinfuecht gesagt hat, ist sehr weit hergeholt: daß viele Familien der Armenverwaltung zur Last fielen, wenn sie ihre Zimmer nicht mehr an die Zöglinge der Drogistenakademie vermieten könnten. Mit solchen Mitteln kann man nichts begründen; das zu beweisen ist man durchaus nicht imstande.

Ich habe nicht verlangt, daß man den Nachweis führen sollte, daß die Stadt Vorteile von den Schülern hat, sondern habe gesagt: Wenn eine Vorlage des Magistrats kommt, die Anstalt zu verstadtlischen, uns dann das finanzielle Gebahren der Anstalt unterbreitet werden müßte, und darnach wären wir gewillt, Beschlüsse zu fassen.

Der Magistrat fürchtet, daß die Stadt schlecht bei einer anderweitigen Regelung fahren wird. Das sind alles Vermutungen, die man hegen kann; ob sie zutreffen, weiß man nicht. Ich kann meine Ansicht nicht beweisen, der Magistrat die seine auch nicht. Es hängt das von der Entwicklung der Schule ab. Es wird gesagt, wenn die Akademie städtisch wird, dann wäre es möglich, daß sich ein Konkurrenzunternehmen auf tut und das hiesige leiden würde. Liegt die Gefahr nicht ebenso gut vor, wenn der Verband hinter dem Magistrat steht? (Widerspruch.) Der Drogistenverband ist nicht die einzige derartige Organisation in Deutschland. Wer will es einem Kapitalisten verwehren, an einem anderen Orte eine ähnliche Anstalt zu gründen? Es können doch die Verhältnisse auf diesem Gebiete eigenartig liegen, zumal da das Ausland bei Sendung der Schüler beteiligt ist. Die Gefahr, die die Stadt mit Übernahme der Schule auf sich nehmen würde, schreckt mich gar nicht. Wenn die Entwicklung der Anstalt so vor sich geht, wie hier gehofft wird, und wie ich auch wünsche, und wie ich auch hoffe, wenn es sich als notwendig erweist, daß die Anstalt verstädtlicht wird, dann kommt das ebenso der Anstalt wie der Stadt zugute, dann wird die Stadt keiner großen Gefahr ausgesetzt sein. Ich bin durch die mancherlei Ausführungen nicht davon überzeugt worden, daß irgendwie die Gefahr für die Anstalt größer sein könnte, wenn die Stadt sie übernimmt, als wenn sie von dem Drogistenverbande geführt wird.

Stadtv. **Frühling** (Schlußwort als Referent): Nur ein kurzes Wort: ich möchte Herrn Frede auf seine Anfrage erwidern, er muß mich mißverstanden haben. Wer die alten Gebäude kennt und sieht, was daraus werden soll, der kann darüber nicht im Zweifel sein, daß der Umbau ein großer ist und wenig von dem Alten stehen bleibt. Aber was übrigbleibt, ist wert, daß man es nicht wegwirft. Unter anderem bleibt das ganze Fundament, und so ist die Minderausgabe bei dem Umbau von der städtischen Bauverwaltung auf 60 000 M veranschlagt.

Stadtv. **Schön** (Schlußwort als Referent): Herr Wesemeier hat in seiner ersten Rede die Zahl 80, die in der Magistratsvorlage steht, in Gegensatz gebracht zu der von mir angegebenen Zahl 70. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß 70 der Durchschnitt aus den letzten Jahren sei, während 80 die letzte Zahl der Besucher der Anstalt ist. Im Jahre 1884 hatte sie 13 Schüler, 1894 43, 1904 71. Wenn die Zahl 80 nicht überschritten ist, so liegt das zum großen Teil an der Beschränktheit der Räume. Ich habe aus den Druckfachen, die mir zu Gebote standen, ersehen, daß jedes Jahr in der Zeitschrift des Verbandes, im „Drogenhändler“, ausgeschrieben wurde: „Es sind nur noch wenige Plätze frei.“ Natürlich kann man nicht mehr Schüler in die Anstalt aufnehmen, als sie Plätze hat.

Ich kann nicht schließen, ohne zu sagen: Es wäre vielleicht die Debatte abgekürzt worden, jedenfalls dieses Schlußwort unnötig gewesen, wenn die Freunde des Herrn Wesemeier in der Kommission ihre ablehnende Haltung mit einigen Worten begründet hätten, denn dann wäre diese Aufklärung schon in der Kommission erfolgt.

Der Antrag des Magistrats erhält in der Abstimmung die Mehrheit.

Stadtv. Dr. **Jasper** beantragt, die Verhandlung wegen der vorgerückten Zeit abzubrechen.

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Ich möchte bitten, wenn möglich, noch ein paar Sachen in der vertraulichen Sitzung zu beraten, die zu erledigen notwendig ist.

**Vorsitzender**: Ich bemerke, daß eine uns vorliegende eilige Sache aus der öffentlichen Sitzung noch beraten werden müßte. Ich nehme das Einverständnis der Mehrheit hiermit an.

## 18. Herausgabe einer Braunschweig-Nummer durch die Leipziger Illustrierte Zeitung.

Stadtv. **Munte**: Die Leipziger Illustrierte Zeitung, die uns allen bekannt ist, beabsichtigt, wie schon früher für andere Gegenden Deutschlands, eine Braunschweig-Nummer herauszugeben: eine Nummer, die hauptsächlich mit Illustrationen und feuilletonistischen Beiträgen über unser Vaterland ausgestattet ist. Die Zeitung liegt jetzt in ihrem ungefähren Umfang im Entwurf vor. Sie wird zur Ansicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt; sie hat hier schon zirkuliert und ist nur noch nicht weitergekommen. Die Redaktion hat den Magistrat gebeten, die hiesige Stadtgemeinde möchte sich durch einen Reklameartikel an dem Unternehmen beteiligen; der Nettopreis für eine volle Seite soll 900 M. betragen, außerdem würden die erforderlichen Klischees zu liefern sein. Dem Magistrat erscheint es angebracht, dem Ersuchen der Schriftleitung zu entsprechen, und er beantragt, ihm die nötigen Mittel bis zu 1000 M. aus der Umsatzsteuer zu bewilligen.

Wir haben den Antrag in der Finanzkommission eingehend besprochen und haben geglaubt, man solle diesen Betrag aufwenden, um für die Braunschweiger Industrie ausreichend Reklame zu machen. Die Finanzkommission hat sich in diesem Sinne einstimmig entschieden, und ich möchte Sie freundlichst bitten, diesem Kommissionsbeschlusse beizutreten.



Stadtv. **Lauer:** Ich wollte mir nur gestatten, auf die hohe Bedeutung der illustrierten Zeitung hinzuweisen, die bekanntlich in einer Auflage von 80 000 Exemplaren erscheint.

Ein Betrag bis zu 1000 *M* wird für den besprochenen Zweck bewilligt.

---

**Vorsitzender:** Ich habe noch bekanntzugeben, daß Herr Dieckmann folgende Anfrage an den Magistrat stellen will:

„Ist der Magistrat in der Lage, Aufschluß zu geben, inwieweit der Magistrat einem ihm zur wohlwollenden Berücksichtigung übergebenen Antrag eines Einwohners Entgegenkommen zeigte? Der Antrag ging dahin, das Verbot aufzuheben, daß Hunde nicht in den öffentlichen Anlagen umherlaufen dürfen.“

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er vor der Begründung dieser Anfrage eine Mitteilung zur Geschäftsordnung zu machen habe, und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 8¼ Uhr.

---

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 4. Dezember 1913.

### **Tagesordnung:**

1. Einspruch gegen die Zulassung einer Abdeckerei auf dem Münzberge . . . . . Seite 641
2. Antrag Hartung, betreffend das Gehalt des Kustos der Vorbilderammlung der Gewerbeschule . . . . . „ 641
3. Antrag Busch wegen besserer Befestigung des Augustplatzes . . . . . „ 647
4. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes . . . . . „ 648
5. Antrag Voeshigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwete . . . . . „ 648
6. Antrag Lauer auf Bildung einer Verkehrsdeputation . . . . . „ 649
7. Anfrage Dieckmann, betreffend das Verbot, Hunde in öffentlichen Anlagen umherlaufen zu lassen . . . . . „ 652
8. Anderweite Gehaltsfestsetzung für einige Lehrkräfte der Mädchen-Mittelschule . . . . . „ 655
9. Ankauf einer Anzahl Exemplare der Festschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“ . . . . . „ 656
- Fortsetzung dieser Besprechung . . . . . „ 668
10. Errichtung von Bedürfnisanstalten betreffend . . . . . „ 658
11. Unterstützung von gemeinnützigen Einrichtungen aus der Fideleystiftung . . . . . „ 659
12. Erteilung von Unterricht im Krüppelheim . . . . . „ 661
13. Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf eines neuen Hundesteuerstatuts . . . . . „ 662
14. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der projektierten Straße Nr. 289 (zwischen Petristraße und Straße 617 a) . . . . . „ 664
15. Verwilligung von Mitteln für Arbeiten an der Brücke zwischen Bürgerpark und Hennebergstraße, sowie für Verbreiterung des Reitwegs an der Nebenstraße . . . . . „ 665
16. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße . . . . . „ 668

|                                                                                                                                                   |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 17. Einsprüche gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Änderung des Ortsbauplans (zwischen Galgraben und Hamburgerstraße). . . . .    | Seite 670 |
| 18. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweigische Baugenossenschaft . . . . .                                                        | " 671     |
| 19. Anfrage Busch, betreffend die Beschaffung einer Automobilkehrmaschine . . . . .                                                               | " 672     |
| 20. Anfrage Loeßhigt über Stellungnahme des Magistrats gegen die Preis-<br>erhöhung der Abonnententarten für die Straßenbahn . . . . .            | " 673     |
| 21. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Faltersleberstraße<br>und der Straße Am Falterslebertore mit dem Theaterwall. . . . . | " 684     |
| 22. Antrag Henking auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungs-<br>bogen zwischen städtischem Archiv und Museum. . . . .              | " 684     |
| 23. Antrag Dieckmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde . . . . .                                                                | " 685     |
| 24. Anfrage Frede wegen besserer Beleuchtung der Straßenstrecke Poststraße-<br>Altstadtmarkt-Sonnenstraße . . . . .                               | " 686     |
| 25. Anfrage Hartung über seitens der Stadt zu ergreifende Maßregeln zur<br>Hebung des Realcredits in der Stadt . . . . .                          | " 687     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürger-  
meister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt Herr Stadtv. **Göde**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen sind mehrere Eingaben gleichen Wortlauts sowohl an den Stadtmagistrat als auch an die Stadtverordnetenversammlung. Nach unserer bisherigen Gepflogenheit bleiben diese Eingaben von der Stadtverordnetenver-  
sammlung so lange unerledigt, bis der Magistrat dazu Stellung genommen hat.

Die erste dieser Eingaben ist eine solche von der eingetragenen Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“, in der gebeten wird, ihr einen Zuschuß zu einer Ausstellung zu gewähren, die sie im März nächsten Jahres in der Gewerbe-  
schule zu veranstalten gedenkt, und in der Pläne und Modelle von Gebäuden, wie sie für die Gartenstadt geeignet erscheinen, gezeigt werden sollen.

Die zweite dieser Eingaben ist vom hiesigen Verkehrsverein ausgegangen; sie betrifft die beabsichtigte Erhöhung der Abonnements bei der Straßen-Eisen-  
bahn. — In derselben Sache ist eine Eingabe von einer Anzahl erwerbstätiger hiesiger Einwohner, unterzeichnet von Dr. Regensburger und A. Sattler, ein-  
gegangen.

Die dritte Eingabe gleichen Wortlauts an den Stadtmagistrat und die Stadt-  
verordnetenversammlung ist von einer Anzahl hiesiger Vereine der Stadtver-  
ordnetenversammlung übergeben. Sie betrifft die schon früher an den Magistrat

gerichtete Bitte: der Magistrat möchte mit der Direktion der Aktiengesellschaft Brünings Saalbau und Wilhelmsgarten wegen Erbauung eines neuen großen Saales in Verhandlung treten.

Sodann ist eine Anfrage eingegangen von Herrn Busch:

„Was für Erfahrungen hat der Magistrat mit der Automobilkehrmaschine gemacht? Wird die Einführung derartiger Maschinen beabsichtigt? Sollte letzteres der Fall sein, so dürfte sich wohl die Beschaffung von je einer Maschine für die Innen- und Außenstadt empfehlen.“

Herr Busch wird nach Erledigung der Tagesordnung, wenn noch Zeit ist, Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

Ferner ist von einer hiesigen Verlagsbuchhandlung eine Liste eingereicht, in die sich die verehrten Herren, die Neigung dazu haben, einzeichnen wollen. Es wird aufgefordert zum Bezuge einer Festschrift, die zum Einzuge Ihrer Königlichen Hoheiten herausgegeben ist. Ich lasse die Liste zirkulieren.

## 1. Einspruch gegen die Zulassung einer Abdeckerei auf dem Münzberge.

Stadtv. **Rasche**: Es sind von der Firma Charles Bewig und von Frau Marie Bewig Schreiben eingegangen, in denen Einspruch gegen die Zulassung einer Abdeckerei auf dem Münzberge erhoben wird. In der Baukommission ist über die Eingabe gesprochen. Da jedoch ein Antrag auf Erbauung einer Abdeckerei in der angegebenen Gegend bis jetzt nicht vorliegt, so scheint der Einspruch etwas verfrüht zu sein. Es wurde von der Baukommission beschlossen, die Versammlung zu bitten, die Eingaben dem Magistrat zu überreichen, damit sie als Material für spätere Verhandlungen dienen können.

**Vorsitzender**: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorschlage der Baukommission an.

## 2. Antrag Hartung, betreffend das Gehalt des Rustos der Vorbilderammlung der Gewerbeschule.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ihr eine Vorlage zu machen, durch welche der Rustos der Vorbilderammlung der Gewerbeschule, Professor Bock, im Gehalt dem Archivar und dem Museumsdirektor gleichgestellt wird.“

Stadtv. **Hartung** (zur Begründung): Meine Herren. Die Stellung des Herrn Regierungsbaumeisters Bock hat uns vor einiger Zeit bereits einmal beschäftigt, und zwar in Veranlassung eines Antrages, den der genannte Herr an

den Stadtmagistrat gestellt hatte, ihn den städtischen Baumeistern, die Abteilungsvorstände sind, im Gehalt gleichzustellen. Dieser Antrag ist seinerzeit zur Beratung an die Deputation für die Gewerbechule gegangen und diese hat sich befürwortend ausgesprochen. Bei der Behandlung der Sache hier in der Versammlung haben wir uns zu dem Beschlusse geeinigt, dem Magistrat zu empfehlen, den Herrn im Gehalt um 800 *M* heraufzusetzen, und zwar wurde dieser Antrag damit begründet — und das ist, wie ich annehme, wohl auch von der dafür stimmenden Majorität angenommen —, daß es unmöglich sei, Herrn Regierungsbaumeister Bock, der an der Gewerbechule tätig ist, besser im Gehalt zu stellen als seinen Chef, den Gewerbechuldirektor Professor Leizen. Da dieser nur 7000 *M* Gehalt beziehe, könne unmöglich Professor Bock mehr als 6800 *M* beziehen — nach dem Besoldungsstatut hat er bereits 6000 *M*. — Dieser Beschluß hat wohl auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruht, indem seinerzeit nicht berücksichtigt wurde, daß allerdings etatmäßig der Vorstand der Gewerbechule nur 7000 *M* Gehalt haben sollte, daß aber tatsächlich der jetzige Direktor, Herr Professor Leizen auf Grund eines älteren mit der Stadt abgeschlossenen Vertrages 8500 *M* bezieht, so daß also die Begründung, die der Antrag damals gehabt hat, jedenfalls hinfällig ist.

Es hat aber der Magistrat sich demnächst nicht veranlaßt gesehen, unserem Ersuchen, dem Baumeister Bock eine Gehaltserhöhung zu geben, zu entsprechen, und zwar steht der Magistrat nach dem Schreiben, das er an Herrn Baumeister Bock gerichtet hat, und das ich mir habe geben lassen, auf dem Standpunkte, daß Herr Baumeister Bock nicht berechtigt sei, mehr zu fordern als 6000 *M*, nämlich den Satz, den als Höchstsatz städtische Baumeister, die nicht Abteilungsvorsteher sind, bekommen, weil in seinem Vertrage mit der Stadt steht, daß er — der damals zu einem geringeren Satze angestellt wurde — aufgebessert werden sollte gleich den städtischen Baumeistern. Ferner steht der Magistrat auf dem Standpunkte, daß die Tätigkeit des Regierungsbaumeisters Bock eine Erhöhung des Gehalts nicht rechtfertige, und zwar um so weniger, als er 800 *M* mehr bekomme als die Zeichenlehrer an der Gewerbechule. Diese bekommen 5200 *M*. Der Stadtmagistrat bezeichnet die Zeichenlehrer als Amtskollegen des Regierungsbaumeisters Bock und begründet seine Ablehnung damit, daß ihm unmöglich ein noch höheres Gehalt als jetzt gewährt werden könne, da er schon 800 *M* mehr bekomme als seine Amtskollegen. Der Magistrat hat sich also nicht bewogen gefunden, dem Regierungsbaumeister Bock, wie er in seiner Eingabe gebeten hat, das Gehalt der Abteilungsvorsteher zuzubilligen.

Es hat nachher der Herr Regierungsbaumeister Bock in einer weiteren Eingabe gebeten, wenn man ihn nicht den Abteilungsvorständen gleichstellen wolle, so möge man ihn doch den akademisch gebildeten Lehrern an höheren Schulen gleich-

stellen, da seine Unterrichtstätigkeit der jener adäquat sei und eine gleiche Gehaltsstellung deshalb gerecht sei. Auch dieses Gesuch ist aus denselben Gründen abgelehnt worden. Ich bin der Ansicht, daß der Standpunkt des Stadtmagistrats nicht gerechtfertigt ist, daß es vielmehr der ganzen Sachlage entspricht, daß Herrn Baumeister Bock eine Vesserung in seiner ganzen Stellung zuteil wird, und gestatte mir, in Kürze das historische Material noch einmal vorzutragen.

Herr Professor Bock war diätarisch im Staatsdienst beschäftigt und wurde dann seitens des Kunstgewerbevereins, als dieser noch die Schule für seine Rechnung hielt, an der Gewerbeschule beschäftigt. Der Kunstgewerbeverein hat ihm auch eine Unterstützung zu einer wissenschaftlichen Studienreise ins Ausland bewilligt. Als dann die Stadt die Schule übernahm und mit ihr zugleich die Sammlung von Vorbildern, die auch dem Kunstgewerbeverein gehörte, war diese Sammlung zunächst von einem Bureaubeamten verwaltet, und als sich herausstellte, daß das nicht angängig war, von einem Zeichenlehrer, der auch etwas Kunstgeschichte getrieben hatte. Es ist dann aber vom Herrn Direktor Leizen angeregt worden, die Vorbilderammlung einem akademisch gebildeten Architekten zu übertragen. Zu dem Bericht, der von dem Herrn Direktor Leizen eingefordert ist, führte er aus, daß die ganze Tätigkeit des betreffenden Beamten nur von einem künstlerisch und wissenschaftlich gebildeten Manne voll erfüllt werden könne. Es hätten die bisherigen Versuche ergeben, daß auf die veruchte Weise mit Hilfskräften oder mit unzulänglich vorgebildeten Leuten die Sache nicht zu halten wäre. Herr Direktor Leizen führte insbesondere aus, daß es sich um eine besonders wertvolle und umfangreiche Sammlung handelte, die also den Zweck hat, weniger der Gewerbeschule zu dienen als den selbständigen Handwerkern, die ihrerseits aus der Sammlung Vorlagen zu ihren Entwürfen für Möbel oder Bauten bekommen, und daß infolgedessen es durchaus notwendig sei, daß nur jemand sie verwalte, der sie auch technisch beherrschen könne. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß er diese Sammlung selbstverständlich zu ergänzen habe. Der betreffende Beamte habe die gesamte hier in Frage kommende Literatur zu beherrschen, habe insbesondere auch sämtliche Werke, die hergebrachterweise von den Buchhändlern an den Beamten geschickt werden, durchzusehen, zu sichten, was an neuen Erscheinungen sich darunter findet, und zu prüfen, ob es für die Sammlungen zu gebrauchen ist, hat über die Anschaffung zu berichten und hat insbesondere, wenn diese neuen Werke angeschafft werden, sie nicht etwa einfach in den Schrank zu stellen, sondern, da es sich bei ihnen im wesentlichen um Quastblätter handelt, die als Vorlagen für künstlerische und kunstgewerbliche Arbeiten dienen sollen, aus den Werken die einzelnen Blätter herauszusuchen und sie systematisch der bisherigen Sammlung einzuverleiben. Mit anderen Worten: er hat nicht einfach eine registrierende Tätigkeit zu erfüllen, sondern tatsächlich eine Tätigkeit, die wissen-

schaftlich behandelt werden muß, wenn die Vorbilderammlung überhaupt den praktischen Wert behalten soll, den sie für unsere gesamte Kunst und unser Kunsthandwerk gehabt hat, noch heute hat und weiter haben soll. Es ist vom Herrn Direktor Leizen auch ausgeführt, daß die Tätigkeit an der Gewerbeschule erst in zweiter Linie komme, daß man auch nicht einfach die Sache so behandeln könne, als sei die Vorbilderammlung ein Appendix der Gewerbeschule, vielmehr wäre sie als für sich bestehendes Institut, was ihr Material beträfe, von großem Werte und von großer Wichtigkeit — wie ich schon ausgeführt habe — für das gesamte Kunstgewerbe, so daß nicht die neben der Verforgung und Beaufsichtigung der Sammlung geübte Tätigkeit an der Gewerbeschule die Hauptsache sei, sondern die Stellung als Kurator der Vorbilderammlung. Es ist inselgedessen — darauf möchte ich mir erlauben, gleich hinzuweisen — Herr Professor Vock nicht angestellt als Lehrer und nebenbei als Kurator, sondern — und ich glaube, daß das nicht gleichgültig und zufällig ist — es ist gesagt: er gilt als Kurator der städtischen Vorbilderammlung und daneben als Lehrer der Gewerbeschule.

Die Anstellung des Herrn ist auf Grund dieses Berichts erfolgt, nachdem der Stadtmagistrat pflichtmäßig sich nicht nur bei den bisherigen Vorgesetzten des Herrn Baumeisters Vock über seine Persönlichkeit erkundigt hatte, sondern auch nachdem er den Vorsitzenden der städtischen Bauverwaltung gehört hatte und beide dem Herrn ein tadelloses Zeugnis gegeben und es als einen besonders glücklichen Griff bezeichnet hatten, daß man diesen Beamten für die Arbeit habe gewinnen können. Herr Baumeister Vock ist 1886 oder 1887 mit einem Anfangsgehalt von — wenn ich nicht irre — 3000 M angestellt mit der Zusicherung, daß er im Gehalt aufgebessert werden solle gleich den städtischen Baumeistern bis 4200 M — das war damals das Höchstgehalt der städtischen Baumeister. Die Verhältnisse haben sich nachher etwas geändert. Die städtischen Baumeister, denen damals der Baumeister Vock gleichgestellt werden sollte, waren der Stadtbaumeister Meyer, und wenn ich nicht irre, war auch schon Stadtbaumeister Menadier da, bald nachher ist Stadtbaumeister Röttcher dazugekommen. Es sind das diejenigen Herren, die nicht etwa durch eine Organisationsänderung in der Bauverwaltung, sondern nur durch eine Etatsveränderung im Jahre 1906 um eine Stufe gehoben sind. Im Jahre 1906 findet sich, während sonst neben dem Vorstande der Bauverwaltung nur städtische Baumeister angeführt waren, zum ersten Male die Unterscheidung zwischen Abteilungsvorständen und sonstigen Baumeistern. Diese Abteilungsvorstände sind im Gehalt gehoben worden, und das hat sich dann fortgesetzt. In der Gehaltsordnung vom Jahre 1906 standen in dieser zweiten Klasse nicht nur geprüfte Baumeister, also Herren, die nicht nur die erste Prüfung, das sogenannte Bauführerexamen, sondern die zweite Prüfung, die Baumeisterprüfung gemacht haben, wie das selbstverständlich auch von Herrn Baumeister

Bock geschehen ist —, sondern auch Ingenieure und Architekten mit abgeschlossener Hochschulbildung, die also nicht das zweite, sondern nur das erste Examen gemacht haben. Durch diese Veränderung im Etat war tatsächlich eine Abstufung getroffen, die nach innen kaum berechtigt war; es waren wenigstens keine besonderen Veränderungen eingetreten; die Neuordnung führte aber gewissermaßen zu einer Deklassierung. Die Studiengenossen des Herrn Baumeisters Bock, also die Baumeister Meyer — an dessen Stelle Herr Baumeister Röttcher getreten ist —, Menadier und Nebenleben wurden als Abteilungsvorstände besonders geführt und dotiert, und Regierungsbaumeister Bock kam in die untere Klasse der Baumeister und der Architekten und Ingenieure mit abgeschlossener Hochschulbildung. Ich glaube also recht zu haben, wenn ich behaupte: Herr Regierungsbaumeister Bock ist durch diesen Federstrich deklassiert. Tatsächlich wurde die Sache praktisch so gehandhabt, daß sich auch Ingenieure, die nicht das Baumeisterexamen gemacht haben, in dieser Klasse befinden, und von den städtischen Baumeistern niemand weiter als Baumeister Bock. Das ist lange Jahre so geblieben, erst seit einiger Zeit ist es eingetreten, daß nach den Abteilungsvorständen auch noch einige jüngere Herren in die tieferen Klassen eingetragen sind. Es wird aber nicht zu viel behauptet sein, wenn ich sage, daß diese untere Klasse für die jungen Herren, die eintreten, nichts weiter ist, als ein Übergangsstadium, da sie nicht daran denken, dauernd in dieser Klasse zu bleiben, die nur bis 6000 M. geht, die also der Gehaltsfixierung, wie sie heute für akademisch gebildete Beamte allgemein, nicht nur in städtischen, sondern in staatlichen Verwaltungen Deutschlands, festgesetzt ist, nicht entspricht.

Regierungsbaumeister Bock ist dabei in übler Lage: Er ist 60 Jahre alt, hat keine Chancen aus dieser Unterklasse herauszukommen. Ich glaube, daß man auch deshalb sagen muß, er ist tatsächlich der Deklassierte geblieben. Der Magistrat unterschreibt das auch, denn er stellt ihn tatsächlich den Zeichenlehrern an der Gewerbeschule gleich. Ich weiß sehr wohl, daß die Herren, die als Zeichenlehrer an der Gewerbeschule angestellt sind, auch ihre Verdienste haben, es sind Künstler. Aber das interessiert ja die Stadt nicht, für ihre etwaige künstlerische Tätigkeit werden die Herren nicht bezahlt, sondern für ihre amtliche Tätigkeit als Zeichenlehrer. Sie sind Fachlehrer und durch den ganzen städtischen wie auch durch den staatlichen Besoldungsetat geht der Grundsatz, daß die Fachlehrer nicht so bezahlt werden wie die wissenschaftlichen Lehrer. Herr Regierungsbaumeister Bock ist akademisch gebildet, er hat die Staatsexamina gemacht, er gehört in die Klasse der wissenschaftlich, akademisch gebildeten Beamten, während er tatsächlich durch eine unglückliche Verkettung von Umständen in eine Klasse tiefer gesetzt worden ist.

Herr Regierungsbaumeister Bock steht bei seinen 60 Jahren auch noch in anderer Beziehung ungünstiger als seine Studiengenossen Menadier und Röttcher,



denn die Herren sind in ihrer Anstellung vordatiert insofern, als man ihnen die Dienstjahre, die sie in früheren Stellungen gehabt haben, angerechnet hat, während bei Regierungsbaumeister Vock die 10 Jahre, die er schon im Staatsdienst, allerdings nicht als Angestellter, sondern als diätarisch beschäftigter Beamter verbracht hat, nicht zur Erscheinung kommen, da er das Höchstgehalt von 6000 *M* erreicht hat und nicht höher kommen kann, während seine Studiengenossen 8000 *M* längst erreicht haben. Diese Anrechnung der Dienstjahre kommt sehr in Frage, falls er sterben sollte und seine Witwe pensionsberechtigt wird, oder wenn er selbst einmal in die Lage kommen sollte, sich pensionieren zu lassen. Auch in dieser Beziehung ist er also zurückgesetzt, und ich glaube, daß der Zustand der wirklichen Sachlage nicht entspricht.

Es könnte vom Magistrat auch der Einwand gemacht worden — und das ist geschehen —, daß es für die Stadt nicht angängig sei, mit einem Beamten zu verhandeln, der auf dem Standpunkte steht, daß ihm eine höhere Vergütung zustehe, als ihm gewährt wird. Die Rechtsfrage mag zweifelhaft sein. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß Regierungsbaumeister Vock im Recht ist, wenn er sagt: Wenn auch dem Wortlaut nach mein Vertrag sagt: Ich werde im Gehalt aufgebessert wie die städtischen Baumeister, so wird man mir dem Sinne nach nicht gerecht, denn unter den städtischen Baumeistern hat man damals die Herren verstanden, die tatsächlich die einzelnen Abteilungen, den Hochbau, den Tiefbau, den Kanalbau in der städtischen Bauverwaltung geleitet haben und heute noch leiten. Die Organisation unserer städtischen Bauverwaltung ist in keiner Weise geändert, sozusagen der alleinige verantwortliche Minister ist der Geheime Baurat Winter, und die anderen Herren haben unter ihm ihr Ressort zu verwalten. Das ergibt sich aus der Städteordnung und auch aus den sonstigen Bestimmungen, wie Baustatut usw. Es ist meines Erachtens tatsächlich eine Divergenz zwischen dem Sinne und dem Wortlaut des Vertrages vorhanden.

Ich meine auch, daß, abgesehen von der Rechtsfrage, es nicht billig sein würde, wenn die Herren sagen wollten: „Ja, wenn Herr Regierungsbaumeister Vock meint, es sei ihm unrecht geschehen, so möge er prozessieren.“ Herr Regierungsbaumeister Vock hat eigenes Vermögen nicht, auch seine Frau — soviel ich weiß — nicht. Er hat zwei Söhne, die jetzt die Schule mit guten Zeugnissen absolviert haben und augenblicklich studieren. Daß er dann bei einem Gehalt von 6000 *M* nicht in der Lage ist, einen Prozeß, der bekanntlich von der Stadt bis in die letzte Instanz hinaufgeführt werden würde, anzustrengen, dürfte auf der Hand liegen. Auf dem Standpunkte steht der Regierungsbaumeister Vock auch nicht. Er ist nicht als fordernd an die Stadt herantreten, sondern hat gebeten. Das dürfte sein gutes Recht sein, daß er die Verhältnisse auseinandersetzt und ausdrückt: Ich fühle mich benachteiligt. Wenn der Stadtmagistrat sich durch nochmalige Prüfung

der Sachlage davon überzeugete, daß der Mann materiell im Recht ist und seine jetzige Stellung seiner Vorbildung nicht entspricht, dann stände dem nichts entgegen, daß die Stadt mit diesem Beamten einen neuen Vertrag schloesse, wozu er jedenfalls bereit sein würde, durch den ihm eine entsprechende Aufbesserung gewährt wird.

Ich habe meinerseits gebeten, den Herrn gleich dem Museums- und Bibliotheksverwalter zu stellen, weil ich glaube, wie ich bereits ausgeführt habe, daß seine Stellung im wesentlichen dem Amt dieser beiden Herren gleich ist. Die Stellung des Kustos der städtischen Vorbilderammlung entspricht ungefähr der Stellung des Bibliothekars. Welches von beiden praktisch wichtiger ist, darüber mag man streiten. Ich glaube, daß nach Lage der Sache es sich empfehlen wird, ein solches Ersuchen, wie ich beantragt habe, an den Magistrat zu richten.

Ich möchte nochmals hervorheben, daß tatsächlich die Sache so liegt, daß einer der Zeichenlehrer, die also an sich dem Regierungsbaumeister Bock nachgestellt sein sollen, dadurch, daß er außer an der Gewerbeschule auch noch an der Städtischen Mädchenschule unterrichtet, mehr Gehalt hat, als Herr Regierungsbaumeister Bock. Das ist nicht zu verwundern. Die städtischen Zeichenlehrer haben 20 Dienststunden, während Professor Bock 30 Dienststunden hat und daneben wesentlich im Hause zu arbeiten hat, denn er muß die Literatur nachlesen, und das kann er in seinen Dienststunden nicht.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

### 3. Antrag Busch wegen besserer Befestigung des Augustplatzes.

Der Antrag lautet: „Der Magistrat möge darauf hinwirken, eventl. seinen Einfluß geltend machen, daß der Augustplatz besser befestigt wird.“

Stadtv. **Busch** (zur Begründung): Es ist Ihnen wohl reichlich bekannt, daß der Augustplatz bei schlechtem Wetter kaum zu passieren ist; für Damen ist es fast ein Ding der Unmöglichkeit. Wer bei Regenwetter vom Bahnhof aus Dannes Hotel erreichen will, muß die ganze Südseite des Platzes bis zur Auguststraße durchschreiten, um wieder das Trottoir zu erreichen: sicher eine große Verkehrs- hemmung. Ich erwähne dies, da fast die ganze Nordseite des Augustplatzes von Dannes Hotel eingeschlossen wird und auch dem Hotel durch den schlechten Zustand des Platzes eine Schädigung erwächst, indem dadurch mancher abgehalten wird, das Hotel aufzusuchen. Es ist mir wohl bekannt, daß auf diesem Platz städtische und staatliche Interessen zusammenstoßen, denn es handelt sich um ein Gelände, das zum größten Teil im Besitz des Staates ist, und es wird deshalb immer besonderer Anstrengungen bedürfen, um die Übelstände zu be-

seitigen. Wie die Befestigung des Weges vorzunehmen ist, damit werden wir uns später zu befaßen haben. Erwähnen möchte ich noch, daß die Stadt auch als Nachbar des Platzes an seiner Westseite mit der Mittelschule in Frage kommt, und der Magistrat wird ein lebhaftes Interesse daran haben, daß die Zugänge zu dieser Lehranstalt solche sind, wie sie als der Stadt würdig zu bezeichnen sind. Ich richte deshalb die höfliche Bitte an den Magistrat, daß bald Schritte seinerseits eingeleitet werden, um hier Abhilfe zu schaffen.

Der Vorsitzende überweist den schriftlich genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

#### 4. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Friedrich-Wilhelmsplatz besser beleuchtet wird, und in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, die jetzt im Gebrauch gewesenen beiden Bogenlampen für immer installieren zu lassen.“

Stadtv. **Eckhardt:** Ich habe sehr häufig Gelegenheit, von Fremden zu hören, wenn ich mich darnach erkundige, wie es ihnen in Braunschweig gefallen hat, daß dieselben sagen: „Braunschweig ist eine liebe, alte Stadt, in der man sich recht wohl fühlen kann.“ Dann aber kommt hinterher: „Doch im Punkte der Beleuchtung, da fehlt es noch vielerorts, so z. B. ist der Friedrich-Wilhelmsplatz recht mangelhaft erleuchtet, was recht unichön wirkt, zumal dieser Platz als eigentliches Eingangstor Braunschweigs anzusehen ist, fällt dieses um so mehr auf.“

Da ich nun diesen Äußerungen nicht widersprechen konnte, erlaubte ich mir, meinen Antrag um bessere Beleuchtung dieses Platzes einzubringen.

Ich bitte deshalb die geehrten Herren um freundliche Unterstützung meines Antrages und den Magistrat um wohlwollende Erwägung.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

#### 5. Antrag Voeshigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwete.

Der Antrag lautet: „Die geehrten Herren wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Petroleumbeleuchtung der Gartenstraße und Fuchstwete in eine elektrische umwandeln zu lassen, um so mehr, da bis zum Grundstück Gartenstraße Nr. 12 das Kabel liegt.“

Stadtv. **Loeschigt**: Die Fuchstwete und die Gartenstraße sind in den letzten Jahren mehr und mehr in den Verkehr der Stadt gezogen. Die beiden Straßen liegen zwischen der jetzt ausgebauten Analienstraße und der Maschstraße und werden viel frequentiert. Den Zustand der beiden Straßen werden die meisten Herren kennen: Es sind noch die alten Feldwege, die nur chaussiert sind, aber die Beleuchtung läßt zu wünschen übrig. Die Polizei kann Ihnen den Beweis liefern, was für Gefindel sich dort bis tief in die Nacht hinein herumtreibt, und so ist es meines Erachtens sehr angebracht, hier Abhilfe zu schaffen, indem man das Licht der alten Petroleumlampen in das hellere der elektrischen Birnen umwandelt, was um so leichter geschehen kann, da das Kabel schon bis zu dem Grundstück Gartenstraße Nr. 12 gelegt ist und der Anschluß und die Herstellung der besseren Beleuchtung keine kolossalen Kosten verursachen würden. Durch die geringen Kosten würde ein großer Nutzen geschaffen. Wer die Gegend kennt, wird zugeben, daß auf der Gartenstraße, die auch als Verkehrsweg nach der Zuteppinnerei benutzt wird, wirklich besseres Licht geschaffen werden muß, um lichtscheuen Leuten das Handwerk zu legen. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## 6. Antrag Lauer auf Bildung einer Verkehrsdeputation.

**Vorsitzender**: Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. der Versammlung bald eine Vorlage zugehen zu lassen, nach der eine Verkehrsdeputation, bestehend aus Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, gebildet wird, die sich — außer der Erledigung von anderen wichtigen Verkehrs- wünschen — die Aufgabe stellt, zu erreichen, daß die neuen Normalbahnen, die der preußische Herr Eisenbahnminister demnächst im Hochharz zu bauen gedenkt, einen so l e n Lauf erhalten, daß sie eine gute Verbindung mit der Stadt Braunschweig gewährleisten.

2. Geeignete Schritte in die Wege zu leiten, damit dieser Deputation auch Mitglieder der Handelskammer und des Verkehrsvereins angehören.“

Ich habe dazu mitzuteilen, daß nach dem Geschäftsbericht, der in der 22. Vollversammlung der hiesigen Handelskammer vorgetragen wurde, die Handelskammer ihren Austritt aus dem Ausschuß für eine Nord-Süd-Verbindung über den Harz erklärt hat.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Als ich am 9. Oktober d. J. in der Stadtverordnetenversammlung die Anfrage an den Stadtmagistrat stellte, welche Schritte er zu tun gedenke, daß die neuen Bahnen, die im Hochharz gebaut werden sollen, eine

solche Lage bekommen, daß sie eine gute Verbindung mit Braunschweig gewährleisten, da entgegnete unser Herr Oberbürgermeister, daß der Stadtmagistrat jedenfalls der Bildung einer Deputation zustimmen würde, die sich die Aufgabe zu stellen hätte, diese und ähnliche Verkehrsfragen zu verfolgen. Der Herr Oberbürgermeister stellte anheim, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Dieser Antrag liegt heute von mir vor. Zur Begründung möchte ich folgendes bemerken:

Die Erledigung von Verkehrsfragen liegt in Braunschweig in der Hauptsache in den Händen des Verkehrsvereins. Es sammeln sich aber doch die Arbeiten dort so stark an, daß der Verkehrsverein die Erledigung nicht immer in einer solchen prompten Weise vornehmen kann, wie er wohl gern möchte. Er hat auch gefunden, daß dieses um so schwerer ist, weil die einzelnen Mitglieder des Verkehrsvereins ihre Betätigung freiwillig in den Dienst der Sache stellen. Er hat auch konstatiert, daß in vielen Fällen seinen Wünschen nicht der nötige Nachdruck verliehen werden konnte, weil hinter ihm nicht der Magistrat stand, weil er mit einem Wort zu wenig Autorität besaß, denn seine Wünsche hatten keinen offiziellen Charakter.

Des ferneren hat der Herr Oberbürgermeister in der Sitzung vom 9. Oktober erklärt: „Wir haben augenblicklich hier mit unseren Eisenbahnfragen in unmittelbarer Nähe der Stadt, bezw. in unserer Stadt selbst so viel zu tun, daß wir in der Tat keine Neigung haben, uns um später vielleicht zur Erörterung gelangende Projekte jetzt schon zu bemühen.“ Meine Herren. Es ist wohl kein Zweifel, daß diese Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters zutrifft, denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß allein schon durch den Bahnhofsbau in Braunschweig der Magistrat weiter sehr belastet ist, daß wegen dieser Frage wahrscheinlich viele Beratungen stattfinden haben, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Daß aber nun dieserhalb wichtige Verkehrsfragen vollständig unbeachtet bleiben sollen, weil der Magistrat nicht die nötige Zeit dazu findet, sich dafür zu interessieren, das halte ich nicht für richtig. Ich glaube, es würde das auch eine sehr große Gefahr und eine Schädigung der allgemeinen Handels- und Verkehrsverhältnisse der Stadt Braunschweig in sich schließen. Aus diesen Gründen wäre es zu begrüßen, wenn eine Kommission oder Deputation gebildet würde, wie ich dies bereits angedeutet habe. In vielen Städten bestehen bereits solche Kommissionen oder städtische Ämter, wie sie auch genannt werden. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf Bonn und Köln. Ich darf Ihnen ein kleines Schriftstück vorlesen, das mir über diese Sache aus Bonn zugegangen ist. Es lautet:

„Vielsachen Wünschen entsprechend wurde im Winter 1912 zur Hebung des Fremdenverkehrs eine städtische Verkehrskommission gebildet und gleichzeitig die Errichtung eines öffentlichen städtischen Verkehrsamts beschlossen. Das Verkehrsamt ist auf einem öffentlichen Grundstücke in der Poststraße in unmittelbarer

Nähe des Hauptbahnhofes mit einem Kostenaufwande von rund 9000 .// errichtet worden. Die Eröffnung des Bureaus fand am 1. Juli d. J. statt, und zur Durchführung der Propaganda bewilligte die Stadtverordnetenversammlung für das laufende Jahr 1913 12 000 M."

Diese Einrichtung einer Deputation, die uns noch fremd ist, erklärt auch ferner ein Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters aus Köln, das mir zugeing. Der Kölner Oberbürgermeister schreibt:

"Das Verkehrsamt der Stadt hat den Zweck, für das allgemeine Interesse der Stadt propagandistisch tätig zu sein. Vor allem geschieht dies durch enge Verbindung mit der Presse, sowohl der inländischen wie auch der ausländischen. Zu seinem Arbeitsgebiet gehört unter anderem auch: Die Heranziehung von Industrie, der Zuzug steuerkräftiger Bürger, Propaganda für städtische Ausstellungen, Heranziehung von Kongressen usw. Durch das städtische Verkehrsamt wird die Tätigkeit des außerdem hier bestehenden Kölner Verkehrsvereins nicht berührt, dessen Arbeitsprogramm sich im allgemeinen mit dem der sonstigen Verkehrsvereine deckt. Im übrigen wird auf ein nutzbringendes Zusammenarbeiten mit dem Verkehrsverein der größte Wert gelegt, dem alljährliche Zuschüsse von der Stadt Köln auf Antrag hin bewilligt werden, und in dessen Beirat auch der Unterzeichnete gewählt worden ist."

Meine Herren, Bonn hat zurzeit ca. 90 000 Einwohner und macht solche riesigen Anstrengungen! Köln, das jedenfalls nicht mehr so besonders gierig auf Heranziehung des Fremdenverkehrs zu sein brauchte, hat 530 000 Einwohner. Diese Plätze zeigen uns, welchen großen Wert sie auf Errichtung von Verkehrsdeputationen legen.

Wie nötig eine Verkehrsdeputation in Braunschweig ist, das könnte man dadurch erhärten, daß z. B. in hiesiger Stadt seit Jahrzehnten keine größere Ausstellung stattgefunden hat, und daß es durchaus wünschenswert wäre, wenn endlich einmal wieder nach solch langer Zeit, vielleicht im Jahre 1915 oder 1916, unter dem Protektorat des Herzogs Ernst August eine west- oder eine große mitteldeutsche Ausstellung hier geschaffen würde.

Wohl noch nie in Braunschweig rechnete die Geschäftswelt und die Allgemeinheit auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in dem Maße, wie es gegenwärtig zu trifft. Dieser wirtschaftliche Aufschwung wird aber auch jetzt ansbleiben, wenn zur Hebung des Verkehrs usw. von uns nichts geschieht. Es ist nötig, daß wir eine Verkehrsdeputation bilden, die dafür sorgt, daß nach dieser Richtung hin kein Stillstand eintritt. Auch in dieser Beziehung kann man sagen, daß die gebratenen Tauben einem nicht in den Mund fliegen.

Die Verkehrsdeputation wird auch feststellen können, daß von einer Ausstellungsmüdigkeit keine Rede sein kann, denn es ist bekannt, daß z. B. das deutsche

Reich eine Beteiligung der deutschen Industrie an der Weltausstellung in San Franzisko nicht wollte, daß aber die Industrie aus eigener Anregung heraus Veranlassung genommen hat, sich trotzdem an dieser Ausstellung zu beteiligen. Man werfe einen Blick nach Leipzig. Kaum ist eine Ausstellung in Leipzig vorüber, so rüstet man sich zu einer neuen großen Weltausstellung. Ich darf auf Oldenburg hinweisen. Oldenburg hatte vor wenigen Jahren eine Industrie- und Gewerbeausstellung, und das Endresultat bestand darin, daß sie mit mehreren hunderttausend Mark Nutzen abgeschnitten hat. Oldenburg hat 50 000 Einwohner, Braunschweig 150 000: Ich sollte meinen, das, was Oldenburg vermag, das müßte Braunschweig auch können.

Ich habe diese Beispiele lediglich angeführt, um die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Bildung einer Verkehrsdeputation darzutun, und könnte noch weitere Beispiele anführen. Es würde mich freuen, wenn wir bald Gelegenheit haben würden, die Bildung einer Verkehrsdeputation zu erleben, die möglichst in nicht allzu weiter Ferne ihre segensreiche Tätigkeit im Interesse der Stadt entfalten möge.

**Vorsitzender:** Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der vereinigten Bau- und Finanzkommission zur Vorberatung.

Es möchte zweckmäßig sein, die beiden eben schon begründeten Anträge der Herren Eckhardt und Loeschigk nicht der Baukommission, sondern der Finanzkommission, die derartige Sachen immer vorberaten hat, zu überweisen. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß die Finanzkommission die Vorberatung vornimmt.

## 7. Anfrage Diedmann, betreffend das Verbot, Hunde in öffentlichen Anlagen umherlaufen zu lassen.

**Vorsitzender:** Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat in der Lage, Aufschluß zu geben, inwieweit der Magistrat einem ihm zur wohlwollenden Berücksichtigung übergebenen Antrage eines Einwohners Entgegenkommen zeigte? Der Antrag ging dahin, das Verbot aufzuheben, daß Hunde nicht in den öffentlichen Anlagen umherlaufen dürfen.“

Die Stadtverordnetenversammlung vom 19. Juni d. Js. hat den Antrag, auf den sich die Anfrage bezieht, dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung zu überweisen beschlossen.

**Stadtv. Diedmann** (zur Begründung): Wohl jeder Hundebesitzer wird mit dem derzeitigen Antragsteller der Ansicht sein, daß § 122 und 123 Härten ent-

halten, die wohl beseitigt bzw. gemildert werden können. Es ist insbesondere für Hundebesitzer, die an der Promenade wohnen, ungeheuer schwierig, zu verhindern, daß ihre Hunde nicht in den öffentlichen Anlagen umherlaufen; der Hundebesitzer ist sonst schon gezwungen, den Hund ständig an die Kette zu legen und nur mit ihm zu gehen, wenn er ihn zuvor an die Leine genommen hat. Der Ausdruck „gärtnerische Anlagen“ in dem Polizeistrafgesetzbuch ist wohl etwas zu weitgehend, es müßten engere Grenzen gezogen werden und insbesondere die ausführenden Polizeiorgane angewiesen sein, nicht ohne weiteres jeden Hundebesitzer, dessen Hund in „gärtnerischen Anlagen“ — nehmen wir einmal an: in den Okerböschungen — gefunden wird, zur Anzeige zu bringen, sondern es müßte ein Unterschied gemacht werden, ob der Hund sich auf Blumenbeeten oder im Gebüsch befunden hat. Meiner Ansicht nach ist es richtiger, wenn der Hund, um eine Blume zu pflücken, sich ins Gebüsch begibt, als wenn er seine Visitenkarte mitten auf dem Trottoir abgibt. Wenn die Polizei — die übrigens auf dem Standpunkte steht, daß dieser Paragraph ruhig fallen gelassen werden kann — einen Unterschied machen würde, so würden schon damit sich viele Härten vermeiden lassen, die sich durch strenge Ausführung des Paragraphen zeigen.

Es ist noch eine weitere Härte in den sogenannten Hundeparagraphen enthalten — das kann ich bei dieser Gelegenheit gleich anführen —, indem verboten ist, Hunde an den Markttagen auf öffentlichen Märkten frei umherlaufen zu lassen. Jeder Hundebesitzer schärft seinem Hunde ein: „Am Mittwoch und Donnerstag darfst du nicht auf dem Markte herumlaufen, das kostet 3 Mk!“ Vor dem Bußtag nun aber wurde der öffentliche Markt am Dienstag abgehalten, und das konnten die Hunde nicht begreifen. Es ist für den Hundebesitzer unangenehm, wenn er so streng aufpassen soll. Die Früchte, die auf dem Markte feilgehalten werden, werden doch nicht in dem Zustande genossen, wie sie verkauft werden, und wenn man so streng vorgehen wollte, dürfte man schließlich keinen Dünger mehr aufs Feld bringen. Ich glaube, dieser Paragraph könnte auch fallen gelassen werden. Wie ich schon sagte, besteht die Polizei nicht darauf, daß er weiter zur Anwendung kommt. Die Polizeidirektion beruft sich bei Beurteilung dieser Paragraphen auf die Wege- und Wasserbauinspektion, welche in dieser Richtung Einwände gemacht habe. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Wege- und Wasserbauinspektion nicht ohne weiteres mit Streichung dieser Paragraphen einverstanden sein kann, denn sie schafft uns die gärtnerischen Anlagen, und auch ich würde es ungeheuer bedauern, wenn renitente Hunde diese ohne weiteres vernichten würden. Wenn aber der Paragraph so verändert würde, daß ein Unterschied zwischen den verschiedenen gärtnerischen Anlagen gemacht und die Polizeiorgane darauf hingewiesen werden, dann wäre damit auch den Wünschen des Antragstellers zum großen Teil Entgegenkommen gezeigt.



Gleichzeitig möchte ich mir gestatten, bei dieser Gelegenheit einmal anzufragen, wie sich der Magistrat zur Beseitigung des Maulkorbzwangs stellt. (Sehr richtig!) Mir wurde gesagt . . . .

**Vorsitzender:** Dieser Punkt liegt nicht mit im Thema der Anfrage, ich bitte den Herrn Medner, sich darin zu halten.

**Stadtrat von Frankeberg:** Der Stadtmagistrat hat alsbald, nachdem die geehrten Herren vor einigen Monaten beschlossen hatten, diesen Wunsch eines hiesigen Einwohners uns zur Beachtung zu überweisen, sich in Verbindung gesetzt mit denjenigen Stellen, die hauptsächlich bei der Handhabung der Straßenpolizeiordnung betheiligt sind, insbesondere auch mit den Richtern der Schöffengerichtsabteilung Braunschweig, und hatte gebeten, die Herren möchten sich über einige Erfahrungen auf diesem Gebiete äußern. Die Antwort steht noch aus; die Herren werden jedenfalls den Stoff ausgiebig bearbeiten wollen, bevor sie uns Mitteilung machen. Sobald das geschehen ist, wird der Magistrat sich mit der Angelegenheit beschäftigen und den geehrten Herren eine Vorlage machen.

**Vorsitzender:** Es ist eine Anfrage von Herrn Loeschigt und sechs anderen Herren Stadtverordneten eingelaufen, die folgendermaßen lautet:

„Hat der Magistrat durch den Vertrag mit der Straßen-Eisenbahn keine Handhabe, um gegen die Preiserhöhung der Abonnentenfarten Stellung zu nehmen?“

Meine Herren, ich halte es nicht für unbedenklich, wenn Herr Loeschigt seine Anfrage schon jetzt begründet und die Versammlung vielleicht schon jetzt darüber berät. Das ist nicht unbedenklich, weil die Versammlung vorher zugestimmt hat, die beiden anfangs mitgetheilten Eingaben, die denselben Gegenstand betreffen, so lange unerledigt zu lassen, bis der Magistrat sich darüber geäußert hat. Ich werde indessen die Meinung der Versammlung hierüber nachher einholen.

Sodann ist ein Antrag des Herrn Hartung eingegangen:

„Ich beantrage, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallerseleberstraße und der Straße Am Fallerselebertor mit dem Theaterwall ins Werk zu setzen.“

Ferner ist ein genügend unterstützter Antrag des Herrn Henking eingegangen:

„Der Stadtmagistrat wolle veranlassen, daß der elektrische Beleuchtungskörper in dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum erneuert, bezw. durch eine stärkere Metalldrahtlampe ersetzt wird.“

Die Herren werden nachher, wenn noch Zeit ist, Gelegenheit haben, ihre Anträge zu begründen.

## 8. Aenderweite Gehaltsfestsetzung für einige Lehrkräfte der Mädchen-Mittelschule.

Stadtv. **Trede:** Wie die Herren wissen, haben wir hier zwei Mittelschulen nach dem Muster der preußischen Mittelschulen ins Leben gerufen, eine Knabenmittelschule, die noch im Entstehen begriffen ist, und eine Mädchenmittelschule, die nach der im April 1912 erfolgten Aufsehung einer neuen Klasse vollendet ist. Wir haben das getan, weil den Schülern und Schülerinnen der Mittelschulen in Preußen namhafte und ziemlich zahlreiche Vergünstigungen gewährt werden, und wir die Schüler und Schülerinnen am hiesigen Ort ebenfalls in den Genuß dieser Vergünstigungen kommen lassen wollen. Nun ist für die frühere Städtische Mädchenschule, jetzige Mädchenmittelschule, die Anerkennung in Preußen noch nicht ausgesprochen, und insolgedessen genießen die Schülerinnen die Berechtigungen, von denen ich gesprochen habe, noch nicht. Die Anerkennung der hiesigen Mädchenmittelschule durch Preußen soll jetzt nachgesucht werden, sie wird aber vom preußischen Minister nur ausgesprochen werden, wenn der Lehrplan der Schule genau so lautet, wie der in Preußen, und wenn auch im übrigen in den Hauptsachen die Bedingungen erfüllt sind, die der preußische Kultusminister verlangt, und dazu gehört auch, daß in der Besoldung der Lehrkräfte den Forderungen entsprochen wird, die an die preußischen Mittelschulen gestellt sind. Es unterrichten an der hiesigen Mädchenschule Lehrer, welche die beiden Lehrerprüfungen abgelegt haben, und auch solche, die dazu das Rektorenexamen bestanden haben. In Preußen sind vielfach Lehrkräfte beschäftigt — und auch an unserer Knabenmittelschule ist das der Fall —, die ein besonderes Examen, das sogenannte Mittelschullehrerexamen gemacht haben, das in Braunschweig noch nicht abgelegt werden kann. Nun hat der preußische Kultusminister bestimmt, daß die Lehrer, und auch die Lehrerinnen, welche an den Mittelschulen angestellt sind und nur die beiden ersten Examen gemacht haben, nicht auch das Mittelschullehrerexamen, gleichwohl im Gehalt besser zu stellen sind als die Bürgerichullehrer an demselben Orte. Es ist die Forderung des preußischen Kultusministers nicht eine absolute in dem Sinne, daß festgesetzt ist, in welcher Höhe das Gehalt gezahlt werden soll, sondern es ist das Verhältnis der Besoldung der Mittelschullehrer und Bürgerichullehrer festgesetzt. Wenn auch die Besoldung der Bürgerichullehrer und Lehrerinnen noch so hoch ist, so soll die der Mittelschullehrer und Lehrerinnen doch mindestens um 150 M. höher sein. Wenn dies als wesentliche Bedingung anerkannt wird und wir die Berechtigung für die braunschweigische Schule wünschen, müssen wir dieser Bedingung wohl oder übel nachkommen. Wir durchbrechen damit allerdings den Grundsatz, den wir bisher hochgehalten haben, daß Lehrkräfte, die dieselben Prüfungen abgelegt haben und dieselbe Tätigkeit ausüben, in gleicher Weise zu besoldet sind, aber es läßt sich nichts dagegen machen.

Es handelt sich um fünf Lehrer und acht Lehrerinnen, für die das Mehr je 150 *M* beträgt, und um zwei technische Lehrerinnen, für die je 50 *M* mehr festgesetzt werden sollen. Der Schulvorstand der Mädchenmittelschule hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, diese anderweitige Festsetzung der Gehaltsätze herbeizuführen, und der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, dieser Erhöhung um insgesamt 2050 *M* grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings sagt der Magistrat, daß die Erhöhung des Gehalts nur bedingungsweise aufzufassen sei: Wenn die Berechtigung der hiesigen Anstalt verliehen wird, soll die Erhöhung eintreten, sollte aber wider Erwarten die Berechtigung nicht ausgesprochen werden, so soll es beim alten bleiben. Die Schulkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

## 9. Ankauf einer Anzahl Exemplare der Festschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“.

Stadtv. **Voeshigt**: Die Firma Körner & Lauterbach in Chemnitz hat eine Festschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“ herausgegeben, deren Einzel-Adenpreis 3 *M* beträgt und deren Generalvertrieb die Firma Friedrich Wagner hier übernommen hat. Der Magistrat hält die Schrift nach Inhalt und Ausstattung für ein recht wirksames Reklamemittel für die Stadt und ihre Verbreitung daher für durchaus zweckmäßig. Er ersucht die Herren, zuzustimmen, daß 225 Exemplare davon angekauft werden, deren ermäßigter Preis sich dann auf 2,25 *M* stellen soll. Diese Hefte sollen dann an die großen überseedampferlinien, an die Rheindampferunternehmen, an die bedeutendsten Verkehrsbureaus des In- und Auslandes und an die namhaftesten deutschen Hotels verteilt werden. Ferner sollen Abdrücke den Bürgerschulen, der Fortbildungsschule und dem Schulmuseum überwiesen werden, nachdem sich der Stadtschulrat dafür ausgesprochen hat. Die gesamte Ausgabe würde 506,25 *M* betragen, die aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu bewilligen wäre.

Ich glaube, Sie sind alle mit mir einverstanden, daß ein solches Buch auf Braunschweigs Verkehr günstig wirken wird. Ich habe nur einen Zweifel gehabt, ob die 225 Exemplare zu der Verteilung ausreichen, denn wenn sie auch nur an die bedeutendsten Hotels in Deutschland geschickt würden, so würden wir mit einer solchen Zahl nicht weit kommen. Da aber der Magistrat nicht mehr fordert, so habe ich vorläufig im Auftrage der Finanzkommission Ihnen nur zu empfehlen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Brenner:** Geehrte Versammlung. Als neulich der Antrag kam, 1000 *M* für die Leipziger Illustrierte Zeitung zu bewilligen, da hat wohl jeder der Herren dem gern zugestimmt in der Erwartung, daß wirklich eine der Stadt würdige Reklameschrift hergestellt würde. Als nun die Zeitung erschien, habe auch ich mir gern ein Exemplar gekauft. Aber ich war sehr verwundert, als mir im Laden 1,50 *M* dafür abgenommen wurde. Das ist ein so hoher Preis, daß man nicht damit rechnen kann, daß diese Zeitschrift eine größere Verbreitung findet, und dadurch wird der Zweck unserer Bewilligung zum Teil illusorisch gemacht.

Dann hat auch der Inhalt der Zeitung sehr enttäuscht. Wenn man die Zeitung aufblättert, sieht man zunächst 13 Seiten mit allerhand Reklameinseraten bedruckt, und dann erst kommen, allerdings mit Bildern, ca. 30 Seiten, die Braunschweig betreffen, aber nicht nur die Stadt Braunschweig. Einen großen Teil des Raumes nehmen die Bilder fürstlicher Persönlichkeiten und die Geschichte der welfischen Dynastie ein. Wie weit man diese Bilder mit als Reklamezwecken dienend auffassen will, das will ich dahingestellt sein lassen. Es sind wohl eine Anzahl netter Illustrationen aus der Stadt Braunschweig in dem Fest, aber ich bin der Meinung, daß die wunderbar schönen Baudenkmäler, die unsere Stadt birgt, doch in der erwarteten Weise nicht zur Geltung kommen, denn gerade diese Bilder sind ziemlich klein und dürftig. Unter dem Wust von Inseraten, die sich mit allerhand anderen Sachen beschäftigen, verschwinden diese Bilder; sie werden sozusagen erdrückt, so daß sie nicht richtig zur Geltung kommen. Schon diese Erfahrung würde mich veranlassen, eine neue Bewilligung zu solchen Zwecken sehr mit Vorsicht vorzunehmen.

Übrigens ist es wohl etwas sonderbar, diesen Ankauf von uns zu verlangen, denn wenn das Buch auch der Finanzkommission vorgelegen hat, so kennen es doch die übrigen Herren nicht. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn man den Herren, die sich über die Sache entscheiden sollen, ein Exemplar des Buches vorgelegt hätte, und zwar in der endgültigen Gestalt, nicht im Entwurf. Ich kann mich unter diesen Umständen nicht dazu bereit finden lassen, neue Mittel hierfür zu bewilligen. Wenn eine Zeitung eine Unmenge Geld aus der Reklame herausschlägt, so ist es nicht richtig, dann noch 1000 *M* von der Stadt zu verlangen, ich meine, es war dann nicht notwendig, daß sie erst noch bei der Stadt gewissermaßen betteln geht.

**Vorsitzender:** Ein Exemplar dieser Festschrift hat der Herr Berichterstatter ausgelegt, es befindet sich in Umlauf.

Stadtrat **Wagner:** Der Herr Vorredner hat, wie ich glaube, die Leipziger Illustrierte Zeitung mit der besonderen Festschrift, die sich im Umlauf befindet und

von einer Firma in Chemnitz herausgegeben ist, verwechselt. Meiner Meinung nach können wir uns eben mit der Ausführung der Braunschweig-Nummer der Illustrierten Zeitung weniger beschäftigen. Eins scheint mir sicher zu sein: Als Werk, das für die Stadt Braunschweig in hohem Maße dauernden Werth besitzt, muß die in Chemnitz herausgegebene Zeitschrift unter allen Umständen bezeichnet werden; davon werden Sie sich, wenn Sie das Werk ansehen, ohne weiteres überzeugen. Der Herr Vorsitzende erwähnte bereits, daß der Magistratsvorlage ein Exemplar beigelegt war, es ist auch in der Kommissionssitzung zur Stelle gewesen und wäre, wenn der Wunsch ausgesprochen wäre, auch den übrigen Herren zur Verfügung gestellt. Ich möchte dringend empfehlen, daß die Herren der Verbreitung dieser Nummer zustimmen.

**Vorsitzender:** Wenn einige Herren den Wunsch haben, das Werk vorher durchzusehen, so schlage ich vor, die Beratung jetzt abzubrechen und nachher darauf zurückzukommen. (Zustimmung.)

(Fortsetzung auf Seite 668.)

## 10. Errichtung von Bedürfnisanstalten betreffend.)

**Stadtv. Frühling:** Aus der Mitte der Versammlung sind fortlaufend Anträge gestellt, Bedürfnisanstalten zu errichten. Es ist deshalb der Wunsch ausgesprochen, der Magistrat möchte uns zunächst einmal eine Vorlage machen, in der diejenigen Stellen aufgeführt sind, an denen die Anlage derartiger Anstalten wünschenswert oder notwendig ist, damit wir nicht immer von Fall zu Fall zu entscheiden brauchen, sondern einen Überblick erhalten und darnach die Kosten der einzelnen Anlagen besser beurteilen und uns schlüssig werden können. Diesem Ansuchen ist der Magistrat nachgekommen. Der von ihm aufgestellte Plan ist ausgehängt. Gleichzeitig ist dem Plan eine Nachweisung derjenigen Anstalten beigelegt, die auf dem Plane enthalten sind. Schwarz bedeutet die vorhandenen Anstalten, rot die neu zu bauenden; rund sind die Anstalten für Männer gezeichnet und viereckig diejenigen für Frauen, wo beide vereinigt sind, ist das auch durch die Zeichnung ausgedrückt. Der Baukommission hat der Plan zur Beratung vorgelegen. Sie ist der Meinung, daß es augenblicklich schwer sein würde, etwaige Wünsche, die im Schoße der Versammlung oder der Bezirksvereine existieren, hier zur Verhandlung zu bringen und sich darüber schlüssig zu machen. Die Baukommission schlägt deshalb vor, vorläufig die Beratung auszusetzen, und diese Vorlage erst einmal zur Kenntnis zu nehmen.“ Der Plan wird in Zimmer 60 zur Einsichtnahme ausgelegt, und die Baukommission bittet den Vorsitzenden, das Verzeichnis drucken zu lassen und den Herren Stadtverordneten zuzustellen, so daß dann etwaige Wünsche an den

Vorsitzenden oder an die Baukommission gerichtet und mit vorberaten werden können.

Ich möchte noch hinzufügen, daß auf dem Plan nur im allgemeinen angegeben ist, wo die Anstalten hinkommen sollen, der genaue Platz also einer besonderen Vorlage vorbehalten wird, ebenso die Art der Konstruktion: oberirdisch, unterirdisch und sonstige Einzelheiten. Es handelt sich eben nur darum, einen Generalplan festzustellen über das, was gebaut werden soll.

**Vorsitzender:** Ich werde veranlassen, daß eine Vervielfältigung des Verzeichnisses den geehrten Herren zugeht, und bitte Sie, falls Sie einen Antrag zu stellen gedenken — nicht jetzt, sondern nach Durchsicht des Verzeichnisses —, ihn dem Vorsitzenden der Baukommission oder mir schriftlich einzusenden. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß wir jetzt von einer Beratung und Beschlußfassung abhehen.

## 11. Unterstützung von gemeinnützigen Einrichtungen aus der Züdelstiftung.

Stadtv. **Ränge:** Der Vorstand der Züdelstiftung hat in seiner Sitzung vom 20. November beschlossen, zu Lasten der Züdelstiftung, Abteilung III, folgende Unterstützungen zu bewilligen:

1. 1000 M zur Unterstützung der Bestrebungen der Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung (Fürsorgeheim für schulentlassene Mädchen),
2. 6000 M zugunsten der Volkslesehalle,
3. 8400 M zur Einrichtung und Weiterausgestaltung von Klassenbibliotheken der städtischen Fortbildungsschule.

Indem ich das Einverständnis der geehrten Herren voraussetze, werde ich mir erlauben, über die einzelnen Punkte gesondert zu berichten, es würde dementsprechend über die einzelnen Punkte getrennt Beschluß zu fassen sein. (Zustimmung des Vorsitzenden.)

Die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung besteht seit fünf Jahren. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, Kinder und Minderjährige, deren Erziehung infolge Verwaisung, minderwertiger Veranlagung oder anderer Ursachen in der bisherigen Umgebung nicht möglich ist, durch Unterbringung in guten Familien zu erwerbsfreudigen Menschen erziehen zu lassen. Nach den guten Erfahrungen, welche die Stiftung in den fünf Jahren gemacht hat, ging sie in ihren Bestrebungen weiter und beschäftigt sich jetzt mit der Absicht, um das spätere Fortkommen der bedürftigen Mädchen noch weiter zu unterstützen und sie in den wirtschaftlichen Zweigen des Hauswesens unterweisen und zu guten Hausfrauen erziehen zu können, eine besondere Bildungsstätte in Gestalt eines eigenen Heims zu schaffen. Hierfür be-

durfte die Stiftung der finanziellen Unterstützung, und die städtischen Behörden hatten nach vorheriger Bewilligung des Vorstandes der Jüdelstiftung schon im vorigen Jahre 1000 *M* für den Zweck bewilligt. Mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Zweck empfiehlt der Magistrat auch in diesem Jahre, der von der Verwaltung der Jüdelstiftung bereits erfolgten Bewilligung von wieder 1000 *M* für die genannte Stiftung zuzustimmen. Die Finanzkommission hat in ihrer Sitzung dementsprechend beschlossen, und ich habe im Auftrage der Finanzkommission die Herren zu bitten, die Zustimmung zu der Bewilligung auszusprechen zu wollen.

Die Versammlung ist mit der Bewilligung einverstanden.

Stadtv. **Lange** (fortfahrend): Es handelt sich zweitens um eine Unterstützung der Volkslesehalle. Sie befindet sich in der wenig angenehmen Lage, schon den Voranschlag mit einem Defizit fristieren zu müssen. Wenn das Defizit des Voranschlages für 1913 wesentlich herabgemindert wurde, so ist das neben der regen Tätigkeit des Werbeausschusses der Hilfsbereitschaft der Eisenbahnsignalbauanstalt und last not least der großmütigen Hilfe durch die Jüdelstiftung zu danken. Auch in diesem Jahre ist mit einem Defizit zu rechnen; daher hat sich auch diesmal der Vorstand der Volkslesehalle an die Jüdelstiftung gewandt, und der Vorstand dieser Stiftung hat, wie schon erwähnt, beschlossen, 6000 *M* für die Volkslesehalle zu bewilligen. Der Magistrat hat dem zugestimmt, und ich bitte im Auftrage der Finanzkommission die geehrten Herren, die genannte Summe zu Lasten der Abteilung III bewilligen zu wollen.

Die Zustimmung zur Bewilligung wird erteilt.

Stadtv. **Lange** (fortfahrend): An dritter Stelle habe ich über eine sehr beachtenswerte Unterstützung zu berichten, die von der sehr rührigen Leitung der städtischen Bürgerschulen zur Bewilligung an die Jüdelstiftung eingereicht wurde. Die Direktion der städtischen Bürgerschulen gibt in ihrer Begründung des Antrages der Überzeugung Ausdruck, daß die überall hervortretenden Bestrebungen der Jugendpflege in der Fortbildungsschule einen wesentlichen Stützpunkt erhalten müssen. Sie fügt hinzu, daß eine derartige Unterstützung in erster Linie mit erreicht werden kann durch die Errichtung bzw. Erweiterung einer guten Klassenbücherei für die Fortbildungsschule. Im vorigen Jahre haben bereits die städtischen Bürgerschulen eine derartige Unterstützung von seiten der Jüdelstiftung durch die städtischen Behörden erfahren. Es würde mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Zweck und besonders darauf, daß den Schülern durch eine Schulbücherei eine gute geistige Nahrung gegeben wird, dringend zu empfehlen sein, dem heutigen Antrage zu entsprechen. Dies hat der Vorstand der Jüdelstiftung bereits getan, auch der

Magistrat hat dem zugestimmt, und ich möchte auch hierfür namens der Finanzkommission den geehrten Herren empfehlen, die Unterstützung von 8400 M zu bewilligen.

Die Versammlung entspricht auch diesem Antrage.

## 12. Erteilung von Unterricht im Krüppelheim.

Stadtvr. **Schhardt**: Wie den geehrten Herren bekannt sein wird, ist hier bereits im Jahre 1909 unter dem Namen „Herzogin-Elisabeth-Heim, Landes-Krüppel-Heil- und Pflegeanstalt“, eine milde Stiftung ins Leben gerufen, die die Errichtung und Unterhaltung eines Krüppelheims bezweckt. Wenngleich durch Zuwendungen von verschiedenen Seiten, insbesondere auch vom Staate, bereits 350 000 M zusammengebracht sind, so reichen diese Mittel doch nicht aus, um die Anstalt, deren Betrieb nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen sehr kostspielig werden wird, schon jetzt zu eröffnen, und insbesondere ein besonderes Anstaltsgebäude zu errichten. Der Vorstand hat es daher für angezeigt erachtet, die kleine Krüppel-Heilanstalt, die im Hause des Dr. Schlee mit Hilfe der vom verstorbenen Geh. Kommerzienrat Dr. Fündel schon zu dessen Lebzeiten zur Verfügung gestellten Mittel eingerichtet werden konnte, und in der ständig etwa 10–15 Krüppelkinder behandelt werden, durch regelmäßige Zuschüsse so weit zu unterstützen, daß die Anstalt lebensfähig ist.

Inzwischen hat sich aber das Bedürfnis herausgestellt, den dort untergebrachten Kindern, die regelmäßig längere Zeit in der Anstalt verweilen müssen, auch angemessenen Unterricht zuteil werden zu lassen, da sonst Lücken im Wissen und Können entstehen, die das spätere Fortkommen der Krüppelkinder in hohem Maße erschweren. Herr Dr. Schlee hat deshalb gebeten, der Anstalt eine Lehrerin überweisen zu wollen. Sowohl der Leiter als auch der Schulverstand der städtischen Bürger Schulen haben die Gewährung dieser Bitte befürwortet, und auch der Magistrat hält den Antrag um so mehr für annehmbar, als die städtischen Behörden dem Luisenstift (Anstalt für Fallsüchtige) in gleicher Weise entgegengekommen sind. Während aber am Luisenstift ein Lehrer den Unterricht erteilt, wird für das Krüppelheim eine Lehrerin genügen, und zwar hält es der Leiter der Bürger Schulen für angängig, mit dem fraglichen Amte eine geeignete Hilfslehrerin zu betrauen, die, wenn sie den Unterricht dort einige Jahre erteilt hat, in den städtischen Schuldienst eintreten kann. Die Kosten, die der Stadt erwachsen, sind somit nur gering.

Die Schulkommission, welche sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt hat, empfiehlt Ihnen, geehrte Herren, zu beschließen:



entsprechend dem Vorschlage des Schulvorstandes gefälligst zustimmen zu wollen; daß bis auf weiteres eine zu Lasten der Bürgerischulklasse zu befolgender Hilfslehrerin im Krüppelheim nach Anweisung des Leiters der städtischen Bürgerschulen Unterricht erteilt.

Der Antrag der Schulkommission wird angenommen.

### 13. Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf eines neuen Hundesteuerstatuts.

Stadtv. Dr. **Voge**: Ein Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Henking und anderer Stadtverordneten vom 15. Juni d. J. zielte darauf ab, die Hundesteuererlaßgesuche möglichst von unseren Tagesordnungen verschwinden zu lassen und deshalb eine entsprechende Änderung des Hundesteuerstatuts herbeizuführen. Gleichzeitig wurde durch den Antrag eine Erhöhung der Hundesteuer und eine Verschärfung der Strafbestimmungen des Statuts erzielt. Dem Wunsche entsprechend hat der Stadtmagistrat eine Vorlage gemacht, die allen Herren in Vervielfältigung zugegangen ist, so daß ich mich kurz fassen kann.

In § 1 ist nur eine Umstellung des Abjazes 2 und 3 erfolgt. Weiter ist darüber nichts zu bemerken.

**Vorsitzender**: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit § 1 an.

Stadtv. Dr. **Voge**: In § 2 ist die Erhöhung der Hundesteuer von 15 auf 20 *M* festgesetzt, die Abgabe für Zwingerhunde von 45 *M* auf 60 *M* erhöht. Die Statutenkommission stimmt dem zu.

Der Paragraph gilt als angenommen.

Stadtv. Dr. **Voge**: § 3 zielt hauptsächlich darauf ab, uns die Hundesteuererlaßgesuche möglichst zu ersparen. Es sagt der Paragraph, daß die Hundesteuer zwar im voraus für das ganze Jahr zu zahlen ist, daß aber, wenn die Steuerpflicht erst später eintritt, eine Berechnung für die einzelnen Vierteljahre stattfinden soll, und bei Wegfall der Steuerpflicht eine Rückzahlung, nach Vierteljahren berechnet, am Schluß des Jahres auf Antrag erfolgen soll. Der Magistrat ist der Meinung, daß im Interesse der Geschäftsführung es sich empfiehlt, daß die Steuer im ganzen bezahlt werden muß, daß also nicht durch viermalige Einzahlung im Jahre die Arbeit des Bureaus unnütz erschwert wird. Die Kommission ist mit der Fassung einverstanden.

Der Paragraph gilt als angenommen.

Stadtv. Dr. **Voge:** § 4 enthält Bestimmungen über die Befreiungen von dieser Steuer und im letzten Absatz die Bestimmungen für die Ziehunde. Auch hiermit ist die Kommission einverstanden. Sie gibt nur noch anheim, daß demnächst die Statutenkommission mit der Prüfung der vom Magistrat aufgestellten Listen über Zieh- und Wachhunde betraut wird.

§ 4 gilt als angenommen, ebenso §§ 5—8 ohne weitere Bemerkungen.

Stadtv. Dr. **Voge:** In § 9 stehen die Strafbestimmungen. Es ist zu bemerken, daß die Geldstrafe von dem früheren Höchstsatze von 30 *M* auf 60 *M* erhöht ist, d. h. es kann eventl. eine solche hohe Bestrafung eintreten, es muß aber nicht geschehen. Die Erhöhung ist erfolgt, um gleichzugehen mit ähnlichen Bestimmungen, Polizeistrafen betreffend.

§ 9 gilt als angenommen, ebenso die §§ 10 und 11.

Stadtv. **Diedmann:** Meine Herren. Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung. Es ist vor nicht langer Zeit häufig darüber geklagt, daß insbesondere auf der Kaiser-Wilhelmstraße die Fußsteige von Hunden stark beschmutzt werden, was für die Passanten einen widerwärtigen Anblick geboten hat. Man findet dies Vorkommnis wohl fast auf allen Straßen. Da nun jetzt Gelegenheit gegeben ist, infolge der erhöhten Hundesteuer einen größeren Steuerbetrag hereinzubekommen, so möchte ich anregen, ob es sich nicht ermöglichen ließe, dieses mehr eingebrachte Geld dazu zu verwenden, einige halbwüchsige Burschen anzustellen, die die Fußsteige von den Excrementen der Hunde reinigen. Man hat dieselbe Einrichtung in Hannover eingeführt, und soweit ich mich erinnern kann, sind seitdem die Fußwege dort nicht in dem Maße beschmutzt gefunden. Jedenfalls wollte ich bei Gelegenheit der Besprechung des Hundesteuerstatuts nicht unterlassen, diese Anregung zu geben.

**Vorsitzender:** Es handelt sich also nur um eine Anregung.

Ich bitte diejenigen Herren, die dem Statut im ganzen ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist ausgesprochen.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Diedmann:

„Die geehrten Herren wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Maulkorbzwang für Hunde aufzuheben und des weiteren das Verbot aufzuheben, daß Hunde an den Markttagen auf öffentlichen Märkten frei umherlaufen.“

Herr Dieckmann wird nachher Gelegenheit haben, wenn noch Zeit ist, seinen Antrag zu begründen.

Außerdem ist eine Anfrage des Herrn Frede eingegangen:

„Im Frühjahr 1913 ist auf Antrag des Unterzeichneten von der Versammlung beschlossen worden, die Strecke Poststraße-Altstadtmarkt-Sonnenstraße mit Preßgas oder elektrischer Beleuchtung zu versehen. Ist der Magistrat bereit, zu erklären, weshalb bis heute die Anlage nicht ausgeführt werden konnte?“

Auch Herr Frede wird nachher, wenn noch Zeit vorhanden ist, Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

#### 14. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der projektierten Straße Nr. 289 (zwischen Petristraße und Straße 617 a).

Stadtv. **Wernerhoff:** Die geehrten Herren haben in einer früheren Versammlung beschlossen, daß eine Straße gebaut wird von der Cellerstraße durch das frühere Löbbbeckische Grundstück bis zur Straße 617 a, die auf die Petristraße ausmünden soll, wie das auf dem ausgestellten Lageplane zu ersehen ist. Die Anlage der Straße ist nur möglich, wenn zwei Flächen von 96 qm und 56 qm stadtheilig erworben werden. Die erste gehört dem Sparkassendirektor Barner in Winsen an der Luhe, die zweite der Ehefrau des Zuschneiders Penchow. Beide Stücke sind für 10  $\mathcal{M}$  pro Quadratmeter zu erwerben. Der Preis wird allgemein für die Gegend als äußerst solide erachtet, und es ist mit dem Sparkassendirektor Barner durch den Magistrat schon ein notarieller Kaufkontrakt aufgenommen. Nach § 3 sollen vom Kaufpreis 824,41  $\mathcal{M}$  gegen die Straßenbaukosten aufgerechnet werden, welche von dem Grundstück Nr. ass. 3103 für den Ausbau der Petristraße geschuldet werden, und der Rest des Kaufpreises soll auf die Sicherheit verrechnet werden, welche laut notariellen Vertrages vom 13. Juni 1913 seitens des Herrn Barner in Höhe von 20 000  $\mathcal{M}$  zur Sicherung der Kosten des Erwerbs der zur Straße 289 erforderlichen Teilflächen der Grundstücke Nr. ass. 3103 und 7589 zu stellen ist. Eine Barzahlung findet in diesem Falle also nicht statt. Bezüglich der zweiten Fläche ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen, sie für die Stadt zu erwerben.

Namens der Baukommission möchte ich Genehmigung des Magistratsantrages anheimgeben, denn die Verbindung muß geschaffen werden, wenn das ganze Terrain aufgeschlossen werden soll.

Dem Erwerb der bezeichneten Flächen wird zugestimmt.

## 15. Verwilligung von Mitteln für Arbeiten an der Brücke zwischen Bürgerpark und Hennebergstraße, sowie für Verbreiterung des Reitwegs an der Nebenstraße.

Stadtv. **Sander:** Die Herren haben in der Sitzung vom 3. Juli d. J. beschlossen, bezüglich des Antrages Diekmann dem Magistrat zu empfehlen, einige Punkte aus demselben zur Ausführung zu bringen. Es handelt sich zunächst um Anbringung von Querrillen auf der Brücke zwischen Bürgerpark und Hennebergstraße. Der Stadtmagistrat hat darüber gutachtlich die städtische Bauverwaltung gehört und schreibt zurück, daß Bedenken gegen die Einarbeitung von Rillen in die Betonplatten der Brücke nicht bestehen. Er erklärt sich bereit, diese Arbeit auf den beiderseitigen Rampen der Brücke ausführen zu lassen, hält es aber nicht für nötig, daß die Brücke in demjenigen Teile, der horizontal liegt, auch mit Rillen versehen wird, weil die Gefahr des Stürzens der Pferde hier nicht größer sei, als auf jeder anderen ebenen Fläche. Die Kosten für die vom Magistrat empfohlene Arbeit würden sich auf 160 *M* belaufen, während sich die Kosten, wenn die ganze Brücke mit Rillen versehen würde, auf 420 *M* stellen würden. Dazu komme, daß die Brücke wahrscheinlich keine längere Lebensdauer mehr haben werde, da sie bei Anlage des neuen Bahnhofes verschwinden würde. Das sind Gründe, die es geeignet erscheinen lassen, die Einarbeitung der Rillen auf die Rampen zu beschränken.

Sodann wurde gewünscht, den Reitweg an der Nebenstraße und am Kleinen Exerzierplatz zu verbreitern und die Bordsteine dort wegzunehmen zu lassen. In der Versammlung hier wurde zur Genüge hervorgehoben, wie wenig geeignet dieser Weg als Reitweg sei, wie er geradezu lebensgefährlich für die Reiter sei, weil er auf beiden Seiten mit Bordsteinen eingefast ist. Der Magistrat hat sich diesen Gründen nicht verschlossen und ist der Meinung, daß es sich wohl einrichten ließe, den Reitweg von  $1\frac{1}{2}$  m auf 3 m nach dem Exerzierplatze hin zu verbreitern und die Bordsteine auf der einen Seite wegzunehmen. Das würde einen Kostenaufwand von 720 *M* nötig machen. Aus den frei werdenden Bordquadern würde dabei der Stadt ein Material im Werte von 1400 *M* zufallen; die direkte Ausgabe von 720 *M* müßte aber dennoch von uns verwilligt werden.

Die Baukommission hat die Sache beraten und gibt anheim, die beiden Punkte in der Weise, wie der Magistrat vorgeschlagen hat, zu genehmigen. Die Kosten zu 160 resp. 720 *M* sollen zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte, das zu genehmigen.

Stadtv. **Diekmann:** Ich freue mich außerordentlich über das Vorgetragene; die Reiter werden es Ihnen Dank wissen, daß Sie ihnen Gelegenheit geben, aus

der Stadt herauszukommen. Da ich eben höre, daß die Brücke nicht mehr für lange Zeit stehen bleiben wird, so möchte ich eine Anregung geben, um das Geld für die Rillen zu sparen. Der Magistrat käme vielleicht billiger weg, wenn jeden Morgen auf der Brücke Grand gestreut würde. Das wäre auch angenehm für die Fußgänger, die die Brücke passieren, insbesondere bei der bevorstehenden Winterglätte. Ich habe mir sagen lassen, daß die Einarbeitung der paar Rillen mit ziemlich hohen Kosten verknüpft gewesen ist; probieren konnte man den damit erzielten Erfolg noch nicht, weil die Rillen auf der äußersten Seite angebracht sind. Wenn dann das Geld, das durch das billige Grandstreuen gespart wird, dazu verwendet würde, die Wege an der Campe- und Wörthstraße in Ordnung zu bringen, dann könnten Sie einen größeren Nutzen mit dem Gelde schaffen. Augenblicklich ist der Sommerweg an der Campestraße eine reine Berg- und Tal-Bahn.

**Vorsigender:** Wenn ich recht verstehe, würden Sie den ersten der beiden Punkte nicht bewilligen wollen, sondern dafür etwas anderes vorschlagen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich würde im Interesse der städtischen Kasse das Geld gern gespart sehen, da die Brücke doch bald abgerissen wird.

**Bürgermeister Meyer:** über die Lebensdauer der Brücke in der Verlängerung der Hennebergstraße ist heute nicht zu beschließen. Es ist in unserem Schreiben nur angedeutet, daß nach dem Ausbau des Staatsbahnhofes vielleicht eine andere Brücke, die fahrbar sein müßte, geschaffen würde, und daß deshalb mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß die Ausgabe für Einarbeitung der querlaufenden Rillen später als weggeworfenes Geld zu betrachten sei. Im übrigen hat sich der Magistrat auch mit der Frage befaßt, ob es nicht als angängig zu bezeichnen sei, daß die Brücke zu gewissen Zeiten mit Grand bestreut werde, und ist dabei zu einem verneinenden Ergebnis gekommen. Er meint, daß, da wir einen sauberen Flußkies hier nicht haben, bei feuchtem Wetter die Brücke durch Bestreuen mit Sand zu sehr verschmutzt würde, und daß deshalb im Interesse der Fußgänger, die doch die Mehrzahl der Benutzer der Brücke bilden, von einem solchen Bestreuen abzusehen sei.

Was die Anregung wegen der Campe- und Wörthstraße anlangt, so ist in dem Rückschreiben davon die Rede. Es ist gesagt, daß dem früheren Wunsche der Stadtverordneten insofern Rechnung getragen werden solle, als der Magistrat die Unterhaltung dieser zur Bereitung geeigneten Wege und ihre gelegentliche Bestreuung mit Sand veranlassen werde.

**Stadtv. Diedmann:** Ich ziehe meinen vorhin geäußerten Wunsch zurück und danke Herrn Bürgermeister Meyer für die eben gemachte Mitteilung. Ich kann

bei der Gelegenheit gleich mitteilen, daß auch die Wege- und Wasserbauverwaltung Gelegenheit genommen hat, bessere Wege zu schaffen, insbesondere wird mit dem Monumentsplatz begonnen, Brand angefahren und die Wege geebnet. In Kürze werden auch auf den Promenaden die Reitwege wieder hergerichtet werden.

**Stadtv. Ohlendorf:** Ich habe nichts dagegen, daß Reitwege angelegt werden, und auch, wie an dem Exerzierplatz, verbreitert werden. Ich möchte Sie aber doch dringend bitten, nicht in unserem Bürgerpark die Wege, die meiner Ansicht nach bisher nicht als Reitwege gegolten haben, so zu verändern, daß sie in Zukunft von Reitern benutzt werden können. Wer den Verkehr in unserem kleinen Park kennt, und gerade den auf diesem Wege, der nach dem Wunsche des Herrn Diekmann als Reitweg gelten soll, der wird wissen, daß dieser als Hauptweg von Passanten, Spaziergängern und Krankenwagen benutzt wird. Ich weiß nicht, wie man sich das denkt, daß auf diesem Wege später Reiter spazierenreiten sollen. Ich meine, der Wunsch des Herrn Diekmann und seiner Freunde, die reiten wollen, geht doch dahin, daß sie hinaus wollen. Schließlich könnten sie doch auch anderweitig Platz finden als gerade in diesem Park, der, wie der Herr Bürgermeister sagte, den Spaziergängern dienen soll. Dadurch wird der Aufenthalt im Park den Spaziergängern doch ungemütlich gemacht. Es ist doch so: Der Weg ist an und für sich nicht sehr breit, und wenn nun ein Kinderfräulein mit dem Kinderwagen fährt oder wenn Damen dort spazierengehen und ein Reiter kommt an ihnen vorbei, ist das angenehm? Es kommt doch vor, daß Pferde wild werden, und dann müssen die Fußgänger in das Buschwerk flüchten. Ich möchte auf die Konsequenzen aufmerksam machen, auf die Unglücksfälle, die sich bei dem schmalen Wege ereignen könnten. Es kann auch Ihnen, Herr Diekmann, passieren, daß einmal Ihr Pferd erschreckt wird und ausfällt. Jedenfalls ist es unangenehm, wenn man dort spazierengehen soll, wo Reiter umhergaloppieren.

**Stadtv. Diekmann** (meldet sich zum Wort).

**Vorsitzender:** Es tut mir leid, ich kann Ihnen das Wort nicht erteilen, da Sie schon zweimal zu der Sache gesprochen haben.

**Stadtv. Sander:** Seinen Antrag von heute hat Herr Diekmann zurückgezogen, ich brauche also nicht darauf einzugehen.

Ich möchte nur noch kurz darauf hinweisen, was der Herr Bürgermeister sagte. Das sind die Punkte, die heute nicht zur Tagesordnung stehen: daß der Magistrat sich auch dahin geäußert hat, daß der Sommerweg an Kiewegs Garten und am Ribdagshäuserwege durch gelegentliches Aufahren von Sand und durch Auflocke-

rung in einem für Reitzwecke geeigneten Zustande erhalten werden soll. Der Bülttenweg vom Exerzierplatz bis zur Stadtgrenze dagegen lasse sich seiner geringen Breite wegen nicht als Reitweg ausbauen, jedoch soll er von dem Punkte an, wo er breiter wird, also hinter der Landesbahn bis nach der Stadtgrenze, in möglichst gutem Zustande für das Reiten hergerichtet werden. Alles dies ist in Aussicht gestellt, und ich glaube, das wird den Herren Reitern wohl genügen.

Die Ausgaben für die genannte Brücke und den Reitweg am Exerzierplatze werden bewilligt.

## 16. Erwerb von Flächen zum Ausbau der südlichen Teilstrecke der Sichtalstraße.

Stadtv. **Friede:** Zu dem in Aussicht genommenen Ausbau der südlichen Strecke der Sichtalstraße ist der stadtseitige Erwerb von zwei Flächen zu 16 qm, bezw. 57 qm notwendig. Sie gehören dem Zementsteinfabrikanten Becker. Auf Anfrage hatte dieser 15 *M* für das Quadratmeter gefordert. Da nun für die benachbarte Fläche nur 10 *M* bezahlt ist, so hat der Magistrat den zu hohen Preis verweigert, und die Stadtverordnetenversammlung hat vor einigen Monaten zugestimmt, daß das Enteignungsverfahren eingeleitet würde. Bei dem in diesem Verfahren am 26. v. Mts. stattgefundenen Sühneterrin vor der Polizeidirektion hat sich Herr Becker nunmehr damit einverstanden erklärt, die der Stadt nötigen Flächen auch zu 10 *M* herzugeben. Da der Magistrat auf dem Standpunkte steht, daß dies ein entsprechender Preis ist, so ist von ihm das Gebot angenommen und ein vorläufiger Kaufvertrag mit Herrn Becker abgeschlossen. Die Baukommission schlägt Ihnen vor, sich mit dem Preise von 10 *M* für das Quadratmeter einverstanden zu erklären, und die erforderlichen Mittel zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## Fortsetzung von 9. Ankauf einer Anzahl Exemplare der Festschrift „Braunschweig Stadt und Herzogtum“.

Stadtv. **Loeschigt:** In der Zwischenzeit werden sich sämtliche Herren die Festschrift angesehen haben. Von verschiedenen Seiten ist mir gesagt, daß man meinen Worten zustimme und die vom Magistrat angeforderte Anzahl von 225 Exemplaren nicht für ausreichend halte, wenn man eine Reklame machen wolle, die intensiv wirken solle. Nicht als Referent, sondern persönlich möchte ich deshalb den Antrag stellen: „Die geehrten Herren wollen beschließen, statt 225 Stück der Festschrift bis 500 Stück zu beschaffen, resp. dem Magistrat zur Verfügung zu stellen.“

Stadtv. **Steinbrecher:** Gegen die Erhöhung der Zahl der zu beschaffenden Exemplare habe ich nichts einzuwenden, ich möchte mir aber die Anfrage gestatten, wie es kommt, daß dieses Buch, das typographisch auf einer hohen Stufe steht, nicht in Braunschweig hergestellt ist. Wir haben in Braunschweig in bezug auf Typographie sehr gut entwickelte Anstalten. Sollte es hier keine Druckerei gegeben haben, die das Buch drucken wollte, waren die Preise zu hoch, oder wie ist die Sache zustande gekommen?

Stadtrat **Wagner:** Die Chemnitzer Firma, die ähnliche Schriften schon häufig herausgegeben hat, ist ihrerseits in Braunschweig bei Industriellen usw. umhergegangen, hat Annoncen gesammelt und hat sich bei der Stadt bemüht, eine Unterstützung zu bekommen, ebenso beim Ministerium. Auf diese Weise ist es gekommen, daß keine hiesige Firma mit der Angelegenheit befaßt ist. Für uns handelt es sich lediglich darum, ob wir dieses Unternehmen der auswärtigen Firma durch Abnahme einer größeren Anzahl Exemplare unterstützen wollen.

Stadtv. **Sander:** Ich habe das Buch auch gesehen und finde, daß es viel besser ist für den Zweck, den wir beabsichtigen, als die Illustrierte Zeitung, für die wir 1000 M bewilligt haben. Diese Zeitung hat ja die ganz bedeutende Auflage von 80 000 Exemplaren, und hat 45 000 Exemplare außerdem abgesetzt, aber auch ich bin enttäuscht gewesen, als ich die Zeitung zu Gesicht bekommen habe. Nur das eine große Bild aus der Stadt steht darin, das andere sind Klischees, die vom Verkehrsverein zur Verfügung gestellt sind. Ich hatte mehr von der Braunschweiger Nummer der Illustrierten Zeitung erwartet, aber das ist ja nicht mehr zu ändern! Bezüglich dieses Werkes stehe auch ich auf dem Standpunkte, daß eine nachhaltige Reklame mit 225 Exemplaren nicht möglich ist. Bedenken Sie: in den Auswandererdampfern des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg - Amerika - Linie, dann in den vielen Vergnügungsdampfern, in den besseren Hotels muß das Werk ausgelegt werden, das hat eine sehr große Wirkung. Ich hatte 500 Exemplare für das Minimum, was beschafft werden muß, und bitte, dem Magistrat die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. **Steinbrecher:** Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn versucht worden wäre, mit den hiesigen Unternehmern, die ein derartiges Werk ohne weiteres herstellen könnten, in Verbindung zu treten. Es hätte einen besseren Eindruck auf die Fremden gemacht, wenn das Werk, das für Braunschweig wirken soll, auch in Braunschweig hergestellt wäre.

Der weitergehende Antrag Loeschigk kommt zuerst zur Abstimmung und wird angenommen.



## 17. Einsprüche gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Änderung des Ortsbauplans (zwischen Galggraben und Hamburgerstraße).

**Stadtv. Frühling:** Die Herren haben am 13. September die Änderung des Ortsbauplans für das Gelände zwischen Galggraben und Hamburgerstraße, nördlich vom Hafenwinkel, genehmigt. Wegen diese Änderung des Ortsbauplans, die bestimmungsgemäß ausgelegt war, sind fünf Einsprüche erhoben. Zunächst von den Herren Gerhard Harms, W. Kessel und O. Kessel. Diese drei Einsprüche kann ich zusammen behandeln, weil sie sich alle auf dasselbe beziehen: Die Grundstücke fallen in das als Hafenplatz bezeichnete Terrain (auf dem Plane rot angelegt). Die Besitzer der Grundstücke führen aus, daß ihnen dadurch, daß ihre Grundflächen in den Platz einbezogen sind, die Bebauungsmöglichkeit ihrer Grundstücke genommen ist, sie also geschädigt würden. Das ist an sich wohl richtig, es läßt sich aber dagegen nichts machen. Wenn die Grundstücke in dem Teile liegen, der von den städtischen Behörden für den Hafenplatz bestimmt ist, können sie nicht bebaut werden, aber in dieser Beziehung gehen die allgemeinen Interessen den persönlichen vor. Nachdem die Herren beschlossen haben, daß der Platz angelegt werden soll, wird diesem Einspruch kaum Folge gegeben werden können. Der Magistrat schlägt vor, die drei Einsprüche abzulehnen, und die Baukommission, der die Einsprüche vorgelegen haben, beantragt, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen.

Die drei Einsprüche werden verworfen.

**Stadtv. Frühling:** Sodann ist ein Einspruch eingegangen von Herrn Carl Meyer. Er beantragt, die Straße 625, die auf sein und seines Nachbars Grundstück zu liegen kommt, etwa 20 m südlicher, mitten auf sein Grundstück zu legen. Das würde wohl für das Grundstück des Herrn Carl Meyer eine bessere Bebauungsmöglichkeit geben, aber den anderen Interessen nicht entsprechen. Bei den Verhandlungen über Anlage des Regenwasserkanals sind die Ansprüche des Nachbars viel geringer gewesen als die des Herrn Meyer, außerdem hat sich der Nachbar bereit erklärt, den Kanal schon jetzt ausführen zu lassen, und infolgedessen ist dieser Weg 625 so gelegt, daß er auf das andere Grundstück fällt. Es liegt nach Ansicht des Magistrats kein Anlaß vor, diesem Einspruch Folge zu geben, und es wird deshalb beantragt, ihn abzulehnen. Die Baukommission ist diesem Antrage gefolgt und empfiehlt Ihnen Verwerfung des Einspruchs.

Der Einspruch wird verworfen.

**Stadtv. Frühling:** Noch ein fünfter Einspruch liegt vor; er ist erhoben von Herrn Erich Scharenberg und bezieht sich auf die Straße 238. Herr Scharenberg

führt an, daß sein Grundstück durch die Änderung an Tiefe verliere und nicht mehr bebauungsfähig sei. Wegen seiner geringen Tiefe würde es aber auch schon vorher kaum bebauungsfähig gewesen sein, und hier ist außerdem noch der Umstand zu berücksichtigen, daß der Einspruch erst nach Ablauf der gesetzten Frist eingetreten ist und deshalb wohl keine Rücksicht mehr genommen werden kann. Der Magistrat verhält sich ablehnend, ebenso auch die Baukommission.

Auch dieser Einspruch wird verworfen.

---

**Vorsitzender:** Es ist eine Anfrage von Herrn *Hartung* eingelaufen:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft darüber zu geben, wie weit die Erwägungen über die zur Hebung des Realkredits in der Stadt zu ergreifenden Maßregeln gediehen sind?“

Ich werde zu der Anfrage eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung machen. Herr *Hartung* wird nachher Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

Es ist vom Magistrat gewünscht, Punkt 18, die Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweigische Baugenossenschaft, in vertraulicher Sitzung zu behandeln.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Die Anträge, welche Ausleihung von Kapitalien an Privatpersonen betreffen, sind immer in vertraulicher Sitzung behandelt. Hier handelt es sich um eine Baugenossenschaft; dabei legt der Magistrat keinen Wert darauf, daß vertraulich verhandelt wird.

**Vorsitzender:** Wer ist dafür, daß die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung verhandelt wird? (Es melden sich 17 Herren.) Das ist die Mehrheit.

## 18. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweigische Baugenossenschaft.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Am 14. November 1912 haben wir auf Antrag des Magistrats beschlossen, der Braunschweiger Baugenossenschaft für Errichtung von Kleinwohnungen dadurch behilflich zu sein, daß wir ihr Hypotheken-Darlehen nach Maßgabe des Flüssig-werdens des Stammvermögens der Kammereikasse zur Verfügung stellen und höchstens einen Zinsfuß von 4 Prozent erheben. Heute handelt es sich um eine Ausführung dieses Beschlusses. Die Baugenossenschaft hat drei Häuser im Bau begriffen: Virchowstraße 34 und 35 und Broßemerstraße 8, und wünscht hierauf Gelder nach Maßgabe dieses Beschlusses zu erhalten im Gesamt-

betrage von 72 100 *M.* Die städtische Bauverwaltung hat in der üblichen Weise den Pfandwert ermittelt, hat an sich diese Grundstücke als in diesem Umfange der Beleihung für würdig befunden, und so ist der Magistrat an uns mit dem Antrage herangetreten, diese Grundstücke mit der angegebenen Gesamtsumme zu beleihen, und zwar das Grundstück Virchowstraße 34 mit 27 000 *M.*, das Grundstück Virchowstraße 35 mit 21 600 *M.* und das Grundstück Broitzemerstraße 8 mit 23 500 *M.* So weit wäre es eine Ausleihe, wie alle anderen, die nur auf ihre Sicherheit hin von der städtischen Verwaltung und von der Finanzkommission zu prüfen sind. Bei diesen Ausleihungen ist aber noch ausnahmsweise in Betracht zu ziehen, daß die Bauwerke noch nicht fertig sind, die Baugenossenschaft möchte aber gern die Gelder vor Fertigstellung haben. Da sie bereit ist, die Hypotheken voll eintragen zu lassen, und andererseits ihr nur nach Gutachten der Bauverwaltung nach Maßgabe des fortschreitenden Baues Gelder ausgeliefert werden sollen, ist es auch der Finanzkommission unbedenklich erschienen, mit dieser Klausel die Gelder herzugeben, soweit der Bau schon Pfandsicherheit bietet. Es handelt sich für den Augenblick bei jedem Gebäude um eine ca. 6000 *M.* geringere Summe, so daß jetzt der Teilbetrag ausbezahlt und der volle Betrag als Hypothek eingetragen wird, und der volle Betrag der verwilligten Summe ergänzt wird, wenn der Bau fertig und abgenommen ist, somit volle Sicherheit bietet. Ich bitte im Namen der Finanzkommission, diesem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

## 19. Anfrage Pusch, betreffend die Beschaffung einer Automobilkehrmaschine.

Stadtv. **Pusch**: Ich hatte neulich Gelegenheit, zu beobachten, wie eine Automobilkehrmaschine im Betriebe war, was mir etwas ganz neues war. Ich sagte mir: „Wahrscheinlich wird durch den Automobilbetrieb eine große Ersparnis gegenüber dem bisherigen System zu verzeichnen sein.“ Ich möchte deshalb hier anfragen:

„Was für Erfahrungen hat der Magistrat mit der Automobilkehrmaschine gemacht? Wird die Einführung derartiger Kehrmaschinen beabsichtigt? Sollte letzteres der Fall sein, so dürfte sich wohl die Beschaffung je einer Maschine für die Innen- und die Außenstadt empfehlen.“

Wie ich glaube, wird der Magistrat in der Lage sein, uns etwas über das jedenfalls auch den anderen Herren Neue mitzuteilen.

Bürgermeister **Meyer**: Der Stadtmagistrat hat mit diesen Automobilkehrmaschinen gar keine Erfahrungen gemacht. Er hat offiziell nur Kenntnis davon genommen, daß die städtische Straßenreinigungsdeputation und die städtische Bau-

verwaltung Versuche damit angestellt haben. Die Straßenreinigungsdeputation, deren Vorsitzender ich bin, ist der Ansicht, daß wir auch in Braunschweig der Anschaffung einer Automobilschneemaschine näherzutreten könnten, und hat deshalb für den kommenden Etat dem Magistrat den Vorschlag unterbreitet, daß ein Betrag dafür eingestellt würde. Der Magistrat hat in seiner Vorberatung diesen Etatsposten einstweilen stehen lassen; es darf also damit gerechnet werden, daß den Herren bei Vorlage des Etats dieser Antrag mit unterbreitet werden wird.

## 20. Anfrage Voetschigt über Stellungnahme des Magistrats gegen die Preiserhöhung der Abonnentenkarten für die Straßenbahn.

Wortlaut der Anfrage: „Hat der Magistrat durch den Vertrag mit der Straßeneisenbahn keine Handhabe, um gegen die Preiserhöhung der Abonnentenkarten Stellung zu nehmen?“

**Vorsitzender:** Man kann zweifelhaft sein, ob die Begründung und etwaige Beantwortung dieser Anfrage noch am Platze ist, nachdem die Versammlung zugestimmt hat, zunächst wegen der Eingaben, die über die gleiche Angelegenheit zweifach vorliegen, die Stellungnahme des Magistrats abzuwarten. Ich will es aber der Versammlung überlassen, hierüber zu entscheiden, und stelle zunächst die geschäftsordnungsmäßige Frage. Die Herren, die wünschen, daß Herr Voetschigt seine Anfrage begründet, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

**Stadtv. Voetschigt** (zur Begründung): Die Straßenbahn ist in vieler Hinsicht ein Schmerzenskind für Braunschweig, und andererseits hat die Straßenbahn auch wieder ihre liebe Not, wenn sie allen gerecht werden will. Ich hatte neulich Gelegenheit, als ich mich wegen verschiedener Sachen bei der Straßenbahn bemühte, von ihr auf meine vorgebrachten Wünsche in liebenswürdiger Weise Auskunft zu bekommen. Dabei ist mir auch gesagt worden, daß der Straßenbahn von städtischer Seite nicht immer das Interesse entgegengebracht ist, was sie hätte erwarten dürfen. Nun bin ich nicht in der Lage, zu kontrollieren, wie diese Dinge in Wirklichkeit liegen. Jedenfalls gebe ich der Straßenbahn recht darin, daß sie sehen muß, ihr Geld zu verdienen, um ihre Zinsen zu bezahlen. Aber auf der anderen Seite heißt es auch: Die Straßenbahn ist eine Verkehrsgesellschaft, die seinerzeit mit der Stadt einen Vertrag abgeschlossen hat und an diesen Vertrag gebunden ist. Es sollte mir leid tun, wenn der Vertrag nicht so klar wäre, daß in diesem Falle, wie er jetzt vorliegt, die Stadt eingreifen könnte.

Der Preis der Abonnentenkarten soll, wie Sie wissen, um 50—60 Prozent erhöht werden. Es wird gesagt, es handele sich nur um 500 Karten. Das kann ich

kaum glauben, denn dann wäre die fragliche Summe so gering, daß sich die Straßenbahn nicht darum aufzuregen brauchte; ich halte die Zahl der Abonnenten für viel höher. Das ist jedoch Nebenache; für uns ist die Hauptsache, daß wir fragen müssen: Ist die Straßenbahn dazu berechtigt? Die Straßenbahn hat sich in ihrem letzten Eingekandt darauf berufen, ein guter Kaufmann müsse rechnen. Das soll die Straßenbahn auch und hätte es tun müssen, ehe sie solcherlei Billette einführt. Nun, daß alles teurer geworden ist, wissen wir, daß aber alles um so viel teurer geworden sei, daß einem großen Teile der Bürgerschaft von dem Verkehrsinstitut der Straßenbahn die Preise so kolossal erhöht werden, will mir nicht einleuchten. Ich halte es für Willkür, wenn die Straßenbahn in dieser Weise vorgeht. Es wird geschrieben, die Entscheidung gegen den Tarif, der auf 15 Pfg. beantragt war, sei durch einen Rechtsirrtum erfolgt; ich weiß nicht, worin dieser gelegen haben soll. Die Begründung für die Erhöhung hat die meisten Inhaber von Abonnements wunderbar berührt, speziell die Begründung, daß die Erhöhung nötig sei für die Mehrleistungen, die die Straßenbahn schon jetzt für unsere Abonnenten geleistet hätte. Eine tatsächliche Nennung, was für Mehrleistungen für die Abonnenten geschehen sind, habe ich mit dem besten Willen nicht herausfinden können, wohl aber die Begründung, daß die Abonnenten die Straßenbahn so belasten, daß für die Abonnenten Extrawagen gestellt werden müßten. Nun, der eine hat darüber diese Ansicht und vertritt sie, und der andere wieder eine andere.

Eine Erhöhung der Abonnementsbeträge ließe man sich gefallen, wenn gesagt würde, aus welchen Gründen die Straßenbahn dazu gezwungen ist, wenn einzelne Sachen teurer geworden wären usw. Das ist aber nicht geschehen; es wird einfach gesagt: Wir haben unsere Gründe und — wie auch in dem letzten Eingekandt gesagt ist — die Stadt hat nichts dreinzureden. Die Ansichten darüber sind verschieden. Die Frage geht heute darauf hinaus, hier festzustellen: Hat die Stadt in dem Vertrage sich das Recht gesichert, hier Einfluß ausüben zu können, wie das in anderen Städten auch ist? Ich habe gehört, daß auch in Hannover eine ähnliche Erhöhung geplant war, aber damals hätte die Stadt Hannover ihr Veto eingelegt und die Abonnenten aufgefordert, den höher bezahlten Teil wieder zurückzufordern.

Die Straßenbahn in Braunschweig ist meines Erachtens lange noch nicht so ausgebaut, wie es im Interesse der Stadt zu wünschen ist, und da ist mir gesagt worden, daß der Wille der Straßenbahngesellschaft in verschiedenen Punkten vorhanden wäre, diesen Wünschen nachzukommen, daß sie das aber nicht ausführen könnte. Da wäre es angebracht, daß wir alles tun, diese Verhältnisse, die der Straßenbahn im Wege liegen, zu beheben, damit im Interesse der Stadt mehr durch die Gesellschaft geschehen kann. Leicht ist es für ein werbendes Institut nicht, sein fruchtbringendes Bestehen zu sichern, wenn ihm Konkurrenz geschaffen werden soll. Andererseits muß man nicht verkennen, daß die Straßenbahngesellschaft ein Institut

ist, welches in erster Linie dem Verkehr zu dienen hat, wenn sie auch selbstredend dafür sorgen muß, daß sie eine angemessene Verzinsung bekommt. Aus diesen Gründen kann man ihr nicht verdenken, wenn sie alles mögliche versucht, um ihre Mittel zu heben. Aber auf der anderen Seite haben wir als Vertreter der Bürgerschaft zu fragen: Gehen die Wünsche der Straßenbahn nicht über den Rahmen dessen hinaus, was im Interesse der Stadt liegt und auch im Interesse der Gesellschaft? Darum habe ich mir mit den geehrten Kollegen, die die Anfrage mit unterschrieben haben, erlaubt, anzufragen, ob es nicht möglich wäre, daß die Stadt mehr Einfluß auf die Straßenbahn ausübt — nicht allein in dieser Hinsicht. Ich erinnere daran, daß ich vor Jahren angeregt habe, Schutzvorrichtungen an den Wagen der Straßenbahn anzubringen. Da steht man uns gegenüber auf dem Standpunkte, daß es die beste Schutzvorrichtung ist, wenn der Führer aufpasse. Wenn man aber in anderen Städten Schutzvorrichtungen hat, sollte man doch sie auch hier versuchen, wo in den letzten Jahren verschiedene Personen zu Krüppeln oder gar tot gefahren sind. Man sollte sich bemühen, wie auch in anderen Städten, dem Publikum entgegenzukommen. Es sind viele Wünsche aus der Bürgerschaft über die Straßenbahn gekommen; ob sie berechtigt sind oder nicht, muß sich jeder selbst sagen. Aber das ist berechtigt, daß eine Erhöhung um 50—60 Prozent für die permanenten Abonnenten recht wunderbar berührt.

Auch die Kalkulation der Straßenbahn halte ich nicht für richtig. Die Abonnenten können vielleicht 50 mal am Tage mit der Straßenbahn fahren — das Recht haben wir dazu, aber wir werden nicht mehr fahren, als wir unumgänglich nötig haben. Jeder Abonnent wird schon erfahren haben, daß er die Strecke, für die er abonniert hat, manchmal fährt und seinen Groschen doch bezahlt. Wir haben Wochen oder Monate, wo der Abonnent nicht in der Lage ist, sein Abonnement auszunutzen, z. B. wenn er auf 8—14 Tage verreist ist. Ich kann die ganze Rechnung, die von der Straßenbahn aufgemacht ist, nicht für richtig halten. Hat die Stadt nicht das Recht dazu, gegen diese Erhöhung vorzugehen, so ist das tief bedauerlich. Man müßte sich wohl damit abfinden, aber es wäre ein schwerer Fehler vom Magistrat, wenn er sich nicht die Mittel dazu in dem Vertrage gesichert hätte.

Vor einem Jahre, als es sich um das elektrische Lichtwerk handelte, habe ich mir in der Finanzkommission anzudeuten erlaubt, daß wir noch viele Wünsche an die Straßenbahn hätten, und es wäre angebracht, wenn das bei Abschluß des Vertrages bedacht würde. Da hieß es: Das können wir nachher machen, wenn wir mit dem Lichtwerk verhandeln. Damals war es noch die Absicht, daß der Magistrat das Drehstromwerk in eigene Regie nehmen wollte. Zu meinem größten Bedauern mußte ich im März verreisen und habe an den weiteren Verhandlungen nicht teilnehmen können; ich wäre verschiedenen Sachen scharf entgegengetreten. Herr Major Ribbentrop sieht mich lächelnd an; er meint wohl, er hätte sich sehr ge-

freut, daß ich nicht in der Versammlung gewesen bin. Wenn man Wünsche hat und Vertreter der Bürgerschaft ist, so soll man bei Sachen, die man für richtig hält, seine Meinung vertreten. Das habe ich auch jetzt getan, indem ich behaupte, daß das Vorgehen der Straßenbahn gegen die Abonnenten rigoros ist, wenn sie die Hälfte oder zwei Drittel mehr bezahlen sollen als vorher. Jeder Geschäftsmann sorgt dafür, daß er Abonnenten und treue Kundschaft bekommt. Der Direktion der Straßenbahn, von der sich immer auf den Kaufmann bezogen wird, möchte ich sagen: Die beste Gelegenheit, ein Geschäft zu machen, wäre, das Abonnement nicht zu verteuern, es möglichst zu verbilligen; das ist eine feste Einnahme, die Sie haben.

Ich will damit Schluß machen und den Magistrat bitten, Auskunft zu geben, wie der Vertrag lautet, und ob er Handhaben bietet gegen die Erhöhung der Abonnentengelder, oder ob wir sie uns gefallen lassen müssen.

Bürgermeister **Meyer**: Herr Loeßhigt hat unter anderm in der Begründung gesagt, daß der Stadtmagistrat häufig der Straßenbahn, wenn sie Wünsche über Ausbau von Linien gehabt hätte, nicht in dem Maße entgegengekommen wäre, wie es erwünscht gewesen wäre. Ich muß das so lange bestreiten, bis bestimmte Fälle angeführt werden. Meines Wissens sind alle Wünsche, die die Straßenbahn dem Magistrat unterbreitet hatte, wohlwissend geprüft und, soweit nicht zwingende Gründe für eine Ablehnung vorlagen, alle genehmigt.

Was die Hauptfrage betrifft, die Herr Loeßhigt gestellt hat, so mache ich darauf aufmerksam, daß aus dem Konzessionsvertrage hervorgeht, daß die Festlegung der Fahrpreise der Genehmigung des Stadtmagistrats und der Herzoglichen Polizeidirektion unterliegt. In Ausführung dieser Bestimmungen hat im Jahre 1897 die Straßeneisenbahn-Gesellschaft dem Stadtmagistrat einen Fahrgeldtarif unterbreitet, und zwar einen Streckenfahrgeldtarif. Der Magistrat war der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf das große Interesse, welches die Einwohnererschaft an der Feststellung der Fahrpreise hatte, richtig sei, auch die Stadtverordneten über die von der Straßenbahn in Vorschlag gebrachten Preise zu hören. Er hat deshalb der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, und die Stadtverordnetenversammlung hat ihrerseits wieder eine Kommission gewählt, die eingehend diesen Tarif beraten hat. Zu dieser Kommission gehörte unter anderem auch der heutige Antragsteller, Herr Loeßhigt. Die Stadtverordneten haben auf Empfehlung der Kommission dem Magistrat die Annahme dieses Fahrgeldtarifs anheimgegeben, und der Magistrat hat darnach keine Bedenken getragen, sich entsprechend schlüssig zu machen. Bald danach hatten sich jedoch die Verhältnisse gewandelt. Die Straßenbahngesellschaft war an uns mit dem Wunsche herangekommen, zunächst versuchsweise den Beihpfennigtarif zur Einführung bringen

zu dürfen, und es wurde von ihr angefragt, ob der Magistrat dagegen Bedenken hätte. Da es unzweifelhaft war, daß der Zehnpfennigtarif für das Publikum günstiger war, als der Streckentarif, so antwortete der Magistrat, daß Bedenken nicht vorlägen, und so ist dann der Zehnpfennigtarif eingeführt. Er hat Geltung, wenn ich nicht irre, von 1896 an — bis zum heutigen Tage. Im Jahre 1906 hatte die Straßenbahngesellschaft das Verlangen, den Zehnpfennigtarif wieder außer Kraft zu setzen und an seiner Statt den von der Stadtverwaltung gebilligten Streckentarif einzuführen. Auf Anfrage der Straßenbahn hat der Magistrat geantwortet, daß er dieser Änderung nicht zustimmen könne. Die angebliche Notwendigkeit der Änderung war damit begründet, daß die Straßenbahn zur Ausführung notwendiger Bauten ihre Einnahmen erhöhen müsse. Diese Begründung wurde vom Magistrat als ausreichend nicht anerkannt, und er hat deshalb seine Zustimmung zu der gewünschten Änderung versagt. Nun stellte sich die Straßenbahn auf den Standpunkt, daß dem Magistrate ein Recht zur Verhinderung der Änderung nicht zustehe, und sie hat ihre Meinung in einer Feststellungsklage verfochten, die — wie den Herren erinnerlich sein wird — endgültig durch das Reichsgericht zugunsten der Stadt entschieden ist. In der Entscheidung ist gesagt, daß die Straßenbahn ohne Zustimmung des Stadtmagistrats den Streckentarif nicht wieder einführen könne, und zwar um deswillen, weil der Versuch, der von der Straßenbahn mit dem Zehnpfennigtarif gemacht sei, inzwischen sich in ein Definitivum umgewandelt habe. Man könne nach Verlauf von mehr als 8 Jahren nicht mehr von einem Versuch sprechen, sondern müsse annehmen, daß die Straßenbahn nach Ablauf von vielleicht 2 Jahren den Versuch als gelungen betrachtet habe und danach ein Definitivum habe schaffen wollen. Dieser Zehnpfennigtarif, den wir also zu nächst durch freies Entgegenkommen der Straßenbahn erhalten und später wider ihren Willen festgehalten haben, gilt heute noch. Nun sei noch folgendes bemerkt: Es ist in dem genehmigten Streckentarif die erläuternde Erklärung enthalten: „Die Herabsetzung des Fahrpreises für ganze oder Teilstrecken wird der Straßenbahn gestattet.“ Die Straßenbahngesellschaft hat sich, wie angeführt, 1897 veranlaßt gesehen, den Zehnpfennigtarif einzuführen. Es wäre dazu die Zustimmung des Stadtmagistrats vermutlich gar nicht nötig gewesen, weil — das ist meine persönliche Ansicht — die Einführung des Zehnpfennigtarifs gegenüber dem Streckentarif eine Herabsetzung des Fahrpreises für die ganzen Strecken bedeutete. Gleichwohl ist die Zustimmung des Magistrats eingeholt und auch erteilt. Andererseits ist zu beachten, daß nach der vorliegenden richterlichen Entscheidung eine einseitige, d. h. ohne diesseitige Zustimmung erfolgende, Erhöhung des Fahrpreises seitens der Straßenbahn nicht vorgenommen werden darf, und zwar selbst dann nicht, wenn sie innerhalb der durch den ursprünglich genehmigten Streckentarif gezogenen Grenze bleibt. Jetzt wird nun die Anfrage gestellt, ob der Magi-



strat das Recht habe, gegen die Erhöhung der Abonnementspreise irgend etwas mit Rechtswirksamkeit zu unternehmen. Der Magistrat hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ist mit Rücksicht auf den Inhalt des Konzessionsvertrages wie auch der in dem angenommenen Streckentarif enthaltenen, soeben vorgetragenen Sonderbestimmung zu der Ansicht gekommen, daß ihm in dieser Frage ein Recht nicht zustehe. Ich will die Tarifbestimmung wiederholen: „Die Herabsetzung des Fahrpreises für ganze oder Teilstrecken wird der Straßenbahn gestattet.“ Nun sind wir im Magistrat der Meinung, daß die Einführung von Abonnements und Fahrscheinen — die auch eine kleine Verbilligung gewähren — keine Herabsetzung der Fahrpreise für Teilstrecken oder ganze Strecken bedeutet, und zwar um deswillen nicht, weil der geringere Abonnementspreis nicht gleichmäßig allen Personen, welche die jeweilig in Frage kommende Strecke befahren, sondern nur einzelnen bestimmten, nämlich denjenigen zugestanden ist, die ein Abonnement einzugehen wünschen. Man darf sagen, daß die Preisermäßigung diesen Personen gegenüber den Charakter einer Rabattgewährung hat. Die Straßenbahn kommt denjenigen Personen, die die Bahn häufiger benutzen wollen und jener deshalb auch größere Entnahmen zuwenden, entgegen durch Festsetzung eines geringeren Preises. Das ist daselbe, was im kaufmännischen Leben als Rabatt bezeichnet wird. Der Magistrat ist auf Grund dieser Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß er kein Recht habe, der Straßenbahn die Erhöhung der Abonnementspreise zu verwehren.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich beantrage Besprechung der Anfrage.

**Vorsitzender:** An die Beantwortung einer Anfrage darf sich sofort eine Besprechung knüpfen, wenn mindestens 9 Mitglieder der Versammlung darauf antragen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

**Vorsitzender:** Die Besprechung ist eröffnet.

Ich habe zunächst folgendes mitzuteilen. Der verehrte Herr Kollege Loeschig hat nach einer Blättermeldung in einer öffentlichen Versammlung geäußert, die städtischen Behörden hätten in dieser Beziehung die Interessen der Allgemeinheit der Straßenbahngesellschaft gegenüber nicht genügend gewahrt. Es haben wohl schon die Ausführungen des Herrn Magistratsvertreters erwiesen, daß das nicht der Fall ist. Im übrigen hat auch der Berichterstatter für die Kommission in der Sitzung vom 25. Juni 1897 — Herr Loeschig selbst — sich folgendermaßen geäußert: „Wie Herr Loeschig berichtet, ist es der zur Prüfung des Fahrgeldtarifs eingesetzten Kommission durch das Entgegenkommen der Straßeneisenbahn gelungen, die vorstehend bezeichneten günstigen Fahrpreise und Fahrbedingungen zu

erlangen. Die Kommission schlage deshalb vor, den Tarif zu genehmigen und gebe gleichzeitig ufm.“ Ich glaube wohl, daß die in dieser Allgemeinheit von Herrn Loeßhigt ausgesprochene Meinung (Vorwurf will ist nicht sagen) nicht der Wirklichkeit entspricht.

**Stadtv. Stegmann:** Ich bedaure ebenso wie Herr Loeßhigt und wie Herr Bürgermeister Meyer, daß eine Abonnementserhöhung bei der Straßenbahn eingetreten, und daß nichts dagegen zu machen ist. Ich stehe aber nicht auf dem Standpunkte des Herrn Loeßhigt, daß dies nur im Interesse der Abonnenten zu bedauern ist, sondern im Interesse des großen Publikums ist es zu bedauern, daß besonders die Billettbücher verteuert werden, und daß für Schoßkinder ebenfalls 5 Pfg. Fahrgeld bezahlt werden soll. Dadurch wird der ärmere Teil der Bevölkerung getroffen. Wer ist denn schuld daran, daß dies geschehen kann? Es ist nicht so, wie Herr Bürgermeister Meyer sagt: Die Herren haben die Bestimmungen ja genehmigt und ihnen zugestimmt! Nicht wir sind das gewesen, sondern die bürgerlichen Herren haben das getan; wir aber nie, weil wir der Meinung sind, daß ein solches Verkehrsinstitut, ebenso wie das Gas- und Wasserwerk, in eigener Regie der Stadt verwaltet werden muß. Wenn man böshast sein wollte und nicht das große Publikum durch die Maßnahme der Straßenbahn-Gesellschaft getroffen würde, so könnte man Schadenfreude empfinden darüber, daß durch das Vorgehen dieser kapitalistischen Gesellschaft, die Sie forigeseht protegiert haben, Sie selbst jetzt getroffen werden. Der Gesellschaft kann man es nicht verargen, wenn sie möglichst viel Profit herauswirtschaften will, aber im Interesse der Stadt liegt das nicht. Heutzutage ist es doch so, daß es nur wenig Städte gibt, die ihr Gas- und Wasserwerk an eine kapitalistische Gesellschaft vergeben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß solche Verkehrsinstitute, wie die Straßenbahn, von der Stadt übernommen werden, und immer größer wird die Zahl der Städte, die das tun; es werden jetzt 50—60 in Deutschland sein. Wir aber humpeln immer noch nach und haben vor einigen Jahren noch die Verlängerung auf 15 Jahre ausgesprochen (Zuruf Loeßhigt: Leider!) Sie sagen leider, Ihre Freunde haben das getan und Sie selbst mit! (Zuruf: Nein.) Ich freue mich, wenn das nicht der Fall wäre. Als der Vertrag mit dem zweiten Institut, das mit der Straßenbahn zusammenhängt, verlängert werden sollte, waren die Bürgerlichen zum Teil anderer Meinung und vertraten die Ansicht, daß es von der Stadt in eigene Regie genommen werden müßte. Aber sie sind mit ihrer Meinung umgefallen. Wenn Sie sagen wollten: Mit der Straßenbahn allein in städtischer Regie legt die Stadt zu, dann mögen Sie vielleicht recht haben. Hätten wir aber beide Institute, so würden wir gut damit bestehen und würden damit mehr herausholen als den Betrag, den wir jetzt vom Lichtwerk bekommen. Ich

will natürlich nicht sagen, daß Sie in Ihrem eigensten Interesse oder im Interesse Ihrer Freunde als Aktionäre gehandelt hätten, aber die Interessen der Stadt haben Sie nicht vertreten. Es steht fest, daß Sie aus Ihrem Klasseninteresse, aus Ihrem Milieu nicht hinaus können, und daß Sie unwillkürlich denjenigen Ihrer Freunde und den Leuten, die die Aktien besitzen, die Taschen gefüllt haben dadurch, daß Sie durch Erneuerung der Verträge Straßenbahn und Lichtwerk einer kapitalistischen Gesellschaft ausgeliefert haben. Das Gerücht läuft um, daß noch andere Momente dabei mitgespielt haben sollen, die bürgerlichen Herren, die auf unserer Seite gestanden haben, zum Unfall zu bringen und für Verlängerung des Vertrages zu stimmen. Es wird auf Bearbeitung der betr. Herren durch die Straßenbahn-Gesellschaft in einem gewissen Restaurant auf der Gildensstraße zurückgeführt. Jedenfalls muß uns das eine Warnung sein und uns die Hoffnung geben, daß — wenn der Vertrag abgelaufen ist — die würdigen Herren Rückgrat zeigen und sich nicht als Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, sondern als Vertreter der Stadt fühlen.

**Vorsitzender:** Herr Stegmann hat gesagt, einige Herren der Versammlung hätten nicht die städtischen Interessen vertreten, sondern die Taschen der kapitalistischen Gesellschaft gefüllt. Das ist eine durchaus unparlamentarische Ausdrucksweise. Ich rufe den Redner zur Ordnung.

**Stadtv. Voetschigt:** Mir wurde vorhalten, daß ich damals der Referent bei der Festsetzung des Tarifs gewesen bin. Was hat die damalige Festsetzung mit meiner heutigen Anfrage zu tun? Ich frage nach dem Vertrage, den kenne ich nicht so genau und bin auch kein Jurist. Wenn der Vertrag seinerzeit wirklich bei unserer Beratung vorgelegen hat, so kann ihn heute kein einziger mehr so genau kennen, um zu wissen, ob die Straßenbahn berechtigt ist, die Abonnementsätze zu erhöhen. Wenn ich damals gesagt habe, durch das Entgegenkommen der Straßenbahn sei es gelungen, günstige Fahrpreise zu erhalten, so bemerke ich, daß die Straßenbahnverwaltung in ihren Briefen usw. immer lebenswürdig gegen uns gewesen ist, aber in der Tat ist sie es manchmal doch nicht gewesen, an der Tat hat sie es manchmal fehlen lassen. Nun wird ein Vorwurf von Herrn Stegmann uns gemacht. Wenn Herr Stegmann, der schon lange Stadtverordneter ist, zurückdenkt, so weiß er ganz genau, wie ich oft versucht habe, der Straßenbahn im Interesse der Allgemeinheit etwas abzuknöpfen. Ich habe von den Abonnenten gesprochen, und Herr Stegmann wird in seinen Versammlungen über die Kinderbillets sprechen. Ich bin über das ganze Gebahren der Straßenbahngesellschaft genau so entrüstet, wie Herr Stegmann das von sich hier zum Ausdruck gebracht hat. Vom Herrn Vorsitzenden wurde es als nicht richtig hingestellt,

wenn ich glaube, falls wir keine Handhabe hätten, bei dieser Erhöhung einzugreifen, daß dann wohl die Interessen der Stadt in dem Vertrage nicht so wahrgenommen wären, wie es hätte geschehen müssen. Zu der Meinung muß man kommen, wenn hier behauptet wird: Die Straßenbahn kann in dieser Sache machen, was sie will. Da stehe ich mit Herrn Stegmann auf einem Standpunkte. Wenn ich bei den Verhandlungen über das Lichtwerk hier gewesen wäre — ich weiß davon durch Herrn Sander —, dann wären wir treue Verbündete gegen die Straßenbahn-Gesellschaft und gegen das Lichtwerk gewesen. An dem Tage gerade fehlen zu müssen, hat keiner tiefer bedauert als ich, der ich ein reges Interesse an dieser Sache habe. Was ich hier vorgebracht habe, ist nicht nur im Interesse der Abonnenten, sondern auch des Verkehrs überhaupt und des Publikums im allgemeinen geschehen.

Auf das, was der Herr Bürgermeister sagte, erwidere ich: Ich habe mir erlaubt, zu bemerken, daß mir klargemacht ist, daß in mancher Hinsicht der Straßenbahn an den betreffenden Stellen nicht genügend entgegengekommen wäre. Ich hatte bei der Straßenbahn den persönlichen Wunsch geäußert, man möchte eine Verbindung vom äußeren Norden der Stadt nach dem Süden zu herstellen, indem man eine Ringbahn von der Hamburgerstraße nach der Cellerstraße lege. Darauf wurde mir von der Straßenbahndirektion gesagt: Das hätte sie schon länger im Sinne gehabt, indem sie die Straßenbahn von Lehdorf ab durchzuführen gedachte, aber sie habe von der Regierung keine Konzession bekommen. Das sollte meine Bemerkung bedeuten.

Wenn von der Straßenbahn durch den Vertrag nichts zu erreichen ist, so glaube ich doch hoffen zu dürfen, daß ihr unsere Ansprache ans Herz geht und sie nochmals prüft, ob sie nicht den wirklich berechtigten Wünschen ihrer Kundschaft mehr entgegenkommen will.

**Stadtv. Sander:** Ich bin kein Abonnent der Straßenbahn, habe also kein persönliches Interesse daran, ob die Abonnementspreise erhöht werden, meine aber doch, daß es gut ist, daß die Sache heute zur Sprache gebracht wird, denn eine große Erbitterung ist in die Reihen der Bürgerschaft durch die Erhöhung hinein getragen worden, und ich glaube immerhin, daß die Erbitterung nicht unberechtigt ist. (Zuruf: Zubern!) Ganz so schlimm ist dieses ja nicht, aber es erregt doch eine große Nervosität — wenn ich das so ausdrücken darf —, wenn solch ein Preis um 50 Prozent erhöht wird. Das ist ein Schritt, den man vorher überlegen und sich sagen sollte: Mit einem solchen Schritt stößt man so an, daß derartige Folgen, wie sie sich gezeigt haben, zu gewärtigen sind. Auf die juristische Seite der Sache will ich nicht eingehen. Der Direktor der Straßenbahn hat in seinem Eingekandt geschrieben, er hätte 500 Abonnenten. Ich kann nicht

glauben, daß dies der Fall ist; das wäre ja außerordentlich wenig bei der Größe der Stadt. Wenn aber zu viel Abonnenten da sind, dann wundert es mich, daß so viele Freiabonnenten fahren; da sollte man doch erst einmal die Freiabonnements aufheben. Was sind 500 Abonnenten in einer Stadt von 150 000 Einwohnern? Die Abonnenten fahren gewöhnlich zu einer Zeit, in der die Straßenbahn nicht sehr stark benutzt wird, nämlich früh am Morgen. Die einzige Zeit, wo die Benutzung stärker ist, ist die Mittagszeit.

Da wir einmal bei der Straßenbahn sind, muß ich sagen, daß ich in vielen Sachen mit dem Straßenbahnbetriebe nicht einverstanden bin; wir im Petritor haben viel über den Betrieb der Straßenbahn zu klagen. Wir haben das schlechteste Wagenmaterial und selten zur Mittagszeit einen Anhängewagen. Nur selten kann man, auch zur Nachmittagszeit, mit dem Wagen mitkommen. Mir selber ist es passiert, daß ich drei Wagen abgewartet habe und doch nicht mitgekommen bin, so daß ich schließlich zu Fuß gegangen bin. So etwas kommt nicht nur an einem Tage, das kommt oft vor; man möge nur Ermittlungen darüber anstellen. Wo ich täglich die Straßenbahn unter den Augen habe, muß ich mir wohl ein Urteil darüber bilden können. Da die Stadt ihre Straßen für den Betrieb hergegeben hat und die Straßenbahn ein Monopol erhalten hat, muß sie gegen ihre Fahrgäste auch kulant sein.

Wenn wir nun leider auch kein schriftliches Recht in diesen Sachen haben, so müßte man doch einen Druck auf die Verwaltung der Straßenbahn ausüben können, daß derartige Sachen nicht vorkommen. Ich halte es für ein großes Unrecht, wenn eine derartige Verteuerung mit einem Male den Leuten aufgedrückt wird.

**Stadtv. Lauer:** Setzt noch viel für oder gegen die vorliegende Angelegenheit zu sprechen, ist zwecklos, da bekanntlich die Angelegenheit vertraglich geregelt ist. Eine andere Frage wäre die, ob nicht der Gegenkontrahent der Straßenbahngesellschaft, der Magistrat, Veranlassung nehmen würde, durch wohlwollende Einwirkung bei der Straßenbahn-Gesellschaft vielleicht zu erzielen, daß die gedachte Erhöhung nicht in vollem Umfange zur Ausführung kommt. Es wäre z. B. auch schon viel erreicht, wenn das System der Nebenkarten eingeführt würde. Es besteht darin, daß die erste Familienkarte voll bezahlt wird und bei weiteren zu lösenden Karten eine entsprechende Ermäßigung eintritt, wie es meines Wissens schon bei der Eisenbahn der Fall ist. Es ist das eine sehr wesentliche Erleichterung für Familien mit zahlreichen Angehörigen. Wenn etwas in der Angelegenheit geschehen kann, dann ist es eine gegenseitige Verständigung der beiden Kontrahenten, und ich sollte meinen, daß die Straßenbahn Interesse daran hat, daß ihr Gegenkontrahent befriedigt ist, zumal da der Vertrag noch auf recht lange Zeit Gültigkeit hat.

**Stadtv. Brenner:** Das Vorgehen der Straßenbahn zeigt uns, wie verhängnisvoll es wirkt, wenn man ein Institut, das ein gemeinnütziges Institut sein sollte, einer privaten Firma zur Ausbeutung überläßt, wenn man es zu einem Erwerbsinstitut macht. Es ist ungeheuer wichtig für die ganze Bevölkerung, daß die Innenstadt von Menschen entlastet wird, daß die Bewohner sich möglichst auf die Vororte verteilen. Es ist im Interesse der Gesundheit und Kindererziehung viel besser, wenn die Menschen sich nicht in der inneren Stadt zusammendrängen. Es wird angestrebt, eine Gartenstadt zu errichten, und die Bevölkerung auf die Vorstädte zu verteilen, wo sie bessere Lebensverhältnisse findet. Wenn die Straßenbahn aber die Preise für die Abonnementskarten erhöht, dann werden diese Bestrebungen gewaltig geschädigt, denn die Angestellten oder Arbeiter, die in der Gartenstadt wohnen sollen, sind unbedingt auf die Benutzung der Straßenbahnabonnements angewiesen, weil sie ständige Fahrgäste sind. Wenn die Fahrgelegenheit verteuert wird, dann wird es schwer sein, Bewohner für die Gartenstädte zu finden. Es wird dann eine ganze Menge Leute geben, die das nicht mehr erschwingen können; sie müssen es dann aufgeben, bessere Wohngelegenheiten außerhalb der Stadt zu suchen, und werden sich wieder begnügen müssen mit den elenden Wohnungen, wie man sie im Innern der Stadt findet. Wir sehen, daß ein solches Institut in städtische Verwaltung genommen werden muß, daß es nicht nach Profitrückichten geleitet werden kann. Selbst wenn auch von der Stadt noch etwas für den Betrieb darauf gezahlt werden müßte, so ist doch die Hauptsache, daß der Verkehr in rechter Weise geregelt wird. Damit könnte ein größerer Vorteil für die Stadt erreicht werden, als wenn man große Dividenden und Überschüsse erzielt. Es ist wichtig, daß die Menschen Gelegenheit bekommen, gesund in Gartenstädten zu wohnen, und daß so zum allgemeinen Wohlbefinden der Bevölkerung beigetragen wird.

Wir können leider an dieser neuen Festsetzung der Abonnementspreise nichts mehr ändern, vielleicht läßt sich der Herr Major Ribbentrop dazu bereitfinden, seine Gesellschaft in dieser Beziehung zu beeinflussen, vielleicht sieht der Herr Major auch ein, wie schwerwiegend gerade diese Maßregel ist, wie schädlich die Preiserhöhung gerade in dieser Beziehung wirken muß. Vielleicht zeigt er einmal sein Gemeininteresse, gibt seinem Herzen einen Stoß und verzichtet lieber auf einen höheren Profit. Der Vorwurf aber, daß die städtischen Behörden die Interessen der Allgemeinheit schlecht vertreten haben, muß mit aller Berechtigung erhoben werden. Wenn wir jetzt auch nichts daran ändern können, so muß das wenigstens ausgesprochen werden als Warnung für später, um zu verhüten, daß wieder derartige Beschlüsse zum Schaden der Allgemeinheit gefaßt werden. Die Straßenbahn gehört in städtische Verwaltung, damit der Verkehr durch sie nach

Grundsätzen des Allgemeinwohls geregelt werden kann und nicht nach profilitischen Rücksichten.

## 21. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallersleberstraße und der Straße am Fallerslebertore mit dem Theaterwall.

(Wortlaut des Antrages Seite 654.)

Stadtv. **Hartung** (zur Begründung): Ich hatte mir schon lange vorgenommen, mit einem derartigen Antrage zu kommen, habe mich damit aber immer geniert, weil das aussehen könnte, als rede ich pro domo. Nachdem aber der Antrag Pusch die Veranlassung geben wird, die Beleuchtung an den Stellen, wo die städtischen Straßen in das Promenadenrevier übergehen, zu prüfen, möchte ich allerdings auch bitten, unsere Gegend mit ins Auge zu fassen. Jedem, der die Verhältnisse dort kennt oder sich die Mühe gibt, sie zu geeigneter Tagesstunde zu prüfen, muß es auffallen, daß gerade an dieser Stelle die Beleuchtung höchst mangelhaft ist. Es ist besonders zu berücksichtigen, daß an dieser Stelle auch eine Haltestelle der Straßenbahn gelegen ist, und zwar sehr unglücklich. Es ist den Herren wohl gegenwärtig, daß die Fahrbahn dort, wo es nach dem Fallerslebertor hinaufgeht, gedrittelt ist: In der Mitte das Pflaster und zu beiden Seiten der makadamisierte Weg. Diese drei Teile sind durch zwei Gassen getrennt. Diejenigen, die die Haltestelle nach der Stadt zu benutzen wollen, stehen auf diesem nicht breiten Pflaster und sind der Gefahr ausgesetzt, von den neben den Straßenbahngleisen herkommenden Fuhrwerken gefaßt zu werden. Nun ist die Beleuchtung an dieser Stelle gerade am aller schlechtesten. Das liegt wohl daran, daß diejenige Laterne, die als Beleuchtung dieser Stelle gedacht ist, unglücklicherweise hinter einer großen Mischlagäule steht und infolgedessen ihren Zweck nicht erfüllen kann, zum mindesten nicht in der Zeit, wo die Bäume belaubt sind, denn es steht auch noch eine Kastanie davor. Diese Stelle ist also so gut wie gänzlich dunkel. Ich bitte die Herren, meinen Antrag unterstützen zu wollen, damit bei dieser Gelegenheit auch dieser Übelstand beseitigt wird.

Der Antrag wird unterstützt, und der Vorsitzende überweist ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 22. Antrag Henking auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum.

(Wortlaut des Antrages Seite 654.)

Stadtv. Dr. **Henking** (zur Begründung): Meine Herren. Wer öfters Gelegenheit hat, abends in der bezeichneten Gegend zu gehen, wird bemerkt haben,

welche traurige Beleuchtung dort z. B. herrscht. Die Verhältnisse sind ähnlich denen, wie sie Herr Justizrat Hartung eben vom Fallerslebertor geschildert hat. Ich habe mir sagen lassen, daß die Lampe seit zwei Jahren, seitdem der Bau fertiggestellt ist, dort funktioniert. Selbstverständlich ist der Glanz ein so schwacher, daß er kaum Licht gewährt. Soweit ich weiß, ist die jetzige Lampe nur eine 25kerzige gewesen; ich bitte, daß an dieser Stelle eine mindestens 50 Kerzen starke Metallfadenlampe angebracht wird. Der Durchgang wird stark benutzt und deshalb ist es wünschenswert, daß er auch genügend beleuchtet wird.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

### 23. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde.

(Wortlaut des Antrages Seite 663.)

Stadtv. **Diekmann** (zur Begründung): Ich glaube, diesen Antrag brauche ich eigentlich nicht weiter zu begründen, er begründet sich wohl von selbst. Es ist für jeden Hundebesitzer eine häßliche Sache, wenn er immerfort darauf achten muß, daß sein Hund einen Maulkorb trägt, außerdem ist es auch für den Hund arg lästig, sich fortwährend mit dem Maulkorb zu schleppen. Mein Dobbermann bekommt  $\frac{1}{2}$  7 Uhr seinen Maulkorb aufgesetzt, und am Abend wird er ihm wieder abgenommen. Das ist einfach eine scheußliche Sache. Die Hunde würden sicher schon eine Beschwerde eingereicht haben, wenn sie dazu imstande gewesen wären. Die Herzogliche Polizeidirektion legt auch keinen Wert darauf, daß der Maulkorbzwang erhalten bleibt. Wie mir gesagt wurde, ist von dorthier vor 34 Jahren dem Magistrat darüber Mitteilung gemacht. Man muß die Hunde bedauern, daß sie so lange noch mit dem Maulkorb umherlaufen müssen, aber vielleicht ist es jetzt noch Zeit, daß der Magistrat diesem berechtigten Wunsche beiträgt und den Maulkorbzwang aufhebt. Wie leicht durch kleine Ursachen viel Ärger hervorgerufen wird, möchte ich an einem Beispiel ausführen. Vor ein paar Tagen kommt ein Schutzmann zu mir und meldet, mein Hund laufe ohne Maulkorb herum. Ich frage: „Wissen Sie genau, daß das mein Hund ist?“ „Ja wohl,“ ist die Antwort. Ich führe den Schutzmann in meinen Korridor und zeige ihm, daß mein Hund an der Kette liegt. Wäre ich nicht zu Hause gewesen, so hätte ich einen Strafbefehl über 3 Mk. bekommen und hätte richterliche Entscheidung beantragen müssen. Wie dieser Fall, so kommen hundert ähnliche vor. Jedenfalls hat es für die meisten Hunde keinen Zweck, daß sie einen Maulkorb tragen, und jeder, der einen bißigen Hund hat, wird schon von selber dafür Sorge tragen, sonst würde er es leicht schwer büßen



müssen. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen und zuzustimmen, daß der Maulkorbzwang aufgehoben wird.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

## 24. Anfrage **Frede** wegen besserer Beleuchtung der Straßenstraße Poststraße = Altstadtmarkt = Sonnenstraße.

Wortlaut der Anfrage Seite 664.

Stadt v. **Frede** (zur Begründung): Die Anwohner jenes Straßenzuges und die an dem dortigen sehr lebhaften Verkehr Beteiligten haben sich sehr gefreut, als im April d. J. beschlossen wurde, daß dort eine bessere Beleuchtung eingerichtet werden sollte. Es ist seinerzeit durch den Kommissionsreferenten — ich glaube Herrn Sander — berichtet, daß die Sonnenstraße mit Verkehr überlastet und eine gute Beleuchtung dort besonders am Platze sei, und auch der Altstadtmarkt kann eine bessere Beleuchtung sehr gut vertragen. Nun hat man gewartet bis zum Herbst; es ist nichts geschehen, und der Winter ist da. So gewinnt es den Anschein, als wenn ein Jahr darüber hingehen wird, bis die bessere Beleuchtung eingerichtet wird. Gerade im Winter, bei der langen dunklen Zeit, ist sie natürlich am ersten erforderlich. Ich möchte deshalb bitten, daß den dortigen Anwohnern der Grund angegeben wird, warum sich die Neueinrichtung nicht hat erreichen lassen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Der Grund ist folgender: Der Magistrat hat selbstverständlich in diesem Falle zunächst die Direktion der Gas- und Wasserwerke zu einer Äußerung aufgefordert, welches von den beiden Beleuchtungssystemen vorzuziehen sei. Es war beantragt, entweder Preßgas- oder elektrische Beleuchtung. Nun haben wir uns in der Deputation, wenn ich nicht irre, schon zweimal mit dieser Frage befaßt. Sie ist aber leider nicht leicht zu beantworten, wenn man die Preise der Preßgasbeleuchtung einerseits und die der elektrischen Beleuchtung andererseits abwägen will. Das liegt vor allen Dingen daran, daß die Preise fortwährend schwanken. Ich erinnere daran, daß neuerdings eine Lampe in Verkehr gebracht wird, die Halb-Wattlampe, durch die eine wesentliche Ersparnis bei der elektrischen Beleuchtung gegenüber der bisherigen eintritt. Die Folge von diesen Schwankungen ist gewesen, daß die Deputation bis jetzt nicht in der Lage gewesen ist, bestimmt zu sagen, wie der Unterschied in den Kosten für die Beleuchtungsarten sich stellt. Es kam auch noch ein anderes Moment in Frage: ob es nicht auch bei Verwendung von Preßgas möglich ist, hängende Lampen über der Straße anzubringen. Die Direktion ist beauftragt, dieserhalb Versuche anzustellen. Die Sache wäre längst erledigt, wenn Herr Frede nicht beantragt hätte, entweder Preß-

gas- oder elektrische Beleuchtung einzurichten. Wir haben uns im Magistrat früher auf den Standpunkt gestellt, daß die Preßgasbeleuchtung für die Stadt vorteilhafter ist, weil die Stadt selber das Gas produziert, und daß wir damit dasselbe Resultat erzielen wie bei der elektrischen Beleuchtung. Nun soll von uns aber erst gewählt werden zwischen den beiden Beleuchtungsarten. Ich hoffe jedoch, daß in der nächsten Sitzung der Deputation der Direktor der Gaswerke uns eine genaue Berechnung vorlegen wird, so daß die Deputation sich schlüssig machen kann und wir Ihnen dann eine Vorlage bringen können.

Stadtv. **Frede** beantragt Besprechung der Anfrage.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Stadtv. **Frede**: Ich habe eine Besprechung beantragt, um eine Richtigstellung zu ermöglichen. Es ist ein Irrtum des Herrn Oberbürgermeisters, wenn er meint, daß ich damals den Antrag so formuliert hätte, daß die Auswahl zwischen Preßgas und elektrischer Beleuchtung getroffen werden soll. Ich habe beantragt, Preßgasbeleuchtung einzuführen, und erst durch die Kommission ist gerade auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters hin, daß man noch nicht wisse, wie sich der Vertrag mit dem Lichtwerk entwickeln werde, die Beleuchtung durch elektrische Lampen mit in Frage gezogen. Später, als der Magistrat beantragt hatte, für eine Strecke auf dem Bohwege Preßgasbeleuchtung anzulegen, habe ich auf die Halbwattlampe hingewiesen und gefragt: Warum wird hier nicht auch wie für die Strecke Poststraße—Sonnenstraße das elektrische Licht mit zur Wahl gestellt, um so mehr, als die neuen Lampen viel billiger kommen?

## 25. Anfrage Hartung über seitens der Stadt zu ergreifende Maßregeln zur Hebung des Realkredits in der Stadt.

Wortlaut der Anfrage Seite 671.

Stadtv. **Hartung**: Ich ziehe meine Anfrage zurück, da ich gehört habe, daß uns eine entsprechende Vorlage demnächst gemacht wird.

**Vorsitzender**: Die Vorlage ist bereits vervielfältigt und wird den Herren in den nächsten Tagen zugehen.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Dezember 1913.

### Tagesordnung:

|                                                                                                                                                          |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag Voeshigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstweide                                                                          | Seite 691 |
| 2. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes . . .                                                                           | „ 691     |
| 3. Antrag Busch wegen besserer Befestigung des Augustplatzes . . . . .                                                                                   | „ 691     |
| 4. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über vom Haus- und Grundbesitzerverein beantragte stadtseitige Beschaffung zweiter Hypotheken . . . .       | „ 693     |
| 5. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwangs für Hunde                                                                                    | „ 727     |
| 6. Antrag Genting auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum . . . . .                          | „ 727     |
| 7. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallerstraße und der Straße Am Fallerstraßeertor mit dem Theaterwall . . . . .                | „ 728     |
| 8. Aufnahme einer Klage wegen Entschädigung für einen Unfall auf einem städtischen Grundstücke . . . . .                                                 | „ 729     |
| 9. Stadtseitige Aufnahme von Anleihen . . . . .                                                                                                          | „ 731     |
| 10. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .                                                      | „ 734     |
| 11. Erneuerung der Bierauschankeanlage im Ratskeller . . . . .                                                                                           | „ 738     |
| 12. Erhöhung der Zahl der Feuerwehrleute . . . . .                                                                                                       | „ 739     |
| 13. Ausbau der proj. Straße Nr. 617 a und der südlichen Teilstrecke der proj. Straße 289 (Verbindungsstraßen zwischen Celler- und Petristraße) . . . . . | „ 739     |
| 14. Änderung des Statuts zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs auf Messen und Märkten . . . . .                                                         | „ 741     |
| 15. Bewilligung von Mitteln zur teilweisen Einfriedigung und Befestigung des Schützenplatzes . . . . .                                                   | „ 741     |

- |                                                                                                                                                                           |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 16. Ausbau der Hänfelmannstraße . . . . .                                                                                                                                 | Seite 743 |
| 17. Regelung der Angestellten-, der Invaliden- und Hinterbliebenen- und der Krankenversicherung, sowie der Unfallfürsorge für städtische Angestellte und Beamte . . . . . | " 744     |
| 18. Begründung von Anträgen seitens des Stadtv. Steinbrecher zur Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .          | " 747     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Reinemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Eingabe der Mitglieder der 24., 25. und 26. Gehaltsklasse der städtischen Beamten, die dahin geht, es möchte das Anfangs- und Endgehalt der drei Klassen um 300 M erhöht werden. Eine Eingabe gleichen Inhalts ist auch an den Stadtmagistrat gegangen; die Stadtverordnetenversammlung läßt aus diesem Grunde bis zur Entscheidung des Magistrats die Angelegenheit unbehandelt.

Ferner ist eingegangen eine Eingabe des Dobbermannpinischervereins. Er bittet um Beseitigung des Maulkorbzwangs für seine Hunde. Ich habe diese Eingabe dem Herrn Referenten für die gleiche Angelegenheit, Herrn Voge, übergeben.

Sodann sind zwei Anträge aus der Versammlung eingegangen. Der eine ist in erster Linie unterzeichnet von Herrn **Schmidt**. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Erdreich um die Bäume auf der Cellerstraße mit einer Einfassung versehen zu lassen.“

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Der andere Antrag ist in erster Linie von Herrn **Eschardt** unterzeichnet und lautet dahin:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft Versuche mit der von der großen Berliner Straßenbahn für außerordentlich zuverlässig erprobten Schutzvorrichtung vornimmt, um diese auch hier zur Vermeidung von Unglücksfällen zur Einführung zu bringen.“

Auch dieser Antrag ist genügend unterstützt. Beide Herren Antragsteller werden, wenn die Zeit ausreicht, nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, ihre Anträge zu begründen.

### 1. Antrag Loejschigt auf bessere Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwete.

Stadtv. **Munte:** Meine Herren. Die heutige Tagesordnung beschäftigt sich mehrfach mit dem Rufe nach mehr Licht. Ich habe über den ersten derartigen Antrag zu berichten, der von Herrn Loejschigt gestellt ist. Er lautet:

„Die geehrten Herren wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Petroleumbeleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwete in eine elektrische umwandeln zu lassen, um so mehr, da bis zum Grundstück Gartenstraße Nr. 12 das Kabel liegt.“

Dieser Antrag ist in der Finanzkommission besprochen, und die Beleuchtung durch Petroleumlampen ist dort allgemein als unzulänglich erachtet. Die Kommission ist sich dahin schlüssig geworden, den Antrag zur wohlwollenden Prüfung zu empfehlen. Sie läßt Sie durch mich ersuchen, einen dahin gehenden Beschluß zu fassen.

Der Antrag Loejschigt wird dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung überwiesen.

### 2. Antrag Eckhardt auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

Stadtv. **Loejschigt:** Herr Eckhardt ersucht um bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes, indem er den Antrag stellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Friedrich-Wilhelmsplatz besser beleuchtet wird, und in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, die jetzt im Gebrauche gewesenen beiden Bogenlampen für immer installieren zu lassen.“

Auch bei diesem Antrage ist die Finanzkommission zu der Ansicht gekommen, daß eine bessere Beleuchtung oder eine bessere Verteilung der Beleuchtung auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz angebracht erscheint. Sie empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Magistrat den Antrag zur wohlwollenden Prüfung zu überweisen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

### 3. Antrag Busch wegen besonderer Befestigung des Augustplatzes.

Stadtv. **Wienerhoff:** Der Antrag Busch lautet:

„Der Magistrat möge darauf hinwirken, eventl. seinen Einfluß geltend machen, daß der Augustplatz besser befestigt wird.“

Dieser Antrag hat der Baukommission zur Vorberatung unterlegen und hat eine ziemlich lebhaft ausgeprägte Sprache hervorgerufen. Es wurde in der Bau-

Kommission von allen Seiten anerkannt, daß die Befestigung des Augustplatzes, wie sie jetzt ist, nicht dem entspricht, wie es der Stadt Braunschweig angemessen ist. Die Baukommission empfiehlt, den Magistrat zu bitten, entsprechend dem Antrage seinen Einfluß geltend zu machen und bei den Staatsbehörden, insbesondere der Baudirektion und der Promenadenverwaltung, darauf hinzuwirken, daß die zutage tretenden Mängel beseitigt werden, vor allen Dingen, daß trockene Übergänge in allen Richtungen des Platzes geschaffen werden. Im Namen der Baukommission bitte ich, die Zustimmung auszusprechen, daß dieses Ersuchen an den Magistrat geht.

**Stadtv. Fricke:** Meine Herren. Es ist bedauerlich, daß die Zustandsetzung solcher Plätze, wie der Augustplatz, auf den der Antrag Busch zielt, erst von so vielen Instanzen abhängig ist. Würden wir die Pflicht haben, den Platz im Stande zu erhalten, so bin ich überzeugt, daß vom Ministerium ein Druck ausgeübt würde, daß es in genügender Weise geschieht. Nun liegen leider die Verhältnisse umgekehrt, und wir müssen den Magistrat erst ersuchen, soweit er kann, dahin zu wirken, daß der Platz in Ordnung gebracht wird. Es ist einer von den besten Plätzen, die wir vor und an den Toren haben. Wenn die Stadt zu etwas verpflichtet ist, muß das Geld da sein, sobald aber die geehrten Landtagsabgeordneten für die Stadt etwas tun sollen, sind sie nicht dafür zu haben — die hiesigen schließe ich natürlich aus —. (Heiterkeit.) Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

**Stadtv. Sander:** Meine Herren. Der Augustplatz ist nicht besser oder schlechter als die ganzen Wege an unserer Promenade; auch sie sind, mit der geringen Ausnahme derjenigen, die mit Steinpflaster versehen sind, in einem Zustande, daß die Spaziergänger glauben könnten, sie seien auf dem Dorfe. Es ist tatsächlich beim Begehen der Promenade unmöglich, wenn man nicht ganz gutes Schuhwerk hat, mit trockenen Füßen nach Haus zu kommen. Nun muß ich Herrn Fricke recht geben, wenn er sagt, daß der Staat verpflichtet ist, bessere Wege zu schaffen. Wie er verpflichtet ist, die staatlichen Heerstraßen in Ordnung zu bringen, so muß er meiner Meinung nach auch die Straßen in der Stadt Braunschweig, die in seinem Eigentum sind, in Ordnung halten. Die Stadt Braunschweig hat für das Land eine immense Steuerkraft, so daß der Staat auch schon deswegen verpflichtet wäre, hier einzugreifen, und sich seiner Pflicht nicht entziehen sollte. Ich möchte bitten, daß der Magistrat bei seinen Einwirkungen sich auch dahin verbreitet, daß auch auf den Promenaden etwas Änderung geschaffen wird. Es ist bedauerlich, daß wir heute noch nicht in Besitz der Promenaden gekommen sind. Auf meine Erkundigung ist mir gesagt, daß die Verhandlungen immer nicht recht

weitergehen und nicht haben zum Abschluß gebracht werden können. Dann wäre es aber wirklich angezeigt, daß die Regierung auch einmal für die Promenaden etwas täte und die Wege dort in Ordnung brächte, damit sie für eine Residenz- und Hauptstadt würdig sind.

**Stadtv. Schmidt:** Ich wundere mich, daß jetzt immer nur die Rede vom Augustplatz ist. Ich glaube, es dürfte allgemein bekannt sein, daß auch auf der Strecke vom Augustplatz bis zum Tor hin alles noch wie in Wildwest liegt. Auf der Wolfenbüttelerstraße ist der große Straßenzug in Fahr- und Radfahr- und Fußweg eingeteilt, hier aber, wo die Leute, die nach Wolfenbüttel fahren wollen, in die Straßenbahn einsteigen, stehen sie in richtigem Morast. Auch der sogenannte Sommerweg ist in einem schlimmen Zustande, so daß man sich wundern muß, daß diese Strecke bei der Herstellung der Wolfenbüttelerstraße liegen geblieben ist, ohne instand gesetzt zu werden. Ich meine, daß mit dem Wunsche der Besserung auf dem Augustplatze auch diese kurze Strecke am Augusttor verbunden sein sollte.

**Stadtv. Frühling:** Da diese vielen Beschwerden vorgebracht werden, möchte ich die Aufmerksamkeit auch einmal nach dem Monumentsplatze hinlenken, wo eine Wegeverbesserung seitens der Regierung vorgenommen ist, die den Platz derart verjumpt hat, daß man bei Regenwetter nicht quer über die Straße gehen kann. Ich meine, es könnte für diese immerhin als bessere Gegend angesehene Straße mehr geschehen, so daß man sie ohne Not überqueren kann.

**Vorsitzender:** Es liegt nur ein Antrag seitens der Baukommission vor, die anderen Äußerungen sind wohl nur als Anregung zu betrachten, die dem Ermessen des Magistrats überlassen werden.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

#### 4. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über vom Haus- und Grundbesitzerverein beantragte stadtseitige Beschaffung zweiter Hypotheken.

**Stadtv. Lange:** Der Haus- und Grundbesitzerverein der Stadt Braunschweig hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet,

1. stadtseitig Geld für gute zweite Hypotheken zu beschaffen und die Mittel durch Vermittlung der Grundbesitzerbank oder einer besonderen Deputation auszuliehen,
2. ein städtisches Pfandbriefamt ins Leben zu rufen.



Das Einverständnis der geehrten Herren voraussetzend, werde ich mir erlauben, über beide Punkte getrennt zu berichten; es würde dementsprechend getrennt zu beschließen sein.

**Vorsitzender:** Es ist vom Magistrat nur eine Äußerung zu Punkt 1 erbeten, nicht aber zu Punkt 2 der Eingabe.

**Stadtv. Lange:** Betreffs des zweiten Punktes kann der Magistrat ein Bedürfnis für die Errichtung einer derartigen städtischen Anstalt nicht anerkennen, da die Herzogliche Leihhausanstalt stets den Anträgen auf Gewährung von Hypothekendarlehen entsprochen hat, sofern genügende Sicherheit geboten wurde, auch wird das Stammvermögen der Stadt und des Kreis-Kommunalverbandes Braunschweig, sowie die bedeutenden Kapitalien der milden Stiftungen ausschließlich auf hiesige Grundstücke ausgeliehen. Schließlich würde der Leihhausanstalt durch ein derartiges Pfandbriefinstitut in Zeiten, in denen die Unterbringung der Kapitale schwierig ist, eine höchst lästige Konkurrenz erwachsen, so daß zweifellos die Regierung ihre Genehmigung zur Errichtung eines Pfandbriefamts verweigern würde. Die Finanzkommission hat in Anerkennung dieser Gründe beschlossen, zu empfehlen, die Gründung eines städtischen Pfandbriefamts abzulehnen. Ich bitte die geehrten Herren, in diesem Sinne dem Beschluß zustimmen zu wollen.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Herrn Referenten um Entschuldigung: Über Punkt 2 hat die Finanzkommission keinen Beschluß gefaßt; wir sind auch gar nicht dazu aufgefordert.

**Stadtv. Lange:** Zu Punkt 1 erkennt der Magistrat an, daß die Beschaffung zweiter Hypotheken zurzeit den Grundbesitzern große Schwierigkeiten bereitet, er trägt aber ernste Bedenken dagegen, daß die Stadt dem Grundbesitzerstande durch eine Geldanleihe zu Hilfe kommt, durch welche die Finanzwirtschaft der Stadt auf schwerste belastet würde. Da aber diese Frage nicht nur für den Grundbesitz, sondern auch für das ganze Gemeinwesen von erheblicher Bedeutung ist, so hat sich auf Veranlassung des Magistrats die Finanzkommission eingehend mit derselben beschäftigt. Die lebhaften Verhandlungen klangen einstimmig in die Resolution aus:

„Die Finanzkommission hält es nicht für ratsam, daß die Stadt Braunschweig durch Anleihen Geldmittel beschafft, um städtische Grundstücke über die Grenzen der Mündelsicherheit hinaus zu beleihen.“

Namens der Finanzkommission bitte ich die geehrten Herren, dieser Resolution zustimmen zu wollen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte zunächst auf einen Punkt hinweisen: Der Magistrat fordert die geehrte Versammlung auf, sie wolle sich zu dem Antrage 1 des Grundbesitzervereins gutachtlich äußern. Nun sind aber in der geehrten Versammlung nur wenige, die das Thema vollständig beherrschen, die alles das wissen, was in bezug auf diese Not der Grundbesitzer im deutschen Reiche und in den einzelnen Kommunen geschehen ist. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, daß die Stadt Breslau 20 000 000 *M* für den Zweck ausgelegt hat, Charlottenburg 20 000 000 *M*. Die betreffende Deputation in Berlin hat bei dem Oberbürgermeister Wermuth die Zusicherung erhalten, daß sofort 1 000 000 *M* flüssig gemacht werden solle, um der dringendsten Not Abhilfe zu schaffen, in Schöneberg hat der Oberbürgermeister Homilius 15 000 000 *M* zugesagt, Düsseldorf hat auf erste Hypotheken 1 600 000 *M* hergegeben und dementprechend auch einen Betrag für die zweiten Hypotheken, Berlin-Wilmersdorf 6 000 000 *M*. Dann sind hier noch 47 Städte aufgeführt, darunter Barmen, Bielefeld, Köln, Cleve, Rattowitz, Königswinter, Groß Liebenberg, Wilhelmshaven, Solingen usw.

Meine Herren. Ich glaube, wir kämen weiter mit der Frage, und es würde eine allgemeine Befriedigung erwecken und besonders Beruhigung eintreten unter denjenigen, die Gelder darleihen, wenn unsere Stadt weiterginge und die Herren diesen Beschluß der Finanzkommission ablehnten. Ich erlaube mir vorzuschlagen, daß aus der Versammlung eine gemischte Kommission frei gewählt wird, die diese Frage eingehend bearbeitet. Für Beschaffung des nötigen Materials würde ich gern von seiten des Grundbesitzervereins Sorge tragen. Es erscheint mir doch nicht der richtige Weg, daß die Herren hier gleich über diese doch so hochwichtige Frage abstimmen. Wir haben eine offene Hand für alle möglichen Bestrebungen, mögen sie einen Namen haben, welchen sie wollen, und nur für den Grundbesitz ist die Hand immer geschlossen. Wer ist es denn eigentlich, der im großen und ganzen das Gemeinwesen erhält? Ich meine, das ist der Grundbesitzer. Die Stadt muß auf ihn bauen können und muß auch umgekehrt in Nothfällen ihn unterstützen. Deshalb möchte ich bitten, nicht weiter in die Verhandlung der Frage einzutreten. Ich stelle den Antrag, eine Kommission zu wählen, die sich mit Bearbeitung der Frage beschäftigt. Etwaige Vorschläge für die Besetzung der Kommission würde ich noch bringen.

**Vorsitzender:** Sie wollen auch den geschäftsordnungsmäßigen Antrag einbringen, die Verhandlungen abubrechen? Ich bitte mir den Antrag schriftlich aus.

**Stadtv. Frede:** Den Antrag des Herrn Meyerhoff muß ich unterstützen. Es ist nötig, daß eine Kommission zusammentritt, um im engeren Kreise alles das

gründlich zu besprechen, was in Deutschland in den verschiedenen Gegenden in bezug auf diese Frage geschehen ist. Der Magistrat sagt hier mit Recht, daß die Angelegenheit nicht nur für die Haus- und Grundbesitzer, sondern für das ganze Gemeinwesen von sehr erheblicher Bedeutung ist. Ohne weiteres kann man diese Bedeutung für die Allgemeinheit nachweisen, indem man auf die Beziehung verweist, die das Realkreditwesen für die Mietpreise, für das gesamte Wohnungswesen hat. Ich habe aus sozialdemokratischen Blättern, z. B. aus der „Kommunalen Praxis“, auch aus bodenreformerischen und wohnungsreformerischen Blättern gelesen, daß eine absolute Übereinstimmung besteht in der Anerkennung dieses Notstandes, in der Anerkennung der Notwendigkeit, eine anderweitige Regelung der Frage vorzunehmen, besonders auch im Sinne einer gesunden Entschuldung. Diese Blätter sind wirklich nicht von Wohlwollen für den Haus- und Grundbesitz überfließend. Wenn sie also die Notwendigkeit der Abhilfe anerkennen, so muß das tiefe Gründe haben, die darin zu erblicken sind, daß diese Organe die Bedeutung der Frage für die Allgemeinheit un schwer erkennen.

Die Finanzkommission ist einfach zu einer Ablehnung des Gesuches gekommen, indem sie sich gesagt hat, über die Mündelsicherheit hinaus können Mittel stadtseitig nicht geboten werden. Die Finanzkommission ist scheinbar nicht unterrichtet gewesen von den Maßnahmen, die verschiedene Kommunen ergriffen haben, um ohne Gewährung von direkten Mitteln, z. B. durch Rückversicherung, helfend einzugreifen. Der Maßnahmen gibt es sehr verschiedenartige, und es empfiehlt sich durchaus, daß in einem kleinen Kreise eine gründliche Aussprache darüber stattfindet und auch hier in der Versammlung ein Abriß von den Beratungen gegeben wird, so daß die Allgemeinheit sich ein Bild darüber machen kann, welche Wege offen stehen, und welche von uns zu begehen sind. Auf solche Weise kann auch hier das Plenum darüber urteilen. Ich meine deshalb, daß es richtig ist, wie Herr Meyerhoff gesagt hat, daß eine besondere Kommission mit der Vorberatung betraut wird, und ich möchte dazu eine sieben gliedrige Kommission vorschlagen. Für den Fall, daß der Antrag angenommen wird, behalte ich mir Vorschläge für die Befegung vor.

Stadtv. **Schmidt:** Daß die Lage des Haus- und Grundbesitzers ungünstig ist, erkennen wir — das hat schon Herr Frede gesagt — insofern an, als eine gewisse Notlage für Beschaffung zweiter Hypotheken vorhanden ist. Wenn wir auch — wie Herr Meyerhoff sagt — im einzelnen nicht bewandert sind, was man so ausdeuten könnte, daß wir keine Hypothekentechniker seien, so glaube ich doch, daß wir die Befürchtung, die der Stadtmagistrat hat, wohl teilen können, daß wir durch Erfüllung des Antrages des Grundbesitzervereins mit den städtischen Finanzen in eine schwere Lage kommen könnten. Die Forderung der Eingabe beschränkt sich

darauf, daß durch Vermittlung des Grundbesitzervereins diese zweiten Hypotheken vergeben werden können, oder daß dazu eine städtische Stelle geschaffen wird. Wenn wir auch anerkennen, daß eine gewisse Geldknappheit besteht, und wenn wir auch dem Grundbesitz durch Vermittlung städtischer Gelder gern zu Hilfe kommen wollten, so könnte das doch nur so gedacht sein, daß ein j e d e r das Anrecht hätte, von der Stadt Geld für zweite Hypotheken zu bekommen. Wir befürchten aber, wenn man seitens der Kommune dem allgemeinen Bedürfnisse Rechnung tragen wollte, daß die Kommune unter den jetzigen Umständen gar nicht in der Lage wäre, dieses durchführen zu können, denn wir haben die Vorbedingungen dazu nicht. Herr Meyerhoff hat auf eine ganze Reihe von Städten hingewiesen, die derartige Einrichtungen haben, aber diese Städte haben unter anderen Voraussetzungen die Gelder hergeben können, sie haben jahrelang vorgebaut, haben städtische Sparkassen und andere Einrichtungen, die es ihnen an die Hand geben, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Wir hier haben uns nur damit beschäftigt, den großen Ausgaben zuzustimmen, die dem Stadtsäckel zur Last fallen, und ich wüßte nicht, woher wir das Geld für Herleihung zweiter Hypotheken nehmen sollten. Wir müßten erst eine Millionenanleihe machen, um das durchführen zu können. Der Umstand, daß die allgemeine große Masse der Hausbesitzer käme und zweite Hypotheken von der Stadt aufnehmen möchte, würde für unser städtisches Finanzwesen eine solche Gefahr in sich schließen, daß wir sagen müssen: Es wird nicht möglich sein, darauf einzugehen. Und wenn durch den Grundbesitzerverein die zweiten Hypotheken vermittelt würden, dann würde es so kommen, daß wohl diejenigen, die Mitglieder des Vereins sind, berücksichtigt würden, andere aber nicht. Es mag sein, daß das nicht zutreffen würde, wenn die Stadt, wie der Haus- und Grundbesitzerverein auch wünscht, ein Institut schaffen würde. Aber auch da haben wir die Befürchtung, daß nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Darum kann uns auch eine Beratung durch eine besondere Kommission wenig helfen. Sie würde die Aufgabe haben, zu beraten: Wie gedenkt die Versammlung dem Grundbesitzer zu helfen, über die jetzige Situation hinwegzukommen? Der Magistrat sagt auch, das Leihhaus habe bei vorliegender genügender Sicherheit zweite Hypotheken hergegeben, soweit Anträge darauf gestellt sind. Dasselbe würde auch zutreffen bei Schaffung eines Pfandbriefamts. Würden wir aber den Anregungen Rechnung tragen und eine Kommission einsetzen, die nach kurzer Tagung damit herauskäme, ohne die Vorbedingungen die Ausleihung zweiter Hypotheken herzugeben, so möchten wir das doch ablehnen.

**Vorsigender:** Es ist ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag von Herrn Meyerhoff eingelaufen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, eine Kommission zur Prüfung der Beleihung erster und zweiter Hypotheken von Seiten der Stadt zu wählen und heute eine Beratung und Abstimmung über diese Frage auszusprechen.“

Herr Meyerhoff meint damit also, die Beratung und Beschlußfassung über die ganze eben zur Besprechung stehende Angelegenheit. Ich bitte die Herren, sich zu melden, die zur *G e s c h ä f t s o r d n u n g* sprechen wollen.

Stadtv. **Sander:** Um zu begründen, daß der Antrag Meyerhoff richtig ist, müßte ich bei meinen Worten doch etwas weiter ausholen und auch auf die Sache mit zu sprechen kommen. (Widerspruch.) Wie sollte ich das anders machen?

**Vorsitzender:** Ich bitte Sie, nach Ihrer Meinung die Notwendigkeit, daß der Punkt der Tagesordnung heute beraten wird oder nicht, zu begründen und sich in dieser Beziehung möglichst zu beschränken.

Stadtv. **Sander** verzichtet aufs Wort bis zu späterer Zeit, ebenso Stadtv. **Mohr.**

Stadtv. Dr. **Voge:** Die Ausführungen des Herrn Schmidt sprechen meiner Überzeugung nach dafür, dem Antrage Meyerhoff stattzugeben. Wenn wir der Überzeugung sind: „Die Frage ist wichtig, nur haben wir jetzt die nötigen Mittel nicht“, so würde eine Kommission mindestens die Lösung der Frage fördern können: „Was müssen wir in der nächsten Zeit, vielleicht in den nächsten Jahren tun, um demnächst zweite Hypotheken stadtsseitig ausleihen zu können?“ Schon deswegen allein würde eine Kommission für diese wichtige Frage nötig sein. Ich will mich damit durchaus nicht festlegen, wie ich mich zu der Sache stelle. Aber wenn anerkannt wird, daß die Sache wichtig ist, dann sollte man heute nicht nein sagen, wenn es sich um die Einsetzung einer Kommission dafür handelt.

Stadtv. **Weichsel:** Ich teile die Ansicht des Herrn Vorsitzenden nicht, daß nur zur Geschäftsordnung gesprochen werden darf, denn es ist noch kein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Der Antrag Meyerhoff will nur eine Verweisung der Sache an eine gewisse Kommission. Man kann ja darüber verschiedener Ansicht sein. Im übrigen kann ich mich für den Antrag Meyerhoff deshalb nicht erwärmen, weil er ein nicht begründetes Mißtrauensvotum gegen die Finanzkommission enthält. Den Herren, denen die Versammlung Kenntnisse über finanzielle Verhältnisse zutraut, sagen zu wollen: „Weil ihr nun so beschlossen habt, paßt uns der Beschluß nicht, und wir wählen eine neue Kommission“, dazu

sehe ich keine Veranlassung, denn die Finanzkommission hat die Sache mit aller Gewissenhaftigkeit behandelt.

**Vorsitzender:** Der Antrag Meyerhoff lautet: „ . . . eine Kommission zur Prüfung der Frage . . . zu wählen“ und zum Schluß: „heute eine Beratung und Abstimmung über diese Frage auszusetzen.“ Da Zweifel vorliegen könnten, ob die Beratung und Abstimmung sich auf die Einsetzung einer Kommission beziehen sollte oder auf den gesamten Gegenstand der Beratung, habe ich Herrn Meyerhoff darnach gefragt, ob die Aussetzung der Beratung und Beschlußfassung den ganzen Gegenstand betreffen sollte, und darauf hat Herr Meyerhoff mit ja geantwortet. Ich glaube deshalb, mein Verfahren ist das richtige.

Stadtv. **Sander:** Ich halte den Antrag Meyerhoff für berechtigt und kann darin durchaus kein Mißtrauensvotum gegen die Finanzkommission erblicken. Ich muß gestehen, daß ich über den Beschluß der Finanzkommission, diese Sache in kurzer Weise einfach so abzutun, wie es geschehen ist, gewissermaßen erstaunt gewesen bin. Wenn einmal der Notstand anerkannt wird, wie das vom Magistrat geschehen ist, und wenn ferner ausgesprochen wird, daß er nicht nur die Grundbesitzer betrifft, sondern auch weitergehende Bedeutung hat, dann ist es mir um so weniger verständlich, daß man zu einem so kurzen ablehnenden Beschluß gelangen kann. Man vergibt sich nichts damit, wenn man eine derartige Kommission, wie sie von Herrn Meyerhoff gewünscht wird, einsetzt, und der Finanzkommission würde damit kein Mißtrauensvotum ausgestellt. Es ist schon von Herrn Frede gesagt: Die Herren sind nicht so eingehend informiert gewesen. Das sind doch Gründe, die wohl dazu führen können, die Sache noch weiter zu verfolgen. Was in anderen Städten möglich ist, sollte doch in unserer Stadt auch möglich sein, und wenn es nicht gleich geschehen kann, so müssen wir dazu vorarbeiten und den Boden schaffen, auf dem wir derartige Sachen aufbauen können. Wenn wir uns nur auf einen ablehnenden Standpunkt stellen, dann kommen wir nicht weiter; ich kann mich nur dem Antrage Meyerhoff anschließen.

**Vorsitzender:** Es ist ein wohl als geschäftsordnungsmäßig anzusehender Antrag von Herrn Ribbentrop eingelaufen:

„Ich beantrage, über die einzusetzende Kommission heute zu beschließen.“

Die Fassung läßt nicht klar erkennen, ob ein geschäftsordnungsmäßiger oder sachlicher Vorschlag damit gemacht wird. Zunächst müßten wir den Antrag Meyerhoff erledigen. Ich bitte, sich zunächst über die Frage, die Herr Meyerhoff gestellt hat, zu äußern: Aussetzung der Beratung und Beschlußfassung.

**Stadtv. Ribbentrop:** Ich bin dagegen, daß die Beratung abgesetzt wird und heute keine Beschlußfassung erfolgt. Ich habe vollständiges Vertrauen zu der Finanzkommission, bin aber auch fest überzeugt, daß ein Notstand vorliegt, und daß einer Beilegung der zweiten Hypotheken durch die Stadt nähergetreten werden muß. Ich bedaure, daß Herr Meyerhoff diesen Antrag gestellt hat und bin der Ansicht, daß es wünschenswert ist, heute über die Wahl der Kommission Beschluß zu fassen.

**Stadtv. Mohr:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Frage mit so kurzen Worten, wie Herr Sander meinte, gestern nicht abgefertigt ist. Die Beratung hat mindestens eine Stunde gedauert, ehe wir zum Entschluß gekommen sind. Es sind Vorschläge genügend gemacht und auch ausgeführt, ob die Stadt nicht in anderer Weise vorgehen könnte. Wenn wir zu diesem Beschluß gekommen sind, so hat der Grundbesitzerverein auch mit dazu beigetragen, denn es wäre richtig gewesen, wenn er mehr Material gebracht und bestimmte Vorschläge gemacht hätte, die wir hätten beleuchten können.

**Stadtv. Frühling:** Die Schwierigkeit besteht meiner Ansicht nach nur durch die Form, in der der Antrag Meyerhoff eingebracht ist. Zunächst beantragt Herr Meyerhoff, eine besondere Kommission einzusetzen, und dann beantragt er, die Beratung abzubrechen. Wenn wir den letzten Teil des Antrages annehmen, dann fällt der erste Teil weg. Wenn Herr Meyerhoff die Einsetzung einer Kommission beraten will, dann darf er die Verhandlung nicht abbrechen, seinen Antrag auf Einsetzung der Kommission kann Herr Meyerhoff während der Beratung immer noch stellen.

**Vorsitzender:** Es scheint die Ansicht der Mehrheit zu sein, daß die Angelegenheit behandelt wird. Wenn das der Fall ist, müßte der Antrag Meyerhoff abgelehnt werden. Herr Meyerhoff hätte dann Gelegenheit, die Einsetzung einer Kommission aufs neue zu beantragen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich hatte in meinem Antrage anfangs nur geschrieben, „heute eine Abstimmung über diese Frage auszusetzen“. Der Herr Vorsitzende machte mich darauf aufmerksam, ob ich nicht lieber auch gleich die Aussetzung der Beratung der Frage beantragen wolle. Ich sah darin keine Gefahr für meinen Antrag auf Wahl einer Kommission, sonst wäre ich bei meinem ersten Antrage geblieben. Ich bin bereit, aus meinem Antrage zurückzuziehen, daß die Besprechung abgesetzt wird, damit wir weiter in der Materie verhandeln können, und bin auch erbötig, am Schluß der Verhandlungen meinen Antrag auf Wahl einer besonderen

Kommission oder einen ähnlichen wieder vorzubringen. Ich will nicht dagegen sein, daß die Sache weiter besprochen wird, und ziehe meinen Antrag daher zurück.

**Vorsitzender:** Soeben hat auch Herr Ribbentrop seinen Antrag zurückgezogen; es wird also in der Beratung fortgefahren.

**Stadtv. Meyerhoff:** Von seiten des Herrn Stadtv. Mohr ist hervorgehoben, daß die Finanzkommission reiflich beraten hätte, und den Grundbesitzern der Vorwurf gemacht, daß es ihre Schuld wäre, daß sie nicht genügendes Material herbeigeschafft hätten. Ich habe mit dem Herrn Oberbürgermeister mehreremal über die Sache verhandelt, und als nun gedrängt wurde, daß die Sache erledigt wurde, ist es gekommen, daß von der Finanzkommission beraten ist, ohne daß einer von den Antragstellern oder denjenigen, die die Eingabe unterzeichnet haben, etwas davon erfahren hat. Erst als die Vorlage des Magistrats erschien, wußte man, daß sich die Finanzkommission mit dem Antrage beschäftigt. Hätte ich vorher davon etwas in Erfahrung gebracht, so hätte ich wohl nicht mich hineingedrängt, aber ich hätte gebeten, das nötige Material beibringen zu dürfen; doch dazu haben wir nicht kommen können. Wir konnten das Material nicht beibringen, weil uns der Weg dazu sozusagen abgeschnitten war.

Herr Schmidt sagte, wenn dem Grundbesitzerverein die Vermittlung übertragen würde, so würde die Hilfe gewissermaßen nur für Mitglieder des Grundbesitzervereins zugänglich sein. Die Eingabe ist doch nur deshalb vom Grundbesitzerverein unterzeichnet, weil wir augenblicklich die Vertreter für den Grundbesitz sind. Aber wir haben nicht nur für den Grundbesitzerverein etwas haben wollen. Das ist eine irrtümliche Ansicht, und das steht auch nicht in unserer Eingabe. Es handelt sich um die allgemeine Not der Grundbesitzer, dazu gehören Tausende, die nicht dem Grundbesitzerverein angehören -- das muß ich leider zugestehen. Der Grundbesitzerverein zählt 1800 bis 1900 Mitglieder, wir haben aber über 4000 Hausbesitzer in unserer Stadt. Was geschehen ist, hat für das allgemeine Wohl geschehen sollen. Herrn Schmidt und seine Freunde möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir gerade jetzt bei der Grundsteuerabichägung in viele Häuser gekommen sind, die in den Händen von kleinen Leuten sind, die nicht unserem Verein angehören, wenigstens ist es selten der Fall, daß einer von diesen dazu gehört. Und was haben wir da gefunden? Die Mietpreise sind gesteigert, und auf unsere Frage, wie sie dazu gekommen seien, antworteten uns die Leute: „Ja, wir müssen jetzt höhere Zinsen zahlen, wir können keine Hypotheken anschaffen und fallen Wucherern in die Hände.“ Heute ist es mit einem Opfer von Hunderten von Mark und anderen Opfern verknüpft, wenn man ein paar tausend Mark als Hypothek haben will. Aus diesem Grunde ist die Eingabe ab-



gegangen, und zwar schon vor fünf Vierteljahren. Wenn Sie das berücksichtigen und Sie stimmen zu, daß ein Notstand vorhanden ist, dann müssen Sie auch Mittel und Wege schaffen, um dem Notstande abzuhelpen.

Herr Schmidt deutete darauf hin, daß eine solche Ummenge von Kapital nicht vorhanden wäre, um allen zu helfen. Es dreht sich gar nicht um die Höhe der Summen, es handelt sich um eine gewisse moralische Unterstützung. Es soll wieder Vertrauen in die Herleiher von Hypotheken kommen. Dem Hausbesitzerstande wird ein Mißtrauen entgegengebracht, das nicht zu begreifen ist. Die zweiten Hypotheken werden gekündigt, es wird die Zeitlage benutzt, plötzlich den Zinsfuß hochzuschneilen usw. Wenn eine öffentliche Anstalt besteht, mag sie einen Namen haben, welchen sie will, die unter solchen Umständen und bis zu gewisser Höhe bei pünktlicher Zinsenzahlung sichere Objekte mit zweiten Hypotheken beleiht, dann bekommen auch die Privatkapitalisten wieder Neigung, Grundstücke zu beleihen. Das ist die Moral von der Geschichte. Ich möchte bitten, daß Sie nicht so leicht darüber hinweggehen. Vielleicht werde ich im Laufe der Debatte noch einmal das Wort ergreifen, augenblicklich will ich schließen.

**Vorsitzender:** Das Ersuchen des Stadtmagistrats an die Stadtverordneten ist eingegangen am Freitag vor der letzten Sitzung der Stadtverordneten vom 4. Dezember. Es war ursprünglich die Absicht, diese Angelegenheit schon in der Sitzung vom 4. Dezember zu behandeln. Ich hatte aber darum gebeten, bei der Wichtigkeit der Sache die Vorlage zu vervielfältigen, und so ist sie den geehrten Herren zugegangen. Es sind die sämtlichen Akten des Magistrats, die in dieser Angelegenheit gesammelt sind, mir und durch mich wieder dem Herrn Referenten Lange überwiesen worden, und das gesamte Material hat auch der Finanzkommission vorgelegen. (Hört! Hört!)

Stadtv. **Weichsel:** Herr Meyerhoff gibt der Mahnung Ausdruck, wir möchten nicht leichtfertig über die Angelegenheit hinweggehen. Ich glaube nicht, daß eine solche Mahnung nötig war. Ich glaube, gewiß ein jeder von uns hat sich schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und wohl keiner sitzt hier, der nicht die Notlage der Grundbesitzer bei Schaffung von zweiten Hypotheken aus eigener Erfahrung zu würdigen weiß. Man muß aber auch berücksichtigen, daß eine Notlage in dieser Beziehung nicht nur für den Grundbesitz allein, sondern allgemein vorliegt. Denken Sie an die Industrie und an die kaufmännischen Geschäfte, mit welcher Not die zu tun haben, was sie an Zinsen, Provisionen usw. aufzubringen haben, um Betriebskapital zu beschaffen. Es fragt sich, ob eine Kommune, wie die unsere, in der Lage ist, dieser Notlage der Grundstücksbesitzer abhelfen zu können, und wenn sie das kann, ob man bei der Hilfe für die Grundbesitzer stehen bleibt und nicht viel weiter gehen muß.

Nun läßt sich ganz gewiß diese Sache ernst und wissenschaftlich behandeln, aber mit allgemeinen Redensarten kommen wir nicht weiter, sondern wir müssen auf die Vorschläge, die gemacht sind, eingehen. Wir sind bis jetzt nur folgende gangbare Wege bekannt. Einmal der, daß die Stadt Bürgerschaft für zweite Hypotheken übernimmt und als Sicherung für sich selber die ganze Verwaltung der betreffenden Grundstücke überwacht. Das ist ein Gegengewicht, welches geschaffen werden muß. Dieser Weg ist in Westfalen eingeschlagen und scheint sich leidlich bewährt zu haben. Die Folge dieses Verfahrens wird aber sein, daß die Stadt der Verwalter von einer großen Zahl Grundstücke werden wird, die nicht aufs beste stehen, und daß ihr eine enorme Arbeit aufliegt. Die zweite Möglichkeit ist die, daß man eine Kreditgenossenschaft der Grundbesitzer bildet, daß man dieser Genossenschaft Kredit verschafft und sie ihrerseits die Verteilung der Mittel und die Deckung des Kredits übernimmt. Ein dritter Weg ist vorgeschlagen bei den Verhandlungen auf dem letzten Braunschweigischen Städtetage. Dort hat Herr Bürgermeister Zerbst vorgeschlagen, man möchte veranlassen, daß die Kreise unter der Bürgerschaft der Städte Mittel hergeben, um zweite Hypotheken anzuleihen. Ich muß bekennen: Ich weiß nicht, wie man diesen Vorschlag ernsthaft hat erwägen können. Bei unserer staatlichen Organisation ist auf diese Weise absolut nichts zu erreichen. Wenn man helfen will, so müssen die Städte als solche auf dem einen oder anderen Wege helfen. Es ist leicht, zu sagen, die Not ist da, es muß geholfen werden, aber dann zeigen Sie uns erst einmal einen gangbaren Weg.

Ich muß heute noch eine Sache zur Sprache bringen, die ich schon früher hier zur Sprache bringen wollte, wo mir aber das Wort nicht verstattet wurde. Als Herr Bürgermeister Zerbst auf dem Städtetage seine Vorschläge vorgebracht hatte, kam Herr Bürgermeister Schulz mit anderen hervor. Ich habe darauf in der Versammlung erklärt, daß mir die Vorschläge des Herrn Bürgermeisters Zerbst aus genügenden Gründen nicht gangbar erschienen, wohl aber die Vorschläge des Herrn Bürgermeisters Schulz. Die Richtigkeit dieser meiner heutigen Angaben ergibt sich auch aus dem Protokoll des Städtetages, wie es vorliegt. Es haben nun Herren aus unserer Versammlung Gelegenheit genommen, unrichtige Mitteilungen über die Haltung, die von mir und Herrn Eckhardt auf dem Städtetage eingenommen sein soll, zu verbreiten. Selbstverständlich habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß Kritik an meinen Worten geübt wird, aber wohl dagegen, daß leichtfertig unrichtige Angaben darüber verbreitet werden. Wenn sich die Herren überzeugen wollen, so werden sie in dem Bericht der Zeitung und dem Protokoll erhebliche Differenzen finden. Gegen ein derartiges Verfahren, wie es hier geübt wurde, muß ich protestieren.

Stadtv. **Frede:** Herr Mohr hat dem Grundbesitzerverein den Vorwurf gemacht, daß der Kommission kein genügendes Material vorgelegt worden wäre. Ich glaube nicht, daß der Herr Oberbürgermeister dieser Behauptung zustimmen wird, denn wir haben dem Herrn Oberbürgermeister reichlich Material gegeben, und es ist auch in der Denkschrift des Grundbesitzervereins, die am 1. September 1912 an den Magistrat gelangt ist, also vor beinahe 1½ Jahren, eine klare Übersicht über die damals eingeschlagenen Wege gegeben. Nun kann man Herrn Mohr vielleicht insofern recht geben, als man in seinen Worten den Wunsch erblicken könnte, daß sämtliche Stadtverordnete Material hätten bekommen können. Wir haben uns das auch überlegt, und im Sinne der Information würde es natürlich besser gewirkt haben, wenn wir es getan hätten. Aber auch Herr Mohr weiß, daß es üblich ist, mit solchen Anträgen erst dem Magistrat zu kommen und seine Ansicht zu hören.

Nun hat es bei den Haus- und Grundbesitzern Verwunderung erregt, daß nach dem Verlauf von gut 1¼ Jahren der Magistrat die Vorlage wegen des „Gutachtens“ macht, und auch ich glaube, die Sache hätte in dieser Weise früher erledigt werden können. Wir haben viel Zeit dadurch verloren, und der Notstand ist immer schlimmer geworden. Wenn der Magistrat die Eingabe des Grundbesitzervereins abgelehnt hätte, dann hätten wir die Denkschrift an die Stadtverordneten ergehen lassen, und die Herren wären dann in der Lage gewesen, sich ein Urteil zu bilden. Das können wir jetzt noch nachholen auf dem Wege, den Herr Meyerhoff angegeben hat: wenn wir eine Kommission aus ziemlich vielen Mitgliedern bilden.

Seitdem die Denkschrift beim Magistrat eingegangen ist, sind wiederum neue Wege ausfindig gemacht, um dieser Kalamität auf dem Hypothekenmarkte zu Leibe zu gehen, und zwar mit Erfolg. Die neuesten Wege sind in Görlitz, Schöneberg und in Neukölln beschritten, ich kann mich aber hier auf die Einzelheiten nicht einlassen. Herr Mohr sagt, daß man sich in der Kommission eine Stunde lang mit der Sache beschäftigt hat. Ich mache mich anheischig, wenn ich mich kurz fasse, einen Vortrag über die Angelegenheit von zwei Stunden zu halten, denn man muß dabei auf verschiedene zugehörige Sachen eingehen, jede Maßnahme ist wieder mit soundso viel Klausulierungen verknüpft, und die Vorschriften erstrecken sich zum Teil auf erste Hypotheken mit, so daß man die Sache nicht schnell erledigen kann.

Herr Weichsel hat unumwunden das Bestehen einer Notlage zugestanden und hat bei der Gelegenheit — darauf darf ich wohl eingehen — das Verfahren nicht gutgeheißen, das anläßlich seiner Äußerungen auf dem Städtetage gegen ihn angewandt worden ist. Auf dem Städtetage hat nach Blättermeldungen Herr Weichsel gesagt, es wäre unmöglich, der Notlage im Grundbesitz in irgend einer Beziehung abzuhelpen. Nun, meine Herren, wenn 40 Städte das fertig gebracht haben, dann könnte das auch hier möglich sein. Man muß aus den Äußerungen

des Herrn Weichjel die Unlust feststellen, überhaupt zu helfen, wie das allerdings auch aus dem Protokoll kaum anders hervorgeht. Jedenfalls ist Herrn Weichjel nicht allzu nahegetreten, wenn diese Auffassung vorgeherrscht hat.

Nun hat Herr Weichjel einige Wege zur Abhilfe genannt, die anderwärts eingeschlagen seien, doch muß ich demgegenüber bemerken, daß es, wie ich schon ausgeführt habe, nicht angängig ist, hier im Plenum auf die sehr verschiedenartigen Wege einzugehen. Darum bleibt kein anderer Weg, als eine Kommission zu bilden. Wenn diese hier nachher vorträgt, daß auf Grund der ganz eingehenden Würdigung aller der Wege, die es gibt, es nicht möglich ist, dem Grundbesitz Hilfe zu schaffen, so wird das eine andere Wirkung haben, als wenn die Finanzkommission heute erklärt: „Wir beantragen, keine Mittel zu verwilligen, die über die Mündelsicherheit hinausgehen.“ Schon aus dieser Fassung ist für mich vollständig ersichtlich, daß bei Beratung in der Finanzkommission nicht in der Weise vorgegangen ist, wie ich sie mir als richtig denke für die Kommission, die zu diesem Zweck gebildet wird. Der Finanzkommission wird damit absolut kein Mißtrauen entgegengebracht. Sie mag aus finanziell gebildeten Leuten bestehen, aber die vorliegende Sache erfordert besondere Kenntnisse — das dürfen die Herren nicht übelnehmen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Der Magistrat hätte nicht Veranlassung genommen, sich in dieser Sache überhaupt zu äußern — denn wir wollen ja Ihre Ansicht wissen —, wenn Herr Frede nicht gesagt hätte, der Magistrat hätte sich wohl schneller über die Sache schlüssig machen können, die ihm vor längerer Zeit unterbreitet wäre, und wenn er nicht gesagt hätte, es schiene so, als ob man dem Grundbesitz nicht helfen wollte. Diese Äußerungen bestimmen mich, zu erklären, daß der Magistrat sich sehr eingehend mit der Sache befaßt hat, wie es auch seine Schuldigkeit ist. Er hat Veranlassung genommen, mich zur Tagung der Finanzdezerenten nach Düsseldorf zu entsenden, auf welcher die Frage eingehend erörtert ist. Auf Grund der Erfahrungen, die aus den Äußerungen durchaus berufener Vertreter deutscher Städte uns bekundet wurden, und an Hand des reichen Materials, das wir zusammengebracht haben, kam der Magistrat zu der Ansicht, daß wir auf die Sache nicht eingehen können aus den Gründen, die wir kurz in der Vorlage angedeutet haben. Wir haben uns erinnert an das Wort des früheren preussischen Finanzministers Miquel, der sich auch mit dieser Frage befaßt und darüber geäußert hat: „Das ist ein Ding ohne Ende.“ Wenn nun gesagt wird, der Magistrat hätte die Sache schneller zu Ende bringen sollen, so muß ich darauf hinweisen, daß ich, nachdem der Magistrat diesen Beschluß gefaßt hatte, den Vorsitzenden des Vereins, der diesen Antrag gestellt hatte, nämlich Herrn Meyerhoff, von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt habe. Herr Meyerhoff war mit dem Be-

schluß wenig zufrieden und hat nachher, wie er schon bemerkt hat, mit mir noch mehrmals über diese Sache verhandelt und versucht, mich zu überzeugen, daß der Standpunkt des Magistrats nicht richtig sei. Ich habe die Sache dann nochmals dem Magistrat unterbreitet, wir haben uns nochmals eingehend mit den Fragen befaßt und kamen wieder zu einem ablehnenden Standpunkte. Ich habe darauf wiederum Herrn Meyerhoff gesagt, der Magistrat trage Bedenken, auf diese Sache einzugehen. Weil aber Herr Meyerhoff einen schriftlichen Bescheid wünschte und nochmals die Not des Grundbesitzerstandes uns vorstellte, so habe ich geantwortet: Ich will dann, ehe wir uns ablehnend äußern, dem Magistrat noch empfehlen, die Ansicht der Stadtverordneten einzuholen. Wenn das ein Vorgehen des Magistrats ist, das einen öffentlichen Vorwurf verdient, dann weiß ich nicht, wie der Magistrat sich bei solch wichtigen Fragen anders verhalten soll.

Es gab noch einen anderen Weg: daß der Magistrat Ihnen vorzuschlag, für Beratung dieser Sache eine gemischte Deputation einzusetzen. Diesen Weg zu beschreiten, hat der Magistrat deshalb abgelehnt, weil es uns nicht richtig erschien, in dieser Sache vielleicht zwei oder drei Mitglieder des Magistrats ins Feuer zu schicken, nachdem der Magistrat seinerseits einstimmig erklärt hatte: Wir können auf die Sache nicht eingehen. Gerade deshalb wollten wir eine vollständig intakte Kommission bezw. intakte Stadtverordnetenversammlung, und wollten deren Ansicht hören. Der Kommission ist das umfangreiche Material unterbreitet, und Herr Lange hat gestern in der Finanzkommission in sehr eingehender Weise und gründlich über die Sache berichtet. Wenn ich etwas bedauern kann, ist es nur, daß Herr Lange, allerdings auf Grund eines Wunsches der Kommission, hier heute sich etwas recht kurz gefaßt hat. Ich glaube, es hätte zur Klärung der Sache beigetragen, wenn Herr Lange das reiche Material, welches er zur Verfügung hat, das er fleißig durchgearbeitet und worüber er gestern eingehend berichtet hat, auch hier etwas umfangreicher vorgetragen hätte.

Ja, meine Herren, ob nun unter diesen Umständen es richtig ist, eine andere Kommission zu wählen, das will ich ganz Ihrem Ermessen überlassen. Eins darf ich noch bemerken: Ich glaube, wenn die Finanzkommission zu dem entgegengesetzten Resultat gekommen wäre, wenn sie gesagt hätte: „Wir wollen dem Magistrat empfehlen, Gelder für zweite Hypotheken zu beschaffen“, dann hätte man gesagt: „Das ist eine sachverständige Kommission.“ Sie ist nun aber zu einer ablehnenden Antwort gekommen, und wenn Sie eine neue Kommission zusammensetzen wollen, so sind wir gern bereit, auch in der neuen Kommission mitzuarbeiten. Wir sehen im Magistrat ein: wenn es irgend möglich wäre, müßte man Rat schaffen; wir sehen aber keine Möglichkeit, wie wir diese Hilfe gewähren können.

Stadtv. **Mömann:** Herr Meyerhoff hat in seiner Begründung des Antrages gesagt, es wären leider hier wenig Sachverständige, die über diese Frage urteilen könnten. Nun, meine Herren, es wäre doch schlimm um die Stadt Braunschweig bestellt, wenn die Stadtverordnetenversammlung nicht über eine so weitgehende Frage sollte urteilen können. Es sind in der Versammlung Geschäftsleute und Grundbesitzer vorhanden, die werden sich wohl über diese Frage nicht erst heute zu orientieren brauchen, sondern werden im Laufe der Zeit im öffentlichen Leben Gelegenheit gehabt haben, sich über die Materie zu unterhalten.

Es ist mit Recht hervorgehoben, daß eine gewisse Notlage, zweite Hypotheken zu beschaffen, besteht, aber es ist andererseits auch nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Geldknappheit vorhanden ist. Nicht nur die Hausbesitzer allein, sondern auch alle Fabrikanten und Geschäftsleute haben bei der Beschaffung von Geldmitteln, die sie zum Betriebe ihrer Geschäfte nötig haben, mit denselben Kalamitäten zu rechnen.

Wenn man uns sagt, wir oder ein Teil des Publikums hätten Mißgunst gegen den Grundbesitz, hätten im voraus eine gewisse feindliche Stellung gegen den Grundbesitz eingenommen, und deswegen wäre unser Urteil von vornherein getrübt, so ist das zweifellos nicht nur ein Irrtum, sondern geradezu ein Verhalten, welches ungerechtfertigt ist gegenüber allen denen, die sich mit öffentlichen Fragen beschäftigen und sonst Stellung zu solchen Dingen nehmen. Hier liegt die Sache so, daß wir einen Erwerbstand in den Grundbesitzern vor uns haben, denn der Grund und Boden haftet nicht an denjenigen, die sich notwendigerweise ein Haus anschaffen müssen, sondern ist eine Erwerbsquelle geworden, und nicht zu allerletzst ist in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt bewegte Lage darüber geführt worden, daß die Steigerung der Grund- und Bodenpreise, wie sie sich bei Hausverkäufen zeigt, vertenernd auf die Wohnungen wirke. Daraus kann man einem einzelnen keinen Vorwurf machen. Ich weiß mich fern von Feindschaft gegen den Hausbesitzerstand, wenn ich auch dieser Forderung nicht zustimmen kann. Eine Feindschaft wäre geradezu bläsiert und unnötig.

Nun tut man so, als wenn die Forderungen leicht und legal durchzuführen wären, wenn der gute Wille vorhanden wäre. Da müßte es ja geradezu drastisch ausgedrückt — eine Mächtigkeitsrede der Stadtverwaltung sein, wenn sie den Hausbesitzern nicht mit einer solchen noblen Gefälligkeit aus der Verlegenheit helfen wollte. Wenn wir dem Wunsche Rechnung tragen wollten, so handelte es sich jedoch nicht um etliche hundert Grundbesitzer, sondern um tausende, die in bedrängten Zustand kommen können. Da möchte ich Sie fragen, wieviel Millionen dazu nötig sein sollten, es würden nicht einzelne, sondern Hunderte von Millionen

werden, wenn Sie nur annähernd den auftauchenden Wünschen entsprechen wollten. Wer ist bei dem Notstande nicht von dem Wunsche beiseelt, billig zweite Hypotheken zu bekommen! Da würde jeder kommen von allen denen, die Häuser, sei es für ihr Geschäft oder als Miethaus, gebrauchen, um damit Gewinn zu erzielen. Ich bin der Meinung, bei all den Bedürfnissen, die eine Stadt wie Braunschweig hat, sind wir nicht in der Lage, diese Hunderte von Millionen in solch ein Unternehmen hineinstecken zu können oder überhaupt sie aufzubringen. Wohin sollte das führen? Wir müssen damit rechnen, daß auch diejenigen, die ihre Häuser reichlich billig bekommen haben, in wirtschaftliche Bedrängnis kommen können. Herr Meyerhoff sagt, es gibt deren viele auch aus den minderbemittelten Kreisen. Das ist Tatsache, und das haben wir alle anerkannt, auch mein Freund Schmidt.

Wenn ich mich recht entsinne, hat Herr Meyerhoff gesagt, wenn der Notstand anerkannt würde, dann müßten wir ohne weiteres eintreten. Man kann doch aber auch, wenn man anerkennt, daß ein Notstand vorhanden ist, nicht ohne weiteres die Mittel bewilligen, wenn man untersucht: Sind noch dringendere Bedürfnisse zu befriedigen als diese, oder sind die vielen Mittel, die notwendig sind, überhaupt aufzubringen? Meine Freunde und ich stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte — das habe ich schon gesagt —, daß das Grundbesitzertum in der Hauptsache einen Erwerbszweig bildet. Wenn wir nun dem *e i n e n* Erwerbszweig, *e i n e r* Gruppe von erwerbenden Leuten diese Mittel bewilligen wollten, so dürften wir nicht dabei stehen bleiben, sondern müßten sie auch anderen zugute kommen lassen, den Fabrikanten, Handwerksmeistern, Händlern, Kaufleuten, welche Mittel gebrauchen, um Geschäfte zu machen. Woher sollten diese Mittel geschaffen werden? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, und es ist nicht zu sagen: „Ihr seid rückständig, ihr seid voll Feindseligkeit gegen den Grundbesitzerstand; wenn ihr von Hausagrariern sprecht, habt ihr schon bewiesen, daß ihr uns nicht hold seid, und nur deswegen lehnt ihr unsere Forderung ab.“ So liegen die Dinge nicht, und so können Sie sie nicht betrachten. Wenn wir von sozialen Pflichten nach dieser Richtung hin sprechen wollten, dann würden Sie hören, wie von unserer Seite betont wird, daß die Unterstützung des Kleinwohnungsbaus notwendig und möglich erscheint; die Stadt muß diejenigen Unternehmer unterstützen, die sich dem Bau dieser Wohnungen widmen, die Gemeinde muß auch Garantien dafür verlangen, daß der Grundbesitz nicht diese Wohnungen benutzt, um die Preise zu steigern. Die Stadt muß dann letzten Endes bestimmen können, wo die Preise gesteigert werden sollen. Dann kann nicht willkürlich der Hausbesitzer solche Häuser als Erwerbsquelle betrachten, denn an und für sich wird er soviel wie möglich herauszuschlagen versuchen.

Wenn man auf dem Standpunkte steht, daß die Stadt, um die Spekulation mit Grund und Boden zu beseitigen, sich selber Grund und Boden zulegen soll, dann ist das zweifellos eine soziale Forderung. Wenn jedoch für eine einzelne Klasse von mehr oder minder Besitzenden, wie die Grundbesitzer im allgemeinen sind, solche Forderungen aufgestellt werden, wenn man, wie hier, die Allgemeinheit benutzen will, um sehr große Mittel für sie aufzubringen, dann muß ich allerdings sagen: Wir hätten noch viele, viele Verpflichtungen gegenüber dem Kleinen, dem wirklich Armen und Minderbemittelten, als die, die hier heute in den Vordergrund gestellt sind.

Es ist von Preußen geredet, und Herr Meyerhoff hat eine Anzahl Städte genannt, die andere Beschlüsse gefaßt haben, als die Finanzkommission es hier getan hat. Meine Herren. Es wird auch Ihnen bekannt sein, daß die Zusammensetzung der preußischen Stadtverordneten auf Grund der preußischen Städteordnung darin basiert, daß die Stadtverordnetenversammlungen immer zur Hälfte aus Grundbesitzern zusammengelegt werden müssen. Da ist es kein Wunder, daß dort solche Beschlüsse leichter zustande kommen als in anderen Städten. Was bedeutet aber die genannte Summe z. B. für Berlin? Es handelt sich nicht um eine Unterstützung im allgemeinen -- ich glaube, daß Herr Meyerhoff dasselbe im Auge hat, was durch die kommunale Praxis unter dem 20. Dezember, in der heute erst erschienenen Nummer, mitgeteilt wird -- da handelt es sich um Beschaffung und Sicherung von Hypotheken für eine Genossenschaft Berliner Hausbesitzer. Nur für diese Genossenschaft soll die eine Million bestimmt sein. Das ist doch wieder nur eine kleine Gruppe, die unterstützt werden soll, der allgemeinen Notlage kann es nicht helfen; es ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Wollen wir, wie heute erwähnt wurde, nur einer kleinen Gruppe von Hausbesitzern helfen, dann dürfen Sie nicht denken, daß das eine soziale Pflichterfüllung ist. Woher wollten Sie bei einer weitergehenden Maßnahme die Hunderte von Millionen nehmen, wo wollen Sie mit den Tausenden von alten, verwohnten Häusern hin, die beim Zusammenbrechen der finanziellen Verhältnisse ihrer Eigentümer von der Stadt übernommen werden müßten? Was für ein Chaos und Verlußt sollte das abgeben, wenn wir Tausende von Häusern auf den Hals bekämen!?

Mit der Redensart, daß eine Feindschaft gegen die Hausbesitzer bestände, daß es ein Verkennen der sozialen Pflicht wäre, damit kann man wirklich bei dieser Frage nicht die Sache klären und nicht zu dem Ergebnis kommen, zu dem man wünscht zu kommen. Hier soll einer in Not befindlichen Anzahl von Geschäftsleuten geholfen werden, und der großen Masse kann doch unter keinen Umständen geholfen werden. Deswegen bin ich gegen eine erneute Beratung und Einsetzung einer neuen Kommission und erkläre mich für den Antrag der Finanzkommission.



**Vorsitzender:** Herr Frede hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle eine siebengliedrige Kommission einsetzen zur Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise die Stadt Hilfe leisten könne in der Realkreditnot.“

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich möchte in dieser Frage, in der der Stadtmagistrat ein Gutachten von den geehrten Herren zu haben wünscht, nicht meinerseits Stellung nehmen, aber ich glaube, gegenüber den Äußerungen des Herrn Stadtv. Frede Herrn Stadtv. Weichsel die Genugtuung schuldig zu sein, daß ich als Vorsitzender des Städtetages anerkenne, daß sich Herr Weichsel durchaus in einem dem Grundbesitz freundlichen Sinne auf dem Städtetage in Blankenburg geäußert hat. Er hat in seinen Eingangsausführungen darauf hingewiesen, daß er durchaus eine Not in den zweiten Hypotheken anerkenne und demjenigen, der imstande wäre, dabei Abhilfe zu schaffen, gern ein Lorbeerreis reichen wolle. Dann hat er den einen Weg, der dort von Herrn Bürgermeister Zerbst gekennzeichnet war und dahin ging, durch den Staat Hilfe zu bringen, als ungangbar bezeichnet, aber den anderen Weg, der von Bürgermeister Schulz zur Besprechung gebracht wurde, nach welchem die Städte Garantie für Verzinsung, Amortisation und Rückzahlung von zweiten Hypotheken übernehmen, als möglich, wenn auch sehr schwierig bezeichnet. Somit hat Herr Weichsel den ehrlichen Willen bekundet, in dieser schwierigen Frage durch Rat und Tat zu helfen. Ich glaube, daß bei einer Stellungnahme zu solchen Äußerungen es richtig ist, erst das amtliche Protokoll abzuwarten, denn die Schwierigkeit, in der Presse bei Diskussionen eine Berichterstattung zu bringen, ist nicht gering, und die Äußerungen sind erst richtig zu bewerten, wenn man das amtliche Protokoll zu Händen hat, das übrigens von demselben Herrn aufgenommen wird, von dem auch unsere Stadtverordnetenberichte hergestellt werden.

**Stadtv. Ribbentrop:** Die Sache liegt doch so, daß der Magistrat uns aufgefordert hat, uns über den unter 1 erwähnten Antrag des Grundbesitzervereins zu äußern. Diese gutachtliche Äußerung ist seitens der Finanzkommission erfolgt und in einem vollständig ausreichenden und eingehenden Maße nun wohl auch durch uns. Herr Frede hat sich geäußert, weiter würden wir im Plenum mit der Beratung nicht kommen, und dem gebe ich recht. Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, der Magistrat sei bereit, mit einer neuen Kommission zusammen zu arbeiten. Da wir also hier momentan nicht weiterkommen und wir nicht wünschen können, daß die Verhandlungen ins Uferlose gehen, so beantrage ich hiermit Schluß der Besprechung und weise darauf hin, daß der Antrag Frede als ein selbständiger behandelt werden kann, der dann einer Kommission überwiesen wird.

**Vorsigender:** Wenn nach dem Antrage der Schluß der Beratung angenommen werden sollte, würde es unmöglich sein, über den Antrag Frede abzustimmen.

Stadtv. **Ribbentrop:** Dann kann ja Herr Frede nachträglich den Antrag wieder einreichen. (Widerspruch.)

**Vorsigender:** Bei dieser Sachlage möchte ich wirklich raten, jetzt einen Schlußantrag nicht zu stellen, sondern die Debatte weitergehen zu lassen. Nachdem die Herren, die noch auf der Rednerliste stehen, sich geäußert haben, wird schließlich entweder der Antrag der Finanzkommission oder der des Herrn Frede angenommen werden. Ich bitte, den Herren, die sich noch zum Wort gemeldet haben, das Wort nicht abzuschneiden; das Material ist noch nicht erschöpft.

Stadtv. **Ribbentrop** zieht seinen Antrag zurück.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich möchte nicht, daß geglaubt würde, die Sache wäre von der Finanzkommission nicht ebenso ernst aufgefaßt wie jede andere, um so mehr, weil der vorhergehende Punkt die Beschlußfassung über die Anleihe für die Stadt war. Es hieße ja unnötig Worte verlieren, wenn jemand behaupten wollte, die heutige Notlage des Geldmarktes wäre nicht vorhanden. Das ist aber nicht nur für den Grundbesitz der Fall, wie hier schon oft ausgeführt ist, sondern es geht auf jedes Geschäft von oben bis unten; sie haben heute alle ihre Last mit Beschaffung der nötigen Gelder. Bei der Beratung der Zwei-Millionen-Anleihe für die Stadt hat die Finanzkommission gesehen, wie es dem Magistrat schwer geworden ist, Gelder ohne Verlust zu bekommen, so daß das, was uns der Magistrat in dieser Beziehung vorgelegt hat, von der Finanzkommission als günstig empfohlen ist, während wir für eine Anleihe auf andere Weise viel mehr Geld würden ausgeben müssen. Wo wir uns freuen, daß diese Anleihe auf die vorgeschlagene günstige Weise erlangt werden kann, da dürfen Sie es den Herren aus der Finanzkommission nicht übelnehmen, daß wir nach den gründlichen Ausführungen, die uns in der Finanzkommission geworden sind, nach den doppelt und dreifach gründlichen Ausführungen des Magistrats zu der Ansicht gekommen sind, daß die Stadt hier nicht in der gewünschten Weise eintreten kann, daß wir nicht einfach einspringen und sagen: „Nein, wir machen das doch!“ Ich habe hier nicht als Grundbesitzer zu reden und zu handeln, sondern habe hier die Verantwortung, im Interesse der ganzen Bürgerschaft mitzureden, und in der Beziehung ist mir in der Finanzkommission klargemacht, daß wir als Vertreter der Stadt dieser Forderung der Grundbesitzer nicht nachkommen können. Schaffen Sie uns erst einmal die Unterlagen, auf denen wir Ihnen folgen können, dann werde ich der erste sein, der den Weg betritt. Wir haben hin und her überlegt, aber haben uns gesagt, es

ist nicht möglich. Es ist vom Magistrat erwähnt, daß die Beleihung, die vom Leihhaus bis zu 50 Prozent geht, von der Stadt auf 60—65 Prozent erhöht ist, die Stadt geht damit also weiter als das Leihhaus, aber der Magistrat würde im Interesse der Gesamtheit nicht darauf eingehen können, so weit zu gehen, wie der Grundbesitzerverein es vorschlägt. Wenn ich mir selbst nicht Geld genug schaffen kann, muß ich doch so vorsichtig sein, daß ich nicht mir noch Geld borge, um anderen zu helfen.

**Stadtv. Frühling:** Daß ein Notstand unter den Grundbesitzern bezüglich der zweiten Hypotheken besteht, darüber kann meiner Meinung nach kein Zweifel sein, und ich glaube, es ist auch der Wunsch bei der weitaus größten Majorität dieser Versammlung vorhanden, dem Notstande abzuhelpen. Aber die Frage, ob wir stadtseitig Geld für zweite Hypotheken beschaffen, ist eine sehr weitgehende, und man kann in der Beantwortung sehr schwankend sein. Ich möchte ja dazu sagen, daß die Stadt helfend eingreift, wenn ich weiß, wie weit sollen diese Hypotheken gehen, die seitens der Stadt hergeliehen werden sollen. Die Grenze ist schwer zu ziehen. Wird sie sehr niedrig gestellt, so glaube ich, wird das die Herren, die den Antrag gestellt haben, nicht befriedigen. Es ist aber durchaus notwendig, daß wir erst einmal wissen, um was für Hypotheken es sich handelt. Erst wenn diese Frage erledigt ist, kann man ungefähr berechnen, welches Kapital dafür erforderlich sein wird. Es muß uns klar sein, daß in dem Falle, wenn wir sagen: Wir wollen Hypotheken hergeben, jeder, der Hypotheken nötig hat, an die Stadt herantreten wird. Deshalb sage ich: Zu dieser Frage können wir uns meiner Meinung nach nur dahin äußern, daß wir konstatieren, daß der Notstand der Grundbesitzer so gut wie allgemein anerkannt ist, und daß auch der Wunsch, den Grundbesitzern zu helfen, vorhanden ist, daß wir uns aber nicht dazu entschließen können, wenigstens ich nicht, ohne weitere Angaben über die Grenze der Beleihung und der danach notwendigen Kapitalien diesen Antrag anzunehmen und der Stadt zu sagen: „Schaffe Geld!“. Diese Grundlagen könnte man zu beschaffen suchen durch die Kommission, die vorgeschlagen ist. Das will mir aber nicht der richtige Weg scheinen, und ich glaube auch nicht, daß das den Wünschen der Herren, die die Vorlage veranlaßt haben, entspricht. Es würde mehr im Interesse der Herren liegen und wohl auch eher zu einem Resultat führen, wenn die Herren selbst sich klar werden: Bis zu welcher Grenze müssen wir die Hypotheken im eigenen Interesse ausdehnen oder beschränken, damit die Sache für uns noch Wert hat. Wenn die Herren das einreichen, dann hat die Kommission die nötigen Unterlagen, um beraten zu können. Deshalb möchte ich als meine persönliche Meinung empfehlen, zu sagen: Wir erkennen die Not der Grundbesitzer in dieser Frage an, sind auch

bereit, ihnen zu helfen, wenn uns ein passender Weg gezeigt wird — wie auch Herr Mohr in seinen Ausführungen gesagt hat. Wir geben den Herren, die diese Wünsche eingebracht haben, anheim, eine Aufstellung zu machen, wie groß die Hypotheken sind, und welches Kapital von seiten der Stadt erforderlich ist. Dann sind wir bereit, auf diesen Grundlagen erneut zu beraten. Heute würde ich mich nicht zustimmend äußern können, weil eine Grenze nicht bestimmt ist.

**Vorsitzender:** Ich möchte anregen, ob die Versammlung in diesem Falle zustimmt, eine Ausnahme von § 15 der Geschäftsordnung zu machen. Herr Frede hat angedeutet, daß er die Frage in ihrem ganzen Zusammenhange vortragen möchte, aber nicht imstande wäre, das in der üblichen kurzen Zeit zu tun. Ich möchte die Frage an die Versammlung richten, ob sie damit einverstanden ist, daß wir von der Bestimmung der Geschäftsordnung ausnahmsweise absehen. (Es meldet sich die Mehrheit.)

Stadtv. **Frede:** Darf ich das so verstehen, daß ich nun einen Vortrag halten soll? Nein, meine Herren, das geht denn doch nicht; ich werde nur in der üblichen Weise antworten.

Herr Altmann hat sich über die Hauseigentümer in einer Weise geäußert, die sich vorteilhaft abhebt von der Art, wie sie in sozialdemokratischen Organen sonst üblich ist. Wenn man deren Tonart bedenkt, wo von „Blutsaugern“ und „Hausagrariern“ die Rede ist, und wo man einzelne Fälle verallgemeinert, so ist es wohl begründet, wenn von Herrn Meyerhoff Zweifel an den freundlichen Gesinnungen gegen die Hausbesitzer gehegt werden. Also ich danke Herrn Altmann, daß er uns Verächtlichkeit im gewissen Sinne widerfahren läßt.

Nun hat Herr Altmann von einer Unterstützung der Hausbesitzer gesprochen. Wir erstreben keine Unterstützung im Sinne eines Geschenke, sondern eine sichere Beleihung zu einem angemessenen Zinsfuße. Wir wollen keine sogenannte Schornsteinhypotheken von der Stadt beliehen haben, wir verlangen auch nicht, daß wir die zweiten Hypotheken mit 3 Prozent verzinsen, wie Sie das den Baugenossenschaften in ergiebiger Weise ermöglicht haben. Sodann hat Herr Altmann gesagt: Wenn dieser einen Gruppe geholfen würde, dann hätten die Fabrikanten und andere Gruppen, die auch unter der gegenwärtigen Geldlage leiden, daselbe Anrecht auf eine städtische Unterstützung. Das ist ganz falsch, und es bestätigt wieder, was ich vorhin gesagt habe: Es ist nicht die Sachkenntnis bei verschiedenen Herren vorhanden, die man für diesen Fall wünschen möchte. Wenn die Herren müßten, wie die Hausbesitzer nicht erst unter der jetzigen Geldlage, sondern seit langer Zeit unter dieser Hypothekennot zu leiden haben, dann würden sie nicht so gesprochen haben. Sie können sich darauf verlassen: Wenn die Haus-

eigentümer nur so, wie die anderen Stände unter gelegentlich schlechter Geldlage zu leiden hätten, dann würde es ihnen nicht eingefallen sein, sich mit Gesuchen an Magistrat und Stadtverordnete zu wenden. Eine solche Situation der Geldknappheit geht vorüber, sie ist kein Grund, um die öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Notlage des Haus- und Grundbesitzes basiert auf noch ganz anderen Umständen. Es ist zwar die Lage des Geldmarktes mit maßgebend, aber die ganze Gesetzgebung, die Verpfändung der Mieten, das Hypothekenrecht, alles das spricht mit. Und die steuerliche Belastung erst hat die Hausgrundstücke so in Mißkredit gebracht, daß kein Mensch mehr Grundstücke an letzter Stelle beleihen will. Kommt solche Beleihung in Frage, so wird gesagt: Wenn ich an letzter Stelle ein Grundstück beleihe, so muß ich mich mit dem Gedanken vertraut machen, das Grundstück zu übernehmen. Ist aber eine Sache diskreditiert, so leihe ich kein Geld darauf. Selbst wenn die gegenwärtige Kalamität auf dem Geldmarkte vorüber sein sollte, so bleibt die Kalamität auf dem Hypothekenmarkte noch bestehen, darauf kann sich Herr Alßmann verlassen. Infolgedessen erfordert die Eingabe doch eine andere Betrachtungsart, als sie von Herrn Alßmann beliebt ist.

Daß das Interesse der Allgemeinheit allseitig anerkannt wird, auch von seiten meiner Herren Nachbarn hier im Saale, das freut uns sehr, und daß die Notlage unumwunden anerkannt wird, wie von Herrn Frühling, ist auch sehr zu begrüßen. Herr Alßmann fragt jedoch: Wo sollen wir die Hunderte von Millionen hernehmen? Das beweist wieder die falsche Auffassung. Wir wollen keine 50 Millionen, auch keine 10 Millionen; wir wissen ganz genau, wie schlecht jetzt eine städtische Anleihe untergebracht werden kann. Wenn die Stadt Barmen eine 4prozentige Anleihe zu 93 auflegt, dann wissen wir, daß wir eine solche Einbuße unserer Vaterstadt nicht anfinnen können. Es gibt aber auch eine moralische Unterstützung, und auch die würde schon etwas helfen. Das ist das, was Frankfurt a. M. herausgetüftelt hat, allerdings nicht zur Zufriedenheit der Hauseigentümer, und ich glaube auch, daß wir weiter gehen können, als uns auf eine moralische Unterstützung zu beschränken. Ich habe von Hannover Nachricht bekommen, daß dort derselbe Widerstand, dieselbe Unlust wie hier in Braunschweig geherrscht hat, der Sache näher zu treten. Der dortige Grundbesitzerverein hat Auskunft von hier erbeten, hat sich auch an andere Städte deswegen gewandt, und neulich habe ich Nachricht bekommen, daß selbst der der Sache sehr ungünstig gesinnte Stadtdirektor Tramm dafür interessiert ist, daß nach dem Görlitzer System vorgegangen werden solle. Ich habe nach Görlitz geschrieben und erwarte von dort das Material.

Meine Herren, Sie sehen aus alledem, daß wir übertriebene Hoffnungen absolut nicht haben, daß wir aber die Überzeugung haben, daß in irgend einer Weise uns eine Hilfe zuteil werden kann, und das soll die Kommissionsberatung entscheiden. Wenn Herr Frühling in großen Grenzen wissen möchte, wie wir uns

das gedacht haben, so will ich darauf antworten, daß wir uns allerdings gedacht haben, daß eine Beleihung zwischen 60 bis 75 oder 80 Prozent vorgenommen werden könnte; so ist die Praxis in anderen Städten durchgeführt. Wir wollen durchaus keine allgemeine Hilfe haben im dem Sinne, wie verschiedentlich gesagt wurde, daß alle Hausbesitzer kommen und Mittel beanspruchen können. Wenn das der Fall wäre, dann müßte man voraussetzen, daß allen Grundbesitzern die zweiten Hypotheken gekündigt sind, und das ist doch nicht der Fall. Der Brand erstreckt sich nicht über die ganze Stadt, aber eine große Anzahl von Grundbesitzern ist in Verlegenheit, und es fällt ihnen schwer, bei Kündigung eine Wiederbeleihung zu erlangen. Ich will einmal sagen, es wäre der zehnte Teil aller Hausbesitzer, von neun Zehnteln könnten wir annehmen, daß sie nicht in dieser Lage sind. Wenn wir von diesem zehnten Teil wieder die Hälfte bestreiten könnten, dann hätten wir doch schon sehr vielen geholfen. Dabei handelt es sich aber nicht um Hunderte von Millionen.

Über die Frage: Was soll beliehen werden? würde wieder in der Kommission gesprochen werden können. Neubauten sind wohl im allgemeinen ein besseres Objekt, wenn wir aber eine soziale Maßnahme treffen wollen, müssen wir dahin streben, weniger die Häuser der Bauunternehmer, und vorwiegend die Häuser der sogenannten soliden Hausbesitzer zu beleihen. Auf die verschiedenen Systeme kann ich mich im einzelnen hier nicht einlassen, das würde stundenlang dauern.

**Stadtv. Hartung:** Ich möchte dringend bitten, dem Antrage Frede zuzustimmen. Wie Herr Frühling ausgeführt hat, ist es nicht wohl möglich, in der großen Versammlung die ganze Sache aufzurollen und die Einzelheiten auszuführen, das ist aber wohl möglich durch eine Deputation, wo die Sachen geprüft werden können und weiter Klarheit geschaffen werden kann. Ich glaube, aus persönlicher Kenntnis sagen zu können, daß der Notstand viel größer ist, als die meisten Herren hier meinen, denn ich habe durch meine Praxis manches erfahren, was der eine oder andere Herr nicht erfahren hat. Ich möchte behaupten, daß eine ganze Reihe, vielleicht Hunderte von Hausbesitzern, nur gehalten werden, weil ihre Gläubiger keine Lust haben, in ihre Stelle zu treten. Ich kann an den Fingern Fälle herzählen, in denen der Gläubiger seit drei Monaten, seit einem Jahre, seit zwei Jahren Rückstände zu fordern hat, und der Hausbesitzer nur durch seine Gnade gehalten wird. Das ist eine wirkliche Not, die ernst zu nehmen ist. Es ist nicht zu leugnen, daß die Mehrzahl der hiesigen Grundbesitzer, um nicht zu viel zu sagen, 75 Prozent Hypotheken auf ihren Häusern stehen haben. Das wäre anders, wenn man mit einer Entschuldung des Grundbesitzes hätte rechnen können. Es handelt sich dabei um einen außerordentlich großen Teil der Bevölkerung, für den die Stadt doch Interesse haben muß. Es kann der Stadt nicht gleichgültig sein, wenn

der Kleinhausbesitz immer und immer schlechter wird und die Häuser immer mehr entwertet werden.

Nun ist das, was von der Stadt verlangt wird — wie Herr Frede ausgeführt hat —, nicht ein Opfer in Mark und Pfennig, sondern sie soll ihren Kredit im Interesse der notleidenden Hausbesitzer ausnutzen. Bekümmerte Opfer soll die Stadt nicht bringen; sie würde selbstverständlich für ihre zweiten Hypotheken immer noch mehr an Zinsen bekommen, als was sie selbst zu zahlen hätte. Wenn es richtig ist — wie Herr Frühling gesagt hat —, daß der Notstand anerkannt wird und die Bereitwilligkeit vorliegt, Hilfe zu bringen, dann müßten Sie auf den Antrag des Herrn Frede eingehen; ich hoffe, daß der Weg sicher zu einem guten Ziele führen wird.

Stadtv. **Boge:** Es ist uns gesagt worden, das reichliche Material sei in der Kommission geprüft worden, aber ich habe hier nicht gehört, worin dieses Material bestanden hat, und kann deshalb darüber nicht urteilen. Es ist allseitig anerkannt, und es zeigt auch die lange Debatte, wie wichtig die Sache ist. Ich bin nicht Spezialist für den Grundbesitz, kenne auch nicht das Görlitzer System, kenne auch nicht das von Herrn Wechsel angegebene System, wie es in Westfalen mit Erfolg angewendet sein soll. Ich weiß nicht, ist dieses alles der Kommission bekannt, ist es geprüft, was spricht dafür und was dagegen. Läßt sich das alles heute noch erörtern, und welche Art der Hilfe gibt es noch? Diese wichtigen Fragen auch für die Herren, die nicht in der Finanzkommission zugegen gewesen sind, zu klären, ist es angebracht, was ich hiermit beantragen will, die ganze Sache zur nochmaligen Vorberatung an die Finanzkommission zurückzuverweisen, wenn Sie nicht wollen, daß die von Herrn Meyerhoff beantragte Kommission dazu zusammentreten soll. Dann haben die Herren Meyerhoff und Frede Zeit, das Material, welches neu ist, dorthin zu bringen; die Finanzkommission wird uns das Resultat ihrer Beratungen dann mitteilen. Vielleicht bekommen wir dann auch rechtzeitig Nachricht, welcher Art dieses Material ist. Ob wir dann nicht vielleicht zu demselben Beschluß kommen, wie heute vorauszu sehen ist, wissen wir nicht, aber dann ist doch die Sache weiter geklärt, und dessen bedarf es doch bei der großen Wichtigkeit der Frage.

Stadtv. **Pusch:** Ich muß gestehen, daß meiner Ansicht nach die Stadt bei einer solch wichtigen Frage, wie sie hier vorliegt, doch zu einem ablehnenden Resultat gelangen muß. Wer den Geldmarkt in den letzten Jahren beobachtet hat, wird zugestehen müssen, daß die Geldverhältnisse äußerst ungünstig sind. Dazu hat in erster Linie die politische Lage mitgespielt; wir haben Reichsbankdiskontsätze gehabt, wie sie seit langen Jahren nicht vorhanden waren, und haben mit 6, 7, 8 Prozent Zinsen zu rechnen gehabt. Nun ist bekanntlich für Anleihen der Stand

des Geldmarkts immer enorm wichtig. Das Privatpublikum, welches seinen Besitz zum Teil in großen Anleihen, in Hypothekenspfandbriefen und Konjols festlegte, hat trübe Erfahrungen machen müssen, daß sich infolge dieses hohen Zinsfußes große Verluste an ihren Werten gezeigt haben. Da liegt es denn nahe, wenn Gelder für Hypotheken gesucht werden, daß den Gesuchstellenden häufig große Opfer von seiten der Kapitalisten zugemutet werden, denn diese jagen sich: Wir wollen den großen Kursverlust, den wir erleiden, wieder abwälzen auf diejenigen, die Geld brauchen, mögen die dann sehen, wie sie fertig werden. Dabei sind Beträge von 5, 6, 8 Prozent und mehr zu verzeichnen. Das ist sehr bedauerlich. Zu leiden hat darunter naturgemäß auch die Hergabe von Hypotheken. Die Stadt hat bisher in fulanter Weise die Wünsche der Hausbesitzer erfüllt, indem sie Hypotheken zu 4 bis 4¼ Prozent hergab im Gegensatz zu den Hypothekenbanken, die 5¾ Prozent verlangen, abgesehen von mehrprozentigen Provisionen. Das hat aber alles seine Grenzen.

Bei der jetzigen finanziellen Lage der Stadt wüßte ich nicht, wie es für die Stadt möglich sein sollte, die Gelder zu beschaffen, die für die in Frage kommenden Maßregeln nötig sind, ohne dabei Schaden zu leiden. Es könnte doch nur in Gestalt einer Anleihe geschehen, und da würde schon angedeutet, daß kaum mehr als 93—94 Prozent geboten wird. Das können wir doch der Stadt nicht zumuten.

Ich wollte aber besonders noch darauf hinweisen, daß in letzter Zeit eine Besserung auf dem Hypothekenmarkt eingetreten ist. Ich habe in meiner Erfahrung gefunden, daß es den Leuten zum Teil wohl gelungen ist, zweite Hypotheken wieder zu beschaffen. Das Publikum gewinnt wieder Vertrauen, und die Kursverluste bei Wertpapieren sind auch eine Veranlassung dazu, daß das Kapital dem Hypothekenmarkt wieder seine Aufmerksamkeit zuwendet. Die ganze Lage des Geldmarktes hat sich gebessert, die Reichsbank hat ihren Diskontsatz herabgesetzt, und das ist ein gutes Zeichen für den Stand des Geldmarktes, so daß anzunehmen ist, daß gesündere Verhältnisse auf dem Gebiete des Hypothekenwesens eintreten.

Wenn ich mich auch dem nicht verschließe, daß es sehr angenehm wäre, wenn wir stadtseitig den Hypothekensuchenden Hilfe gewähren könnten, so ist es mir eben noch ein Rätsel, wie das bei der heutigen Lage der Verhältnisse möglich sein wird. Nichtsdestoweniger bin ich auch dafür zu haben, daß sich noch einmal eine Kommission mit der Frage befaßt; ob sie zu einem anderen Resultat kommen wird als die Finanzkommission, will ich im voraus nicht sagen.

**Vorsitzender:** Herr Voge beantragt,  
„die Sache zur nochmaligen Beratung an die Finanzkommission zurückzuweisen“.



Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Boge nur kurz bemerken, daß alles dasjenige, was Herr Boge behandelt wissen wollte, in der Finanzkommission zur Behandlung gekommen ist, nur hat ja leider der Herr Berichterstatter seinen Bericht etwas zu kurz gefaßt.

Stadtv. **Hßmann:** Herr Frede hat auf meine Ausführungen Bezug genommen und auf die vielen Einwände, die hier erhoben sind, auch Mitteilungen gemacht, durch die in dankenswerter Weise uns nun wenigstens zur Kenntnis kommt, wie weit die Herren gehen wollen. Herr Frede sagt, die Grundbesitzer wollten keine Schornsteinhypotheken haben, daß sie nur solche in der Höchstgrenze von 70 bis 80 Prozent haben wollten, daß es also sich um Leute handelt, mit denen es nicht schlecht bestellt sein muß. Nehme ich ein gewöhnliches Wohnhaus zu einem Preise von 50 000 *M* an, so würde der Besitzer 10 — 15 000 *M* sein eigen nennen müssen, wenn die Beleihung bis zu 80 Prozent gehen soll, 15 000 *M*, wenn sie bis zu 70 Prozent geht, und das nur, wenn er die Höchstgrenze ausnützen wollte.

Uns, die wir nicht mit Sang und Klang zu diesen Vorschlägen ja sagen, wird die Sachverständigkeit abgesprochen, in solchen Dingen mitreden zu können. Ich meine, es wird jeder selbst verantworten können, wie weit er Verständnis dafür hat. Ich nehme für mein Teil in Anspruch, daß ich mich um finanzielle Angelegenheiten viel bekümmern muß und weiß, wie es mit Geld geht und besteht. Wenn meine Befürchtung, daß es sich um Hunderte von Millionen handle, zurückgewiesen wurde — Herr Frede sagte, daß die Stadt höchstens 10 Millionen gebraucht —, dann muß ich wieder für mein Teil behaupten, daß Herr Frede die ganze Sachlage nicht richtig beurteilt, sonst könnte er nicht sagen, daß wir mit solchen geringen Mitteln auskommen. Wie es Herr Frede schildert, würde es nur ein Palliativmittelchen sein; nur einer ganz kleinen Gruppe von Leuten würden Sie eine Unterstützung geben können, dem Gros der notleidenden Grundbesitzer, von dem heute gesprochen ist, könnten Sie damit unter keinen Umständen helfen. Herr Frede hat mich nicht davon überzeugen können, daß es sich um das Gros der Grundbesitzer handeln könnte, sondern nur um einige wenige besser Situierte.

Wenn Herr Frede sagt, wir verlangen keine Hypotheken, die bis an den Schornstein reichen, dann möchte ich sehen, wohin sich dann die betreffenden Hausbesitzer wenden sollen, die sich heute in Notlage befinden. Herr Meyerhoff sprach von den allerärmsten der Hausbesitzer, die sich in so großer Notlage befinden. Ihnen können wir mit solchen Mitteln nicht dienen, weil die Ausgaben für die Kommune unerschwinglich sind. Es ist nicht mit Unrecht von Herrn Frede darauf hingewiesen: Wir wollen nicht, daß die Stadt solche Anleihen aufnehmen soll wie zu 92. Woher soll denn die Stadt die Mittel nehmen? Nur vom Leihhaus, von der Invalidenversicherung usw.? Diese verlangen auch, daß die Gelder stets

mündelsicher angelegt werden, also müßte die Stadt andere Garantien liefern. Woher sollen sie kommen für einen Teil des Standes, der sich nicht zu den Minderbemittelten, sondern immerhin zu den besser Situierten rechnen kann?

**Stadtv. Fröhling:** Ich wünschte von Herrn Frede nicht nur zu wissen, wie hoch die Grenze, in Prozenten ausgedrückt, gesteckt werden soll. Im Schreiben steht 70—80 Prozent, Sie haben sie auf 60 Prozent heruntergesetzt. Meine Meinung war eine genau festgezogene Grenze, und ich wollte auch, daß die Herren die Beschränkungen berücksichtigen, die bei derartigen Beleihungen von allen Städten auferlegt sind. Düsseldorf beleihet nur bis zu einem Höchstwert von 50 000 *M* und nur Kleinwohnungen, Köln-Neuß beleihet nur bis 50 000 *M* und nur bei Neubauten, Bielefeld nur bis 30 000 *M* und nur für Kleinwohnungen, Lützencheid Häuser mit Kleinwohnungen, München-Gladbach nur bis 40 000 *M*, Trier nur bis 50 000 *M*, Eschweiler nur bis 30 000 *M*. In anderen Städten wird Solidarität der Grundbesitzer verlangt. Es ist ungeheuer wertvoll, daß die Herren sich erst einmal unter sich klar werden, ob sie derartige Beschränkungen annehmen können, und wie weit sie damit gehen wollen. Deshalb wollte ich nicht nur eine allgemeine Grenze festgesetzt wissen, sondern auch, welche Beschränkungen Sie hier in Braunschweig für zulässig halten, um doch die Zwecke, die Sie erreichen wollen, zu sichern. Das muß doch erst von den Herren weiter vorberaten werden, bevor das in der Kommission weiter beraten wird.

**Stadtv. Munte:** Daß allgemein der Frage der Beschaffung zweiter Hypotheken große Wichtigkeit beigelegt wird, geht aus der langen Debatte hervor. Die lange Debatte ist aber auch aus dem Umstände hervorgegangen, daß der Haus- und Grundbesitzerverein nicht genügendes Material beschafft und seinen Standpunkt nicht genau präzisiert hat. Wenn der Vorwurf an den Magistrat gerichtet wird, daß er die Sache verzögert habe, so möchte ich umgekehrt sagen: Sie haben so lange gezögert, uns die nötigen Unterlagen zu geben, und ich möchte Ihnen den Rat geben, sie recht bald zu beschaffen.

Ich muß nochmals hervorheben, daß wir uns gestern eingehend darüber unterhalten haben, wie dem Notstande abzuhelpen ist, und wir sind dabei zu geradezu ungeheuerlichen Sachen gekommen. Wenn wir nicht wollen, daß nur einer kleinen Gruppe geholfen werden soll, die mit der Grundbesitzerbank in Verbindung steht, dann weiß ich nicht, woher die Mittel genommen werden sollen. Herr Frede meinte, es handle sich nicht darum, große Summen herbeizuschaffen, es wäre vielleicht nur ein Zehntel der Hausbesitzer, die in Frage kommen. Gleich hinterher sagt Herr Hartung: Aus meiner Praxis weiß ich, daß eine große Zahl Gläubiger nur deshalb nicht kündigt, weil sie ihr Geld doch nicht bekommen würden.

Da muß man annehmen: Wenn wir anfangen, zweite Hypotheken auszugeben, kündigen die meisten Gläubiger und weisen die Leute an die Stadt, indem sie sagen: Von mir könnt ihr das Geld zu 4½ Prozent nicht bekommen. Das würde ins Uferlose gehen. Wir haben die Sache in der Kommission sehr ernst genommen. Sie können überzeugt sein, daß mir jeder Stand, der Not hat, am Herzen liegt, und daß ich sehr gern hilfsbedürftig bin (Seiterkeit), daß ich sehr gern hilfsbereit bin. Ja, ich möchte auch eine zweite Hypothek haben und kann sie auch nicht bekommen.

Herr Frede will keine 50 Millionen Mark haben und meint, es genüge, wenn nur erst einmal 10 Millionen bewilligt werden. Schließlich ist er bei der moralischen Unterstützung durch die Stadt stehen geblieben. Was soll ich mir unter moralischer Unterstützung durch die Stadt denken? Müßte die Stadt dabei eine Garantie übernehmen? Dann müßten der Stadt weitgehende Rechte eingeräumt werden. Sie müßte einen Beamten anstellen, der fortgesetzt nachschaute, ob alles Nötige repariert wird und die Häuser in gutem Zustande erhalten bleiben. Sie wissen, daß auch Häuser subhastiert werden, wo sogar der erste Gläubiger hängen bleibt. Ob die Stadt sich gut dabei stände, wenn sie die Häuser übernehmen müßte, indem sie höhere Mieten herausbekäme, als sie selbst Zinsen bezahlen würde, das können Sie nicht sagen.

Ich möchte den geehrten Herren empfehlen, den Vorschlag der Finanzkommission heute anzunehmen. Es kann dem Grundbesitz ja überlassen bleiben, mit neuen Anträgen zu kommen. Wenn Sie heute die neue Kommission wählen, so wird das nur ein ehrenvolles Begräbnis des Antrages in der Kommission. Von Görlitz hat man kein Material erhalten können und von anderen Städten weiß man auch nichts. Verschaffen Sie uns doch erst einmal Material, und wenn dann eine Kommission gewählt wird mit Herrn Meyerhoff und Herrn Frede darin, dann wird der Antrag wohl in der Kommission angenommen werden. Darauf mögen sie damit wieder vor das Plenum kommen.

**Stadtv. Mohr:** Herr Munte hat die Finanzkommission schon durch seine Rede in Schutz genommen. Es ist dort tatsächlich ernst gearbeitet, und darnach sind wir zu dem Entschluß gekommen, wie ihn das kurze Referat andeutet. Deshalb kann ich mich nicht für den Antrag Boge begeistern, nach dem die Sache noch einmal an die Finanzkommission zurückgelangt. Sie würden tatsächlich, wie ich glaube, daselbe erleben, was Sie jetzt erlebt haben; wir würden kaum unsere Meinung ändern, Sie müßten uns sonst ganz ausgezeichnetes Material liefern, bei dem wir uns sagen: „Wir können es wagen, dabei riskiert die Stadt nichts.“ Ich möchte deshalb bitten: „Weisen Sie die Sache nicht an die Finanzkommission zurück,“ und ich glaube, ich spreche damit im Namen aller meiner Kollegen aus der Finanzkommission. Wenn Sie heute nicht fest beschließen wollen, die Sache abzu-

lehnen, was ich empfehlen möchte, und vielleicht, wie Herr Munte andeutete, einen neuen Vorschlag des Grundbesitzervereins abwarten wollen, sobald er neues Material hat, so würde ich allenfalls dem Antrage des Herrn Frede den Vorzug geben. Vor allem aber möchte ich bitten, den Antrag nicht wieder der Finanzkommission zu unterbreiten.

**Stadtv. Hartung:** Es ist hier angedeutet, daß der Grundbesitzerverein besser getan hätte, wenn er mit festen Anträgen gekommen wäre. Die Sache liegt so: Der Antrag an den Magistrat datiert über Jahresfrist zurück, und der Grundbesitzerverein hat nicht seine eigenen Interessen wahrgenommen, sondern die Interessen der Gesamtheit der Grundbesitzer, die nicht alle und auch nicht einmal in ihrer Majorität im Grundbesitzerverein sind. Man kann dem Grundbesitzerverein auch nicht den Vorwurf machen, daß er nur sagt: „Wir halten uns für verpflichtet, den Magistrat auf diesen Notstand aufmerksam zu machen, und überlassen es der Exekutivbehörde, die dafür jedenfalls einen besseren und weiteren Blick haben mag als der private Hausbesitzer — weiter ist der Grundbesitzerverein nichts als ein Verband dieser Hausbesitzer — welchen Weg sie für angemessen hält.“ Jetzt ist dadurch, daß der Magistrat sich nicht geäußert hat, sondern seinerseits an die Stadtverordneten geht, damit sie ihr Gutachten abgeben, die Sache hier zur Sprache gekommen, ohne daß der Grundbesitzerverein in der Lage war, neue Vorschläge zu machen. Wenn Sie den Antrag Frede ablehnen und einfach nach dem Antrage der Finanzkommission beschließen und sagen: „Nun ist der Grundbesitzerverein in der Lage, mit neuen Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung zu kommen“, so frage ich: Was soll dadurch gewonnen werden? Das Material, was zu beschaffen ist, wird behandelt werden, ob ein neuer Antrag eingeht oder nicht; auf den Antrag allein wird es nicht ankommen, sondern auf die Begründung. So würde mit einem neuen Antrage dasselbe herauskommen, was heute schon da ist. Die Not ist wirklich so groß, daß, nachdem ein Jahr darüber hinweggegangen ist, ohne daß ein Schritt geschehen ist, es richtiger sein würde, jetzt mit der Sache Schluß zu machen durch Einsetzung einer Kommission. Was zu schaffen ist, das wird von der Kommission geschaffen werden, und ich möchte die persönliche Bitte aussprechen, dabei sämtlichen Herren aus der Versammlung Gelegenheit zu geben, bei der Beratung zugegen zu sein, damit diejenigen, die Interesse für die Angelegenheit haben, das, was sich in der öffentlichen Versammlung nicht in der Breite verhandeln läßt, zu hören.

Vom **Vorsitzenden** wird auf Wunsch der Mehrheit der Versammlung Herrn Stadtv. Meyerhoff noch einmal das Wort erteilt.

**Stadtv. Meyerhoff:** Herr Mohr weiß nicht, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Das ist es ja gerade, was wir zu erreichen wünschen. Wenn wir das genau wüßten, dann könnten wir es ganz allein heben.

Herr Alßmann hat angegeben — und gerade das ist für mich von Bedeutung —: „Wenn jemand ein Haus hat zu 50 000 M., und er hat daran bis zu 80 Prozent Hypotheken, so ist das ein vermögender Mann.“ Ja, Herr Alßmann, er ist nicht arm, aber er kann durch einen Zug arm werden. So liegt die Frage! Wenn jemand sein Grundstück bis an den Schornstein mit Hypotheken beschwert hat, dem wird auch das Grundstück nicht genommen, weil sich der Gläubiger sagt: Ich bleibe selber hängen. Aber diejenigen, die noch etwas besitzen, die werden gezwungen, neue Hypotheken aufzunehmen, und da kann ein solcher Zug dem Manne schwere Opfer auferlegen, er kann um das kommen, was er sich gespart hat. Sie haben unter Ihren Freunden eine ganze Menge Leute, die mit geringen Mitteln sich Häuser erworben haben. Wenn einem solchen Manne eine zweite Hypothek gekündigt wird, dann hat er seine Ersparnisse von einem Menschenalter verloren. Die Leute wollen wir alle schützen.

Es sind auch Äußerungen gefallen, ich glaube, von Herrn Munte, von der Grundbesitzerbank. Was hat der Antrag mit der Grundbesitzerbank zu tun, sie ist nicht mit dem Antrage an Sie herangeretreten, und ich bin nicht Vorsitzender der Grundbesitzerbank. Sie haben noch nicht gehört, daß die Grundbesitzerbank etwas gefordert hat, sie hat nur in solchen Fällen Hilfe geleistet, soweit sie konnte. In anderen Städten hat der Grundbesitzerverein aus der Zahl seiner Mitglieder eine Genossenschaft gebildet, die der Stadt eine Garantie geboten hat, und so gibt es unendlich viele Wege, um dem Grundbesitz beizuspringen. Die sind heute nicht zu erörtern, das wäre nicht möglich.

Es wird auch gesagt: Was ist mit einer moralischen Unterstützung gedient? Die moralische Unterstützung beruht darin, daß sich die Herleiher sagen: Wenn die Stadt unter den und den Umständen Gelder darleiht, dann kannst du es auch tun. Das soll die moralische Wirkung der städtischen Hilfe sein.

Nun kommt wieder die unglückliche Frage: Kann die Stadt das Geld anschaffen? Verlangen wir denn ein Geschenk von der Stadt? Es ist selbstverständlich eine Verwaltung der Ausleiherung nötig, und so viel muß davon übrigbleiben, daß die Verwaltung davon bezahlt werden kann. Es ist die Verzinsung nötig; die muß natürlich stattfinden. Es sind einzelne Städte, die rechnen bei diesem ganzen Experiment damit,  $\frac{1}{4}$  Prozent zu verdienen. Auch das würde ich der Stadt von ganzem Herzen gönnen, wenn nur damit die Kalamität aus der Welt geschafft würde.

Die Frage ist so wichtig und vielseitig, daß ich doch bitte, den Antrag Frede anzunehmen. Die Finanzkommission sträubt sich, ich begreife das: Sie hat schon

einmal eine Stunde lang daran gearbeitet und soll nun wieder daran! Ich meine, wählen Sie eine gemischte Kommission und lehnen Sie eine Beschlußfassung für heute ab. Geben Sie Gelegenheit, daß alles, was gewünscht wird, zutage tritt. Was an mir und dem Grundbesitzerverein liegt, so sollen Sie alles, alles Material bekommen, was wir in dieser Frage aufreiben können. Dann beraten Sie, und kommen Sie dann wieder zu einer Ablehnung des Antrages, denn werden wir uns fügen.

Stadtv. **Schmidt:** Es ist heute davon gesprochen, daß viel Material da sei, daß alles aufgebracht sei, was notwendig ist. Dann wird gesagt: Daß die Finanzkommission zu diesem Ergebnis gekommen ist, wird darauf beruhen, daß ihr nicht genügend Aufklärung gegeben werden konnte. Das ist beides für mich nicht entscheidend. Für mich ist entscheidend: Wir sehen keinen Weg, der gangbar erscheint, so daß die Stadt dieses Risiko übernehmen und die Aufbringung der Mittel vornehmen kann. Das haben Sie auch aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters gehört.

Ich habe nun die Statuten von Görlitz hier, von Weißensee und von einer ganzen Reihe anderer Städte. Wenn ich darauf eingehen wollte, dann würde das lange dauern. Besonders das Statut von Görlitz ist sehr umfangreich und so verknäult — erst einmal die Bezeichnung der Anstalt, dann Zweck, Verwaltung, Herleihung der Gelder usw. — das ist ein sehr schwieriges Problem, das nicht in Bausch und Bogen zu lösen ist. Das System in Braunschweig einzuführen, wie es in Görlitz und Weißensee geschehen ist, dazu fehlen hier in Braunschweig die Vorbedingungen für die Kommune.

Herr Meyerhoff hat vorhin geantwortet, wir müßten doch zugeben, daß auch ein Teil von unseren Freunden unter den Grundbesitzern wäre, denen es schwer wird, ihr Grundstück zu halten, da ihnen die Erlangung zweiter Hypotheken nicht möglich sei. Er hat angedeutet, daß er Hunderte von solchen Unterschriften hat. Es wäre vielleicht eine zweckmäßige Vorlage gewesen, wenn der Grundbesitzerverein einigermaßen uns hätte sagen können: So groß würde die Summe derer sein, die sofort von der Hilfe der Stadt Gebrauch machen. Aber über den Umfang der nötigen Hilfe ist weder von der einen, noch von der anderen Seite etwas verlautet. Nur Herr Frede meint, wir brauchten keine 10 Millionen, sondern nur 5 Millionen. Herr Munte deutet darauf hin, wie Herr Hartung eingefügt habe, ein großer Prozentsatz der Hausbesitzer sei in solcher üblen Lage. Es ist tatsächlich eine große Zahl, die Anspruch erheben werden. Wenn die Stadt die Verpflichtung übernimmt, den Bürgern zu spielen oder das Geld selbst zu beschaffen und auszuleihen, dann meine ich, daß auch die Allgemeinheit, fast alle, die Anspruch

darauf erheben, ein Recht dazu haben. Und das scheint uns zu weitgehend, um das von seiten der Stadt durchführen zu können.

Wenn eine Kommission eingesetzt würde, so könnte das nur den Zweck haben, die Finanzkommission zu bearbeiten und breit zu schlagen. Die anderen Fragen wären leichter zu lösen als die: Wie ist die Stadt in der Lage, das Risiko zu übernehmen? Wenn die Sache so liegt, wie Herr Hartung angedeutet hat, daß die Hypothekengläubiger nur deshalb nicht drängen, weil sie sonst in den Besitz des Hauses kämen, dann würde es demnächst die Stadt sein, die die Häuser übernehmen müßte. Auf der anderen Seite hört man, daß die Stadt nicht gern daranginge, eine größere Zahl von Häusern in eigene Regie zu nehmen, während wir durch dieses System die Stadt hierzu zwingen würden. Wenn die Finanzkommission sich eingehend mit den Projekten beschäftigt hat, so ist ihrem Urteil, daß kein Weg möglich ist, um dem Antrage zu genügen, zuzustimmen, und so scheint es uns richtig, es erst einmal mit Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Entscheidung genügen zu lassen.

**Stadtv. Lange** (Schlußwort als Berichterstatter): Die Arbeit der Finanzkommission ist von verschiedenen Seiten in schärfster Weise angegriffen worden. Diese Angriffe sind aber schon ebenso nachdrücklich durch verschiedene Herren aus der Finanzkommission widerlegt worden. Auch meinerseits weise ich die Angriffe und vor allen Dingen das Mißtrauensvotum gegen die Finanzkommission nachdrücklich zurück. Es ist in der gründlichsten Weise diese Frage ernst behandelt, nicht nur in der Kommission, sondern auch schon, bevor die Kommissionsmitglieder zusammengetreten sind. Es hat für diese Bearbeitung ein reiches Material zur Verfügung gestanden. Es ist unmöglich, jedem der Herren dieses Material zur Verfügung zu stellen. Ich möchte besonders das Material des Stadtrat und Stadtkämmerer Dr. Erdmann in Königsberg erwähnen, welches mit unendlich viel Mühe und Fleiß gesammelt wurde. Herr Frühling hat bereits einiges aus diesem Material mitgeteilt. Dasselbe ist besonders dadurch wertvoll, daß die Beschränkungen bezüglich der hypothekarischen Beleihung des Pfandgrundstücks betont sind. Diese Beschränkungen bestehen allgemein bei sämtlichen Städten, die zweite Hypotheken herleihen. Die allerschärfste darunter dürfte wohl die sein, daß die Hausbesitzer solidarisch haften. Ich glaube kaum, daß der Grundbesitzerverein mit solchen Einschränkungen einverstanden sein würde. Das Einzelne des Dr. Erdmannschen Materials kann ich hier nicht wiederholen, das würde zu weit gehen. Bearbeitet ist in der Finanzkommission gründlich und mit dem Erfolg, daß ich in die Lage versetzt wurde, als Referent der Kommission Ihnen die in meinem kurzen Referat vorgeschlagene Resolution zur Annahme zu empfehlen.

Nur auf eins möchte ich noch zurückkommen. Herr Meyerhoff sagte, in der Versammlung sei die Grundbesitzerbank erwähnt worden, das sei aber von seiten des Haus- und Grundbesitzervereins nicht geschehen. Mit Bezug hierauf möchte ich darauf hinweisen, daß in Punkt 1 des Antrages die Vermittlung der Grundbesitzerbank in Vorschlag gebracht ist. Diese Haus- und Grundbesitzerbank, E. G. m. b. H., bezeichnet sich in der Braunschweigischen Hausbesitzerzeitung Nr. 12 auf Seite 123 folgendermaßen: „Die Grundbesitzerbank, E. G. m. b. H., ist eine Schöpfung des Haus- und Grundbesitzervereins und gewissermaßen ein Denkmal für den Gemein-sinn der hiesigen Haus- und Grundbesitzer. Sie ist ins Leben gerufen zu dem Zwecke, durch Hypothekenkündigung, bauliche Anforderungen und dergleichen in Not geratene Hausbesitzer zu stützen. Dieser Aufgabe ist sie in vielen Fällen gerecht geworden. Bekanntlich versagen die Großbanken bei solchen Gelegenheiten gar oft. Das Institut, welches im Herbst 1910 seinen Betrieb in bescheidener Weise aufnahm, hatte im ersten Halbjahre 1913 (vom 1. Januar bis 30. Juni) einen Umsatz von über 6 Millionen.“

Hierzu möchte ich mir erlauben, zu bemerken: Entweder ist die Grundbesitzerbank den Hypothekenanforderungen in ihrem Betriebe gerecht geworden, dann ist es überflüssig, die Hilfe der Stadt anzurufen, oder sie ist es nicht, dann liegt um so weniger Veranlassung vor, die Bank zu stützen, und würde alle Sorgfalt anzuwenden sein durch Nachprüfung ihrer Statuten und ihrer Geschäftsabschlüsse, falls man ihre Vermittlung annehmen sollte.

Ich möchte den Herren nochmals empfehlen, dem Beschluß der Finanzkommission zuzustimmen, und den Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins abzulehnen.

**Vorsigender:** Es liegen folgende einzelne Anträge vor:

Erstens der Antrag der Kommission, dann die beiden Anträge Frede und Voge. Da scheint mir der Antrag der Kommission der weitestgehende zu sein; falls dieser abgelehnt wird, würde der Antrag Voge und an dritter Stelle der Antrag Frede zur Abstimmung kommen.

Stadtv. Dr. **Voge:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich erklärt habe, mein Antrag sollte ein Eventualantrag sein, falls der Antrag Frede abgelehnt würde.

**Vorsigender:** Ich sehe kein Hindernis, dem Wunsche des Herrn Voge zu entsprechen.



Herr Meyerhoff hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich nehme an, daß die namentliche Abstimmung im Sinne der Versammlung ist, und bitte diejenigen Herren, sich zu melden, die für namentliche Abstimmung sind. (Es melden sich 9 Herren.)

Der Kommissionsantrag kommt zur Abstimmung. Es entscheiden sich für diesen 22 Stadtverordnete: die Herren Fricke, Weichsel, Mohr, Schön, Munte, Loeschigt, Eckhardt, Helle, Dr. Henking, Steinbrecher, Kiefe, Altmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Brenner, Schulze, Schmidt, Lauer, Lange.

Dagegen stimmen 13 Stadtverordnete: die Herren Gundermann, Göcke, Meyerhoff, Busch, Dr. Kleinfnecht, Rasche, Dr. Boge, Sander, Hartung, Frede, Diedmann, Ribbentrop, Frühling.

Damit ist der Kommissionsantrag (i. S. 694) angenommen.

Stadtv. **Meyerhoff** (persönliche Bemerkung): Entweder hat mich Herr Lange nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Ich habe gesagt, von Seiten der Grundbesitzerbank sei keine Anforderung gekommen. Daß wir auf unsere Schöpfung hingewiesen haben, das beweist gerade, daß wir der Stadt haben zeigen wollen, wie Hilfe möglich ist, und daß wir in kleinem Rahmen schon Hilfe leisten.

**Vorsitzender:** Es sind eine Anzahl Anträge eingegangen. Zunächst ein genügend unterstützter Antrag des Herrn **Brenner**:

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Magistrat ersuchen, alsbald bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Stadt Braunschweig die Errichtung einer städtischen Sparkasse ermöglicht wird.“

Sodann ein zweiter Antrag des Herrn **Brenner**, ebenfalls genügend unterstützt:

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ihr demnächst eine Vorlage betreffend die Errichtung einer städtischen Sparkasse vorzulegen.“

Weiter ein Antrag des Herrn **Schulze**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Teil der Elmstraße von der Salzdhumerstraße bis zum Friedrichsplatz auszubauen zu lassen.“

Schließlich eine Anfrage des Herrn Schmid:

„Sind dem Magistrat die schlechten Zustände der Pflasterung an den Übergängen und Weichenstellen der Straßeneisenbahn bekannt, und wie gedenkt er letztere zu zwingen, daß die jetzt zutage tretenden Zustände beseitigt werden?“

Falls noch Zeit ist, werden die Herren, die Anträge und Anfragen gestellt haben, nach Schluß der Tagesordnung das Wort zur Begründung erhalten.

## 5. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung des Maulkorbzwangs für Hunde.

Stadtv. Dr. **Voge**: Herr Diekmann hat beantragt: „Die geehrten Herren wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Maulkorbzwang für Hunde aufzuheben, und des weiteren das Verbot aufzuheben, daß Hunde an den Markttagen auf öffentlichen Straßen frei umherlaufen.“

In der Statutenkommission ist uns vom Magistrat mitgeteilt, daß an der durch den Antrag betroffenen Stelle der Straßenpolizeiordnung wie auch in mehreren anderen Paragraphen eine Änderung demnächst bevorstehe, und mit Rücksicht darauf hat sich der Antragsteller damit einverstanden erklärt, daß — wie von der Kommission vorgeschlagen wird — die Beratung über diesen Punkt zurückgestellt werden soll.

Ich bemerke, daß auch ein Gesuch des Dobbermann-Bintzcher-Vereins eingegangen ist, das wünscht, der Maulkorbzwang für diese Hunde möge aufgehoben werden. Die Kommission hat bezüglich dieses Gesuchs aus demselben Grunde, wie eben erwähnt, vorgeschlagen, einstweilen nicht in die Beratung einzutreten.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Statutenkommission zu.

**Vorsitzender**: Herr **F r e d e** hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine bessere Beleuchtung der Sophienstraße anzuordnen.“

Der Antrag ist genügend unterstützt.

## 6. Antrag Henking auf bessere Beleuchtung des Weges unter dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum.

Stadtv. **Loeschigt**: Herr Stadtv. Henking hat den Antrag gestellt: „Der Stadtmagistrat wolle veranlassen, daß der elektrische Beleuchtungskörper in dem Verbindungsbogen zwischen städtischem Archiv und Museum erneuert, bezw. durch eine stärkere Metalldrahtlampe ersetzt wird.“ Meine Herren, der Antrag ist in der

Finanzkommission geprüft, und sie gibt Ihnen anheim, zu beschließen, den Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung zu überweisen.

Bei der Gelegenheit möchte ich den geehrten Herren in Erinnerung bringen, daß von der Versammlung beschlossen worden ist, daß solche Kleinigkeiten, die einzelne Laternen und, wie hier, nur die Auswechselung einer Birne betreffen, direkt den einzelnen Dezernenten von den geehrten Herren überwiesen werden möchten.

Ich bitte Sie, sich dem Antrage der Kommission anzuschließen.

**Stadtv. Stegmann:** Ich bin selbstverständlich nicht dagegen, daß die Birne ausgewechselt werden soll, und bedauere nur, daß man nicht noch etwas weitergegangen ist und beantragt hat, daß der ganze Platz besser beleuchtet wird. Die Beleuchtung des Platzes, von dem etwa sechs Straßen ausgehen, entspricht dem Verkehr nicht. Ich möchte bei der Gelegenheit den Wunsch an den Magistrat richten — bei der allgemeinen Überschwemmung mit Anträgen auf bessere Beleuchtung will ich von Stellung eines Antrages absehen — auch diesem Wunsche Rechnung zu tragen und bei Errichtung der Bedürfnisanstalt am Magnitore, wenn möglich, Preßgasbeleuchtung auf dem Place einzurichten. Vor allen Dingen möchte ich wünschen, daß die Haltestelle der Straßenbahn am Sandweg besser beleuchtet würde. Es ist dort so dunkel, daß man nicht einmal das Schild der Straßenbahn erkennen kann.

Der Antrag Henking wird dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung überwiesen.

## 7. Antrag Hartung auf bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallerseleberstraße und der Straße Am Fallerselebertor mit dem Theaterwall.

**Stadtv. Munte:** Das ist der vierte Lichtpunkt der heutigen Tagesordnung. Herr Hartung beantragt: „Den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine bessere Beleuchtung der Kreuzung der Fallerseleberstraße und der Straße Am Fallerselebertor mit dem Theaterwall ins Werk zu setzen.“ Es sind an der Stelle einige unangenehme Hindernisse für die Beleuchtung der Kreuzung der genannten Straßen: Eine Anschlagsäule, eine Trinkbude und noch ein Baum. Die Finanzkommission, die sich über den Antrag unterhalten hat, muß dem Herrn Antragsteller recht geben und hat auch den Beschluß gefaßt, den Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung zu empfehlen. Ich bitte Sie freundlichst, so zu beschließen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Finanzkommission.

**Vorsigender:** Eingegangen ist ein Antrag des Herrn **Weichsel:**

„Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage über Ausbau der Straße An der Katharinenkirche vorzulegen.“

### 8. Aufnahme einer Klage wegen Entschädigung für einen Unfall auf einem städtischen Grundstücke.

**Stadtv. Weichsel:** Ein Kind, das die Schule am Sandweg besucht, hat einen Unfall dadurch erlitten, daß es auf den Sockel des Gitters, welches das Schulgrundstück nach der Straße abgrenzt, gestiegen und ausgeglitten ist, wobei eine Spitze des Stakets das Kind am Hals verletzt hat. Der Vater des Kindes fordert als gesetzlicher Vertreter einen Betrag von 2000 *M.*, und zwar erstens Ersatz der Kurkosten und Schmerzensgeld im Betrage von 272 *M.*, sodann eine Entschädigung für sonstige Nachteile mit 1728 *M.* Der Magistrat beantragt, ihn zur Aufnahme des wegen der Forderung eingeleiteten Prozesses zu ermächtigen. Die Statutenkommission hat die Sache beraten und ist der Ansicht, daß der Magistrat deshalb nicht für irgendwelche Schäden haftet, weil eine mißbräuchliche Benutzung des Stakets vorliegt. Die Kinder sind nach Auskunft der Schulverwaltung mehrfach gewarnt, auf das Gitter zu klettern, mußten auch selber wissen, daß es nicht dazu hergerichtet ist. Die Statutenkommission glaubt deshalb, daß der Anspruch zu Unrecht erhoben ist, und gibt anheim, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen.

**Stadtv. Frühling:** Ich will nicht gegen Aufnahme des Prozesses sprechen, möchte aber darauf hinweisen, daß es wirklich wünschenswert ist, daß derartige gefährliche Spitzen eines Stakets entfernt werden. Zur Sicherheit dienen sie nicht, denn wer in übler Absicht darüberklettern will, den hindern sie nicht. Sie geben nur Anlaß zu unangenehmen Verletzungen. Ich gebe zur Erwägung anheim, derartige Spitzen zu entfernen oder unschädlich zu machen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich möchte den Magistrat fragen, ob es möglich wäre, daß der Magistrat publik macht, daß bei derartigen leichten Verletzungen, wo für die Kinder bis zu 20 *M.* Arzthonorar bezahlt werden muß, der Magistrat in den meisten Fällen die Kosten übernimmt. Verschiedene arme Eltern sind in solchen Fällen zu mir gekommen, und das eingereichte Gesuch ist in den meisten Fällen vom Magistrat bewilligt. Mir ist aus der letzten Zeit ein Fall erinnerlich, der bei den Ausflügen nach dem Lechlumer Holz vorgekommen ist, wo ein Kind das andere getragen hat, und bei dem wegen einer Verletzung 22 *M.* Arztkosten bezahlt werden mußten. Der Lehrer sagte: „Ich habe die Kinder unter Aufsicht gehalten und kann für den Unfall nicht verantwortlich gemacht werden.“ Es ist richtig, daß der Lehrer

bei so vielen Kindern nicht hinter jedem einzelnen stehen kann. Da nun aber der Magistrat die Kosten meistens ersetzt, so würde es doch einfacher sein, wenn die Lehrer angewiesen würden, bei Unfällen auf dem Schulhofe, die unter ihrer Aufsicht stattfinden, ein Protokoll aufzunehmen und, wenn kein Verschulden vorliegt, den Ersatz der Kosten beim Magistrat zu befürworten. Dann brauchten die Eltern nicht erst von Pontius nach Pilatus zu laufen.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Der Magistrat hat, soweit mir bekannt, noch in keinem Falle betreffs der Übernahme der Kosten sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt, soweit es sich um Unfälle handelt, die in den Schulen bei Kindern vorgekommen sind, deren Eltern unvermögend sind. Wir haben zwar regelmäßig gesagt: „Eine Verpflichtung der Stadt können wir nicht anerkennen,“ aber gleichwohl sind wir den Eltern entgegengekommen und haben die Kurkosten usw. bezahlt. In diesem Falle war uns das leider nicht möglich, weil kein Antrag uns unterbreitet ist. Der Vertreter des Kindes ist sofort zum Anwalt gegangen und hat durch diesen die Stadt auffordern lassen, seinen Anspruch anzuerkennen, widrigenfalls Klage erhoben würde. Darauf glaubte der Magistrat nicht eingehen zu können, zumal es sich um eine hohe Forderung handelte, die dahin geht, daß dem Kinde Ersatz geleistet wird dafür, daß ihm durch die Verletzung die Aussicht auf Verheiratung erschwert würde usw. Das geht denn doch zu weit!

Wenn Herr Steinbrecher meint, daß es richtiger wäre, in Zukunft durch die Lehrer ein Protokoll aufnehmen zu lassen, so weiß ich nicht, wie er sich das denkt. Sollen etwa die Aussagen des Kindes protokolliert werden? Das hat doch keine Bedeutung. Der Lehrer muß vor allem den Fall melden, und er muß von dem Schulinspektor zu den Akten gebracht werden, damit, wenn Anfragen kommen, darüber Auskunft erteilt werden kann. Ich bemerke zu dem vorliegenden Fall noch: Nachdem die Herren Anwälte, die diese Klage zu führen beauftragt sind, zunächst beim Magistrat angefragt hatten, ob der Magistrat die Forderung anerkennt, haben wir in unserem Rückschreiben geantwortet, daß wir in ähnlichen Fällen regelmäßig die Kurkosten bezahlt hätten und auch in diesem Falle geneigt wären, die Forderung wohlwollend zu prüfen, wenn aber der Stadt eine Klage drohte, die Möglichkeit, diesen Weg zu beschreiten, uns versperrt wäre.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich habe schon ausgeführt, daß in den meisten Fällen, die mir zu Ohren gekommen sind, der Magistrat die Bezahlung der Kosten bewilligt hat. Bei dem Falle, den ich im Auge habe, liegt die Sache so: Es ist ein Unfall passiert, und da die Lehrer haftpflichtig sind, geht die betreffende Mutter zum Lehrer. Der antwortet ihr: „Ich zahle nicht, denn ich habe keine Schuld; der Junge hat Unfinn gemacht.“ Ich glaube, es waren 17  $\mathcal{M}$  Kurkosten zu bezahlen.

Als die Frau zu mir kommt und mich um meine Beihilfe ersucht, sage ich ihr: „Das kann ich nicht ohne weiteres tun; ich muß tatsächliche Unterlagen bringen, es müssen doch mehrere Kinder bei dem Unfall gewesen sein.“ Nachdem die Frau wieder zum Lehrer gewesen ist, berichtet sie: „Der Lehrer hat mir gesagt, der Magistrat bezahlt das nicht. Ich verlaufe ja mehr Zeit, als die Sache wert ist. Dann gehe ich lieber zum Armenpfleger.“ Ich meine also mit dem Protokoll, daß die Kinder, die den Unfall bemerkt haben, sofort vernommen werden, und daß alle in Betracht kommenden Aussagen aufgenommen werden. Wenn die Nachfrage an den Schulinspektor kommt, muß die Umfrage, wie sich der Fall zugetragen hat, doch an die Kinder gehen. Es wäre auch schon viel gebessert, wenn die Herren Lehrer darauf hingewiesen würden, nicht den armen Eltern zu sagen: „Der Magistrat hat keine Verpflichtung zu zahlen,“ sondern daß sie sagen: „Ich werde das beim Magistrat befürworten, der Magistrat bezahlt in solchen Fällen immer.“ Dann brauchen sich arme Eltern nicht zu ängstigen, daß der Gerichtsvollzieher ihnen ins Haus kommt.

Der Aufnahme der Klage wird zugestimmt.

## 9. Stadtseitige Aufnahme von Anleihen.

Am 1. April 1913 betrug der Fehlbetrag

|                                             |                 |
|---------------------------------------------|-----------------|
| a) beim Extraordinarium der Rammereikasse . | 1 047 172,— M,  |
| b) beim Neubaufonds der Kanalbaukasse . . . | 511 334,14 M,   |
|                                             | <hr/>           |
| zusammen:                                   | 1 558 506,14 M, |

wogegen Ende November d. J. gestiegen war der Fehlbetrag

|                    |                 |
|--------------------|-----------------|
| zu a auf . . . . . | 1 617 531,73 M, |
| zu b auf . . . . . | 521 675,55 M,   |
|                    | <hr/>           |

so daß die gesamte Fehlsomme sich auf . . . . . 2 139 207,28 M belief.

Das schnelle Anwachsen des Fehlbetrages zu a ist — abgesehen von Hoch- und Straßenbauten — wesentlich durch die Bezahlung der ersten Kaufgeldrate für das Arkeröder Feld (200 000 M) veranlaßt, die einstweilen aus den verfügbaren Mitteln der Stadthauptkasse entnommen ist. Diese Mittel bestanden abgesehen von den vorrätigen Summen der verschiedenen Betriebe und den sonst in der Stadthauptkasse vereinigten Fonds wesentlich in den durch Aufnahme der sogenannten kleinen Darlehen beschafften Kapitalien, deren Gesamtsumme am 28. November d. J. 1 470 450 M betrug.

Infolge des hohen Hypothekenzinsfußes und des niedrigen Kurses auch der mündelsicheren Wertpapiere sind in jüngster Zeit mehrere der sogenannten kleinen Darlehen gekündigt; es wird daher um so weniger möglich sein, die für den Stadthaushalt erforderlichen Betriebsmittel noch weiter ohne Anleihe, deren Aufnahme seit einer Reihe von Jahren im Voranschlage vorgesehen war, zu beschaffen, als die Stadt in nächster Zeit für außerordentliche Zwecke recht erhebliche Summen aufzuwenden hat; im laufenden und im folgenden Rechnungsjahre werden zu bezahlen sein:

|                                                                                                                                                        |                    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 1. der Zuschuß zu den Kosten des Bahnhofes<br>1 360 000 <i>M</i> und nach Abschluß des erst später zu<br>erwartenden Staatszuschusses mindestens . . . | 360 000 <i>M</i> , |
| 2. für die Bahn Braunschweig—Celle etwa . . .                                                                                                          | 400 000 <i>M</i> , |
| 3. für Ankauf des Geländes für Kleinwohnungen und<br>für Baukosten rund . . . . .                                                                      | 500 000 <i>M</i> , |
| 4. für die Drogisten-Akademie . . . . .                                                                                                                | 210 000 <i>M</i> , |
| <hr/>                                                                                                                                                  |                    |
| zusammen: 1 470 000 <i>M</i> .                                                                                                                         |                    |

Daneben schweben zurzeit Verhandlungen wegen stadtseitiger Förderung gemeinnütziger Unternehmungen durch Darlehnung verzinslicher Kapitale; da aber das Ergebnis dieser Verhandlungen noch ungewiß ist, so ist der Magistrat zurzeit nicht in der Lage, den Geldbedarf genauer festzustellen.

Nach Schätzung wird im ganzen eine Summe von wenigstens 2 000 000 *M* im Wege des Kredits flüssig zu machen sein. Die Aufnahme einer Obligationen-anleihe erscheint zurzeit nicht ratsam; der Stadtmagistrat hat daher mit der Landesversicherungsanstalt wegen Herleihung der erforderlichen Mittel verhandelt und von dieser die Zusicherung erhalten, daß der Stadt in den nächsten Jahren je 4 — 500 000 *M* zu dem jeweilig vom Leihhause für Gemeinbedarf geforderten Zinsfuß (zurzeit  $4\frac{1}{4}$  Prozent) und gegen Übernahme der Verpflichtung, jährlich 1 Prozent des Ursprungskapitals abzutragen, vorgeliehen werden sollen.

Beiden Teilen soll dabei das Recht der Kündigung unter Innehaltung einer Frist von 6 Monaten zustehen, so daß der Stadt, falls beim Sinken des Zinsfußes eine Ermäßigung des Zinsfußes wider Erwarten nicht zugestanden werden sollte, die Möglichkeit gewahrt bliebe, die ganze Schuld vorzeitig abzutragen.

Wenn die zugesagten Zahlungen erfolgen, und wenn alsbald die zur Bezahlung des Kaufpreises des Arferöder Feldes einstweilen aus den vorrätigen Mitteln entnommenen 200 000 *M* nachträglich vom Leihhause entliehen werden, womit sich die Stadtverordnetenversammlung bereits einverstanden erklärt hat, so hofft der Magistrat, mit den so beschafften Mitteln, obwohl diese nur allmählich eingehen

werden, auszukommen, doch wird es vielleicht nicht zu umgehen sein, vorübergehend kurzfristige Darlehen anderweit aufzunehmen, was sich bei dem jetzigen Umfange des Stadthaushalts ab und an ohnehin nicht vermeiden lasse.

Für die 200 000 *M*, die vom Leihhause entliehen werden sollen, müssen, wie oben bemerkt, jetzt  $4\frac{1}{4}$  Prozent Zinsen gezahlt werden. Zugleich ist auf die allmähliche Tilgung nicht nur dieses Darlehns, sondern auch der Kaufgeldschuld Bedacht zu nehmen, die bisher in Form von vier Hypotheken zugunsten des Leihhauses auf dem Grundstücke Nr. ass. 882 an der Breitenstraße (Hilfsschule) mit insgesamt 84 325 *M* ruhte, und die zwecks Ersparrung des höheren Hypothekenzinsfußes mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums seit 1. Juli d. J. in ein Gemeindedarlehn umgewandelt ist.

Der Magistrat hält es für empfehlenswert, beide Kapitale vom 1. April f. J. gleichfalls mit 1 Prozent des Ursprungskapitals zu tilgen und gibt anheim, gefälligst zustimmen zu wollen, daß

a) von der hiesigen Landesversicherungsanstalt allmählich je nach Bedarf 1 800 000 *M* zu dem vom Leihhause für Gemeindedarlehen geforderten Zinsfuß mit der Maßgabe angeliehen werden, daß die Rückzahlung sechs Monate nach Kündigung beiderseits gefordert werden kann;

b) die fr. Schuld von einem zwischen der Landesversicherungsanstalt und uns zu vereinbarenden Zeitpunkte an mit 1 Prozent des Ursprungskapitals getilgt wird;

c) für das Leihhaus-Darlehn von 200 000 *M*, dessen Aufnahme gegen 4prozentige Verzinsung in der Sitzung vom 12. Juni 1913 beschlossen ist, die jeweils für Gemeindedarlehen geltende Verzinsung zugestanden und die fr. 200 000 *M* und ebenso die oben erwähnten 84 325 *M* vom 1. April 1914 an mit 1 Prozent der Ursprungskapitale getilgt werden.

**Stadtv. Mohr:** Der Inhalt der Vorlage wird den geehrten Herren bekannt sein, da sie Ihnen in Vervielfältigung zugegangen ist. (Redner gibt den Inhalt der obenstehenden Magistratsvorlage an.)

Wir haben schon erwartet, daß wir eine derartige Vorlage bekommen würden, denn es ist eine Unmöglichkeit, die uns bevorstehenden Ausgaben für den Bahnbau Braunschweig—Celle, für den hiesigen Hauptbahnhof usw. aus den laufenden Mitteln zu decken. Überraschend kommt eine solche Sache ja immer, und ich kann deshalb auch nicht behaupten, daß wir uns in der Finanzkommission gefreut hätten, daß die Vorlage an uns herantritt. Aber wenn man bedenkt, daß der Magistrat es bislang meisterhaft verstanden hat, die langen Jahre hindurch die finanzielle Lage der Stadt auf einer erträglichen Höhe zu halten, ohne die Steuer-schraube an-



ziehen zu müssen, so wird man auch zugeben, daß der Stadtmagistrat bis an die äußerste Grenze der Sparsamkeit bei Anforderung dieser 2 Millionen gegangen ist, und ich glaube auch, daß wir alle das Vertrauen in den Magistrat setzen können, daß von den angeforderten Mitteln auch nur der sparsamste Gebrauch gemacht wird. Die Finanzkommission bittet Sie, durch ihren einstimmigen Beschluß den Vorschlägen des Stadtmagistrats zustimmen zu wollen.

**Stadtv. Busch:** Ich halte die Lösung der Darlehnsfrage durch den Magistrat für eine sehr glückliche. Nach den vorausgegangenen Debatten in der Hypothekenangelegenheit, in denen die Lage des Geldmarkts eingehend beleuchtet ist, ist es nicht möglich, in gleich günstiger Weise auf eine andere Anleihe zurückzugreifen, so daß die Vorschläge des Magistrats zu befürworten sind. Ich bin auch der Überzeugung, daß der Magistrat nur in sehr vorsichtiger Weise die Geldmittel in Anspruch nehmen wird, aber die vorliegenden Ausgaben, denen wir ja hier in der Versammlung selbst zugestimmt haben, lassen sich nicht umgehen. Ich kann Ihnen also auch aus voller Überzeugung die Annahme der Magistratsvorlage, wie sie uns eingebracht ist, empfehlen.

Die drei Anträge des Magistrats werden von der Versammlung in einer Abstimmung angenommen.

## 10. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung.

**Stadtv. Hartung:** Die nicht fest angestellten Funktionäre der Stadt beziehen einen nach einer Bestimmung vom Jahre 1901 festgesetzten Ruhe-lohn. Die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung haben es dem Magistrat angezeigt erscheinen lassen, diese Bestimmungen in mancher Beziehung zu ändern, insbesondere auch im Interesse der Beteiligten zu verbessern. Die Änderungen sind im einzelnen folgende:

Nach § 6 der alten Grundsätze waren die betreffenden Personen in vier Klassen geteilt:

- Klasse I bis 550 M Jahresarbeitsverdienst,
- Klasse II mehr als 550 bis 850 M Jahresarbeitsverdienst,
- Klasse III mehr als 850 bis 1150 M Jahresarbeitsverdienst,
- Klasse IV mehr als 1150 M Jahresarbeitsverdienst.

Da nun in der Folge eine ganze Reihe höher bezahlte Kräfte erschienen sind, so hält es der Magistrat angezeigt, die Bestimmungen zu erweitern. Wie Sie aus der Vorlage ersehen, schlägt der Magistrat jetzt vor, im ganzen 9 Klassen zu bilden.

Die ersten drei Klassen bleiben, die vierte geht bis 1500 *M* Jahresarbeitsverdienst, die fünfte bis 2000 *M*, die sechste bis 2500 *M*, die siebente bis 3000 *M*, die achte bis 4000 *M*, und die neunte betrifft dann die mit einem Jahresarbeitsverdienst von über 4000 *M* Beschäftigten. Die Zugehörigkeit zu den Lohnklassen I—V soll sich der neuen Vorlage zufolge nach demjenigen Arbeitsverdienst richten, welcher für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung maßgebend ist, im übrigen nach dem wirklichen Arbeitsverdienst. In Lohnklasse I soll der Berechnung des Ruhelohnes ein Jahresbetrag von 550 *M* zugrunde gelegt werden, in Lohnklasse II 850 *M*, III 1150 *M*, IV 1350 *M*, V 1750 *M*, VI 2250 *M*, VII 2750 *M*, VIII 3500 *M*, IX 4000 *M*.

Es wird dann noch festgesetzt: Wenn der Betreffende in seiner früheren Beschäftigung nicht mehr arbeitsfähig ist, aber an anderer Stelle verwandt werden kann und diese Beschäftigung zugewiesen erhält, bleibt er in seiner früheren Lohnklasse, auch wenn sein Verdienst in der neuen Stellung sich vermindert. — Das sind die unter I aufgeführten Änderungen.

Die Statutenkommission hat die Vorschläge geprüft und gibt Ihnen durch mich anheim, den Anträgen des Magistrats stattzugeben, da sie durchaus sachgemäß erscheinen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich glaube, es wird notwendig sein, die ganzen Paragraphen durchzugehen. Ich weise deshalb darauf hin, weil ich bitten möchte, mir auch das Wort zu den Paragraphen, wo von seiten des Magistrats nichts geändert ist, das Wort zu geben, da ich dazu sprechen möchte.

**Vorsitzender:** Ich verstehe Sie so, daß Sie über die ersten Paragraphen des alten Statuts über Ruhe Lohn zu sprechen wünschen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ja, § 2 z. B. ist hier nicht mit angeführt.

**Vorsitzender:** Der Magistrat legt nicht auf neue alle Paragraphen der „Grundsätze“ zur Beratung vor, sondern beantragt nur Veränderung in den aufgeführten drei Punkten. Geschäftsmäßig ist es nicht möglich, die gesamten Grundsätze zur Beratung zu stellen. Würde das die Absicht des Magistrats gewesen sein, so würde das ganze Statut als solches im Wortlaut vorgelegt sein. Diese Handhabung ist die allgemein, auch im Landtage und anderen Parlamenten übliche.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Es hat sich nach der Ansicht des Magistrats die Notwendigkeit herausgestellt, daß diese Ordnung einer Änderung unterworfen wird.

Da kann man unter Umständen den Standpunkt vertreten, wenn schon geändert werden soll, so möge nicht eine Änderung mit Stillschweben geschehen, sondern eine Änderung von Grund aus. Weil nun durch diesen Antrag des Magistrats eine Änderung angeregt ist, so möchte ich bitten, statt sofort in eine Einzelberatung in eine solche allgemeinen Charakters einzutreten, ob eine allgemeine Änderung wünschenswert ist. Es würde geschäftsordnungsmäßig die Sache dahin auszuklingen haben, daß wir vorläufig von allen Änderungen Abstand nehmen und ein neues Gesamtstatut ausarbeiten, das in der Kommission weiter vorzubereiten ist. Das ist nur möglich im Rahmen einer Generaldebatte, die ich geschäftsordnungsmäßig hiermit beantragen möchte.

**Vorsitzender:** So ist der Gang nicht wohl möglich. Ich möchte Ihnen empfehlen: Die Anträge, die Sie zu stellen wünschen, bringen Sie hier vor. Sie können nicht gleich im Plenum beraten werden, sondern müssen vorberaten werden. Das wäre ein Weg, von dem man denken kann, daß er Ihrem Gedanken gerecht wird. Eine allgemeine Generaldebatte über die „Grundsätze“ als solche halte ich geschäftsordnungsmäßig nicht für möglich.

**Stadtv. Steinbrecher:** Wenn heute das angenommen wird, was vom Magistrat vorgelegt ist, und wir kommen hinterher mit einer Menge Änderungsanträge, dann haben wir doppelte Arbeit. Ich meine, die neuen Anträge müßten zugleich mit den vom Magistrat vorgelegten in einer Sitzung erledigt werden. Ich würde meine Anträge begründen, und der Magistrat könnte dazu gleich Stellung nehmen, und in der nächsten Sitzung würden sie dann mit besprochen.

**Vorsitzender:** Sie haben Ihre Anträge fertig da und werden sie verlesen können? (Zustimmung.) Dann möchte ich vorschlagen: Die Versammlung entscheidet sich über die geschäftsordnungsmäßige Frage, ob sie die Verhandlung abbrechen will, nachdem sie Kenntnis genommen hat von den Wünschen des Herrn Steinbrecher. Herr Steinbrecher übergibt mir seine Anträge, ich lese sie vor, und die Versammlung als solche entscheidet, ob wir in eine Beratung der Magistratsvorlage eintreten oder nicht. — Ich nehme das Einvernehmen der Versammlung zu dieser Ordnung an.

Herr Steinbrecher stellt folgende Anträge:

Art. 13 § 2.

„Die Arbeiter und deren Hinterbliebenen haben Rechtsanspruch auf die nachstehend bezeichneten Leistungen.

Die Bestimmungen über Auflösung des Arbeitsverhältnisses in der Arbeitsordnung werden dadurch nicht berührt.

Der Rechtsanspruch kann bei den ordentlichen Gerichten erst dann geltend gemacht werden, wenn der Oberbürgermeister einen ihm schriftlich eingereichten Antrag abgelehnt oder innerhalb eines Monats nicht beantwortet hat."

Zu § 3 a.

Anstatt 50. Lebensjahr zu setzen „60. Lebensjahre“.

Zu § 3 b.

Anstatt 25. Lebensjahr zu setzen „21. Lebensjahre“.

Zu demselben Paragraphen:

In der vorletzten Zeile anstatt „kann“ soll das Wort „m u ß“ gesetzt werden.

Zu § 4. (Neuer Absatz.)

„Entlassungen seitens der Stadt infolge Arbeitsmangels, soweit sie drei Monate nicht überschreiten, werden ebenfalls nicht als Unterbrechung der Beschäftigung im Sinne des § 3 b angesehen.

Zwei- oder dreijährige Militärdienstzeit wird als Beschäftigung im städtischen Dienst angerechnet, wenn ihr mindestens einjährige ununterbrochene Beschäftigung bei der Stadt vorausgegangen ist.“

Nun möchte ich der geehrten Versammlung zur Beschlußfassung stellen, ob sie, nachdem sie diese Anträge gehört hat, in die Fortsetzung der Beratung der Magistratsvorlage eintreten will oder nicht.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Fragestellung): Ich habe nicht ganz verstanden, wie die beiden Wege nun gehandhabt werden sollen. Man kann sagen, „zur Fortsetzung der Beratung in die Verhandlung eintreten mit Behandlung dieser Fragen“ oder „ein Nicht-fortsetzen und Zurückverweisen der Vorlage an die Kommission mit diesen Anträgen.“

**Vorsitzender:** Ich meine die Frage so: Die Versammlung würde abstimmen, die Beratung jetzt fortzusetzen oder sie abzubrechen. Ihre Anträge würden, falls die Beratung fortgesetzt würde, von Ihnen begründet werden und demnächst im Plenum behandelt werden.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Dann möchte ich der Fragestellung widersprechen. Es ist nicht wünschenswert, eine Materie, die innerlich zusammenhängt, wie ein Statut, das als eine Einheit aufgefaßt werden muß und bei dem eine Bestimmung auf die andere wirkt, getrennt zu behandeln, heute die dem Magistrat erwünschten Änderungen, und am anderen Tage die von Herrn Steinbrecher gewünschten Anregungen. Sie müßten einheitlich hier in einer Sitzung behandelt werden. Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, die Frage so zu stellen: „Wollen wir

die gesamte Materie mit den Steinbrecherschen Anträgen an die Statutenkommission zurückverweisen?"

**Vorsigender:** Das ist dem Sinne nach genau dasselbe wie das, was ich vorgeschlagen habe, nur habe ich es anders gesagt. Wenn die Beratung fortgesetzt wird, ist Ihr Wunsch abgelehnt; wird sie nicht fortgesetzt, ist Ihr Wunsch angenommen. Wir meinen beide dasselbe.

Sind die Herren der Meinung, daß in der Beratung der Vorlage des Magistrats fortgefahren wird, dann bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Wir brechen also die Verhandlungen ab und werden die Anträge, nachdem sie im Plenum begründet sind, mit den anderen Fragen gemeinschaftlich zunächst in der Kommission und demnächst in der Vollversammlung behandeln.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich habe noch eine kleine Änderung vorzubringen. Es ist wohl statthast, die noch hinzuzufügen. Ich möchte noch in § 9 hinzugesetzt sehen, daß auch uneheliche Kinder berücksichtigt werden.

## 11. Erneuerung der Bierauschankeanlage im Ratskeller.

**Stadtv. Busch:** Es hat sich der Ratskellerwirt an den Magistrat gewandt mit der Bitte, die Bierauschankeanlage im Ratskeller mit einem fünften Zapfhahn zu versehen und eine Instandsetzung der Klosetts vorzunehmen. Das letztere ist bereits geschehen und aus laufenden Mitteln bestritten. Wegen der Erweiterung der Bierauschankeanlage hat der Magistrat von der städtischen Bauverwaltung ein Gutachten eingeholt. Letzteres geht dahin, daß die betreffenden Einrichtungsgegenstände nach dem elfjährigen Gebrauch so abgenutzt sind, daß es wünschenswert ist, eine vollständig neue Bierauschankeanlage zu beschaffen. Darnach würden statt der vorhandenen vier Majolikasäulen mit je nur einem Zapfhahn zwei neue Majolikasäulen mit je drei Zapfhähnen auf der Tischplatte aufgestellt werden, wofür nach Abzug der alten Materialien 690 *M* ausgegeben werden müßten. Herr Seumel macht nun darauf aufmerksam, daß die Majolikaglasur durch das auf tropfende Bier mit der Zeit abgenutzt wird, und schlägt vor, statt der Majolikasäulen zwei Säulen aus Neusilber zu nehmen, die sozusagen unvergänglich sind, wodurch sich allerdings die Ausgabe um 40 *M* erhöht. Die Kosten stellen sich danach auf  $690 + 40 = 730$  *M*. Der Magistrat gibt anheim, sich mit der Neuanlage in der beschriebenen Ausführung einverstanden zu erklären, und die dafür erforderlichen 730 *M* zu Lasten des Kap. I des ordentlichen Etats zu verwilligen. Die

Baukommission hat sich gestern mit diesen Sachen beschäftigt und gibt Genehmigung anheim.

Der Erneuerung der Ausschankanlage wird zugestimmt und 730 *M* dafür bewilligt.

## 12. Erhöhung der Zahl der Feuerwehrleute.

Stadtv. **Schön:** Im städtischen Haushaltsplan 1913/14 sind für die Berufsfeuerwehr 51 Feuerwehrmänner vorgesehen; früher waren es 54, seit dem 1. April 51. Dazu ist zu bemerken, daß bei eintretender Vakanz noch zwei Feuerwehrleute weniger geführt werden sollten, weil nach Abschaffung der Pferdebespannung im ganzen fünf Stellen eingespart werden sollten. Drei davon sind schon eingegangen, und zwei Stellen sollten demnächst wegfallen. Der Kreisbranddirektor hat aber den Antrag bei der Feuerlöschdeputation gestellt, von dieser letzten Verminderung absehen zu wollen, und führt in eingehender Begründung aus, daß man erst jetzt, nachdem die Automobilisierung durchgeführt ist, übersehen könne, daß auf diese beiden Stellen dauernd nicht verzichtet werden kann, während es mit 51 Stellen zur Not — schwer fällt auch das schon — möglich sei, bei der Einteilung in drei Wachtouren ausreichend den Dienst zu versehen. Große Schwierigkeiten würden aber erwachsen, wenn die beiden Stellen gestrichen würden. Die Feuerlöschdeputation hat sich der Begründung des Kreisbranddirektors angeschlossen, und der Magistrat hat deshalb an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen gerichtet, die Zustimmung dazu zu geben, daß die beiden Feuerwehrmännerstellen nicht gestrichen werden, also die Zahl nicht auf 49 herabgesetzt, sondern auf 51 belassen wird. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und empfiehlt Ihnen, dem Antrage zuzustimmen.

Der Festsetzung der Zahl der Feuerwehrmänner auf 51 wird von der Versammlung zugestimmt.

## 13. Ausbau der projektierten Straße Nr. 617a und der südlichen Teilstrecke der projektierten Straße 289 (Verbindungsstraßen zwischen Cellerstraße und Petristraße).

Stadtv. **Sander:** Es handelt sich um den Ausbau der Straßen Nr. 617a und der südlichen Teilstrecke der projektierten Straße 289 — das sind die Straßen, die von der Cellerstraße über das vormals Löbbede'sche Grundstück führen und in die Petristraße ausmünden. Wegen Erwerb des nötigen Geländes hat uns die Sache schon in der vorigen Versammlung vorgelegen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten heute, sich mit dem Ausbau der Straßen einverstanden zu er-

klären, den Kostenanschlag und die Kostenverteilungsberechnung zu genehmigen, und die Straßen zu Ortsstraßen zu erklären.

Der Ausbau der Straßen ist folgendermaßen gedacht: Die Straße 617 a soll — abgesehen von einer beiderseitigen geringen Ausbuchtung in der Mitte der Straße, die als Wendepfad benutzt werden kann — in einer Breite von 10 m so ausgebaut werden, daß 5 m auf die Fahrbahn und je 2,5 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll auf chaussierter Unterlage mit einer Asphalt- oder Teermafadamdecke versehen werden. Die Fußwege sollen durch Granitbordquader eingefast und in ganzer Breite mit einem Plattenbelag versehen werden. Die Übergänge sollen mit Reihen-Plastersteinen befestigt werden. Die Kosten belaufen sich auf 13 500 M.

Die südliche Teilstrecke der Straße 289 ist zwischen Petristraße und der Straße 617 a gelegen. Die Straße soll später nach der Koppstraße hin weitergeführt und das fragliche Teilstück für die Ausmündung der Straße 617 a benutzt werden. Sie ist in einer Breite von 16 m geplant, wovon 8 m auf die Fahrbahn und je 4 m auf die Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll auf chaussierter Unterlage mit einer Teer- oder Asphaltmafadamdecke versehen werden, die Fußwege sollen durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt werden und einen Plattenbelag von 1,80 m Breite bekommen. Der Übergang Petristraße soll mit Reihenpflastersteinen abgepflastert werden. Die Anordnung der Einfallschächte ist die allgemein übliche. Die Straßenbaukosten belaufen sich auf 14 500 M, der voraussichtliche Beitrag zu den Straßenbaukosten berechnet sich auf 161,10 M pro laufendes Meter.

Die Baukommission hat die Projekte und die Kostenanschläge geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

**Bürgermeister Meyer:** Es wurden gestern abend in der Sitzung der Baukommission Bedenken laut gegen den Vorschlag der städtischen Bauverwaltung, nach welchem der Magistrat die Befestigung der Fußwege mit Teermafadam befürwortet. Die Bedenken erschienen auf Grund der Erfahrungen nicht unbegründet, und ich habe deshalb meinerseits gestern abend nicht widersprochen. Inzwischen habe ich mich bei der städtischen Bauverwaltung erkundigt und habe gehört, daß die letzten Erfahrungen hier in der Stadt Braunschweig mit Teermafadam, soweit man das heute übersehen kann, ausgezeichnet sind, daß dagegen in einer anderen Stadt sehr üble Erfahrungen mit Asphaltmafadam gemacht sein sollen. Das läßt mich nun dazu kommen, Sie zu ersuchen, Ihren Beschluß nicht so zu formulieren, daß Sie sagen: Wir genehmigen die Herstellung von Asphaltmafadam, sondern daß Sie sagen: Wir genehmigen die Herstellung von Teer- oder Asphaltmafadam. Der Stadtmagistrat ist dann in der Lage, nach Maßgabe der Erfahrungen, die er bis

zur Ausführung noch sammelt, zu verfahren, und braucht nicht nochmals eine neue Vorlage einzubringen.

Stadtv. **Sander:** Ich habe auch dementsprechend vorgelesen: Teer- oder Asphaltmatadam. Ich habe mich auch bei einem Fachmann darnach erkundigt, ob durch diese Veränderung event. die Straßenbaukosten höher werden würden. Darauf ist mir die Auskunft geworden, das sei nicht der Fall. Wir können also ruhig entsprechend der Anregung des Herrn Bürgermeisters beschließen, die Kosten würden nicht höher werden, ob nun Teer- oder Asphaltmatadam genommen wird.

Der Ausbau der beiden Straßen wird nach dem Antrage der Baukommission genehmigt und die Straßen zu Ortsstraßen erklärt.

#### 14. Änderung des Statuts zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs auf Messen und Märkten.

Stadtv. **Weichsel:** Wir haben vor längerer Zeit ein Statut zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs auf Messen und Märkten beschlossen. Dieses Statut ist vom Herzoglichen Staatsministerium mit einer einzigen Ausnahme in § 23 genehmigt. Es handelt sich nur um eine redaktionelle Änderung.

Die von uns genehmigte Fassung lautet: „Die Anbringung von Reklameinschriften an den Buden und dergl. sowie das Verteilen von Reklamezetteln usw. ist an sich zulässig. Soweit die Anbringung oder Verteilung jedoch von der Polizeidirektion oder deren Beamten im einzelnen Falle aus Gründen der öffentlichen Ordnung für unzulässig erklärt ist, hat sie zu unterbleiben.“ usw.

Das Ministerium wünscht statt dessen folgende Fassung:

Die Anbringung von Reklameinschriften an den Buden und dergl. sowie die Verteilung von Reklamezetteln usw. hat, soweit sie von der Polizeidirektion . . . für unzulässig erklärt ist, zu unterbleiben.“

Dem Sinne nach ist es vollständig dasselbe, nur ist es eine andere Redaktion. Ich meine, wir können dieser veränderten Fassung unbedenklich zustimmen.

Die Zustimmung zu der Änderung wird ausgesprochen.

#### 15. Verwilligung von Mitteln zur teilweisen Einfriedigung und Befestigung des Schützenplatzes.

Stadtv. **Niefe:** Bei dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung handelt es sich darum, den Vorschriften des § 41 und der folgenden der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 26. November 1912 nachzukommen. Darnach



müssen für Viehmärkte bestimmte Plätze mit besonderen Einrichtungen versehen sein. Der Plan dafür ist ausgehängt, die Herren wollen sich über die empfohlenen Einrichtungen orientieren. Es handelt sich

1. um eine Einfriedigung an dem den Platz im Westen begrenzenden Graben in einer Länge von etwa 160 m. Es sollen zu den Pfosten alte Bahnschwellen oder Siederohre genommen werden, zwischen die jedesmal 3 Drähte gezogen werden. Die Herstellung des laufenden Meters ist auf 1,50 *M* geschätzt, so daß die Ausgabe 240 *M* beträgt.

2. soll eine 18 m lange Einfriedigung an dem nördlichen Wege beim israelitischen Friedhof mit einem breiten Torweg zur Abfahrt der Wagen und zum Abtrieb des Viehs hergerichtet werden, wofür 185 *M* nötig sind.

3. soll die Eintriebstelle für Vieh in der ganzen Breite von 9 m und in einer Länge von 10 m durch Chauffierung und Teerung befestigt werden. Hierfür sind 360 *M* angesetzt, so daß im ganzen eine Ausgabe von 785 *M* erwächst.

Die übrigen Kosten können, wie der Magistrat schreibt, von der jedesmaligen Einnahme an Standgeldern vor deren Abführung an die Kämmereikasse abgezogen werden, da es sich um jedesmal wiederkehrende Aufwendungen handelt. Der Magistrat ist derselben Ansicht wie der Marktausschuß, daß es sich empfiehlt, zur Beibehaltung der Viehmärkte den polizeilichen Anforderungen rechtzeitig vor der Wintermesse 1914 zu genügen, obwohl die Stadtgemeinde nicht Eigentümerin, sondern nur Pächterin des Schützenplatzes ist.

Von der Einnahme an Standgeldern, Wassergeld usw. ist aus der Wintermesse 1910 und 1911 und aus der Sommermesse 1910 ein Betrag von 3399,58 *M* eingegangen, von dem aber im Herbst 1910 zur Instandsetzung des Schützenplatzes 1014,63 *M* verausgabt sind, so daß noch ein Betrag von 2384,95 *M* vorhanden ist. Der Magistrat beantragt, unser Einverständnis zu erklären, daß dieser Posten von der Kämmereikasse unter Kap. XIV, 5 vereinnahmt wird, und die vorhin erwähnten, zu 785 *M* Kosten veranschlagten einmaligen Maßnahmen zur Erfüllung der polizeilichen Anforderungen für die Viehmärkte auf dem Schützenplatz ausgeführt werden.

Da wir die Vorschriften dem Gesetze nach erfüllen müssen, so können wir uns nicht dagegen sträuben, denn es wäre immerhin ein Schaden für die Stadt, wenn deswegen ein Viehmarkt ausfallen müßte. Die Mittel müssen allerdings aufgewandt werden für ein Grundstück, das der Stadt nicht gehört, aber die von der Polizei zuerst vorgeschlagenen Maßnahmen gingen so weit, daß sie einen Betrag von 20—30 000 *M* erfordert haben würden. Wir können nur gutheißen, daß der Magistrat abgeschlagen hat. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, die 785 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Verrechnung der Einnahme einverstanden und bewilligt die 785 *M.*

### 16. Ausbau der Hänfelmannstraße.

**Stadtv. Meyerhoff:** Die Ehefrau des Architekten Zinkeisen wünscht, sie als Unternehmerin für den Ausbau der Hänfelmannstraße zuzulassen. Es liegen dem Antrage Bedenken nicht entgegen, so daß der Magistrat wegen des Ausbaus einen Vertrag abgeschlossen hat, der den Stadtverordneten zur Genehmigung vorgelegt wird. Der Vertrag weicht von ähnlichen Verträgen insofern ab, als er die Kanalisierung der Freytagstraße mit berücksichtigt, die sich westlich an die Hänfelmannstraße anschließt. Die Kanalisierung der Freytagstraße muß ausgeführt werden, da es sonst dem Kanal in der Hänfelmannstraße an der nötigen Vorflut fehlen würde. Nach dem Vertrage übernimmt Frau Zinkeisen die Kosten dieses Kanals; sie sollen ihr jedoch zurückerstattet werden, sobald die Grundstücke an der Freytagstraße sämtlich bebaut sind, frühestens jedoch fünf Jahre nach endgültiger Feststellung der durch den Ausbau der Freytagstraße erwachsenen Kosten.

Die Stadtverordneten werden ersucht, den Vertrag zu genehmigen und gleichzeitig zuzustimmen, daß die Hänfelmannstraße zur Ortsstraße erklärt wird.

In der Annahme, daß der eben genannte Vertrag die Genehmigung der Stadtverordneten erhalten würde, ist gleich ein zweiter Vertrag wegen Erwerb der für die Hänfelmannstraße von Frau Zinkeisen zu erwerbenden Grundflächen abgeschlossen. In diesem Vertrage haben sich auch die Eigentümer des im Zuge der Freytagstraße gelegenen Geländes bereit erklärt, die Verlegung und Unterhaltung des Kanals zu gestatten.

Es sind außerdem noch von der Bauproduktionsgenossenschaft zwei Grundflächen zu 1 a 85 qm und 89 qm zum Ausbau der Hänfelmannstraße zu erwerben, und ist dafür der angemessen erscheinende Preis von 10 *M.* für das Quadratmeter zugestanden.

Die Eigentümer des im Zuge der Freytagstraße gelegenen Geländes, der Privatmann Hagemann und die Erben des Rentners Klußmann, haben sich bereit erklärt, die Verlegung und Unterhaltung des Kanals auf ihren Grundstücken zu gestatten, und zwar die Klußmannschen Erben ohne Geltendmachung eines Anspruchs auf Entgelt, während der Privatmann Hagemann eine Entschädigung von 250 *M.* fordert. Da zur Zahlung dieser Summe Frau Zinkeisen sich bereit erklärt hat, so ist Herrn Hagemann diese Entschädigung zugestanden.

Namens der Baukommission empfehle ich den geehrten Herren,

1. die beiden Verträge mit Frau Zinkeisen genehmigen zu wollen,

2. auch den Vertrag wegen Ankaufs der Grundflächen von der Bauproduktivgenossenschaft, und

3. Herrn Hagemann die Entschädigung von 250 *M* aus dem von Frau Zinkeisen zur Verfügung gestellten Betrage zuzubilligen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen der Baukommission zu.

## 17. Regelung der Angestellten-, der Invaliden- und Hinterbliebenen- und der Krankenversicherung, sowie der Unfallfürsorge für städtische Angestellte und Beamte.

Stadtv. Dr. **Boge**: Die diesen Punkt betreffende Vorlage ist allen Herren Stadtverordneten zugegangen, ich kann mich daher bei der Berichterstattung kurz fassen.

Die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Angestelltenversicherung erstreckt sich auf einen großen Teil der Angestellten der Stadt. Der Magistrat möchte ihnen aber die Vorteile des Gesetzes zugute kommen lassen, wonach sie von Versicherung unter bestimmten Bedingungen befreit sind. Es wird dafür gefordert, daß den Angestellten ein *Rechtsanspruch* auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung *gewährleistet* ist. Ob eine Gewährleistung vorliegt, entscheidet voraussichtlich nach dem, wie es in Preußen gehandhabt zu werden scheint, das Herzogliche Staatsministerium als oberste Verwaltungsbehörde, und zwar soll als Gewährleistung angesehen werden,

a) wenn nach Erfüllung der im Angestelltengesetz vorgesehenen Wartezeit entweder die Kündigung nur aus einem „wichtigen Grunde“ erfolgen darf, oder im Falle der Kündigung aus anderen Gründen die Mindestbezüge nach § 9 des Angestelltenversicherungsgesetzes gewährt sind.

b) wenn über die Wichtigkeit des Grundes im Streitfalle von einer außerhalb der Gemeindeverwaltung stehenden Instanz Entscheidung getroffen wird.

Der Magistrat schlägt vor, die Entscheidung darüber, ob ein „wichtiger Grund“ vorliegt, unter Ausschluß des Rechtsweges der Kommunalaufsichtsbehörde, der Herzoglichen Kreisdirektion Braunschweig, zu überlassen. Er will dadurch vermeiden, daß eine Reihe von Prozessen entsteht, die — da voraussichtlich Entlassungen ohne wichtigen Grund nicht vorkommen werden, sehr leicht zuungunsten der Angestellten ausfallen könnten. Soweit die Angestellten Lehrer sind, soll die Entscheidung von der Schulaufsichtsbehörde getroffen werden. — Ich glaube, daß gegen diesen Punkt der Vorlage nichts einzuwenden sein wird.

Die Gewährleistung des Ruhelohns und der Hinterbliebenenversorgung soll nicht bei denen eintreten, welche nur nebenamtlich — wie Lehrer an der Gewerbe-

schule — oder nur vorübergehend angestellt sind. Der Rechtsanspruch auf Ruhe-lohn soll rückdatiert werden auf den 1. Januar dieses Jahres, an welchem Tage das Angestelltenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, und von welchem Zeitpunkt an Beiträge gezahlt sind, um zu ermöglichen, daß die letzteren zurückgegeben werden. Tatsächlich ist in einem Falle die Rückzahlung schon erfolgt, es steht also zu erwarten, daß auch in anderen Fällen die Beiträge wieder zurückkommen.

Was den finanziellen Effekt betrifft, so ist die Gewährung von Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung tatsächlich von der Stadt schon immer so gehandhabt, wie es hier vorgeschlagen ist, es würde der Stadt also hierdurch keine erhebliche Mehrbelastung erwachsen. Dagegen würde, wenn wir den Angestellten diese Befreiung nicht zugute kommen lassen würden, eine Belastung der Stadt durch die hohen Beiträge zur Angestelltenversicherung eintreten und auch die Angestellten sich nicht so gut stehen als dann, wenn sie diesen Rechtsanspruch haben.

Von den reichsgesetzlichen Bezügen derjenigen, die der Angestelltenversicherungspflicht unterworfen bleiben, und denen dennoch städtischer Ruhe-lohn bewilligt wird, soll nur derjenige Teil auf den städtischen Ruhe-lohn angerechnet werden, der der Beitragsleistung der Stadt zur Angestelltenversicherung entspricht.

Seitens der Kommission ist zu diesem Punkte 1 der Vorlage (Angestelltenversicherung) nichts weiter zu bemerken. Sie gibt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Punkt 2 der Vorlage behandelt die Invaliden und Hinterbliebenenversicherung. Eine Folge der Annahme der Grundsätze unter Punkt 1 ist, daß die fraglichen Beamten, wenn sie Anspruch auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung haben, auch von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung befreit sind, da die Bezüge aus der letzteren geringer sind als die aus der ersten.

Zu den in der Vorlage aufgeführten Paragraphen kann ich gleich insgesamt berichten, daß die Kommission zu den hierher gehörenden §§ 1—5 nichts zu bemerken hat, und deren Annahme befürworten.

Die §§ 1—5 werden nacheinander von der Versammlung angenommen.

Stadtv. Dr. **Voge:** Bezüglich der Krankenversicherung, die nach § 165 der Reichsversicherungsordnung wesentlich ausgedehnt wird, empfiehlt der Magistrat, um hier die Befreiung auch den Angestellten der Stadt, die sonst der Versicherungspflicht unterliegen würden, zugute kommen zu lassen, ihnen die gesetzlichen Garantien zu gewähren, nämlich, daß ihnen für den Krankheitsfall für die Dauer von 26 Wochen ein Anspruch auf Gehalt oder Ruhe-geld in Höhe von drei Vierteln des Grundlohns der maßgebenden Krankenkasse zugesichert wird. — Die Statutenkommission ist auch mit dieser Vorlage einverstanden.

Der Magistrat fügt noch hinzu, daß er einen gleichen Anspruch nicht gewährt wissen will für gehobene Angestellte, die nicht zu den pensionsfähigen Beamten zählen, die aber wegen Gewährleistung eines Rechtsanspruchs auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenrente — vorbehaltlich der Erfüllung einer Wartezeit — von der Angestellten- und Invalidenversicherung befreit sind, ebenso wie dies den städtischen Arbeiter nicht gewährt werden soll. Der Magistrat ist ferner der Meinung, daß es den Personen, welche nach § 172 der Reichsversicherungsordnung nicht versicherungspflichtig sind, überlassen bleiben muß, ob sie sich freiwillig versichern wollen — was ihnen dringend geraten wird. Falls sie das tun, soll die Stadt-gemeinde für sie das Beitragsdrittel — hier ist ein Schreibfehler in der Vorlage — bezahlen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es abzulehnen sei, daß ihnen, wenn sie von der freiwilligen Versicherung keinen Gebrauch gemacht haben, im Krankheitsfalle von der Stadt Dienstbezüge zugestanden werden oder Krankenhilfe geleistet wird. — Auch mit diesem Punkte erklärt sich die Kommission einverstanden. Die Einführung dieser neuen Grundsätze für die Krankenversorgung soll am 1. Januar kommenden Jahres erfolgen, da die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung erst mit diesem Termin in Kraft treten. — Zu den beiden §§ 6 und 7 hat die Kommission nichts zu bemerken.

Die §§ 6 und 7 werden von der Versammlung nacheinander angenommen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Über die Unfallfürsorge für die städtischen Beamten, die stadtseitig zu ordnen vom Verbande der Gemeindebeamten beantragt ist, macht uns der Magistrat die Mitteilung, daß er deren Einführung durch Statut zu empfehlen beabsichtigt, daß aber, da eine Änderung des Reichsgesetzes vom 18. Juni 1901, auf welches sich das Statut stützen muß, zu erwarten ist, die Regelung dieser Frage einstweilen zurückgestellt werden müsse.

Die Versammlung stimmt darauf den soeben im einzelnen angenommenen Grundsätzen im ganzen zu.

---

Auf die Frage des **Vorsitzenden**, ob noch eilige Sachen zu erledigen seien, bemerkt

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich möchte bitten, Herrn Steinbrecher noch Gelegenheit zu geben, seine Anträge zu der Änderung der Grundsätze für Bewilligung von Ruhe-lohn zu begründen.

**Vorsitzender:** Wenn kein Widerspruch erfolgt, erteile ich Herrn Steinbrecher hierzu das Wort.

# 18. Begründung von Anträgen seitens des Stadtv. Steinbrecher zur Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung.

Wortlaut der Anträge Seite 738 und 739.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich habe zu § 2 des Statuts den Antrag gestellt, daß die Arbeiter einen Rechtsanspruch auf diese Leistung haben sollen. Sie haben eben für die Beamten angenommen, daß ein Rechtsanspruch ausgesprochen werden soll, und der Magistrat schreibt in derselben Vorlage, die Befreiung von der Versicherung auf städtische Arbeiter auszudehnen, halte er nicht für angängig. Ich fasse das so auf, daß der Magistrat damit sagen will: Wenn den Arbeitern ein Rechtsanspruch auf Ruheohn gewährt wird, dann werden sie frei von der Invalidenversicherung. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Arbeiter in städtischen Betrieben unter allen Umständen der Reichsversicherung unterstehen sollen; selbst wenn sie einen Rechtsanspruch auf Ruheohn haben, sind sie doch versicherungspflichtig. Eine Entscheidung vom Mannheimer Stadtrate vom 9. Februar 1913 hat diese Versicherungspflicht der Arbeiter ausgesprochen, weil, wie ausgeführt wird, diese Arbeiter in der Gemeinde Mannheim wohl einen Rechtsanspruch auf Hinterbliebenenversorgung haben, aber jeder Arbeiter innerhalb vierzehn Tagen gekündigt werden kann. Es wird gesagt: Weil das ein willkürliches Arbeitsverhältnis ist, so haben diese Arbeiter, trotzdem sie Ruheohn bekommen können, keinen gewährleisteten Rechtsanspruch darauf. Das würde bei uns auch so sein. Die Arbeiter bekommen bei uns Ruheohn, wenn sie zehn Jahre bei der Stadt beschäftigt gewesen sind, aber die Stadt hat das Recht, selbst wenn die zehn Jahre um sind, den Arbeitern mit einer vierzehntägigen Frist zu kündigen, und damit würde der Mann seinen Anspruch auf Ruheohn verlieren. Auch das Versicherungsamt in der Stadt Baden hat denselben Standpunkt eingenommen, und das Oberversicherungsamt Offenburg hat sich dem angeschlossen. Es läge dem also nichts entgegen, daß wir sagen: Die Arbeiter haben einen Rechtsanspruch auf Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung, aber von der Alters- und Invalidenversicherung sind sie deshalb doch nicht befreit. Ohne daß der Magistrat in dieser Hinsicht rigoros verfährt, kann es doch eintreten, daß ein Mann zehn Jahre beschäftigt ist, im elften passiert eine Kleinigkeit, und er wird gekündigt.

Im zweiten Absatz (wird vom Redner gelesen) wird beabsichtigt, die Bestimmungen über Auflösung des Arbeitsverhältnisses so zu belassen, wie sie bisher sind.

Bezüglich des dritten Absatzes (wird vom Redner verlesen) bemerke ich, daß ich nicht weiß, ob es verwaltungsrechtlich möglich ist, ihn so zu fassen. Ich habe diese Fassung abgeschrieben von dem erst vor einigen Monaten angenommenen Statut in Düsseldorf, wo es von dem Oberbürgermeister Dr. Vehler angenommen worden ist. Wenn diese Lösung nicht möglich ist, dann könnte leicht eine andere Behörde festgesetzt werden, damit die Arbeiter einen Anhalt haben, innerhalb welcher Zeit und wo sie einen Rechtsanspruch geltend zu machen haben. — Ich wurde eben darauf aufmerksam gemacht, daß ich in diesem Absatz nicht jagen darf „Oberbürgermeister“, sondern daß es besser heißt „der Stadtmagistrat“.

Der § 3 beginnt:

„Voraussetzungen der Gewährung eines Ruhelohns sind

a) Eintritt in den städtischen Dienst vor vollendetem 50. Lebensjahr.“

Dort bitte ich statt 50. „60. Lebensjahr“ zu setzen. Der Arbeiter muß überhaupt erst zehn Jahre in städtischem Dienst gearbeitet haben, ehe er Anspruch auf Ruhe Lohn hat. Es kann doch aber vorkommen, daß jemand, der von gesundem und kräftigem Körper ist, erst nach vollendetem 50. Lebensjahre in den städtischen Dienst eingestellt wird. Wenn der seit zehn Jahren gearbeitet hat, müßte er nach den alten Bestimmungen keinen Ruhe Lohn bekommen. Man kann auch nicht sagen, daß man Leute, die älter als 40 Jahre sind, nicht in den städtischen Dienst einstellen sollte. Wenn man dann den Grundsatz auch in der Privatindustrie festhielte, so würden die älteren Arbeiter fast immer auf der Straße liegen.

In § 3 b heißt es:

„eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienste nach vollendetem 25. Lebensjahre“. Hier möchte ich gesetzt sehen statt 25. „21. Lebensjahr“. Ich habe verschiedene Statuten von anderen Städten durchgesehen — Düsseldorf, Lüdenscheid und andere — dort hat man ebenfalls das 21. oder 20. Lebensjahr gesetzt. Bei uns spielt sich die Sache so ab: Wenn jemand vor dem 35. Lebensjahr arbeitsunfähig wird, so würde er, auch wenn er länger als zehn Jahre im städtischen Dienst steht, keinen Ruhe Lohn bekommen, weil er schon vor dem 25. Lebensjahr eingetreten ist. Das ist eine Härte, die man abschaffen könnte. Allerdings ist die hiesige Bestimmung dadurch etwas abgemildert, daß es im letzten Absatz heißt: „Ist die Dienstunfähigkeit eine Folge von Krankheit oder Körperverletzung, die sich der Beteiligte bei Ausübung des Dienstes oder in dessen Veranlassung zugezogen hat, so kann der Ruhe Lohn ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit gewährt werden.“

Nun weiß ich nicht, war es im vorigen Jahre — ich hatte damals noch nicht ein so großes Interesse an dieser Sache und habe mir den Fall nicht notiert —, da

kam ein Mann zu mir, der war kurz vor dem Zeitpunkt entlassen, an dem er zehn Jahre in städtischen Diensten gestanden hätte. Die Entlassung geschah aus irgendeinem Anlasse, es war keine gefährliche Sache. Der Mann klagte mir: „Jetzt hätte ich im nächsten Jahre Anspruch auf Ruhe-lohn bekommen, und nun muß ich gehen!“ — Da wäre es doch gut, wenn in das Statut als neuer Absatz zu § 4 die erste der von mir vorgeschlagenen neuen Bestimmungen hineinkäme (wird verlesen). Wenn es vorkommen sollte, daß ein Arbeiter sieben Jahre der Stadt gedient hat, und er soll wegen Arbeitsmangel entlassen werden, ohne daß ihm diese sieben Jahre angerechnet werden, so ließe sich dieser Fall in der Praxis doch vermeiden, wenn er einige Wochen oder Monate später wieder in städtischen Diensten arbeitet. Auch wenn der Magistrat auf solche Fälle sowieso Rücksicht nimmt, so schadet es nicht, wenn es auch im Statut steht.

Sodann habe ich Statuten gesehen, in denen die Militärdienstzeit bei der Berechnung der Beschäftigung im städtischen Dienst berücksichtigt wird. Deshalb bitte ich, das auch für Braunschweig jetzt zu bestimmen, und dem hierzu von mir beantragten zweiten neuen Absatz zustimmen zu wollen (wird verlesen).

In § 8 des alten Statuts steht: „Das Witwengeld beträgt vier Zehntel des Ruhe-lohns.“ Ich möchte den Magistrat ersuchen, zu erwägen, ob da nicht „fünf Zehntel“ gesetzt werden könnte. Ich habe den Antrag hierfür nicht schriftlich mit eingereicht, weil die Änderung nur ein Wort betrifft.

Nun ist in der Vorlage gesagt: „In § 10 treten an Stelle des Absatzes 2 folgende Bestimmungen.“ Damit ist gesagt, daß der ganze Absatz 1 des Paragraphen unverändert bestehen bleibt. Ich möchte über den Absatz eine Aufklärung haben. Ich fasse die Sache so auf: Wenn z. B. ein städtischer Arbeiter als Ruhe-lohneempfänger eine Invalidenversicherung bekommt, kann der Ruhe-lohn gekürzt werden, soweit diese beiden Renten 500 Mark überschreiten. Ich will eben kein großes Exempel vorrechnen, weil ich später darauf zu sprechen kommen werde, aber ich habe mir ausgerechnet, zu welchen Härten das führen kann. Darnach bin ich der Ansicht, daß wir die festgesetzte Summe auf 600 Mark erhöhen können.

Sodann heißt es in dem stehen gebliebenen Absatz 1 des § 10: „Auf Grund der Gesetze über die Unfall- und die Invaliden- und Altersversicherung“. Das könnten wir redaktionell ändern in: „nach den Bestimmungen der Reichsversicherungs-ordnung.“

In § 10 heißt es: „Stehen einem Empfänger von Ruhe-lohn, Witwen- oder Waisengeld, Bezüge aus Mitteln des Reiches . . . zu, so wird der Ruhe-lohn bzw. das Witwen- und Waisengeld um diese Bezüge gekürzt.“



Bei § 9 heißt es: „Bei Berechnung des Witwengeldes kommen jedoch anderweite Bezüge, die dem Verstorbenen nach § 10 anzurechnen gewesen wären, nicht in Abzug.“

und in § 9:

„Bei Berechnung des Waisengeldes kommen jedoch anderweite Bezüge, die auf das Witwengeld nach § 10 anzurechnen sind, nicht in Abzug.“

Ich möchte den Magistrat bitten, mitzuteilen, wie das aufzufassen sein soll. Meiner Ansicht nach wäre es richtig, bei der niedrigsten Rente, die heute nach der Reichsversicherung die Witwen und Waisen bekommen — sie beträgt am Tage 9 Pfennig für ein Kind, und die Witwe kann nur eine Rente im Höchstbetrage von 83,75 *M* im Jahre bekommen, wenn der Mann im Jahre 1912 starb — diese Bestimmung in § 10 zu streichen. Vielleicht ist der Magistrat bereit, darüber Auskunft zu geben.

**Vorsitzender:** Ich bitte, mir die letzten Anträge noch schriftlich aus und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ — 8 Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Januar 1914.

#### Tagesordnung:

1. Antrag des Stadtv. Lauer auf Einsetzung einer Verkehrsdeputation . . . . . Seite 754
2. Ausbau der Helenenstraße zwischen Gnyalsring und projektierte Straße 435 b . . . . . " 756
3. Antrag Jasper auf Nachprüfung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Desinfektoren . . . . . " 757
4. Errichtung von Kleinwohnungen . . . . . " 759
5. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore . . . . . " 761
6. Demnächstige Errichtung von Bedürfnisanstalten . . . . . " 778
7. Begründung von Anträgen und einer Anfrage:
  - a) Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der Gellerstraße . . . . . " 779
  - b) Antrag Eckhardt auf Vornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen . . . . . " 780
  - c) Zwei Anträge des Stadtv. Brenner auf Errichtung einer städtischen Spartasse . . . . . " 780
  - d) Antrag Schulze auf Ausbau der Elmstraße von der Salzdhumerstraße bis zum Friedrichsplatze . . . . . " 783
  - e) Anfrage des Stadtv. Schmidt wegen der schlechten Zustände der Pflasterung an den Übergängen und Weichen der Straßeneisenbahn . . . . . " 783
  - f) Antrag Weichsel auf Ausbau der Straße An der Katharinentirche . . . . . " 785
  - g) Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße . . . . . " 786
8. Einleitung des Zwangseenteignungsverfahrens wegen stadtseitigen Erwerbes zweier Grundflächen . . . . . " 787
9. Verlauf von Grundflächen an der Hoffstraße . . . . . " 787

|                                                                                                                               |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 10. Erwerb einer Fläche am Steinwege . . . . .                                                                                | Seite 788 |
| 11. Beitritt der Stadt in den Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt . . . . .                                          | " 788     |
| 12. Verlegung eines Gashauptrohres in der Hamburgerstraße zwischen Wendenring und Ludwigstraße . . . . .                      | " 789     |
| 13. Gewährung einer Beihilfe an den katholischen Frauenbund . . . . .                                                         | " 789     |
| 14. Gewährung eines Zuschusses an die Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“ zur Veranstaltung einer Ausstellung . . . . . | " 790     |
| 15. Instandsetzung der Rosentalbrücke . . . . .                                                                               | " 797     |
| 16. Gewährung eines Zuschusses zu den Einrichtungen von Bade- und Heizungsanlagen in den katholischen Schulen . . . . .       | " 797     |
| 17. Verkauf eines Terrainsstreifens in der Schuhstraße . . . . .                                                              | " 799     |
| 18. Abänderung der Bedingungen über die Abgabe von Wasser . . . . .                                                           | " 800     |
| 19. Anderweitige Festsetzung des Schulgelbes beim Oberlyzeum . . . . .                                                        | " 803     |
| 20. Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen zu Braunschweig . . . . .                                                   | " 804     |
| 21. Vermietung des Hauses Wendenstraße 4 . . . . .                                                                            | " 809     |
| 22. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 448 . . . . .                                                 | " 809     |
| 23. Auslegung der Fassung eines Statuts . . . . .                                                                             | " 810     |
| 24. Erklärung des Magistrats wegen Befristung der Vermögensanzeige zum Wehrbeitrag . . . . .                                  | " 810     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtbv. **Diedmann**, **Göde**, **Mohr**, **Busch**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Drei Eingaben sind an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen und im gleichen Wortlaut auch an den Magistrat.

Die erste Eingabe ist an die Versammlung gerichtet von einer Anzahl Vereine: 1. für den Haus- und Grundbesitzerverein der Stadt Braunschweig unterzeichnet von Joh. Meyerhoff, 2. für den Haus- und Grundbesitzerverein Braunschweig-West unterzeichnet von Gustav Frede, 3. für den Haus- und Grundbesitzerverein Braunschweig-Ost unterzeichnet von Fr. Wegener, 4. für das Baugewerbe unterzeichnet von Louis Eide, 5. für die Reichsschutzgenossenschaft für Handel und Gewerbe in Vollmacht des Vorsitzenden B. Waltercheid unterzeichnet von Dr. Schwalenberg, 6. für den Rabattspareverein Braunschweig unterzeichnet Friedrich Sander. Die Eingabe betrifft die Gartenstadtangelegenheit. Es wird darin ausgesprochen: „Angesichts der in diesem Schreiben hervorgehobenen Erwägungen und ernststen Bedenken sprechen sich die durch die Unterzeichneten vertretenen Vereine und Verbände gegen eine Förderung und Begünstigung der

Gartenstadt aus staatlichen oder städtischen Mitteln aufs entschiedenste aus. Es möge der kauf- oder pachtweise Erwerb von günstig gelegenen Terrains zu Schrebergärtenkolonien städtischer- oder staatlicherseits begünstigt werden."

Die zweite Eingabe ist eingegangen von dem Vorstande der Malerinnung. Sie geht dahin, die Vergebung der städtischen Arbeiten möge nur an solche Bewerber bewirkt werden, welche nicht allein Gewähr für solide Arbeit geben, sondern auch deren Angebote dem Voranschlage der Bauverwaltung am nächsten kommen, mindestens aber den Mittelpreis der gesamten Angebote erreichen. Vor allen Dingen müßte den Leistungen entsprechend der angemessene Preis maßgebend sein, das ist solcher, wie er z. B. früher in freier Vergebung auf Grundlage des von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Kostenanschlages festgestellt wurde.

Die dritte Eingabe ist vom Verkehrsverein. Sie betrifft das Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land vom 1. Februar 1911, Nr. 11 der Sammlung. Es wird in der Eingabe gebeten, daß die Stadt die Ermächtigung, die in jenem Gesetze erteilt wird, wahrnehmen möge, nämlich, daß sie ein Statut erlasse, wonach Bau- und Naturdenkmäler in der Stadt Braunschweig den Maßnahmen des Gesetzes entsprechend geschützt werden.

Wir lassen, unserem Brauch folgend, die Eingaben unerledigt, bis der Magistrat Stellung dazu genommen hat.

Sodann sind zwei Anträge eingegangen, zunächst ein genügend unterstützter Antrag von Herrn Wesemeier, der folgendermaßen lautet:

"Da der Magistrat die Eingabe des Gewerkschaftsartells über Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung abschlägig beschieden hat, so wolle nunmehr die Stadtverordnetenversammlung Stellung zu der fraglichen Eingabe vom November vorigen Jahres nehmen."

Nach Schluß der Tagesordnung wird Herr Wesemeier oder ein anderer der Herren Unterzeichner des Antrages Gelegenheit haben, den Antrag zu begründen.

Der zweite Antrag, genügend unterstützt und an erster Stelle unterzeichnet von Herrn Eckhardt, lautet:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die im Zuge des Bienröderweges belegene Brücke, welche das Publikum beim Besuche des Querumer Holzes am liebsten benutzt, eine Konstruktion derart erhält, daß dieselbe auch dann, wenn die Schunter ausgetreten ist, erreicht werden kann, um hierdurch in das Holz zu gelangen."

Auch dieser Herr Antragsteller wird nachher Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 1. Antrag des Stadtverordneten Lauer auf Einsetzung einer Verkehrsdeputation.

Stadtv. **Fride:** Der Antrag des Herrn Stadtv. Lauer lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. Der Versammlung bald eine Vorlage zugehen zu lassen, nach der eine Verkehrsdeputation, bestehend aus Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, gebildet wird, die sich — außer der Erledigung von anderen wichtigen Verkehrswünschen — die Aufgabe stellt, zu erreichen, daß die neuen Normalbahnen, die der preußische Herr Eisenbahnminister demnächst im Hochharz zu bauen gedenkt, einen solchen Lauf erhalten, daß sie eine gute Verbindung mit der Stadt Braunschweig gewährleisten.

2. Geeignete Schritte in die Wege zu leiten, damit dieser Deputation auch Mitglieder der Handelskammer und des Verkehrsvereins angehören.“

Meine Herren. Bei Abfassung des Antrages ist Herrn Lauer, und bei der Unterstützung des Antrages auch den Herren, die den Antrag mit unterzeichnet haben, entgangen, daß wir schon eine Bahndeputation haben, die — wie Ihnen bekannt sein wird — bei den Beratungen über unseren neuen Bahnhof in erfreulicher Weise mitgewirkt hat. Da der Antrag des Herrn Lauer im großen ganzen darauf hinausgeht, eine solche Deputation ins Leben zu rufen, so ist kein Grund vorhanden, zu der bestehenden noch eine andere Deputation zu schaffen. Im zweiten Teile des Antrages kommt der Vorschlag, in eine solche Deputation auch Mitglieder der Handelskammer und des Verkehrsvereins hineinzuwählen. Dem stehen verschiedene Gründe entgegen. Wenn unserer Bahnhofsdputation diese Sache übertragen ist, so ist es kaum noch nötig, außerhalb der Versammlung stehende Mitglieder ihr anzugliedern, denn diesen letzteren würden die früheren Verhandlungen nicht genau bekannt sein, und sie müßten sich in die Sache erst einarbeiten. Die vereinigte Bau- und Finanzkommission, die diese Sache gestern gründlich durchgeprüft hat, ist nicht dagegen, wenn die Deputation, die jetzt schon besteht, sich bei wichtigen Angelegenheiten ganz nach ihrem Ermessen noch verstärken würde, und dazu würde auch der Magistrat zustimmen können, aber gegen die Wahl einer neuen Deputation hat sich die vereinigte Bau- und Finanzkommission ausgesprochen. Bei dem Antrage des Herrn Lauer handelt es sich zunächst nur um die Bahnen durch den Harz. Wenn solche gebaut werden sollen, dann wird der preußische Eisenbahnminister mit einer Deputation, die keinen amtlichen Charakter hat, nicht verkehren können. Es würde dafür immer das hiesige Ministerium oder der Stadtmagistrat in Frage kommen. Schon aus diesem Grunde wäre es ein Unding, wenn man in der gewünschten Weise die Deputation

erweitern würde. Die beiden Kommissionen sind deshalb zu dem Entschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, sich folgendem anzuschließen:

„Die vereinigte Bau- und Finanzkommission empfiehlt Ablehnung des Antrages des Stadtv. Lauer. — Für den Fall, daß Bahnprojekte, gleichviel ob im Oberharz oder auf anderen Gebieten, auftauchen und die städtischen Interessen Braunschweigs in Anspruch nehmen, so hat die bestehende Bahnhofsdeputation die Angelegenheit zu begutachten und gegebenenfalls mit allen ihr zustehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die Interessen der Stadt Braunschweig in dem betreffenden Bahnbau gefördert und eine gute Verbindung mit der Stadt gewährleistet wird. — Die Stadtverwaltung ist bereit, nach wie vor dem zurzeit bestehenden Braunschweiger Verkehrsverein mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihn zu unterstützen. Auch kann event. die Deputation erweitert werden. Es empfiehlt sich, daß der Verkehrsverein event. Wünsche nicht an Magistrat und Stadtverordnete, sondern der schnelleren Erledigung wegen an die Bahndeputation richtet.“

Ich hoffe, daß der vorgeschlagene Weg Ihren Beifall findet. Es handelt sich hauptsächlich um die Unterstützung des Verkehrsvereins. Daß dieser sehr segensreich gewirkt hat, erkennen wir alle an. Er kann allerdings nicht alle Aufgaben allein erfüllen, und die Folge davon ist, daß er sich dabei an den Magistrat und die Stadtverordneten wenden muß. Um nun den Weg kürzer zu machen, empfiehlt die vereinigte Kommission, die Eingaben des Verkehrsvereins und anderer Vereine in diesen Sachen gleich der Bahnhofsdeputation zu unterbreiten, damit die Sachen schneller erledigt werden. Ich bitte, den Antrag der beiden Kommissionen anzunehmen.

**Stadtv. Lauer:** Wenn mir als neuem Mitgliede des Stadtverordnetenkollegiums nicht bekannt war, daß die Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojektes — so ist sie hier bezeichnet — noch besteht, so wird man das verstehen können, ich konnte aber nicht annehmen, daß das auch sämtlichen Mitgliedern des Kollegiums bei Stellung meines Antrages entgehen könnte. Wenn nun die Kommission sagt, daß sie die Bildung einer weiteren Deputation nicht für nötig erachtet, und gleichzeitig meint, daß die Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojektes sich von jetzt ab mit Verkehrsfragen beschäftigen soll, daß sie sich hierzu ergänzen soll, daß sie ferner Beziehungen mit dem Verkehrsverein unterhalten soll, so ist das in seinem Endeffekt dasselbe, was ich mit meinem Antrage bezweckt habe. Mir kann es gleichgültig sein, ob die Kommission oder Deputation Verkehrsdeputation oder Bahnhofsdeputation heißt. Die Hauptsache ist doch, da, wie Sie alle wissen, unser Magistrat gegenwärtig und in nächster Zeit sehr beschäftigt ist, daß in diesen wichtigen Verkehrsfragen auch von seiten der Stadtverwaltung überhaupt etwas geschieht, und daß man diese Sorge der Verkehrsfragen nicht einzig und allein dem

Verkehrsverein überläßt. Der heutige Wettbewerb unter den Städten erlaubt nicht länger, mit untergeschlagenen Armen zuzusehen, wenn neue Bahnlinien usw. in Frage stehen, falls man nicht ganz ins Hintertreffen kommen will. Es gibt eine Menge von Angelegenheiten, die der Verkehrsverein nicht allein erledigen kann. Das ist erklärlich, da seine Betätigung, wenn auch keine zufällige, so doch eine freiwillige ist und keine Verpflichtung in sich schließt. Es handelt sich um Angelegenheiten, die oft das Lebensinteresse des Gemeinwesens in sich schließen. Ich habe mir ja schon kürzlich erlaubt, als Beispiel anzuführen, welches Arbeitsquantum es verursacht, wenn man die Frage verfolgen würde, ob es möglich sei, im Jahre 1916 oder 1917 hier in Braunschweig endlich wieder einmal, und zwar unter dem Protektorat Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ernst August, eine große mitteldeutsche Ausstellung zu arrangieren. Das sind Betätigungen, die über den Rahmen eines Verkehrsvereins hinausgehen. Aus dem vorhin von mir angeführten Grunde ist es auch nicht möglich, daß der Verkehrsverein z. B. die Industrie und steuerkräftige Bürger heranziehen kann. Schon deshalb begrüße ich es, wenn nunmehr die Bahnhofsdeputation recht lebhaft in Aktion tritt und eine Instanz wird, die stets die Augen nach allen Seiten offen hält und unter der Unterstützung des Magistrats bestrebt ist, das Wohl unserer Stadt zu fördern.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der vereinigten Bau- und Finanzkommission zu.

## 2. Ausbau der Helenenstraße zwischen Chriakring und projektierter Straße 435 b.

Stadtv. **Sander:** Es handelt sich zunächst um endgültige Genehmigung des Kostenanlasses und der Kostenverteilungsberechnung für den Ausbau der Helenenstraße zwischen Chriakring und der Straße 435 b — der Plan hängt dort aus. Die Grunderwerbskosten betragen 18 500 M, die Straßenbaukosten 29 300 M. Die kostenpflichtige Straßenfront hat eine Länge von 390,96 m. Der voraussichtlich zu zahlende Anliegerbeitrag berechnet sich darnach auf 122,50 M pro laufendes Meter.

Zweitens beantragt der Magistrat, ihn zu ermächtigen, die auf dem der Vorlage beigelegten Grundpläne bezeichneten, zu 2,27 a und 94 qm vermessenen Grundflächen von der Hesse-Boßchen Stiftung, bezw. dem Rentner Eilersief zu dem angemessen erscheinenden Preise von 10 M pro Quadratmeter für die Stadt anzukaufen.

Drittens wird vom Magistrat beantragt, unsere Zustimmung zu erteilen, daß der fragliche Straßenzug zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Baukommission hat sich mit den Anträgen beschäftigt und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Stadtv. **Bunge:** Ich bin mit Genehmigung der Vorlage des Magistrats einverstanden, möchte aber doch den Wunsch aussprechen, daß, sobald die Witterungsverhältnisse es zulassen, mit dem Ausbau der Straße begonnen wird. Die Sophienstraße ist ja noch nicht ganz fertig, das wird aber nicht mehr lange Zeit in Anspruch nehmen, so daß wohl bald an dieser Stelle mit den Arbeiten angefangen werden könnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch etwas anderes vorbringen. Es ist schon von Herrn Sander gesagt, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt werden soll. Bei Straße 435 b hört dann die ausgebaute Helenenstraße auf, das übrige Terrain ist sowieso nicht bebaut, und wir sind damit zu einer Sadgasse gekommen. Ich möchte mir die Frage an den Magistrat erlauben, ob er darauf Bedacht genommen hat, in irgend einer Weise Vorkehrungen zu treffen, damit die Fuhrwerke, z. B. auch die Müllwagen, umkehren können. Der einzige Ausweg wäre, daß die Straße 435 b ausgebaut würde, entweder nach der Weststraße oder nach der Blumenstraße hin. Wenn das nicht beabsichtigt wird, dann wäre es angebracht, eine Wendestelle in der Straße vorzusehen, da das Terrain ohnehin doch einmal angekauft werden muß. Ich weiß nicht, welche Stellung der Magistrat dazu genommen hat, gegebenenfalls wäre ich bereit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Bürgermeister **Meyer:** Die Helenenstraße, deren westliche Teilstrecke ausgebaut werden soll, ist ein Interessentenweg und als solcher schon lange Zeit vorhanden. Ich darf annehmen, daß am Ende des Teiles, der ausgebaut werden soll, so viel Raum geschaffen wird, daß Fuhrwerke umwenden können. Wenn deswegen Schwierigkeiten entstehen sollten, so steht dem nichts im Wege, daß die Fuhrwerke weiter herunterfahren, wie sie das heute auch tun, denn auch in Zukunft wird die westliche Fortsetzung der Straße nicht abgesperrt werden. Etwa besondere Vorkehrungen wegen des Wendens der Wagen zu treffen, dazu liegt Veranlassung nicht vor.

Die Versammlung stimmt den drei Anträgen des Magistrats zu.

### 3. Antrag Jasper auf Nachprüfung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Desinfektoren.

Stadtv. **Loeschigt:** Der Antrag des Herrn Dr. Jasper lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Desinfektoren einer Nachprüfung zu unterziehen, die Löhne zu



erhöhen, mehr Ruhegehalt zu gewähren und die Behandlung anders zu gestalten." Die Stellung des Antrages liegt schon ziemlich  $\frac{3}{4}$  Jahr zurück. Er hat verschiedene Stadien durchgemacht, und in der Zwischenzeit hat sich schon von selbst vieles geändert. Was dann noch zu ändern war, ist auf Beschluß des Magistrats nachher geändert. Die Finanzkommission hat die Sache nochmals durchgeprüft, zunächst den Lohn.

Die Löhne sind durch die Lohndeputation folgendermaßen erhöht worden. Es bestanden früher für den Oberdesinfektor 4 Klassen mit Lohnsätzen von 1500 bis 1800 *M*, jetzt bestehen 5 Lohnklassen mit Sätzen von 1700 *M* bis 2100 *M* (vom 13. Jahre ab). Für die Hauptdesinfektoren gab es früher fünf Klassen, jetzt gibt es sechs, früher fingen sie mit 1100 *M* an und kamen bis 1500 *M*, jetzt fangen sie mit 1200 *M* an und kommen nach Verlauf des 12. Dienstjahres auf 1700 *M*. Der Stundenlohn für Hilfsdesinfektoren ist von 50 auf 60 Pfg. heraufgesetzt.

Über die Ruhezeit berichtet Kreisbranddirektor Lehmann folgendes: Jeden 4. Tag hat der Desinfektor Nachtdienst und jeden 4. Sonntag Sonntagsdienst zu übernehmen; diese Bereitschaft dient lediglich für den Infektionskrankentransport. Über das Kolonnensystem ist zu bemerken: Es kann ein Mann eine gewöhnliche Desinfektion in einem Tage allein ausführen. Sind mehrere Räume zu desinfizieren, so werden zwei Mann kommandiert. Die Nachreinigung wird heute viel sauberer als früher ausgeführt; es geht insolgedessen auch etwas mehr Zeit darauf, aber trotzdem kann ein Mann allein eine Desinfektion ausführen. Ein Beispiel für die frühere und heutige Arbeitsweise gibt eine Übersicht über die in der Husarenkaserne ausgeführten Desinfektionen. Es sind dort früher 22—26 Arbeitsstunden nötig gewesen, die von zwei Mann geleistet sind, und jetzt, wo die Kontrolle durch den Inspektor und die Oberdesinfektoren eingeführt ist, arbeitet ein Desinfektor allein, und es sind nur 9—10 Stunden Arbeitszeit nötig gewesen. Ein Kommentar dazu ist überflüssig.

Über die Behandlungsweise berichtet der Inspektor, daß ihm von einer schlechten Behandlung der Desinfektoren durch den Oberdesinfektor nichts bekannt geworden ist. Ich habe mich auch bei Herrn Kreisbranddirektor Lehmann persönlich erkundigt und dieser hat die Mitteilung bestätigt.

Über die Nachtschichten war gesagt, daß der Dienst zu anstrengend wäre. Eine über den Nachtdienst aufgestellte Tabelle gibt Aufklärung, wieviel Dienst als Begleiter für Infektionskrankentransporte im Monat, resp. im Jahr vorgekommen ist. Im Jahr 1910 sind in einzelnen Monaten gar keine, in einigen Monaten 1, in anderen 2 und nur im März 3 Krankentransporte nachts ausgeführt, im ganzen Jahre 10, ähnlich so im Jahre 1911 und 1912, wo im ganzen 11 resp. 9 Transporte ausgeführt sind. Dieser Dienst ist also eigentlich mehr eine Dienst-

bereitschaft. Die Desinfektoren werden in der Nacht nicht ausgenützt, sondern haben ihre Arbeitszeit am Tage. Darüber habe ich schon berichtet, wie jetzt die Arbeit besser ausgeführt wird und weniger Zeit dafür in Anspruch genommen wird. Auch die Bemängelung über die Behandlung der Leute erledigt sich dadurch, daß festgestellt ist, daß die Differenzen, die vorgekommen waren, aufgehört haben. Der eine der Arbeitnehmer, die seinerzeit unzufrieden waren, hat sich selbst entlassen durch Unregelmäßigkeit in seiner Dienstzeit, und wie ich mir heute habe sagen lassen, ist das Verhältnis ein gutes, wenigstens sind dem Herrn Kreisbranddirektor keine Beschwerden zugegangen seit der Zeit, als der Antrag gestellt wurde. Das Verhältnis soll gegenwärtig dementisprechend sein, wie es in der Verwaltung sein muß. Es steht den Herren jederzeit, wenn sie ordnungswidrig durch ihre Vorgesetzten behandelt werden, die Beschwerde zu, in diesem Falle an den Kreisbranddirektor Lehmann.

Die Finanzkommission hat alle diese Verhältnisse geprüft und gibt Ihnen durch mich Kenntnissnahme anheim. Die Lohnfrage ist als durch die Lohndeputation erledigt anzusehen.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Mitteilungen des Herrn Referenten.

#### 4. Errichtung von Kleinwohnungen.

Stadtv. **Rafke:** In dem Schreiben des Stadtmagistrats, welches allen Herren Stadtverordneten zugegangen ist, werden drei Fragen aufgeworfen, und zwar: 1. Wer soll bauen? 2. Wie soll gebaut werden? 3. An welcher Stelle soll mit den Bauarbeiten begonnen werden? — Bei der Behandlung der ersten Frage kommt der Magistrat zu dem Schluß, daß während der ober- und unterirdische Ausbau der in Frage kommenden Wohnstraßen stadtheitig zu bewirken sein wird, die Erbauung der Wohnhäuser denen überlassen bleiben soll, für die sie bestimmt sind, und zwar einer Genossenschaft, die sich aus städtischen Beamten und Arbeitern zusammensetzt, und deren Mitgliedschaft durch das Fortbestehen des Dienstverhältnisses bedingt wird. Zunächst aber würde sich empfehlen, um die Neigung, einer derartigen Vereinigung beizutreten, herbeizuführen, stadtheitig einige Wohnhäuser zu errichten und sie ohne Erzielung eines Gewinns zu vermieten. Für dieses Verfahren spreche unter anderem auch die Erwägung, daß man noch nicht wissen könne, welche Kosten durch die Enteignung des noch nicht erworbenen Geländeteils sowie durch Beschaffung der Wohnstraßen und der Wohnhäuser entstehen werden.

Bei der Behandlung der zweiten Frage: Wie soll gebaut werden? wird hervorgehoben, daß mit Rücksicht auf die Höhe der Bodenpreise und der Baukosten nicht daran zu denken sei, sogenannte Einfamilienhäuser zu schaffen. Sollte aber

in den Kreisen der städtischen Beamten Neigung vorhanden sein, für etwa 550 bis 600 *M* ein derartiges Einzelhaus zu ermiethen, so könnte auch auf Schaffung solcher Bedacht genommen werden. Im allgemeinen würden 2½ geschößige Gruppenhäuser den Vorzug verdienen. Hierüber hat die städtische Bauverwaltung ein Projekt mit Kostenanschlag aufgestellt, deren Pläne hier im Saal aufgehängt sind.

In bezug auf die dritte Frage: An welcher Stelle soll mit den Bauarbeiten begonnen werden? wird von der städtischen Bauverwaltung der Vorschlag gemacht, zunächst die Wohnstraße 361 a, die südlich vom Petrifriedhofe gelegen ist, ober- und unterirdisch auszubauen und an ihrer Nordseite die mittlere Gebäudegruppe aus dem Plan der städtischen Bauverwaltung, bestehend aus drei Wohnhäusern, zu errichten. Die Kosten würden sich für diese drei Wohnhäuser schätzungsweise auf insgesammt 69 750 *M* stellen. Um die ordnungsmäßige Entwässerung der Straße zu erzielen und die Anfuhr der Baumaterialien zu erleichtern, ist es erforderlich, gleichzeitig den Ausbau der Straßen 363 und 317 a vorzunehmen. Es ist darauf hinzuweisen, daß dieses ganze Projekt nur ein Vorprojekt ist, und daß die Einzelheiten, namentlich in bezug auf Wohnungsgestaltung, bei der weiteren Bearbeitung vermutlich noch einige Änderungen erfahren.

Der Magistrat ersucht, das von ihm empfohlene Vorgehen gutzuheißen und, um die baldige Inangriffnahme der Arbeiten zu ermöglichen, die Genehmigung des endgültigen Projekts der erwähnten Gebäudegruppen sowie der Straßenbauprojekte dem Magistrat im Einvernehmen mit der Baukommission zu überlassen.

In der Besprechung der Vorlage in der Baukommission wurde man sich darüber einig, daß im großen und ganzen dem Magistratsprojekte zuzustimmen sei, nicht aber den Magistratsvorschlägen in bezug auf Frage 3, sondern daß an Stelle der von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Gebäude noch andere Projekte durch eine Konkurrenz eingefordert werden, und die Ausschreibung dieses Wettbewerbes dem Magistrat gemeinsam mit der Baukommission zu überlassen. Die Baukommission gibt demnächst anheim, zu beschließen:

„Die Versammlung heißt

1. das von dem Magistrat empfohlene Vorgehen gut,
2. genehmigt die Straßenbauprojekte,
3. ersucht den Magistrat, zur Erlangung weiterer Projekte einen Wettbewerb auszuschreiben und
4. überläßt dem Magistrat, im Einvernehmen mit der Baukommission die Ausschreibung eines Wettbewerbes zu bewirken und je nach dem Ergebnis des Wettbewerbes ein endgültiges Projekt festzustellen.

Ich bitte namens der Baukommission, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich hatte den Beschluß der Baukommission etwas anderes aufgefaßt, und zwar dahin gehend, daß der Ausbau der Straßen sofort in Angriff genommen werden soll (Zustimmung durch den Referenten). Das soll also mit dem Antrage auch gesagt sein. Es würde kein Grund vorliegen, auch wenn die Häuser anders gebaut werden sollen, den Ausbau der Straßen zu ändern.

Stadtv. **Niese**: Das vom Herrn Oberbürgermeister Gesagte ist vollkommen richtig. Es war die Ansicht der Baukommission, daß selbstverständlich die Herrichtung der Straßen, ober- und unterirdisch, baldigst geschehen soll. Die Konkurrenz soll sich nur auf die Häuser beschränken, weil die Häuser der Mittelgruppe auf Grund unserer Vorschläge in der Kommission noch etwas günstiger ausgestaltet werden sollen. Das kann am besten im Wege einer Konkurrenz geschehen. Es ist nicht zu verhehlen, daß, wenn die städtische Bauverwaltung beauftragt wird, die Häuser auszuführen, die Sache etwas zu teuer kommen würde. Das spreche ich offen aus, denn die Erfahrung hat bewiesen, daß private Architekten gut eingerichtete Wohnhäuser mit geschmackvollen Fassaden billig zu bauen verstehen. Es muß bei einer solchen Konkurrenz etwas herauszuholen sein, und ich sehe nicht ein, daß den privaten Architekten hierbei nicht Gelegenheit gegeben werden soll, sich zu betätigen. Es wird ihr sehrlicher Wunsch sein, daß ihnen solche Projekte vorgelegt werden, und die Stadt wird nicht schlecht dabei fahren.

Stadtv. **Rasche**: Es soll mit dem Antrage nicht gemeint sein, daß die städtische Bauverwaltung die Arbeit nicht leisten könnte, aber eine solche Arbeit, wie sie hier vorliegt, ist so vielseitig zu gestalten, daß es wohl erwünscht ist, auch andere Kräfte dafür heranzuziehen. Ich bedaure, daß ich nicht in der Lage bin, an der Arbeit teilzunehmen, ich würde sonst nicht in der Kommission bleiben können. (Redner teilt nochmals die Anträge der Baukommission mit.)

Die Anträge der Baukommission werden angenommen.

## 5. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore.

Stadtv. **Frühling**: Die Vorlage über Aufhebung des Beschlusses, welchen die städtischen Behörden wegen des Baues einer Bedürfnisanstalt am Magnitore gefaßt haben, ist in Ihren Händen. Sie ist in eingehender Weise abgefaßt, es genügt deshalb wohl, wenn ich an Hand dieser Vorlage die im einzelnen gemachten Ausführungen erörtere, wie es auch in der Baukommission geschehen ist.

Gleich im Anfang der Vorlage ist eine sehr wichtige Mitteilung gemacht; sie bezieht sich auf den rechtlichen Punkt. Das Herzogliche Staatsministerium hat

darauf hingewiesen, „daß jedenfalls vor Ausführung des stadtseitig projektierten Baues noch die Herzogliche Polizeidirektion über die Zulässigkeit desselben an der fraglichen Stelle gehört werden müsse“. Es greift natürlich sehr stark in die Rechte der Stadt ein, wenn wir dem uns ohne weiteres zu fügen hätten. Sie werden deshalb wohl alle mit großer Genugtuung gelesen haben, daß der Magistrat in der Vorlage sich auf den Standpunkt stellt, daß er diese Verechtigung der Polizei nur so weit für bestehend erachtet, als die Benutzung von dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßengelände für Errichtung einer Bedürfnisanstalt in Frage kommt, und werden sämtlich zustimmen, wenn der Magistrat in seinem Schreiben jagt: „Wir glauben auch heute, der Herzoglichen Polizeidirektion ein weitergehendes Mitwirkungsrecht nicht einräumen zu können, und sind der Ansicht, daß, wenn ein solches von der genannten Behörde gefordert werden sollte, der Versuch gemacht werden muß, die streitige Frage im Rechtswege zum Austrage zu bringen.“ Die Baukommission hat sich einstimmig auf diesen Standpunkt des Magistrats gestellt. Wir wollten hier darauf besonders hinweisen in der Erwartung, daß auch die ganze Versammlung einstimmig diese Ansicht des Magistrats teilt. Einen Antrag stellen wir nicht und glauben, daß damit, daß diese Mitteilung ohne jeden Widerspruch durchgeht, ohne weiteres der Standpunkt der Versammlung dargelegt wird.

Wenn ich nun auf den eigentlichen Punkt der Tagesordnung eingehe, die Aufhebung unseres Beschlusses, so muß ich auf die Entstehung der Sache zurückgreifen. In der Vorlage ist schon gesagt, daß über diesen Punkt jahrelang beraten ist; das älteste Mitglied unseres Kollegiums hat gesagt, es sei 20 Jahre her, seit zuerst diese Sache aufgetaucht ist. Es geht daraus klar hervor, daß nicht aus Mangel an Fleiß und Arbeitsfähigkeit die Erledigung der Frage geruht hat, sondern daß Schwierigkeiten vorliegen, die sich durchaus nicht leicht beseitigen lassen. Die Schwierigkeit, am Magnitore eine Bedürfnisanstalt zu bauen, liegt darin, daß am Magnitore ein in jeder Beziehung passender Platz überhaupt nicht zu finden ist. Dies ist der Hauptgrund, weshalb sich die Sache hinausgezögert hat. Alle Projekte, die ausgearbeitet sind, haben eifrige Gegner gefunden und sind dadurch zu Falle gekommen. Auch den neuen Projekten ist es ebenso gegangen. Es hätte nahegelegen, von der Erbauung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore überhaupt abzusehen; dem standen aber die immer wieder von neuem geäußerten Wünsche auf Errichtung einer solchen Anstalt entgegen, die immer wiederkehrend an den Magistrat gelangt sind. Es mußte deshalb ein Resultat geschaffen werden, und das war nicht anders möglich, als daß man bei den auseinandergehenden Ansichten ein Kompromiß schloß. Auch die Wahl des dreieckigen Platzes ist nicht von allen Seiten als befriedigend betrachtet, sondern sie ist ein Kompromiß, bei dem sich die Gegner in der Kommission wie in der Versammlung überzeugt haben, daß sich ihre Meinung nicht durchsetzen ließ, und sich schließlich der Majorität gefügt haben.

Wesentlich war für uns bei diesen Verhandlungen, daß man mit der Erbauung der alten Blechbuden, die für diesen Zweck gedient haben, brechen wollte, weil diese den modernen Anschauungen in bezug auf äußere Erscheinung, auf Geruchlosigkeit und Hygiene nicht mehr entsprechen, und weil man dazu übergehen wollte, die Anstalten durch Erweiterung der Räumlichkeiten noch für andere Zwecke nutzbar zu machen, im besonderen für Anlage von Warteräumen für die Straßenbahn, für Kleinverkaufsstellen von Zeitungen, Blumen usw., für öffentliche Telephonzellen und dergl. Hierdurch wird dann gleichzeitig erreicht, daß die sehr unschönen Blechbuden verschwinden und an ihre Stelle ansehnliche, kleine Gebäude treten, Gebäude, die weder durch ihr Äußeres, noch durch Geruch und Unreinlichkeit die Nachbarschaft in unzulässiger Weise belästigen. Auch wird für Reinlichkeit und Ordnung in solchen Anstalten in ganz anderer und besserer Weise gesorgt werden können, indem sie der ständigen Aufsicht einer Wärterin, für deren Aufenthalt ein Raum in der Anstalt vorgezehen wird, unterstellt bleiben. In diesem Vorgehen sind wir nur demjenigen gefolgt, was, ich kann sagen, in allen Großstädten als zweckmäßig und den modernen Anschauungen entsprechend anerkannt ist und sich bewährt hat. Solche Anlagen werden dort nicht an Punkte gebaut, die sorgfältig versteckt sind, sondern sie liegen offen an den Verkehrswegen, so daß man sie ohne weiteres finden und benutzen kann; sie präsentieren sich auch in ihrem Äußeren nicht so sehr als Bedürfnisanstalten wie die früheren.

Wenn diese Erwägungen angemessene Berücksichtigung finden, so wird anerkannt werden müssen, daß der Beschluß der städtischen Vertreter in dieser Angelegenheit durchaus nicht etwas Ungeheuerliches darstellt, sondern nur dem entspricht, was auch in anderen Großstädten als richtig und zweckmäßig betrachtet wird, und daß seitens der Stadt alles geschehen ist, um diese nun einmal hier vom Verkehrsinteresse geforderten Anstalten so wenig unangenehm und störend wie möglich zu machen. Wir können deshalb die Ablehnung, die der Beschluß in manchen Kreisen erfahren hat, und die sittliche Entrüstung, die sich gegen die Absicht in den Eingekandts und bei den Nachbarn Luft gemacht hat, unberücksichtigt lassen in der Zuversicht, daß diese Widersacher sich mit der Zeit an moderne Anschauungen gewöhnen werden, und daß ihr Widerspruch verstummt, wenn sie sich gelegentlich einer ihrer Reisen in anderen Städten davon überzeugen, daß es dort ebenso gemacht wird, wie es hier geplant ist. Ohne Widerspruch der Nachbarschaft und der direkt davon Berührten kann eine Bedürfnisanstalt überhaupt nicht gebaut werden. Wo immer sie geplant wird, erhebt sich Widerspruch. Dieser muß aber unberücksichtigt bleiben, wenn allgemeine Interessen die Erbauung der Anstalt, wie im vorliegenden Falle, verlangen.

Etwas Neues gegen die geplante Anlage ist bisher in diesem Streite nicht zutage getreten. Alles, was bis jetzt vorgebracht ist, ist auch bei den Verhandlungen

schon vorgebracht und eingehend gewürdigt worden. Es liegt deshalb für uns keine Veranlassung vor, unsere Anschauungen in dieser Richtung wegen der vorgebrachten Beschwerden irgendwie zu ändern.

Von Bedeutung für uns ist dagegen der vom Herzoglichen Staatsministerium in dieser Angelegenheit geäußerte Wunsch. An ihm können wir nicht spurlos vorübergehen. Wir halten die Angelegenheit an sich für viel zu unbedeutend, um unsererseits gegen einen solchen Wunsch Stellung zu nehmen und gegen denselben für Durchführung unserer Absicht mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten. Aus diesem Grunde empfiehlt die Baukommission, dem Wunsche des Herzoglichen Staatsministeriums entgegenzukommen, und unseren früheren Beschluß aufzugeben. Wir empfehlen Ihnen daher Annahme des Punktes 1 der Vorlage, der lautet:

„Sich vorbehaltlich einer Einigung über den erforderlichen Ersatz damit einverstanden zu erklären, daß von Ausführung des angenommenen Projekts Abstand genommen wird.“ — Es bleibt dann vorbehalten, einen Ersatz zu schaffen.

Wenn damit der kleine dreieckige Platz an der Straßenkreuzung am Magnitoren wieder frei wird, so werden zu der Bemerkung des Ministeriums, daß dieser Platz sich in hervorragender Weise zur Aufnahme eines Denkmals eigne, doch hier noch einige Worte zu sagen sein. Die Eignung des Platzes für einen solchen Zweck wird in Künstlerkreisen durchaus nicht allseitig anerkannt. Nach modernen Anschauungen über Aufstellung von Denkmälern wird jetzt so gut wie allgemein gefordert, daß der Platz für ein Denkmal Raum und Gelegenheit geben soll, das Kunstwerk in Ruhe zu betrachten und sich ungestört in seinen Eindruck zu versenken; daß für die allgemeine Erscheinung des Denkmals ein Hintergrund, architektonisch oder landschaftlich, nötig ist, der mit dem Denkmal zusammengeht und es in würdiger und vorteilhafter Weise zur Geltung bringt. Der in Rede stehende dreieckige Platz, der auf allen Seiten vom Straßenverkehr umflutet ist, hat von alledem nichts, und wenn sachverständige Künstler hierüber gehört werden, so wird sich vermutlich ergeben, daß sie den Platz nicht allein nicht als hervorragend geeignet zur Aufstellung eines Denkmals erklären, sondern überhaupt als ungeeignet. Es wird sich deshalb empfehlen, daß diejenigen, die sich mit solchen Denkmalplänen tragen, doch erst einmal die zuständigen Künstlerkreise in ausgiebiger Weise hören, bevor sie ihre Pläne weiter verfolgen, damit nicht wieder eine Frage in die Öffentlichkeit geworfen wird, die sehr ungeklärt ist und Widerspruch herausfordert bei den meisten, die wirklich etwas davon verstehen. (Zuruf: Reiterdenkmal!) Ein Reiterdenkmal würde allerdings das schlimmste sein, was man dem Platze und dem Standbilde antun könnte.

Nun komme ich zu den Vorschlägen, die der Magistrat uns für den Ersatz der aufzuhebenden Anlage macht. Der Magistrat sagt dazu, daß als Bedürfnisanstalt

für Männer und Frauen diejenige am Steintore ausgebaut werden soll, und nimmt dann weiter Bezug auf das uns über die Anstalt am Magnitore schon unter dem 9. Mai 1908 vorgelegte Projekt, das dort ausgestellt ist. Bezüglich des ersteren Projektes sei es zweckmäßig, die Beschlußfassung bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Steintorbrücke zurückzustellen. Das ist absolut notwendig. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir im Juni 1913 bereits ein Projekt über den Umbau der Steintorbrücke hatten, das aber nochmals zurückgezogen ist, weil wir uns mit ihm nicht einverstanden erklären konnten, indem nach unserer Meinung eine günstigere Lösung für das hervorragend schöne Stadtbild dort möglich ist. Die Verhandlungen sind leider noch nicht abgeschlossen, wir hoffen aber, daß sie bald abgeschlossen werden und damit auch bald diese Frage in Erörterung genommen werden kann. Die Baukommission schlägt Ihnen also vor, sich in bezug auf die Erbauung der Anstalt am Steintore freie Hand zu lassen. Wir stimmen dem Magistrat bei, daß diese Anstalt als Ersatz dienen kann; wie sie aber auszubauen ist, muß sich erst ergeben mit der Gestaltung der Steintorbrücke.

Nun käme als letztes noch der Magistratsantrag, an das Magnitor nur eine Blechbude zu setzen, und zwar sie bei dem Durchgang an das Museumsgebäude anzubauen. Das Projekt ist dort ausgestellt. Dieses Projekt ist 1908 abgelehnt. Es spricht dagegen, daß dem einen Zimmer des Museums, welches im Erdgeschoß liegt, durch Verbauung des einen Fensters das Licht genommen wird, und daß dieses Zimmer einer unserer bevorzugtesten Ausstellungsräume im Museum ist. Es enthält das niedersächsische Bauernhaus mit dem alten Herde und der Diele. Wenn das betreffende Fenster zugebaut ist, hat der große und lange Raum nur ein einziges Fenster, denn das im Durchgang ist nicht mitzurechnen. Dadurch würde der Raum aufs schwerste geschädigt werden. Außerdem sind Bedenken vorhanden, daß die Ammoniakgase, die aus der Blechanstalt aufsteigen, den Verputz des Gebäudes angreifen und dadurch Beschädigungen an dem Bauwerk entstehen könnten. Die Baukommission kann sich nicht dazu entschließen, dieses schon früher abgelehnte Projekt zu empfehlen. Wir haben uns aber enthalten, andere Vorschläge zu machen, weil es eben schwierig ist, sich über die Sache zu einigen. Eine ganze Anzahl von Vorschlägen sind in der Baukommission besprochen, wir haben aber geglaubt, dem Magistrat überlassen zu müssen, wenn er glaubt, an das Magnitor eine Anstalt hinbringen zu müssen, uns darüber eine neue Vorlage zu machen.

Es würde dann in Frage kommen, ob man nicht die Aufstellung des besseren Gebäudes auf den großen Platz vor dem Museum verschiebt, was aber ebensoviel Gegner hat wie die Aufstellung auf dem dreieckigen Platz. Es sind auch noch viele andere Vorschläge gemacht; wir haben sie dem Magistrat als unsere Meinung zur gefälligen Benützung empfohlen, glauben aber nicht in der Lage zu sein, den



Herrn einen direkten Vorschlag machen zu können. Infolge dessen empfehlen wir, von Punkt 2 nur anzunehmen:

„Zuzustimmen, daß ein Erjaß in der Weise angestrebt wird, daß eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen an der Steintorbrücke errichtet wird,“

und das übrige zu streichen.

Punkt 3 empfiehlt die Kommission abzulehnen. Er lautet:

„Das nebst Kostenanschlag vorgelegte Projekt vom 28. April 1908 zu genehmigen und die zur Ausführung erforderlichen 2700 *M* zu Lasten des Kap. IX des ordentlichen Stats zu verwilligen.“

Stadtv. **Friede:** Nach dem ausführlichen Referat bleibt mir nur übrig zu sagen, was mir klar aus der Sache hervorzugehen scheint. Wir haben jahrelang — ich für meine Person zirka 11 Jahre — daran mitgearbeitet, diese Bedürfnisanstalt unterzubringen, und endlich ist ein Beschluß zustande gekommen. Der Magistrat hat durch die Sache viele Mühe und Scherereien gehabt und die Stadtverordneten auch. Jetzt ist endlich festgestellt, daß die Anstalt notwendig ist, wo sie aber hinzubringen ist, das hat uns lange beschäftigt. Jetzt ist der Beschluß, wenn auch, wie der Herr Referent schon sagte, nicht mit allgemeinem Einverständnis, gefaßt. Der Magistrat hat sich entschlossen, den Stadtverordneten einen Bau vorzuschlagen, der 9000 *M* kostet — da kann man doch nicht sagen, daß das die Gegend verunschönen sollte. Die Anlage wird von den städtischen Behörden genehmigt, es werden 1000 *M* in den Grund hineingesteckt, und nun kommen einige ältere junge Damen, die dort spazieren gehen, und schicken Eingelands an die Zeitungen, auf die der Minister aufmerksam geworden ist. Da verfügt der Minister mit einem Federstrich — ich fasse das so auf, wenn er auch nicht verfügt hat, da er das nicht kann — er gibt also die Anregung, daß der Magistrat die Sache zurückziehen muß. (Zuruf: Muß!) Wenn auch nicht muß, so doch in Wirklichkeit zurückzieht. Das halte ich für vollständig unschön. Wenn ich als Vertreter der Bürgerschaft meine Überzeugung ausgedrückt und für die Sache gestimmt habe, dann nehme ich auf Wunsch des Ministeriums nicht meine Stimme zurück, sondern bleibe bei meiner Abstimmung. Ich gebe zu, daß es eine Kleinigkeit ist, und daß sie es nicht wert ist, einen Streit mit dem Minister herbeizuführen. Aber der Appetit kommt mit dem Essen. Wenn wieder einmal Ähnliches vorkommt, möge sich das Ministerium versehen! Es sind öffentliche Sitzungen in der Sache abgehalten, alles ist klipp und klar vorgetragen. Wenn es dem Ministerium nicht paßte, dann konnte dem Magistrat ein Wink gegeben werden, damit die Beschlußfassung nicht zustande kam. Ich erkläre, daß ich nicht mit der Zurücknahme unseres Beschlusses einverstanden

bin und demnach dafür stimmen werde, daß die Anstalt in der geplanten Weise ausgeführt wird. Der Magistrat arbeitet solche Sachen aus, das Stadtbauamt wird damit beauftragt, viele Sitzungen werden darüber abgehalten und mancherlei Schwierigkeiten überwunden. Dann heißt es einfach: Es wird nicht gemacht! Wo bleibt da die Arbeitskraft von uns allen?

**Stadtv. Stegmann:** Ich stehe auf dem Standpunkte meines Herrn Vorredners. Weder die lange Begründung des Magistrats noch die Ausführungen des Herrn Referenten der Baukommission können mich zu der Ansicht bringen, daß wir dem Beschlusse des Magistrats, die Anstalt nicht zu bauen, beitreten sollen. Nachdem so viele Jahre darum gekämpft worden ist, und nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß gefaßt hat, die Anstalt auf jenem Plage zu errichten, und die Arbeiten dafür jetzt im Gang sind, diese wieder zu inhibieren, das geht doch nicht an. Man darf ja Schöppenstedter Streich hier nicht sagen, aber richtig ist es, daß es ein solcher Streich wäre. Ich bezweifle, daß „weite Kreise der Bevölkerung“, wie es in der Vorlage heißt, mit dem Beschluß nicht einverstanden sind. Ich glaube, daß die meisten Bürger für Errichtung der Anstalt sind, und auch die meisten Stadtverordneten waren seit Jahren dafür. Da kann man nicht sagen, mit einem Male schiene eine große Mehrheit gegen unseren Beschluß zu sein. Es sind nur die paar Anwohner dort, die dagegen sind, und dieserhalb dürften wir nicht einen solchen Beschluß, der im Interesse der Allgemeinheit liegt, umstoßen. Ist es richtig, wenn die allgemeinen Interessen hinter den Interessen einiger dortigen Anwohner zurücktreten sollen? Stets ist es so gewesen, daß das Einzelinteresse hinter dem der Gesamtheit hat zurücktreten müssen. Es paßt nur den Herrschaften nicht, daß auf diesen Platz eine Bedürfnisanstalt hingebaut wird; es ist nur falsche Brüderie, und der sollte man keinen Vorschub leisten. Daß die Notwendigkeit, eine Bedürfnisanstalt in dieser Gegend zu errichten, vorliegt, braucht wohl nicht mehr erwähnt zu werden, daß es eine Verunstaltung des Platzes werden könnte, kann auch nicht behauptet werden. Es ist schon früher ausgeführt, daß an einem solchen Bau, wenn er von Sträuchern umgeben wird, niemand Anstoß nehmen kann. Damit, daß eine Anstalt an der Steintorbrücke errichtet wird, bin ich einverstanden, aber ich sehe sie nicht als einen Ersatz für diese Anstalt an. Am Steintor ist ein solch starker Verkehr von der Helmstedterstraße, Adolf- und Parkstraße her, daß sie dort sehr dienlich und notwendig ist. Ich bin dafür, daß diese außerdem errichtet wird, und spreche mein Bedauern aus, gerade wie der Herr Vorredner, daß der Magistrat auf einen Wink von oben her, nachdem das Ministerium angeblich einen Wink von höchster Stelle erhalten hat, umgefallen ist. Das finde ich nicht im Interesse der Stadt gehandelt, und es ist um so unverständlicher, als die Anstalt schon im Bau begriffen war und 1000 M in die

Arbeiten schon hineingesteckt waren. In welche Lage kommen wir? Es wird so lange geredet über das Projekt, es wird endlich angenommen, die Anstalt wird angefangen zu bauen, und dann kommt der Minister und, wie schon gesagt, mit einem Federstrich wird die Sache umgeworfen. Der angebliche Wunsch scheint Befehl zu sein, so daß die Sache inhibiert wird. Solch ein Verfahren halte ich für verkehrt. Ist denn das Ministerium der Stadt gegenüber so entgegenkommend? Viele Beispiele könnte ich anführen, daß das Ministerium den Wünschen der städtischen Bevölkerung durchaus nicht entgegengekommen ist, wir aber sollen gleich zusammenknicken, wenn von dorthier ein Wunsch kommt. Der betreffende Platz gehört doch der Stadt, wenn auch die Wallanlagen dem Staate gehören. Entweder wir haben selbst zu bestimmen, wohin unsere Bedürfnisanstalten gebaut werden sollen, oder wir haben es nicht. Wenn das erstere der Fall ist, aber so, daß der Einspruch des Ministers oder des Herzogs genügt, den Plan umzuwerfen, dann können wir uns begraben lassen. Der Fall liegt aber so, daß wir über diesen Platz, der städtisches Eigentum ist, selbst zu verfügen haben, wir bauen die Anstalt dahin, wohin wir es wollen. Wenn wir den Bau beschlossen haben, dann wollen wir auf diesem Standpunkte bestehen bleiben. Ich bitte, im Interesse der Allgemeinheit dem Magistratsantrage nicht zuzustimmen.

**Bürgermeister Meyer:** Nachdem die Sache schon Jahre hindurch eingehend besprochen ist, kann es dem Magistrat nicht verargt werden, wenn er die jetzt gestellten Anträge in eingehenden Darlegungen erläutert. Auf eins möchte ich besonders hinweisen: der Magistrat hat auch früher nicht auf dem Standpunkte gestanden, daß er diesen Platz als geeignet für Anlage einer Bedürfnisanstalt halte, sondern er hat einen anderen Platz in Vorschlag gebracht, der jedoch von Ihnen verworfen ist. Ich stimme dem Herrn Referenten zu: das Resultat der Verhandlungen über die Anlage ist als ein Kompromiß anzusehen. Der Magistrat hat, um die Sache zustande zu bringen, auf den Wunsch der Stadtverordnetenversammlung Rücksicht genommen. Ein Umfallen des Magistrats gegenüber seiner früheren Meinung ist daher in der Einbringung der Vorlage nicht zu erblicken. Daß die Einstellung der Arbeit als Schöppensiedter Streich angesehen werden soll, kann ich nicht zugeben. Wenn von einer Stelle, auf deren Wünsche der Magistrat glaubt achtgeben zu sollen, die Anregung gegeben wird, man möchte von Durchführung eines bestimmten Beschlusses absehen und die Sache erneut zur Verhandlung stellen, so ist bei Lage der Sache als selbstverständlich gegeben, daß die Arbeit nicht fortgeführt und dadurch eine Änderung unmöglich gemacht wird. Ich bin überzeugt, auch mein Herr Vorredner würde, wenn er unter ähnlichen Verhältnissen zu verfügen hätte, in gleicher Weise gehandelt haben.

Weiter möchte ich bemerken, daß es wohl nicht richtig ist, wenn gesagt wird, die Anlieger wären schuld daran, daß die städtischen Behörden erneut vor die

Frage gestellt werden, ob die Anstalt dahin gestellt werden soll. Es ist zwar richtig, den Anstoß haben die Anwohner durch bestimmte Eingaben gegeben, aber nicht der Wunsch der Anlieger, sondern der Wunsch des Ministeriums ist für den Magistrat das Bestimmende. Die Wünsche der Anlieger sind im Magistrat schon früher zur Sprache gekommen — sie sind aber abgewiesen aus den von dem Herrn Referenten vorgetragenen Gründen. Der Magistrat hat die Ansicht, daß am Magnitore eine Bedürfnisanstalt nötig ist, aber er ist auch weiter der Ansicht, daß die Anlieger auch bei Auswahl einer anderen Stelle nicht zufrieden sein werden. Einsprüche werden auch dann zu erwarten sein, wenn dem Wunsche des Magistrats entsprechend eine Verschiebung in der Lage der Anstalt eintreten sollte.

Nun ist in der Magistratsvorlage empfohlen, den vorgeschlagenen Ersatz in der Weise zu treffen, daß man die Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen in die Nähe der Steintorbrücke setzt. Das hat der Magistrat um deswillen im großen und ganzen als einen vollen Ersatz unterbreiten zu können geglaubt, weil bei der Nähe dieser beiden Punkte schwerlich jemand der Überzeugung sein kann, daß zwei gleiche Bedürfnisanstalten so nahe beieinander für den öffentlichen Verkehr notwendig sind. Wenn bei der Steintorbrücke eine Anstalt eingerichtet ist, braucht 250—270 Meter entfernt davon nicht eine zweite gleichartige Anstalt zu stehen. Wir waren im Magistrat der Ansicht, daß dann am Magnitor an Stelle der größeren Anstalt ein Bissoir genügen müßte, und haben deshalb beantragt, daß das Ihnen hierüber früher vorgelegte Projekt nunmehr angenommen werden möchte. Das hat zu meinem Bedauern die Baukommission abgelehnt.

Der Platz, der vom Magistrat empfohlen wird, hat den großen Vorzug, daß er hart am Verkehr und gleichwohl versteckt liegt. Ich habe die Überzeugung, daß der Museumsbau durch den Anbau nicht leiden wird, weil er in Folge seiner kleinen Dimensionen unbeachtet bleiben wird. Gewisse Bedenken sind allerdings vorhanden. Wir sagen uns nur: Da gegen jeden Platz Bedenken vorliegen, wird man sich schließlich mit den Bedenken gegen einen Platz, der sonst geeignet erscheint, abfinden müssen. Selbstverständlich muß zuvor das Für und Wider gegeneinander abgewogen werden.

Es ist schon vom Herrn Referenten darauf hingewiesen, daß dem in der Ecke des Museums gelegenen Ausstellungsraume durch den Bau Licht entzogen würde, doch ist in der Vorlage gesagt, daß das durch die Lichtentziehung geschädigte Gelaß ein Ausstellungsraum untergeordneter Bedeutung sei. Der Herr Referent hat das bestritten. Ich glaube aber doch, daß dieser Raum heute im Museum von untergeordneter Bedeutung ist. Das liegt in der Hauptsache daran, daß er heute schon keine ausreichende Belichtung hat, sodann aber auch an der Art der Gegenstände, die dort ausgestellt sind. Ich will nicht sagen, daß die Gegenstände nicht der Ausstellung wert wären, aber sie könnten ebenso gut in jedem anderen Raume

ausgestellt werden, und es ist nicht notwendig, daß sie in diesem Räume verbleiben. Vor allem ist nicht notwendig, daß sie eine volle, helle Beleuchtung haben — und schlimmstenfalls kann durch künstliches Licht ausreichende Abhilfe geschaffen werden.

Wenn die Majorität der Versammlung der Ansicht zustimmen sollte, daß der Wunsch des Ministeriums berücksichtigt werden müßte, so empfehle ich, auch dem weiteren Vorschlage des Magistrats zuzustimmen, daß das Ersazpissoir an die Ecke des Museums gesetzt wird. Als andere Stelle dafür würde nur in Frage kommen können der große dreieckige Platz, der vor der Nordfront des Museumsgebäudes liegt. In bezug hierauf ist jedoch der Magistrat der Meinung, daß die Anstalt hier viel ungünstiger auf den Gesamtanblick des Museums- und Archivgebäudes wirken würde, als an der in Vorschlag gebrachten Stelle. Ich ersuche sie deshalb, wenn die ersten Anträge des Stadtmagistrats angenommen werden, auch dem Antrage 3 zuzustimmen.

**Stadtv. Dr. Henting:** In der vorliegenden Frage stehe ich auf einem entgegengesetzten Standpunkt wie Herr Fricke und Herr Stegmann. Ich glaube: Wenn die Übersicht über die Stellen, wo Bedürfnisanstalten geplant sind — die uns erst wenige Wochen später zuing, nachdem wir den Beschluß der Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore gefaßt hatten — ein paar Wochen früher gebracht wäre, ehe wir über diesen Platz zu entscheiden hatten, dann hätten wir bestimmt anders entschieden. Ich für mein Teil habe erst aus dieser Zusammenstellung ersehen, daß die Baubehörde demnächst eine Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter an der Steintorbrücke einzurichten beabsichtigt. Vorhin ist mit Recht hervorgehoben, daß es wirklich ein Schöppensiedter Streich wäre, so nahe beieinander, nicht einmal 300 Meter voneinander entfernt, solche teuren Anstalten hinzusetzen. Herr Stegmann hätte wohl recht mit seiner Meinung über den Platz, wenn er zwanzigmal so groß wäre. Er sagte auch selbst, man lege gern solche Anlagen dahin, wo sie durch Gebüsch verdeckt werden.

Nun will ich wohl zugeben: Wenn die Anstalt nach dem aufgestellten Plane errichtet würde, so würde das eine Verschandelung des Platzes nicht sein, und ich habe deshalb damals, wenn auch mit schwerem Herzen, der Anlage zugestimmt, bin aber jetzt ganz entschieden für Aufhebung des Beschlusses und bitte die Herren, entgegen den Äußerungen der beiden letzten Herren Stadtverordneten, die das Wort ergriffen haben, für die Magistratsvorlage, wie sie uns hier gemacht ist, einzutreten. Ich glaube, es ist auch nicht notwendig, wie der Herr Bürgermeister meinte, daß an dem Museum ein einfaches Pissoir errichtet wird. Wenn dort am Steintor eine entsprechende Anstalt hergestellt wird, so glaube ich, daß sie auch dem Verkehr am Magnitore wird dienen können, und für ganz eilige

Fälle findet sich wohl eine Stelle, wo jemand seinen Gefühlen freien Lauf lassen kann. (Heiterkeit.)

Bezüglich der Anlage am Steintore habe ich den Wunsch, daß im Falle uns seitens des Ministeriums ein Stückchen vom Theaterpark zur Verfügung gestellt würde, der Eingang für Frauen nicht, wie es nach der Vorlage den Anschein hat, von der Straßenseite aus gewählt wird, sondern aus ästhetischen Gründen von der Parkseite aus, während die Abteilung für Männer so bleibt, wie sie geplant ist.

**Vorsigender:** Ich bitte, doch unsere gute Nachbarstadt Schöppenstedt nicht in dem Sinne, wie es meistens der Fall ist, hier in die Debatte hineinzuziehen. Wenn jetzt aber unsere Nachbarstadt gerade mit der Bedürfnisanstalt zusammengebracht wird, so ist das doppelt hart. Ich möchte freundlichst bitten, diese Anspielungen zu unterlassen.

**Stadtv. Niese:** Es ist für Braunschweig bezeichnend: Wir bauen beinahe 25 Jahre an unserem Bahnhofe, und ebenso lange bauen wir an einer Bedürfnisanstalt am Magnitore. Ich glaube, es gibt kein städtisches Parlament in der Welt, wo auf dieses untergeordnete Ding, das doch so notwendig ist, so lange Zeit verschwendet wird wie hier in Braunschweig. Wenn hier hervorgehoben ist, es dauere schon 20 Jahre, so kann ich behaupten, es ist noch etwas mehr Zeit darüber verflossen. Ich könnte Ihnen die ganze Geschichte vordekklamieren, meine aber, unsere Zeit ist dafür zu kostbar. Auf dem Magnitkirchhof hat man die Anstalt zuerst errichten wollen, und als wir nun am Magnitor endlich angefangen haben zu bauen und die Sache im vollen Gange ist, da kommt das Ministerium und sagt: Nun zieht weiter mit eurer Anstalt! Das geht meiner Überzeugung nach denn doch zu weit. Das ist mir zu bunt, und deswegen können Sie begreifen, daß ich in der Kommission auch mit zu denen gehörte, die dafür waren, daß der Beschluß bestehen bleibt. Der einzige Lichtblick in dieser Sache, die mir sonst gar nicht gefällt, ist die Ansicht des Magistrats über die Befugnis der Polizei in dieser Angelegenheit.

Was nützt uns jetzt die Verweisung der Brücke an das Steintor? Wann werden wir da eine Bedürfnisanstalt erhalten? Das ist in weite Ferne gerückt. Richtig gewesen wäre es, wenn damals beim Bau der Leonhardbrücke ein Pissoir mit in das Projekt eingelegt wäre. Wenn man den Vorschlag, wie ihn der Magistrat macht, einen Blechkasten aufzustellen, ausführen will, warum stellt man ihn nicht links auf den grünen Platz, für den ich seinerzeit, als es sich darum handelte, ihn instand zu setzen, vorgeschlagen habe, ein Häuschen hinzusetzen. Mit einem chinesischen Dache versehen, würde dies den Platz nicht verunziert haben. Ich habe Ihnen aber heute keine anderen Vorschläge zu machen, weil ich mir sage, daß diese Anstalt dahin kommen muß, wo beschlossen ist, sie aufzubauen.

Der Lichtblick, der mich interessiert, ist, daß der Magistrat einmal ein ziemliches Rückgrat gezeigt hat insofern, daß er sich nicht einfach dekreten lassen will, wohin er seine Anstalten baut. Das Herzogliche Staatsministerium stützt sich auf seine Unterinstanzen, die Polizei hat uns erst zurechtzuweisen. Schließlich müßten wir noch fragen, ob wir unsere Säkalien nach dem Kieselgut bringen dürfen. In die Befugnisse der Polizei will ich da nicht hineinreden, wo sie für Ordnung zu sorgen hat, aber dagegen, daß sie in unsere städtischen Befugnisse hineinreden will, müssen wir protestieren.

Im übrigen muß ich ersuchen, vollständig auf dem Standpunkte stehen zu bleiben, den wir früher eingenommen haben: Die Anstalt ist dort geplant und wird fertiggebaut. Wenn die Leute Interesse daran haben, dort Denkmäler hinzustellen, so ist das ein Zukunftsbild, aber eine Notwendigkeit ist eine Bedürfnisanstalt an dieser Stelle. Ich rechne mit der Wirklichkeit, und darum möchte ich bitten, nicht den Magistratsantrag anzunehmen und zu beschließen, die angefangene Bedürfnisanstalt weiterzubauen.

**Stadtv. Hartung:** Es ist schwer, über verschiedene Geschmacksrichtungen zu streiten. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Henking, daß ich anders beschlossen hätte, wenn uns das Verzeichnis früher eingehändigt wäre, denn ich habe aus Überzeugung für die Sache gestimmt und meine, daß es nicht richtig ist, in dem Aufbau der Anstalt an dieser Stelle eine Verschimpfung der Straße zu sehen. Man hat keine Bedenken getragen, selbst auf der berühmten Straße Unter den Linden in Berlin derartige Anstalten aufzustellen, obgleich prächtige Gebäude auf beiden Seiten der Straße stehen. Es hat seine großen Bedenken, wenn dieses Projekt am Magnitor wieder rückgängig gemacht wird. Es wird ein Präzedenzfall werden, und wir werden nicht ein einziges dieser Institute aufstellen können, ohne daß Proteste kommen. Ich erinnere daran, daß auch das Projekt am Steintor schon die Kritik eines eifrigen Mannes in der Zeitung herausgefordert hat.

Ob nicht ein solcher Bau am Museum unangenehmer in die Augen fällt als der von uns angenommene, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich werde aber trotzdem für den Magistratsantrag in der Beschränkung der Kommission stimmen, weil wir bei unseren Eigentumsverhältnissen an der Promenade und anderen Straßenzügen Veranlassung haben, auf den ausgesprochenen Wunsch des Ministeriums Rücksicht zu nehmen. Weiter sage ich mir, daß die Sache nicht für so außerordentlich schwerwiegend zu halten ist. Es ist doch wenig von Bedeutung, ob die Anstalt da oder dort hinkommt.

Was die kleine Anstalt am Museum, die vom Magistrat vorgeschlagen wird, anbetrifft, so bin ich gegen ihre Aufstellung. Es wird gesagt, sie falle nicht in die

Augen. Wenn man auf der Promenade geht, sieht man sie ja überhaupt nicht, wenn man aber vom Sandweg kommt, so ist sie einem direkt vor die Augen gestellt. Im übrigen halte ich auch dafür, daß in die Gegend eine Anstalt für Männer gebracht werden müßte. Ich sehe nicht ein, warum sie nicht auf den großen Platz zwischen Gewerbeschule und Archiv, der jetzt als Lagerplatz gebraucht wird, gestellt werden soll. Für diejenigen Leute, die über die Promenade nach dem Monumentplatz gehen, liegt sie da ebenso gut, wie eine Anstalt auf dem Löwenwall selber, und wenn sie für das Publikum, das zum Magnitore hinausgeht, nicht direkt an der Straße liegt, so weiß doch jeder, der dort verkehrt, wo er die Anstalt zu suchen hat. Indem eine Anstalt von der gewöhnlichen Form auf diesen Platz gebracht würde, wäre die Frage am einfachsten gelöst.

Stadt v. **Rasche**: Ich bin sehr für Erhaltung des grünen Platzes, natürlich ohne Bauplanke, und glaube auch, daß eine Stelle für eine der fraglichen Anstalten gefunden werden kann, ohne daß die Nachbarschaft und verschiedene Gebäude geschädigt werden. Es ließe sich im Zuge des Mischlagers und am Magnitore nach der Leonhardstraße ein Gebäude aufstellen, in dem man vorn eine Wartehalle baut und hinten ein Pissoir anbringt, so daß es wirklich nicht störend ist. Ein solches Gebäude liegt da bedeutend besser als auf dem freien Platze und tritt weniger in Erscheinung. Außerdem steht es dann auf einer Hauptstraße, und das ist wichtig. Kleiner kann eine solche Anstalt eingerichtet werden, wenn man in Aussicht nimmt, am Steintore eine größere Anstalt zu bauen. Darum möchte ich empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, ein ferneres Projekt vorzulegen.

Stadt v. **Loeschigt**: Herr Rasche hat mir ganz aus der Seele gesprochen. So wichtig die Anstalten sind, so wichtig ist es doch auch, daß wir uns deswegen nicht mit dem Ministerium anlegen sollen. Wir sind bei der Steintorbrücke auf das Ministerium angewiesen, und umgekehrt kommen wir hier dem Ministerium entgegen. Ich bin auch bereit, zuzustimmen, daß ein Pissoir in der Magnitorgegend angelegt wird, und nach der Anregung des Herrn Rasche muß das auch wunderbar schön gehen. Sehen Sie sich an, wie man heute in Berlin und in Hannover solche Abortgebäude baut. Das sind niedliche Häuschen, vorn werden Zigarren und Blumen verkauft, und wie Herr Rasche vorschlägt, soll eine Wartehalle damit verbunden werden. Solches Häuschen würde dort nach zwei Seiten an einem sehr frequentierten Straßenzuge liegen, und was für mich die Hauptsache ist, es würde nicht im Wege stehen und würde nicht das Museum in seinem architektonischen Eindruck beeinträchtigen. Wenn man die Anstalten sieht, die in der Nähe des hannoverschen Theaters vor 20 Jahren gebaut sind, dann muß man sich wundern, daß man hier noch nach einem Platze sucht. Herr Rasche will mit wenig Mitteln etwas Gutes und doch Verstecktes erreichen, und dem möchte ich zustimmen.



Stadtv. **Meyerhoff**: Ich gehöre auch zu denjenigen in der Kommission, die, wenn sie auch stark sind, diesmal doch zurückweichen wollen, denn wegen dieser Sache will ich die Stadt nicht mit dem Ministerium oder mit anderen Behörden anlegen. Aber in bezug auf die Zukunftsmusik, daß die Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke erbaut wird, da stimme ich Herrn Riefe zu; das steht noch in etwas nebelgrauer Ferne. Wir wissen nicht, wieviel Raum wir bekommen, und wissen nicht, in welcher Größe wir dort eine Anstalt auführen können, wissen nicht, welche Einreden von der Herzoglichen Museumsverwaltung kommen werden, wir wissen nicht, wie sich die gegenüberwohnenden Anlieger stellen werden. Trotzdem bin ich für den Kommissionsantrag. Allerdings, wer den fraglichen Platz für wunderschön findet, der hat ihn nicht in Augenschein genommen. Das Wunderschöne an ihm ist die Pyramideneiche, die dort steht. Früher stand eine Seltersbude auf dem Plage; sie war halb verfallen, aber keiner hat Anstoß daran genommen. Wenn nun aber die Herren und Frauen Anlieger — denn ich glaube, um letztere Kategorie dreht es sich am meisten — das gern wollen, und das Ministerium tritt dafür ein, so wollen wir ihm gern entgegenkommen in Rücksicht auf spätere Zeiten.

Was aber die Blechbude anlangt, die am Museum geplant ist, so möchte ich bitten, diese unbedingt und einstimmig zu verwerfen, denn dadurch wird das Museum verschandelt. Es hat bisher keiner der Herren, auch der Herr Referent nicht, darauf hingewiesen, daß die Ammoniakdünste, die sich in solchen Anstalten entwickeln, sehr störend sind. Gegenüber der Anstalt sitzt der Archivar und der Museumsdirektor. Ist es für die Herren, die täglich dort arbeiten müssen, ein so schöner Anblick, auf diesen Punkt zu schauen, und ist es für sie angenehm, die Dünste einzuatmen? Die würden sich auch wieder beschweren, und mit Recht. Es läßt sich nur über die Frage hinwegkommen, wenn auf dem Rasenplatze vor dem Museum eine kleine Anstalt hingebaut wird. Dann liegt sie im Zuge der Straße, und jeder kann sie finden. Sie kann ja auch umpflanzt werden. Für mich aber ist die Hauptsache, daß sie nicht versteckt liegt, auch der Fremde soll das Haus finden können, wie das in anderen Städten gerade so ist. Ich möchte Sie bitten: Stimmen Sie dem Kommissionsantrage zu und weichen Sie um des Friedens willen zurück. Aber auf den Rasenplatz lassen Sie uns eine kleine Anstalt nach unserem Geschmack hinsetzen.

Stadtv. Dr. **Boge** beantragt Schluß der Besprechung.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich möchte bitten, die Sache noch weiter zu erörtern, denn ich habe die Überzeugung gewonnen, daß durch die ablehnende Haltung der Kommission in bezug auf das, was als Ersatz vorgeschlagen wird, die Lösung der Frage erschwert wird. Ich befürchte, daß mehrere der Herren nun

sagen werden: „Wir wünschen, daß die Anstalt so, wie sie beschlossen ist, ausgeführt wird, weil uns nicht gleichzeitig ein angemessener Ersatz geboten wird.“ Deshalb sollte es überlegt werden, ob nicht im Schoße der Kommission noch einmal eingehend die Plätze geprüft werden, die als Ersatzplätze in Frage kommen können. Wenn insbesondere eine Mehrheit sich dafür finden sollte, den Platz, den Herr Hartung erwähnt hat (zwischen dem Archiv und der Gewerbeschule) anzunehmen, dann wird der Magistrat jedenfalls sagen — wir haben allerdings noch nicht darüber beschlossen, aber ich glaube, das aussprechen zu können —: „Er liegt zwar ungünstiger als alle andern hier erwähnten Plätze, aber um aus der schwierigen Lage herauszukommen, wollen wir doch einem solchen Wunsche nachgeben.“ Wenn hier aber kein positiver Vorschlag über einen Ersatzplatz gemacht wird, so fürchte ich, geht die Sache einen schiefen Gang, und wir möchten allerdings — das will ich nochmals hervorheben — wegen dieser nicht so sehr wichtigen Sache eine Differenz mit dem Ministerium vermeiden. Es kann keine Rede davon sein, daß wir ohne weiteres umfallen, wenn das Ministerium einen Wunsch ausspricht, aber wir haben so viel Berührungspunkte und sind in so vielen Fragen auf das Entgegenkommen unseres Ministeriums angewiesen, daß wir allerdings Veranlassung haben, eine Differenz wegen einer solchen Sache zu vermeiden.

**Vorsitzender:** Ich nehme als Wunsch der Versammlung an, daß die Debatte weitergeht. Nachdem übrigens ein Magistratsvertreter das Wort ergriffen hat, ist dadurch schon die Debatte aufs neue eröffnet.

**Stadtv. Stegmann:** Es wurde vom Herrn Bürgermeister als Verschwendung bezeichnet, wenn wir außer dieser Anlage am Steintor noch eine Anstalt am Magnitor errichten würden. Ich meine, es wäre ein idealer Zustand, wenn an allen Ausgängen der Stadt solche Anstalten errichtet würden. Ich denke dabei an die Sonnenstraße, an das Petritor usw. überall dort ergießt sich der Menschenstrom zur Außenstadt. Was das Magnitor betrifft, so scheint es so dahingestellt zu werden, als ob es nur Spaziergänger wären, die diese Anstalten benutzten, und daß die wohl den kleinen Weg zum Steintor hin machen könnten. Das ist doch nicht der Fall. Bedenken Sie, was für ein riesiger Menschenstrom sich vom Augustor nach dem Magnitor ergießt, daß auch andere aus der Stadt her nach der Ottmerbrücke und nach der Leonhardbrücke wollen. Wenn diese eine solche Anstalt aufsuchen wollen und sie müßten erst nach der Steintorbrücke und wieder zurück, so wäre das doch recht unangenehm.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß das vorher von mir Angeführte zutreffend ist. Ich finde es eigentümlich, wenn Herr Hartung sagt: Die Wünsche sind zwar unberechtigt, aber wir wollen sie doch anerkennen. Ich bitte Sie, eine

solche Konsequenz nicht mitzumachen. Es liegt hier zweifellos eine Bevormundung durch das Ministerium vor. Ich glaube, wir alle sind davon überzeugt, daß der Platz der beste ist, wo die Anstalt im Bau begriffen ist, und wenn Sie den Bau sofort aufheben, so tun Sie es nur, um dem Magistrat und dem Ministerium entgegenzukommen. Ich will auch nicht, daß man ohne weiteres sich mit dem Ministerium herumstreitet, aber wenn es eine Kleinigkeit ist, so wird das Ministerium auch einsehen, daß es deswegen keinen Konflikt mit der Stadt herbeiführen soll. Wenn wir an unserem Beschlusse festhalten, dann wird sich das Ministerium auch davor hüten.

**Stadtv. Frühling:** In bezug auf das, was der Herr Oberbürgermeister geäußert hat, muß ich sagen, daß ich in der Debatte keinen Redner gehört habe, der Bedenken hätte, der Aufhebung des früheren Beschlusses zuzustimmen, wenn nicht für Ersatz gesorgt wäre. Dieser Punkt ist von anderen Rednern gar nicht berührt; es ist nur gesagt: Wir wollen den Antrag der Baukommission annehmen, oder: Wir wollen Rückgrat zeigen und auf unserer Meinung bestehen bleiben. Nun scheint mir der Ausweg, daß wir hier einen Vorschlag machen, ganz unausführbar. Auch die Baukommission ist nicht dazu gekommen, einen anderen Platz vorzuschlagen. Sie haben gehört, daß hier verschiedene Plätze zur Besprechung gekommen sind. Der von Herrn Hartung vorgeschlagene ist auch in der Baukommission besprochen, und ebenso der von Herrn Rasche, der dritte Platz ist in der Vorlage vorgeschlagen. Dabei sind drei verschiedene Ausführungsformen zu beraten. Hier ist eine Blechbude vorgesehen, auf dem Plage zwischen Museum und Archiv würde eine Anstalt aus Eisen und Beton in Frage kommen, und Herr Rasche schlägt ein kleines Haus mit Warteraum usw. vor. Darüber können wir uns jetzt nicht schlüssig machen und auch in der Baukommission nicht, bevor nicht Projekte dafür vorliegen. Deshalb geht der Antrag der Baukommission dahin, daß Sie sich durch Annahme der Vorlage nicht die Hände binden, sondern sich frei halten in dem Sinne, daß Sie vorläufig die letzten Magistratsvorschläge ablehnen. Dann wird uns jedenfalls eine andere Vorlage kommen, und wir können über Platz und Form verhandeln. Beides muß erst vorberaten werden, bevor man sich hier schlüssig machen kann. Etwa die Sache zurückzusetzen, um die Vorschläge zu prüfen, das würde ich auch nicht empfehlen. Nehmen Sie bitte den Antrag der Baukommission an und behalten Sie sich Weiteres vor.

Ich möchte noch den Herren erwidern, die von Rückgrat gesprochen haben. Sie sagen: Ich bleibe bei meiner Meinung! und haben dabei getan, als ob sie im Gegensatz ständen zu uns, die wir den Beschluß aufheben wollen. Ich habe in meinem Referat auch nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß auch wir unsere Ansicht nicht ändern: Wir sagen: „Ich habe zwar diese Meinung und be-

halte sie; wenn aber von seiten des Ministeriums, dem ich verpflichtet bin, ein Wunsch ausgesprochen ist, so komme ich dem entgegen trotz dieser meiner Meinung." Das kann man unmöglich ein Umfallen nennen. Ich kann bei meiner Meinung bestehen bleiben, aber trotzdem einem ausgesprochenen Wunsche entgegenkommen. Ich bitte Sie, im Sinne der Baukommission zu beschließen.

**Vorsitzender:** Es ist ein Antrag von Herrn Sander eingegangen, die Gelegenheit an die Baukommission zurückzuverweisen.

**Stadtv. Sander:** Nach den Worten, die vom Magistratsstische aus gefallen sind, habe ich mich veranlaßt gesehen, diesen Antrag einzubringen, trotzdem ich Mitglied der Baukommission bin. Der Herr Vorredner hat gesagt, er hielte es nicht für richtig, die Sache nochmals zurückzuverweisen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß dies der einzige Ausweg ist, der uns aus diesem Wirrwarr herausbringen kann. In der Baukommission haben wir uns in betreff dieser kleineren Bedürfnisanstalt am Museum auf den Standpunkt gestellt, daß wir den Platz nicht für richtig hielten, und haben deshalb das Projekt abzulehnen empfehlen müssen. Es ist dann an uns die Frage herangetreten, andere Plätze vorzuschlagen. Der Magistrat hat keinen anderen Vorschlag gemacht, und so konnte die Kommission auch nur Ablehnung dieser kleinen Bedürfnisanstalt empfehlen. Wenn aber die Sache so liegt, daß die ganze Vorlage gefährdet ist, dann halte ich es für richtig, daß mein Antrag angenommen wird.

Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Henking, daß wegen der Anstalt am Steintore es nicht nötig wäre, noch eine kleinere Bedürfnisanstalt am Magnitore zu errichten. Das halte ich für das Allerwenigste, was geschehen kann. Die Lage der Bedürfnisanstalt, wie sie durch unseren früheren Beschluß vorgesehen ist, ist auch durchaus nicht ideal zu nennen. Sie liegt aber im Verkehrszuge und schon um deswillen an richtiger Stelle. Dennoch habe ich mich seinerzeit nicht sehr für diese Lage begeistern können und habe nur zugestimmt, weil ich mir sagte: Wir haben keinen anderen passenden Platz finden können. Wir haben uns seit Jahren damit beschäftigt und sind immer dahin gekommen, daß nichts Besseres zu finden war.

Wenn ich nun noch auf die Eingesandts zurückgreifen darf, so ist mir erinnerlich, daß in früheren Jahren dem Stadtverordnetenkollegium angeraten wurde, auf dem von uns zuletzt beschlossenen Plage eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Dagegen erklärte sich aber der Stadtmagistrat, und dann kamen Eingesandts: Wie nur der Magistrat so kurzfristig sein könnte und ein derartiges Projekt ablehnen; das wäre der gegebene Platz, es könnte keinen besseren geben; die Stadtverordneten möchten Rückgrat zeigen, und möchten auf ihrem Beschluß be-

stehen bleiben. So sind die Eingesandts damals gewesen, und heute sind sie anders. Darauf können wir also gar nichts geben.

Ich bitte nochmals darum, meinem Antrage zuzustimmen.

**Stadtv. Frühling:** Auf den Antrag Sander möchte ich erwidern, daß ich dringend abraten muß, ihm zuzustimmen, denn seine Annahme würde keinen Zweck haben. Wir haben keine neuen Unterlagen — was soll die Kommission da weiterberaten? Wir müßten nur bitten, daß der Magistrat uns ein anderes Projekt vorlegt, und das wird mit dem heutigen Kommissionsantrage schon erreicht. Ich möchte dringend bitten, die Sache nicht durch Annahme des Antrages Sander zu verzögern, sondern die Kommissionsanträge anzunehmen.

**Stadtv. Sander:** Ich habe in meinem Antrage sagen wollen, daß die Baukommission mit dem Magistrat zusammen ein Projekt ausarbeiten soll. Es ist schwer, in einer großen Versammlung ein Projekt definitiv festzustellen, in der Baukommission läßt sich das leichter machen. Wenn ich in der Kürze mich nicht präzise ausgedrückt habe, so bitte ich, das nachtragen zu wollen.

Der Antrag Sander wird abgelehnt,

Punkt 1 dem Kommissionsantrage gemäß angenommen,

Punkt 2 in der Form des Kommissionsantrages angenommen,

Punkt 3 dem Kommissionsantrage gemäß abgelehnt.

## 6. Demnächstige Errichtung von Bedürfnisanstalten.

**Stadtv. Frühling:** 1. Es liegt nun noch die allgemeine Übersicht der vorhandenen und neu zu errichtenden öffentlichen Bedürfnisanstalten zur Beschlußfassung vor. Als das Verzeichnis zuerst vorlag, habe ich hier den Wunsch der Baukommission vorgetragen, daß, nachdem alle Herren eine Vervielfältigung des Verzeichnisses erhalten haben, diejenigen von ihnen, die zu diesem Verzeichnis besondere Anträge hätten, sie bei dem Vorsitzenden der Versammlung einreichen möchten, damit die Baukommission die Anträge beraten könnte. Derartige Wünsche sind nicht eingereicht, und in der Baukommission sind auch keine Anträge auf Änderung gestellt. Die Baukommission beantragt deshalb, zuzustimmen, daß der vorgelegte Plan die Grundlage für die künftige Vermehrung der Bedürfnisanstalten bildet.

2. Als zunächst erforderlich erscheint dem Magistrat die Einrichtung der unter I lfd. Nr. 21, 22 und 23 und unter II lfd. Nr. 14 aufgeführten Anstalten. Das sind die Anstalten an der Ecke der Frankfurterstraße und des Chriakrings,

an der Ecke des Altstadttrings und des Madamentwegs, an der Helmstedterstraße (vor dem Zentralfriedhofe), an der Ecke der Osterstraße und der Straße Am neuen Petritor. Es ergeht das Ersuchen an uns, wir möchten uns damit einverstanden erklären, daß zunächst die Errichtung dieser Anstalten betrieben wird. Über die Ausführung kommt in jedem Falle noch ein besonderes Projekt. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, auch in diesem Punkte der Vorlage des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt beiden Anträgen zu.

## 7. Begründung von Anträgen und einer Anfrage.

### a) Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der Cellerstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Erdreich um die Bäume auf der Cellerstraße mit einer Einfassung versehen zu lassen.“

Stadtv. Schmidt: Ich habe den Antrag gestellt aus dem Grunde, weil die Zustände auf den Fußwegen der Cellerstraße nach meiner Ansicht unhaltbar sind. Wer von den geehrten Herren Gelegenheit genommen hat, sich die Sache anzusehen, wird mir beipflichten müssen. Dies gilt besonders für die Strecke von der Kennelbergstraße nach der Petristraße. Die Bäume stehen dort ziemlich auf der Mitte des Trottoirs, kaum 7 cm von den Platten entfernt, und durch Ausbröckelung des Erdreichs, das mit Teer bestrichen ist, entstehen hier rings um die Bäume bei Regenwetter große Sümpfe, um die man herumgehen muß, was bei dem regen Verkehr sehr störend ist. Mit Rücksicht auf die Breite des Trottoirs, die sowieso durch die Bäume beengt ist, muß der ganze Fußweg zum Verkehr benutzt werden. Da Schlamm und Straßengehricht in den Umkreis der Bäume hineingefegt wird, so dauert es wochenlang, wenn es auch sonst überall trocken ist, bis diese Schlamm-massen abgetrocknet sind. Deshalb ist es wünschenswert erschienen, diesen Teil des Fußweges, der sehr gut als Trottoir mit benutzt werden könnte, für den Verkehr zu gewinnen, indem ein begrenzter Raum durch hochkantig aufgestellte Steine um die Bäume geschaffen wird, so daß die Ränder des lockeren Erdreichs begrenzt werden und nicht große Plätze entstehen, die zu Sümpfen ausarten. Ich habe bei der instand gesetzten Strecke der Cellerstraße, die über das Weiße Roß hinausgeht, gesehen, daß gelochte Eisenbleche angebracht sind, womit erreicht wird, daß für den öffentlichen Verkehr überhaupt keine Sümpfe entstehen. Wenn hier

neben der Einfassung der Bäume diese Gitter aufgelegt sind, so würde damit der ganz unhaltbare Zustand beseitigt werden.

**Vorsigender:** Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

**b) Antrag Edhardt auf Vornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen.**

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft Versuche mit der von der Großen Berliner Straßenbahn für außerordentlich zuverlässig erprobten Schutzvorrichtung vornimmt, um diese auch hier zur Vermeidung von Unglücksfällen zur Einführung zu bringen.“

**Stadtv. Edhardt:** In der Illustrierten Zeitung der Landeszeitung stand die Abbildung einer Schutzvorrichtung, wie sie von der Großen Berliner Straßenbahn angewandt wird. Es wird darin gezeigt, in welcher Weise die Schutzvorrichtung getroffen ist, und wie die Straßenbahn in die Lage gesetzt wird, Unglücksfälle durch Überfahren mittels einer Tastervorrichtung zu vermeiden. Nun weiß ich nicht, ob seitens der hiesigen Straßenbahn eine derartige Vorrichtung schon geprüft worden ist. Wenn das noch nicht geschehen ist, so würde es empfehlenswert sein, Versuche damit vorzunehmen, andernfalls würde mein Antrag durch eine solche Prüfung schon erledigt sein.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom **Vorsigenden** der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

**c) Zwei Anträge des Stadtv. Brenner auf Errichtung einer städtischen Sparkasse.**

Die Anträge lauten:

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Magistrat ersuchen, alsbald bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Stadt Braunschweig die Errichtung einer städtischen Sparkasse ermöglicht wird.“

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ihr demnächst eine Vorlage, betreffend die Errichtung einer städtischen Sparkasse, vorzulegen.“

Stadtv. **Brenner:** Bevor ich auf die eigentliche Begründung der Anträge eingehe, möchte ich mich gegen die Meinung verwahren, als wollte ich etwa die Leute zum Sparen verleiten. Am allerwenigsten möchte ich die Arbeiter zum Sparen veranlassen, denn das würde in einer Zeit, wo Arbeitslosigkeit und Teuerung herrscht, wie wahrer Hohn klingen. Übrigens bin ich der Meinung, daß die beste Sparkasse für die Arbeiter die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Partei sind, daß sich also für die Arbeiter die Gründung besonderer Sparkassen erübrigt. Außerdem halte ich das Sparen dann, wenn es auf die Weise geschieht, daß die betreffenden Leute sich an der notwendigen Nahrung, Kleidung oder gesunden Wohnung Entbehrungen auferlegen, geradezu für schädlich. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Wo bliebe die Geschäftswelt, wenn alle Leute sparen wollten, wenn vielleicht die Arbeiter heute sich mit den Bedürfnissen von polnischen und russischen Landarbeitern zufrieden geben würden. Eine gesunde Lebenshaltung, und ein bescheidener Luxus ist auch den Arbeitern und kleinen Leuten zu empfehlen, und zwar auch im Interesse der Volkswirtschaft.

Trotzdem gibt es eine Menge Leute, die einen Haufen Geld zum Sparen übrig haben, und für diese muß mehr Spargelegenheit in der Stadt geschaffen werden. Es ist durch den Abgeordneten Floto I im Landtage nachgewiesen, daß im Herzogtum Braunschweig auf den Kopf der Bevölkerung bedeutend weniger Geld an Spareinlagen kommt als im übrigen Deutschland. Im Herzogtum sind es nur 100 *M.*, die auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, im übrigen Deutschland aber 250 *M.* Es gibt Bundesstaaten, wo die Spareinlage pro Kopf 300 bis 700 *M.* beträgt. Man kann daraus entnehmen, daß im Herzogtum nicht genug für Spargelegenheit gesorgt ist, und daß vor allen Dingen das Herzogliche Leihhaus, welches die staatliche Spargelegenheit ist, den Ansprüchen nicht genügt, und daß eine Menge Leute, die sparen, ihr Geld bei Privatbanken unterbringen. Ich meine, das Geschäft, welches Privatbanken oder vielleicht die Sparkassen außerhalb des Herzogtums mit den Geldern der Braunschweiger Einwohner machen, könnte auch der Stadt Braunschweig zugute kommen. Man muß bedenken, daß in Preußen und im übrigen Deutschland überall kommunale Sparkassen bestehen und sehr segensreich wirken. Die Städte haben dadurch eine hübsche Menge Geld zur Verfügung, das zu Anleihezwecken dienen kann, und das auch der Grundbesitz benutzen kann, um sein Kreditbedürfnis besser befriedigen zu können. Bei den preußischen Städten werden ansehnliche Überschüsse aus den städtischen Sparkassen herausgewirtschaftet, z. B. hatte Hildesheim einen solchen von 100 bis 110 000 *M.*, Göttingen 50 000 *M.*, Goslar 68 000 *M.*, Quedlinburg 100 000 *M.*, Aschersleben 123 000 *M.*, und auch kleine Städte können einen recht namhaften Überschuß aufweisen, wie Hörter 36 000 *M.*, Gifhorn 20 000 *M.*, Peine 23 000 *M.*, Celle 55 000 *M.* Hannover hat im Etat des nächsten Jahres nicht weniger als



290 000 *M* an Einnahmen aus der städtischen Sparkasse eingestellt. Das sind ansehnliche Einnahmen, die auch die Stadt Braunschweig gut gebrauchen könnte, und mit denen wir hier eine ganze Menge soziale Bedürfnisse befriedigen könnten.

Die Regierung hat sich aber bisher in Braunschweig gegen die Errichtung von Gemeindesparkassen erklärt. Der Landtag hat im Jahre 1910 bereits einen Antrag des Abgeordneten Floto I angenommen, der die Errichtung von städtischen Sparkassen gestatten wollte, aber die Regierung hat darauf, soviel mir bekannt ist, ablehnend geantwortet; sie will nicht, daß das Herzogliche Leihhaus Konkurrenz bekommt. Aber diese Furcht der Regierung ist ganz unbegründet, denn man muß bedenken, daß auch in Preußen neben den kommunalen Sparkassen Kreissparkassen bestehen, die annähernd ebenso hohe Bestände haben wie die kommunalen Sparkassen. Es hat sich aus der Erfahrung ergeben, daß die meisten Sparer nicht bei einer einzigen Stelle hinterlegen aus Rücksichten, die mit der Steuereinschätzung zusammenhängen. So würde es auch bei uns der Fall sein. Es ist auch im Landtage seinerzeit ausgesprochen worden, daß es dem Amtsschimmel im Leihhause nichts schaden würde, wenn er durch die Konkurrenz etwas auf die Sprünge gebracht würde. Die Gründe für Errichtung von städtischen Sparkassen sind einleuchtend genug, und ich glaube, wenn der Landtag und eine große Gemeinde, wie Braunschweig, einmütig ihren Willen dahin kundgeben, daß kommunale Sparkassen eingerichtet werden sollen, so wird die Regierung diesem Wunsche der Bevölkerung auf die Dauer nicht widersprechen können. Ich meine, das Geld, welches Braunschweigs Einwohner nach auswärtigen Sparkassen schleppen, könnten auch die Gemeinden sehr gut verwalten und ihren Nutzen daraus ziehen. Ich möchte in der Beziehung anführen, daß ich in einer hiesigen bürgerlichen Tageszeitung ein Inserat von der Gemeindesparkasse Einbeck gefunden habe. Diese würde in einer Braunschweiger Zeitung nicht annoncieren, wenn sie nicht wüßte, daß im Herzogtum Leute, die bei ihr sparen, vorhanden sind. Es sind Beweise genug vorhanden, daß Braunschweigische Gelder nach auswärts gehen, und Sie alle werden mir darin zustimmen, daß ein solches Geschäft unsere Stadt ebenjogut machen kann wie andere Leute. Ich bitte, meine Anträge zu unterstützen und ihnen zuzustimmen.

Auf eine Anfrage des **Vorsitzenden** bemerkt

**Stadtv. Brenner:** In meinen Ausführungen habe ich bereits gesagt, was ich für beide Anträge für nötig hielt.

Die beiden genügend unterstützten Anträge werden vom **Vorsitzenden** der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

**d) Antrag Schulze auf Ausbau der Elmstraße von der Salzdhumerstraße bis zum Friedrichsplatz.**

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu er-  
suchen, den Teil der Elmstraße von der Salzdhumerstraße bis zum Friedrichs-  
platz ausbauen zu lassen.“

**Stadtv. Schulze:** Wer diesen von mir in dem Antrage erwähnten Teil der  
Straße schon einmal besucht hat, der wird ohne Zweifel die Berechtigung meines  
Antrages zugestehen müssen. Der Straßenzug ist schon seit langen Jahren bebaut,  
befindet sich aber in einem sehr argen Zustande, so daß besonders bei Regentwetter  
es für die Passanten schwer wird durchzukommen. An verschiedenen Stellen ist  
die Straße derartig schmal, daß man nicht weiß, wo die Fahrstraße aufhört und  
wo der Fußweg anfängt, und wenn ein Automobil die Straße entlang fährt, ist  
man gezwungen, sofort in irgendein Haus zu flüchten, damit man nicht über und  
über mit Kot beworfen wird. Ich glaube annehmen zu können, daß der Magistrat  
sich vielleicht in Anbetracht der schwebenden Bahnhofsfraße hat abhalten lassen,  
diese Straße auszubauen. Aber wie die Dinge liegen, werden wir vielleicht auf  
die Erledigung unserer Bahnhofsan gelegenheit noch diverse Jahre warten können,  
und die Anwohner einer solchen Straße, die ebenso gut ihre Steuern bezahlen wie  
die Anlieger der Kaiser-Wilhelmstraße sind auf die Dauer denn doch auch berech-  
tigt, eine bessere Gelegenheit zu bekommen, um in ihre Wohnungen zu gelangen.  
An der Ecke des Friedrichsplatzes sind bereits einige neue Häuser entstanden,  
und die Anwohner dieser Häuser sind gezwungen, wenn sie zu ihrer Haustür ge-  
langen wollen, erst eine Rutschpartie zu machen, weil die Eingänge dazu schon  
für das neue Straßenterrain eingerichtet sind und die Straße jetzt ein halbes  
Meter höher liegt als die Hauseingänge. Das sind jedenfalls unzuträgliche Zu-  
stände, und ich möchte deshalb den Magistrat dringend bitten, daß endlich diese  
Straße ausgebaut wird.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Bau-  
kommission zur Vorberatung überwiesen.

**e) Anfrage des Stadtv. Schmidt wegen der schlechten Zustände  
der Pflasterung an den Übergängen und Weichen der Straßeneisenbahn.**

Die Anfrage lautet:

„Sind dem Magistrat die schlechten Zustände der Pflasterung an den über-  
gängen und Weichenstellen der Straßenbahn bekannt, und wie gedenkt er letztere  
zu zwingen, daß die jetzt zutage tretenden Zustände beseitigt werden?“

Stadt. **Schmidt:** Es dürfte allen Herren bekannt sein, daß die Pflasterung an den Straßenbahngleisen sich zum großen Teile in einem schlechten Zustande befindet. Wer diesen Zustand immer und immer wieder beobachtet hat und sieht, daß keine Abhilfe geschieht, der muß empfinden, daß es hier an irgend etwas fehlt, entweder, daß seitens des Stadtmagistrats die Straßenbahn nicht genügend darauf hingewiesen wird, oder daß die Straßenbahn-Gesellschaft als solche ihre Pflicht verletzt. Ich erinnere an den Zustand, wie er sich auf der Friedrich-Wilhelmstraße zeigt, wo 4—5 Steine nebeneinander locker liegen; das Erdreich ist zusammengeschrumpft, und die Steine poltern herum. Ähnlich ist es auf der Kaiser-Wilhelmstraße kurz vor der Kasernenstraße, und an anderen Weichenstellen ist es genau so. Am Petritor habe ich fünf Wochen lang diesen Zustand beobachtet.

Im übrigen wundere ich mich. Wir haben hier über die Verhältnisse der Straßeneisenbahn und ihren Verkehr oft gesprochen, und das geistige Oberhaupt der Straßenbahn ist selbst Mitglied dieses Kollegiums, aber ich habe niemals erlebt, daß er ein Wort zu seiner Rechtfertigung gefunden hat, oder daß er die Sache anders dargestellt hat. Ich bedaure das; besonders damals, als über die Erhöhung der Fahrpreise gesprochen wurde, und als die Anbringung von Schutzvorrichtungen angenommen wurde, wäre es angebracht gewesen, wenn wir aus dem Munde des Oberhauptes der Straßenbahn-Gesellschaft einige befriedigende Erklärungen gehört hätten.

Bei den ungenügenden Zuständen der Pflasterung an den Schienen liegt es zweifellos an dem Untergrunde, an der Verpackung der Pflastersteine, die um die Schienen herum liegen. Wenn man sieht, daß man mit einer Karre Sand kommt und die Steine wieder hinlegt, so muß man sich sagen, daß damit keine Abhilfe geschehen ist. Besonders bei Regenwetter weicht die ganze Pflasterung auf, durch die Stoßkraft der Straßenbahn werden die Steine gelockert, und an diesen Stellen finden sich dann große Sümpfe. Meiner Meinung nach müßte die Straßenbahn schon selbst auf den Gedanken gekommen sein, daß sie an den Übergängen und Weichenstellen eine gewisse Betonschicht einbrächte, damit nicht das Straßenpflaster in diesem losen Zustande verbleibt. Man sieht, die Steine lösen sich, fallen zusammen, und die Spitzen der Weichen sind eingedrückt. Das bildet doch eine Gefahr für den Verkehr. Wenn erst einmal Pferde stürzen, und die Fuhrhalter würden Regreßansprüche stellen, dann würde wohl besser aufgepaßt werden. Zum Glück sind solche Fälle noch nicht vorgekommen, aber nun bleibt es beim alten. Ich halte dafür, daß es nicht so weitergehen kann, und meine, daß die Straßenbahn gezwungen werden kann, die städtischen Straßen, auf denen sie ihre Schienen liegen hat, in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten, und daß sie

durch Anbringung von genügendem Unterbau sichere Gewähr gibt, daß nicht alle vierzehn Tage das Pflaster zusammenpoltert.

**Vorsigender:** Formell möchte ich bemerken, daß es in § 56 der Städteordnung heißt: „Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschluß beteiligtes Mitglied hat sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten.“ Dadurch erklärt sich, weshalb Herr Stadtv. Ribbentrop bei den angeführten An-  
1  
gelegenheiten nicht das Wort genommen hat.

Bürgermeister **Meyer:** Der allerdings schlechte Zustand der Befestigung vieler Stellen des Straßenbahnkörpers ist dem Magistrat bekannt, und es ist deswegen häufig zwischen der städtischen Bauverwaltung und der Verwaltung der Straßenbahn verhandelt worden. Die Straßenbahn selbst erkennt auch an, daß der gegenwärtige Zustand an den Gleisen manches zu wünschen übrigläßt, und hat sich schlüssig gemacht, daß im Laufe des beginnenden Etatsjahres eine große Zahl von Strecken in ihren Schienen erneuert werden soll. Es sind in der Hauptsache Strecken der Innenstadt, bei denen nach meiner Beobachtung die Minderwertigkeit der Befestigung am kräftesten hervortritt. Die Absicht der Straßenbahn hat den Magistrat veranlaßt, die Pflasterung einer ganzen Reihe von Straßen in den nächstjährigen Etat einzustellen, damit Zustände geschaffen werden, die größeren Anforderungen genügen. Im übrigen ist der ungenügende Zustand mit darauf zurückzuführen, daß die gesamte Befestigung einer großen Zahl von Strecken mit der Zeit abgängig geworden ist und kleine Flickarbeiten, die zunächst wohl eine Besserung herbeiführen, nicht genügen, um für längere Dauer einen ordnungsmäßigen Zustand zu schaffen. Ich fürchte, die Straßenbahn wird tief in die Tasche greifen müssen, um nicht nur in der Innen-, sondern auch in der Außenstadt ordnungsmäßige Zustände zu schaffen.

#### f) Antrag Weichsel auf Ausbau der Straße An der Katharinenkirche.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage über Ausbau der Straße An der Katharinenkirche vorzulegen.“

Stadtv. **Weichsel:** Die Straße An der Katharinenkirche ist eine sonst nicht sehr verkehrsreiche, aber an einigen Stunden am Tage muß sie einen ziemlich starken Verkehr aufnehmen, und zwar deshalb, weil an ihr der „Wilhelmsgarten“ liegt, dem am Abend bei allerhand Festlichkeiten eine große Menge Leute zufließen. Nun genügen die Bürgersteige auf der Straße An der Katharinenkirche in keiner Weise diesem Bedürfnis. Es liegen dort ziemlich schmale Bepfler

Platten, und an der Seite ist noch das rauhe Kieselsteinpflaster vorhanden, auf dem zu gehen unerfreulich ist. Deshalb ist die Instandsetzung der Fußsteige dort dringend erforderlich. Der Zustand der Straße fällt um so mehr auf, nachdem der Bohlweg und die Wilhelmstraße sich in ein neues Gewand gekleidet haben. Es wäre vielleicht die Sache abgetan, wenn man die Fußsteige instand setzte, aber es wurde bei mir angeregt, ob bei der Gelegenheit nicht auch die ganze Straße instand gesetzt werden könnte. Man muß anerkennen, das Pflaster der Fahrbahn ist nicht ausgezeichnet, und auch die Beleuchtung der Straße läßt zu wünschen übrig. Ich möchte aber in dieser Beziehung dem Magistrat überlassen, ob er sich mit dem Ausbau der Fußsteige begnügen will, oder die Instandsetzung der ganzen Straße vorzieht. Jedenfalls ist eine Ausbesserung der Fußsteige dringend erforderlich.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist noch nicht unterstützt. Ich bitte die Herren, die den Antrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Sodann ist ein sehr interessanter Antrag von Herrn Sander eingegangen. Er lautet:

„Beantrage, die Vorlage „Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore“ an die Baukommission zum Zwecke einer anderweitigen Vorlage zurückzuverweisen.“ (Heiterkeit.)

Es ist formell gegen diesen Antrag nichts einzuwenden. Herr Sander wird berechtigt sein, am Schluß der Tagesordnung diesen Antrag zu begründen. — Ferner ist eingegangen eine Anfrage von Herrn Bunge:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, wie die Abstimmung betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgefallen ist?“ Auch Herr Bunge wird nachher seine Anfrage begründen können.

### g) Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, eine bessere Beleuchtung der Sophienstraße anzuordnen.“

**Stadtv. Frede:** Ich hatte diesen Wunsch schon früher der Deputation für die Licht- und Wasserwerke unterbreitet, aber wahrscheinlich ist er ins Vergessen geraten, und deshalb habe ich den Wunsch in diesen Antrag gekleidet. Die Beleuchtungsverhältnisse auf der Sophienstraße sind besonders ungenügend. Sie sind noch in demselben Zustande, wie sie damals eingerichtet sind, als die Ferdinand-

brücke noch nicht gebaut war, und nur eine kleine Holzbrücke über die Oter führte. Mit dem Bau der Brücke hat sich der Verkehr bedeutend gehoben, er ist recht lebhaft geworden, und die städtische Bauverwaltung wird Auskunft darüber geben können, wie häufig die Einfriedigung eines Baumes umgefahren ist usw. Auch die Fricke'schen Wagen verkehren dort viel und die paar Laternen sind nicht imstande, die Straße genügend zu beleuchten. Ob eine bessere Beleuchtung dadurch herbeigeführt werden kann, daß die Laternen zusammengedrückt werden, oder andere dazwischen gestellt werden, das wird sich besser in der Kommission erörtern lassen.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

### 8. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens wegen stadtseitigen Erwerbes zweier Grundflächen.

Stadtv. Sander: Zur ordnungsmäßigen Entwässerung der westlichen Außenstadt ist die Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der projektierten Straßen 367 und 368 — das ist die Straße, die vom Königstiege auf den Altstadt- bzw. Sackring führt — erforderlich. Der Eigentümer des für den Kanal in Betracht kommenden Geländes ist der Kaufmann D. Brunte in Helmstedt. Er hat es abgelehnt, die Verlegung des Kanals in seinem Gelände zu gestatten, ist jedoch bereit, die fragliche Grundfläche an die Stadt zu verkaufen, fordert aber für das Quadratmeter 8 M. Der Magistrat ist der Meinung, daß dieser Preis viel zu hoch ist, und stellt, da das Terrain zum Ausbau der bezeichneten Straßenzüge sowieso erworben werden muß, den Antrag, um die 25 a 60 qm bzw. 2 a 56 qm großen Flächen — der Plan ist dort ausgehängt — zu einem angemessenen Preise erwerben zu können, wegen derselben das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten. Die Baukommission hat die Sache beraten und ist auch der Meinung, daß der geforderte Preis für Terrain in der dortigen Gegend zu hoch ist, und empfiehlt der geehrten Versammlung, der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens wegen der genannten Flächen zuzustimmen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens.

### 9. Verkauf von Grundflächen an der Roßstraße.

Stadtv. Sander: Die Firma Amme, Giesecke und Ronegen beabsichtigt, an der Roßstraße ein Fabrikgebäude von 150 m Länge und 35 m Tiefe aufzuführen, wie der ausgehängte Plan zeigt, auf dem das Gebäude eingezeichnet ist. Die

Ausführung dieses Baues ist nur möglich, wenn die Stadt zwei kleine Zwickel, die auf dem Plane bezeichnet sind, in Größe von 7 bzw. 2 qm an die Firma abgibt. Die Firma hat sich mit diesem Ersuchen an die Stadt gewandt. Bei Prüfung des Antrages ist zu erwägen, daß durch den projektierten Bau die Möglichkeit der Verbreiterung der Koßstraße beeinträchtigt wird. Nach Ausführung des Baues kann die Straße auf nicht mehr als 18 m verbreitert werden, während die Straße auf 20 m Breite projektiert ist. Der Magistrat glaubt aber, daß die Straße mit 18 m für den Verkehr ausreichend breit ist, und ersucht, dem Wunsche der Firma entgegenzukommen. Der Kaufpreis soll nicht jetzt festgestellt werden, weil die Stadt beim Ausbau der Koßstraße von der genannten Firma Terrain erwerben muß und erst dann ein Austausch stattfinden soll, was jedenfalls nicht zum Schaden der Stadt sein wird. — Die Baukommission hat auch diese Vorlage beraten und ist der Meinung, daß man einem derartigen Etablissement, wie der Firma Amme, Giesecke und Konegen, die eine solche Steuerkraft für die Stadt hat, in jeder Beziehung entgegenkommen sollte, und empfiehlt der geehrten Versammlung die Genehmigung der Vorlage.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

### 10. Erwerb einer Fläche am Steinwege.

**Stadt v. Friede:** Der Kaufmann Niemitz hat in der letzten Zeit an der Ecke der Schöppenstedterstraße und des Steinwegs einen Neubau errichtet und dabei, um auf dem Steinwege eine gerade Fluchtlinie zu erhalten, 2,8 qm seines Grundstücks am Steinwege unbebaut lassen müssen. Er bietet der Stadt nun dieses Terrain gratis an und will nur seine Auslagen für Pflasterung der Straße im Betrage von 284,71 *M* ersetzt haben. Wenn auch die Stadt nicht gerade notwendig diesen Teil für die Straße gebraucht, so ist doch anzuerkennen, daß der Kaufwert der zu übernehmenden Fläche hinter den bezeichneten Kosten zurücksteht, und daß die Berücksichtigung des geäußerten Wunsches im Interesse der Stadt liegt. Der Magistrat ersucht uns, den stadtseitigen Erwerb der 2,8 qm gegen Erstattung der Straßenbaukosten zu genehmigen. Die Baukommission hat diese Sache beraten und schlägt Ihnen vor, dem Antrage des Magistrats nachzukommen.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Erwerb der Fläche einverstanden.

### 11. Beitritt der Stadt in den Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt.

**Stadt v. Roesehoff:** Der Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt richtet an die Stadt die Bitte, dem Verein als Mitglied beizutreten. Diesem Verein ge-

hören, wie aus den Akten hervorgeht, 79 Stadtgemeinden an. Die städtische Bauverwaltung ist der Meinung, daß es bei der Erneuerung der Bestrebungen zur Erreichung einer west-östlichen Wasserstraßenverbindung nur als wünschenswert bezeichnet werden kann, daß auch die Stadt Braunschweig als körperschaftliches Mitglied dieser Vereinigung beitrifft. Für die Mitgliedschaft ist ein jährlicher Beitrag von 50 *M* zu verwilligen. Die Finanzkommission hat die Verhältnisse geprüft, die Bestrebungen des Vereins erscheinen der Förderung wert. Sie gibt Ihnen durch mich anheim, dem Antrage des Stadtmagistrats entsprechend zuzustimmen, daß die Stadt dem Zentralverein als körperschaftliches Mitglied beitrifft.

Der Beitritt zu dem Verein wird genehmigt.

## 12. Verlegung eines Gashauptrohres in der Hamburgerstraße zwischen Wendenring und Ludwigstraße.

Stadtv. Munte: Als vor langer Zeit, vor 30—40 Jahren, die Gasrohre in der Außenstadt gelegt wurden, erwies sich eine lichte Weite von 80—100 mm als ausreichend. Das ist sie auch lange Jahre geblieben, jetzt aber hat sich herausgestellt, daß bei der vorgeschrittenen Bebauung insbesondere der Hamburgerstraße Rohre mit einer größeren Weite nötig sind, und man hat sich entschlossen, ein Rohr mit 250 mm lichter Weite zu verlegen. Die Verwaltungsdeputation der Gaswerke hat sich bereits damit beschäftigt und empfiehlt die Ausführung dieser Arbeiten, die zu einem Kostenaufwande von 8800 *M* veranschlagt sind. Der Magistrat wendet sich an die Stadtverordneten mit dem Anheimgeben, die Verlegung dieser weiteren Rohre zu genehmigen und die Kosten dafür zu verwilligen. Letztere sollen aus dem Reservefonds der Gaswerke bestritten werden. — Bei der Beratung der Angelegenheit in der Finanzkommission sind Einwände nicht erhoben, einstimmig wird Ihnen Annahme empfohlen.

Der Legung der weiteren Rohre wird zugestimmt und die Kosten verwilligt.

## 13. Gewährung einer Beihilfe an den katholischen Frauenbund.

Stadtv. Dr. Jasper: Der katholische Frauenbund unterhält an den drei hiesigen katholischen Schulen je einen Kinderhort. Diese werden von je etwa 60 Kindern besucht, zusammen also von 180 Kindern, und die Ausgaben, die der Bund dafür aufwendet, stellen sich nach den Eingaben und Belegen auf etwa 1352 *M*. Die wesentlichen Ausgaben sind die Gehälter der Leiterinnen und die Versicherungskosten für diese, die Reinigungskosten und kleinen Gaben zu Weihnachten. Bisher war die Sache so finanziert, daß von der Stadt aus ein Zuschuß von 300 *M* ge-



geben wird, daß der Sparverein für Konfirmanden einen weiteren regelmäßigen Zuschuß von 500 *M* jährlich gewährt, und 240 *M* sollen aus Gaben und Zuwendungen, die die Kinder zum Teil selber mitbringen, zusammenkommen. Es ergibt sich daraus, daß bei den jetzigen Finanzverhältnissen der Horte eine Unterbilanz von 300 *M* vorliegt, die durch die Kasse des katholischen Frauenbundes getragen ist. Dieser Bund beabsichtigt nun, in den Wintermonaten den Kindern nachmittags ein warmes Getränk zu verabreichen, und meint, daß die Kosten für die Zeit vom 6. Januar bis 3. April d. J. etwa 400 *M* betragen werden. Er hat sich nun an die Stadt gewandt, um einen Zuschuß von 300 *M* für diese Zeit zu erhalten. Der Magistrat ist an uns herangetreten mit dem Ersuchen, den wohlthätigen Zweck dieser Einrichtung dadurch anzuerkennen, daß wir über den bisherigen Zuschuß von 300 *M* hinaus fortan noch einen solchen von 500 *M* zuzahlen, zunächst für dieses Jahr, dann aber auch uns damit einverstanden zu erklären, daß in den Etat, der allerdings jedes Jahr neu genehmigt werden muß, dieser Zuschuß von 800 *M* eingestellt wird.

Die Finanzkommission ist durchaus der Ansicht, daß diese Einrichtung sehr wohlthätig ist, und befürwortet die Annahme des Magistratsantrages. Es ist dabei auch zur Sprache gekommen, wie denn die Verhältnisse bei den anderen Horten seien. Es besteht nämlich noch eine ganze Reihe anderer Kinderhorte, die aus den verschiedensten Quellen Zuschüsse erhalten, sie sind aber um Gewährung eines Zuschusses an die Stadt noch nicht herangetreten. Wenn aber derartige Zuschüsse sich nötig machen würden, so soll Aussicht vorhanden sein, daß die Parität gewahrt werden würde, daß also auch andere Kinderhorte nach Schaffung der finanziellen Quelle, vielleicht durch Stiftungsgelder, nicht ohne weiteres auf Ablehnung zu rechnen hätten. Es soll die Rücksicht, daß es sich um einen durch den katholischen Frauenbund unterhaltenen Kinderhort handelt, nicht etwa ein Bedenken sein, das dazu führen könnte, diesem immerhin etwas einseitig gerichteten Bund den Zuschuß zu versagen. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen Annahme der Magistratsvorlage.

Die Beihilfe wird bewilligt.

#### 14. Gewährung eines Zuschusses an die Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“ zur Veranstaltung einer Ausstellung.

Stadtv. Lange: Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft wird den meisten Herren aus dem interessanten Vortrage bekannt sein, welchen ihr Generalsekretär im Februar 1913 im Altstadtrathause gehalten hat. Dieselbe Gesellschaft wird auf Anregung der Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“ Ende März d. J. in der

städtischen Gewerbeschule eine etwa vier Wochen dauernde Ausstellung von Plänen und Modellen veranstalten. Diese Ausstellung soll in erweiterem Maße neue Anregung bringen, soll Freunden und Feinden der Gartenstadtbewegung Gelegenheit bieten, über das Für und Wider der Gartenstadt ein Bild zu erhalten.

Nach Anhörung der städtischen Bauverwaltung erkennt der Magistrat an, daß die Gartenstadtbewegung von weiten Kreisen der Bevölkerung mit Interesse verfolgt wird und daher auch von der Stadt nicht unbeachtet gelassen werden darf. Die Anlage einer Gartenstadt könne mancherlei Vorteile schaffen, ebenso sei aber nicht zu bestreiten, daß sie eine ganze Reihe von Nachteilen zur Folge haben kann. Der Magistrat hält die Frage der Gartenstadt noch nicht für ausreichend geklärt und ist der Ansicht, daß durch die von der Genossenschaft „Gartenstadt Braunschweig“ geplante Ausstellung diese Klärung in wünschenswerter Weise gefördert wird.

Bei der Bedeutung, welche diese Bewegung für die Allgemeinheit hat, erscheint es zulässig, dem Wunsche auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Ausstellung in Höhe von 700 M zu entsprechen. Im Auftrage der Finanzkommission bitte ich daher die geehrten Herren, sich entsprechend dem Magistratsvorschlage einverstanden zu erklären, daß der Genossenschaft, vorbehaltlich der Vorbringung eines Nachweises über die tatsächlich erwachsenen Ausstellungskosten ein Zuschuß in Höhe bis zu 700 M zu Lasten des Kap. XIV, 6 des ordentlichen Etats gewährt wird. Ich bitte, dementsprechend zu beschließen und die Räume der Gewerbeschule für den Zweck zur Verfügung zu stellen.

**Stadtv. Megerhoff:** Es handelt sich um eine kleine Summe, denn 700 M sind für die Stadt nicht viel. Aber, meine Herren, ich habe nicht Garantie über die Ziele der Gartenstadtbewegung, die in Braunschweig herrscht, oder der Genossenschaft, die sich zu dieser Bewegung zusammengeschlossen hat. Ich kenne die Leute nicht, weiß nicht, was sie erstreben und erreichen wollen. Die Sache liegt wesentlich so: Es wird im allgemeinen bei den Gartenstädten hingewiesen auf den gesundheitlichen Zweck derselben, auf Pflege des Natursinns, und alles mögliche Schöne und Gute wird dabei den Leuten geschildert. Wenn wir jetzt diese 700 M bewilligen, so fürchte ich, es kommt der hinkende Bote nach. Die Bewegung kann möglicherweise um sich greifen, und daß das zum Nutzen der Allgemeinheit sein wird, bezweifle ich, denn unsere Stadt Braunschweig kann den Anspruch auf den Namen einer Gartenstadt machen, ohne daß eine besondere Gartenstadt irgendwo hier noch aufkommt. Sollte der hinkende Bote nachkommen und die Bewegung so fortschreiten, daß weitere Mittel bewilligt werden müßten, so wäre dies heute der erste Schritt gewesen, der uns die anderen nachzieht.

Beschränkte sich die Gartenstadtbewegung darauf, für die Bedürftigen Raum zu schaffen, dann wäre ich dafür zu haben. Aber vorläufig zielt die Bewegung dahin, die besser Situierten in angenehmen Häusern unterzubringen. Mit demselben Recht, mit dem diese Bewegung beansprucht, daß ihre Forderung gewährt wird, mit demselben Recht hätten auch die Gebauer der Rankestraße auf dem Maringischen Grundstücke, die auch kleine Grundstücke nur für ihre Familie bauen, Unterstützung verlangen können. Ich muß mich entschieden gegen eine Bewilligung erklären; es ist der erste Schritt, den man fordert, und man will die Hand gegeben haben, um weiter vorwärtzukommen.

**Bürgermeister Meyer:** Obgleich es sich heute nicht darum handelt, ob die Stadt Braunschweig eine Gartenstadt gründen soll, hat Herr Meyerhoff doch Ablehnung des Magistratsantrages empfohlen. Der Magistrat hat in seiner Vorlage bereits darauf hingewiesen, daß für Braunschweig die Frage der Gartenstadt noch nicht ausreichend geklärt sei. Wenn ich nun auch Herrn Meyerhoff darin beipflichten muß, daß es nicht im Interesse der Stadt Braunschweig liegen würde, eine Gartenstadt auf einem Gelände zu schaffen, welches nicht zur Stadt gehört, so weise ich doch darauf hin, daß es sich zurzeit nur um eine Ausstellung handelt, und daß hierfür die städtischen Behörden ohne Bedenken Geld bewilligen können. Es ist uns im Magistrat daran gelegen, Material über die Gartenstadtbewegung zu beschaffen. Ich möchte empfehlen, die verhältnismäßig geringe Summe zu bewilligen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Der Herr Vorsitzende hat den Antrag, den der Herr Berichterstatter stellte, seinerseits so aufgefaßt, als ob es sich nicht nur um Bewilligung der Geldsumme von 700 M., sondern auch um Bewilligung zur Benutzung der Räume für die Ausstellung handelt. Das trifft nicht zu. Der Magistrat ist seitens des Vorstandes der „Genossenschaft Gartenstadt“ schon früher, als letzterer noch bei den ersten Vorberatungen für die Ausstellung war, gebeten, die Räume der Gewerbeschule für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Da nun für eine ganze Reihe von ähnlichen Ausstellungen diese hierfür sehr geeigneten Räume schon oft bereitgestellt waren, so hat der Magistrat keine Bedenken getragen, diesem Antrage bereits stattzugeben. Die geehrten Herren würden also heute nicht mehr darüber zu beschließen haben.

Weiter möchte ich mir erlauben, bei der Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert sein wird, das Für und Wider auch bei dieser Angelegenheit kennen zu lernen, ebenso wie der Braunschweigische Städtetag in seiner Versammlung in Blankenburg im vergangenen Jahre den Beschluß gefaßt hat, auf dem nächsten im Juni in Holzminden stattfindenden Städtetage eine Ausstellung von

Stadtplänen unter Berücksichtigung der Gartenstadtbewegung zu veranstalten. Auch da wird den Herren aus den verschiedenen Städten Gelegenheit geboten werden, sich ein objektives Urteil über diese Frage zu bilden, und darauf zielt auch der Magistratsantrag hin, ohne daß wir Partei für oder wider die Gartenstadtbewegung nehmen.

**Stadtv. Frühling:** Was hier vorliegt, scheint etwas anderes zu sein, als was in der Tagesordnung steht. Dort lese ich: „Gewährung eines Zuschusses an die Genossenschaft Gartenstadt Braunschweig“, während es eigentlich nach dem, was hier vorgetragen ist, sich um einen Zuschuß für eine Ausstellung handelt. Bei Veranstaltung einer Ausstellung kann ich mich nicht gegen den Zuschuß erklären, denn dabei werden eine Menge Fragen behandelt, die überhaupt für den Städtebau von Interesse sind. Nach dem Programm sollen Pläne und Modelle für freistehende Wohnhäuser, Reihen- und Gruppenwohnhäuser, kleine Wohnhäuser, Entwürfe für Gartenstädte, Eigenhausviertel und Wohnstraßen, Vor- und Hausgärten, Schmuckplätze, Spielplätze, Kaffee- und Milchverkaufshallen, Unterkunftshäuser für Spielplätze, Bedürfnishäuschen, Plakatsäulen usw. ausgestellt werden. Es soll danach nicht eine Ausstellung werden, die nur die Interessen der Gartenstadt verfolgt, sondern sich auch auf andere brennende Fragen des Städtebaues bezieht. Für eine solche Ausstellung würde ich 700 M zur Verfügung stellen, nicht aber zur Unterstützung der Gartenstadtbewegung, und das scheint hier nicht vorzuliegen. Diese Ausstellung halte ich für wünschenswert, weil sie die Anschauungen wesentlich klären wird. Schon die Frage der Bedürfnishäuschen hat gezeigt, wie beschränkt die Anschauungen in Braunschweig sind, und daß sie geklärt werden sollten. Ich werde für Bewilligung der 700 M für die Ausstellung stimmen.

**Stadtv. Hartung:** Herr Meyerhoff hat den Standpunkt vertreten, der — wie bekannt ist — von den Grundbesitzer- und verschiedenen anderen Vereinen hier in einer Eingabe an die zuständigen Stellen des weiteren dargelegt ist. Es ist der Standpunkt, der im ganzen die Gartenstadt als für hiesige Verhältnisse nicht vorteilhaft ansieht. Es ist nun ja wohl — das gebe ich ohne weiteres zu — der Standpunkt des Magistrats einstweilen unparteiisch, und die Vorlage läßt nach dem Sinne des Magistrats keineswegs schon ein Dafür oder Dagegen erkennen. Aber es ist doch zu erwarten, daß diese Ausstellung etwas anderes ist, als wie sonst Ausstellungen zustande kommen. Da findet sich ein unparteiisches Komitee, man will irgend etwas zeigen, eine Übersicht über irgend welches Gebiet geben. So liegt die Sache hier nicht. Es ist keine objektive Ausstellung, soll es auch nicht sein, und ich glaube, daß ich mit Rücksicht darauf den Vertretern und Veranstaltern der

Sammlung nicht zu nahe trete, wenn ich sage: Es ist nur eine Propaganda-  
ausstellung, und das andere ist nur das Mäntelchen, welches der Sache umgehängt  
wird. Es handelt sich darum, Propaganda für die Gartenstadtbewegung zu machen.  
Deshalb ist, wie ich glaube, der Standpunkt des Magistrats nicht richtig. Es ist  
wohl so, wie Herr Meyerhoff ausgeführt hat: Es ist ein kleiner Finger, der dieser  
Bewegung gegeben wird, wenn man sie städtischerseits unterstützt. Das wird ver-  
wertet werden, es wird heißen: Eine Ausstellung ist mit Unterstützung der Stadt  
zustande gekommen. Sie kennen die Polemik in der Zeitung; es wird da gesagt  
werden: Da habt ihr gesehen, in welcher Weise auch der Magistrat für unsere Sache  
sich interessiert. Auch die Ausstellung selber wird nur einseitig verwertet werden.  
Es mag für manch einen Interesse haben, solche Sachen anzusehen, ich trage aber  
Bedenken, wenn der Magistrat hier einen Zuschuß bewilligen will. Ähnliche Aus-  
stellungen, die zu Propagandazwecken dienen sollen, haben wir auch sonst schon ge-  
habt, aber bis dato sind für solche keine Zuschüsse bewilligt; deswegen bin ich auch  
gegen diese Unterstützung.

**Stadtv. Kleinfnecht:** Man mag der Gartenstadtbewegung gegenüberstehen,  
wie man will, es kann ihr niemand absprechen, daß ihr nicht Interesse von allen  
Seiten entgegengebracht wird. Deshalb halte ich es für sehr wünschenswert, daß  
die Ansichten über die Gartenstadt und ihre event. Einführung in der Stadt  
Braunschweig geklärt werden. Nach meiner Ansicht soll die ganze Ausstellung nicht  
weiter als klärend wirken. Daß die Genossenschaft Propaganda dafür machen  
will, daraus ist ihr doch kein Vorwurf zu machen, denn jeder, der etwas durchsetzen  
will, wird Propaganda machen müssen. Ob aber die Stadtverwaltung und die  
Bürger in der Stadt dem nachfolgen, was die Gartenstadtgenossenschaft will, das  
ist eine ganz andere Frage, und erst nach dieser Ausstellung werden sich sowohl die  
Stadtverwaltung wie auch die einzelnen Bürger ein Bild über die ganze An-  
gelegenheit machen und sagen können, ob die Gartenstadt für unsere Stadt paßt  
oder nicht. Ich meine, diese Zuschrift, die uns von den Grundbesitzervereinen und  
den anderen Vereinen zugesandt ist, richtet sich eigentlich nicht gegen das, was wir  
heute beschließen sollen, sondern richtet sich überhaupt gegen Anlage einer Garten-  
stadt. Wir wollen heute eine Klärung haben: Wird die Gartenstadt sich für uns  
eignen oder nicht? Deshalb glaube ich, daß es nur fördernd sein kann, wenn dieser  
kleine Beitrag zu der Ausstellung bewilligt wird, damit wir nachher klarer sehen  
und später, wenn etwa einmal das Ersuchen an uns herantreten sollte, einen  
Zuschuß für die Gartenstadt zu bewilligen, ein besseres Urteil haben. Ich bitte des-  
halb, die 700 M zu Ausstellungszwecken bewilligen zu wollen.

**Stadtv. Sander:** Ich bin auch dafür, daß man Gelegenheit nimmt, die  
Gartenstadtbewegung kennen zu lernen und sie zu prüfen, aber nicht dafür, daß

man Propaganda dafür mit städtischen Geldern macht. Herr Hartung sagte schon, daß es eigentlich mehr eine Propagandaausstellung wird, als etwas anderes. Wir betreten einen eigentümlichen Weg, wenn wir eine derartige Ausstellung durch Mittel von Seiten der Stadt unterstützen; das haben wir bisher nie getan. Es ist nicht gut getan, wenn eine Genossenschaft, die in die Öffentlichkeit treten will, diesen ersten Schritt auf Kosten von städtischen Mitteln macht.

Zur Sache selbst muß ich sagen: Im vergangenen Jahre haben wir beschlossen, daß zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen der Magistrat jede mögliche Erleichterung gewähren möge, weil festgestellt war, daß eine Not in Kleinwohnungen vorhanden war. Die Stadtverordneten sind, wie ich glaube, fast alle dafür gewesen, Mittel bereitzustellen, um den Bau von Kleinwohnungen zu erleichtern und zu fördern. Die Bedürfnisfrage mußte also anerkannt werden. Wenn jetzt die Gartenstadt kommen soll, dann muß erst einmal die Bedürfnisfrage klargelegt werden, und da stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff: das Bedürfnis für den Bau einer Gartenstadt in Braunschweig liegt keineswegs vor. Jeder Fremde, der nach Braunschweig kommt, findet Braunschweig in dieser Beziehung ideal, und sagt: Sie haben hier eine offene Bauweise, wie man sie selten in anderen Städten antrifft. Selbst der berühmte Herr Göcke, der die Ausarbeitung des Bahnhofsgeländes für uns übernommen hat, soll sich geäußert haben, daß Braunschweig in gewisser Weise Gartenstadt wäre. Wenn Braunschweig das schon ist, so haben wir keine Veranlassung, eine Gartenstadt neu zu errichten.

Ich bin der Meinung, daß die ganze Gartenstadtbewegung mehr eine Modesache geworden ist, die mitgemacht wird und die Leute mit sich reißt. Es ist ganz unmöglich, daß Sie für jeden Arbeiter ein Alleinhaus schaffen, und ich halte das auch nicht für nötig. Wem von uns ist es denn beschieden? Das kann unter Tausenden nur einer haben. Und daß es vorteilhaft ist, allein zu wohnen, halte ich nicht für richtig. Ein gemeinschaftliches Zusammenwohnen ist besser, und auch das Zusammenwohnen kann man ideal ausbauen.

Wenn man die Motivierung ansieht, die in dem Schreiben, das uns von jener Seite zugegangen ist, enthalten ist, dann muß man sagen: Sie ist weit hergeholt. Wenn die Herren glauben, daß sie mit der Gartenstadtbewegung das erreichen, was sie geschrieben haben, dann irren sie sehr. Was sie erreichen, ist so wenig, daß es die Schäden für die seßhaften Bewohner nicht aufwiegt. Ich kann mich nicht für die Bewilligung der 700 M. aussprechen, weil ich sage: Wenn die Genossenschaft Interesse daran hat, die Idee in weite Kreise hineinzutragen, dann muß sie dafür auch selbst Mittel zur Verfügung haben.

Stadtv. **Weichsel:** über das Für und Wider betreffs der Gartenstadtbewegung brauchen wir nicht zu streiten, aber doch muß ich sagen, daß ich nicht glaube, daß es eine Modesache ist, wie Herr Sander sagt. Mit der fortschreitenden Bevölkerungszunahme wird das Bedürfnis nach freierer Wohnung immer steigen. Einfach über derartige Bewegungen, die erheblichen Nutzen gestiftet haben, hinwegzugehen, wäre verkehrt. Wenn der Stadt Gelegenheit gegeben wird, sich über das, was auf diesem Gebiet gearbeitet ist, durch eine Ausstellung zu unterrichten, dann sollten die 700 *M* für die Ausstellung wohl zugeschoffen werden. Sowohl die beamteten wie auch die privaten Architekten können wohl eine Anregung auf diesem Gebiete gebrauchen. Wenn man die Umgebung anderer Städte in Vergleich mit der unsrigen zieht, so muß man sagen: Wir haben gewiß eine schöne Bauweise, aber in der letzten Zeit ist auch in anderen Städten bei der Außenstadt Neues und Schönes geschaffen, so daß es guttut, nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern Gelegenheit zu nehmen, über das, was im Gange ist, sich zu unterrichten. Zu diesem Zwecke braucht uns die Ausgabe von 700 *M* nicht wehzutun.

Stadtv. **Schulze:** Ich muß mich wundern über den eigenartigen Standpunkt, den einige Herren hier einnehmen, indem sie gegen einen derartigen Wunsch sich aussprechen; es handelt sich doch nur um eine Ausstellung. Wenn auch ohne Zweifel nach der ganzen Aufmachung zu vermuten ist, daß diese Gartenstadt-Genossenschaft sich aus vermögenden Leuten zusammensetzt, wenigstens zum Teil, so ist doch meiner Auffassung nach bei der Ausstellung ein tieferer Grund vorhanden, der nicht ohne weiteres achtlos beiseite zu schieben ist. Auch wenn man die Ausstellung als eine Propagandaausstellung ansieht, so muß man doch ohne Zweifel sagen, daß Braunschweig auch eine derartige Ausstellung einmal braucht. Die Herren haben auch für andere Ausstellungen, die nicht gerade notwendig waren, und für Vergnügungen, z. B. das Bundesfestlerfest, Mittel bewilligt, warum sollten sie nicht Mittel bewilligen für eine Ausstellung, die für die Stadt von Wert sein kann, die Anregungen für die Architektur bringt, aus der die Bautätigkeit schöpfen und lernen könnte, so daß auch die Stadt in gewisser Hinsicht Vorteile daraus ziehen kann. Aus allen diesen Gründen und nach dem, wie das Programm aufgestellt ist, könnte ich dafür sein, für die Ausstellung Mittel zu bewilligen. Selbstverständlich würde es ein anderes sein, wenn später andere Momente hinzutreten, was kaum anzunehmen ist. Immerhin würden dann, wenn durch die Gartenstadtbewegung Villen und Häuser draußen entstehen sollten, in der Innenstadt Wohnungen frei werden und die Wohnungsverhältnisse verbessert werden können, es würde also nicht zum Schaden sein, wenn die Bewegung gefördert würde. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Die 700 *M* werden bewilligt.

## 15. Instandsetzung der Rosentalbrücke.

Stadtv. **Niese:** Der Stadtmagistrat hat uns eine Vorlage zugehen lassen, auf Grund des Antrages Helle, der in einer früheren Sitzung eingebracht ist und in dem es sich darum handelte, „es möchte der Bohlenbelag der Fußgängerbrücke Inselwall-Rosental einer gründlichen Reparatur bezw. Erneuerung unterzogen werden“, damit sie den Anforderungen des Verkehrs genüge. Den meisten der Herren wird es bekannt sein, daß die Brücke früher eine private Brücke war, aber im Jahre 1901, weil sie mit der Straße „Am Rosental“ zusammenhing, von der Stadt mit erworben ist. Sie ist augenblicklich in keinem guten Zustande, und die städtische Bauverwaltung schlägt in ihrem Kostenanschlag vor, die 70 qm alte Bohlentafeln zu entfernen und zum städtischen Lagerplatz am Westbahnhof zu schaffen, dafür eine Bedeckung mit verzinktem Wellblech zu legen und diese mit einer gewölbten Asphaltdecke von 3,8 mm Stärke zu versehen. Außerdem handelt es sich um Auswechslung zweier Diagonalen, Anstrich der Winkelleisen und ähnliches. Es ist hiernach darauf zu rechnen, daß durch den Asphaltbelag die Brücke dauernd im Stande bleibt. Der Magistrat schlägt die Erneuerung der Brücke in dieser Weise vor und beantragt, die überschläglich zu 1000 *M* berechneten Kosten zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats zu bewilligen. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Instandsetzung der Brücke wird zugestimmt und die Kosten bewilligt.

## 16. Gewährung eines Zuschusses zu den Einrichtungen von Bade- und Heizungsanlagen in den katholischen Schulen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Unsere Schulärzte und der Stadtphysikus haben in ihren Berichten wiederholt darauf hingewiesen, daß in den Schulen der katholischen Gemeinde an der Friesenstraße und an der Goslarischenstraße ein Schulbrausebad notwendig wäre. Bisher aber hatte die Gemeinde sich immer ablehnend verhalten, hauptsächlich aus finanziellen Gründen. Sie ist nun zu einer besseren Einsicht gekommen und hat aus sich heraus, ohne sich mit der Stadt in Verbindung zu setzen, in der Schule an der Goslarischenstraße ein Brausebad mit einem Kostenaufwande von rund 1600 *M* hergestellt und gleichzeitig auch diese Schule unter Aufwand von etwa 2600 *M* mit einer Zentralheizung versehen. Danach ist sie an die Stadt mit der Bitte herangetreten, ihr den Ertrag der ausgegebenen Gelder zu bewilligen. Der Magistrat meint, daß diese Einrichtung an sich durchaus zweckmäßig wäre und den Wünschen, wie sie unsere Schulärzte und der Stadtphysikus seit langem vertreten, entspricht, hält es aber für einigermaßen befremdlich, daß man erst nach Beendigung des Baues die Mittel nachträglich



bewilligen lassen will. Er hat aber die sachliche Erwägung, daß die Ausgaben an sich zu billigen sind, in den Vordergrund treten lassen und die Gelegenheit benutzt, nun die alte Forderung, die Schule an der Friesenstraße mit einem Brausebade zu versehen, durchzudrücken. Er hat der Gemeinde zugesagt, zwei Drittel dieser Aufwendungen zu bewilligen, wenn sie gleichzeitig an der Friesenstraße die gewünschte Einrichtung treffe. Auch zu dieser Einrichtung hat er die erforderlichen Mittel in Aussicht gestellt. Bei der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß die in der Friesenstraße vorhandene Heizung den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entspricht und zum Teil abgängig ist. Um nun diese Erneuerungen und die Einrichtung eines Brausebades der katholischen Gemeinde zu ermöglichen, hat der Magistrat sich bereit erklärt, für die Arbeiten 5500 *M* zur Verfügung zu stellen, außerdem, wie schon gesagt, zwei Drittel der 4200 *M* mit 2800 *M*. Er bittet uns, dem zuzustimmen und die Mittel aus dem Ausgleichsfonds zu bewilligen, der nach Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters in der Kommission zur gegenwärtigen Zeit durchaus in der Lage ist, diese Last zu tragen.

Die Finanzkommission ist der Meinung, daß der vom Magistrat eingenommene Standpunkt durchaus zutreffend ist, und daß für die Kinder der katholischen Schule, die gerade nicht den sehr bemittelten Kreisen angehören, die Einrichtung des Brausebades recht segensreich sein wird, daß ferner die Erwägung, daß es sich um eine katholische Schule handelt, durchaus nicht ausschlaggebend sein dürfte, da auch die anderen Schulen nach dem Gesetze durchaus konfessionellen Charakter tragen. Sie empfiehlt Ihnen demnach Genehmigung des Magistratsantrages, die beiden genannten Summen auf den Ausgleichsfonds zu übernehmen mit der Maßgabe — weil die Arbeit an der Friesenstraße noch nicht ausgeführt ist und eine gewisse Garantie vorhanden sein muß, daß sie unseren Wünschen entsprechend vorgenommen wird —, daß die Gemeinde gehalten ist, die Anlage nach den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung auszuführen und durch diese Behörde auf ihre Ordnungsmäßigkeit prüfen zu lassen, und daß ferner die Mittel für diese Arbeit bis zur Höhe von 5500 *M* nur erlegt werden, soweit Auslagen dafür tatsächlich erwachsen sind. — Ich bitte, sich dem Kommissionsantrage anzuschließen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es war in der Kommission den Herren aufgefallen, daß die Kosten des Brausebades für die Schule an der Goslarischenstraße nur 1600 *M* betragen hatten, während jetzt für die Schule an der Friesenstraße 5500 *M* erforderlich werden sollen. Ich hatte in der Kommission eine Auskunft darüber gegeben, die ich heute zu ergänzen in der Lage bin. Die Schule an der Friesenstraße ist bei weitem die größte von den drei Schulen, welche die katholische Gemeinde unterhält. Die beiden Schulen an der Goslarischenstraße

und Hinter der Masch haben zusammen noch nicht 500 Kinder, während die Schule an der Friesenstraße von 700 Kindern besucht wird. Schon aus diesem Grunde erklärt sich die Verschiedenheit in der Höhe der Summe. Ich bitte sehr, dem Wunsche des Magistrats beizupflichten, und habe die Hoffnung, daß, wenn sich Bewilligungsfreudigkeit bei den Herren Stadtverordneten erkennen läßt, es der katholischen Gemeinde um so leichter sein wird, bei den Verhandlungen wegen der Gleichstellung der Lehrer an den katholischen Schulen mit den hiesigen Bürgereschullehrern den letzten Schritt zu tun, auf den die katholischen Lehrer und Lehrerinnen schon lange warten.

**Stadtv. Weichsel:** Ich bin mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden, möchte aber auf folgendes aufmerksam machen. Es ist meines Erachtens das erstemal, daß zu den Kosten der Schulgebäude der katholischen Gemeinde ein Zuschuß geleistet wird. Es ist bekannt, wie leicht die rechtliche oder moralische Verpflichtung der Gemeinde aus einem solchen einmaligen Zuschusse abgeleitet wird. Ich möchte nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß man die Zuwendung unter dem Vorbehalt machen möchte, daß dadurch keine rechtliche Verpflichtung der Gemeinde entsteht.

**Stadtrat von Franckenberg:** Vorsicht, wie sie Herr Stadtv. Weichsel walten lassen will, verdient alle Billigung. Auf der anderen Seite aber gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, daß die städtischen Behörden zu wiederholten Malen unseren katholischen Mitbürgern finanziell entgegengekommen sind, daß insbesondere 25 000 *M* für den dringend gewordenen Ausbau der Schule an der Maschstraße von uns zugesprochen sind, daß wir ferner 12 000 *M* für die Schule an der Friesenstraße bewilligt haben, und daß damit selbstverständlich eine Rechtspflicht nicht übernommen ist. Die ganzen Beziehungen zwischen der katholischen Gemeinde und uns sind bekanntlich in einem Vertrage genau niedergelegt, nach dem der Kirchenvorstand der katholischen Gemeinde der Träger der Schullasten ist und wir nur einen Zuschuß entsprechend der Kopfszahl der Schulkinder zu leisten haben. Was wir darüber hinaus tun, ist unser freier Wille.

Die Versammlung spricht ihre Genehmigung zu den Magistratsanträgen aus.

## 17. Verkauf eines Terraintreifens in der Schuhstraße.

**Stadtv. Meyerhoff:** An der Schuhstraße neben dem Grundstück des Kaufmanns Sommerfeld liegt vom Kohlmarkt her links an der Ecke ein Streifen Terrain in Größe von 1,9 qm vor dem früher Helmschen Hause. Herr Sommerfeld wünscht diese Fläche zu erwerben und hat 500 *M* dafür geboten. Der Preis wird vom Magistrat für angemessen gehalten, und die Kommission hat sich dieser

Ansicht angeschlossen. Ich beantrage im Namen der Baukommission, dem Magistratsantrage gemäß Herrn Sommerfeld den Streifen zum Preise von 500 M zu verkaufen.

Dem Abschlusse des Verkaufs wird zugestimmt.

## 18. Abänderung der Bedingungen über die Abgabe von Wasser.

Stadtv. **Hfmann**: Am 9. Oktober vorigen Jahres beschloßen die Stadtverordneten auf Antrag des Magistrats die neuen Bedingungen über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung. Inzwischen hat nun die Verwaltungsdeputation der Wasserwerke an den Magistrat den Antrag gestellt, hierzu in § 4 noch einen Zusatz hinzuzufügen. Der Magistrat sagt in seinem Ansprechen, welches allen Stadtverordneten in Vervielfältigung zugegangen ist, daß die Verwaltungsdeputation der Wasserwerke beantragt habe, dem § 4 eine Vorschrift einzufügen, wonach die Grundstücksleitung nach Anweisung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke auszuführen ist. Nach den neuen Bestimmungen heißt der § 4 in seinem Anfang:

„Die Herstellung und Unterhaltung der Leitungen innerhalb des angeschlossenen Grundstücks (Grundstücksleitung) ist Sache des Anschlußinhabers; er kann die Materialien und Arbeiten beschaffen lassen, durch wen er will.“

Dahinter soll nach dem Antrage eingeschaltet werden:

„hat aber in bezug auf die nach dem vermutlichen Wasserverbrauch zu bestimmende Weite der Leitungsröhre, in bezug auf die Stärke ihrer Wandungen und zur Verhütung einer Verschmutzung des städtischen Leitungswassers die Anordnungen der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zu befolgen.“

Der Magistrat war früher der Meinung, daß eine solche Bestimmung — wie sie ähnlich auch bei den Gasanlagen und bei Anlagen für elektrisches Licht und Kraft vorgesehen ist — bei den Wasserleitungsanlagen nicht nötig sei, hat sich aber inzwischen überzeugt, daß doch manches dafür spricht, daß die Anlage auch der Wasserleitung auf dem Grundstücke unter Aufsicht der städtischen Verwaltung geschieht.

Zunächst hat die Verwaltung ein Interesse daran, daß dem Wasserverbrauch des einzelnen Grundstücks entsprechend weite Rohre gewählt werden, da bei geringer Weite der mangelhafte Druck regelmäßig zunächst dem Wasserwerk zur Last gelegt wird, und aus den bei Anbringung bezüglichlicher Klagen notwendig werdenden örtlichen Untersuchungen häufig recht lästige Arbeiten und Weiterungen erwachsen, die bei genügender Rohrweite vermieden werden.

Sodann haben die hiesigen Installateure selber den Wunsch geäußert, daß in bezug auf die Stärke der Wandungen der Rohre bestimmte Vorschriften erlassen werden möchten, um Differenzen zwischen ihnen und den Hausbesitzern, die bei zu geringer Stärke und dadurch hervorgerufenen Rohrbrüchen leicht entstehen können, tunlichst zu vermeiden. Das gleiche Interesse an der Auswahl genügend starker Rohre dürfte auch bei den Hausbesitzern vorhanden sein, da ihnen auf diese Weise unter Umständen sehr erhebliche Schäden erspart bleiben.

Endlich sprechen auch gesundheitliche Rücksichten dafür, daß Vorkehrungen getroffen werden, die eine Verschmutzung des Leitungswassers durch Zurückfließen oder Zurücksaugen von Schmutz- oder warmem Wasser aus Grundstücksleitungen oder von Wasser aus privaten Wasserleitungsanlagen in das städtische Netz verhindern.

Die Genehmigung würde demnach auf die Weite und Stärke der Hausleitungsröhre zu beschränken sein und zugleich auf die Verhütung der die Reinheit des Leitungswassers gefährdenden Anlagen Bedacht zu nehmen sein.

In der Statutenkommission wurden Erörterungen darüber angestellt, wie diese Maßnahme wirken könnte. Von einer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Direktion nicht bei jeder Kleinigkeit, wenn der Betreffende bei einer schon fertigen Leitung noch einen Zapfhahn anlegen will, erst die Genehmigung verlangen möge. Dazu hat der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß der Zusatz nicht so gemeint sein soll, daß, wenn einmal eine Anlage ordnungsmäßig fertiggestellt sei und sich beispielsweise später herausstellte, daß noch eine weitere Zapfstelle angelegt werden muß, dann der Hausbesitzer deswegen die Direktion begrüßen müßte. Auf den Einwand, daß es doch wohl geschehen könnte, daß dergleichen verlangt würde, antwortete der Herr Oberbürgermeister, daß es dann zweckmäßig wäre, wenn der Hausbesitzer sich beschwerdeführend an die Verwaltungsdeputation wende. Diese Erklärung soll hier ausdrücklich gegeben werden, damit sie ins Protokoll kommt und zu scharfen Handhabungen dieser Bestimmung dadurch vorgebeugt wird.

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen Annahme des Zusatzes mit Beachtung der vom Herrn Oberbürgermeister in der Kommission mitgeteilten Erklärung, daß nicht bei jeder kleinen Erweiterung unbedingt die Genehmigung der Direktion eingeholt zu werden braucht.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Nachdem die Kommissionsitzung beendet war, ist mir der Gedanke gekommen, ob man nicht diese vom Herrn Referenten vorgetragene Besorgnis sehr einfach dadurch vermeiden könnte, daß man eine Umstellung der Vorschriften vornimmt, wodurch klargestellt wird, daß die Vorschrift über die Bemessung der Weite der Rohre nur dann Platz greifen soll, wenn es

sich um neue Anlagen handelt. Denn wenn die Direktion auf die Idee käme: „Bei Einrichtung eines neuen Zapfhahnes reicht die Anlage nicht aus, und deshalb müssen wir verlangen, daß die ganze Anlage erneuert wird“, so wäre das doch geradezu ungeheuerlich. Deshalb ist es wohl am besten, den Zusatz in folgender Weise zu fassen:

„hat aber zur Verhütung einer Verschmutzung des städtischen Leitungswassers, sowie in bezug auf die Stärke der Wandungen der Leitungsrohre und, soweit es sich um neue Anlagen handelt, in bezug auf die nach dem vermutlichen Wasserverbrauch zu bestimmende Weite der Leitungsrohre die Anordnungen der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zu befolgen.“

Wir haben zwar im Magistrat darüber noch nicht wieder gesprochen, doch glaube ich, daß er dem zustimmen wird. — Ich bin der Ansicht, daß eine Verschmutzung des Leitungswassers durch Rücksaugen aus Klostetbeden usw. auf jeden Fall verhütet werden muß, ganz gleich, ob es sich um neue Anlagen oder Änderungen oder Ergänzungen handelt, und daß auch in bezug auf die Stärke der Wandungen der Rohre den Installateuren entgegengekommen wird, indem ein für allemal vorgeschrieben wird: Ein Rohr von der und der Weite muß auch die und die Wandungsstärke haben. Soweit es sich aber um den Verbrauch handelt und darnach die Weite der Rohre bemessen werden soll, halte ich es für richtig, zu sagen: Das greift nur Platz bei neuen Anlagen. Ich glaube, wir kommen am besten zum Ziele, wenn wir in der vorgeschlagenen Weise vorgehen.

**Stadtv. Ahmann:** Was ich vorgetragen habe, ging nur aus der früheren Erfahrung mit diesen Dingen heraus. Ich bin gern dafür, daß wir in der vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Weise den Zusatz fassen, und möchte den Vorschlag zum Antrage erheben, indem ich glaube, daß auch die übrigen Kommissionsmitglieder nichts dagegen einzuwenden haben. Durch diese Fassung ist verhütet, daß zu scharf gegen die Hausbesitzer vorgegangen wird, ebenso auch eine Vernachlässigung der Pflichten, die die Angehörigen gegen die Allgemeinheit haben. Daß ein Zurücksaugen von unreinem Wasser entstehen könnte, ist mir von Sachleuten wiederholt versichert und auch vordemonstriert. Ich möchte bitten, dem Antrage in der Weise zuzustimmen, wie der Herr Oberbürgermeister in seiner Erklärung gesagt hat.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis aller Statutenkommissionsmitglieder mit dem Antrage des Herrn Ahmann an. — Der Zusatz würde jetzt folgendermaßen lauten: (wird verlesen, siehe vorige Seite.)

Der Zusatz wird in der abgeänderten Form angenommen.

## 19. Anderweitige Festsetzung des Schulgeldes beim Oberlyzeum.

Stadtv. **Frede:** Der Magistrat beantragt, die Stadtverordneten möchten zustimmen, daß das Schulgeld für die von Ostern an beim Lehrerinnenseminar eintretenden Schülerinnen von 96 *M* auf 150 *M* erhöht wird.

Der letzte Grund hierfür ist zu erblicken in der Verfügung des preußischen Kultusministers vom Herbst 1913. Er hat bestimmt, daß die Zöglinge des Lehrerinnenseminars ohne weiteres die Berechtigung haben, das Studium der Philosophie als vollberechtigte Studentinnen zu ergreifen. Die Bedenken, die durch diese Verfügung machgerufen sind, gingen dahin, daß ein übergroßes Anwachsen des Besuches des Lehrerinnenseminars erfolgen würde, und zwar auf Kosten der Studienanstalt. Nun haben wir auch hier eine Studienanstalt mit vielen Kosten errichtet, und auch bei uns haben sich Anzeichen geltend gemacht, welche die Befürchtung, die ich angedeutet habe, rechtfertigen. Wenn man fragt, ob das übergroße Anwachsen des Besuches des Lehrerinnenseminars zu billigen ist, so muß man mit nein antworten. Das Lehrerinnenseminar ist als Berufsschule keine geeignete Vorbildung für alle Zweige der Universität. Es bietet in gewissem Rahmen eine allgemeine Bildung, vorwiegend aber eine Berufsbildung. Die Studienanstalt hingegen ist lediglich gegründet, um eine breite und gute Unterlage für die Universitätsbildung zu geben. Wenn diejenigen, welche sonst die Studienanstalt besucht haben, infolge dieser Verfügung das Lehrerinnenseminar besuchen, so ist das nicht gutzuheißen, und es wäre zu empfehlen, daß die Eltern sich einen solchen Schritt recht sehr überlegen. Dieser Zustuß zu dem Lehrerinnenseminar erklärt sich dadurch, daß — bei uns wenigstens — das Schulgeld auf dieser Anstalt wesentlich geringer ist als bei der Studienanstalt. Es beträgt bei letzterer 150 *M* und bei dem Lehrerinnenseminar nur 96 *M*.

Aber auch noch durch einen anderen Umstand werden die Schülerinnen veranlaßt, das Lehrerinnenseminar vorzuziehen, nämlich deshalb, weil sie dabei stets die freie Wahl haben, noch Lehrerin zu werden, wenn ihre Konstitution zum Studieren nicht ausreicht. Der Schulvorstand des Lyzeums ist zu der Meinung gekommen, daß kein Anlaß besteht, das Lehrerinnenseminar im Schulgeld unterschiedlich von der Studienanstalt zu behandeln, und er ist der Ansicht, daß die Studienanstalt nicht in dem Maße Einbuße im Besuch erleidet, wenn das Schulgeld für das Lehrerinnenseminar ebenfalls auf die Höhe von 150 *M* heraufgesetzt wird. Er beantragt deshalb, daß die städtischen Behörden zustimmen möchten, das Schulgeld für beide Anstalten gleich zu bewerten. Herr Direktor Krüger hat bei der Gelegenheit darauf hingewiesen, daß unser Schulgeld am Lehrerinnenseminar ohnehin nicht teuer ist; selbst wenn es auf 150 *M* erhöht wird, würde die Stadt Braunschweig mit das niedrigste Schulgeld in der ganzen Umgegend er-

heben. In Magdeburg zahlen die einheimischen Schülerinnen 170 *M.*, in Halle und Hannover 180 *M.*, in Halberstadt, Erfurt, Hildesheim 200 *M.*, auswärtige entsprechend mehr.

Die Schulkommission ist bei Beratung dieses Gegenstandes einstimmig der Ansicht gewesen, daß dem Antrage des Magistrats beizupflichten ist, und gibt Genehmigung anheim.

Der Magistratsantrag wird dem Kommissionsantrage gemäß angenommen.

## 20. Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen zu Braunschweig.

**Stadtv. Weichsel:** Am 25. September haben wir ein Statut beschlossen über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig. Das Statut ist zum Zwecke der Genehmigung an das Herzogliche Staatsministerium gegangen und ist dort genehmigt unter dem Vorbehalte, daß von uns nachträglich einige Änderungen vorgenommen werden. Ich darf nicht hoffen, daß Sie die Vorlage in Händen haben, muß deshalb die einzelnen Sachen etwas genauer vortragen.

In § 5 ist bestimmt, daß über die Aufnahme eines Kindes in die Hilfschule der Schulvorstand entscheiden soll. Zugleich ist festgestellt, daß hierüber ein Prüfungsausschuß gehört werden soll, und zwar von 6 Mitgliedern, welche in dem Paragraphen einzeln benannt sind. Nun ist in Absatz 3 dieses Paragraphen gesagt, daß die Entscheidung des Ausschusses, wodurch ein Kind in der Bürgerschule oder gehobenen Bürgerschule zu belassen sei, endgültig ist. Das steht in einem gewissen Widerspruch damit, daß der Ausschuß nur gutachtlich gehört werden soll und die Entscheidung über die Aufnahme in die Hilfschule dem Schulvorstand vorbehalten bleiben soll. Es wünscht deshalb das Ministerium eine Änderung des Absatzes 3 dahin, daß die Entscheidung des Prüfungsausschusses für den Fall endgültig sein soll, daß der Ausschuß entscheidet: „Das Kind soll in einer Bürgerschule bleiben, soll nicht in die Hilfschule aufgenommen werden.“ Im anderen Falle, wenn die Aufnahme in die Hilfschule durch den Prüfungsausschuß befürwortet wird, soll die Entscheidung dem Schulvorstande zustehen. Demgemäß wünscht das Ministerium folgende Fassung des Absatzes 3:

„Falls die gutachtliche Äußerung des Prüfungsausschusses dahin geht, daß ein Kind in der Bürgerschule oder gehobenen Bürgerschule zu belassen sei, so hat es damit sein Bewenden.“

Ich glaube, daß die vom Ministerium gewünschte Fassung durchaus begründet ist; wir können wohl ohne weiteres dieser Änderung zustimmen.

Der Änderung des Absatzes 3 im § 5 wird zugestimmt.

Stadtv. **Weichsel** (fortfahrend): In § 14 des Statuts sind verschiedene Befreiungen von Schulgeld für die Kinder vorgesehen: wenn mehrere Kinder einer Familie eine oder mehrere Bürgerschulen besuchen, so wird Schulgeld nur für das jüngste Kind erhoben usw. Nun wünscht das Ministerium, daß hinzugefügt wird, daß die Befreiungsbestimmung keine Anwendung findet auf ortsfremde Kinder. Das ist auch vollständig unsere Absicht gewesen, und es ist nur übersehen, das auszusprechen. Als Absatz 3 ist in § 14, 1 einzuschalten:

„Auf die ortsfremden“ (s. § 13 II) Kinder finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.“

Die Kommission empfiehlt, dem zuzustimmen.

Der Zusatz wird genehmigt.

Stadtv. **Weichsel** (fortfahrend): In § 20 des Statuts ist ein kleines Versehen in der Wortfassung enthalten. Es heißt dort: „Zum Unterleiter der Hilfschule kann ein Lehrer, der sich im Hilfschuldienst bewährt hat, auch ohne Ablegung der vorgedachten Prüfung *e r n a n n t* werden.“ Das Ministerium hat an diesem Ausdruck „ernannt“ Anstoß genommen. Die Ernennung ist Sache des Konsistoriums. Das Ministerium wünscht, daß dieses Wort durch „gewählt“ ersetzt wird. Auch dem können wir ohne weiteres zustimmen.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

Stadtv. **Weichsel** (fortfahrend): § 26 enthält Bestimmungen über Erteilung von Urlaub. Es ist unter 4 Ziffern gesagt, von wem der Urlaub für die verschiedenen Zeiten zu erteilen ist. In Ziffer 1—3 sind die Bestimmungen über Urlaub auf kürzeren Zeitraum enthalten, während nach Ziffer 4 die Urlaubserteilung auf längere Zeit dem Herzoglichen Konsistorium vorbehalten ist. Nun wünscht das Ministerium, daß die Sache anders gruppiert wird, nämlich, daß die Urlaubserteilungen bis zu 4 Wochen, die vom Schulleiter bzw. Schulvorstand gewährt werden, unter I zusammengefaßt werden und unter II die Urlaubserteilungen stehen, über die vom Konsistorium entschieden wird — eine kleine äußerliche Änderung, der zuzustimmen die Statutenkommission vorschlägt.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Herren hiermit an.

Stadtv. **Weichsel** (fortfahrend): In § 32 des Statuts ist ein Fehler enthalten. Es heißt da, es solle der Absatz 1 des § 6 des Anhangs zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig vom 26. Oktober 1903 außer Kraft treten. Nun hat aber dieser § 6 nur einen Absatz, deshalb muß „Absatz 1 des“ weggelassen, eine Sache, der wir ohne weiteres zustimmen können.



Vom V o r s i z e n d e n wird das Einverständnis der Versammlung angenommen.

**Stadtv. Weichsel:** Bei dieser Gelegenheit ist von seiten des Magistrats noch einmal angeregt worden, ob man nicht eine bessere Bezeichnung für die beiden Arten der Bürger Schulen finden könnte. Wir haben uns damals geeinigt, um den Ausdruck „Untere Bürger Schulen“ zu vermeiden, die Ausdrücke „Bürger Schulen“ und „gehobene Bürger Schulen“ einzuführen. Es ist dagegen das Bedenken geltend gemacht, daß durch den Ausdruck „gehobene Bürger Schulen“ leicht der Eindruck herbeigeführt werden könnte, als ob sie in ihren Zielen über den „Mittelschulen“ ständen. Eine andere Bemängelung war die, daß es unlogisch sei, zwei nebeneinander bestehende Schulen das eine Mal „Bürger Schulen“ und das andere Mal „gehobene Bürger Schulen“ zu nennen. Die Statutenkommission hat sich daraufhin nochmals mit dieser „sehr wichtigen“ Angelegenheit beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß man sagen möge „7stufige Bürger Schulen“ und „8stufige Bürger Schulen“. Der Ausdruck ist vielleicht nicht gerade schön, aber seine Annahme erschien der Statutenkommission denn doch eine Verbesserung gegen die früher angenommene Benennung zu sein. Die Statutenkommission gibt deshalb anheim, diese Benennung einzuführen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich gebe zu, auch dieser Vorschlag bringt nichts Vollkommenes. Sie haben sich aber, wie ich glaube, einstimmig dagegen ausgesprochen, die Bezeichnung „untere und mittlere Bürger Schulen“ beizubehalten, und der Magistrat hat geglaubt, Ihnen entgegenkommen zu sollen. Gegen die im neuen Statute gewählte Bezeichnung sprechen zwei Gründe, einmal, daß es eine wunderbare Sache ist, die höherstehende Mittelschule dadurch in den Verdacht zu bringen, daß sie unter der „gehobenen Bürger Schule“ steht. Wir haben von Anfang an gegen diesen Beschluß unsere Bedenken gehabt, hatten aber in Aussicht genommen, falls seitens des Ministeriums gar keine Einwendungen gegen das Statut erhoben werden sollten, so daß wir uns wegen solcher nicht an die Stadtverordneten zu wenden brauchten, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Nun haben wir aber doch nochmals das Statut vorlegen müssen und machen bei dieser Gelegenheit unsere Bedenken geltend. Der zweite Grund ist der, daß das Gesetz von „Bürger Schulen“ spricht, und wir in dem § 1 des Statuts sagen: „Die Bürger Schulen zerfallen in Bürger Schulen und gehobene Bürger Schulen.“ Das klingt nicht logisch.

Welche Bedenken sprechen nun gegen die Bezeichnung „7stufige und 8stufige Bürger Schulen“? Es ist nicht zu bestreiten, daß diese verschiedenen Stufen das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Schulen sind. Die

anderen Unterscheidungen: Vermittelfreiheit, ermäßigtes Schulgeld und dergl. sind nicht von so großer Bedeutung, wie die Einteilung in 7 und 8 Stufen, welche besagt: die Lehrziele der beiden Anstalten sind verschieden. Daß durch die vorgeschlagenen Namen die Bezeichnung der Schulen erschwert wird, hält der Magistrat nicht für zutreffend. Die Kinder bezeichnen die Schule im allgemeinen nach der Straße, an der sie liegt; sie sagen: Ich gehe nach der Schule an der Ottmerstraße, Okerstraße usw. Das wird auch in Zukunft so bleiben, und die Unterscheidung, die wir allerdings nicht entbehren können, wird wesentlich auf dem Papier stehen, d. h. in den Schulgeldlisten und in dem Etat, der Ihnen alljährlich vorgelegt wird. Ich möchte bitten, dieser Anregung der Kommission zu folgen.

**Stadtv. Frede:** Aus praktischen Gründen kann ich mich für diese Bezeichnung nicht erwärmen. Man müßte sagen: 7. siebenstufige Bürgerschule, 8. achstufige Bürgerschule. Ich glaube, auch der Herr Referent, der sonst sehr für treffende Ausdrücke ist, kann sich für diese Benennung nicht begeistern. Ich glaube, daß weder die Lehrer noch das Publikum einen großen Wert darauf legen, daß die bisherige Bezeichnung „mittlere“ und „untere“ fällt; sie ist immer noch die prägnanteste. Der Herr Oberbürgermeister sagt mit Recht: Die Kinder benennen die Schulen darnach, auf welcher Straße sie liegen: die Schule auf der Sophienstraße, an der Comeniusstraße usw. Aber viele Leute, z. B. die Lehrer, die Kinder in ihr Geschäft nehmen wollen, haben ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, welche Gattung Schule die Kinder besucht haben. Es wird sofort gefragt: Ist das eine mittlere oder untere Bürgerschule? Der Unterschied wird doch immer bleiben. Ich glaube nicht, daß viel damit erreicht wird, daß wir statt der früheren Bezeichnung eine andere einführen.

**Stadtv. Schulze:** Da, wie es scheint, schwer eine richtige Bezeichnung zu finden ist, so würde ich vorschlagen, ein Preisausschreiben zu veranstalten. Vielleicht findet man dann den richtigen Namen für die Schulen.

**Stadtv. Wesemeier:** Es scheint eine Tatsache zu sein, daß sich sehr viele die Köpfe um den Namen der Schulen zerbrechen müssen. Es scheint auch bald so, als schäme man sich, unsere Schulen mit dem Namen „untere“ und „mittlere“ bezeichnen zu müssen, und doch ist diese Bezeichnung die richtigste, wie auch Herr Frede gesagt hat. „Untere“ und „mittlere“ oder auch „Armenischulen“ und „Bürgerschulen“, das ist die richtige Bezeichnung. Ich beantrage hiermit, die Bezeichnung „untere“ und „mittlere“ beizubehalten, damit wird die Rückständigkeit unserer Stadt im Schulwesen am besten gekennzeichnet.

**Vorsitzender:** Die letzte Bemerkung war denn doch durchaus unzutreffend: ich bitte, nicht in solcher Weise zu sprechen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Wenn die Herren der Meinung sein sollten, daß die alten Ausdrücke beibehalten werden sollen, so ist das eine Ansicht, die der des Magistrats am meisten entspricht. Im übrigen ist gegen die zuletzt vorgeschlagene Bezeichnung nach den Stufen von Herrn Frede nur das Bedenken geltend gemacht, daß es nicht schön klingt: 7. siebenstufige Bürgerschule. Ich halte die ganze Bezeichnung mit 1., 2., 3. usw. überhaupt nicht für eine glückliche bei unseren Bürgerschulen. Wenn von einer Bürgerschule gesprochen wird, so weiß auch ich im Augenblick nicht gleich, ist es die 9. oder 10. Man sollte die Schulen mit besonderen Namen benennen oder nach der Straße, an der sie liegen. Dann klingt es sehr gut, wenn man von der 8stufigen Bürgerschule an der Osterstraße spricht. Aber wie Sie wollen! Nur die Bezeichnung, wie sie bei Beratung des Statuts gewählt ist — Bürgerschulen und gehobene Bürgerschulen — ist von allen denen, die bis jetzt hier erwähnt sind, die am wenigsten passende.

**Vorsitzender:** Wenn Herr Wesemeier durch seine Ausführungen einen Antrag zu stellen beabsichtigte, so bitte ich ihn mir schriftlich aus.

**Stadtv. Frede:** Wenn es sich erreichen läßt, daß wir es so machen, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, daß wir die Schulen nicht mit den Ordnungszahlen benennen, sondern nach den Straßen, an denen sie liegen, so wäre das wohl die beste Lösung. Dann kommen wir auch über den Ausdruck „untere“ hinweg, der hin und wieder Anstoß erregt. Man kann sehr wohl sagen: „Bürgerschule an der Comeniusstraße“, und wenn dann die Leute fragen, dann kann man sagen: „Es ist eine achtstufige“, und kann weiter Auskunft geben, ob es auch noch andere gibt. Aber die Häufung der Zahlen bei der Benennung der Schulen halte ich für unschön.

**Vorsitzender:** In das Statut muß aufgenommen werden, welcher Art die Schulen sind, wir müssen also tatsächlich eine Terminologie festsetzen. Die Kommission beantragt, zu sagen: 7- und 8-stufige Bürgerschulen.

Dieser Bezeichnung wird zugestimmt.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es war weiter in der Kommission beschlossen, wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, den Magistrat zu ermächtigen, in den verschiedenen Paragraphen des Statuts den Namen zu ändern. Ich nehme Ihr Einverständnis damit an.

**Vorsitzender:** Auch ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

Stadtv. **Weichsel:** Es ist ebenfalls der Beschluß der Kommission, den Magistrat zu ermächtigen, daraufhin das Statut durchzuarbeiten.

**Vorsitzender:** Nachdem die Versammlung den einzelnen Änderungen zugestimmt hat, kann ich wohl die Zustimmung zu dem ganzen Statut annehmen.

## 21. Vermietung des Hauses Wendenstraße 4.

Stadtv. **Lange:** Das Haus Wendenstraße 4 soll neu vermietet werden an den Konditor Herrn Zwielfirsch, und zwar vom 1. Juli d. J. ab zu dem jährlichen Mietpreise von 1250 *M* das ganze Haus, für die Zeit vom 1. April bis 1. Juli d. J. das Erdgeschoß mit dem Laden zu einem Mietpreise von 180 *M*. Der Mietpreis ist nicht übermäßig hoch, er macht nur rund eine 4prozentige Verzinsung der Summe aus, die für Ankauf und Instandsetzung des Hauses von der Stadt aufgewendet worden ist. Immerhin erscheint es dem Magistrat geboten, zu empfehlen, zu diesem Preise das Haus zu vermieten, da auf die Bekanntmachung der Vermietung hin die Angebote außerordentlich niedrig gewesen sind, vor allen Dingen niedriger als das vorliegende. In der Finanzkommission wurde festgestellt, daß gegen die Persönlichkeit des Herrn Zwielfirsch nichts einzuwenden ist, und daß derselbe voraussichtlich seinen Verpflichtungen prompt nachkommen wird. Die Finanzkommission empfiehlt demgemäß, den Vorschlägen des Magistrats nachzukommen, und das Haus an Herrn Zwielfirsch zu vermieten.

Der Vermietung des Hauses unter den angegebenen Bedingungen wird zugestimmt.

## 22. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 448.

Stadtv. **Meyerhoff:** Zu dem auf Kosten der Braunschweiger Baugenossenschaft erfolgenden Ausbau der projektierten Straße 448 — das ist die verlängerte Sophienstraße — ist der Erwerb einer Fläche von 2 a 52 qm von der Witwe Fricke erforderlich. Der Kaufpreis ist auf 13,50 *M* pro Quadratmeter festgesetzt, er soll demnächst in und mit den Baukosten der projektierten Straße verrechnet werden. Eine Einziehung der Baukosten für diese Straße von der Witwe Fricke soll jedoch nicht vor einer Neubebauung oder Weiterbebauung des Grundstücks der Witwe Fricke stattfinden; bis dahin sollen ihr also die Straßenbaukosten gestundet werden. — Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Erwerbe der Fläche nach dem Antrage der Baukommission zu.

## 23. Auslegung der Fassung eines Statuts.

Stadtv. Dr. **Voge**: Bei der Angestellten-, Hinterbliebenen- und Krankenversicherung, über die wir in der vorigen Sitzung beraten haben, handelt es sich nach der ganzen Vorlage darum, daß die städtischen Beamten und auch die Lehrer in gleicher Weise befreit werden sollten von der Reichsversicherung. Bei der Krankenversicherung lautet der betreffende Paragraph: „Den mit Unrecht auf Ruhegehalt, Witwen- und Waisenversorgung angestellten städtischen „Beamten“ wird vom 1. Januar 1914 ab für den Krankheitsfall ein Anspruch auf Gehalt oder Ruhegeld in Höhe von . . . gewährleistet.“ Im Sinne der ganzen Vorlage ist es, daß sich das auch auf die Lehrer erstrecken soll, und der Magistrat legt Wert darauf, daß das hier bestätigt wird. Namens der Statutenkommission habe ich die Zustimmungserklärung hierzu abzugeben.

**Vorsigender**: Ich darf wohl das Einverständnis der Versammlung mit dieser Auslegung durch die Statutenkommission annehmen.

## 24. Erklärung des Magistrats wegen Befristung der Vermögensanzeige zum Wehrbeitrag.

**Vorsigender**: Auf meine Bitte wird Herr Stadtrat von Frankenberg die Güte haben, sich darüber zu äußern, ob und in welcher Weise eine Befristung der Vermögensanzeige zur Wehrsteuer eintreten kann. Es ist bekanntlich in Preußen eine Erklärung darüber abgegeben, und es wäre im Interesse mancher Pflichtigen von Bedeutung, zu erfahren, ob und in welcher Weise auch bei uns eine Befristung eintreten kann.

Stadtrat **von Frankenberg**: Nach den Bestimmungen, die hier im Herzogtum getroffen sind, läuft grundsätzlich die Frist für Einreichung der Wehrbeitrags-erklärung, zugleich auch für Einreichung der Steuererklärung zur Gemeindesteuer, am 20. Januar ab. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission — das würde für die Stadt Braunschweig meine Wenigkeit sein — ist berechtigt, denjenigen Pflichtigen, die nachweisen, daß sie rechtzeitig diese Erklärung abzugeben nicht in der Lage sind, eine angemessene Befristung zu erteilen. Ich habe im Laufe dieser letzten Woche schon in großer Anzahl in derartigen Fällen — ich schätze sie auf nahezu hundert — Befristungen erteilt und bin auch weiter gern bereit, sobald triftige Gründe dafür glaubhaft gemacht werden, bis zum nächsten Dienstag in ähnlichen Fällen die Frist zu verlängern, unter keinen Umständen aber über den 15. Februar hinaus, damit das Veranlagungsgeschäft, insbesondere die Mitwirkung der geehrten Herren, nicht auf eine um Monate spätere Zeit hinausge-

schoben wird. Wir würden sonst mit Ausschreibung der Steuern ins Gedränge kommen. Ich glaube auch erwarten zu können, wenn die Frist für Einreichung der Erklärung um annähernd vier Wochen verlängert wird, daß die Betreffenden dann in der Lage sind, die Angaben zu machen. Notwendig für die Befristung ist jedoch, daß mich das Ansuchen darum vor nächstem Dienstag erreicht. Wenn diese Frist verpaßt wird, vermag ich diesen Mangel nicht zu heilen, so gern ich auch den Steuerpflichtigen entgegenkommen möchte. Ich erkläre nochmals, daß ich jeden Antrag auf Befristung über den 15. Februar hinaus zu meinem Bedauern ablehnen muß.

**Vorsitzender:** Die Bürgerschaft, die hiervon betroffen wird, wird Herrn Stadtrat von Frankenberg für diese Erklärung dankbar sein.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich wollte mir erlauben, anzufragen, ob es nicht möglich wäre, daß Herr Stadtrat von Frankenberg die Einschätzungskommission zusammenruft, um ihr Belehrungen über die Zweifel, welche bei Aufstellung der Erklärung auftauchen, zu geben. Es kommen häufig Anfragen an uns, wie dieses und jenes in dem Fragebogen gemeint ist, und auch ich bin deswegen vielfach angegangen. So bin ich gefragt: Was ist der gemeine Wert? Es gibt doch Formeln dafür, ich weiß aber nicht, ob sie hier in Anwendung zu bringen sind.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich halte es nicht für zweckmäßig, jetzt zwischen Tür und Angel noch schnell vor dem 20. Januar eine Sitzung anzuberaumen, um die Herren belehren zu können. Selbstverständlich werde ich bei Beginn des diesjährigen Veranlagungsgeschäfts es für meine besonders wichtige Pflicht halten, mit den geehrten Herren und den übrigen Mitgliedern der Veranlagungskommission, sowie den beteiligten Beamten eingehend über die in Frage kommenden Bestimmungen zu sprechen. — Der gemeine Wert ist im allgemeinen der öffentliche Verkaufswert.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¼ Uhr.

---



# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 12. Februar 1914.

### **Tagesordnung:**

- |                                                                                                                                                        |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Statut über die Unterhaltung einer Knabenmittelschule . . . . .                                                                                     | Seite 815 |
| 2. Festsetzung der Besoldung für die Lehrkräfte an der Knabenmittelschule . . . . .                                                                    | " 815     |
| 3. Erweiterung der Vorschriften über Schulgelderlaß auf die Knabenmittelschule . . . . .                                                               | " 816     |
| 4. Verwilligung von Mitteln zur Anschaffung von Lehrmitteln usw. für die Knabenmittelschule . . . . .                                                  | " 819     |
| 5. Beitritt der Stadt in den Internationalen Bund für Bogelschuß (Landesverband Braunschweig) . . . . .                                                | " 820     |
| 6. Nachverwilligung von Kosten für die Aptierung und Drainierung von Riesel-<br>feldanlagen . . . . .                                                  | " 821     |
| 7. Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der<br>Gellerstraße . . . . .                                                          | " 821     |
| 8. Antrag Eckhardt auf Vornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung<br>an Straßenbahnwagen . . . . .                                             | " 822     |
| 9. Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße . . . . .                                                                                    | " 823     |
| 10. Antrag Wechsel auf Ausbau der Straße An der Katharinenkirche . . . . .                                                                             | " 823     |
| 11. Antrag Schulze auf Ausbau der Elmstraße von der Salzdhumerstraße bis<br>zum Friedrichsplatz . . . . .                                              | " 824     |
| 12. Begründung verschiedener Anträge und einer Anfrage:                                                                                                |           |
| a) Antrag Wesemeier auf Stellungnahme zur Eingabe des Gewerkschafts-<br>kartells über die Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung. . . . . | " 826     |
| b) Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bienenöder-<br>weges . . . . .                                                             | " 829     |
| c) Antrag Sander auf Vorlage eines neuen Projektes für die Errichtung<br>einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnitors . . . . .                    | " 830     |



|                                                                                                                                                               |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| d) Anfrage Bunge über die Abstimmung der Geschäftsinhaber betreffs der<br>Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .                                            | Seite 830 |
| 13. Verwilligung von Mitteln zur weiteren Einführung von Volkunterricht in den<br>Bürgerschulen . . . . .                                                     | " 831     |
| 14. Gutachtliche Äußerung über Abänderung der Wartezeitvorschriften für Kraft-<br>droschken . . . . .                                                         | " 832     |
| 15. Anderweite Festlegung der südlichen Guchtlinie der Straße Langerhof . . . .                                                                               | " 832     |
| 16. Errichtung eines Lehrerseminars bei der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule . .                                                                         | " 833     |
| 17. Genehmigung des Teilortsbauplans bezüglich der Festlegung der Breite für<br>die Stiftsgasse . . . . .                                                     | " 834     |
| 18. Beschaffung von Möbeln für die neuen Diensträume des zum Teil verlegten<br>Hauptsteuerbüros . . . . .                                                     | " 844     |
| 19. Anfrage Lauer über Stellungnahme des Magistrats zur Errichtung eines<br>Ersatzneubaus wegen der Vermietung von Brünings Saalbau . . . . .                 | " 844     |
| 20. Anfrage Riefe über magistratsseitige Maßnahmen wegen der „gemeingefährlich<br>wirkenden Übergriffe der Polizei“ bei den Wahlrechtsdemonstrationen . . . . | " 846     |
| 21. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum . . . .                                                                                 | " 862     |
| 22. Antrag Frede auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des<br>Spielplatzes am Eisenbüttelelwege . . . . .                                        | " 863     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürger-  
meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Ribbentrop**, **Steinbrecher**, **Wesemeier**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

An die Versammlung eingegangen ist eine Eingabe der Anlieger der Münz-  
straße. Die Eingabe ist auch an den Magistrat im gleichen Wortlaut gerichtet.  
Die darin ausgesprochene Bitte geht dahin: Eine Asphaltierung der genannten  
Straßenstrecke durch Befürwortung dieses Gesuchs beim Stadtmagistrate in die  
Wege leiten zu wollen. Wir warten unserer Gefplogenheit gemäß die Stellung-  
nahme des Magistrats hierzu ab.

Sodann ist eingegangen ein Einspruch des Braunschweiger Schrebergarten-  
vereins gegen die Verlegung des Rautheimerweges. Der Verein bittet, die städti-  
schen Behörden möchten das Interesse, welches der Verein gegen die Verlegung  
des genannten Weges habe, vertreten. Ein gleiches Schreiben ist an den  
Magistrat eingegangen, wir warten demnach auch hier die Stellungnahme des  
Magistrats ab.

Ferner ist ein Gesuch der Anlieger des Damms und Gutfiltern einge-  
gangen; sie bitten die Stadtverordnetenversammlung, nachdem eine Eingabe an  
den Magistrat in derselben Sache ohne Erfolg geblieben sei, dafür einzutreten,

daß die Fahrbahn dieses Straßenzuges mit Asphalt ausgestattet wird. — Die Eingabe wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Außerdem ist eingegangen eine Einladung zum Beitritt der Stadt Braunschweig in den Bund für Vogelschutz. Eine Angelegenheit ähnlichen Inhalts steht heute auf der Tagesordnung. Ich überweise diese Eingabe dem Referenten für diese Angelegenheit, Herrn Munte. Vielleicht hat er inzwischen Gelegenheit, sich mit dem Inhalte vertraut zu machen und seine persönliche Ansicht über die Frage vorzutragen.

Vom Magistrat wird mitgeteilt: „In der Prozeßsache des Landwirts Friedrich Karl Varner in Böfel bei Lückow ist das Urteil des Amtsgerichts rechtskräftig geworden, und der Kläger hat die Kosten bezahlt.“

Ferner ist eingegangen ein Schreiben unseres Stenographen, Herrn Reinhard, worin er seinen Dank für die Erhöhung seiner Vergütung ausspricht.

Sodann ist in mehreren Exemplaren eingegangen der Jahresbericht des Verkehrsvereins über das Jahr 1913. Einige Exemplare sind wohl schon verteilt; wer von den Herren sonst Neigung hat, den Bericht einzusehen, möge das hier liegende Exemplar dazu benutzen.

Aus der Versammlung ist eine Anfrage des Herrn Lauer folgenden Wortlauts eingereicht:

„Ist der Stadtmagistrat bereit, sich darüber zu äußern, welche Stellung er gegenüber der Vermietung von Brünnings Saalbau und der Errichtung eines diesbezüglichen Ersatzneubaus einnimmt?“

Schließlich eine Anfrage, in erster Linie unterzeichnet von Herrn Rieke, folgenden Wortlauts:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen, um zu verhüten, daß die Polizei sich künftig wieder derart gemeingefährlich wirkende Übergriffe gegen das Publikum erlaubt wie am Abend des 29. Januar und am Mittag des 1. Februar?“

Wenn nach Erledigung der Tagesordnung noch Zeit dafür ist, werden die beiden Herren, die die Anfragen gestellt haben, hernach die Anfragen begründen können.

## 1. Statut über die Unterhaltung einer Knabenmittelschule.

Verbunden damit:

## 2. Festsetzung der Besoldung für die Lehrkräfte an der Knabenmittelschule.

Stadtv. Helle (Referent der Schulkommission): Die Stadtverordnetenversammlung hat im Februar 1911 der Errichtung einer Knabenmittelschule zuge-

stimmt. Der Bau des Schulhauses dafür ist inzwischen der Vollendung nahegebracht, so daß nächste Ostern die Schule als selbständige Unterrichtsanstalt eröffnet werden kann. Ein Statut über die Unterhaltung der Knabenmittelschule liegt uns seit einiger Zeit vor, zu dem der Magistrat noch eine geänderte Vorlage über die Besoldung der Lehrer eingebracht hat. Dem Statut zugrunde gelegt ist das Statut der Mädchenmittelschule, an dem natürlich entsprechende Änderungen haben vorgenommen werden müssen. Es sind das zum Teil nur Änderungen redaktioneller Art, die ich bei den einzelnen Paragraphen kurz erwähnen werde.

**Vorsitzender:** Hat der Herr Referent der Statutenkommission, Herr Ahmann, allgemeine Bemerkungen zu machen? (Wird verneint.) Dann bitte ich zu den einzelnen Paragraphen überzugehen.

Stadtv. **Helle** (gibt bei den einzelnen Paragraphen die in dem Statutenentwurf vorgeschlagenen Änderungen resp. Streichungen oder Einfügungen gegenüber dem Statut der Mädchenmittelschule an und empfiehlt deren Annahme).

Die §§ 1—12 werden ohne weitere Besprechung angenommen.

Stadtv. **Helle** (zu § 13): Bei diesem Paragraphen wird zu Nummer 3 die neue Fassung der zweiten Vorlage vorgeschlagen. Nummer 1 bringt die Bestimmungen über die Vorbildung des Schulleiters, Nummer 2 die über die Klassenlehrer der städtischen Knabenmittelschule („Mittelschullehrer“) und die neue Vorlage in Nummer 3 die Bestimmungen über alle übrigen an der Knabenmittelschule beschäftigten Lehrer („Lehrer an Mittelschulen“).

Der Paragraph wird in der vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso nach der Erläuterung durch den Referenten, Stadtv. **Helle**, auch die §§ 14—20.

Stadtv. **Helle** (macht zu § 21, betreffend die Gehaltsätze, auf die Vorschläge der neuen Vorlage aufmerksam. Statt des Buchstabens c im ersten Entwurf ist wegen der Zwischeneinfügung durch die neue Vorlage d zu setzen.)

§ 21 wird gemäß den Magistratsvorschlägen ohne Debatte genehmigt, ebenso die §§ 22—28. In der Schlußabstimmung wird die Zustimmung zu dem gesamten Statut erteilt.

### 3. Erweiterung der Vorschriften über Schulgeldverlaß auf die Knabenmittelschule.

Stadtv. **Fride:** Im Anschluß an die eben verhandelte Vorlage, die uns allen zugegangen ist, weist der Magistrat darauf hin, daß bislang in jeder Klasse

drei Schüler der unteren Bürgerschulen, die sich durch gute Leistungen und tadelloses Betragen auszeichneten, schulgeldfrei zum Besuche der Knabenmittelschule zugelassen sind, daneben aber noch, wie bei den mittleren Bürgerschulen, 10 Prozent Schulgelderlasse gewährt sind. Da Ostern dieses Jahres die Mittelschule selbständig wird, so ist es notwendig, daß nach § 11 Absatz 3 des eben genehmigten Statuts allgemeine Vorschriften über gänzlichen oder teilweisen Schulgelderlaß bei der Knabenmittelschule durch die städtischen Behörden erlassen werden. Der Magistrat gibt anheim, zuzustimmen, daß die im Anhang zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig Nummer 15 enthaltenen Grundsätze über Befreiung von Entrichtung von Schulgeld auch bei der Knabenmittelschule mit der Maßgabe zur Anwendung kommen, daß der Schulvorstand dieser Anstalt berechtigt ist, 10 Prozent des Schulgeldes zu erlassen und daneben in jede Klasse drei Schüler der unteren Bürgerschulen, die sich durch gute Leistungen und tadelloses Betragen auszeichnen, schulgeldfrei aufzunehmen.

Der Schulkommission hat der Antrag zur Beratung vorgelegen. Sie empfiehlt Ihnen, den Magistratsantrag anzunehmen.

**Stadtv. Brenner:** Ich beantrage, daß die Zahl der Freistellen in der Knabenmittelschule für die Schüler der unteren Bürgerschulen so hoch bemessen wird, wie es statutarisch nur irgendwie zulässig ist, mindestens sie um weitere drei Schüler pro Klasse zu vermehren. Wir haben in Braunschweig den bedauernden Zustand, daß unsere ärmeren Mitbürger in der Weise benachteiligt sind, daß sie gezwungen sind, ihre Kinder eine minderwertige Schule besuchen zu lassen. Um die Ungerechtigkeit, die in dem Bestehen der minderwertigen Schule liegt, ein wenig auszugleichen, beantrage ich, daß den befähigten Kindern aus den unteren Bürgerschulen in möglichst großer Anzahl Gelegenheit gegeben wird, die Mittelschule zu besuchen.

**Vorsigender** (erbittet einen schriftlichen Antrag).

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß die unteren Bürgerschulen als minderwertig bezeichnet werden. (Sehr richtig!) Die Lehrziele der beiden Schulgattungen sind, abgesehen davon, daß die mittleren Bürgerschulen eine Klassenstufe mehr haben, annähernd die gleichen, und ich glaube nicht, daß auswärts unsere hiesigen Bürgerschulen als minderwertig bekannt sind. Es tut mir leid, daß ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in dieser Weise an unseren Einrichtungen Kritik übt.

Wenn weiter Herr Brenner meint, es sollten so viele Freiplätze eingerichtet werden, wie das statutarisch zulässig ist, so erwidere ich, daß es zulässig ist, zu bestimmen: Alle Schüler sind schulgeldfrei. Dazu liegt doch aber kein Grund vor.

Ich sollte meinen, wir hätten durch Festsetzung eines verhältnismäßig niedrigen Schulgeldes, durch die Möglichkeit des Erlasses des Schulgeldes bis zu 10 Prozent und durch die Bewilligung von drei Freiplätzen für jede Klasse — einzelne Schüler erhalten auch freie Lernmittel — das Unfrige getan.

**Vorsigender:** Der Antrag des Herrn Brenner lautet: „Die Zahl der Freistellen in jeder Klasse der Mittelschule für Schüler der unteren Bürgerschulen beträgt sechs.“ — Der Antrag steht mit zur Beratung.

**Stadtv. Brenner:** Ich bedauere, daß ich von meinen vorhin gemachten Äußerungen nichts zurücknehmen kann. Wir hatten unlängst bei Beratung des neuen Statuts für die Bürgerschulen Gelegenheit, auf die eigentümliche Gestaltung der unteren Bürgerschulen hinzuweisen, die in verschiedenen Beziehungen tatsächlich gegenüber den mittleren Bürgerschulen benachteiligt sind, zunächst darin, was die Zahl der Religionsstunden anbetrifft. Wer die übrigen Verhältnisse beobachtet, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Kinder der unteren Bürgerschulen auch in anderer Hinsicht verschiedentlich benachteiligt sind. Wenn irgendwie Beschwerden kommen über Überschreitung des Züchtigungsrechts oder, wie neulich, daß einem Kinde verweigert wurde, die kranke Mutter zu pflegen, so kommen solche Dinge stets in den unteren Bürgerschulen vor. Es geht daraus hervor, daß in den unteren Bürgerschulen mit größerer Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, daß die Kinder anders behandelt werden, als die Kinder der besser situierten Bürger in den mittleren und höheren Schulen. Wir haben uns vor einiger Zeit die größte Mühe gegeben, bessere Zustände zu schaffen, haben die Vereinheitlichung beantragt, aber Sie selbst haben alle unsere Anträge abgelehnt. Ich kann nur nochmals erklären, meine Vorwürfe in dieser Beziehung aufrechterhalten zu müssen, und ich werde sie so lange aufrechterhalten, bis bessere Zustände geschaffen sind und eine Vereinheitlichung der unteren und mittleren Bürgerschulen durchgesetzt ist.

**Vorsigender:** Es würde sich empfehlen, daß bei solchen Bemerkungen, wie sie eben gemacht sind, vorher Gelegenheit gegeben wird, daß der Magistrat oder irgend jemand aus der Versammlung sich dazu äußern kann. In der Allgemeinheit und ohne die Möglichkeit der Nachprüfung solcher Bemerkungen können sie für unsere Schulen keineswegs förderlich sein. Ich möchte dringend bitten, daß bei solchen Vorwürfen die Möglichkeit gegeben wird, daß eine Widerlegung, wenn sie überhaupt eintreten kann, vorgebracht wird.

**Stadtv. Friede:** Ich wollte nur Herrn Brenner erwidern, was ja schon durch den Herrn Oberbürgermeister geschehen ist. Minderwertige Schulen haben wir meines Wissens in Braunschweig nicht. Die Lehrziele sind im allgemeinen bei

den unteren und mittleren Bürgerischen dieselben. (Zuruf: Verschiedene Stufen!) Der Fall, daß einem Kinde einmal verweigert ist, bei der kranken Mutter bleiben zu können, beweist keine Minderwertigkeit. Ich muß mich im Namen des Schulvorstandes entschieden dagegen verwahren, daß unsere unteren Bürgerischen als minderwertig bezeichnet werden, und muß diesen Vorwurf zurückweisen.

**Stadtv. Niede:** Man braucht sich gar nicht so sehr zu entrüsten, denn die Verhandlung über das Bürgerischulstatut hat uns genügend Gelegenheit gegeben, zu sehen, wie man sich in der Mehrheit der Versammlung gewissermaßen schämte vor dem Ausdruck untere Bürgerischen, aber sich nicht dazu aufschwingen konnte, ihn zu beseitigen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht, aber keiner wollte Ihnen gefallen. Schließlich wollten Sie die beiden Schulen 8- und 7stufige nennen, und dabei ist es geblieben. Wenn hervorgehoben wird, daß die Lehrziele dieselben sind, so weise ich darauf hin, daß die mittleren doch eine Klasse mehr haben. Jeder fortgeschrittene Handwerksmeister legt heute schon Wert darauf, ob sein Lehrling in die mittlere Bürgerschule oder in die untere gegangen ist. Alles das schlägt zu Buche, und wenn Sie sich noch so sehr sträuben, so werden Sie doch dahin kommen müssen, diesen Unterschied, der in die Rumpelkammer gehört, beiseite zu schaffen. Es sind Nachteile, die dem Besucher der unteren Bürgerschule anhängen, das können Sie nicht weglegen, mögen Sie sagen, was Sie wollen.

Der Antrag Brenner wird abgelehnt, der Antrag der Schulkommission auf Annahme der vorgeschlagenen Grundsätze wird angenommen.

#### 4. Verwilligung von Mitteln zur Anschaffung von Lehrmitteln usw. für die Knabenmittelschule.

**Stadtv. Friede:** Es handelt sich darum, für die Ausstattung der Knabenmittelschule mit Lehrmitteln die Gelder zu verwilligen. Vom Herrn Stadtschulrat Dr. Rehtuh ist ein Verzeichnis eingereicht, in dem aufgeführt ist, was in diesen Sachen für die Schule notwendig ist. Es sind dort aufgeführt die Beträge für Religion, Geschichte, Geographie, Rechnen und Raumlehre, Naturgeschichte, Physik, Chemie, Singen, Zeichnen, Schülerbibliothek, Lehrerbibliothek, Wandschmuck und für Verschiedenes und zur Abrundung. Der Gesamtbetrag würde sich auf 11 800 M belaufen. Nun wird aber zunächst nur das jetzt Notwendige gefordert, nämlich für Ostern 1914 die Hälfte des Betrages, ein Viertel der Summe soll Ostern 1915 und das letzte Viertel Ostern 1916 verausgabt werden.

Es wird weiter vorgeschlagen, daß zwei Werkstätten für die Schüler eingerichtet werden, und zwar eine Werkstätte für Hobelbankarbeit und eine solche für Papparbeiten. Solche Werkstätten haben wir ja schon in unseren Bürgerschulen, und auch in anderen Städten sind solche eingerichtet. Wir haben ja auch, wie Ihnen bekannt sein wird, im vergangenen Jahre einen Lehrer zur weiteren Ausbildung nach außerhalb geschickt. Für die Einrichtung der beiden Werkstätten werden 980 + 830 *M* gefordert. Die Einrichtung der Werkstätten für Metallarbeiten und für Formen soll zurückgestellt werden, bis der sachkundige Rat des zukünftigen Leiters derselben eingeholt werden kann. Es würden darnach für Ostern 1914 6710 *M* zu bewilligen sein, für Ostern 1915 und 1916 jedesmal die Hälfte dieses Betrages. Der Magistrat bittet, dem zuzustimmen. Die Schulkommission hat sich mit der Sache beschäftigt und schlägt Ihnen Annahme der Magistratsvorlage vor.

Die beantragten Summen werden bewilligt.

## 5. Beitritt der Stadt in den Internationalen Bund für Vogelschutz (Landesverband Braunschweig).

**Stadtv. Munte:** Der Internationale Bund für Vogelschutz mit dem Sitz in Berlin hat in Braunschweig einen Landesverband begründet. Dieser Landesverband bittet den Magistrat um seinen Beitritt als Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 30 *M*. Da der Vogelschutz eine äußerst wichtige Sache für jedermann ist, so können wir es nur mit Freude begrüßen, wenn sich Freunde der Vogelwelt finden, die sich in den Dienst solcher Vereine stellen und unsere heimischen Vogelarten schützen. Der Stadtmagistrat hat in seiner Sitzung vom 12. Januar einen Jahresbeitrag von 30 *M* zugebilligt, und die Finanzkommission hat sich in ihrer Beratung dem Beschlusse angeschlossen. Ich habe den Auftrag, Sie zu bitten, gleichfalls diesem Beschlusse beizutreten.

Es ist sodann am 9. Februar noch ein Schreiben an den Stadtmagistrat eingelaufen von einem Bunde für Vogelschutz in Stuttgart, der auch einen Landesverband in Braunschweig gegründet hat. Wenn es auch bedauerlich ist, daß solche Verbände nicht unter einen Hut zu bringen sind, so läßt sich doch nicht verkennen, daß mehrere Vereine dieser Art mehr Nutzen stiften können, als ein einziger Zentralverein. Ich möchte empfehlen, daß die Stadt auch diesem Vogelschutzverein, der 10 *M* Beitrag fordert, beitrith. Es soll das allerdings nach dem Schreiben nur ein einmaliger Beitrag sein, doch scheint mir das verkehrt zu sein. Ich bitte also, auch hier jährlich 10 *M* zu bewilligen und den Magistrat zu bitten, unserem Beschlusse beizutreten, denn nach meiner Auffassung kann für den

Vogelschutz nicht genug getan werden, es müßte außer der Stadt selbst noch jeder einzelne beitreten.

Stadtv. **Weichsel:** Ich stimme dem Herrn Referenten in seinen letzten Ausführungen wohl vollständig bei, doch habe ich Zweifel, ob es zu den kommunalen Aufgaben gehört, den Vogelschutz zu fördern.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich kenne die Vereine im einzelnen nicht und weiß nicht, ob der eine Verein wichtiger oder größer ist als der andere. Dem zuletzt genannten Verein soll auch das Ministerium angehören. Es wäre doch wohl richtiger, wenn die Vereine Hand in Hand arbeiteten. Es ist meines Erachtens noch nicht genug geklärt, ob wir dann, wenn wir dem einen Verein einen Beitrag bewilligen, auch dem anderen einen solchen bewilligen müßten. Deshalb bitte ich, die Sache zur Klärung an die Kommission zurückzuverweisen.

Der Antrag Boge auf Zurückverweisung an die Kommission wird angenommen.

## 6. Nachverwilligung von Kosten für die Aptierung und Drainierung von Kieselgelddanlagen.

Stadtv. **Loeschigt:** Meine Herren, Sie haben schon in einer früheren Sitzung einen Betrag von 12 000 M zur Fortsetzung und Fertigstellung der Aptierungs- und Drainierungsarbeiten auf den zur Erweiterung der städtischen Kieselanlagen angekauften Ländereien bewilligt. Wie Sie wohl wissen, ist der Voranschlag für Arbeiten auf dem Kieselgute nicht immer genau innezuhalten, denn es wechselt die Löhnung der Arbeiter und die Preise der Materialien. Auch bei diesen Arbeiten ist ein Manko von 1000 M zu decken, wenn die ganzen Arbeiten ausgeführt werden sollen. Die Kieselgutdeputation bittet, diesen Betrag nachverwilligen zu wollen. Der Magistrat hat die Verhältnisse geprüft und gibt Genehmigung anheim. Auch die Finanzkommission hat die Forderung geprüft und hat mich beauftragt, Sie zu bitten, die 1000 M nachzuverwilligen.

Die 1000 M werden nachverwilligt.

## 7. Antrag Schmidt auf Einfassung des Erdreichs um die Bäume auf der Cellerstraße.

Stadtv. **Busch:** Der Antrag Schmidt lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Erdreich um die Bäume der Cellerstraße mit einer Einfassung versehen zu lassen.“



Es ist nicht zu leugnen, daß der Fußweg auf der Cellerstraße nicht besonders vorteilhaft aussieht. Durch den Regen haben sich besonders an den abhüssigen Stellen große Rinnen gebildet. Auf diese Weise wird das Wasser, welches die Bäume tränken sollte, in die Gasse gezogen. Aus dem Grunde wird vorgeschlagen, eine Einfassung vielleicht in einer Höhe von einem halben Fuß anzubringen, wodurch das Regenwasser gesammelt wird. Die Baukommission hat sich gestern mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Herrn Schmidt stattzugeben.

Es wird nach dem Antrage der Baukommission beschlossen.

---

**Vorsitzender:** Eingegangen ist ein Antrag von mehreren Herren, in erster Linie unterzeichnet von Herrn Lange. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den jährlichen Zuschuß an das städtische Museum zur Unterhaltung und Vermehrung der Sammlungen von 3000 *M* auf 10 000 *M* zu erhöhen und die erforderlichen Mittel in den nächsten Etat einzustellen.“

Der nächstjährige Etat ist uns schon zugegangen. Es würde aber Gelegenheit sein, über diese Einstellung bei der Etatsberatung zu verhandeln. Herr Lange wird, wenn die Tagesordnung noch Zeit dazu läßt, nachher Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 8. Antrag Eckhardt auf Vornahme von Versuchen mit einer Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag Eckhardt lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die hiesige Straßenbahngesellschaft Versuche mit der von der Großen Berliner Straßenbahn für außerordentlich zuverlässig erprobten Schutzvorrichtung vornimmt, um diese auch hier zur Vermeidung von Unglücksfällen zur Einführung zu bringen.“

Die Statutenkommission hat sich mit der Sache nicht beschäftigen können, weil der Antrag Eckhardt inzwischen als erledigt zu betrachten ist. Es ist nämlich seitens der Herzoglichen Polizeidirektion der hiesigen Straßeneisenbahngesellschaft aufgegeben worden, die hier genannte Schutzvorrichtung an sämtlichen Straßenbahnwagen in Braunschweig innerhalb zweier Jahre anzubringen, dergestalt, daß neue Wagen sofort mit dieser Schutzvorrichtung versehen werden und die

übrigen Wagen nach und nach innerhalb des genannten Zeitraumes. Aus diesem Grunde hatte die Statutenkommission keinen Anlaß, sich mit der Sache zu befassen.

Der Antrag gilt als erledigt.

**Vorsitzender:** Die beiden Anträge des Herrn Brenner wegen der Errichtung einer städtischen Sparkasse fallen heute aus. Die Finanzkommission hat sich mit den beiden Anträgen sehr eingehend beschäftigt, hat aber beschlossen, einstweilen nicht darüber Bericht erstatten zu lassen. Da diese Angelegenheit mutmaßlich in der nächsten Tagung der Landesversammlung zur Sprache kommen wird, will man eine etwaige Vorlage der Regierung oder die Beschlüsse der Landesversammlung erst abwarten.

## 9. Antrag Frede auf bessere Beleuchtung der Sophienstraße.

Wortlaut des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine bessere Beleuchtung der Sophienstraße anzuordnen.“

**Stadtv. Loeßigk:** Die Finanzkommission hat den Antrag Frede geprüft und ist zu dem Entschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, diesen Wunsch einer besseren Beleuchtung der Sophienstraße dem Dezerenten unserer Gas- und Wasserwerke zur Prüfung zu überweisen, damit uns eine Vorlage gemacht werden kann, wie die bessere Beleuchtung auf der Sophienstraße (event. durch Verschiebung der Laternen oder durch Neuaufstellung von Laternen) vor sich gehen kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

## 10. Antrag Weichsel auf Ausbau der Straße An der Katharinentkirche.

**Stadtv. Niese:** Herr Stadtv. Weichsel hat folgenden Antrag gestellt:

„Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage über Ausbau der Straße An der Katharinentkirche vorzulegen.“

Der Antrag hat der Baukommission zur Vorberatung vorgelegen. Ein jeder von Ihnen, meine Herren, weiß, wie diese Verbindungsstraße zwischen der Wilhelmstraße und dem Bohlwege aussieht. Die letzteren beiden Straßen sind neu instand gesetzt, und wenn die Instandsetzung dieser kurzen Strecke von 250

bis 300 m mit vorgenommen wäre, so würde niemand etwas einzuwenden gehabt haben, zumal sie sich dann mit geringeren Kosten bewerkstelligen ließ als heute, wo sie besonders in Angriff genommen werden müßte. Die Baukommission hat sich nicht davon überzeugen können, daß die Zustandsetzung dieser Straßenstrecke nötiger wäre als die anderer Straßen. Wer schon den Etat und das Begleitschreiben dazu eingesehen hat, der wird, wie auch die Baukommission, sich überzeugt haben, daß es angebracht ist, vorerst das Notwendigste vorzunehmen. Man braucht nicht weit zu gehen: die Schöppenstedterstraße hat schon 3 bis 4 Jahre im Anschlage gestanden, und sie ist weit schlimmer daran. Es ist von dort eine Petition eingegangen, in der berichtet wird, daß durch das Fahren von Autos auf der Schöppenstedterstraße die Strümpfe von den Leuchtkörpern heruntergefallen sind. Ich meine, die Autos haben keine Schuld daran, wohl aber das schlechte Pflaster der Schöppenstedterstraße. Die Petition hat viele Unterschriften gefunden, weil sie berechtigt ist. Die Baukommission hat aber keinen Grund gefunden, gerade die Straße An der Katharinenkirche herauszugreifen und zur Neubefestigung vorzuschlagen. Sie ersucht, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag Wechsel wird gemäß dem Vorschlage der Baukommission abgelehnt.

## 11. Antrag Schulze auf Ausbau der Elmstraße von der Salzdahlumerstraße bis zum Friedrichsplatz.

Stadtv. **Meyerhoff**: Der Antrag Schulze lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erlauben, den Teil der Elmstraße von der Salzdahlumerstraße bis zum Friedrichsplatz ausbauen zu lassen.“

Die Angelegenheit hat die Baukommission beschäftigt; sie gibt nach längerer Beratung aufheim, über den Antrag heute zur Tagesordnung überzugehen, und zwar aus folgenden Gründen: Der Bebauungsplan des Ostbahnhofsgeländes liegt noch nicht vor. Nun wird die Elmstraße jedenfalls einer der Hauptzugänge zum Ostbahnhof von Westen her werden, und es läßt sich nicht absehen, in welcher Breite diese Straße später hergestellt werden muß. Auch wenn die Breite schon feststehen sollte, so weiß man noch nicht, wie die Einmündung der Straßen aus dem Terrain des Ostbahnhofs geschehen wird. Sodann erfordert die Instandsetzung der Straße eine große Erdbewegung. Wer die Situation kennt, der weiß, daß die Straße am Friedrichsplatz gewaltig ansteigt. Es wäre vielleicht möglich, daß der Fußweg vom Mörschen Grundstück bis zum Friedrichsplatz, der nicht so gut ist, wie der auf der anderen Seite, instand gesetzt würde. Aber die Stadt ist

hier vorläufig machtlos, denn der Weg ist Interessentenweg und noch nicht der Stadt übertragen. Die Anlieger müßten sich also wegen Verbesserung des Fußweges an die Interessentschaft wenden. Aus alle diesen Gründen ist die Baukommission zu ihrem Beschlusse gekommen. Ich habe namens derselben heute Übergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

**Stadtv. Schulze:** Ich finde es bedauerlich, daß die Übelstände in dieser Straßenstrecke weiterbestehen sollen. Wer die Straße kennt, wird beobachtet haben, daß der Verkehr namentlich im Sommer ein sehr reger ist. Wenn in erster Linie angeführt wird, daß die Bahnhofsfraße noch nicht erledigt ist und bis dahin gewartet werden solle, so meine ich, alle die neuen Häuser, die dort entstanden sind, können doch bis dahin nicht wieder weggerissen werden. Da selbstverständlich diese Straße eine möglichste Breite — wie gesagt wird, von vielleicht 22 m — erhalten muß, so bin ich der Ansicht, daß die Straße wohl auch jetzt ausgebaut werden könnte. Wenn wir darauf warten sollen, bis die Bahnhofsfraße erledigt ist, dann können wir unter Umständen wieder 10 Jahre warten, und ich bin der Meinung, daß die Anwohner dieser Straße, die genau so gute Steuerzahler sind wie alle übrigen Bürger Braunschweigs, jedenfalls ein Anrecht darauf haben, daß hier geordnete Zustände geschaffen werden. Wenn die Steuerzahler, die an dieser Straße wohnen, außerdem noch aus ihrer Tasche heraus mit dazu beitragen sollen, daß die Fußwege besser befestigt werden, so bin ich der Meinung, daß das kein billiges Verlangen ist, sondern daß es Aufgabe der Stadt ist, hier für geordnete Zustände zu sorgen. Außerdem muß ich bemerken, daß jedenfalls die Vorarbeiten für den Ausbau der Straße sehr viel Zeit erfordern werden, so daß nachher die Ausführung der Arbeiten doppelt so lange dauern möchte. Deshalb möchte ich doch bitten, den Ausbau zu beschließen. Es können später, wenn Änderungen durch den Bahnhofsbau nötig sind, diese immerhin noch vorgenommen werden, aber die Vorarbeiten, die doch — davon bin ich überzeugt — recht viel Arbeit erfordern werden, könnten immerhin schon erledigt werden. Das wäre jedenfalls im Interesse der Anwohner und wäre unbedingt erforderlich. Ich möchte deshalb bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

**Bürgermeister Meyer:** Die Vorarbeiten für den Ausbau der Straße können selbstverständlich erst vorgenommen werden, wenn sie endgültig in den Ortsbauplan aufgenommen ist. Wie der Herr Referent schon gesagt hat, ist das bisher noch nicht geschehen, und es sind triftige Gründe, die gegen Festlegung durch den Ortsbauplan sprechen. So ist es unmöglich, den Wünschen des Herrn Schulze gerecht zu werden. Was den Hinweis anlangt, daß die Bewohner der Elmstraße ihre Steuern ebensogut bezahlen, wie die Anlieger anderer Straßen, so ist dazu

zu bemerken, daß die Stadtverwaltung nicht den Anlaß dazu gegeben hat, daß die Bewohner an den Interessentenweg gezogen sind. Sie haben gewußt, an was für einen Weg sie ziehen, und können nun nicht wohl an die Stadt die Anforderung stellen: weil sie dorthin gezogen seien, sei die Stadt verpflichtet, die Straße auszubauen. Wohin sollte das führen? Ebenso wissen die Besitzer der am östlichen Auslaufe der Elmstraße gelegenen Grundstücke, daß ihre Häuser nicht zugelassen sind an der Elmstraße, sondern an der Friedrichstraße und an dem Friedrichsplatz. Nur ein Haus hat meines Wissens einen Zugangsweg von der Elmstraße her. Eine Verpflichtung der Stadt, mit Rücksicht darauf, daß dort Häuser gebaut und bezogen sind, die Elmstraße auszubauen, ist nicht anzuerkennen. Ich kann deshalb nur bitten, dem Antrage der Baukommission stattzugeben.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Baukommission zu.

## 12. Begründung verschiedener Anträge und einer Anfrage:

### a) Antrag Wesemeier auf Stellungnahme zur Eingabe des Gewerkschaftsartikels über die Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung.

Wortlaut des Antrages:

„Unterzeichnete beantragen, da der Magistrat die Eingabe des Gewerkschaftsartikels über die Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung abschlägig beschieden hat, so wolle nunmehr die Stadtverordnetenversammlung Stellung zu der fraglichen Eingabe vom November vorigen Jahres nehmen.“

**Vorsitzender:** Herr Wesemeier ist nicht anwesend; hat einer der Herren Unterzeichner des Antrages die Absicht, ihn zu begründen?

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): Ein gleicher Antrag hat bereits im Jahre 1909 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegen, hat aber damals nicht die Mehrheit der Herren gefunden. Im November vorigen Jahres ist ein gleichlautender Antrag an den wohlwöbllichen Stadtmagistrat gegangen, und es ist darauf dem Antragsteller eine Antwort zuteil geworden, die in ihren Grundzügen besagt: „Die Bedenken, die 1909 in zwei Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ausführlich erörtert sind und damals zur Ablehnung eines gleichartigen Antrages geführt haben, treffen unserer Ansicht nach auch jetzt noch zu. Besondere Umstände, die zu einer entgegengesetzten Stellungnahme der städtischen Behörden führen könnten, sind in der Zwischenzeit nicht hervorgetreten.“ Die Antragsteller sind nunmehr an die Stadtverordnetenversammlung selbst gegangen schon mit Rücksicht

darauf, daß doch verschiedene Umstände eingetreten sind, die es rechtfertigen, daß auch die Stadt Braunschweig wenigstens Stellung nimmt zu dem Antrage der organisierten Arbeiterschaft insofern, daß sie sich, wie eine Reihe anderer Städte, die bereits in der Zwischenzeit die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System eingeführt haben, mit in diese Städte einreicht.

Wenn in dem Schreiben des Magistrats gesagt wird, daß in der Zwischenzeit keinerlei Veränderungen vorgekommen seien, so ist zu bemerken, daß sich seit 1909 die Verhältnisse wesentlich geändert haben, und zwar zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung auf städtischer Grundlage. Sie wissen, wir stehen auf dem Standpunkte, daß es Aufgabe des Reichs sein müßte, für seine Einwohner zu sorgen, wenn sie durch die Unbilden der Arbeitslosigkeit in Not geraten und dadurch in ihren ganzen wirtschaftlichen Existenzbedingungen geschädigt werden. Wir sehen auch, daß die Denkschrift vom Jahre 1906 des reichsstatistischen Amtes anerkennend auf das System der Zuschüsse der bestehenden Arbeiterverbände hinwies, aber man hat sich nicht dazu aufschwingen können, daß etwas Ähnliches von Reichs wegen eingerichtet wird. Im Auslande ist ein besserer Fortschritt zu verzeichnen. In Dänemark, Schweden, Großbritannien, Frankreich, Schweiz; überall ist man uns weit voraus. Aber auch in Deutschland hat die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System seit dem Jahre 1909 weitere Fortschritte gemacht. Eine ganze Reihe Kommunen haben sie eingeführt, und sie haben in den letzten Jahren reichsreich gewirkt. Wir sehen ferner, daß die Lage der Dinge seit dem Jahre 1909 sich wesentlich zuungunsten der Arbeitslosen verändert hat. Ich erinnere daran, daß nach einer Zählung im Jahre 1911 1574 Personen, 1912 2041 Personen, und 1913 allein während der Zeit von 8 Monaten 2360 Personen in der Stadt Braunschweig arbeitslos gewesen sind. Betrachten wir die Ausgaben, welche die Gewerkschaft für diese Arbeitslosen gehabt hat, so ergibt sich, daß während des ganzen Jahres 1911 28 171,84 M, 1912 37 816,40 M und im Jahre 1913 während der Zeit von 8 Monaten 63 823,27 M hierfür notwendig wurden. Ich als Holzarbeiter weiß speziell, daß besonders im letzten Jahre eine fortwährende Steigerung in der Arbeitslosigkeit vorhanden war. Es zeigt sich hier am deutlichsten, daß wir uns auf niedergehender Konjunktur befinden. Im Jahre 1911 wurden für die Tischler 3804 Arbeitslosentage gezählt, 1912 waren es deren 4054 Tage, das Jahr 1913 dagegen brachte 13 671 Arbeitslosentage. Das ergibt für das Jahr 1913 ein Mehr von 5813 Tagen gegenüber 1911 und 1912 allein für die Tischler.

Es wird sich daraus zur Genüge ergeben, daß man sagen kann: Es haben sich wohl Anzeichen bemerkbar gemacht, daß seitens der Kommune etwas mehr getan werden muß und man auf Grundlage des Genter Systems auch in Braunschweig dazu übergehen sollte, Zuschüsse zu leisten. Eine große Anzahl von Städten, die

an Größe und Umfang und auch in der finanziellen Belastung Braunschweig nicht nachstehen, hat bereits dieses System seit einer Reihe von Jahren eingeführt, und nach den vorliegenden Berichten hat es sich auch bewährt. Ich erinnere an Straßburg und seine Vororte Schiltigheim und Bixheim, Mülhausen i. E., Freiburg i. B., Mannheim, Erlangen, Stuttgart, Kaiserslautern, Offenbach a. M., Schöneberg, Schwäbisch-Gmünd usw.

Hinzu kommt noch, daß Sie selbst dann, wenn Sie 1909 auf einem ablehnenden Standpunkt gestanden haben, heute zugeben müssen, daß in den letzten Monaten in einer ganzen Reihe von Städten, z. B. Dessau, die Magistratselber mit Vorlagen bezüglich Einführung der Arbeitslosenversicherung herausgekommen sind. Ich erinnere ferner daran, daß die Stadt München einen Aufruf an die besser situierten Bürger zu freiwilligen Spenden für die Arbeitslosenunterstützung hat ergehen lassen, und daß verschiedene Hunderttausende dadurch zusammengekommen sind, weil der Stand der Arbeitslosigkeit eine Höhe erreicht hatte, die zu Bedenken Anlaß geben mußte. Wenn man dem Grunde nachspürt, der für die Einführung des Genter Systems maßgebend war, so ist es bezeichnend, daß die Stadt Gent selbst sagt: Indem man Einrichtungen gegen die Arbeitslosigkeit schuf und sie von Jahr zu Jahr mit erhöhten Geldbeiträgen dotierte, trachtete man nicht so sehr für eine Unterstützung des ganzen Elends der Arbeitslosigkeit, als vielmehr in der der Arbeitslosigkeit am meisten ausgeprägten Arbeiterklasse den Wunsch nach einer unabhängigen und gesunden Lebensführung zu erwecken und die Anrufung der öffentlichen und privaten Wohltätigkeit herabzudrücken.

Wenn wir die Summen, die in den Jahren von 1905 bis 1912 von den frei organisierten Gewerkschaften der Stadt Braunschweig für direkte Unterstützung der Arbeitslosen ausgegeben sind, zusammenzählen, so sind in diesen 8 Jahren 356 416,70 *M* ausgegeben. Insgesamt wurde für in Not geratene Mitglieder an 73 035 Personen die Summe von 1 198 044,23 *M* aufgewendet.

Da wird man zugeben müssen, daß hier ein Großes geleistet wurde, was gewissermaßen die Stadt von weiteren Armenunterstützungen und sonstigen Lasten entbunden hat. In volkswirtschaftlicher Hinsicht ist es notwendig, daß Personen, die mit ihren Familien unverschuldet durch längere Arbeitslosigkeit in ihrem Erwerbe zurückkommen, immer auf bestimmter Höhe des Unterhalts erhalten werden, wodurch sie anderen Personen Gelegenheit zu Erwerb geben. Wie man sieht, wird das nicht zum wenigsten dem Geschäftsleben und der Stadt selbst zugute kommen. Aus diesen Gründen glauben wir, den Stadtverordneten unseren Antrag unterbreiten zu sollen und sie zu ersuchen, ihre Stimme dahin abzugeben, daß der Magistrat beauftragt wird, baldigst eine Vorlage einzubringen, wonach auf Grundlage des Genter Systems eine kommunale Unterstützung der Arbeitslosen

eingeführt wird und die erforderlichen Mittel für diese Einrichtung bereitgestellt werden. Ich ersuche die geehrten Herren, nach Lage der Sache unserem Antrage zustimmen zu wollen.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

### b) Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bienröder Weges.

Wortlaut des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen, dahin zu wirken, daß die im Zuge des Bienröder Weges belegene Brücke, welche das Publikum beim Besuche des Querumer Holzes am liebsten benutzt, eine Konstruktion derart erhält, daß dieselbe auch dann, wenn die Schunter ausgetreten ist, erreicht werden kann, um hierdurch in das Holz zu gelangen.“

Stadtv. **Eckhardt:** Wenn man in der Woche so recht fleißig gewesen ist, dann freut man sich auf den Sonntagnachmittag; zumal wenn die Sonne freundlich ins Fenster lacht, dann zieht man gern hinaus in Wald und Flur, um sich zu erholen und frische Kräfte zu sammeln zu kommender Tätigkeit.

Für viele Familien bildet das Querumer Holz das Ziel der Wanderung, und so sieht man Sonntags Hunderte von Familien den Bienröder Weg am Wasserwerk vorbei des Weges ziehen. Auch ich pilgerte vor vier Wochen mit Frau und Kindern hinaus, gelangte auch bis zur Brücke vor dem Holze, doch hier hieß es „Halt!“ Die Schunter war ausgetreten, die Brücke war nicht zu erreichen. Ich sah mir meine Familie an und überlegte: Huckepack die Gesellschaft durchs Wasser tragen, geht wohl, doch was mit den nassen Füßen den Nachmittag anfangen? Dies ging nicht, es blieb nichts anderes übrig, als umzukehren und den so frühlich begonnenen Sonntagnachmittag so gut es ging hinzubringen.

Da nun der Magistrat stets bemüht ist, das Beste zu wollen, und es meistens nur eines leisen Hinweises bedarf, bin ich überzeugt, daß auch in diesem Falle der Magistrat Veranlassung nehmen wird, sich mit den anderen Behörden ins Einvernehmen zu setzen, um die Brücke so herrichten zu lassen, daß dieselbe auch dann, wenn die Schunter ausgetreten ist, passierbar ist.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.



c) **Antrag Sander auf Vorlage eines neuen Projekts für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnitores.**

Wortlaut des Antrages:

„Beantrage, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung ein neues Projekt für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt (Pissoir) in der Nähe des Magnitores vorlegen zu wollen.“

Stadtv. **Sander:** Dadurch, daß der Magistratsantrag, eine Bedürfnisanstalt am städtischen Museum zu errichten, abgelehnt ist, ist die Sache eigentlich dahin erledigt, daß wir eine Vorlage nicht wieder erwarten können. Wir haben aber doch wohl großes Interesse daran, daß der Magistrat wieder eine Vorlage einbringt. Es ist bei der langatmigen Besprechung dieser Sache zur Genüge festgestellt, daß alle Herren derselben Meinung waren, daß in dortiger Gegend mindestens eine Bedürfnisanstalt für Männer errichtet werden mußte. Damit also die Sache vom Magistrat wieder aufgenommen wird, bitte ich zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit einem neuen Projekt zu kommen. Das ist der Grund zu diesem Antrage, der seinerzeit, als er eingebracht wurde, zu Lachen Veranlassung gegeben hat.

**Vorsitzender:** Nicht mit einem abfälligen, sondern mit einem freudigen, zustimmenden Lachen ist der Antrag seinerzeit aufgenommen. — Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

d) **Anfrage Bunge über die Abstimmung der Geschäftsinhaber betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.**

Wortlaut der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, wie die Abstimmung betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgefallen ist?“

Stadtv. **Bunge:** Im vorigen Herbst wurde von seiten meines Freundes Ohlendorf der Antrag auf Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gestellt. Dieser Antrag wurde abgelehnt, aber man wurde sich nachher einig, erst einmal die Geschäftsinhaber zu hören, um darnach endgültigen Beschluß fassen zu können. Es ist damals eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten in die Hand nehmen sollte, und es sind Fragebogen ausgegeben, die innerhalb 8 Tagen zurücksein sollten. Das war im September, jetzt kommt bald der März, es ist also ein halbes Jahr ins Land gegangen, aber wir hören und sehen nicht, was aus der Umfrage geworden ist, und wissen nicht, wie sich die Ge-

geschäftsinhaber zu der Sache gestellt haben. Selbst die Kommissionsmitglieder, die ich gefragt habe, können keine Antwort geben. Deshalb habe ich mir eine Anfrage beim Magistrat erlaubt, denn die Beteiligten haben großes Interesse an dieser Sache.

Stadttrat **Wagner**: Die Verarbeitung des Materials, welches in den Fragebogen eingegangen war, hat ziemlich lange Zeit erfordert, da die Beamten der städtischen Rechtsauskunftsstelle, die sie nebenher zu besorgen hatten, auch so schon dienstlich sehr stark in Anspruch genommen sind. Nun liegt das Material seit 2—3 Wochen geordnet vor, ich habe aber keine Zeit gefunden, es so zu bearbeiten, daß ich eine Sitzung des Ausschusses hätte einberufen können. Wie Sie wissen, drängt die Umgestaltung des Krankenversicherungswesens, und ferner haben die Streitigkeiten zwischen den Krankenkassen und den Ärzten mich in letzter Zeit derart in Anspruch genommen, daß ich beim besten Willen nicht dazu gekommen bin, dieses Material über die Sonntagsruhe zu bearbeiten. Ich hoffe, daß es mir, nachdem der Magistrat eine Hilfskraft bekommen hat — die sich allerdings erst einarbeiten muß —, in nächster Zeit möglich sein wird, das Material nachzuprüfen und die Kommission einzuberufen.

### 13. Verwilligung von Mitteln zur weiteren Einführung von Werkunterricht in den Bürgerschulen.

Stadtv. **Schardt**: Die Unterrichtszerteilung in den Volks- und Bürgerschulen strebt gegenwärtig in methodischer Hinsicht einer Umgestaltung entgegen, die man mit dem Namen „Werkunterricht“ („Arbeitschule“) zu bezeichnen pflegt. Es handelt sich dabei um wesentlich neuere Methoden, die darauf abzielen, im Gegensatz zu der „Lernschule“ mehr als bisher die im Kinde schlummernden Anlagen durch eigenes Tun der Kinder zu Kräften zu entwickeln. In Leipzig, Charlottenburg, Dortmund, München und anderen Städten hat man bereits in ganzen Schulsystemen diese neue Unterrichtsweise eingeführt. Anfänge dazu sind auch hier bereits vorhanden. In zwei unteren und einer mittleren Bürgerschule haben die Lehrer der untersten Klassen mit gutem Erfolg „Werkunterricht“ erteilt, und es besteht nun die Absicht, auch in den untersten Klassen der übrigen Schulen in maßvoller Weise Gebrauch davon zu machen. Dazu bedürfen die Lehrer dieser Klassen einer Einführung, da das Seminar bisher keinerlei Anleitung zum Werkunterricht gibt.

Da nun der Lehrer Schardt vor zwei Jahren an einem Kursus im Werkunterricht am Leipziger Handfertigkeitss-Seminar teilgenommen und sich so weit darin vervollkommen hat, daß er imstande ist, andere dazu anzuleiten, auch sich bereit erklärt hat, dieses zu tun, empfiehlt der Stadtschulrat Herr Professor

Dr. Rehfuß, die zu dieser Anleitung nötigen Kosten bewilligen zu wollen. Es sind erforderlich:

|                                                          |                 |
|----------------------------------------------------------|-----------------|
| für Material . . . . .                                   | 174,45 M,       |
| für Honorar an den Lehrer, 84 Stunden à 2,50 M . . . . . | 210,— M,        |
|                                                          | <hr/> 384,45 M. |

Schulvorstand und Schulkommission haben sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und halten die vom Herrn Stadtschulrat in Vorschlag gebrachte Ausbildung der weiteren Lehrkräfte für empfehlenswert.

Die Schulkommission gibt Ihnen deshalb anheim, die in Frage stehende Summe von 384,45 M bewilligen zu wollen.

Die beantragten Geldmittel werden bewilligt.

#### 14. Gutachtliche Äußerung über Abänderung der Wartezeitvorschriften für Kraftdroschken.

Stadtv. Dr. **Boge:** Am 3. Oktober 1912 haben die Stadtverordneten durch gutachtliche Äußerung ihr Einverständnis erklärt, daß wegen der Wartezeit für Kraftdroschken bestimmt wurde: „Vor Beginn der Fahrt die ersten 8 Minuten frei, im übrigen je 4 Minuten 20 Pfg.“

Die Durchführung dieser Bestimmung ist auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Abänderung der vorhandenen, mit erheblichen Kosten beschafften Fahrpreisanzeiger nach Auskunft der liefernden Firma in der angegebenen Weise nicht möglich war, da der innere Mechanismus dafür nicht eingerichtet ist. Der Magistrat fragt nun an, ob unsererseits Bedenken dagegen vorliegen, daß eine Änderung der Bestimmung in folgender Weise geschieht: „Vor Beginn der Fahrt die ersten 4 Minuten frei, im übrigen je 2 Minuten 10 Pfg.“

Das würde eine Verkürzung der ersten Wartezeit um 4 Minuten bedeuten, im übrigen aber eine Verbesserung für die Fahrgäste sein. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß Bedenken gegen diese Änderung nicht vorliegen und gibt anheim, sich dahin gutachtlich zu äußern.

Die Versammlung stimmt der Ansicht der Statutenkommission zu.

#### 15. Anderweite Festlegung der südlichen Fluchtlinie der Straße Langerhof.

Stadtv. **Friede:** Der Inhaber der Firma Heinrich Jakob Schade hat sich an den Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, die südliche Fluchtlinie der Straße Langerhof am Grundstück der Dompfarre so weit nach Süden zu verschieben, daß sie mit der westlichen Verlängerung der Baulinie des Grundstücks der Firma

Schade zusammenfällt. Er hat sich gleichzeitig bereit erklärt, die aus dem erforderlichen Grunderwerb entstehenden Kosten der Stadt zur Verfügung zu stellen. Da eine Verbreiterung des Langenhofs eigentlich nicht nötig ist, so läge wohl kein Bedürfnis vor, dem Antrage zu entsprechen, aber der Magistrat und auch die Baukommission hat sich trotzdem damit einverstanden erklärt, weil die Fassade des Rathauses bei einer Verbreiterung des Langenhofs besser zu überblicken ist. Die Eigentümerin des Dompfarrgrundstücks, die Herzogliche Kammer, mit der sich der Magistrat wegen dieses Terrainerwerbs in Verbindung gesetzt hat, verlangt pro Quadratmeter 116 *M*, das würde für die in Frage kommenden 26,5 qm einen Betrag von 3074 *M* ausmachen, den aber die Firma Schade der Stadt zur Verfügung stellt. Es muß jedoch außerdem das eiserne Staket verschoben werden, und die Gartenanlagen des Dompfarrgrundstücks müssen wieder instand gesetzt werden, wofür 1926 *M* ausgegeben werden müßten. Diese Ausgabe hätte die Stadt zu tragen. Der Magistrat beantragt nun,

1. der angeregten Verbreiterung des Langenhofs zuzustimmen mit dem Vorbehalt, daß die daraus erwachsenden Grunderwerbskosten von der Firma Heinrich Jakob Schade getragen werden,

2. die zur Durchführung der Verbreiterung erforderlichen Mittel auf Grund des überreichten Kostenanschlages zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats zu verwilligen,

3. den Magistrat zum Ankauf der 26,5 qm zum Preise von 116 *M* pro Quadratmeter zu ermächtigen.

Die Baukommission hat sich mit der Vorlage vollständig einverstanden erklärt. Sie hat nur einen Wunsch hinzuzufügen, nämlich: Bei der Gelegenheit zu versuchen, ob der Magistrat außer den geforderten 26,5 qm noch mehr von dem Dompfarrgrundstück erwerben könnte. Wir glauben, daß auch dann der Garten für die Dompfarre groß genug bleibt, und die Fassade des Rathauses noch besser zur Geltung kommen würde. Das ist aber nur ein Wunsch der Baukommission, der Antrag der Baukommission geht dahin, die Vorlage zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Baukommission zu.

## 16. Errichtung eines Lehrerseminars bei der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule.

Stadtv. **Friede:** Die Herzogliche Oberschulkommission hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, das beim hiesigen Wilhelm-Gymnasium unterhaltene Seminar für Kandidaten des höheren Schuldienstes durch stadtseitige Unterhaltung einer gleichen Anstalt zu entlasten. Es ist hierfür die Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule in Aussicht genommen. Es wird das damit motiviert,

daß das Seminar am Wilhelm-Gymnasium schon seit längerer Zeit überfüllt ist. Nun liegt nach Aussage des Herrn Schulrats Dr. Wernicke allerdings der Nachteil vor, daß beim Hospitieren der Kandidaten die Aufmerksamkeit der Schüler abgelenkt wird, andererseits würde es aber ein Vorteil sein, daß der Direktor der in Frage stehenden Schule bei vorkommenden Vakanzten sich die besseren Lehrer aussuchen könnte. Auch hat die Stadt, die zurzeit zwei Oberrealschulen unterhält, ein Interesse daran, daß die Lehrkräfte tunlichst vollkommen ausgebildet werden, was sich bei der Überfüllung des staatlichen Seminars und seinen besonders für den naturwissenschaftlichen Unterricht nicht voll genügenden Einrichtungen zurzeit nicht voll erreichen läßt. Da die Gründe für Einrichtung der Anstalt überwiegen, so hat sich der Magistrat damit einverstanden erklärt. Zu bemerken ist noch, daß eine dauernde Verpflichtung der Stadt nicht übernommen werden soll.

Der Kostenpunkt ist nicht hoch, die ganzen Kosten würden 4200 *M.* betragen, wovon die Stadt zwei Drittel zu tragen hätte, 2800 *M.* Der Magistrat ersucht die geehrten Herren, der Einrichtung eines pädagogischen Seminars für Kandidaten des höheren Schuldienstes bei der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule unter Verwilligung der Kosten bis zu 2800 *M.* pro anno zu Lasten der Kasse der genannten Schule zuzustimmen. — Die Schulkommission hat sich mit dem Antrage einverstanden erklärt, und ich bitte namens derselben, zu der Einrichtung die Genehmigung zu erteilen.

Der Antrag der Schulkommission wird angenommen.

---

**Vorligender:** Eingegangen ist ein von mehreren Herren mitunterzeichneter Antrag des Herrn F r e d e:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Bedürfnisanstalt, wenn auch einfachster Art, in der Nähe des Spielplatzes im südlichen Teile des Bürgerparks (am Eisenbüttelerwege) einzurichten zu lassen.“

## 17. Genehmigung des Teilortsbauplans bezüglich der Festsetzung der Breite für die Stiftsgasse.

Stadt v. **Rasche:** Die Stiftsgasse hat uns schon öfters hier beschäftigt. Der Ortsbauplan, wie er auf dem Plane rechts dargestellt ist, sieht eine Breite der Straße von 10 m vor. Der Magistrat sagt in seinem Schreiben dazu, daß er zwar eine Straßenbreite von 8 m für genügend halte, aber doch dem Ersuchen der Versammlung vom 11. September 1913 stattgeben wolle und ersuche, den aufgestellten Ortsbauplan vom 24. Januar d. Js. zu genehmigen. In der Baukommission ist die Angelegenheit wie früher auch jetzt wieder erörtert. Dabei hat

sich die Mehrheit der Baukommission dafür entschieden, Ihnen zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, doch bei der Breite der Straße von 8 m stehenzubleiben. Die Baukommission bittet Sie also, die Magistratevorlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, an dem Plane vom 5. Juli 1913 festzuhalten. Begründet ist diese Ansicht schon früher. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß zunächst die Verbreiterung der Straße nicht erforderlich ist und die Fertigstellung der Straße bei einer Breite von 8 m sich schneller wird bewerkstelligen lassen. Die größere Breite der Straße läßt eine höhere Bebauung zu, wodurch das, was wir mit dem Straßendurchbruch schaffen wollten, Licht und Luft in die Gegend hineinzubringen, hinfällig wird. Ferner werden die Straßenbaukosten größer werden und die Stadt wie auch die Anlieger in stärkerem Maße belasten. Ich bitte noch einmal, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen und den Magistratsantrag abzulehnen. — Bemerken will ich noch, daß in der Baukommission vier Herren für die Breite von 8 m stimmten, während drei Herren gegen diese geringere Breite waren.

Stadtv. **Hmann:** Man möchte sagen: Es ist ein Schauspiel für Götter mit dieser Festlegung der Breite der Stiftsgasse. Wir haben im Laufe der Jahre mehrfach darüber beraten und einmal 10 m, dann 8 m und dann wieder 10 m angenommen; so geht das hin und her. Der Magistrat hat sich unserem Wunsche, den wir am 11. September vor. Js. ausgesprochen haben, die Breite der Straße auf 10 m festzulegen, angeschlossen, macht eine dementsprechende Vorlage, und die Baukommission empfiehlt uns nun wieder, auf 8 m zurückzugehen.

Wenn man die Beratungen, die in der damaligen Verhandlung hier gepflogen sind, sich vor Augen führt, so sind doch diejenigen, die für 10 m stimmten, — wenn ich so sagen soll — nicht vergnügungssüchtige Leute gewesen, die nur die Absicht hatten, ihren Willen auf eine Straßenbreite von 10 m durchgesetzt zu sehen, sondern es waren wirtschaftliche Gründe, die die Redner veranlaßten, dafür zu sprechen, oder die Herren dazu brachten, dafür zu stimmen, daß die Straße auf 10 m festgelegt würde. Es ist damals schon allseitig hervorgehoben, daß es ein Irrtum ist, wenn man behauptet, daß diese Straße nur eine kleine Straße nebenbei sein solle, die jemand, wenn er es will, von Hintern Brüdern nach der Langenstraße benutzen kann. Es ist, wie ich glaube, allgemein anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, von der Schützenstraße aus einen Durchfahrtsweg durch diesen Häuserblock der drei Straßen, die sich dort lang hinziehen — Langestraße, Weberstraße, Beckenwerferstraße — bis nach dem Neuenwege hin im Laufe der Zeit zu erstreben. Es ist nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß der Wagenverkehr, der durch das Petritor kommt und über den Radeflint nach dem Bäderflint geht, so lebhaft ist, daß es ein Wunder zu nennen ist, daß größere

Unglücksfälle an dieser Straßenkreuzung nicht vorgekommen sind. Die Straßenbahn muß doch durchgeführt werden, und dazu kommt noch der Wagenverkehr. Von Leuten, die die Möglichkeit und Gelegenheit dazu hatten, ist geprüft worden, wieviel Wagen durch diese schmale Twete fahren, um eine Erleichterung zu erzielen, und die den Weg von der Schützenstraße nach der Langenstraße durchfahren, um so nach dem Petritor zu kommen. Es ist damals von den Gegnern hervorgehoben worden, daß es ein Unding wäre, zu erwarten, daß die Durchführung nach der Promenade möglich wäre. Dagegen habe ich darauf hingewiesen, daß es nicht notwendig erscheint, bis nach der Promenade hin mit dem Wege durchzugehen, sondern daß es genüge, wenn er im Laufe der Zeit nach dem Neuentwege durchgeführt wird, der breit genug und nur an einer Seite bebaut ist und die Möglichkeit gibt, daß die Fuhrwerke aus dem Petritor hinauskommen.

Wir haben im Laufe der letzten Jahrzehnte, in denen hier die Beratungen durch einen großen Teil der Anwesenden gepflogen sind, und auch in früheren Zeiten gesehen, daß in unserer Stadt in bezug auf Straßendurchbrüche genug gesündigt ist. Wenn wir dazu noch ein neues Denkmal setzen wollen, dann möchte ich sagen, es wird das ein Denkmal der Schande. Dem Verkehr würde eine solch schmale Straße aber nicht dienen können.

Führen Sie sich vor Augen, was vor über 25 Jahren an der Kreuzung der Straße An der Martinikirche mit der Sonnenstraße und Scharrnstraße geschehen ist! Es wird jeder zugeben müssen, daß die Zulassung einer so schmalen Einfahrt bei der Sonnenstraße geradezu ein Vergehen gegen das Verkehrsinteresse war. Es war verkehrt, daß das neue Haus nicht wenigstens 5 m weiter zurückgesetzt wurde, denn daß an der anderen Seite die Häuser abgebrochen werden, kann dem Verkehr nicht viel nützen, weil bei dem zu machenden Bogen immer wieder die alten Schwierigkeiten bestehen bleiben.

An der Schützenstraße hat man bei Übernahme des Jüdelichen Hauses zweifellos eine Unterlassung begangen. Die Kreuzung Damm-Münzstraße ist bei dem heutigen Verkehr ungenügend, und eine lange Debatte haben wir um die Verbreiterung von 2 m führen müssen, als beabsichtigt war, das Eckhaus abzubauen. Die Fortführung der Ringstraße beim Graheschen Grundstück ist auch kein idealer Zustand, wenn es da um die Ecke gehen soll. Wir führen die Straße um das Grahesche Grundstück herum, weil wir uns vor einer Ausgabe von 40—50 000 M für die Ringstraße fürchten, die doch eine der nobelsten Verkehrsstraßen sein muß.

Wir haben noch andere Verkehrsstraßen, die einen großen Verkehr aufnehmen müssen, ihm aber nicht genügen. Ich denke nur an die Stobenstraße. 1905 wurde beschlossen, daß die zur Entlastung dieser Straße dienenden Straßen 557 und 558 auf dem Kanalterrain, welches vom Bohlweg nach dem Bruchtorwall zieht, an-

gelegt werden sollen. Da kam das löbliche Ministerium auf den Einfall, dem Goldarbeiter Jürgens zu gestatten, das Kanalterrain zu bebauen und uns die Errichtung eines solchen Straßenzuges auf Jahrzehnte hinaus weiter zu erschweren. Und dabei kann die Stobenstraße geradezu eine Menschenfalle genannt werden in bezug auf den reichen Fuhrwerkverkehr, der dort hindurchgeht. — Aufmerksam machen möchte ich auch auf eine andere Straße, damit die Gelegenheit benutzt wird, wenn sie sich wieder bieten sollte. Von der Kuhstraße fährt durch die schmale Taschenstraße viel Fuhrwerk in die Langedammstraße. Dort sind jetzt mehrere kleine Häuser ausgebaut und aufgeputzt, anstatt sie stadtseitig anzukaufen, um eine bequeme Einfahrt vom Augusttor nach dem Uchslägern und einen besseren Verkehr zu bekommen. Das ist auch versehen.

Will man die Möglichkeit bieten, daß alles verriegelt und verrammelt wird, damit die Fuhrwerke nicht ein und aus können? Ich verstehe nicht, wie sich eine Mehrheit in der Baukommission finden konnte, die dem Antrage des Magistrats entgegen uns empfiehlt: Wir wollen das eingebrachte Projekt der Verbreiterung ablehnen. Ich möchte Sie im Interesse des Verkehrs dringend bitten: Nehmen Sie die Vorlage des Magistrats an, indem Sie den Antrag der Baukommission ablehnen. Es geht unmöglich, daß man noch mehr Verkehrshindernisse in der Stadt bietet als die, die ich schon genannt habe.

Stadtv. **Loeschigt:** Wundern muß ich mich auch über den Beschluß der Baukommission. Für mich ist bei dieser Sache maßgebend: Wird die Straße frequentiert? Ich habe die Beobachtung gemacht, daß die Fuhrleute immer den nächsten Weg nehmen. Wer sich die Mühe machen will, braucht nur zu zählen, wieviel Fuhrwerke die Stiftstraße passieren. Damals wurde ich ausgelacht, als ich behauptete, der Verkehr vom Bäckerkint nach dem Kadekint wäre mit allen möglichen Fuhrwerken belastet. Nachher aber wurde amtlich gezählt, und da war der Baumeister, mit dem ich darüber sprach, ganz verdußt darüber, daß soviel Verkehr durch die enge Straße ging. So liegt auch hier die Sache. Es ist der nächste Weg von der Schützenstraße nach dem Petritor, und jedes Fuhrwerk vermeidet die Elektrische an der Stelle, wo die böse Ecke an der Petrikirche ist. Jeder Fuhrwerkbesitzer, der hier nicht durchfahren muß, vermeidet diese gefährliche Ecke und nimmt den kürzeren Weg durch die Stiftsgasse.

Daß die Baukosten für die Straße zu hoch würden, und daß vielleicht wirtschaftlich das Terrain besser zu verwerten wäre, das kann bei der Differenz von 2 m doch nichts ausmachen. Ich kann nur unterstreichen, was der Herr Vorredner gesagt hat, und kann nicht zustimmen, auf 8 m Breite bestehen zu bleiben, nachdem der Magistrat 10 m zugebilligt hat. Ich bitte, doch auf eine Breite von 10 m zu gehen.



**Stadt. Frühling:** Es scheint eine eigentümliche Sache, daß die Baukommission, nachdem die Versammlung sich entschlossen hat, den Antrag auf Verbreiterung auf 10 m anzunehmen, jetzt wieder zu dem Vorschlage kommt: „Lehnt diese Vorlage, die auf eurem eigenen Beschlusse beruht, ab!“ Ich möchte deshalb kurz die Gründe, die die Baukommission zu diesem anscheinend merkwürdigen Antrage bewogen haben, darlegen. Der Vorteil bei einer Breite von 10 m, daß damit mehr Luft und Licht in die Gegend gebracht wird, ist hinfällig, denn bei einer solchen Breite kann eine volle Etage mehr auf die Häuser aufgesetzt werden, und damit gehen Luft und Licht nicht nur verloren, sondern sie werden gegenüber der niedrigeren Bebauung bei 8 m Straßenbreite sogar verschlechtert.

Das war der eine Grund, weshalb die Baukommission für eine Breite von 8 m eingetreten ist. Der zweite Grund ist, daß bei 10 m Breite die schon an und für sich tenere Straße so unglücklich in die Nachbargrundstücke hinein einschneidet, daß wir darauf rechnen können, daß in absehbarer Zeit eine Bebauung der Stiftsgasse nicht eintreten wird. Bei 8 m Straßenbreite ist die Bebauung auch nur möglich, wenn der Magistrat und die Stadtverordneten sich entschließen, Mittel dafür zu bewilligen, bei 10 m Breite würde die Bebauung so teuer, daß gar nicht abzusehen ist, wann es möglich sein wird, dieses vorhin so genannte Schandblatt — ich will den Ausdruck nicht gebraucht haben, aber doch darauf hinweisen — zu beseitigen.

Was den Verkehr anbetrifft, so bemerke ich, daß augenblicklich die Fuhrwerke dort nur durchfahren, nicht weil die Straße einen Durchgangsverkehr hat, sondern weil die Langestraße mit Asphalt versehen ist und die Straße Hintern Brüdern schlechtes Steinpflaster hat. Sobald die Straße Hintern Brüdern ein gutes Pflaster erhält, ist der Durchgangsverkehr auf der Stiftsgasse verschwunden. Ein Durchbruch nach dem Walle zu ist nicht zu erwarten, weil das viel zu teuer werden würde, und infolgedessen ist auch ein Durchgangsverkehr nach dem Walle nicht zu erwarten, und die 10 m wären also für diesen Zweck nicht notwendig.

Wenn es, wie ich zu Anfang sagte, merkwürdig erscheint, daß die Kommission, nachdem die geehrte Versammlung eine Breite von 10 m gewünscht hat, wieder auf eine Breite von 8 m zurückgreift, so habe ich die Gründe dafür angeführt und möchte die Baukommission dagegen verwahren, daß Sie ihr Inkonsequenz vorwerfen. Schon früher hat die Baukommission nach reiflicher Prüfung und aus den vorgetragenen Gründen vorgeschlagen, die Straßenbreite auf 8 m zu bemessen. Dem haben die Herren zugestimmt. Darauf ist, nachdem dieser Beschluß eben gefaßt war, aus der Mitte der Versammlung, von Herrn Altmann, der Antrag gestellt, die Breite doch wieder auf 10 m festzustellen. Bei der Beratung dieses Antrages ist darauf hingewiesen, daß Sie nicht wohl beschließen könnten, die Straße auf 10 m zu verbreitern, weil Ihnen jede Unterlage zur Beurteilung

der etwaigen Nachteile bei einer Breite von 10 m fehlte, und Sie nicht einmal die Pläne, wie bei einer Breite von 10 m die Straße laufen soll, hätten. Trotzdem hat die Mehrheit beschlossen: „Was wir früher mit 8 m beschlossen haben, wollen wir jetzt ändern auf 10 m, weil der Verkehr es erfordert, und weil es großstädtisch ist.“ Nun hat die Baukommission nochmals die Sachlage eingehend geprüft, hat aber in ihrer Mehrheit wieder denselben Standpunkt einnehmen müssen, den sie früher eingenommen hat, weil die wirtschaftlichen Gründe gerade so liegen wie früher, nicht aber, weil wir etwa vergütungssüchtig wären und die Verhandlungen hinzuziehen wollten. Wir haben ebensovienig Vergnügen an dieser Stiftsgasse, wie Herr Ahmann es hat. Aber wir haben nicht zu einem anderen Entschluß kommen können und haben nur empfehlen können: „Halte nicht fest an dem zweiten Beschluß, der ohne Begründung hier gefaßt ist“, weil es, wie ich meine, eine Zufallsmajorität war, die ihn faßte. (Widerspruch.) Ich will Herrn Voeshigt keinen Vorwurf machen, aber immerhin gibt es in jeder Sache zwei Meinungen. Die Baukommission hat immer denselben Standpunkt eingenommen und hält ihn fest. Wenn die Herren trotzdem eine Breite von 10 m haben wollen, müssen wir es ihnen überlassen, den Beschluß zu fassen.

Bürgermeister **Meyer**: Die Verhandlungen über die Aufnahme der Stiftsgasse in den Ortsbauplan haben einen so wechselnden Verlauf genommen, daß die Arbeit an dieser Sache kein rechtes Vergnügen mehr bereitet. Der Magistrat hat von vornherein auf dem Standpunkte gestanden, daß eine Breite von 10 m für die Straße angemessen wäre, und hat Ihnen derzeit eine dementsprechende Vorlage gemacht. Die Herren waren aber damals der Ansicht, eine Breite von 8 m würde ausreichen. Als dieser Beschluß an den Stadtmagistrat zurückkam, war er vor die Frage gestellt, ob er beitreten sollte oder nicht, und da man allerdings über den zukünftigen Verkehr in dieser Straße verschiedener Ansicht sein kann, so hat sich der Magistrat gesagt: Wenn die Herren Stadtverordneten der Ansicht sind, daß 8 m genügen, so wollen wir dieser Breite zustimmen. Wir haben also unsere erste Ansicht zugunsten des Beschlusses der Stadtverordneten fallen lassen und haben eine Vorlage für eine Breite von 8 m gemacht. Diese Vorlage ist von Ihnen auch angenommen, aber gleichzeitig ist aus der Versammlung der Antrag eingelaufen, zu der zuerst vorgeschlagenen Breite zurückzukehren und der Straße eine Breite von 10 m zu geben. Das ist von Ihnen angenommen, und Sie haben den Magistrat entsprechend ersucht. Wenn Sie jetzt nun hiervon wieder abweichen und auf eine Breite von 8 m zurückkehren, in welche Stellung bringen Sie einmal den Magistrat und dann sich in Ihren Beziehungen zum Magistrat? Sie können doch unmöglich verlangen, daß der Stadtmagistrat bei diesem andauernden Wechsel der Anschauungen mit Ihnen gleichen Schritt hält. Eine gewisse Selbst-

ständigkeit muß er doch wohl wahren, wenn es sich auch um eine untergeordnete Sache handelt.

Zur Sache selbst möchte ich folgendes sagen: Was von seiten des Herrn Vordrners angeführt wurde, daß wirtschaftliche Gründe dafür sprächen, der Straße nur eine Breite von 8 m zu geben, so scheint mir das nicht zutreffend zu sein. Richtig ist: Wenn Sie die Straße auf nur 8 m bringen, so hat das auszunutzende Terrain eine Breite von 2 m mehr als bei 10 m. Aber wenn die Herren den Plan betrachten, so werden sie sehen, daß eine bessere Ausnutzung des Geländes doch nur auf der Westseite des projektierten Straßenzuges möglich ist; die Ostseite — nach dem Hagenmarkt zu — ist bei der Verbreiterung unberührt gelassen, sie ist genau dieselbe wie bei einer Breite von 8 m. Nun bitte ich zu beachten, daß der größte Teil der westlichen Fluchtlinie dem Stiftsgrundstücke benachbart ist und es sich deshalb — auch wenn wir der Straße eine Breite von 8 m geben — nur darum drehen kann, die zwischen der Stiftsgasse und dem Stiftsgrundstücke gelegene Fläche dem Stiftsgrundstücke zuzulegen. Eine selbständige Bebauung des Zwischengeländes ist auch bei einer Straßenbreite von 8 m nicht möglich. Es bleibt also allein übrig das Grundstück an der Ecke der Langenstraße; das ist aber in seiner Grundfläche so klein, daß eine selbständige Bebauung auch bei 8 m Straßenbreite sehr erschwert ist, ja unmöglich wird, wenn diesem Grundstücke die anteiligen Straßencosten der neuen Straße aufgebürdet werden sollen. Ich bin deshalb der Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Nachteile verschwindend gering sind gegenüber dem Vorteile, den der gesamte Verkehr und auch die Anlieger daraus haben, daß der Straße eine Breite von 10 m gegeben wird. Ich möchte dringend bitten, nun endlich mit der Sache ein Ende zu machen und dabei zu bleiben, was zuletzt vorgeschlagen ist.

**Stadtv. Rasche:** Ich habe noch zu bemerken, daß — falls die geehrte Versammlung jetzt bei einer Breite von 10 m bestehen bleiben sollte — die Baukommission gegen die im Projekt angegebene Fluchtlinie nichts einzuwenden hat.

**Stadtv. Sander:** Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Gründe, welche die Majorität der Baukommission heute für die 8 m Breite wieder vorbringt, gewissermaßen berechtigt sind. Die Bebauungsmöglichkeit der Grundstücke wird allerdings durch die Verbreiterung der Straße auf 10 m erschwert. Trotzdem habe ich mich der Meinung der Baukommission nicht anschließen können, weil ich auf dem Standpunkte stehe, daß der Verkehr dringend eine Breite von 10 m verlangt, und darum setze ich diese anderen, wirtschaftlichen Gründe hinten und bin für die Magistratsvorlage.

Was mich hauptsächlich veranlaßt, zu der Sache das Wort zu nehmen, ist, was der Herr Bürgermeister sagte: ein Ende zu machen mit der Sache und nicht

allein mit dem Bau der Straße selbst, sondern auch mit diesen furchterlich trostlosen Zuständen dort. Es ist vorhin von einem der Herren Vorredner in treffender Weise geschildert, wie nötig es ist, daß es dort etwas anders aussieht. Ich habe diesen Wunsch auch in der Baukommission zum Ausdruck gebracht, und dort ist vom Magistrat an diesen Wunsch die Befürchtung geknüpft, daß er es nicht für möglich halte, daß Bauunternehmer an dieser Stelle bauen könnten, denn sie könnten die Kosten des Terrainerwerbs und den Wert der alten Gebäude, dazu die Baukosten nicht erschwingen. Es würde keine Rente dabei herauskommen; selbst wenn die Straßenbaukosten ganz erlassen würden, könnten Bauunternehmer dort nicht rationell bauen. Darauf habe ich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß es dann nicht anders kommen werde, als daß die Stadt selbst diese Grundstücke ankauft und Häuser mit Kleinwohnungen hinstellt. So gut wie wir beschlossen haben, an der Goslarischenstraße Kleinwohnungen zu bauen, ebenso gut wäre das auch hier möglich. Nun wurde vom Magistratsrath aus erklärt, daß die Forderungen der in Frage kommenden Anlieger derart hoch seien, daß es gar nicht möglich sein würde, die Häuser zu erwerben, und das veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Wenn durch die Stadtverordnetenversammlung der jahrelange Wunsch der dortigen Anlieger, Luft und Licht zu schaffen, endlich erfüllt wird und wir dahin kommen sollten, daß wir die Straße würdig bebauen wollen, daß dann von den Anliegern derartig unmotivierte Forderungen, die nicht im Verhältnis zu dem Wert ihrer Grundstücke stehen, vorgebracht werden, das möchte ich öffentlich hier geißeln. Da stehe ich auf dem Standpunkte: So gern ich sehe, daß die Straße bebaut wird, so würde ich mich, wenn die Anlieger sich nicht auf ein bescheidenes Maß ihrer Forderungen zurückbegeben, zufriedengeben, wenn die Straße noch zehn Jahre so bleiben würde. Dann mag die Stadt Maßregeln treffen, daß die Straße einigermaßen anständig hergerichtet wird, dann mag sie aber noch lange so liegen bleiben. Luft und Licht zu schaffen, ist erreicht; wenn aber die Anlieger selbst solche Schwierigkeiten machen, dann mögen sie noch lange in diesen Verhältnissen sitzen bleiben.

**Stadtv. Dr. Voge:** Ich möchte bitten, dem Antrage der Kommission stattzugeben. Sie wünschen alle, daß die Straße möglichst bald bebaut wird. Als die Stadtverordneten zunächst beschlossen hatten, die Straße auf 8 m auszubauen, hat der Eigentümer des Grundstücks nach der Langenstraße hin sich einen vollkommenen Plan ausarbeiten lassen von einem Architekten, den ich zufällig kenne; um den Bau auszuführen, ist alles fertig. Jetzt soll beschlossen werden, die Straße auf 10 m zu verbreitern, und es sollen dem Grundstücke nun 2 m abgenommen werden, ja — dann kann der Besitzer wieder nicht bauen. Das ist nun einer, der tatsächlich Lust hat zu bauen! Beschließen Sie die Verbreiterung auf 10 m, dann

bleibt es beim alten Zustande. Ich bitte, aus diesen praktischen Erwägungen heraus, die Verbreiterung nicht vorzunehmen.

**Bürgermeister Meyer:** Ich möchte zur Berichtigung etwas sagen. Wir sind die Wünsche des Inhabers des Eckgrundstücks an der Langenstraße wegen des Neubaus bekannt, denn ich habe nicht einmal, sondern wiederholt mit ihm verhandelt. Die betreffende Familie hat nicht die Absicht gehabt, ihr Grundstück allein zu bebauen, sondern hat gemeint, es wäre ein Neubau für sie nur rentabel, wenn sie das benachbarte Grundstück an der Langenstraße ihrem Grundstück hinzulegen könne. Sie hat aber mit dem Nachbar nicht handelsmäßig werden können und ist es scheinbar auch bis heute nicht geworden. Wenn der Wunsch bei der Familie bestehen bleibt, das Grundstück neu zu bebauen und sie doch das Nachbargrundstück zuerwerben müßte, auch bei einer Straßenbreite von 8 m, dann bleibt auch bei 10 m Straßenbreite nach Zusammenlegung der beiden Grundstücke die Fläche zur Neubebauung groß genug; wirtschaftlich ist sie bei der größeren Breite der Straße sogar besser auszunutzen, weil eine höhere Bebauung möglich ist.

**Stadtv. Riefe:** Ich hoffe, nun zum letzten Male in dieser leidigen Angelegenheit sprechen zu müssen. Sie wissen, als unsererseits der Antrag gestellt wurde, den Durchbruch auszuführen, handelte es sich darum, Luft und Licht in die Gegend hineinzubringen. Aus sanitären und feuerpolizeilichen Rücksichten sollte der Durchbruch über die Langestraße hinaus nach der Weber- und Beckenwerferstraße gehen. Da soll man aber in der Innenstadt keine Tweten bauen, denn solche haben wir schon genug, und wo es in andern Städten welche gibt, wie in Hamburg, da werden sie abgeschafft. Es wird keine Stadt in Deutschland geben, die mitten in der Stadt eine Straße von 8 m projiziert. Seinerzeit wurde auch eine Verbreiterung der Stephanstraße projiziert, und wenn man diese Straße auf 10 m bringt, dann würde sie auch dem Verkehr dienen können. Wenn wir vor dem Tore Wohnstraßen mit 8 m Breite und beiderseitigen 3 m breiten Vorgärten projektieren, dann sind sie keineswegs zu eng, sondern, wenn Verkehr in sie hineinkommt, dann würde man dort die Vorgärten rasieren können und eine Straße von 14 m Breite erhalten, die wohl imstande ist, einen Verkehr anzunehmen. Ich muß dringend erjuchen, die Stiftsgasse nicht unter 10 m Breite herzustellen. Wenn Sie die Stiftsgasse nur 8 m breit anlegen wollen, dann ackern Sie sie lieber um und säen dort Petersilie, dann stehen Sie sich besser!

**Stadtv. Voeshigt:** Wenn Herr Frühling darauf hinweist, daß wir früher eine Breite von 8 m beschlossen hätten, so bin ich damals, um den Durchbruch zu erhalten, auch für die 8 m gewesen. Aber es ist jetzt festgestellt, daß die Breite eigentlich noch viel größer als 10 m sein müßte. 10 m dafür ist ein ganz be-

scheidener Wunsch! Wenn gesagt wird, daß der Verkehr eine solche Breite fordert, und wenn vom Magistrat das begründet wird, dann bin ich auch dafür und bin auch einmal inkonsequent. Da es nicht geht, die Straße noch breiter herzustellen, so bin ich auch mit 10 m zufrieden, aber auf 8 m zurückzugehen, das halte ich im Interesse des Verkehrs für vollständig ausgeschlossen.

Stadtv. **Gähardt:** Herr Sander hat gemeint, daß die Eigentümer der Grundstücke an der Stiftsgasse mit ihrer Forderung zu hoch gingen. Soweit mir bekannt ist, ist der Kleinhändler an der Ecke der Langenstraße und der Stiftsgasse bereit, zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen, auch der an der anderen Ecke, der Kohlenhändler Matthies, ist hierzu gern bereit, denn er ging, als ich mich wegen des Verkaufs seines Hauses bei ihm erkundigte, von 55 000 auf 35 000 *M* herunter. Die Leute wollen mit sich reden lassen; ich glaube, wir würden zum Ziele kommen.

Stadtv. **Schmidt:** Ich habe die Hoffnung, daß die Mehrheit der Versammlung einer Breite von 10 m zustimmt. Ich gehe oft durch die Stiftsgasse und kann nicht anders als sagen: Ein derartiger Zustand muß unbedingt beseitigt werden, und darum dreht es sich mit. Die Gründe, die Herr Frühling auführte, daß das Terrain schwer zu bebauen ist und einen Neubau dort rentabel zu gestalten, die gelten auch für die Breite von 8 m. Da nun einmal Schwierigkeiten bestehen, so müßte energisch zugegriffen werden, indem vom Magistrat die Grundstücke angekauft und von der Stadt dort Häuser hingesezt werden, mag es kosten, was es wolle, denn so kann der Zustand doch nicht bleiben. Die Gegend sieht ja wie ein Scheunenviertel aus; an der einen Wand polstern schon die Steine heraus und sind mit dickem Draht an einen Pfahl festgebunden. Ich muß mich darüber wundern — denn auf der Langenstraße sind die Leute sowieso nicht von Pappe —, daß nicht schon die Wand eingedrängt ist, und daß sie noch steht. Es ist geradezu gefährlich, wenn Kinder dort spielen, denn wer weiß, ob nicht nächstens die halbe Wand umfällt. Das muß unbedingt beseitigt werden. Der Durchbruch ist seinerzeit mit Freuden begrüßt worden, und jetzt läßt man nach Jahren noch diese Zustände bestehen! Wenn nicht von seiten der Stadt zugegriffen wird, werden sie noch lange bestehen bleiben. Ich meine, daß man endlich Schluß machen muß, damit der Durchbruch seinen Zweck erfüllt und wir nicht nur die paar Häuser abgerissen haben und die anderen Zustände bestehen lassen.

Stadtv. **Busch** beantragt Schluß der Debatte.

(Eine Abstimmung erübrigt sich, da Meldungen zum Wort nicht mehr vorliegen.)

Der Antrag der Baukommission wird abgelehnt und der Antrag des Magistrats angenommen.

### 18. Beschaffung von Möbeln für die neuen Diensträume des zum Teil verlegten Hauptsteuerbüros.

Stadtv. **Mohr**: Durch die Verlegung eines Teiles der Diensträume des Hauptsteuerbüros in den ersten Stock des Rathauses ist es notwendig geworden, einige Möbel und andere Sachen anzuschaffen. Es handelt sich um Schränke, Altenelegale, Schirmständer und ähnliches. Da die Steuerakten auf Grund der Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes verschlossen gehalten werden müssen, so sind die Ausgaben etwas höher als gewöhnlich; sie betragen im ganzen 920 M. Der Magistrat gibt anheim, diese 920 M zu bewilligen, und die Finanzkommission empfiehlt Ihnen durch mich, dem zuzustimmen.

Die Zustimmung zu den Anschaffungen wird ausgesprochen und die 920 M verwilligt.

### 19. Anfrage Lauer über Stellungnahme des Magistrats zur Errichtung eines Ersatzneubaus wegen der Vermietung von Brünings Saalbau.

Wortlaut der Anfrage s. S. 816.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Seit ca. 9 Monaten steht es fest, daß das Etablissement Brünings Saalbau in ein Kinotheater umgewandelt wird. Diese Tatsache hat bezüglich des Ersatzes für den Saalbau für die Stadtgemeinde eine enorm einschneidende Bedeutung. In der Bürgerschaft und in der Tagespresse hat das Bekanntwerden der Veränderung sehr bald eine eingehende Erörterung hervorgerufen. Nicht aber bekannt ist bis jetzt, wie sich unser Stadtmagistrat zu dieser wichtigen Frage stellt. Die Frage ist eine brennende, sie steht in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Verkehr und dem Gesellschaftsleben in der Stadt. Man kann es verstehen, wenn weite Kreise der Bevölkerung nun gern erfahren möchten, wie ihr Magistrat eigentlich in dieser Angelegenheit zu handeln gedenkt, zumal wenn man berücksichtigt, daß auswärtige große Kommunen, die sich auf die Impulse der Zeit verstanden, sogar auf Kosten ihrer Stadt große Stadthallen erbaut haben, die an den schönsten, belebtesten und wertvollsten Stellen der Städte belegen sind. Bei uns in Braunschweig liegen gegenwärtig die Verhältnisse so mißlich, daß man sich wohl hüten würde, z. B. einen großen Kongreß nach Braunschweig einzuladen, denn man kann nicht wissen, ob demnächst auch genügende Lokalitäten vorhanden sein werden, die in der Lage sind, die Teilnehmer eines großen Kongresses würdig aufzunehmen. Wenn nicht Zeichen und Wunder ge-

sehen, dann wird es zutreffen, daß Braunschweig schon vom 1. Juli d. J. ab gewissermaßen kongreßfrei ist, und das schließt natürlich vielen Schaden und manche Nachteile für die Stadt in sich, was tief zu bedauern ist. Gewiß haben wir in Braunschweig auch noch verschiedene andere große Säle, allein diese werden demnächst sehr begehrt werden durch diejenigen Vereine und die zahlreichen Festlichkeiten, die bisher im Saalbau ihr Unterkommen gefunden hatten. Vielleicht ist der Stadtmagistrat so freundlich und erteilt nach dieser Richtung eine Auskunft.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ob es zweckmäßig ist, über derartige in der Verhandlung begriffene Sachen sich hier in aller Öffentlichkeit auszusprechen, scheint mir zweifelhaft, aber nachdem die Anfrage gestellt ist, werde ich sie selbstverständlich beantworten.

Dem Stadtmagistrat ist nicht bekannt, daß seit 9 Monaten feststeht, daß Brünings Saalbau in ein Kinotheater umgewandelt wird. Dem Magistrat ist im Gegenteil vor nicht allzulanger Zeit von der Herzoglichen Polizeidirektion die Eröffnung gemacht, daß die Entscheidung darüber noch ausstehe. Wir wissen heute noch nicht, ob die Genehmigung erteilt wird. Das Gesetz sagt über die Unterbringung von Kinotheatern: In Kinotheatern und in Räumen, die mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, ist die Verabreichung von geistigen Getränken verboten. Daraus folgt: Wenn die zuständige Behörde zu der Überzeugung kommt, daß der jetzige Saal von Brünings Saalbau mit Lokalitäten, in denen geistige Getränke geboten werden, in wirtschaftlichem Zusammenhang steht, so darf Brünings Saalbau zu diesen Aufführungen nicht benutzt werden. Unter diesen Umständen hielt sich der Magistrat, als ihm die Nachricht zuing, daß Brünings Saalbau zu einem Kinotheater umgebaut werden sollte, für verpflichtet, zunächst Erkundigungen darüber einzuziehen, ob ungeachtet dieser gesetzlichen Vorschrift auf Erteilung der Genehmigung zu rechnen sei. Ich glaube, meine Herren, wir hätten pflichtwidrig gehandelt, wenn wir ungeachtet dieser Vorschrift Ihnen eine Vorlage hätten zugehen lassen, sofort eine große Volkshalle zu bauen. Nun hat vor einiger Zeit der Direktor von Brünings Saalbau uns mitgeteilt, er hoffe, daß die Polizeidirektion auf Grund der baulichen Veränderungen, die vorgenommen werden sollten, die Genehmigung erteilen würde. Wir haben dann nochmals von der Herzoglichen Polizeidirektion Erkundigungen eingezogen, und es ist uns zurückgeschrieben, die Bauanträge wären überhaupt noch gar nicht genehmigt — ich höre, sie sind erst kürzlich im Stadtbauamt genehmigt worden. Gleichwohl hat der Stadtmagistrat schon vor längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet, um zu erfahren, wie event. dem Mangel an einem derartigen Saale abgeholfen werden könnte, und es sind auch seitens der städtischen Bauverwaltung verschiedene Projekte bereits ausgearbeitet.



über die Bedingungen, unter welchen wir in den Besitz eines solchen Saales kommen könnten, hier in der öffentlichen Versammlung Auskunft zu geben, halte ich für im höchsten Grade bedenklich. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man nicht an die große Öffentlichkeit gehen soll, wenn man ein Geschäft abschließen will, denn dadurch schadet man jedesmal seinen eigenen Interessen. Nach dem, was uns neuerdings angeboten ist, bin ich im höchsten Grade zweifelhaft, ob das erste Projekt, welches sonst annehmbar erscheint, zur Ausführung gelangen kann.

Daß wir selbstverständlich bemüht sind, „die Impulse der Zeit zu spüren“, davon können Sie überzeugt sein. Wir haben vor kurzem hier längere Verhandlungen gehabt wegen Herberufung eines großen Kongresses, der in zwei Jahren stattfinden soll, und an dem 1400 bis 1500 Personen teilnehmen werden. Wir mußten selbstverständlich darauf hinweisen, daß die Gefahr besteht, daß Brünings Saalbau dann nicht mehr zu haben wäre, worauf uns erwidert wurde, daß selbst dieser Saal für die Zahl der erwarteten Personen nicht ausreiche. Der Magistrat hat Gelegenheit genommen, andere Lokale besichtigen zu lassen, um festzustellen, ob man durch provisorische Anbauten größere Säle schaffen kann, denn wir wollten unserer Stadt einen derartigen Vorteil, den ein solcher Kongreß für die gesamte Einwohnerschaft mit sich bringt, nicht entgehen lassen. Wenn hier große Kongresse stattfinden, hat selbstverständlich die ganze Einwohnerschaft Vorteile davon, und der Magistrat wäre ja töricht, wenn er gegen eine solche Möglichkeit sich ablehnend oder gleichgültig verhielte; das liegt uns durchaus fern. Es kommt mir immer so vor, als ob Herr Lauer auf dem Standpunkt stände: In anderen Städten ist der Magistrat rühriger, und der hiesige Magistrat schläft. So klingt es bei seinen Ausführungen durch. Dazu muß ich sagen: Wir sind bemüht, das Unsrige zu tun; allerdings sind wir der Ansicht, daß unsere Finanzen nicht wie die Finanzen anderer Städte derartig glänzend sind, daß wir gleich eine Million für eine Volkshalle ausgeben können. Doch läßt sich darüber streiten, das gebe ich zu, und wir werden nicht zögern, sobald die Sache spruchreif ist, sie Ihnen zu unterbreiten. Einstweilen kann ich nichts weiter tun, als zu erklären: Wir sind bemüht, für Abhilfe zu sorgen. Ich bitte Sie, das Vertrauen zu uns zu haben, daß wir die Sache nicht aus dem Auge verlieren, sondern sie kräftig fördern werden. (Beifall.)

## 20. Anfrage Riete über magistratsseitige Maßnahmen wegen der „gemeingefährlich wirkenden Übergriffe der Polizei“ bei den Wahlrechtsdemonstrationen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 816.

Stadtv. Riete (zur Begründung): Die Anfrage richtet sich gegen derartige Zustände, wie sie wohl allen von Ihnen bekannt geworden sind, wohl nicht in der gefühlvollen Weise, wie manchem anderen, aber gehört werden Sie davon viel-

leicht haben von solchen Personen, die mit dem Gummiknüppel, der jetzt modernen Polizeiwaffe in Braunschweig, nähere Bekanntschaft gemacht haben.

Als die Braunschweiger Landboten wieder in Braunschweig zusammenkamen, da dachten auch wir wieder an unseren Kampf um das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht für den Landtag, welches wir nebst Mecklenburg und Montenegro entbehren, denn dort sind die Wahlverhältnisse keineswegs schlechter als bei uns, und in Anbetracht dessen fanden am 29. Januar Versammlungen der organisierten Arbeiterschaft Braunschweigs statt. Alle diejenigen, die als denkende Menschen sich fühlen und sich nicht als Heloten betrachten, sondern als gleichberechtigte Bürger, nahmen das Recht für sich in Anspruch, auf die Straße zu gehen und den Stadt- und Landboten — denn alle sind gleich schwerhörig, auch die hiesigen nicht ausgeschlossen — die gerechten Forderungen der Arbeiter in die Ohren zu schreien. Wir machen einen Rechtsanspruch darauf, auf die Straße gehen zu dürfen, denn auf andere Weise sind den Gesetzmachern unsere Wünsche nicht zu Gehör zu bringen. Ich stehe nicht an, zu sagen: Ich bin jedesmal dabei gewesen, auch diesmal. Dem neuen Herzog haben wir kein Hoch gebracht, sondern dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Wenn die übrige Bürgerschaft sich nur versammelt, um zu gaffen und die Menge zu vermehren, während der Kampf um das Wahlrecht nur der Arbeiterschaft vorbehalten bleibt, wenn die bürgerliche Presse auf der ganzen Linie versagt und die Arbeiterschaft im Gegenteil vielfach nur mit Schmutz bewirft, dann ist es leicht erklärlich, daß das arbeitende Volk zu diesen Mitteln greifen muß. Wenn dann aber das Mittel in Anwendung gebracht wird, daß einfach die Straßen, wenn die Arbeiter von ihren Versammlungslokalen kommen und ruhig nach Hause gehen wollen, gesperrt werden, dann ist das nicht zu verstehen. Die Arbeiter verstehen die Disziplin besser zu wahren als manche anderen Gesellschaftskreise. Was ist das für ein Unsinn, wenn die Straßen abgesperrt sind aus reiner Angst, die Arbeiter, die auf dem Wege ruhig nach Hause gehen, könnten auf den Schloßhof gehen! Die Arbeiter haben ebensoviel Recht, den Schloßhof zu betreten wie andere aus der Bürgerschaft, und damit wäre auch nichts passiert. Wenn 10 000 oder 12 000 Arbeiter in der Versammlung gewesen sind und sind auf dem Nachhausewege, dann mache ich jede Wette, daß sie sich darnach richten würden, wenn wir sie auffordern, nach Hause zu gehen; so viel Disziplin sitzt darin! Wir haben bewiesen, daß wir imstande sind, das besser zu tun als die Polizei. Wenn man aber sehen muß, wie die Polizei das Trottoir als Reitbahn benutzt und die Leute umrennt, die an den Briefkasten gehen, um einen Brief hineinzustecken, dann ist das wohl die Höhe. Nicht als Menschen haben sich die Polizeibeamten benommen, sondern als Bestien oder Verbrecher oder Mörder, die losgelassen sind. Wehe

dem Staat, der zu solchen Mitteln greifen muß, der durch den Gummiknüppel und den Revolver geschützt werden muß, denn die Geschichte hat gelehrt, daß diese Mittel wohl einmal versagen, dann aber auf ewig versagen und das Gegenteil herauskommt von dem, was damit gewollt wird. Wir gehen nicht auf die Straße, um Rabau zu machen, sondern um das allgemeine gleiche Wahlrecht, unser gutes Recht zu verlangen. Wir wollen uns nicht als Heloten und Ausgebeutete betrachtet wissen, sondern als den anderen gleichwertige Menschen, die ihre Pflicht tun. Wenn auch die Polizei hier über dem Magistrat steht, weil sie herzoglich ist, so hat die Stadtbehörde doch ein Interesse daran, was auf ihrer Straßen vorgeht. Man hat ja seinerzeit die Mauer weggerissen zwischen dem Polizeigrundstück und dem Wagnerschen Grundstück, damit die Polizei nach dem Bohlwege durchkommen konnte, und nachher hat die Regierung das Wagnersche Haus angekauft, hat Pferde angeschafft und die berittene Schutzmanschafft eingerichtet — alles nur aus blasser Furcht, daß die Sozialdemokratie auf die Straße geht. Wem tun wir etwas? Wir gehen allen Ernstes als pflichtbewusste Männer auf unser Ziel, um unser gutes Recht zu schaffen. Schaffen Sie die Polizei mit den Gummiknüppeln und den Revolvern fort, und Sie sollen sehen, dann ist der Verkehr frei, und keine Störung wird stattfinden.

Ich möchte den Magistrat ersuchen, in der Weise vorstellig zu werden, daß die Arbeiter in Ruhe und Würde ihre Angelegenheiten regeln können und nicht in dieser ekelhaften Weise bearbeitet werden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Der Stadtmagistrat hat zu wiederholten Malen mit Ihnen über die Frage verhandelt, wie weit er Befugnis und Veranlassung hat, einzugreifen gegenüber den Maßnahmen der Polizeidirektion. Es ist den geehrten Herren genau bekannt, wie nach den gesetzlichen Bestimmungen die Befugnisse zwischen uns und der Polizeidirektion geteilt sind. Die bedauerlichen Vorkommnisse, die von dem Herrn Vorredner erwähnt sind, haben dem Stadtmagistrat keine Veranlassung gegeben, sich seinerseits deswegen mit der Herzoglichen Polizeidirektion in Verbindung zu setzen. Wir haben nicht den Eindruck gewonnen, daß seitens der Polizeidirektion die Befugnisse überschritten sind, die ihr zustehen. Sollte bei den von den Maßregeln Betroffenen die Meinung vorhanden sein, daß ihnen unrecht geschehen sei, so steht ihnen selbstverständlich das Beschwerderecht zu, aber es kann nicht die Rede davon sein, daß der Stadtmagistrat, dem eine nähere Prüfung nicht zusteht, hier eingreift; das muß durchaus den Beteiligten überlassen bleiben. Ich kann nur erwidern, daß der Stadtmagistrat bisher nicht derartige Schritte getan hat. Ich darf wohl auch im Sinne eines großen Teiles der geehrten Herren sprechen, wenn ich der Hoffnung

Ausdruck gebe, daß die Polizeidirektion in Zukunft nicht genötigt sein wird, in ähnlicher Weise vorzugehen, wie sie es in der vorigen Zeit getan hat.

Stadtv. **Ohlendorf** beantragt Besprechung der Anfrage. Es melden sich 9 Stadtverordnete dafür.

Stadtv. **Brenner**: Ich finde es sehr eigentümlich, daß der Magistrat sich nicht herbeiläßt, die Bürger, die von der Polizei in unerhörter Weise mißhandelt worden sind, zu schützen. Allerdings, von unserem Magistrat in der lieben Stadt Braunschweig habe ich tatsächlich nichts anderes erwartet. Wir haben in den letzten Jahren wiederholt Gelegenheit gehabt, zu beobachten, in welcher Weise der Magistrat zweierlei Maß in der Behandlung der Bürgerschaft anwendet, wie er die Arbeiterschaft in verschiedener Beziehung zurücksetzt. Nun ist ja hier erfreulicherweise — und das ist wenigstens festzustellen — nicht gewagt worden, vom Magistratsstische aus zu behaupten, daß die Polizei in berechtigter Weise und gewissermaßen aus Not eingegriffen habe. Es ist Tatsache — wie schon Herr Rieke angeführt hat —, daß die Arbeiter in der größten Ruhe auf die Straße gegangen sind, daß keinerlei Ungehörigkeiten bei ihnen vorgekommen sind, und daß das, was die Polizei in ihrem Rundschreiben der bürgerlichen Presse bekanntgibt, daß mit vereinten Kräften Zusammenrottungen von Menschen stattgefunden hätten, nicht von der Arbeiterschaft aus geschehen ist, sondern daß lediglich die Polizei sich Gesetzesübertretungen hat zuschulden kommen lassen. Wenn der Magistrat sich nicht herbeiläßt, die Bürger gegen die Übergriffe einer Behörde zu schützen, so müssen es wenigstens die Vertreter der 3. Klasse als ihre Pflicht betrachten, dafür einzutreten, daß derartige skandalöse Vorgänge sich nicht wieder ereignen. Wir können versichern, daß die Arbeiterschaft es auf alle Fälle durchsetzen wird, daß derartige Übergriffe der Polizei nicht wieder vorkommen.

Wir mußten erleben, wie bei Herzogsempfangen und Hurrafesten die Straßen mit Massen gefüllt wurden, wie Zehntausende sich auf den Straßen bewegten, der Verkehr abgesperrt wurde, daß die Gefahr für Ordnung und Verkehr größer war, als wenn die Arbeiter auf die Straße gehen. Da ist alles gestattet, da macht die Polizei freundlichst Platz, da sieht man betrunkene Leute vom Kriegervereinsfeste in der Nacht in den Straßen trafeelen. Das kommt bei uns nicht vor. In größter Ruhe und Ordnung vollzieht sich der Durchmarsch der Arbeiter durch die Straßen. Wenn dann derartige Überfälle stattfinden, wie vor dem Rathaus, wo ohne gehörige Aufforderung mit dem Gummiknüppel dazwischengehauen wurde auf Männer, Frauen und Kinder, daß dann eine gewaltige Erbitterung Platz greift, das muß jeder Mensch, der Ehrgefühl hat, begreifen. Die Ar-

beiter haben die richtige Antwort gegeben, sie sind am Sonntag darauf in noch viel gewaltigeren Massen auf die Straße gegangen. Wer hat da wieder grundlos angegriffen? Wieder war es die Polizei, die mit blankem Säbel auf dem Hagenmarke vorging gegen Leute, die weiter nichts taten als ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht ausbrachten. Diese Dinge läßt sich die Arbeiterschaft auf keinen Fall mehr gefallen. Es ist unser gutes Recht, auf die Straße zu gehen. So gut wir das Recht haben, die Luft einzuatmen, so gut muß die große Masse das Recht haben, auf die Straße zu gehen, die ihr genau so gehört wie dem Bürgertum. Das ist gewissermaßen ein Naturrecht; das können Sie uns ebenso wenig verbieten, wie der Oker, den Berg herunterzufließen oder dem Winde, zu wehen. Darauf können Sie sich gefaßt machen, daß die Arbeiterschaft sich das Recht wahrt, auch wenn Sie noch so viele Nachtwächter und Berittene anschaffen. Und wenn Sie Maschinengewehre aufstellen, Sie werden es nicht erreichen, die Arbeiter von der Straße herunterzubringen. Wenn Sie auch lachen! Man hat es schon verschiedentlich versucht, aber es geht auf die Dauer nicht, daß die große Masse sich das gefallen läßt. Die große Masse, die Arbeiterschaft, die so zahlreich ist, betrachtet sich als ebenso wertvollen Teil der menschlichen Gesellschaft wie die 1. und 2. Klasse und beansprucht dasselbe Recht wie die übrigen Gesellschaftsklassen und Korporationen. Mit aller Entschiedenheit möchte ich hier aussprechen, daß wir unser Recht auf die Straße behaupten werden.

Wir werden einfach in der unerhörtesten Weise ungesetzlich behandelt. Wir haben das Reichsvereinsgesetz. In Braunschweig wird uns auf Grund dieses Gesetzes jeder Umzug bei der Gewerkschaftsfeier oder der Maifeier verboten, auf Grund desselben Gesetzes ist es den Arbeitern in Süddeutschland, Sachsen, Hildesheim gestattet, bei allen diesen Festen auf die Straße zu gehen und mit Musik und Fahnen Umzüge zu halten. Wenn sich die Herren hier auf Recht und Gesetz berufen, so können sie das nicht. Die Behörde hat kein Recht, sie hat nicht einmal das geschriebene Recht hinter sich. Es ist eine falsche Auslegung der Gesetze, die angewandt wird, um den Arbeitern ihr natürliches Recht, sich als freie Bürger und freie Menschen zu bewegen, zu nehmen. Wir werden aber dieses Recht uns auf alle Fälle erobern. Wenn der Magistrat in dieser Hinsicht seine Pflicht vernachlässigt, so werden wir trotzdem alles daransetzen, um unser Recht zu erreichen. Die Arbeiterschaft wird schon die richtige Antwort auf eine derartige Behandlung geben. Sie dürfen überzeugt sein, daß es die Arbeiterschaft im Laufe der Zeit fertigbringen wird, der Polizei die richtigen Umgangsformen mit dem Publikum beizubringen und auch den Behörden die richtige Anwendung der Gesetze, wie sie erforderlich ist.

**Vorsitzender:** Der Herr Redner hat in bezug auf eine Maßregel der Polizeidirektion den Ausdruck skandalös gebraucht. Ich weise diesen Ausdruck als parlamentarisch unzulässig und unzutreffend zurück.

**Oberbürgermeister Kettemeyer:** Der Herr Vorredner steht auf dem Standpunkte, daß der Magistrat seine Pflicht verletzt hat. Worin sollte denn die Pflichterfüllung des Magistrats bestehen? Offiziell ist uns von dieser Sache nichts bekannt geworden. Abgesehen davon, was wir in der Presse gelesen haben oder zufällig davon gesehen haben, ist uns nichts bekannt geworden. (Zuruf.) Sogar, ich bin zufällig Zeuge gewesen, daß Arbeiter am Rathhaus vorbeizogen und ein Hoch ausbrachten. Daß das Hoch nicht mir galt, habe ich allerdings angenommen. (Heiterkeit.) Wie denken Sie sich denn das Eingreifen des Magistrates? Sollen wir an die Polizeidirektion schreiben: „Bitte, laßt alle Arbeiter ihre Aufzüge in der Stadt frei veranstalten!“ Was für eine Antwort wir darauf erhalten würden, wissen wir ganz genau. Mit demselben Recht, mit dem wir uns ganz entschieden verbitten würden, daß Herzogliche Polizeidirektion oder eine sonstige staatliche Behörde (soweit sie nicht durch Gesetz dazu berufen ist) sich in unsere Geschäfte einmischen, mit demselben Recht würde die Polizeidirektion sagen können: „Ich bitte, verehrlicher Magistrat, bleibe davon, das ist meine Sache!“ Wir haben nun einmal die Einrichtung, daß die Polizeidirektion die Ortspolizei in Braunschweig zu handhaben hat. Wie kommen die Herren dazu, uns mobil machen zu wollen? Wir sollen gewissermaßen als Prügelknabe zwischen den Arbeitermassen auf der Straße und den Polizeibeamten stehen.

Noch eins! Herr Brenner sagt: Wir werden weiter dieses Recht auf die Straße in Anspruch nehmen. Im Magistrat sind auch einige Juristen; die sind der Ansicht, daß ein solches Recht nicht besteht, und die Polizeidirektion ist auch der Meinung. Doch darüber können wir hier nicht entscheiden, was Rechtsens ist. — Ich bin Mitglied des Landtages und bin dort sehr dafür eingetreten, den Arbeitern auch eine Teilnahme an den Landtagsverhandlungen zu ermöglichen. Daß es uns bislang nicht gelungen ist, bedaure ich lebhaft, weil ich auf dem Standpunkte stehe: Man soll und kann den Arbeitern dieses Recht nicht dauernd vorenthalten. (Sehr richtig!) Wenn aber irgend etwas geeignet ist, die Herren im Landtage gegen eine Änderung in dieser Richtung einzunehmen, dann sind es derartige Aufzüge, und wenn der Herr Vorredner gesagt hat: „Wir werden dafür sorgen, daß die Polizei in Zukunft von diesen Machtmitteln nicht wieder Gebrauch machen wird,“ dann begrüße ich das mit Freude, denn ich darf wohl annehmen, daß Sie diese unnützen Demonstrationen unterlassen, wenigstens nicht befördern wollen. Wir alle haben die feste Überzeugung, daß etwas in

bezug auf das Wahlrecht geschehen muß. Wodurch die Sache im Ministerium aufgehalten ist, wissen Sie ganz genau. Darum sollten Sie uns nicht mobil machen wollen gegen die Polizei. (Beifall.)

Stadtv. **Niese:** Früher konnte man anders! Ich weiß aus dem Jahre 1873, daß uns die Polizei nichts in den Weg gelegt hat, als wir mit zehn fliegenden Fahnen von Schellbach nach dem Lechlumer Holze zogen. Auf dem großen Weghause kamen uns die Wolfenbütteler mit 7 Fahnen entgegen und schlossen sich uns an. Wir sind auch so wieder mit zwei Musikcorps hereingezogen, und niemand ist ein Finger geklemmt oder sonst ein Leid geschehen. Warum ging das damals? Nur die Maßnahmen der Polizei vermögen es, aus dem Umzuge etwas Schlimmes zu machen. Wenn wir hätten boshaft sein wollen, und wenn wir aus Kradauflust auf die Straße gingen — Sie mögen über mich urteilen wie Sie wollen, aber für so dumm halten Sie mich doch nicht, daß ich das mitmachte, und ich bin auch zu alt dazu —, dann hätten wir nur am Messmontag auf die Straße zu gehen brauchen. Da war die ganze Landbevölkerung hier, da konnten wir die Probe aufs Exempel machen, in 6 Lokalen Versammlungen abhalten und dann nach dem Hagenmarkt ziehen. Dann hätten Sie der Bevölkerung vom Lande eingepaukt, was Braunschweiger Polizei und Gummi-knäppel heißt. (Zuruf: Zur Hebung des Fremdenverkehrs!) Aber auf solche Dinge gehen wir nicht aus.

Der Herr Oberbürgermeister meint, wir schaden mit den Auszügen unseren Absichten, wir müßten anders vorgehen. Das ist aber alles erledigt. Wieviel Petitionen haben wir den Landtagsboten auf den Tisch des Hauses niedergelegt! Wir haben alles versucht und in der ersten Zeit nicht einmal eine Antwort bekommen. Erst als wir grob wurden, konnte der Landsyndikus uns eine Antwort persönlich zukommen lassen. Dann fand auch im Landtage eine Verhandlung über das Wahlrecht statt. Es waren zwei Stadtverordnete, die dafür eintraten, daß auch die Arbeiter Anteil an der Gesetzgebung haben müßten. Das war Herr Hauswaldt, der die Zustände für unendlich erklärte und dafür eintrat, daß sie geändert werden müßten, und dann Dr. Blasius, der erklärte: „Nun, warum sollen nicht auch ein paar Sozialdemokraten hier sitzen? Wir arbeiten mit den Leuten in der Stadtverordnetenversammlung sehr gerne und erfolgreich.“ Sind denn die Verhältnisse anders geworden? Die Arbeiterschaft darf mit Recht solch ein Maß von Intelligenz in Anspruch nehmen, daß sie nicht zurückzustehen braucht gegen die übrigen Bürger, wenn sie auch oben an der Spitze stehen. Wenn wir alle anderen Mittel versucht haben und sie versagen, dann müssen wir von diesem Recht Gebrauch machen und auf die Straße gehen, bis wir unser Recht erreicht

haben. Ich bin ziemlich alt, werde aber in der Beziehung nicht erlahmen, sondern immer wieder mein Teil beitragen, weil auf anderem Wege nichts geschehen wird. Von oben kommt Regen, Schnee und alles mögliche, aber für die große Masse des Volkes Rechte von oben zu erhalten, das weist die ganze Weltgeschichte nicht auf. Von unten herauf, durch Zusammenstehen der Massen, durch herzhafte Kämpfe ist man zu besseren Zuständen gekommen. Wenn Sie das nicht haben wollen, so ist das Ihre Sache; wenn sie Wind säen, werden sie Sturm ernten — dafür können wir nicht. Wir gehen von dem Grundsatz aus, daß wir uns in gutem Recht befinden, wenn die Arbeiterschaft, die beim Reichstagswahlrecht durch ihre Stimmabgabe dokumentiert hat, wie stark sie ist, und wie sie eines Sinnes ist, das Landtagswahlrecht verlangt, und daß es ein frivoles, frevelhaftes Spiel ist, dieser Masse von intelligenten Arbeitern das Wahlrecht vorenthalten zu wollen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Herr Oberbürgermeister hat die Untätigkeit des Magistrats in dreifacher Weise zu verteidigen gesucht. Ich glaube, trotz dieser dreifachen Verteidigung dürfte die Stellung des Magistrats nicht die richtige sein.

Die erste Verteidigung: „Uns ist nichts bekannt“, ist so hinfällig, daß ich wirklich nicht ernstlich vom Herrn Oberbürgermeister und von den anderen Magistratsmitgliedern annehmen kann, daß sie sich auf den papiernen Standpunkt: „Was nicht in den Akten steht, ist für uns nicht vorhanden“ zurückziehen wollen. Auf den Ruf meiner Freunde hat der Herr Oberbürgermeister schon zugeben müssen, mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört und durch einen Teil seiner Familienmitglieder gefühlt zu haben, wie die Sache auf der Straße zugegangen ist — wenigstens sind die Gerüchte darüber nicht dementiert worden. (Oberbürgermeister Ketemeyer: Und sie sind doch falsch!) Es sind doch diese Verhältnisse so einschneidend, daß der Magistrat sich kaum auf diesen papiernen, knöchernen Standpunkt zurückziehen kann, und so versucht der Herr Oberbürgermeister eine zweite Verteidigung, die erste als unzureichend beiseite schiebend, indem er sagt: „Was sollen wir, was können wir tun? Die Polizei ist herzoglich, und wenn wir dahinschreiben würden, dann würden wir eine Antwort bekommen, die uns nicht behagt.“ Ich glaube, das ist ein sehr bequemer und recht unzureichender Standpunkt, der nicht den Aufgaben und Pflichten des Magistrats der Bürgerschaft gegenüber entspricht. Es ist bedauerlich, daß die Polizei in der Stadt herzoglich ist. Wir haben bereits wiederholt diesem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Stadtverwaltung nicht Herr in den Straßen ihrer eigenen Stadt ist, und daß wir hier fremdes Geschick walten lassen müssen, so, wie wir es nicht wollen. Aber der Magistrat weiß doch sonst manchmal mit der Polizei ein Einverständnis herbeizuführen, weiß auch über die Köpfe der Polizei hinweg eine



höhere Stelle in der gegenwärtigen Staatsverfassung zu finden, daß, wenn der Magistrat wollte, er auch könnte. Er will aber nicht, das ist des Pudels Kern. Nicht, weil er vielleicht eine ablehnende Antwort bekommen könnte, sondern weil er nach seiner Meinung überhaupt keinen Anlaß hat, einzuschreiten. Es sind ja nur Arbeiter, die gehauen sind, es ist nicht des Herrn Oberbürgermeisters Tochter, die gehauen ist. (Glocke des Vorsitzenden.) Wenn das geschehen wäre . . . . .

**Vorsitzender:** Ich bitte auf das Glockenzeichen zu achten! Ich möchte bitten, von persönlichen Beziehungen vollständig abzugehen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Die Arbeiterschaft soll vogelfrei sein, da hat der Magistrat kein Interesse. Es hat aber der Magistrat auch der Arbeiterschaft gegenüber die Pflicht und Schuldigkeit, für die Unversehrtheit dieser Klasse einzutreten, wenn sie auf gesetzlichen Bahnen wandelt, wie geschehen ist, und wenn sie von Herzoglicher Polizeidirektion gesetzwidrigerweise angegriffen wird. Das scheint der Magistrat zu verkennen, daß er nicht nur dazu berechtigt, sondern verpflichtet ist. Die Arbeiterschaft ist gesetzlich vorgegangen, sie ist auf die Straße gegangen genau in derselben Weise, wie es in tausend anderen Städten geschieht, und wie es hier geschehen ist bei sonstigen Anlässen, die uns, meinen Freunden, nicht gerade genehm sind. Die Arbeiterschaft ist von den Versammlungen aus in die Stadt gegangen, ihr ist einfach der Weg verlegt worden, und dann ist dreingeschlagen worden auf dem Hagenmarkte, ohne daß irgendeine Möglichkeit war, von hier fortzugehen, ohne daß irgend etwas Ungeheuerliches bestanden hätte. Die Polizei ist auf die Fußwege geritten, die hier bisher den Pferden noch nicht ohne weiteres preisgegeben sind. Sie hat Unbeteiligte blindlings geschlagen, wie von verschiedenen Zeugen berichtet ist, und wie ich zum Teil auch gesehen habe. Die Polizei hat es gemacht wie der Herr Forstner und hat auf fliehende Menschen losgeschlagen. An den städtischen Nachtwächtern wenigstens sollte der Herr Oberbürgermeister ein Interesse haben, daß sie auf gesetzlichen Pfaden wandeln. Aber auch da hat der Magistrat keinen Anlaß, irgendwie einzuschreiten. Ich kann mir das nicht anders erklären, als aus dem Unmut heraus, daß es sich nicht um die Freie handelte, die dem Magistrat der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung nach entsprechend näher stehen. Der Magistrat hat die Möglichkeit, soweit die Nachtwächter in Frage kommen, ein derartiges Vorgehen zurückzuweisen, er hat die Möglichkeit, sich im Interesse der Bürgerschaft an die Polizei zu wenden, er hat die Möglichkeit, sich an das Ministerium zu wenden, sich auch an den Herzog zu wenden. Der Herr Oberbürgermeister ist persönlich bei den letzten Stellen so gut angeschrieben, daß er, wenn er will, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen kann. Der Magistrat will aber

nicht, und das muß unterstrichen werden, daß hier eine große Unterlassung vorliegt.

Auch die dritte Verteidigung scheint das in gewissem Umfange zuzugeben. Der Herr Oberbürgermeister — ich weiß nicht, ob auch der ganze Magistrat — kann diese Umzüge nicht billigen und sagt: „Wir sind sehr für Änderung des Wahlrechts. Ich als Landtagsabgeordneter bin dafür eingetreten, daß der Arbeiterschaft mehr Elbogenraum gegeben wird, aber durch die Umzüge gefährden sie doch nur diese Angelegenheit.“ Was bleibt denn noch übrig, Herr Oberbürgermeister? Freund Rieke hat schon gesagt, was alles von der Arbeiterschaft unternommen ist, wie lange Jahre darauf gepocht wird, und es geschieht nichts, und selbst das Recht der Bewegungsfreiheit wird uns genommen. Es ist leicht gesagt von denjenigen, die im Regiment sitzen: „Seid geduldig! Wartet man, wir haben jetzt noch keine Zeit dazu! Wir haben wichtigere Dinge zu tun, Flühe zu knicken oder derartiges, aber unser Wahlrecht können wir noch nicht ändern.“ Und dann kommt die Thronrede, und es steht kein Deut davon darin, daß man das Wahlrecht bessern will, auch keine Entschuldigung, daß man nicht daran gedacht hat und keine Zeit dazu gefunden hat. Das Finanzwesen muß geändert werden, das Behördenwesen muß geändert werden, das ist die wichtigste Aufgabe, aber beileibe nicht das Wahlrecht, das die Klasse der Arbeiterschaft so dringend notwendig hat. Das ist eigentlich der tiefste Grund der Untätigkeit des Magistrats: Ihm sind selber diese Umzüge und Rufe nach dem freien Wahlrecht ein Dorn im Auge, ein Stein des Anstoßes. Es paßt ihm nicht, es geht nicht so gemächlich zu wie auf dem glatten Parkett. Aus dieser Empfindung heraus, weil es sich um Arbeiter, nicht um Bürger in besitzender Lebensstellung handelt, ist der Magistrat untätig gewesen, und das verdient unseren Tadel.

**Vorsitzender:** Die Redezeit von 10 Minuten ist überschritten. Ich bitte den Redner, sich kurz zu fassen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Noch eins möchte ich hervorheben: Es ist bezeichnend bei dieser Angelegenheit, daß ein gut Teil der bürgerlichen Mehrheit kein Interesse daran zeigt. Herr Henking, der eben die Nase in den Saal hineinsteckt, ob dieses unleidliche Thema noch nicht erschöpft ist, Herr Frühling, ihre Stühle glänzen durch Leere. Es sind doch verschiedene bürgerliche Parteien hier vertreten, sogar auch solche, die in jener bürgerlichen Versammlung neulich vertreten waren. Die Parteifreunde von Herrn Munte, darunter auch Rechtsanwalt Bracke und Pastor Beck, haben erklärt: Auch wir sind der Meinung, daß hier brennendes Unrecht von seiten der Polizei geschehen ist. Herrn Kollegen Munte scheint es recht zu sein, wenn in dieser Weise von den städtischen Nachtwächtern

vorgegangen wird. Auch das darf unterstrichen werden. Die Arbeiterschaft wird sich aber darum an dem rechten Wege nicht irre machen lassen.

**Stadtv. Voelschigt:** Herr Dr. Jasper ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß nur von Ihrer Seite her zu der Angelegenheit das Wort genommen würde. Aber in dem Tone, wie Herr Dr. Jasper gesprochen hat, kann ich nicht sprechen und werde ich nicht sprechen. Ich hätte von einem Herrn, der das Recht vertritt und der Rechtsgelehrter ist, erwartet, daß er sich auf den Standpunkt gestellt hätte, der wirklich Rechtens ist. Wenn Herr Dr. Jasper die Rechte eines anderen vertreten will, so bin ich der Überzeugung, daß er sich dann auch auf den Standpunkt stellt, zu vertreten, was gesetzlich ist.

Ich bin leider in jenen Tagen verreist gewesen und habe nur gehört, was hier vorgegangen ist, kann also aus eigener Überzeugung nichts wissen, sondern nur von Hörensagen und aus der Zeitung. Ich, der ich seit 22 Jahren im öffentlichen Leben mit Ihnen verhandelt habe, glaube den Beweis erbracht zu haben, daß ich für das Recht der Arbeiter eingetreten bin, wenn sie auf gesetzlichem Boden bleiben, und auch ich habe schon vor langer Zeit gesagt: Das Wahlrecht muß geändert werden. Ich stehe auf dem Standpunkte: Ob einer Arbeiter ist oder welcher Klasse er auch angehören mag, jeder, der heute im öffentlichen Leben steht, seine Steuern bezahlt und sonst unbescholten ist, hat ein Recht darauf, an der Gesetzgebung mitzuarbeiten. Aber wenn ich solches scharf vertreten habe, genau wie Herr Riefe, so doch mit dem Unterschiede, daß das doch wohl das letzte Mittel sein kann. War es nötig, daß solche Zustände hervorgerufen wurden, wie sie jetzt gewesen sind? (Zuruf: Wer hat denn das verschuldet?) Es war nicht nötig! Ich kann ja nicht untersuchen, ob die Arbeiterschaft oder die Polizei unrecht hat, aber der Idee, die Herr Brenner vertreten hat, kann ich nicht folgen. Das können Sie nicht verlangen, wenn uns von rechtskundiger Seite gesagt wird, das Recht auf die Straße läßt sich nicht erstreiten. Wir können nicht gegen das Gesetz. Ich wollte einmal sehen, ob das nicht hilft, wenn wir permanent mit Resolutionen kommen, und das ist doch jedes Menschen Recht. Er hat das Recht, seine Interessen zu vertreten, und wenn es bis an die höchste Stelle ist. Aber gesetzlich müssen wir bleiben, und ich bedauere, daß diese Agitation auf die Straße getragen wird.

Aus den Reden von drüben habe ich vernommen, wie Herr Riefe sagte, es wäre nicht anders möglich, etwas zu erreichen. Das bedauere ich tief, daß das gesagt wird. Jeder von uns wird Sie unterstützen betreffs des Wahlrechts, zugunsten der Arbeiterschaft bin ich immer eingetreten. Wie das Wahlrecht ausfallen wird, das können wir uns wohl selbst sagen. Bei der Zusammenkunft des Landtages werden Sie kein Wahlrecht bekommen, wie wir es für den Reichstag haben. Aber wir haben gegenüber dem früheren Wahlrecht schon ein besseres be-

kommen, insofern daß wir jetzt wählen können, früher nicht, da mußten sich die Wahlmänner hinstellen und öffentlich sagen, für wen sie stimmten.

Lassen Sie uns doch zusammenarbeiten und immer wieder in dieselbe Kerbe hauen, dann bin ich fest überzeugt, daß es anders wird. Haben Sie Vertrauen zu der jetzigen Regierung, wo wir jetzt wieder einen Herzog haben, der hierher gehört, und der als junger Mann auch aus neuer Zeit ist und sagen wird: Wir leben in einer Zeit, wo jeder mitarbeiten kann. Aber ich warne Sie davor, das mitzumachen, was die Herren Riefe, Brenner und Jasper wollen. Ich habe vorgestern auf dem Lande, in Hessen, gehört, daß zufällig Leute von dort an jenen Tagen hier gewesen sind und unverschuldete in den Krawall hineingekommen sind und Prügel bekommen haben. „Wehe, wenn sie losgelassen!“ das wissen Sie genau! Herr Riefe sagt, er sei überzeugt, daß die Leute ruhig nach Hause gingen, wenn Sie es ihnen sagten. (Zuruf: Das wollten sie auch!) Aber der Arbeiter ist es nicht, der Radan auf der Straße macht; es ist der Mob. Das ist mir von vielen Seiten gesagt, und dann muß ich die Polizei in Schutz nehmen. Sind Übergriffe vorgekommen, dann beschwere ich mich (Unruhe), es gibt noch Richter. Es muß doch wohl ein Anreiz von einer Seite gekommen sein, wenn die Polizei sich hat Übererschreitungen zuschulden kommen lassen. Auch wenn Herr Riefe sagt: Die Arbeiter gehen ruhig nach Hause, wenn wir es sagen — kommt bei irgendeiner Gelegenheit eine Anreizung, dann haben Sie die Masse nicht mehr in der Hand, und wer will dann sagen, ob sie zu Recht oder Unrecht behandelt wird?

Ich möchte feststellen, daß von bürgerlicher Seite wohl Sympathien für die Bestrebungen der Arbeiter vorhanden sind. Auch ich bin einer derjenigen gewesen, der sie gern unterstützt hat und halte es auch für recht, daß das Wahlrecht geändert wird, und daß jedes gesetzliche Mittel ergriffen werden muß, um eine Änderung herbeizuführen.

Stadt v. **Hmann:** Herr Loeschigt hat den Ton und die Art der Rede unseres Kollegen Dr. Jasper bemängelt und sagt in seinen Ausführungen, wir sollten bei der Forderung des allgemeinen Wahlrechts bei den gesetzlichen Mitteln bleiben. Ich möchte doch einmal hören, ob Herr Loeschigt der Meinung ist, daß es ungesetzlich ist, wenn die Bürger oder Einwohner auf die Straße gehen. Dann ist es meines Dafürhaltens auch ungesetzlich, wenn Kriegervereine und Innungen auf die Straße gehen. Warum soll es nicht bei den Arbeitern nach dem gleichen Rechte gehen? Was dem einen gestattet ist, muß auch dem anderen gestattet werden. Das ist das Unrecht, was an der Arbeiterschaft begangen wird, und das ist es, warum wir sagen: Man stellt uns außerhalb des Gesetzes. Uns vorzuwerfen, daß wir ungesetzlich handeln, daß wir auf die Straße gingen und es den Leuten in die Ohren prahlten, daß wir das gleiche Wahlrecht verlangen, das weise ich entschieden zurück.

Herr Loeßhigt sagt weiter, der Mob mache den Unfug, und den hätten wir nicht in der Hand. Das sind allerdings Ausreden, die jeder gebrauchen kann. Es wird gesagt, die Polizei wäre nicht ungezügelt vorgegangen. Wenn solche Ungezügeltigkeiten von den Arbeitern begangen würden, müßte die Polizei einschreiten, und Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, ihm sei nicht bekannt geworden, daß die Polizei ungezügelt vorgegangen ist. Ich weise darauf hin, was schon andererseits gesagt ist. Am Donnerstagnachmittag hat die Polizei, wie mir von Augen- und Ohrenzeugen gesagt wurde, in der Friedrich-Wilhelmstraße an der Ecke des Rattreppele Deute, die mit der Reijetajche vom Bahnhof kamen, verprügelt, ja, sie ist mit Pferden darauf losgeritten. Wer das als recht- und gesetzmäßiges Vorgehen betrachten will, der muß glauben, daß die Arbeiter das Recht der vierten und fünften Klasse erst zu beanspruchen hätten. — Die Sachkenntnis, mit der man unsere Bestrebungen beurteilt, geht daraus hervor, daß Herr Loeßhigt sagt: Jetzt können wir selbst wählen. Von seiner Nachbarschaft wurde er scheinbar schon auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht. Wir müssen doch heute immer noch unsere Wahlmänner wählen. Damit hat sich Herr Loeßhigt riesig verhalten.

Wenn wir für Menschenrecht kämpfen und für die Arbeiterchaft, wie alle übrigen Klassen es auch für sich tun, daß man dann uns Ungezügeltigkeit vorwirft, das muß ich entschieden zurückweisen. Herr Jasper hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Thronrede kein Wort für diese Frage übrig hatte. Der Herr Oberbürgermeister schildert, daß die Frage seit langem schwebt und lange darüber beraten wäre. Herausgekommen ist dabei nichts, dann muß das Volk daran verzweifeln, daß dort in den oberen Schichten der Bevölkerung etwas gechehen sollte, um ein Wahlrecht zu erlangen, welches den Arbeitern daselbe Recht gibt wie den übrigen Klassen. — Wie die übrigen Herren denken, das konnte man an dem Gelächter der Kollegen sehen, die an der Kaffeetischrunde gewählt werden können, die Vertreter der ersten Klasse, wie höhnisch sie denken, wenn die Arbeiter ihr Recht in Anspruch nehmen. Auch an den höhnischen Zwischencuifen sieht man, wie die Herren hier die Arbeiter einschätzen. Wenn es aber zur Steuerzahlung geht, dann denkt man anders.

Ich muß noch erklären, daß mir von verschiedenen Seiten, die unbeteiligt sind, gesagt wurde, so roh, wie hier die Polizei vorgegangen wäre, wäre es nirgend vorgekommen (Unruhe); so etwas hätte man noch in keiner Stadt erlebt, hat mir eine Dame gesagt. Man hat nicht nur die Demonstranten herausgesucht, sondern auch ganz Unbeteiligte. Wir haben einen Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, der die Fremden nach hier ziehen will, und kein Mensch kann sicher auf der Straße gehen, wenn es der Polizei einfällt, zu glauben, daß ein halbes Duzend Menschen eine Demonstration beabsichtigen. Die Entrüstung

darüber lodert auf in heißen Flammen bei allen rechtlich denkenden Menschen, und wer darüber lachen kann, der hat kein Gefühl für Recht. (Beifall.)

**Stadtv. Ohlendorf:** Der Herr Oberbürgermeister meinte, wir beabsichtigten den Magistrat vor unseren Wagen zu spannen. Das ist eine durchaus falsche Meinung des Herrn Oberbürgermeisters; es ist nicht unsere Absicht, daß der Magistrat uns bei unseren Demonstrationen behilflich sein soll. Wir wollen mit der Interpellation nur kundgeben, daß der Magistrat die Pflicht hat, die Bürger zu schützen, die nach der Demonstration durch das Vorgehen der Polizei neugierig auf der Straße festgehalten und noch verhauen sind. Ich habe mich gefreut, wie ich beobachten konnte, daß der Herr Oberbürgermeister Zeuge eines solchen Austritts war, der den Anfang dieser Kloppelei ausmachte. Der Herr Oberbürgermeister wird sich entsinnen: Wir hatten den Nachmittag eine Deputationsitzung, und kurz nachher fand dieser Austritt statt. Was beabsichtigte denn die sozialdemokratische Partei mit dieser Demonstration? In Ruhe der Allgemeinheit zu zeigen, wie groß die Masse derer ist, die das Bestreben nach dem allgemein und gleichen Wahlrecht kundtun wollen. Es sind Versammlungen abgehalten, und die Teilnehmer sind in Ruhe dort weggegangen. Wenn die Polizei zu Hause geblieben wäre, wären sie nach einem Hoch auf das allgemeine gleiche Wahlrecht nach fünf Minuten alle in ihrer Behausung gewesen. Deshalb das nicht gesehen ist, daran ist lediglich die Polizei und die Nachtwächter schuld. Wer es gesehen hat, wie die Polizei gewirtschaftet hat — und es freut mich, daß es auch der Herr Oberbürgermeister mit angesehen hat und deshalb sind wir mit zu der Interpellation gekommen —, dem müssen die Haare zu Berge stehen. Wenn Sie sehen, wie meine Freunde noch erregt sind, so werden Sie daraus schließen können, in welcher Weise die Arbeiter mißhandelt worden sind, die als anständige Menschen der Polizei gegenübergestanden haben. Ich habe gesehen, wie am Rathause die Verkehrsstraßen nicht nur von Demonstranten lebhaft in Anspruch genommen sind, sondern wie auch 50—60 Nachtwächter — der Herr Oberbürgermeister hat das ebenfalls gesehen — auf vielleicht hundert Menschen, die das Trottoir passierten, ohne auch nur einen Laut von sich zu geben, daß die Leute weitergehen sollten, mit dem Säbel und Gummiknüppel dreinhauten, auch auf Kinder und Frauen, und davon ist das Gespräch hergekommen, in dem gesagt wurde, auch Ihre Tochter, Herr Oberbürgermeister, hätte erbärmlicher Weise . . . . .

**Vorsitzender:** Ich bitte, das Persönliche aus der Debatte zu lassen.

**Stadtv. Ohlendorf (fortfahrend):** Wenn das nicht wahr ist, so ist es mit Freuden zu begrüßen. Es ist Tatsache, es ist auf Krüppel und Lahme, auf Kinder und Frauen losgeschlagen von Leuten, die nicht wußten, was sie taten und den

Revolver in der Hand hielten. Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, wenn man erregt darüber ist, daß stundenlang nach dieser Demonstration seitens der Polizei die Passanten auf Straßen, wo gar keine Demonstrationen gewesen sind, am Verkehr gehemmt wurden. Ich habe gesehen, daß der Damm an der Ede Münzstraße an beiden Seiten abgesperrt wurde. Sie wissen, daß dort ein starker Personenverkehr herrscht, aber niemand wurde durchgelassen, und doch waren es mehr bürgerliche als unsere Leute, denn dort demonstrierten wir nicht. Trotzdem wurde dort auf Wobesers Befehl abgesperrt, und eine halbe Stunde lang die Passanten aufgehalten. Mit einem Ruck spazierten 7 Pferde auf das Trottoir und niemand konnte weg, niemand wußte, was das bedeuten sollte. Herr Brenner und ich haben den Hauptmann auf das Ungerechte seiner Maßnahmen aufmerksam gemacht und gesagt: „Bitte, sehen Sie nicht ein, daß das geradezu verkehrt ist? Hier ist nichts los, und Sie sperren ab und lassen die Leute mit Pferden treten.“ „Beschweren Sie sich morgen“, war die Antwort. „Es ist besser, wenn jetzt Abhilfe geschaffen wird“, entgegneten wir. Darauf: „Wenn Sie nicht fortgehen, lasse ich Sie verhaften!“ Dasselbe Bild konnte man auf fünf, sechs anderen Straßen stundenlang nachher sehen, als an die richtige Demonstration nicht mehr gedacht wurde. Gerade deshalb, weil die Polizei in der Weise vorgeht, bekommen Sie von der Demonstration einen ganz anderen Eindruck. Es ist doch ein Unrecht, daß die große Menge von dieser unbilligen Behandlung betroffen wird. Ich glaube, wie schon gesagt ist, wenn der Herr Oberbürgermeister seinen Einfluß geltend machte, so wäre es vielleicht möglich, daß Herr Wobeser der Meinung würde, daß anders aufgetreten werden müsse.

Herr Loeschig hat gesagt, wir hätten die Masse nicht in der Gewalt. Ich glaube, es war am letzten Mittwoch eine genaue derartige Versammlung. Da haben wir der Polizei bewiesen, daß wir demonstrieren, wenn wir es wollen, und nicht, wenn die Polizei es glaubt. Die Polizei hatte dieselben Vorkehrungen getroffen. Wir haben der Polizei gezeigt: Wenn wir nicht demonstrieren wollen, so sind ihre Absperrungsmaßregeln nicht dazu imstande, die Leute festzuhalten. Wir haben die Leute nach Haus dirigiert, und sie sind ruhig nach Hause gegangen. Es ist eine sehr berechnete Bitte, daß von seiten des Magistrats nach dieser Richtung nicht für uns als Demonstranten, sondern für die Passanten etwas geschieht, damit sie von der Polizei nicht verflopt werden.

**Stadtv. Munte:** Sie haben nun wohl alles genügend ausgeführt, und wir wissen nun Bescheid! Ich habe persönlich zu diesen Ausführungen über die Straßendemonstrationen nichts hinzuzufügen. Ich habe sie nicht gesehen und hüte mich überhaupt, sie anzusehen. Ich glaube, der steht sich am besten, der möglichst weit davon weggeht. (Zurufe.) Lassen Sie mich doch ausreden, wir haben Sie doch auch reden lassen. Einige der Herren sind sogar so liebenswürdig gewesen und:

sind während der Zeit hinausgegangen, damit Sie in aller Ruhe sprechen können. (Heiterkeit.) Ich meine, Sie sollten sich doch über Ihr Vorhaben erst einmal klar werden. Ein Recht auf die Straße, wie Sie es zu haben glauben, soll nach Ansicht einiger Juristen nicht existieren. Die Ansichten darüber sind wohl geteilt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, kämpfen Sie das doch erst einmal rechtlich durch und lassen Sie es gerichtlich feststellen, ob es ein Recht auf die Straße gibt. Sie weisen auf die Kriegervereine hin und auf die Störungen des Verkehrs bei Einzugsfeierlichkeiten. Die geschehen aber doch erst nach vorheriger Genehmigung durch die Polizei. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, denn ich bin kein Jurist. Nun hat Herr Dr. Jasper geglaubt, er müßte die übrigen politischen Parteien anzapfen und müßte anführen, was mein Freund Bracke gesagt hat. Ich bekenne mich allerdings zur freisinnigen Volkspartei, doch habe ich hier im Saale wohl Freunde, aber keinen Freund in politischem Sinne wie die Herren von der sozialdemokratischen Partei. Ich bin auch dafür, daß die Einführung eines frei ausgebildeten Wahlrechts stattfindet, würde die Bestrebungen der Arbeiter gern unterstützen und unterstütze sie auch. Aber ich fasse das Amt des Stadtverordneten nicht so auf, daß in dieser hohen Versammlung durch sie Politik getrieben werden soll, sondern ich beurteile das Amt nach anderen Gesichtspunkten. Ich bin bereit, in jeder Volksversammlung für ein besseres Wahlrecht einzutreten, weiß aber nicht, ob das in die Stadtverordnetenversammlung gehört. Sie haben Ihre Klagen hier vorgebracht, und ich will wünschen, daß Ihre Worte der Polizei ordentlich in die Ohren klingen. Ich bin auch der Meinung, daß in mancher Beziehung zu viel von der Polizei geleistet wird, aber Sie müssen sich auch vor Augen stellen, was für eine Verantwortung die Beamten haben, und was von ihnen verlangt wird. Die Beamten haben ihre bestimmten Weisungen, und nach denen müssen sie handeln. Wenn sie dann durch das Tohuwabohu nervös werden, so ist das ganz erklärlich, wie auch Sie hier nervös geworden sind, hier im Saale ohne Grund, denn hier hat Ihnen keiner etwas getan. Nur deswegen erregen Sie sich, weil Sie meinen, daß die Arbeiterschaft nicht genügend unterstützt wird und sie unterschätzt wird. Sie können vor allen Dingen der Industrie zutrauen, welche die Arbeiter beschäftigt, daß sie weiß, was sie an unserer Arbeiterschaft hat. Wir wissen, daß unsere Arbeiterschaft an der Spitze der Kultur marschiert, und daß unsere Industrie das nicht hätte erreichen können, was sie erreicht hat, wenn sie nicht ein solches Arbeitermaterial hätte. Also die Wertschätzung von unserer Seite liegt wohl vor. Aber das ist verkehrt von Ihnen, daß Sie alles nur auf die Masse der Arbeiterschaft zuschneiden wollen, das ganze deutsche Reich soll nur nach der Arbeiterschaft beurteilt werden. Wenn Sie aber fortsetzen wollen, Umzüge zu machen, bis Sie das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Landtag haben, dann sage ich: Herr Riefe, das erleben Sie nicht mehr! Dann können Sie es noch lange



treiben und sich noch manchmal recht viele Unannehmlichkeiten zuziehen. Denn die Polizei und auch ihre Anhänger sind Menschen, wie Sie auch. Und wenn Herr Riefe meint, die Leute gehen nach Hause, wenn diese Parole ausgegeben wird, dann irrt er sich. Sie, Herr Riefe, und die Herren, die hier sitzen, die werden es tun, andere aber nicht. Sehen Sie sich doch bitte mit Ihren Demonstrationen vor und lassen Sie uns doch zusammenarbeiten an der Erreichung eines freien Wahlrechts! Ich bin gern bereit, auch meine Stimme dafür vorzunehmen zu lassen. Aber auf einmal bekommen Sie das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht. Seien Sie erst einmal froh, wenn sechs oder acht Vertreter Ihrer Partei Sitze im Landtage haben! Wenn Sie das ablehnen und sich auf den Standpunkt stellen: „Alles oder nichts“, dann wird der Kampf noch lange dauern. Sie müssen doch daran denken, wie der Landtag jetzt zusammengesetzt ist, und was dort zu erreichen möglich ist. Fordern Sie alles, aber seien Sie froh, wenn Sie etw a s erreichen!

**Vorsitzender:** Es ist Schluß der Debatte von Herrn Frühling beantragt. Will jemand gegen den Schluß sprechen? — Daraus, daß sich keiner zum Wort meldet, entnehme ich, daß hiermit die Debatte geschlossen ist.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es bedarf keiner Begründung, daß diese Frage an sich so wichtig ist, daß die Debatte nicht vorzeitig geschlossen werden sollte, besonders wo erst zwei bürgerliche Redner das Wort ergriffen haben und noch Meldungen von anderer Seite, auch von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorliegen. Ich nahm an, daß es nur der persönliche Wunsch des Herrn Frühling war, die Debatte geschlossen zu sehen, der damit das unliebsame Thema völlig beseitigen wollte, so daß ich nicht glaubte, der Antrag bedürfe einer Bekämpfung.

Als der **Vorsitzende** im Begriff ist, über den Schlußantrag abstimmen zu lassen, teilt Stadtv. **Schmidt** mit, daß nur 23 Stadtverordnete im Saale anwesend seien. Gleich darauf betreten mehrere Stadtverordnete den Saal wieder. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

## 21. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum.

Wortlaut des Antrages f. S. 822.

Stadtv. **Lange:** Nachdem die städtischen Behörden durch den am 6. Mai 1906 eröffneten Neubau des städtischen Museums ihre Fürsorge für die Kunst lebhaft zu erkennen gegeben haben, darf ich annehmen, daß es den geehrten Herren nicht schwer fallen wird, sich von der Notwendigkeit einer zweckmäßigen

finanziellen Unterstützung dieses Instituts zu überzeugen. Es ist das eine Notwendigkeit, sofern das Museum, fortschreitend mit der Entwicklung aller Dinge, in geeigneter Weise zur Erziehung der Jugend und Fortbildung der Bewohner von Stadt und Land beitragen soll. Bis zum Jahre 1890 erhielt das Museum einen jährlichen städtischen Zuschuß von 1200 *M*, und zwar für Erhaltung und Mehrung der Sammlungen. Dieser Betrag wurde im Jahre 1891 mit 3000 *M* eingesetzt und ist dann seit 22 Jahren seitens der Stadt nicht erhöht worden. Er hat nur seit 1906/07 durch das Vermächtnis des Pastor Rautenberg (etwa 2000 *M*) und des Fräulein Johanna Wachtmann (etwa 20 000 *M*) einen jährlichen Zuschuß von  $80 + 960 = 1040$  *M* erhalten. Demgegenüber sind die Preise für kunst- und kulturgeschichtliche Gegenstände seit 1891 außerordentlich gestiegen, bei Braunschweiger Fayencen, Porzellanen, Münzen und Stobwasserarbeiten beträgt diese Steigerung mindestens das Zehnfache. Dazu kommt, daß die Gegenstände, die dem Museum jetzt noch speziell von Braunschweiger Dingen fehlen, zu den seltensten und damit auch zu den teuersten gehören. Der Gesamtetat des städtischen Museums betrug 1890 2500 *M*, 1891 4000 *M* und 1913 32 400 *M*, derselbe ist also ganz bedeutend gestiegen. Die Sammlungen haben seit 1906 ein eigenes, schönes Heim im neuen Museumsgebäude erhalten, aber die Summe für Erwerb von Kunstschätzen ist trotzdem seit 22 Jahren auf derselben Höhe stehen geblieben. Es ist zu berücksichtigen, daß die jetzt zur Verfügung stehenden 4040 *M* (das sind die 3000 *M* und die 1040 *M* aus den Vermächtnissen) nicht nur für Ankäufe, sondern auch für die Erhaltung der vorhandenen Bestände bestimmt sind, so daß dadurch von vornherein ein nicht unwesentlicher Betrag der genannten Summe für die eigentliche Vermehrung der Sammlungen verloren geht.

Ich bitte, aus den angegebenen Gründen meinem Antrage zustimmen zu wollen.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Finanzkommission überwiesen.

## 22. Antrag Frede auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Spielplatzes am Eisenbüttelerwege.

Wortlaut des Antrages s. S. 834.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Wie den Herren bekannt sein wird, wird der Spielplatz an der Eisenbüttelerstraße, gegenüber dem Gebäude der Straßenbahn, von Fußballspielern und anderen Spielern sehr zahlreich benutzt. Nun haben die jungen Leute in der Gegend gar keine Gelegenheit, ihre Bedürfnisse zu

befriedigen, und es entstehen dadurch oft unliebliche Anblicke für die Passanten. Ich bin häufig dort vorbeigekommen, habe mich bei den jungen Leuten erkundigt und erfahren, daß die nächste derartige Stelle in der Hoheworth zu finden ist. Es ist also zu wünschen, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Ob man nun eine Anstalt in der Weise herrichten läßt wie in der Stadt, kann ich nicht wissen, denn ich weiß nicht, ob hier die Wasserleitung liegt. Aber irgend eine Gelegenheit muß wohl geboten werden, um eine Verdeckung solcher Vorgänge zu bieten.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

---

**Vorsitzender:** Von der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ist eine Einladung eingegangen zur Besichtigung einer Ausstellung im Vorführungsraum der Elektrizitäts-Gesellschaft, Wilhelmstraße 62, in welcher während der nächsten vierzehn Tage außer den ständigen Ausstellungsgegenständen aus den verschiedenen Anwendungsgebieten der Elektrizität eine reich ausgestattete Sammlung für hygienische Anwendung der Elektrizität aufgestellt ist. Es wird um Mitteilung gebeten, wann auf den Besuch der Herren Stadtverordneten gerechnet werden kann. — Ich bitte irgend einen der geehrten Herren, die Angelegenheit in die Hand nehmen zu wollen und seinerseits sich mit dem Vorstande der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft zu verständigen.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.

---

# **Bericht**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 5. März 1914.

### **Tagesordnung:**

- |                                                                                                                                                                                   |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1914/15. . . . .                                                                                                                          | Seite 867 |
| 2. Abschluß eines Vertrages mit dem Deutschen Drogistenverbande von 1873 E. G. . . . .                                                                                            | " 904     |
| 3. Vermietung von Wohnungen im Hause Münchstraße 15 und Einrichtung einer<br>Waschküche daselbst . . . . .                                                                        | " 904     |
| 4. Gewährung eines Darlehns an die Junfersche Schulhausgesellschaft. . . . .                                                                                                      | " 905     |
| 5. Verkauf eines Geländes an der Waterloostraße . . . . .                                                                                                                         | " 908     |
| 6. Gewährung von Mitteln zur Ausführung von Bauten freiens des Schwestern-<br>und Krankenhauses vom Roten Kreuz . . . . .                                                         | " 908     |
| 7. Überlassung einiger Räume des vormalig Krulenbergischen Hauses an die Frauen-<br>gruppe Braunschweig des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger<br>Getränke . . . . . | " 915     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Konegen**, **Lord**, **Schöttler**, **Seele**, **Wagner** und Regierungsassessor **Sitte**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Fride**, **Göde**, **Helle**, **Lange**, **Schön**, **Stegmann**.

Vorsitzender Dr. **Wollers**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Einladung des Herrn Professors Dr. Freije zur Besichtigung der von den abgehenden Schülern der Drogistenakademie während ihrer einjährigen Studien ausgeführten schriftlichen, praktischen und photographischen Arbeiten. Die Ausstellung befindet sich im Anstaltsgebäude und ist geöffnet am 8. März von 11—1 und 3—6 Uhr.

Sodann ist eingegangen eine Anfrage des Herrn **Bunge**:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, weshalb er bei der Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit von dem seit dem Jahre 1908 beliebten und bewährten System wieder abgegangen ist?“

Nach Erledigung der nicht ganz kurzen Tagesordnung wird der Herr Antragsteller vielleicht noch Gelegenheit haben, seine Anfrage zubegründen.

Ehe wir in die Verhandlungen eintreten, noch einige Worte zu der heutigen Tagesordnung. Als Sie die Tagesordnung zugesandt erhielten, werden Sie gewiß einen Schrecken über ihre Länge bekommen haben, ebenso wie ich, als mir der Entwurf vorgelegt wurde. Trotz aller Bedenken habe ich dennoch diesem Entwurfe zugestimmt, und zwar aus folgenden Gründen. Es wurde mir der Wunsch des Magistrats mitgeteilt, daß wir heute — wenn es nur irgend möglich wäre — nach Erledigung des Haushaltsplans noch einige eilige Sachen, besonders Bau-sachen, erledigen möchten, denn es warten mehrere der Beteiligten auf die Genehmigung der geehrten Herren, damit die Bauten begonnen werden können. Nun war es nach meinem Dafürhalten nicht statthast, daß ich selbst aus diesem großen Programm einige mir wichtig erscheinende Punkte herausnahm und nur diese mit auf die Tagesordnung setzte. Es blieb mir also nichts weiter übrig, als die Tagesordnung, soweit sie vorlag, zur Verhandlung anzusetzen. Es war auch nicht möglich, schon vor acht Tagen eine Sitzung abzuhalten, denn den beiden Herren Referenten für den Haushaltsplan war eine Frist bis zum heutigen Tage durch die Zustimmung der Finanzkommission gewährt, da sie erklärten, nicht früher mit der Durcharbeitung des Etats fertig zu werden, und acht Tage vorher waren von den Sachen, die außer dem Haushaltsplane heute vorliegen, nur einige wenige vorhanden, die übrigen sind erst nachher eingebracht. Es ist also nicht möglich gewesen, die Tagesordnung anders festzusetzen, als sie heute vor Ihnen liegt. Ich bitte Sie, lassen Sie sich durch die große Tagesordnung nicht abschrecken, den Etat mit der nötigen Gründlichkeit zu prüfen. Sie wissen selber, daß das erste Erfordernis doch die Richtigkeit ist und die Firgigkeit erst in zweiter Linie kommt. Läßt sich beides vereinigen, so wäre das ein idealer Zustand. Sie können überzeugt sein, daß ich nur das Beste für unsere Verhandlungen im Auge gehabt habe, als ich diese Tagesordnung angesetzt habe.

## 1. Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1914/15.

Stadtv. **Mohr**: Der sehr umfangreiche Haushaltsplan für das Jahr 1914/15 ist in Ihren Händen. In formeller Beziehung hat derselbe wieder einige Verbesserungen aufzuweisen. Die einzelnen Kapitel zeigen am Schlusse einen Gesamtabschluß auch der beiden vorhergehenden Jahre. Damit ist der in der Finanzkommission ausgesprochene Wunsch erfüllt worden. Gleichzeitig weist der Voranschlag ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis auf. Außer dem üblichen Begleitschreiben mit Anmerkungen ist dem Voranschlage beigegeben eine Übersicht der vom 1. April 1914 an zu zahlenden Löhne, sowie eine vergleichende Zusammenstellung der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Voranschlages gegenüber den wirklichen Einnahmen und Ausgaben der beiden Vorjahre. Ich glaube mit Ihnen in Übereinstimmung zu sprechen, wenn ich sage, daß wir diese Neuerungen mit Freude begrüßen, da sie zur besseren Übersicht des jedes Jahr größer werdenden Haushaltsplanes beitragen.

Sachlich habe ich vorweg folgendes zu bemerken: Der Etat schließt — wie Ihnen bekannt — mit einem Fehlbetrage von 302 300 *M* ab. Auf Seite 2 der Vorbemerkungen im Begleitschreiben greift der Stadtmagistrat diejenigen Kapitel heraus, die wesentlich zu den Mehrausgaben beitragen. Diese Mehrausgaben sind im einzelnen hauptsächlich durch folgendes hervorgerufen: Im Kapitel Straßenreinigung sind für Anschaffung eines Automobilsprengwagens, einer Automobilschneemaschine und einer Automobilwaschmaschine für Asphalt rund 35 000 *M* angesetzt. Die bedeutende Mehrausgabe im Unterrichtswesen (Kap. III) wurde verursacht durch die neue Knabenmittelschule, ganz besonders durch die Bürgerschulen und auch durch die Fortbildungs- und Gewerbeschule. Kollege Munte wird nachher eingehend über dies Kapitel berichten.

Im Kap. VI, Gesundheitswesen, ist die Anschaffung eines zweiten Automobilkrankenwagens vorgesehen, und sind hierfür 18 000 *M* angesetzt.

In Kap. VII, Vereinszwecke und Volksfeste, erscheint zum ersten Male der Beitrag an die Gesellschaft Lufthafen Braunschweig mit 25 000 *M*. Bei Kap. VIII ist hervorzuheben die Anschaffung eines Übungs- und Dienstwagens für die Kraftwagenführer. Diese Anschaffung ist erforderlich, weil die Übungen mit den Automobilspritzen, wie sie bisher ausgeführt wurden, nicht sehr dienlich für die Spritzensohlen sind, dann auch deshalb, weil es unangenehm berühren könnte, wenn die Automobilspritzen einmal unterwegs sind und Feuer gemeldet würde. Andererseits aber müssen die Kraftwagenführer Übung haben, um gewandtes und sicheres Fahren im Straßenverkehr zu lernen. Deshalb sind solche Übungswagen auch in anderen Großstädten angeschafft. Es sind hierfür zunächst 12 000 *M* eingestellt. In diesem Kapitel finden Sie auch eine Aufbesserung der Löhne. In Kap. IX, Ortspolizei, zeigt sich infolge der Vermehrung der Bedürfnisanstalten eine ent-

sprechende Erhöhung für ihren Betrieb. Allein die Reinigung und die Versorgung mit Urinöl erfordert eine Ausgabe von 3700 *M.* Nach Kap. X, Straßenbau, Kanalbau und Vermessungsweisen, ist vorgesehen, in diesem Jahre eine gründliche Ausbesserung der Straßen in der Außenstadt vorzunehmen, wofür Neuchauspflasterungen, Kleinpflasterungen und Belegung mit Teer- oder Asphaltmakadam in Aussicht genommen sind. Außerdem soll nach und nach der Kleine Exerzierplatz mit einer Verasung und einer demnächst wieder zu entfernenden Einfriedigung versehen werden. Auch ein neuer Steinbahnbrecher soll angeschafft werden.

In Kap. XIII, Stadtverwaltung, finden Sie erhöhte Ausgaben wegen der laufenden Gehaltszulagen und Erhöhung der Vergütungen. Durch die Ausgabe von neuen Zinscheinen wird eine Ausgabe an Reichsstempelabgabe von 3000 *M.* verurteilt. Kap. XIV, Insgemein: für Krankenversicherung der im Dienst der Stadt beschäftigten, nicht fest angestellten Personen und für Krankenversicherung nicht ständig beschäftigter Personen ergibt sich eine Ausgabe von rund 36 000 *M.*

Das Extraordinarium weist einen Fehlbetrag von 837 400 *M.* auf, gegen 1 019 400 *M.* des Vorjahres. Diese immerhin noch ziemlich bedeutenden Mehrausgaben entfallen in der Hauptsache auf den Ausbau neuer Straßen, auf den Bau von Kleinwohnungen, auf die Ausgabe der letzten Rate für Errichtung einer Feuerbestattungshalle und auf den baren Zuschuß zu den Umbaukosten der Bahnanlagen. Die eingehende Begründung in dem Begleitschreiben auf Seite 32 werden Sie wohl gelesen haben. Die von den geehrten Herren am 12. Juni 1913 beschlossene Aufnahme einer Anleihe von 2 000 000 *M.*, von der nach Antrag des Stadtmagistrats zunächst 500 000 *M.* aufgenommen werden sollten, konnte nicht in den Etat eingestellt werden, weil bei Aufstellung des Stadthaushaltsplans die Genehmigung des Ministeriums noch nicht herausgekommen war.

Im Ausgleichsfonds betragen die Einnahmen 1 768 089 *M.*, die Ausgaben 1 066 554 *M.*, der voraussichtliche Vorrat am 31. März 1915 wird also 701 535 *M.* betragen. Zu diesem günstigen Stande des Ausgleichsfonds trug wesentlich die Zuführung des Überschusses aus dem Jahre 1912/13 mit 284 673 *M.* bei. Der günstige Stand dieses Fonds läßt uns vertrauensvoll in die Zukunft schauen. In den letzten Jahren haben wir uns im Voranschlage fast ausnahmslos mit Fehlbeträgen abfinden müssen, aber wir haben nachher aus dem Vollzugs-Etat das Plus gesehen, welches die Jahre ergeben hatten. Nun wird allerdings magistratsseitig uns die Prognose gebracht oder wenigstens angedeutet, daß das laufende Jahr wohl nicht mit einem Plus abschließen wird, sondern beim Abschluß unter Umständen ein Minus erscheinen könnte. Aber selbst wenn wir annehmen, daß die 166 000 *M.* Mehrausgabe, wie im Voranschlage für 1913/14 vorgesehen, in Wirklichkeit erscheinen sollten, so haben wir immer unseren helfenden Ausgleichsfonds, der uns auch über diese Klippe hinweghelfen wird.

Wohlweislich erwähnt der Stadtmagistrat nichts von dem durch den Generalpardon bei der Abgabe der Steuererklärungen für die Wehrsteuer sich ergebenden erhöhten Steuerertrag. Das kann man ihm nicht verdenken, denn mit unbekannten Größen zu rechnen, ist eine eigene Sache. Wir haben allerdings gesehen, daß unsere Nachbarstadt Hannover mit 1 100 000 *M* Mehrertrag gerechnet hat und dadurch zu einem günstigen Resultat mit einem Plus von 57 000 *M* zu kommen glaubt. Daraus können wir den Schluß ziehen, daß wir auch mit einem Plus von 250 000 bis 300 000 *M* aus den Mehreinkünften durch die Wehrsteuer rechnen können.

Damit möchte ich meine Vorbemerkungen schließen und glaube, daß wir nunmehr in die Verhandlung über die einzelnen Kapitel eintreten können.

## 1. Voranschlag der Rämmereikasse.

### A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

#### Kap. I. Rämmerei-Vermögen.

Stadtv. **Mohr** (als Referent) ruft die einzelnen Seitenzahlen auf und gibt kurze erläuternde Bemerkungen.

Zu Seite 28: Hier finden Sie unter 10: Pacht für Länderei. Das ist das Land, welches zur Bebauung mit Kleinwohnungen vorgesehen ist. Das nicht benutzte Land soll vorläufig verpachtet werden.

Zu Seite 36: Auf dieser Seite ersehen Sie die Zinserhöhung von 4 auf  $4\frac{1}{4}$  Prozent.

Zu Seite 19: Neu ist hier unter Position 4: Beiträge zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung.

Zu Seite 25: Im Begleitschreiben bringt der Stadtmagistrat unter Anmerkung 24 in Anregung, ob es wünschenswert ist, an die Ansammlung eines Reservefonds für die Neustadtmühle heranzugehen. Dies ist eingehend in der Finanzkommission besprochen worden. Die Finanzkommission war mit dem Magistrat der Ansicht, daß bei diesem verhältnismäßig kleinen Etablissement es nicht erforderlich wäre, an die Ansammlung eines solchen Reservefonds zu denken.

Stadtv. Dr. **Boge**: Ich vermiße auf Seite 29 eine Bemerkung über den Stadtgärtner. Ist vielleicht der Magistrat bereit, sich darüber zu äußern?

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Der Magistrat hat beschlossen, dem Ersuchen der Stadtverordneten zu entsprechen und einen Stadtgärtner anzustellen. Es ist darüber mit der städtischen Bauverwaltung verhandelt, und ich erhielt vorhin



einen Bericht der Bauverwaltung über diese Sache. In nächster Zeit werden wir Ihnen jedenfalls eine Vorlage machen.

Stadtv. **Schmidt** (zu Seite 29): Ich wundere mich über die Ausgabe unter 6 b: Neueinfriedigung des Gartengrundstücks an der Okerstraße, wo 66 m neues Staket gesetzt werden sollen. Im vorigen Jahre ist die erste Hälfte neu hergerichtet, in diesem Jahre wird die andere Hälfte im Begleitschreiben als abgängig bezeichnet. Man hätte bei einer derartig kurzen Strecke gleich auf die Erneuerung des ganzen Staketes Bedacht nehmen, also die ganze Front in eins machen sollen.

Sodann fällt mir auf, daß für das „Freiden“ der Tennisplätze im Bürgerpark 70 M ausgesetzt sind (10 d). Ich bin allerdings Laie bei diesem Spiele, aber es fällt doch auf, daß bei den schwachen Einkünften für diese Plätze die Stadt noch die Ausgabe für das „Freiden“ übernimmt. Ich weiß nicht, ob dadurch die Grenzen abgeteilt werden sollen, aber das ist doch wohl Sache der Spieler, und ich wüßte nicht, wie die Stadt dazu käme, 70 M dafür in Ausgabe zu stellen.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Was die Neueinfriedigung des Gartengrundstücks betrifft, so kann man über das Verfahren verschiedener Ansicht sein. Wir waren der Ansicht, daß es im vorigen Jahre noch nicht so dringlich war, die zweite Hälfte des Gitters durch ein neues zu ersetzen.

Was das Freiden anbetrifft, so war es zu Unzuträglichkeiten deswegen gekommen. Es wurde vom Herrn Promenadeninspektor darauf hingewiesen, daß gerade das Freiden vorsichtig ausgeführt werden müßte, und daß es deshalb nicht richtig wäre, den Privaten das Freiden oder das Einschlagen von Pfählen zu überlassen, sondern daß es stadtseitig geschehen solle. Auf diese Weise hat sich diese Ausgabe eingebürgert. Früher wurde sie von den Einnahmen abgezogen; das haben wir nicht für richtig gehalten und die jetzige Aufstellung eingeführt; es kommen dafür also auch wieder Einnahmen ein. Würden die Pächter das Freiden besorgen, so würden sie natürlich dafür etwas vom Pachtpreise abziehen wollen.

Stadtv. **Mohr** (zu Seite 30/31): Ich mache darauf aufmerksam, daß bei Position 9 und 10 für Herrichtung von niedrigen Schutzgittern für Beete sowie für Beschaffung von Zierpflanzen neue einmalige Posten eingesetzt sind.

## **Rap. II. Straßenreinigungsinstitut.**

Stadtv. **Mohr** (zu Seite 70/71): Hier sind unter Position 2 aa, bb höhere Einstellungen gemacht, da die Zahl der Fahrer von 26 auf 30 erhöht worden ist, und die der Auflader von 19 auf 25. Auch die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung haben sich dadurch erhöht.

Stadtv. **Niese:** Es sind in letzter Zeit, aber auch schon im vergangenen Herbst, sehr viele Klagen von dem Straßenreinigungspersonal an mich ergangen deswegen, weil täglich 5, auch 7, ja bis zu 15 Arbeiter nach Mascherode hingeschickt sind, um dort beim Abladen tätig zu sein. Diese Arbeiter werden der Straßenreinigung hier entzogen, und außerdem erhalten sie für ihre verlängerte Arbeitszeit beim Abladen keine Entschädigung. Darüber sind die Leute empört und meinen, wenn einige Arbeiter mehr angestellt würden, die das Ausladen und Planieren draußen besorgten, so brauchten nicht zu ihrem Schaden Arbeiter aus ihren Reihen dazu genommen zu werden. Wer sich von den Arbeitern weigerte, diese Arbeit zu übernehmen, bekam außer bösen Redensarten noch den Wink, daß er entlassen werden könne.

Bürgermeister **Meyer:** Die Klagen des Straßenreinigungspersonals darüber, daß es zu den Tagesarbeiten gelegentlich mit hinzugezogen wird, sind nicht neu und sind — das läßt sich nicht leugnen — in gewissem Umfange auch begründet. Es ist das vor kurzem hier schon einmal besprochen. Die Heranziehung des Straßenreinigungspersonals zu den Tagesarbeiten wird nicht dadurch veranlaßt, daß wir nicht genügend Tagespersonal für die ihm obliegenden Fuhren zur regelmäßigen Abfuhr des Hausmülls besäßen, sondern dadurch, daß neben den regelmäßigen Fuhren noch andere erledigt werden müssen, besonders die Zufuhr von Koks aus den städtischen Gasanstalten. Dabei kommt es vor, daß es an einer ausreichenden Zahl von Begleitern fehlt. In solchem Falle werden die Straßenlehrer gefragt, ob und wer von ihnen die Arbeit übernehmen wolle. Jüngere und kräftige Leute pflegen diese gern zu übernehmen; doch ist es auch vorgekommen, daß sich niemand gemeldet hat. Wir haben uns in der letzten Sitzung der Straßenreinigungsdeputation mit dieser Frage beschäftigt und uns entschlossen, eine Lösung in der Richtung anzustreben, daß das für die Reinigung der innenstädtischen Straßen eingestellte Tagespersonal vermehrt und dann im Bedarfsfalle von diesem Personal die für die Koksuhren usw. etwa noch erforderlichen Begleiter entnommen werden. Ich hoffe, daß der Magistrat dieser Regelung zustimmen wird. Sollte er das tun, so wird den Herren eine besondere Vorlage darüber zugehen.

Stadtv. **Schmidt** (zu Seite 77): Hier ist eine Ausgabe von 7900 M für Unterhaltung und Erneuerung der Rehricht-, Spreng- und Kastenwagen eingestellt. Ich glaube, es wird uns alle interessieren, zu hören, wie weit die Vorbereitungen und Untersuchungen mit dem neuen Müllabfuhrsystem gediehen sind. Man hörte seit der Zeit unserer Verhandlungen nichts weiter über die Frage und glaubte, daß eine größere Summe dafür in den Etat eingestellt worden sei. Es sind Probewagen vorhanden, es sind zum Teil neue Müllgefäße eingeführt. Da

wäre es doch wissenswert, zu erfahren, wie weit man damit ist, daß eine vernünftige und allen gerecht werdende Einrichtung der Abfuhr geschaffen wird.

**Bürgermeister Meyer:** Die Herren Stadtverordneten haben den Magistrat ersucht, in den Versuchen mit anderen Müllabfuhrsystemen fortzufahren und gleichzeitig Verbesserungen des alten Systems herbeizuführen. So ungefähr lautete der Beschluß. Die Straßenreinigungsdeputation, die die Angelegenheit zu bearbeiten hat, ist bemüht gewesen, im Sinne dieses Wunsches der Stadtverordneten tätig zu sein. Sie hat vor allen Dingen Verbesserungen — nach ihrer Ansicht — vorgenommen an dem bisherigen System, und zwar nach verschiedenen Richtungen hin. Es sind Wagen eingestellt, die eine geringere Höhe, andere Dachkonstruktion und kleinere Einschüttöffnungen haben als die alten Wagen; auch sind jetzt einige Wagen mit Federn versehen. Ein Wagen ist zurzeit in Arbeit, der noch andere Abweichungen haben soll. Es sind verschiedene uns vorgelegte besondere Einschüttsysteme von uns erprobt und zum Teil an unseren Wagen angebracht. Die Verbesserungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, sonst würden wir den geehrten Herren bereits Gelegenheit zu einer Besichtigung gegeben haben. Neue Systeme, insbesondere bessere Systeme, sind der Straßenreinigungsdeputation seither nicht bekannt geworden. Sie steht deshalb nach wie vor auf dem Standpunkte, das zur Einführung empfohlene Wechselbodensystem als das für die Stadt Braunschweig beste System zu halten. Ich kann heute weiter nichts Bestimmtes sagen; ich hoffe, daß wir in wenigen Wochen an die Herren Stadtverordneten die Aufforderung ergehen lassen können, die Verbesserungen des alten Abfuhrsystems in Augenschein zu nehmen und sich dann selbst ein Urteil darüber zu bilden, ob ein Fortschritt damit erzielt ist oder nicht.

**Stadtv. Mohr** (zu Seite 79): Hier finden Sie die schon erwähnte Einstellung für eine Automobilkehrmaschine, eine Automobilwaschmaschine für Asphalt und einen Automobilsprengwagen. — Der Abschluß ergibt eine Nettoausgabe von 139 955 *M* gegen 107 551 *M* im Vorjahre.

### **Kap. III. Unterrichtswesen.**

**Stadtv. Munte** (als Berichterstatter für Kap. III): Wie Herr Mohr schon angedeutet hat, ist mir das Referat über das Kapitel Unterrichtswesen übertragen worden. Ich habe große Sorgfalt auf die Prüfung der in diesem Kapitel angegebenen Zahlen verwandt, um so mehr, als — wie Ihnen aus der Übersicht hervorgegangen sein wird — das Unterrichtswesen einen ganz erheblichen Teil der städtischen Ausgabe umfaßt. Nicht weniger als 1 800 000 *M* muß die Stadt bei

diesem Kapitel zuzuschließen, und es hat sich außerdem noch ergeben, daß der Etat dieses Kapitels um 127 000 *M* höher ist als im vorigen Jahre. Die Steigerung hat darin ihren Grund, daß die neue Knabenmittelschule eingerichtet ist, auch das Lyzeum hat erhöhte Kosten verursacht, und die zugebilligten Gehaltserhöhungen bringen es auch mit sich, daß die Kosten größer werden. Ich möchte an diese Erwägung nur die Bemerkung knüpfen, daß wir uns deswegen keine grauen Haare wachsen lassen dürfen, denn die Stadt ist verpflichtet, das Unterrichtswesen in ihre Hand zu nehmen. Soweit das die Bürgerschulen angeht, hat sie die gesetzliche Verpflichtung, und für die höheren Schulen liegt eine moralische Verpflichtung der Stadt vor. Ich bin der Meinung, daß wir uns freuen sollen, so viel für unseren Nachwuchs tun zu können, der einst an unserer Stelle das deutsche Reich und unsere Gemeinde vertreten soll. Ich habe bei der Prüfung gefunden, daß sich auch kein einziger der Posten beanstanden läßt. Die Finanzkommission hat auch die Prüfung vorgenommen und ebenfalls nichts zu erinnern gefunden, und so möchte ich Sie nunmehr bitten, an die Durchsicht der einzelnen Seiten heranzugehen.

Zunächst die Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule, Seite 85—93. Das Begleitschreiben des Magistrats hat in dankenswerter Weise eingehende Erläuterungen gebracht. Es ist darin auch schon berechnet, daß sich die Gesamtausgabe auf den Kopf des Schülers auf 385,09 *M*, und der Zuschuß der Kammereikasse auf 229,82 *M* stellt. Der gesamte Zuschuß, den die Kammereikasse leisten muß, beträgt 126 400 *M*.

Bei der Gaußschule, städtischen Oberrealschule am Löwenwall, Seite 95—101, zeigt der Abschluß einen Fehlbetrag von 56 000 *M*. Das Begleitschreiben weist nach, daß auf den Schüler im Durchschnitt eine Ausgabe von 259,35 *M*, und ein Zuschuß der Kammereikasse von 120,43 *M* entfällt. Der Unterschied in der Ausgabe für die beiden Oberrealschulen erklärt sich daraus, daß die zuerst genannte Schule viel älter ist, und die im höheren Alter befindlichen Lehrkräfte eine höhere Gehaltsstufe erreicht haben. Gleichzeitig befindet sich in der Ausgabe für die Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule ein Pensionsfonds, der 20 000 *M* beträgt. Einstweilen ist die Gaußschule noch billiger, die Ausgaben für sie werden aber mit den Jahren zunehmen.

Es folgt auf Seite 103—113 das Herzogin-Elisabeth-Lyzeum, und damit verbunden das Lehrerinnenseminar und die Studienanstalt. Der Fehlbetrag ist mit 81 300 *M* angegeben. Eine Schülerin auf dieser Schule kostet 227,73 *M*, und nur 92,80 *M* Zuschuß. Daß die jungen Mädchen billiger zu unterrichten sind, liegt wohl daran, daß in den unteren Klassen Elementarlehrer mit niedrigeren Gehältern beschäftigt werden, und hier auch Damen als Klassenlehrerinnen auftreten.

Die städtische Mädchen-Mittelschule, Seite 116—123. Es ergibt sich ein Fehlbetrag von 46 700 *M.* Die Kosten pro Schülerin betragen 174,26 *M.*, der städtische Zuschuß 86,48 *M.*, ist also etwas niedriger als beim Lyzeum.

Die städtische Knaben-Mittelschule, Seite 126—129. Fehlbetrag 30 350 *M.*, Kosten für einen Schüler 133,14 *M.*, städtischer Zuschuß 88,23 *M.*

Die städtischen Bürgerschulen nehmen den größten Raum im Kap. III ein (Seite 132—201). Der Etat weist außer dem Schuldirektor 19 Schulinspektoren, 287 Lehrer, 12 Hilfschullehrer, 62 Lehrerinnen, 42 Fachlehrerinnen und außerdem 17 Hilfslehrer und 28 Hilfslehrerinnen auf.

Stadtv. Dr. **Reinhardt** (zu Seite 143): In dem kürzlich beschlossenen Statut über die Gemeindeschulen ist bestimmt worden, daß die Lehrkräfte an den Hilfschulen neben dem Gehalt eine nicht pensionsberechtigte besondere Vergütung erhalten. Zu den Lehrkräften gehört aber auch eine Lehrerin, und es ist möglich, daß später noch mehrere Lehrerinnen angestellt werden. Die Lehrer bekommen allgemein eine besondere Zulage von 200 *M.*, für die Lehrerin ist aber noch keine besondere Zulage in Aussicht genommen. Die dort beschäftigte Fachlehrerin steht auf Seite 145 unter Nr. 6. Ich möchte beantragen, daß auch dieser Lehrerin eine entsprechende besondere Vergütung gewährt wird, wie im Statut vorgesehen ist, und möchte 150 *M.* dafür vorschlagen.

**Vorsigender:** Ist es nach Ansicht des Magistrats angängig, daß wir uns schon jetzt mit dem Antrage beschäftigen, oder müßte er erst von der Kommission vorberaten werden?

Oberbürgermeister **Reinemeyer:** Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie es für angemessen erachten, schon heute Beschluß zu fassen. Die eine Lehrerin, die dort beschäftigt ist, hat entsprechend dem nach Aufstellung des Etats genehmigten Statut einen Anspruch auf eine besondere Zulage, und wir würden Ihnen deshalb noch einen Antrag zu unterbreiten haben. Wir konnten das aber nicht durch den Etat machen, weil das Statut noch nicht genehmigt war. Der Herr Stadtschulrat war der Meinung, man müsse die Funktionszulage für wissenschaftlich gebildete Lehrerinnen an der Hilfschule ebenso hoch bemessen wie für die Lehrer. Bei einer Fachlehrerin könnte man sie vielleicht etwas niedriger bemessen, weil deren Gehalt im ganzen etwas niedriger steht. Das sind Fragen, die sich am besten im Schulvorstand beantworten lassen. Sollten Sie einen Beschluß fassen, so möchte ich vorschlagen, nicht zu beschließen: Einer einzelnen Lehrerin wird die besondere Zulage zugebilligt, sondern der Magistrat wird ermächtigt, allen Lehrerinnen, die

an dieser Schule wirken, eine Zulage zu gewähren. Ich habe den Herrn Stadtschulrat ersucht, einen entsprechenden Antrag an den Magistrat zu richten.

**Vorsitzender:** Da der Magistrat seinerseits mit dem Antrage kommen wird, so glaube ich, daß es nicht nötig ist, daß wir unsererseits einen besonderen Antrag an den Magistrat richten.

Stadtv. **Munte** (gibt zu einigen Seiten kurze Erläuterungen).

Zu Seite 201: Der Fehlbetrag ist mit 1 316 600 *M* aufgeführt. Die Gesamtausgabe für ein Kind beträgt im Durchschnitt bei den Bürgerschulen 108,35 *M*, der städtische Zuschuß 80,46 *M*.

Zu Seite 205: Bei der städtischen Fortbildungsschule ergibt sich ein Fehlbetrag von 25 050 *M*, und ein Zuschuß aus der Kämmereikasse von 26,09 *M* auf den Kopf.

Zu Seite 213: Der Abschluß der städtischen Gewerbeschule weist einen Fehlbetrag von 58 122 *M* nach. Für einen Schüler ist durchschnittlich ein Zuschuß aus der Kämmereikasse von 73,57 *M* zu zahlen.

Zu Seite 221: Die städtische Mädchenfortbildungsschule macht einen Zuschuß von 20 600 *M* erforderlich. Für eine Schülerin beträgt der Zuschuß aus der Kämmereikasse 139,19 *M*.

Zu Seite 225: Zum Schluß sind die Zuschüsse an die nicht-städtischen Schulen aufgeführt, nämlich die katholische Schule 38 500 *M*, und an die Johanneische höhere Lehranstalt 5000 *M*.

Aus dem Gesamtabschluß wird ersichtlich, daß sich aus dem Kap. III ein Fehlbetrag von 1 804 622 *M* ergibt.

#### Kap. IV. Für Kunst und Wissenschaft.

(Referent: Stadtv. **Mohr**; ohne weitere Besprechung.)

#### Kap. V. Für Kranken- und Armenpflege.

Stadtv. **Mohr** (als Referent): Die jetzt offene Veranda im neuen Krankenhaus soll durch Verglasung geschlossen und außerdem heizbar gemacht werden, wodurch eine bessere Ausnutzung des bei schlechtem Wetter und im Winter im jetzigen Zustande nicht zu benutzenden Platzes geschaffen wird.

Stadtv. **Bunge** (zu Seite 243): Bezüglich des städtischen Krankenhauses sind mir eine Reihe von Beschwerden zu Ohren gekommen, auf die ich aufmerksam machen möchte. Ich bitte, wenn möglich, ihnen nachzugeben und Abhilfe zu schaffen.

Das eine ist, daß der Krankenbesuch nur Sonntags von 2—4 Uhr gestattet ist. Es gibt doch eine ganze Anzahl von Angehörigen der Kranken, die auch in der Woche einen Besuch machen würden. Man muß doch bedenken, daß die gegenseitige Liebe bei Geschwistern und Verwandten wohl dieselbe ist, ob sie nun reich oder arm sind. Es ist der Wunsch laut geworden, es doch zum wenigsten zu ermöglichen, daß in der Woche noch ein Besuchstag eingerichtet wird. Bei dem Herzoglichen Krankenhause sind zwei Tage in der Woche und außerdem der Sonntag noch zu Besuchen festgesetzt. Dann wurde bemängelt, daß es vielfach vorgekommen ist, daß die Besucher nicht einmal eine Sitzgelegenheit gehabt haben, als sie ihren Besuch ausführten.

Sodann sind mir Klagen über schlechtes Essen und schlechte Behandlung zu Ohren gekommen, nicht etwa über die Behandlung der Krankheit, sondern über die übrige Behandlung. Außerdem ist man darüber mit Recht gewissermaßen unwillig, daß Schwerkranke mit leichter Verletzten zusammenliegen, und daß diejenigen, die weniger krank sind, in ihrer Ruhe und ihrem Schlaf zum großen Teile gestört werden durch die Schmerzensrufe, die andere ausstoßen. Auch in diesem Falle wäre angebracht, Abhilfe zu bringen.

Sodann ist mir ein Fall zu Ohren gekommen, daß jemand zwischen den Kranken liegt, der schon einmal in der Irrenanstalt gewesen sein soll, daß dieser Mensch den Kranken das Essen bringt, und daß es ungehörig sei, daß ein solcher Mensch zwischen den Kranken schläft.

Eine andere Beschwerde, bei der es wohl sehr berechtigt wäre, ihr nachzugeben, ist folgende. Wenn aus dem Krankenhause Leichen fortgebracht werden sollen, so werden sie in der Leichenhalle aufgebahrt. In einem speziellen Falle, der mir unterbreitet worden ist, waren die Verwandten versammelt, und es herrschte stille Andacht. Da wurde im anstoßenden Sezierraum gesungen, gepfiffen, gereinigt und geschauert. So etwas mußte unter allen Umständen in einem solchen Momente unterbleiben, soviel Pietät muß wohl auch dort gewahrt werden. Ich möchte den Magistrat bitten, zu versuchen, Abhilfe in diesen Sachen zu schaffen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die verschiedenen Anregungen von Herrn Bunge werde ich gern prüfen und mit Herrn Sanitätsrat Dr. von Holwede besprechen.

Was die Besuchszeit betrifft, so kann man es sehr wohl verstehen, wenn der Wunsch rege ist, mit den Angehörigen in Fühlung zu bleiben und sie auch in der Woche einmal aufzusuchen. Es wird sich fragen, ob sich das mit der Ordnung der Anstalt vereinigen läßt, und es ist möglich, daß darin Entgegenkommen gezeigt werden kann. In erster Linie wird das von den ärztlichen Bestimmungen abhängen. In dieser Beziehung werden wir auch, was die Verteilung der Kranken für die Räume anbetrifft, ein gewisses Zutrauen haben müssen. Ich kann mir sehr

wohl denken, daß es wichtige ärztliche Gesichtspunkte gibt, die es wünschenswert machen, daß leichter Kranke mit etwas schwerer Kranken zusammengebracht werden, um auf die Schwerkranken aufheiternd zu wirken. Wenn die Ärzte in dieser Beziehung Zugeständnisse machen zu sollen glauben, so wird, wie ich annehme, auch Herr Bunge einer der letzten sein, der das hindern möchte.

Über das Essen und die Behandlung im allgemeinen sind nur unbestimmte Angaben gemacht, denen man im einzelnen nicht nachgehen kann. Ich habe mich jedoch selbst davon überzeugt, daß man bei Aufstellung des Speisezettels vorsichtig vorgeht. Klagen sind bei denjenigen Sachen, die an die Armen geliefert werden, leider nicht selten, und so mag es vorkommen, daß der eine oder andere etwas auszusetzen gehabt hat. Das gelieferte Essen hat sich aber in letzter Zeit so sehr gebessert, daß wir die Einrichtung haben treffen können, daß auch die Schwestern vom Roten Kreuz, die dort tätig sind, im Krankenhaus haben mitessen können -- ein Beweis, daß das gelieferte Essen auf der Höhe ist.

Der Vorfall bei der Leichenfeier wird, wenn er dem Herrn Bunge richtig dargestellt ist, entschieden bedauert werden müssen, und es wird darauf gehalten werden, daß die in der Nachbarschaft Tätigen in Zukunft sich derartiger Sachen enthalten.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich muß dem Herrn Bunge entgegenhalten, daß der Ruf des städtischen Krankenhauses sich gehoben hat und es den Ärzten nicht mehr so schwer wird, Kranke nach dem städtischen Krankenhause überzuführen, wie das früher der Fall war. Es ist sogar der Wunsch von verschiedenen Seiten an mich herangetreten, ob es nicht möglich wäre, auch im städtischen Krankenhause einige Klassenzimmer einzurichten. Das ist so zu verstehen, daß auch Kranke zweiter Klasse dort aufgenommen werden können, was bisher nicht der Fall ist. Da die Einrichtungen des Krankenhauses jetzt wesentlich besser geworden sind, so sind solche Wünsche verschiedentlich von Patienten an mich gerichtet. Ich möchte der Krankenhausverwaltung zur Erwägung anheimgeben, ob sich das ermöglichen läßt. Meiner Ansicht nach sind die Räumlichkeiten jetzt derart, daß es wohl geschehen könnte. — Dem Wunsche, den Besuch der Kranken auch an einem Tage in der Woche zu gestatten, schließe ich mich an. Auch in dieser Hinsicht sind verschiedene Gesuche an mich gerichtet worden.

Stadtrat **von Frankenberg**: Was die Einrichtung von verschiedenen Klassen der Kranken im städtischen Krankenhause betrifft, so habe ich allerdings, wenn ich auch sonst gern Wünschen auf Ausgestaltung des Krankenhauses entgegenkomme, lebhaftes Bedenken dagegen. Die Entstehungsgeschichte unseres städtischen Krankenhauses im Verbande unserer verschiedenen hiesigen Krankenanstalten führt da-



hin, daß in dieser Anstalt eine gewisse Einheitlichkeit herrscht. Nur in bezug auf eine Gruppe von Kranken haben wir im Laufe der letzten Jahre eine Änderung eintreten lassen: bei den Kranken, die der Überführung nach Königs-Lutter harren und im neuen Gebäude, das von den Herren besucht worden ist, untergebracht sind. Dort sind die Einrichtungen so, daß wir verschiedene Abteilungen haben einrichten können. Im Hauptgebäude aber würde das nach meiner Kenntnis und nach meiner Übersicht der Verhältnisse beim besten Willen nicht möglich sein. Es würde uns das auch berechtigten Vorwürfen aussetzen, daß wir den Einrichtungen, wie sie im Herzoglichen Krankenhause, im Schwesternhause vom Roten Kreuz, im Marienstift und in den privaten Kliniken vorhanden sind, Konkurrenz machten. Was Sie für das städtische Krankenhaus bewilligen wollen, wird der Magistrat gern entgegennehmen, aber die Grundlage der Einrichtung wollen wir doch nicht gern verschieben.

Stadtv. **Steinbrecher** (zu Seite 249): Schon in der Kommission habe ich darauf hingewiesen, daß es wünschenswert ist, daß die Unterstützungsuchenden von den Armenpflegern etwas freundlicher behandelt werden. Ich führte in der Sitzung einen Fall an, über den mir zwei Frauen berichteten. Ich habe nun die Frauen, weil sie jetzt wieder eine ähnliche Sache vorbrachten, nochmals darüber gefragt. Die Männer der beiden Frauen hatten eine Strafe von 6 bis 7 Jahren wegen Einbruch bekommen. Sie kommen zu dem Herrn Bezirksvorsteher Lüders auf der Hagenbrücke und verlangen Unterstützung. Er sagt ihnen: „Für solche Einbrecherbande habe ich nichts, warum habt ihr euch solch schlechten Kerlen an den Hals gehängt.“ Was für eine Art und Weise ist das! Natürlich holt ein Wort das andere, und es gibt dann großen Spektakel. Die eine der Frauen hat dann Unterstützung bekommen und den Höchstsatz von 28 *M* wochenlang bezogen. Hinterher hat sie einige Wochen gearbeitet und wurde ihr dann für diese Zeit die Unterstützung gestrichen. Dann aber wird sie krank, geht zum Armenpfleger Koch auf der Campestraße und wünscht, daß sie wieder für sich und zwei Kinder Unterstützung bekomme. Ich meine, in einem solchen Falle, wo die Frau schon früher Unterstützung bezogen hat, ist es nicht nötig, daß wieder eine solche große Unterstützung angestellt wird wie das erstemal. Sie hat einen Schein vom Arzt und hat eine weitere Bescheinigung, daß sie 4 *M* Krankengeld für die erste Woche bekommen hat. Trotzdem bekommt sie die ganze Woche kein Geld vom Armenpfleger in die Hand. Nach vierzehn Tagen ist die Miete fällig, sie bekommt ihre 7 *M* Krankengeld für die zweite Woche und geht zum Armenpfleger und sagt: „Mit 7 *M* pro Woche kann ich mich und zwei Kinder nicht ernähren,“ aber sie bekommt doch nichts. Nachdem ist sie zum Bezirksvorsteher Lange gegangen, der ihr geraten hat, noch einmal zum Armenpfleger zu gehen. Sie läuft nun noch einmal

nach der Campestraße zurück und bekommt wieder nichts. Am Freitag darauf schickt sie ihr 12jähriges Mädchen zum Armenpfleger, aber der betreffende gibt auch dem Mädchen nur 1 *M*, und die Mutter geht noch einmal hin und bekommt dann endlich in der zweiten Woche 8 *M*. Der Armenpfleger zieht ihr aber noch 1 *M* ab, weil er dem Mädchen 1 *M* mitgegeben hatte. Nun frage ich Sie, was soll die Mutter mit zwei Kindern mit der einen Mark anfangen, noch dazu, wenn der Armenpfleger weiß, daß sie früher ständig 28 *M* Unterstützung bekommen hat. Der Armenpfleger weiß doch auch genau, daß sie damit nichts anfangen kann. Er weigert sich auch, mehr als 8 *M* zu geben: „Das ist der höchste Satz“. Das stimmt, aber für zwei Wochen nicht. Die Frau hat heute noch nicht mehr bekommen als für 14 Tage 7 *M* Armenunterstützung. Dazu die vorher erhaltenen 11 *M*, das sind 18 *M* für 19 Tage. Da sollte man doch kulanter verfahren.

Ein anderer Armenpfleger hat zu einer Frau Klaus, die vier Kinder zu versorgen hat, gesagt, bei 10 *M* könne sie noch sparen. Daraufhin ist sie zu einem Herrn Melzer gegangen, der ihr zum Recht verhalf. Im ganzen laufen die Beschwerden darauf hinaus, daß die Armenpfleger, wenigstens einzelne davon, recht unfreundlich zu den Leuten sind. Das geht auch daraus hervor, daß ein Armenpfleger zu einer Frau gesagt hat: „Mit Ihnen hat man weiter nichts wie Schererei!“ Dazu ist doch der Armenpfleger da, daß er sich mit den Bedürftigen abgibt, und wenn das den Herren nicht paßt, dann wählen Sie doch Leute von uns! Wir sind bereit, diese Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Aber Sie lehnen ja immer ab, daß unsere Leute mit unter die Armenpfleger gewählt werden.

Dann habe ich noch folgendes zu beanstanden: Wenn eine Frau zwei Kinder in städtischer Pflege hat und die Frau verdient nur 12 *M*, dann soll sie noch 2 *M* für die Kinder abgeben. Sie kann doch unmöglich bei ihrem geringen Verdienst dafür etwas zurücklegen. Sie ist den ganzen Tag in Arbeit, und wenn sie wirklich 1 *M* in der Woche übrighaben will, dann muß sie dieses Geld sich abknappen. Für die 2 *M* sollte sie sogar von der Armenverwaltung gepfändet werden, und auf meinen Einspruch hin ist ihr dann 1 *M* erlassen. Das lohnt sich doch nicht für die Stadt, solche Beträge einzuziehen. Und dabei ist die Frau nur Haut und Knochen. Ihr dann noch 2 *M* abzuziehen, das ist kleinlich und sollte unterbleiben. Die 11 *M* reichen nicht für Nahrungsmittel, wo bleibt Miete und Kleidung?

Dann ein weiterer Fall aus der vorigen Woche. Da kam ein Maler Mente. Er hatte Unfallrente bekommen und ist von der Armenverwaltung schließlich im Siechenhause untergebracht worden. Die Armenverwaltung hat für die Zeit, wo er im Siechenhause war, die volle Rente mit Beschlag belegt. Das ist unzulässig nach dem Gesetz, denn das Siechenhaus ist keine Anstalt, in der vollständiger Unterhalt gewährt wird. Die Armenverwaltung hat in dem Falle nur Anspruch

auf die halbe Rente. Der Verletzte hat sogar noch Malerarbeiten verrichten müssen und zum Teil also noch zu seinem Unterhalt hinzuverdient. Da hat die Behörde kein Recht, die volle Rente mit Beschlagnahme zu belegen. In der Entscheidung Nr. 1750 vom Reichsversicherungsamt (Amtl. Nachrichten Oktober 1913) wird gesagt, daß selbst bei einer vollständigen Verpflegung im Krankenhause, wo ja auch Kleidung gewährt wird, die volle Rente nicht gepfändet werden darf. Die Armenverwaltung hat zuletzt die Sache auf meine Eingabe hin noch abgeändert und ist auf die Hälfte der Rente heruntergegangen. Warum nun erst die Verletzten unnötig hin- und herjagen? Zuerst hat sich der Mann ja mit der Einziehung der vollen Rente einverstanden erklärt, aber selbst wenn er das unterschrieb, so ist das in diesem Falle nach der Reichsversicherungsordnung ungültig. Wenn die Armenverwaltung weiß: Die volle Rente darf nicht eingezogen werden, warum wird dann erst noch monatelang darüber hin- und hergeschrieben? Das kann von Anfang an gleich abgeändert werden, damit nicht so viele Unannehmlichkeiten entstehen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn wir die Leute in unsere städtische Anstalt aufnehmen, so können wir noch nicht wissen, ob die Verpflegung längere oder kürzere Zeit dauern wird; es ist möglich, daß die Verpflegung bis zum Lebensende des Betreffenden dauert. Ich müßte nicht, inwiefern wir diesen Leuten nicht vollständigen Unterhalt mit Einschluß von Nahrung und Kleidung gewähren. In solchem Falle steht nichts entgegen, daß wir die Rente voll in Anspruch nehmen. Stellt sich später heraus, daß die Unterstützung nicht eine volle gewesen ist, dann mag dem Betreffenden seine Rente wieder zukommen.

Was den andern Fall betrifft, den Herr Steinbrecher erwähnt hat, so könnte es ja kleinlich erscheinen, wenn wir von einer Mutter, die 12 *M* verdient und uns die Sorge für ihre Kinder überläßt, 1 *M* von ihrem Verdienst für die Armenverwaltung in Anspruch nehmen. Aber auf die eine Mark kommt es dabei herzlich wenig an. Wenn wir uns zunächst mit nur einer Mark begnügen, so hoffen wir doch, dadurch darauf hinzuwirken, daß sie sich überhaupt ihrer Kinder wieder annimmt. Daß sie bei 12 *M* Verdienst imstande ist, 1 *M* für ihre Kinder zu entbehren, geht daraus hervor, wie mit Zustimmung der geehrten Herren die Unterstützungssätze bemessen sind. Doch können wir uns eben damit nicht beschäftigen.

Ich erlaube mir, an die geehrten Herren die Bitte zu richten, über einzelne Fälle, die Ihnen als ungerecht vorkommen, sich bei der Armenverwaltung zu beschweren. Sie wird gern bereit sein, in den Fällen einzugreifen, wo Armenpfleger oder Bezirksvorsteher ihre Befugnis überschritten haben; sie wird das doch aber erst untersuchen müssen. Die geehrte Versammlung wird nicht imstande sein, ein derartiges Untersuchungsverfahren einzuleiten, sondern sie muß schon zu der

Armendirektion das Vertrauen haben, daß sie derartige Untersuchungen selbst anstellt.

**Stadtv. Niese** (zu Seite 249): Zur Verwendung an die unterstützungswohnitzberechtigten Hausarmen der Stadt sind wie im Vorjahre an barem Gelde wieder 220 000 *M.* ausgeworfen. Nun steht zwar im Begleitschreiben: „Mit Rücksicht auf den infolge der Erhöhung der Unterstützungssätze und der Steigerung der Lebensmittelpreise zu erwartenden Mehrbedarf an baren Unterstützungen war seit 1911/12 ein entsprechend erhöhter Betrag in den Voranschlag eingestellt, die Ausgabe ist jedoch in den beiden Jahren 1911/12 und 1912/13 um je zirka 11 000 *M.* gegen den veranschlagten Betrag zurückgeblieben. Die im ersten Halbjahre 1913/14 verwilligten baren Unterstützungen zeigen gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres nur eine Zunahme von 969,66 *M.*, die Jahresausgabe wird daher voraussichtlich die der beiden Vorjahre nur unerheblich übersteigen.“ Ich finde es nun für vollständig gerechtfertigt, wenn trotzdem wieder 220 000 *M.* für bare Unterstützungen ausgeworfen sind. Wie kommt es aber, daß trotz der Steigerung der Lebensmittelpreise in den Jahren 1912/13 und 1913/14 die baren Unterstützungen nicht gewachsen sind? Ist nicht mehr verlangt? Dann konnte die Armenverwaltung allerdings nicht mehr zahlen. Es liegt aber die Vermutung nahe, daß bei Vergebung der baren Unterstützungen hier und da abgeknappt ist.

Sodann sehe ich unter Nr. 5 „Beerdigungskosten 3600 *M.*“. Ich erlaube mir dazu die Anfrage, ob die sogenannten Nasenquetscher bei der Beerdigung der Armen gänzlich abgeschafft sind, oder ob sie hier noch bestehen?

**Stadtrat von Franckenberg**: Ich bin überzeugt, daß im Laufe der letzten Jahre immer mehr eine Einrichtung ihre Wirkung auch auf die Armenpflege geltend gemacht hat, die Sie alle kennen und alle sehr schätzen — das ist unsere Arbeiterversicherung. Je mehr unsere Arbeiterversicherung durch ihre Bezüge in der arbeitenden Bevölkerung dahin führt, daß wirtschaftliche Beihilfe geleistet wird, desto mehr kann und muß die Armenpflege entbehrt werden. Das ist eine Erscheinung, die allenthalben auftritt, auch in Braunschweig. Sie würde noch stärker auftreten, wenn wir es etwa auf ein Abknapsen, wie Herr Stadtv. Niese sich auszudrücken beliebte, abgesehen hätten, wenn jeder Bezug aus der Arbeiterversicherung ohne weiteres und rücksichtslos auf das Armengeld angerechnet würde. Das tun wir aber nicht, sondern es geschieht nur in halber Höhe bei den Invaliden- und bei den Altersrenten, weil wir uns gesagt haben, daß die Arbeiter mit ihrer Hälfte Beitrag dazu beigesteuert haben und es doch der Billigkeit entspricht, sie in dieser Beziehung anders zu stellen als solche, die jene Beiträge nicht

geleistet haben. Das sind erhebliche Beträge, die für die Armenkasse ausfallen. Daß die baren Unterstützungen nicht höher geworden sind, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß diese Bezüge eingetreten sind, aber nicht wegen einer knapperen Bemessung der Unterstützungen. Im Gegenteil: Die Armenverwaltung hat schon im vergangenen Winter und mit ausdrücklicher Zustimmung der geehrten Herren auch in diesem Winter die Einrichtung getroffen, daß in den harten Wintermonaten ein Zuschlag von 25 Prozent zu den eigentlichen Unterstützungen gewährt wurde, so daß eine Familie, wie solche von Herrn Steinbrecher erwähnt wurde, statt 28 *M* 35 *M* erhalten konnte. Bedenkt man das, so kann man mit dem besten Willen nicht von Abknäpjen sprechen. Wir haben außerdem die große Freude gehabt, daß durch Stiftungen, durch Zuwendung von höchster Stelle, durch die Jüdelstiftung uns manche Last abgenommen ist, die andernfalls unbedingt die Armenpflege getroffen haben würde, besonders bei der Milchgewährung. Wenn wir in solchen Fällen nicht genötigt sind, die Armenkasse bluten zu lassen, so ist auch das ein Grund für die Erscheinung, die Herr Rieke beobachtet hat.

**Oberbürgermeister Reitemeyer:** Herr Rieke hat noch gefragt, wie es mit der Abschaffung der „Nasenquetscher“ stände. Für die Herren, die diesen Ausdruck nicht kennen, darf ich bemerken, daß damit die sogenannten platten Särge gemeint sind. Wir haben uns im Stadtkirchenausschuß wie auch in der Friedhofsdeputation mit der Frage befaßt und haben beschlossen, für die sogenannten Armesärge die hohe Form zuzulassen, ohne die sonst vorgeschriebene Erhöhung der Gebühr eintreten lassen. Aber für private besteht einstweilen die Vorschrift noch weiter. Nach den Bestimmungen der Friedhofsordnung ist es nicht möglich, auch bei Privaten so zu verfahren; es muß also abgewartet werden, bis die Friedhofsordnung geändert ist. Der Entwurf der Änderung ist fertiggestellt; er wird in nächster Zeit dem Stadtkirchenrat zugehen und wird dann auch den Herren Stadtverordneten zur weiteren Äußerung vorgelegt werden. Ich bemerke noch, daß auch da beschlossen ist, daß ein Unterschied zwischen hohen und platten Särgen in Zukunft nicht gemacht werden soll.

**Stadtrat von Frankenberg:** Hinzufügen darf ich noch, daß auch die Armen-direktion schon den Beschluß gefaßt hat, daß von ihr aus die Armenbegräbnisse nicht mehr in platten, sondern in hohen Särgen stattfinden sollen, und daß deswegen mit den Tischlermeistern Abrede getroffen ist. Die Armandirektion hat es nicht für nötig gehalten, an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung wegen Bewilligung von Mitteln hierfür heranzutreten. Allerdings wird der Beschluß wohl eine Mehrausgabe von 1000 *M* zur Folge haben. Ich darf aber an-

nehmen, daß bei dem sozialen Verständnis, das bei allen den geehrten Herren vorausgesetzt werden kann, Sie gegen diese Verbesserung keine Einwände zu machen haben.

Stadtv. **Niese** (zu Seite 252): Mir ist unter 7, Insgemein, aufgefallen: „Ordnungsstrafgelder und sonstige verschiedene Einnahmen, sowie zur Abrundung 840,82 M“. Ich muß sagen, das hat auf mich den Eindruck gemacht: Ließt du von einer Strafanstalt, oder ist dies das Kapitel Städtische Armenverwaltung? Ich will zugeben, daß es auch bei den Leuten, die zu dieser Klasse gehören, wie in jeder Klasse Rentente geben wird. Daß aber eine solch hohe Summe aus den Strafgeldern herauskommt, das mutet mich an wie eine scharfmacherische Fabrikordnung. So etwas erscheint mir denn doch nicht in der Ordnung.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Herr Niese irrt, wenn er meint, daß die hier aufgeführten Ordnungsstrafgelder solche wären, welche die Armendirektion als solche verfügt oder einzieht. Es sind vielmehr die Ordnungsstrafen gemeint, die angewendet werden müssen, um lässige Bürger zur Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften zu bringen. Wenn Herr Niese berücksichtigt, was Herzogliche Polizeidirektion an Geldern für derartige Ordnungsstrafen einnimmt, so ist der hier aufgeführte ein verschwindender Betrag. Ohne derartige Ordnungsstrafen werden wir nicht auskommen; wenn der Bürger eine Auflage bekommt und er reagiert nicht darauf, so müssen wir ihn doch zwingen können.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich darf darauf hinweisen, daß eine Behörde, die außerhalb des Rahmens der Armenverwaltung steht, das Stadtbauamt, sehr wesentlich an diesen Strafverhängungen beteiligt ist. Es sind zum Teil Strafen von 10, 20 und 30 M, und sie werden nicht unzweckmäßig sein, um denjenigen Erfolg zu erreichen, den das Stadtbauamt damit erstrebt. Was die Armenverwaltung selber betrifft, so kann sich Herr Niese beruhigen. In solchen Fällen, wo Verpflichtete geladen waren, um Geld zurückzuzahlen, und nicht erschienen, und wo dann Strafen eingezogen waren, sind diese Strafen nicht auf die angeführte Ziffer 7 gebucht, sondern auf das Konto der Betreffenden, so daß dadurch mitgeholfen war, die Rechnung mit der Armenverwaltung glattzumachen. Ich habe mich öfter gefragt, ob ich das wohl verantworten könnte, glaube aber, daß ich eine solche Verantwortung noch tragen könnte.

Stadtv. **Niese**: Ich hatte das so aufgefaßt, als wenn jemand, der sein geliefertes Zeug nicht in Ordnung hielte, von den Aufsehern in Strafe genommen werden könnte. Das würde mir mißfallen haben, denn ich habe bis jetzt doch eine gute Meinung von unserem Pflegehaus und Kinderheim gehabt. Es kommt mir

also nicht darauf an zu nörgeln, sondern ich spreche im Interesse der Sache. Aber auf die Polizei möge man sich nicht berufen., da kommt es vor, daß Leute in einem Tage fünf Strafbefehle bekommen. Wenn man an einem Hause etwas auszubessern hat und läßt ein Werkzeug liegen, dann ist man gleich reif für einen Strafbefehl. Es kommt mir so vor, als mache man sich eine Ehre daraus, Straßen aufzulegen. Auf einer solchen Stufe, meine ich, möchte ich das Pflgehaus nicht stehen sehen.

### Bei Kap. VI. Gesundheitswesen

macht der Herr Referent, Stadtv. **Mohr**, auf die Einstellung für Anschaffung eines zweiten Automobilkrankenwagens (18 000 M., Seite 259) aufmerksam.

### Kap. VII. Für Vereinszwecke und Volksfeste.

Stadtv. **Schmidt** (zu Seite 269): Es freut mich, daß ich einen Satz eingestellt sehe, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet werden soll. Aber dennoch bin ich enttäuscht, wenn es heißt: „14. desgl. an die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 10 M.“ Ich weiß ja nicht, was für eine Gesellschaft das ist; aber wenn die Stadt die Arbeitslosigkeit mit 10 M bekämpfen will, so scheint mir das so unbegreiflich, daß ich um Aufklärung bitten möchte. Mit einem solch kleinen Betrage läßt sich doch nichts Ernstliches anstreben.

Stadtrat **Wagner**: Herr Schmidt hat recht, wenn er den Magistrat nicht für so töricht hält, daß er mit 10 M versuchen wollte, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese 10 M sind der Jahresbeitrag, welcher von der Stadt der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezahlt wird, einem Verbands, der wertvolles wissenschaftliches Material über die Arbeitslosigkeit nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kulturländern zusammenbringt. Um über alles auf diesem Gebiet neu Erscheinende auf dem laufenden zu bleiben, zahlen wir die 10 M Beitrag.

Stadtv. **Niese**: Das letztere könnte erfreulich sein, wenn man in anderer Beziehung auch Sparsamkeit üben würde. Ich will daran erinnern, daß wir hier schon des öfteren gegen diese Vergeudung des Geldes bei Schützenfesten, Sedanfesten und dergleichen Veranstaltungen Verwahrung eingelegt haben. Wenn wir uns auch nicht bei jeder Gelegenheit in diesem Sinne geäußert haben, so bin ich doch wohl berechtigt, die Erklärung abzugeben, daß wir heute noch auf demselben Standpunkte stehen, wie früher von uns dargelegt. Wenn wir es nicht jedesmal wieder tun, so geschieht das nur, weil wir wissen, daß wir bei den Herren kein Gehör, ich will nicht sagen Verständnis, aber doch keinen guten Willen dazu finden.

Wir haben hier schon oft Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, wenn z. B. Turnvereine und ähnlichen Vereinigungen, die von Tausenden besucht werden, wie z. B. die Freie Turnerschaft, die auch wesentlich mit dazu beitragen, daß der Armenetat nicht zu hoch wird, in keiner Weise durch städtische Unterstützung entgegengekommen wird. Wenn nicht einmal erlaubt wird, daß unsere Radfahrvereine einen Umzug durch die Stadt machen und sie außen um die Stadt dirigiert werden, damit sie ja nicht mit der Bourgeoisie in Berührung kommen, so ist das durchaus nicht ein Entgegenkommen zu nennen. In dieser Richtung kämpfen wir gegen die hier aufgeführten Ausgaben in der Überzeugung, daß für die organisierte Arbeiterschaft von Ihnen nichts zu hoffen ist.

### Kap. VIII. Feuerlöschwesen.

Stadtv. **Mohr** (zu Seite 279): Unter 8 b hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Dieser Posten, der für Feuer- und Haftpflichtversicherung mit 2072,50 *M* eingelegt ist, bezieht sich nur auf die Feuerversicherung, und der Betrag für die Haftpflicht ist extra einzusetzen. Es müßte hier eine Summe von 2592,50 *M* stehen.

**Vorsitzender:** Falls diese Position überschritten wird, wird das Einverständnis der geehrten Herren damit angenommen.

### Kap. IX. Ortspolizei.

Stadtv. **Frede** (zu Seite 289): Auf dieser Seite sind die Kosten für Wartung und Unterhaltung der Turmuhren an den Stadtkirchen aufgeführt. Ich möchte die Bitte aussprechen, daß die in bezug hierauf in Aussicht gestellte Vorlage des Magistrats recht bald erscheinen möge. Es sind durch den sehr unregelmäßigen Gang der Turmuhren tatsächlich recht große Unzuträglichkeiten entstanden. Der Schulbesuch und auch andere Institutionen, die sich nach öffentlicher Zeitangabe richten müssen, leiden darunter. Die Uhren zeigen nicht nur falsch, sondern sie schlagen auch falsch; ich kenne einige, die voll schlagen, wenn die Uhr auf halb zeigt. Es ist ja angenehm, daß eine Regelung in Aussicht gestellt ist, ich möchte jedoch bitten, daß etwas Dampf dahintergesetzt wird.

Stadtrat **Wagner:** Schon vor längerer Zeit hat der Magistrat die städtische Bauverwaltung, unsere technische Behörde, ersucht, die Projekte zu prüfen, die uns von bedeutenden Firmen, wie von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, von Siemens und Halske und anderen eingereicht sind, bei denen auch vorgesehen ist, event. die Regelung der großen Uhren von Fabriketablissemments anzuschließen. Trotz aller Erinnerungen ist bis heute ein Bericht noch nicht eingegangen, und so



haben wir die Sache nicht fördern können. Ich habe erst kürzlich wieder an die Sache erinnert und hoffe, daß sie nunmehr bald erledigt wird.

### Kap. X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.

Stadtv. **Altmann** (zu Seite 293): In dem Begleitschreiben ist unter 258 aufgeführt, welche Straßen instand gesetzt werden sollen. Es ist darauf hingewiesen, daß es nicht möglich wäre, mehr oder noch weitere Straßen zu bedenken. Was dafür angeführt ist, z. B. die Friedrich-Wilhelmstraße und den Steinweg in einen besseren Zustand zu setzen, das mag richtig sein, und ich bin erfreut darüber, daß eine Besserung hier in Aussicht steht. Ich will auch zugeben, daß im Laufe der letzten zehn Jahre viele innenstädtische Straßen, namentlich auch kleine, in würdiger Weise mit Asphalt oder Holzpflasterung ausgestattet sind. Aber wir haben immer noch ein Teil Straßen, die mit schrägen Gassen versehen sind, und von solchen Straßen her sind von einem Teile der Anlieger sehr dringende Wünsche an die Versammlung eingegangen. Es ist doch die Erledigung der notwendigen Arbeiten in diesen Straßen mit schrägen Gassen dringender als die weitere Verbesserung oder Verbetterung derjenigen Straßen, die schon bedeutend besser sind als die eben genannten. Sind wir nicht in der Lage, so große Mittel aufzuwenden, daß alle Wünsche befriedigt werden können, so sollten wir darauf sehen, daß wir den Wünschen der Anlieger auf den schlecht gestellten Straßen nachkommen. In der Beziehung erinnere ich an die Schöppenstedterstraße, die auch noch schräge Gassen und schlechtes Pflaster hat, an den Wollmarkt usw. Es ist wohl gesagt, daß sei für eine altertümliche Gegend schöner. Das mag für diejenigen schön sein, die für Altetümler schwärmen, die die Straßen nur ansehen und nicht durchzufahren brauchen, aber nicht für diejenigen, die bei geschäftlichen Verrichtungen in jenen Straßen das Fahrrad oder den Wagen benutzen müssen. Da müßte man zur Vergeltung wünschen, daß die Leute, die so an den Altetümlern kleben, ein paar Monate lang durch solche Straßen fahren müßten, dann würde ihnen wohl die Lust an diesem Pflaster vergehen. Ich möchte die Bitte an den Magistrat aussprechen, sich darüber zu äußern, ob diese Straßen — speziell die Schöppenstedterstraße, die von ihnen allen wohl die verkehrsreichste ist — nicht darauf rechnen können, im Laufe dieses Jahres instand gesetzt zu werden. So sehr ich anerkenne, was zur Begründung der vorgeschlagenen Straßenerneuerungen angeführt wird, und so gern ich dafür stimme, so möchte ich doch betonen, daß ich die anderen Instandsetzungen eigentlich für dringender halte, damit sie einer Großstadt würdig werden.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Klage des Herrn Altmann dem Grunde nach berechtigt ist, und der Magistrat würde auch im Etat die Mittel zur Instandsetzung einer ganzen Reihe der älteren innenstädtischen

Straßen angefordert haben, wenn ihm nicht bekannt geworden wäre, daß die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft mit der Absicht umginge, in einer größeren Zahl bereits instand gesetzter innenstädtischer Straßen die abgängigen Schienen zu erneuern. Ich glaube, auch Herr Altmann wird der Ansicht des Magistrats zustimmen, daß es richtig sei, die Gelegenheit der Schienenauswechslung nicht unge- nützt vorübergehen zu lassen und im Anschluß daran die betroffenen Straßen mit geräuschschwachem Pflaster zu versehen. Wie der Herr Oberbürgermeister bereits in der Kommission ausgeführt hat, ist es eigentlich nur eine Finanzfrage, inwie- weit den an sich berechtigten Wünschen auf Instandsetzung älterer Straßen Folge gegeben werden soll. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, im Laufe des kommenden Jahres neben den Straßen, welche von der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft mit Schienen neu belegt werden, vielleicht auch die eine oder andere der übrigen Straßen neu instand zu setzen. Man darf annehmen, daß dann die Schöppensteinstraße eine der ersten sein wird, die berücksichtigt werden.

Stadtv. Dr. **Henting**: Mein Wunsch ist nicht so weitgehend, wie der eben aus- gesprochene. Er geht dahin, man möchte die Fußwege in den Straßen, wo sich viel Publikum bewegt, öfter einer Besserung unterziehen. Ich bin heute, wo es stark geregnet hat, über die Langedammstraße gegangen und habe dort auf dem Trottoir Sümpfe gefunden, die unserer Stadt nicht würdig sind. Auf solchen Straßen sollte man die Platten häufiger erneuern oder abschragen, was doch nicht mit großen Kosten verknüpft ist.

Stadtv. Dr. **Boge**: Auch ich möchte ein Wort namentlich für die Schöppen- stedenstraße einlegen. Der Verkehr des großen Autoomnibusses auf dieser Straße ist von der Polizei verboten, weil die Häuser darunter leiden, wenn der schwere Wagen über das schlechte Pflaster fährt. Annehmen darf man wohl, daß der Woll- markt in den nächsten Jahren an die Reihe kommt, wenn das Gerüst am Andreaa- turm beseitigt ist. Dann steht im Begleitschreiben: Die südliche Teilstrecke der Münzstraße solle mit Asphalt versehen werden, das ist doch nicht nur die Hälfte vom Damm ab, sondern die ganze Strecke der Straße, die bisher nicht asphal- tiert ist.

Stadtv. **Frede**: Die Anwohner derjenigen Straßen, die in dem Begleit- schreiben als zur Asphaltierung vorgesehen aufgeführt sind, haben die Freude dar- über dem Umstande zu danken, daß die Straßenbahnschienen ausgewechselt werden sollen. Man kann mit Rücksicht darauf nur wünschen, daß auch die Straßenbahn- schienen auf dem Damm und Gutfiltern, auf der Neuenstraße, am Magnitor u. s. w. abgängig sind, so daß auch durch die Auswechslung dort eine Asphaltierung er- reicht wird. Freuen kann man sich mit den betroffenen Anwohnern der Friedrich-

Wilhelmstraße darüber, daß diese Straße asphaltiert werden soll, da sie als Eingangstor für die Stadt Braunschweig ein besonders schönes Gewand haben sollte. Aber in diesen Freudenbecher ist wieder ein Vermutstropfen gefallen. Ähnlich wie Herr Abmann seine Wünsche für die Schöppenstedterstraße vorgebracht hat, möchte ich mein seit langen Jahren vorgebrachtes Ceterum censeo für den Platz an der Martinikirche und die Gördelingerstraße auch heute wiederholen. Es hat zwar die Gördelingerstraße keinen solchen Automobilverkehr aufzuweisen, wie er vorhin für die Schöppenstedterstraße geltend gemacht wurde, aber die Straße ist in einer solchen Verfassung, daß die städtische Bauverwaltung schon im vorigen Jahre es für nötig erachtet hat, die Straße zur Neuinstandsetzung vorzuschlagen. Es tut mir sehr leid, daß diese Straße und der Platz an der Martinikirche in diesem Jahre nicht in das Verzeichnis aufgenommen sind, ich muß aber anerkennen, daß die zusammenkommenden Straßenkosten schon sehr hoch sind, und da die Sonnenstraße als zur Instandsetzung in Aussicht genommene Straße aufgeführt ist, so muß ich mich für diesmal wohl bescheiden. Ich möchte aber den Wunsch aussprechen, daß im nächsten Jahre auch diese beiden — Platz und Straße — berücksichtigt werden.

**Stadtv. Loeschigt:** Ich möchte besonders auf einen Punkt hinweisen, bei dem es nicht von der Straßenbahn abhängt, die schlechte Pflasterung zu beseitigen — das ist die kurze Strecke vom Radeklint bis zum Neuen Petritor. Wir haben vor Jahren den Radeklint bis zur städtischen Grenze an der Brücke asphaltiert, und an der Promenade liegen auch schon Fußsteige mit Bordsteinen. Dazwischen liegen diese 80 oder 75 m mit dem schrägen Gassenpflaster, auf das ich schon seit langen Jahren hingewiesen habe. Damals, als die Fahrbahn aufgerissen wurde, ist mir gesagt worden, diese Strecke müßte liegen bleiben, weil sie staatlich ist. Ich habe konstatiert, daß das Pflaster trotzdem aufgerissen ist und nachher die Gassen wieder schräg gepflastert wurden. Vor 8 Wochen bei dem Frostwetter hat die Postverwaltung die ganze Strecke aufreißen lassen, auch die Strecke über die Brücke, und hat alles wieder genau so hingepflastert, wie es vordem gewesen ist. Wenn man das sieht, dann muß man sich wundern, daß zwischen der städtischen und staatlichen Verwaltung in den langen Jahren nicht eine Einigung hat erzielt werden können. Kommt man um die Ecke von der Petritorpromenade her, so hören auf einmal die Bordsteine auf, und wenn Sie nicht aufpassen, rutschen Sie an der Stelle von dem Fußwege in die Gasse. Einen solchen Zustand an solcher Lage in einer Großstadt sollte man hier nicht mehr erwähnen müssen. Ich meine, daß sich da ein Ausgleich hätte schaffen lassen, bin aber auch überzeugt, daß die Stadt nicht daran schuld ist, denn ich habe mir sagen lassen, daß sie sich in der Beziehung alle Mühe gegeben hat.

**Stadtv. Schmidt:** Ich gebe zu, daß es von seiten des Magistrats ganz gut berechnet ist, wenn er zur Besserung der Straßenbefestigung die Gelegenheit wahr-

nehmen will, wo die Straßeneisenbahn-Gesellschaft ihre Schienen auswechseln will. Daß aber dadurch die seit einer Reihe von Jahren gewissermaßen schon bewilligten Kosten für den Ausbau und Neupflasterung der Schöppenstedterstraße und für den Südklink zurückgesetzt werden, ist doch sonderbar. Wenn das so weitergeht, dann würden wir noch 5—6 Jahre warten müssen. Ebenso liegt auch die Sache mit dem Wollmarkt. Auch was Herr Doeßigk beregt hat, ist ein unglücklicher Zustand, und dasselbe trifft auch für den Neuentweg zu. Ich muß mich jeden Sommer wundern, wenn dort die Grasernte anfängt, und 7 Mann dort auf den Knien liegen und die Grasbüschel herausreißen, auch mit ätzenden Flüssigkeiten dem Graswuchs entgegenarbeiten. Und trotz des regen Wagenverkehrs nach dem Wollmarkt steht hier das Gras aus dem Kopfplaster heraus. Das ist schon jahrelang so, immer wieder ist dieser Zustand hier beregt worden, und es bleibt doch noch weiter dabei. Ich bin der Meinung, die fünf Straßen, deren Zustand bisher immer Anstoß bei den Anwohnern und bei den geehrten Herren erregt haben, die sollten nun nicht weiter zurückgesetzt werden. Wir haben im vorigen Jahre große Summen für Lustschiffhafen und dergl. bewilligt, weil man dabei in die nahe Zukunft sah. Bei Straßenbauten kann man auch sagen: Das Hemd muß uns näher liegen als der Rock, und muß Zustände schaffen, die geordnet erscheinen. Wenn die Anlieger 6—8 Jahre warten sollen, bis ihre Straßen in Ordnung kommen, dann verliert sich die Freude an der Gemeinde bei der Bürgerschaft. Man sagt: Für uns hat man nichts übrig! Ich hoffe, daß es sich doch wohl noch ermöglichen läßt, wie Herr Bürgermeister Meyer sagte, daß noch ein paar Straßen mehr neben diesen bereits vorgesehenen im laufenden Jahre instand gesetzt werden.

Stadtv. **Niese:** Es steht ausdrücklich im Begleitschreiben: „Die Instandsetzung alter Straßen, die noch mit schrägen Gassen und Kieselsteinpflaster versehen sind, muß mit Rücksicht auf die hohen Kosten, welche die vorher erwähnten Arbeiten verursachen, für diesmal ausgesetzt werden.“ Ich erinnere mich: Als Herr Frede den Antrag stellte, beim Platz an der Martinikirche die Kieselsteine wegzubringen, da erklärte der Herr Oberbürgermeister: Ich bin dafür, daß eine Verkehrsstraße, wie die Schöppenstedterstraße, in erster Linie berücksichtigt wird. Am Jahresluß habe ich darauf angehaft, aber da wurde mir das Defizit mit 208 000 M unter die Nase gehalten. Infolge der Gehaltserhöhungen ist also die Pflasterung dieser Straße unterblieben. Dabei waren aber die Kostenanschläge für die Instandsetzung der Schöppenstedterstraße früher fertig als die für die Wilhelmstraße; ich habe den Kostenanschlag sorgsam aufbewahrt. Die Anwohner der Schöppenstedterstraße haben nun schon 3 bis 4 Jahre auf die Instandsetzung der Straße gewartet. Ich wüßte ein probates Mittel, um die Leute von der Notwendigkeit der Instandsetzung zu überzeugen, ein Mittel,

welches noch besser helfen würde als das des Herrn Altmann. Ich möchte jedem Zweifler 50 Stück Barrensteine in einen Holzkarren packen, und den auf dem Pflaster der Schöppenstedterstraße herunterhieBen lassen. Wenn sie dann in der Mitte sind, dann würden sie schon „Brägensihülpen“ bekommen.

Die Straße ist seit 1910 drei- oder viermal aufgerissen, und jedesmal schlechter geworden. Ich habe dabei gesehen, daß zusammengekauftcs Material aus anderen Straßen verwandt ist, das schon altersschwach war, von den Steinen gingen schon beim Pflastern vier von zehn entzwei. Von Ostern bis Pfingsten vergangenen Jahres haben 8 Mann auf der Straße herumgewürgt, und doch ist das Pflaster immer schlechter geworden. Darum die Klage, daß den Anwohnern durch das Fahren des Autos die Glühstrümpfe von den Lampen fielen. Ich habe unter das eingereichte Gesuch geschrieben: Nicht die Autos sind schuld daran, sondern das schlechte Pflaster. Ich möchte für Pflasterung der Schöppenstedterstraße eintreten, trotz des zu erwartenden Defizits, denn die Kosten werden nicht so schrecklich teuer werden. Ich möchte direkt den Antrag stellen, die Instandsetzung der Schöppenstedterstraße in den diesjährigen Etat aufzunehmen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Der beiden drastischen Mittel, die Herr Altmann und Herr Rieke empfohlen haben, bedarf es nicht, um den Magistrat von der Notwendigkeit zu überzeugen, baldigst auch die erwähnte Straße instandzusetzen. Es tut mir aber leid, daß ich früher so „leichtsininig“ gewesen bin und gesagt habe, die Schöppenstedterstraße müßte an die Reihe kommen, weil ich einsehe, es können die Verhältnisse stärker werden als der Magistrat. Ich glaube nicht, daß einer von Ihnen, wenn es wirklich zur Entscheidung kommen sollte, sagen würde: Ich will es riskieren und ruhig die Straßenbahn die neuen Schienen einbauen und das alte Pflaster wieder hinlegen lassen. Mit einem Worte: Es kommt darauf an: Sind wir in der Lage, neben denjenigen Straßen, die nach unserem Vorschlag Asphalt haben sollen — die nähere Entscheidung darüber wird erst später getroffen —, auch noch andere umfangreiche Straßenarbeiten ausführen zu lassen? Herr Rieke sagt: Wenn wir ein Defizit von 300 000 M haben, dann kann es auch noch größer werden. Das ist ein Standpunkt, den der Magistrat nicht einnehmen kann; etwas vorsichtig müssen wir sein. Ich möchte wenigstens empfehlen, mit Neuaufnahme von Straßen so lange zu warten, bis der Abschluß des laufenden Jahres vorliegt. Das haben wir im vorigen Jahre auch so gemacht; wir hatten die Überzeugung, daß wir nicht schlecht abschließen würden, und haben im Laufe des Jahres 80 000 M für Straßenbeseftigungen mehr ausgegeben, als im Etat stand. Man könnte ja auch, um die fortwährenden Klagen mit einem Male zu beseitigen, auf die Idee kommen, ein größeres Kapital anzuleihen, und mit einem Schläge alle nötigen Straßen instandsetzen zu lassen. Ein derartiges Projekt ist

früher ausgearbeitet und ist Ihnen unterbreitet. Die städtischen Behörden haben darüber beraten, haben aber doch Abstand davon genommen, es auszuführen. Wenn man sieht, wie schnell die früher instand gesetzten Straßen — Steinweg, Bohlweg, Schuhstraße usw. — der Erneuerung des Pflasters bedürfen, dann muß man allerdings sagen: Das Exempel, das wir früher aufgestellt haben, wäre durch die neu eingetretenen Tatsachen vollständig über den Haufen gerannt. Der Verkehr ist in den letzten Jahren so gewachsen, daß man die Fahrbahn häufiger, als früher für nötig erachtet wurde, instand setzen muß. Wir können ja das Exempel wieder aufstellen: Was kostet die sofortige Instandsetzung der ganzen städtischen Straßen, aber ich wiederhole, wir können erst dann darüber entscheiden, wenn der Abschluß des laufenden Jahres vorliegt. Dann können wir uns überlegen, ob wir nicht zu den bisher schon vorgesehenen Straßen noch einige hinzunehmen können.

**Stadtv. Niele:** Ich habe nicht gesagt, daß wir bei einem in Aussicht stehenden Defizit noch dreist ein größeres daraus machen können. Das fällt mir nicht ein. Aber in dem Etat finden sich noch Differenzen in den Kostenanschlägen, z. B. bei Erneuerung der Steintorbrücke, von 30 000 bis 35 000 M. Würde das gespart, so wäre schon die Hälfte für die Neupflasterung der Schöppenstedterstraße gegeben. Ich sehe doch den Zustand der Schöppenstedterstraße alle Tage! Das Pflaster unserer Straßen wird nicht vom Verkehr zerstört, sondern es wird geradezu kaputtgepflastert. Alle vierzehn Tage treibt sich auf dem Steinweg ein Duzend Steinseher herum und pflastert die Steine an den Schienen um, weil die ungenügende Unterstopfung der Schienen der Straßenbahn durch die Feuchtigkeit sich lockert. Alle paar Tage, wenn ein Regentwetter, wie wir es jetzt haben, im Gange ist, sind ein paar Arbeiter beschäftigt und bringen Karren mit Sand, um das Futter zu verstopfen, sonst ist die Berg- und Talbahn fertig. Daß die Gelegenheit zum Instandsetzen der Straßen benutzt wird, wenn die Schienen ausgewechselt werden, das halte ich selbstverständlich für richtig. Und nötig ist das Auswechseln der Schienen, das habe ich auf dem Bohlwege gesehen, sie waren dünn wie ein Bogen Papier. Wenn aber der Steinweg aufgerissen wird, dann kommt auch die Fallerleberstraße bald an die Reihe, und im Anschluß daran ist die Verbindungsstraße zwischen beiden sehr leicht in Ordnung zu bringen. Deshalb muß ich auch von diesem Gesichtspunkte aus auf meinem Antrage bestehen bleiben.

**Vorsigender:** Ich fasse den Antrag als Zusatz zu dem Magistratsvorschlage auf. Sie wünschen, daß die Neubefestigung dieser angeführten Straßen zum Preise von 138 500 M. ausgeführt werden soll, und als neu die Pflasterung der Schöppenstedterstraße hinzugelegt wird. — Einer Unterstützung des Antrages bedarf es als

eines Antrages zu einem in Verhandlung befindlichen Punkte der Tagesordnung nicht, der Antrag muß aber selbstverständlich durch die Kommission vorberaten werden. Ich werde ihn der Baukommission überweisen.

## **Rap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse.**

(Ohne weitere Besprechung.)

## **Rap. XIII. Stadtverwaltung.**

Stadtv. Dr. **Jasper** (zu Seite 319): Ich möchte mir bei dem Statposten: Gehälter der städtischen Exekutoren die Anfrage erlauben, welche Normen für das Verfahren der Exekutoren bestehen. Mir sind in der letzten Zeit, und speziell gestern, Klagen zu Ohren gekommen, die diese Frage mir notwendig erscheinen lassen. Es wurden mir zwei Fälle berichtet. In dem einen Falle hatte der Steuerpflichtige seine Gebühr bereits bezahlt, und zwar bereits mehrere Wochen vorher, und trotzdem kam der Exekutor zu ihm, um die Steuern abzuholen. Im anderen Falle, der dieselbe Person betraf, hatte die Steuerzahlerin erreicht, daß die Steuern abgesetzt wurden, weil sie sich verheiratet hatte. Im Oktober war dieser Antrag gestellt, sie war im Januar vorgeladen mit dem Anheimgeben, ihren Steuerzettel mitzubringen. Auf Zimmer 29 des Rathauses wurde ihr der Steuerzettel abgenommen; es wurde ihr erklärt, sie brauche keine Steuern mehr zu bezahlen, und der Zettel durch den Steuerbeamten vor ihren Augen zerrissen. Nun war die Betreffende sehr erstaunt, als gestern vormittag der städtische Exekutor kommt und in der größten Weise — wie die Dame mir geschildert hat — von ihr die Zahlung der Steuern verlangt. Sie erzählte ihm den Vorgang im Rathause, wie ich es hier geschildert habe, doch der Exekutor ließ sich auf nichts ein, wollte auch keine telephonische Nachfrage auf dem Rathause halten, sagte: „Dann werden Sie sehen, was darnach kommen wird“, und suchte möglichst Gewalt anzuwenden. Die Frau lief weg, und auch der Beamte hat sich dann verzogen. Die Frau ist darauf nach Zimmer 29 gegangen, und der Beamte, der ihr früher den Zettel abgenommen hatte, bestätigte ihr, daß sie keine Steuern weiter zu zahlen habe, und hat das Verhalten des städtischen Exekutors als nicht richtig erklärt.

Damit dürfte der Fall nicht erledigt sein, denn wenn es zweimal vorkommt, daß Leute, die keine Steuern mehr zu zahlen schuldig sind — sei es infolge Zahlung oder Absetzung — in der Weise gemahnt werden, dann muß in dem Betriebe, der diese Zahlung oder Absetzung dem ausübenden Exekutor zur Kenntnis bringt, etwas nicht in Ordnung sein. Ich möchte deshalb um einen Einblick bitten, wie dieses Getriebe seitens des Magistrats geregelt ist. Es dürfte wohl kaum im Sinne des Magistrats liegen, daß Exekutoren so vorgehen, wie es der betreffende Exe-

tutor gestern getan hat. Wenn keine Gefahr im Verzuge liegt, ist eine Nachprüfung wohl immer angemessen, hauptsächlich dann, wenn sie auf dem bequemsten Wege telephonisch zu erreichen ist, ohne daß städtische Interessen gefährdet werden. Selbstverständlich kann auch die Verwaltung irren, dessen sollen sich aber die Beamten bewußt sein, und nicht die schärfsten und größten Mittel anwenden und mit Anzeige wegen Widerstand oder mit Amtsehrenbeleidigungsklagen drohen. Ich glaube nicht, daß dadurch ein gutes Einvernehmen zwischen der Stadtverwaltung und den Steuerzahlern gefördert wird.

Ferner möchte ich anfragen, wie denn die Disziplinarverfahren ausgelaufen sind, von denen gerade über städtische Exekutoren vor längeren Monaten hier Mitteilungen gemacht sind. Ich finde im wesentlichen noch dieselben Namen, so daß ich meine, daß eine Aufklärung gegeben werden mußte. Mir ist bekannt, daß darüber ein offizieller Bericht gegeben wurde.

**Vorsitzender:** Wegen des zweiten Punktes möchte ich empfehlen, in Rücksicht auf den betreffenden Beamten von der Erörterung in der Öffentlichkeit abzugehen.

**Stadtrat von Frankeberg:** Die allgemeinen Bestimmungen sind teils im Landesgesetz über das Zwangsverfahren, teils in ministeriellen Anweisungen und in den Dienstvorschriften für die Stadthauptkasse und deren Beamte enthalten. Bei aller Sorgfalt läßt es sich nicht vermeiden — so leid es uns tut —, daß unter Umständen hier und da ein Steuerpflichtiger — nicht uns durch die Finger geht, sondern im Gegenteil, doppelt in die Steuerlisten hineinkommt. Das mag unter Umständen am Namen des Betreffenden liegen, oder daran, daß beim Umzug die Listen zwar miteinander verglichen sind, aber das Auge des Beamten doch einmal einen Namen übersehen hat. Bei aller Sorgfalt kann eine unbedingte Gewähr, daß das nie wieder sich ereignen wird, kaum übernommen werden. Der Magistrat hat anläßlich eines ähnlichen Falles neuerdings der Stadthauptkasse sehr ernstlich eingeschärft, mit aller Sorgfalt darauf zu halten, daß solche Vorkommnisse vermieden werden.

Sollte ein derartiger Fall sich zutragen, so ist der Vollziehungsbeamte nur der Beauftragte seiner Behörde, und ist nicht in der Lage, Einsprüche entgegenzunehmen. Ich kann also in derartigen Fällen nur in Aussicht stellen, daß sobald bei uns Beschwerde eingeht, wir sofort dafür Sorge tragen, daß diese doppelte Besteuerung vermieden wird und alles ausgeschaltet wird, was an Vollstreckungsmaßregeln zu Beschwerden Anlaß geben könnte. Ich glaube, daß die Herren darüber doch beruhigt sein können. Sollten Steuerzettel einer Person zweimal zugestellt werden, so muß sie sich rühren und so früh wie möglich Einspruch einlegen; ich glaube auch, daß sie das tun wird.



Betreffs des anderen Falles hat schon der Herr Vorsitzende empfohlen, ihn vertraulich zu behandeln.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich muß mich jetzt mit der Person des Herrn Stadtrats Wagner beschäftigen; er ist leider eben nicht hier. (Herr Stadtrat Wagner wird hereingerufen.)

Seit dem 1. Januar v. J. ist das Verfahren in Unfallsachen ein anderes geworden, so daß gegen den ersten Bescheid bei der Berufsgenossenschaft Einspruch und der Antrag auf Vernehmung bei dem Versicherungsamt gestellt werden kann, dem hier Herr Stadtrat Wagner vorsteht. Nun haben wir ja zu dem Versicherungsamt an sich mehr Vertrauen, als zu den Berufsgenossenschaften, und werden die Verletzten lieber nach Herrn Stadtrat Wagner schicken als nach der Berufsgenossenschaft. Es sind auch eine ganze Anzahl Verletzte bei Herrn Stadtrat Wagner gewesen, und da wurde mir berichtet, daß der Herr Stadtrat, besonders in der ersten Zeit, den Leuten Vorwürfe darüber gemacht hat, daß sie zuerst sich gerade an das Arbeitersekretariat gewandt hätten. „Da wird alles gemacht, ob es Zweck hat oder nicht!“ Wir erkennen an, daß das Versicherungsamt dadurch stark belastet wird, daß auch Sachen mit angebracht werden, von denen es zweifelhaft ist, ob ihre Verfolgung Zweck hat oder nicht. Das liegt in der ganzen Art und Weise der Versicherungsgesetzgebung. Aber wenn Witwen kommen, wie die Witwe Henze, deren Mann nach unserer Ansicht durch Rauchvergiftung gestorben ist, so muß doch unseren Gründen nachgegangen werden. Der Mann hat kolossal viel Kohlendunst eingeatmet, und ist erst 6—8 Wochen nach seiner Erkrankung gestorben. Wir haben angenommen, daß sein Tod die Folge der Rauchvergiftung ist, und der hiesige Arzt hat das bestritten. Daraufhin hat Herr Stadtrat Wagner die Frau behandelt, wie es nicht sein sollte. Sie kam nachher zu mir und sagte: „Herr Steinbrecher, ich gehe nicht wieder hin; ich lasse mich nicht wieder anschauen. Es wurde mir gesagt: Solcher Unsinn, wie kann der Mann an Rauchvergiftung gestorben sein, wo der Arzt eine ganz andere Todesursache festgestellt hat.“ Sie erzählte mir noch: „Ich bin um 10 Uhr zum Herrn Stadtrat hinbestellt und vom Rathausdiener 5 Minuten vor 10 Uhr eingelassen worden. Der Stadtrat jagte mich wieder hinaus, weil es noch nicht 10 Uhr sei, aber zwei Minuten später mußte ich wieder hereinkommen.“ Daraufhin habe ich dann die Sache schriftlich erledigt. Jetzt habe ich vom Brauarbeiterverband ein Gutachten eingeholt, und ein Berliner Arzt hat konstatiert, daß tatsächlich die Wahrscheinlichkeit vorliege, daß der Mann an Rauchvergiftung gestorben ist. Das ist einer der Fälle. Die Witwe Sievers klagte über dieselbe Behandlung. Eine Frau, deren Mann gestorben ist, hat sowieso den Kopf voll und muß doch anders behandelt werden.

Wenn dann kurz gesagt wird: „Das ist Unsinn“, so macht das einen schlechten Eindruck, und die Hinterbliebenen fühlen sich verletzt.

Sodann ist einer Anzahl männlicher Personen Vorschriften darüber gemacht, daß sie sich an das Arbeitersekretariat gewandt haben. Wir haben doch dem Versicherungsamt nichts in den Weg gelegt und müssen erjuchen, unsere Eingaben sachlich zu prüfen. Der Maurer Freimann ist auf solchen Vorhalt hin erregt geworden und hat geantwortet: „Ich gehe hin, wo es mir beliebt“, worauf ihm vom Herrn Stadtrat Wagner erwidert ist: „Sind Sie vielleicht nervenkrank? Sie haben ja ein Mundwerk wie ein sozialdemokratischer Agitator!“ So hat der Mann mir erzählt. Von einer andern Witwe ist mir noch gesagt: „Der Herr Stadtrat ist so unfreundlich, da gehe ich nicht hin.“ Ich möchte doch bitten, daß dem Rechnung getragen wird, in welchem Gemütszustande die Betroffenen sind. Wir tun das alles doch nicht, um dem Versicherungsamt möglichst viel Arbeit zuzuwälzen. Es gibt so viele Fälle, wo der Arzt gar nicht das geschrieben hat, was die Berufsgenossenschaften behaupten, und das wollen wir bei dem Versicherungsamt feststellen. Die Leute haben denn doch auch das Recht, mit ihren Sachen zum Arbeitersekretariat zu gehen. Und wenn wirklich einmal Sachen vorkommen, die wenig Aussicht auf Erfolg haben, dann kommt das doch überall vor, und das sollte von der Stelle bedacht werden.

**Vorsigender:** Es hat Herr Steinbrecher ja nur die Ausdrücke berichtet, die ihm von der Frau mitgeteilt sind. Ich möchte aber doch empfehlen, derartige Ausdrücke nicht in derselben Weise in der öffentlichen Versammlung zu wiederholen.

**Stadtrat Wagner:** Die Einsprüche in Unfallsachen bekommen wir vom Arbeitersekretariat in ungeheurer Zahl zugehickt, so daß es mir nicht möglich ist, mich an den einzelnen Fall zu erinnern. Ich werde mich nicht davon abbringen lassen, in den Fällen, wo ich nach sorgfältiger Prüfung der Akten und der ärztlichen Gutachten die Überzeugung gewonnen habe, es ist ihnen ein schlechter Rat erteilt, daß sie die Instanzen weiter durchsechten sollen, den Leuten davon dringend abzuraten. Wenn sie trotzdem darauf bestehen, wird von mir mit größter Sorgfalt alles, was zur Aufklärung der Sache dienen kann, erledigt. Herr Steinbrecher hat sich selber überzeugt, daß ich stundenlang Erhebungen veranlaßt habe und auf jede einzelne Zwischenfrage eingehe. Im übrigen muß ich bestreiten, derartige Ausdrücke, wie berichtet, gebraucht zu haben. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Betreffenden sich beim Magistrat über mich beschwert hätten, als daß bei der Statberatung Material von allem Möglichen, was die Leute gesagt haben sollen, vorgeführt wird.

**Stadtv. Steinbrecher:** Die Sachkunde und die Gründlichkeit in der Behandlung spreche ich dem Herrn Stadtrat nicht ab. Aber ich habe hier sieben Namen

von Personen, die mir derartiges berichtet haben, wie ich vorhin vorgetragen habe. Die müßten ja sonst alle geschwindelt haben; das kann ich doch nicht annehmen! Ob eine Sache aussichtslos ist, das können Sie im Versicherungsamt besser beurteilen als wir, da im Versicherungsamt bei den Akten alle ärztlichen Gutachten sind, die eben die Verletzten nicht haben. Wenn Sie nur wüßten, welche Schererei es macht, von der Berufsgenossenschaft Gutachten zu erhalten! Man sieht manchmal, daß der Bescheid nicht dem entspricht, was der Arzt geschrieben hat, daß der Arzt besser begutachtet hat, als die Berufsgenossenschaft angibt. Ich möchte Sie nur bitten, es zu unterlassen, den Verletzten zu sagen: Warum gehen Sie gerade zum Arbeitersekretariat?

**Vorsitzender:** Eine allgemeine Bemerkung ist hier wohl angebracht. Es ist selbstverständlich, daß in großen städtischen Betrieben hier und da etwas Unrichtiges vorkommen kann. Aber ich halte es für richtig, daß bei allen solchen Arten von Beschwerden, die meistens auf einseitiger Darstellung beruhen, zunächst der betreffende Stadtverordnete Gelegenheit nimmt, sich bei der anderen Seite zu erkundigen. Es ist unangenehm, wenn solche Sachen, die zumeist sich nicht genau so zugetragen haben, wie sie dem Stadtverordneten vorgebracht sind, hier berichtigt werden müssen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich komme auf die von mir gestellte Frage über die Exekutoren zurück, da mir die Antwort des Herrn Stadtrats von Frankenberg nicht vollständig genügt. Die Gesetzesvorschriften sind mir wohl zugänglich, aber nicht ihr Betrieb und die Einrichtungen in der Gemeinde, und darüber möchte ich Aufklärung haben. Ich möchte wissen, welche Maßnahmen Sie getroffen haben, damit derartiges nicht vorkommen kann, in welchem zeitlichen Abstände die Exekutoren Gelegenheit haben, über Zahlungen, Niedererschlagungen usw. unterrichtet zu werden, ob das täglich geschieht oder in welcher Zeit. Bisher habe ich angenommen, daß das täglich geschieht, und daß die Beamten, die damit betraut werden, es gewissenhaft machen. Durch diese zwei Fälle habe ich Zweifel bekommen, ob das nicht doch anders ist. Dann war der Grund meiner Klage der, daß der städtische Exekutor, nachdem die Frau ihm den Sachverhalt dargelegt hatte, ohne weiteres mit Gewalt hat vorgehen wollen, ob auch da die Vorschrift unbedingt dahin lautet, mag er den Angaben Glauben schenken oder nicht, möglichst schroff dem Publikum entgegenzutreten, oder ob nicht die Anweisung vorhanden ist, daß bei einem derartigen nicht unglaublichen Vorgange der Exekutor zunächst Ermittlungen anstellen soll, soweit nicht Gefahr im Verzuge ist. Wenn diese Anweisungen nicht bestehen sollten, wenn der zeitliche Abstand der Information der Exekutoren zu groß wäre oder wenn ihnen die Höflichkeit gegenüber dem Publikum

nicht eingeschränkt wäre, dann möchte ich bitten, daß der Magistrat seine Ansicht reformiert.

**Stadtrat von Franckenberg:** Es besteht die Einrichtung, daß jeden Morgen an jedem Werktag sich sämtliche Vollziehungsbeamte bei der Stadthauptkasse einfinden, um genau zu vergleichen, wie ihre hinter ihnen liegende Tagesarbeit mit den Einzahlungen bei der Stadthauptkasse ins Einbernehmen zu bringen ist. Sie verlassen die Stadthauptkasse an jedem Morgen so, daß sie Nachricht empfangen haben über das, was sich dort inzwischen vollzogen hat. Ich glaube, daß in der Beziehung Herr Dr. Jasper unsere Überzeugung teilen wird, daß von uns aus nicht mehr zu geschehen hat. Es kann lediglich ein Irrtum sein, wenn gleichwohl der Vollziehungsbeamte eine schon eingezahlte Steuer nochmals einzuziehen versucht. Hinweisen möchte ich jedoch darauf, daß die Exekutoren Anspruch auf Vollstreckungsgebühr haben, wenn die Einzahlung an demselben Tage oder am Tage vorher erfolgt ist, an dem die Einziehung versucht wird. Es läßt sich dies nicht vermeiden, denn die Vollziehungsbeamten können ja schon vorher, ehe sie nach der Stadthauptkasse gegangen sind, die Einziehung versucht haben. Im übrigen ist den Beamten Höflichkeit zur Pflicht gemacht, es ist ihnen auch gesagt, daß sie nicht in jedem Falle sofort zu pfänden haben, daß sie aber, falls Gefahr im Verzuge ist, sofort zugreifen sollen. Daß der Beamte nicht auf jede Einwendung sich sofort zurückzieht, sondern durch Fragen versucht, den Tatbestand festzustellen, das werden Sie alle, da Sie mit großen Bevölkerungstheilen viel zu tun gehabt haben oder noch haben, wohl begreifen, denn wenn die Beamten gar zu glimpflich und behutsam auftreten wollten, so möchte ich einmal sehen, was dabei herauskommen müßte.

**Stadtv. Sander:** Ich habe auch eine Klage über das Verfahren der Exekutoren vorzubringen. Zu einem mir bekannten Herrn — er gehört der ersten Steuerklasse an und hat seine Steuern immer regelmäßig bezahlt — ist der Vollziehungsbeamte gekommen, um die Steuern einzubringen, die schon bezahlt sind. Die Herrschaft ist gerade nicht zu Hause, und der Beamte händigt dem Dienstmädchen einen Zettel ein, auf dem steht: Wenn die Steuern nicht innerhalb drei Tagen bezahlt sind, so tritt Pfändung ein. Das halte ich nicht für richtig, denn die Herrschaft kommt leicht ins Gerede dadurch, daß das Mädchen weitererzählt, daß die Herrschaft gepfändet werden solle. Durch solches Vorgehen muß sich die Herrschaft verletzt fühlen, und ich meine, die Sache ließe sich doch auch anders einrichten. Derartige Drohungen auf einen offenen Zettel zu setzen, halte ich nicht für richtig. Ich möchte bitten, zu erwägen, ob das nicht abgeändert werden kann.

**Stadtrat von Franckenberg:** Die Herren wollen verzeihen, wenn ich als den sichersten Weg, solche Vorkommnisse zu vermeiden, eine recht pünktliche Steuer-

zahlung an die Spitze meiner Antwort stelle. Geschieht solche pünktliche Zahlung, dann wird sich ein derartiges Vorkommnis auch bei Personen aus der ersten Steuerklasse nicht ereignen. — Ich habe wohl verstanden, daß in diesem Falle eine doppelte Mahnung stattgefunden hat. Wenn das geschieht, dann muß durch ein Versehen die Möglichkeit dazu eingetreten sein. Nun hat sich schon heute morgen anläßlich einer anderen Beschwerde der Stadtmagistrat mit der Frage der Hinterlassung solcher Mahnzettel beschäftigt, und da kann ich, Ihnen entgegenkommend, erklären, daß wir der Meinung sind, es müsse versucht werden, einen Ausweg zu finden, um zu vermeiden, daß gerade Bediensteten oder Leuten, die nicht Angehörige der Familie sind, solche Mahnzettel in die Hand gedrückt werden. Ich bin vom Stadtmagistrat beauftragt, die Stadthauptkasse aufzufordern, sich darüber zu äußern, wie die Sache am besten einzurichten ist, vielleicht in der Weise, daß in verschlossenen Umschlägen mit durchsichtiger Adresse, in sogenannten Fensterumschlägen, die Mahnzettel zugestellt werden. Damit werden wir wohl gerechten Wünschen entsprochen haben.

**Stadtv. Voetschigt:** Das pünktliche Steuerzahlen ist selbstverständlich das nächste Abhilfsmittel. Ich habe hier aber einen Fall vorzubringen, daß jemand gepfändet werden sollte, der überhaupt nicht nötig hatte, eine bestimmte Steuer zu zahlen. Ein Gewerbetreibender hatte sein Gewerbe an seinen Nachfolger abgemeldet, er zieht an die Promenade, und nachher kommt der Exekutor und will ihm Gewerbesteuern abholen. Der Betreffende redet ein: „Ich habe keine Gewerbesteuer mehr zu zahlen, ich habe mich ja abgemeldet“, und da wird ihm die Antwort: „Dann muß ich Ihre Sachen mit Pfändungsmarken bekleben.“ In dem Falle mußte dem Exekutor, der sich nicht an den Hotelbesitzer, sondern an den Rentner gewandt hatte, doch auffallen, daß ein solcher keine Gewerbesteuer für das laufende Jahr mehr zu zahlen haben kann. Nachher ist festgestellt, daß die Meldung vergessen ist, weiterzugeben, ob durch die Polizei oder durch sonst wen, weiß ich nicht. Ich weiß aber, daß der Exekutor hat „anbadden“ wollen; schließlich ist es zu einem Vergleich gekommen und gesagt: „Es ist ein Versehen gewesen.“

**Stadtrat von Franckenberg:** Die Ausführungen des hochverehrten Herrn Vorredners ließen nicht ganz klar erkennen, wie die Sache lag. Es wird gesagt: Der Betreffende hatte sein Gewerbe abgemeldet an seinen Nachfolger. Ich kenne für uns nur als gültig die Abmeldung im Steuerbüro. Falls diese unterblieben sein sollte, und der Betreffende, wie es leider häufig geschieht, sich darauf verlassen haben sollte: „da ich heute das Gewerbe nicht mehr betreibe, kann mir keiner Steuern dafür abverlangen,“ so hat er sich in einem Irrtum befunden. Wenn wir aber von seiten des Rechtsnachfolgers eine entsprechende Meldung bekommen, so

sind wir durchaus nicht darauf entbrannt, für dieselbe Zeit von zwei verschiedenen Personen dieselbe Steuer zu bekommen, obgleich wir nach dem Gesetze dazu berechtigt sein würden. Ich bin nicht imstande, in diesem Falle genauere Auskunft zu geben; wenn die Sache so liegt, wie ich vermute, dann war der Vollziehungsbeamte berechtigt, zu „backen“.

**Stadtv. Sander:** Herr Stadtrat von Frankenberg bemerkte, derartige Fälle, wie ich vorgeführt habe, ließen sich vermeiden, wenn die Steuern pünktlich bezahlt würden. Der Herr, von dem ich sprach, hat stets sofort, wenn er seinen Steuerzettel ins Haus bekommen hatte, und zwar für das ganze Jahr sofort, seine Steuern bezahlt. Darum ist der Fall um so mehr unerklärlich. Ich möchte den Herrn nur noch davor in Schutz nehmen, als ob er unpünktlich seine Steuern bezahlt hätte.

**Stadtv. Loejchigt:** Der Fall, von dem ich berichtete, liegt doch anders, als der Herr Stadtrat glaubt. Der Mann ist mit seinem Nachfolger nach der Gewerbepolizei gegangen und hat sein Gewerbe für sich abgemeldet, und hat gefragt: Muß ich mich noch anderswohin wenden, damit ich abgemeldet werde? Darauf ist ihm die Antwort geworden, daß wäre nicht nötig. Wenn der Herr Stadtrat sagt, daß der Mann bei seiner Unkenntnis des Gesetzes nicht ordnungsmäßig vorgegangen sei, so ist es doch wunderbar, daß auf dem Steuerbüro für seinen Nachfolger und für ihn selber Steuern ausgeschrieben sind.

**Stadtrat von Frankenberg:** Herr Loejchigt weiß als alter Krankenkassenzahler, daß man auch bei dieser Kasse so lange weiterzahlen muß, bis die Abmeldung erfolgt ist. Genau so muß auch die Gewerbesteuer weiterbezahlt werden, bis die Abmeldung bei der Steuerbehörde geschehen ist.

#### **Rap. XIV. Insgemein.**

(Ohne besondere Besprechung.)

#### **B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

(Referent: Stadtv. Mohr. Ohne besondere Besprechung.)

#### **Rap. XI der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben.**

(Referent: Stadtv. Mohr. — Das Kapitel schließt mit einem Überschuß von 4 479 500 M ab.)

(Ohne weitere Debatte.)

**Stadtv. Mohr:** Wir kommen jetzt zu der vergleichenden Zusammenstellung der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Voranschlages 1914/15, und ich möchte empfehlen, zur Durchsicht die *Anlage B zum Begleitschreiben* zur Hand zu nehmen. Sie finden in dieser die prozentualen Sätze angegeben, was die Übersicht erhöht. Gegenüber dem Vorjahre zeigt die Einnahme ein Mehr von 265 000 *M.*, und die Ausgabe ein solches von 400 700 *M.*

(Ohne weitere Besprechung.)

### **Anlage A. Übersicht der zu zahlenden Löhne.**

**Stadtv. Diedmann** (zu 12, städtisches Schlachthaus): Bereits im vergangenen Jahre nahm ich bei der Statberatung Gelegenheit, auf einen Punkt zurückzugreifen, und dabei wurde mir seitens des Herrn Dezenten für das Schlachthaus der Vorwurf gemacht, warum ich derartige Sachen nicht im Schlachthausausschuß vorbrächte. Ich habe das im Laufe des Jahres, wenn auch die Sitzungen selten waren, getan. Da aber die Zeit zu knapp bemessen war, so ist es mir nicht möglich gewesen, berechnete Wünsche dort vorzubringen. Obwohl mir der Schlachthausdirektor das Versprechen gegeben hatte, für die Schlachthausarbeiter einzutreten, und in dem von mir angeregten Falle bei der Lohndeputation einen bestimmten Antrag zu stellen, ist dies nicht geschehen. Ich bin deshalb gezwungen, hier darauf zurückzukommen und darauf hinzuweisen, daß die städtischen Schlachthausarbeiter wohl die schlechtestbezahlten städtischen Arbeiter sind. Wenn wir sie mit anderen Abteilungen vergleichen, so stehen die übrigen, wie z. B. die beim Straßenreinigungsinstitut im Monatslohn und bekommen außerdem eine Entschädigung für Bekleidung. Die städtischen Arbeiter im Schlachthause bekommen wohl auch ihren Lohn monatlich, aber es ist ein Tagelohn, und die Festtage werden ihnen abgezogen. Außerdem erhalten sie eine bereits versprochene Vergütung für Bekleidung nicht, sondern nur eine solche für außergewöhnlich zu leistende Arbeit, d. h. für einen Teil ihrer Arbeit, im ganzen 10 *M.* Ich kann diesen Betrag nicht als Entschädigung für Bekleidung ansehen, denn man muß bedenken, daß sie viel schmutzige Arbeit zu leisten haben, wodurch ihr Zeug arg in Mitleidenschaft gezogen wird. Da auch für dieses Jahr eine Kleidungsentschädigung nicht vorgesehen ist, so möchte ich bitten, nachträglich einen solchen Betrag einzusetzen.

**Vorsitzender:** Herr Diedmann hat schon einen entsprechenden Antrag eingereicht. Er lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, die Löhne der Arbeiter des städtischen Schlachthauses um so viel Mark zu erhöhen, daß den Arbeitern schon in diesem Jahre eine Vergütung für Bekleidung gewährt werden kann.“

Ich überweise den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

**Stadtv. Mohr:** Der Antrag des Magistrats in betreff der bis jetzt verhandelten Voranschläge lautet:

An die geehrten Herren richten wir das Ersuchen:

den vorgelegten und im vorstehenden begründeten und erläuterten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1914/15 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegroßsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Die Finanzkommission hat die Vorschläge geprüft und empfiehlt Ihnen durch mich, Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Magistrats aussprechen zu wollen.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

## 2. Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.

(Referent: Stadtv. Mohr. Ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Mohr:** Der Antrag des Magistrats für diese Voranschläge lautet:

„Die Voranschläge der eben gedachten Klassen nach Maßgabe des Entwurfs festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt wird.“

Auch in diesem Falle gibt Ihnen die Finanzkommission anheim, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag des Stadtmagistrats wird angenommen.

**Vorsigender:** Hat jemand zu dem Voranschlage noch etwas zu bemerken.

**Stadtv. Niese:** Ich habe vorhin während des Schreibens meines Antrages etwas übersehen. Ich ersuche, noch einmal zu Seite 261, wo von der Frauenbadeanstalt im Bürgerpark die Rede ist, zurückzukehren.

**Vorsigender:** Ich nehme an, daß die Versammlung einverstanden ist, daß wir auf den Punkt zurückkommen. — Widerspruch scheint sich nicht zu erheben.

**Stadtv. Niese:** Im Bürgerpark liegen die Bassins für das alte Flußwasserwerk; zwei davon sind verdeckt und werden zu nichts weiter gebraucht. Wo wir jetzt



überall ein Defizit haben, da sollte man auch das Allerkleinste, was man der Stadt dienstbar machen kann, zur Anwendung bringen. Zwischen den beiden Bassins liegt ein Streifen Land, ich schätze seine Länge auf 30 m, der sich sehr gut zu Gartenland verwenden ließe. Es würden dabei ziemlich 500 qm zur Bebauung mit Gartenfrüchten gelangen können. Früher sind schon einmal Ermittlungen angestellt, ob man nicht die Bassins als Schwimmbassin gebrauchen könnte, man ist aber davon abgekommen, da in sie das Kondenswasser hineingelassen werden muß. Zu erwägen wäre aber, ob sie nicht zur Fischzucht eingerichtet werden könnten. Allerdings liegt das eine Bassin gerade im Zuge der Hennebergstraße, aber immerhin könnte aus diesen Teilen etwas im Interesse der Stadt herausgezogen werden. Ich habe keinen Auftrag von irgend jemand, darüber zu sprechen, aber diejenigen, die Schrebergärten unterhalten, werden meinen Ausführungen beistimmen, und auch der Wirt im Bürgerpark würde wohl gern einen kleinen Gemüsegarten in der Nähe haben. Ich möchte den Magistrat ersuchen, einmal zu erwägen, was mit diesem freiliegenden Gelände bewerkstelligt werden könnte.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Bei dem großen Defizit ist selbstverständlich der Magistrat sehr erfreut über jede Anregung, die der Stadt Geld bringen kann. Aber jetzt gleich zu sagen: „Wir wollen die Bassins und das Gelände in der und der Weise benutzen“, ist mir leider nicht möglich. Ich will mir gelegentlich die Örtlichkeit ansehen und mit der Verwaltung Rücksprache nehmen, ob in dieser Weise etwas geschehen kann. Eine Fischzucht in den früheren Klärbassin einzurichten, wird schwer sein, weil kein fließendes Wasser vorhanden ist, und dazu Wasser von oberhalb Eisenbüttel abzuleiten, das würde zu teuer werden, weil die Turbinen in Eisenbüttel viel Wasser schlucken, und wir Zeiten haben, in denen wir die Turbinen mit dem vorhandenen Wasser kaum treiben können. Aber ich will die Sache im Auge behalten.

**Stadtv. Rietz:** Dann hätte ich zum Etat im allgemeinen folgendes zu sagen: In den meisten Kapiteln steht eine Fehlsomme, aber solange der jetzige Herr Oberbürgermeister im Amte ist, hat er jedes Jahr einen bald größeren, bald kleineren Überschuß herausgebracht. Ganz früher, zu Zeiten des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, kam es vor, daß wir Doppelsitzungen halten mußten, weil der Herr Oberbürgermeister erklärte: Wir haben keinen Pfennig Geld in der Kasse. Das ist heute nicht mehr so, und ich bin fest überzeugt: wenn auch eigentlich der Etat mit den ewigen Fehlsommen Schrecken erregen könnte, so ist das bei Ihnen wie auch bei mir doch nicht der Fall. Wenn gestern der eine Referent erklärte, daß es nicht möglich sei, auszurechnen, wieviel Schulden die Stadt habe — bis zu 20 Millionen Mark wäre herausgekommen —, so kann ich das meiner Überzeugung

nach doch, und weiß genau Bescheid davon. Aber ich rechne auch noch 10 Millionen dazu, und mir wird doch nicht bange, weil wir den Rekord der preußischen Städte nicht innegehalten haben und uns günstiger stehen. Ich bin überzeugt, wenn auch ein Fehlbetrag von 302 000 *M* sich im Voranschlage ergeben hat, so wird der Abschluß doch ein günstiger werden. Ferner müssen wir von Seite 385 den Ausgleichsfonds nicht vergessen, der einen Vorrat von 700 000 *M* aufweisen wird. Da kann man im Ernst doch nicht an ein Defizit des Voranschlages glauben. Damit will ich die Berechnungen, wie sie aufgestellt sind, nicht angreifen. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß bis zur Aufstellung des Vollzugs-Etats im Ende Juli noch viele Veränderungen stattfinden. Und wenn ein Defizit vorhanden ist, so rührt es auch nicht aus dem einen Jahre allein her, es hat allmählich angefangen. Ich weise dabei auf den Bau der Schule an der Pestalozzistraße und auf den Bau der Paulikirche hin. Neuerdings hat die städtische Bauverwaltung stets melden können, daß die Posten der Kostenanschläge, die sie gemacht hatte, in den meisten Fällen nicht verbraucht sind, und so bin ich zu der Annahme gekommen — wenn ich auch nicht einstimmen kann, daß wir durch die Wehrsteuereinschätzung einen bedeutenden Aufschwung erhalten werden —, daß immerhin eine ganze Menge zusammenkommen wird, wodurch das Defizit kleiner werden wird, und wir immerhin mit unserem Etat so abschließen werden, wie andere gleichwertige Gemeinden. Wenn wir alles zusammenhalten, so sind auch Summen beim Gas- und Wasserwerk aufgespart. Schulbauten haben wir außer der Mittelschule nicht gehabt, und so gut wir in anderen Jahren die Kosten hierfür aus dem Ausgleichsfonds genommen haben, ebenso gut kann auch einmal ein Defizit und die Kosten für Straßenbauten damit ausgeglichen werden, ohne daß damit unsere Vermögenslage ins Schwanken kommt. — Das ist meine Ansicht über den ganzen Etat.

**Vorsitzender:** Ein Teil der Ausführungen des Herrn Vorredners gehörte wohl zu unseren Verhandlungen über das Ordinarium. Wegen der Schulden der Stadt möchte ich auf den Verwaltungsbericht verweisen, wo auf der letzten Seite genaue Auskunft darüber erteilt ist. Ganz richtig waren wohl die Angaben des Herrn Riese darüber nicht.

Stadtv. Munte (verzichtet auf Wunsch des Vorsitzenden auf das Wort, um die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen).

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratungen über den Haushaltplan und nehme Gelegenheit, den beiden Herren Referenten für ihre sorgfältige Durcharbeitung des Etats und ihren Vortrag den Dank der Versammlung auszusprechen.

## 2. Abschluß eines Vertrages mit dem Deutschen Drogistenverbande von 1873 E. G.

Stadtv. **Loeschigt**: Die geehrten Herren haben schon vor einiger Zeit zugestimmt, daß wir dem Drogistenverbande das Grundstück an der Pflegehausstraße, nachdem dasselbe zweckentsprechend umgebaut ist, zur Verfügung stellen und während 40 Jahren in Bau und Besserung erhalten, ferner ein mit 3 Prozent zu verzinsendes Darlehen von 40 000 *M* gewähren, und zur Beschaffung des Akademieinventars einen Zuschuß von 10 000 *M* leisten. Die Verhandlungen mit Herrn Professor Dr. Freise und dem Drogistenverbande stehen jetzt vor dem Abschluß, und der Magistrat legt uns einen Vertragsentwurf vor und bittet, denselben zu genehmigen. Sie erlassen mir wohl, die einzelnen Punkte zu verlesen, insbesondere da einzelne Punkte noch geändert werden müssen. Ich bitte namens der Finanzkommission, die den Vertrag geprüft hat ihn im ganzen zu genehmigen, und zugleich den Magistrat zu ermächtigen, einige etwa nötige Änderungen an dem Vertrage im Einvernehmen mit der Finanzkommission vorzunehmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird genehmigt.

## 3. Vermietung von Wohnungen im Hause Mönchstraße 15 und Einrichtung einer Waschküche daselbst.

Stadtv. **Sander**: Im Hause Mönchstraße 15, welches seinerzeit für den Bau der neuen Knabenmittelschule mit erworben ist, sollen die hergestellten Wohnungen vermietet werden. Es sind in dem Hause vier Wohnungen vorhanden, wovon die eine der Schuldiener der Knabenmittelschule erhalten würde, eine andere der später dort eintretende Heizer, während die beiden anderen vermietet werden können. Die Wohnung für den Schuldiener besteht aus 4 Zimmern, Küche und Schrankkammer, sie liegt im Obergeschoß. Die erste Wohnung im Erdgeschoß besteht aus 3 Zimmern, Küche und 2 Bodenkammern, und soll dem Heizer überlassen werden. Die zweite Wohnung im Erdgeschoß hat 2 Zimmer, Küche und Bodenkammer, und soll zu 180 *M* vermietet werden. Die letzte der Wohnungen — im Obergeschoß — hat 2 Zimmer und Küche und soll zu 150 *M* vermietet werden. Mieter für die beiden letzten Wohnungen haben sich schon gefunden. Der Magistrat beantragt, der empfohlenen Vermietung bezw. Überweisung der einzelnen Wohnungen an die Betreffenden zuzustimmen. Ich habe mir selbst die Wohnungen angesehen; sie sind sehr nett hergerichtet und sind mit dem Preise wohl angemessen bezahlt. Ich bitte, dem Antrage der Baukommission zu folgen und der Überweisung und Vermietung zuzustimmen.

Sodann handelt es sich um den Bau eines Waschhauses, denn es war beim Umbau des Hauses versäumt, ein solches vorzusehen, wie denn auch früher ein Waschhaus in dem Hause nicht vorhanden gewesen ist. Die städtische Bauverwaltung schlägt vor, in einem Raume, der bisher als Holzstall gedacht ist, eine Waschküche einzurichten. Ich habe mir auch das angesehen und bin überzeugt, daß sich in dem Raume eine Waschküche praktisch herrichten läßt. Die Kosten dafür sind auf 750 *M* bemessen. Es kommt das einem wohl etwas hoch vor, aber die Kosten sind dadurch begründet, daß ein Schornstein von unten aus gezogen werden muß, und neben ihm noch ein Dunstrohr. Von dem Plane, ein Waschhaus auf den Hof zu bauen, ist man abgekommen, weil der Hof dadurch zu sehr beengt würde, der Bau zu nahe an das Wohnhaus treten, und außerdem ein bis über die Dachfirst des Nachbargebäudes hinauszuführender Schornstein einen häßlichen Anblick gewähren würde. Dazu hätten sich die Kosten auch noch höher, auf 1800 *M*, belaufen. Der Magistrat bittet, der von mir zuerst erwähnten Herrichtung einer Waschküche zuzustimmen unter Verwilligung von 750 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds, und die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage zu folgen.

Die beiden Anträge der Baukommission werden genehmigt.

#### 4. Gewährung eines Darlehns an die Junfersche Schulhausgesellschaft.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die Vorlage ist den Herren allen zugegangen. Sie besagt, daß die Räume der Zahnschen Realschule zu klein geworden sind und deshalb ein anderes Heim für die Schule beschafft werden muß. Die „Junfersche Schulhausgesellschaft“ hat an der Kasernenstraße ein Grundstück für 70 000 *M* erworben und will dort ein Schulgebäude mit 12 Klassenzimmern und den sonst erforderlichen Räumen mit einem Kostenaufwande von 210 000 *M* errichten. Die Pläne für das Gebäude sind dort ausgehängt, der Herr Korreferent wird noch darauf eingehen. Die Schulhausgesellschaft ist nicht in der Lage, aus eigenem diese Mittel von rund 300 000 *M* aufzubringen und ist an die Stadt mit der Bitte um Gewährung eines Darlehns herangetreten. Der Magistrat schlägt vor, ein Darlehn von 150 000 *M* zu gewähren, das an zweiter Stelle hinter 100 000 *M* auf das Schulgrundstück eingetragen werden soll. Das Darlehn soll mit 4½ Prozent verzinst werden, und jährlich 3000 *M* und die dadurch ersparten Zinsen abgetragen werden. Es soll von der Stadt nicht gekündigt werden können, wenn die Schulhausgesellschaft ihre Verpflichtungen auf Verzinsung, Abtragung und auf Einrichtung der Schule gewissenhaft erfüllt, sonst ist eine Kündigungszeit von einem Jahre vorgesehen. Der Magistrat hat in seinem Schreiben im einzelnen die Gründe dargelegt, die ihn zu diesem Vorschlage bewogen haben. Er hält die Schule an und für sich unterstützungswürdig und ist auch der Ansicht,

daß sie eine Konkurrenz gegenüber den städtischen Oberrealschulen nicht sei, sondern daß immer noch ein Bedürfnis für diese Schule vorhanden sei. Es habe sich die Schülerzahl nicht unerheblich gesteigert, man hoffe, daß wohl 500 Schüler die Schule im neuen Heim besuchen werden, während sie zurzeit von 350 Schülern besucht wird. Die Finanzfrage gedenkt die Schulhausgesellschaft in der Weise zu regeln, daß sie das bebaute Schulgrundstück für einen Mietpreis von 15 000 *M* Herrn Dr. Junker überläßt, während jetzt eine Miete von 3500 *M* bezahlt werden muß. Es würde also eine Mehrausgabe von 11 500 *M* entstehen, die in der Weise gedeckt werden soll, daß einmal das Schulgeld um 20 *M* erhöht wird, dann auch, wie bisher, die Schüler einen Zuschuß von 10 *M* für den Schulhausfonds leisten, und ferner der staatliche Zuschuß von 2500 *M* verdoppelt wird, während man die weiteren laufenden Ausgaben durch die sonstigen gesteigerten Einnahmen aufzubringen hofft.

Die Finanzkommission hat sich in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt der Magistratsvorlage gestellt und es als richtig und gut anerkannt, daß eine derartige Privatschule von der Stadt subventioniert wird. Sie hat die grundsätzlichen Bedenken, die die Minderheit gegen eine derartige Subvention von städtischen Schulen vorbrachte, nicht gelten lassen, auch gemeint, daß genügend Sicherheit vorhanden sei, wenn die Beleihung mit 150 000 *M* nach den 100 000 *M* vorgenommen würde, vorausgesetzt, daß die Schule so eingerichtet wird, daß sie jederzeit von uns für städtische Schulzwecke verwandt werden könnte. Der schlimmste Fall, der eintreten könnte, wäre der, daß wir die Schule für 250 000 *M* übernehmen müßten. Wenn sie bei ihrer Entstehung 280 000 *M* oder 300 000 *M* kostet, so würden wir dabei noch keinen finanziellen Schaden erleiden, es wurde sogar von einer Seite erwähnt, wir machten mit der Beleihung ein gutes und sicheres Bankiergeschäft, wenn sich auch nicht leugnen läßt, wie auch in der Vorlage erwähnt ist, daß wir nach den Grundsätzen, die wir an Hypothekenshergabe stellen, die sogenannte Mündelsicherheit nicht erfüllt ist. Aus dem Grunde ist vom Magistrat auch vorgeschlagen, das Geld nicht aus dem Stammvermögen zu nehmen, auch nicht aus dem Ausgleichsfonds, sondern aus dem Extraordinarium, das an diese engen Grundsätze nicht gebunden ist. Der Antrag des Magistrats lautet:

zu genehmigen, daß der Junkerschen Schulhausgesellschaft m. b. H. zwecks Errichtung eines Schulgebäudes für die Jahn'sche Realschule auf den Grundstücken Rajernenstraße Nr. 41 und 42 zu Lasten des Extraordinariums der Rammerei-kasse stadtseitig ein Darlehen von 150 000 *M* unter folgenden Bedingungen gewährt wird:

1. Die fragliche Summe wird mit 4½ Prozent verzinst und vom 1. April 1915 an mit jährlich 3000 *M* und den ersparten Zinsen getilgt; die Zahlungstermine bestimmt der Stadtmagistrat.

2. Zur Sicherung des Darlehns wird mit den beiden genannten Grundstücken Hypothek bestellt, der höchstens 100 000 *M* vorausgehen dürfen.

3. Das Projekt des Schulhausbaues und die Art seiner Ausführung unterliegt der Genehmigung des Stadtmagistrats; das Gebäude ist — gegebenenfalls nach Anordnung des Stadtmagistrats — dauernd in gutem baulichen Zustande zu erhalten.

4. Sofern die Schulhausgesellschaft die Verpflichtungen unter 1 bis 3 gewissenhaft erfüllt, verzichtet die Stadt auf die Geltendmachung des Rücktrittsrechts; andernfalls ist das vorgeliehene Kapital spätestens ein Jahr nach erfolgter Kündigung zurückzuzahlen.

Namens der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, der finanziellen Seite der Vorlage zuzustimmen. Lediglich eine kleine Abweichung hat die Kommission Ihnen vorzuschlagen, nämlich in Ziffer 4 einzufügen: „nach Ansicht des Magistrats“ gewissenhaft erfüllt — was wohl einstimmig für gut gehalten wurde, weil eintretendensfalls sonst richterliche Entscheidung notwendig wäre und die Gesellschaft dem Magistrat wohl zutrauen kann, daß er nach pflichtmäßigem Ermessen verfährt.

**Stadtv. Rasche:** Das Projekt ist entstanden aus einem Vorprojekt, welches von der Schulhausgesellschaft entworfen und von der städtischen Bauverwaltung bearbeitet ist. Es enthält die 12 Klassenzimmer, einen Physik- und einen Zeichenaal und die übrigen notwendigen Nebenträume. Auch auf die auswärtigen Schüler, die nicht in der Stadt wohnen, ist Rücksicht genommen, indem für diese ein Unterkunftsraum vorgesehen ist, wo sie sich nötigenfalls aufhalten können. Seitens der Baukommission wird nur gewünscht, daß die Ausführung des Dachgeschosses von der städtischen Bauverwaltung durchgearbeitet wird, um etwas ganz Vollendetes zu bekommen. Auch im Äußern verspricht das Gebäude ein schönes zu werden, so daß die Baukommission Ihnen Annahme dieses Projekts empfiehlt mit der Bitte, daß die städtische Bauverwaltung die Oberleitung bei Ausführung des Gebäudes übernimmt.

**Vorsitzender:** Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, werde ich die Vorlage mit sämtlichen Bedingungen in eins zur Abstimmung bringen. — Diejenigen Herren, die der Gewährung des Darlehns und dem vorgelegten Projekt nach den Vorschlägen der beiden Kommissionen zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit.

## 5. Verkauf eines Geländes an der Waterloostraße.

Stadt v. **Busch**: Zwecks Regulierung des die Waterloostraße an ihrem nördlichen Auslauf westlich begrenzenden Geländes hat die Stadt im Frühjahr 1912 ein größeres Terrain angekauft, und zwar zwei Flächen von 13 a 9,5 qm und 3 a 54 qm — wie die ausgehängte Zeichnung zeigt. Insgesamt sind hierfür 34 650 *M* ausgegeben. Der Preis für die letztere Fläche war sehr hoch, mußte aber zugestanden werden, um den Gegenkontrahenten zu bewegen, eine im Besitz der Stadt befindliche durch die Kosten der Waterloostraße stark belastete Restfläche des vormalig Vorlopfchen Grundstücks der Stadt abzunehmen. Nun hat die Stadt keine eigene Verwendung für die vorerwähnte Fläche, und es erschien ihr deshalb zulässig, sie bei passender Gelegenheit wieder zu veräußern. Das ist ihr auch gelungen; sie hat mit dem Architekten Keldenich vor einiger Zeit einen Vertrag geschlossen, wodurch die genannten Flächen frei von Straßenbaukosten zum Preise von 60 000 *M* auf den genannten Architekten übergehen. Für die Bemessung des Kaufpreises kommt in Betracht, daß außer dem Erwerbspreise der Stadt die Straßenbaukosten mit 22 800 *M* gedeckt werden, also mindestens 57 450 *M* beim Verkauf erzielt werden. Dieser Satz wird durch das Gebot des Herrn Keldenich um 2550 *M* überschritten, so daß die Stadt keinen Schaden erleiden wird.

Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Vorlage befaßt und empfiehlt, zu dem vom Magistrat abgeschlossenen Vertrage die Genehmigung zu erteilen.

Der Vertrag wird genehmigt.

## 6. Gewährung von Mitteln zur Ausführung von Bauten seitens des Schwestern- und Krankenhauses vom Roten Kreuz.

Stadt v. **Munte**: Die Vorlage über die Gewährung von Mitteln an das Rote Kreuz ist in autographischer Vervielfältigung in Ihren Händen, ebenso das Anschreiben des Vorstandes vom Roten Kreuz an den Magistrat. Das Rote Kreuz bittet in diesem Schreiben die Stadt um Unterstützung zu einem notwendigen Neubau zur Unterbringung der Schwestern und der Magistrat nimmt den Standpunkt ein, daß diese Unterstützung von der Stadt unter allen Umständen gewährt werden müsse, und hat daher in seiner Vorlage die Gewährung derselben befürwortet. Das Schwestern- und Krankenhaus vom Roten Kreuz hat sich seit seiner Gründung hier sehr erweitert und eine Schwesternzahl von 110 (gegen früher 40) erreicht. Es ist nicht mehr möglich gewesen, diese Schwestern, die im Dienst der Krankenpflege Tag und Nacht bereit sein müssen, so unterzubringen, daß

ihnen die nötige Ruhe gesichert ist. Sie schlafen zu mehreren in einem Zimmer, in einem einzelnen Falle sogar zu achten, und jedermann wird zugeben, daß das der Schwestern unwürdig ist und es deshalb unmöglich wäre, ihre Zahl zu erhöhen. In seinem Schreiben hat der Magistrat auch eine Übersicht über die Vermögenslage der Anstalt gegeben. Darnach hat das Rote Kreuz selbst 32 000 *M* zur Verfügung, herrührend aus Zuwendungen und Rückstellungen, ferner hat bereits der Staat 25 000 *M* à fonds perdu zugesagt, und der Vorstand der Jüdelstiftung wird 20 000 *M* bewilligen, das sind zusammen 77 000 *M*. Die Baukosten und die Kosten für Vermehrung des Inventars betragen zusammen 177 000 *M*, es fehlen also 100 000 *M*. Der Magistrat schlägt nun vor, zustimmen zu wollen, daß dem Schwestern- und Krankenhause vom Roten Kreuz zwecks Ausführung der erwähnten Bauarbeiten

- a) aus dem Ausgleichsfonds die Summe von 25 000 *M* gezahlt wird,
- b) ein mit jährlich 4 Prozent zu verzinsendes und mit  $\frac{1}{2}$  Prozent und den ersparten Zinsen zu tilgendes Hypothekendarlehen von 75 000 *M* zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse gewährt wird,
- c) aus Abteilung III der Jüdelstiftung die Summe von 20 000 *M* überwiesen werde.

Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß der Magistrat sich auf den Boden gestellt hat, die Unterstützung zu gewähren, da es sich um eine gemeinnützige Anstalt handelt, deren Mitglieder der leidenden Menschheit hilfreich zur Seite stehen. Die Baukommission und die Finanzkommission haben die Anträge gemeinsam beraten und beide sind wohl einstimmig — oder vielmehr mit überwiegender Mehrheit zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, die Magistratsanträge anzunehmen. Ich bitte Sie namens der Finanzkommission, solches zu tun.

**Stadtv. Frühling:** In bautechnischer Beziehung habe ich zu der Vorlage nicht viel zu sagen. Das Haus wird nach den Wünschen des Roten Kreuz eingerichtet, die Pläne sind von uns eingehend durchgearbeitet und es sind Einwendungen dagegen nicht erhoben worden, so daß ich namens der Baukommission nur Annahme empfehlen kann. Ich möchte nur noch unterstreichen, was mein Herr Vorredner schon ausgeführt hat, daß die segensreiche Tätigkeit, die das Rote Kreuz ausübt, anerkennenswert ist und die Unterstützung durch die Stadt für die Wirksamkeit und Erhaltung der Anstalt dringend zu empfehlen ist.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Der Beschluß der vereinigten Kommissionen ist nicht, wie Herr Kollege Munte meinte, einstimmig gefaßt, sondern mein Freund Rietz



und ich, wir haben dagegen gestimmt. Wir möchten auch heute bitten, den von der Mehrheit empfohlenen Beschluß nicht zu fassen, sondern die grundsätzliche Seite dieser ganzen Frage mehr zu beachten, als es leider in der Kommission geschehen ist. Man gibt mit warmem Herzen hin, weil es eine wohlthätige Einrichtung ist und man sich darüber freut. Über die gute Absicht der Stiftung will ich mit den Herren nicht rechten. Ich will nicht bestreiten, daß sie in ihren Grenzen durchaus Anerkennenswertes leistet. Daß aber nicht alles so glänzend ist, wie es sein sollte, hat der Herr Referent selber treffend bewiesen, indem er hervorhob, wie solche Schlafverhältnisse in der sehr vornehmen Rote-Kreuz-Gesellschaft den Schwestern gegenüber für gut und angemessen gehalten werden. Das war ein Einblick in das Schwesternelend, das einen Hintergrund mancher Wohltätigkeitsgesellschaft darstellt. Ich will sonst eine Kritik an der Rote-Kreuz-Gesellschaft im allgemeinen oder an der hiesigen im besonderen nicht üben; ich glaube, dieses eine Beispiel, das durch die Vorlage anerkannt wird, daß solche Mißstände bestehen können, zeigt, daß wir uns nicht durch den wohlthätigen Mantel ohne weiteres dahin verführen lassen sollen, ohne weiteres alles gutzuheißen, sondern daß wir ein Mitbestimmungsrecht, ein Verwaltungsrecht, ein Kontrollrecht im größten Maße uns sichern sollten. So wie Sie dieses anerkennen, dann werden Sie für die grundsätzliche Stellung meiner Freunde einiges Verständnis gewinnen. Wenn wir in überwiegender Weise die finanziellen Träger der ganzen Einrichtung sind, dann ist es nicht richtig, daß die Verwaltungsgeschäfte ohne die Kräfte der Stadt in ganz fremde Hände gelegt werden.

Als wir diese Bedenken in der Finanzkommission geltend machten, wurde uns entgegengehalten: Ja, mit den Mitteln, die wir dem Rote Kreuz überweisen, so groß sie auch sein mögen, können wir das ganze Rote Kreuz in dem Umfange, wie es gegenwärtig besteht, nicht erhalten. Das mag richtig sein, aber es ist auch durchaus nicht nötig, daß wir das ganze Rote Kreuz ohne weiteres erhalten in dem Umfange, wie es geschehen soll, für Zwecke, die die Stadt nicht in erster Linie zu fördern hat. Wenn es Aufgabe der weltlichen Gemeinde ist, für Krankenpflege in ausreichendem Maße zu sorgen, wenn es Aufgabe der politischen Gemeinde ist, dafür zu sorgen, daß Krankenpflegerinnen ausgebildet werden, dann müssen im Rahmen dieser Zwecke, auf weltlicher Grundlage, ohne besondere religiöse Gesellschaften und Einrichtungen, auch die Mittel beschafft werden. Diese Zubeußen an private Gesellschaften mit besonderem Charakter, speziell mit religiösem Charakter, der auch in der Krankenpflege wiederholt nicht gerade angenehm zum Ausdruck kommt, der Charakter des Rote Kreuz insbesondere gegenüber den Krankenpflegern in der Stadt, die nach ganz anderen Grundsätzen, insbesondere nach Honorargrundsätzen handeln, läßt es uns nicht unbedenklich er-

scheinen, diese Mittel immer und immer wieder mit vollen Händen zu geben. Sollte man sich finanziell nicht richtiger dabei stehen, wenn man absehen will von der Ausbildung der Krankenpflegerinnen, die Krankenpflege als solche in städtische Regie zu nehmen. Das wäre, wie ich glaube, den Interessen der Stadt ebenso dienlich. Von einem Kommissionsmitgliede wurde angeregt: „Können wir für die großen Opfer, die wir aufbringen sollen, nicht ein Bett zu unserer Verfügung im Roten Kreuz erhalten?“ Ach nein, daran ist nicht zu denken! Das Geld sollt ihr hergeben, aber nicht irgend welche Gegenleistung erhalten.

Ich bin aus diesen grundsätzlichen Gründen, weil wir keine Aussicht haben, in der Leitung der Anstalt ein Wort mitzusprechen, weil wir nur für der politischen Gemeinde fremde Zwecke Mittel weggeben sollen, weil sich Mißstände bei der Einrichtung herausgestellt haben, nicht bereit, der Bewilligung dieser Mittel zuzustimmen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Zunächst möchte ich bemerken, daß Herr Dr. Jasper vollständig im Irrtum befangen ist, wenn er meint, das Schwesternhaus vom Roten Kreuz verdanke seine Entstehung einem wohlthätigen Mann. (Widerspruch des Stadtv. Dr. Jasper.) Ich muß sagen: Ich freue mich, daß noch so viel reges Interesse dafür vorhanden ist, Stiftungen über Stiftungen zu errichten. Wenn wir zusammenzählen, was an Stiftungen in der Stadt vorhanden ist, so kommen, wenn ich nicht irre, über 30 Millionen Mark heraus. Es wäre ein Unglück für die Stadt, wenn wir solche Stiftungen nicht hätten, sondern alles — wie Herr Dr. Jasper es hinstellt — aus den Steuern bezahlen müßten. Wir werden durch diese reichen Stiftungen, die uns in immerhin großem Umfange auch in den letzten Jahren zuteil geworden sind, in bezug auf die Erhebung von Steuern ganz gewaltig entlastet. Ich möchte wirklich bitten, nicht diejenigen Einwohner, die sich noch vorgenommen haben, der Stadt für milde Zwecke große Summen zuzuwenden — ich weiß es zufällig, es sind ihrer noch mehrere unter unseren Mitbürgern — davon abzuschrecken, indem hier in dieser Weise über solche Zuwendungen abgeurteilt wird.

Sodann hat Herr Dr. Jasper den Umstand ins Gesicht geführt, daß die Anstalt jetzt nicht mehr für die vorhandenen Schwestern ausreichende Wohnungen hat. Ich verstehe nicht, wie das ein Grund sein soll, die Vorlage abzulehnen! Wodurch sind denn diese Zustände gekommen? Als das Schwesternhaus erbaut wurde, da genügte es den Ansprüchen. Nun aber ist die Nachfrage nach Schwestern von allen Seiten so lebhaft geworden, daß man — offenbar in der Sorge, der Einwohnerschaft der Stadt gerecht zu werden — Schwestern über Schwestern angenommen hat. Man ist überall hilfsbereit eingetreten, und nun reicht das Haus

nicht mehr aus. Und wenn man das von Seiten des Roten Kreuz ausspricht, so soll das für uns ein Vorwand sein gegen Bewilligung an die Rote-Kreuz-Gesellschaft? Wenn nun das Rote Kreuz damit herausgekommen wäre: „Es reicht vollkommen, aber es könnte später nicht mehr ausreichen, darum wollen wir jetzt bauen“, was hätte dann Herr Dr. Jasper gesagt? Ich meine, der Umstand, daß die Räume nicht mehr ausreichen, spricht so sehr für die Bewilligung wie nur irgend etwas. Es kam mir wirklich etwas — ich will meine Worte anders setzen, um nicht der Kritik des Herrn Vorsitzenden zu verfallen —, es ist doch wirklich eine Kleinigkeit, wenn von einer Seite verlangt wurde, der Stadt solle ein Freibett zustehen. Wenn sie das haben will, so wird es das Rote Kreuz mit Vergnügen bewilligen. Aber was für einen Zweck würde das haben? Wir geben unsererseits jetzt die dritte Hypothek auf das Rote Kreuz, so daß wir damit auf über 300 000 M kommen, und wir geben außerdem dem Roten Kreuz alle Jahre einen laufenden Zuschuß. Sollen wir da sagen: „Dagegen bedingen wir uns ein Freibett aus?“ Mit solchen Gründen können Sie die Vorlage nicht bekämpfen.

Herr Dr. Jasper bemängelt weiter die fehlende Aufsicht durch die Stadt. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Jasper, der sonst genau mit den Gesetzen Bescheid weiß, in diesem Falle glaubt, die Aufsicht des Magistrats entbehren zu sollen. Der Magistrat ist anderer Ansicht. Die milden Stiftungen, soweit nicht ihre Statuten das Gegenteil besagen, sind der Aufsicht des Magistrats unterstellt, und der Magistrat übt diese Aufsicht auch hier aus. Er hat beim Roten Kreuz auch noch besondere Vorsorge getroffen, um über die Verwaltung Bescheid zu wissen, indem er sich schon früher ausbedungen hat, eins seiner Mitglieder in den Vorstand zu entsenden. Mehr können wir nicht tun! Daß nun gleichwohl trotz der doppelten Aufsicht die Schwesternzahl so vermehrt ist, daß die Räume nicht ausreichen, das können Sie dem Magistrat nicht zum Vorwurf machen! Ich sollte meinen: Wenn irgend eine Vorlage angemessen und zutreffend begründet ist, so ist es diese. Wenn man nicht grundsätzlich sagt: „Ich will diese Art Unterstützung nicht, weil ich die Institution nicht will“, dann kann man die Vorlage nicht ablehnen.

Schließlich kam Herr Dr. Jasper auf das religiöse Gebiet. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß es Stiftungen gibt, die streng religiös sind und an deren Verhalten und Treiben der eine oder andere Anstoß nimmt. Aber wenn irgendwo eine freie Richtung in dieser Beziehung herrscht, dann ist es grade im Schwesternhaus vom Roten Kreuz. Wie man daran Anstoß nehmen kann, ist mir vollständig unverständlich.

**Stadtrat von Franckenberg:** Als dasjenige Magistratsmitglied, das dem Vorstande des Schwesternhauses vom Roten Kreuz angehört, und zugleich als

dasjenige, welches die Angelegenheiten des städtischen Krankenhauses bearbeitet, möchte ich die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper nicht unwidersprochen lassen. Als wir es für zweckmäßig hielten, anzuregen, es möchte die Ausbildung von Schwestern auch beim städtischen Krankenhause erfolgen, geschah es im Einvernehmen mit dem Roten Kreuz, das die Lehrschwestern zur Verfügung stellte, und ich darf mit freudiger Genugtuung und mit Dank für das Rote Kreuz feststellen, welche ausgezeichneten Erfolge wir damit gehabt haben, weil die Mannigfaltigkeit der Bestrebungen des Roten Kreuz es zuläßt, daß die Lehrschwestern bald bei uns im städtischen Pfllege- und Krankenhause, bald im Krüppelheim, in den privaten Kliniken ihre Kenntnisse in bedeutend vielseitigerer Weise bereichern, als es der städtische Krankenhausbetrieb allein möglich machen würde. Ich glaube, wir sind mit der Einrichtung vorzüglich gefahren und haben keine Veranlassung, von diesem bewährten Verfahren, für das wir dem Roten Kreuz Dank schuldig sind, abzugehen.

**Stadtv. Frühling:** Den ausführlichen und klaren Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters habe ich eigentlich nichts hinzuzufügen; einzig möchte ich noch hinzufügen: Daß das Rote Kreuz, soweit es nicht aus Wohltätigkeit erhalten wird, aus der Arbeit der Schwestern sich erhält, das verdient beides Anerkennung und Unterstützung.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Der Herr Oberbürgermeister hat mich in zwei nicht unwesentlichen Punkten mißverstanden. Er meint, ich wünschte die Aufsicht des Magistrats zu beseitigen oder einzuschränken. Nichts hat mir ferner gelegen als das! Ich habe die städtische Regie befürwortet, also gerade das einschneidendste Mitwirkungsrecht des Magistrats und auch der Stadtverordneten, daß also das Gemeindeinteresse durch die städtischen Behörden wahrgenommen wird.

Es hat mir auch fern gelegen, irgend jemand abzuhalten, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, milde Stiftungen herzugeben. Ich habe mich nur dagegen gewendet, daß städtische Mittel für Stiftungen verwendet werden sollen, und das ist ganz etwas anderes, als ob irgend ein Bürger der Stadt eine milde Stiftung geben will. Wenn die milden Stiftungen den städtischen Einwohnern, wie manche Mittel der Jüdel-Stiftung, zugute kommen, dann habe ich nichts dagegen einzuwenden. Der Kernpunkt ist, daß es weltliche Einrichtungen der politischen Gemeinde sein sollen, und nicht Einrichtungen privater Unternehmungen mit religiösen Unterlagen. Mag der Herr Oberbürgermeister auch sagen, es seien noch schwärzere Kreuze vorhanden, so läßt sich doch füglich kaum leugnen, daß der religiöse Einschlag unverkennbar mit dieser Einrichtung verbunden ist. Ich glaube

nicht, daß es gerade allen Beteiligten in unserer politischen Gemeinde nach dem Herzen ist, wenn an dem Krankenbett auch nur in dieser Form die Krankenpflege mit religiösem Einschlag gewährt wird. Ich halte es für möglich, die Krankenpflege von der Seelenpflege durchaus zu trennen, und so sehr ich es als Aufgabe der politischen Gemeinde ansehe, die Krankenpflege zu regeln und zu fördern, so möchte ich das andere den kirchlichen Gemeinschaften und religiösen Gruppen vorbehalten, aber nicht von Seiten der politischen Gemeinde, die Angehörige jeden Glaubens hat, eine besondere religiöse Überzeugung fördern helfen.

Mit e i n e m bin ich einverstanden, was die Herren gegen meine Ausführungen vorgebracht haben, mit dem, was der Vorsitzende der Baukommission, Herr Frühling, gesagt hat: Das Schwesternhaus beruht auf der Arbeit der Schwestern — das ist richtig. Das Schwesternelend, welches auch in dem Roten Kreuz wie in manchem anderen Krankenhaus vorhanden ist, das ist es, dem ich in gewissem Umfange durch die städtische Verwaltung mit begegnen möchte. Es ist nicht alles glänzend, wie es sein sollte, und diese Schlafstätten waren davon ein Beispiel. Ich habe in früheren Jahren Gelegenheit gehabt, von Schwestern im Dienst und von solchen, die ausgetreten waren, Einzelheiten zu hören, die ich allerdings, auch von unserem Schwesternhaus, nicht für möglich gehalten hätte. Es fehlen mir allerdings die Beweise, um das anschneiden zu können, da aber die Möglichkeit derartiger Mißstände gegeben ist, so komme ich zu der Forderung, es müsse die Aufsicht verstärkt werden — nicht beseitigt! Wir müssen solche Anstalten in dem Umfange, wie wir es von der Stadt für möglich halten, suchen zu verstadtlichen.

**Vorsitzender:** Die Ausführungen trafen in erster Linie den Vorstand des Schwesternhauses. Ich muß bedauern, daß diese Ausführungen, die nach meiner Meinung unberechtigt sind, hier gemacht sind und möchte den Vorstand der Anstalt dagegen in Schutz nehmen.

**Stadtv. Munte:** Herr Dr. Jasper hat mich berichtigen wollen, weil ich zuerst gesagt hatte, bei dem Beschluß der vereinigten Kommissionen hätte Einstimmigkeit vorgelegen. Ich habe gleich darauf selber berichtet, daß der Beschluß mit überwiegender Mehrheit gefaßt sei. Nach Ihrer zweiten Rede, Herr Dr. Jasper, gebe ich es für mein Teil auf, Sie umstimmen zu wollen. Nachdem der Herr Oberbürgermeister und Herr Stadtrat von Frankenberg sich vergeblich die Mühe gemacht haben, wird es meinen schwachen Kräften auch nicht gelingen. Es bestehen grundsätzliche Gegensätze zwischen Ihnen und uns, die nicht zu überbrücken sind. Ich möchte aber nochmals einen warmen Apell an die Herren richten, der Vorlage zuzustimmen.

**Stadtv. Frühling:** Ich möchte das Wort des Herrn Dr. Jasper von dem Schwesternelend nicht unwidersprochen lassen; es ist das eine solch verkehrte Auffassung, wie sie nicht verkehrter sein kann. Der Eintritt der Schwestern in das Rote Kreuz ist vollständig frei, und wenn sie sich elend fühlten, könnten sie auch wieder austreten. Sie erfüllen mit ihrer Arbeit einen hohen Beruf nicht nur mit großer Pflichttreue, sondern auch mit christlicher Nächstenliebe. Von einem Elend der Schwestern kann nicht die Rede sein! Herr Dr. Jasper hat sodann immer von Religion gesprochen, er meinte wohl die Konfession an den Krankenbetten. Religiosität schließt natürlich das Rote Kreuz nicht aus, das ist innerliche Privatsache eines jeden. Was aber die konfessionellen Streitigkeiten betrifft, so sind die vom Roten Kreuz ausgeschlossen. Es wird lediglich der Körper kuriert, aber nicht in konfessioneller Weise an den Krankenbetten Einfluß ausgeübt. Derartiges möchte ich zurückgewiesen haben.

**Vorsitzender:** Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, bringe ich die ganze Vorlage mit allen ihren Punkten auf einmal zur Abstimmung. — Wer für Annahme der Vorlage ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

## 7. Überlassung einiger Räume des vormals Krutenbergischen Hauses an die Frauengruppe Braunschweig des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.

**Stadtv. Meyerhoff:** Der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat sich im Herbst vorigen Jahres an den Stadtmagistrat gewandt mit der Bitte um Überlassung anderer Räume für seine Kinderspeiseanstalt, die bisher, wie den Herren bekannt sein wird, sich an der Ecke der Kaffeetwete und Breitenstraße befand. Die Frauengruppe des Vereins beabsichtigt, die Räume auch an den Nachmittagen für eine Lesehalle für die Kinder zu benutzen. Dazu war in dem bisher von der Speiseanstalt benutzten Hause kein Gas und keine elektrische Lichtanlage vorhanden. Jetzt ist aber das Lokal der Frauengruppe zum 1. April ganz und gar gekündigt unter der Motivierung, die Kinder machten zu viel Lärm. Der Magistrat hat auf das Gesuch der Frauengruppe zugesichert, für den Zweck zwei Räume des früher Krutenbergischen Hauses einstweilen herzugeben. Es sind das zwei große Räume, die zu dem erforderlichen Speisesaal, Küche und Waschraum umgeändert werden müßten. Die ganze Anlage würde 400 M Kosten verursachen, die zu Lasten der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen verwilligt werden sollen. Ich möchte Sie im Namen der Baukommission, die sich dem Magistratsantrage

in allen Punkten angeschlossen hat, bitten, der Überlassung der Räume an die Frauengruppe zuzustimmen und die 400 M zu verwilligen.

**Stadtv. Voetschigt:** Ich will nicht gegen die Vorlage sprechen, denn jeder freut sich darüber, wenn die genannte Vereinigung sich bemüht, Auswüchse aus der Welt zu schaffen und das Elend zu mildern. Mir ist aber in der letzten Zeit verschiedenes zu Ohren gekommen, das vorzubringen ich mich für berechtigt halte. Ich hätte es beim Etat vorgebracht, wenn nicht diese Vorlage noch auf der Tagesordnung stand, die mir für meine Absicht besser geeignet schien.

Hier habe ich eine Briefüberschrift: „Trinkerfürsorgestelle“, das wird wohl dasselbe bedeuten wie „Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“. Ich glaube, der Verein und seine Mitglieder, speziell ein Beamter der Stadt, der Schulinspektor ist, haben nicht das Recht, Gewerbetreibende zu schädigen und sich als Denunzianten zu entpuppen. Mir liegt ein Brief vor, in dem der Vorstand der Trinkerfürsorgestelle in einer drastischen Weise an eine Witwe geschrieben hat, in ihrem Lokale hätten Leute getrunken, und in dem sie dann mit Anzeige und Strafen bedroht wird. Meines Wissens hat der Verein noch nicht die Rechte der Polizei erlangt. Er kann vielleicht bitten und dafür sorgen, daß die Geschäftstreibenden etwas in seinem Sinne angeregt werden, aber zum Schluß sagen: „Unnachsichtlich angezeigt und gestraft“, das geht zu weit! In einer kirchlichen Versammlung hat der Herr, es ist der Schulinspektor M. Oppermann, erzählt, er ginge Sonntags umher und beobachte die Verkaufsstellen, und habe im Eichtal gezählt, daß aus einem Lokal Sonntag vormittag 160 Personen ein- und ausgegangen seien. Nicht gesagt hat er aber, ob sie betrunken gewesen sind, oder ob er Kinder darunter gesehen hat. Deshalb ist es mir wunderbar, was die Zählung soll. Ein jeder von uns ist bestrebt, die Trunksucht zu bekämpfen, aber man soll dieses nicht durch Denunziation seiner Mitbürger tun. Die Polizei tut voll und ganz in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit. Ich habe Beweise dafür, daß Herr Schulinspektor Oppermann so gehandelt hat, nicht allein der Vorsitzende des Vereins, und darum möchte ich an dieser Stelle, wo ein Gesuch des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke vorliegt, diesem Verein anheimgeben, in seinen Grenzen zu bleiben und Geschäftsleute nicht unnötig zu denunzieren, wodurch vielleicht den Polizeiorganen zu Gemüte geführt wird, daß sie nicht genug tun. Diese brauchen wahrhaftig keine Helfershelfer. Daß so etwas aber durch einen Schulinspektor geschieht, muß ich bedauern. Der Lehrer soll seine Schüler zu anständigen Menschen erziehen — über einen Denunzianten brauche ich aber wohl hier nichts zu sagen! Wenn strafbare Handlungen schweren Maßes vorkommen und sie werden angezeigt, so will ich das gelten lassen. Wenn aber um ein kleines

Vergehen ein Händler oder eine Händlerin der Polizei gemeldet wird, so geht das zu weit. Unser Gewerbe und den Flaschenbierhandel mag jeder beurteilen, wie er will, und wer Wasser trinken will, der mag es ruhig tun. Wenn aber die Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit trinken, so soll man das ihnen nicht verwehren, indem man andere Leute denunziert. Ich habe einmal in dieser Angelegenheit mit Excellenz Hartweg sprechen müssen, und er hat mir gesagt, es wäre nun einmal eine Angewohnheit der arbeitenden Klassen, resp. der Branntweintrinker, daß sie sich, wenn sie Branntwein geholt haben, an die nächste Ecke stellen und erst einmal trinken. Minister Hartweg hielt es für besser, wenn das in den Lokalen geschieht, als wenn sie auf der Straße trinken! Es wird immer so hingestellt, als wenn die Arbeiterschaft das Kontingent der Säufer stellt, und dazu werden immer Statistiken hervorgeholt. Es sollte einmal eine Statistik aufgestellt werden, wieviel Säufer es auch in den höheren Kreisen gibt. Dabei wird immer über den Branntwein und das Bier hergezogen. Gehen Sie doch einmal in die Kneipen und vergleichen Sie! Wenn ein Arbeiter schwer gearbeitet hat und trinkt hinterher, dann wird gleich ein schlimmer Ausdruck gebraucht. Dabei aber steht unsere Arbeiterschaft in solchen Dingen nicht so schlimm da, und Auswüchse kommen selten vor. Und wer im öffentlichen Leben steht, der kennt das Sprichwort: Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein rechter Mann. Auf Mäßigkeit soll wohl jeder halten, aber solches Vorgehen, wie es hier sich zeigt, das geht denn doch zu weit. Möge die Trinkerfürsorgestelle die ihr bekannten Trinker vor Unmäßigkeit bewahren und auf den rechten Weg zurückführen, aber die Sache nicht übertreiben und ihre Grenzen nicht überschreiten.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Eine Debatte über den Alkohol will ich nicht fortsetzen. Ich bedaure lebhaft, daß der Magistrat geschrieben hat „Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke“. Wir könnten ebenso gut sagen „Frau Professor Göbe“. Die Dame gehört wohl mit zu dem großen Verein, aber sie bildet mit den zu ihr Gehörigen in diesem Verein eine Abteilung, die mit der Bekämpfung des Alkohols nichts zu tun hat. Sie hat es sich zur schönen Aufgabe gemacht, arme Kinder zu speisen, und nur für diesen Zweck will Frau Professor Göbe, da ihr das Lokal an der Kaffetwete gekündigt ist, ein angemessenes Lokal haben. Bei der Gelegenheit ihr zu sagen: „Entweder Sie treten aus diesem Verein aus, oder Sie bekommen das Lokal nicht“, das geht doch nicht! Ich kann es Herrn Doeschigt nicht verdenken, daß er gegen Auswüchse ankämpft, aber diese Vorlage kann er damit nicht bekämpfen.

**Stadtv. Dr. Kleintnacht:** Ich will nicht über den Wert oder Unwert des Alkohols sprechen, ich möchte nur ein paar Worte für Herrn Schul-



inspektor Oppermann einlegen. Was hier von der Tätigkeit des Herrn Oppermann angeführt ist, das hat er nicht getan als Schulinspektor, sondern als Leiter der Trinkerfürsorgestelle, und ich muß sagen: In der Sache gibt er sich ganz besonders Mühe. Dort werden nicht solche Leute behandelt, die einmal ein Glas Bier oder einen Schnaps trinken, sondern ausgesprochene Trunkenbolde, die ihre Pflicht gegen ihre Familie, gegen Staat und Gemeinde nicht tun, werden auf den rechten Weg zurückzuführen gesucht. Ein solches Amt ist gewiß kein leichtes, und man sollte Herrn Inspektor Oppermann dankbar sein, daß er das Amt übernommen hat. Der frühere Vorsitzende hat das Amt niedergelegt, da er durch sein Geschäft zu sehr in Anspruch genommen ist und die Arbeiten des Leiters der Trinkerfürsorgestelle viel Zeit und viel Geduld kosten. Wenn Herr Inspektor Oppermann dann einmal etwas getan hat, was zu weit gehen sollte, so wollen wir deshalb nicht mit ihm ins Gericht gehen, sondern dankbar sein, daß er seine freie Zeit dem wirklich guten Zweck widmet, Trunkenbolde auf den rechten Weg zurückzuführen und zu guten Menschen zu machen.

**Stadtv. Loeschigt:** Dem Herrn Bürgermeister scheint entgangen zu sein, daß ich den Antrag des Magistrats nicht bekämpfe, ich wollte nur zu den Übertreibungen jenes Vereins Stellung nehmen. Auch Herr Kleinknecht hat mich nicht verstanden. Ich habe gesagt, daß wir alle ein solches Bestreben, die Unmäßigkeit zurückzudämmen, hoch einschätzen. Nicht deswegen erhebe ich Vorwürfe, sondern gegen die Auswüchse, die nicht in seinem Auftrage als Leiter der Fürsorgestelle liegen. Herr Inspektor Oppermann hätte sich den betreffenden Personen als Leiter der Fürsorgestelle vorstellen müssen, aber sich nicht hinter das Fenster stellen sollen. Ich kann die Person vom Amt eines Schulinspektors nicht trennen, wie ich auch die Person des Oberbürgermeisters nicht vom Magistratsvorsitzenden trennen kann. Daß Herr Oppermann zu weit gegangen ist, das habe ich gezeigelt. Ich halte es nicht für recht, daß er in solcher Weise gegen seine Mitbürger und gegen die Interessenten eines Gewerbes, das hohe Steuern aufbringt, vorgeht. Die Polizei tut, das wiederhole ich, in dieser Hinsicht voll und ganz ihre Schuldigkeit.

Der Magistratsantrag wird angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. März 1914.

### Tagesordnung:

- |                                                                                  |           |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Kugelohn und Hinter-          | Seite 920 |
| bliebenenversorgung . . . . .                                                    |           |
| 2. Beitritt der Stadt in den „Internationalen Bund für Vogelschuß“ und den       | " 932     |
| „Bund für Vogelschuß“ . . . . .                                                  | " 933     |
| 3. Herrichtung von Beleuchtungsanlagen in den Zeichensälen verschiedener Schulen | " 933     |
| 4. Antrag Wesemeier auf Einführung der kommunalen Arbeitslosenunter-             | " 933     |
| stützung . . . . .                                                               | " 964     |
| 5. Herrichtung eines Inhalationsraums im städtischen Krankenhaus. . . . .        | " 964     |
| 6. Beschaffung von Mobiliargegenständen für verschiedene Geschäftszimmer des     | " 964     |
| Rathauses . . . . .                                                              | " 964     |
| 7. Änderung des Ortsbauplans nördlich der Giesmarsdorsstraße. . . . .            | " 965     |
| 8. Ankauf von Gelände zur Verbreiterung des nördlichen Teiles des Vierröder-     | " 965     |
| weges . . . . .                                                                  |           |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Reitemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Lange** und **Nibbentrop**.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Eingabe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Ortsgruppe Braunschweig. Der Inhalt des Schreibens ist folgender: Der Verband habe vom Magistrat den Bescheid erhalten, daß eine Änderung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht jetzt nicht zu empfehlen sei, weil der Verband neue Gründe für seine Ansicht nicht geltend gemacht hätte. Der Verband wiederholt seine Bitte, die von ihm angegebenen Änderungen des Ortsstatuts baldigst vorzunehmen, damit die bei den Wahlen festgestellten Mißstände beseitigt würden. — Ein gleiches Schreiben ist an den Stadtmagistrat gerichtet; wir warten deshalb zunächst noch die Stellungnahme des Magistrats ab.

**Stadtrat Wagner:** Der Magistrat hat das Gesuch bereits abschlägig entschieden; es steht dem also nichts entgegen, daß es von den Herren Stadtverordneten beraten wird.

**Vorsitzender:** Dann überweise ich diese Angelegenheit der Statutenkommission zur Vorberatung.

Sodann möchte ich eine Bitte aussprechen, die mir eben aus der Versammlung nahegelegt ist: ob es sich nicht ermöglichen ließe, daß wir unsere Sitzungen pünktlich 4 Uhr beginnen. Die Tagesordnungen sind in der letzten Zeit sehr lang gewesen, wenn wir die Zeit des Wartens für unsere Sitzungen verwenden könnten, so würde das für einen früheren Schluß der Versammlungen sehr angenehm sein. Ich möchte die geehrten Herren freundlichst bitten, wenn irgend möglich, pünktlich 4 Uhr zur Stelle zu sein.

## 1. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung.

**Stadtv. Hartung:** Unter Nr. 10, Anhang zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig, sind im Jahre 1901 die Grundsätze festgelegt für die Bewilligung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt Braunschweig beschäftigten Personen. Vor einigen Wochen ist der Versammlung eine Vorlage des Magistrats zugegangen, die dahin geht, diese Grundsätze in mehrfacher Richtung abzuändern, und zwar hauptsächlich dahin gehend, daß eine größere Differenzierung der Betroffenen eintritt mit Rücksicht auf den sehr verschiedenen Lohn resp. Gehalt, den die unter die Bestimmungen fallenden Personen beziehen: es waren bisher nur 4 Klassen vorhanden, während demnächst 9 Klassen, entsprechend den verschiedenen hohen

Einkommen der Betreffenden, vorgeesehen sind. Ferner wünscht der Magistrat, daß der Mindestruhe-lohn, der unter allen Umständen gewährt werden soll, und der bisher auf 450 M festgesetzt gewesen ist, erhöht wird. Weiter soll berücksichtigt werden, daß diejenigen Personen, welche noch Kinder zu versorgen haben, einen Zuschlag zum Ruhe-lohn empfangen sollen. Endlich wünscht der Magistrat mit Rücksicht auf die Einführung der Angestelltenversicherung eine Bestimmung dahin zu treffen, daß diejenigen Personen, die während der Zeit ihrer Beschäftigung unter die Angestelltenversicherung gefallen sind, nun auch, wenn sie nicht mehr verpflichtet sein würden, angehalten werden können, die Versicherung fortzusetzen, insofern im Interesse der Stadt, als dann die stadtsseitig bezahlten Beträge nicht verloren sind.

Auf diesen Gesichtspunkten beruht die Vorlage des Magistrats. Zu denselben Grundsätzen für Bewilligung von Ruhe-lohn ist ein Antrag des Herrn Steinbrecher eingegangen, der auch verschiedene Änderungen der Paragraphen vorschlägt. Wenn es der Versammlung recht ist, werde ich in der Weise referieren, daß ich zu den einzelnen Paragraphen der Grundsätze die Anträge des Magistrats und des Herrn Steinbrecher behandle.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

**Stadtv. Hartung:** Die bisherigen „Grundsätze“ stellen in § 1 allgemeine Bestimmungen auf über die Personen, denen Ruhe-lohn oder Hinterbliebenenversorgung gewährt werden soll. Dieser Paragraph bleibt unverändert.

Der § 2 sagt: „Der Ruhe-lohn und die Hinterbliebenenversorgung können nicht als klagbares Recht gefordert werden, diese Bezüge werden vielmehr in jedem einzelnen Falle vom Stadtmagistrat unter Berücksichtigung der nachstehenden Bestimmungen nach freiem Ermessen bewilligt und können jederzeit geändert oder wieder entzogen werden. Eine Änderung oder Entziehung bedarf jedoch, soweit nicht die Vorschriften des § 10 in Betracht kommen, der Zustimmung der Stadtverordneten.“

Zu diesem Paragraphen liegt ein Antrag des Herrn Steinbrecher vor, es solle den betreffenden Personen ein Rechtsanspruch gegeben werden. In der Statutenkommission wurden von verschiedenen Seiten Bedenken gegen diese Neuerung ausgesprochen, da es zu unliebsamen Streitigkeiten zwischen den Angestellten und dem Magistrat kommen könnte, wenn denjenigen Personen, die ohne Pensionsberechtigung angestellt seien, ein Rechtsanspruch auf Ruhe-lohn gegeben würde. Es hat sich dann der Herr Antragsteller damit einverstanden erklärt, daß diesem Antrage nicht stattgegeben wird, dagegen aber eine neue Einfügung in § 3 eingeschoben wird, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung des Ruhe-lohns

festgelegt sind, um den betreffenden Personen die Sicherheit zu geben, daß der Magistrat nicht in unrichtiger Weise die Fähigkeit für die Erteilung von Ruhe-  
lohn abspricht oder bestreitet.

**Stadtv. Steinbrecher:** Wir haben von unserer Seite Rechtsanspruch auf Gewährung von Ruhe-lohn beansprucht aus dem Grunde, weil damit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß unsere städtischen Arbeiter, wenn sie ein Jahrzehnt oder länger im städtischen Dienste gestanden haben, genau daselbe Recht auf Ruhe-lohn haben sollten wie die städtischen Beamten. Man hat diesen durch die neuen Satzungen einen Rechtsanspruch bewilligt, und deshalb sagen wir uns, es sei diese Änderung der Grundsätze die beste Gelegenheit, auch den städtischen Arbeitern einen Rechtsanspruch zuzusprechen, noch dazu, wo seitens der Gesetzgebung nichts dagegen spricht. Wir wollten damit nach außen zum Ausdruck bringen: Ihr seid mit den Beamten gleichberechtigt. Ferner wollten wir in einem 3. Abjaze die Bestimmung getroffen sehen, daß die Arbeiter, die seitens der Stadt abgelehnt werden, ein Recht haben, ihre Ansprüche weiter zu verfolgen. Wir waren in der angenehmen Lage, dabei uns darauf zu berufen, daß 18 süddeutsche Stadtverwaltungen eine derartige Bestimmung eingeführt haben, darunter Düsseldorf, Augsburg, Karlsruhe, Mannheim, Würzburg, Nürnberg, München, Straßburg usw. Außerdem möchte ich auf einen Ausspruch Ihres kaiserlichen Herrn hinweisen. Kaiser Wilhelm II. hat an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts einen Ausspruch gerichtet, der lautet: „Den Arbeitern ist die Überzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und allseitig als solcher anerkannt werden.“

Der Grundsatz, nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß der Rechtsanspruch der städtischen Arbeiter genau so anerkannt ist wie bei den Beamten, stieß in der Kommission auf Widerspruch. Es wurden die vom Herrn Referenten angeführten Gründe angegeben, daß zu befürchten sei, daß eine Prozeßiererei eintreten würde, und außerdem wurde vom Herrn Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben, daß bisher den Arbeitern irgend welche Unannehmlichkeiten nicht erwachsen wären, die Stadt habe loyal alle Anträge auf Ruhe-lohn geprüft und erfüllt. Nun wird allerdings die Sache so gehandhabt, daß, wenn die Beamten Ruhe-lohn haben wollen, sie diesen ohne weiteres erhalten. Ich weiß aber nicht, ob es auch so gehen würde, wenn die Arbeiter kämen und sagten: „Ich bin von der Landesversicherungsanstalt mit meiner Forderung um Invalidenrente abgewiesen, weil die Anstalt sagt, ich sei noch in der Lage, ein Drittel des gewöhnlichen Arbeitslohns zu verdienen.“ Wir gewähren doch Ruhe-lohn schon dann, wenn der Arbeiter nicht mehr fähig ist, den bisherigen oder einen ähnlichen städtischen Dienst zu verrichten. Nun haben wir allerdings die Bestimmung, daß einem solchen Arbeiter, welcher

die bisherige Arbeit nicht mehr ausführen kann, auf Anweisung des Magistrats leichtere Arbeit angewiesen werden kann. Da nun in der Kommission der Rechtsanspruch auf keinen Fall anerkannt werden sollte, so haben wir uns dahin geeinigt, daß unter § 3 c der Zusatz zugebilligt werden solle, daß das Gutachten des Stadtphysikus eingeholt werden solle — ich nehme an, auf Kosten der Stadt. Das war der Grund für mich, daß ich meinen Antrag zurückzog: es war aussichtslos, ihn aufrechtzuerhalten, weil das Plenum meist dem zustimmt, was die Kommission vorschlägt.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Beibehaltung des § 2 in der alten Fassung an.

**Stadtv. Hartung:** Der § 3 lautete bisher: „Voraussetzungen der Gewährung eines Ruhelohnes sind: a) Eintritt in den städtischen Dienst vor vollendetem 50. Lebensjahre, b) eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienste nach vollendetem 25. Lebensjahre, c) die ohne eigene Verschuldung eingetretene Unfähigkeit, den bisherigen oder einen ähnlichen städtischen Dienst zu versehen, d) treue Pflichterfüllung.

Ist die Dienstunfähigkeit eine Folge von Krankheit oder Körperverletzung, die sich der Beteiligte bei Ausübung des Dienstes oder in dessen Veranlassung unverschuldet zugezogen hat, so kann der Ruhe Lohn ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit gewährt werden.“

Zu diesem Paragraphen lag zunächst ein Antrag des Herrn Steinbrecher vor: zu a) anstatt „50. Lebensjahr“ zu setzen „60. Lebensjahr“.

Die Kommission hat diesem Verlangen nichts entgegenzuhalten gehabt und empfiehlt Ihnen, darauf einzugehen.

**Vorsitzender:** Ich halte es für richtig, der Herr Referent unterbricht hier seinen Vortrag, und wir eröffnen erst die Beratung über § 3 a.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich möchte die Herren bitten, hier das 60. Lebensjahr festzusetzen. Es kann sehr wohl eintreten, daß ein Arbeiter erst nach dem 50. Lebensjahre in den städtischen Dienst eintritt, und wenn er dann mit dem 60. Lebensjahre den städtischen Dienst aufgibt, so würde er, obgleich er zehn Jahre der Stadt gedient hat, Ruhe Lohn nicht erhalten können. Angemessen wäre es übrigens, den ganzen Absatz a zu streichen, denn nach dem 60. Lebensjahre wird wohl keiner mehr in den städtischen Dienst eintreten.

**Vorsitzender:** Ich nehme — da der Herr Antragsteller und der Herr Kommissionsreferent dasselbe beantragen — das Einverständnis der Versammlung mit § 3 a an, wenn kein Widerspruch erfolgt.

**Stadtv. Hartung:** Zu § 3 b hat Herr Steinbrecher beantragt: Anstatt „25. Lebensjahr“ zu setzen „21. Lebensjahr“. Die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, da es mit Rücksicht auf die fest angestellten Beamten nicht angängig erscheint, hier eine — übrigens sehr seltene — Beschäftigung in früheren Lebensjahren zu berücksichtigen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich bitte die Herren, diese Änderung vorzunehmen. Es liegen mir eine Anzahl von Statuten anderer Städte vor, die dieses Alter festgesetzt haben. Es gibt eine ganze Anzahl städtischer Arbeiter, die mit dem 21. oder 22., zum mindesten mit dem 23. Lebensjahre, wenn sie aus dem Militärdienst entlassen werden, in den städtischen Dienst eintreten, und warum sollte diese Zeit zur Karenzzeit für den Ruhe Lohn nicht angerechnet werden?

Der **Vorsitzende** stellt nach der Abstimmung Ablehnung des Antrages Steinbrecher fest. Die Abstimmung wird angezweifelt, und in der nochmaligen Abstimmung wird der Antrag Steinbrecher angenommen.

**Stadtv. Hartung:** Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß wir uns in der Kommission dahin geeinigt haben, zu größerer Sicherheit der betreffenden Arbeiter eine neue Bestimmung als letzten Absatz anzufügen; ich muß zugeben, daß der neue Absatz hinter c gehört und hier einzufügen ist. Die Bestimmung lautet:

„Erkennt der Stadtmagistrat die Dienstunfähigkeit (nämlich Unfähigkeit, den bisherigen oder einen ähnlichen städtischen Dienst zu versehen) nicht an, so hat er auf Antrag des Bewerbers das Gutachten des Stadtphysikus einzuholen; dieses ist ausschlaggebend.“

Es wurde anerkannt, daß möglicherweise ein Fall vorkommen könnte, daß irgend ein Arzt, der den Betreffenden behandelt hat, oder ein Arzt, der gelegentlich der Bewerbung um Invalidenrente gehört ist, die Dienstunfähigkeit verneint hat. Um auszuschließen, daß auf Grund derartiger Gutachten die Dienstunfähigkeit bestritten wird, möchte ich diesen neuen Absatz Ihnen zur Annahme empfehlen. Daraus, daß der Magistrat das Gutachten einzuholen hat, folgt unseres Erachtens zweifellos, daß er auch die Kosten dafür selbst zu bezahlen hat.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich bin mit den Kommissionsvorschlägen einverstanden. Nur möchte ich noch anfragen: Wie soll der Satz zu verstehen sein: „Dieses Gutachten ist ausschlaggebend.“ Der Stadtmagistrat kann darnach gegebenenfalls sagen: „Ihr Ruhe Lohn ist abgelehnt.“ Wenn nun aber der Verletzte die Mittel dazu hätte, oder es würde ihm durch einen Verwandten oder sonst möglich ge-

macht, noch ein Gutachten eines Professors einzuholen, soll das dann, wenn es von dem Gutachten des Stadtphysikus abweicht, gelten, oder soll der Ruhe Lohn als abgelehnt betrachtet werden?

Stadtv. **Hartung:** Mit dem entsprechenden Gutachten des Stadtphysikus ist der Antrag auf Ruhe Lohn abgelehnt.

Stadtrat **Wagner:** Der außergewöhnliche Fall, von dem Herr Steinbrecher ausgeht, wird zweifellos von dem Magistrat in der Weise erledigt werden, daß, wenn von einer Autorität schließlich die Dienstunfähigkeit bejaht wird, der Magistrat dann den Ruhe Lohn gewähren wird. Ich glaube, darüber brauchen wir keine Zweifel zu hegen, daß der Magistrat Entgegenkommen zeigen wird. Der Magistrat wird eher in seinen Bewilligungen zu weit gehen als umgekehrt.

**Vorsitzender:** Ich möchte im Hinblick auf diese Erklärung die Frage anregen, ob die Fassung der Kommission korrekt ist?

Stadtv. **Steinbrecher:** Wenn man weiß, wie der Magistrat hierüber denkt, so liegt die Sache anders. Es ist also nicht so, daß der Arbeiter, wenn das Physikus-Gutachten vorliegt, überhaupt nicht mehr in der Sache weitergehen darf. Herr Stadtrat Wagner hat recht: Man kann einem Menschen nicht verweigern, später noch einmal mit einem Antrage an den Magistrat zu kommen und Ruhe Lohn zu verlangen. Ich bin von der Erklärung des Herrn Stadtrat Wagner befriedigt und bitte, sie zu Protokoll zu nehmen.

**Vorsitzender:** Das würde allerdings ausreichen, denn es würde eine Interpretation des beschlossenen Absatzes darstellen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Würde es nicht richtig sein, diesen vom Herrn Vorsitzenden bemängelten Zusatz „das Gutachten des Stadtphysikus ist ausschlaggebend“ zu streichen?

**Vorsitzender:** Ich glaube, mit dieser Erklärung des Magistrats und mit ihrer Aufnahme ins Protokoll ist die Angelegenheit wohl auch tatsächlich in Ihrem Sinne geregelt, wenn ich auch zugebe, daß es der Form nach besser gewesen wäre, wenn die Fassung genauer ausgedrückt wäre. — Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß § 3 c in der vom Herrn Kommissionsreferenten vortragenen Fassung genehmigt ist.



Stadtv. **Sartung:** § 3 d bleibt, wie er gewesen ist.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Versammlung einverstanden ist, daß die bisherige Fassung beibehalten wird.

Stadtv. **Sartung:** Zum letzten Absatz beantragt Herr Steinbrecher, nicht zu sagen: „so f a n n“, sondern „so m u ß der Ruhe Lohn ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit gewährt werden“. Die Kommission hat in Konsequenz ihres früheren Beschlusses, der den Rechtsanspruch auf Gewährung von Ruhe Lohn ausschließen und das Ermessen des Magistrats walten lassen will, diesen Antrag abgelehnt. Es ist dann aber in der Kommission ein Einverständnis dahin erzielt, diesen Absatz wie folgt zu fassen:

„Zur Erlangung des Mindestruhe Lohnes ist die Erfüllung der Voraussetzungen zu a und b (also das entsprechende Dienst- und Lebensalter) nicht erforderlich, wenn die Dienstunfähigkeit eine Folge von Krankheit oder Körperverletzung ist, die sich der Beteiligte bei Ausübung des Dienstes oder in dessen Veranlassung unver schuldet zugezogen hat.“

Der Herr Antragsteller hat sich auch mit dieser Fassung einverstanden erklärt, und die Kommission empfiehlt Ihnen, den letzten Absatz in dieser Fassung anzunehmen.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, da Widerspruch nicht erfolgt.

Stadtv. **Sartung:** § 4 lautet folgendermaßen: „Als Unterbrechung der Beschäftigung im städtischen Dienste werden nicht angesehen unver schuldete Arbeits hinderungen — wie z. B. Krankheiten, Betriebsstörungen —, wenn diese Hinderungen unmittelbar zum Aufhören der städtischen Beschäftigung Anlaß geben, und wenn nach Wegfall des Hinderungsgrundes die städtische Beschäftigung unverzüglich wieder aufgenommen wurde.“

Hierzu hat Herr Steinbrecher beantragt, als neuen Absatz einzufügen:

„Entlassungen seitens der Stadt infolge Arbeitsmangels, soweit sie drei Monate nicht überschreiten, werden ebenfalls nicht als Unterbrechung der Beschäftigung im Sinne des § 3 b angesehen. Zwei- oder dreijährige Militärdienstzeit wird als Beschäftigung im städtischen Dienst angerechnet, wenn ihr mindestens einjährige ununterbrochene Beschäftigung bei der Stadt vorausgegangen ist.“

Die Kommission hat beschlossen, den Paragraphen wie folgt abzuändern: Zunächst hinter den Beispielen „Krankheiten, Betriebsstörungen“ einzufügen „v o r ü b e r g e h e n d e r A r b e i t s m a n g e l“ und ferner hinzuzufügen:

„Unterbrechungen, die nicht in der Person des Arbeiters ihren Grund haben, werden, sofern sie drei Monate nicht überschreiten, keinesfalls berücksichtigt.“

Ferner hat die Kommission beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den zweiten Antrag des Herrn Steinbrecher, wonach zwei- und dreijährige Militärdienstzeit angerechnet wird, wenn ihr mindestens einjährige ununterbrochene Beschäftigung bei der Stadt vorausgegangen ist, abzulehnen. Es ist auch da hervorgehoben, daß der Fall an sich selten sein würde, und daß keine Veranlassung vorhanden sein würde, dem Antrage stattzugeben.

**Vorsitzender:** Darnach hat die Kommission von den beiden Anträgen den ersten dem Sinne nach angenommen, den zweiten abgelehnt.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich glaube, da es überall bei staatlichen, wie auch bei kommunalen Behörden üblich ist, daß die Militärdienstzeit angerechnet wird, so kann auch die Stadt von dieser Bestimmung Gebrauch machen, wie es auch in anderen süddeutschen und auch norddeutschen Städten der Fall ist. Ich bitte Sie, auch dem zweiten Antrage zuzustimmen.

**Stadtrat Wagner:** Nach Ihrem Beschlusse soll die Berechnung der Wartezeit für den Ruhe Lohn mit dem vollendeten 21. Lebensjahr beginnen. Ob der Magistrat dem zustimmen wird, weiß ich nicht. Nehmen wir das einmal an, dann würde z. B. der Arbeiter, wenn er nach vollendetem 21. Lebensjahr und nach einjährigem städtischen Dienst zum Militärdienst bei der Artillerie oder Kavallerie einberufen wird und drei Jahre dient, 6 Jahre darauf seinen städtischen Ruhe Lohn bekommen können. Ich glaube, das ist ein Umding. Man könnte höchstens insoweit entgegenkommen, als man — abgesehen von freiwilligen Übungen — den militärischen Pflichtdienst insofern berücksichtigt, daß dadurch die vor dem Militärdienst im städtischen Dienst verbrachte Zeit bei Anrechnung auf die zehnjährige Wartezeit nicht verfallen kann, daß man also die vorherige und die sich an den Militärdienst anschließende städtische Dienstzeit zusammenrechnet. Aber die von Herrn Steinbrecher empfohlene Berechnung läßt sich wohl beim besten Willen nicht anwenden.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß Herr Steinbrecher seinen ersten Antrag zugunsten des Kommissionsantrages zurückzieht, und stelle zunächst nur den zweiten

Antrag des Herrn Steinbrecher zur Abstimmung: „Zwei- oder dreijährige Militärdienstzeit . . . . wird angerechnet, wenn ihr mindestens einjährige ununterbrochene Beschäftigung bei der Stadt vorausgegangen ist.“

Der Antrag wird abgelehnt und darauf der Paragraph in der von der Kommission empfohlenen Fassung angenommen.

**Stadtv. Hartung:** § 5 bleibt unverändert.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an.

**Stadtv. Hartung:** In § 6 sind statt der bisherigen vier Ruhegeldklassen nach dem Magistratsantrage neun Klassen festgesetzt. (Der Referent verliest die neue Fassung des § 6.) Die Kommission hat einstimmig beschlossen, diesem Antrage zuzustimmen, dementsprechend bitte ich, nach der Magistratsvorlage beschließen zu wollen.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, da Widerspruch nicht erhoben wird.

§ 7 bleibt unverändert (ohne Besprechung).

**Stadtv. Hartung:** Der § 8 bringt die Bestimmungen über das Wittwengeld. Es liegen zu diesem Paragraphen zwei Anträge des Herrn Steinbrecher vor. Der Paragraph beginnt: „Das Wittwengeld beträgt  $\frac{1}{10}$  des Ruhelohns, den der Verstorbene bezogen hat oder haben würde.“ Hier hat Herr Steinbrecher beantragt, „ $\frac{5}{10}$ “ zu sagen. Die Kommission war der Meinung, daß dieser Antrag nicht zu billigen sei mit Rücksicht auf die ähnlichen Verhältnisse bei Personen aus dem Beamtenstande, wo auch das Wittwengeld niemals die Hälfte des Ruhelohns erreicht. Sie empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Ferner hatte Herr Steinbrecher beantragt, hinzuzufügen: „Waisengeld wird auch unehelichen Kindern weiblicher Ruhegeldempfänger gezahlt.“ Dieser Antrag ist indessen zurückgezogen und damit erledigt.

**Stadtv. Steinbrecher:** Den Grund, der von dem Herrn Referenten angeführt wird, daß als Wittwengeld auch bei den Landes- und Reichsbeamten nicht die Hälfte des Ruhelohns gewährt wird, kann ich als hier maßgebend nicht anerkennen. Es handelt sich doch lediglich darum: Ist überhaupt das Wittwengeld, das wir bezahlen wollen, einigermaßen dementsprechend, daß es als Wittwengeld bezeichnet werden kann, oder ist es dafür zu wenig? Ich habe deswegen einen Ver-

gleich mit anderen Städten gezogen und habe schon in der Kommission angeführt: Wenn hier in Braunschweig ein Arbeiter in der letzten Klasse steht, so würde nach 10jähriger Dienstzeit, wenn er stirbt, die Frau 55 *M* Wittwengeld erhalten. Die Stadt Mannheim bezahlt dagegen 390 *M*. Ein solcher Unterschied ist doch zu groß! Was soll die Frau mit 55 *M* im Jahre anfangen? Würde der Arbeiter nach 30jähriger Karenzzeit mit dem Tode abgehen, so bekäme die Witwe 165 *M*. In der höchsten Klasse würde sich der Betrag allerdings erhöhen, so daß die Witwe eines Arbeiters, der nach einem Jahresverdienst von 1150 *M* seinen Ruhe Lohn erhält, 345 *M* erhalten würde. 1150 *M* ist ungefähr der Arbeitsverdienst, der für unsere Arbeiter am meisten gezahlt wird, denn mit 3,80 *M* oder 4 *M* Tagelohn ist die größte Mehrzahl unserer Arbeiter entlohnt. Eine Frau, deren Mann 20 Jahre im Dienst der Stadt war, würde darnach 191,60 *M* Wittwengeld bekommen. Da sind wir gegen Mannheim und München bedeutend zurück, so daß ein kleines Entgegenkommen, wo in den letzten Jahren alles teurer geworden ist, wohl angebracht ist.

**Stadtrat Wagner:** Die Regelung der Witwenversorgung ist nach den Magistratsvorschlägen wesentlich günstiger als bei der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung insofern, als die Witwen dort nur bei ein Drittel Erwerbsfähigkeit Rente bekommen. Hier bei uns bekommt jede Witwe, mag sie auch noch alle ihre Arbeiten ausführen können, ihr Wittwengeld; sie wird nach diesen Bestimmungen ebenso gut gestellt wie die Witwe eines Reichs- oder Staatsbeamten oder die Witwe eines Angestellten, der der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung unterworfen ist. In allen diesen Gesetzen, in Reichs- wie Staatspensionsgesetzen, wie auch in dem Reichsgesetze über die Privatangestelltenversicherung ist nirgend zu finden, daß der Betrag für die Witwe höher als auf vier Zehntel des Sazes für den Versicherten selber festgesetzt ist. Das ist wohl erklärlich, denn man macht überall die Erfahrung, daß der Mann mehr als die Hälfte des Arbeitsverdienstes für sich in Anspruch nimmt. Es würde also bedenklich sein, wenn man hier im Gegensatz zu allen anderen Gesetzen über vier Zehntel hinausgehen wollte.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich begreife nicht, wie man sagen kann, diese kleine Summe zu zahlen würde bedenklich sein. Die Stadt drückt es doch nicht, wenn sie 50 *M* für die Witwe mehr bezahlt, aber für die Witwe ist das doch schon etwas. Es werden, wie ich glaube, überhaupt nur 8000 *M* an Wittwengeld von der Stadt bezahlt; wenn man nun 9000 *M* zahlen wollte, so ist das für die Stadt doch kein Risiko, aber für die Witwen haben wir etwas getan. Ich bitte Sie, für fünf Zehntel zu stimmen.

**Der Antrag Steinbrecher wird angenommen.**

**Stadtv. Hartung:** Zu § 9 liegt der Antrag vor, der wahrscheinlich infolge eines Irrtums des Herrn Steinbrecher als zu § 8 gehörig bezeichnet ist: das Waisengeld auch an uneheliche Kinder von Ruhelohnempfängerinnen zu zahlen. Der Antrag ist zurückgezogen. Es liegt also für § 9 kein Antrag vor.

Der § 9 gilt in seiner alten Fassung als genehmigt.

**Stadtv. Hartung:** Zu § 10 gehört der Magistratsantrag unter II.

Zu Absatz 1 habe ich zunächst folgendes zu bemerken. Es heißt darin: „Stehen einem Empfänger von Ruhelohn Witwen- oder Waisengeldbezüge aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaates oder anderen öffentlichen Verbänden, aus milden Stiftungen oder auf Grund der Gesetze über die Unfall- und die Invaliden- und Altersversicherung zu, so wird der Ruhelohn bezw. das Witwen- und Waisengeld um diese Bezüge gekürzt“ (also nicht weiter als um diese Bezüge), „und zwar auch dann, wenn der Empfangsberechtigte nach Aufforderung des Stadtmagistrats die zur Erlangung dieser Bezüge erforderlichen Schritte unterläßt.“

Zu diesem ersten Absatz liegt nur der Antrag auf eine redaktionelle Änderung vor, nämlich zu sagen: „o d e r a u f G r u n d d e r R e i c h s v e r s i c h e r u n g s - o r d n u n g“, weil diese an die Stelle der bisherigen Gesetze über die Invaliden- und Altersversicherung getreten ist.

An Stelle des Absatzes 2 schlägt der Magistrat folgende Bestimmungen vor:

„Die Bestimmungen finden auf Leistungen aus der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung mit der Maßgabe Anwendung, daß deren Anrechnung entsprechend der Dauer und der Höhe der städtischen Beitragsleistung zu jener Versicherung erfolgt. (Vergl. § 389 Abs. 2 A.B.G.) Über die aus städtischen Mitteln geleisteten Beiträge führt der Stadtmagistrat ein Verzeichnis.“

Das soll heißen, daß nicht die vollen Leistungen angerechnet werden sollen, nämlich nicht der Teil, der dem Beitrage entspricht, welchen der Betreffende aus eigenen Mitteln gezahlt hat. — Der Magistratsantrag fährt fort:

„Eine bestehende Invaliden- oder Angestelltenversicherung ist beim Aufhören der Versicherungspflicht auf Kosten der Stadtgemeinde fortzusetzen, wenn es der Stadtmagistrat verlangt. Wird solcher Aufforderung nicht Folge geleistet, so vermindern sich die städtischen Leistungen an Ruhelohn und Hinterbliebenenrente um die Beträge, welche nach Absatz 1 und 2 bei Aufrechterhaltung der Versicherung angerechnet werden könnten.“

Eine Kürzung des Ruhelohns tritt nur ein, wenn und soweit die nach Absatz 1—3 abzugsfähigen Bezüge zusammen mit dem Ruhelohn 500 M jährlich

übersteigen.“ (Die bisherige Summe war 450 *M.*) „Die der Kürzung entzogene Summe erhöht sich um 30 *M.* für jedes eheliche oder rechtlich gleichgestellte Kind unter 15 Jahren.“

Zu dem letzten Absätze liegt ein Antrag Steinbrecher vor, diesen Mindest-Ruhelohn auf 600 *M.* zu erhöhen, nicht auf 500 *M.*, wie der Magistrat vorgeschlagen hat. Dieser Antrag des Herrn Steinbrecher ist von der Statutenkommission angenommen und wird auch Ihnen zur Annahme empfohlen, im übrigen wird die Fassung, wie sie der Magistrat unter II vorgelegt hat, anheimgegeben.

Stadtv. **Schmidt:** In dem Passus über die Kürzung des Ruhelohns ist mir eins nicht klar. Es heißt im letzten Absätze: „Eine Kürzung des Ruhelohns . . . 500 *M.* übersteigen.“ Wie ist das auszulegen? Wenn jemand Alters- oder Invalidenrente bezieht, so würde doch niemals eine Kürzung des Ruhelohns in Betracht kommen können, wenn beide zusammen 600 *M.* nicht übersteigen? Wenn jemand also bei 600 *M.* Alters- oder Invalidenrente 700 *M.* Ruhelohn bekommen würde, so würde der größere Teil für die Stadt wegfallen, also der städtische Ruhelohn gekürzt?

Stadtrat **Wagner:** Man muß den Absatz 1 hinzunehmen, um den Sinn des Absatzes 3 zu verstehen. Im Absatz 1 heißt es: „Stehen einem Empfänger von Ruhelohn, Witwen- und Waisengeld Bezüge aus Mitteln des Reiches . . . zu, so wird der Ruhelohn . . . u m d i e s e B e z ü g e gekürzt.“ Um mehr, als diese Bezüge, die von anderer Seite gewährt werden, kann überhaupt der Ruhelohn niemals gekürzt werden. Wenn man Absatz 3 dagegenhält, so besagt das folgendes: Wenn Invalidenrente und Ruhelohn zusammengerechnet 600 *M.* nicht übersteigen, so wird überhaupt nichts gekürzt. Übersteigen sie zusammengerechnet 600 *M.*, so muß unter allen Umständen die Mindestsumme von 600 *M.* ungekürzt verbleiben. Nehmen Sie den Fall, es würde jemand 1000 *M.* Ruhelohn und außerdem 300 *M.* Invalidenrente zustehen, dann würde nur der Betrag der Invalidenrente, 300 *M.*, von dem städtischen Ruhelohn abgezogen werden können, der Betreffende würde also 700 *M.* Ruhelohn ausbezahlt erhalten, zusammen also an Ruhelohn und Invalidenrente 1000 *M.*

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich empfehle mit der Kommission, meinen Antrag auf Einstellung von 600 *M.* anzunehmen. — Sodann möchte ich noch eine Anfrage an Herrn Stadtrat Wagner richten. Wir haben außer der Witwenrente vom Staat auch ein Wittwengeld. Würde das Wittwengeld mit unter diesen Begriff fallen? Wenn jemand also aus der Reichsversicherung Wittwengeld bezieht, soll dieses auch mit abgezogen werden, oder nur die fortlaufende Witwenrente?

**Stadtrat Wagner:** Es sind offenbar nur die Bezüge gemeint, die den Charakter einer Rente haben, nicht die Wittwengelder oder Waisenaussteuern. Es ist darüber im Magistrat nicht ausdrücklich gesprochen, aber ich nehme das Einverständnis des Magistrats mit dieser Auslegung an.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrag der Statutenkommission an.

Die §§ 11—14, die den früheren Paragraphen entsprechen (Zeit des Inkrafttretens: 1. April 1914) werden ohne weitere Besprechung vom Vorsitzenden als angenommen angesehen, da sich kein Widerspruch gegen sie erhebt.

**Vorsitzender:** Schließlich bitte ich diejenigen Herren, die diesen Grundsätzen über Ruhelohn in der jetzt beschlossenen Fassung im ganzen ihre Zustimmung erteilen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

## 2. Beitritt der Stadt in den „Internationalen Bund für Vogelschutz“ und den „Bund für Vogelschutz“.

**Stadtv. Munte:** Es wird Ihnen erinnernlich sein, daß ich bereits in der vorigen Sitzung darüber berichtet hatte, daß sich der „Internationale Bund für Vogelschutz“, der in Schöneberg seinen Sitz hat und in Braunschweig einen Landesverein unterhält, an den Magistrat mit der Bitte um Gewährung eines Jahresbeitrages gewendet hatte. Der Magistrat hatte bereits die Sache beraten und uns vorgeschlagen, die Stadt mit einem Jahresbeitrage von 30 M Mitglied dieses Bundes werden zu lassen. An dem gleichen Tage, als von mir berichtet wurde, hatte sich auch noch ein anderer Vogelschutzverband, der „Bund für Vogelschutz E. V. in Stuttgart“ mit einer gleichen Eingabe an uns gewandt. Die meisten von uns haben erst dadurch erfahren, daß es zwei solche Verbände gibt. In der Finanzkommission sind die beiden Eingaben nochmals zur Beratung verstellt. Man hat dort anerkannt, daß der Vogelschutz der Unterstützung dringend bedarf, und den Standpunkt eingenommen, daß beide Vereine mit je einem Beitrage von 30 M unterstützt werden möchten. Es wurde zwar hervorgehoben, daß es wohl besser wäre, wenn nur in einem Verbands die für Vogelschutz tätigen Kräfte zusammengefaßt wären, man gab aber auch zu, daß mehrere Vereine mehr schaffen können als ein einziger, und so habe ich der Versammlung zu empfehlen, dem Beschlusse der Finanzkommission beizutreten.

**Stadtv. Lauer:** Obschon in Deutschland auf dem Wege der Gesetzgebung für den Vogelschutz sehr viel geschehen ist und die einschlägigen Gesetzesparagraphen

für den Schutz der Vogelwelt im Jahre 1888, 1902 und 1908 wesentlich verschärft worden sind, so will es doch fast scheinen, als wenn auch diese gesetzlichen Bestimmungen kaum genügten. Es ist kaum zu glauben, wie häufig heute noch die Delikte gegen die Vogelwelt mit allen ihren Scheußlichkeiten die ordentlichen Gerichte beschäftigen. In den meisten Fällen ist es dabei nicht möglich, die Vogelfeinde strafrechtlich verfolgen zu können. Ich führe das hier an, weil in der vorigen Sitzung Zweifel bestanden, ob man diesem zweiten Verbands, dem Stuttgarter Bund für Vogelschutz, Landesverein Braunschweig, die gewünschte Unterstützung gewähren solle. Ich bin der Meinung, daß nach dieser Richtung nicht genug geschehen kann. Man soll sich freuen, wenn sich Männer finden, die unsern gefiederten Sängern ihren Schutz angeeignen lassen. Deshalb möchte auch ich wünschen, daß dem zweiten Bunde, dem Stuttgarter, die geringfügige Summe heute bewilligt wird.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

### 3. Herrichtung von Beleuchtungsanlagen in den Zeichensälen verschiedener Schulen.

Stadtv. **Kleinfnecht**: In unserer städtischen Fortbildungsschule soll der Zeichenunterricht ausgedehnt werden auf die Mittelstufen der Schlosser- und Tischlerabteilungen und auf die Unterstufe der Schuhmacher-, Sattler- und Malerabteilungen. Dazu ist die Benützung von vier weiteren Zeichensälen der Bürgerschulen notwendig. Der Magistrat und der Schulvorstand der Bürgerschulen sind einverstanden, daß die Zeichensäle der Schulen am Bültenweg, an der Osterstraße, Sophienstraße und Diefterwegstraße hierfür benützt werden. Dazu ist die Einrichtung von Beleuchtungsanlagen in den genannten Zeichensälen nötig, die nach den überreichten Kostenanschlägen  $140 + 270 + 280 + 300 \text{ M.}$ , zusammen  $990 \text{ M.}$  Kosten verursacht. Der Magistrat ersucht uns, diese  $990 \text{ M.}$  zu Lasten der städtischen Fortbildungsschule zu bewilligen. Die Schulkommission ist mit der Bewilligung einverstanden und empfiehlt den geehrten Herren, demgemäß zu beschließen.

Die Bewilligung der nötigen Mittel wird ausgesprochen.

### 4. Antrag Wesemeier auf Einführung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung.

Stadtv. **Weichsel**: Im November 1913 ist an den Stadtmagistrat und an die Stadtverordneten der Stadt Braunschweig ein Schreiben eingegangen, das unterzeichnet war vom Vorstände des Gewerkschaftskartells, im Auftrage August Wesemeier, und das folgenden Antrag enthält:



„Das Gewerkschaftskartell Braunschweig, die Vertretung von rund 20 000 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, beantragt, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. so schnell wie möglich ein Statut auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen, durch welches die Arbeitslosenunterstützung für die Stadt Braunschweig nach dem Genter System eingeführt wird, und
2. die für die Arbeitslosenunterstützung erforderlichen Mittel bereitzustellen.“

Nach der feststehenden Gewohnheit unserer Versammlung ist die Behandlung dieser Eingabe unterblieben, bis der Magistrat zu der Sache Stellung genommen hatte. Der Magistrat hat dann unter dem 13. November es abgelehnt, auf diesen Antrag des Gewerkschaftskartells einzugehen, und es ist nun von Herrn Wesemeier und seinen Freunden ein Antrag gestellt, in dem die Versammlung ersucht wird, zu dieser Eingabe Stellung zu nehmen.

Die Angelegenheit ist der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen. Sie ist diesem Auftrage gefolgt und hat im Einvernehmen mit Herrn Wesemeier den Antrag dahin ausgelegt, daß Herr Wesemeier den Antrag des Gewerkschaftskartells aufnimmt und wünscht, die Stadtverordnetenversammlung möge in diesem Sinne sich entschließen.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung hat uns schon vor fünf Jahren eingehend beschäftigt. Am 6. Mai 1909 ist über die Frage der Arbeitslosenunterstützung hier eingehend verhandelt, und damals ist der Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung abgelehnt worden. Es wird sich nun fragen, welche Änderungen seitdem vorgegangen sind, die uns in unserer Meinung umstimmen könnten.

Die Gesetzgebung ist in der Richtung nicht geändert, daß wir unsererseits etwa größere Befugnisse bekommen hätten, eine Zwangsversicherung einzuführen. Auch bezüglich des Auslandes ist keine Änderung, die für uns von Bedeutung wäre, vorgekommen. Es ist nur zu bemerken, daß Großbritannien die zwangsweise Arbeitslosenversicherung eingeführt hat. Eine Reihe deutscher Städte ist der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System beigetreten, und zwar 1907 Straßburg, 1909 Erlangen und Mühldhausen, 1910 Schöneberg, Freiburg, 1911 Schwäbisch-Gmünd, 1912 Stuttgart, 1913 Jülich, Mannheim, Offenbach. Es hat dann der Deutsche Städtetag in seiner Sitzung vom 23. November 1913 sich mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, daß die Gemeinden nicht angehalten werden sollen, auf diese Sache einzugehen. Der Deutsche Städtetag ist vielmehr der Meinung gewesen, daß es Sache des Reiches sei, die Arbeitslosenunterstützung in die Hand zu nehmen. Endlich ist die Arbeitslosenversicherung

in der Sitzung des Reichstages vom 6. Dezember vorigen Jahres zur Sprache gebracht und dabei seitens der Regierung erklärt worden, daß zurzeit an eine Einführung der Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen nicht zu denken sei. Geändert haben sich die Verhältnisse insofern, als der Kreis der organisierten Arbeiter erheblich zugenommen hat. Nach Angabe des Gewerkschaftskartells, die zu bezweifeln wir keine Ursache haben, waren hier in Braunschweig im Jahre 1909 rund 13 000 Personen in den Gewerkschaften organisiert, während es heute rund 20 000 sind. Die wirtschaftliche Notlage gegen 1909 hat sich nicht verändert insofern, als damals wohl die Arbeitsgelegenheit ungefähr dieselbe war wie jetzt. Wenn eine Änderung vorliegt, dann ist es die, daß damals die Arbeitsgelegenheit jedenfalls schlechter war als heute.

Wenn man diese Lage der Verhältnisse gegen früher insgesamt ins Auge faßt, so ergibt sich: Die Verhältnisse des Auslandes können von keinem Einfluß für uns sein, und auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch verschiedene Städte kann für uns nicht ausschlaggebend sein. Wenn man die Wichtigkeit der Einrichtung und die enorme Propaganda, die dafür gemacht ist, in Betracht zieht, so muß man sagen: Das Vorgehen der Städte ist keineswegs als ein besonderer Siegeszug der Sache der Arbeitslosenunterstützung anzusehen, sondern es ist ein zögerndes Zurückhalten von Seiten der Städte zutage getreten.

Aus alle diesen Erwägungen meint die Statutenkommission, daß die Gründe, die 1909 für uns maßgebend gewesen sind, auch heute noch bestehen. Wenn ich mir erlauben darf, diese Gründe — die in der Statutenkommission durchgesprochen sind — hier anzuführen, so sind es folgende: Die Rehrseite jedes sozialen Vorgehens ist die, daß sie ohne Zweifel das Selbstverantwortlichkeitsgefühl schwächt. Als zweites ist zu erwähnen, daß die Arbeitslosenversicherung eine Verleitung schwacher Gemüter zur Simulation mit sich bringen wird. Ein weiterer Grund, der der Einführung der stadtseitigen Versicherung entgegensteht, ist, daß die Ziele dieser Versicherung bei den Gewerkschaften und bei den Städten vollständig verschieden sind. Bei den Gewerkschaften handelt es sich um eine Versicherung, und es werden die Unterstützungen der Arbeitslosen nach dem Beitrage bemessen, den der betreffende Arbeiter geleistet hat; es bekommen auf die Weise die bestbezahlten Arbeiter auch die höchste Unterstützung. Umgekehrt ist das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung bei der Stadt. Wenn diese Gelder zur Unterstützung hergibt, so können nicht die Arbeiter, die sich sonst am besten stehen, zuerst berücksichtigt werden, sondern diejenigen, bei denen die größte Notlage vorhanden ist. Die Differenz, welche zwischen den Unterstützungen der verschiedenen Versicherten besteht, würde noch erhöht werden durch die stadtseitigen Zuschläge, vor allen Dingen, wenn diese prozentual bemessen werden, wie das bei der Mehrzahl der Städte geschieht.

Ein weiterer Grund gegen die Beteiligung der Stadt ist, daß das Genter System eine einseitige Unterstützung der organisierten Arbeiter bedeuten würde. Man hat versucht, diesem Übelstande abzuhelpen, indem man neben den Gewerkschaften noch andere Unterstützungskassen eingeführt hat, so daß man sagen konnte: Jeder Arbeiter, auch derjenige, der nicht organisiert ist, kann bei derartigen Unterstützungskassen versichern und hat damit dasselbe Resultat. Praktisch wird damit aber nicht dasselbe erreicht, denn es hat sich dort, wo man Unterstützungskassen eingerichtet hat, gezeigt, daß sie nur in verschwindendem Maße in Anspruch genommen sind, denn ein Zwang zur Versicherung besteht ja nicht. Es bleibt tatsächlich bestehen, daß das stadtseitige Eingreifen einen großen Vorteil für die organisierten Arbeiter bedeutet, während die übrigen schlecht bei der Sache ausgehen. Nun ist nicht zu bestreiten, daß gerade in den Gewerkschaften durchweg die besser bezahlten Arbeiter organisiert sind. Es ist in dieser Beziehung von Interesse, zu hören, wie groß die Zahl der organisierten und unorganisierten Arbeiter ist. Um dies übersehen zu können, habe ich mich bemüht, einige Zahlen zu erhalten. In den Gewerkschaften sind, wie ich schon sagte, rund 20 000 Arbeiter organisiert. Die Zahl der männlichen Arbeiter, die bei der hiesigen Ortskrankenkasse versichert sind, beträgt rund 21 500, bei den Betriebskrankenkassen 5000, bei der Innungskrankenkasse 2500 — die Zahlen schwanken mit der Saison. Das sind zusammen 29 000 Arbeiter, von denen 20 000 organisiert sind. Nehmen wir hierzu die weiblichen Arbeiter, die in den Krankenkassen versichert sind, so sind das rund 14 000, so daß wir auf eine Zahl von 43 000 kommen würden, wovon nur 20 000 versichert sind. Den Vorteil würden also nur die organisierten Arbeiter haben, während sich die anderen schlechter stehen.

Endlich ist nicht zu verkennen, daß eine derartige Maßnahme, wie sie der Antrag verlangt, eine einseitige Unterstützung der Gewerkschaften bedeuten würde, und diese sind — darüber kann kein Zweifel bestehen — eine Kampforganisation der Arbeiter, die einen starken politischen Einschlag zeigt. Wenn man in solchem Falle kommunale Gelder zur Unterstützung der Gewerkschaften hergeben würde, so könnten auch andere Kampforganisationen an uns herantreten und Unterstützung fordern. Die Kommission steht auf dem Standpunkte, daß städtische Gelder nicht zur Unterstützung derartiger Kampforganisationen bereitgestellt werden können, und so gibt Ihnen die Kommission aus allen den angeführten Gründen anheim, den von Herrn Wesemeier und seinen Freunden aufgenommenen Antrag des Gewerkschaftskartells auch heute wieder abzulehnen.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die Beratung über diesen Punkt der Tagesordnung. Es hat der Herr Berichterstatter die politische Frage der Angelegenheit nur kurz

gestreift. Ich möchte die verehrten Herren bitten, diese politische Seite ganz aus unserer Debatte auszuschneiden; ich glaube, das ist für eine ruhige Erörterung der schwierigen Frage das sachlich Dienlichste.

**Stadtv. Wesemeier:** Daß die Kommission wieder, wie vor vier Jahren, zur Ablehnung des Antrages kommen würde, stand bei mir fest. Immerhin wollte ich doch aber prüfen, ob das soziale Empfinden ein anderes geworden wäre als vor vier Jahren. Ich habe gesehen, daß es nicht anders geworden ist, und das bedaure ich aufs lebhafteste. Ich bedaure besonders, daß der Standpunkt der Kommission, den der Herr Referent wiedergegeben hat: daß man den Gewerkschaften ein solches Entgegenkommen nicht zeigen dürfe, bei Erledigung der ganzen Frage ausschlaggebend gewesen ist. Demgegenüber möchte ich aber betonen, daß es nicht nur die freien Gewerkschaften sind, welche die Arbeitslosenunterstützung fordern, sondern daß es die Organisierten der gesamten Arbeiterschaft sind, die darnach streben. In Braunschweig hat sich in den letzten Jahren z. B. der Reichsverein liberaler Angestellten im Februar d. J., der Deutsche Techniker-Verband, Ortsgruppe Braunschweig, im Dezember v. J., die Freie Vereinigung der privaten Angestellten am 18. Februar d. J. auf den gleichen Standpunkt gestellt, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden müßte. Nicht nur diese eben von mir zitierten Verbände und Organisationen vertreten diesen Standpunkt, sondern auch die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, und es wird mich besonders interessieren, bei der Abstimmung zu erfahren, wie gerade einige der Herren, die dem Reichsverein liberaler Wähler sehr nahe stehen, die den Vorsitz in deren Versammlungen führen, hier in der Stadtverordnetenversammlung Stellung zu dieser Frage der Arbeitslosenunterstützung nehmen.

Der Herr Referent hat auf das Ausland hingewiesen und gesagt, die Stellung des Auslandes zu der Arbeitslosenunterstützungsfrage sei für uns ohne jede Bedeutung. Wenn man allerdings so leichtfertig über die Erfahrungen hinweggeht, die man im Auslande mit der Arbeitslosenunterstützung gemacht hat, z. B. in Dänemark, das etwa halb so groß ist wie das Königreich Bayern, dann bedaure ich einen solchen Standpunkt. Wenn die dänischen Städte weit über 300 000 *M* allein im letzten Berichtsjahre für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben und der Staat, wenn ich nicht irre, 600 000 *M*, so sind das doch Zahlen, die zu denken geben. Von England hat der Herr Referent angeführt, daß dort die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls staatlich organisiert ist. Wir finden sie auch in anderen Ländern, sie ist dort weit mehr ausgebreitet als in Deutschland. In Holland, Belgien, Frankreich, in der Schweiz geht man mit Riesenschritten vorwärts, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Der Herr Referent hat auch erzählt,

daß eine ganze Reihe deutscher Städte allein noch im vorigen Jahre nach dem von uns geforderten Genter System Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, also der Gedanke herrscht auch bei uns in Deutschland. Wenn das der Herr Referent zugegeben hat, so bedaure ich um so mehr, daß die Kommission zu einer strikten Ablehnung gekommen ist.

Der Herr Referent sagt, die Arbeitsgelegenheit sei früher schlechter gewesen als heute. Darum kümmern wir uns nicht, denn die Arbeitslosigkeit ist konstant, auch in der Landwirtschaft; die Volkszählung von 1905 hat ergeben, daß im Juni 0,39 Prozent Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft und im Dezember 3 Prozent arbeitslos sind. Es bleibt sich gleich, ob ein Arbeitsloser hungert, oder ob es Hunderttausende sind. Wo Hunger vorhanden ist, wollen wir zugreifen und ihn zu stillen versuchen.

Als Grund für die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung wird noch angeführt, daß das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Geldempfänger geschwächt wird und Simulation großgezogen werde. Meine Herren, so ist es denn doch nicht. Wenn das wahr wäre, dann müßte man den Einwand bei den sehr vielen Herren vorbringen, die ganz schön an irgend welchen Futterkrippen, den staatlichen z. B., sitzen und sehr gute Sinekuren haben, ein hohes Gehalt beziehen und nichts zu tun haben. Aber bei den Arbeitern ist es nicht so sehr der Fall, daß das Selbstverantwortlichkeitsgefühl geschwächt würde. Damit soll doch nur gesagt werden, wenn man es drastisch ausdrücken will, man stärke die Faulheit. Sie können ohne Sorge sein: Nur um diese paar Groschen Arbeitslosenunterstützung von der Gemeinde zu erhalten, um über die bitterste Not der Arbeitslosigkeit hinwegzukommen, wird niemand sich auf die faule Bärenhaut legen, sondern schnell versuchen, Arbeit und besseren Lebensunterhalt zu bekommen. Wenn es richtig wäre, was der Herr Referent sagte, dann müßten die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung auch wieder einstellen, dann müßte auch England, Dänemark, Frankreich schleunigst dazu übergehen, zu sagen: Das wirkt korrumpierend, wir müssen es wieder abschaffen. Aber diese Erfahrung ist nicht gemacht und wird nicht gemacht werden, weil die Unterstützung so jämmerlich ist, daß eben der nackte Hunger dabei gestillt werden kann. Gegen die Simulation schützt uns die Kontrolle der heutigen Arbeitslosenunterstützung. Nach dem Genter System würde für die organisierten Arbeiter die Kontrolle durch die Gewerkschaften ausgeführt werden, und daß diese scharf ist, bewirkt schon der Selbsterhaltungstrieb der Gewerkschaften, denn sie zahlen höhere Beiträge als sie von der Gemeinde verlangt werden. Die Gewerkschaft würde doch, wenn sie die Simulation durch Nachsichtigkeit fördern wollte, selber den größten Schaden haben. Wenn Sie das bedenken wollten, dann müßten Sie sich selbst sagen, daß so etwas unmöglich ist. Soweit

Unorganisierte an der Unterstützung teilnehmen, würde die Kontrolle durch die städtischen Ämter stattfinden müssen; die Unterstützten müßten sich im städtischen Arbeitsamt einstellen, ebenso wie die gewerkschaftlich Organisierten im Büro der Gewerkschaft.

Dann wurde gesagt, daß die bestbezahlten Arbeiter eine höhere Unterstützung durch die kommunale Arbeitslosenunterstützung erhalten würden als die anderen. Wir wollen uns doch nicht selbst Gespenster aufbauen! Wer zwingt Sie denn dazu! Wir wollen keine Klassifizierung. Übrigens haben wir bei den anderen Versicherungen, bei der Alters- und Invalidenversicherung, das System, daß die schlechtbezahlten Arbeiter geringere Beiträge zu zahlen brauchen und eine geringere Unterstützung bekommen als die besserbezahlten Arbeiter. Ein solches schlechtes System wollen wir nicht. Das einzuführen, was der Herr Referent als Schreckgespenst vorführt, kann nicht unsere Absicht sein.

Der springende Punkt, den der Herr Referent angeführt hat, ist, daß die Unterstützung einseitig sei, da sie hauptsächlich den organisierten Arbeitern zugute käme. Weshalb muß denn das sein? Es sollen und können Einrichtungen geschaffen werden, durch die den unorganisierten Arbeitern ebenso gut Arbeitslosenunterstützung gewährt wird wie den Organisierten. Die Unorganisierten mögen sich nur beteiligen. Es wird mit Recht gesagt: Die Unorganisierten beteiligen sich an der Arbeitslosenversicherung in so geringem Maße, daß sie im Verhältnis zu der Gesamtheit der Arbeitslosenunterstützungsempfänger gar nicht in die Wagschale fallen. Das beweist, daß die Unorganisierten die moralisch minderwertigen Elemente sind, die nicht für den Notfall und für ihre Familie sorgen. Jeder Arbeiter, der organisiert ist, zahlt mit seinen Beiträgen für die Dauer der Krankheit noch einen besonderen Beitrag, durch welchen er sich das Recht auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, bei Umzug usw. sichert. Daß die unorganisierten Arbeiter nicht ähnliche Vorsorge treffen, ist ein sittliches Manko, welches nicht scharf genug verurteilt werden kann. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erreichen durch die Zahlung ihrer Beiträge, daß die Löhne für die unorganisierten Mitesser mit erhöht werden. Trotzdem die Unorganisierten keinen Beitrag leisten, erhalten sie durch die Hilfe der organisierten Arbeiter Besserung ihrer Arbeitsbedingungen. Daß die organisierten Arbeiter durch gemeindliche Arbeitslosenunterstützung in der Not Zahlungen erhalten, das wäre kein Grund gegen die Einführung einer solchen Versicherung, wie wir sie gefordert haben. Noch weniger trifft es zu — das ist wohl ein falscher Zungenschlag beim Herrn Referenten —, daß in den Gewerkschaften die besser bezahlten Arbeiter organisiert seien. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Arbeiter erhalten höhere Löhne,

weil sie organisiert sind, sie erkämpfen sich die höheren Löhne durch die Gewerkschaft.

Sodann ist die Zahl von 20 000 nur für das Gewerkschaftskartell im ganzen richtig, genauer sind es 19 856. Es kommen aber noch alle die Verbände hinzu, die auf bürgerlicher Seite stehen. Wenn Sie selbst diesen Arbeitern, die auch die Arbeitslosenunterstützung fordern, Ihren eigenen Leuten, einen solchen Vorwurf machen, dann werden diese das als bitteres Unrecht betrachten.

Über den politischen Einschlag werde ich kurz hinweggehen. Der Herr Referent sagt: Wir können nicht zustimmen, daß die städtischen Mittel irgend einer Organisation zufließen, die einen politischen Einschlag hat. Wir fordern diese Mittel nicht für die Organisation, sondern für die Arbeitslosen, und da sollte es Ihnen vollständig gleich sein, ob die Arbeitslosen in der Gewerkschaft organisiert sind oder bei den christlichen oder gelben Verbänden. Wenn einer arbeitslos ist, so ist er bedürftig, und ist er unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten, dann hätte die Gemeinde die Pflicht, zuzugreifen. Es ist durchaus nicht richtig, wenn man sagt, wir würden, falls die städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, die Gewerkschaften davor bewahren, daß sie mehr Mittel für die Arbeitslosenunterstützung ausgeben, als sie es ohne diese tun. Die Gewerkschaften haben die Sätze der Arbeitslosenunterstützung statutarisch festgelegt. Diese Sätze werden auch gezahlt. Ihre eigenen Parteifreunde aus den Reihen der Angestellten und Arbeiter, auch der nationalliberalen — von den liberalen habe ich es schon angeführt — stellen sich auf einen anderen Standpunkt als Sie. In der Landeszeitung vom 23. Oktober vorigen Jahres schreibt Dr. Hugo Böttcher, der Ihnen jedenfalls bekannt ist, einen Artikel über die politische Lage im Reichstag, und da sagt er:

„Schwieriger erscheint die Aufgabe der Fortführung unserer Sozialpolitik. Sie kann sich nach den großen Reformwerken in der Versicherungsgesetzgebung mit ganz neuen Problemen im Reichstag kaum sehen lassen. Es wird sich hauptsächlich um Ergänzungen und um Ausbau des alten Bestandes handeln, denn die Arbeitslosenversicherung, die von der Sozialdemokratie und ihrem Anhange nach vorn geschoben wird, ist eine kommunalpolitische Angelegenheit und im wesentlichen Sache der Organisationen und der Selbsthilfe.“

Wohl gemerkt, das sagt einer der von Ihnen hochgeachteten nationalliberalen Parteiführer in der Landeszeitung. Sie sehen, so verschieden sind die Meinungen, je nachdem, ob einer in einer kommunalen Körperschaft oder in der größeren Politik steht. Steht er in der kommunalen Körperschaft, so schiebt er die Aufgabe dem Reich zu, steht er in der größeren Politik, so heißt es: das ist Sache der Kommunen. So geht das hin und her, und die Arbeitslosen haben den Nachteil davon.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Redner, sich kurz zu fassen, es sind jetzt 19 Minuten seit Beginn seiner Rede vergangen.

Stadtv. **Wejemeier** (fortfahrend): Ich möchte nur noch eins bemerken, um Ihnen zu zeigen, was die braunschweigischen Gewerkschaften auf diesem Gebiete der Stadt bis jetzt abgenommen haben. Ich will Ihnen kurz die Zahlen der letzten Statistik vorlesen: Im Jahre 1913 (vom 1. Januar bis 31. Dezember) zahlten die freien Gewerkschaften, von denen der Antrag ausgeht, an Krankenunterstützung (das ist nicht der Betrag der Krankenkasse, sondern eine Summe, die neben den Krankenkassenbeträgen gezahlt ist) an 5506 Personen 123 057,84 *M*, an Arbeitslosenunterstützungen an 3757 Personen 107 374,62 *M*, an Reise- und Umzugsunterstützungen an 5932 Personen 14 853,62 *M*, an Sterbegeld, auch nur an gewerkschaftlich Organisierte, an 221 Personen 40 641,25 *M*. Das ist eine Leistung im vergangenen Jahre durch die Gewerkschaften von 285 927,15 *M* an 15 416 Personen. Wie kläglich ist unser städtischer Armenetat dagegen — ganze 200 000 *M* an barem Gelde sind an Arme ausgezahlt.

Die Gewerkschaften sind also mit gutem Beispiel vorangegangen, und ich glaube, die Stadt hätte alle Ursache, das Gute zu fördern, was hier durch die Gewerkschaften geleistet ist. Wo etwas geleistet werden kann auf dem Gebiet der Beseitigung der Not, sollten auch Sie einen Schritt weiter gehen und nicht dem Magistrat zustimmen, der sagt: Die Verhältnisse haben sich nicht geändert. Sie haben sich gewaltig geändert, und eine ganze Anzahl Gewerkschaften haben diese neue Unterstützung eingeführt. Gewiß fordern wir in erster Linie Arbeit für die Arbeitslosen, das ist uns viel mehr wert als Unterstützung. Aber weil sie nicht in allen Fällen geschaffen werden kann, deshalb fordern wir die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System auch in Braunschweig.

**Vorsitzender:** Ich bitte die nachfolgenden Herren Redner, sich an die vorgeschriebene Redezeit zu halten, die für jeden Redner mit Ausnahme des Referenten auf 10 Minuten festgesetzt ist.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich habe den Diskussionen bei der Kommissionsberatung beigewohnt und muß bedauern, daß eine ganze Anzahl Herren, die infolge ihrer Schulbildung über eine gewisse Intelligenz verfügen, auf diesem Gebiete uns nicht verstehen. Ich sage mir: Eine Frage, wie die Arbeitslosigkeit, von der auch der Staatssekretär Dr. Delbrück vor einiger Zeit im Reichstage sagte, „daß das Problem der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen sehr ernst sei, ein Problem an dem kein Staatsmann, kein Volkswirt vorbeigehen sollte“, das zwingt doch



auch jeden anderen, ganz gleich, auf welchem politischen Grunde er steht, sich einigermaßen mit dieser Frage zu befassen. Wenn wir die Frage anschneiden, so tun wir es nicht deshalb, weil wir erwartet haben, Sie werden unseren Anträgen zustimmen. Nein, es tut uns gewissermaßen leid, daß wir in dieser wichtigen Frage bei Ihnen und bei den anderen Ständen kein Verständnis finden, und zwar nicht deshalb, weil Sie unseren Argumenten nicht folgen könnten. Ich habe die Überzeugung, daß wegen des Milieus, aus dem Sie hervorgegangen sind, es Ihnen abgeht, daß Sie uns folgen, wie wir es wünschen. Sie sind beeinflusst von der arbeiterfeindlichen Presse, die alles, was einzelne Unrechtes tun, der ganzen Gewerkschaft, der politischen Organisation in die Schuhe schiebt.

Ich habe in der Kommission Gründe gehört, bei denen ich sagen mußte: Wie ist es möglich, daß Männer, die die moderne Arbeiterbewegung im deutschen Reiche verfolgen, zu einer solchen Verurteilung kommen! Wir haben vorhin vom Herrn Referenten z. B. gehört — und das ist auch in der Kommission gesagt —, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen seien: wir können sie nicht unterstützen, weil dann der Kampf noch schärfer werden würde. Sie haben gewiß gelesen, daß im vorigen Jahre der englische Generalsstaatsanwalt Isaacs eine Rede gehalten hat, in der er sagte, daß die englische Regierung sehr gern mit großen Arbeiterorganisationen verhandle, und daß es Pflicht des Staates sei, für die Arbeiter zu sorgen. Er führte dabei aus: „Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der organisierte Arbeiter der beste Arbeiter ist, daß die besten Arbeitskräfte die Gewerkschaftsmitglieder sind.“ Ähnliches hat übrigens auch Fürst Bülow zugegeben, wenn er erklärte, daß der beste Arbeiter der Welt der deutsche Arbeiter ist. Nehmen Sie einen großen Betrieb und forschen nach, wer von den Arbeitern organisiert ist, und sehen Sie sich an, was in den Gewerkschaften auf dem Gebiete der beruflichen Fachausbildung ihrer Mitglieder geleistet wird. Da verstehe ich nicht, daß die Neigung immer noch dahin geht, die Gewerkschaften zu verdammen. Der Generalsstaatsanwalt Isaacs sagte weiter: „Ich gehe weiter und behaupte, daß, je mehr Sie die Organisation stärken, zu denen unsere tüchtigsten Arbeiter gehören, um so besser Sie für die Industrie und die Sicherheit des ganzen Staates sorgen, um so unwahrscheinlicher die Lohnkämpfe und um so blühender der allgemeine Wohlstand des Landes wird, wenn auch einmal ein einzelner Arbeitgeber darunter leiden mag.“ Das ist es gerade, was falsch ist: daß die ganze Arbeiterbewegung verdammt wird, wenn ein einzelner Arbeitgeber durch das Vorgehen der Gewerkschaft mehr Lohn zahlen muß, abgesehen davon, was die Arbeiterorganisationen für das ganze Volk leisten. Sie werden weiter vor vier Jahren das Buch gelesen haben, das der englische Minister Lloyd George über die Arbeitslosigkeit herausgegeben hat. Er kommt darin zu der Anerkennung, daß die Ar-

beiter z. B. bei Krisen kein Vorwurf trifft, wenn sie arbeitslos werden, und daß der Staat die Pflicht hat, für Arbeit oder Unterstützung zu sorgen. Wenn Hunderttausende von Menschen arbeitslos werden, so werden sie es nicht durch Faulheit und Unfähigkeit, sondern durch die Kapitalisten usw. Es wurde in der Kommission gesagt, daß es nicht zu verstehen sei, wenn wir ein Recht auf Arbeit und auf Arbeitslosenunterstützung feststellten. Ich habe zufällig in der Industrie-Beamtenzeitung einen Auszug aus einer Rede Bismarcks gefunden. Er hat in der Reichstagsitzung vom 9. Mai 1884 gesagt: „Ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, solange ich an diesem Plage sein werde.“ Das Recht auf Arbeit kann allerdings die heutige kapitalistische Gesellschaft im vollen Umfange nicht geben, das bleibt dem Sozialismus vorbehalten.

Es wurde in der Kommission so oft daran erinnert: Warum gehen die Unorganisierten nicht in die Gewerkschaften, wenn sie doch so gut sind? Da wissen Sie doch genau, wie es gehandhabt wird. Es gibt eine Anzahl Betriebe, die unbedingt darauf dringen, daß die Arbeiter hinausfliegen, wenn sie organisiert sind, und es gibt auch eine Anzahl Arbeiter, die sich davor fürchten, die kein bißchen Energie besitzen, auch außerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises Opfer zu bringen und Beiträge für die Arbeiterbewegung zu zahlen. Es wird uns weiter entgegengehalten, unsere Gewerkschaften terrorisierten die Arbeiter, so daß sogar die Regierung eingreifen müsse. Das ist übertrieben. Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich wurden seit dem Jahre 1905 wegen des bekannten § 153 der Gewerbeordnung 2115 Arbeiter bestraft, dagegen stehen rund 35 000 Verurteilungen der Arbeitgeber wegen Vergehens gegen die Arbeiterschutzvorschriften. Gegen diese Gesetzverächter und gegen solche Zustände müssen die Gewerkschaften den Kampf führen. Unsere Organisationen sind mit vollem Recht Kampforganisationen, und an dem Kampfscharakter sollten Sie sich nicht stoßen.

Ein weiterer Einwand ist: Der Staat soll helfen. Sie wissen, der Staat wird das nicht tun. Und wenn es so gemacht würde, dann würde es so eingerichtet, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung keinen Nutzen davon hat, sondern wir als Gewerkschaft dadurch geschädigt werden. In Deutschland ist es leider so, daß wenn die konservativen Junker und der Hochadel sich gegen etwas erklären, daß leider meistens die Bürgerlichen, die Nationalliberalen und auch die Freisinnigen umfallen und mitmachen. In den konservativen Blättern sind Ausdrücke gefallen, bei denen man sich an den Kopf greift und sich fragt, wie es möglich ist, die Arbeitslosen so zu behandeln. Es wurde geschrieben: „Die Versicherung sei eine Prämie auf die Faulheit — wer sich nicht selbst erhalten kann, mag untergehen.“ „Der Hammer“ schreibt: „Proletariern darf man ebensowenig als Dieben und Verbrechern Schutz angedeihen lassen.“ Die Zeitung versteht unter einem Proletarier

einen solchen, der nichts hat und nichts kann. Wenn das nicht eine Unverschämtheit ist, dann weiß ich es nicht. Wir verstehen unter Proletariern solche Arbeiter, die 24 bis 25 *M* in der Woche verdienen, was soviel ist, daß es kaum zum notwendigsten Auskommen reicht. Über 9 Millionen Menschen in Preußen haben ein Einkommen unter 900 *M*; das sind Proletarier. Dazu kommt eine Anzahl von 5 Millionen, die jährlich 1500 *M* verdienen, die also hiervon für schlimme Zeiten nichts zurücklegen können. Und da kommen solche Gesellschaften und jagen, sie seien den Dieben und Verbrechern gleichzustellen! Wenn Sie hier im Saale auch nicht so denken, so wissen Sie doch, daß von konservativer Seite nichts zu erwarten ist. Doch denken nicht alle ihrer Parteigenossen in Norddeutschland so über die „Proletarier“. So hat in der letzten Staatsdebatte der Stadt Berlin im März 1913 der Stadtrat Kalisch die Vorzüge der Arbeitslosenunterstützung anerkannt, indem er sagte: „Die Sozialdemokratie nimmt durch ihre vorzügliche Einrichtung der Arbeitslosenversicherung der Armenverwaltung ein gut Stück Arbeit ab.“ Das ist für Berlin jedenfalls eine ungeheure Hilfe, wenn diese Gewerkschaften Millionen an die Arbeitslosen bezahlen.

Nun wurde gesagt: Würden die Gewerkschaften in dieser Weise unterstützt, dann könnten andere Organisationen auch kommen und Unterstützung verlangen. Mein Kollege Wesemeier hat das schon richtiggestellt. Aber wenn man gerecht sein wollte, dann sollte man denjenigen einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung leisten, die in dieser Hinsicht für die Kommune etwas geleistet haben, und dann müßte Sie den freien Gewerkschaften zuerst gewährt werden. Bedenken Sie doch, daß die freien Gewerkschaften in den letzten 23 Jahren von 1891 bis jetzt über 70 Millionen Mark für Arbeitslose bezahlt haben, und daß im Jahre 1912 die freien Gewerkschaften allein rund 9 Millionen Mark für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben, die christlichen und Hirsch-Dunckerschen zusammen nur 445 000 *M*. Über 8½ Millionen Mark haben wir in dem einen Jahre mehr ausgegeben als die andern zusammen. Wenn man da nicht sagt: „Ihr leistet etwas; ihr habt ein Recht, Zuschuß zu verlangen“, dann weiß ich nicht, was recht sein soll. Uns ist es nur darum zu tun, den Arbeitslosen zu helfen. Wenn Sie damit warten wollen, bis der Reichstag damit kommt, dann können Sie noch lange warten.

Noch ein paar Worte; ich möchte einiges richtigstellen. — Auch heute wurde gesagt, daß die Arbeitslosenunterstützung die Arbeiter verweichlichen würde und Simulation großgezogen würde, wie das auch bei der Unfall- und Invalidenversicherung aufgetreten sei. Es wurde dabei auf eine Anzahl Ärzte hingewiesen, die sich geäußert haben, daß dies zutreffe. Wir haben aber eine ganze Anzahl von hervorragenden Ärzten und Professoren, die eine solche Wirkung bestreiten. Der Vorsitzende des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann, bestreitet das, wenn er auch

zugibt, daß es selbstverständlich auch bei unseren Arbeitern Simulanten gibt, wie das aber auch bei den Offizieren und bei jeder anderen Gruppe sich findet. Professor Thiem, der viel als Obergutachter vom Reichsversicherungsamt verlangt wird, sagt dazu: „Der hier und da noch auftretenden Ansicht, daß Simulanten erst durch die Arbeitergesetze großgezogen oder durch sie in besonders reichem Maße hervorgerufen seien, muß ebenso widerprochen werden, wie der Meinung, die Betrugsversuche kämen unter den Arbeitern besonders häufig vor. Ich habe diese Anschauung immer in Wort und Schrift widerlegt.“ Auch Professor M. Sitten, der von einer Droschke überfahren und verletzt wurde, sagte zu Professor Lennhoff: „Seit diesem Unfall bin ich in der Beurteilung von Unfall-Neurosen noch viel milder als früher. Ich habe doch keinen Anlaß, an Rentensucht zu leiden, und habe doch seit jenem Unfall die typischen nervösen Erscheinungen.“ So spricht ein Professor, der am eigenen Leibe erfahren hat, wie jemand zumute wird, der einen Unfall erlitten hat, und daß er deshalb kein Simulant zu sein braucht. — Es hat eben jedes Ding seine zwei Seiten, auch die Arbeitslosenunterstützung, und ich möchte die Herren bitten, der Sache eine größere Aufmerksamkeit zu schenken und sich nicht nur symptomatisch damit zu befassen. Wir werden dann, wenn wir die Arbeitslosenversicherung einmal wieder vorbringen, wie ich hoffe, konstatieren können, daß wir ein gut Stück in dieser Sache weitergekommen sind.

Stadtv. Dr. **Senting**: Was die letzten Bemerkungen des Herrn Vorredners betrifft, so muß ich zugeben, daß eigentliche Simulationen in meiner 30jährigen Praxis verhältnismäßig selten bei den Krankenkassen vorgekommen sind. Ebenso richtig ist es aber auch, daß, wenn Arbeiterentlassungen stattfinden, die Betroffenen stets geneigt sind, als Gegenzug dagegen sich krank zu melden. Da trifft zu, was in der Kommission gesagt ist: Diese Art der Versicherung schafft die Neigung zur Erschlaffung. Es wird gearbeitet, solange regelmäßige Arbeit vorhanden ist; wird aber ein Arbeiter seine Stelle los, so fühlt er, daß etwas an seinem Körper nicht in Ordnung ist, während er sonst ruhig weiter gearbeitet hätte. Wie häufig haben wir alle schon Schmerzen gehabt und uns doch nicht krank gemeldet! Das sind Fälle, die ich Übertreibung nennen möchte, wozu sich die Neigung bei Arbeitslosigkeit einstellt.

Was die Frage der Arbeitslosenunterstützung durch die Behörden anbetrifft, so muß ich sagen, daß ich in etwas mit der Frage sympathisiere. Ich wünsche auch, daß demjenigen, der unverschuldet arbeitslos geworden ist, eine Unterstützung zuteil wird, die ihn einige Wochen hindurch über Wasser hält, und eine solche Sympathie wird jeder hier im Saale haben. Eine andere Frage aber ist die, wie man eine solche wirksame Unterstützung schaffen kann. Dazu muß ich sagen: Ich würde dem Vorstande einer Gewerkschaft, deren Mitglieder uns so oft in scharfer

polemischer Weise angreifen, nicht eine gerechte und unparteiische Handhabung zutrauen können. (Widerspruch.)

**Vorsitzender:** Ich bitte, das Politische nicht zu berühren.

Stadtv. Dr. **Henking** (fortfahrend): Die Herren haben vielleicht das „Blatt für kommunale Ehrenbeamte“ vom 20. Dezember 1913 gelesen. Darin wird auf Seite 571 auf Dresden verwiesen, wo neue Grundsätze für die Arbeitslosenfürsorge geschaffen sind. Die Stadt Dresden hat 20 000 *M* zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt, die aber nicht nach dem Genter System verteilt sind — wie hier die Herren Antragsteller wünschen —, sondern die Verteilung wird dort durch die städtische Armenpflege besorgt, selbstverständlich nicht mit der Folge, daß den unterstützten Unglücklichen ihre politischen und kommunalen Rechte genommen werden. Ich habe den Eindruck, daß das nachahmenswert ist, und möchte die Herren bitten, den neuen Einrichtungen in Dresden näherzutreten. Ich werde den Antrag Wesemeier nicht unterstützen können, möchte aber empfehlen, nach dem Vorbilde von Dresden eine Arbeitslosenunterstützung bei uns einzuführen.

Stadtv. **Schmidt:** Die Gründe, die die Kommission vorgebracht hat, und die zur Ablehnung des Antrages Wesemeier geführt haben, setzen sich nach zwei Seiten zusammen. Erstens dreht es sich darum, wie der Herr Referent Weichsel sagt, daß eine Veränderung in der Wirtschaftsweise gegen früher nicht eingetreten sei. Die Zeiten seien nicht schlechter geworden, auch die Arbeitslosigkeit nicht so stark hervorgetreten wie in den Vorjahren. Beides trifft nicht zu. Wer einigermaßen die Verhältnisse kennt, wie sie auf dem Arbeitsmarkte liegen, der wird zugeben müssen, daß sie sich um das Doppelte gegenüber den vorigen Jahren gesteigert haben. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, dafür ein Beispiel. Wir haben für die Tischler im Jahre 1913 an Arbeitslosenunterstützung die Summe von 13 697,30 *M* ausgegeben. Diese Unterstützung wird nur für die Zeit von 6 Wochen verteilt, und wer länger arbeitslos gewesen ist, hat nichts weiter bekommen können. Die genannte Summe beträgt 400 *M* weniger als die für die Jahre 1909, 1910 und 1911 zusammengekommen, wie das ähnlich auch in anderen Städten und in den übrigen Industrien der Fall gewesen ist. Wer das bedenkt, muß anerkennen, daß im vorigen Jahre die Arbeitslosigkeit besonders stark hervorgetreten ist.

Nun wurde gesagt, auch von Herrn Dr. Henking, daß bei den Arbeitslosen hier und da Neigung vorhanden sei, auch nicht nur bei eintretendem Arbeitsmangel eine Einnahme oder eine Sicherstellung durch die Versicherungen zu erhalten, da die Leute doch nicht ohne Subsistenzmittel bleiben könnten. Damit hat man doch sagen wollen, daß der Simulation durch weitere Unterstützung Vorschub

geleistet wird. Ich bin der Meinung: Wer die Ursachen der Arbeitslosigkeit kennt, wird diesem Grundjage nicht huldigen können. In den letzten Jahren sind die Reichsbehörden, die Militär- und Reichsmarineverwaltungen dazu übergegangen, den Handwerkern und Arbeitern großen Schaden dadurch zuzufügen, daß sie ihre Arbeiten durch eigene Leute ausführen ließen, und damit haben sie mit verschuldet, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Maße Platz greifen mußte. Ich erinnere daran, daß für die neue Heeresvermehrung eine Masse Einrichtungen notwendig waren, z. B. neue Schränke und andere Ausrüstungsgegenstände für die Kasernen mußten beschafft werden. Die Militärverwaltung forderte wohl von den Innungsmeistern Preise ein, aber während einzelne Handwerker sich damit bemühten, Preise festzustellen, hat die Militärverwaltung diese Arbeiten zum großen Teil an die Zuchthäuser vergeben. Das ist ein Skandal, und die Handwerkerkreise machten ihrem Unmut darüber Luft und sagten: „Wir bezahlen die Steuern, und doch wird uns gewissermaßen die Arbeit weggenommen. Der Zuchthausverwaltung, die 40 Pfg. Tagelohn bezahlt, können wir keine Konkurrenz machen.“ Diese Konkurrenz erwächst den freien Arbeitern nicht nur in der Holzindustrie, sondern auch in anderen Berufen. Mir sind eine ganze Reihe von Fällen bekannt, daß gut situierte Personen aus Braunschweig ihre Arbeiten in den Strafanstalten zu Wolfenbüttel anfertigen lassen. Ich weiß auch, daß ein Unternehmer Kräfte aus den Strafanstalten gepachtet hat und auch pro Person und Tag 40 Pfg. bezahlt. Wir fordern aus diesen Gründen, daß die Zuchthausarbeit abgeschafft werden soll. Im vorigen Jahre hätte die Militär- und Reichsmarineverwaltung manchem arbeitslosen Tischler helfen können. Ich habe hier einen Ausschnitt aus der Fachzeitung: „Als ich meinen Wehrbeitrag deklarierete.“ Zwei Tischlermeister gingen nach dem Steuerbüro und wollten als Staatsbürger angeben, was sie zu zahlen haben; sie wollten dem Staate geben, was er verlangt. Als sie das Haus betraten, sehen sie sieben Kofli mit eingepackten Tischlerarbeiten stehen. Sie haben Interesse daran, wollen sich die Arbeiten ansehen und ihr Gutachten abgeben, und als sie näher treten, sehen sie als Abgangsort verzeichnet: „Strafanstalt Hannover.“ Da ist ihnen ein Grusel überkommen, und sie haben gesagt: „So muß es einem gehen, der auf dem besten Wege ist, dem Staate die verlangten Beiträge zu geben.“ Die Simulation ist es nicht allein, kann es nicht allein sein, die im vorigen Jahre die Arbeitslosigkeit emporjchnellen ließ.

Es ist schon von Herrn Wesemeier darauf hingewiesen, daß in Süddeutschland eine ganze Reihe von Städten weiter ist in der Beurteilung der Arbeitslosigkeit und sich in loyaler Weise dem Genter System angepaßt hat. Ich habe hier das Statut der Stadt Stuttgart über die Arbeitslosenunterstützung. Wird hier daselbe zutreffen, was Herr Dr. Henking ausführte: Man könnte nicht das Vertrauen

zu den Herren haben, die Ihnen in der Versammlung in scharfer Weise entgegen-treten? Da die Stuttgarter Stadtverwaltung gemäß dem Antrage der sozial-demokratischen Vertreter die Einführung der Arbeitslosenversicherung beschlossen hat, da auch die Zuschüsse an die Berufsvereine gezahlt werden und nach viertel-jährlichen Abrechnungen die Vergütungen berechnet werden, so kann man an-nehmen, daß dort Vertrauen zu den Führern der Gewerkschaften besteht. Oder meinen Sie, daß wir mit dem Gelde durchgehen würden? Das würde auch der Fall sein können, wenn die Stadt nichts zuschießt.

Was Herr Weichsel anführte: es könne unmöglich so eingerichtet werden, daß man den Gewerkschaften das Geld zahlt, so entgegne ich: Wir verlangen das Geld nicht für uns. Wir bezahlen unsere Unterstützungen nach wie vor in derselben Weise; aber wir sind der Meinung, daß bei der großen Summe, die bei uns zur Auszahlung kommt, und bei der großen Zahl der Arbeitslosen, die nach sechs Wochen nicht mehr in Frage kommen können, es Aufgabe der Kommune sein müßte, für die Arbeitslosen einzutreten. Es heißt in der von Reichs wegen her-ausgegebenen Denkschrift über diese Frage, das System der Zuschüsse habe sich be-währt. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. In dem Stuttgarter Statut heißt es: Für Zahlung der Unterstützung kommen politische oder konfessionelle Gesichts-punkte nicht in Betracht, sondern es ist nur erforderlich, daß die Satzungen des Berufsvereins den Zwecken der städtischen Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Hier in Braunschweig aber erwähnt man, daß politische Einschlüsse bei den Ge-werkschaften vorhanden seien. Herr Weichsel erwähnte dabei, daß nur die besser bezahlten Arbeiter organisiert seien. Das ist nicht der Fall; wir haben gut und schlecht gelohnte Arbeiter in den Gewerkschaften. Aufgabe aber ist es, die schlecht gelohnten Arbeiter hochzubringen, damit sie ein Existenzminimum erreichen, das zum Leben notwendig ist. Die Zahl derjenigen, die nicht organisiert sind, ist so gering, daß man sagen kann, ein großer Teil davon würde ebenso gut sich privat versichern können.

Wenn Sie sich den organisierten Arbeitern gegenüber auf den Standpunkt stellen wollen: das sind Kampforganisationen, so ist dazu zu sagen, daß es bedauer-lich ist, daß sie den Kampf noch führen müssen, um das zu erhalten, was zum Leben notwendig ist. Für die städtischen Beamten bewilligen wir das hier glatt, oder es geht doch wohl ohne viel Schreibung und andere Maßnahmen ab. Das geschieht draußen im freien Wettbewerb nicht, und deshalb sind wir angewiesen, niedrige Löhne im Kampf hochzubringen. Auch Sie haben doch kein Interesse an den Leuten, die z. B. die Bänke im Bürgerpark zieren, und werden sie nicht als Elitetruppen hinstellen. Derjenige, der für seine Familie sorgen will, ist heute organisiert, und die Zahl der Organisierten nimmt zu, weil Einsicht und Volks-

bildung im allgemeinen zunehmen. Sie meinen, wenn Sie die kommunalen Zuschüsse den sozialdemokratischen Gewerkschaften bewilligen, dann könnten auch andere denselben Zuschuß fordern. Das ist richtig, es gibt Hirsch-Dundersche und christliche Organisationen und noch andere, die genau dasselbe Anrecht hätten und dasselbe bekommen können. Die Einnahme der Gewerkschaften würde durch die Zuschüsse nicht verändert werden, denn die Zuschüsse werden an die Arbeitslosen weitergegeben.

Nach der Vermögenslage unserer Stadt dürfte Braunschweig genau so in der Lage sein, wie die Städte in Süddeutschland, die Arbeitslosenunterstützung einzurichten, und keine anderen Gründe hier maßgebend sein, sie zu verhindern. Es dürfte auch hier das Vertrauen Platz greifen, das man dort den Gewerkschaften entgegenbringt, indem man sagt: Die Meldungen genügen uns. Ich habe die Meinung, daß die Arbeiterschaft in Braunschweig nicht schlechter ist als anderwärts, sondern daß wir stolz sein können, daß sich die Arbeiterschaft zu dem Standpunkt aufgerungen hat, durch eine Versicherung für die Arbeitslosen zu sorgen. Die Zuschüsse fordern wir nicht für uns, sondern für die Arbeitslosen in der Gemeinde, und dazu dürfte die Kommune wohl Mittel bewilligen können.

**Stadtv. Brenner:** Ich höre nicht, daß einer der bürgerlichen Herren — mit Ausnahme des Herrn Referenten — auftritt, um gegen den Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Es scheint demnach, daß die bürgerlichen Herren fühlen, daß triftige Gründe gegen den Antrag vorzubringen nicht gut möglich ist, daß sie also innerlich wenigstens die Berechtigung der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung anerkennen. Ich meine, das ist auch eine Art Siegeszug der Idee der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Wenn es zunächst auch nur ein moralischer Siegeszug ist, so muß ein solcher doch bei allen derartigen neuen Einrichtungen vorangehen, bevor man dazu schreitet, die Einrichtung praktisch durchzuführen. Wenn wir auch heute wohl nicht dazu kommen, so werden wir in kurzen Jahren sicher dazu kommen, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Das Meiste und Wichtigste, was zur Begründung des Antrages zu sagen ist, ist von meinen Freunden schon vorgetragen worden. Ich möchte mir nur gestatten, Sie besonders auf eine Wirkung der Arbeitslosigkeit hinzuweisen, das ist die Wirkung auf die betroffene Familie, auf den Gesundheitszustand, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die moralische Einwirkung, welche längere Arbeitslosigkeit auf die davon Betroffenen macht.

Zunächst will ich noch feststellen, wie es bereits geschehen ist, daß nicht behauptet werden kann, die Arbeitslosigkeit sei in den meisten Fällen selbst verschuldet, sondern daß die heutigen Wirtschaftsverhältnisse es mit sich bringen, daß



einesteils eine dauernde Arbeitslosigkeit vorhanden ist, und daß andernteils periodenweise alle 4—7 Jahre Wirtschaftskrisen kommen und in diesen Zeiten dann eine größere Anzahl von Arbeitern — von Tausenden bis zu Millionen — in Deutschland arbeitslos werden, und daß deshalb die Gesellschaft die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hat, für die Arbeiter eine Unterstützung anzubringen. Die Arbeitslosenunterstützung zu verweigern, ist vielleicht kapitalistisch gedacht, ist im Sinne der Interessen der besitzenden Klassen, ist aber durchaus nicht menschlich und nicht christlich, und die Ausdrücke Christentum und Menschlichkeit spielen doch auch in den Parlamenten und in den Ausschüssen der bürgerlichen Herren eine ziemlich bedeutende Rolle. Ich möchte doch auch an diese Seite Ihres Gefühlslebens appellieren.

Nun noch einige Worte über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Man muß es sich vor Augen halten, daß ohnedem schon in Zeiten des flotten Geschäftsganges der Gesundheitszustand in der Arbeiterchaft viel zu wünschen übrigläßt, da die Löhne knapp sind und nicht zur ordentlichen Ernährung hinlangen, und infolgedessen die Gesundheit der Arbeiter geschwächt ist. Wenn in Zeiten der Arbeitslosigkeit ein größerer Mangel kommt, so muß der Gesundheitszustand in der Arbeiterchaft noch bedeutend schlechter werden. Daß dann Schwindsucht, Blutarmut, Bleichsucht und andere Krankheiten auch bei Arbeiterfrauen und -kindern um sich greifen, ist selbstverständlich. Es wird von Ihnen darnach gestrebt, eine starke Wehrmacht heranzuziehen, und hier läßt man Hunderttausende, vielleicht Millionen von Kindern bitteren Mangel leiden und zurückbleiben in der körperlichen Entwicklung. Das ist durchaus falsch und auch nicht patriotisch von Ihnen gehandelt, denn im Interesse der Stärkung unserer Wehrmacht liegt das nicht. Wir haben in Deutschland noch ganz bedenkliche Ziffern über die Ausbreitung der Lungentuberkulose und andere Krankheiten. Man rechnet, daß in Deutschland konstant eine Million Menschen an Lungentuberkulose leiden, und daß jährlich 100 000 Menschen an der Lungenschwindsucht sterben. Das sind ungeheure Opfer, die der Seuche gebracht werden, die man als Proletariatskrankheit bezeichnet, und die aus keiner anderen Ursache herrührt als aus dem Elend, das bei den Arbeitern besteht infolge der schlechten Löhne und der schlechten Arbeitsverhältnisse. All dieses Elend und diese Krankheiten werden bedeutend verschlimmert, sobald die Arbeitslosigkeit eintritt und die Leute in bitterem Mangel geraten. Nach den Berichten der Schulärzte in Braunschweig hat sich herausgestellt, daß von den Schulkindern der unteren Bürgerschulen nur rund 60 Prozent von normaler Körperbeschaffenheit sind; an die 4 Prozent der Kinder wurden als von schlechter Körperbeschaffenheit bezeichnet und 36 Prozent als von mittelmäßiger Körperbeschaffenheit. Hunderte von Kindern aber waren angeführt als solche, die unterernährt, bleichsüchtig, skrofulös sind, und 25 Kinder waren

tuberkulös. Das sind entsetzliche Erscheinungen, die mit dem Elend und Mangel des Proletariats zusammenhängen, und dagegen kann am besten angekämpft werden, indem man für eine ausreichende Lebenshaltung der Eltern sorgt.

Es ist nicht allein die Wirkung auf den Gesundheitszustand, die hier in Betracht kommt. Man muß auch berücksichtigen, daß die Familien, wenn das Elend kommt und die Arbeitslosen hoffnungslos macht, in Schulden geraten, daß sie gezwungen sind, Hab und Gut zu verkaufen, daß die Familien mitunter auseinandergerissen werden, daß sie ins Pflegehaus kommen, der Vater womöglich auf die Landstraße gedrängt und dem Alkoholismus in die Arme getrieben wird. Das sind bedenkliche Folgen der Arbeitslosigkeit. Es ist leicht, daß ein Mensch, der ins Elend kommt, die Hoffnung und den Mut verliert, sich wieder emporzuarbeiten. Es sind Tausende, die heute die Landstraßen bevölkern, die, wenn sie in geordneten Verhältnissen hätten leben können, niemals dorthin gekommen wären. Es ist ferner nachgewiesen, daß die Kriminalität in hervorragendem Maße mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Je größer die Arbeitslosigkeit wird, um so mehr nehmen die Eigentumsvergehen zu. Das eine hängt mit dem andern zusammen, und wir arbeiten nur im Interesse des Volkswohls, wenn wir dafür sorgen, daß die Arbeitslosen einigermaßen Existenzmittel haben, damit sie nicht gezwungen sind, sich an dem Eigentum ihrer Mitmenschen zu vergreifen.

Zu bedenken ist noch, daß auch die Geschäftswelt — insbesondere die Kleinkaufleute — ein hervorragendes Interesse daran hat, daß die Arbeitslosenunterstützung von seiten der Gemeinden zustande kommt. Wenn die Arbeiter in größerem Maße arbeitslos sind, sind sie gezwungen, Schulden zu machen und ihren Bedarf einzuschränken, und darunter leiden besonders auch die kleinen Geschäftsleute. Wenn die Stadt einige tausend Mark zu der Arbeitslosenunterstützung zuschießt, dann zirkuliert das Geld und bringt dem allgemeinen Wohl mehr Nutzen, als man der Summe von außen ansieht.

Was die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt in dieser Hinsicht betrifft, so meine ich: Geld ist genug da. Wenn wir uns das ganze Elend betrachten, das die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, dann darf es für das menschliche Empfinden nichts weiter geben, als den sofortigen festen Entschluß: „Hier muß geholfen werden; hier dürfen wir keine Rücksicht mehr nehmen und erst fragen, ob die Gewerkschaften Kampforganisationen sind.“ Dem Kampffonds der Gewerkschaften käme davon ja auch kein Pfennig zugute. Oder schlagen Sie ein besseres System vor, welches natürlich auch uns befriedigen muß, dann werden wir dem zustimmen. Es gibt aber kein besseres, das ist auch von gegnerischer Seite anerkannt. Das Genter System hat sich als das vorteilhafteste erwiesen. Ich bitte Sie, nehmen Sie dieses auch für Braunschweig an, damit unsere Stadt nicht an letzter Stelle in solcher Frage hinkt, und damit man

auch von Braunschweig einmal etwas Gutes und einen sozialen Fortschritt berichten kann.

**Stadtv. Steinbrecher:** Gestatten Sie mir noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Dr. Henking. Herr Sanitätsrat Dr. Henking erklärte nach meinen Worten sich wohl für die Notwendigkeit, Arbeitslose zu unterstützen, will aber doch gegen meinen Antrag stimmen, weil die Vertreter der Gewerkschaften hier zu schroff ihren Standpunkt vertreten hätten. Herr Sanitätsrat, die Sache liegt so: Wenn wirklich einmal hier von unserer Seite ein starkes Wort fällt, so sind dazu doch immer Ursachen vorhanden. Sie müssen doch bedenken, daß wir Organisierten jahraus jahrein von den Unternehmern, von der Polizei, von der Regierung schikaniert und bekämpft werden. Da können Sie es wohl verstehen, daß jemand in solcher Lage aus sich herausgeht und einmal zu schroff wird. Denken Sie doch an den letzten Ärztestreik! Auch da ist von Ihren Berufskollegen manches Wort gesprochen und geschrieben worden, das unter normalen Verhältnissen nicht so schroff ausgefallen wäre; auch bei dem Kampf der Ärzte sind Späne gefallen, denn da handelte es sich, genau wie bei der Arbeiterschaft, um die Existenz. Aus diesem Grunde darf man auch hier ein zu scharfes Wort nicht so stark wiegen lassen, daß man deswegen gegen die Arbeitslosenunterstützung stimmen könnte. In den süddeutschen Städten ist die Arbeitervertretung doch genau so scharf wie hier, und doch hat die Stadt München in Würdigung der kulturfördernden Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterstützungs- und Bildungswesens für das neuverbaute Gewerkschaftshaus bei mäßigem Zinsfuß eine Hypothek von rund 400 000 M bewilligt. Das ist ein Beweis, wie sich die Gewerkschaften Anerkennung errungen haben. Hildesheim hat sich von einer Gewerkschaft, dem Bergarbeiterverbande, 700 000 M geborgt, weil es das Geld nirgend zu so niedrigem Zinsfuße bekommen konnte. Auch Bochum hat sich aus ähnlicher Quelle Millionen geborgt. Sie sehen, daß es eine ganze Anzahl Städte gibt, die mit Leuten arbeiten, wie wir es sind.

Wenn hin und wieder ein Arbeitsloser sich krank meldet, so kann man nicht im allgemeinen sagen, daß die Arbeiter simulierten. Es ist zu verstehen, wenn ein Arbeiter, der fortgesetzt vielleicht mit Überstunden arbeiten muß, in der faulen Zeit eine in Anzug begriffene Krankheit auskurieren läßt. Mir selbst hat einmal ein Breslauer Kassenarzt gesagt: „Meiner Ansicht nach müßte jeder Arbeiter, der jahraus jahrein gearbeitet hat, sich vierzehn Tage krank melden; dabei würde die Krankenkasse das beste Geschäft machen. Sehr oft würde es genügen, wenn ein Arbeiter sich mehrere Wochen ausruht — damit ist manche Krankheit im Entstehen verschwunden.“ Ich will zwar nicht gesagt haben, daß jeder Arbeiter bei Arbeitslosigkeit sich krank melden soll, aber es gibt eine Menge Betriebe, wo der Arbeit-

geber es selbstverständlich nicht gern sieht, wenn bei guter Konjunktur der Arbeiter krank wird. Sehr oft würde der Arbeiter seine Stelle durch Krankheit in der guten Zeit verlieren: daher das Warten auf die faule Zeit. Simulanten gibt es in jedem Stande. Es wird interessieren, was darüber Generalleutnant von Brochem in der „Täglichen Rundschau“ vom 17. Januar 1913 schrieb: daß die Söhne von Rittergutsbesitzern, Domänenpächtern und Fabrikanten etwa zehn Jahre als Offiziere Dienst tun, dann stelle sich ein leichtes Leiden ein, was mit irgend einem anstrengenden Dienst oder schlechtem Wetter in Zusammenhang gebracht werde, und die Pensionsberechtigung sei da. Der junge Herr scheidet mit Pension aus dem Heere aus und bewirtschaftet das Gut seines Vaters oder leitet seine Fabrik. Daher haben Sie die 150 000 000 M Pension für Offiziere im deutschen Reich, die arbeitslosen Arbeiter aber sollen nichts haben! Gewiß werden auch Simulationen in Arbeiterkreisen vorkommen, aber sie bleiben doch immer Ausnahmen trotz mißlicher Verhältnisse der Arbeiter.

Meiner Meinung nach war die heutige Debatte nicht von Schaden. Jeder von Ihnen wird innerlich manches von uns Angeführte zugeben, und ich bin überzeugt, daß Sie nicht umhin können, in den nächsten Jahren der Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt näher zu treten als bisher.

Stadtv. **Munte:** Ganz so lange, wie die geehrten Herren Vorredner — der Antragsteller und seine Freunde — werde ich Sie nicht aufhalten. Ich glaube auch nicht, daß eine Fortsetzung unserer Debatte klärend wirken könnte.

Ich bin auch prinzipieller Anhänger der Arbeitslosenversicherung, muß aber doch sagen, daß die Einführung und Durchführung einer solchen etwas mehr Schwierigkeiten verursachen wird, als bei den bereits bestehenden drei großen sozialpolitischen Gesetzen der Arbeiterversicherung zu überwinden waren. Es läßt sich bei der Altersversicherung leicht feststellen, ob ein Mensch 70 Jahre alt ist und die Altersrente gezahlt werden muß, ob bei der Invalidenversicherung ein Unglücksfall vorliegt, und auch, ob ein Mensch krank ist. Trotzdem wird behauptet, daß die Unfall-Neurose eine große Rolle spielt, denn menschliche Fehler laufen überall unter. Wie Sie aber ein solches Gesetz, wie die Arbeitslosenunterstützung — das ich auch mit Freuden begrüßen würde, wenn es zur Durchführung kommen könnte — und noch dazu im Galopptempo einführen wollen und dabei sagen: Das ist einfach, — das verstehe ich nicht. Von Ihrem Standpunkte aus mag es einfach sein, von jedem anderen Standpunkte aus aber muß man die Sache doch erst etwas überlegen. Wie wollen Sie einwandfrei feststellen, ob jemand ohne Schuld arbeitslos geworden ist? Sie sagen: Die Krisis hat das verursacht. Darüber läßt sich streiten. Ist überhaupt etwas Unparteiisches in der Welt möglich? Sie werden sich niemals auf den Standpunkt stellen, wenn in dieser Sache von bürgerlicher

Seite etwas einwandfrei und nach bestem Ermessen beurteilt ist, daß das auch für Sie unparteiisch ist, denn keiner kann aus seiner Haut heraus. Sie dürfen uns nicht übelnehmen, daß wir einen anderen Maßstab anlegen, ehe wir uns Ihnen mehr nähern, obgleich Sie heute sehr sachlich hier geredet haben.

Ich habe mich veranlaßt gesehen, das Wort zu ergreifen, weil hier von Ihnen die bürgerlichen Parteien angeführt wurden, die politisch einen Ihnen näheren Stand annehmen als z. B. die Konservativen. Ich glaube aber nicht, daß ich sehr oft auf diese von Ihnen sehr freundliche Anregung erwidern werde, wenn Sie nicht veranlassen, daß Ihre Presse uns gegenüber einen anderen Standpunkt einnimmt. Sie haben die Ausdrücke angeführt, die von konservativer Seite gebraucht sind, und die mißbillige ich auch. Wenn Sie aber Ihren „Volksfreund“ zitieren würden, so würden Sie ähnliche Ausdrücke anzuführen haben.

**Vorsigender:** Ich bitte, auf die politische Seite der Sache nicht zurückzugreifen.

Stadtv. **Munte** (fortfahrend): Gut, ich werde das vermeiden! Ich möchte hier aber zum Ausdruck gebracht haben, daß ich Ihnen Ihren Standpunkt nicht verüble, daß ich aber offen und ehrlich bekennen muß, daß ich mich so schnell, wie Sie es wollen, nicht bereitfinden lassen kann, mich für Ihren Antrag zu entscheiden, besonders nicht, ihm in seinem ganzen Umfang zuzustimmen. Mir ist gesagt worden, ich könnte ja einfach mit dafür stimmen, das wäre kostenlos, weil ich doch wüßte, daß der Antrag nicht angenommen wird. Das würde ich für eine Unehrlichkeit halten. Etwas Ähnliches hat z. B. Herr Brenner an anderer Stelle angedeutet. In anderer Weise die Arbeitslosenunterstützung zu regeln, würde ich gern beistimmen, ich weiß aber nicht, ob der Antrag, den ich mit unterschrieben habe, und der hier zur Unterschrift umläuft, eine genügende Unterstützung findet. Ich würde sehr gern sehen, wenn etwas geschaffen würde, um dem Übelstande abzuhelpen, daß der ohne Schuld arbeitslos Gewordene nicht der Armenverwaltung zur Last fällt und damit seiner politischen Rechte verlustig wird, sondern daß er durch eine Arbeitslosenversicherung eine Unterstützung genießen kann, die nicht eine Unterstützung im beschämenden Sinne ist, sondern eine Zwangsunterstützung darstellt.

Stadtv. **Frede:** Für jemand, der Bedenken gegen die angestrebte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hat, ist es nicht dankbar, hier das Wort zu ergreifen. Die Herren, welche für die Versicherung gesprochen haben, beherrschen augenscheinlich das Thema in der einen Richtung so, daß jemand, der sich nicht sehr eingehend

damit beschäftigt hat, den kürzeren ziehen wird. Trotzdem wage ich es, meine Bedenken zu äußern.

Die Gründe, welche Herr Brenner vorführt, haben allerdings, das muß ich leider sagen, etwas Heiterkeit bei mir erregt. Er sagte, die Wehrmacht des deutschen Reiches würde durch die Arbeitslosenversicherung gestärkt. Es ist mir ganz unbekannt, daß die Sozialdemokraten sich für die Wehrmacht auflegen. Herr Brenner hat ferner die Tuberkulose wesentlich auf die vorübergehende Arbeitslosigkeit zurückgeführt. Wenn hier von der Wohnungsfrage die Rede ist, dann heißt es, die Tuberkulose ist eine Wohnungsangelegenheit, ungenügende Wohnverhältnisse sind lediglich die Ursache für die Tuberkulose. (Zuruf: Beides!)

Ich habe mir die Angelegenheit der Arbeitslosenversicherung reiflich überlegt und glaube, nicht den Vorwurf zu verdienen, der ausgesprochen ist, daß die Bürgerlichen unter dem Bann der bürgerlichen Presse stehen, wodurch uns jede eigene Meinung abgesprochen wird. Es wird von anderer Seite gesagt: „Wir haben heute einen moralischen Sieg erröchten, wir dürfen aus dem Schweigen der bürgerlichen Herren entnehmen, daß sie uns zustimmen.“ Wäre wirklich eine solche Überzeugung bei uns vorhanden, dann würde ich es für unmoralisch halten, wenn wir trotzdem dagegen stimmten. Deshalb sei es mir gestattet, in Kürze auf die Bedenken gegen den Antrag zu verweisen.

Schon vom Herrn Referenten ist gesagt, daß das Verantwortlichkeitsgefühl durch die sehr ausgedehnte soziale Versicherungsgegesetzgebung geschwächt wird, und das ist richtig. Herr Wesemeier hat zwar gesagt — nun in Übertreibung wieder —, daß damit gesagt sei, daß die Faulheit gepflegt wird. Das habe ich aus den Worten des Herrn Referenten nicht herausgefunden, sondern es ist gesagt: Das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Familie, das Gefühl, das einen zum Vorwärtkommen treibt, das leidet darunter. (Zwischenruf.) Ich bitte Sie, mich ausreden zu lassen; keiner von uns hat Sie gestört!

Die Arbeitslosigkeit hat auch früher bestanden, als von der Sozialdemokratie noch keine Rede war, und als die Leute nicht so viel verdient haben wie heute, auch im Verhältnis nicht so viel. Es ist bei den kleinen Beamten und allen, die weiterkommen wollten, der Grundsatz gang und gäbe gewesen: Du kannst nur durch Fleiß und Sparsamkeit weiterkommen, und zwar durch Sparen zur rechten Zeit. Aber das Zurücklegen ist nicht jedermanns Sache, und Herr Brenner hat sich ja auch bei der Begründung seines Antrages auf Einrichtung von städtischen Sparkassen dagegen verwahrt, daß er die Arbeiter zum Sparen anregen wolle. Ich glaube sicher, daß die Arbeitslosenversicherung in dieser Hinsicht nicht günstig wirken würde.

Nun hat Herr Wesemeier es ganz allgemein hingestellt, daß die Arbeitslosigkeit gleich stark sei in den Städten und auf dem Lande. Von einer Arbeitslosigkeit auf dem Lande kann gar keine Rede sein. Es ist als von Landarbeitern immer nur von denen zu sprechen, die nicht Saisonarbeiter sind, nicht von den Polen, sondern von den ansässigen Arbeitern, die ein kleines Anwesen haben und eine kleine Schweinemast betreiben. Diese fehlen in bedauerlicher Zahl, und je mehr in den Städten Maßnahmen getroffen werden, die dahin gehen, das Leben in der Stadt den Arbeitern angenehm oder vorteilhaft zu gestalten, um so mehr — davon bin ich überzeugt — wird der Arbeitermangel auf dem Lande zunehmen. Die große Stadt hat an sich so viel Anziehungspunkte auch für die Arbeiterschaft auf dem Lande, daß das ausreicht, um den Arbeitermangel auf dem Lande, auch wenn er noch nicht bestände, hervorzurufen. Solche Einrichtungen, wie sie der Antrag fordert, werden den Zustand verschärfen, und es ist sehr zu überlegen, ob man in dieser Sache noch weiter vorgehen soll.

Sodann ist die Simulation von dem Herrn Referenten erwähnt und von Herrn Wesemeier die Ehrlichkeit der Arbeiter betont. Die Ehrlichkeit der Arbeiter will ich nicht anzweifeln, wir haben brave und tüchtige Arbeiter, aber wir haben auch — wie in jedem Stande — zweifelhafte Elemente darunter, die von solcher Versicherung Vorteile ziehen würden, und zwar in einer Weise, wie von Herrn Munte angedeutet, daß man schwer dahinterkommen kann.

Nun betonte Herr Wesemeier das Recht auf Arbeit und sagte: In erster Linie fordern wir in Zeiten, wo Arbeitslosigkeit herrscht, Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Dem muß jeder von uns zustimmen, daß jedermann in der Lage sein müßte, durch Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen. Wie läßt sich aber damit die Erfahrung in Einklang bringen, die der Berliner Stadtmagistrat und die dortigen Stadtverordneten gelegentlich des Schneefalls gemacht haben? Es wurde berichtet, daß es Schwierigkeiten gemacht habe, Arbeitskräfte für Wegschaffung des Schnees zu gewinnen, trotzdem sehr gute Löhne gezahlt werden sollten. (Zwischenruf.) Wenn Sie besser unterrichtet sind, mögen Sie das nachher richtigstellen. Ich habe gehört, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin sehr deprimiert darüber gewesen sind, daß sich für diese Arbeiten so wenig Personen gemeldet haben, besonders deshalb, weil die Gewerkschaft vorher eine kolossale Arbeitslosigkeit in Berlin festgestellt haben wollte.

Ich habe mir noch folgendes gesagt: Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist ein schwieriges Thema. Man kann unter keinen Umständen behaupten, daß in allen Städten des Reichs in gleichem Maße und zu gleicher Zeit Arbeitslosigkeit

vorhanden ist. Daran glaube ich nicht, und die Berichte widersprechen auch einer solchen Behauptung. Wenn solche ungleiche Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, so müßte doch eine Instanz vorhanden sein, der es möglich ist, einen Ausgleich zu schaffen, indem sie die Arbeiter dahin dirigiert, wo Arbeitermangel herrscht. Ist das ausführbar? Ich kann auch nicht anerkennen, daß bei unserem Bestreben, immer im Winter Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, die Not so groß sein kann, und möchte an den Magistrat die Frage richten, ob tatsächlich hier solche Notstände in diesem Winter vorgekommen sind, und ob Notstandsarbeiten in diesem Winter vorgenommen sind.

**Stadtv. Frühling:** Es wurde der Vorwurf erhoben, daß von den bürgerlichen Kreisen keiner das Wort ergriffe, und daraus gefolgert, daß wir innerlich dem zustimmen, was die Herren gesagt haben. Dem wollte ich doch mit einigen Worten widersprechen.

Was wir denken und weshalb wir die Sache ablehnen, das hat in einem vollständig motivierten Vortrage der Herr Referent ausgeführt. Wir stimmen dem vollständig zu und haben infolgedessen keine Veranlassung, alles das, was der Herr Referent schon ausgeführt hat, noch einmal zu wiederholen. Den Ausführungen, welche die Herren gemacht haben, in längerer oder kürzerer Rede entgegenzutreten, geben wir nicht aus dem Grunde auf, weil wir nichts dagegen zu sagen hätten, sondern weil wir es für ausgeschlossen halten, Sie in Ihrem einmal gefaßten Beschlusse umstimmen zu können. Es wären doch verschwendete Worte, wenn wir den Herren entgegnen wollten.

Einen Punkt möchte ich aber doch hervorheben. Die Herren haben Zahlen aufgestellt und haben daran die Ansicht geknüpft, daß alle guten Arbeiter in die Genossenschaft eintreten, um für ihre Familien zu sorgen. Um das beurteilen zu können, müßten den Zahlen, die von der Gewerkschaft herausgegeben sind, diejenigen gegenübergehalten werden, welche zeigen, in welcher Höhe die Gewerkschaften Beiträge von den Arbeitern erhoben haben. Dann könnte man sehen, wieviel von den erhobenen Beiträgen für die Arbeitslosenunterstützung aufgewendet ist. Ich glaube, es wird dann ein weniger günstiges Bild herauskommen, als wenn nur die ersten Zahlen ohne alles Weitere genannt sind. Wo kommen denn sonst die gewaltigen Vermögen her, die die Gewerkschaften besitzen? Es wird verlangt, daß die Stadt die Gewerkschaften unterstützt. (Widerspruch.) Sie sagen: Nein, aber es kommt doch indirekt darauf hinaus. Wenn durch die Arbeitslosenversicherung so und so viel Leute veranlaßt werden, den Gewerkschaften beizutreten — was zweifellos der Fall sein würde, wenn die Verteilung in Ihre Hände gelegt würde —, so ist das eine Unterstützung der Gewerkschaften. Die Unterstützung, die Sie in den



paar arbeitslosen Tagen auszahlen, werden Sie den betreffenden Arbeitern in der Zeit, wenn sie wieder arbeiten, reichlich wieder abnehmen durch die Beiträge, die sie einziehen. In der Beziehung glaube ich nicht, daß die Gewerkschaften eine wohlthätige Einrichtung zur Versorgung der Familie des Arbeiters sind. Ich meine, daß die Gewerkschaften ein anderes Ziel verfolgen, worüber die Herren mit den anderen Zahlen in gleicher Weise herausrücken sollten, wie sie es mit den Zahlen für die Arbeitslosenunterstützung getan haben. Wenn Sie uns angeben wollen, wieviel demgegenüber im ganzen von den Arbeitern erhoben ist, wieviel für die Streiks bezahlt ist . . . (Zuruf: Das ist die Hauptsache!) Das werden wir ja sehen. Es scheint das doch ein wunder Punkt zu sein. Ich bringe das vor, weil die Summen durchaus erheblich zu sein pflegen, vor allem aber aus folgendem Grunde: Wenn Sie in der Zeit, wo durch Naturereignisse eine Arbeitslosigkeit verursacht ist, energisch für die Versorgung der Arbeiter eintreten, dann ist es eine bedenkliche Sache, wenn in der Zeit, wo es Arbeit gibt, für Streiks gesorgt wird und viele Familien in Bedrängnis durch die schweren Lohnkämpfe geraten, wenn die Familien dann den Lohn verlieren, der ihnen geholfen hätte, sich über die arbeitslose Zeit hinwegzuhelfen. Geben Sie also Ihre übrigen Zahlen auch an, dann werden wir imstande sein, die Sache zu würdigen; wir werden nicht versäumen, sie sorgfältig zu betrachten und unseren Schluß daraus zu ziehen. Die Herren haben wunderbarerweise gesagt, daß die Organisierten durch die Unternehmer gedrückt und ausgesperrt würden. Es weiß doch jeder, der im Leben steht, auf welcher Seite der Terrorismus liegt, und wer wohl moralisch und faktisch der Gedrücktere ist, der Arbeiter, der in die Organisation tritt, oder der Unternehmer, der sich der Organisation zu erwehren hat. Ich möchte darauf hinweisen, daß das, was darüber, daß die Unternehmer die Arbeiter terrorisierten, verbreitet wird, nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht, sondern daß es umgekehrt ist, daß die Unternehmer terrorisiert werden durch die Arbeiter.

**Stadtv. Wesemeier** (als Antragsteller): Es ist das alte Lied, was Herr Frühling eben vorgetragen hat, wie er es schon vor vier Jahren getan hat. Auch da spielte in den Ausführungen des Herrn Frühling das Vermögen der Gewerkschaften eine Rolle und war der springende Punkt in seinen ganzen Ausführungen. Er sagt: Was die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern an Beiträgen erheben, ist so ungeheuerlich, daß das eine Schröpfung der Arbeiter ist. Er sollte sich doch darüber in seinen Kreisen, in den Kreisen der Unternehmer, umsehen. Wozu werden bei ihnen die Verbandsbeiträge erhoben? Es kann nicht jeder in Kanalbauten spekulieren und sich dadurch ein Vermögen erwerben; die Arbeiter haben nur die

Möglichkeit, durch Streiks höhere Löhne zu erzielen. Haben Sie schon Unternehmer gefunden, die aus freien Stücken einen Ausgleich bei den jetzigen höheren Lebensverhältnissen bieten? Das geschieht wohl bei den städtischen Arbeitern auf Drängen unserer Genossen, sonst aber nicht. Sehen Sie sich den Terrorismus an, der in Unternehmerkreisen geübt wird! Kennen Sie nicht den Bauunternehmerverband, wie der diejenigen Gewerbetreibenden direkt an den Bettelstab zu bringen versucht, die sich nicht dem Verbande anschließen! Kennen Sie nicht den Ziegeleiring, wie er dasselbe Streben verfolgt! So handelt keine Arbeiterorganisation. Diese Märchen über den Terrorismus der Arbeiter spuken wohl in der Landeszeitung, aber ernst nimmt sie kein Mensch, der die Bewegung studiert und Interesse dafür zeigt.

Herr Munte meinte, ihm sei die Arbeitslosenunterstützung wohl sympathisch, aber so im Galopp wolle er sie nicht einführen, und er fragte, wie man dann unentschuldigte Arbeitslosigkeit feststellen solle. Wenn man das letztere in den Vordergrund stellt, dann wird man niemals zur Einführung der Arbeitslosenversicherung kommen, denn in der Beziehung kann man jederzeit Monita machen. Es werden einfach Zweifel an der schuldlosen Arbeitslosigkeit ausgesprochen, ohne sie beweisen zu können. Was aber das Galopptempo anbetrifft, so meine ich: Wir haben im Anfang November den Antrag eingebracht, und seitdem wäre wohl reichlich Zeit gewesen, sich mit der Materie zu beschäftigen und auch einschlägiges Material zu beschaffen, so daß heute nach dieser monatelangen Zeit wohl ein klares Bild vor Ihnen liegen könnte.

Herr Frede hat das Lied der Spar-Agnes gesungen. Ich glaube, Herr Frede hat auch die Statistik vom Stadtmagistrat über die Steuerverhältnisse der Braunschweiger Bevölkerung bekommen und weiß darnach auch, in welchen Einkommensverhältnissen die Braunschweiger Arbeiter leben. Wenn Herr Frede es fertig bringt, von den Löhnen, wie sie im Durchschnitt in Braunschweig gezahlt werden, ohne seine Lebenskraft zu verbrauchen, ohne sich an den Lebensmitteln das Notwendigste abzusparen, so viel zurückzulegen, daß er über die schweren Zeiten hinwegkommt, dann glaube ich, ist Herr Frede ein Künstler.

Ein alter Ladenhüter ist es, wenn gesagt wird, bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden viele Leute vom Lande in die Stadt ziehen. Auch damals als Herr Riefe mit uns gemeinschaftlich den Antrag einbrachte, die Armenunterstützungen zu erhöhen, wurde vorgebracht, daß wir uns nicht vor Zuzug von auswärts bergen könnten, der die paar Pfennig Armenunterstützung in Empfang nehmen wolle. Danach mußte heute Braunschweig mit Armen von auswärts überschwemmt sein. Nichts davon ist eingetreten. Heute hat man diesen

Grund fallen gelassen, der vor vier Jahren eine Rolle spielte, und nur Herr Frede hat ihn wieder aufgegriffen.

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Henking sage ich: Wer ist es denn, der für die Arbeiter eintritt? Kommt denn sonst aus Ihren Reihen ein Antrag heraus, der für die Arbeiter etwas im Gefolge hat? Herr Dr. Henking sagt, er habe nicht das Vertrauen zu dem Vorstande der Gewerkschaften, weil die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften hier in Gegensatz treten zu Ihren Ansichten. Das ist kleinlich, wenn man solchen persönlichen Gesichtspunkt vertritt: „Weil ihr, die ihr hier im Saale sitzt, gegen uns ankämpft, wollen wir den Antrag nicht annehmen. Seid man hübsch artig, die ihr hier sitzt, dann sind wir geneigt, euren Wünschen zuzustimmen!“ Ich finde keinen anderen Ausdruck dafür als kleinlich. Wir hier und die Gewerkschaften sind doch die treibende Kraft, damit eine Verbesserung für die Arbeiter herausgeholt wird. Solange keine sozialdemokratischen Stadtverordneten hier waren, hat sich keiner der Stadtverordneten um die Arbeiterschaft gekümmert. Deshalb ist die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten auch so angewachsen, denn sie haben sich das Vertrauen der Arbeiterschaft errungen. Bei anderen Gelegenheiten haben Sie nicht so zugeknöpfte Taschen. Für den Lufthafen haben Sie Millionen ausgeworfen, für die Arbeitslosen sind nicht ein paar tausend Mark vorhanden. Ja, Herr Munte, so ist es, wenn Sie auch lachen. Wenn Arbeiter von anderer Richtung kämen, würden Sie sie genau so bekämpfen, ob sie nun gelb oder anders sind, weil Sie für die Arbeiterschaft nichts übrighaben. Der Gesichtspunkt, daß wegen der Gewerkschaften gegen die Arbeitslosenunterstützung gestimmt werden müsse, muß fallen gelassen werden. Es gehen schon Dörfer mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung vor. Im „Allgemeinen Anzeiger“ konnten Sie heute morgen auch die Mitteilung finden, daß das Dorf Friedrichsheide in Sachsen-Altenburg die Arbeitslosenversicherung auf kommunalem Gebiet mit Unterstützung des Staates eingeführt hat. Es sind selbstverständlich sozialdemokratische Gemeindeangehörige, die den Antrag darauf eingebracht haben. In Gera hat man 10 000 M., nachdem man schon wieder 5000 M. bewilligt hatte, zu einem Fonds hergegeben, um die Arbeitslosenunterstützung einzuführen; die Mehrheit der Stadtverordneten in Gera ist aber sozialdemokratisch. Die Bürgerlichen haben natürlich alle dagegen gestimmt, genau so, wie Sie hier denken. Wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, da geht es vorwärts, da wird auch einmal etwas für die Arbeiter geschaffen. Sie benutzen Ihre Zwei-Drittel-Mehrheit, um alles niederzustimmen, was für die Arbeiter von Vorteil sein soll. In Braunschweig wird auf diesem Gebiet wenig geleistet, selbst auf dem Gebiete der Statistik. Der Magistrat hat vor einigen Wochen einen Brief aus Nürnberg von einem Schriftsteller bekommen, der ein Werk über Ar-

beitslosigkeit herausgeben will, und der anfragt, was hier dagegen getan werde. Es soll also ein Sammelwerk für ganz Deutschland für die Gemeinden und Gemeindevertreter werden. Da hat sich der Herr an mich wenden müssen, denn der Magistrat hatte geantwortet, daß man ihm kein Material zusenden würde. Weil man kein Material hat, deshalb kann man ihm nichts senden. So liegt es auf diesem Gebiete, wenn es sich um Arbeiter handelt. Ich hoffe, daß die heutige Debatte mithilft, mehr soziales Verständnis bei den Herren herbeizuführen.

**Vorsigender:** Der Herr Vorredner sagte: Als es sich um den Luftschiffhafen handelte, seien Millionen dafür ausgeworfen. Die Unterstützung der Erbauung eines Luftschiffhafens ist ein Beschluß der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Eine solche Kritik des Beschlusses der Mehrheit halte ich nicht für zulässig.

Stadtv. **Weichsel** (als Referent): Es würde mich gefreut haben, wenn die Debatte so sachlich geblieben wäre, wie sie in der Kommission gewesen ist, und wie sie hier anfang. Ich meine, wir hätten solche kleinen Unliebenswürdigkeiten, wie sie vorgebracht sind, ruhig hier entbehren können, und es wäre uns dadurch der Entschluß in der Sache erleichtert.

Ich muß Herrn Steinbrecher recht geben: Es besteht in dieser Sache eine Differenz zwischen ihm und mir, und die wird bleiben. Das liegt daran, daß wir mit größerem und geringerem Zutrauen die Sozialdemokraten und ihre Maßnahmen betrachten.

Was ich gesagt habe, das muß ich im großen und ganzen aufrechterhalten, und ich möchte nur auf ein paar Kleinigkeiten zurückkommen. — Es wird gesagt, eine Ungleichheit bei den Unterstützungsbeträgen sei nicht vorhanden. Darüber möchte ich ein paar Zahlen mitteilen: In Straßburg, einer Stadt, wo die meisten Erfahrungen gemacht sind, bekamen die Buchdrucker 96 Pfg. Zuschuß zu der Arbeitslosenunterstützung, die Holzarbeiter 25 Pfg. Die Buchdrucker sind gut bezahlte Arbeiter, die in der Lage sind, bei normalen Verhältnissen Rücklagen zu machen, die Holzarbeiter sind dagegen nicht so gut gestellt — das läßt sich aus den Beiträgen schließen. Die Ziele der Stadt sind demgegenüber entgegengesetzte. Die Stadt möchte die größere Unterstützung denen leisten, die sich mehr in Not befinden, während die Gewerkschaften die am meisten unterstützen, die die meisten Beiträge bezahlten.

Sodann wird gesagt, es handle sich dabei auch um die Pirisch-Dunderschen Gewerkschaften. Das ist richtig, aber diese spielen zahlenmäßig bei uns in der Stadt eine so geringe Rolle, daß sie nicht wesentlich in Betracht kommen. Die

von mir angeführten Zahlen sind Durchschnittszahlen, denn ihre Höhe schwankt selbstverständlich jeden Tag.

Den Vorwurf, den mir Herr Wesemeier gemacht hat, daß ich leichtfertig in der Sache geurteilt habe, möchte ich doch zurückweisen. Ich habe mich Jahre vorher damit beschäftigt, habe mir Mühe gegeben, mich in die Sache möglichst hineinzufinden, und glaube, den Vorwurf nicht verdient zu haben. Mit solchen Vorwürfen sollte man vorsichtiger sein.

Es handelte sich zunächst um Großbritannien, das seit 1909 der Arbeitslosenunterstützung nähergetreten ist. In Großbritannien hat man aber Zwangsversicherungen, deshalb scheidet das Land für uns aus. Die übrigen Staaten — Dänemark, Norwegen, Belgien — waren alle bereits 1909 an der Arbeitslosenunterstützung beteiligt. In dem Punkte hat sich also nichts geändert. Ich habe bei meinem Referate ausdrücklich gesagt, ich wolle nur das hervorheben, was sich seit unserer vorigen Verhandlung über diese Sache geändert hat.

Alle Schriftsteller, die auf dem Gebiete gearbeitet haben, sind sich in einer Sache einig: daß das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Notstandsarbeiten sind. Die Schattenseite der Medaille ist unverkennbar, und deshalb ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein sehr gewagtes Experiment.

Bei der Gelegenheit möchte ich gleich noch einen Punkt erledigen, weil ich gerade die Akten vor mir habe. Es ist dem Magistrate der Vorwurf gemacht, daß auf eine Anfrage des Herrn Dr. Braun kurz geantwortet sei. Ich entnehme aus den Akten, daß sehr viel nach dem betreffenden Material angefragt war, und so waren die Abdrücke der Sitzungsberichte vergriffen. Aus diesem Grunde ist kein Material vorhanden gewesen; also die Sache ist vollständig erklärlich.

**Stadtv. Wesemeier** (persönliche Bemerkung): Wenn ich den Ausdruck leichtfertig in bezug auf Herrn Weichsel gebraucht habe, so ist das ein falscher Zungenschlag gewesen. Ich nehme den Ausdruck selbstverständlich zurück, denn ich habe ihn nicht in schlechtem Sinne gebrauchen wollen.

**Stadtv. Bunge** beantragt namentliche Abstimmung. Der Antrag wird genügend unterstützt.

**Vorsitzender:** Ich stelle den Antrag der Kommission zur Abstimmung und bitte die Herren, die dem Antrage der Kommission auf Ablehnung des Antrages zustimmen, mit ja zu antworten.

**Stadtv. Dr. Jasper** (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, es würde deutlicher sein, wenn diejenigen, die dem Antrage Wesemeier zustimmen, mit ja

stimmten. Ich gebe zu, daß die Abstimmung geschäftsmäßig von jeder Seite anzufassen ist, meine aber, daß der Antrag Wesemeier positiv weitergehend ist als der Antrag der Kommission. Es würde die Annahme des Antrages Wesemeier einen positiven Willensausdruck gegenüber dem Magistrat schaffen, während bei der anderen Art der Abstimmung positiv immer noch nichts gewonnen wäre und darauf eine zweite Abstimmung stattfinden müßte. Oder Sie müßten von vornherein sagen: Durch die Ablehnung des Kommissionsantrages stimmt man dem Antrage Wesemeier zu. Aber man kann den Antrag Wesemeier aus verschiedenen Gründen ablehnen, wie z. B. die Ausführungen des Herrn Dr. Henking beweisen. Deshalb bitte ich, über den Antrag Wesemeier abstimmen zu lassen.

**Vorsitzender:** Ich bedaure, mich der Meinung des Herrn Dr. Jasper nicht anschließen zu können. Es ist Sitte der Versammlung, daß der Kommissionsantrag in erster Linie zur Abstimmung kommt. Daß die Annahme des Kommissionsantrages eine Ablehnung des Antrages Wesemeier in sich schließt, geht aus seinem Wortlaut hervor.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es ist das früher Sitte gewesen, die aber durch mehrfache Abstimmungen in der letzten Zeit durchbrochen ist. Ich halte den Antrag Wesemeier für weitergehend und bitte, über diesen Antrag abzustimmen.

**Vorsitzender:** Ich meine, die beiden Anträge stehen in direktem Gegensatz zueinander. Aber es mag die Versammlung darüber entscheiden, in welcher Weise die Abstimmung vor sich gehen soll. Zunächst möchte ich die Herren bitten, abzustimmen, ob sie meinen Vorschlag billigen, in der Weise abzustimmen, wie ich vorhin gesagt habe.

Die Mehrheit der Versammlung ist mit der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Abstimmung einverstanden. In der namentlichen Abstimmung entscheiden sich für den Antrag der Kommission die Stadtv. Sundermann, Meyerhoff, Friede, Busch, Wechsel, Dr. Kleinfnecht, Mohr, Rasche, Dr. Boge, Schön, Munte, Voeshigt, Eckhardt, Sander, Helle, Dr. Henking, Hartung, Frede, Lauer, Diekmann, Frühling.

Gegen den Kommissionsantrag stimmen die Stadtv. Steinbrecher, Rieke, Ahmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Dr. Jasper, Brenner, Schulz, Schmidt.

Der Kommissionsantrag ist also mit 21 gegen 11 Stimmen angenommen.

## 5. Herrichtung eines Inhalationsraums im städtischen Krankenhaus.

Stadtv. **Friede:** Herr Oberlandesgerichtspräsident Wolf hat sich erboten, dem städtischen Krankenhaus zwecks Einrichtung eines Inhalationszimmers die nötigen Apparate zu schenken, was ihn eine Summe von 600 *M* kosten wird. Die Hergabe des Raumes und Einrichtung zum Inhalationszimmer müßte natürlich die Stadt übernehmen. Es ist dazu ein Raum im Kellergeschoß des städtischen Krankenhauses vorgesehen, wie ihn die ausgestellte Zeichnung angibt. Die Opferwilligkeit des Gebers ist mit Freude zu begrüßen, und der Magistrat ist deshalb auf den Antrag, ein Inhalationszimmer einzurichten, eingegangen und fordert von uns die Bewilligung der Einrichtungskosten von 800 *M*. Die Einzelheiten der Einrichtung brauche ich wohl nicht aufzuführen. Da es sich um eine notwendige und hilfreiche Einrichtung handelt, so ist auch die Baukommission dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten dankbar und schlägt Ihnen durch mich vor, die vom Magistrat beantragte Summe für Einrichtung des Zimmers zu bewilligen.

Die 800 *M* werden bewilligt.

## 6. Beschaffung von Mobiliargegenständen für verschiedene Geschäftszimmer des Rathauses.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Infolge der Überweisung des Dienstzimmers Nr. 88 an den Registrator Brennecke und Einrichtung des Zimmers 89 zur Unterbringung der bei der Kanzlei beschäftigten vier Maschinenschreiberinnen ist die schnelle Anschaffung verschiedener Mobiliargegenstände nötig, wofür 350 *M* erforderlich werden (zu Lasten des ordentlichen Voranschlags der Rämmerenkasse für 1913/14, Kap. I, X, 5.). Da es durchaus zweckmäßig ist, die vorgeschlagene Ausgabe zu machen, empfiehlt Ihnen die Finanzkommission Annahme der Vorlage.

Der Anschaffung wird zugestimmt und 350 *M* dafür bewilligt.

## 7. Änderung des Ortsbauplans nördlich der Gliesmaroderstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Bauverein für städtische Beamte hat im Vorlauf ein Grundstück erworben, welches zwischen der Gliesmaroderstraße und dem nördlich davon geplanten städtischen Straßennetz liegt. Die Herren haben bis zum 1. April d. J. zu erklären, ob sie den Kauf bemerkstelligen wollen, und hoffen, um das tun zu können, daß der Lageplan der Ortsstraßen dort einige Veränderungen erfährt. Wenn Sie die beiden Wege (unten rechts auf dem Plane) be-

trachten, so werden Sie ersehen, daß die neugeplante Führung der Straßen hinter der Gliesmaroderstraße eine bessere ist als früher. Die Grundstückslage wird dadurch verbessert, und die Grundstücke werden besser aufgeschlossen. Ferner ist beantragt, die projektierte Wohnstraße auf 8 Meter Breite zu beschränken. Auch damit ist der Magistrat und die städtische Baubehörde einverstanden. Weiter ist nötig, den zweiten Langenkamp auszubauen, so daß er als Zugangsweg für die Richard-Wagnerstraße zu gebrauchen ist. Es soll den Unternehmern in der Weise entgegengekommen werden, daß sie die Straßenbaukosten nicht deponieren sollen, sondern nach dem Vorschreiten der Bebauung der Grundstücke die Beträge einzahlen. Der Magistrat fürchtet nicht, daß lange Zeit darüber hingehen wird, wenn die Gesellschaft zum Kauf des fraglichen Geländes schreitet.

Die Baukommission gibt anheim, der Verlegung der Straßenzüge, wie sie auf dem Plane angegeben ist, zuzustimmen. Über die anderen Punkte wird eine besondere Vorlage nachfolgen.

Die Versammlung genehmigt den Antrag der Baukommission.

## 8. Ankauf von Gelände zur Verbreiterung des nördlichen Teiles des Bienröder Weges.

Stadtov. **Sander:** Für den Bau der Celler Bahn werden jetzt die Landankäufe gemacht, und es kommt hierbei auch in Frage, was die Stadt zur Verbreiterung des Bienröder Weges in Anspruch nehmen muß. Es handelt sich dabei um Ankauf von Ländereien, die zwischen unserem Wasserwerk am Bienröder Wege und der Schunter liegen, und die dem Staate, dem Herzoglichen Kloster- und Studienfonds, gehören. Es sind im ganzen zirka 4 Morgen, und der finanzielle Effekt wird zirka 13 000 *M* ausmachen. Für Erwerbung des Geländes ist Eile geboten, damit uns nicht die Eisenbahn zuvorkommt und wir nachher von ihr kaufen müssen. Die Baukommission hat die Vorlage wegen Erwerbs des fraglichen Terrains geprüft. Der Preis ist festgesetzt auf 2800 *M* pro 25 a Acker und 600 *M* pro 25 a Wegefläche, wobei noch vorausgesetzt wird, daß sich die Stadt mit den Pächtern der betreffenden Grundstücke wegen der Pachtentlassung auseinandersetzt. Der Betrag ist von der Baukommission als angemessen angesehen, da wir ihn auch schon früher bei ähnlicher Gelegenheit bezahlt haben, und sie schlägt vor, zu genehmigen, daß der Magistrat diesen Kauf mit der Herzoglichen Kammer abschließt.

Die Genehmigung zur Erwerbung des fraglichen Terrains wird erteilt, und der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.





# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. März 1914.

### Tagesordnung:

|                                                                                                                                             |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Antrag Brenner auf Errichtung einer städtischen Sparkasse. . . . .                                                                       | Seite 969 |
| 2. Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bieneröder Weges . . . . .                                                      | " 972     |
| 3. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum . . . . .                                                              | " 979     |
| 4. Antrag Frede auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Spielplatzes am Eisenbätteler Wege . . . . .                         | " 980     |
| 5. Abänderung des Besoldungsstatuts für die städtischen Beamten . . . . .                                                                   | " 980     |
| 6. Gesuch der Anlieger des Dammes und des Gutfiltern um Asphaltierung der Fahrbahn dieser Straßenzüge . . . . .                             | " 982     |
| 7. Ankauf einer Grundfläche an der Schuhstraße. . . . .                                                                                     | " 986     |
| 8. Erweiterung der Diensträume des Rathauses . . . . .                                                                                      | " 987     |
| 9. Beitritt der Stadt zu dem „Bunde für Schulreform“ . . . . .                                                                              | " 994     |
| 10. Rechnungsabluß des Verkehrsvereins für 1913 . . . . .                                                                                   | " 995     |
| 11. Ankauf des Grundstücks hinter der Magnikirche Nr. 1. . . . .                                                                            | " 997     |
| 12. Antrag Riefe auf Instandsetzung der Schöppentiedterstraße . . . . .                                                                     | " 999     |
| 13. Antrag Dieckmann auf Gewährung einer Vergütung für Bekleidung an die Schlachthausarbeiter . . . . .                                     | " 1001    |
| 14. Antrag Rasche auf Prämiiierung der fünf besten Fassaden der alljährlich entstehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen . . . . .  | " 1001    |
| 15. Anfrage Bunge wegen Abweichung von dem seither angewandten Verfahren bei Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit . . . . . | " 1002    |
| 16. Verlängerung der Übereinkunft und des Pachervertrages wegen der Handels- und Viehmessen . . . . .                                       | " 1007    |
| 17. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf verschiedenen Straßen und Plätzen . . . . .                                                     | " 1010    |
| 18. Vermehrung der Nachtwächter . . . . .                                                                                                   | " 1016    |

|                                                                                                                                                         |            |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 19. Einsetzung einer Kommission zur Besichtigung von Straßenbahnanlagen in anderen Städten. . . . .                                                     | Seite 1018 |
| 20. Vertrag wegen des Ausbaus der projektierten Straßen 114 b, 561, 113, 151 a und des Längenkamp zwischen Göttingstraße und der Straße 151 a . . . . . | „ 1019     |
| 21. Ausbau der Hänfelmannstraße . . . . .                                                                                                               | „ 1020     |
| 22. Herstellung von Teermakadam auf verschiedenen außerstädtischen Straßen . . . . .                                                                    | „ 1021     |
| 23. Beschaffung eines zweiten Ofens für die Leichenverbrennungshalle . . . . .                                                                          | „ 1023     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt Herr Stadtv. **Busch**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist eine Eingabe von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände. Eine gleiche Eingabe ist an den Magistrat nicht eingegangen. Die Eingabe betrifft die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und geht dahin: Es sei von der Reichstagskommission empfohlen, eine Staffelung der Orte nach der Einwohnerzahl vorzunehmen, wonach in Gemeinden mit mehr als 75 000 Einwohnern mit Ausnahme für die Bedürfnisgewerbe völlige Sonntagsruhe eingeführt werden solle, während in allen Orten mit weniger als 75 000 Einwohnern eine Beschäftigung bis zu 5 Stunden an Sonntagen die Regel bilden solle. Gegen diese Staffelung wird von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Widerspruch erhoben, und die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, sich dem anzuschließen. Dieselbe Angelegenheit, soweit sie den Erlaß eines Ortsstatuts betrifft, wird jetzt von einer Deputation behandelt. Ich nehme das Einverständnis der geehrten Herren an, wenn ich die Eingabe der Deputation zur Mitbehandlung überweise.

Ghe wir in die Tagesordnung eintreten, erteile ich das Wort Herrn Stadtrat von Frankenberg zu einer Erklärung.

Stadtrat **von Frankenberg**: über den Beschluß der geehrten Herren in der letzten vertraulichen Sitzung wegen des Mittellandkanals haben in der Presse Erörterungen stattgefunden, die mir mit Ermächtigung des Stadtmagistrats Veranlassung geben, heute darüber das Wort zu ergreifen. Es ist seitens des hiesigen sozialdemokratischen Blattes, des „Volksfreundes“, zunächst den „Neuesten Nachrichten“ und dann einem ungenannten Magistratsmitgliede der Vorwurf eines Vertrauensbruchs in dieser Angelegenheit gemacht worden. Der Vorgang hat sich in folgender Weise abgespielt: Der Vertreter der „Neuesten Nachrichten“ kam zu

mir und teilte mir mit, es sei der Redaktion bekannt geworden, daß in der vertraulichen Sitzung der geehrten Herren 5000 *M* zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals bewilligt worden seien, und er frage bei mir an, ob das richtig sei, und ob eine Mitteilung in der Presse darüber gebracht werden dürfe. Ich fand dieses Vorgehen für richtig, denn es hätte der Redaktion freigestanden, den Beschluß der Unterstützung ohne weiteres zu veröffentlichen. Ich überlegte mir aber gleichwohl, ob es angängig sei, auf diese Frage zu antworten, und konnte mir sagen, daß es der Gepflogenheit der städtischen Behörden entspricht, bei vertraulichen Verhandlungen zwar die Begründung der Beschlüsse und den Verlauf der Verhandlungen, die Reden für und wider, vertraulich zu behandeln, daß aber regelmäßig das Schlüßergebnis der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist — z. B. bei Wahlen und ähnlichem —, wenn nicht die Natur des Beschlusses es verbietet, wie bei Beschluß von Grundstücksankäufen. Da es vollständig bekannt ist, daß die städtischen Behörden der Förderung des Mittellandkanals freundlich gegenüberstehen, da sogar 500 *M* im gedruckten Haushaltsplan für 1914/15 hierfür zur Verfügung gestellt sind, so konnte ich keine Bedenken tragen, dem Vertreter der Zeitung auf seine Anfrage mitzuteilen, daß diese Nachricht über die Bewilligung eines Zuschusses gebracht, aber über den Verlauf der Verhandlungen nichts veröffentlicht werden dürfe — der Vertreter des Blattes hatte darnach auch nicht gefragt. Die geehrten Herren werden aus dieser Darstellung entnehmen, daß ich mich in den Grenzen gehalten habe, wie sie sonst bei Mitteilungen über vertrauliche Verhandlungen üblich sind. Auch meine vorgesetzte Behörde, der Stadtmagistrat, hat das anerkannt, und ich bin deshalb in der glücklichen Lage, die gegen das ungenannte Magistratsmitglied erhobenen Vorwürfe hier in aller Ruhe, aber auch mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Stadtv. **Wesemeier** wünscht das Wort zu dieser Angelegenheit.

**Vorsitzender:** Ich bedaure, Ihnen das Wort nicht erteilen zu können, da die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung steht. Selbstverständlich steht es Ihnen frei, in Form einer Anfrage auf den Gegenstand zurückzukommen, und ich werde Ihnen dann, wenn es die Erledigung der Tagesordnung zuläßt, das Wort erteilen.

### 1. Antrag Brenner auf Errichtung einer städtischen Sparkasse.

Stadtv. **Schön:** Der Stadtv. Brenner hat folgende beiden Anträge gestellt:

1. „Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Magistrat ersuchen, alsbald bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Stadt Braunschweig die Errichtung einer städtischen Sparkasse ermöglicht wird.“

2. „Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Magistrat ersuchen, ihr demnächst eine Vorlage, betreffend die Errichtung einer städtischen Sparkasse, vorzulegen.“

Der Herr Antragsteller hat sich bei der Beratung der Anträge in der Finanzkommission damit einverstanden erklärt, daß der zweite Antrag fallen gelassen und nur der erste beraten werden soll. Diese Beratung erfolgte in eingehender Weise schon vor mehreren Wochen, wurde aber damals unterbrochen, um abzuwarten, ob nicht die bevorstehende Tagung der Landesversammlung nähere Aufklärung über die seit Jahren beabsichtigte Reorganisation des Leihhauses und der damit verbundenen Sparkasse bringen würde. Da dies nicht der Fall war, so hat gestern die Finanzkommission beschlossen, Ihnen die Annahme des Antrages Brenner zu empfehlen. In diesem Antrage erblicken wir die Wiederaufnahme eines alten Wunsches, der seit beinahe 30 Jahren verschiedene Male die Stadtverwaltung beschäftigt hat, und der auch schon dem Braunschweigischen Städtetag und der Landesversammlung vorgelegen hat. In unserem Hause geschah es zum letztenmal Ende 1907. Damals trug der Antrag den Namen Meyerhoff, heute heißt er Brenner. Schon aus diesem Umstande können wir ersehen, daß es ein Gegenstand von allgemeiner Bedeutung ist. Im Sommer 1908 wurde ein ähnlicher Antrag vom Braunschweiger Städtetage und im Jahre 1910 ein gleicher im Landtage behandelt. Den gewünschten Erfolg aber, nämlich die Genehmigung der Herzoglichen Staatsregierung zur Errichtung von städtischen Sparkassen, haben alle diese Anträge nicht gehabt.

Wenn nun auch die Finanzkommission zu dem Beschlusse kam, Ihnen die Annahme des Antrages Brenner zu empfehlen, so hat sie sich doch keineswegs dessen Begründung angeeignet; im Gegenteil, sie wäre, wenn ein Antrag nur nach seiner Begründung zu beurteilen wäre, sicher zu einer Ablehnung des Antrages gelangt. Der Antragsteller sagte in seiner Begründung, daß es ihm durchaus fernliege, die Arbeiter und kleinen Leute zum Sparen verleiten zu wollen, es sei ihm nur um Eröffnung einer Einnahmequelle für die Stadt zu tun und darum, daß die Stadt die Einlagegelder zu Anleihezwecken usw. verwenden könnte. Ganz im Gegensatz hierzu wurde bei früheren Beratungen dieser Angelegenheit sowohl im Stadtparlamente wie im Städtetage und auch in der Landesversammlung das Hauptgewicht stets darauf gelegt, den Sparfönn unserer Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Diese Rücksicht dürfte auch bei der heutigen Beschlußfassung in den Vordergrund zu stellen sein. Über die Bewertung der Sparkasse als Einnahmequelle kann man sehr verschiedener Meinung sein. Unser vorsichtiger städtischer Finanzminister, der Herr Oberbürgermeister, wird hierüber wahrscheinlich ganz anders denken als solche Herren, die schon verschiedene Hunderttausende auf der Einnahmeseite

des Haushaltsplans verbucht sehen. Nicht zweifelhaft aber kann man darüber sein, daß es zu bedauern wäre, wenn unsere Bevölkerung wegen ungenügender Einrichtungen hinter dem Durchschnitt der übrigen Länder im Sparen zurückbleiben würde; und dies scheint mehr oder weniger doch der Fall zu sein. Die Summe von 100 *M* als durchschnittliche Spareinlage auf den Kopf unserer Braunschweiger Bevölkerung erscheint nicht bloß in der Begründung des Herrn Antragstellers, sondern auch schon in den früheren Begründungen des Städtetages und des Landtages und ist auch gestern wieder in der Veröffentlichung des Herrn Finanzdirektors Bartels genannt. Wir dürfen also mit dieser Zahl von 100 *M* rechnen. Sie steht in einem recht schroffen Widerspruch dazu, daß durch die Statistik nachgewiesen ist, daß in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 250 *M* Spareinlagen fallen, während wir nur obige 100 *M* aufweisen können. Die Gründe für diese unerfreuliche Erscheinung wurden von jeher darin gesucht, daß wir in Braunschweig nur eine Sparkasse haben, und zwar die Regierungssparkasse, die Leihhaussparkasse, während man in anderen deutschen Ländern stets mehrere Sparkassen besitzt. Daß eine staatliche Einrichtung an sich den Ansprüchen der Kundschaft nicht immer so gerecht werden kann, wie diese glaubt erwarten zu dürfen, ist wohl klar, und das haben wir wohl alle schon erlebt. Es ist bei der Beratung in der Finanzkommission rückhaltlos anerkannt worden, daß die Einrichtungen der Leihhaussparkasse im Laufe der letzten Jahre wesentliche Verbesserungen erfahren haben, insbesondere im letzten Jahre durch die eingeführten Depositenbücher und auch dadurch, daß jetzt am Ende des Jahres automatisch die Zinsen dem Kapital zugeschrieben werden und weiter sich mit verzinzen. Diese Einrichtungen aber scheinen wegen ihrer Neuheit noch wenig bekannt zu sein, sonst würden solche Aburteilungen, wie wir sie in letzter Zeit gelesen haben, wie vorläufige Einrichtungen usw., kaum vorgekommen sein. Aber trotzdem bleibt noch manches zu reformieren, und das hat auch der Herr Finanzdirektor selbst in seiner gestrigen Veröffentlichung zugestanden. Außerdem verbleibt bei jeder Verbesserung immer der Mißstand des Monopols, und das ist nach meiner Überzeugung und nach Meinung der Finanzkommission doch wohl die Hauptsache: Der Sparer ist nur auf die eine Sparkasse angewiesen, während es recht viele Menschen lieben, ihre Gelder nicht an einer Stelle, sondern an mehreren anzulegen. Darin wird auch der Grund gesucht, weshalb viele unserer Landsleute sich benachbarten Sparkassen außerhalb Braunschweigs zuwenden. Die Finanzkommission hat bei ihrer Beratung die Wichtigkeit und die Bedeutung unseres Leihhauses für das Herzogtum Braunschweig voll anerkannt, glaubt aber doch, daß die Stellung des Leihhauses durch Errichtung einer städtischen Sparkasse neben der Leihhaussparkasse keineswegs geschädigt würde. Es würden beide wohl nebeneinander Platz haben. Aus allen diesen Gründen hat die Finanzkommission, wie ich bereits im Anfang meines

Berichtes gesagt habe, beschlossen, Ihnen die Annahme des Antrages Brenner zu empfehlen. (Redner verliest den ersten Antrag nochmals.)

Der erste Antrag Brenner wird dem Vorschlage der Finanzkommission gemäß angenommen.

## 2. Antrag Eckhardt auf Umbau der Schunterbrücke im Zuge des Bienröder Weges.

Stadtv. **Nitze:** Am 12. Februar ist von Herrn Stadtv. Eckhardt folgender Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die im Zuge des Bienröder Weges belegene Brücke, welche das Publikum beim Besuche des Querumer Holzes am liebsten benutzt, eine Konstruktion derart erhält, daß dieselbe auch dann, wenn die Schunter ausgetreten ist, erreicht werden kann, um hierdurch in das Holz zu gelangen.“

Der Antrag trägt außer der Unterschrift des Herrn Eckhardt noch neun Unterschriften, und es ist niemand in der Baukommission gewesen und wird auch wohl niemand hier im Saale sein, der es bezweifelt, daß es angebracht wäre, dem vorhandenen Uebelstande abzuhelpen. Es wäre wohl am Platze, daß es wenigstens die Jüngeren von Ihnen noch erlebten, im Schatten der Bäume in die umliegenden Wälder zu gelangen; für mich scheint das allerdings ausgeschlossen, denn die Sache spielt schon viele Jahre. Es handelt sich um eine Brücke, bei der man zuerst ins Tal hinab muß (das ist das Tal, welches für die Schunter nötig ist, wenn sie Hochwasser führt) und dann wieder auf der anderen Seite zum Walde hinauf. Die Brücke müßte also von dem Ende des Bienröder Weges bis an den Rand des Holzes geführt werden. Es kam dabei aber in der Baukommission zur Erörterung, daß der Magistrat darauf nicht ohne weiteres eingehen kann, daß er sich erst mit der Herzoglichen Baudirektion, der Flußbauverwaltung, ins Benehmen setzen und diese ihre Genehmigung erteilen müsse, ehe uns eine Vorlage zugehen kann. Wünschenswert wäre es ja auch, daß die Herren, die dem Reitsport huldigen — für die ich aber hier keine Lanze brechen will — über die Schunter hinüberkommen können. Wenn nun auch nicht an eine schnelle Verwirklichung zu denken ist, so hat mich die Baukommission doch beauftragt, hier zu beantragen,

daß der Magistrat ersucht würde, sich mit der Baudirektion ins Einvernehmen zu setzen und uns dann eine Vorlage zu machen, weil — was ich sehr bedaure — vor der Hand nichts zu erreichen ist.

**Stadtv. Weichsel:** Diese Brücke braucht sehr lange Zeit, um in die Verhältnisse einer größeren Stadt hineinzuwachsen. Ich glaube, der Antrag, einen Damm aufzuschütten, und die Verbindung mit dem Holze herzustellen, den ich seinerzeit gestellt hatte, ist wohl 10 Jahre alt. Damals hat man das abgelehnt, weil eine technische Behörde herausgerechnet hatte, es würde die Aufschüttung eines solchen Dammes 60 000 *M* kosten. Ich glaube, ein Privatmann würde die Aufschüttung um eine ganz gehörige Kleinigkeit billiger machen. Wenn dort einige Zementrohre hingelegt würden, um das Hochwasser durchzulassen, so würde die Herstellung bedeutend billiger kommen. Ob die städtische Bauverwaltung auch heute bei den gestiegenen Materialpreisen und den höheren Arbeitslöhnen noch bei ihrer Berechnung bleibt oder sie auf 100 000 *M* steigert, muß abgewartet werden. Ich muß sagen, diese Brücke, wie sie da steht, und für die die städtischen Behörden ja nicht allein verantwortlich sind, ist ein wahres Schildbürgerstück in unserer Stadt. Wenn man sieht, wie viele Leute die Brücke benutzen wollen und plötzlich bemerken müssen, daß sie durch die übergetretene Schunter gesperrt ist, so muß man es als unglaublich bezeichnen, daß dieser Zustand so lange hat bestehen können. Es ist die höchste Zeit, daß diesem unhaltbaren Zustand ein Ende bereitet wird.

**Vorsitzender:** Ich glaube, die Baudirektion wird über den Ausdruck Schildbürgerstück nicht gerade erfreut sein.

**Stadtv. Sander:** Der Antrag Eckhardt ist wohl sehr gut gemeint, und ich muß auch sagen, daß seine Ausführung wünschenswert ist, aber eine derartige Notwendigkeit dafür, wie sie der Herr Vorredner hier vorführt, erblicke ich doch nicht. Wenn der Herr Vorredner sagt, die Sache lasse sich leicht herrichten durch Aufschüttung eines Dammes und Hinlegen von Zementrohren, so ist das wohl nicht ernst gemeint, denn damit kann man unmöglich das Wasser durchlassen, welches sich bei Hochwasserstand ansammelt. Soll die Brücke widerstandsfähig hergestellt werden, so muß sie mit fundamentierten Bögen aufgeführt werden. Wenn auch nicht mit 60 000 *M*, so ist eine solche von einem Fachmann auf mindestens 30 000 *M* taxiert. Ob eine solche Summe für diese Brücke richtig angelegt ist, dagegen hege ich Zweifel. Gewiß ist es wünschenswert, daß auch bei Hochwasser die Braunschweiger Einwohner leichter nach dem Querumer Holz gelangen können, aber dorthin kommen kann man doch immer. Diejenigen, die hinausgehen, haben meistens recht viel Zeit und können in den vierzehn Tagen — in manchen Jahren findet gar keine Überschwemmung statt — auch einmal einen Umweg machen. Ich erinnere daran, daß die Bewohner des Petritorviertels schon seit 30 Jahren petitioniert haben, um einen anständigen Weg nach dem Pawelschen Holz zu bekommen. Seinerzeit hat der Stadtv. Reiche dies beantragt, und bis heute ist es



noch immer nur ein Wunsch geblieben. Der Weg nach dem Pawelschen Holze ist viel schlechter als der nach dem Querumer Holze, und wir müssen uns auch bescheiden. Wenn ich auch wünsche, daß sich eine bessere Überbrückung der Schunter ermöglichen ließe, so bin ich der Meinung, daß wir in der Stadt doch wohl wichtigere Sachen zu tun haben. Ich weise auf die Brücke in der Verlängerung der Maschstraße hin, die durch den Antrag Stegmann seinerzeit gewünscht wurde. Wenn Sie bedenken, wieviel Häuser dort neu gebaut sind, wieviel Menschen dort wohnen und wieviel Kinder von dort zur Schule nach der Maschstraße gehen müssen, die einen Umweg machen müssen, dann müssen Sie sagen, daß hier eine Brücke notwendiger ist als über die Schunter. Wenn eine bessere Brücke über die Schunter auch immerhin wünschenswert sein mag, so halte ich es bei unseren finanziellen Verhältnissen vorläufig nicht für angebracht, derartig hohe Kosten dafür aufzuwenden.

**Stadtb. Gschardt:** Ich danke Herrn Riese für die warme Fürsprache, die er meinem Antrage hat angeeignet lassen, und den Antrag in der Form, wie es die Baukommission beschlossen hat, zur Annahme empfiehlt; ich danke auch Herrn Weichsel, daß er die Verbesserung dieser Verbindung nach dem Holze, die er schon vor 10 Jahren angeregt hatte, nochmals unterstützt hat. Ich glaube, dem Publikum ist mit Herstellung dieser Brücke in hervorragender Weise gedient. Es ist unmöglich, daß Sie den vielen Leuten den bequemeren Zugang zu dem Querumer Holze durch einen ungenügenden Zustand der Brücke noch um zehn Jahre hinauschieben wollen. Die Kosten für eine derartige Brücke, wie sie hier in Frage kommt, dürften nach meinem Laienverstande 10 000 M kaum überschreiten. Bei einer solchen Summe ist es doch eine dringende Notwendigkeit für eine große Stadt wie Braunschweig, daß man den Weg zu einem Ausflug in das schöne Querumer Holz, der von Tausenden gewählt wird, und der auch in dem Buch von Chr. Säß und E. Stier „Wohin am Sonntag?“ verzeichnet ist, nicht versperrt. Wegen einer solchen verhältnismäßig geringfügigen Summe sollte man den vielen Leuten den Sonntag-Nachmittag nicht verderben. Wenn Herr Sander darauf hinweist, daß auch der Weg nach dem Pawelschen Holze der Besserung bedarf, so würde ich einverstanden sein, daß ein entsprechender Antrag des Herrn Sander auch berücksichtigt wird. Ich bitte, meinem Antrage, der der Allgemeinheit dient, zuzustimmen, und bitte gleichzeitig den Magistrat, meinen Antrag in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

**Stadtb. Schmidt:** Der Äußerung des Herrn Sander vermag ich nicht beizutreten, muß ihm aber insofern recht geben, daß außer dem zur Besprechung stehenden Wunsche eine ganze Reihe anderer unerfüllt geblieben sind. Aber es macht doch

einen sonderbaren Eindruck: Bis zum Wasserwerk ist der Bienröder Weg wunderschön eingerichtet; wenn es dann aber im Zickzack um die Ecke geht, ergibt sich, daß die Brücke wegen Hochwasser nicht zu benutzen ist! Was nützt einem dann der schöne Weg? Der Übelstand liegt in der Einrichtung der Brücke; eine solche Brücke hätte ich nicht gebaut, wenn ich auch kein Fachmann bin. Wie liegen die Verhältnisse bei dieser schmalen Brücke? Den steilen Berg hinunter steigt kein Radfahrer vom Rade, dazu kommen noch die Reiter, und die Spaziergänger warten geduldig, bis die Radfahrer und Reiter durch sind. Auf dem Bienröder Wege hat man einen besonderen Radfahr- und einen besonderen Reitweg geschaffen, und alles tragt friedlich nebeneinander her. Aber an der Brücke hört die Freundschaft auf. Wer auf dem Stahlroß oder zu Pferde sitzt, hat den Vorzug, und der Spaziergänger wartet und muß froh sein, wenn er mit heiler Haut davonkommt. Wir sind in Braunschweig arm an nahegelegenen Ausflugsorten. Der Rußberg ist uns durch die Militärschießstände versperrt, und es ist auch keine Hoffnung, daß darin Remedur geschaffen wird. Das Querumer Holz steht mit seiner Größe und Nähe einzig da, deshalb ercheint baldige Abhilfe notwendig, und der Antrag Eckhardt dürfte zweifellos die Mehrheit in der Versammlung finden. Wir haben doch auch neulich dem weiteren Ausbau des Bienröder Weges zugestimmt, darin liegt doch eine Verbesserung der Brücke sowieso. Wenn an die Frage ernstlich herangetreten wird, so wird man doch zweifellos auch dann, wenn den Wünschen der Flusspolizeibehörde Rechnung getragen werden muß, zu einem billigeren Projekt kommen, als bis jetzt veranschlagt ist. Ich glaube wohl, daß wir dem Vorschlage des Herrn Eckhardt zustimmen können.

Stadtv. **Diedmann:** Wenn wir in einigen Jahren den geplanten Bienröder Weg fertig haben werden, so wird doch eine Verbesserung oder Erneuerung der Brücke ins Auge gefaßt werden müssen, insbesondere dann, wenn erst der Lustschiffhafen gebaut sein wird. Es wird ein ungewöhnlicher Andrang nach dort stattfinden, und der eine oder andere wird bei der Gelegenheit einen Abstecher nach dem Querumer Holze machen wollen. Dann wird die jetzt bestehende Brücke auf keinen Fall mehr den Anforderungen genügen. Daß sie heute schon sehr mangelhaft ist, beweist ein Schild auf beiden Seiten der Brücke mit einem Hinweis, welcher besagt, daß die Benutzung der Brücke auf Gefahr des Betreffenden geschieht. (Zuruf: Auch noch!) Es wird den Passanten aufgefallen sein, daß bei schlüpfrigem Wetter das Betreten der Brücke gefährlich ist, und es ist empfehlenswert, daß jeder sich dabei genügend vorsieht. Der Einwurf des Herrn Kiefe, daß die Brücke insbesondere für Reiter gebaut werden solle, ist wohl hinfällig, denn die Reiter brauchen die Brücke nicht. Die kommen auch so durch die Schunter, denn so viel Wasser hat die Schunter nicht, wie Herr Kiefe wohl annimmt. Es wird

auch nicht lange dauern, dann wird sich die Straßenbahn des Bienröder Weges bemächtigen, wird dort ein Gleis legen, um die Zuschauer zu dem Lustschiffhafen hinauszubringen. Alles das wird mit beitragen, daß der Zudrang zu dem Querumer Holze ein lebhafter wird. Da auch die Forstverwaltung, wie ich aus ganz bestimmter Quelle weiß, sich mit dem Gedanken trägt, einen Fahrweg jenseits der Brücke durch das Querumer Holz zu legen, so wird bei dieser Gelegenheit zu berücksichtigen sein, ob es sich ermöglichen ließe, wenn schon so viel Geld angewendet werden muß, eine fahrbare Brücke zu schaffen. Daß großes Interesse an einer fahrbaren Brücke nach dem Querumer Holze vorliegt, beweisen die Zuschriften, die mir in dieser Sache gemacht worden sind. Es haben sich darunter Interessenten gemeldet, die 300 *M* und 100 *M* für eine solche Brücke zeichnen wollen.

Stadtv. **Frede:** Herr Sander ist für einen soliden Bau, ich glaube, in diesem Falle sogar für einen übersoliden. Ich meine, es ist nicht notwendig, gleich mit einem festen Betonbau zu rechnen — die Gründe, die Herr Diekmann angeführt hat, würden allerdings auch dahin führen, eine recht stabile Brücke zu bauen. Das würde aber zu viel Kosten verursachen und die Ausführung des Wunsches des Herrn Edhardt verzögern. Herr Edhardt meint, mit 10 000 *M* sei die Brücke herzustellen, und ich glaube auch, daß das möglich ist, wenn man sich die Brücke im Bürgerpark — die sogenannte Heubridge — zum Vorbild nimmt, die die Badeanstalten auf den beiden Ufern verbindet. Das sind Pfähle und Bretter, und die Brücke hält schon lange Jahre. Warum sollte man das nicht auch hier so machen können? Es wurde gesagt, die Zementrohre würden nicht genügend Wasser durchlassen, aber diese Holzpfähle tun es ganz gewiß. Auf diese Weise wird sich eine billige und annehmbare Lösung der Frage erzielen lassen.

Stadtv. **Fride:** Ich möchte Sie bitten, den Vorschlag der Baukommission zu genehmigen. Ich will auch nicht, daß die Brücke ein großer Monumentalbau werden soll. Dazu ist die Zeit noch nicht gekommen, es wird aber jedenfalls später einmal eine größere Brücke dort gebaut werden müssen. Niemand kann leugnen, daß die Brücke eine Notwendigkeit ist, denn wir sollen unserer Bevölkerung die frische Luft im Holze gönnen, und daß sie dazu einen großen Umweg machen soll, kann man nicht verlangen. Wir können auf billige Weise wohl eine Brücke herstellen, die den Ansprüchen genügt. Wir geben doch sonst auch einmal ein paar tausend Mark aus, die nicht absolut nötig sind, die Stadt verbuddelt tausend Mark in der Erde und wird auch einmal imstande sein, mit 10 000 *M* eine provisorische Brücke herzurichten. Daß wir erst Schwimmunterricht nehmen sollen, um über die Schunter zu kommen, das können Sie nicht verlangen, gangbar muß die Brücke sein. Wie Herr Weichsel erwähnte, ist von mir schon seinerzeit der Antrag auf Er-

richtung einer provisorischen Brücke gestellt. Ich bin auch heute entschieden dafür, daß der Vorschlag der Baukommission angenommen wird.

**Stadtv. Riefe:** Nach meiner Überzeugung ist der Bau der Brücke eine Notwendigkeit; darüber gibt es bei mir keinen Streit. Ich stelle fest, daß Herr Sander der einzige ist, der gegen den Antrag gesprochen hat. Die Brücke liegt nun einmal nicht vor dem Petritor. Daß aber dort etwas für die Spaziergänger nach dem Pawelschen Holz nötig ist, habe ich schon vor zwanzig Jahren gesagt: Man soll es ermöglichen, daß man im Schatten einer Baumreihe unsere Wälder erreichen könnte. Vor zehn Jahren hat uns Herr Weichsel hier ein Bild vorgemalt, daß er seine Strümpfe hat ausziehen müssen, um durch das Wasser zu waten und über die Brücke zu kommen. Meine persönliche Ansicht ist: Wenn an jeder Seite hohe Zementröhren eingelassen werden und dann über die Schunter noch eine Brücke gelegt würde, dann wäre damit die ganze Sache fertig. Mit einer Breite von 6 m würde sie den Fuß- und Reitverkehr aufnehmen können. Wenn unsere Nachkommen eine fahrbare Brücke nötig haben, dann mögen sie die Gelder dafür aufwenden. Wir aber wären in der Lage, mit geringeren Kosten sofort einen besseren Übergang bewerkstelligen zu können. Wenn der Magistrat den Antrag so auffaßt und sich mit der Baudirektion ins Einvernehmen setzt, dann kann es passieren, daß wir noch in diesem oder wenigstens im nächsten Sommer über die neue Brücke gehen können. Jetzt ist es doch nur eine Kutschbahn herauf und herunter. Eine solche Brücke hat man in der Heide über Gräben, man findet in verlassenen Dörfern eine solche Brücke, wie sie hier dicht vor der Stadt liegt. Wenn Sie das berücksichtigen, dann werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß man von einem bloßen Wunsch nicht reden kann, sondern von einer Notwendigkeit sprechen muß.

**Stadtv. Stegmann:** Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Fricke insofern nicht anschließen, als ich nicht befürworten möchte, den Kommissionsantrag anzunehmen, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn man bedenkt, wie schon wiederholt erwähnt ist, daß die Sache schon zehn Jahre schwebt, dann muß man annehmen, daß der Magistrat schon längst etwas hätte unternehmen können, und deshalb glaube ich nicht, daß bei Annahme des Kommissionsantrages so bald etwas geschieht. Ich bitte, den Antrag Edhardt, wie er vorliegt, anzunehmen. Wie schon erwähnt wurde, ist der Weg nach dem Wasserwerk mit Bäumen bepflanzt und schön ausgebaut. Das ist doch nicht geschehen, um gut nach dem Wasserwerk kommen zu können, sondern wegen der Spaziergänger, die nach dem Querumer Holze wollen. Dann soll man aber nicht Stückwerk machen, sondern dafür sorgen, daß sie auch wirklich dorthin gelangen können. Es ist verkehrt, wenn Herr Sander sagt: Bei Hochwasser könne man auch einen anderen Weg zum Querumer Holze

einschlagen. Man weiß doch nicht vorher, ob vielleicht die Brücke nicht gangbar ist, und für viele ist es dann unangenehm, wenn sie auf dem Wege zum Holze an der Brücke umkehren müssen. Die Stadt hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in die Wälder kommt, und daß die Wege so sind, daß sie dorthin gelangen kann.

Es ist gesagt, 30 000 *M* für die Brücke auszugeben, sei eine zu hohe Summe. Da glaube ich, daß eine Brücke, wie sie von Herrn Frede skizziert ist, wohl genügen würde. Aber wenn es auch 30 000 *M* wären, die ausgegeben werden müßten, so wäre die Stadt doch dazu verpflichtet. Ich bestreite ferner, daß der Weg nach dem Pamelischen Holze schlechter ist als der nach dem Querumer Holze. Gewiß, der schwarze Boden im Frühling, wenn es taut, ist nicht schön, aber auf dem Wege nach dem Querumer Holz haben Sie fortgesetzt den Sand, der in der Luft umherfliegt. Die Unannehmlichkeiten werden sich also wohl gegeneinander aufheben.

Ich bin dafür, daß etwas geschieht, wenn die Stadt eine Verpflichtung hat, und die liegt hier vor. Zugleich möchte ich den Magistrat bitten, den Bau einer Brücke an der Pestalozzistraße nicht zu vergessen. Es ging vor etwa zwei Jahren nicht an, sie auszuführen, weil der Eigentümer des im Wege liegenden Grundstücks eine zu hohe Forderung stellte. Es sind dann andere Schritte getan, um das Vorkaufsrecht für dieses Grundstück der Stadt vorzubehalten. Wenn es möglich ist, sollte man bald dazu übergehen, den zahlreichen Bewohnern jenes Stadtviertels Gelegenheit zu geben, ohne Umweg über die Dfer zu kommen.

**Vorsitzender:** Ich möchte Herrn Riefe fragen, ob er den Beschluß der Finanzkommission schriftlich niedergelegt hat. Ich möchte darnach feststellen, in welchen Punkten er sich von dem Antrage Eckhardt entfernt.

Stadtv. **Riefe:** Der Beschluß der Finanzkommission ging dahin: Da ohne weiteres der Bau einer Brücke über die Schunter nicht möglich ist, soll der Magistrat ersucht werden, sich mit der Baudirektion und der Wasserbauinspektion zu benehmen, und uns dann eine Vorlage zu machen.

**Vorsitzender:** Ich entnehme daraus, daß der Antrag der Finanzkommission nichts anderes will als der Antrag Eckhardt, der lautet: „den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Brücke eine bessere Konstruktion erhält.“ Die zuständige Stelle, an die sich der Magistrat wenden müßte, ist die Herzogliche Baudirektion. Ich nehme an, daß der Antrag Eckhardt und der Beschluß der Baukommission dasselbe ist. — Ich bitte diejenigen Herren, die nach dem Antrage der Baukommission dem Antrage Eckhardt zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

### 3. Antrag Lange auf Erhöhung des Zuschusses an das Städtische Museum.

Stadtv. Mohr: Der Antrag des Herrn Stadtv. Lange lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu er-  
suchen, den jährlichen Zuschuß an das städtische Museum zur Unterhaltung und  
Vermehrung der Sammlungen von 3000 *M* auf 10 000 *M* zu erhöhen und die er-  
forderlichen Mittel in den nächsten Etat einzustellen.“

Die städtischen Zuwendungen an das Museum betrugen in den letzten  
22 Jahren, also seit 1891, alljährlich 3000 *M*. Diese Summe mag in früheren  
Jahren wohl gelangt haben; nachdem aber die ziemlich vergrabenen Schätze in  
unser neues Museum gebracht worden sind und die Museumsverwaltung bestrebt  
ist, Anschaffungen zu machen und die Sammlungen auf eine gewisse Höhe zu brin-  
gen, ist es unbedingt erforderlich, daß die Zuwendungen durch die Stadt eine ent-  
sprechende Erhöhung erfahren und dadurch die Museumsdeputation, resp. die Mu-  
seumsdirektion in die Lage gesetzt wird, den an sie gestellten Ansprüchen zu ge-  
nügen. Es ist zu berücksichtigen, daß die antiken Sachen, die für das Braun-  
schweiger Museum sehr in die Wagschale fallen, wie Münzen, Braunschweiger  
Fahencen, Porzellane und Stobwasserarbeiten, besonders in den letzten Jahren  
eine bedeutende Erhöhung im Preise erfahren haben, so daß sie, wie ich gehört  
habe, um das 20- oder gar 30fache gestiegen sind. Wir möchten jedenfalls unser  
Museum auf der Höhe, auf der es steht, erhalten und gern Mittel beschaffen, um  
die Kunstschätze, die uns angeboten werden, anzuschaffen. In der Finanzkommission  
wurde der Antrag sehr eingehend beraten. Einige Herren waren anfangs der An-  
sicht, daß es bei den durchaus nicht gerade glänzenden Finanzen der Stadt und  
den vielen Ansprüchen an unsere Kasse kaum angängig erscheinen könnte eine Er-  
höhung von 3000 *M* gleich auf 10 000 *M* eintreten zu lassen. Hervorgehoben  
wurde auch von einer Seite, daß der Kunstverein Neigung hätte, die Erhöhung  
seines Zuschusses, der, wenn ich nicht irre, 1200 *M* beträgt, zuzugestehen. Schließ-  
lich drang aber allgemein die Ansicht durch, daß man unserer vorwärtstrebenden  
Museumsdirektion Entgegenkommen zeigen und ihr die Hände nicht binden solle.  
Es ist vorgekommen, daß sie Kunstwerke, die ihr angeboten wurden, nicht hat-  
ten kaufen können, da sie keine Mittel dafür hatte. Gleichzeitig wollte aber die Finanz-  
kommission auch dem Kunstverein entgegenkommen, und es ist deshalb folgender  
Beschluß gefaßt worden, den ich den Herren zur Annahme zu empfehlen habe:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die bislang der  
städtischen Museumsdeputation bewilligte Zuwendung im Betrage von 3000 *M*  
auf 10 000 *M* pro Jahr bis auf weiteres zu erhöhen mit der Ermächtigung, von  
diesem Betrage auf Anfordern dem Kunstverein einen Betrag bis zu 1000 *M* als

Zuschuß zu den Kosten des Erwerbes eines dem städtischen Museum zu überweisenden Kunstwerks zu verabsolgen.“

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

#### 4. Antrag Frede auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Spielplatzes am Eisenbütteler Wege.

Stadtv. **Frede:** Der Antrag des Herrn Frede lautet folgendermaßen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Bedürfnisanstalt, wenn auch einfachster Art, in der Nähe des Spielplatzes im südlichen Teile des Bürgerparks (am Eisenbütteler Wege) einrichten zu lassen.“

Die Baukommission, die sich mit dem Antrage beschäftigt hat, war einstimmig der Ansicht, daß es richtig erscheint, dem Antrage stattzugeben. Nun stellt sich allerdings — was vom Magistrate hervorgehoben wurde — der Errichtung einer Bedürfnisanstalt eine Schwierigkeit entgegen insofern, als der Abfluß nicht so eingerichtet werden kann, wie er später werden wird, wenn der Bahnhof gebaut sein wird. Infolgedessen kann die Anstalt nicht in der Weise gebaut werden, wie es wohl zu wünschen ist, sondern es muß einstweilen eine primitive Einrichtung bleiben. Die Baukommission ist in ihrem Antrage aber noch weiter gegangen als der Antragsteller, indem sie befürwortet, gleich einen Raum mitzuschaffen, in dem die Spieler ihre Kleidung unterbringen können. Eine Bedürfnisanstalt hier einzurichten, ist eine absolute Notwendigkeit, denn rundum liegt nur das weite Feld. Die Baukommission schlägt Ihnen demnach vor, die Errichtung einer einfachen Bedürfnisanstalt an dieser Stelle zu genehmigen und gleichzeitig einen Kleiderraum für die Spieler einrichten zu lassen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

#### 5. Abänderung des Besoldungsstatuts für die städtischen Beamten.

Stadtv. **Mohr:** Nach der allen Stadtverordneten in Vervielfältigung zugestellten Magistratsvorlage handelt es sich um Abänderung einzelner Abteilungen im Statut über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig, (Nr. 40 vom 12. Oktober 1911). Herr Dr. Jasper und gleichzeitig auch Herr Leue hatten seinerzeit einen Antrag eingereicht, die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte eher zur Anstellung gelangen zu lassen oder ihre Bezüge aufzubessern. Am 13. März vorigen Jahres haben Sie der Erledigung dieses Antrages in der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Weise zugestimmt. Außerdem ist beim Magistrat ein Gesuch der Beamten der Abteilungen XXIV, XXV und XXVI eingelaufen, daß

dahin geht, ihre Gehälter auf allen Stufen um je 300 *M* aufzubessern. Die Vorlage beantwortet die Frage in sechs Abschnitten, und ich möchte in Vorschlag bringen, daß wir die darin enthaltenen Punkte einzeln zur Beratung bringen und darnach die Umänderungen des Statuts beraten.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung an.

**Stadtv. Mohr:** Abschnitt I behandelt den Antrag Jasper. Der Magistrat ist im Einvernehmen mit der Gehaltsdeputation damit einverstanden, den Anfangssatz der „Hilfschreiber“ von 600 *M* auf 720 *M* zu erhöhen und den Höchstsatz von 1800 *M* bereits im 9. anstatt bisher im 11. Dienstjahre zu gewähren. Der Magistrat hält es aber für angezeigt, daß gleichzeitig in die Gehaltsbestimmungen „Büroanwärter“ aufgenommen werden, d. h. solche jungen Leute, die bereits vor Erreichung des militärdienstpflichtigen Alters bei der Stadtverwaltung eintreten, um sich für den städtischen Bürodienst vorzubereiten. Die Trennung in Hilfschreiber und Büroanwärter gibt dem Magistrat eine bessere Handhabe, für die Bürogehilfenstellen geeignete Zivilanwärter auszubilden.

In Abschnitt II äußert sich der Magistrat dahin, daß nicht jeder Hilfschreiber und Büroanwärter für die Stelle eines Bürogehilfen oder eines höher besoldeten Bürobeamten geeignet sei, und daß für diese und besonders auch für die Militäranwärter, die sich um Bürogehilfenstellen bewerben und in der Regel erst im Alter von 30 Jahren in den städtischen Dienst treten und regelmäßig nur 6 Monate probeweise beschäftigt werden können, eine Zwischenstation eingerichtet werden möge. Es wird deshalb in Vorschlag gebracht, die bereits früher vorhandenen Schreiberstellen (mit fester Anstellung) wieder einzuführen. Bewähren sich diese fest angestellten Schreiber, so können sie aufrücken. Es sollen ihnen in solchem Falle die im städtischen Dienst verbrachten Jahre bei der Gehaltsbemessung angerechnet werden. Das Gehalt der angestellten Schreiber soll 1800 bis 2700 *M* betragen.

Abschnitt III behandelt das Gesuch der Abteilungen XXIV bis XXVI. Der Magistrat und die Gehaltsdeputation sind der Ansicht, daß eine Aufbesserung der Endgehälter nicht geboten und besonders in Rücksicht auf das erst vor zwei Jahren neu beschlossene Besoldungsstatut für die sämtlichen städtischen Beamten nicht ratsam sei. Dagegen wird es von ihm für zulässig erachtet, das Anfangsgehalt um 200 *M* (also von 1800 auf 2000 *M*) zu erhöhen und die Staffelung der Gehaltsätze entsprechend zu ändern.

IV. bringt der Stadtmagistrat in Vorschlag, die Kassenbuchhalter (in Abteilung XXIV) künftig in Abteilung XXV einzustellen. Er bewertet die Arbeitsleistung der Büroassistenten und der Kassenbuchhalter gleich und hält eine höhere Besoldung der letzteren nicht für gerechtfertigt. Selbstverständlich soll den bereits



angestellten Kassenbuchhaltern ihr bisheriges Gehalt belassen werden, und sie sollen auch in derselben Weise wie bisher weiter aufrücken.

V. Dem Magistrat erscheint es gerechtfertigt, daß der Vorsteher des Versicherungsbüros und der Vorsteher der Magistratskanzlei wegen ihres erweiterten Arbeitsfeldes aus Abteilung XXIV, bezw. XXI in Abteilung XVIII eingereiht werden.

VI. Die bisher den Maschinenchreiberinnen gewährte Vergütung (600 *M* jährlich, steigend um 120 *M* bis 1200 *M*) hält der Magistrat für genügend, schlägt aber im Einvernehmen mit der Gehaltsdeputation vor, daß denjenigen Maschinenchreiberinnen, die dauernd höhere denn als einfache Schreibarbeiten zu bewertende Dienste verrichten, eine Vergütung bis jährlich 1500 *M* bewilligt werden kann.

**Vorsitzender:** Wir gehen nunmehr zu dem Statut selbst über.

Der Referent, Stadtv. **Mohr**, gibt bei den einzelnen Artikeln und Paragraphen des vorgelegten „Statuts zur Abänderung des Statuts Nr. 40 vom 12. Oktober 1911 über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig“ die früheren Gehaltsätze und die vorgeschlagenen Änderungen an und teilt mit, daß die Finanzkommission in ihrer Beratung einstimmig die Neufassung angenommen habe. In Artikel II ist irrtümlich Abteilung XXVI aufgeführt, sie ist zu streichen. Nacheinander werden die Artikel I, II, III, IV § 1—9 und V von der Versammlung angenommen.

Zum Schluß stimmt die Versammlung dem neuen Statut im ganzen zu.

## 6. Gesuch der Anlieger des Dammes und des Hutfiltern um Asphaltierung der Fahrbahn dieser Straßenzüge.

Stadtv. **Sander:** Die Anlieger des Dammes und des Hutfiltern haben folgendes Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung, zu Händen des Stadtverordnetenvorstehers, gerichtet:

„Die unterzeichneten Anlieger des Dammes und des Hutfiltern bitten, nachdem ein Gesuch der Anlieger des Dammes an den Stadtmagistrat erfolglos geblieben, die verehrliche Stadtverordnetenversammlung, dafür eintreten zu wollen, daß die mit Koppflaster versehene Fahrbahn dieser Straßen mit Asphaltpflaster ausgestattet wird.

Wir werden zu dieser dringenden Bitte getrieben durch die starken Belästigungen und Schädigungen, welche aus dem außerordentlichen Fuhrverkehr auf

dem Kopfsteinpflaster uns erwachsen. Den anliegenden Geschäften, zumal den Garderoben-, Nahrungsmittel- und Uhrengeschäften, wird durch die übergroße Staubentwicklung ein erheblicher Schaden zugefügt. Fast unerträglich aber sind die durch den großen Fuhrverkehr hervorgerufenen Belästigungen durch Lärm und die Erschütterung der Häuser, die bis in die obersten Stockwerke dringen. Sie sind in diesem Straßenzuge besonders stark wegen der geringen Straßenbreite. Hervorgehoben muß aber werden, daß die schweren Automobile der städtischen Feuerwehr, welche diese Straßen besonders häufig passieren, ihr redliches Teil zu den Erschütterungen beitragen, so daß schon aus diesem Grunde die Stadtgemeinde verbunden wäre, hier Wandel zu schaffen. Wir richten daher an die verehrliche Stadtverordnetenversammlung die Bitte, mit Rücksicht auf die vorgetragenen Gründe eine baldige Asphaltierung der genannten Fahrbahnstrecken beim Stadt-  
magistrat befürworten zu wollen."

Es folgen nun die sämtlichen Unterschriften der Anlieger.

In der Baukommission war man bei Beratung der Eingabe der Meinung, daß die Klagen der Anlieger begründet seien. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die Belastung der Straße bei ihrer Breite eine übermäßig starke sei, und daß auch das Pflaster heute nicht mehr zeitgemäß sei. Vom Magistrat wurde erklärt, daß das Pflaster der Straßen noch in einem guten Zustande wäre und insofgedessen eine Belegung mit Asphalt vorläufig nicht angängig sei. Es wurden dann verschiedene Meinungen zum Ausdruck gebracht darüber, was als Abgängigkeit des Pflasters zu betrachten sei. Von einigen Seiten wurde sie davon abhängig gemacht, daß das Pflaster nicht mehr in gutem Zustande sei, von anderer Seite wurde die Abgängigkeit schon angenommen, wenn das Pflaster nicht mehr den Anforderungen genügt, welche in einer Verkehrsstraße an die Pflasterung gestellt werden, wenn sie also nicht zeitgemäß sei. Immerhin wurden die Gründe der Anlieger als berechtigt anerkannt. Nun trat aber ein Moment hinzu, welches die Sache in ein anderes Stadium brachte. Es wurde hervorgehoben, daß die Straßenbahn beabsichtigt, wie schon verschiedentlich mitgeteilt ist, in kürzerer Zeit den Unterbau der Bahn mit neuen Schienen und neuem Fundament auszustatten. Der Magistrat führte aus, daß es unter solchen Umständen unpraktisch sei, wenn jetzt diese Straßen aufgerissen und mit Asphalt belegt würden und dann in einem oder zwei Jahren die Straßenbahn auf derselben Straße neue Schienen legen würde. Die Baukommission konnte sich der Richtigkeit dieses Grundes nicht verschließen und empfiehlt nun der geehrten  
sammlung:

„den Magistrat zu erjuchen, bei dem demnächstigen Ausbau dieser Straßen, der infolge der Verlegung von Schienen unausbleiblich sein wird, sie nicht wieder mit Kopfsteinpflaster, sondern mit Asphalt zu belegen.“

Es wurde weiter ausgeführt, daß auch noch andere Straßen, z. B. die Schuhstraße, unter dem Kopfpflaster zu leiden haben. Die Neuinstandsetzung müsse jedoch bis später zurückgesetzt werden. Es war dabei die Meinung vertreten, daß man jetzt daran denken solle, wie das auch in anderen Städten schon geschehen ist, die Hauptverkehrsstraßen mehr mit Asphalt zu belegen, aber die in Aussicht stehende Legung von neuen Schienen mache eine besondere Reihenfolge nötig. Darnach, wie die Straßenbahn die Schienen legen will, sollen in Zukunft die Hauptverkehrsstraßen asphaltiert werden. — Ich habe persönlich mit der Direktion der Straßenbahn über die Angelegenheit gesprochen, und es wurde mir gesagt, die Straßenbahnverwaltung würde in betreff der Reihenfolge der Straßen gern auf die Wünsche des Magistrats eingehen, ohne für sich etwas Besonderes herauszuholen. Ich möchte persönlich den Wunsch an den Magistrat richten, bei dieser Neulegung der Schienen an die Direktion der Straßenbahn die Bitte zu richten, die hier zur Sprache stehenden Straßen in erster Linie zu berücksichtigen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Stellungnahme der Baukommission ist mir nicht ganz verständlich. Sie erklärt das Gesuch für begründet — und keiner kann daran zweifeln, daß an den fraglichen Stellen das gewünschte Pflaster durchaus angemessen ist — und bittet, das Gesuch abzulehnen. Das ist ein Widersinn, der mir nicht ohne weiteres verständlich erscheint. Ich weiß nicht, weshalb die Straßenbahn diese zarte Rücksicht von uns verdient. Nach den letzten Erklärungen des Herrn Berichterstatters, ist überhaupt dieser Konflikt mit der Straßenbahn, der die Kommission zu ihrem Beschlusse bestimmt hat, keineswegs vorhanden. Die Straßenbahn ist bereit, die neuen Schienen auf den Straßen zu legen, von denen die Stadt meint, es sei notwendig, sie in der gewünschten Weise auszubauen, also das Gespenst der doppelten Kosten und des doppelten Aufreißens der Straßen — was gewiß nicht verlockend erscheint — droht uns gar nicht. Um eine Bitte der Straßenbahn gegenüber dürfte es sich dabei kaum handeln, wenn ich auch nicht verkennen will, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder die Schwäche unseres Systems in Erscheinung tritt, daß die Stadt nicht Herr im eigenen Hause ist: sie soll erst bitten, ob sie pflastern darf (Oh!). Ich bitte, der persönlichen Besantwortung des Herrn Berichterstatters zuzustimmen, der auch ich mich anschließen möchte, d. h.: im Gegensatz zu dem Kommissionsantrage den Magistrat zu erjuchen, dem Gesuch der Anlieger des Dammes und des Hutfiltern stattzugeben. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um darzutun, daß das Gesuch sachlich

begründet ist, und es kann wohl in die Wege geleitet werden, daß man den Anfang macht an solchen großstädtischen Straßen, die mit Verkehr stark belastet sind.

**Vorsigender:** Ich bitte, den Wunsch in Form eines schriftlichen Antrages einzureichen. Bis jetzt liegt mir nur der Antrag der Baukommission vor.

Stadtv. Dr. **Voge:** Ich bin auch der Meinung, daß die Pflasterung der beiden Straßen dringend notwendig ist. Aber es wäre doch widersinnig, wenn dieses Jahr — vorausgesetzt, daß der Magistrat einem solchen Beschlusse zustimmte — eine Instandsetzung der beiden Straßen mit Asphalt vorgenommen und im nächsten Jahre die Schienen ausgewechselt würden. Ich glaube, mit zweimaligen, immerhin doch lange Zeit währenden Pflasterungsarbeiten wäre den Anliegern auch nicht gedient. Ich gönne den Anwohnern ja gern die Neupflasterung schon in diesem Jahre, aber wir haben bei den Arbeiten auf dem Bohlweg gesehen, wie lange Zeit es in Anspruch nimmt, eine Straße mit Asphalt zu belegen. So etwas innerhalb weniger Jahre mehrmals vorzunehmen, wäre doch ganz verkehrt, und in etwas muß doch auch der Kostenpunkt, der dabei mitspielt, für uns mit maßgebend sein.

Stadtv. **Sander:** Herr Dr. Jasper scheint mich nicht richtig verstanden zu haben. Ich habe nicht gesagt, daß das Gesuch abgelehnt werden soll, aber es ist meiner Ansicht nach kein anderer Weg möglich, um den Anliegern entgegenzukommen. Der Herr Vorredner hat schon angeführt: Es ist nicht gut möglich, heute zu beschließen: „Wir ersuchen den Magistrat, die Straßen mit Asphalt zu belegen“, und im nächsten Jahre sagt die Straßenbahn: „Jetzt wollen wir auf den Straßen neue Schienen legen“. Es liegt in dieser Hinsicht keine kontraktliche Bestimmung mit der Straßenbahn vor, daß muß im Auge behalten werden. Wir können die Straßenbahn nicht zwingen, indem wir sagen: „Wir wollen jetzt pflastern, und du mußt neue Schienen legen.“ Die Notwendigkeit der Neuinstandsetzung dieser Straßen ist von der Baukommission anerkannt, aber wir haben keinen anderen Weg gesehen, die Ausführung zu ermöglichen. Dabei steht der Magistrat auf dem Standpunkte: „Das Pflaster ist nicht abgängig“, und das ist es auch tatsächlich nicht, denn was seine Beschaffenheit angeht, so ist es noch lange nicht so schlecht wie das der Schöppenstedterstraße z. B. Der Magistrat hält die Pflasterung noch nicht für abgängig, ist aber unter dem Gesichtspunkt, daß die Schienen neu gelegt werden, einer Belegung der Straßen mit Asphalt nicht abgeneigt. Nun liegt es am Magistrat, seine Wünsche bei der Direktion der Straßenbahn zu äußern. Und ich bin überzeugt, daß der Magistrat das tun wird, denn es kann ihm gleich sein,

ob bei Gelegenheit der Erneuerung der Schienen zuerst diese Straßen oder andere mit instand gesetzt werden.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Jasper hat folgenden Antrag eingebracht: „Ich beantrage, den Antrag der Anlieger vom Damm und Hutfiltern dem Magistrat zur baldigen Berücksichtigung zu überweisen.“

**Stadtv. Weichsel:** Damm und Hutfiltern sind allerdings vom Verkehr stark belastete Straßen, und der Wunsch der Anlieger erscheint deshalb berechtigt. Es muß aber bei der Asphaltierung dieser Straßen nicht nur Rücksicht auf die Straßenbahn genommen werden, sondern auch darauf, ob eine Verbreiterung der Straßen möglich ist. Ich erinnere daran, daß darüber früher schon Verhandlungen geschwebt haben. Näher darauf einzugehen, wird aber für die öffentlichen Verhandlungen nicht angebracht sein. Es läßt sich darnach die Sache nicht so im Handumdrehen erledigen, wie es die Anlieger wünschen.

**Stadtv. Roeschigt:** Ich glaube, daß die Anlieger voll befriedigt werden, wenn wir den Antrag annehmen, wie ihn die Baukommission vorgelegt hat, denn daß der Verkehr zweimal gehemmt wird, wie vom Herrn Referenten in Aussicht gestellt ist, wird ihnen nicht angenehm sein. Sie werden zufrieden sein, wenn sie im nächsten Jahre bedacht werden, nachdem Magistrat und Straßenbahn sich geeinigt haben. Herr Dr. Voge hat recht: Wenn zweimal solche Arbeiten auf der Straße ausgeführt werden müßten, wie es auf dem Bohlwege geschehen ist, dann würde kein Mensch in Braunschweig damit einverstanden sein.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt und der Antrag der Baukommission angenommen.

## 7. Ankauf einer Grundfläche an der Schuhstraße.

**Stadtv. Meyerhoff:** Nach dem Ortsbauplan soll eine 1,6 qm große Teilfläche des an der Schuhstraße gelegenen Grundstücks Nr. 2611 der genannten Straße zugelegt werden. Es handelt sich um das früher Steinlandtsche Haus, dessen Ecke etwas gegen das Nachbarhaus vorspringt. Wie Sie wohl gesehen haben, soll das Haus eine neue Schürze bekommen. Das hat den gegenwärtigen Eigentümern, den Kaufleuten Klapproth, Veranlassung gegeben, die fragliche Grundfläche der Stadt zum Kauf anzubieten, und zwar zum Preise von 300 M für das Quadratmeter. Der Preis erscheint angemessen, und der Magistrat ersucht uns, einem mit den Eigentümern abgeschlossenen notariellen Verträge über den Ankauf zuzustimmen. Eine Befürchtung, daß die oberen Geschosse des Hauses später in die

Straße hineinragen, ist ausgeschlossen, denn es ist in § 3 ausdrücklich gesagt, daß bei einem Neubau nicht gestattet sein solle, über die Luftlinie hinauszubauen. Sollte das Haus also einmal abgebrochen werden, so sind die oberen Geschosse in die Fluchtlinie zu setzen. Der Kontrakt hat der Baukommission zur Vorberatung vorgelegen; sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Vertrag wird von der Versammlung genehmigt.

## 8. Erweiterung der Diensträume des Rathauses.

Stadtv. **Frühling** (Referent der Baukommission): Meine Herren. Sie haben die Zuschrift des Stadtmagistrats in der Hand, es wird darin nachgewiesen, daß eine Erweiterung des Rathauses dringend nötig ist, und beantragt, der

„empfohlenen Erweiterung der Diensträume des Rathauses zuzustimmen und genehmigen zu wollen, daß nach dem vorgelegten Vorprojekt ein endgültiges Projekt nebst einem Kostenanschlage ausgearbeitet wird.“

Die vereinigten Finanz- und Baukommission sind dem beigetreten, daß eine Erweiterung des Rathauses stattfinden muß. Es ist nun die Frage, wie diese Erweiterung vorgenommen werden soll. Es ist in dem Magistrats Schreiben darauf hingewiesen, daß es möglich wäre, eine Dezentralisation vorzunehmen, also verschiedene Zweige der Stadtverwaltung abzutrennen und dafür ein neues Gebäude aufzuführen. Das wäre eine radikale Änderung, die aber vor allem deswegen bedenklich sein würde, weil sie sehr viel Kosten verursachen würde, denn geeignete Grundstücke für einen solchen Bau sind schwer zu finden, in der Nähe des Rathauses überhaupt keins. Sodann würde die Abtrennung vielfach Schwierigkeiten in der Verwaltung und Mehrkosten mit sich bringen. Deshalb ist der Magistrat zu dem Ausweg gekommen, einen Anbau an das jetzige Rathaus vorzuschlagen. Dazu würde allein sich eignen der nach der Ostseite zu liegende Hof. Das Projekt dafür ist ausgestellt. Der Bau läßt sich wohl ausführen, aber was damit nach dem Plan der städtischen Bauverwaltung erreicht wird, ist verhältnismäßig wenig. Das Rathaus würde dadurch um 6 Zimmer vergrößert, und das würde nicht für lange Dauer ausreichen, außerdem würden die im Dienstbetriebe hervorgetretenen Mängel des Gebäudes bestehen bleiben. Dazu kommt, daß die Kosten, die mit 80 000 *M* angegeben sind, wohl überschritten werden. Hinzu kommt auch noch die Tieferlegung des Hofes, so daß an Kosten wohl 100 000 *M* herauskommen werden.

Die Baukommission ist der Meinung gewesen, daß die Ausgabe einer so großen Summe kaum im Verhältnis zu dem dadurch Erreichten steht, und es ist deshalb von der Baukommission ein anderer Vorschlag gemacht. Die Erweiterung des Rathauses an dieser Stelle ist von der vereinigten Kommission als richtig an-

erkannt worden, aber es wird vorgeschlagen, dort nicht gewöhnliche Büroräume, wie sie jetzt im Rathaus sich befinden, anzubauen, sondern eine Art Aktenpeicher anzulegen. Das würde ermöglichen, daß man die Büroräume, die jetzt in vielfacher Weise mit Akten gefüllt sind, davon befreit. Es sind gerade einige der besten Räume im Rathaus ausschließlich von den Akten in Anspruch genommen, und das ist nicht einmal zweckmäßig, denn es haben hohe Regale aufgestellt werden müssen, an denen mit Leitern gearbeitet werden muß, und in voller Höhe lassen sie sich doch nicht ausnützen. Die Benutzung solcher Aktenräume als Büroräume ist aber auch in hygienischer Beziehung sehr bedenklich. Ein Aktenpeicher dagegen würde diesen Übelständen abhelfen. Man würde die Regale nur so hoch aufbauen, daß man ohne Leitern daran hantieren kann. Das würde sich einrichten lassen, indem man in jedes Geschloß eine Zwischentage einbaut, so daß auch gewaltig an Raum gewonnen würde. Man könnte alle die Räume, die durch die Entfernung der Akten verfügbar werden, zu Büroräumen verwenden und auch eine günstigere Verteilung der Räume eintreten lassen, z. B. die Magistratsakten in dieselbe Etage legen, wo die Büroräume der Magistratsmitglieder sich befinden, die Armenakten in die Parterreräume, die Akten des Stadtbauamts nach der einen Seite hin, so daß die Akten in zweckmäßiger Weise mit den betreffenden Dienststellen in Verbindung gebracht werden.

Ein solches zweckmäßig erscheinendes Programm läßt sich nach Skizze A ausführen, aus der ohne weiteres ersichtlich ist, wie die Sache in zweckmäßiger Weise gemacht werden kann und wie auch die vorgesehenen Räume noch vergrößert werden können, was möglich ist, weil für die Aktenräume nicht soviel Licht gebraucht wird wie für die Arbeitsräume. Statt der drei Zimmer würde man drei Doppelzimmer, im ganzen also sechs Etagen für Akten gewinnen. Die Hinzufügung eines derartigen Aktenspeichers würde einen Mangel ausgleichen, der bisher im Rathaus bestanden hat, indem für Unterbringung dieser Sachen nichts vorgesehen war. In der Zeit, als das Rathaus gebaut wurde, gab es ja Derartiges nicht, in der heutigen Zeit hat man aber andere Ansprüche für das Aktenarchiv als damals. Die Erbauung eines solchen Aktenspeichers würde unter allen Umständen eine zweckmäßige Erweiterung des Rathauses darstellen. Infolgedessen stellen die vereinigten Kommissionen den Antrag:

„Die Versammlung stimmt der in Aussicht genommenen Erweiterung des Rathauses auf dem östlichen Hofe zu, ersucht aber, das Bauprogramm dahin zu ändern, daß an Stelle von gewöhnlichen Büroräumen ein Aktenpeicher nach der Skizze A mit doppelgeschossigen Räumen in jeder der drei Etagen geschaffen wird.“

Die Baukosten würden etwa dieselben sein, wie sie jetzt veranschlagt sind, aber es würden Mehrkosten durch die nötige Einrichtung entstehen, die aber wieder den Bürodienst erleichtern.

Die vereinigten Kommissionen sind ferner der Meinung, daß die Herren auf Vorlegung eines Vorprojekts verzichten können, denn durch die Skizze ist hinreichend festgestellt, wie die Sache gedacht ist, so daß darnach sogleich das Spezialprojekt bearbeitet werden kann und keine Zeit weiter verloren zu gehen braucht. Die vereinigten Kommissionen beantragen deshalb, sich damit einverstanden zu erklären, daß, falls die Ausführung nach dieser Skizze erfolgen soll, Sie von der Aufstellung eines Vorprojekts absehen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (Referent der Finanzkommission): Die Vorberatung durch die beiden Kommissionen hat das Ergebnis gehabt, welches der Herr Referent der Baukommission vorgetragen hat. Es bedeutet das inhaltlich eine Ablehnung des vom Magistrat gemachten Vorschlages, denn das, was hier von uns empfohlen wird, ist etwas ganz anderes als es ursprünglich gedacht war. Die sämtlichen Herren in den vereinigten Kommissionen waren einig darüber, daß der Kostenaufwand von 100 000 *M* in der Weise, wie es der Magistrat vorah, nicht zweckmäßig verwendet sei. Ich habe den technischen Ausführungen des Herrn Berichterstatters der Baukommission nichts hinzuzufügen und habe die Aufmerksamkeit der Herren nur auf die finanzielle Seite dieser Vorlage zu lenken. Der Magistrat hat in seinem Schreiben ersucht, die Deckung der Kosten dieses Projekts aus den Mitteln des Ausgleichsfonds zu finden. Der Ausgleichsfonds ist satzungsgemäß, wie der Magistrat nicht verkennet, zu derartigen Ausgaben unmittelbar nicht bestimmt. Trotzdem ist die Mehrheit der vereinigten Kommissionen der Ansicht, daß es durchaus den Grundsätzen einer sparsamen Haushaltung entspricht, diesem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen, und ich habe Ihnen das von seiten der vereinigten Kommissionen zu empfehlen.

Stadtv. **Niese**: Ich habe mich nicht davon überzeugen können, daß das vorgelegte Projekt zweckmäßig ist. Der Bauplan für das Rathaus ist abgeschlossen; es liegt nach allen Seiten hin frei. Jetzt will man an einer Seite einen Anbau herstellen, und das ist für mich ein unnatürliches Verhältnis. Für den Fall, daß der Anbau hergestellt wird, sehe ich nicht ein, wozu für diesen Bau, der für sich als Altkirchenarchiv behandelt wird und mit der eigentlichen Konstruktion des Rathauses nichts zu tun hat, Haussteine verwendet werden sollen. Wenn er in Backstein ausgeführt und mit Putz versehen würde, so würde das billiger sein. Ich bezweifle, daß der Bau mit 82 000 *M* fertig werden wird, und bin fest überzeugt, daß an 100 000 *M* nichts fehlen wird. Dazu muß der Hof noch tiefer gelegt werden, damit man mit den Kohlenwagen durchkommen kann, und ich glaube, daß wir höchstens fünf Jahre mit der Erweiterung reichen werden. Wenn wir vor die Alternative gestellt werden, diesen Anbau zu machen oder einen ordentlichen Erweiterungsan-



herzustellen, so würde ich doch auf das letztere zurückgreifen. Die Bevölkerungsziffer der Stadt wächst immer mehr, so daß in höchstens fünf Jahren der Anbau seinen Zweck nicht mehr erfüllen wird. Seinerzeit wurde beim Bau des Rathauses Gewicht darauf gelegt, das Dachgehoß auszubauen, damit es als Aftenraum gebraucht werden könnte. Ich gestehe ja zu, daß es umständlich ist, die Aften vom Boden herunterzuholen. Aber an diesem Anbau habe ich auszuweisen, daß es doch nur ein Palliativmittel ist, welches nicht lange vorhalten wird. Es wäre besser gewesen, wir hätten damals die Ecke am Bohlweg behalten; damit wären wir auf absehbare Zeit dergleichen Dingen aus dem Wege gegangen. Es wurde seinerzeit auch schon gefühlt, daß es einmal zu solchem Raumangel kommen würde, deshalb wurden die Baulichkeiten an der Ecke davon abhängig gemacht, daß sie in dem Sinne wie das Rathaus ausgeführt würden. Man hat schon jetzt Fühler nach neuem Terrain ausgestreckt, aber je länger wir mit einem Neubau warten, um so teurer wird er werden. Wenn es einmal nötig ist, neue Räume zu schaffen, dann wäre es angebracht, die Ressorts zu teilen, die dann ihre Aften bei der Hand haben. Das möchte ich anheimgeben, weil ein Anbau doch nicht lange ausreichen wird, folglich auch nicht zweckmäßig ist.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Es wäre mir angenehm gewesen, wenn Herr Riefe bestimmte Vorschläge gemacht hätte, wie man sich in diesem Falle helfen soll. Herr Riefe sagt, es sei zu bedauern, daß man früher nicht das Rathaus bis an den Bohlweg gebaut hat. Darüber läßt sich streiten. Ob es zweckmäßig gewesen wäre, gerade an der frequentesten Straße der Stadt Büros zu unterhalten, darüber kann man zweifelhaft sein. Jedenfalls wäre es ein teurer Bau geworden, denn es läßt sich nicht bestreiten, daß gerade diese Ecke ein wertvoller Bauplatz war. Dazu hat er für unsere Zwecke eine sehr geringe Tiefe, so daß nicht viel daraus zu machen ist. Im übrigen kann es jetzt nichts helfen, darüber traurig zu sein, daß damals das Stück weggegeben ist, welches wir vielleicht besser behalten hätten.

Herr Riefe meint weiter, man solle die Ressorts teilen. Ich verstehe nicht, wie er das machen will. Herr Riefe hat wohl gemeint, man solle Teile der Verwaltung aus dem Rathaus weglegen. Ich gebe zu, daß sich das machen ließe, und der Magistrat hat das ja auch in seiner Vorlage schon ausgeführt. Sollte die Mehrheit der Versammlung diesen Weg für richtig halten, so wird nichts übrigbleiben, als sich dieser Ansicht der Mehrheit zu fügen und Bedacht darauf zu nehmen, ein zweites Haus zu bauen, in dem die eine oder andere Abteilung Unterkommen findet. Ich möchte aber doch die Herren, welche geneigt sind, sich durch die Ausführungen des Herrn Riefe beeinflussen zu lassen, bitten, im Rathaus umherzugehen und sich anzusehen, welche wundervollen, für Bürozwede durchaus geeignete Räume jetzt — ich möchte beinahe sagen — mißbraucht werden, um bis an

die Decke reichende Gestelle für die Akten aufzunehmen. Wenn Herr Riefe meint, daß man diese Akten auf den Boden bringen könne, dann kennt er unseren Betrieb nicht, denn die Akten müssen fortwährend gebraucht werden. Einzelne Akten werden herbeigeholt oder andere, die gebraucht sind, müssen wieder an ihren Platz gebracht werden. Sollen die Beamten wegen der Akten fortwährend auf den Boden laufen? Da halte ich das Projekt, wie es die vereinigten Kommissionen vorschlagen, ohne Frage für besser. Es wird dadurch eine nicht unerhebliche Zahl großer Räume für Bürozwede frei, so daß wir wieder Platz bekommen, Beamte unterzubringen. Der Aktenspeicher wird so angelegt werden, daß er tunlichst mit den Büroräumen in Verbindung steht. Ich kann das zwar noch nicht übersehen, und der Magistrat ist daher auch nicht in der Lage, ohne weiteres diesem Projekt sein Placet zu geben, aber man wird wahrscheinlich die Sache so gestalten, daß man insbesondere die Registratur, die jetzt im östlichen Flügel untergebracht ist, dessen Fenster nach dem großen Hofe hinausgehen, auf die andere Seite des Flügels legt, so daß sie in unmittelbare Verbindung mit diesem Aktenspeicher kommt. Dann läßt sich die Sache, wie ich glaube, sehr praktisch ausführen, weil dann die Beamten die Akten nach wie vor unter ihrer Aufsicht haben. Es ist eine Unmöglichkeit, einen solchen Aktenraum frei stehen zu lassen, so daß jeder im Rathaus Zutritt zu den Akten hat, denn es sind manche Sachen dort, die wir nicht freigeben können. Eine ähnliche Einrichtung wird sich unten bei der Armenverwaltung machen lassen, wo mehrere zu Büroräumen geeignete Zimmer gebraucht werden, um die erhebliche Zahl von Akten aufzunehmen. Auch da wird sich die Sache praktisch einrichten lassen, wenn man die Räume der Armendirektion in unmittelbare Verbindung mit dem Aktenspeicher bringt. Schwieriger wird die Sache im ersten Stock wegen der Akten der Steuerverwaltung, denn es hat dem Magistrat zu Bedenken Anlaß gegeben, diese Akten in einem solchen Speicher unterzubringen. Aber das wird der Magistrat weiter erwägen und sich später zu dem Antrage äußern. Ich will noch bemerken, daß bei der Steuerverwaltung, wie ich mich überzeugt habe, die Aktenzahl nicht so groß ist, und es wird sich schon eine entsprechende Einrichtung schaffen lassen. Daß wir auch im ersten Geschoß die Räume, die geschaffen werden sollen, durchaus gut gebrauchen können, ist anzunehmen. Ich möchte also namens des Magistrats nicht dem Antrage der Baukommission widersprechen und erkenne an, daß durch das neue Projekt erheblich mehr Raum geschaffen wird. Wir werden, nachdem Sie sich entschlossen haben, Ihnen alsbald unsere Ansicht mitteilen.

**Vorsigender:** Ich möchte an den Herrn Oberbürgermeister die Frage richten, ob es richtig ist, wenn ich annehme, daß der Magistrat sein ursprüngliches Bauprojekt als solches nicht aufrechterhält, so daß wir nicht darüber abzustimmen brauchen?

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Eine formelle Beschlußfassung darüber ist im Magistrat noch nicht erfolgt. Über eine solche wesentliche Abweichung von dem, was der Magistrat vorgeschlagen hat, kann er nicht ohne weiteres beschließen, wenn er nicht die Pläne zur Hand hat. Ich hatte mir auch vorgenommen, wenn der Antrag der vereinigten Kommissionen angenommen werden sollte, zunächst mit den durch die Umänderung betroffenen Beamten und den Bürocheß Rücksprache zu nehmen, denn die wissen doch am besten, was ihnen fehlt, denn sie sind teilweise in Räumen untergebracht, in denen die Aktienluft nicht gerade schön ist. (Sehr richtig!) Wenn wir dann noch die Vertreter der Bauverwaltung zu der Besprechung zuziehen, so glaube ich, kommen wir zum Ziel. Der Herr Vorsitzende meint wohl, es wäre uns nicht angenehm, wenn Sie unseren Antrag ablehnten. Das ist doch schon öfter vorgekommen, also lehnen Sie deswegen nur ruhig ab und sagen Sie: Wir bitten, ein anderes Projekt zur Ausführung zu bringen. Vorläufig muß ich den Antrag des Magistrats noch aufrechterhalten.

**Stadtv. Stegmann:** Nach den Ausführungen des ersten Herrn Berichterstaters scheint eine günstige Lösung gefunden zu sein. Ob es aber so sein wird, kann man nicht wissen. Tatsache ist es, daß viele Räume nicht so beschaffen sind, wie sie es sein müßten. Ich denke z. B. an die statistische Stelle; der betreffende Beamte sitzt in einem Zimmer, das man geradezu einen kümmerlichen Käfig nennen könnte. Ich möchte meine Entscheidung über die Vorlage davon abhängig machen, ob der Anbau nicht nur ein Flickwerk wird, das nur für einige Jahre ausreicht. Sollte der Anbau nur für 3 bis 5 Jahre ausreichen, dann möchte ich entschieden bitten, die Vorlage abzulehnen. Man muß doch verlangen, daß Garantie geboten wird, daß bei einer Ausgabe von 100 000 M etwas geschaffen wird, das einige Jahrzehnte ausreicht.

**Stadtv. Sander:** Ich bitte, den Magistratsantrag abzulehnen und den Antrag der Kommission anzunehmen. Ich war in der Baukommission ursprünglich auch der Meinung, daß die Sache nur Flickwerk und ein Nothelf sei, so daß wir nicht umhin könnten, über kurz oder lang entweder Terrain zuzukaufen oder die Verwaltung zu dezentralisieren. Die Verhandlungen in der Kommission haben mich aber eines Besseren belehrt. Besonders das jetzige Programm, das von Herrn Baurat Frühling herrührt, hat mich vollständig umgestimmt und außerdem die Worte des Magistrats. Ich habe aus den Erklärungen des Magistrats entnommen, daß selbst dann, wenn wir über kurz oder lang gezwungen sind, die Verwaltung zu dezentralisieren oder das Rathaus zu erweitern, dieser Bau doch eine Notwendigkeit ist, und nach reiflicher Überlegung muß ich dem zustimmen. Ich bitte Sie also, dem Antrage der vereinigten Kommissionen zuzustimmen.

**Stadtv. Fröhling:** Ich möchte kurz auf einige Einwände, die gemacht sind, eingehen. Über die Frage, die Herr Niese anschnitt, ob der Bau in Hausteinen ausgeführt werden soll, oder ob es ein Putzbau werden soll, haben wir uns nicht entschieden. Das kann immerhin noch entschieden werden, wenn das endgültige Projekt vorliegt und die Kosten sich übersehen lassen.

Eine andere Frage ist die, ob der Bau nur noch ein paar Jahre reichen wird und wir dann doch dezentralisieren müssen. Herr Sander hat schon gesagt, daß ein Aktenspeicher immer erforderlich sein wird; auch wenn später eine Dezentralisation eintreten müßte, so wird für den Betrieb in diesem Hause ein derartiger Aktenspeicher immer eine Notwendigkeit sein. Wenn er bisher noch nicht vorhanden gewesen ist, so hat man sich eben mit unzumutbaren Räumen beholfen. Dem soll man abhelfen und das einrichten, was die Neuzeit als das Beste erkannt hat. Unter keinen Umständen ist es weggeworfenes Geld, denn es wird eine Ergänzung des Rathauses mit dem Anbau erreicht, die schon früher hätte geschaffen werden müssen.

Was die Anregung betrifft, die Akten auf den Boden zu bringen, so kann man sie wohl dort oben hinlegen, aber was für Wege würde das geben, wenn die Beamten sie von oben herunterholen sollten. Ein anderer Grund, der dagegen spricht, ist, daß die Hitze im Sommer unter dem Dach zu groß ist; auch für die Akten muß man gut ventilierte Räume haben.

Ich glaube, die vorgebrachten Gründe können nicht maßgebend sein, um den Antrag der vereinigten Kommissionen abzulehnen. Auch was Herr Stegmann sagte, erledigt sich durch die Betrachtung: Es ist kein Flichwerk, sondern eine Ergänzung des Rathauses, die unter allen Umständen notwendig und wünschenswert ist.

**Stadtv. Meyerhoff:** Nachdem die beiden Herren Vorredner die Sache beleuchtet haben, ist das schon ausgesprochen, was ich sagen wollte: Auch wenn wir dezentralisieren und einzelne Betriebe aus dem Rathause hinauslegen, haben wir diese neuen Räume immer noch nötig.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Herr Stegmann will seine Abstimmung davon abhängig machen, daß der Magistrat die Garantie übernimmt, daß dieser Bau auf eine längere Reihe von Jahren genügen werde. Ich muß das ganz entschieden ablehnen, denn in dieser Beziehung eine Garantie zu übernehmen, ist ein gefährliches Unternehmen. Wenn ich im Jahre 1900, nachdem das Rathaus in diesem Umfange erbaut war, gesagt hätte, es würde schon heute nicht mehr ausreichen, so glaube ich, die Stadtverordneten hätten mich ausgelacht. Wer hat das annehmen

können, daß unsere Verwaltung in diesem Maße sich ausdehnen würde? Ebenso kann man heute nicht wissen, was in der Zukunft noch kommen wird. Ich will hoffen, daß die Räume in den nächsten Jahren nicht mehr ausreichen werden, denn die Stadt muß wachsen. Dann werden wir allerdings den Stadtverordneten nicht mit einem solchen Antrage wie heute kommen; dann wird es heißen: dezentralisieren.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich bitte, die Magistratsvorlage abzulehnen. Nach der Skizze, die Herr Baurat Frühling entworfen hat, ergibt sich, daß gegenüber dem Magistratsantrage doppelt soviel Raum geschaffen wird. Ich freue mich, wenn in dieser Weise das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden wird und zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Wir bekommen mehr Platz und die Beamten bessere Arbeitsräume. Ich habe auch vor 15 Jahren nicht geglaubt, daß das Haus so schnell zu klein werden würde. Wenn wir aber in zehn Jahren ein neues Rathaus bauen müssen, so wollen wir gern zahlen, denn das zeigt, daß die Stadt groß geworden ist.

Das vom Magistrat vorgelegte Bauprojekt wird abgelehnt und dem Antrage der vereinigten Kommissionen zugestimmt.

## 9. Beitritt der Stadt zu dem „Bunde für Schulreform“.

**Stadtv. Lange:** Den Bestrebungen des Bundes für Schulreform hat man seit seiner ersten Tagung in Dresden im Jahre 1911 das größte Interesse entgegengebracht. Es gehören ihm alle namhaften Schulmänner an, und der Kreis seiner Mitglieder umfaßt Pädagogen vom Universitätsprofessor bis zum Landschullehrer. Seine Tagungen zeigten bisher eine große Einheitlichkeit und Geschlossenheit, da jeder ein einziges Thema, und zwar ein solches zugrunde lag, das für die Gegenwart von besonderem Interesse war, und das nach allen Seiten hin durch Vorträge und Diskussionen behandelt wurde. Resolutionen faßt der Bund grundsätzlich nicht, sondern er beschränkt sich darauf, Anregungen zu geben. Auf diese Weise wird es möglich, daß der Bund Pädagogen aller Richtungen in sich vereinigt. Der Magistrat beantragt den Beitritt der Stadtgemeinde Braunschweig zu dem Bunde für Schulreform mit einem Jahresbeitrage von 15 M, zahlbar aus Kap. VII der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse, und zwar zuerst für das Jahr 1914/15. Die Finanzkommission empfiehlt den geehrten Herren, diesem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

**Der Beitritt wird beschlossen.**

## 10. Rechnungsabschluß des Verkehrsvereins für 1913.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Verkehrsverein hat den städtischen Behörden seinen Abschluß über das Jahr 1913 mitgeteilt, der mit einer Einnahme von 7866 *M* und einem Fehlbetrage von 1182 *M* abschließt. Im einzelnen ist angegeben, wie die Gelder verwendet sind. Es ist zu bemerken, daß im allgemeinen der Verkehrsverein wesentlich von den Mitteln der Stadt subventioniert wird und diese Gelder lediglich zu verwalten hat. Gegenwärtig sind 770 Mitglieder vorhanden. Im einzelnen brauche ich wohl die Posten der Abrechnung nicht mitzuteilen, den geehrten Herren ist die Aufstellung ja auch im vorigen Monat in Vervielfältigung zugegangen, und zu irgend welchen Beanstandungen hat die Rechnungslegung seitens der Finanzkommission keine Veranlassung gegeben. Ich bitte deshalb, einfach von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Persönlich möchte ich zu diesem uns allen zugesandten Jahresbericht über das verflossene Geschäftsjahr bemerken, daß die Tätigkeit des Vereins in gewissem Umfange anzuerkennen ist. Besonders bemerkenswert ist die große Zahl der Eingaben (36), die alle im einzelnen aufgeführt sind. Ich möchte nur persönlich den Wunsch aussprechen, daß immer die Eingaben so sein möchten, wie sie im Interesse der Stadt gehalten sein müßten, da sie häufig bei den angerufenen Stellen durch die Art der Fassung verschnupft haben und dadurch das Gegenteil dessen erreicht ist, was im Interesse des Verkehrs tauglich war. Es gelangt auch ein gewisses ästhetisches Mißverhalten in dem Bericht dadurch zum Ausdruck, daß politische Vorgänge lediglich von dem materiellen Gesichtspunkte aus behandelt werden, wenn z. B. die Ereignisse, die mit dem Thronwechsel in Verbindung stehen, lediglich dazu benutzt werden, daraus herzuleiten: „Braunschweig geht einer goldenen Zukunft entgegen, das sind wir gewiß.“ Das als einzige Folge des Thronwechsels im Jahresbericht des Verkehrsvereins zu jagen, würde mir persönlich es verleidern, irgend welche Mittel dem Verkehrsverein zur Verfügung zu stellen. Das gehört nach Buzanz, nicht nach Braunschweig.

Stadtv. **Lauer**: Wenn der Herr Vorredner verschiedene Tätigkeiten des Verkehrsvereins bemängelt, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß dieser Verein ohne Zweifel die besten Absichten im Interesse der Stadt verfolgt. Gewiß, es führen verschiedene Wege nach Rom. Zunächst die Rührigkeit des Verkehrsvereins anzuerkennen und dann auf diese Weise seine Tätigkeit in den Schatten zu stellen, das halte ich bei der Aufopferung des Verkehrsvereins doch nicht für richtig.

Was das Resultat der Abrechnung betrifft, so fehlen wieder 1182 *M* zum Ausgleich. Ich habe auch noch den vorjährigen Bericht zur Stelle: da fehlen 1300 *M*. Bei diesen mangelnden Geldverhältnissen die Leitung korrekt zu führen,

hält natürlich sehr schwer. Die Verwendung der eingegangenen Gelder ist auf den Pfennig nachgewiesen, und wenn man eine derartige Tätigkeit für die Allgemeinheit anerkennt, dann wäre es richtig, den Zeitpunkt für gekommen zu halten, dem Verkehrsverein den jährlichen Zuschuß von 3000 *M* um den kleinen Betrag von vielleicht 1000 *M*, also auf vielleicht 4000 *M* zu erhöhen. Der Verkehrsverein bittet nicht für sich, er bittet für unsere Stadt. Ich möchte es ja vermeiden, aber nicht immer läßt es sich verhüten, andere Städte zum Vergleich heranzuziehen. Ich muß doch darauf hinweisen, daß bekanntlich in anderen Städten, wo dem Fremdenpublikum nicht mehr geboten wird, den Verkehrsvereinen mehr Mittel zugewiesen werden als es hier in Braunschweig geschieht. Herrn Dr. Jasper möchte ich daran erinnern, daß der Verkehrsverein, wenn er — wie Herr Dr. Jasper meint — nicht korrekt gehandelt haben sollte — was ich jedoch bezweifle, — auch die Interessen von seiner Seite sehr lebhaft vertreten hat. Ich erinnere an die Eingabe zur Errichtung des Spielplatzes im Westen der Stadt und könnte noch andere Beispiele dafür anführen. Ich möchte die Versammlung bitten, diesem Verein seine Geschäftsführung dadurch zu erleichtern, daß Sie ihm eine Erhöhung des städtischen Zuschusses um 1000 *M* bewilligen.

**Stadtrat Wagner:** Seit dem Rechnungsjahr 1905/06 erhält der Verkehrsverein eine jährliche Unterstützung von 1500 *M*. Sie ist ihm erst im Rechnungsjahre 1912/13 auf 3000 *M* erhöht. Nun sehen diese Zahlen an sich nicht sehr groß aus, aber wenn Sie berechnen, was die städtischen Behörden dem Verkehrsverein alljährlich zuwenden, so müssen Sie dabei mit in Rücksicht ziehen diejenigen Summen, die neben dem jährlichen Zuschuß extra für alle möglichen Sachen, für Reklameplakate, Führer durch Braunschweig usw. bewilligt sind. Aus einer Zusammenstellung in unseren Akten ergibt sich für die Rechnungsjahre 1907/08 bis 1911/12 die Summe von 14 279 *M*. Zu dieser Summe kommen die 18 500 *M*, die der Verkehrsverein von der Stadt seit 1906 an festen Zuschüssen bewilligt erhalten hat. Beiläufig mag erwähnt sein, daß die Stadt für übrige Verkehrszwecke seit 1905/06 21 571 *M* aufgewendet hat. Ich glaube deshalb, daß einstweilen wohl kaum Veranlassung vorliegen wird, noch weitere Aufwendungen für den Verkehrsverein zu machen. Es dürfte sich empfehlen, daß der Verkehrsverein, wenn es ihm wirklich nicht gelingt, im Kreise der an erster Stelle interessierten Einwohner mehr Mitglieder zu gewinnen und dadurch höhere Einnahmen zu erzielen, in seinen Ausgaben sich eine gewisse Beschränkung auferlegt, wie jede andere Veran- staltung, die mit einer gewissen Summe zu rechnen hat, sie sich auch auferlegen muß. Ich möchte empfehlen, von einer Erhöhung des festen Zuschusses an den Verkehrsverein abzusehen.

**Stadtv. Pauer:** Ich bedaure, daß Herr Stadtrat Wagner die geäußerte Ansicht vertritt, denn an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß im vorigen Jahre ein Fehlbetrag von 1300 *M* und jetzt wieder ein Fehlbetrag von ziemlich 1200 *M* sich ergeben hat. Nun sagte der Herr Stadtrat, die Stadt gewähre dem Verkehrsverein noch sonst Beiträge. Das ist nicht ganz richtig. Es trifft nur zu, daß allerdings der Verkehrsverein gewisse Tätigkeiten, wenn ich so sagen darf, dem Stadtmagistrate abgenommen hat, z. B. die Beschickung einer Ausstellung, und daß da natürlich die entstandenen Unkosten von der Stadt gedeckt wurden. Das waren nur abgeschlossene Sachen für sich, die mit der Geschäftsführung des Verkehrsvereins nichts zu tun haben. Ich konstatiere noch einmal, daß als Wirklichkeit vorliegt: der Verkehrsverein will das Geld nicht für sich, sondern nur, um seine Rechnungen vollständig bezahlen zu können.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung und nehme an, daß die verehrten Herren sich mit der Rechnungslegung einverstanden erklären und Erinnerungen nicht zu machen haben.

## 11. Ankauf des Grundstücks Hinter der Magnikirche Nr. 1.

**Stadtv. Schön** (Referent der Finanzkommission): Aus der Vorlage des Magistrats haben Sie ersehen, daß in dem Stadtkirchenausschuß dem Antrage des Kirchenvorstandes zu St. Magni zugestimmt ist, der Magnikirchengemeinde das Kantorhaus Hinter der Magnikirche 4 als Kirchenvogtswohnung zu Eigentum zu überlassen und dafür im Austausch das bisherige Kirchenvogtshaus Hinter der Magnikirche 1 zu übernehmen. Der Stadtmagistrat fordert uns nun auf, das Haus Hinter der Magnikirche 1 für die Stadt zu erwerben. Der Kaufpreis ist auf Grund der Schätzung der städtischen Bauverwaltung auf 8000 *M* festgesetzt. Würde nicht die Stadt das Grundstück kaufen, so würde zu befürchten sein, daß es infolge seiner geringen Ausnützbarkeit im gegenwärtigen Zustande mit einem hohen Gebäude bebaut würde und so das jetzige harmonische Straßenbild zerstört, vor allem aber die Kirche in ihrer architektonischen Wirkung außerordentlich geschädigt werden würde. Ebenso große Einbuße würde das Straßenbild auch in dem Falle erleiden, wenn die alten Gebäude auf dem Grundstück niedergelegt würden und letzteres unbebaut bliebe bzw. als Lagerplatz Verwendung fände, da dann die häßlichen hohen Hintergebäude auf den benachbarten Grundstücken sichtbar würden. Dieser letztere Fall würde mutmaßlich eintreten beim Verkauf des Grundstücks an einen dem Hause benachbarten Geschäftsmann, der sich als Liebhaber für das Grundstück gemeldet hat. Erwirbt aber die Stadtgemeinde das Grundstück, so ist Gewähr für eine angemessene Bebauung gegeben.



Der Magistrat hat hierfür ein Projekt ausarbeiten lassen, dessen Ausführung einen Kostenaufwand von 18 000 *M* verursachen wird, so daß zusammen mit dem Ankaußpreise im ganzen 26 000 *M* aufgewendet werden müssen. Der Referent der Baukommission wird nachher darüber berichten und dabei zum Vorschlag eines erweiterten Projekts kommen. Mit dem Neubau will der Magistrat dem Bedürfnis nach Kleinwohnungen für städtische Angestellte entgegenkommen. Der Gesamtaufwand nach dem erweiterten Projekt würde sich statt auf 26 000 *M* auf 31 000 *M* stellen und sich nach den zu erwartenden Einnahmen mit rund 5 Prozent verzinßen. Das Hauptgewicht ist aber, wie bereits erwähnt, auf die ästhetische Seite der Sache zu legen, also darauf, daß — wie die Vorlage sagt — durch den Ankauf des Grundstücks und die Errichtung des geplanten Neubaus auf die geeignetste Weise einer sonst kaum zu verhindernden wesentlichen Beeinträchtigung des historisch gewordenen Straßenbildes wie der architektonischen Wirkung der St. Magnirkirche vorgebeugt wird. Die vereinigte Bau- und Finanzkommission bittet durch mich:

„Die Versammlung wolle dem Ankauf des Grundstücks hinter der Magnirkirche 1 (bisheriges Kirchenvogtsgrundstück) für 8000 *M* und der Errichtung eines Fachwerthauses auf demselben nach dem erweiterten Projekt unter Einwilligung der Kosten in der Gesamthöhe von etwa 31 000 *M* aus B. Kap. IV, 1 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1913/14 zustimmen.“

**Stadtv. Frühling** (Referent der Baukommission): Den Ausführungen des Herrn Referenten der Finanzkommission kann ich mich anschließen. Ich habe nur noch über die bautechnische Frage zu berichten. Es können bei dem Aufbau des neuen Hauses in künstlerischer und architektonischer Beziehung wertvolle Bauteile benutzt werden, die aus dem alten, abgebrochenen Gebäude Eischlägern Nr. 4 herühren und von der Firma Rieke & Co. der Stadt überlassen sind. Der Magistrat beantragt, die alten Bauteile hier wieder zu verwenden und dadurch das alte Schöne wieder neu erstehen zu lassen, und diesen Gedanken haben wir in der Baukommission sehr erfreut begrüßt, haben uns aber mit dem vorgelegten Projekt nicht einverstanden erklären können. Sie sehen dort das mit F bezeichnete Projekt und darunter ist das abgebrochene Haus gezeichnet, welches neu wieder erstehen soll. Wenn man beides vergleicht, so wird man sehen, daß das alte Haus sehr viel schöner war und die Art, wie der Neubau geplant war, nicht dem alten Hause entspricht, so daß man eigentlich von einem Wiedererstehen des alten Hauses nicht sprechen kann, wenn der Aufbau in dieser Form geschieht. Die Baukommission hat es für wertvoll gehalten, die Fassade des alten Hauses wieder erscheinen zu lassen, was möglich ist, indem das Haus in seiner Länge etwas verkürzt wird, wie Sie

aus der Zeichnung B ersehen. Die Mehrkosten dafür würden sich auf 5000 *M* belaufen, aber sie würden dadurch eine Verwertung finden, daß eine Wohnung mehr entsteht als in dem Projekt des Magistrats, so daß die Mehrausgabe mit dem Wert der neuen Wohnung gedeckt wird. Gegen das von uns vorgeschlagene Projekt kann also in finanzieller Beziehung kaum Einspruch erhoben werden, während es sich in künstlerischer und architektonischer Richtung zur Ausführung empfiehlt. Das Gebäude selbst ist durchaus dem Plage angepaßt, und es sind deswegen Bedenken in der Baukommission nicht geäußert. Ich empfehle Ihnen dringend, unsern Antrag anzunehmen. In dem Magistratsantrage würde demnach zu ändern sein: statt „nach dem anliegenden Projekt F“ „nach dem anliegenden Plan B“ und statt „26 000 *M*“ „in der Gesamthöhe von etwa 31 000 *M*“. Mit diesen Änderungen empfehlen wir den Antrag des Magistrats zur Annahme.

Dem Antrage der vereinigten Kommissionen wird zugestimmt.

**Vorsitzender:** Inzwischen hat Herr Lauer folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den jährlichen Barzuschuß an den Verkehrsverein von 3000 *M* auf 4000 *M* zu erhöhen.“

Wenn noch Zeit sein sollte, wird der Herr Antragsteller am Schluß der heutigen Beratung Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 12. Antrag Rieke auf Zustandsetzung der Schöppenstedterstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es liegt ein Antrag Rieke mit folgendem Wortlaut vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, außer den im diesjährigen Etat zur Erneuerung aufgeführten Straßen auch die Schöppenstedterstraße im laufenden Jahre zu erneuern (auf der Grundlage des früheren Kostenanschlages, Bordquader statt der schrägen Gassen) und die Fahrbahn mit Asphalt zu belegen.“

Wir haben ja für die Neubefestigung verschiedener Straßen bei der Etatsberatung 138 500 *M* bewilligt. Hinzu würden nach dem Antrage Rieke noch kommen die Kosten für Neupflasterung der Schöppenstedterstraße. Wir haben in der Baukommission den Antrag geprüft und stehen ihm sehr wohlwollend gegenüber, denn die Schöppenstedterstraße ist in dieser Hinsicht ein Schmerzenskind seit drei oder vier Jahren. Sie hat schon mehrfach als Vorschlag für die Neubefestigung im Etat gestanden und hat gegenüber anderen Straßen zurückstehen müssen. Nun liegt gegenwärtig die Sache so, daß der Magistrat erklärt hat, über die bewilligte Summe hinaus sei er nicht in der Lage, auch noch die Schöppenstedterstraße einzu-

schalten. Er wisse aber noch nicht, wie weit die Verhandlungen mit der Straßenbahn wegen Neupflasterung von Straßen gehen würden. Es könne möglich sein, daß die Straßenbahn die nötigen Schienen nicht rechtzeitig beschaffen kann, und daß deswegen die eine oder andere beschlossene Straßenbefestigung zurückbleiben müsse. In dem Falle wolle der Magistrat dem Antrag Riefe so weit entgegenkommen, daß die Schöppenstedterstraße zur Neubefestigung komme. Einen anderen Weg mußte auch die Baukommission nicht zu beschreiten, und so gebe ich namens der Baukommission anheim, den Antrag in der Weise zu erledigen, daß der Magistrat ersucht wird, im Falle der Möglichkeit in diesem Jahre auch die Schöppenstedterstraße neu herzurichten.

**Stadtv. Riefe:** Ich habe mich mit dieser Regelung einverstanden erklärt, wenn auch nicht leichtem Herzens. Ich bin für die Schöppenstedterstraße nicht etwa eingetreten, weil ich zufällig dort wohne, sondern weil diese Straße eine Neubefestigung dringend nötig hat. Da nun aber die Sache einmal so liegt und der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, bis zum 1. Mai sämtliche Unterlagen für Neubefestigung der vorgeschlagenen Straßen zu haben, um ersehen zu können, ob im Rahmen der ausgeworfenen 138 000 M eine Befestigung der Schöppenstedterstraße möglich ist, so daß sie unter Umständen im Herbst vor sich gehen könne, so habe ich mich einverstanden erklären müssen. Erzwingen kann ich die Annahme meines Antrages ja nicht und muß mich mit dem jetzt Erreichten bescheiden.

**Stadtv. Loeßig:** Ich würde bedauern, wenn in diesem Jahre die Schöppenstedterstraße nicht mehr neu befestigt werden könnte. Es ist doch wunderbar, wenn wegen der mangelhaften Straßenbefestigung eine Straße für den Verkehr eines Automobils gesperrt wird. Das ist ungefähr ebenso, als wenn die D-Züge auf der Strecke zwischen Braunschweig und Hildesheim ausfallen sollten, weil der Bahnkörper zu schlecht wäre. Selbst der Autoomnibus bringt doch vielen Verkehr nach Braunschweig, und das sollte ein Grund mehr sein, sobald als möglich an den Ausbau der Straße zu gehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Baukommission zu.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Ohlendorf:

„In § 1 des städtischen Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind die Worte „nur von 8—9 Uhr morgens und von 11—1 Uhr mittags beschäftigt werden“ zu streichen und durch folgende Worte zu ersetzen: „in den Bedürfnisgewerben nur von 8—9 Uhr morgens, im übrigen überhaupt nicht beschäftigt werden.“

Auch hier wird der Herr Antragsteller, wenn noch Zeit ist, nach Schluß der Tagesordnung seinen Antrag zu begründen Gelegenheit haben.

### 13. Antrag Diekmann auf Gewährung einer Vergütung für Bekleidung an die Schlachthausarbeiter.

Stadtr. Voelshigt: Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, die Löhne der Arbeiter des städtischen Schlachthauses um so viel Mark zu erhöhen, daß den Arbeitern schon in diesem Jahre eine Vergütung für Bekleidung gewährt werden kann.“

Der Antrag ist reichlich unterstützt und in der Finanzkommission vorberaten. Vom Magistrat ist in der Kommissionsberatung zugesagt, mit Genehmigung des Schlachthausausschusses ca. 40 M pro Mann auf den Lohn zu verrechnen. Es soll der Satz nicht für eine bestimmte Kleidung ausgesetzt werden, sondern den Arbeitern der Wert der Kleidung mit diesem Betrage vergütet werden. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, den Magistrat zu ersuchen, in dieser Weise den Antrag zu erledigen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Vorschlag der Kommission scheint mir annehmbar zu sein, und ich glaube, daß sich ihm keine nennenswerten Schwierigkeiten entgegenstellen werden. Ich werde in den nächsten Wochen Veranlassung nehmen, die Schlachthausdeputation zur Beschlußfassung über diesen Punkt einzuberufen. Sollte durch die Bewilligung der Betrag, der für die Schlachthausdeputation zur Verfügung steht, zu stark in Anspruch genommen werden, so wird sie in anderer Weise sich einzuschränken suchen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Finanzkommission zu.

### 14. Antrag Rasche auf Prämiiierung der fünf besten Fassaden der alljährlich entstehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen.

Wortlaut des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen,

1. den Stadtmagistrat zu ersuchen, ein Statut auszuarbeiten, nach welchem alljährlich die fünf besten Fassaden von neuen Wohnhäusern, d. h. Häusern mit mehreren Wohnungen, prämiert werden, und

2. dem Stadtmagistrat dazu den Betrag bis zu 3000 M zur Verfügung zu stellen.“

Stadtv. **Rafche** (zur Begründung): Es sind in früherer Zeit wunderschöne Wohnhausfassaden entstanden, die mit dazu beitragen, das Aussehen der Straße zu heben. In letzter Zeit aber sind an bevorzugten Stellen der Stadt Wohn- und Miethäuser errichtet, deren Fassaden die Gegend geradezu schädigen. In mehreren Städten ist nun die Einrichtung getroffen, die besten der neu entstandenen Miethausfassaden — es handelt sich nur um mehrgeschossige Wohnhäuser mit vielen Wohnungen, um sogenannte Mietkasernen — zu prämiieren, und man hat dadurch bezweckt, daß ein Wettbewerb der Unternehmer in dieser Beziehung eintritt. Die Prämie soll nicht der Architekt, sondern der Hausbesitzer bekommen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß das Miethaus in seiner äußeren Ausstattung recht schlecht behandelt wird, nicht nur bei uns, sondern überall. Mit Recht kann man es als Stiefkind der Architektur bezeichnen. Deshalb sind unter anderen die Städte Düsseldorf, Barmen und Hannover vorgegangen, um durch eine Prämiiierung der besten Fassaden eine Besserung zu erreichen. Auch in Hildesheim ist eine derartige Einrichtung in Vorbereitung. Material über die Einrichtungen habe ich im Besitz und will es gern zur Verfügung stellen. Die dafür gewählte Kommission braucht alle Jahr nur einmal in Tätigkeit zu treten, sie besichtigt die neu aufgeführten Gebäude und bestimmt darnach die Preise. Ich bitte Sie, meine Herren und auch den Magistrat, der Sache wohlwollend gegenüberzutreten.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Es liegt noch ein Antrag von Herrn Busch vor, der für die vertrauliche Beratung bestimmt ist, wie schon in der letzten Versammlung gesagt wurde, und der auch in der vertraulichen Sitzung begründet werden wird.

## 15. Anfrage Bunge wegen Abweichung von dem seither angewandten Verfahren bei Erwerb der braunschweigischen Staatsangehörigkeit.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, weshalb er bei der Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit von dem seit dem Jahre 1908 beliebten und bewährten System wieder abgegangen ist?“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Im Monat Januar kam ich nach dem Rathaus, um eine Reihe von Anträgen auf Erteilung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit zu erledigen. Es wurde mir aber von dem Beamten eröffnet: „Es geht das nicht mehr in der früheren Weise; auf Anordnung des Magistrats

müssen sämtliche Antragsteller einen Staatsangehörigkeitsausweis beibringen." Mir war das neu, und ich fragte, weshalb das angeordnet sei, worauf mir geantwortet wurde: „Das wird jedenfalls durch das Inkrafttreten des neuen Staatsausweisgesetzes erforderlich geworden sein.“ Ich gab mich mit der Auskunft zufrieden, sah das Gesetz durch und fand, daß in diesem Gesetze dasselbe steht, wie in dem alten: Wo zweifellos die Staatsangehörigkeit des Betreffenden feststeht, bedarf es keines Staatsangehörigkeitsausweises mehr. Ich war nun ganz verwundert, wie der Magistrat mit einem Male dazu kommt, einen solchen Ausweis jetzt zu verlangen. Es wurde doch im Reichstage von dem Regierungsvertreter und auch von einer Reihe von Abgeordneten zugesagt, daß das neue Staatsausweisgesetz in der loyalsten Weise gehandhabt werden sollte. Hier in Braunschweig ist es, wie es scheint, nicht der Fall. Im Jahre 1908 haben wir eine Reihe von Anträgen gestellt — und auch Sie, meine Herren von der Rechten, haben mit dazu beigetragen und geholfen —, daß alle Schwierigkeiten für den Erwerb des Bürgerrechts beseitigt werden sollten. Ich erinnere daran, daß seinerzeit bei jedem einzelnen Antrage die Polizei ein, zwei oder noch mehrere Male ins Haus gelaufen kam, Stuben und Küchen nachsah und sogar bis in die Schlafkammern ging — das können Sie mir glauben, ich habe es selbst in meinem eigenen Hause mit erlebt. Das war noch nicht das schlimmste; auch auf den Arbeitsstellen wurden die Leute aufgesucht, so daß sich die Unternehmer sagten: „Es muß doch etwas gegen den Mann vorliegen.“ Mir sind zwei Fälle bekannt, daß die Leute von ihren Arbeitgebern deswegen entlassen sind und erst später erfuhren, daß die Geschäftsinhaber nicht die Polizei im Hause haben wollten. Das ist eine von den Schikanen, die wir damals empfunden haben. Herr Stadtrat von Frankenberg war wohl derjenige, der mit der Idee hervorgekommen war, in dieser Beziehung etwas anderes zu schaffen, und es wundert mich, daß er jetzt sein eigenes Kind mit erwürgt hat. (Heiterkeit.) Ich bedaure sehr, daß in dieser Weise jetzt vorgegangen wird. Ich möchte den Magistrat ersuchen, uns Auskunft zu geben, warum jetzt mit einem Male von dem früher beliebten Verfahren abgegangen ist, und welche Grundlagen er dafür hat? Ist etwas vorgekommen, was nicht einwandfrei gewesen ist? Wenn der Magistrat uns Auskunft gibt, dann wird ja Klarheit geschaffen, woran die Änderung liegt.

**Stadtrat von Frankenberg:** Der Herr Vorredner hat ganz recht, wenn er die Vermutung äußert — worauf er ja auch durch unser Büro hingewiesen ist —, daß das Inkrafttreten des neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes einen Umschwung in der bisherigen Handhabung des Verfahrens zur Erlangung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit zur Folge gehabt hat. Neben diesem Gesetz bestehen auch Ausführungsvorschriften, zu deren Erlaß die einzelnen Landesbehör-

den, hier das braunschweigische Staatsministerium, befugt sind. Das Ministerium hat am 30. Dezember v. J. eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Grundsätzlich soll seitens der hiesigen Verwaltungsbehörden bei allen Anträgen und Anlässen, in denen es bei Handhabung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes sich um den Nachweis des Besitzes einer deutschen Staatsangehörigkeit handelt, der Nachweis dieser Staatsangehörigkeit durch Vorlegung einer vom Heimatsstaat ausgestellten Urkunde verlangt werden. Daher darf z. B. im Falle des § 7 bei einer Aufnahme eines Deutschen der behauptete Besitz einer anderen deutschen Staatsangehörigkeit von der aufnehmenden braunschweigischen Behörde nicht aus angegebenen Tatsachen gefolgert werden, sondern es ist die Vorlegung des urkundlichen Nachweises zu verlangen.“

Der Herr Vorredner sprach davon, daß es erwünscht und auch im Reichstage zugejagt wäre, daß das Gesetz loyal gehandhabt wird. Das Fremdwort in unser geliebtes Deutsch übertragen, heißt „gesetzmäßig, dem Gesetze entsprechend“. Der Stadtmagistrat ist bei diesen staatlichen Angelegenheiten, in denen er nach dem Gesetze und den staatlichen Ausführungsvorschriften verfahren muß, außerstande, eine andere als die gesetzmäßige und den Ausführungsvorschriften entsprechende Handhabung anzuwenden. Es liegt mir in der heutigen Zeit durchaus fern, mich eines bethlehemitischen Kindermordes in bezug auf Einrichtungen schuldig zu machen, die ich im Einvernehmen mit meiner Behörde und den geehrten Herren getroffen habe, aber den Anweisungen der Staatsbehörde zu folgen, sind wir verpflichtet.

Gleichwohl habe ich doch noch einen Anlauf unternommen, ob es nicht möglich wäre, von Fall zu Fall Abweichungen einzuführen, und habe einen einzelnen Fall herausgegriffen, der im Januar spielte und bei dem es sich um die Anerkennung der Staatsangehörigkeit durch eine anhaltinische Behörde handelte. Ich habe bei der Polizeidirektion angefragt, ob nicht in einem solchen Falle von einer formellen Beurkundung abgesehen werden könnte. Die Herzogliche Polizeidirektion hat darauf geantwortet, ausnahmsweise wolle sie in diesem Falle von der Beibringung einer besonderen Urkunde absehen, aber bei dieser Gelegenheit ersuche sie den Magistrat, von dem mit ihrem eigenen Einverständnis beobachteten Verfahren bei Feststellung der Staatsangehörigkeit der um Aufnahme in den braunschweigischen Staatsverband nachsuchenden Personen für die Folge abzusehen und künftig den Antragstellern in Befolgung des vorerwähnten ministeriellen Erlasses die Beibringung von Staatsangehörigkeitsausweisen aufzugeben.

Die Herren werden daraus entnehmen, daß der Magistrat schlechterdings nicht anders vorgehen kann, als er getan hat. Es wird ratsam sein, daß diejenigen, die einen Staatsangehörigkeitsausweis von auswärts haben möchten und

dabei auf Schwierigkeiten stoßen, sich der Hilfe von Freunden und Vereinen, die ihnen nahestehen, bedienen. Soweit ich unterrichtet bin, haben im Laufe der letzten Monate bereits verschiedene Vereine sich dieser dankenswerten Aufgabe gewidmet, und ich zweifle nicht, daß sie das auch ferner tun werden, damit auf diese Weise die Schwierigkeiten bei Erwerbung der Staatsangehörigkeit behoben werden. Die geehrten Herren haben mit uns die Gebühr für Erwerbung des Bürgerrechts beiseitigt, wir haben aber keine Möglichkeit, von den Anforderungen abzugehen, die von seiten der Regierung gestellt sind. Der Magistrat wird seinerseits nach ihnen verfahren.

Stadtv. **Bunge** beantragt Besprechung der Anfrage. Es erklären sich neun Stadtverordnete dafür; die Besprechung wird vom Vorsitzenden eröffnet.

Stadtv. **Bunge**: Ich wußte nicht, daß der Stadtmagistrat selbst dazu gedrängt worden ist, eine Änderung des Verfahrens vorzunehmen. Ich bedaure das sehr. Das Ministerium als solches hat darüber verfügt, und ich weiß nicht, ob irgend etwas dagegen zu machen ist. Vielleicht ist es möglich, daß die Landtagsabgeordneten, die wir in unserer Mitte haben, sich der Sache annehmen.

Augenblicklich möchte ich Herrn Stadtrat von Frankenberg noch fragen, ob, nachdem der Staatsangehörigkeitsausweis vorhanden ist, wieder das frühere Verfahren gewählt werden soll, alles der Polizei in die Hand gegeben werden soll, oder ob der Antrag vom Rathhaus aus in der bisher üblichen Weise weiter verfolgt werden wird. Herr Stadtrat von Frankenberg hat empfohlen, sich in schwierigen Fällen an bekannte größere Vereine zu wenden. Auch wir in der sozialdemokratischen Partei werden versuchen, den Leuten auf jede Weise behilflich zu sein. Aber wir müssen doch eine Grundlage haben, auf welcher wir arbeiten können. Vielleicht ist der Herr Stadtrat so freundlich und gibt uns darüber Auskunft.

Außerdem hätte ich noch etwas vorzubringen. Es betrifft diejenigen, die wohl Braunschweiger, aber nicht aus der Stadt sind, sondern aus dem Lande kommen. Auch bei denen haben sich bei Nachweis der Staatsangehörigkeit sehr viele Schwierigkeiten herausgestellt. Es wurde seit den letzten Jahren verlangt, daß die Betreffenden eine Bescheinigung von ihrem Ortsvorsteher beibringen, daß sie braunschweigische Staatsangehörige sind, oder daß der Vater wahlberechtigt ist. Das wird vielfach von den Vorstehern verweigert, indem sie sagen, sie hätten dazu keine Verpflichtung, oder sie weisen die Betreffenden an die Kreisdirektion. Viele haben sich dort den Ausweis ausstellen lassen, aber es erwachsen dadurch 1,50 M Kosten, außerdem noch das Porto, und so ist die Sache immer mit Geldopfern verbunden. Mein Freund Wesemeier führte schon voriges Jahr aus, daß die Kreisdirektion in Wolfenbüttel einfach den Militärpaß für



genügend hielt, damit die Leute in die Bürgerrolle eingetragen werden können. Vielleicht läßt sich auch hier ein anderer Weg finden. Wenn die Leute nachweisen, daß sie in einem Orte geboren sind, ihr Vater und Großvater auch, was bedarf es da noch weiter einer Bescheinigung vom Vorsteher oder eines Staatsangehörigkeitsausweises? Ich meine, daß der Magistrat doch auf eine andere Handhabung wird bringen können.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Voraussetzung für Eintragung in die Bürgerrolle wird in Zukunft regelmäßig die Beibringung des Staatsangehörigkeitsausweises durch die Antragsteller sein, und auch wenn sie nicht von außerhalb des Herzogtums, sondern von einem braunschweigischen Orte nach hier gezogen sind, wird nach meinem Dafürhalten diese Anforderung notwendig sein. Im Zweifel kann man ja bei der Polizeidirektion anfragen, ob sie noch Forderungen derart stellt. Jedenfalls ist der Magistrat jetzt an die Forderung dieses Ausweises gebunden. Darin aber bin ich mit Herrn Bunge einverstanden: wenn der Nachweis der Staatsangehörigkeit erbracht ist, können wir die sonstigen Vorbereitungen soweit führen, bis wir sie der Polizeidirektion überreichen. Es wird sich ergeben, daß durch den Staatsangehörigkeitsausweis schon eine Menge Fragen beantwortet sind, die für die Eintragung in die Bürgerrolle von Belang sind. Ich hoffe, daß sich wegen des Verfahrens eine Vereinbarung mit der Polizeidirektion in den nächsten Wochen wird treffen lassen.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Wie wir hören, ist die Veränderung in dem bisherigen Verfahren durch die Ausführungsbestimmungen entstanden, die das Ministerium erlassen hat. Nun ist das Ministerium selbstverständlich in der Lage, derartige Vorschriften zu erlassen, aber es ist auch befugt, sie zu widerrufen, und da möchte ich vom Herrn Stadtrat von Frankenberg oder vom Magistrat hören, ob irgend welche Schritte von seiten des Magistrats unternommen sind, um den alten Zustand wiederherzustellen und diese Störungen, die durch diese nicht ganz zweckmäßigen Ausführungsbestimmungen des Ministeriums herbeigeführt sind, wieder zu beseitigen. Der Herr Stadtrat hat selber den Zustand, wie er vor Erlass dieser Vorschriften bestand, nicht irgendwie abfällig kritisiert, sondern, wie wohl inhaltlich aus seinen Ausführungen hervorging, als mit den Interessen der Behörde im Einklang stehend angesehen. Die Bestimmung über die Beibringung des Staatsangehörigkeitsausweises ist lediglich eine Schikane, lediglich ein Geldschneiden, nicht einmal darauf bedacht, dem braunschweigischen Säckel allein Einnahmen zuzuführen, sondern, da die anderen Bundesstaaten jedenfalls ähnliche Ausführungsbestimmungen erlassen haben, im gegenseitigen Interesse. Es soll jedesmal der Betrag von 3 M für den Stempel in die Bundesstaatskasse fließen, auch wenn die

Behörde in der Lage ist, sich auf andere Weise zu überzeugen, daß der Betreffende ein Staatsangehöriger eines anderen Bundesstaates ist. Erschwerungen und Schädigungen an Geld sind die Folgen dieser neuen Vorschrift, und ich möchte den Magistrat bitten — und die Mehrheit der Versammlung wird damit einverstanden sein, da es im Interesse der Einwohner liegt, die städtische Bürger werden wollen, und ebenso kann das von der Verwaltung nur mit Freuden begrüßt werden —, zu versuchen, diese hindernden Ausführungsvorschriften des Ministeriums zu beseitigen. Im übrigen ist es sehr unangenehm, immer wieder an diese mittelalterliche Kleinstaaterlei erinnert zu werden, indem ein Deutscher, der zu allen Lasten herangezogen wird, in einem anderen Bundesstaat als mindern Rechts angesehen wird. Die größere Zahl der Einwohner ist nicht Bürger und soll von dem Einfluß auf die städtischen Angelegenheiten ausgeschaltet werden, und sucht sie Bürger zu werden, dann werden ihnen solche Ausgaben aufgelastet. Der Magistrat sollte die Gelegenheit benutzen, diese Erschwernisse zu beseitigen.

**Vorsitzender:** Der Herr Vorredner hat in bezug auf eine ministerielle Verfügung den Ausdruck Schikane gebraucht. Ich weise den Ausdruck als unzulässig zurück.

**Stadttrat von Franckenberg:** Der Magistrat hat seinerseits keine Schritte unternommen, um die Ausführung der ministeriellen Vorschriften einer Prüfung und Änderung unterziehen zu lassen, denn der Magistrat vermag sich von einem solchen Vorgehen, nachdem noch nicht ein Vierteljahr seit Erlaß der Verfügung vergangen ist, schlechterdings keinen Erfolg zu versprechen, insbesondere auch deshalb, weil eine übereinstimmende Vorschrift in allen Bundesstaaten erlassen ist, und weil der Grund des Erlasses nicht Geldschneiden ist, sondern das Bestreben, dafür zu sorgen, daß tatsächlich sicher, zuverlässig, einwandfrei die Staatsangehörigkeit des Antragstellers festgestellt wird. Fixigkeit ist etwas Schönes, und mit Fixigkeit haben wir bisher gearbeitet. Das war für viele dabei Beteiligte, war besonders auch für Herrn Bunge recht angenehm, aber die Richtigkeit ist auch nicht zu unterschätzen, und ich glaube, die Staatsbehörden halten es in dieser Beziehung mehr mit der Richtigkeit. Deshalb möchte ich davor warnen, schon jetzt mit einem Antrage zu kommen, die Ausführungsvorschriften zu ändern; ich glaube, ein solcher würde keinen Erfolg haben. Wenn man erst Erfahrungen gesammelt hat, dann kann man in späterer Zeit wohl mit derartigen Anträgen kommen.

## 16. Verlängerung der Übereinkunft und des Pachtvertrages wegen der Handels- und Viehmessen.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Die Stadt hat im Jahre 1911 einen Vertrag mit der Schützengesellschaft und eine Übereinkunft mit der Herzoglichen Zoll- und Steuer-

direktion auf drei Jahre abgeschlossen. Die letztere ging dahin, daß wir, statt von Fall zu Fall die Einkünfte aus den Messen und Viehmärkten zwischen den Staatsbehörden und uns zu teilen, ein für allemal ein jährliches Pauschquantum von 1500 *M* in Raten am 1. März und 1. September zahlen sollen. Mit der Schützen-gesellschaft hatten wir einen Pachtvertrag abgeschlossen, nach dem wir den neuen Meßplatz für die Abhaltung der Messen und Viehmärkte gepachtet hatten. Nach Ansicht des Magistrats haben sich beide Verträge bewährt. Die 1500 *M* Abgabe an den Staat war auf Grundlage der früheren Erträgnisse berechnet; es wurde darauf abgezielt, daß von den Einkünften aus Messen und Märkten der Staat zwei Fünftel und die Stadt drei Fünftel erhalten sollte. Es sind diese 1500 *M* zwei Fünfteln von dem Durchschnitt der Einkünfte aus den drei Jahren ziemlich gleich- gekommen; wenn wir es genau nehmen wollen, so hat der Staat 4,07 *M* mehr dabei verdient, als wenn die Fünftelung eingetreten wäre; wir sind also mit einem blauen Auge davongekommen. Auch der Pachtvertrag mit der Schützengesellschaft hat sich nach Ansicht des Magistrats und der Mehrheit der Kommission bewährt, so daß ich namens der Kommission empfehlen darf, die Abmachungen mit der Zoll- und Steuerektion, sowie auch mit der Schützengesellschaft auf 10 Jahre zu ver- längern (bis 30. Juni 1924), jedoch den Vertrag mit der Schützengesellschaft mit einer geringen Abweichung gegenüber dem jetzigen Verträge. Die Schafferei der Schützengesellschaft wünscht, daß die Zeitdauer, binnen welcher der Aufbau der Buden und Zelte beginnen kann, etwas gekürzt wird, um die Benutzung des Platzes für andere Zwecke möglichst wenig zu beeinträchtigen. Es soll dem Ver- trage der Zusatz beigegeben werden, daß der Aufbau der Buden frühestens am Montag der Vorwoche (also 10 Tage vor dem Meßbeginn) anfangen, und daß der Abbruch binnen acht Tagen nach dem Ende jeder Messe, also spätestens am Mitt- woch der folgenden Woche, beendet sein muß. Die Kommission ist der Meinung, daß dieser Zusatz die Interessenten nicht schädigt, die betreffenden Arbeiten ohne Zweifel in der angegebenen Zeit erfolgen können, so daß der Zusatz unbedenklich erscheint. Die Kommission empfiehlt Ihnen, dem Magistratsantrage zuzustimmen, daß

1. die am 27. Juni 1911 mit der Herzoglichen Zoll- und Steuerektion ge- troffene Übereinkunft wegen der hiesigen Handels- und Viehmessen bis zum 30. Juni 1924 verlängert werde,
2. der Pachtvertrag wegen des Schützenplatzes unter Hinzufügung der er- wähnten Zusatzbestimmung ebenfalls bis zum genannten Tage erneuert wird.

Stadtv. Bunge: Ich habe nichts dagegen einzutenden, daß der Pachtvertrag auf 10 Jahre wieder abgeschlossen wird, ich möchte nur etwas eingefügt wissen. Wir haben heute den Bericht des Verkehrsvereins gehört und daraus ersehen, wie

viel tausend Mark dieser von der Stadt bekommen hat und was er noch haben soll, um den Fremdenverkehr zu heben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir praktisch mehr für den Fremdenverkehr in Braunschweig tun könnten als wir es bis jetzt getan haben. Ich will auf eine ganze Reihe anderer Sachen nicht eingehen, aber auf eins möchte ich aufmerksam machen, das sind unsere Fettviehmärkte. Solche werden wir jedenfalls noch lange nicht bekommen, wenn wir auf den städtischen Viehhof warten wollen. Es ist gesagt worden, bevor dieser nicht fertiggestellt ist, können wir auch keine Fettviehmärkte abhalten. Ich erinnere nun aber daran, daß Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte, daß sich eine provisorische Einrichtung für Abhaltung von Fettviehmärkten schaffen ließe. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um anzuregen, ob es nicht möglich wäre, in diesen Pachtvertrag dies mit einzuflechten. Es wäre deshalb praktisch, wenn sich die Kommission in dieser Sache mit der Schützengesellschaft in Verbindung setzte. Ich möchte also von neuem heute den Antrag stellen, daß baldigst Fettviehmärkte in Braunschweig eingerichtet würden, die auf demselben Platz draußen abgehalten werden, wo die Messen und die sonstigen Viehmärkte stattfinden. Denn daß wir den Viehhof in den nächsten Jahren bekommen, daran glauben Sie wohl selbst nicht.

**Vorsigender:** Sie wollen den Antrag schriftlich stellen; ich verstehe ihn so, daß Sie die Verträge an die Kommission zurückverwiesen sehen wollen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich bitte recht sehr, diese Rückverweisung nicht vorzunehmen, denn der Magistrat hat von der Schützengesellschaft das Recht zur Abhalten der Messen und anderer Märkte auf dem Schützenplatze kontraktlich erhalten. Wenn wir dort auch Fettviehmärkte veranstalten, dann würde niemand darüber mehr erfreut sein als ich — ich nehme auch Herrn Bunge in bezug auf diese Freude nicht aus. Das können wir auch schon nach dem Vertrage, wie er vorliegt, und Sie brauchen deswegen die Angelegenheit nicht an die Kommission zurückzuberweisen. Ich bitte, die Verträge einfach so zu genehmigen.

**Stadtv. Bunge:** Herr Stadtrat von Frankenberg hat nicht gesagt, ob er im Magistrat empfehlen will, daß auf dem Platze Fettviehmärkte abgehalten werden.

**Vorsigender:** Der Herr Stadtrat hat erklärt, daß ein solches Recht bereits im Vertrage enthalten ist. In diesem Falle erübrigt sich wohl ihr Antrag auf Zurückverweisung als tatsächlich von den Erklärungen des Magistrats überholt.

Den beiden Verträgen wird seitens der Versammlung zugestimmt.

## 17. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf verschiedenen Straßen und Plätzen.

Stadtv. **Loeschigt**: Der Magistrat schreibt an die Stadtverordneten:

„Seitens der geehrten Herren sind uns verschiedene Anträge wegen Verbesserung der Straßenbeleuchtung unterbreitet. Entsprechend einem schon früher von der Finanzkommission geäußerten Wunsche haben wir zunächst die Direktion der Licht- und Wasserwerke und ebenso die Verwaltungsdeputation zu einer gutachtlichen Äußerung über die Frage veranlaßt, ob etwa aus finanziellen Rücksichten in den Straßen, in denen mit Rücksicht auf den Verkehr eine stärkere Beleuchtung geboten erscheint, der elektrischen Beleuchtung der Vorzug vor der Preßgasbeleuchtung zu geben sei. Beide genannten Verwaltungsstellen haben die Frage an Hand einer vorgelegten Kostenrechnung dahin beantwortet, daß die Preßgasbeleuchtung vorzuziehen sei. Wir schließen uns dieser Ansicht an und legen nun hierneben folgende Projekte und Kostenanschläge wegen Verbesserung der Straßenbeleuchtung vor.“

1. Auf der Friedrich-Wilhelmstraße: Aufstellung von zwei dreiflämmigen 2100-kerzigen Preßgaslampen. Die eine der beiden Lampen soll an der Westseite des Platzes vor dem Meyersfeldschen Hause aufgestellt werden, die andere auf der östlichen Seite beim Hotel Monopol.

Die Anlagekosten hierfür betragen 900 M, die jährlichen Unterhaltungskosten 660 M.

Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Magistratsvorschlag an.

Stadtv. **Loeschigt**: 2. Auf der Fallerleberstraße vom Hagenmarkt ab bis zum Fallerlebertorwall: Aufstellung von 15 1400-kerzigen Preßgaslampen und Beseitigung von 21 Gasglühlichtlaternen.

Anlagekosten: 9800 M, Betriebskosten jährlich 2580 M mehr als bisher.

Vom **Vorsigenden** wird das Einverständnis der Versammlung angenommen.

Stadtv. **Loeschigt**: 3. Auf der Wendenstraße vom Hagenmarkt ab bis zur Schubertstraße: Aufstellung von 16 1400-kerzigen Preßgaslampen und Beseitigung von 21 Gasglühlichtlaternen.

Anlagekosten: 8500 M, Betriebskosten jährlich 2850 M mehr als bisher.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

**Stadtv. Vorschlag:** 4. Auf dem Steinwege vom Bohlwege ab bis zum Hoftheater: Aufstellung von 13 1400-kerzigen Preßgaslampen auf dem Steinweg und von 4 1000-kerzigen Preßgaslampen vor dem Hoftheater: Beseitigung von 20 Gasglühlichtlaternen auf dem Steinwege und 4 dergleichen vor dem Hoftheater.

Anlagekosten: 8800 *M*, Betriebskosten jährlich 2180 *M* mehr als bisher.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

**Stadtv. Vorschlag:** 5. Auf den Straßenzügen Poststraße, Altstadtmarkt, Under Martinikirche, Sonnenstraße: Aufstellung von 21 1400-kerzigen und 4 1000-kerzigen Preßgaslampen und Beseitigung von 41 Niederdruckgasglühlichtlampen.

Anlagekosten: 12 000 *M*, Betriebskosten jährlich 4150 *M* mehr als bisher.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

**Stadtv. Vorschlag:** 6. Sophienstraße von der Cammannstraße bis zur Juliusstraße: Umkehrung von zwei alten und Aufstellung von zwei neuen Gasglühlichtlaternen.

Anlagekosten 340 *M*, jährliche Betriebskosten 140 *M* mehr als bisher.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

**Stadtv. Vorschlag:** 7. Gartenstraße und Fuchstwete: Verlegung eines 40-er schmiedeeisernen Gasrohres in den beiden Straßenzügen und Umänderung von 4 Petroleumlaternen in der Gartenstraße und 2 Petroleumlaternen in der Fuchstwete in Gasglühlichtlaternen.

Anlagekosten 1440 *M*, die jährlichen Betriebskosten bleiben unverändert.

Bemerken möchte ich, daß für diese Straßen eine provisorische Anlage vorgesehen ist, da die endgültige Belegung der beiden Interessentenwege, deren künftige Höhenlage beim Ausbau als Ortsstraße eine andere als die jetzige sein wird, zurzeit schwierig sein würde.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

**Stadtv. Vorschlag:** Der Magistrat bemerkt in seiner Vorlage noch folgendes: „Die von den Anwohnern des Steinwegs, der Poststraße und des Altstadtmarkts mit dem hiesigen Lichtwerk abgeschlossenen Verträge über die private Beleuchtung der Straßen mit elektrischem Licht werden erst am 1. April 1915 (Steinweg) bzw. 30. September 1916 (Poststraße und Altstadtmarkt) ablaufen, so daß die auf

diesen Straßen vorgesehene Preßgasbeleuchtung erst nach Ablauf der Verträge in Betrieb genommen werden soll." Es wurde vom Magistrat in der Finanzkommission bemerkt, daß die frühere Inbetriebnahme unnötig sei, da die Verträge von den Anwohnern doch innegehalten werden müßten. In diesem Sinne hat sich auch die Finanzkommission geäußert.

Die gesamten Kosten für die Anlage betragen 40 340 *M*; sie sind zu verrechnen zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke, die Anlagekosten für die provisorische Anlage in der Gartenstraße und Fuchstwete mit 1440 *M* sind zu Lasten des Voranschlages der Kasse der Gaswerke zu verrechnen. Die jährlichen Mehrkosten gegen die früheren Betriebs- und Unterhaltungskosten betragen zusammen 12 560 *M* und sind zu Lasten des ordentlichen Voranschlages der Rämmereikasse zu verrechnen.

Bei der Prüfung der Vorlagen in der Finanzkommission wurde noch folgendes zum Ausdruck gebracht:

Die Finanzkommission bittet Sie, zuzustimmen, daß der Magistrat ersucht wird, am Kalenwall, südlich des Grundstücks Meyersfeld, vis-à-vis der Bahnhofbrücke, noch eine Preßgaslampe aufzustellen. Es wurde auch in der Finanzkommission angeregt, den Kalenwall ganz mit Preßgas zu beleuchten, doch wurde davon abgesehen mit der Begründung, daß die Sachlage sich mit Einrichtung des neuen Bahnhofs verschieben würde.

Ferner wird beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, auch den Straßenzug Am Bruchtor—Bankplatz—Brabantstraße mit Preßgasbeleuchtung zu versehen.

Sodann wurde angeregt, die projektierte Preßgaslampe Nr. 4 auf der Wendenstraße so hinzustellen, daß sie die Bockstwete mit erhellt.

**Vorsitzender:** Ich nehme auch hier das Einverständnis der Versammlung an.

Stadtv. Dr. **Meintnecht:** Ich freue mich sehr über die reichliche Verbesserung der Beleuchtung in der Stadt, die uns in Aussicht steht, aber die bescheidene Bitte, die ich damals aussprach, als die Sache angeregt wurde, ist leider nicht erfüllt. Die meisten Straßen, die nach den Toren gehen, sollen mit einer besseren Beleuchtung versehen werden, aber unser Petritor geht leider leer aus. Ich hatte gebeten, vom Altstadtmarkt aus die Breitestraße mit Preßgasbeleuchtung zu versehen, und sehe zu meinem Bedauern, daß sie nicht mit aufgenommen ist. Ich möchte die Versammlung bitten, den Magistrat zu ermächtigen, auch diese Straße noch mit Preßgas zu versehen. Sie heißt zwar B r e i t e s t r a ß e, aber für den jetzigen Verkehr ist sie entschieden nicht breit genug. Wenn auf der Straße nicht an der schmalen Stelle durch ein Geschäft eine gute Beleuchtung einträte, so müßte man sagen, daß

die Straße in ziemliches Dunkel gehüllt ist. Im übrigen sind die Geschäfte, die die Straße durch große Schaufenster erhellen, auf der Breitenstraße nicht sehr zahlreich.

**Vorsitzender** (verliest den Antrag Kleinfnecht): „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, die Breitenstraße bis zum Radeflint mit Preßgasbeleuchtung zu versehen.“

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich will den Antrag Kleinfnecht nicht bekämpfen; ich halte ihn für unbedenklich, und der Magistrat wird ja die finanzielle Seite des Antrages übersehen.

Weshalb ich mich zum Wort gemeldet habe, ist folgendes: Es sind viele Bürger in der Stadt der Ansicht, daß statt der Preßgasbeleuchtung allgemein elektrische Beleuchtung eingeführt werden möchte. Auch ich war ursprünglich der Ansicht, daß die elektrische Beleuchtung mehr im Interesse der Verkehrsentwicklung gelegen sei, habe mich aber in der Finanzkommission belehren lassen, daß es für uns wirtschaftlicher ist, zunächst Preßgasbeleuchtung einzuführen. Einen Nachteil der Preßgasbeleuchtung gegenüber der elektrischen Beleuchtung kann ich aber doch nicht zurückstellen, das ist die Anbringung der Preßgaslampen auf Kandelabern, deren Ausgestaltung nicht immer ästhetisch angenehm wirkt. Meinem Eindruck nach ist auch die Lichtverteilung, wenn sie seitwärts vom Bürgersteig aus erfolgt, nicht die gewünschte, wie sie dem Verkehr dient. Nun hat man mir gesagt, es sei technisch möglich, auch das Preßgas in hängender Form ähnlich wie die elektrischen Bogenlampen mitten über der Straße anzubringen. Es soll das vielleicht etwas teurer zu stehen kommen. Ich bin Laie, aber wenn ich das recht beurteilen kann, so ist auf der Wendenstraße, nahe der Apotheke, ein gelungener Versuch mit hängender Gasbeleuchtung gemacht. Diese Laterne machte auf mich einen viel angenehmeren Eindruck als die Kandelaber, die sonst für Preßgasbeleuchtungszwecke die Straßen nicht gerade zieren. Ich möchte deshalb, wenn ich auch der Preßgasbeleuchtung aus wirtschaftlichen Gründen zustimme, das Ersuchen an den Magistrat richten, zu erwägen, ob nicht an geeigneten Stellen statt der Kandelaber frei hängende Preßgasbeleuchtung eingeführt werden könnte.

**Oberbürgermeister Metemeyer**: In dieser technischen Frage verläßt sich der Magistrat grundsätzlich auf die Ansicht der zuständigen Verwaltungsdeputation; in der sind technische Sachverständige, die ein besseres Urteil haben müssen als wir im Magistrat. Die Verwaltungsdeputation hat allerdings den Versuch gemacht, auf der Wendenstraße eine hängende Gasglühlichtlampe anzubringen. Er hat sich auch nicht als fehlam erwiesen, aber ein recht umständliches Verfahren gegenüber der Aufhängung einer elektrischen Lampe ist es ohne Frage. Es kommt aber noch



ein wesentliches Moment hinzu, das die Verwaltungsdeputation dazu gebracht hat, davon Abstand zu nehmen, hängende Gasglühlichtlaternen zu empfehlen. Die Einrichtungen zum Aufhängen von Glühlichtlaternen können nur an den Häusern angebracht werden, und es gibt keine Möglichkeit, die Eigentümer der Häuser zu zwingen, dauernd an ihren Häusern eine solche Einrichtung zu dulden. Wenn nun eine solche Straße bei angemessener Verteilung der Laternen mit einer derartigen Beleuchtung versehen ist und es kämen vielleicht hier und da Anträge auf Beseitigung der Vorrichtungen an den Häusern, so wäre das für die Verwaltung sehr unangenehm. Deshalb waren wir der Ansicht, daß es richtiger wäre, die hoch angebrachten Laternen an Kandelabern aufzuhängen. Es hat sich bei der Besprechung dieser Aufstellung insofern eine von der des Herrn Dr. Jasper abweichende Meinung ergeben, als wir in der Deputation der Ansicht waren, daß die Beleuchtung der Fußwege und auch die der Fahrbahn von dem herunterstrahlenden Lichte solcher Laternen, die an hohen Masten zu seiten der Straßen befestigt sind, angenehmer und besser sei, als die der über der Fahrbahn angebrachten Lampen, die besonders bei elektrischem Licht blendend wirkt. Die neuen Laternenpfähle sind sehr zierlich, und ich glaube nicht, daß sie das Straßenbild verschlechtern werden. Wenn nicht die geehrte Versammlung anderer Ansicht sein sollte, kann ich nicht in Aussicht stellen, daß den Wünschen des Herrn Dr. Jasper Rechnung getragen wird.

**Stadtv. Lauer:** Aus den Ausführungen des Herrn Kommissionsreferenten habe ich entnommen, daß auf dem Steinweg die neue Preßgasbeleuchtung erst am 1. April 1915 beginnen soll. Der 1. April oder der Herbst 1915 ist ziemlich gleichbedeutend, denn im Sommer gebrauchen wir verhältnismäßig wenig Licht auf den Straßen. Ich wollte nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Verträge mit den Anliegern keineswegs bis zum Jahre 1915 laufen, sondern mit dem Jahre 1914 enden. Wird eine städtische Beleuchtung nicht rechtzeitig geschaffen, dann wird es zutreffen, daß ab 1. Januar 1915 auf dem Steinwege, einer der belebtesten Straßen der Stadt, abends nur wenig Gaslaternen nach dem alten Muster brennen. Ich halte es für dringend nötig, daß die bessere Beleuchtung auf dem Steinwege früher in Betrieb genommen wird.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Sie können als selbstverständlich annehmen, daß der Magistrat die von Herrn Lauer erwähnte Eventualität nicht eintreten lassen wird. Es ist uns mitgeteilt, die Verträge liefen bis zu der angegebenen Zeit. Sollte es sich herausstellen, daß die Verträge früher endigen, so wird die Preßgasbeleuchtung früher in Betrieb gesetzt. Die Anlage dazu soll sowieso früher gemacht werden. Wir werden uns dabei nach der Neupflasterung richten und lassen uns nur im voraus diese Summen zur Verfügung stellen. Sollte die Anlage

früher in Betrieb genommen werden, als vorhin angegeben, so brauchen wir dazu wohl nicht erst Ihre Zustimmung einzuholen.

**Stadtv. Hermann:** Ich erkenne die technische Schwierigkeit in bezug auf die Anbringung der Preßgaslampen mitten über der Straße an, möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie es denn bei dem regen Verkehr in der Sonnenstraße mit der Anbringung der Preßgaslampen gehalten werden soll. Wenn die Kandelaber, die bei dem Preßgas wohl stärker sein werden als bei den Glühlichtlaternen, auf dem Fußwege aufgestellt werden, so werden sie wohl noch mehr im Wege stehen als vorher. Es ist wohl nicht zu verkennen, daß ein Teil der Anlieger Schwierigkeiten machen werden, ich möchte aber doch bitten, es auf der Sonnenstraße mit hängenden Preßgaslampen zu versuchen, selbst wenn technische Schwierigkeiten und sonstige Unannehmlichkeiten entstehen. Bei dem schmalen Fahrwege werden die Kandelaber, die dicht an den Bordsteinen stehen, ebenso oft in Gefahr kommen, von den großen Möbelwagen umgefahren zu werden wie die jetzigen Laternenpfähle, und das halte ich für reichlich bedenklich. Bei schmalen Straßen bitte ich also auf alle Fälle die hängenden Lampen vorzuziehen. Auch ich habe die Empfindung, wie Herr Dr. Jasper, daß die hängenden Laternen auf der Wendenstraße besser gewirkt haben und ihr Licht angenehmer empfunden wird, als das von den großen Säulen. Doch das sind Ansichtssachen, aber Gründe der Zweckmäßigkeit — das möchte ich betonen — sprechen dafür, in schmalen Straßen die Laternen mitten über der Straße aufzuhängen.

**Stadtv. Dr. Boge:** Ich möchte die gleiche Bitte aussprechen. Auf der Wendenstraße waren zwei Lampen zur Probe angebracht, wovon die eine seit Wochen nicht mehr brannte, denn bei einem Versuch, die heruntergelassene Lampe wieder in die Höhe zu bringen, ist sie heruntergefallen. Ich glaube, es liegt die größte Schwierigkeit darin, nach der Reinigung die Lampe wieder hochzubringen. Es wird das Versagen der Einrichtung wohl aber an dem betreffenden Beamten gelegen haben, der für die Wartung der Laternen noch nicht geschult genug war. Ich habe ihm zugehört, wie er wohl eine halbe Stunde an der Lampe hantiert hat. Daß es an seiner Ungeübtheit gelegen hat, wenn er die Lampe nicht wieder hat in die Höhe bringen können, hat der Beamte vielleicht nicht gesagt, und das wird die Direktion veranlaßt haben, zu sagen: Es sind technische Schwierigkeiten, die der Anbringung der Laternen mitten über der Straße entgegenstehen. Ich glaube auch, für die Wendenstraße wird es, um eine Behinderung des Verkehrs zu vermeiden, nötig sein, die Laternen über der Fahrbahn anzubringen, wie das wohl überhaupt auf schmalen Straßen überall der Fall sein wird.

**Stadtv. Eckhardt:** Ich möchte mich in demselben Sinne aussprechen. Auch in Magdeburg hat man die Laternen an der Straßenseite entfernt und Oberlicht hergestellt, weil der Schatten durch das von der Seite fallende Licht zu groß ist und dabei Licht verschwendet wird. Bei den hängenden Laternen hat man ohne Frage einen größeren Leuchteffekt.

**Stadtv. Meyerhoff:** Gestatten Sie mir auch ein paar Worte zur Beleuchtungsfrage. Meinem Empfinden nach ist die Ansicht richtig, daß das Licht mitten über der Straße besser wirkt. Nun hat der Herr Oberbürgermeister schon gesagt, daß Verträge über Anbringung der Einrichtungen zum Aufhängen der Laternen mitten über der Straße schwer zu tätigen sind. Es kommt aber für manche Stellen noch ein anderer Grund hinzu, der gegen die Aufhängung der Laternen über der Fahrbahn spricht: Bei einer gewissen Breite der Straßen ist es unmöglich, die Lampen über der Straße aufzuhängen, z. B. würde die Fallersleberstraße es nicht lukrativ erscheinen lassen. Bei der Sonnenstraße aber wird es ohne große Beischnernis möglich sein, und wenn sich die Anlieger bereit finden lassen, dann können Sie auch darauf rechnen, daß die Deputation den Wünschen der Interessenten entgegenkommen wird.

**Vorsitzender:** Wenn sich aus der Versammlung nicht Widerspruch erhebt, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage Kleinknecht an. (Widerspruch erfolgt nicht.)

Ich bringe nun die gesamten Anträge des Magistrats mit den Zusatzanträgen der Finanzkommission und dem Antrage Kleinknecht insgesamt zur Abstimmung. Diejenigen Herren, die die Anträge genehmigen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist ausgesprochen.

## 18. Vermehrung der Nachtwächter.

**Stadtv. Lange:** Die letzte Vermehrung der Wächtermannschaft erfolgte im Jahre 1909. Seit diesem Jahre wurde an neuen Straßenzügen eine Gesamtlänge von 3626 m ausgebaut. Wenn an dem bisherigen Grundsatze festgehalten werden soll, nach dem auf je 1250 m Straßenlänge ein Wächter einzustellen ist, so würden für die Erweiterung der Straßenzüge drei neue Wächter in Frage kommen. Die bisherige Wächterzahl beträgt einschließlich der Oberwächter 89, somit würde die Zahl der Wächter auf 92 zu erhöhen sein. Da den Wächtern nach den neuen Vergütungsätzen ein Betrag von 1140 M als Mindestlohn gewährt wird, so werden sich die Kosten für drei neue Wächter auf 3420 M jährlich stellen. Dazu würden noch kommen die Versicherungsbeiträge und die Kosten der Bekleidung und Aus-

rüstung nach Bedarf. Der Magistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, sich mit der Vermehrung des Wächterbestandes auf 92 Wächter einverstanden zu erklären, und die dadurch entstehenden Kosten mit rund 4000 M zu Lasten des Kap. IX der ordentlichen Ausgabe der Rämmerkasse des Rechnungsjahres 1914/15 zu bewilligen. Die Finanzkommission läßt Ihnen durch mich Zustimmung zu diesem Antrage empfehlen.

**Stadtv. Stegmann:** Ich möchte mich gegen die Vermehrung der Nachtwächter aussprechen. Drei neue Wächter sollen eingestellt werden, weil sich die Gesamtlänge der Straßen vermehrt hat. Ich glaube, daß die jetzige Wächterzahl vollkommen für die Stadt genügt. Wenn ich sehe, daß an jeder Straßenecke, wo es nach der Außenstadt geht, mehrere Wächter zusammenstehen, dann meine ich, ist kein Bedürfnis für Vermehrung der Wächter vorhanden. Außerdem steht fest, daß Braunschweig eine so friedliche, ich möchte sagen, eine solche Spießerstadt ist, daß es nicht nötig ist, eine Vermehrung der Wächtermannschaft eintreten zu lassen. Vor dem Polizeigebäude sieht man jede Nacht zwei Nachtwächter Posten stehen. Ich sehe keine Notwendigkeit dafür ein und weiß nicht, ob sie zur nächtlichen Defekoration des Polizeigebäudes hingestellt sind oder zum Schutze desselben. Also diese zwei Wächter wären vollständig überflüssig.

Es kommen auch noch andere Gründe für die Ablehnung dieses Antrages in Betracht. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit können Sie die Nachtwächter auf der Straße sehen. Wenn die Arbeiter eine Versammlung abhalten, selbst wenn eine Frauenversammlung stattfindet, dann werden sofort die Nachtwächter zusammengetrommelt, und die Diebe haben draußen freies Feld. Das beweist, daß die Wächter zu Dingen gebraucht werden, zu denen wir das Geld nicht bewilligen. Ich erinnere Sie daran, daß wir vor einiger Zeit hier eine Gummiknüppeldebatte gehabt haben, in der festgestellt wurde, daß die Einwohner Braunschweigs, die für ihr Recht demonstrierten, mit Gummiknüppeln bearbeitet sind. Es scheint so, als ob die Polizeibehörde mit ihrem jetzigen Heer von Polizisten, die bei solchen Versammlungen bis an die Zähne bewaffnet auf der Straße erscheinen, nicht genug hat. Sie kann wohl den Hagenmarkt noch nicht genug verteidigen gegen die Arbeiterschaft? Aus diesen Gründen, im Interesse der Arbeiterschaft, die für ihr politisches Recht eintritt, verwilligen meine Freunde und ich für diese Leute, für diese „Schutzengel“ auch nicht einen Pfennig. Wir wären ja geradezu Esel, wenn wir das tun wollten für diese Leute, die so gegen die Einwohnerschaft mißbraucht werden. Sorgen Sie dafür, daß dieses System beseitigt wird, dann werden wir geneigt sein, der Frage näherzutreten.

**Vorsigender:** Mit der Bezeichnung Spießer werden wohl nur sehr wenige aus der Braunschweiger Einwohnerschaft einverstanden sein, in der Tat werden sich darunter auch nur sehr wenig Spießer finden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn sich die geehrten Herren an die Tatsache halten, daß seit dem Jahre 1909, wie Sie alle wissen und wie aus Ihren Beratungen hervorgeht, die Zahl der neuen Straßen in erfreulicher Weise zugenommen hat, wenn Sie sich weiter vergegenwärtigen, daß Braunschweig immer mehr hineintwächst in die Außenstadt mit ihren vielfach verzweigten und mangelhaft beleuchteten Interessentenschaftswegen, die vom Wächtergang auch mit berührt werden, dann bedarf diese außerordentlich harmlose und unpolitische Vorlage des Stadtmagistrats keiner besonderen Begründung. Die ersten Verhandlungen darüber sind vom 6. Januar d. J. Meine Erinnerung trügt mich wohl nicht, wenn ich sage, daß Braunschweig sich wohl damals bei Tag- und Nachtzeit großer Ruhe, aber nicht so großer Sicherheit erfreut hat. Die Kenntnisse des Herrn Stegmann auf politischem Gebiete sind wohl achtbar, aber auf dem kriminellen Gebiete doch nicht so ausgedehnt, wie bei der Polizeidirektion, und da folge ich doch lieber einer sachverständigen Stelle, die über die Spitzbuben genauer Bescheid weiß als Herr Stegmann.

Der beantragten Vermehrung der Zahl der Wächter wird zugestimmt und die dafür nötigen Kosten bewilligt.

## 19. Einsetzung einer Kommission zur Prüfung von Straßenbahnangelegenheiten in anderen Städten.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Die Straßenbahn ist auf den Gedanken gekommen, daß sie technisch ihren Betrieb dadurch verbessern könnte, daß sie, soweit es möglich, ihre Linien zweigleisig ausbaut, ein Gedanke, der gewiß allseitig mit Freude begrüßt werden wird. Da nun aber manche Schwierigkeiten in unseren engen und winkeligen Straßen zu überwinden sind, so sind bisher diese Wünsche noch nicht verwirklicht. Die Straßenbahn sucht nun der Ausführung dieses Wunsches dadurch näherzukommen, daß sie dem Magistrat vorschlägt, in anderen Städten zu sehen, wie die technischen Schwierigkeiten überwunden werden, wie es auch hier nach verschiedenen Gutachten möglich sein soll. Der Magistrat hält es für zweckmäßig, dem Wunsche der Straßenbahn zu entsprechen und mit dem Vertreter der Straßenbahn eine gemischte Deputation aus Mitgliedern des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten nach verschiedenen Städten zur Besichtigung der tech-

nischen Einrichtungen zu entsenden, um tunlichst das auch für Braunschweig Richtige herauszufinden. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen durch mich, dem Vorschlage des Magistrats zu folgen und eine Besichtigungsreise durch eine Kommission zu verwilligen. Die Kommission soll bestehen aus zwei vom Magistrat bestimmten Herren — nicht gerade Magistratsmitgliedern, vielleicht ist dabei an einen Techniker gedacht — und aus zwei Stadtverordneten. Die Reisekosten inklusive Tagegelbern für die Mitglieder der Kommission wären zu Lasten des Kapitel XIV des ordentlichen Etats zu verwilligen. Ich glaube, eine weitere Begründung ist nicht nötig, da wir alle die der Besserung bedürftigen Verhältnisse in der Stadt kennen: der eine wird sie gerade am Petritore suchen, der andere auf der Fallersleberstraße. Jedenfalls ist die Entsendung der Kommission sehr zweckmäßig.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** bemerkt Stadtv. Dr. **Jasper**, daß er seitens der Kommission Vorschläge für die Wahl nicht zu machen habe.

Stadtv. **Bunge**: Ich möchte unsererseits Herrn **Almann** für die Besichtigungsreise vorschlagen, und zwar deshalb, weil er einer derjenigen unter uns ist, der oft Gelegenheit hatte, das ganze Verkehrsleben in anderen Städten zu überblicken.

Stadtv. **Mohr**: Ich möchte Herrn **Loeschig** vorschlagen, der in der Finanzkommission lebhaftes Interesse für die Straßenbahn gezeigt hat und sich eingehend mit den Straßenbahnsachen beschäftigt hat.

**Vorsitzender**: Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Versammlung Herrn **Almann** und Herrn **Loeschig** in die Kommission entsenden will. (Widerspruch erfolgt nicht.)

Die Versammlung stimmt dem Magistratsvorschlage zu.

## 20. Vertrag wegen des Ausbaues der projektierten Straßen 114b, 561, 113, 151a und des Langenkamp zwischen Göttingstraße und der Straße 151a.

Stadtv. **Meyerhoff**: Unter dem 7. Dezember 1911 haben sich die geehrten Herren mit dem Ausbau der östlich vom Bültenweg abzweigenden Straße 114b (Ringstraße) einverstanden erklärt und gleichzeitig beschlossen, daß wegen des Erwerbes des in den Straßenzug fallenden Geländes der Ehefrau des Fabrikanten Becker das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet wird. Dieses Verfahren ist

bis heute leider noch nicht beendet, deshalb ist auch bislang von dem Ausbau der Straße abgesehen. Jetzt sind nun die Bauunternehmer Manegold und Wittneben von hier mit dem Antrage an den Magistrat herantreten, sie als Unternehmer für den Ausbau der im Anschluß an die Straße 114 b gelegenen Teilstrecke der Ringstraße, nämlich der Straßen 561 und 113, sowie der Straße 151 a und des Langerkamp zwischen der Göttingstraße und der Straße 151 a zuzulassen. Da bei gleichzeitigem Ausbau der Straße 114 b Bedenken gegen den Antrag nicht vorliegen, so hat der Magistrat mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der uns zur Genehmigung vorgelegt wird.

Der Plan für die bezeichneten Straßen hängt dort aus. Das Terrain wird einerseits von der Ringstraße, anderseits von dem Langerkamp begrenzt. Der vorgelegte Vertrag gibt zu folgenden Bemerkungen Anlaß: Die nach § 4 von den Unternehmern der Stadt für Übernahme der Unterhaltung der Straßen 143, 151 a und Langerkamp zu zahlenden Abfindungssummen sind unter der Annahme einer zehnjährigen Unterhaltungspflicht berechnet. — Für die Straße 561 ist die Zahlung einer Abfindungssumme nicht vorgesehen; es hat das seinen Grund darin, daß die Unternehmer das der Stadt wertvollere Zugeständnis gemacht haben, zu den Kosten der unterirdischen Anlagen der auf Kosten der Stadt auszubauenden Straße 114 b, sowie zu den Kosten der Unterhaltung dieser Straße und der Straße 561 einen Zuschuß von 20 000 M zu zahlen.

Der Vertrag ist mit aller möglichen Vorsicht abgefaßt. (Redner verliest §§ 2, 5 und 8 des Vertrages.) Zu erinnern gibt es in dem Vertrage nichts. Ich bitte namens der Baukommission, demselben Ihre Zustimmung zu geben.

Der Vertrag wird genehmigt.

## 21. Ausbau der Hänfelmannstraße.

Stadtv. **Sander:** Die Hänfelmannstraße, deren Ausbau vorgesehen ist, liegt zwischen der Goethe- und Raabestraße. Die Grunderwerbskosten betragen 14 500 M und die Baukosten sind mit 14 200 M veranschlagt. Die Anliegerbeiträge werden sich auf 128,50 M für jedes Meter Frontlänge stellen. Die Straße soll bei einer Gesamtbreite von 10 m derartig ausgebaut werden, daß 6 m auf die Fahrbahn und je 2 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll auf chaussierter Unterlage mit einer Teermafadamdecke versehen werden, durch Granitbordquader von den Fußwegen getrennt und letztere in ganzer Breite mit Zementplatten belegt werden. Die Kreuzungen der Hänfelmann-, Goethe- und Frehtagstraße sollen zur Hälfte provisorisch als Wendepfläze befestigt werden.

Der Magistrat ersucht, das Projekt nebst Kostenanschlag und vorläufiger Kostenverteilungsberechnung zu genehmigen. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Die Zustimmung zum Ausbau der Hänfelmannstraße nach den Vorschlägen des Magistrats wird erteilt.

## 22. Herstellung von Teermafadam auf verschiedenen außerstädtischen Straßen.

Stadtv. **Sander:** Die Städtische Bauverwaltung schreibt an den Magistrat: „Infolge eines von den Herren Stadtverordneten bei der Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 1913/14 gefaßten Beschlusses sind von der für dieses Jahr vorgesehenen Herstellung von Teermafadam auf verschiedenen Straßen der Außenstadt mit einem Gesamtumfange von 6700 qm, die auf der Nordseite der Heinrichstraße und dem Hagenringe zur Ausführung gebracht, während die mangelhaft chaussierten Fahrbahnen auf einer anderen Strecke der Heinrichstraße, der Rosenstraße, der Heitbergstraße, Klausenstraße und Viewegstraße mit einem Inhalte von 4650 qm nur notdürftig ausgebessert sind. Nachdem sich nun das im Jahre 1913 auf den genannten Straßen zur Ausführung gebrachte Teermafadam aufpflaster, ebenso wie das im selben Jahre auf der Hufarenstraße, der Schillerstraße, der Raabestraße und der Rußbergstraße ausgeführte Pflaster gleicher Art einwandfrei gehalten hat, und nachdem auch bei dem in den Jahren 1911 und 1912 ausgeführten Teermafadam aufpflaster, abgesehen von den im Jahre 1911/12 aufgetretenen und inzwischen ausgebesserten Schäden, weitere Schäden nicht aufgetreten sind, dürfte es für unbedenklich zu erachten sein, mit der Herstellung von Teermafadam aufpflaster wieder vorzugehen. Da aber inzwischen die westliche, bisher chaussierte Fahrbahn Hälfte der Wolfenbüttelerstraße zwischen dem Augusttor und der Elmstraße durch die Freigabe derselben für den Lastverkehr derartig abgenutzt ist, daß sie dringend der Ausbesserung bedarf, und da für den jetzt auf dieser Straßenhälfte herrschenden Verkehr die Chaussierung als eine angemessene Fahrbahnbefestigung nicht mehr anzusehen ist, gestatte ich mir den Vorschlag, daß von dieser 3785 qm umfassenden Straßenstrecke zunächst auf der nördlichen Strecke zwischen dem Augusttor und Holsts Garten mit einem Flächeninhalt von 1655 qm Teermafadam aufpflaster zur Ausführung gebracht wird und dafür auf der Vieweg- und Heitbergstraße zwischen Klausen- und Lutherstraße die Chaussierung vorläufig noch belassen wird. Es würden alsdann an neuem Teermafadam aufpflaster herzustellen sein . . .



1. auf der Wolfenbüttelerstraße 1655 qm,
2. auf der Heinrichstraße zwischen Hagenring und Dörnbergstraße 770 qm,
3. auf der Rosenstraße zwischen Husaren- und Rußbergstraße 710 qm,
4. auf der Rosenstraße zwischen Rußberg- und Comeniusstraße 620 qm,
5. auf der Klauenstraße 450 qm,

zusammen 4205 qm. Die Fahrbahn der südlichen Teilstrecke der Vierweg- und Heitbergstraße aber, mit einem Inhalt von 2100 qm, würde zweckmäßig mit einer Neuschüttung zu versehen sein."

Der Stadtmagistrat gibt den Herren dies zur Kenntnis und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die gegen Schluß des Berichts unter 1 bis 5 bezeichneten Straßen zu Lasten des Kap. X des laufenden Stats auf ihrer Fahrbahn mit Teermafadampflaster befestigt werden.

Diese Vorlage hat die Baukommission schon beschäftigt. Man war in der Baukommission zuerst der Meinung, daß die Erfahrungen, die man bisher mit Teermafadampflaster gemacht hat, nicht genügend seien, um schon in diesem Tempo weiterzugehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß man besonders in England, wo die Herkunft dieses Pflasters zu suchen ist, eine 10 oder 12 km lange Straße mit zwanzigerlei Teermafadam belegt hat und auch da noch Erfahrungen sucht. Von Magistratsseite aus wurde wiederum hervorgehoben, daß die Versuche an den hiesigen Straßen mit Teermafadam ergeben hätten, daß das Pflaster wohl als ein einwandfreies darzustellen sei. Die Mitglieder der Baukommission sagten dann zu, diese Straßen auf ihre Beschaffenheit hin anzusehen. Ich habe Gelegenheit genommen, diese Straßen zu besichtigen und muß den Ausführungen des Magistrats beipflichten. Die Straßen sind in vorzüglicher Beschaffenheit, ich ziehe sie sogar den Asphaltstraßen vor. Dort hat man große Pfützen, und das Pflaster ist lange nicht so angenehm wie Teermafadam. Wo nun hier gewissermaßen eine Versuchsstraße, wie die Wolfenbüttelerstraße, die mit vielen und schweren Lastfuhrwerken befahren wird, die also viel mehr auszuhalten hat, als andere Straßen, mit diesem Pflaster belegt werden soll, da war man in der Baukommission der Meinung, den Herren zu empfehlen, diese Magistratsvorlage zur Ausführung zu bringen. Ich empfehle also im Namen der Baukommission der geehrten Versammlung, die Magistratsvorlage zu genehmigen.

Der Vorlage des Magistrats wird zugestimmt.

### 23. Beschaffung eines zweiten Ofens für die Leichenverbrennungshalle.

**Stadtv. Mohr:** Meine Herren! Es wird Ihnen noch in Erinnerung sein, daß seinerzeit für die Leichenverbrennungshalle nur ein Verbrennungsöfen vorgesehen war. Die städtische Bauverwaltung, insbesondere Herr Geheimer Baurat Winter, ist nun aber der Ansicht, daß aus technischen Gründen, vor allem aber aus Gründen der Betriebssicherheit es erforderlich ist, gleich einen zweiten Ofen mit einzubauen. Sie werden dem recht geben, denn es hat sich schon in anderen Städten ergeben, daß die Verwaltungen der Krematorien in die größte Verlegenheit geraten sind, wenn der eine Ofen versagt hat. Wir können es bei Errichtung der Verbrennungshalle auf 10 000 *M* Kosten mehr nicht ansehn, und ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, dem Einbau eines zweiten Ofens zuzustimmen. Auch die Deputation, welche Sie seinerzeit für den Bau des Krematoriums eingesetzt haben, stimmt dem Einbau eines zweiten Ofens voll und ganz bei. Der Magistrat gibt anheim, sich mit der Beschaffung des zweiten Ofens einverstanden zu erklären und die daraus erwachsenden, zu 10 000 *M* veranschlagten Kosten zu Lasten des Extraordinariums mit der Maßgabe zu verwilligen, daß der Betrag dem Extraordinarium aus dem Ausgleichsfonds erstattet wird.

Der Anschaffung eines zweiten Verbrennungsöfens wird zugestimmt, und die Mittel nach dem Magistratsantrage werden bewilligt.

**Vorsitzender:** Die Herren Lauer und Ohlendorf sind wohl einverstanden, daß sie die Begründung ihrer Anträge in der nächsten Sitzung vornehmen. — Liegt sonst noch etwas vor? — Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 8 Uhr.

---